



Nutzungsbedingungen der retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg

Die retrodigitalisierten Veröffentlichungen der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) werden zur nichtkommerziellen Nutzung gebührenfrei angeboten. Die digitalen Medien sind im Internet frei zugänglich und können für persönliche und wissenschaftliche Zwecke heruntergeladen und verwendet werden.

Jede Form der kommerziellen Verwendung (einschließlich elektronischer Formen) bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung der FZH, vorbehaltlich des Rechtes, die Nutzung im Einzelfall zu untersagen. Dies gilt insbesondere für die Aufnahme in kommerzielle Datenbanken.

Die Verwendung zusammenhängender Teilbestände der retrodigitalisierten Veröffentlichungen auf nichtkommerziellen Webseiten bedarf gesonderter Zustimmung der FZH. Wir behalten uns das Recht vor, im Einzelfall die Nutzung auf Webseiten und in Publikationen zu untersagen.

Es ist nicht gestattet, Texte, Bilder, Metadaten und andere Informationen aus den retrodigitalisierten Veröffentlichungen zu ändern, an Dritte zu lizenzieren oder zu verkaufen.

Mit dem Herunterladen von Texten und Daten erkennen Sie diese Nutzungsbedingungen an. Dies schließt die Benutzerhaftung für die Einhaltung dieser Bedingungen beziehungsweise bei missbräuchlicher Verwendung jedweder Art ein.

Kontakt:

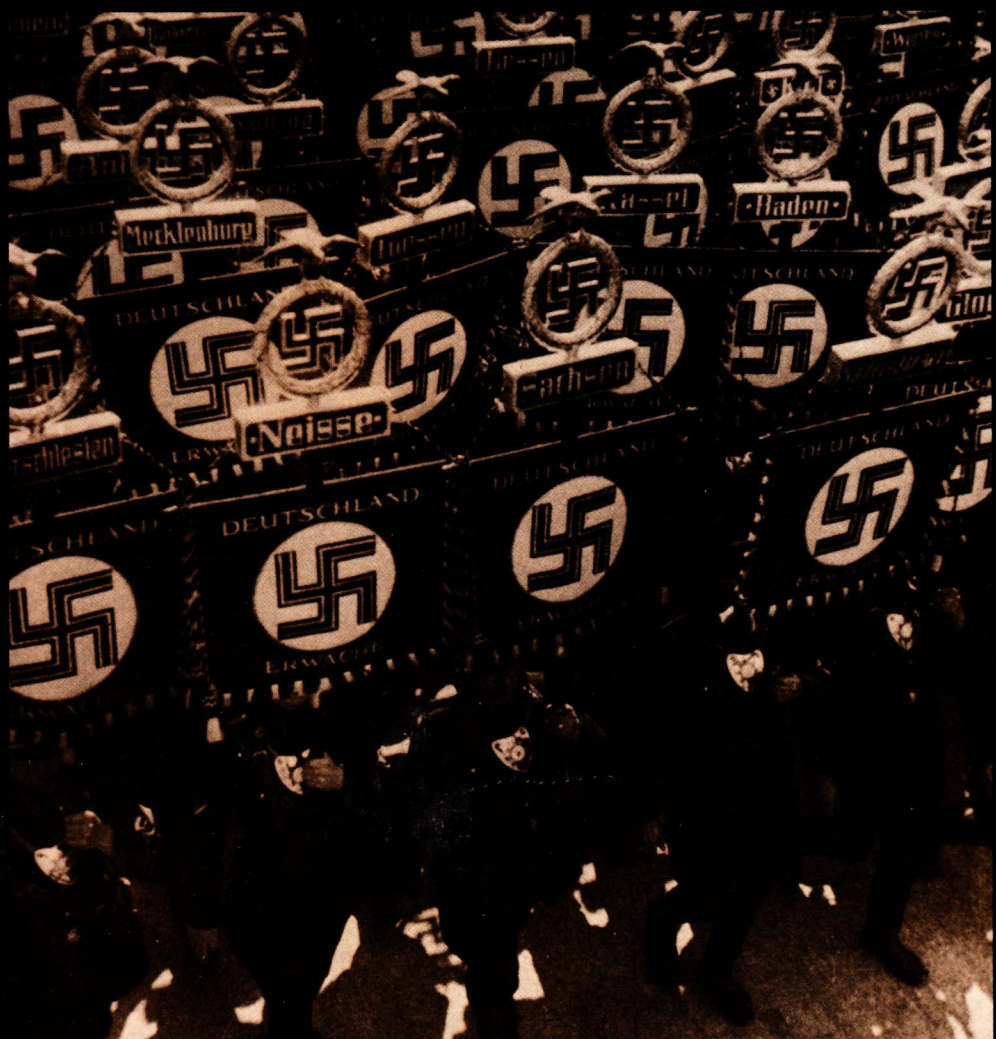
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. 040/4313970
E-mail: fzh@zeitgeschichte-hamburg.de
Web: <http://www.zeitgeschichte-hamburg.de>

URSULA BÜTTNER (HRSG.)

DAS

UNRECHTS- REGIME

Ideologie /
Herrschafts-
system /
Wirkung in
Europa



CHRISTIANS

Das Unrechtsregime · Band 1

Das Unrechtsregime

Internationale Forschung
über den Nationalsozialismus

Band 1
Ideologie – Herrschaftssystem –
Wirkung in Europa

*Herausgegeben von Ursula Büttner
unter Mitwirkung von
Werner Johe und Angelika Voß*

CHRISTIANS



Festschrift
für Werner Jochmann
zum 65. Geburtstag

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR SOZIAL- UND ZEITGESCHICHTE BAND XXI

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
und der Hamburger Bibliothek
für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung
herausgegeben von
Werner Jochmann, Werner Johe
und Ursula Büttner*

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Das *Unrechtsregime*: internat. Forschung über d. Nationalsozialismus;
[Festschr. für Werner Jochmann zum 65. Geburtstag]
hrsg. von Ursula Büttner
unter Mitw. von Werner Johe u. Angelika Voß.
– Hamburg: Christians
NE: Büttner, Ursula [Hrsg.]; Jochmann, Werner: Festschrift
Bd. 1. Ideologie – Herrschaftssystem – Wirkung in Europa. – 1986.
(Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte; Bd. 21)
ISBN 3-7672-0962-4
NE: GT

© Hans Christians Verlag, Hamburg 1986
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Printed in Germany
ISBN 3-7672-0962-4

INHALT

Fritz Fischer	Erinnerung an die Zeit der Zusammenarbeit mit Werner Jochmann	IX
Ursula Büttner	Werner Jochmanns Wirken als Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus	XV

ZUR GESCHICHTLICHEN EINORDNUNG

Helga Grebing	Deutscher Sonderweg oder zwei Linien historischer Kontinuität in Deutschland?	2
---------------	---	---

ELEMENTE DER
NATIONALSOZIALISTISCHEN IDEOLOGIE

Jerzy Serczyk	Der Nationalsozialismus und die Tradition der Aufklärung. Einige Gedanken zur nationalsozialistischen Geschichtsideologie	24
Michel Lémonon	Die Verbreitung der Rassenlehre Gobineaus in Deutschland	39
Walter Zwi Bacharach	Konsequenz und Manipulation der nationalsozialistischen Rassenideologie	49
Mosche Zimmermann	Aufkommen und Diskreditierung des Begriffs Antisemitismus	59
Franciszka Ryszka	Von der Idee zum Völkermord. Gedanken über den Antisemitismus	79
Wilhelm Deist	Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreichs. Zur Realität der »Dolchstoßlegende«	101

VERTEIDIGUNG DER WEIMARER DEMOKRATIE

Arnold Sywottek	Einheit der Arbeiterklasse zur Rettung der Weimarer Republik? Zur Kritik eines Mythos	132
Eberhard Kolb	Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?	157

VIII

ZUR STRUKTUR DES HERRSCHAFTSSYSTEMS

Martin Broszat	Reichszentralismus und Parteipartikularismus. Bayern nach dem Neuaufbaugesetz vom 30. Januar 1934	178
Wolfgang Benz	Zum Verhältnis von NSDAP und staatlicher Verwaltung im Dritten Reich	203
Günter Moltmann	Nationalklischees und Demagogie: Die deutsche Amerikapropaganda im Zweiten Weltkrieg	219
Bernd Wegner	Die Sondergerichtsbarkeit von SS und Polizei. Militärjustiz oder Grundlegung einer SS-gemäßen Rechtsordnung?	243
Czesław Madajczyk	Das Hauptamt für Volkstumsfragen und die Germanische Leitstelle	261

TERROR - VERWEIGERUNG UND WIDERSTAND

Karl Dietrich Bracher	Kirche in der Diktatur: Die deutsche Erfahrung von 1933/34	272
Günter Brakelmann	Die Bochumer Bekenntnisse des Jahres 1933. Ein Meilenstein auf dem Weg nach Barmen	291
Günther van Norden	Die Barmer Theologische Erklärung und die »Judenfrage«	315
Werner Johe	Das deutsche Volk und das System der Konzentrationslager	331
Hans Mommsen	Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944	347
Franciszek Połomski	Das Vermögen der »Reichsfeinde«. Eigentumsrechtliche Sanktionen gegen die Verschwörer vom 20. Juli 1944	363

EUROPA UND DER NATIONALSOZIALISMUS

Joseph Walk	Liechtenstein 1933-1945. Nationalsozialismus im Mikrokosmos	376
Dietrich Orlow	Der Nationalsozialismus als Markenzeichen und Exportartikel. Das Dritte Reich und die Entwicklung des Faschismus in Holland und Frankreich 1933-1939	427
Klaus-Jürgen Müller	Betrachtungen zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten	469

Charles Bloch	Aspekte der Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und Frankreich	489
Antoni Czubiński	Die Haltung der polnischen Öffentlich- keit zum Reichstagsbrandprozeß im Jahr 1933	505
Henryk Olszewski	Der Nationalsozialismus im Urteil der politischen Kräfte Polens	527
	Die Autoren dieses Bandes	556
	Inhalt des 2. Bandes	559

Erinnerung an die Zeit der Zusammenarbeit mit Werner Jochmann

von Fritz Fischer

Mit Freude begrüße ich die Ehrung, die Werner Jochmann mit dieser Festschrift zu seinem 65. Geburtstag entgegengebracht wird. Ich erinnere mich dabei gern und dankbar unserer langjährigen Zusammenarbeit in den fünfziger Jahren. Nach seiner Promotion bei Hermann Aubin über ein Thema der mittelalterlichen Wirtschaftsgeschichte und Tätigkeit im Schuldienst bedeuteten die Jahre 1953–1960 für Werner Jochmann die Herausforderung, sich mit der Zeitgeschichte zu befassen, und bereiteten ihn auf die Lebensaufgabe vor, die er in den folgenden 25 Jahren erfüllt hat.

Als ich Werner Jochmann 1953 zum Assistenten an meinem Lehrstuhl wählte, kannte ich ihn als einen selbständig, produktiv und kritisch arbeitenden Historiker, der zugleich durch seine menschliche Reife und pädagogische Erfahrung beste Voraussetzungen mitbrachte, um die Studenten in wissenschaftliche Probleme einzuführen. Das war zu der Zeit, als der Schwerpunkt meiner Vorlesungen und Seminare sich von der frühen Neuzeit auf die neuere und neueste Geschichte verlagerte, als ich nach Aufhalten in England 1950 und den USA 1952/53 und 1955 von dort mit neuen Fragestellungen zurückkam, die die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die Geschichte der Parteien und Pressure-groups, der Presse und öffentlichen Meinung als wichtiger erkennen ließen als eine davon losgelöste Geschichte der Diplomatie. Werner Jochmann wurde von dieser neuen Sichtweise mitgeprägt und betreute zusammen mit mir zahlreiche Seminar- und Ex-

amensarbeiten sowie Dissertationen aus diesem Forschungsbereich, darunter das grundlegende Buch von Helga Timm »Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition im März 1930«, Walter Tormins Studie über die Rätebewegung in Deutschland und Wolfgang Elbens Untersuchung über »Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution«, nachgewiesen an der Politik der Staatssekretäre und der militärischen Führung. Dissertationen galten u. a. dem Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie und der Auseinandersetzung der freien Gewerkschaften mit der KPD seit 1919.

Werner Jochmann gab mir den Rat – wofür ich ihm lebenslang dankbar bin –, ich solle, nachdem ich mich jahrelang auf die Lehre konzentriert hatte, ein großes Buch schreiben, um den Erkenntniswert der neuen Fragestellungen und Methoden zu bestätigen. Mit veranlaßt durch Hans Gatzkes Buch »Germany's Drive to the West. A study of Western War Aims during the First World War« (Baltimore 1950), richtete sich meine Forschung auf den Ersten Weltkrieg, seine Vorgeschichte und seine Nachwirkungen, zumal nun die von den Alliierten beschlagnahmten deutschen Archive zurückgegeben und zugänglich wurden (die Gatzke noch nicht hatte benutzen können). In zahlreichen Seminaren, die Werner Jochmann sorgfältig mitvorbereitete und mitdurchführte, wurden je die »Geistesgeschichte«, die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Wilhelminischen Zeit, das Problem des »Militarismus« vor Beginn und während des Krieges, die Frage des Präventivkrieges, die Kolonial-, Flotten- und Landrüstungspolitik im Rahmen der »Weltpolitik« als der deutschen Spielart des Imperialismus, aber ebenso die inneren Entwicklungen in den beteiligten Staaten bis zur russischen Februar- und Oktoberrevolution und die Auswirkungen dieser Prozesse behandelt. Über Rapallo und Locarno, die Weltwirtschaftskrise und das Scheitern der Weimarer Republik führten die Seminare (oft geteilt in zwei Parallelgruppen zu je 50 Teilnehmern) bis zur Auseinandersetzung mit dem totalen Staat, mit Kriegswirtschaft und Besatzungspolitik und, erregend und erschütternd für Lehrer und Studenten, mit dem System der Konzentrationslager in Europa wie der Vorbereitung und Durchführung der »Endlösung«. Dabei war das Verhältnis zu Werner Jochmann nie durch einseitiges Geben des Älteren und Nehmen des Jüngeren, sondern vielmehr durch gegenseitige Anregung und Befruchtung gekennzeichnet. Ich sah ihn schon damals als einen ebenbürtigen Wissenschaftler, dem ich nicht nur für seine Hilfe, sondern für seine eigenständigen Beiträge und weiterführenden Ideen immer dankbar war und bin, eine Empfindung, die gewiß die damaligen Studenten in der Rückschau mit mir teilen werden.

Den Rat, mich auf Forschung zu konzentrieren, gab mir Werner Jochmann, obwohl er damit sich selbst mit einer Mehrarbeit für den Unter-

richtsbetrieb belasten mußte. (Es gab damals nur vier Professoren im Seminar). Den Konflikt zwischen Lehre und Forschung hat er selbst später schmerzlich durchstehen müssen in dem jahrelangen Zwiespalt zwischen den Aufgaben, die der Aufbau seines Instituts mit der weitverzweigten Betreuungs-, Beratungs- und Gutachtertätigkeit für die große Zahl der Benutzer aus der ganzen Welt mit sich brachte, und seiner eigenen Forschungs- und schriftstellerischen Arbeit. Und doch hat er auf beiden Ebenen Bleibendes geschaffen: Er war und ist streng in seinen Maßstäben, immer quellennah und findig, neue Dokumente aufzuspüren, abhold jeder Phrase, mißtrauisch gegen Doktrinen; dabei aber höchst aufmerksam auf die Rolle, die Ideologien, Religionen und Pseudoreligionen im geschichtlichen Prozeß spielen.

Er hat in den sechziger und siebziger Jahren Bahnbrechendes geleistet in seinen Studien über den Antisemitismus, dessen Aktivierung in der großen Wirtschaftskrise nach 1873, die innenpolitische Funktion und das Fortleben der judenfeindlichen Ideologie durch Weltkrieg und Nachkriegszeit, bis sie in der Wirtschaftskrise nach 1930 erneut als Agitationsmittel gefährliche Brisanz erhielt und als Staatsdoktrin im Dritten Reich schließlich zum millionenfachen Mord führte. Nicht weniger original und provozierend in ihrer Wahrhaftigkeit sind Werner Jochmanns Studien zum Verhältnis von deutschem Protestantismus und Nationalismus: In der Untersuchung über Adolf Stoecker zeigt er die Verbindung zum Antisemitismus und zu einer antidemokratischen und antisozialdemokratischen Abwehrreaktion, während in den Arbeiten zum deutschen Protestantismus nach 1945 die Unfähigkeit der Kirchen und Theologen aufgedeckt wird, ihre eigene Mitverantwortung für das Scheitern der ersten deutschen Republik zu erkennen und anzuerkennen. Schließlich sei auf den dritten – neben bedeutenden Dokumentationen und Quelleneditionen – großen gedanklichen Anstoß von Werner Jochmann hingewiesen: auf seine immer erneute bohrende Beschäftigung mit der Weltwirtschaftskrise von 1930 bis 1933, mit der Ratlosigkeit von Regierungen und Experten gegenüber dem Problem der Massenarbeitslosigkeit und ihren fatalen sozialen und politischen Folgen, Anstöße, die in dem Kreis seiner späteren Schüler und Mitarbeiter aufgenommen wurden.

Die fünfziger Jahre, in denen alle diese Interessen sich in ihm sammelten, als ein großer Teil der Studenten noch aus Kriegsteilnehmern bestand, die von einem leidenschaftlichen Bemühen um historische Wahrheit beseelt waren, diese Jahre sind Lehrer und Assistenten erinnerlich als die Jahre, in denen – äußerst bescheidenen Lebensumständen zum Trotz – die persönlichen Beziehungen zu den Studenten eng und vertrauensvoll waren, als Witz und Humor geschätzt wurden, als es noch Sommer- und Winterfeste

XIV *Fritz Fischer*

im Historischen Seminar gab, als »Nestwärme« alle zusammenhielt. Ein unvergeßlicher Höhepunkt dieser Jahre war eine Reise nach Italien 1954, die – mehrere Semester lang in Seminaren wohlvorbereitet – dem Studium der Probleme des damaligen Italiens galt, mit Vorträgen, Gesprächen, Debatten in Stadtverwaltungen und Parteiquartieren in Mailand, Venedig, Florenz, Rom und Pisa über die ökonomischen und sozialen Fragen, über den Mezzogiorno-Plan, über die Rechts- und Linksradikalen, über die damals höchst dramatischen Flügelkämpfe in der Democrazia Cristiana, gipfelnd in einer Begrüßung durch Papst Pius XII; bei der nach solcher Tagesarbeit uns am Abend dann doch die Kunst und Architektur Italiens, aber auch Wein und Romantik gefangennahmen. Werner Jochmann war als »Kanzler« die Seele des Unternehmens, gleich bereit, die Verantwortung für die Organisation zu tragen wie nach Jahren der Abschnürung von der Außenwelt die nun doppelt empfundene Freiheit und Lebensfreude mitzugenießen. Und doch begann mit dem Ende dieser Lebensperiode für ihn 1960 erst die volle Verantwortlichkeit einer großen Aufgabe, die ihm die Stadt Hamburg übertrug.

Werner Jochmanns Wirken als Leiter der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus

von Ursula Büttner

Zum Lebenswerk Werner Jochmanns wurde die Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, mit deren Aufbau und Leitung ihn der Senat 1960 betraute. Selten ist die Bedeutung eines wissenschaftlichen Instituts so sehr mit dem Wirken eines Mannes verbunden, wie es hier zutrifft. Fast aus dem Nichts heraus gelang es ihm, in 25 Jahren eine Einrichtung zu schaffen, die im In- und Ausland einen guten Namen hat. Wie weit dieses Ansehen reicht, kommt am besten in der Tatsache zum Ausdruck, daß sich 45 Kollegen aus vielen Ländern der Welt bis nach Australien und Kanada zusammengefunden haben, um Werner Jochmann aus Anlaß seines 65. Geburtstags mit einem Beitrag zu diesem Gemeinschaftswerk über den Nationalsozialismus für seine Leistung zu danken.

Mit einer bedeutenden Spezialbibliothek und einer reichhaltigen Sammlung von unveröffentlichten Quellen entwickelte sich das »Jochmann-Institut«, wie es von den Benutzern meistens kurz und treffend genannt wurde, zu einem Zentrum der Zeitgeschichtsforschung in Deutschland. Wissenschaftler aus vielen Ländern suchen den Gedankenaustausch mit seinem Leiter. Dank der Aufgeschlossenheit Jochmanns für neue Themen, Fragen und Methoden gingen sowohl von seinen eigenen Arbeiten als auch von den Veröffentlichungen des Instituts oft wichtige Impulse und Anregungen für die Forschung aus. Darüber hinaus wurde es in der Öffentlichkeit zu einem Begriff, vor allem weil sein Leiter sich nie mit der Diskussion

der wissenschaftlichen Erkenntnisse im engen Kreis der Fachkollegen begnügte, sondern durch eine rastlose Vortragstätigkeit und – besonders in der Aufbauphase – durch eine rege publizistische Aktivität für ihre weitere Verbreitung sorgte. Dabei standen immer nur relativ geringe finanzielle Mittel und wenige personelle Kräfte zur Verfügung. Was in dieser Hinsicht fehlte, ersetzte Werner Jochmann durch seine nie ermüdende Energie, einen schier unerschöpflichen Reichtum an Ideen, die aus der selbstlosen Hingabe an ein Ziel entstehende Überzeugungskraft, durch die er Kollegen für wichtige Forschungsvorhaben gewinnen und jüngere Wissenschaftler zu vielbeachteten Leistungen anspornen konnte. Das Engagement für die ihm gestellte Aufgabe ließ ihn Schwierigkeiten und Hindernisse ignorieren. So nahm er Projekte, von deren Bedeutung er überzeugt war, in Angriff, ohne sich mit ängstlichen Überlegungen aufzuhalten, ob sie die geringen Möglichkeiten der Forschungsstelle nicht überforderten. Vieles fast aussichtslos Erscheinende wurde auf diese Weise verwirklicht.

Als Werner Jochmann 1960 seine Tätigkeit an der Universität aufgab, um die Forschungsstelle aufzubauen, war dieser Schritt ein Wagnis. Vier Jahre zuvor hatte ein Institut mit ähnlichem Auftrag, die Forschungsstelle für die Geschichte Hamburgs von 1933 bis 1945, die Arbeit eingestellt, ohne nennenswerte Ergebnisse vorlegen zu können. Hauptursache dafür war der Mangel an Quellen gewesen. Die Akten aus dem Zuständigkeitsbereich des Reichsstatthalters, der Hamburger NSDAP und ihrer Gliederungen waren bis auf ganz geringe Reste vernichtet, die Unterlagen der obersten Reichsbehörden befanden sich zum Teil noch im Gewahrsam der Alliierten, die übrigen wie auch die Überlieferung der örtlichen Behörden waren noch nicht erschlossen. So hinterließen die drei wissenschaftlichen Mitarbeiter der ersten Forschungsstelle, als sie nach siebenjährigem Bemühen aufgaben, neben einer Anzahl von Tätigkeitsberichten lediglich eine Handbibliothek und eine kleine Sammlung von Zeitzeugendarstellungen und aus Privatbesitz übernommenen zerstreuten Dokumenten. So wichtig die Sicherung dieses Materials war, reichte es für fundierte Forschungen nicht aus. Als das Anwachsen des Rechtsradikalismus den Senat 1960 veranlaßte, die neue Forschungsstelle zu gründen, waren die äußeren Bedingungen für eine erfolgreiche Arbeit kaum günstiger, zumal Werner Jochmann zunächst allein vor der dreifachen Aufgabe der Quellenerfassung, Forschung und Vermittlung der Untersuchungsergebnisse stand. Erst 1962 erhielt er zwei studentische Hilfskräfte, 1964 einen zweiten, 1966 einen dritten und 1981 schließlich einen vierten Wissenschaftler zur Unterstützung. Dabei hatte der Senat – aufgrund der Vorstellungen Jochmanns – den Auftrag des Instituts gegenüber dem früheren entscheidend erweitert: Es sollte zum einen die politischen, ideologischen und sozialgeschichtlichen Voraussetzungen

für den Aufstieg des Nationalsozialismus in die Betrachtung einbeziehen, zum anderen auch die Maßnahmen zu seiner Überwindung nach 1945 sowie das Fortwirken faschistischer und antisemitischer Tendenzen berücksichtigen.

Die Bereitschaft, den sicheren, berechenbaren Weg zu verlassen, um sich einer schwierigen, aber lohnenden Aufgabe zu stellen, war für Werner Jochmann charakteristisch. Nach schwerer Kriegsverwundung hatte er 1942 in Breslau mit dem Studium der Geschichte, Germanistik, Geographie und Philosophie begonnen. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs wechselte er an die Universität Jena, die er jedoch wegen allzu freimütiger Kritik an historischen Ausführungen des Agitpropleiters der thüringischen KPD sofort wieder verlassen mußte. Er folgte daraufhin 1946 seinem Breslauer Lehrer Hermann Aubin nach Göttingen und wenige Monate später nach Hamburg, wo er 1948 mit einer Dissertation über den *Hamburger Handel im 13. und 14. Jahrhundert* promovierte. Ein Angebot, in den Mitarbeiterkreis der *Monumenta Germaniae Historica* einzutreten, schlug er jedoch aus. In der sorgsamsten Edition von Zeugnissen einer weit zurückliegenden Vergangenheit vermochte er angesichts der bedrängenden Gegenwartsfragen keinen genügenden Sinn zu finden. 1921 in Biebig bei Görlitz geboren, gehörte er zu jener Generation, die in Schule und Hitler-Jugend im Geist des Nationalsozialismus erzogen worden war, dann aber, vor allem während des Krieges, die Diskrepanz zwischen Ideologie, Propaganda und Wirklichkeit erlebt hatte und nun nach Erklärungen für den Erfolg und die Möglichkeit zwölfjähriger Herrschaft der antihumanen faschistischen Bewegung suchte. Die politischen und kulturellen Traditionen des deutschen Bildungsbürgertums waren vielen dieser jungen Wissenschaftler zutiefst fragwürdig geworden. Die Auseinandersetzung mit der neueren und neuesten Geschichte sollte helfen, wieder Orientierungen zu finden.

In dieser Situation entschloß sich Werner Jochmann, der Mediaevistik den Rücken zu kehren und vorübergehend als Lehrer an der Oberstufe einer Privatschule zu wirken. Die erhoffte Chance zu wissenschaftlicher Arbeit im Bereich der neuesten Geschichte kam 1953, als er die Assistentenstelle bei Fritz Fischer erhielt. Die folgenden sieben Jahre eines intensiven und überaus fruchtbaren Gedankenaustausches waren, wie Jochmann stets dankbar bekannte, für die Entwicklung seiner Forschungskonzeption von entscheidender Bedeutung. In ihnen fand er, die verschiedenen Anstöße verarbeitend, den Weg zur modernen Sozialgeschichte. Angesichts des staatlichen Zusammenbruchs und der Verbrechen des Dritten Reichs ging von der geistesgeschichtlichen Deutung der »deutschen Katastrophe« durch Friedrich Meinecke und andere eine starke Faszination aus. Die iso-

lierte, sektorale Betrachtung wirtschaftlicher Vorgänge und sozialer Gegebenheiten erschien nunmehr als unzureichend; doch konnte die einseitige Betonung geistiger Prozesse und Fehlentwicklungen einen Historiker wie Werner Jochmann, der von der Bedeutung wirtschaftlicher Faktoren aufgrund seiner Schulung bei Aubin überzeugt war, ebenfalls nicht befriedigen. Im eingehenden Gespräch mit Fritz Fischer, der selbst, von der Theologie herkommend, zunächst eher in Ideen und Denktraditionen die entscheidenden Triebkräfte der Geschichte sah, suchte Jochmann die beiden Ansätze miteinander zu verbinden. Dazu kam die Herausforderung durch die Arbeiten Otto Brunners: Wie für die frühe Neuzeit mußte es auch für das 20. Jahrhundert möglich sein, den Zusammenhang des politischen Geschehens mit den gesellschaftlichen Strukturen und Prozessen zu erfassen. Es ging darum, die gegensätzlichen oder konkurrierenden Interessen, die Mentalitäten und Ideologien sozialer Gruppen als Bedingungen für politisches Verhalten zu erkennen. Nicht mehr auf die großen Persönlichkeiten, sondern auf die gesellschaftlichen Kräftekonstellationen konzentrierte sich die Aufmerksamkeit. Nicht allein die Programme der Parteien und die Erklärungen ihrer Führungsgremien, sondern ebenso sehr die Einstellungen »an der Basis« ihrer Mitglieder- und Anhängerschaft fanden Beachtung. Besondere Bedeutung kam in dieser Konzeption den Verbänden zu, deren Einfluß auf die Politik zunehmend zutage trat und deren Erklärungen darüber hinaus Rückschlüsse auf die Haltung der sozialen Gruppen erlaubten. Es war ein weites und komplexes Forschungsprogramm, das Werner Jochmann beim Aufbau seines Instituts vor Augen stand.

Für die Geschichte des Nationalsozialismus bedeutete es, daß die Zeit seiner Herrschaft nicht aus dem Gesamtzusammenhang der deutschen Entwicklung herausgelöst werden konnte, daß nach den strukturellen Voraussetzungen und ideologischen Vorprägungen zu fragen war, die seinen Sieg ermöglichten. Das Problem der Kontinuität in der deutschen Geschichte stellte sich besonders nachdrücklich. Auch kam es bei diesem Ansatz weniger darauf an, die Mächtigen des Dritten Reichs und ihre Verantwortung darzustellen, als das Mit- und Gegeneinander der rivalisierenden Machtzentren, das Verhalten der vielen kleinen Beamten und Funktionäre im Herrschaftsapparat sowie den gesellschaftlichen Rückhalt des Regimes zu analysieren. Regionale Untersuchungen boten dafür die besten Möglichkeiten. So wie Aubin durch landesgeschichtliche Studien das generelle Wissen über die Gesellschaft des Mittelalters bereichert hatte, so plante Jochmann, durch exemplarische Forschungen im überschaubaren Raum einen Beitrag zur allgemeinen politischen Sozialgeschichte zu leisten. Sein Institut wurde aufgrund dieser Konzeption mit einer Reihe von bahnbrechenden Arbeiten zum Wegbereiter einer fortschrittlichen zeithistorischen

Regionalforschung. Es gelang ihm, die lokale Nachfrage nach Informationen über die jüngste Geschichte Hamburgs zu befriedigen und zugleich mit solchen Fallstudien über die Stadt an den neuen wissenschaftlichen Bemühungen teilzunehmen. Regionalgeschichte, wie Jochmann sie verstand, bedeutete nicht Einengung, sondern Ausweitung des Forschungsbereichs. Die Einordnung der Erkenntnisse in die übergreifenden Zusammenhänge war unerlässlich, und diese mußten oft erst erarbeitet werden. So stehen bei ihm und in der von ihm herausgegebenen Schriftenreihe Darstellungen über die Region gleichberechtigt neben generellen Werken.

Jochmanns Entscheidung, sein Institut von Beginn an in den Dienst der modernen Sozialgeschichte zu stellen, hatte weitreichende Folgen: Noch bevor diese Forschungsrichtung seit der Mitte der sechziger Jahre zum Durchbruch gelangte – woran auch Jochmann mit seinen Publikationen Anteil hatte –, wurden ihr in Hamburg Arbeitsvoraussetzungen geschaffen, die dann einer wachsenden Zahl von Benutzern zugute kamen. Neue Methoden mußten entwickelt und erprobt, bislang kaum beachtete Quellengruppen, wie zum Beispiel die Druckschriften von Parteien und Verbänden, erschlossen, früher fernabliegende Bereiche in die historische Betrachtung einbezogen werden. Der Austausch mit den Nachbarwissenschaften, nicht nur Politologie und Soziologie, sondern auch Theologie, Philosophie und Rechtswissenschaft, war nötig und für Jochmann selbstverständlich. Das vorliegende Werk zeugt von diesem Bemühen um breite interdisziplinäre Zusammenarbeit. Vor allem aber ermöglichte der weite sozialgeschichtliche Forschungsansatz, 1966 eine wichtige Chance zu nutzen. Die SPD und die Gewerkschaften Hamburgs entschlossen sich in diesem Jahr, ihre älteren, historisch wertvollen Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchbestände der Stadt zu schenken. Eine »Hamburger Bibliothek für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung« wurde gegründet und der Forschungsstelle angegliedert, mit der sie seither eine funktionelle Einheit bildet. Diese Konstruktion hatte nur deshalb Sinn, weil Werner Jochmann in den Jahren zuvor seine Auffassung durchgesetzt hatte, daß die Gesamtentwicklung der deutschen Gesellschaft seit dem späten 19. Jahrhundert Thema der Institutsarbeit sein müsse.

So sehr die beiden Zweige des Instituts im Rahmen der Sozialgeschichte zusammengehören, bedeutete die Übernahme der »Bibliothek« dennoch eine erhebliche Aufgabenerweiterung. Ein neuer großer Forschungsbereich mußte neben dem bisherigen betreut werden – mit denselben geringen Kräften. Wichtiger als die Mehrbelastung aber war für Werner Jochmann die Tatsache, daß er dank der Schenkung nun seinen Plan verwirklichen konnte, das Institut zu einem Zentrum der sozialgeschichtlichen Forschung über das 19. und 20. Jahrhundert zu entwickeln. Ein Kernbestand

war vorhanden, so daß in den folgenden zwei Jahrzehnten durch eine systematische Ergänzungspolitik eine Spezialbibliothek für die Geschichte der Parteien, Verbände und sozialen Bewegungen mit heute rund 45 000 Einheiten geschaffen werden konnte. In einem »Archiv« werden außerdem in einigen Tausend Faszikeln und Boxen unveröffentlichte Zeugnisse aus Privatbesitz und andere Forschungsmaterialien verwahrt. Mit dem Ausbau hat sich der Benutzerkreis des Instituts vergrößert und verändert. Es muß immer mehr Dienstleistungen für ein nichtfachwissenschaftliches, historisch-politisch interessiertes Publikum erbringen.

Obwohl der Auf- und Ausbau des Instituts und bald auch die Betreuung der wachsenden Zahl von Benutzern viel Zeit und Arbeitskapazität beanspruchten, blieb die Forschung für Werner Jochmann immer die wichtigste Aufgabe. Er wußte, daß die Leistungen auf diesem Gebiet über die Existenzberechtigung des Instituts entschieden. Bereits im Gründungsjahr 1960 veröffentlichte er den ersten Band einer eigenen Schriftenreihe. Zweifel, ob sein Ein-Mann-Institut damit nicht überfordert sei, beirrten ihn nicht, und der Erfolg gab ihm recht: In zwei, inzwischen zusammengefaßten Reihen sind bis heute 30 Bände erschienen, darunter mehrere Arbeiten, die in fremde Sprachen übersetzt oder als Taschenbücher wiederveröffentlicht wurden.

Die erste Publikation, *Im Kampf um die Macht*, eine sorgsam kommentierte Edition der Rede, die Hitler 1926 vor dem Hamburger Nationalklub von 1919 gehalten hatte, verriet die Hand des geschulten Mediaevisten. In der Einleitung zeichnete Jochmann eingehend nach, wie Hitler nach der taktischen Wende zur »legalen« Eroberung der Staatsmacht das konservative Großbürgertum umwarb, wie er die Anschauungen und Forderungen dieser Führungsschicht scheinbar übernahm, extremistische Komponenten seiner Ideologie wie Rassismus und Antisemitismus bewußt unterdrückte – und mit solchen Manipulationen Erfolg hatte. Damit hatte Jochmann durch intensive Analyse einer Quelle Erkenntnisse gewonnen, die ein Jahr später durch das Erscheinen von Hitlers »Zweitem Buch« bestätigt wurden.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Unterstützung für den Nationalsozialismus stand auch im Mittelpunkt von Jochmanns folgenden Veröffentlichungen. In *Nationalsozialismus und Revolution* (1963) lenkte er den Blick besonders auf die Wegbereiterfunktion der zahlreichen völkischen und antisemitischen Verbände, die als bürgerliche Honoratiorenvereine von den Kadern der jungen nationalsozialistischen Aktivisten, denen sie ideologisch vorgearbeitet hatten, dann allerdings überspielt und beiseite gedrängt wurden. Darüber hinaus dokumentierte Jochmann in diesem Buch erstmals die eigenständige Geschichte der NSDAP in Norddeutschland vor 1933. Mit einer Fülle unbekannter Quellen belegte er, wie sie hier aufgrund

ihrer unterschiedlichen Sozialstruktur zum Teil andere, stärker »sozialistisch« geprägte Zielvorstellungen entwickelte als die süddeutsche Partei, sich in der gemeinsamen Konfrontation mit den Völkischen schließlich aber doch auf die Seite Hitlers stellte.

In diesen Zusammenhang gehören einige auf Jochmanns Anregung in der Forschungsstelle erarbeitete Studien: Iris Hamel und Uwe Lohalm zeigten exemplarisch, wie in bürgerlichen Verbänden, nämlich im Deutschen nationalen Handlungsgehilfen-Verband und im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund die mentalen Dispositionen geschaffen wurden, die für die nationalsozialistische Agitation empfänglich machten. Die Untersuchungen fanden viel Beachtung und wirkten als Impuls für weitere verbandsgeschichtliche Forschungen. Auf ein ähnliches Interesse stießen die Arbeiten von Henning Timpke über die »Gleichschaltung des Landes Hamburg« und von Werner Johe über die »Politisierung der Rechtsprechung« im dortigen Oberlandesgerichtsbezirk, weil sie dadurch, daß sich der Blick nicht auf die Institutionen an der Spitze, sondern auf das Geschehen »vor Ort« richtete, völlig neue Einsichten in Herrschaftsstrukturen und -praktiken des Dritten Reichs ermöglichten.

Alle diese in rascher Folge vorgelegten eigenen oder unter der Ägide von Werner Jochmann entstandenen Studien trugen dazu bei, daß er 1966 mit seinem *Kommentar* zu den gemeinsam mit Hans-Adolf Jacobsen herausgegebenen *Ausgewählten Dokumenten zur Geschichte des Nationalsozialismus* eine Gesamtdarstellung über den Aufstieg der NS-Bewegung und die innere Entwicklung des Dritten Reichs vorlegen konnte, die durch ihre konzeptionelle Geschlossenheit beeindruckt. Diese Einheitlichkeit wurde durch den konsequenten Bezug der Beschreibung auf ein sozialgeschichtliches Erklärungsmodell erreicht. Jochmann begnügte sich nicht mit der Feststellung der nationalsozialistischen Erfolge, sondern fragte durchgehend nach den sozialen Gruppen, die die NSDAP trugen oder förderten, und nach ihren Motiven. Er verwies auf die Kontaktbereitschaft wichtiger Interessenorganisationen in der Zeit vor der »Machtergreifung« und die Mithilfe unpolitischer Fachkräfte nach der Errichtung der Diktatur, die deren Effektivität garantierten. Nicht die Inhalte und Methoden der Propaganda interessierten ihn primär, sondern die Gründe für deren Wirkung. Jochmanns Beobachtungen sind in den seither vergangenen zwanzig Jahren – auch durch ihn selbst in weiteren Regionaluntersuchungen über Hamburg – präzisiert, in ihrer grundlegenden Bedeutung aber bestätigt worden. Seine Interpretation, daß Hitlers Ideologie und seine Bewegung »nur in dem Vakuum« Erfolg hatten, »das nach dem Untergang einer alten und vor der Konsolidierung einer neuen gesellschaftlichen Ordnung entstand«, erscheint auch heute noch als wegweisend.

Aus der intensiven Beschäftigung mit den Vorläufern und Wegbereitern des Nationalsozialismus entwickelte sich Jochmanns Interesse an der *Struktur und Funktion des modernen Antisemitismus*. Die Ausbreitung dieser Bewegung in Deutschland in der Zeit seit der Reichsgründung wurde zu seinem zweiten großen Forschungsschwerpunkt. Auch dabei war die Aufhellung der sozialgeschichtlichen Zusammenhänge das Ziel. In zwei großen, auf umfassenden Quellenstudien basierenden Aufsätzen (1971, 1976) analysierte Jochmann das Anwachsen, Nachlassen und Wiedererstarken der judenfeindlichen Strömungen im Kontext der gesellschaftlichen, politischen und geistigen Entwicklung des Kaiserreichs und der frühen Weimarer Republik. Er zeigte, wie der Antisemitismus zur Protestbewegung aller im Modernisierungsprozeß benachteiligten, durch den Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung wie der überkommenen Wertsysteme verunsicherten Bevölkerungsgruppen wurde. Teile der Führungsschichten instrumentalisieren ihn schon früh im Interesse ihrer politischen Ziele, während die Regierungen das Treiben tatenlos, wenn nicht wohlwollend duldeten. So drang der Antisemitismus, an ältere judenfeindliche Traditionen anschließend, in immer weitere Kreise des Bürgertums ein; die Gegnerschaft gegen die Juden führte Menschen zusammen, die ansonsten durch tiefe weltanschauliche, ökonomische, soziale und politische Gegensätze getrennt waren. Zu einer Gefahr für die jüdische Minderheit in Deutschland wurde die Bewegung aber erst, als das labile Gleichgewicht zwischen den gesellschaftlichen Kräften im Ersten Weltkrieg zerstört wurde und die »nationale Opposition«, um ihre Vorrechte zu behaupten, alle Ressentiments ganz bewußt gegen die Juden lenkte. Der Antisemitismus diente ihr als Mittel, um »die Massen« zum Kampf gegen die Staatsführung und später gegen die Demokratie zu mobilisieren. Damit hatte Jochmann als erster eingehend nachgewiesen, wie diese Ideologie in der Extremsituation des Krieges eine neue Qualität und ungeahnte politische Sprengkraft gewann.

Die Instrumentalisierung des Antisemitismus beschäftigte Jochmann wieder bei der Arbeit über *Adolf Stoecker* (1982). Während diese Aktivitäten des Hofpredigers bis dahin immer nur kurz als irritierende Begleiterscheinungen eines verdienstvollen Wirkens für die Kirche und die Innere Mission betrachtet worden waren, stellte Jochmann eindrucksvoll dar, wie sie seinen Erfolg zu einem guten Teil begründeten. Nachdem Stoecker mit seinem Werben um die Arbeiterschaft gescheitert war, stellte er den Antisemitismus in Dienst, um bei den städtischen Mittelschichten zum Ziel zu gelangen: um Mitstreiter gegen die vorherrschende Ideologie des Liberalismus zu gewinnen, um den konservativ verstandenen »christlichen Staat« in einer Volksbewegung zu verankern, um der erstarrten Behördenkirche

wieder die Zustimmung und Unterstützung der evangelischen Gläubigen zu erwerben. Tatsächlich gelang es ihm, große, für die evangelische Kirche schon fast verlorene Bevölkerungskreise von neuem an sie zu binden, allerdings um den Preis, daß ihrem Auftrag fremde, politische Ideologien in sie eindringen und ihr Wirken fortan prägten. Mit Stoeckers Tätigkeit entstand jene feste »Legierung von Protestantismus, Nationalismus und Antisemitismus«, die die Haltung evangelischer Kirchenführer, Pastoren und Laien bis ins Dritte Reich hinein beeinflusste und sich zum Teil sogar nach 1945 noch bemerkbar machte.

Damit standen die Fragen nach der politischen Funktion und Verantwortung der Kirchen wie nach der Kontinuität in der deutschen Geschichte zur Diskussion, die Jochmann seit der Zeit der Zusammenarbeit mit Fritz Fischer bewegten. Mehrere Aufsätze sind diesem Problemkomplex gewidmet. Sie lassen erkennen, daß das Thema Protestantismus und Politik ein weiteres zentrales Forschungsinteresse Jochmanns bezeichnet. Aufgrund einer souveränen Übersicht über die politischen und geistigen Traditionen, die im deutschen Protestantismus im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und in der nationalsozialistischen Ära wirksam waren, arbeitete er heraus, wie schwer sich die evangelische Kirche 1945 und lange Zeit danach tat, die eigene Rolle in der Vergangenheit zu überdenken und neue Ansätze für ihr Wirken in der Gesellschaft zu finden. Die *politische Orientierung der deutschen Protestanten*, soweit sie die Leitfunktion der Kirche noch anerkannten, wandelte sich nach dem Zusammenbruch des Reichs nur allmählich.

Wenn sich Jochmann wiederholt für die biographische Darstellungsform entschied – außer der Studie über Stoecker veröffentlichte er eine Abhandlung über *Friedrich Naumann* (1985), *Lebensbilder Hamburger Juden* (1983) und, mit einer ausführlichen Einleitung, die Memoiren des Hamburger Staatsrats *Leo Lippmann* (1964) –, so hatte dies mit der Vorliebe der älteren Geschichtswissenschaft für die Gattung nichts zu tun. Jochmann ging es nicht um die »großen Persönlichkeiten«, sondern darum, am Beispiel des einzelnen Menschen die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Zeit zu untersuchen, seine Einbindung in ökonomische und soziale Strukturen wie das Maß seiner Handlungsfreiheit und Einwirkungsmöglichkeit auf diese Gegebenheiten zu klären. Die Lebensbeschreibung bot den Vorteil, die gesellschaftlichen Verhältnisse analysieren und doch die Schicksale von Menschen – die stellvertretend für ihre Gruppe stehen – im Auge behalten zu können. In bewegender Weise ist dies insbesondere in den Lebensbildern Hamburger Juden gelungen, vier meisterhaften biographischen Miniaturen.

Das Interesse an den langfristig wirksamen Strukturen in Gesellschaft

und Staat sollte nach Jochmanns Auffassung nicht dazu führen, die aktuellen und – in bestimmten Grenzen – individuellen Entscheidungen der Politiker in ihrer Bedeutung zu unterschätzen. Erklärungen für den Untergang der Weimarer Republik, in denen entweder ihre grundlegenden Schwächen und Vorbelastungen einseitig herausgestellt oder die Massen der radikalen Protestwähler verantwortlich gemacht wurden, forderten deshalb seinen Widerspruch heraus. »Demokraten«, so meinte er mit Leopold Schwarzschild, einem der zeitgenössischen Kritiker der Regierung Brüning, »sind am wenigsten berechtigt, das ›Volk‹ auf die Anklagebank zu setzen; läuft das Volk den Führern weg, so sind diese schuldig.« Von dieser These ausgehend, kam er in einem wichtigen Aufsatz über *Brünings Deflationspolitik und den Untergang der Weimarer Republik* (1978) zu dem Ergebnis, daß das starre Festhalten der Regierung an einer verfehlten, prozyklischen Finanzpolitik als ein wesentlicher Faktor bei der Zerstörung der Demokratie gelten müsse. Durch diesen Kurs hätten die Verantwortlichen zur Verschärfung der Wirtschaftskrise und damit zur wachsenden Verzweiflung und Radikalisierung der Wähler beigetragen, die Demokratie in eine hoffnungslose politische Defensive gezwungen und manche um eine aktive Konjunkturpolitik ringende Experten an die Seite der NSDAP getrieben. Mit dieser Deutung löste Jochmann eine lebhaftete Kontroverse in der Geschichtswissenschaft aus, an der er sich selbst – und das ist bezeichnend für seine Zurückhaltung – aber nicht beteiligte. Aus seinem Institut gingen in den folgenden Jahren weitere Arbeiten über diese Probleme hervor, die seine Erkenntnisse von anderen Ansätzen her bestätigten.

Überblickt man die weitgespannte und doch innerlich zusammenhängende Forschungsleistung Werner Jochmanns, die hier nur mit den wesentlichen Schwerpunkten vorgestellt werden konnte, als Ganzes, so werden einige charakteristische Züge deutlich. Gemeinsam ist den meisten Arbeiten der sozialgeschichtliche Zugriff. Jochmanns Interesse gilt vorrangig den gesellschaftlichen Bedingungen, die den Aufstieg des Nationalsozialismus vor 1933 ermöglichten und die Auseinandersetzung mit ihm nach 1945 behinderten. Unübersehbar ist das starke Bestreben, den handelnden Menschen, ihren Motiven und den auf sie einwirkenden Hemmungen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Strukturanalyse verbindet sich mit der klassischen historischen Methode des »Verstehens«. »Die Phantasie des echten Historikers ergänzt seinen Stoff ... durch lebendige Einfühlung in die wirkliche Lage wirklicher Menschen ... Er wird auf Widersprüche gefaßt sein und vor allem auf Lücken. Wo die Kraft seiner Einfühlung unsicher ist, wird er ›vielleicht‹ sagen; wo sie aussetzt, wird er schweigen. Das ist eine notwendige Kunst, besonders bei der Darstellung äußerster Randsituationen, die man selbst nicht miterlebt hat.« Dieser Beschreibung und

Forderung Ernst Simons (Entscheidung zum Judentum, S. 304) wird Werner Jochmann mit seinen Arbeiten in hervorragender Weise gerecht. Seine Schilderung ist immer konkret und anschaulich, die leitende Fragestellung allein in der Stringenz der Gedankenführung zu erkennen. Weil deutlich bleibt, daß es um reale menschliche Erfahrungen geht, fühlen sich über den Kreis der Fachkollegen hinaus viele Leser angesprochen.

Darüber hinaus wirkt das moralische Engagement überzeugend, das in Jochmanns Publikationen – wie in seinen Vorträgen – die Darstellung prägt. »Objektivität« oder »Wertfreiheit« der Geschichtsforschung waren für ihn nie ein Ziel; er wußte, daß es sie nicht geben kann. Das Bedürfnis, die Ursachen für die Preisgabe humaner Werte im Dritten Reich zu erkennen, hatte ihn zur Zeitgeschichte geführt, und in diesem Sinne wollte er mit seiner Wissenschaft politisch wirken. Hier lag der Grund dafür, daß er trotz der Belastung durch den Aufbau des Instituts und die Forschungsarbeit Zeit und Kraft erübrigte, um seine Erkenntnisse in unzähligen Vorträgen und bei wichtigen Anlässen in Zeitungsartikeln zu verbreiten. Wo immer er Gelegenheit dazu erhielt, bei Veranstaltungen von Schulen, Pfarreien, kirchlichen Akademien, politischen Gesellschaften, Parteien, Gewerkschaften usw., auch vor Zuhörern aus Rechtskreisen, trat er dafür ein, den Nationalsozialismus als Teil der deutschen Geschichte im Bewußtsein zu behalten und sich zu der Verantwortung des deutschen Volkes für ihn zu bekennen, ja auch die Schuld des Wegsehens, der Gleichgültigkeit und der Passivität einzugestehen. Dieses Bemühen hat ihm manche Schmähungen eingetragen – die diffamierend gemeinte Bezeichnung als »Umerzieher der Nation« in der Deutschen Nationalzeitung war in Wahrheit ein Ehrentitel –, aber auch den Grund für die Achtung und Freundschaft vieler wichtiger Menschen gelegt.

Der gleiche Antrieb, persönliche Schlußfolgerungen aus der schlimmen Vergangenheit zu ziehen, bestimmte von Anfang an die Schwerpunkte der wissenschaftlichen und menschlichen Kontakte. Werner Jochmann suchte die Verbindung insbesondere zu Angehörigen der Völker, die während der NS-Zeit am schwersten unter Deutschen gelitten hatten. Da er wußte, daß Verständigung nicht gefordert werden, sondern nur aufgrund unablässigen Bemühens um Eindeutigkeit angesichts der Verbrechen entstehen kann, fand er positive Resonanz. Beziehungen nach Polen anzuknüpfen, lag dem gebürtigen Schlesier Jochmann besonders nahe. Schon 1957, unmittelbar nachdem sich dieses Land mit dem Ende der stalinistischen Ära zögernd dem Westen zu öffnen begann, nutzte er die Chance, um mit polnischen Historikern ins Gespräch zu kommen. Daraus entwickelte sich ein ständiger Gedanken- und Informationsaustausch, der seither durch gegenseitige Studienbesuche und gemeinsame Veranstaltungen noch vertieft und erweitert wurde.

Mindestens gleiche Bedeutung erlangte nach der Gründung der Forschungsstelle alsbald die Zusammenarbeit mit jüdischen Kollegen in Israel und anderen Ländern. Enge Verbindungen bestehen außer zu den israelischen Universitäten und Forschungseinrichtungen insbesondere zum Leo Baeck-Institut, an dessen Arbeit Jochmann auf vielfältige Weise teilnahm und dessen deutschem Kuratorium er angehört. Die bittere Bilanz eines jüdischen Publizisten, daß sich deutsche Gelehrte zwar für die entferntesten Südseestämme, nicht aber für die Juden im eigenen Land interessiert hätten, wurde für Jochmann zur Verpflichtung: Eine zentrale Aufgabe sieht er darin, wenigstens die Erinnerung an die Leistungen und das Schicksal dieser Menschen zu pflegen. So ging es auf seine Initiative zurück, daß sich 1974 erstmals ein Deutscher Historikertag in einer von ihm geleiteten Sektion mit einem Thema der deutsch-jüdischen Geschichte befaßte, und auch an der Bildung einer internationalen Arbeitsgruppe, die die Situation der jüdischen Minderheit in der deutschen Gesellschaft erforschen wollte, war er im selben Jahr maßgeblich beteiligt. Wieder auf Anregung und unter Leitung Jochmanns beschäftigte sich 1978 eine Sektion des Deutschen Historikertags mit der Entwicklung des Zionismus. Zu dieser Zeit war die antizionistische Kampagne, hinter der sich nur zu oft antisemitische Ressentiments verbergen, bereits im Gange. Wissenschaftliche Erkenntnis, das brachte Jochmann mit seinem Engagement zum Ausdruck, hat nach seiner Auffassung auch die Funktion, alten und neuen Vorurteilen entgegenzuwirken.

Diesem Ziel dienten viele seiner Vorträge und mehrere Ausstellungen der Forschungsstelle; dafür arbeitete Jochmann in der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, deren Hamburger Vorsitzender er seit 1985 ist. Um seinen Teil dazu beizutragen, daß das Verlangen der Überlebenden des Judenmordes nach Gerechtigkeit erfüllt werde, wandte er als Sachverständiger im Prozeß gegen den Kommandeur der Sicherheitspolizei in Warschau alle Kraft auf, um die komplizierten Befehlswege und Verantwortungsstrukturen zu klären. Mit gleichem Nachdruck bemühte er sich als Gutachter in Sozialgerichtsverfahren, den Verfolgten zu helfen. Mit dieser Hingabe an die selbstgewählte Aufgabe gewann Jochmann Vertrauen. Er half dadurch, wie israelische Historiker in Würdigung seiner Lebensarbeit schrieben, eine Brücke zu bauen, auf der sich Deutsche und Juden wieder begegnen konnten.

Der Überblick über das Wirken Werner Jochmanns wäre unvollständig ohne einen abschließenden Hinweis auf seine Tätigkeit als akademischer Lehrer. Da er mit seiner Arbeit wirken, auch Mitsreiter für sie gewinnen wollte, maß er dieser Aufgabe immer große Bedeutung bei und setzte sich restlos für sie ein. Wer ihn als Student in dieser Rolle erlebt hat, weiß viel von seinen hohen Anforderungen, aber auch von der Begeisterung zu be-

richten, mit der er seine Erkenntnisse weitergab. Sein temperamentvoller Vortrag nahm gefangen, das immer spürbare moralische Engagement überzeugte. Dabei war er für Gegenargumente offen, ja dankbar. Über die Interpretation einer Quelle wurde in seinen Veranstaltungen mit Leidenschaft debattiert. Gedanken auszutauschen, zu prüfen, war ihm ein Bedürfnis, auch wenn es sich um die tastenden Versuche von Studenten handelte. Wie kaum ein anderer vermochte er auf diese Weise seine Freude an der Forschung zu vermitteln.

Wissenschaft ist Gespräch, das hat Werner Jochmann immer betont. Von seiner Bereitschaft, selbstlos Rat und Unterstützung zu gewähren, Erkenntnisse, Pläne und sogar zentrale Quellenfunde mit anderen zu teilen, haben viele profitiert. Als Beitrag zu diesem Gespräch, als Dank und als Ausdruck des Wunsches, den in einem Vierteljahrhundert der Arbeit für die Erforschung des Nationalsozialismus bewährten Gedankenaustausch fortzusetzen, sind die Abhandlungen in dem vorliegenden Werk zu verstehen.

*Auswahl der wichtigsten Veröffentlichungen
von Werner Jochmann*

Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919. Frankfurt/M. 1960

Adolf Hitler. Persönlichkeit – Ideologie – Taktik. Paderborn 1960 (gemeinsam mit Bernd Nellessen)

Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente. Frankfurt/M. 1963

Leo Lippmann, Mein Leben und meine amtliche Tätigkeit. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Werner Jochmann. Hamburg 1964

Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945. Hrsg. v. Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann. Bielefeld 1961–1966. (Zwei Dokumentenbände und Kommentar)

Die Ausbreitung des Antisemitismus. In: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923. Tübingen 1971, S. 409–510

Evangelische Kirche und politische Neuorientierung in Deutschland 1945. In: Imanuel Geiss und Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Fritz Fischer zum 65. Geburtstag. Düsseldorf 1973

The Jews and German Society in the Imperial Era. In: Leo Baeck Institute, Year Book XX (1975)

Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus. In: Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914. Tübingen 1976, S. 389–477

Die deutsche Arbeiterbewegung und der Zionismus 1897–1918. In: Juden und jüdische Aspekte in der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918. Beiheft 2 zum Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte. Tel Aviv 1977

Brünings Deflationspolitik und der Untergang der Weimarer Republik. In: Dirk Stegmann, Bernd-Jürgen Wendt, Peter-Christian Witt (Hrsg.), Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Festschrift für Fritz Fischer zum 70. Geburtstag. Bonn 1978

Der Säkularisierungsprozeß in Deutschland und der Nationalsozialismus. In: Religion und Politik in der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts. Hrsg. von Shemaryahu Talmon und Gregor Siefer. Bonn 1978

Zur politischen Orientierung der deutschen Protestanten nach 1945. In: *Christen in der Demokratie*. Hrsg. von Heinrich Albertz und Joachim Thomsen. Wuppertal 1978

Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus. In: *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*. Hrsg. von Rudolf von Thadden. Göttingen 1978

Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1980

Stoecker als nationalkonservativer Politiker und antisemitischer Agitator. In: Günter Brakelmann, Martin Greschat, Werner Jochmann, Protestantismus und Politik. *Werk und Wirkung Adolf Stoeckers*. Hamburg 1982

Hamburg auf dem Weg ins Dritte Reich. Hamburg 1983 (gemeinsam mit Ursula Büttner)

Gesellschaftliche Gleichschaltung in Hamburg 1933: Freiheit des Individuums oder Sicherheit und Schutz der Gemeinschaft? In: Ursula Büttner, Werner Jochmann (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur. Nationalsozialistische Machtaneignung in Hamburg – Tendenzen und Reaktionen in Europa*. Hamburg 1984

Lebensbilder und Dokumentation. In: *Der Untergang der Hamburger Juden*. Gedenkveranstaltung des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg, der Jüdischen Gemeinde, des europäischen B'nai B'rith sowie der Joseph-Carlebach-Loge am 2. Oktober 1983. Hamburg 1984

Friedrich Naumann. In: *Gestalten der Kirchengeschichte*. Hrsg. v. Martin Greschat. Bd. 10/1. Stuttgart 1985

Die Handelsmetropole des Deutschen Reichs. In: *Hamburg. Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner*. Bd. 2: *Vom Kaiserreich bis zur Gegenwart*. Hrsg. v. Werner Jochmann. Hamburg 1986

Von Werner Jochmann herausgegebene Schriftenreihen

*Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die
Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg*

Werner Jochmann, Im Kampf um die Macht. Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub von 1919. Frankfurt/M. 1960

Werner Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922–1933. Dokumente. Frankfurt/M. 1963

Henning Timpke, Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933. Frankfurt/M. 1964

Werner Johe, Die gleichgeschaltete Justiz. Organisation des Rechtswesens und Politisierung der Rechtsprechung 1933–1945, dargestellt am Beispiel des Oberlandesgerichtsbezirks Hamburg. Frankfurt/M. 1967

Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt/M. 1967

Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890–1935. Hamburg 1970.

Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte

Bernd Nellessen, Die verbotene Revolution. Aufstieg und Niedergang der Falange. Hamburg 1963

Albert Krebs, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg. Zwischen Staatsraison und Hochverrat. Hamburg 1964

Dieter Roß, Hitler und Dollfuß. Hamburg 1966

Arnold Paucker, Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus 1928–1933. Hamburg 1967, 2. Aufl. 1969

Helmut Bley, Kolonialherrschaft und Sozialstruktur in Deutsch-Südwestafrika 1894–1914. Hamburg 1968

Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes 1919–1923. Hamburg 1970

Gabriele Krüger, Die Brigade Ehrhardt. Hamburg 1971

Jürgen Schmidt, Martin Niemöller im Kirchenkampf. Hamburg 1971

Wolfgang Jacobmeyer, Heimat und Exil. Die Anfänge der polnischen Untergrundbewegung im 2. Weltkrieg. Hamburg 1975

Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte

Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus. Die Politik der SPD und der KPD in Hamburg 1945–1949. Hamburg 1975

Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau–Ausprägung–Politik in Bremen 1945/46. Hamburg 1976

Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918. Hamburg 1976

Holger H. Herwig, Das Elitekorps des Kaisers. Die Marineoffiziere im Wilhelminischen Deutschland. Hamburg 1977

Alfred Kantorowicz, Politik und Literatur im Exil. Deutschsprachige Schriftsteller im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Hamburg 1978

Hans-Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914–1920. 2 Bände. Hamburg 1981

Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931. Hamburg 1982

Günter Brakelmann, Martin Greschat, Werner Jochmann, Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers. Hamburg 1982

Zwi Rosen, Moses Hess und Karl Marx. Ein Beitrag zur Entstehung der Marxschen Theorie. Hamburg 1983

Konrad Kwiet, Helmut Eschwege, Selbstbehauptung und Widerstand. Deutsche Juden im Kampf um Existenz und Menschenwürde 1933–1945. Hamburg 1984, 2. Aufl. 1986

Ursula Büttner, Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Hamburg 1985

XXXII

*Hamburger Beiträge
zur Sozial- und Zeitgeschichte, Beihefte*

Ursula Büttner, Werner Jochmann (Hrsg.), Zwischen Demokratie und Diktatur. Nationalsozialistische Machtaneignung in Hamburg – Tendenzen und Reaktionen in Europa. Hamburg 1984

Werner T. Angress, Generation zwischen Furcht und Hoffnung. Jüdische Jugend im Dritten Reich. Hamburg 1985

Zur geschichtlichen Einordnung

Deutscher Sonderweg oder zwei Linien historischer Kontinuität in Deutschland?

von Helga Grebing

I

Wenn nicht alles täuscht, wird die geistige Situation unserer Zeit unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß sich die Inhalte unserer politischen Identität verlagern. Der Suche nach der demokratischen Identität, die von der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik als erfolgreich angesehen wird, scheint die nach einer neuen nationalen Identität zu folgen: damit »wir« unser Deutschsein nicht länger verleugnen müssen. Diese Suche nach nationaler Identität verbindet sich oft mit der radikalen Kritik an der industriellen Zivilisation, am industriekapitalistischen Konsumismus und an der Zerstörung regionaler und kultureller Eigenarten. Deutschland small – so läßt sich aus dem Diagramm der Sehnsüchte ablesen –, das wäre beautiful, eine tiefe deutsche Kultur, das wäre die Befreiung. Solch empfindsamem Denken zu einem neuen nationalen Aufbruch vermögen gewiß nur wenige zu folgen; aber es zeichnen sich immerhin die Konturen eines noch mäßig bewegten deutschen Patriotismus ab, den gebildete deutsche Konservative und besonnene jung-nationale Linke miteinander teilen, und schon reihen sich Politiker ohne Rücksicht auf ihren politischen Ort in den Trend ein, indem sie alle Welt wissen lassen: »Ich bin zuerst ein Deutscher und dann Europäer.«

Die vielen Frauen und Männer aus den deutschen Landen (westlich der

Elbe) stehen solcher Standortbestimmung, die für sie eigentlich nichts Neues ist, noch etwas hilflos gegenüber; mancher aber wittert schon Morgenluft – motiviert oder provoziert durch die »Heimat« (Edgar Reitz' Fernsehserie) oder den »Prozeß« (von Eberhard Fechner). Man wagt wieder oder zum ersten Mal zu bekennen, einst »Pg.« gewesen zu sein oder gar in der »Leibstandarte Adolf Hitler« gedient zu haben. Man wagt sich schon wieder heraus mit Äußerungen aus dem »Wörterbuch des Unmenschen« gegenüber Fremden: Hitler (so dachte man schon immer, so spricht man es jetzt aus), Hitler würde sich wundern, wenn er sehen könnte, was aus seinem rassereinen Volk geworden ist. »Ehemalige« (in unserem Falle: Führerinnen im Reichsarbeitsdienst) wenden sich gegen die »Vergangenheitsbewältigung zu Lasten des deutschen Volkes«, die sich ihre frühere Kameradin Melita Maschmann geleistet habe, und werfen der Verfasserin des Nachworts zu Maschmanns »Fazit« vor, daß man immer noch nicht bereit sei, »sich ehrlich mit der damaligen Jugendgeneration auseinanderzusetzen«.¹

Impressionen, zufälliges Zusammentreffen von negativen Momenten? Vielleicht, vielleicht aber auch nicht; denn der alltägliche kleine, keineswegs mehr klammheimliche Neofaschismus, der sich seit der »Wende« wieder herausraut (wobei nicht unterstellt wird, daß es den Wenderednern auf diesen Effekt ankam), verändert das Alltagsklima in der Bundesrepublik. Der verengte Blick der Experten auf die organisierte rechtsradikale Szene gibt eher unfreiwillige Alibis als Aufklärung über das wirkliche Ausmaß der Bedürfnisse nach »Wiedergutmachung« der »Vergangenheitsbewältigung« in der Bundesrepublik. Schrie vielleicht der Jahrgang 1930² in der Bundesrepublik auf, als sich sein gegenwärtig in der Welt prominentester Vertreter, Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, zwar deutlich zu der »schweren Erbschaft« der »unfaßbaren Entwicklung« bekannte, die Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus genommen habe, aber gleichzeitig als »erster Bundeskanzler aus der Nachkriegsgeneration« den »Neubeginn« von 1945 als eine Umkehr deutete, die es der jüngeren Generation heute ermögliche, »unbefangener« und »gelöster« der eigenen Geschichte gegenüberzustehen?

Die Lektion war (noch?) nicht gelernt: daß uns nach Auschwitz nichts mehr vor uns selber sicher machen kann, gleichgültig, wann wir geboren wurden, gleichgültig, was seither geschehen ist. Angesichts dessen nun noch zum Ausklang des Jahres 1984 die Auseinandersetzungen um das fatale Motto für das Schlesiertreffen 1985: »40 Jahre Vertreibung – Schlesien bleibt unser«. Zwar mag es vom »Dank an Deutschland« (in einer Anzeige der Bundesregierung) zum »Deutschland über alles« keinen Weg mehr geben, aber nomen est omen.

4 Helga Grebing

Auf die Töne des neuen deutschen Nationalismus/Patriotismus gibt es bereits erschrockene Reaktionen, vor allem im Ausland, wo man zu fragen beginnt, ob da zum Marsch auf einen neuen deutschen Sonderweg geblasen werde, ob da vielleicht schon wieder jener deutsche Donner heranrolle, vor dem Heinrich Heine einst die Franzosen gewarnt hatte. Teile der französischen Linken sehen dies so und nicht sie allein, nachdem die Friedensbewegung in der Bundesrepublik in einigen Teilen den neuen deutschen Patriotismus adoptiert hat. Zu laut wird – so meinen uns heute in Freundschaft verbundene Nachbarn – von uns schon wieder über Deutschland und die Wahrnehmung deutscher Interessen nachgedacht. Erinnerungen an linke Leute von rechts in der Zwischenkriegszeit werden lebendig in dem Maße, in dem die Befürchtung wächst, dieser Patriotismus könne gar deutsch-deutsche Gestalt annehmen. Da wird ja neuerdings sogar von tonangebenden Sozialdemokraten der Versuch gemacht, ob man nicht die Westbindung der Bundesrepublik in Führungszeichen setzen könne. Studenten- und keinesfalls sind es solche, die man rechts oder links eindeutig festnageln könnte – finden es einleuchtend, daß Deutschland-West und -Ost als ein besetztes (statt befreites) Land zu kennzeichnen seien. So ist es kaum verwunderlich, daß auf der anderen Seite befürchtet wird, die nationale Identität der Deutschen werde schon wieder als im Gegensatz zur Westbindung der Bundesrepublik stehend begriffen: so, als ob das Herausspringen aus der Gemeinschaft der westlichen Werte schon die neue nationale Identität bedeute oder doch herstellen werde.

Deutsch-deutsche Kontakte sind »in«; niemand wird ihren friedensfördernden, verkrampfte Beziehungen humanisierenden Charakter bestreiten wollen, jedenfalls keiner, der begriffen hat, daß ohne Frieden in der Welt alles nichts ist. Aber das setzt voraus, daß gleichzeitig die Unterschiede zwischen Deutschland hier und Deutschland dort genau definiert erhalten bleiben, und dies gilt vor allem für die Bundesrepublik. So wenig nämlich die nationale Frage noch offen ist (soweit man heute sehen und denken kann), so sehr gilt dies auch für die soziale (d. h. gesellschaftliche) Frage, mag auch ein in der Form autoritärer, der Mentalität nach selbstgefälliger kleinbürgerlicher deutsch-deutscher Populismus hier nach Bonner und dort nach Pankower Muster die Verwandtschaft nicht verleugnen können.

Bei Unmut und Hader mit solchen Entwicklungen darf man es als der Analyse verpflichteter Betrachter nicht belassen. Deshalb muß man fragen, ob die gesetzten Zeichen – wie verquer gesetzt und schillernd sie auch immer sein mögen – nicht der Ausdruck eines legitimen Bedürfnisses nach nationaler Identität sind. Nach dem Ausprobieren vieler Möglichkeiten für einen Ersatz der nationalen Identität – Menschsein, sich als Europäer denken, als Demokrat verstehen, als Sozialist, Christ, Liberaler bekennen –

ist es vielleicht doch an der Zeit einzugestehen, daß abstrakte Orientierungspunkte, die nur über Gedankenketten ins Alltagsleben übersetzbar sind, nicht ausreichen, um jene kollektiven Bindungen zu schaffen, die die ganze Person umfassen und Handlungsziele wie Handeln selbst als realitätseingebunden erscheinen lassen. Vielleicht haben sich wirklich die Spezialisten für die Stiftung der demokratischen Identität zu lange national abstinent verhalten, wie Iring Fetscher schon vor einigen Jahren befürchtete:³ »Wir haben zu lange verdrängt, was wir sind und wo wir herkommen.«

II

Mit dem »deutschen Sonderweg« in die Katastrophe des Nationalsozialismus als Interpretationsmuster für die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts schien seit der Gründung der Bundesrepublik eine plausible und konsensfähige Antwort auf die Fragen gegeben, die sich nach 1945 für eine Neuinterpretation der deutschen Geschichte stellten: Danach galt der preußische Machtstaat des 18. Jahrhunderts als Übungsfeld für ehrgeizig-egoistische Machtpolitik, die bürgerliche Revolution von 1848 als gescheitert, das Einschwenken der deutschen Liberalen auf Bismarcks »Revolution von oben« als Verzicht auf die national-liberale Identität, das Kaiserreich als ein spannungsreiches politisch-gesellschaftliches System, in dem vorindustrielle Eliten und kapitalistisches Unternehmertum arbeitsmäßig ihre Interessen gegen alle emanzipatorischen Kräfte durchsetzten, deren Revolution von 1918/19 als steckengeblieben, die Weimarer Republik als Verlängerung nicht bloß des Schattens, sondern sogar der Realität des Kaiserreichs. Diese geschichtliche Entwicklung, die sich vom Weg der anderen modernen Industrienationen zur »Normalität« der partizipatorischen Demokratie und der sozialstaatlich garantierten relativen gesellschaftlichen Gleichheit in krasser Weise unterschied, führte – so lautete der nahegelegte Schluß – in Deutschland in den Abgrund der nationalsozialistischen Diktatur. Dieser deutsche Sonderweg – so sagen die Vertreter dieses Interpretationsmusters – ist 1945 zu Ende gegangen (und sie meinen auch: er muß zu Ende gegangen sein).

Die These vom deutschen Sonderweg wurde zum Bestandteil einer Politik, die darauf gerichtet war, die Chance des Jahres 1945 wahrzunehmen und sich darum zu bemühen, in den Kreis der zivilisierten und friedlichen Nationen als ein demokratisch verfaßtes Gemeinwesen aufgenommen zu werden. Diese Konditionierung war durchaus auch ein Beitrag zur natio-

6 Helga Grebing

nenalen Identitätsfindung; denn das Postulat vom Ende des deutschen Sonderwegs hatte die Aufarbeitung der Vergangenheit zur Voraussetzung. Doch erfolgte sie in einer so rigiden Weise, daß sie erhebliche methodische und politisch-didaktische Probleme schuf: War es denn möglich, die deutsche Geschichte seit dem 18. Jahrhundert zu einer bloßen Vorgeschichte des »Dritten Reiches« zu stilisieren? Gab es wirklich nur diese eine lückenlos negative Kontinuitätslinie, in der fast alles, was geschehen ist, seine Funktionalität in bezug zum katastrophischen Ende des deutschen Sonderweges erhielt, so daß die ganze geschichtliche Entwicklung als eine einspurige Einbahnstraße erscheinen mußte? Ein solches Bild läßt zunehmend jüngere Generationen, und eben nicht nur rechtsgestimmte, danach fragen, ob denn der Nationalsozialismus wirklich alle deutsche Geschichte verbraucht habe, so daß sie zu Berufungen für eine neue nationale Identität nicht mehr taugt.

Der These vom deutschen Sonderweg, die inzwischen in fundierter, anspruchsvoller Weise von international bekannten und geachteten deutschen Historikern als nicht mehr wegzudenkender Bestandteil der Historiographie in der Bundesrepublik herausgearbeitet worden ist,⁴ steht die monolithisch-eindimensionale Interpretation der deutschen Nationalgeschichte durch die DDR-Historiographie zwar inhaltlich, nicht aber methodisch und intentional entgegen. Denn auch die DDR-Historiographie beansprucht, die historische Fundierung des neuen deutschen Weges nach 1945 erbracht zu haben. Die historische Kontinuitätslinie wird von der DDR-Historiographie wie folgt gezogen: Seit 1830 tritt die Arbeiterklasse in den Klassenkampf ein. Unter Führung ihrer revolutionären marxistischen Partei ist sie dazu berufen, der objektiven Gesetzmäßigkeit der Geschichte entsprechend die kapitalistische Ausbeuterordnung zu beseitigen und die sozialistische Gesellschaftsformation zu errichten. Diesen Kampf konnte die Arbeiterklasse anfangs nicht ohne Verbündete aus dem nichtproletarischen Lager, die als Demokraten auf der Seite des Fortschritts standen, führen. Das Kriterium für die Bündnisfähigkeit war (und ist heute noch) die Annäherung an die Positionen der revolutionären marxistischen Partei (und später an den Staat der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Rußland). Das Ziel der nationalen Geschichte der Deutschen ist mit der Gründung der DDR erreicht; denn das werktätige Volk der DDR hat die mit der Befreiung vom Joch der faschistischen Barbarei gebotene Chance zur historischen Alternative, zur Verwirklichung jahrhundertalter Zukunftsträume genutzt und die sozialistische Revolution zum Sieg geführt. Damit ist der deutsche Sonderweg in die Normalität des weltrevolutionären Transformationsprozesses eingemündet, aber zugleich sind die progressiven Kräfte und Strömungen in der deutschen Geschichte des 19. und

20. Jahrhunderts auf diese endliche Erfüllung der deutschen nationalen Geschichte hin geordnet und positiv integriert.

Es liegt für einen demokratisch identifizierten Historiker in der Bundesrepublik durchaus nahe zu fragen, ob es nicht auch aus seiner Sicht möglich ist, die Spur des deutschen Sonderweges zwar nicht aufzugeben, aber doch ihre Eindimensionalität zu korrigieren und zwei historische Kontinuitätslinien zu zeichnen, eine »weiße« und eine »schwarze«, die auf die Bundesrepublik zulaufen bzw. von ihr zurückverfolgt werden können. Das würde davon befreien, immer nur von Scheitern, Versagen, Irrwegen und Schuld zu sprechen und Normen zur Interpretation der deutschen Geschichte verwenden zu müssen, die sich von einer politisch-moralischen Sollvorstellung ableiten.

Auch ein solches Unterfangen setzt sich dem Vorwurf aus, der schon die Vertreter der These vom deutschen Sonderweg getroffen hat: Geschichte in einem aktuellen Interesse oder Bedürfnis zu funktionalisieren; denn in der Tat könnte und sollte eine »weiße« Kontinuitätslinie dazu beitragen, der Suche nach der nationalen Identität ein historisches Fundament zu geben, dessen Baumaterial nicht aus den Reservoiren der traditionellen Rechten oder gar Rechtsradikalen stammt. Aber es steckt ja nun in dem Einwand, daß jede Epoche nicht nur Vor- und Folgegeschichte, sondern »unmittelbar auch etwas eigenes« (Thomas Nipperdey) sei, ebenfalls ein nicht minder schweres methodologisches Problem: Wer bestimmt, was das jeweils »eigene« ist – doch auch der Historiker, der sich in diesem Falle zum Blick »sub specie aeternitatis« bevollmächtigt sieht, während er im anderen Fall den »Blick zurück im Zorn« schweifen läßt. In beiden Fällen sind die subjektiven Optionen des erkennenden Subjektes – und diese Aussage ist fast schon trivial – aus dem Erkenntnisprozeß nicht auszuschließen. Nur die eigene Kontrolle dieser Optionen und ihre Überprüfung im intersubjektiven Diskurs ergeben Korrekturmöglichkeiten.

So emphatisch sich ein Historiker dagegen wehren sollte, instrumentalisiert zu werden, so ausdrücklich sollte er selbst darum besorgt sein, sich nicht instrumentalisierbar zu machen. Das heißt jedoch nicht, daß die historische Wissenschaft keine politischen Wirkungen hat oder haben sollte; denn die Geschichtswissenschaft ist Gesellschaftswissenschaft nicht nur in bezug auf die Methodik und ihre Gegenstände, also Geschichte der Gesellschaft, sondern auch Geschichte für die Gesellschaft.

III

Die eine, die »weiße« Kontinuitätslinie erscheint dem Betrachter bereits als gewaltiger Strom, wenn er seinen Blick zurück voller Zorn oder voll träumerischen Glanzes auf die deutsche Revolution von 1848 richtet. Zweifels- ohne war sie ein Hoffnungsträger für die national-demokratischen Bewe- gungen in Deutschland seit der Französischen Revolution und den anti- napoleonischen Kriegen. Sie war ein Höhepunkt in der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland. Doch sie wäre nicht denkbar ge- wesen ohne die ihr lange vorausgehende deutsche bürgerliche Aufklärung, die nicht als so defizitär und verspätet anzusehen ist, wie immer noch be- hauptet wird. Die Aufklärung hatte in Deutschland wie in Frankreich eine gesellschaftsverändernde Bedeutung, die sich nicht nur auf eine schmale Schicht von Intellektuellen beschränkte; denn nicht nur in den klassischen Gebieten der Aufklärung, in der Philosophie und der Literatur, kamen Wissensinnovationen zum Durchbruch, sondern auch in den Bereichen der wirtschaftlichen Betätigung. Die Nationalisierung des Denkens und Le- bens machte Fortschritte, die die Voraussetzungen für die Entfaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft auch in Deutschland schaffen hal- fen. Selbst der Pietismus, der der Aufklärung immer antipodisch gegen- übergestellt wird, war mit seiner Wendung gegen die protestantische Or- thodoxie und mit seinen Erziehungs- und Bildungsvorstellungen nicht ohne emanzipatorische Wirkungen.

Nicht erst und nicht allein die deutschen Jakobiner haben demokratisch- emanzipatorische Gedanken verbreitet. Auch die deutsche Frühromantik als ein stark von Frauen beeinflusster Protest gegen die aufklärerische Ver- kürzung des Menschseins auf die Vernunft und die Vernünftigkeit hat viel beigetragen zu der Definition von Selbstbefreiung und Selbstbestimmung des Individuums in der bürgerlichen Gesellschaft. Nicht minder gehört der Versuch der frühen deutschen Nationalbewegung mit ihrem burschen- schaftlichen Kern, die individuellen Freiheitsforderungen in die Forderung nach Freiheit für die ganze Nation zu überführen, zur »weißen« Linie der deutschen Geschichte. Es sollte in diesem Zusammenhang auch möglich sein, von der Chance zur Reform des preußischen Staates im Sinne größerer rechtsförmiger Objektivierbarkeit staatlichen Handelns zu sprechen. Im deutschen Vormärz, der gewiß politisch-literarisch nicht ohne gleich- gerichtete Tendenzen in Frankreich verstanden werden kann, hat sich dann zwar auch kein nationaldemokratisches Zentrum herausgebildet, aber den- noch war die liberaldemokratische Nationalbewegung eine breite Strö- mung, die mit der ökonomischen Modernisierung in Deutschland parallel lief und einen neuen Schub nationalkulturell ausgerichteter Bildungsbe-

strebungen bewirkte, wie es ihn seit der Aufklärung nicht mehr gegeben hatte.

Unter diesen Voraussetzungen kommt es einem leicht in den Sinn, in den Chor jener Interpreten einzustimmen, die die 1848er Revolution eine gescheiterte nennen. Gewiß: gemessen an der einen großen Zielvorstellung von einem freiheitlichen deutschen Nationalstaat ist die Revolution gescheitert, aber Teilziele hat sie erreicht: Die Ära der Restauration wurde beendet, der Feudalismus in allen wesentlichen Bereichen beseitigt und mit dem Verfassungsentwurf der Paulskirchenversammlung eine Traditionslinie begründet, die bis in das Jahr 1919, das Gründungsjahr der ersten deutschen Republik, reichte. Betrachtet man die Revolution aus der Perspektive der Eigeninteressen des deutschen Bürgertums, so wird man zusätzlich feststellen können, daß sie Forderungen historisch zum Durchbruch verholfen hat, die nicht mehr aus der Welt geschafft wurden: das Verlangen nach gesamtnationaler Kommunikation und nach Schaffung einer nationalen Öffentlichkeit.⁵

Überdies kann man die Revolution nicht auf die Liberalen bzw. das Bürgertum und die Paulskirchenversammlung eingrenzen. Die 1848er Revolution war eine Volksrevolution, eine revolutionäre Bewegung des Volkes (und so hat sie später die Arbeiterbewegung in Deutschland bei ihrer Berufung auf die Revolution als Ausgangspunkt der eigenen Bestrebungen auch verstanden). Beamtete und freischaffende Bildungsbürger, Unternehmer, junge Intellektuelle (darunter mancher, von dem man vergessen hat, daß er ein aktiver Partizipant der Revolution gewesen ist: Richard Wagner, Theodor Fontane, Johannes Miquel, Friedrich Hammacher), Frauen wie z. B. Emma Herwegh oder Mathilde Franziska Aneke (die dann später eine Rolle in der amerikanischen Frauenbewegung spielte), Handwerker, Meister wie Gesellen, Bauern, ländliche Unterschichten und die neue soziale Klasse der Fabrikarbeiter – das war tatsächlich ein gewaltiger Strom deutscher national-demokratischer Freiheitsbewegung. Und diese Bewegung ist nicht nur durch das egoistische Klasseninteresse einer Koalition von Junkern und Besitzenden gestoppt worden, sondern auch durch die auf das europäische Gleichgewicht bedachten Mächte. Dennoch begann mit der Revolution von 1848 das bürgerliche Zeitalter in Deutschland. Symbolisch für die tiefgreifenden Folgen der Revolution stand die Kennzeichnung des neuen, sich wie rasend über ganz Deutschland ausbreitenden Kommunikationsmittels, der Eisenbahn, als Demokraten-Express und Revolutions-Vehikel.

Entgegen mancher in der Geschichtswissenschaft vertretenen und publizistisch verbreiteten Auffassung ist das Verhalten des deutschen Bürgertums nach 1848 durchaus nicht als Resignation, Schwäche und Unfähigkeit

zur Wahrung der eigenen Interessen zu deuten. Erst als man im deutschen Bürgertum einsah, daß man aus der Sackgasse der Kleinstaaterei durch eigene Anstrengungen nicht herauskam, d. h. als die in den nichtpreußischen Staaten errungenen politischen Erfolge nicht national wirksam werden konnten und damit offenkundig wurde, daß der preußische Obrigkeitsstaat nur über die Einheit Deutschlands aufzubrechen war, ging man auf Bismarcks Konzept der »Revolution von oben« ein. Das Einschwenken auf Bismarcks Politik war kein »Bruch«, keine Kapitulation, sondern die Wahrnehmung der eigenen Interessen. Nur ein normatives, überdies am historisch problematischen Modell der englischen oder der französischen Entwicklung orientiertes Denken verlangt, daß eine ökonomisch mächtige und weite Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hegemonial bestimmende Bourgeoisie auch politisch herrschen *müsse*. Das deutsche Bürgertum war nicht gezwungen, auf die Partizipation an der politischen Herrschaft zu »verzichten«, weil es sie gar nicht wollte und vor allem gar nicht brauchte.

Man könnte unter solchen Prämissen der Auffassung folgen,⁶ daß Bismarck als Exekutor der nachrevolutionären Situation eine angemessene Lösung für die Probleme gefunden und einen notwendigen Prozeß beschleunigt habe, da doch für eine Entwicklung nach englischem oder französischem Vorbild die Voraussetzungen fehlten. Nur stiftete Bismarcks »Revolution von oben«, die er auch nach der Reichsgründung fortsetzte, keine nationale Identität. Im Gegenteil: Es ist sinnfällig, daß sich, worauf kürzlich hingewiesen wurde,⁷ die Weimarer Koalition vom Februar 1919 gerade aus jenen politischen Kräften bildete, die Bismarck nacheinander bekämpft hatte – im Verfassungskonflikt die Liberalen, im Kulturkampf die Katholiken, mit dem Sozialistengesetz die Sozialdemokraten.

Deshalb bringt es für die »weiße« Kontinuitätslinie mehr, sich an den süddeutschen Konstitutionalismus zu erinnern, was die Fixierung auf die zweifellos gegebene hegemoniale Position Preußens korrigieren würde und damit die anderen deutschen Länder nicht als unbedeutende Anhängsel Preußens erscheinen ließe. Vielmehr werden sich im süddeutschen Konstitutionalismus, der häufig von liberalen Mehrheiten geprägt war, schon seit dem frühen 19. Jahrhundert und genauso noch unter der preußischen Hegemonie des Reichs nach 1871 signifikante Abweichungen registrieren lassen. Selbst für das Kaiserreich wird man Entwicklungen feststellen, die dazu zwingen, das Bild von einem geschlossenen, wenn auch in sich widersprüchlichen System zu korrigieren. Dazu gehören die Tendenzen zur Verbürgerlichung der gesellschaftlichen Beziehungen (gegenläufig zum bisher von der Historiographie als dominant herausgestellten Prozeß der Feudalisierung des Bürgertums), die sich allerdings nur in geringem Maß bis auf die politische Ebene durchsetzten. Immerhin wird man nach jüngsten Unter-

suchungen nun wohl doch von einem langsam gleitenden Verfassungswandel im Kaiserreich vom monarchisch-autoritären zum parlamentarischen System sprechen können.

Zu vermerken wäre auch der in seiner Bedeutung wegen der starren negativen Fixierung auf den »Wilhelminismus« immer noch unterschätzte geistige Aufbruch nach 1900, der sich nicht nur auf den engen künstlerisch-kulturellen Bereich beschränkte, sondern auch Ansätze zu neuer Beweglichkeit in der gesamten Gesellschaft und zur Umorientierung mit allerdings nicht klar bestimmbar Auswirkungen auf die allgemeine politische Kultur erkennen läßt. Mit einigem Recht hat man von einer »zweiten Aufklärung« gesprochen. Inmitten, so muß man es wohl sehen, der dem Nachbetrachter so geschlossen erscheinenden Formierung der Wilhelminischen Gesellschaft zum Marsch in den imperialistischen Krieg entstand eine »zweite Kultur«, die in die Richtung der noch nicht existenten Republik wies, sie um ein Stück vorwegnahm und z. B. die kulturelle Weltgeltung von Berlin und München neben Paris begründete. Vor allem aber wird man bei der Beurteilung des Kaiserreichs zu bedenken haben, daß es der deutschen Arbeiterbewegung gelang, trotz aller fortbestehenden und neuen Behinderungen ihre alternativen Vorstellungen, die auf die Errichtung des sozialen und demokratischen Rechtsstaates zielten, in einigen wenigen Teilbereichen immerhin zu realisieren.

Solche Beobachtungen dürften wohl schon den Anlaß dazu geben, die vorherrschende Deutung einer hermetisch geschlossenen Kontinuität vom Zweiten ins »Dritte Reich« zu modifizieren: Es gab auch im Kaiserreich alternative Optionen, die gar nicht oder erst viel später geschichtsbestimmend wurden. Daß es sie gab, macht es möglich, aus der deutschen Geschichte wieder Legitimationen zu beziehen für politisches Handeln, das sich radikal-demokratischen, sozial-reformerischen Zielen verpflichtet weiß.

Diese Aussagen über das Kaiserreich gelten auch für die deutsche Revolution von 1918/19 und für die Weimarer Republik. Über die Revolution ist inzwischen so viel ausgesagt worden, daß man beinahe nichts mehr über sie zu sagen hat: auch sie gescheitert, gar verraten oder bloß steckengeblieben und damit unvollendet? Konsens unter den Historikern besteht darüber, daß gewisse, wenn auch geringe Spielräume für eine Veränderung der Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft bestanden (Teilsozialisierung insbesondere des Bergbaues, Kontrolle der lokalen Bürokratie durch die Räte, Auswechslung des Spitzenpersonals in der Verwaltung, Aufstellung eines Volksheeres nach österreichischem Muster) und nicht genutzt wurden, so daß die gesellschaftlichen und die politischen Grundlagen der Republik außerordentlich labil waren. Aber was immer man an der Revolution von

1918/19 vermißt: ihr Ergebnis war eine Republik, eine bürgerliche zwar, aber es hatte sie zuvor in Deutschland noch nie gegeben, und sie wäre ohne die Massenbewegungen im November 1918 auch nicht entstanden.

Deshalb kann man weder sagen, daß die Revolution die Republik ausschließlich negativ determiniert habe, noch, daß diese selbst als ein negatives Lehrstück zu betrachten sei. Eine solche Deutung liegt nahe, wenn man immer nur, was allerdings überwiegend geschieht, das katastrophale Ende der Republik und die Linien, die zu diesem Ende führten, im Blick hat.⁸ Im Gegensatz zu einer solchen Betrachtung kann man sich auch positive Konstellationen vorstellen, die fragen lassen, ob nicht die Republik, nachdem sie mehrere Existenzkrisen erfolgreich überstanden hatte, bis 1930 eine gute Überlebenschance besaß und insofern eben nicht als bloße Vorgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur zu begreifen ist.

Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung konnte sich erst in der Republik, von allen Zwängen befreit, bis in die Provinz hinein ausbreiten. Sie vermochte ihre Organisationsmacht zu erweitern; die Arbeiterkulturbewegung samt dem traditionellen Vereinswesen dehnte sich noch einmal massenhaft aus; die Bildung einer Gegenelite zu den traditionellen Führungsschichten zeichnete sich wenigstens ab, die praktische Reformpolitik ließ die Konturen des modernen Sozialstaates erkennen, und die Kommunen entfalteten unter sozialdemokratischem Einfluß eine eigenständige Politik des sozialen Ausgleichs. Teile des deutschen Katholizismus wurden entschieden demokratisch-republikanisch; zwar spaltete sich der deutsche Protestantismus, aber erstmals in seiner Geschichte hatten theologisch liberale und politisch demokratische Positionen eine legitime Chance in der evangelischen Kirche.

Die liberale Öffentlichkeit, die sich schon im Kaiserreich auszubreiten begann, erhielt nun ihre republikanischen Zentren u. a. in Berlin, Köln und Heidelberg. Eine hervorragende zeitgenössische Publizistik, darunter herausragend die weit links angesiedelte »Weltbühne«, wirkte zwar kritisch, aber keineswegs »zersetzend«, sondern eher die republikanischen Kräfte produktiv herausfordernd, jedenfalls der Intention nach. In den Metropolen bildete sich eine Massenkultur heraus, an der vor allem die Angestellten (und weniger die Arbeiter) partizipierten und die zumindest in ihrer Tendenz zur Gleichheit des Konsums demokratisierende Effekte gehabt haben dürfte. In diesem Zusammenhang lohnt es sich darauf hinzuweisen, daß – entgegen immer wieder hervorgehobener Meinung – nach Lesestatistiken öffentlicher Büchereien gerade in den Großstädten nicht nur Hans Grimm und ähnliche Autoren die meistgelesenen waren, sondern *pari passu* Erich Maria Remarque, gefolgt von Thomas Mann, Alfred Döblin und Lion Feuchtwanger.

Auf der anderen Seite gab es Anzeichen dafür, daß Teile der konservativen Eliten sich auf den Boden der Republik bzw. der demokratischen Tatsachen zu stellen suchten. Und während das Unternehmerlager erstmals in seiner Geschichte politisch mit gespaltener Zunge redete, erschien zumindest bis zur Weltwirtschaftskrise die Spaltung der Arbeiterbewegung als nicht irreparabel. Dies alles veranlaßt zu fragen, ob denn die Republik nicht doch eine Chance zur anhaltenden Stabilisierung im Sinne zeitgleicher englischer oder französischer Verhältnisse hatte. Jedenfalls gehörte eine ganz bestimmte Bündelung von Bedingungen und Konstellationen, von denen einige ihren Entstehungsgrund erst in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg fanden, dazu, daß die Weimarer Republik ihr Ende mit der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur fand.

IV

Die bisher vertretenen Auffassungen sollen nicht eine Position begründen helfen, die auf eine generelle Revision jener Interpretationen der deutschen Geschichte zielt, für die die Sonderwegthese das Grundmuster abgegeben hat. Schon gar nicht sind Reduktionen beabsichtigt, die den deutschen Sonderweg auf die Zeit zwischen 1933 und 1945 begrenzen würden,⁹ da man durch eine solche Einengung in die gefährliche Nähe einer Betriebsunfall-Apologie geriete. Erst recht müßten Versuche, Hitler mit einer den Nationalsozialismus erklärenden Einmaligkeit auszustatten,¹⁰ dazu führen, strukturelle Problemlagen mit langem historischen Vorlauf zu eskamotieren. Gerade die Belegkraft der Sonderwegthese macht eindringlich klar, daß es eine zweite, eine »schwarze« Linie der deutschen Geschichte gibt.

Die Distanz zur Sonderwegthese kann sich nur aus der Einsicht ergeben, daß sie nicht die ganze Erklärung für den Verlauf der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert zu erbringen in der Lage ist. Das Erklärungsdefizit hat zwei Dimensionen: Zum einen fehlt der Sonderwegthese die Berücksichtigung der allgemeinen Entwicklungstendenzen des industriellen Kapitalismus in Europa und ihrer Auswirkungen auf andere europäische Nationen; zum anderen fehlt ihr, wie sich gezeigt hat, die Gewichtung der unter dem Topos »weiße Linie« zusammengefaßten gegenläufigen Tendenzen in der deutschen Geschichte. Daß es sich dabei überwiegend um abgebrochene Entwicklungen handelte, begründet mit Blick auf ähnliche strukturelle Muster, aber unterschiedliche Entwicklungsergebnisse in anderen europäischen Nationen nicht den deutschen Sonderweg, wohl aber eine deutsche historische Eigenproblematik, von deren Überwindung

heute noch immer nicht gesprochen werden kann, während vom deutschen Sonderweg zu reden überflüssig geworden ist oder ideologisch wäre.

Die zweite, die »schwarze« Kontinuitätslinie wird im folgenden, da die sie prägenden Merkmale wieder und wieder beschrieben worden sind, nur angedeutet: Es ist hinzuweisen auf die kleinbürgerliche Verkürzung der deutschen Aufklärung, auf das von Anfang an durch Englandhaß und Franzosenfeindschaft verätzte deutsche Nationalbewußtsein und auf das biedermännische und zugleich brandstiftlerische deutsche Sendungsbewußtsein. Es muß gesprochen werden von der Intransigenz der preußischen Junker und von dem bornierten Klassenegoismus der deutschen Bourgeoisie, die immer wieder emanzipatorischen Bestrebungen in Deutschland enge Grenzen setzten. Von der deutschen Innerlichkeit muß die Rede sein, von ihrer fatalen Beimischung von Nihilismus und von der dauerhaften Gefährdung politischer Zukunftsentwürfe durch einen martialischen Irrationalismus. Geschwiegen werden kann auch nicht von der militaristisch-aggressiven Begleitmusik bei der Ausformung des deutschen Nationalstaates von 1871, von dem die Realität eines repressiven, monarchisch-autoritären politischen Herrschaftssystems nicht zu trennen ist. Es müssen genannt werden jene bekannten, teils konservativ-reaktionären, teils konservativ-revolutionären antidemokratischen und antisemitisch-rassistischen Ideologien, die Deutschlands »Griff nach der Weltmacht« vor Beginn und während des Ersten Weltkrieges begleitet haben, und zwar in einer Weise, die den Begriff des »Proto-Faschismus« zu ihrer Kennzeichnung adäquat erscheinen läßt.¹¹

Vieles von diesem Denken und manches von dieser Realität findet man auch in anderen europäischen Ländern, und das Ende der Weimarer Republik war ja eingebettet in die Krise der liberalen Demokratie in Europa. Faschistische Strömungen gab es fast überall in den industrialisierten oder sich industrialisierenden kapitalistischen Ländern, aber nur in Deutschland fand der Faschismus in der nationalsozialistischen terroristischen Diktatur seine extremste Realisierung. Man kann die Argumentation noch weitertreiben, indem man feststellt: Auschwitz mag aus der Perspektive, daß die Kulturleistung des Menschen darin besteht, seine bestialisch-aggressiven Triebe zu sublimieren, überall möglich sein, Wirklichkeit wurde es bisher nur im deutschen Namen.

V

Die Anregung, von zwei Kontinuitätslinien (statt von dem einen »Sonderweg«) die Interpretationsmuster für die Ausformung eines auf aktuelle Anforderungen antwortenden Geschichtsbildes zu gewinnen, sollte nicht so verstanden werden, als ob es möglich wäre, in einer trivialpositivistischen Weise zu Zuordnungen »hier weiß, dort schwarz« zu gelangen. Ob es überhaupt einen Konsens über die Maßstäbe für das Linienziehen geben kann, bedarf angesichts der offensichtlichen Ausbeutbarkeit von Geschichte für vordergründige politische Zwecke einer Diskussion. Eine solche Neuorientierung des Geschichtsbildes kann nur gelingen, wenn der demokratische Ursprungskonsens für die Bundesrepublik von allen politischen Kräften weiterhin getragen bzw. nicht in Frage gestellt und bei der Suche nach einer neuen Republik nicht umformuliert wird. Dies ist die eine Voraussetzung für die hier vertretene Zwei-Linien-These (die nicht neu ist, aber aus gegebenem Anlaß erneut zu durchdenken war).

Die andere Voraussetzung ergibt sich aus einem historiographisch-methodologischen Problem. Zuordnungen sind Entscheidungen, die vom Historiker ex post getroffen werden, und deshalb bleibt ihnen bei aller auf die jeweiligen historischen Prozesse, Situationen, Ereignisse und Strukturen gerichteten Schärfe des Blicks das Manko eines unvermeidbaren Restes an gegenstandsfernem Voluntarismus. Hinzu kommt, daß es kaum Zuordnungen geben wird, die von einer dem Gegenstand selbst immanenten Ambivalenz frei sein werden, wie ja Schwarz und Weiß eigentlich keine Farben sind, sondern als polarisierte Tendenzen zu Farben gedacht werden können. Für den Historiker wird das Problem der Ambivalenz bei seinen Zuordnungsversuchen – einen bestimmten Gegenstand sowohl der einen als auch der anderen Linie oder zu einem Teil dieser, zum anderen jener zurechnen zu können – unauflösbar; er muß es als festen Bestandteil seiner Erkenntnisbemühungen kalkulieren. Das braucht nicht als defensives Verhalten angesehen zu werden: Wenn es keine Deckung zwischen erkennendem Subjekt und der zu erkennenden Wirklichkeit geben kann, dann muß die Leistung des Forschers in der aktiv gestaltenden, auswählenden Rekonstruktion der erforschten Wirklichkeit bestehen.¹² Die Anstrengung, dabei auf eine begrifflich abstrahierende Ebene zu gelangen, wird unerlässlich.

Dies mag an zwei Beispielen aus der jüngsten deutschen Geschichte verdeutlicht werden. Der politisch motivierte, kämpferisch-risikobeladene konspirative Widerstand im »Dritten Reich« wird inzwischen nicht mehr als ein Elitephänomen betrachtet. Gerade diese Erkenntnis hat es aber notwendig gemacht, vom Widerstand im engeren Sinne die vielen kleinen Formen des Widerstehens, der »Resistenz« der kleinen Leute, zu unterschei-

den, mögen auch die Grenzen zwischen Widerstand und Widerstehen oft fließend gewesen sein. Die Vermutung, daß die Resistenz gegenüber den Anforderungen des Regimes möglicherweise eine stärker herrschaftsbegrenzende Wirkung gehabt haben könnte als der politische Widerstand, ist plausibel. Gerade wegen dieser Wirkungen liegt es nahe, die begriffliche Unterscheidung als methodisch brauchbar anzusehen. Auf diese Weise wird es dann auch im Zusammenhang mit unserem Zuordnungsversuch möglich, resistente Verhaltensweisen als aktive Nichtzustimmung zu legitimieren und als solche in das historische Bewußtsein zu heben; gleichzeitig aber wird damit einer »Monumentalisierung« und »Dämonisierung« des »Dritten Reiches« vorgebeugt.¹³

Die Frage danach, welches die der Situation angemessene Form des Widerstandes sei, hat die Arbeiterbewegung noch einmal gespalten – zeitgleich und in der Kontroverse der Interpreten. Der opferreiche, tapfere, nicht zu brechende Widerstand der Kommunisten wird *moralisch* höher zu bewerten sein als der überwiegend vorsichtige, kalkulierten Widerstand nicht ausschließende Rückzug der Sozialdemokraten ins Milieu, in die ehemals lebensumfassende, jetzt lebenserhaltende Solidargemeinschaft – ein Verhalten, daß den Kräfteverhältnissen politisch angemessen war: »Nicht so sehr das Maß des Widerstands, vielmehr eindrucksvolle Immunität und Nichtverführbarkeit charakterisiert die Haltung der meisten ehemaligen Sozialdemokraten.«¹⁴ Die Klammer zwischen beiden Einstellungen und Verhaltensweisen bildet, wenn man die falsche Frage nach dem Erfolg bzw. der Erfolglosigkeit des Widerstands der Arbeiterbewegung als unfruchtbar beiseite läßt, die Einsicht, daß »die geschichtliche Bedeutung des Widerstands ... in der Bewahrung antifaschistischer Traditionen« lag.¹⁵

Inzwischen sind wir gezwungen, auch die Erwartungen, die Arbeiterschaft müsse doch »vor Ort«, im Betrieb, d. h. in den ureigensten traditionellen Handlungsfeldern, erheblich mehr an Widerstand aufgebracht haben, als bisher durch die Konzentration auf »Haupt- und Staatsaktionen« des Widerstands in den Blick geraten sei, heruntergeschraubt werden. Es gab kaum Widerstand im oben präzisierten Sinne, auch nicht Formen systematischer Resistenz, sondern »nur« zahlreiche Varianten vor allem spontaner, in der Tendenz passiver, partieller Opposition, die sich eng auf betriebsbezogene Verhältnisse konzentrierten. Solches Verhalten enttäuscht als Schwäche anzusehen, ist nicht zwingend: Es kann sich um eine situationsgebundene Vernünftigkeit gehandelt haben, freilich auch um einen Reflex auf das integrativ wirkende nationalsozialistische »Wirtschaftswunder« in den 30er Jahren.¹⁶

Inzwischen hat die Forschung aus solchen Einsichten gelernt, daß die nur objektivistisch meßbare gruppen- und klassenspezifische Zugehörig-

keit weder von vornherein zu Widerstand und Resistenz prädestinierte, ja noch nicht einmal quasi automatisch gegen den Nationalsozialismus immunisierte (dies gilt für die Arbeiterklasse) noch umgekehrt per se zum Parteigänger des Nationalsozialismus determinierte oder zur Anpassung an ihn führte (was für die Mittelschichten zu reklamieren wäre). Für Widerstand waren jeweils noch weitere Faktoren maßgeblich: die Verankerung in einem möglichst vielfältig gegliederten und noch funktionsfähigen Milieu und die individuelle Motivation.¹⁷ So blieb quasi naturwüchsig Widerstand ein »Geschäft von Minderheiten« (Peukert), und auch die inzwischen von der Forschung erschlossenen Resistenzformen sind nicht als exemplarische Fälle für allgemeines Verhalten interpretierbar, ergeben in der Summe keine »massenhafte Volksoption«.

Daß es Widerstand in Deutschland in der Zeit des »Dritten Reiches« gab (wenn er auch unnachgiebig verfolgt erfolglos blieb), bedeutet im Sinne der »weißen« Linie der deutschen geschichtlichen Entwicklung, Hoffnung aus der Vergangenheit zu beziehen und Trauer darüber zu empfinden, daß sein Potential nach 1945 für die Gründung der zweiten deutschen Republik nur noch so dezimiert zur Verfügung stehen konnte. Über einer solchen Einschätzung sollten aber die Leistungen der Emigration nicht heruntergespielt oder verniedlicht werden. Emigration war nicht ungefährlich, und sie zehrte u. U. nicht weniger an der Substanz menschlicher Überlebenskraft. Der verständnislose und selbstgerechte Umgang mit der deutschen Emigration in den Gründerjahren der Bundesrepublik zeugt von einem weithin unaufgeklärten Bewußtsein und hat uns darum gebracht, den Gedankenreichtum, der »draußen« auf die Beantwortung der Frage: »Was soll aus Deutschland werden?« verwendet wurde, in den Ursprungskonsens dieser Republik mitaufzunehmen.¹⁸

Solche positiven Bewertungen sollen nicht von der Tatsache ablenken, »daß die allermeisten keinen politischen Widerstand leisteten und noch nicht einmal erkennbare Zeichen soziokultureller Resistenz boten und daß diejenigen mit gegenteiligem Verhalten in der Regel nicht »wie der Fisch im Wasser schwimmen« konnten, sondern eher isoliert waren«.¹⁹ Dieser Befund drängt vielmehr die Frage nach den Ursachen der Massenloyalität auf, die – wie Klaus Tenfelde angeregt hat²⁰ – »der eigentliche gerade auch durch gelegentlich auftretende Disloyalität zu deutende Erkenntnisgegenstand« wäre. Doch was bedeuten »Massenloyalität« und Nicht-Resistenzfähigkeit, wenn selbst der Widerstandskämpfer im Alltag zu Konzessionen gezwungen war und bewußte Gegner des Regimes wie Teile der Sozialdemokratie zunächst um Anpassung nicht herumzukommen glaubten? Andererseits hatte ein Teil der Loyalen und Angepaßten wahrscheinlich wirklich eine Art »gespaltenes Bewußtsein«,²¹ das eine umstandslose Zuordnung zu

unserer »schwarzen Linie« nicht zu erlauben scheint. Insgeheime Wut auf die Nationalsozialisten und lärmende Massenverzückung ließen sich je nach Lage bei den gleichen Menschen antreffen; das »Zäh wie Leder und hart wie Kruppstahl«-Sein der HJ schloß die Begeisterung für Coca Cola, Swing, Jazz, Clark Gable und Vivian Leigh in ein und derselben Brust nicht aus. Vom Regime als Mittel der Pazifizierung geduldet, widerwillig akzeptiert oder sogar verfolgt: es gab im »Dritten Reich« die triviale Form einer »zweiten Kultur«, die in die fünfziger Jahre vorauswies. Das vielzitierte einfache Volk entzog sich nicht selten der totalen Vereinnahmung und lebte sein eigenes einfaches Leben, legte sich in die Kurve, wenn es sein mußte, versuchte sich zu nehmen, was ihm, wie es glaubte, zustand, und machte sich einen Jux aus der »Goldfasanerie«. Der Ernstfall des (totalen) Krieges freilich wurde in seinen mörderischen Konsequenzen zu spät erkannt: Mitgegangen hieß nun mitgefangen.

Die Antizipation der fünfziger in den dreißiger Jahren führt zu einer anderen Betrachtung der Ursachen der Massenloyalität, die damit zusammenhängt, daß die bisher wie selbstverständlich gesetzten Zäsuren 1933 und 1945 durch neue Überlegungen im Rahmen der auf Alltagsbewußtsein und Lebensverlaufslinien konzentrierten Kontinuitätsforschung in Frage gestellt werden können.²² Da zeigt sich beim »Volk« im Ruhrgebiet eine Erinnerungslinie an die »schlechten Zeiten« in der Periode vor 1933 (Weltwirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit) und in den vierziger Jahren (zweite Phase des Krieges und erste Nachkriegszeit) und eine zweite an die »guten Zeiten« der mittdreißiger (mit dem ersten Wirtschaftswunder) und der fünfziger Jahre (mit dem zweiten Wirtschaftswunder): die dreißiger Jahre erscheinen also als Vorphase zu den fünfziger Jahren. Mit anderen Worten: Sowohl die »ökonomische Basis« der Massenloyalität wird transparent als auch die Legende von der »Stunde Null« als Lebenslüge jenes Teils der Nation desavouiert, der sich als antifaschistisch verstehen wollte (nicht der Antifaschisten selbst, die von Anfang an Zweifel in die »Stunde Null« gesetzt haben). Die abwärtsweisenden Bruchlinien lägen danach nicht 1933 und 1945, sondern um 1930 und 1942/43, die aufwärtsgehenden Trends hätten ihren Anfang 1934/35 und zu Beginn der fünfziger Jahre.

Solche Überlegungen sind ausdrücklich als Interpretationsangebote deklariert, keinesfalls als stringente Forschungsergebnisse anzusehen. Aber ihre Plausibilität wächst, wenn man sie zu Beobachtungen im Bereich der Kultur im engeren Sinne in Beziehung setzt. In der Literatur (und nicht nur in der deutschen) scheint der Krisenbeginn auf 1930 fixierbar, und auch aus dieser Sicht erscheint der Nationalsozialismus als ein Ausdruck der allgemeinen Krise, gehörte er zu ihr. Die »Jungen Dichter« in Deutschland wandten sich kritisch von der in ihren Augen nur vorgeblichen, eigentlich

falschen Objektivität des Erzählens und der aufklärungsorientierten Hinwendung zum Leser ab. »Wirklichkeit« in der Dichtung verflüchtigte sich, esoterische Selbstreflexionen und personale Ausdrucksformen, aber auch (selten) Beschreibungen im Sinne des Nationalsozialismus wurden bevorzugt und ein eigenes Ordnungsdenken (in Antwort auf die faschistische Ordnung) postuliert (so z. B. in Horst Langes »Schwarze Weide«). Das Ende der rigiden Formen der »zweiten Aufklärung« war damit angezeigt und schlug durch bis zu den konservativen Zügen in Ernst Blochs Schriften der dreißiger Jahre.²³ Aus dieser Sicht fiel in das Jahr 1933 keine existentielle Zäsur und bedeutete 1945 keine existentielle Umkehr, ganz entgegen dem damaligen Pathos des Nullpunktes in der »Kahlschlag«-Literatur. Der wirkliche Umbruch datiert auch hier unter anderem mit Günter Grass' »Blechtrommel« in den fünfziger Jahren.

VI

Diese Variationen zum Thema der prinzipiellen Zuordnung der deutschen geschichtlichen Entwicklung zu den zwei gedachten Linien fordern auf, die Geschichte der Bundesrepublik in ähnlich differenzierter Weise einzuordnen. In diesem Beitrag ging es erst einmal darum zu zeigen, daß der Nationalsozialismus die national-demokratische Kontinuität zwar abgebrochen hat, aber nicht zerstören konnte. Die künstliche Suche nach neuen Identitäten könnte damit beendet werden. Gleichzeitig könnte das Deutungsmuster von den beiden untereinander gegensätzlichen Kontinuitätslinien immunisieren gegenüber Versuchungen, womöglich noch einmal am deutschen Wesen die Welt genesen zu lassen; es könnte Hoffnung stiften für uns und die anderen, die uns noch immer nicht trauen können; denn die Werte, durch die andere Völker sich zu Nationen gebildet haben – Zivilcourage, Fairneß und Toleranz –, haben auch in der deutschen Geschichte ihre Bedeutung gehabt. Unter solchen Voraussetzungen könnte ein zu enges, ja nationalistisches Verständnis des noch vagen Begriffs der deutschen Identität verhindert werden.²⁴

Anmerkungen

- ¹ So in der »Antwort ehemaliger Führerinnen im Reichsarbeitsdienst« vom September 1984 auf mein Nachwort zur Taschenbuch-Ausgabe von Melita Maschmanns Buch: *Fazit. Mein Weg in der Hitler-Jugend*. München 1979.
- ² Die Zitate sind den Reden des Bundeskanzlers während seines Besuchs im Staate Israel im Januar 1984 entnommen (s. Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 13, 2. 2. 1984). – Die Verfasserin dieses Beitrags sieht sich selbst als Betroffene, da Jahrgang 1930.
- ³ Iring Fetscher, *Die Suche nach der nationalen Identität*, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), *Stichworte zur »Geistigen Situation der Zeit«*. Bd. 1: *Nation und Republik*. Frankfurt am Main 1979, S. 121.
- ⁴ Vgl. aus der Vielzahl der Publikationen zum Thema »Deutscher Sonderweg«: *Deutscher Sonderweg – Mythos oder Realität?* Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte. München 1982. Helga Grebing / Doris von der Brélie-Lewien / Hans-Joachim Franzen, *Der deutsche Weg – ein Sonderweg?* Kurs im Fach Geschichte an der Fernuniversität Hagen in drei Teilen (1. Die Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft und industriekapitalistischen Modernisierung – ein Weg oder viele?, 2. Preußen-Deutschland – die »verspätete Nation«, 3. Der Nationalsozialismus – deutscher Irrweg oder universelle Tendenz des 20. Jahrhunderts?). Hagen 1985.
- ⁵ Die Verfasserin folgt in der Interpretation der 1848er Revolution der anregenden Darstellung von Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*. München 1983.
- ⁶ Vgl. Lothar Gall, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*. Frankfurt am Main 1980.
- ⁷ So Eberhard Jäckel. *Geschichtliche Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland*, in: Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1. Stuttgart, Wiesbaden 1983, S. 13.
- ⁸ Vgl. hierzu Helga Grebing, *Die Krise der liberalen Demokratie in Europa und der Aufstieg des Nationalsozialismus in Deutschland*, in: Ursula Büttner/Werner Jochmann (Hrsg.), *Zwischen Demokratie und Diktatur*. Hamburg 1984.
- ⁹ Vgl. Karl Dietrich Bracher in: *Deutscher Sonderweg* (wie Anm. 4).
- ¹⁰ Diese Tendenz drückt sich in den Positionen u. a. von Klaus Hildebrand, Sebastian Haffner, aber auch Gordon Craig aus.
- ¹¹ Vgl. hierzu Dirk Stegmann, *Vom Neokonservatismus zum Proto-Faschismus: Konservative Partei, Vereine und Verbände 1893–1914*, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Deutscher Konservatismus im 19. und 20. Jahrhundert*. Festschrift für Fritz Fischer. Bonn 1983, S. 199 f.
- ¹² Hierzu Jürgen Kocka, *Zurück zur Erzählung? Plädoyer für historische Argumentation*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 395–408.
- ¹³ Martin Broszat, *Resistenz und Widerstand*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 4. München, Wien 1981; anderer Auffassung: Hans Mommsen, *Außenseiter, die ein Zeichen setzten. Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft*, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 14./15. 7. 1984; als Versuch einer Gesamtinterpretation siehe Detlev Peukert, *Dreizehn Thesen zur Erfahrung des Nationalsozialismus als Krankengeschichte der Moderne*, in: ders., *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus*. Köln 1982.
- ¹⁴ Anton Großmann, *Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand. Am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD*, in: *Bayern in der NS-Zeit*, Bd. 5.

München, Wien 1983, S. 438. Vgl. auch Harold Hurwitz/Klaus Sühl, *Autoritäre Tradierung und Demokratiepotehtial in der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung*. Bd. 2 der Reihe »Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945«. Köln 1984.

¹⁵ Peukert, *Dreizehn Thesen* (wie Anm. 13), S. 294.

¹⁶ Broszat, *Resistenz und Widerstand* (wie Anm. 13), S. 708; vgl. auch Lutz Niethammer, *Einleitung*, in: ders. (Hrsg.), »Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute hinsetzen soll«. *Faschismuserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930–1960*, Bd. 1. Bonn 1983, S. 13 f., 23 ff.

¹⁷ Dies unterstreichen Broszat und Mommsen (s. Anm. 13) gleichermaßen stark.

¹⁸ Vgl. hierzu Helga Grebing (Hrsg.), *Entscheidung für die SPD. Briefe und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–1948*. München 1984.

¹⁹ Niethammer, *Einleitung* (wie Anm. 16), S. 23.

²⁰ Klaus Tenfelde, *Schwierigkeiten mit dem Alltag*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 10 (1984), S. 389.

²¹ Hans Dieter Schäfer, *Das gespaltene Bewußtsein. Über deutsche Kultur und Lebenswirklichkeit 1933–1945*. München 1981.

²² Niethammer, *Einleitung* (wie Anm. 16), S. 15 sowie den Beitrag von Ulrich Herbert in jenem Band, S. 67–96: »Die guten und die schlechten Zeiten«. *Überlegungen zur diachronen Analyse lebensgeschichtlicher Interviews*.

²³ Schäfer, *Das gespaltene Bewußtsein* (wie Anm. 21), vgl. hier insbesondere die Beiträge: *Die nicht-nationalsozialistische Literatur der jungen Generation im Dritten Reich; Zur Periodisierung der deutschen Literatur seit 1930*.

²⁴ Darüber äußerte sich besorgt: Richard Löwenthal, *Die Deutschen sind keine Pendler*, in: *Die Zeit* v. 18. 5. 1984.

Elemente
der nationalsozialistischen
Ideologie

Der Nationalsozialismus und die Tradition der Aufklärung

Einige Gedanken zur nationalsozialistischen Geschichtsideologie

von Jerzy Serczyk

1925 veröffentlichte der Tübinger Historiker Adalbert Wahl in der Zeitschrift »Zeitwende« einen Aufsatz über die Auswirkungen der Ideen der Französischen Revolution auf das zeitgenössische und das spätere Deutschland.¹ Wahl war in diesem Augenblick bereits ein renommierter Geschichtsforscher der mittleren Generation – er war damals 54 Jahre alt –, und die Französische Revolution war sein Spezialgebiet, in dem er der Forschung Wichtiges mitzuteilen hatte.² In dem erwähnten Artikel formulierte er sein Urteil klar und unmißverständlich: Das, was im allgemeinen als Ideen der Französischen Revolution angesehen wird, ist mit dem deutschen Wesen unvereinbar, ist diesem Wesen fremd und somit für die Deutschen nicht akzeptabel.

Man muß sich dabei den Zeitpunkt vergegenwärtigen, in dem dieses Verdikt ausgesprochen wurde. In Deutschland starb am 28. Februar der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert, und nach einigen Komplikationen wurde zwei Monate später der Feldherr des Weltkrieges, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, zu seinem Nachfolger gewählt und am 12. Mai in sein Amt eingeführt. Im selben Jahr begannen die französischen Truppen mit der Räumung des von ihnen 1923 besetzten Ruhrgebietes. Der neue Reichspräsident konnte im Herbst das befreite Gebiet unter Beifallskundgebungen der Bevölkerung bereisen. Man konnte infolgedessen sofort den Unterschied zwischen einem Sozialdemokraten,

unter dessen Ägide die Franzosen ins Land gekommen waren, und einem Patrioten der alten Schule, der sie gleich in den ersten Monaten seiner Amtsausübung wieder gehen sah, erkennen. Der im Oktober abgeschlossene Vertrag von Locarno enthielt zwar den erneuten und förmlichen Verzicht auf die Reichsprovinz Elsaß-Lothringen, eröffnete jedoch zugleich eine wenigstens theoretische Möglichkeit der künftigen friedlichen Revision der aufgezwungenen Ostgrenze. Bei der Erstrangigkeit dieser Ereignisse wurde es in der Öffentlichkeit nicht für besonders wichtig erachtet, daß der 1923 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilte, bereits aber im Dezember 1924 freigelassene Adolf Hitler im Münchner Bürgerbräukeller am 27. Februar 1925, am Tag vor dem Tod des ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten, seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei neu gründete; zugleich wurden auch die Schutzstaffeln der Partei, die später unter der Abkürzung SS besser bekannt werden sollten und an deren Spitze zunächst ein Parteigenosse mit dem passenden Namen Schreck gestellt wurde, aus den Sturmabteilungen (SA) ausgesondert. Die NSDAP beteiligte sich bereits an der Reichspräsidentenwahl: Ihr Kandidat, General Erich von Ludendorff, konnte immerhin 211 000 Stimmen für sich sammeln.

Zwischen dem Artikel von Professor Wahl, von dem anfangs die Rede war, und der Wiederbelebung der nach dem mißlungenen Münchner Putsch verbotenen NSDAP bestand für einen Betrachter in der damaligen Zeit kein greifbarer Zusammenhang. Heute darf man das anders sehen. Beides waren Symptome eines bereits mit bedeutendem Energieaufwand verlaufenden gesellschaftlichen Prozesses, der in aller kürzester Zeit zu einer vollständigen Zerstörung der schüchtern keimenden deutschen Demokratie führen sollte – um die anderen weltgeschichtlichen Folgen nicht zu nennen.

Bei den Analysen der geistigen Inhalte der nationalsozialistischen Ideologie ist es eine Art Mode geworden, ihre Primitivität, ihre intellektuelle Armut und ihren Eklektizismus zu unterstreichen. Die Namen der in diesem Sinne auftretenden Autoren sind Legion, und deswegen verzichten wir auf die Anführung von Beispielen, um so mehr, als diese Betrachtungen und Analysen im Rahmen ihrer Konzeptionen logisch und kohärent sind. Nur das eine wird dabei übersehen, daß die Massenwirkung der politischen Ideen nichts oder nur wenig mit ihrer Logik und Kohärenz zu tun hat; wo Emotionen an erster Stelle das Verhalten bestimmen, denkt man nicht nach Vernunftregeln. Das hat Gustave Le Bon bereits im vorigen Jahrhundert in bezug auf die Massenbewegungen festgestellt.³ Gerade die NSDAP wußte dieses Faktum bei ihren Techniken der Massenbeeinflussung seit ihren Anfängen geschickt auszunutzen. Die Primitivität war hier also in das

gesamte ideologische System bewußt und mit Absicht eingebauter Bestandteil und nicht etwa eine unbeabsichtigte Folge der sozialen Rekrutierungsgrundlage der Nationalsozialisten.

Auch sonst weitsichtige Historiker, wie z. B. Golo Mann, haben die Bedeutung der Ideologie in der NS-Bewegung nicht nur bestritten, sondern sie glatt abgelehnt oder auch überhaupt nicht bemerkt.⁴ Ein besonders auffallendes Unverständnis für dieses Problem demonstrierte Raymond Aron in seinen post mortem veröffentlichten Reflexionen.⁵ Bei der Lektüre derartiger Urteile ist man geneigt, zu der Überzeugung zu kommen, daß die heutigen Historiker bei der Einschätzung der nationalsozialistischen Periode und der Persönlichkeit Hitlers einen ähnlichen Fehler begehen, wie er bereits vor einem halben Jahrhundert den europäischen Politikern unterlaufen ist: Sie nehmen die Selbstäußerungen des Führers und der Ideologen der Bewegung nicht ernst.

Es ist selbstverständlich eine methodische Frage ersten Ranges, ob und inwieweit den eigenen Erklärungen der Staatsmänner, Politiker und Ideologen über ihre Politik und ihre ideologischen Grundlagen irgendwelcher Wert beizumessen ist. Unter dem bewußt rezipierten oder unbewußt einwirkenden Einfluß der Geschichtsphilosophie des historischen Materialismus⁶ nimmt die moderne Geschichtswissenschaft gegenüber derartigen Äußerungen überwiegend eine prinzipiell mißtrauische Haltung ein. Somit werden die taktisch bedingten Erklärungen der Tagespolitik und die programmatischen Dauergrundsätze der Parteien und Bewegungen mit gleichem Maßstab gemessen. Das führt aber zu falschen Vorstellungen über die geschichtliche Wirklichkeit, die im Prisma der Monokausalität uns wieder entstellt erscheint. Joachim C. Fest vertritt in seinem seinerzeit sehr beachteten Buch »Das Gesicht des Dritten Reiches« die besonders unter den historisierenden Publizisten verbreitete Meinung, daß in der nationalsozialistischen Bewegung sowohl vor als auch nach der »Machtübernahme« die Ideologie nur ein Beiwerk war, das das politische Machtstreben verbrämen sollte. In seiner Galerie der führenden Persönlichkeiten des Hitlerregimes dient ihm Alfred Rosenberg, der offizielle Ideologe der Partei, als Beispiel für die Richtigkeit dieser These. Dabei verkennt aber Fest den gesamten psychosozialologischen Hintergrund, indem er seine Aufmerksamkeit auf die politischen und personellen Aspekte konzentriert, die zwar vom literarischen Standpunkt aus einen interessanten Lesestoff ergeben, jedoch unser Wissen in Sachen Nationalsozialismus nur in beschränktem Maß bereichern.

Bei allen Massenbewegungen, insbesondere aber bei denjenigen mit totalitären Ansprüchen, spielt die Ideologie eine autonome Rolle: Diese Autonomie kann in bestimmten Situationen so weit gehen, daß sie sogar zur

Fraktionsbildung innerhalb einer ursprünglich einheitlichen Bewegung führt. Wir können auf diesen Fragenkomplex im Rahmen dieser Ausführungen nicht weiter eingehen, es kann aber nicht geleugnet werden, daß die Ideologie eine weitaus größere Rolle bei der gesellschaftlichen Rezeption des Nationalsozialismus spielte als etwa bei den inneren Kämpfen in der NS-Hierarchie, die von vielen historischen Essayisten in den Vordergrund ihrer Darstellungen gestellt werden.

In Sachen Nationalsozialismus kommt in der Geschichtsschreibung noch ein anderer, außerwissenschaftlicher Faktor mit in die Betrachtung, nämlich die Tendenz, die gesamte NS-Bewegung und die faschistische Diktatur in Deutschland als eine Abnormität des sonst normal verlaufenden geschichtlichen Prozesses zu betrachten. Im Rahmen dieses Gedankengangs ist der Nationalsozialismus traditionslos und kann nicht als Fortsetzung früher begonnener Phänomenketten betrachtet werden. In diesem Zusammenhang bleibt die Frage unbeantwortet, wie denn eine solche Erscheinung ohne Verknüpfung mit dem gesellschaftlichen Prozeß überhaupt möglich sein soll, es sei denn, man betrachtete die Geschichte als einen Haufen zufälliger Begebenheiten.

Die Zusammenhänge zwischen der antifranzösischen Einstellung und dem Nationalsozialismus in Deutschland in allen seinen Entwicklungsphasen sind in der geschichtswissenschaftlichen Literatur mehrmals und eingehend behandelt worden.⁷ Unsere Skizze wird sich nicht mit der nationalsozialistischen oder der von Sympathisanten des Nationalsozialismus betriebenen Geschichtsschreibung befassen. Sie beschränkt sich ausschließlich auf die Einstellung zur Tradition der Aufklärung und der Französischen Revolution, wie sie von der offiziellen nationalsozialistischen Ideologie vertreten wurde. Dabei wird nach Möglichkeit sowohl die innere Inkonsistenz dieser Ideologie als auch die Tatsache berücksichtigt, daß verschiedene Kreise innerhalb der »Bewegung« vielerorts differenzierte Anschauungen zu manchen ideologischen Einzelfragen zur Schau trugen.

Auf die rein historiographischen Probleme wollen wir unter anderem deshalb nicht eingehen, weil auf diesem Gebiet noch viele Frage auf quellenmäßig fundierte Erforschung anstelle geistreicher Essays warten. Zu solchen Fragen gehört z. B. die, inwieweit linientreue oder mindestens ideologisch korrekte Äußerungen mancher Gelehrten aus innerer Überzeugung kamen oder aus Konjunkturgründen fielen. Derartige dem Anschein nach ohne psychologische Introspektion undurchführbaren Untersuchungen sind anhand von Vergleichen publizistischer Äußerungen oder gelegentlicher Stellungnahmen mit der wissenschaftlichen – oder parawissenschaftlichen – Produktion doch denkbar, wobei die zeitliche Distanz die Objektivität der Ergebnisse eher vergrößern als vermindern wird.

Seit der gescheiterten Märzrevolution von 1848 stellte sich die akademische Geschichtsforschung in Deutschland in der überwiegenden Mehrheit auf die Seite des anwachsenden Nationalismus und Konservatismus. In die gleiche Richtung wirkten auch populäre Bearbeitungen der Geschichte »für das deutsche Volk«, wie viele Untertitel lauteten, und vor allem die Schulbücher, aus denen die schulpflichtigen Massen ihr Geschichtsbild entnahmen. In ihnen erschien die Französische Revolution als ein Werk des Pöbels von Paris und als Folge der Unfähigkeit Ludwigs XVI.⁸ Das eigenartige Drama des deutschen Geschichtsprozesses, ähnlich in dieser Hinsicht der Entwicklung in Spanien und in Polen, lag darin, daß die überlebten sozialen Zustände und die daraus entspringenden Ideologien nicht durch eigene, organisch innerhalb der ortsansässigen Gesellschaft gewachsene Kräfte überwunden wurden, sondern die notwendige Erneuerung mit Hilfe von außen kommender Faktoren geschah. Dadurch wurde diese Erneuerung nicht als Ergebnis der eigenen historischen Entwicklung, sondern als »fremde Neuerung« begriffen, und zwar auch von solchen sozialen Gruppen und Schichten, deren gesellschaftliche und materielle Situation durch den Modernisierungsprozeß besser geworden war. Das deutsche Bürgertum, die Bourgeoisie, ist dafür ein bezeichnendes Beispiel.

Auf diese Weise, die wir hier nur in extrem kurzer Form erwähnen können, wurden ex post die negativen Urteile über die französischen Befreier der napoleonischen Zeit, die zugleich Unterdrücker waren, auf das gesamte »Franzoseutum« projiziert. Die Aufklärung, an der die deutschen Denker, Gelehrten und Dichter einen bedeutenden, schöpferischen Anteil hatten, wurde als undeutsch abgetan. Das alles geschah jedoch erst, als das deutsche Bürgertum seine politische Ohnmacht in der gescheiterten Märzrevolution erfahren hatte und die Rettung vor den Aspirationen des »vierten Standes« in der engen Anlehnung an die Monarchie und an die alte Aristokratie suchte. Bis zu diesem Augenblick gehörte die Tradition der Aufklärung zu den Höhepunkten, den Sternstunden der deutschen Geistesgeschichte. Sie war im Rahmen der akademischen Wissenschaften allgemein anerkannt; selbst als sie in der Zeit der Romantik als »Vulgärrationalismus« zur Zielscheibe der Schriftsteller und Denker wurde, die sich als Vorkämpfer für die »tiefsten göttlichen Wahrheiten und geheimsten Gemütsbewegungen« verstanden, wobei sie sogar vor Immanuel Kant nicht haltmachten, wagte doch niemand, den Begriffskomplex »Aufklärung« als solchen anzugreifen. Man versuchte eher, zu einer Synthese zu gelangen, indem man annahm, »daß, so verderblich gemütlose Verstandeskrämerei und bloßes Begriffsspalten ist, ebenso auch blinde Hingabe an ungeprüfte und unerlebte Autorität, mystische Verworrenheit und hochmütig-exklusive Glaubenstyrannie zum Verderben gereicht«. Bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts wurde auch die Er-

kenntnisforderung aufgestellt, »den ganzen Umfang menschlicher Geisteskraft, also nicht bloß den Verstand oder einseitig das zur Schwärmerei und zur Willkür geneigte Gemüt, auszubilden«. Nur so, lautete die gängige Überzeugung, »kann wahre Aufklärung erreicht und segensreich werden«. ⁹

Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das historische Denken an deutschen Universitäten prägende »preußische Schule« mit ihrem wichtigsten Exponenten Heinrich v. Treitschke hat selbst in der Periode der wilhelminischen »Weltpolitik« diese positive Beurteilung der Aufklärung nicht vollkommen verdrängen können. 1897 veröffentlichte Ernst Troeltsch eine im Grunde bis heute gültige Würdigung der Aufklärung, die zugleich eine treffliche Definition ist: »Die Aufklärung ist Beginn und Grundlage der eigentlich modernen Periode der europäischen Kultur und Geschichte im Gegensatz zu der bis dahin herrschenden kirchlich und theologisch bestimmten Kultur, gegen die sich bereits seit Ausgang des sog. Mittelalters lebhaftere Gegenströmungen erhoben hatten, die aber seit Ausbruch der Kirchenspaltung mit verschärftem Nachdruck sich wieder verfestigt hatte. Sie ist keineswegs eine rein oder überwiegend wissenschaftliche Bewegung, sondern eine Gesamtumwälzung der Kultur auf allen Lebensgebieten, begleitet von bedeutenden Verschiebungen der allgemeinen Weltverhältnisse. [... So] ist sie [die Aufklärung] schließlich erfüllt von einem einzigartigen Selbständigkeitsgefühl und einem unbegrenzten Optimismus ..., traut sie der endlich mündig gewordenen Vernunft eine nie geahnte weltverbessernde Wirkung zu.« ¹⁰

Solche Urteile wurden jedoch immer seltener. Die Vorstellung, daß die Tradition der Aufklärung den Deutschen wesensfremd sei, wurde zu einem Gemeinplatz und zu einer akademisch anerkannten Wahrheit zugleich. Nach den unlängst veröffentlichten trefflichen Bemerkungen von Alexander Demandt kann man nur noch wiederholt betonen, daß dieser Einstellungswandel gegenüber der Aufklärung mit der programmatischen Abkehr von der bisher als höchste wissenschaftliche Errungenschaft gepriesenen historischen Objektivität verbunden war. Sagte doch Johann Gustav Droysen in seinen methodologischen Ausführungen: »Ich danke für diese Art eunuchischer Objektivität. Ich will nicht mehr, aber auch nicht weniger zu haben scheinen, als die relative Wahrheit meines Standpunktes, wie ihn mein Vaterland, meine politische, meine religiöse Überzeugung ... mir zu erreichen gewährt hat«, und der Begründer der »Historischen Zeitschrift«, Heinrich von Sybel, gab seiner Zufriedenheit Ausdruck, daß es »keine objectiven, unparteiischen, blut- und nervenlose Historiker« mehr gebe. ¹¹ Diese Tendenz wurde nach dem verlorenen Krieg und der unvollendeten Novemberrevolution noch weiter verstärkt; es wurden historische Analo-

gien zwischen der Situation nach Jena und Auerstedt und nach Compiegne gesucht, und die französische Politik nach Versailles schien die Richtigkeit dieser Anschauungen zu bestätigen.

Der anfangs zitierte Aufsatz von Professor Adalbert Wahl ist aus dieser Tendenz herausgewachsen, war aber keineswegs eine Einzelercheinung. Ähnliche Gedanken sind bei mehreren damaligen Historikern zu finden, wie z. B. bei Martin Spahn, Wilhelm Schüssler, Erich Botzenhart und selbst bei Gerhard Ritter. Der Kampf gegen die »Ideen von 1789«, gegen die »nivellierende Demokratie«, auf dem Felde der historischen Publizistik ausge tragen, wandte sich politisch gegen die parlamentarisch regierte Weimarer Republik und fand Beifall und Unterstützung bei den rechtsgerichteten Parteien und Gruppierungen. Die Trennungslinie zwischen der Universitätshistorie und der politischen Publizistik wurde bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Ausnahmen wie Friedrich Meinecke, der als Herausgeber der »Historischen Zeitschrift« die Unparteilichkeit und Objektivität, wenn auch in beschränktem Maße, aufrechtzuerhalten sich bemühte, bestätigten nur die allgemeine Regel.¹² Das war die Ebene, auf der es zu einer Begegnung der akademischen Geschichtsschreibung mit der nationalsozialistischen Ideologie kommen sollte. Es gab in der NS-Geschichtsauffassung zwar mehrere Berührungsf lächen, von der Urgeschichte der Germanen angefangen, auf denen derartige Begegnungen zustandekamen; die Aufklärung und die Revolution von 1789 hatten jedoch die größte politische Brisanz. Hier waren historische Konstruktionen möglich, die die Vergangenheit unmittelbar mit der politischen Aktualität verbanden.

Die Versuche zur Fühlungnahme gingen von der Gelehrtenwelt aus, weil die in der Organisation begriffene NSDAP zunächst kein großes Interesse an einer Unterstützung von dieser Seite zeigte. Hitler selbst betrachtete die gesamte Wissenschaft rein instrumental: »Die breite Masse eines Volkes besteht nicht aus Philosophen... Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihren Herzen öffnet. Er heißt nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft... In der Wissenschaft hat der völkische Staat ein Hilfsmittel zu erblicken zur Förderung des Nationalstolzes. Nicht nur die Weltgeschichte, sondern die gesamte Kulturgeschichte muß von diesem Gesichtspunkte aus gelehrt werden.«¹³ Diese Einstellung hatte in den Anfängen der NS-Bewegung zur Folge, daß sich ihre Führer in ihren öffentlichen geschichtsbezogenen Äußerungen auf die allernächste Vergangenheit, d. h. vor allem auf die Niederlage im Weltkrieg beschränkten. Es wurden primitive Zusammenhänge konstruiert, die sogenannten inneren Feinde wurden zugleich zu Handlangern der äußeren Feindmächte gestempelt, hinter denen das letzten Endes für alles verantwortliche »internationale Judentum« stand.¹⁴

Diese »geschichtslose Zeit« dauerte aber nicht lange, selbst in dem Maßstab einer geschichtlichen Erscheinung, die nur ein Vierteljahrhundert umfaßte. Die innere Logik der Entwicklung einer auf die breite Masse eingestellten Bewegung führte ziemlich rasch zum Aufbau einer Ideologie, die einer geschichtlichen Rechtfertigung bedurfte. Es stellte sich bald heraus, daß die meisten Elemente des bereits vor dem Ersten Weltkrieg in der akademischen historischen Zunft konstruierten Geschichtsbildes sich zu diesem Zweck, dem Aufbau der NS-Ideologie, ohne wesentliche Änderungen adaptieren ließen. Bereits vor 1914, ja vor 1890 hatten sich die Universitäts-historiker auf den Standpunkt gestellt, daß die Verbreitung aufklärerischer Ideen in Deutschland ungünstige Folgeerscheinungen mit sich gebracht, die Entwicklung des Nationalbewußtseins gehemmt und den »ungesunden« Kosmopolitismus gefördert habe. Die Popularisatoren formulierten dieselben Gedanken schärfer, aber in dem gleichen Sinne: »Wo aber waren die deutschen Dichter und Denker, die wir in unserem [d. h. dem 19.] Jahrhundert die politischen Bestrebungen ihrer Nation mit ihren Worten und Werken begleiten sehen, die neuerdings, das innerste Leben des Nationalgeistes widerspiegelnd, oft genug in den ersten Reihen gestanden haben, selbst wo es sich um praktische Aufgaben der Politik handelte? Es klingt hart, und es wird manchem von den unbedingten Verehrern der Heroen unserer Literatur mißfallen, wenn wir eingestehen, daß der klassischen Literatur Deutschlands während der Zeit von 1773, wo Goethes ›Götz von Berlichingen‹ erschien, bis zum Jahre 1803 jedes nationale Gepräge gebricht.«¹⁵

Diese und ähnliche Konzeptionen waren genau das, was von den Ideologen der NSDAP gebraucht wurde. Der damals noch nicht dreißigjährige Alfred Rosenberg, der 1920 mit seiner pseudowissenschaftlichen Sensationsschrift »Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten« seinen Weg zu Hitler fand und bald zum Redakteur (»Hauptschriftleiter«) des »Völkischen Beobachters« aufstieg, begann nun seine Karriere als Chefideologe der NS-Bewegung. Nach einigen weiteren Texten, die vorwiegend antisemitischen Charakters waren oder ausführliche Kommentare zu Hitlers Äußerungen bildeten (»Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP«, »Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik«) arbeitete sich Rosenberg an ein eigenes philosophisches (»weltanschauliches«) System heran; als Vorstudie erschien zunächst die »Freimaurerische Weltpolitik« und im gleichen Jahr 1930 »Der Mythos des 20. Jahrhunderts«. Es ist im Rahmen unserer Erörterungen nicht nötig, sich mit der Bewertung dieses Buches als Ganzes zu beschäftigen; es enthält aber in seinen auf die Geschichte bezogenen Partien geradezu eine Einladung an die nationalistischen Historiker der alten Schule in dem Punkte, der uns hier am meisten interessiert: »Als im 17. und

18. Jh. die ›klassische‹ französische Philosophie die kirchlichen Dogmen erneut aushöhlte und stürzte, da war sie zwar ausgestattet mit vielem Scharfsinn und mit großem Witz begabt, war aber – man sehe sich Voltaire an – bar jedes echten großen Adels der Gesinnung, welcher Berquin ebenso auszeichnete, wie einen Condé, Coligny, Têligny. Aber selbst diese große Geistigkeit war innerlich lebensfern, abstrakt: So wurde der 14. Juli 1789 zum Gleichnis einer charakterlichen Ohnmacht. Die französische Revolution, die echt und blutvoll war unter Coligny, war um 1793 bloß blutig, innerlich unfruchtbar, weil von keinem großen Charakter getragen ... Das klassische Frankreich zeigt nur noch Geist ohne Adel, einen Charakterverfall ... Die Demokratie beginnt, d. h. nicht die Herrschaft des Charakters, sondern die Herrschaft des Geldes ...«¹⁶

Die in dem zitierten Ausschnitt formulierten Urteile sind zum festen Bestandteil der nationalsozialistischen Geschichtsideologie geworden. Man könnte sogar die Hypothese wagen, daß gerade die Gedanken über die schädlichen Einflüsse der Aufklärung den festesten Bestandteil dieser Geschichtsideologie darstellten. Die Rassenlehre, die Deutung der Vorgeschichte mußten Korrekturen über sich ergehen lassen, gemäß den taktischen Erfordernissen der laufenden Politik, die Ansichten über die Aufklärung brauchten bis zum Ende nicht modifiziert zu werden. Im ersten Kriegsjahr erklärte Rosenberg in einer Rede: »So ist die nationalsozialistische Revolution, die anfangs als Lebensprotest gegen eine Schande groß wurde, zugleich eine historische Prüferin der deutschen Geschichte nicht nur der letzten Jahrzehnte, sondern der letzten Jahrhunderte geworden. Denn diese Parteien und ihre Ideologien gingen ja nicht nur bis zum Jahre 1914 zurück, sondern die marxistische bis 1848, die demokratische bis 1789.«¹⁷ Und selbst im letzten Kriegsjahr, im »totalen Krieg«, wurden diese Gedankengänge fortgeführt und bis ins Groteske pervertiert: »Wer einmal der Entwicklung der Geschichte der Freiheitsidee im Zeitalter von Judentum, Liberalismus und Freimaurertum nachgehen will, wird sich einst nicht wundern, wenn man heute schon die Feststellung treffen kann: Ein liberaler Staat ist unfähig, die Freiheit zu garantieren.«¹⁸

Es bedarf keiner weiteren Beweisführung, um feststellen zu dürfen, daß die von der akademischen Geschichtsschreibung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts entwickelte Konzeption von der Schädlichkeit der Aufklärung und ihrer Unvereinbarkeit mit dem deutschen Nationalcharakter und dem deutschen Staatsleben die NS-Ideologie befruchtete und für sie zur geistigen Dauernahrung wurde. Interessant ist es aber zu sehen, wie im Dritten Reich diese aus der Geschichtsschreibung schöpfende Ideologie ihrerseits wieder die Universitätshistorie beeinflusste. In dem knappen Rahmen dieses Textes müssen wir uns auf einige der

markantesten Beispiele beschränken, die in dem Kreis um das am 19. Oktober 1935 offiziell eröffnete Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands zu suchen sind. Sein Präsident, Professor Walter Frank, Schüler des ebenfalls 1935 nach der Ausschaltung Friedrich Meineckes zum Herausgeber der »Historischen Zeitschrift« ernannten Karl Alexander v. Müller, befaßte sich zwar nicht direkt mit der Aufklärung, bekämpfte aber leidenschaftlich ihre Tradition, was am deutlichsten in seinem 1933 veröffentlichten Buch »Nationalismus und Demokratie im Frankreich der Dritten Republik« zum Ausdruck kam.

Sein Programm für das besagte Institut formulierte er in aller Schärfe: »Wir haben ... das Arbeitsgebiet unseres Instituts erweitert auf den gesamten Zeitraum der neueren Geschichte, vor allem auf den Zeitraum zwischen der französischen und der nationalsozialistischen Revolution ... So haben wir denn in den Mittelpunkt der Arbeit dieses Reichsinstituts zunächst vier große selbständige Arbeitspläne gestellt: Eine den Zeitraum zwischen 1789 und 1848 umspannende Geschichte des Einbruches der westlichen Ideen in Deutschland und der Wirkungen und Gegenwirkungen, die sie hervorriefen – eine Geschichte der nationalkirchlichen Bewegungen im 19. Jh. – eine Geschichte der deutschen Philosophie, vor allem im 19. Jh. – und eine Geschichte der deutschen Judenfrage im Zeitalter zwischen der französischen und der nationalsozialistischen Revolution.«¹⁹ Auch hier wurde also die für die NS-Weltanschauung so unbequeme und gefährliche Ideenwelt der Aufklärung in den Mittelpunkt gestellt. Ebenso wurde das, was bereits die »preußische Schule« als der Nation nicht dienlich verworfen hatte, mit noch größerer Schärfe angegriffen, nämlich die wichtigste wissenschaftliche Errungenschaft der Aufklärung – das Streben nach Objektivität in der historischen Forschung und Darstellung. Noch vor der »Machtübernahme« äußerte sich dazu Walter Frank im Berliner NS-Blatt »Der Angriff«: »Jawohl, wir sind ›Barbaren! ... Wir sind es darin, daß wir uns dem rationalistischen Ideal des Westens entgegenstellen ... wir haben die lebenswichtigen Werte erkannt, die in dem unverbrauchten und unverbildeten Menschentum des Volkes schlummern ... Es wird der Bildung gut tun, wieder etwas ›barbarisiert«, durch den Zustrom chaotisch ringenden Lebens aus Verkalkung und Erstarrung befreit zu werden.«²⁰

Diese Absage an die historische Objektivität war um so notwendiger, als sich der Nationalsozialismus zum rechtmäßigen Erben der gesamten deutschen nationalen Überlieferung erklärte, aus der sich die großen Geister der Aufklärung nicht entfernen ließen. Es folgte, besonders in der populären Literatur, eine eigenartige Welle von Studien, die nachzuweisen hatten, daß die deutschen Dichter und Denker des 18. Jahrhunderts, ohne die das deutsche Pantheon nicht vorstellbar war, eigentlich keinen oder nur wenig An-

teil an den aufklärerischen Ideen hatten. So »blickte« Johann Wolfgang Goethe aus seinem 18. Jahrhundert »hinaus in die neue Zeit, die den großen Fragen der Gemeinschaft und des Volkes gehörte«, so forderte Fichte »die Überwindung der Ansprüche des einzelnen zugunsten der Forderungen im Dienste des Ganzen«. ²¹ Nur ein Schritt trennte derartige Charakteristiken von den Maximen, die in allen Arbeits-, Büro-, und Klassenräumen die Wände zierte: »Du bist nichts, Dein Volk ist alles«. So wurde die Aufklärung auf der geistigen Ebene des Mannes von der Straße »bewältigt«, indem sie zu einer in Deutschland bloß von zweit- und drittrangigen »Literaten« übernommenen fremden Mode herabgewürdigt wurde. In einer seit 1937 in Massenaufgaben und während des Krieges in Feldpostausgaben verbreiteten »Geschichte des deutschen Volkes« von Gerhard Krüger konnte man unter anderem folgendes lesen: »Der französische Absolutismus, ... französische Wirtschaftstheoretiker und Philosophen gewannen Einfluß. Auch im Kunststil ... wirkten sich diese fremdartigen Einflüsse aus ... Die entscheidende geistige Kraft war die Aufklärung, der Rationalismus geworden. Sie proklamierte die »Menschenrechte« und schuf so eine immer stärker werdende Opposition. ... 1789 wurde das Geburtsjahr des westlichen Liberalismus und Parlamentarismus. Die Freimaurerei ... trat für eine von allen Bindungen an Volk und Staat gelöste rationale Weltkultur ein. ... Bis zur Gegenwart hat dieser große, internationale, jüdisch geleitete Geheimbund im gleichen zersetzenden Sinne (Umsturzbewegungen von 1830 und 1848, Pariser Kommune, Ausbruch des Weltkrieges, Bolschewistische Revolution, Versailler Diktat ... Spanischer Bürgerkrieg) politisch gewirkt.« ²²

Zwar ließen sich die Historiker mit größeren Namen auf derartige »geschichtsphilosophische« Erwägungen nicht ein, es fehlte aber nicht, insbesondere in Gelegenheits-texten, an Beispielen von billiger Analogiesuche, die sich auf die Zeit um 1789 und 1813 bezogen. Es wurde sogar versucht, den Zweiten Weltkrieg als »Großdeutschlands Freiheitskrieg« in direkter Anlehnung an die kriegerischen Auseinandersetzungen mit dem revolutionären und napoleonischen Frankreich zu benennen. Selbst der Propagandaminister bediente sich in seiner bekannten Rede über den totalen Krieg der Travestierung eines Gedichts von Theodor Körner aus dieser Zeit. Schließlich war einer der letzten im Dritten Reich gedrehten Filme, der in der bis zum Ende verteidigten Festung La Rochelle sowie im belagerten Königsberg 1945 vorgeführte Film »Kolberg« von Veit Harlan, sozusagen der letzte ideologische Schuß des Nationalsozialismus gegen den aus Frankreich kommenden Feind – ein weiterer von vielen Beweisen, wie tief die Abneigung der Nationalsozialisten gegen die Tradition der aus Frankreich stammenden Ideen der Aufklärung, der Bürger- und Menschenrechte der Französischen Revolution war.

Wir kommen so zum Schluß unserer Betrachtungen. Ein kurzer Rückblick läßt folgende, wenn auch vielleicht nicht ausreichend bewiesene, so doch mindestens annehmbare Thesen zu: 1. Mit der fortschreitenden Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung gewann in ihrer Ideologie das ihren Zwecken entsprechend präparierte Geschichtsbild ständig größere Bedeutung.²³ 2. Ein wesentlicher Teil dieses Geschichtsbildes war die dem nationalsozialistischen Denken angepaßte und den Ergebnissen der objektiven Forschung widersprechende Darstellung des gesamten Fragenkomplexes um die Aufklärung und die Französische Revolution. 3. Es bestand ein innerer Zusammenhang zwischen den in den Punkten 1 und 2 genannten Erscheinungen und der Feindschaft der nationalsozialistischen Ideologie und ähnlicher Doktrinen gegen die parlamentarische Staatsform und ein auf Bürger- und Menschenrechten aufgebautes politisches System.

In diese Richtung vorgehende Forschungen können sich voraussichtlich als fruchtbar für die historische Erkenntnis erweisen. Die Einstellung der Nationalsozialisten zur Aufklärung kann als ein gesondertes Faktum innerhalb eines kleinen, abgemessenen Problemkreises betrachtet werden, der etwa die Geschichte des Deutschen Reiches in der Zeit von 1919 bis 1945 umfaßt. Zugleich ist es aber möglich, diese Frage als einen mitbestimmenden Faktor innerhalb einer konzeptionell breiter angelegten Geschichtsauffassung zu placieren. Es wäre durchaus vorstellbar, auf die Konzeption des »neuen Mittelalters« von Nikolai Berdjajew (1874–1948) als eine unter diesem Aspekt brauchbare Geschichtsphilosophie zurückzugreifen. Damit aber überschreiten wir bereits den von uns selbst vorgezeichneten Rahmen. Es geschieht, um die vorstellbaren Perspektiven zu zeigen, nach dem Vorbild des großen niederländischen Gelehrten Johan Huizinga, der 1938 schrieb: »Alle Wissenslücken erst noch auszufüllen, war für mich ausgeschlossen ... Es hieß für mich: Jetzt schreiben, oder gar nicht schreiben. Schreiben über etwas, was mir am Herzen lag. Also habe ich geschrieben.«²⁴

Anmerkungen

- ¹ Adalbert Wahl, Die Ideen von 1789 in ihren Wirkungen auf Deutschland, in: Zeitwende, Jg. 1, 1925, S. 125 ff.
- ² Adalbert Wahl, Studien zur Vorgeschichte der Französischen Revolution. Bd. 1–2. Tübingen, Leipzig 1905–1907; derselbe, Geschichte des europäischen Staatensystems im Zeitalter der Französischen Revolution und der Freiheitskriege. Berlin, München 1925.
- ³ Gustave Le Bon, Psychologie der Massen. Stuttgart 1938, S. 21–43.
- ⁴ Golo Mann, The History of Germany since 1789. Harmondsworth 1974 (Penguin; die englische Übersetzung weicht an einigen Stellen von dem 1958 erschienenen deutschen Original ab und scheint das Konzept des Autors besser wiederzugeben). Über Hitlers Ideen z. B. S. 645: »The masses who succumbed to his fascination were anyway lost to reason and stopped thinking«; oder auf S. 647 über »Mein Kampf«: »All these absurdities, interspersed with quarter-truths and cunning observations ...«
- ⁵ Raymond Aron, Les dernières années du siècle. Paris 1984, S. 114: »Hitler n'eut jamais le temps de créer une université acquise à sa vérité: il épura les universités allemandes, en expulsa les juifs, les socialistes ou les libéraux; s'il avait voulu chasser tous les non-nationaux-socialistes, il n'aurait pas trouvé assez d'enseignants ou de savants capables de combler les vides«.
- ⁶ »... so vertiefte die materialistische Geschichtsauffassung die Analyse [der politischen Anschauungen – J.S.] bis zum materiellen Ursprung der sozialen Ideen.« Wörterbuch der Geschichte. Berlin-DDR 1983, Bd. 1, S. 234.
- ⁷ Aus der umfassenden Bibliographie seien hier als Beispiel einige Arbeiten genannt: Helmut Bock, Französische Revolution und deutsche Unabhängigkeitsbewegung im antidemokratischen Geschichtsbild, in: Der Befreiungskrieg 1813. Berlin-DDR 1967, S. 393 ff.; Joachim Petzold, Die Demagogie des Hitlerfaschismus: Die politische Funktion der Naziideologie auf dem Wege zur faschistischen Diktatur. Berlin-DDR 1982; Nazi Propaganda. The Power and the Limitations. Ed. by David Welch. Totowa N. J. 1983; vgl. auch die Arbeiten von George G. Iggers und Hans Schleier.
- ⁸ Vgl. dazu als typisch: K. Hermann, Lexikon der allgemeinen Weltgeschichte: Die historischen Begebenheiten und Personen aller Zeiten und Völker, Geschichte aller Reiche ... Leipzig 1880, S. 201 ff.
- ⁹ Alle in diesem Absatz zitierten Ausdrücke und Sätze wurden dem Artikel »Aufklärung« im Brockhaus aus der Mitte des 19. Jhs. entnommen: Allgemeine deutsche Real-Encyclopädie für die gebildeten Stände. Conversations-Lexikon. 10. verbesserte und vermehrte Auflage, Bd. 2. Leipzig 1851, S. 37–38. Der Verfasser oder mindestens Verlagslektor dieses Textes war vermutlich der Historiker Ludwig Häusser [1818–1867].
- ¹⁰ Ernst Troeltsch, Aufklärung, in: Realencyklopädie für protestantische Theologie und Kirche, Leipzig 1897.
- ¹¹ Zitate nach Alexander Demandt, Natur- und Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert, in: Historische Zeitschrift, Bd. 237, (1983), S. 37–66.
- ¹² Vgl. hierzu Hans Schleier, Die bürgerliche deutsche Geschichtsschreibung der Weimarer Republik. Berlin-DDR 1975, S. 184, und Henryk Olszewski, Nauka historii w upadku. Warszawa-Poznań 1982, S. 511 sowie Stanisław Salmonowicz, Historycy i historia w III Rzeczy, in: Historyka, Bd. 13, Kraków 1983, S. 141 ff.

- ¹³ Adolf Hitler, *Mein Kampf*. Ausgabe München 1937, S. 293, 371, 473.
- ¹⁴ Vgl. hierzu: Ernst Nolte, *Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen*. München 1977, passim.
- ¹⁵ *Deutsche Geschichte, in Verbindung mit andern von Ludwig Stacke*. 5. Aufl., Bd. 2, Bielefeld, Leipzig 1892, S. 531 f.
- ¹⁶ Alfred Rosenberg, *Der Mythos des 20. Jahrhunderts*. 4. Aufl. München 1932, S. 117 f.
- ¹⁷ Alfred Rosenberg, Rede in Leipzig 21. 4. 1940, in: Ders., *Tradition und Gegenwart*. München 1941, S. 392.
- ¹⁸ Alfred Rosenberg, *Deutschland und die europäische Geistesfreiheit*. Rede ... in Prag am 16. Januar 1944 (gedruckt in München als Broschüre).
- ¹⁹ Walter Frank, *Zunft und Nation*. Rede zur Eröffnung des Reichsinstitutes ... Hamburg 1935; vgl. auch *Historische Zeitschrift*, Bd. 153, München 1936, S. 6ff. Zum Sachverständigenrat des Reichsinstitutes wurden folgende Historiker berufen: Richard Fester aus München, Fritz Hartung aus Berlin, Willy Hoppe aus Berlin, Erich Marcks aus Berlin, Arnold Oskar Meyer aus München, Karl Alexander v. Müller aus München, Wilhelm Schüssler aus Würzburg, Heinrich von Srbik aus Wien und Otto Westphal aus Hamburg. Die meisten von ihnen befaßten sich mit der Geschichte des 19. Jahrhunderts. Eine Ausnahme bildete Fritz Hartung (*Verfassungsgeschichte*).
- ²⁰ Walter Frank, *Wir Barbaren*. Ein Wort über den Nationalsozialismus und den Geist, in: *Der Angriff*, Berlin, 6. Mai 1931, zitiert nach: Ders., *Geist und Macht*. Hamburg 1938, S. 153–155.
- ²¹ *Stichwörter in dem Neuen Brockhaus*, Bd. 1–4, Leipzig 1941–1942.
- ²² Gerhard Krüger, *Geschichte des deutschen Volkes*. Ein Grundriß (Feldpostausgabe). Leipzig 1944, S. 183–185.
- ²³ Diese Entwicklungstendenz wurde von den Autoren bzw. Bearbeitern zweier sonst wertvoller Bücher nicht gewürdigt: Manfred Asendorf (Hrsg.), *Aus der Aufklärung in die permanente Restauration*. Hamburg 1974; Karl Ferdinand Werner, *Das NS-Geschichtsbild und die deutsche Geschichtswissenschaft*. Stuttgart 1967, vgl. auch Helmut Heiber, *Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands*. Stuttgart 1966.
- ²⁴ Johan Huizinga, *Homo ludens*. Hamburg 1956, S. 8. Auf die Bedeutung dieses Buches hat mich 1957 Werner Jochmann in Hamburg aufmerksam gemacht.

Die Verbreitung der Rassenlehre Gobineaus in Deutschland

von Michel Lémonon

Die Verbreitung der Gedanken Gobineaus in Deutschland vollzog sich in zwei Phasen: Während der ersten, die fast ein halbes Jahrhundert dauerte, war der vollständige Text des »Essai sur l'inégalité des races humaines« in Deutschland nur in französischer Sprache zugänglich. Diese Phase begann mit der Veröffentlichung der vier Bände (1853–1855) und endete mit dem Jahrhundert. Die zweite Phase wurde zu Anfang des neuen Jahrhunderts mit der Übersetzung eingeleitet, die Ludwig Schemann von 1898 bis 1901 unter dem Titel: »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen« veröffentlichte.¹

Für die erste Phase haben wir als Anhaltspunkt für die Verbreitung die Höhe der Erstauflage. Die ersten beiden Bände des »Essai« wurden auf Kosten des Autors gedruckt und von Firmin Didot 1853 mit einer Auflagenhöhe von 500 Exemplaren herausgegeben.² Davon wurden 150 Exemplare an Rümpler versandt, einen kleinen Verlagsbuchhändler, der sich frisch in Hannover niedergelassen hatte.³ Daß die Wahl auf ihn fiel, war eine Verlegenheitslösung, um überhaupt einen Auslieferer in Deutschland zu haben. Allein durch diese 150 Exemplare waren Gobineaus Rassengedanken in Deutschland bis 1884 vertreten, als zwei Jahre nach dem Tod des Autors die zweite Auflage erschien. Zu seinen Lebzeiten war es ihm, trotz aller Bemühungen der Freunde in Frankreich und Deutschland, nicht gelungen, eine Neuauflage seines Werks zu erreichen. Von der Auflage von

1884 kennen wir weder die Höhe noch die Zahl der in Deutschland zum Verkauf gekommenen Exemplare. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Höhe der zweiten Auflage die der ersten nicht wesentlich überstiegen haben, und es ist anzunehmen, daß auch der Absatz in Deutschland kaum eine Steigerung erfuhr, obwohl in der Zwischenzeit ein Ereignis stattgefunden hatte, das sich als sehr bedeutsam für das posthume Schicksal des Werks erweisen sollte: Die zweite Begegnung Gobineaus mit Richard Wagner im Jahr 1880.

Wie groß mag die Zahl der Leser jener 150 Exemplare der Erstauflage gewesen sein? Zwei Voraussetzungen mußten sie erfüllen: Sie mußten sich für das Thema interessieren, und sie mußten die französische Sprache genügend verstehen, um einer über zwei Bände sich erstreckenden Abhandlung folgen zu können. Mit anderen Worten, die Leserschaft der 150 Exemplare war sehr begrenzt: einige Fachgelehrte und Leute mit hohem Bildungsniveau. Wie waren ihre Reaktionen? Zwischen den Extremen völliger Ablehnung und völliger Zustimmung dürften sie sich unter jenen einordnen lassen, die uns durch Briefe, Rezensionen, Zitate aus dem »Essai« oder bloße Erwähnungen bekannt sind.

Die Reaktionen der Sprachwissenschaftler Heinrich Ewald und August Friedrich Pott, der Ärzte und Anthropologen Carl Gustav Carus, Hermann Schaaffhausen und Eduard Reich zeichneten sich alle dadurch aus, daß sie Gobineau jegliche Kompetenz auf ihrem Fachgebiet absprachen, auch wenn sie einige seiner Ansichten teilten. Die Historiker Roth von Schreckenstein und Jakob Philipp Fallmerayer schätzten ihn und griffen auf ihn zurück. Die Professoren Lasaulx und Duttenhofer, der Geograph und Publizist Karl Andree schenkten ihm Beachtung. Zwei Literaten von aufgeschlossenem Geist und weiter Bildung, beide zugleich Diplomaten, Anton Prokesch von Osten und Victor von Strauß und Torney, würdigten Gobineaus Bemühen, nach der Ursache und Erklärung für die Herausbildung menschlicher Gesellschaften zu forschen. Auch sein Hauptwidersacher Pott lobte, daß er versucht habe, die reine Faktengeschichte zu überwinden.⁴

In keinem Fall jedoch ist zu sehen, daß Gobineau neue Wege erschlossen hätte: Die »historischen« Rassen, die Überlegenheit der weißen Rasse, der Arier, der Germanen, die Dekadenz infolge der Vermischung von Blut unterschiedlichen Wertes, der biologische Determinismus als Regulator des Geschichtsablaufs, alle diese Themen sind vor Gobineau dagewesen. Er war nur Erbe – einer unter vielen anderen. Alle diese Themen waren seinen Lesern schon bekannt. Außer wissenschaftlichen Zeitschriften hatte selbst ein Wochenblatt wie »Das Ausland« sie ihnen in mancherlei Variationen präsentiert!⁵

Ewald, Strauß, Pott und Keller haben mit Nachdruck auf die deutschen Quellen des »Essai« hingewiesen. »Es kehren also bei ihm«, schrieb Ewald, »viele unklare Anschauungen und Grundsätze wieder, welche auch sonst in neueren, namentlich auch deutschen Büchern auseinandergesetzt sind, z. B. daß die Völker entweder »aktive« oder »passive« seien, männlicher oder weiblicher Art, zum Erobern und Bilden oder zum Dulden bestimmt, usw.« Strauß erinnerte daran, daß Heinrich Leo »den Ausgang der deutschen Welt von den indischen Ariern an Sprache, Sage, Götterglaube, Sitte, Rechtsbildung nachgewiesen« habe. Keller schrieb, daß »die Heroen der deutschen Wissenschaft dem Verfasser als vertraute Führer voranleuchteten«.⁶

Das Interesse, das selbst diese Autoren dem Werk Gobineaus entgegenbrachten, und die Angriffe Schaaffhausens zeigen jedoch, daß sie die Arbeit als eigenständige Synthese empfanden, wie sehr sie sich auch in großen Teilen aus bekannten Elementen zusammensetzte. Strauß, Pott, Keller, Fallmeyer haben darüber hinaus die Darbietungsform gelobt. Dennoch ist zu sehen, daß von 1853 bis 1881, also im Verlauf von 28 Jahren, die vom »Essai« ausgehenden Spuren seltener und schmaler wurden. Das Werk schien völlig in Vergessenheit zu versinken. Einer der Gründe für das zunehmende Desinteresse der Deutschen an dem »Essai« war zweifellos, daß es nur so wenige Exemplare von ihm gab. Der Hauptgrund dürfte jedoch in seiner geringen Aktualität gelegen haben. Nach dem Buch wurde nicht mehr gefragt, weil die Wissenschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in ihm keine Anregungen mehr finden konnte. Der »Essai« wirft linguistische, historische, prähistorische, geologische, biologische und anthropologische Fragen auf. Die Kritik von Pott indessen hatte Gobineau in den Augen der Sprachwissenschaftler endgültig disqualifiziert. Die Historiker konnten in seinem Werk wohl noch Nachlese halten, aber sie waren anspruchsvoller und glaubten nicht länger, daß man den Ablauf der Geschichte aus dem Stoff der Legenden herauslesen könne. Und was die Biologie angeht, so ist daran zu erinnern, daß Claude Bernard, drei Jahre älter als Gobineau, seine »Leçons de physiologie expérimentale« am Collège de France in demselben Jahr aufnahm, in dem die zwei letzten Bände des »Essai« erschienen.

Gobineau glaubte noch, die Menschheit sei an die 7000 Jahre alt. Die Entdeckung des Neandertalers 1856 und die Funde von Boucher de Perthes, die 1859 von einer britischen Kommission überprüft wurden, gaben jedoch eine völlig andere Vorstellung von ihrem Alter. Das Buch von Charles Lyell »The Geological Evidences of the Antiquity of Man« erschien 1863 und wurde im Jahr darauf ins Französische und Deutsche übersetzt. Bereits im Jahr 1862 vertrat Carl Gustav Carus, zweiundsiebzigjährig, die Ansicht, durch die Arbeiten von Louis Agassiz, Bennet Dowler, Dickinson und Brown sei bewiesen, daß in Louisiana der Ursprung der Menschheit minde-

stens 57000 Jahre zurückliege. Gobineau dagegen hatte in seinem Vorwort für eine Neuauflage des »Essai« nur beißenden Spott für die »Phantasteereien«, »amusements« und »Narreteien« der Prähistorikerkongresse.

Was den »Essai« noch weiter, und diesmal endgültig, in den Hintergrund drängte, war die Veröffentlichung von Darwins Werk, dessen Evolutionstheorie in direktem Widerspruch zu Gobineaus Hypothesen stand. Nach Gobineaus Vorstellung war die Menschheit Stufe um Stufe vom Zeitalter der Götter zu dem der Helden und weiter zu den Aristokraten abgestiegen und schließlich auf dem minderwertigen Stand der jüngsten Rassenvermischungen angelangt. Seit Darwin dagegen lehrte man, daß die Manifestationen des Lebens von den bescheidensten Formen bis zu der Stufe aufsteigen, auf der man eine neue Art des Primaten, den Menschen, erkennt. Die Erklärung für diese aufsteigende Entwicklung ist in der Anpassung, im Kampf um das Dasein und in der natürlichen Auslese zu finden. Diese Theorie wurde allgemein akzeptiert und alsbald mit den eugenischen Lehren von Darwins Vetter Francis Galton in Zusammenhang gebracht.

»On the Origin of Species« erschien 1859, vier Jahre nach dem »Essai«. Dreizehn Jahre später, 1872, als die einzige Auflage des »Essai« so gut wie erschöpft war, erschien Darwins Buch in der 6. Auflage, es hatte also im Schnitt alle zwei Jahre eine Neuauflage erlebt. Drei Übersetzer übertrugen es ins Französische, vier Ausgaben kamen in dieser Sprache auf den Markt (1862, 1866, 1873, 1880). Es wurde ins Spanische (1877) und – mit anderen Arbeiten – ins Deutsche (1875 – 1881) übersetzt: »Ch. Darwins gesammelte Werke«. Deren zweiter Band erreichte in einer gesonderten Übersetzung, »Über die Entstehung der Arten«, 1876 die sechste Auflage. 1860 wurden in der Zeitschrift »Das Ausland« in fünf Nummern Fragen des Darwinismus erörtert, und auch in den folgenden Jahren widmete sie ihnen viel Raum. Der Darwinismus drang über den Kreis der Fachgelehrten hinaus und fand Eingang in die Literatur. Es überrascht nicht, daß Richard Wagner Darwins »Vom Ursprung der Arten« bereits 1872 las, also noch bevor er irgendeinen Text von Gobineau kannte.⁷ Noch weniger kann es verwundern, daß Nietzsche sich eine neue Stufe der Entwicklung vorstellte, auf der der Mensch den Menschen übertreffen würde: »Ihr habt den Weg vom Wurm zum Menschen gemacht, und vieles ist in euch noch Wurm ... Seht, ich lehre euch den Übermenschen!« In den Augen der zeitgenössischen Wissenschaftler mußte Gobineau als überholt erscheinen. Daß er später als »Vorläufer«, »Begründer«, »Vater« der Rassenlehre galt, war nur infolge völliger Unkenntnis der Wissenschaftsentwicklung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts möglich.

Um die Rolle Gobineaus richtig zu beurteilen, muß man sich die Situation zur Zeit seines Eintritts in den Wagnerkreis vor Augen halten. Es wäre

einmächtig, in Gobineau den Sämman zu sehen, der über jungfräulichen Boden ging. Schon eine Durchsicht der »Bayreuther Blätter«, der von Richard Wagner gegründeten Zeitschrift, vom Gründungsjahr 1878 bis zum März 1881, als der Kreis den »Essai« zu lesen begann, zeigt, daß die Redakteure Wolzogen, Förster und andere bereits die arisch-germanisch-deutsche Genealogie vertraten und von der Überlegenheit ihres Stammes überzeugt waren. Sie wußten von Rawlinson und der Entzifferung der Keilschrift. Als forsche Antisemiten stellten sie die Frage, ob Jesus nicht ein »Arier« gewesen sei. Sie verschmolzen die »arische« und die christliche Kultur miteinander und sahen in Luthers Reformation eine Großtat der Germanen. Auch nachdem Wolzogen und Schemann den »Essai« gelesen hatten, ließen sie sich in keiner Weise durch die Lehren Gobineaus beirren, für den die Deutschen nicht germanisches Wesen verkörperten, für den es so etwas wie eine christliche Kultur niemals gegeben hatte und auch nicht geben konnte, für den Jesus unbestreitbar jüdischer Abstammung war und der die von Luther herbeigeführte Spaltung der Kirche beklagte. Den Keim einer später sich unheilvoll auswirkenden Mystik hat Gobineau in den Wagnerkreis nicht hineingetragen; aber hat er deren Entwicklung nicht zumindest gefördert, nachdem die »Bayreuther Blätter« für ihn zur Tribüne geworden waren?

Eine globale Antwort auf diese Frage liefert das Schicksal der Arbeiten von Ludwig Schemann, des bedeutendsten Förderers von Gobineau und seinem Werk unter den Wagneranhängern. Schemann war der Übersetzer, Verleger, Exeget, Verteidiger, »Hagiograph« des Franzosen und auch der Gründer der »Gobineau-Vereinigung«, der »Société gobinienne«. Als er im Dezember 1889 bei der Lektüre von »La Renaissance. Scènes historiques« (1877) und dem erneuten Lesen des »Essais« Gobineau für sich entdeckte, war er, 37 Jahre alt, bereits durch drei Persönlichkeiten geprägt: Wagner, Schopenhauer und Paul de Lagarde. Die Begegnung mit ihnen hatte seinen Antisemitismus verstärkt, Lagarde insbesondere seinen Nationalismus gefördert. Noch unter dem Namen seines Vaters, Boetticher, hatte dieser 1851 ein Glossar griechischer Namen zusammengestellt, die eine Beziehung zu den »Ariern« aufwiesen. Darauf machte Ernst Renan in der 2. Auflage seines Buches »De l'origine du langage« (Vom Ursprung der Sprache) aufmerksam. In seinen »Deutschen Schriften« stellte Lagarde darüber hinaus Juden und Indogermanen einander als Antagonisten und unerbittliche Feinde gegenüber. Er wies Schemann auf den Weg, der ihn schließlich zu dem übersteigerten Nationalismus des Alldeutschen Verbandes führte.

Schemanns Übersetzung der »Renaissance«, die in Fortsetzungen in vier Jahrgängen der »Bayreuther Blätter« erschien (1891–1894), erlebte einen

unmittelbaren Erfolg; sie wurde sogleich in der billigen Reihe von Philipp Reclam herausgegeben. Damit begann ein triumphaler Erfolg. Zwölf Übersetzer und 17 Verleger nahmen sich der »Renaissance« an, in 30 Ausgaben mit über 100000 Exemplaren wurde sie bis zum 2. Weltkrieg verkauft. Durch sie ist Gobineau in Deutschland bekannt geworden.

Ganz anders erging es Schemanns Übersetzung des »Essais«: »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen«. ⁸ Mit ihr begann wie gesagt die zweite Phase der Verbreitung von Gobineaus Rassengedanken in Deutschland. Von 1898 bis 1935, das heißt in einem Zeitraum von 37 Jahren, erlebte die Übersetzung drei Auflagen – eine vierte war nur fiktiv –, die zusammen weniger als fünftausend Exemplare umfaßten. Fünf Verleger hatten das Werk abgelehnt; sie hielten es für überholt. Um das nötige Geld für eine Auflage zusammenzubringen, hatte Schemann die »Gobineau-Vereinigung« gegründet. Eine Beihilfe, die er von seinen Kampfgefährten im Alldeutschen Verband erhofft hatte, war ausgeblieben. Diese wußten noch nichts von Gobineau, den sie erst später für sich in Anspruch zu nehmen trachteten. Der Verleger des »Essais«, Hauff, schrieb am 17. November 1897 an Schemann, daß der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes und Reichstagsabgeordnete Professor Hasse sich für das Buch interessiere. Aber drei Monate später mußte er mitteilen: »Bei den Blättern des Alldeutschen Verbandes habe ich schon zweimal anfragen lassen, wie sie mir eine Anzeige berechnen würden. Bis heute ist keine Antwort eingetroffen, ob schon die Blätter nur Füllinserate ›Cigarren‹, ›Loose‹ oder Ähnliches haben, und ihres Ansehens wegen ein Buchinserrat ihnen sehr zustatten käme, besonders eines über Gobineau.« Und drei Tage später: »Die Alldeutschen haben noch nicht geantwortet. Ich werde Ihren Rat befolgen und mich nicht weiter um ihre Teilnahme für das Buch bemühen.«

Will man den Anteil, den Schemann an der Verbreitung des Rassengedankens hatte, so genau bestimmen, wie es auf diesem Gebiet möglich ist, so braucht man nur die Höhe der Auflagen seiner Werke mit denen von Chamberlain oder von Günther zu vergleichen. Schemann glaubte sich besonders befähigt, die Geschichte des Rassengedankens in den Geisteswissenschaften nachzuzeichnen. Der geringe Absatz seines dreibändigen Werks »Der Rassengedanke in den Geisteswissenschaften« beweist jedoch, daß er nicht sonderlich geschätzt wurde. Die 1500 Exemplare des ersten Bandes waren erst nach elf Jahren vergriffen (1927–1938), und nur dieser wurde 1938 mit 1000 Exemplaren neu aufgelegt. In einem Brief an seinen Verleger Lehmann von Ende Juli 1928 sprach Schemann offen seine Enttäuschung aus: »So gewiß ich an sich mit freudigem Eifer an diesem zweiten Bande beschäftigt bin, so mußte mich doch zeitweilig das mäßige Echo, das vom ersten zu mir dringt, befremden, um nicht zu sagen:

bedrücken. Ich habe zwar eine leise Hoffnung, daß bei Ihnen doch noch etwas mehr von Besprechungen liegen möge, als mir zugekommen ist ... Aber die Tatsache, daß auffallend wenige solche bisher erfolgt sind, bleibt doch wohl bestehen. Am schmerzlichsten mußte es mich berühren, daß noch jetzt, nahezu dreiviertel Jahre nach Erscheinen des Buches – von den Männern, die ich als meine besonderen wissenschaftlichen Gefährten und Kampfgenossen betrachtete ... – noch keiner sich veranlaßt gesehen hat, mit einem Worte in der Öffentlichkeit auf mein Werk hinzuweisen.«

Ihr Verhalten enttäuschte ihn um so mehr, als er stets voller Eifer für sie eingetreten war. Einige dieser Undankbaren zählte er namentlich auf: Kossinna, Fischer, Günther, Kern. Auch beklagte er sich bitter, daß ihn die junge Generation für nicht kompetent in Rassenfragen halte, »die junge Generation, die bisher (wenigstens in den Nordischen Blättern) von mir als Schleppenträger Günthers Kenntnis genommen hat, indem dort ein Studienrat meine Lobsprüche auf Günther zu einer Blütenlese aneinander reihte, die doch auch vorhandenen Divergenzen dagegen gänzlich verschwiege«.

Diese Divergenzen waren in der Tat groß. Schemann bewegte sich gegen den Strom, indem er auf den Mangel an Gewißheit in der Rassenlehre und auf die Grenzen der biologischen Wissenschaft hinwies. »Vor der seelischen Natur aller Lebenserscheinungen stockt das Wissen der Physiologen, und die Erbllichkeit bleibt ein Mysterium auch nach Mendel und Baur.« Diese Zeilen schrieb Schemann im ersten Band von »Der Rassengedanke in den Geisteswissenschaften«. Ein Brief an Lehmann unterstrich noch ihre Bedeutung: »Wenn wir auf einem Gebiete, wo ohnehin vieles hypothetisch ist, in dieser Weise dem Subjektiven, Konstruierten Einlaß gewähren, Übergriffe des Wissens begehen wollen, laufen wir Gefahr, das nicht Allzuvielen von Kredit, das wir bei den Fachwissenschaftlern gewonnen haben, wieder zu verscherzen. Es ist nicht anders: Die Rasse bleibt letzten Endes ein Mysterium. Banal-populär könnte man sagen, zu einem Drittel wissen wir um sie, zu einem ahnen wir sie, in dem letzten endlich bleibt sie uns ganz dunkel. Das ist mein Facit nach jahrzehntelanger Beschäftigung mit ihr, und dabei habe ich den Wissensanteil noch reichlich bemessen.«

Diese Meinung Schemanns blieb nicht gänzlich unbeachtet. Hermann Seeliger erwähnte sie und machte sie sich zu eigen in seinem langen Artikel: »Deutsch oder Nordisch? Musik oder Rasse?«, der in fünf Nummern der »Bayreuther Blätter« (1935–1936) veröffentlicht wurde. Sie wurde jedoch verdrängt von dem Strom der Lehren, wie sie Hans F. K. Günther neben vielen anderen vertrat, mit seiner »Rassenkunde des deutschen Volkes«, die 1922 erschien, acht Jahre später ihre 14. Auflage erreichte und 1934 auf das

77. Tausend kam. Schemann fragte sich nach den Gründen für seinen Mißerfolg und nahm dazu im Vorwort zum zweiten Band seines Buches Stellung. Er setzte sich dabei mit denjenigen auseinander, die »etwas an mir rügen, was ich selbst in meinem ersten Teile bekannt habe, wie meine geringe Beschlagenheit in biologischen den humanistischen Dingen gegenüber oder meine Nötigung, in manchen Partien meines Werkes aus zweiter Hand zu arbeiten«. Die anerkannten Rassenlehrer waren also nicht bereit, ihn als einen der ihren zu akzeptieren, und die Eugeniker bedurften seiner nicht, um ihre Programme auszuarbeiten.

Das ist nicht verwunderlich. In den zehn Jahren nach der Veröffentlichung des »Essai« entstand, wie wir gesehen haben, eine zunehmende Kluft zwischen den Lehren der Wissenschaft und den Gedanken Gobineaus. Dieser Abstand vergrößerte sich noch zwischen dem auf Gobineau fußenden Rassentheoretiker Schemann und den neuen Protagonisten der Rassenlehre, die den Darwinismus mit der Galtonschen Eugenik verschmolzen und sich auf die von Gregor Mendel entwickelte Vererbungslehre stützten. Dessen Versuche waren in den sechziger Jahren bereits bekannt. Houston Stewart Chamberlain, der 1889 zur Fortsetzung seiner naturwissenschaftlichen Studien nach Wien kam, behauptet, er habe dort von ihnen durch Julius Wiesner erfahren, der »an der Quelle« gewesen sei. Ob diese Aussage in jedem Punkt zutrifft, mag dahingestellt bleiben. Sicher ist, daß bereits 1867 in der botanischen Zeitschrift »Flora« von den Versuchen berichtet wurde.⁹

Man kann sich das zunehmend intensivere Interesse an der Vererbungslehre verdeutlichen, wenn man einen Katalog medizinischer Bücher und Artikel aus den letzten zwanzig Jahren des 19. Jahrhunderts aufschlägt. Das gleiche gilt für die Eugenik. Schon 1885 konnte der Arzt Gérard eine »Histoire de la fécondation artificielle« (Geschichte der künstlichen Befruchtung) schreiben. Und im selben Jahr erschien eine Spottschrift unter dem Titel: »Le plat du jour: les enfants artificiels« (Das Tagesgericht: die künstlichen Kinder). Es sollte auch das Gericht von morgen und übermorgen sein, es ist auf der Speisekarte geblieben. Aus der Wissenschaft gelangt das Thema in die Literatur, in die Science-fiction: 1886 veröffentlichte Villiers de l'Isle-Adam seinen Roman »L'Eve future« (Die Eva der Zukunft).

Der »Sozialdarwinismus« der Anthropologen wurde politisches Gedankengut und drängte zum Handeln. Alfred Ploetz gründete 1904 das »Archiv für Rassen- und Gesellschafts-Biologie«, an dem Ärzte, Biologen und Anthropologen mitarbeiteten. 1931 begrüßte Fritz Lenz, einer seiner Redakteure, die nationalsozialistische Partei als die erste Partei, die die Rassenhygiene als Forderung in ihr Programm aufgenommen habe. Diese Zeitschrift wurde zu einem der Zentren, an dem die Rassengesetzgebung

des Dritten Reichs vorbereitet wurde. Sie bestand so lange wie das Regime und ging mit ihm unter. Ihr Gedankengut wurde von einem Walter Darré, einem Heinrich Himmler übernommen.

Die in ihr propagierte Denkrichtung widersprach nach ihrem Ursprung, ihrer Entwicklung und ihrer Auswirkung den Gedanken Gobineaus. Schemann hat diesen Gegensatz dunkel gespürt. Der Briefwechsel mit Vacher de Lapouge, einem Eugeniker jener Zeit, den Jean Boissel herausgegeben hat, ist dafür ein beredtes Zeugnis. In einem Brief vom 25. Oktober 1899 erklärte Schemann, er sei »schockiert und schmerzlich betroffen« von der »Vorstellung einer künstlichen Befruchtung«, wie Lapouge sie befürworte. Er bezeichnete solche Pläne als »eine Ungeheuerlichkeit, für die die vergewaltigte Natur sich grausam rächen würde, wenn man sie jemals verwirklichte«. Und sechs Monate später schrieb Schemann in einem Brief, in dem er sich »christlich-idealistisch« nannte: »Ich komme nicht mehr auf die Einzelheiten der künstlichen Befruchtung zurück, ich sage nur dies: Wenn die Menschheit nur durch solche Mittel gerettet werden könnte, bin ich der festen Überzeugung, daß es besser wäre, sie zugrunde gehen zu lassen.«

Schemann verwarf 1911 die Phantastereien von Willibald Hentschel und dessen »Mitgarten«. Er erklärte sich 1928 öffentlich gegen Lapouge. Er bereitete seinem Verleger Lehmann ernste Sorgen, weil er in der ersten Fassung der Vorrede zu seinem Buch Kritik an Hans F. K. Günther übte, der ebenfalls von Lehmann verlegt wurde. In seiner Antwort vom 17. Oktober 1929 erklärte Schemann, daß er Günther gerügt habe wegen der Übertreibungen in »Rasse und Stil«: »Er nahm sich anscheinend nichts von meinen Warnungen an, und indem dann – wie immer – seine Gefolgsleute sich ihn gerade im Bedenklichen zum Muster nahmen, konnten wir Dinge erleben wie etwa folgendes (Rassenanalyse Wagners). Nachdem Günther ausgefunden, daß Wagners starke Betonung des Erlösungsmotives auf ostbaltisches Blut zurückgehe, fügt sein Jünger Eichenauer (in der »Sonne«) dem hinzu, daß seine Texte nordisch, seine Orchestration dinarisch sei!! Wenn das nicht einfach *Unfug* ist, dann weiß ich nicht, was solcher ist.« Es ist begreiflich, daß Günther und die Gruppe der Darwinisten-Eugeniker-Genetiker Schemann haben fallenlassen, der sich naiverweise für ihren Kampfgefährten hielt. Er war nur ein Bremsklotz.

Ganz gleich, ob man die Verbreitung des »Essai sur l'inégalité des races humaines« betrachtet oder die des »Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen«, in beiden Fällen lassen sich keine nennenswerten Einwirkungen der Ideen Gobineaus auf die Ideologien erkennen, die später in den nationalsozialistischen Rassismus eingingen.

Anmerkungen

- ¹ Siehe meine Aufsätze in: *Etudes gobiniennes* 1967, S. 261–267, und in: *Les Recherches Germaniques*, Straßburg 1982, Nr. 12, S. 78–108.
- ² Nach der Kostenaufstellung des Verlegers Didot. Paris, Bibliothèque Nationale, FR Nouv. acq. 14 390, fol. 73.
- ³ Michel Lémonon, *Précisions sur la première édition de l'Essai sur le races*, in: *Etudes gobiniennes* 1976–78.
- ⁴ Michel Lémonon, *Débuts du gobinisme en Allemagne*, in: *Etudes gobiniennes* 1968/69, S. 183–193; über Schaafhausen ebenda 1971, S. 149–154.
- ⁵ Über den Rassengedanken in der Zeit vor Gobineau, siehe meinen Aufsatz: *L'idée de race et les écrivains français de la première moitié du XIXe siècle*, in: *Die neueren Sprachen* 1970, H. 6, S. 283–292. Léon Poliakov, *Le mythe aryen*. (dt.: *Der arische Mythos. Zu den Quellen von Rassismus und Nationalismus*. Wien, München, Zürich 1971).
- ⁶ H. Ewald in: *Göttingische gelehrte Anzeigen*, 1. und 4. Mai 1854, Stück 69–71; V. von Strauß, *Ein Obolus zur Philosophie der Geschichte*. Rümpler 1855. A. F. Pott, *Die Ungleichheit menschlicher Rassen, hauptsächlich vom sprachwissenschaftlichen Standpunkt unter besonderer Berücksichtigung von des Grafen von Gobineau gleichnamigen Werke ... Lemgo, Detmold* 1856, S. 2; A. v. Keller in: *Deutsches Museum. Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben* (Robert Prutz), Nr. 23 (7. Juni 1885); vgl. auch: J. Ph. Fallmerayer in: *Beilage der Allgemeinen Zeitung* (Cotta), Nr. 74, 14. und 15. März 1856 (Besprechung zweier Bücher von J. Krüger: *Urgeschichte der Assyrier und Iranier vom 13. bis 5. Jahrh. v. Chr.*).
- ⁷ Cosima Wagner, *Die Tagebücher*. München 1976: 29. Juni, 1. Juli, 2. Juli, 22. Juli, 1872, 11. Febr. 1873.
- ⁸ Michel Lémonon, *Quelques précisions sur la traduction allemande de l'Essai par Ludwig Schemann*, in: *Etudes gobiniennes* 1973, S. 105–115. Der im folgenden wiederholt zitierte unveröffentlichte Briefwechsel Schemann–Lehmann und Schemann–Hauff (Fromm Verlag) findet sich in der Universitätsbibliothek Freiburg i. B.
- ⁹ Zur Rezeptionsgeschichte Mendels siehe insbes. Franz Weiling, *Über weitere unbekannte Hinweise auf J. G. Mendels »Versuche über Pflanzen-Hybriden« aus dem Jahre 1867*, in: *Sudhoffs Archiv* 53 (1969), S. 77–85.

Konsequenz und Manipulation der nationalsozialistischen Rassenideologie

von Walter Zwi Bacharach

Die politische Entwicklung des 20. Jahrhunderts läßt sich mit Recht als »Zeit der Ideologien« charakterisieren.¹ Allen politischen Regimen unseres Jahrhunderts war und ist es ein Bedürfnis, die in ihnen ausgeübte Regierungsgewalt durch die Berufung auf einen »ideologischen Unterbau« zu rechtfertigen.² Dies allein erweckt schon den Verdacht, daß dadurch eine Täuschung über die wahren Ziele oder wenigstens ihre Vernebelung in der Absicht der Herrschenden liegt. Kommunistische, faschistische und nationalsozialistische Herrschaftssysteme rechtfertigten sich durch Weltanschauungsideologien; sie gingen dadurch jeder rational erklärbaren Begründung ihres Handelns aus dem Weg. Diese Rechtfertigungslehren bestanden weitgehend aus a priori vorgegebenen pseudophilosophischen Theorien, die schließlich die Gestalt von Glaubenssätzen annahmen und so ihren doktrinären und absoluten Charakter erhielten.³

Im folgenden soll die nationalsozialistische Rassenideologie im Hinblick darauf betrachtet werden, welche Bedeutung sie für das Herrschaftssystem hatte und in welchem Maß sie zugleich als Leitlinie für die nationalsozialistische Politik diente. Ist man zunächst überhaupt berechtigt, diese nationalsozialistische »Rassenlehre« als Ideologie zu bezeichnen? Es ist nicht die Absicht des Verfassers, nun den Ideologiebegriff durchgängig zu analysie-

ren, vielmehr geht es darum, diese Frage anhand verschiedener Ideologiedefinitionen zu überprüfen. Für Karl Dietrich Bracher ist Ideologie in erster Linie eine Form der Weltanschauung, ein System von Ideen über das gegenseitige Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Politik, ein System, das »geeignet ist, die Wirklichkeit sowohl auf eine Formel zu bringen wie zugleich sie im Interesse von Machtpolitik zu verbiegen oder gar zu verhüllen«. ⁴ Eine solche Weltanschauung ist daher darauf gerichtet, die aktivistischen Komponenten der Machtpolitik nach pragmatischen Kriterien hervorzuheben oder zu verdecken. Politik kann freilich nicht nur vom theoretischen Ansatz her beurteilt werden; mit der Einbeziehung des Handelns ergänzt Carl J. Friedrichs Ideologiebegriff den von Bracher. Er definiert die Ideologie als ein System von Ideen und notwendigen Impulsen für das politische Handeln. Jede Ideologie enthält danach, soll sie in die Tat umgesetzt werden, zugleich das Programm und die Strategie zu ihrer Verwirklichung. ⁵

Eine Ideologie ist also abhängig von einem organisierten sozialen Handeln, das auf die Erhaltung oder die Veränderung einer bestimmten Realität gerichtet ist. ⁶ Nicht der mehr oder weniger große Wahrheitsgehalt kennzeichnet eine Ideologie, sondern das Vorhaben, dem sie dient. Um eine politische Vorstellung in der Praxis zu realisieren, bedient man sich einer Idee, die so zur Ideologie wird, d. h. zu einer mit wissenschaftlich-philosophischem Gültigkeitsanspruch auftretende Rechtfertigung des Tuns. In diesem Zusammenhang verdient Hannah Arendts Hinweis Beachtung, daß durch die Verbindung der Begriffe »Idee« und »Logos« dieser Wissenschaftsanspruch auch sprachlich deutlich wird. ⁷ Die Veränderung einer Idee im Hinblick auf das pragmatische Ziel vermindert allerdings deren Wahrheitsgehalt. Die Idee muß sich dem Handeln fügen, und wenn die Tat ein Willkürakt ist, so wird dadurch die Idee verbogen und manipuliert. Die Führung eines solchen Systems hat, um mit Djilas zu sprechen, das »Monopol auf Ideen«. ⁸

Die bisher angeführten Charakteristika für eine Ideologie enthalten alle einen negativen Akzent. Spricht man speziell von der nationalsozialistischen Rassenideologie, so wird dies besonders deutlich. Im Gegensatz zur allgemeinen Ideologielehre, die zu einer neutralen Betrachtungsweise verpflichtet ist, ist in diesem Falle ein moralisierendes Urteil über den Inhalt der Ideologie durchaus erlaubt. ⁹ Das die nationalsozialistische Rassenlehre zum Tod von Millionen führte, ist ein historisches Faktum. Eine Ideologie, deren Gedankengut den Völkermord vorbereitete und in deren Geist er später auch ausgeführt wurde, liefert all jenen starke Argumente, die solche totalitären Vorstellungen grundsätzlich ablehnen. Totalitäre Weltanschauungen erstreben stets eine Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse durch Gewaltanwendung. Der Wunsch nach

der Zerstörung der existierenden Ordnung entspringt der utopischen Annahme, auf den Trümmern eine bessere Zukunft aufbauen zu können. Damit wird ein weiteres gemeinsames Kennzeichen von Ideologien deutlich: Sie sind zugleich auch politische Utopien.¹⁰

Nach diesen allgemeinen Überlegungen wollen wir zur spezifischen Fragestellung zurückkehren: Wie verhielt sich die politische Tat zur nationalsozialistischen Rassenideologie? Wurden ihre Handlungsanweisungen konsequent im politischen Alltag durchgeführt? Dazu ist zunächst festzuhalten, daß die Weltanschauung des Nationalsozialismus in der Person Hitlers verkörpert war, der zugleich auch über Auslegung und Anwendung entschied. Er »war der unbestrittene Führer, er traf oder billigte alle wesentlichen Entscheidungen, so auch die folgenschwerste des ganzen Krieges«. ¹¹ In seiner Abhandlung über Ideologie, Totalitarismus und Nationalsozialismus hat Robert A. Pois, sich auf Hans Buchheim stützend, den Unterschied zwischen dem Totalitarismus der Nationalsozialisten und dem nationalsozialistischen Staat dargelegt. Hitlers Führergewalt war nicht aus der staatlichen Sphäre abgeleitet, sondern entsprang dem ideologischen Anspruch auf Verwirklichung des Gemeinwillens. Dieser Staat war auch nicht monolithisch strukturiert, selbst wenn Hitler, Himmler oder Bormann diesen Eindruck hervorriefen. Indessen war ein solcher monolithischer Staat zur Herrschaftsausübung auch nicht erforderlich, solange Hitlers Ideologie, sein Wille und seine Führergewalt das Handeln des Staates bestimmten. So kommt Pois zu dem Schluß, daß »die nationalsozialistische Ideologie vom Anspruch her totalitär war, der Staat jedoch nicht«. ¹²

Hitlers Einstellung zu Ideen erweist ihn als typischen Ideologen. Als »geistige Vorstellung allgemeiner Art« werden sie von ihm für seine Zwecke manipuliert: »Aus allgemeinen Vorstellungen muß ein politisches Programm, aus einer allgemeinen Weltanschauung ein bestimmter politischer Glaube geprägt werden. Dieser wird, da sein Ziel ein praktisch erreichbares sein soll, nicht nur der Idee an sich zu dienen haben, sondern auch Rücksicht nehmen müssen auf die Kampfmittel, die zur Erringung des Sieges dieser Idee vorhanden sind und Verwendung finden müssen.« ¹³ »Kampfmittel«, »Erringung des Sieges«, »ein praktisch erreichbares Ziel«, diese Begriffe lassen den Politiker und Programmatiker erkennen, der seinen politischen Vorstellungen nachgeht, um die Geschichte und die Zukunft der Gesellschaft zu ändern. ¹⁴ Diesen ideologischen Gebrauch bestimmter Vorstellungen beschreibt Hermann Rauschning am Beispiel des Begriffs Rasse, von dem Hitler angeblich erklärt hat, er wisse sehr wohl, daß es Rasse im wissenschaftlichen Sinn nicht gäbe. Aber wie ein Bauer oder Tierzüchter ohne diesen Begriff nicht auskomme, so verwende er, Hitler, den Begriff, um die bisherige Ordnung aufzulösen und eine neue,

antihistorische Ordnung zu erzwingen, so wie die Franzosen in ihrer Revolution den Begriff der Nation zum Instrument gemacht hätten.¹⁵

Damit sind die wesentlichen Ingredienzen von Hitlers Ideologie umrissen. Zukunftsorientiert und damit utopisch war erstens sein Wille, eine neue, »antihistorische« Wirklichkeit zu schaffen, sie »auf eine Formel« zu bringen und sie zugleich »im Interesse der Machtpolitik« zu verbiegen.¹⁶ Die Idee verlor zweitens ihre Selbständigkeit, sie wurde funktionalisiert und so dafür mobilisiert, einen politischen Akt zu rechtfertigen und voranzutreiben.¹⁷ Der Ideologe strebte drittens danach, das bestehende System zu stürzen, also die Ideologie durch Anwendung von Gewalt zu realisieren.¹⁸ Viertens ist Hitlers Ablehnung des Intellektuellen typisch für den Antiintellektualismus, der verdeckter Inhalt jeder totalitären Ideologie ist.¹⁹ »Alles betrachten diese Menschen geistig, alles analysieren sie. Damit allein kann man keine Geschichte machen. Ich brauche die brutalen Naturen, die bereit sind, aus einer Erkenntnis die Konsequenz zu ziehen, eine gesunde, natürliche Anlage nach der primitiven Seite der Brutalität, der Willenskraft.«²⁰

Ohne Zweifel war der Rassengedanke der Kern der »NS-Weltanschauung, die nichts im einzelnen vorschrieb, sondern nur die feste Grundlage für die politische Tat schaffen sollte« und absolut gesetzt wurde:²¹ Eine Ideologie, die Brutalität, Blut und Kampf in einer einheitlichen rassistischen Weltansicht vereinigte. Die daraus resultierende Politik, von Hitler als »werdende Geschichte« bezeichnet,²² ist für ihn »die Kunst der Durchführung des Lebenskampfes eines Volkes um sein irdisches Dasein.«²³ »Lebenskampf« – das bedeutete für Hitler und seine engen Gefolgsleute nichts anderes als Krieg, als die Durchsetzung des Rechtes des Stärkeren. Die Verwirklichung dieses »ewigen Vorrechtes der Kraft und der Stärke«, in dem Hitler den »aristokratischen Grundgedanken der Natur«²⁴ gefunden zu haben glaubte, schloß notwendigerweise die Vernichtung des Schwächeren ein, eines Schwächeren, der als sichtbar auserwählter Feind im Rahmen der Ideologie eine notwendige Funktion zu erfüllen hatte.

Die Freund-Feind-Theorie Carl Schmitts²⁵ fand ihre Absolutsetzung im nationalsozialistischen Rassenkonzept. Die Nationalsozialisten hatten damit ihren »objektiven Feind« a priori bestimmt und ihn im Rahmen der spezifischen Ideologie als »nichtarischen«, rassistisch minderwertigen Gegentyp abgewertet. Diese Definition des Feindes umfaßte freilich sehr viel mehr als nur die Juden, und so stellt sich die Frage, inwieweit diese Lehre konsequent gegen alle Gegner angewandt, also in politisches Handeln umgesetzt wurde, oder ob der politische Opportunismus nicht oft genug zu ideologischen Inkonsequenzen führte. Tatsächlich bestätigt sich die letzte These. So weisen etwa »das Bündnis mit den Japanern, der Kampf gegen

das ›artverwandte‹ Großbritannien, die keineswegs ›verwandtschaftliche‹ Unterdrückung Norwegens, Dänemarks und der Niederlande« auf eine solche »machtpolitische Prinzipienlosigkeit« hin.²⁶

Keinesfalls wollte Hitler wegen seiner Rasseanschauungen mit seinen Verbündeten in Zwistigkeiten geraten. Vor allem dann, wenn es sich um Partner handelte, die erkennbar nicht den »nordischen« Rassen zuzuordnen waren, nahm man es mit dem Beharren auf äußerlichen Rassekennzeichen nicht mehr so genau, denn »sonst schnappen die Nicht-Nordischen ein.«²⁷ Ganz konsequent wurde daher in diesen Fällen die Inkonsequenz gepredigt. In den Richtlinien für den rassenkundlichen Unterricht legten die Verfasser Wert darauf, zu betonen, »daß das äußere rassische Erscheinungsbild nicht den Anlagen und inneren Eigenschaften zu entsprechen braucht und daß das sicherste Kennzeichen einer Rasse die charakterlich-seelische und geistige Haltung und Leistung ist.«²⁸ Konnte es über das »äußere rassische Erscheinungsbild« kaum zu Differenzen kommen, so ließ sich über »Haltungen« und »Leistungen« durchaus geteilter Meinung sein. In dieser Verschiebung vom Äußerlichen, vom klar Definierbaren, zum Inneren, zum Verhüllt-Mystischen, wird der manipulatorische Ansatz dieser Rassenideologie deutlich. Haltung und Leistung ließen sich bewerten nach der Einstellung des Unterscheidenden, nach der Opportunität dieser Entscheidung. »Grundsätzlich muß man sich klarmachen, daß die Rassenpolitik keine nur ärztliche und keine statistische Angelegenheit der Wissenschaft oder gar der wissenschaftlichen Theorie ist, sie ist eine hochpolitische Sache.«²⁹

Für diese Inkonsequenz der Verwirklichung der Ideologie ließen sich zahlreiche Beispiele anführen. In den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft trat sie sogar in der Behandlung des speziellen Gegners der nationalsozialistischen Rassenlehre, der Juden, zutage. So wies Reichsinnenminister Frick ausdrücklich darauf hin, daß die Bestimmungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums solche Ausnahmen zuließen, »wenn dringende Rücksichten der Verwaltung« das Verbleiben eines jüdischen Beamten erforderten.³⁰ Dies sollte sich freilich bald ändern. Die Nationalsozialisten benutzten den schon lange vorhandenen traditionellen Antisemitismus und bauten darauf ihre rassistische manichäische Weltanschauung auf. Sie konnten sich dabei der Zustimmung weiter Kreise sicher sein. Denn »ein großer Teil der Bevölkerung haßte und verachtete die Juden; und der andere Teil – kaum noch die Mehrheit – hatte sie entweder innerlich preisgegeben oder zeigte keine Neigung, sich für sie zu engagieren.«³¹ Von André Glucksmann stammt die »nachdenkenswerteste These, die besagt, daß der verbreitete ›traditionelle‹ Antisemitismus zwar nicht dem nationalsozialistischen Massenmord an den Juden den Weg bereitet habe, wohl aber dem ›Nicht-Widerstand‹ gegen diesen.«³²

Wenn also der traditionelle Antisemitismus den späteren Rassismus der Nationalsozialisten bedingt hat, dann erhebt sich die Frage, welcher von beiden in der Ideologie Hitlers die primäre Rolle spielte. In seiner Untersuchung über den Rassismus als Krankheitssymptom in der neueren europäischen Geschichte gibt George L. Mosse auf diese Frage keine Antwort. Zwar hebt er einerseits Hitlers politischen Instinkt hervor: »Wie er [Hitler] in ›Mein Kampf‹ schrieb, muß eine Weltanschauung, soll sie ernst genommen werden, politische Realität werden. Und zu diesem Zweck war er gewillt, Kompromisse einzugehen, Politik und Taktik einzusetzen, bis die Zeit reif war. Männer wie Chamberlain, Langbehn oder Eckart, um nur einige zu nennen, verachteten jeden Kompromiß und wähten sich als über dem Wirrwarr der Politik stehend. Von seinem Standpunkt aus zu Recht, schimpfte Hitler auf solche völkischen ›Wandergelehrte‹, wie er sie nannte, denen jeglicher politischer Verstand abging.«³³ Auf der anderen Seite jedoch zeigt Mosse wenig Verständnis dafür, daß selbst einige Gefolgsleute Hitlers über seinen Schritt zur »Endlösung der Judenfrage« erstaunt waren: Eigentlich habe es »keinen Zweifel daran geben können, daß Hitler den Rassismus ernst nahm, auch wenn der Wille, ihn bis zu seinem logischen Ende durchzuführen, solange nur implizit zum Ausdruck kam, wie der Führer die Zeit noch nicht für reif hielt.«³⁴

Der scheinbare Widerspruch, daß Hitler zur konsequenten, mörderischen Durchführung des Rassismus entschlossen und doch zu zeitweiligen Kompromissen bereit war, löst sich auf, wenn man bedenkt, daß der Antisemitismus lediglich einen Teilaspekt des Rassismus darstellte. Der Rassismus der nationalsozialistischen Ideologie saugte die Bestandteile des traditionellen antisemitischen Gedankenguts auf und hob es so auf eine höhere, »wissenschaftlichere« Stufe. Dadurch wurde zugleich das temporäre negative Bild des Juden in ein statisches umgewandelt. Das »Boshaft-Schlechte«, das »Minderwertige«, die »Skrupellosigkeit«, all das erschien nun unveränderlich, naturbedingt: »Es ist immer der gleiche Jude« – ein parasitäres Wesen.³⁵ Konsequenter kam Hitler dann auch zu dem Schluß, daß »das Judentum... immer ein Volk mit bestimmten rassistischen Eigenarten und niemals eine Religion« gewesen sei.³⁶ Im krassen Gegensatz zum manipulierten, inkonsequenten Umgang mit der Rassentheorie im allgemeinen und ihrer Anwendung in der täglichen Politik wurde sie mit besessenem Eifer verwirklicht, wenn sie sich gegen den Juden und das Judentum richtete. Hier kannte Hitler keinen Opportunismus und keine Teillösungen. Sein Antisemitismus war kompromißlos, und diesbezüglich können keine Zweifel daran bestehen, daß er den Rassismus tatsächlich ernst nahm.

Hitler hat den negativen Typus des Juden nicht erfunden, er konnte sich bei seinem Judenhaß auf den traditionellen, in Jahrhunderten gewachsenen

Antisemitismus stützen. Das negative Bild des Juden wurde allerdings pseudowissenschaftlich abgesichert, d. h. durch die Rassenideologie verabsolutiert. Damit ergab sich für die Nationalsozialisten die Möglichkeit, die antijüdische Stimmung zusätzlich mit rassistischen Parolen aufzuputtschen. Sie konnten in ihrer Propaganda ganz auf der Tradition der Judenfeindlichkeit aufbauen und sie zur letzten Konsequenz führen. Der tief eingewurzelte Antisemitismus bestimmte die Härte aller Maßnahmen und Aktionen gegen die Juden; er führte dazu, daß der Rassenwahn ihnen gegenüber – anders als bei den nichtjüdischen Gegnern – mit unerbittlicher Kompromißlosigkeit in Wirklichkeit umgesetzt wurde. Damit erwies die Verschränkung von Rassenlehre und Antisemitismus bei der Verfolgung der europäischen Juden ihre furchtbare Gefährlichkeit. Durch sie wurde der traditionelle Antisemitismus so übersteigert, daß er im Völkermord endete.

Anmerkungen

- ¹ Karl Dietrich Bracher, *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte des politischen Denkens im 20. Jahrhundert*. Stuttgart 1982.
- ² Ebda., S. 13.
- ³ Ich verwende den Begriff »Rechtfertigung« nicht im Sinne der »Rechtfertigungs-ideologie« von Kurt Lenk. Meine Darstellung ergänzt sich mit dem, was Lenk als »Ausdrucksideologie« bezeichnet: »Denn der Anspruch dieser Ausdrucksideologien ist kein rational-argumentativer. Er besteht im Gegensatz zu den Rechtfertigungs-ideologien nicht mehr in rationaler Nachvollziehbarkeit, sondern im emotionalen Appell an jene soziale Triebsschichten, die jenseits und vor der Rationalität gelegen sind.« Kurt Lenk, *Volk und Staat. Strukturwandel politischer Ideologien im 19. und 20. Jahrhundert*. Stuttgart, Berlin 1971, S. 35.
- ⁴ Bracher, *Zeit der Ideologien* (wie Anm. 1), S. 14. Ferner: Ders., *Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie*. München 1976, S. 160f.
- ⁵ Carl J. Friedrich/Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge Ma. 1965, S. 88. Vergleiche dazu auch Brzezinskis Erweiterung der Definition: »Eine moderne revolutionäre Ideologie ist im Kern ein Aktionsprogramm, was sich in der unbewiesenen Behauptung ausdrückt, die vergangenen wie die gegenwärtigen Zustände der gesellschaftlichen Angelegenheiten entsprechen nicht dem tatsächlich Erforderlichen. Solche Feststellungen enthalten eine explizite Anleitung zum Handeln.« Ebda., S. 89.
- ⁶ Zeev Sternhell, *Fascist Ideology*, in: *Fascism. A Reader's Guide*. Hrsg. v. Walter Laqueur. New York 1976, S. 329.
- ⁷ Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Frankfurt/M. 2. Aufl. 1957, S. 686. Ferner Lewis S. Feuer, *Ideology and the Ideologists*. New York 1975, S. 17: »Eine Ideologie kann als Mischung bezeichnet werden – ein Mythos, geschrieben in der Sprache der Philosophie und der Wissenschaften.«
- ⁸ Milovan Djilas, *Die neue Klasse*. München 1957, S. 110.
- ⁹ Eugen Lemberg, *Ideologie und Gesellschaft. Eine Theorie der ideologischen Systeme, ihrer Struktur und Funktion*. Stuttgart, Berlin 1971, S. 34.
- ¹⁰ Friedrich/Brzezinski, *Dictatorship* (wie Anm. 5), S. 89.
- ¹¹ Adolf Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hrsg. v. Werner Jochmann. Hamburg 1980. Zitat aus der Einleitung von W. Jochmann, S. 30. Siehe dazu auch Karl Dietrich Bracher, *The Role of Hitler. Perspectives of Interpretation*, in: *Fascism* (wie Anm. 6), S. 198: »Einer der bedeutendsten Züge sowohl des Nationalsozialismus wie des Dritten Reichs ist der Umstand, daß sie beide von Anfang an bis zum totalen Ende mit diesem Mann standen und fielen, mit seinen Entscheidungen, seinen ideologischen Fixierungen, seinem politischen Stil. ... Aus diesen Gründen kann man den Nationalsozialismus sehr wohl als Hitlerismus bezeichnen.«
- ¹² Robert A. Pois, *Ideology, Totalitarianism and National Socialism. The Historian's Dilemma*, in: *Societas. A Review of Social History*, Vol. 8 (1978), S. 188.
- ¹³ Adolf Hitler, *Mein Kampf*. München 17. Aufl. 1933, S. 418. Dazu Hans Buchheim, *Glaubenskrisen im Dritten Reich. Drei Kapitel nationalsozialistischer Religionspolitik*. Stuttgart 1953, S. 14 ff.
- ¹⁴ Sternhell, *Ideology* (wie Anm. 6), S. 329.
- ¹⁵ Hermann Rauschning, *Gespräche mit Hitler*. Zürich 1940, S. 219.

- ¹⁶ Bracher, *Zeit der Ideologien* (wie Anm. 1), S. 14.
- ¹⁷ Arendt, *Elemente* (wie Anm. 7), S. 687: »Sie [die Ideologien] haben ein Element der Bewegung von vornherein in sich, weil sie sich überhaupt nur mit dem sich Bewegenden befassen«.
- ¹⁸ Friedrich/Brzezinski, *Dictatorship* (wie Anm. 5), S. 88: »... eine ideologische Akzeptanz der Gewalt als dem einzigen brauchbaren Werkzeug für eine so totale Zerstörung«.
- ¹⁹ Feuer, *Ideology* (wie Anm. 7), S. 188: »... eine Ideologie ist ein ›Ismus‹, eine für wahr gehaltene philosophische Doktrin, die sich vom Prozeß des Nachdenkens und der Erforschung gelöst und sich zum Grundgedanken des politischen Handelns einer Gruppe verfestigt hat.«
- ²⁰ Hitler, *Monologe* (wie Anm. 11), S. 123. Eintragung vom 2. November 1941.
- ²¹ Hans-Adolf Jacobsen, *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938*. Frankfurt/M., Berlin 1968, S. 445.
- ²² Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingeleitet und kommentiert von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961, S. 46. Dazu auch: Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft*. Tübingen 1969, S. 124 ff.
- ²³ Hitlers zweites Buch (wie Anm. 22), S. 62.
- ²⁴ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 13), S. 69, S. 421. Vgl. dazu: Hans-Adolf Jacobsen, *Krieg in Weltanschauung und Praxis des Nationalsozialismus 1919–1945*, in: *Beiträge zur Zeitgeschichte*. Festschrift für Ludwig Jedlicka zum 60. Geburtstag. Hrsg. von Rudolf Neck und Adam Wandruszka. Pöthen 1976, S. 238: »Die NS-Führung (vor allem Hitler und seine Mitarbeiter) hat seit Beginn ihres Kampfes um die Macht ... keinen Zweifel daran gelassen, daß der Krieg das legitime, ja unausweichliche Mittel ihrer Politik sei.«
- ²⁵ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*. München, Leipzig 1932, S. 14: »Die spezifisch politische Unterscheidung, auf welche sich die politischen Handlungen und Motive zurückführen lassen, ist die Unterscheidung von Freund und Feind.«
- ²⁶ Patrick von zur Mühlen, *Rassenideologien. Geschichte und Hintergründe*. Berlin, Bonn 1977, S. 242.
- ²⁷ Grundsätzliches zur rassenpolitischen Propagandaarbeit. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (A/IFZ), MA 1159, S. 17426.
- ²⁸ Vererbungslehre und Rassenkunde im Unterricht. A/IFZ, RU II C 5209.
- ²⁹ Gegen Überspitzung des Rassengedankens – Feststellung zur Klärung vom Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Rassenhygiene vom 8. August 1934. Bundesarchiv Koblenz, ZGS 116, 2105.
- ³⁰ Wilhelm Frick, *Die Rassenfrage in der deutschen Gesetzgebung*, in: *Deutsche Juristenzeitung*, 34. Jg. (1934), S. 4.
- ³¹ Werner Jochmann, *Die Ausbreitung des Antisemitismus*, in: *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Ein Sammelband. Hrsg. v. Werner E. Mosse unter Mitarbeit von Arnold Paucker. Tübingen 1971. S. 494.
- ³² Andreas Hillgruber, *Imperialismus und Rassendoktrin als Kernstück der NS-Ideologie*, in: *Strukturelemente des Nationalsozialismus*. Sonderheft 1 von: *Geschichte in Köln*. Studentenzeitung am Historischen Seminar der Universität Köln. Köln 1981, S. 33 f.
- ³³ George L. Mosse, *Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Königstein/Ts. 1978, S. 188.
- ³⁴ Ebda., S. 197.
- ³⁵ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 13), S. 342. Vgl. auch Alexander Bein, »Der jüdi-

sche Parasit«. Bemerkungen zur Semantik der Judenfrage, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 13. Jg. (1965), S. 121–149.

- ³⁶ Hitler, *Mein Kampf* (wie Anm. 13), S. 335; Hitler, *Monologe* (wie Anm. 11), S. 98; Hitlers zweites Buch (wie Anm. 22), S. 220; Jäckel, *Weltanschauung* (wie Anm. 22), S. 135f; ferner Sebastian Haffner, *Anmerkungen zu Hitler*, München 1978, S. 106ff.

Aufkommen und Diskreditierung des Begriffs Antisemitismus

von Mosche Zimmermann

Der Begriff »Antisemitismus« ist derart geläufig, daß sich die Frage nach seinem Ursprung gar nicht zu stellen scheint. Manche meinen, er sei so alt wie die Geschichte des Judenhasses selbst, während andere glauben, er entstamme der extremsten antijüdischen Ideologie, dem Nationalsozialismus. Wenn doch einmal die Tatsache angeführt wird, daß dieser Terminus seit 1879 in Gebrauch ist, geschieht das in einer Randbemerkung. In ihr heißt es dann meistens, daß der Begriff zu Anfang der großen politischen Debatte über die Judenfrage nach Gründung des Zweiten Reiches aufgekommen sei, und vorsichtig wird hinzugefügt, daß wahrscheinlich Wilhelm Marr ihn geprägt habe. Auch in den vereinzelt Fällen, in denen die Genesis des Ausdrucks gründlicher behandelt wurde, etwa bei Rürup oder Bein,¹⁾ drangen die Autoren weder bis an die Wurzel vor noch betrachteten sie die semantische Metamorphose des Begriffs und seine Relevanz für die Benutzer im langfristigen Gesamtzusammenhang. Wer sich gründlich mit dem Begriff beschäftigt, entdeckt ein Paradox: In der langen Geschichte des Judenhasses ist die Bezeichnung »Antisemitismus« äußerst jung. Sie wäre im deutschen Sprachbereich beinahe auch nicht alt geworden, weil die Nationalsozialisten, die antisemitische Bewegung par excellence, sie abschaffen wollten.

Die Entstehung des politischen Begriffs »Antisemitismus« ist mit einer zentralen Figur in der Geschichte des Judenhasses verbunden, mit Wil-

helm Marr. Die Einführung des Wortes in den deutschen Sprachgebrauch im Jahr 1879 war ein fast zufälliges Ergebnis seiner politischen Betätigung.²

Wilhelm Marr³ war kein gewöhnlicher »Judenfresser«. 1819 geboren, wirkte er in den vierziger bis sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf dem äußersten linken Flügel des politischen Spektrums in Deutschland. Er war Mitglied des Geheimbunds *Das Junge Deutschland in der Schweiz*,⁴ gehörte während der Revolution von 1848 in seiner Heimatstadt Hamburg zu den extremsten Demokraten (zu den Radikalen) und war Anfang der sechziger Jahre deren Abgeordneter in der Bürgerschaft. Man nannte ihn »den Röttesten der Roten«. Noch während dieser radikalen Phase gelangte er zum Judentumhaß.

Eine solche Entwicklung war kein Einzelfall. Es gibt andere wichtige Beispiele dafür, daß radikale Demokraten antijüdische Einstellungen rezipierten. Nur kam Marr in einem frühen Stadium und nach praktischer politischer Erfahrung zu dieser Auffassung. Ihm schien es, als hätten in Hamburg in allen sozialen Schichten ausgerechnet die Juden in der 1848er Revolution und in den Reformjahren zwischen 1859 und 1862 die allgemeinen Veränderungen nutzen können, um ihre Lage zu verbessern. Mehr noch: Er hatte das Gefühl, daß Radikale wie er hereingefallen seien und unbeußt den Juden einen Dienst erwiesen, ihnen die Emanzipation wie auf einem silbernen Tablett überreicht hätten, um hinterher von ihnen vergessen und verraten zu werden. In diesem Geist schrieb der frustrierte Marr schon 1862,⁵ und obwohl viele ihm zu beweisen suchten, daß seine Auffassung völlig unbegründet sei, hielt er unbeirrt an ihr fest. Als den Juden mit der Reichsgründung von 1871 die Emanzipation in ganz Deutschland zugestanden wurde, fühlte Marr sich noch in seiner Meinung bestärkt. Die Schlußfolgerung, die er aus seiner Hamburger Erfahrung gezogen hatte, ließ sich nun leicht auf das gesamtdeutsche Geschehen ausdehnen, so daß es ihm in den siebziger Jahren besser als 1862 gelang, in Berlin und im Reich ein Publikum für seine antijüdischen Ideen zu finden.

Die Hamburger Demokraten hatten 1862 äußerst heftig auf die Veröffentlichung von Marrs antijüdischem Buch »Der Judenspiegel« reagiert und ihn sogar aus ihren Reihen ausgeschlossen. Auch bei den Wählern war seine Popularität zurückgegangen, so daß es ihm nicht gelang, ein zweites Mal in die Bürgerschaft gewählt zu werden. Ein anderer Vertreter der Radikalen wurde an seiner Stelle in seinem Wahlbezirk gewählt. Trotzdem verstand sich Marr weiterhin als Linksdemokrat, wie auch der Stil des Buches »Der Judenspiegel« zeigt. Er spricht dort im Namen der Mehrheit des Volkes, bekennt sich also zur Demokratie, und setzt sich für die Emanzipation der gesamten Menschheit ein, insbesondere für ihre Befreiung von religiösen Lehren.

Da der Begriff »Antisemitismus« auf eine rassistische Einstellung verweist, müssen wir untersuchen, welche Bedeutung der Rasse in dieser Schrift und in den bis 1879 erschienenen Werken Marrs zukommt, auch wenn der hier interessierende Terminus als solcher noch nicht in ihnen auftaucht. Marrs Entwicklung war in dieser Hinsicht durchaus konsequent. Im »Judenspiegel« erwähnt er sowohl das Wort »Stamm« als auch das Wort »Race« im Zusammenhang mit den Juden.⁶ Er behauptet dabei, die Juden selbst hielten sich für ein »rassenreines Volk«, während sie nach seiner Überzeugung als »Mischvolk« anzusehen seien. Als Demokrat glaubt er, daß die Emanzipation für die Juden wie für alle Menschen als Folge völliger Assimilation kommen, die jüdische Rasse also verschwinden werde. Trotzdem bleibt der innere Zweifel, daß diese Prognose angesichts des großen Rassenunterschieds »zwischen Germanen und Orientalen« unrealistisch sei.⁷ Die Widersprüche in Marrs Theorien lassen sich leicht aufzeigen und erklären: Überwiegend rühren sie daher, daß er mit seiner Darstellung zwar den Anspruch erhebt, eine Theorie zu entwickeln, sich aber doch auf konkrete Ereignisse und bestimmte Menschen bezieht, auf Juden nämlich, die in Hamburg seine politischen Gegner waren, wie der Liberale und Stellvertretende Präsident der Frankfurter Nationalversammlung von 1848, Gabriel Riesser, oder der Demokrat und Pädagoge Anton Rée. Daß ein Mann der Linken sich mit Rasse und Abstammung beschäftigt, kann nicht überraschen. Dies war ein legitimes Thema in der Literatur der Aufklärung gewesen: Warum sollten sich daher die Erben der Aufklärung nicht ebenfalls mit ihm auseinandersetzen?

Marr entwickelte seine Rassenlehre Mitte der sechziger Jahre *ohne* jede Beziehung zu jüdischen Problemen, die er einige Zeit ruhen ließ. Nachdem er in den fünfziger Jahren fünf Jahre lang als Kaufmann in Costa Rica gewirkt hatte, galt er in Hamburg als Fachmann für Amerikafragen. Nach Ausbruch des Bürgerkriegs in den Vereinigten Staaten veröffentlichte er Aufsätze zu diesem Thema, in denen er auf die Rassenfrage einging. Für die Schwarzen sah er keine Chance in den USA und empfahl ihnen deshalb die vollständige Assimilation als Lösung. Als noch vor dem Ende des Amerikanischen Bürgerkriegs die großen europäischen Konflikte begannen, versuchte Marr, sie ebenfalls unter rassischem Aspekt zu behandeln. Schon 1864 schlug er vor, die Herrschaft über Europa auf drei große Blöcke zu verteilen: einen germanischen, einen slawischen und einen romanischen. Diese – rassistische – Aufteilung war nach seiner Auffassung geeignet, das Weltgleichgewicht zu garantieren. Die drei europäischen Rassen sollten darüber hinaus auch die Herrschaft über das »Asiatentum«, das Osmanische Reich, übernehmen und untereinander aufteilen. Marr benutzte die Begriffe »Orientalentum« und »Asiatentum« abwechselnd, um nichteuro-

päische Völker und deren östliche Kultur zu beschreiben, wobei er hierin gelegentlich auch die europäischen Juden einschloß.

Marr sah in seiner »Triarchie« ein »neues Evangelium«. Aufgrund seines ausgeprägten Sendungsbewußtseins war er überzeugt, daß er die Lösung für alle Probleme gefunden habe: Den Frieden in Europa, das Umstürzler-tum und die jüdische Gefahr. In einem von der *Ligue Internationale de la Paix* erbetenen Aufsatz schrieb er 1867 nicht nur, daß »die echte Nationalität die Rasse« sei, sondern beschuldigte auch die Juden als die »echten Asiaten«, ihr Geld zur Kriegshetze zu benutzen. Voraussetzung für den Frieden in Europa und der Welt sei die Beseitigung des Asiatentums, also des Judentums: »Il faut desasiatiser le monde avant de le pacifier.«⁸ Drei Jahre später meinte Marr, seine Anschuldigungen bestätigt zu finden: Er glaubte, der Krieg zwischen Preußen und Frankreich (1870) hätte schneller zu einem Ende gebracht werden können, wenn da nicht der hartnäckige Franzose Gambetta gewesen wäre. Diesen hielt er irrtümlich für einen Juden. Immer häufiger verwendete er nun den Begriff »Rasseneigentümlichkeiten« in Zusammenhang mit den Juden. Daß er an Stelle der Ausdrücke »orientalisch« und »asiatisch« bald »semitisch« gebrauchte, kann nicht überraschen. Die Bezeichnung »Semiten« für die Juden war in der antijüdischen Literatur jener Zeit bereits geläufig.

Die ersten Jahre nach der Reichsgründung brachten für viele Menschen herbe Enttäuschungen. Marr war einer von diesen Unzufriedenen. Er erlebte persönliche Mißerfolge und versuchte, seine Frustration dadurch zu überhöhen, daß er die eigenen individuellen Erfahrungen auf die nationale Entwicklung übertrug. Als Journalist und Politiker wurde er in diesen Jahren vollends an den Rand gedrängt. Die Schuld fand er bei den Juden, die dies nicht nur ihm, sondern allen deutschen Journalisten antäten. Kritik an der Judenemanzipation war ein gängiges Thema unter den Enttäuschten und Verbitterten, die sich im Kaiserreich zurückgesetzt und nach dem Börsenkrach von 1873 betrogen fühlten.

Marr, der 1875 erfolglos versuchte, als Journalist beim »Neuen Berliner Tageblatt« unterzukommen (das von ehemaligen Redakteuren des »Berliner Tageblatts« nach ihrem Ausscheiden aus dem Mosse-Verlag gegründet worden war), kann als typisches Beispiel für die Reaktionen der Frustrierten dienen. 1878 verfaßte er seine zweite große antijüdische Schrift »Sieg des Judenthums über das Germanenthum«, die nach dem Erscheinen im März 1879 weite Verbreitung fand. Begrifflich stand der Gegensatz zwischen »Germanenthum« und »Judentum« im Mittelpunkt, aber im zweiten Teil der Abhandlung tauchten mehrmals die Bezeichnungen »Sem« und »Semitentum« auf. Offenbar übernahm Marr diese Termini als Synonyme für »Judentum« erst, während er an dem Buch schrieb oder es überarbeitete,

d. h. im Juli 1878 oder im Februar 1879. In der Schrift findet sich bei der Behandlung des Berliner Kongresses, der sich 1878 mit den Problemen des Osmanischen Reichs beschäftigte, auch noch der Ausdruck »Asiatentum«, jedoch tritt deutlich zutage, daß Marr das Wort »Semitismus« aufgrund der Assoziationen, die er und seine Gesinnungsgenossen damit verbanden, treffender fand. So gelangte er gegen Ende seiner Darstellung zu der Behauptung: »Dem Semitismus gehört die Weltherrschaft«,⁹ und gebrauchte dann überwiegend diesen Begriff.

Wenn es ihm weiterhin primär um den Frieden in Europa gegangen wäre, hätte er vielleicht an der Wortwahl »Asiatentum« oder »Orientalentum« festgehalten; da sich das Weltproblem für ihn Ende der siebziger Jahre jedoch auf Deutschland einengte, brauchte er einen spezifischer auf die Juden bezogenen Ausdruck. Da er das Wort »Jude« im »konfessionellen« Sinne verstand, suchte er ein Synonym mit einer rassisch-nichtreligiösen Bedeutung, das doch spezifischer war als der allgemeine Begriff »Asiatismus«. Das Wort »Semitismus« schien ihm diese Anforderung zu erfüllen. Es war, wie gesagt, ein bereits gebräuchlicher Terminus, so daß Marr in bezug auf ihn kein Urheberrecht zukommt.

Der Begriff »Antisemitismus« kommt weder in der Abhandlung noch in der durch sie ausgelösten, von März bis September 1879 mit großer Schärfe geführten Debatte vor. Bei dieser Auseinandersetzung stand der Gegensatz zwischen Judentum und Deutschtum, Judentum und Germanentum und – trotz Marrs andersgearteter Einstellung – Judentum und Christentum im Mittelpunkt. Obwohl Marr eindeutig nichtkonfessionell argumentierte und dafür eine besondere Nomenklatur benötigte, gelangte er doch noch nicht zu dem Ausdruck Antisemitismus. Im Hinblick auf das Buch »Sieg des Judenthums über das Germanenthum« ist das leicht zu erklären, da die Grundhaltung in ihm ganz und gar pessimistisch ist. Marr plädierte dafür, die Macht der Juden zu erkennen und vor ihnen zu kapitulieren, statt sie zu bekämpfen. Da er keine Kriegserklärung aussprach, brauchte er kein Wort zur Bezeichnung des Gegensatzes.

Als seine Gesinnungsgenossen und Marr selbst, den die positive Reaktion auf sein Buch ermutigt hatte, sich dann doch entschlossen, gegen die Juden vorzugehen, ergab sich die Notwendigkeit, in klaren, bekannten Begriffen zu reden. Im August und September 1879 sprach Marr von der Gründung eines »Antijüdischen Vereins« und einer »Antijüdischen Zeitung«.¹⁰ Als diese im November 1879 tatsächlich erschien, trug sie den Titel: »Deutsche Wacht. Monatsschrift des anti-jüdischen Vereins«. In den fünf Monaten ihres Bestehens tauchte kein einziges Mal eine Überschrift mit der Wortkombination »antisemitisch« auf; das Leitthema war statt dessen die Gegenüberstellung von »Germanentum« und »Judentum«, die den

Lesern bereits wohlvertraut war. Den Begriff »antijüdisch« durch »antisemitisch« zu ersetzen, mochte Marr gerade in den Monaten Juli bis September 1879 als wenig opportun erscheinen, in denen die Entscheidung über die geplante Vereins- und Zeitungsgründung fiel; denn der Begriff war noch zu neu und unbestimmt. Preußen stand zu dieser Zeit im Zeichen der Vorbereitungen für die Landtagswahlen am 7. Oktober. Marr schrieb aus diesem Anlaß seinen Aufsatz: »Wählt keinen Juden«, der aus »Publizitätsgründen« in die traditionell religiöse Richtung »abwich«. Wie aus seiner umfangreichen Korrespondenz aus diesen Monaten und aus seinen Memoiren hervorgeht, wurde er von vielen Seiten unter Druck gesetzt, was ihn kaum ermutigen konnte, den Antisemitismus als neue begriffliche Prägung und inhaltliche Zielsetzung in die Debatte einzuführen. Zuviel hing von der finanziellen Unterstützung seiner Mitstreiter ab, die nach dem Motto »Geld regiert die Welt« handelten, als daß er hätte frei agieren können.¹¹

Wie ist es aber zu erklären, daß Marrs antijüdischer Verein dennoch den Namen *Antisemiten-Liga* erhielt und den neuen Begriff dadurch in Umlauf brachte? Wie läßt sich der Widerspruch auflösen, daß der Verein »Antisemiten-Liga«, Marrs Zeitschrift aber »Anti-jüdische Monatsschrift« genannt wurde? Und wie ist es zu deuten, daß Marr, der nicht zu den Bescheidensten zählte, nicht einmal in seinen Memoiren die Urheberschaft an dem Begriff »Antisemitismus« für sich in Anspruch nahm?

Die Gründung der *Liga* erfolgte am Abend des 26. September 1879, am jüdischen Versöhnungstag (Yom Kippur). Meines Erachtens vermutete die »Allgemeine Zeitung des Judenthums« zu recht, daß die Wahl dieses Zeitpunkts für die Gründungsversammlung von der Furcht der Veranstalter vor starker jüdischer Opposition bestimmt war.¹² Alle Schriften Marrs zeugen davon, daß er sich tatsächlich vor den Juden fürchtete und an ihre große Macht glaubte: Seine Haltung war ein klarer Ausdruck dessen, was in der Psychopathologie als »paranoide Aufrichtigkeit« bezeichnet wird.¹³ Immer wieder brachte er die Behauptung vor, seine journalistische Karriere sei in den siebziger Jahren von den Juden aufgehalten worden, und nicht selten warf er seinen antisemitischen Kollegen vor, sie würden sich anders als er hinter Pseudonymen verstecken, um dadurch der harten Hand der Juden zu entgehen. Die Einberufung der Gründungsversammlung der *Antisemiten-Liga* für einen Zeitpunkt, zu dem die Juden noch das Abendgebet des Versöhnungstages sprachen, paßt gut zu dem paranoiden Wesen der Judengegner. Diese Paranoia erklärt auch, warum die Bezeichnung »antisemitisch« anstelle von »antijüdisch« gewählt wurde: Gerade weil dieses Wort neu und ein wenig nebulös war, bot es guten Schutz sowohl gegen Angriffe empfindlicher Juden als auch gegen gerichtliche Klagen, wie sie beispiels-

weise der *Deutsch-Israelitische Gemeindebund* in Leipzig schon seit Oktober 1879 gegen Marr anzustrengen versuchte. Bei dieser Deutung handelt es sich allerdings nur um eine Vermutung von einiger Wahrscheinlichkeit. Aus den erhaltenen schriftlichen Zeugnissen läßt sich darüber hinaus schließen, daß nicht Marr allein den Namen erfand, sondern daß drei Liga-gründer (Marr, ein von ihm »Bandwurm« genannter Mann und Hector de Grousilliers) dafür die Verantwortung trugen. Grousilliers arbeitete im Oktober 1879 mit Marr beim Aufbau der *Antisemiten-Liga* zusammen und hielt sogar die Ansprachen bei ihren ersten beiden Zusammenkünften, worüber Marr aus Gründen, die im weiteren erläutert werden, alles andere als glücklich war.¹⁴

Über die Entstehung und Anfangsphase der *Liga* ist folgendes festzuhalten: Kaum jemand achtete darauf, daß Marr seine Zeitschrift »Deutsche Wacht« mit dem Untertitel »Monatsschrift des anti-jüdischen Vereins« versehen wollte. Der von ihm geplante Verein kam nie zustande. Marr gestand in einem Brief an seinen Verleger Costenoble vom Juli 1879 sogar ein, daß er sich für eine solche Gründung keine Chancen ausrechnet. Wenn er einen »antijüdischen Verein« ins Leben rufen würde, so meinte er verbittert, wäre er dessen Präsident und einziges Mitglied.¹⁵ Marr geriet rein zufällig an die *Liga*, die sich als »antisemitisch« bezeichnete, und seine Zeitschrift wurde nie deren offizielles Organ. Am 20. September schickte Grousilliers Marr eine Einladung zur Sitzung eines »kleinen Vereins« namens *Lessing-Verein*.¹⁶ Er teilte dabei mit, daß der Verein im November eine Zeitschrift herausgeben wolle, nämlich »Die Wahrheit«, die tatsächlich zum vorgesehenen Zeitpunkt erschien. Grousilliers wußte dabei sehr wohl, daß Marr im Begriff stand, selbst eine Zeitschrift herauszubringen. In bescheidenem Ton bot er an, ihm »seine Kraft zur Verfügung zu stellen«. Da er wußte, daß Marr Atheist war, versuchte er ihn mit einer Formel zu gewinnen, die in zahlreichen Briefen an Marr wiederkehrte: »Getrennt marschieren und vereint schlagen.« Sechs Tage später erschien Marr auf der erwähnten Gründungsversammlung der *Antisemiten-Liga*, in die sich der *Lessing-Verein* verwandelt hatte. Die Entstehung aus diesem Verein erklärt auch die Themenwahl für Grousilliers' Festansprache im Oktober: »Nathan der Weise und die Antisemiten-Liga«.

Der überraschenden Namensänderung entsprach das Zauberstück des Brückenschlags zwischen der betont christlichen Einstellung des *Lessing-Vereins* und den areligiösen Bestrebungen, die in der Bezeichnung »Antisemitismus« zum Ausdruck kamen. Die Verbindung der beiden ungleichen Partner zeigte nicht nur, wie unterschiedlich der Begriff Antisemitismus ausgelegt werden konnte, sondern machte noch etwas Anderes und Wichtigeres deutlich: Die Wortwahl »Antisemitismus«, die von Historikern als

eines der ersten Anzeichen für den Übergang vom religiösen zum rassistisch begründeten Judenhaß betrachtet wird, hatte anfangs nicht diese Bedeutung. In seiner Ansprache führte Grousilliers aus: »Darum haben wir auch das Wort Antisemitenliga gewählt und nicht antijüdische Liga, um zu zeigen, daß wir einen Unterschied zwischen jüdischen Deutschen und jener Bande constatiren, und wir nennen Semiten auch solche Deutsche, die, ihr Christentum verleugnend«, entsprechend handeln. Damit gestand er zu, »daß auch Juden Deutsche sein können«. Mit »jener Bande« meinte er den jüdischen »Kagal [Gemeinde] als religiöse Räuberbande«. ¹⁷ Der Ausdruck »antisemitisch« wurde von Grousilliers genau umgekehrt wie von Marr verstanden und auch in völligem Gegensatz zu der Interpretation, die dieser sprachlichen Neuschöpfung üblicherweise beigelegt wird. Er gebrauchte sie nicht als rassistischen Terminus, sondern zur Kennzeichnung der religiösen Haltung. Auf diese Weise wollte er den Antisemitismus seinem Ziel dienstbar machen: »Mit Gott für den christlichen Glauben, für Kaiser, Fürsten und unser teures Vaterland.« ¹⁸

Eine *derartige* Auslegung des Begriffs bot Marr keinen Vorteil, wie immer er sich auch entscheiden mochte: Wenn er mit den Judenhassern im christlichen Geist kooperieren wollte, brauchte er keinen neuen Ausdruck, und wenn es um Unterscheidung von ihnen ging, konnte Grousilliers' Auslegung des Begriffs nur von Schaden sein. So sehr Marr aus finanziellen und taktischen Gründen wie auch aus einer zunehmend konservativen Haltung heraus dazu neigen mochte, mit den christlich eingestellten Judenhassern zusammenzuarbeiten, bedeutete eine *derartige* Interpretation doch einen Widerspruch zu seinem System. Dieser Gegensatz herrschte auch in der Liga selbst: In ihrer Satzung war vom Widerstand gegen die Verdrängung des Germanentums durch das Judentum die Rede und davon, daß die Semiten in ihre Schranken zu verweisen seien – ein an sich ziemlich unverbindliches Schlagwort. Aber darüber hinaus war die Propaganda der Liga ausgesprochen christlich gefärbt: Ihr Wahrzeichen war das Eichenblatt mit dem Kreuz. ¹⁹ Die von Grousilliers herausgegebene Zeitschrift hieß »Die Wahrheit« und brachte in einer Karikatur gleichen Titels den Vers: »Wenn Staat und Kirche feindlich sind / Dann hat der Jud' Vergnügen / Jedoch wenn sie zusammengehn / Dann muß er sich verkriechen.« ²⁰ Die zufällig entstandene Antisemiten-Liga entglitt also *von Anfang an* den Händen Marrs. Die Einstellung Grousilliers', des christlichen Antisemiten, siegte über die Einstellung Marrs, des atheistischen Antisemiten. Dies gestand Marr nach zwölf Jahren in seinem »Testament« selbst ein. ²¹

Trotzdem bin ich überzeugt, daß Marr den Begriff »Antisemit« vorgeschlagen hat, und zwar geschah das aus Gründen, die mit dem Zeitpunkt der Ligagründung zusammenhingen. Sie erfolgte genau eine Woche nach

der ersten antijüdischen Rede Stoeckers in seiner Christlich-Sozialen Partei («Unsere Forderungen an das moderne Judentum»). Marr und seine antichristlichen Gesinnungsgenossen wollten nicht in einer Front mit einer christlich-sozialen Bewegung stehen, die plötzlich antijüdisch geworden war. Die politische Wende, die Stoecker am 19. September 1879 vollzog, brachte Marr und seine Genossen, die immer noch die Gründung einer antijüdischen Partei planten, um die Priorität und um das Monopol. Marr betonte in seinen Memoiren, daß er gezwungen gewesen sei, den »Sieg des Judenthums über das Germanenthum« zu schreiben, weil er nicht als Anhängsel der Stoeckerbewegung erscheinen wollte, *bevor* diese noch die antijüdische Einstellung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gerückt hatte. Solche Erwägungen mußten bei der Gründung eines eigenständigen Vereins noch größere Bedeutung haben. Zu Marrs Pech war das trojanische Pferd jedoch bereits innerhalb der Mauern: Grousilliers und seine Kollegen, die sich als Christen verstanden, verzerrten völlig den Neuanfang, der in dem Begriff »Antisemit« enthalten war: Die zitierte Deutung Grousilliers' klingt wie das spitzfindige Umgehungsmanöver eines Menschen, dem der Begriff »antisemitisch« gegen seinen Willen aufgedrängt wurde. Marr sah sich erneut an die Seite gedrückt.

Wie recht Marr hatte, als er sich vor der Gleichsetzung seiner Bewegung mit der Stoeckers fürchtete, und wie sehr die Liga gerade mit Grousilliers' Einstellung identifiziert wurde, zeigt die folgende Textstelle aus der jüdischen Zeitung »Hamagid«, die im ostpreußischen Lyck (in hebräischer Sprache) erschien: »Dieser Tage ist in unserem Lande eine neue Gesellschaft gebildet worden, die von ihren Gründern ›Antisemiten-Liga‹ genannt wird, und im Untertitel: ›Gesellschaft gegen die Söhne Sems‹. Ihr Ziel ist, viel Geld zu sammeln und alles in ihren Kräften Stehende zu tun, um den Juden Leid und Schaden zuzufügen... Die Zahl ihrer Mitglieder wird in allen Provinzen des Reichs von Tag zu Tag anwachsen. Und wer steht an ihrer Spitze und bestimmt als belebender Geist ihr Wesen? Stoecker.«²²

Von Marr redete kein Mensch. Nicht einmal der Propagandatricks, den neuen Namen »Antisemiten-Liga« zu verwenden, reichte aus, um ihn von seinen Gegnern unter den Judenhassern zu unterscheiden, erst recht nicht, als der völlig anders denkende Grousilliers sein Partner wurde.²³ Der Redakteur der Zeitung »Hamagid« wußte gar nicht, wie recht er hatte: Stoecker wurde tatsächlich von der *Liga*, nicht von Marr, eingeladen, vor ihren Mitgliedern zu sprechen. Offenbar zeigte sich der Hofprediger auch bereit, ihr beizutreten. Später stritt er in einer Rede im Preußischen Landtag allerdings jede Verbindung zur *Liga* ab und leugnete sogar, mit den Leuten von der »Deutschen Wacht« bekannt zu sein. Doch es besteht kein Zweifel, daß er die Unwahrheit sagte, wie ein Brief an Marr beweist.

Es gab einen einfachen Grund dafür, daß Marrs Name in Berichten über die Gründung der *Antisemiten-Liga* nicht genannt wurde: Er war nicht zum Vorsitzenden gewählt worden. Marr selbst schrieb das seinem Zögern und der Entstehung der *Liga* aus dem *Lessing-Verein* zu – aber die Presse war da anderer Meinung. Das »Berliner Tageblatt« stellte fest,²⁴ Marr habe sich selbst für die Wahl zum Vorsitzenden disqualifiziert, weil er »politisch anrührig« sei. Die Zeitung begründete den Vorwurf nicht näher, andere Gegner Marrs bezogen ihn auf den Verrat, den er an den Radikalen begangen habe (der ihm in den Kreisen der Antisemiten aber eigentlich kaum schaden konnte). Marr selbst kämpfte darum herauszufinden, wer der anonyme Verfasser des Artikels war, aber weder der Chefredakteur Perl noch der Eigentümer des Blattes, Rudolf Mosse, reagierten auf seine Bitten und Drohungen (bis hin zur Forderung zum Duell).²⁵

Zehn Tage nach den preußischen Landtagswahlen, am 16. Oktober 1879, wurden die Statuten der *Antisemiten-Liga* veröffentlicht. Dem Berichterstatter des »Hamagid« täuschte Marr vor, daß sich ihr bereits Tausende angeschlossen hätten.²⁶ In Wirklichkeit war der Erfolg erheblich geringer, der Streit innerhalb der *Liga* groß und der Zusammenbruch rasch. Schon bei ihrer Gründung kam die *Liga* in Verruf. In einem Brief an Marr schrieb Stoecker:²⁷ »Sie haben vielleicht Fühlung mit dem Vorstand der ›Antisemiten-Liga‹. In diesem Falle bitte ich Sie, mir den Brief, welchen ich auf Aufforderung zu einem Vortrag geschrieben habe, gefälligst zurückzuschicken. Nach der geschehenen Unvorsichtigkeit wäre es mir lieber, nichts von mir Geschriebenes in den Händen des Vorstands zu wissen.« Welcher Art diese »Unvorsichtigkeit« war und wie der Inhalt des Briefes lautete, wissen wir nicht; es ist aber interessant, daß Stoecker in Marr (der ihm die Broschüre »Wählt keinen Juden« übersandt hatte) einen Geistesverwandten innerhalb der *Liga* sah, ausgerechnet in dem ehemaligen Atheisten.

Am 21. November 1879 veröffentlichte eine Berliner Zeitung die Namen aller eingeschriebenen Mitglieder der *Liga*²⁸ und schreckte damit viele vom Beitritt ab.²⁹ Marr selbst erkannte in jener Woche offenbar die Niederlage und begann seine Kräfte in den Dienst des *Deutschen Reformvereins* zu stellen, der am 28. November in Dresden gegründet wurde. Seit dem 15. November stand er mit einem der Initiatoren, Pinkert, in Verbindung, dem er seine Hilfe unter der Bedingung anbot, daß seine rassistischen Grundsätze anerkannt, konkret: getaufte Juden als Mitglieder abgelehnt würden.³⁰ Angesichts der hier sichtbar werdenden Distanzierung von der *Antisemiten-Liga* kann es nicht verwundern, daß Marr seiner Zeitschrift »Deutsche Wacht«, die in jenen Novembertagen zu erscheinen begann, nicht den Untertitel »Antisemitische Zeitung« gab.³¹ Die *Liga* stellte ungefähr einen Monat nach ihrer Gründung ihre Tätigkeit vorläufig ein und

wurde erst ein Jahr später wiederbelebt.³² Auch die »Deutsche Wacht« ging im März 1880 ein, und zwar sowohl aus finanziellen Gründen als auch infolge eines Meinungsstreits zwischen Marr und seinem Herausgeber Hentze. Ein Versuch, die Zeitschrift in verkleinerter Ausgabe unter dem Titel »Judenspiegel« mit Zeitungsausschnitten und aktuellen Berichten zum Thema Antisemitismus weiterzuführen, scheiterte nach zwei Monaten. Marrs Kampf gegen die Juden erschöpfte sich von nun an wieder in der Abfassung galliger Schriften.

Allerdings hatte der Begriff »antisemitisch« inzwischen Widerhall gefunden. Die spitzfindige Auslegung Grousilliers' ging allmählich verloren. Erfolg hatte der Terminus »Antisemitismus« besonders in Gelehrten- und Schriftstellerkreisen. Das lag zum einen an seinem wissenschaftlichen Anspruch, zum anderen daran, daß er durch seine Verschwommenheit den Judenhaß, den man noch nicht so recht beim Namen zu nennen wagte, ein wenig zu tarnen erlaubte: 1879/80 hatte der Begriff noch die Funktion, die das Wort »Antizionismus« heute erfüllt. Er half, sich der Anschuldigung zu entziehen, etwas nicht »Salonfähiges« zu tun. Manche von Marrs Anhängern beherrschte zu dieser Zeit auch noch die Furcht vor der Macht des deutschen Liberalismus, seinem Einfluß auf die Presse, bei Gericht und im Parlament.

Marr selbst fühlte sich frei genug, mit dem Begriff »Antisemitismus« weiter zu agitieren: Seit Februar 1880 verbreitete er zu dem niedrigen Preis von zehn Pfennigen »Antisemitische Flugblätter« (ein Heft der »Deutschen Wacht« kostete demgegenüber 1,20 Mark). Das erste Flugblatt war ein Nachdruck eines Artikels aus der »Deutschen Wacht« zum Thema »Israel an allen Orten«. Der Begriff »Antisemitismus« kommt in dem Aufsatz nicht vor, statt dessen der »Itzig«, der sich überall hineindränge.

Der nächsten Kampagne dienten die »Antisemitischen Hefte«. Unter diesem Titel veröffentlichte Marr 1880 seine Pamphlete. Nach dem Bruch mit seinem Herausgeber Hentze und seinen Partnern Grousilliers und Nordmann³³ fand er in Chemnitz einen neuen Verleger. Es war Ernst Schmeitzner, selbst ein antisemitischer Rassist, der seit 1878 Wagners »Bayreuther Blätter« herausbrachte. Im ersten »Antisemitischen Heft« mit dem Titel »Der Judenkrieg« berichtete Marr über Einzelheiten seiner Auseinandersetzung mit den bisherigen antijüdischen Gesinnungsgenossen und rechnete mit ihnen ab. Nachdem er sich aus der Abhängigkeit von Geldgebern und christlich eingestellten Partnern befreit hatte, konnte er den Antisemitismus wieder ungeschminkt vertreten – als antijüdische, nichtreligiöse Bewegung, deren Anschauungen sich grundlegend von denen Stoeckers unterschieden.³⁴ Obwohl Marr von Zeit zu Zeit den »Christlichen Staat« erwähnte, standen auch die beiden folgenden »Antisemiti-

schen Hefte« im Zeichen der Rasse und des sozialen Problems. Das galt für die giftige Attacke »Goldene Ratten und Rote Mäuse« und ebenso für das Heft »Öffnet die Augen, Ihr deutschen Zeitungsleser«, das sich mit der Presse beschäftigte, jenem Tätigkeitsbereich, der Marr persönlich mehr als alles andere interessierte.³⁵

Während Marr sich mit diesen Schriften befaßte, hatte ihn die antisemitische Bewegung schon überrollt. Das Interesse der Öffentlichkeit richtete sich auf die Antisemitenpetition, die dem Reichskanzler überreicht worden war, die Judenfeinde spalteten sich in mehrere politische Gruppen, die sich alle möglichen Namen zulegten, und Marr stand wieder einmal vor einem Scherbenhaufen. Nur war er diesmal schon zu alt, um mit neuen Projekten zu beginnen. Sein Name, der durch den »Sieg des Judenthums über das Germanenthum« berühmt geworden war, reichte noch, um eine Schar von Bewunderern um ihn zu sammeln, die ihn mit Briefen bestürmten – aber nicht mehr lange. Etwa die Hälfte der rund hundert Personen, die nach dem Erscheinen des Buches an Marr schrieben, begnügten sich mit einem Brief oder stellten die Korrespondenz innerhalb eines Jahres ein. Ein Fünftel führte den Briefwechsel mit Marr nach 1886 weiter oder wandte sich erst zu dieser Zeit an ihn. Seine Tätigkeit war nur noch ein krampfhaftes Nachspiel der früheren Aktivität. Gesundheitlich geschwächt, lebte der »Patriarch des Antisemitismus« noch zwei Jahrzehnte weiter, in denen er die Feder nicht ruhen ließ, während er selbst an den Rand des Vergessens geriet.

Es liegt Ironie darin, daß die Prägung des eingängigen Begriffs »Antisemitismus« Marr keinen Lorbeerkranz einbrachte. Andere benutzten und verbreiteten die Bezeichnung. Aus den genannten Gründen hatte sie inner- und außerhalb Deutschlands Erfolg. Männer wie Böckel und Fritsch taten mehr für ihre Verbreitung als Marr selbst. Theodor Fritsch, der von 1885 bis 1933 als Vorkämpfer des Judenhasses aktiv war, nannte seine Zeitschrift »Antisemitische Correspondenz« und sein antijüdisches Buch »Antisemiten-Kathechismus«. Aber gerade die Art, wie Fritsch und andere den Begriff gebrauchten, verleidete ihn seinem Erfinder. Marr, der nicht von Juden, sondern von Antisemiten zur Seite gedrängt worden war, begann sich von ihnen abzugrenzen. Er bezeichnete sie als »Geschäftsantisemiten«, die in seinen Augen nicht besser waren als die jüdischen Händler, und ging sogar so weit, sich von ihrer Einstellung zur Politik zu distanzieren. Dies geht sowohl aus seinen letzten Publikationen (1893) als auch aus seinen unveröffentlichten Memoiren hervor. Er begriff nach einiger Zeit, daß das große soziale Problem, das die Gesellschaften Europas und der Welt bedrohte, nicht mit der jüdischen Frage identisch war und deren Lösung jedenfalls die wesentlichen Schwierigkeiten nicht beseitigen werde. Noch

ehe er sich von den Antisemiten abwandte, sah er ein, daß die neue Richtung, die er dem Judenhaß mittels der Bezeichnung »Antisemitismus« hatte geben wollen, keine Erfolgchance besaß.

Wie wir gesehen haben, hatte der Begriff »Antisemitismus« zur Zeit seiner ersten Verwendung durch die *Antisemiten-Liga* noch eine völlig andere Bedeutung als später. In einer Auseinandersetzung mit Grousilliers' Definition in seinem erwähnten Vortrag griff ein Kritiker die *Liga* 1879 in erster Linie wegen ihres christlichen Selbstverständnisses an. Er warf ihr vor, sie benutze das Christentum in einer dem aufgeklärten Geist Jesu fremden Weise und werde dadurch zur »Anti-Christus-Liga«, von der sich sogar Stoecker distanziert habe.³⁶ Doch warum so weit gehen? Marr selbst sagte rückblickend: »Der moderne Antisemitismus besteht seit dem Jahre 1878, als der Hofprediger Stoecker die jüdische Frage zum ersten Mal von seinem »christlich-sozialen« Blickpunkt aus anging.«³⁷

Von Anfang an paßte der Ausdruck nicht zu den wirklichen Inhalten des Judenhasses, der mehr oder weniger stark in der christlichen Tradition verankert blieb, auch als er durch Bezug auf die Naturwissenschaften oder den Rassismus neu begründet wurde. Es kann bezweifelt werden, ob der Begriff, der in der Öffentlichkeit erstmals im Namen einer Organisation, der *Antisemiten-Liga*, auftauchte, überhaupt entstanden wäre, wenn es 1875 in Deutschland nicht die *Anti-Kanzler-Liga* gegeben hätte, die die Politik Bismarcks bekämpfte. Die Gründer der neuen Vereinigung übernahmen die Bestandteile »Anti...Liga« und suchten für das Mittelstück den passenden Ausdruck: Marr vertauschte die Bezeichnung »Jude« mit »Semit«, wie er es bereits vorher gewohnt war. Die kurze Bezeichnung »Sem« wurde wahrscheinlich nicht zuletzt deshalb oft von ihm benutzt, weil sie literarische Vorzüge hatte und ihn zudem an Sem Biedermann, seinen jüdischen Arbeitgeber in der Wiener Zeit (1841–1843), erinnerte. Formulierungen wie »Sem hat die Herrschaft übernommen« oder »Sem wollte« – kurz und ohne Artikel – sind eingängiger als »der Jude herrscht« oder »der Jude wollte«.

Es wurde bereits erwähnt, daß der vom Klang her so überzeugende Begriff »antisemitisch« darüber hinaus offenbar wegen seiner Unklarheit und vorgetäuschten Wissenschaftlichkeit weite Verbreitung fand, ohne daß man sich über seine Inhalte viele Gedanken machte. Mir scheint, daß Treitschke durch eine beiläufige Verwendung des Begriffs in einem berühmten Aufsatz vom November 1879 viel zu dieser Entwicklung beitrug, denn seine Schriften wurden von den tonangebenden Juden und Nichtjuden gelesen.³⁸

Wer sich jedoch mit den *Inhalten* des Begriffs auseinandersetzte, beanstandete schon in einem sehr frühen Stadium seine Verwendung: Im »Großen Brockhaus« von 1882 wird das Wort »Antisemit« erläutert: »Judenfeind, Gegner des Judentums, Bekämpfer der Eigentümlichkeiten, des

Hervortretens und der Bestrebungen des Semitismus.« Der ursprüngliche Bezug auf das Semitentum wird lediglich an letzter Stelle genannt. Theodor Fritsch selbst trug zur Infragestellung des Begriffs bei, an dem sein Meister festhielt. Als er 1885/86 die Gründung einer eigenen Organisation plante, wurde auch diskutiert, ob man sie »antisemitisch« oder antijüdisch nennen solle. In Fritschs Zeitschrift, der »Antisemitischen Correspondenz«, wurde das Für und Wider erörtert, wobei die Bezeichnung »Jude« nur auf die Glaubenszugehörigen, nicht alle Abkömmlinge des jüdischen Volkes bezogen wurde.³⁹ Letzten Endes erhielt der Verband den Namen *Deutsche Antisemitische Vereinigung*, die Wortwahl wurde aber durchaus im Geist der alten »Risches« (Judenhaß) erläutert. Zehn Jahre nach dem Aufkommen des Begriffs »Antisemitismus« lesen wir in Fritschs »Antisemiten-Kathechismus« von 1889:⁴⁰ »Was versteht man unter Antisemitismus? ›Anti« heißt ›gegen«, und Semitismus bezeichnet das Wesen der semitischen Rasse. Der Antisemitismus bedeutet also die Bekämpfung des Semitentums. Da die semitische Rasse in Europa fast ausschließlich durch die Juden vertreten ist, so verstehen wir unter ›Semiten« im engeren Sinne – die Juden. ›Antisemit« heißt also in unserem Falle ›Judengegner«, ›Judenfeind«.« Diese Formulierung stand auch im »Antisemitischen Katechismus« des folgenden Jahrzehnts.

Der Text gab 1901 dem Antisemitengegner Graf Coudenhove-Kalergi Anlaß zu heftiger Kritik: »Der Antisemitismus, versichern sie [die Antisemiten] uns, habe ja mit der Religion nichts, ja gar nichts zu tun. Dann ist es aber immerhin merkwürdig, wenn sie sich nach einer Persönlichkeit benennen, an deren Existenz wir gar nicht glauben können, ohne eine starke übernatürliche Hilfe der geoffenbarten Religion.«⁴¹ Mit dieser Frage hätte Marr, der Atheist, sich auseinandersetzen müssen, wenn er systematisch und wissenschaftlich gedacht hätte. Sie trifft genau den Schwachpunkt der rassistischen, modernen, angeblich wissenschaftlichen und säkularen Form des Judenhasses.

Es ist interessant zu verfolgen, wie die späteren Judenhasser Marr und seine »Erfindung«, den Begriff »Antisemitismus«, in den folgenden Auflagen des »Antisemiten-Kathechismus« bzw. des »Handbuchs der Judenfrage« (wie es später hieß) und in den Überblicken über die Geschichte ihrer Bewegung beurteilten. 1907 schrieb einer ihrer »Begründer«, Paul Förster: »Nebenbei bemerkt, halte ich den Ausdruck ›Antisemitismus« für einen unglücklich gewählten, aber man muß ihn nun einmal hinnehmen. Er bezeichnet dasselbe, was Sie [Julius Moses] ›die Lösung der Judenfrage« nennen.«⁴²

Während man so nach und nach den spezifischen Inhalt des Begriffs »antisemitisch« verwässerte, ließ man auch Marr in Vergessenheit geraten. Im

»Antisemitischen Kalender« von 1889 wurde er bei der Aufzählung der Altmeister nur noch am Rande erwähnt. Im »Antisemiten-Kathechismus« von 1910 zitierte ihn der Herausgeber Fritsch lediglich ein einziges Mal und führte neben seinem Namen anders als bei den übrigen nicht einmal das Geburts- und Sterbedatum an. Anfang der dreißiger Jahre erschien in jenem Handbuch bereits Kritik an Marr. Nicht genug damit, daß man ihn an die siebte Stelle in der Reihe der Vorkämpfer des Antisemitismus abdrängte, griff man ihn auch noch wegen der Prägung dieses Begriffs an. Der Ausdruck sei »insofern unglücklich, als es andere Völker semitischer Sprache [!] gibt, die in scharfem Gegensatz zu den Juden stehen«. Nach Ansicht des Herausgebers sei es besser, den Begriff »Judengegner« zu verwenden.

In derselben Ausgabe, die umfangreicher als die vorangegangene war, wurde auch der Versuch unternommen, den Begriff »Antisemitismus« durch einen anderen zu ersetzen. Zur Begründung hieß es, daß es nicht in erster Linie um ein rassisches, sondern ein geistiges Problem gehe. Der Ausdruck »Antirabbinismus« sei deshalb zutreffender.⁴³ In der Ausgabe, die im Jahr der nationalsozialistischen »Machtergreifung« erschien, fehlte dann dieser Ausdruck wieder, aber es wurde erneut die Behauptung aufgestellt, daß es nicht sinnvoll sei, den von Marr geprägten Begriff zu benutzen. Als Ersatz wurde abermals der Begriff »Judengegner« vorgeschlagen. Dies blieb die Grundtendenz des Handbuchs, das nach dem Tod seines ersten Herausgebers, Fritsch, im Jahr 1933 bis zum Weltkrieg noch zwölf weitere Auflagen erlebte.⁴⁴ Die Verurteilung des Ausdrucks »Antisemitismus« fiel hier relativ zurückhaltend aus, er wurde lediglich als »nicht glücklich« oder »unrichtig« bezeichnet. Der altbekannte Imperialist und Judenhasser Graf Reventlow ging weiter: Er kritisierte Marr als den »Vater des unpassenden und schädlichen Wortes ›Antisemitismus‹«. In ähnlicher Weise drückte sich auch der nationalsozialistische Rassenexperte Hans F. K. Günther aus, der meinte, der Begriff sei »schlecht gewählt« und müsse durch »Judengegnerschaft« ersetzt werden.⁴⁵

Die schon vor dem Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft im Kreis der Judenhasser verbreitete Besorgnis, andere »Völker semitischer Sprache« nicht zu verletzen, wurde nach 1933 zur Leitlinie der Politik. 1935, noch vor dem Erlass der Nürnberger Gesetze (durch die der Gegensatz von Juden und Deutschen, nicht Semiten und »Ariern« festgeschrieben wurde), wies Goebbels' Ministerium die Presse an, den Ausdruck »Antisemitismus« zu vermeiden, weil der Kampf des deutschen Volkes sich nur gegen die Juden richte.⁴⁶ Der eindeutige Vermerk, daß von Arabern nicht die Rede sei, taucht im »Handbuch der Judenfrage« erst in der Kriegszeit auf, als der Judenhaß ein Teil der Außenpolitik geworden und keine rein innerdeutsche Angelegenheit mehr war. Es ist symptomatisch, daß, als der

Begriff »Antisemitismus« am schärfsten abgelehnt wurde, gleichzeitig auch Marr den schwersten Verunglimpfungen ausgesetzt war. So hieß es im Handbuch von 1943: »Der von dem Judenstämmling Wilhelm Marr 1879 geprägte Ausdruck ›Antisemitismus‹ ist schon insofern nicht glücklich, als es andere Völker semitischer Sprache, so die Araber, gibt, die im scharfen Gegensatz zu den Juden stehen.« Dieser Satz hatte schon in der vorigen Auflage gestanden, war aber jetzt durch zwei charakteristische Einschübe erweitert: die Bezeichnung Marrs als »Judenstämmling« und den Hinweis auf die »Araber«, deren Gegnerschaft gegen die Juden die Unzulänglichkeit des Begriffs »Antisemitismus« belege. Zur Lösung des Problems, das der Ausdruck »antisemitisch« der nationalsozialistischen Politik bereitete, war es das einfachste, seinen Schöpfer zu diskreditieren. Schließlich wurde der Begriff »Antisemitismus« aus der letzten Ausgabe des Handbuchs ganz entfernt. Sogar ein Zitat aus Herzls »Judenstaat«, das in allen vorherigen Ausgaben unter dem Schlagwort »Antisemitismus« erschienen war, fand sich nun unter der Überschrift »Antijudaismus«, also jenem Begriff, der nach der Empfehlung der Herausgeber den Terminus »Antisemitismus« generell ablösen sollte.⁴⁷

Den Nationalsozialisten gelang es zwar nicht, den Begriff »Antisemitismus« aus der Welt zu schaffen – ebenso wie es ihnen auch nicht gelang, alle Juden zu »vernichten«, aber einen gewissen Erfolg konnten sie doch verbuchen: Sie verliehen dem Ausdruck eine derart klare und grausame Bedeutung, daß selbst die Judenhasser sich heute davor hüten, ihn zu gebrauchen oder sich selbst als Antisemiten zu bezeichnen. Als politisches Schlagwort wurde der Begriff diskreditiert, aber als gängiger Ausdruck für die Erforschung des Judenhasses lebt er weiter. Die Entstehungsgeschichte des Begriffs gebietet jedoch große Vorsicht bei seiner Anwendung, um Verwirrung und Verwechslung zugehöriger und nicht zugehöriger Dinge zu vermeiden.

Anmerkungen

- ¹ Reinhard Rürup, Emanzipation und Antisemitismus. Göttingen 1975; Alex Bein, Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg. 1958, S. 346; ders., Die Judenfrage. Stuttgart 1980, Bd. 2, S. 163f.
- ² Der kuriose oder zufällige Gebrauch des Begriffs vor 1879 ist für die folgende Abhandlung bedeutungslos.
- ³ Zu seiner Biographie s. Mosche Zimmermann, Wilhelm Marr, der Patriarch des Antisemitismus. Jerusalem 1982 (hebräisch); New York 1986 (englisch).
- ⁴ Vgl. Wilhelm Marr, Das Junge Deutschland in der Schweiz. Ein Beitrag zur Geschichte der geheimen Verbindungen unserer Tage. Leipzig 1846.
- ⁵ Vgl. Brief an Hobelmann, in: Courier an der Weser, Beilage zu Nr. 161, 13. 6. 1862; Der Judenspiegel. Hamburg 1862.
- ⁶ Der Judenspiegel (wie Anm. 5), S. 35, 41, 45 - 46.
- ⁷ Ebd., S. 54.
- ⁸ Staatsarchiv Hamburg, Nachlaß W. Marr, B XI 1, S. 3d.
- ⁹ Wilhelm Marr, Der Sieg des Judenthums über das Germanenthum vom nicht confessionellen Standpunkt aus betrachtet. Bern 1879, S. 46.
- ¹⁰ Wilhelm Marr, Vom jüdischen Kriegsschauplatz. Bern, 4. Aufl. 1879, S. 34. Ausgerechnet die »Allgemeine Zeitung des Judenthums« berichtete bereits am 2. September 1879 über Marrs Absicht, ein »antisemitisches Wochenblatt« zu publizieren. Zweifellos stammte dieser Ausdruck aus der hamburgischen Quelle der Zeitung und nicht von Marr selbst. Rürups Bemerkung, daß diese erste Erwähnung des Begriffs »Antisemitismus« beweisen könnte, daß er von jüdischer Seite [wenn auch unabsichtlich] in den Sprachgebrauch eingeführt worden sei, sollte man nur mit Vorbehalt akzeptieren, denn zwischen dem 2. und 26. September benutzte Marr den neuen Begriff nicht. M.E. brauchte er ihn erst nach Stoeckers Rede am 19. September. Daß er unbewußt beeinflusst war, ist nicht nachweisbar.
- ¹¹ Wilhelm Marr, Der Judenkrieg. Seine Fehler und wie er zu organisieren ist. Chemnitz 1880, S. 6; vgl. Werner Jochmann, Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890-1914. Tübingen 1976, S. 408-15.
- ¹² Allgemeine Zeitung des Judenthums, 15. 10. 1879. Marr berichtete später in seinen Memoiren, daß ihn die Anwesenheit von zwei Juden bei der Sitzung nicht überraschen konnte, weil er die Juden und ihre Religion besser kannte als seine antisemitischen Freunde.
- ¹³ Vgl. Ernst Cramer, Hitlers Antisemitismus und die Frankfurter Schule. Düsseldorf 1979, S. 89-91.
- ¹⁴ Judenkrieg (wie Anm. 11), S. 15.
- ¹⁵ Nachlaß Marr, A 39, 25.7. 1879.
- ¹⁶ Nachlaß Marr, A 82, 20.9. 1879. Über die Anfänge der Antisemiten-Liga liegen keine eindeutigen Informationen vor. Sowohl Zeitungsberichte als auch Marrs Memoiren geben diesbezüglich im wesentlichen die gleichen Daten. Marr fügt hinzu, daß ein Mann, den er »Bandwurm« nennt, sich zum Präsidenten der Liga gemacht habe und nach drei Wochen abgewählt worden sei (woraufhin ihm Grousilliers im Amt folgte). Doch das Datum von Grousilliers' Brief an Marr (20.9.) beweist, daß bereits vor der sonderbaren Gründungssitzung Beziehungen zwischen den beiden bestanden.

- ¹⁷ Hector de Grouilliers, Nathan der Weise und die Antisemiten-Liga. Berlin 1880, S. 31.
- ¹⁸ Ebd., S. 32. Schon die Einladung zur Versammlung am 26.9.1879 war ausdrücklich an »christlich gesinnte Männer« gerichtet (Vossische Zeitung, 26.9.1879).
- ¹⁹ Flugblatt II der Antisemiten-Liga: »Die krumme Art«, Berlin [1879].
- ²⁰ Skizzenbuch der »Wahrheit«, Jg. 1880, Berlin 1881, S. 8.
- ²¹ Testament eines Antisemiten, Nachlaß Marr, B V b, S. 105.
- ²² Hamagid, Nr. 43, S. 11. 1879.
- ²³ Hamagid machte keine Ausnahme: Das orthodoxe Blatt »Der Israelit« reagierte im März/April 1879 auf Henne am Rhyns »Risches« (Judenhaß), nicht auf Marrs »Sieg des Judentums« (26.3.1879), und seit September 1879 nur auf Stoeckers politische Reden, nicht auf die Antisemiten-Liga (30.9.1879).
- ²⁴ Berliner Tageblatt, Nr. 52, 1879.
- ²⁵ Nachlaß Marr, A 149, Briefe 2-6, Okt.-Nov. 1879. In seinen Memoiren erklärte Marr, daß er sich nicht zur Wahl habe stellen wollen, weil er als ehemaliger Radikaler für das Präsidentenamt einer Konservativen Vereinigung nicht geeignet gewesen sei und weil er als Hamburger eine berlinische Vereinigung nicht leiten können. Er war auch überzeugt davon, daß »Bandwurm« die Gerüchte über seine Vergangenheit verbreitet habe.
- ²⁶ Kurt Wawrzinek, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien. Berlin 1927, S. 33.
- ²⁷ Nachlaß Marr, A 256, 10. 11. 1879. Dies ist Stoeckers zweiter Brief an Marr. Vgl. Dietrich von Oertzen, Adolf Stoecker. Lebensbild und Zeitgeschichte, Bd. 1, Berlin 1910, S. 210, 225; Werner Jochmann et al., Protestantismus und Politik. Werk und Wirkung Adolf Stoeckers. Hamburg 1982, S. 146-149.
- ²⁸ Darüber berichtete die Allgemeine Zeitung des Judenthums am 2. 12. 1879.
- ²⁹ Judenkrieg [wie Anm. 11], S. 15; Flugblatt 1 der Antisemiten-Liga, Berlin Okt. 1879.
- ³⁰ Nachlaß Marr, A 180, 21. 11. 1879.
- ³¹ S. Anm. 10.
- ³² Neues Statut des Vereins »Antisemiten-Liga«, revidiert Jan. 1881, Berlin
- ³³ Judenkrieg (wie Anm. 11), S. 6-11.
- ³⁴ Ebd., S. 3.
- ³⁵ Die nächste Broschüre »Lessing contra Sem« erschien erst im Jahr 1883, eine verspätete Erwiderung auf Grouilliers' Vortrag »Nathan der Weise« anlässlich der Lessing-Feier (1881).
- ³⁶ Getreuer Ekkehard, Ergebnisse einer Forschungsreise ins Gebiet des heutigen religiösen Lebens. Berlin 1880, S. 36, 40, 45, 51-52.
- ³⁷ »Antisemitische Wucht und Verluste«, in: Österreichischer Volksfreund 1891, als Fragment im Nachlaß Marr.
- ³⁸ C. Cobet, Wortschatz des Antisemitismus in der Bismarckzeit, München 1973, S. 221.
- ³⁹ Antisemitische Correspondenz, 4. 3. 1886.
- ⁴⁰ Tatsachen zur Judenfrage. 1889, S. 97; vgl. Antisemiten-Kathechismus 1893, S. 1.
- ⁴¹ Richard Coudenhove-Kalergi, Wesen des Antisemitismus. Wien 1929, S. 55.
- ⁴² Julius Moses, Lösung der Judenfrage. Eine Rundfrage. Berlin 1907, S. 282.
- ⁴³ Handbuch der Judenfrage 1931, S. 15, 474, 490.
- ⁴⁴ Handbuch der Judenfrage (33. Aufl.) 1933, S. 503; (41. Aufl.) 1937, S. 18, 514; (45. Aufl.) 1939, S. 514.

- ⁴⁵ Hans F. K. Günther, *Rassenkunde des jüdischen Volkes*. München 1930, S. 315; Ernst Graf Reventlow, *Judas Kampf und Niederlage in Deutschland. 150 Jahre Judenfrage*. Berlin 1937, S. 338.
- ⁴⁶ Vgl. Thomas Nipperdey/Reinhard Rürup, *Antisemitismus*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Bd. 1. Stuttgart 1972, S. 151–152.
- ⁴⁷ *Handbuch der Judenfrage* (49. Aufl.) 1943, S. 18; (50. Aufl.) 1944, S. 18, 542; Vgl. G. Bording Mathieu, *The Secret Anti-Juden-Sondernummer of 21th May 1943*, in: *Yearbook Leo Baeck Institute* 26, 1981, S. 292.

Von der Idee zum Völkermord Gedanken über den Antisemitismus

von Franciszek Ryszka

I

Der Titel des Beitrags könnte die Vermutung nahelegen, daß Ideen, die von einem Menschen erdacht und von anderen übernommen werden und sich dann zu bestimmten Werthaltungen verfestigen, ein Motiv für organisierten Mord zu werden vermögen, dem einzelne oder ganze Gruppen von Menschen zum Opfer fallen. Trotzdem handelt es sich bei der vorliegenden Untersuchung weder um einen Text aus dem Bereich der Kriminologie noch der Verbrechensätiologie, obwohl es um die historischen Ursachen von Verbrechen geht. Bei historischen Ursachen ist nicht immer mit unmittelbaren Implikationen oder Kausalbeziehungen zu rechnen, die das logische Konstrukt eines »Mordes um einer Idee willen« ermöglichen, so wie wir von »Mord aus Gewinnsucht«, »Mord aus Leidenschaft« oder anderen Beweggründen sprechen. Mir geht es in diesem Aufsatz darum, die Ursprünge des organisierten Hasses kurz zu beschreiben. Unter »kurz« verstehe ich: in einer unvermeidlich vereinfachten Weise.

Wenn der Begriff »Antisemitismus« die Erinnerung an das größte Verbrechen wachruft, dann erscheint er eigentümlich mild. Das könnte bedeuten – wenn wir daraus eine logische Schlußfolgerung ableiten –, daß die Ausrottung von Menschen, die Juden genannt werden, für jeden Anhänger des Antisemitismus selbstverständlich ist oder daß eine solche Sichtweise wenigstens für einige Antisemiten zutrifft. Tausende von kleineren, äußer-

lich harmlosen Propagandisten der alltäglichen Judenfeindschaft würden sich tief beleidigt fühlen und hätten auf ihre Weise damit recht. Ein Gefühl der Feindschaft als Motiv für ein Verbrechen kann, sofern »hinreichende Kausalität« vorliegt, allenfalls als Beweis von untergeordneter Bedeutung gelten und niemals die Grundlage für die Strafverfolgung eines Verbrechens bilden, wenn ein solches überhaupt verübt wurde.

Ich wende mich damit *volens nolens* dem Bereich des Strafrechts zu. Das ist in diesem Zusammenhang unvermeidlich, da wir es bei dem von mir gewählten Ausgangspunkt für meine Überlegungen nicht nur mit Ideen und Haltungen zu tun haben, sondern mit Taten, mit dem schwersten internationalen Verbrechen. Ich widme diesen Beitrag dem Gedenken an den polnischen Rechtsanwalt Rafał Lemkin, der den Begriff »Genocid« oder »Völkermord« geprägt und definiert hat.¹ »Völkermord« ist nach ihm ein Verbrechen gegen eine Volksgruppe als ganzes, bei dem gegen einzelne Individuen ungeachtet ihrer besonderen Merkmale allein aufgrund ihrer Gruppenzugehörigkeit vorgegangen wird. Das Verbrechen umfaßt nicht nur die physische Vernichtung der Gruppenmitglieder durch einen einzelnen direkten Tötungsakt, sondern auch den schrittweisen Entzug der Existenzmittel im ökonomischen, kulturellen und religiösen Bereich sowie die Zerstörung der persönlichen Sicherheit, der persönlichen Freiheit und der Menschenwürde in der Absicht, Schaden zuzufügen, selbst wenn die Handlungen scheinbar von anderen Motiven bestimmt werden.

Ich meine, es lohnt sich, an dieser Stelle zwei theoretische Konzeptionen einzuführen: die des »objektiven Feindes« und die der »böswilligen Feindseligkeit« (malevolent hostility). Erstere verdanken wir Hannah Arendt, genauer gesagt: ihrer bekannten Studie über »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«.² Die zweite geht auf den amerikanischen Nationalökonom und Politikwissenschaftler Kenneth Boulding zurück, der sie im Zusammenhang mit seiner Konflikttheorie als ein Nebenproblem herausgearbeitet hat.³ Auf den Bereich des Wettkampfs bezogen, würde »böswillige Feindseligkeit« bedeuten, daß eine Strategie gewählt wird, die auf möglichst große Verluste des Gegners statt auf eigene Gewinne abzielt. Für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen System reicht eine solche Vereinfachung jedoch nicht aus, denn der Begriff des Gewinns ist Teil einer unangemessenen Interpretation: Unter dem Gesichtspunkt des Nutzens hätte es sich auch für den NS-Staat »bezahlt gemacht«, Juden als Sklavenarbeiter am Leben zu lassen, statt sie in die Gaskammern zu schicken.⁴ Für die maßgebenden Instanzen spielten solche ausschließlich wirtschaftlichen Überlegungen aber nur eine untergeordnete Rolle. Grundlage der Entscheidung für den Völkermord war allein die menschenverachtende Ideologie.

Diese Ideen tauchten nicht urplötzlich in Form einer entarteten Feindtheorie im Gehirn Adolf Hitlers auf, sondern die weitverzweigten Wurzeln reichten tief hinein in den reichen Nährboden der europäischen Kultur. Unseligerweise war sie stark vom Ungeist des Antisemitismus erfüllt. In der individuellen und kollektiven Mentalität entwickelten sich im Verlauf der Geschichte als Folge der kulturellen Veränderungen unterschiedliche Motivationen, die dazu führten, daß die Judenfeindschaft in ihren vielfältigen Formen dauerhaft und lebenskräftig blieb.

Die Tragödie der Juden im Zweiten Weltkrieg hat eine wahre Flut von Literatur hervorgerufen, aus der man die »humanistische« als wichtigste Strömung herauslösen kann. Das vielleicht repräsentativste Beispiel dieser Literatur ist Hannah Arendts bereits genannte Studie »Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft«,⁵ die gleichsam zum Standardwerk der Geschichte des Antisemitismus in seinen verschiedenen Ausprägungen geworden ist.

Dennoch ziehe ich es vor, den von der Autorin gebahnten Pfaden nicht zu folgen – so sehr ich der Erinnerung an sie und ihrem Werk den gebührenden Respekt bezeuge. Vielmehr möchte ich auf einen deutlichen Widerspruch in ihrer These vom »objektiven Feind« hinweisen. Gewiß, es handelt sich um einen weniger wichtigen Absatz in einem Buch über den »Totalitarismus« – ein Konzept übrigens, dessen methodologischer Wert mir angreifbar erscheint, auch wenn hier nicht der richtige Ort ist, um von der Semantik her daran Kritik zu üben. Die Fixierung auf einen »objektiven Feind« ist nach Hannah Arendt ein Element »totalitärer Herrschaft«. ⁶ Doch um wirklich objektiv zu sein, muß ein »objektiver Feind« per definitionem nichtübertragbare Züge aufweisen. Ein »objektiver Feind« *in continuo* kann zum Beispiel kein »Klassenfeind«, »Dissident«, »Renegat«, nicht einmal nur einfach ein »Sünder« (im Sinne der katholischen Lehre des Trienter Konzils) sein, da er an einem bestimmten Punkt und unter bestimmten Bedingungen das Merkmal oder die Merkmale verliert, die sein Feind-Sein ausmachen. Ein Klassenfeind hört auf, ein solcher zu sein, sobald der Klassengegensatz nicht mehr empfunden wird; ein Dissident kann bekehrt werden, ein Renegat in den Schoß der Gemeinschaft zurückkehren und der Sünder sich nach den vorgeschriebenen Prozeduren von seiner Sünde reinwaschen. Ein wirklich objektiver Feind jedoch hört nie auf, ein Feind zu sein. All seine Bemühungen um Assimilation, seine unbestrittenen Verdienste um die Gemeinschaft, ja, nicht einmal seine unmittelbare Nützlichkeit können ihn vor den Folgen des Feindseins bewahren. Letzte Konsequenz stellt nur die Auslöschung dar; denn es gibt keine Möglichkeit, sich von den Merkmalen zu befreien, die einen zum Feind machen.

Ausgehend von ihrer ebenso scharfsinnigen wie umfassenden These über den Antisemitismus kontrastiert Hannah Arendt in ihrem Werk die Symptome dieses Ungeistes ständig mit dem rationalistischen Denken, das in der modernen Naturwissenschaft und Staatskunst begründet ist, sich über die Jahrhunderte hinweg als richtig erwiesen hat und auf den Grundprinzipien der normativen Ethik beruht. Es handelt sich um eine dialektische und »überredende« Argumentation, die ganz im Einklang steht mit den Grundlagen der Philosophie vom Menschen und der politischen Philosophie Hannah Arendts.⁷ Einen besseren Deutungsschlüssel scheint indessen der Bezug auf das Phänomen spontaner Feindseligkeit und die verschiedenen vergleichbaren Haltungen zu bieten, die bei jedem beliebigen Konflikt wirksam werden – zumindest wenn man von der Voraussetzung ausgeht, daß Spannungen und Brüche von Anfang an tief in der europäischen Kultur verwurzelt waren.⁸

Thomas Nipperdey und Reinhard Rürup haben vor nicht allzulanger Zeit darauf hingewiesen, daß der Terminus »Antisemitismus« selbst vergleichsweise jung ist; er ist erst seit Ende des 19. Jahrhunderts gebräuchlich und geht, soweit wir wissen, auf einen unbedeutenden Schriftsteller, Wilhelm Marr, zurück.⁹ Wichtig ist, daß die Autoren die Entstehung des Begriffs im Zusammenhang mit der »Säkularisation« der Judenfeindschaft sehen und somit auf das Aufkommen neuer Motive für sie aufmerksam machen. Das bis dahin überwiegend oder ausschließlich religiöse Antriebs-element verschwand nicht von der Tagesordnung, zumindest nicht in den Ländern Mittel-, Südost- und Osteuropas. Doch wurde es von neuen Motiven verstärkt, wie zum Beispiel dem der wirtschaftlichen Konkurrenz, worüber ja ziemlich viel geschrieben worden ist, insbesondere in der marxistischen Literatur. Trotzdem ist durch die Herausarbeitung und Zergliederung der Motive – die genetische Interpretation par excellence – weder die Unverwüstlichkeit noch die Intensität jener Ansichten und Einstellungen zu erklären, die insgesamt als Antisemitismus bekannt sind.

Diese Bemerkung trifft genauso auf das Buch eines hervorragenden Spezialisten auf diesem Gebiet zu, auf George L. Mosse »Towards the Final Solution. A History of European Racism«.¹⁰ Wie der englische Titel andeutet, sucht Mosse die Ursachen des Verbrechens im Rassismus und entdeckt sie in den ersten Früchten des Wissenschaftsdenkens, das mit den Lehren der Aufklärung gedieh. Daß Antisemitismus etwas mit Ideen zu tun hat, wird ein wenig deutlicher sichtbar als in Hannah Arendts Studie; aber dieser Zusammenhang ist nicht der einzige und vielleicht auch nicht der wichtigste – zumindest nicht, wenn man an spätere Lösungen, einschließlich der »Endlösung«, denkt. Rassismus bildete die Brutstätte, die sich Organisatoren und Demagogen zunutze machten, um ihre Ideen einer breiten

Leserschaft einzupfropfen und zu erreichen, daß sie aufgrund physischer Abneigung Haß gegen die gesamte »Rasse« und jeden einzelnen ihrer Angehörigen entwickelte.

Zweifellos hat die ständige Karikatur des Juden – auch wenn sie sogar auf Menschen ohne besonders verfeinerten Geschmack oft abstoßend wirkte – ihren Eindruck auf gewisse Anhänger des Antisemitismus nicht verfehlt. Dagegen machten Herleitungen aus dem Bereich der Anthropologie und der Eugenik – von verschiedenen pseudowissenschaftlichen Theorien (z. B. der »Phrenologie« oder der Anthropologie à la Lombroso) ganz abgesehen – auf weniger gebildete Zeitgenossen, die »Halb-« oder »Viertelgebildeten«, wie man in Polen sagt, keinen Eindruck. Wenn das intellektuelle Niveau noch tiefer lag, kam es zu rein instinktiven Reaktionen: Eine andere Hautfarbe zum Beispiel war ein hinreichendes Indiz für die Rasse. Sowohl die soziale Lage als auch die Versuche, diese Lage durch bestimmte Erklärungsmuster zu rationalisieren, brachten einfache Gemüter dahin, Menschen »anderer Rasse« abzulehnen. Aus der gesellschaftlichen Situation ergab sich, daß solche Leute einfach als schlechter galten, was noch nicht bedeutete, daß sie auch für gefährlich gehalten und mit bedrohlichen Tieren auf eine Stufe gestellt wurden.

Der so verstandene Rassismus ließ eine unleugbare Distanz zwischen den Menschen entstehen. Rassismus bedeutete, daß es zu einer Gefahr wurde, diese Kluft biologisch überbrücken zu wollen. Jemand, der nicht »biologisch ebenbürtig« war, durfte kein Sexualpartner sein, was – aus leicht begreiflichen Gründen – hauptsächlich für die Frauen galt. Obwohl auch die sexuelle Beziehung zu einem »rassisch tieferstehenden« Menschen als solche verdammt wurde, überwog die Furcht, ein Kind zu gebären, alle anderen Ängste. Es läßt sich unschwer erraten, daß dies ein Teil der Geschichte der amerikanischen Neger in der Zeit von »Onkel Toms Hütte«, aber auch später war. Man kann diese Abgrenzungstendenzen jedoch nicht mit dem Kampf gegen die »Rassenschande« gleichstellen, wie er sich aus der nationalsozialistischen Rassenlehre ergab. Um die Distanz zwischen Bevölkerungsgruppen zu messen, ist die Bewertung sexueller Beziehungen trotzdem ein grundlegendes Kriterium, das mehr besagt als das *Connubium*, die Möglichkeit, eheliche Bindungen einzugehen.¹¹ Für den polnischen »Mittelstand« oder den kleinen Landadel meiner Kindheit stellte eine Heirat mit einem Juden oder einer Jüdin für beide Teile ein Problem dar, wobei allerdings (auf beiden Seiten) auch starke religiöse Hemmnisse zum Tragen kamen. Ich wage zu behaupten, daß sich die Verhältnisse darin nicht von denen in anderen mitteleuropäischen Kulturen (oder Subkulturen) von ähnlicher vertikaler Gliederung unterscheiden. Obwohl sich die religiösen Barrieren durch einen Glaubenswechsel überwinden ließen, bedeutete das

nicht unbedingt, daß die »Distanz der Fremdheit« in den Augen Dritter oder in der maßgebenden öffentlichen Meinung verschwand. Doch wie dem auch sei, rassische Kriterien im Sinne der NS-Ideologie oder der Einstellung zur »Negerfrage« in den Vereinigten Staaten (von der südafrikanischen Apartheid ganz zu schweigen) waren nicht die wesentlichen Absonderungsgründe. Man konnte Antisemit sein, ohne irgend etwas mit dem Rassismus im Sinn zu haben; man konnte sogar Antisemit und – nach den Nürnberger Gesetzen der Nationalsozialisten – selbst von »besudelter Abstammung« sein, was nicht einmal so selten vorkam. Tatsache ist, daß der Rassismus in der nationalsozialistischen Version wie eine ansteckende Krankheit war. Er breitete sich von Deutschland nach allen Richtungen hin aus, auch wenn er außerhalb nicht sonderlich gedieh, und führte manchmal zu einfach grotesken Situationen.¹²

Der Rassismus erleichterte die Konstruktion des »objektiven Feindes«, erschöpfte jedoch nicht alle Ursprünge des Antisemitismus; auch war es nicht der Rassismus als solcher, der schließlich die Verbrechen­smaschinerie in Gang setzte. Wir haben gute Gründe zu behaupten, daß der Rassismus nicht einmal in Deutschland so Fuß faßte, wie die nationalsozialistischen Politiker und Rassentheoretiker es sich gewünscht hätten. Gleichwohl fand sich eine genügend große Anzahl von Menschen, die das Wahnsinns­unternehmen des Judenmords durchführten und die Befehle der Schreibtisch­mörder ausführten. Ließen diese Menschen sich von ihrem *eigenen* Haß leiten, der durch die vom Regime erzwungene quasi-militärische oder auch die reguläre militärische Disziplin lediglich verstärkt wurde, oder führte ihnen einfach der Gehorsam die Hand, gepaart mit Skrupellosigkeit, wie sie die besondere Art des Krieges erzeugte? Wir wollen versuchen, eine Antwort auf diese Frage zu finden.

II

Der Antisemitismus hat, wie hier nochmals betont werden soll, eine sehr lange Geschichte. Religiöse wie kulturelle Elemente trennten die europäischen Juden von der einheimischen Bevölkerung und ließen das Bild des Juden entstehen, gleichsam den Archetypus des Fremden, der leicht in den Feind verwandelt werden konnte. Es geht uns hier nicht darum, die Unterscheidungsmerkmale einer ethnischen Gruppe herauszuarbeiten, die vor Jahrhunderten aus ihrer Heimat vertrieben und in alle Welt verstreut wurde. Es genügt festzustellen, daß Sitten, Gebräuche und Sprache die Oberflächenstruktur ausmachten, das heißt: der Gruppe sofort erkenn-

bare und die Zuordnung ermöglichende Züge gaben. Im Mittelalter und auch noch lange in der Neuzeit wußte man auf den ersten Blick, wohin ein Mensch gehörte, wer er war. Zumindest in Ost- und Südeuropa bewahrten die nichtassimilierten Juden ihre äußeren Erkennungsmerkmale bis in die Gegenwart hinein und bis zu der Tragödie, die am Ende auf sie wartete.

Das Ensemble von Erkennungssignalen, die eben diese »Oberflächenstruktur« schaffen, sollte als Wirkung, nicht als Ursache betrachtet werden. Jede ethnische Gruppe, jedes Volk in einer Diaspora ist auf ein Mindestmaß an Abgeschlossenheit angewiesen, um die eigene Identität zu bewahren und nicht spurlos in anderen Völkern aufzugehen. Eine nur auf sie selbst bezogene Art der Kommunikation, eigene Grundsätze in bezug auf Sitten und Gebräuche – etwa bei der Art der Kleidung oder der Einrichtung der Häuser oder bei dem Bestreben, in geschlossenen Gemeinschaften zu leben (ohne insgesamt oder zum Teil auf besondere Wohngebiete beschränkt zu sein) –, all dies braucht eine solche Gruppe, um in der gleichen Form jahrhundertlang zu überleben. »Tiefenstrukturen« freilich entwickelten sich ausschließlich aufgrund geistiger Bindungen, wie sie vornehmlich aus der Religion hervorgingen. Das war für die Feinde der Juden der am meisten gehaßte Zug an ihnen. Man klagte sie manchmal wahrhaft teuflischer Praktiken an (des Ritualmordes etwa, an den schließlich Tausende ahnungsloser Menschen glaubten). Nach und nach machte sich ein allgemeines Gefühl des Argwohns breit und wuchs das Verlangen, eine gewisse Distanz aufrechtzuerhalten. Zweifellos lebten nicht alle Juden in einer so unglaublichen Isolierung von ihrer Umwelt, wie Isaac Bashevis Singer sie bei der Schilderung seiner Kindheit in der Warschauer Krochmalnastraße beschrieben hat.¹³ Dennoch kann die Krochmalnastraße als eine Art Symbol dafür gelten, wie Menschen in einem Mikrokosmos ethnisch voneinander getrennt leben. Im Makrokosmos haben wir es mit Dutzenden von Ghettos zu tun, die von Mauern aus Entfremdung und Abneigung umgeben sind.

Wenn auch die Krochmalnastraße als ein Symbol bleibt, müssen wir doch sagen, daß sie der Vergangenheit angehört. Allerdings sollten wir uns ein wenig mit den sozialen Realitäten befassen, die bei der Entstehung dieses Symbols eine Rolle spielten; das bedeutet, daß wir nicht umhin kommen, uns der Geschichte Polens zuzuwenden. Die Zuwanderung von Juden aus dem Westen und Süden bewirkte, daß in Polen die größte Konzentration von Juden in Europa entstand; ihre Geschichte verband sich auf natürliche Weise mit der Geschichte der Polen. Wanderungsbewegungen werden im allgemeinen durch Verfolgung oder Not oder beides ausgelöst. Genau das war auch bei der Einwanderung nach Polen der Fall; den Juden erging es hier gut und schlecht zugleich. Einige von ihnen kehrten in den

Westen zurück. Es ist ein Paradoxon, daß sie zu dieser Zeit gerade in den Ländern, in die sie zurückwanderten – vornehmlich in Österreich und Preußen –, einer ungewöhnlich virulenten Form des Antisemitismus begegneten. Der Ungeist verbreitete sich sogar in Frankreich, wo die Losungen von der Gleichheit und Brüderlichkeit der Menschen besonders populär waren und die Zahl der jüdischen Einwohner im Vergleich zu Polen überhaupt nicht ins Gewicht fiel. So läßt die von Hannah Arendt so gründlich analysierte Dreyfus-Affäre¹⁴ die unterschiedlichen Ursprünge des Antisemitismus besonders gut erkennen.

Aber wir sollten in Raum und Zeit nicht allzuweit abschweifen, da das erste Aufkeimen des Konflikts für unsere Überlegungen wichtig ist. Es stimmt, daß die Mauern des »geistigen Ghettos« in der Renaissance und während der Aufklärung nicht hermetisch verschlossen waren, denn viele jüdische Familien hatten sich durch Annahme des christlichen Glaubens assimiliert. Trotzdem blieb die strenge kulturelle Trennung die Regel. Sie wurde von beruflichen und gesellschaftlichen Unterschieden überlagert, die aus der wirtschaftlichen Situation erwachsen, so daß neue und dauerhafte Konflikte entstanden.

In der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts kam es aufgrund eines Zusammenwirkens verschiedener Faktoren in Polen zu einer Wirtschaftskrise. Einer der Hauptgründe war der drastische Rückgang der polnischen Getreideausfuhren, die eine Haupteinnahmequelle des Adels und zugleich die Grundlage für den relativen Wohlstand der Landbevölkerung bildeten. Deshalb lohnte es sich, einen Teil des Getreides in Polen zu verarbeiten, hauptsächlich zu Alkohol, der über ein Netz von Wirtshäusern an die Landbevölkerung ausgeschenkt wurde. Diese Schankstuben gehörten zwar Adligen, waren aber an Juden verpachtet. Die sogenannten Brennrechte – im wesentlichen ein Alkoholmonopol des Adels – trugen dazu bei, daß Juden aus den Städten aufs Land zogen, wo sie verhältnismäßig mühelos auf den örtlichen Märkten unterkamen. Jahrhundertalte Gepflogenheiten und streng beachtete Prestigeregeln hinderten den polnischen Adel, sich städtisch-bürgerlichen Berufen, insbesondere dem Handel, zuzuwenden, den die meisten Angehörigen dieses Standes schlicht verachteten. Allerdings waren sie, wie zeitgenössische Geschichtsschreiber berichteten, immer bereit, ihre Normen zu umgehen, wenn lukrative Geschäfte lockten. Der Kleinhandel, der den Alkoholvertrieb an Bedeutung weit übertraf, wurde auf diese Weise allmählich zu einer überwiegend jüdischen Domäne. Kleinhandel aber macht für gewöhnlich Kleinkredit notwendig, und Kredit wiederum hängt von der Vertrauenswürdigkeit des Schuldners ab. So kam es, daß nach und nach ein Netzwerk von kleinen Handels- und Kreditunternehmen ganz Polen überzog und zum Entstehen des Klischees

vom Juden beitrug. Zumeist mit negativen Zügen ausgestattet, hielten diese Klischeevorstellungen sich sowohl in den Kreisen des Adels (der den Gewinn aus den Wirtshäusern einsteckte) als auch bei den Bauern (die diesen Gewinn erst ermöglichten). Zwar gab es Ausnahmen, wie aus einer ganzen Reihe von Zeugnissen und literarischen Berichten hervorgeht, aber Klischees sind nun einmal langlebig. Die Gestalt des jüdischen Gastwirts auf dem Lande oder in der Provinz überschattete das Bild anderer zwischenmenschlicher Beziehungen, die insbesondere auf der höheren Ebene des religiösen Streitgesprächs oft entstanden – auch dafür gibt es historische Beispiele.

Die Koexistenz der beiden Gruppen, des Adels und der jüdischen Gewerbetreibenden, im ländlichen oder provinziellen sozialen Milieu war nicht gerade innig, erwies sich aber als relativ stabil. Solange das Land nicht von Kriegen heimgesucht wurde, kam es zu keinen größeren Umbrüchen, doch waren Kriege im 17. und 18. Jahrhundert ziemlich häufig. Die polnischen Juden litten unter den Kriegen und feindlichen Einfällen nicht weniger, als es Armen und Wehrlosen zu allen Zeiten überall auf der Welt geschah. Die gemeinsame Bedrohung ließ insbesondere in den östlichen Gebieten des Staates Solidarität entstehen. Aber Solidarität gewinnt unter den Armen nur dann Bedeutung, wenn sie Rebellion oder zumindest eine Tendenz zur Veränderung hervorruft. Auch dafür sollte die Zeit kommen, jedoch erst später – im 19. und 20. Jahrhundert.

Die relative Stabilisierung der sozialen und religiösen Position der jüdischen Gemeinschaften, die durch gesetzliche Regulierungen abgesichert wurde, trug zweifellos zur dauernden Stärkung von Vorstellungen und Haltungen in bezug auf die Juden bei. In der Hierarchie des allgemeinen Ansehens standen sie auf sehr niedriger Stufe, zum einen, weil sie wirklich »Fremde« waren, zum anderen, weil ihre beruflichen Tätigkeiten wenig Achtung genossen, woran auch ihre angeblich hohen Einkommen nichts änderten. Gesellschaftliche Anerkennung fanden Juden nur, wenn sie das Ghetto verließen; doch das bedeutete, die Religion und alle Bindungen an die Gemeinschaft aufzugeben. Ein christlich getaufter Jude hörte auf, Jude zu sein. Seine Identität verwischte sich bereits in der nächsten Generation, sofern er nicht – was sehr häufig der Fall war – von seiner Umgebung immer wieder an sie erinnert wurde.

Doch bis zur tragischen Ausrottung hielt die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung Polens an ihrer Religion, ihrer Kultur und ihrer besonderen Lebensweise fest. Eine für sich genommen geringfügige, gleichwohl bedeutsame Entwicklung des polnischen Kapitalismus trug eher zu einer Verschlechterung als einer Verbesserung ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Situation bei. Polnische Juden: das waren überwiegend »die

armen Juden«. Armut führt üblicherweise zu einer Verminderung des gesellschaftlichen Ansehens. Offenbar empfanden die in Polen lebenden Juden am Ende des 19. Jahrhunderts den Mangel an Achtung, der oft in regelrechte Verachtung ausartete, als wesentlich schlimmer als alle Zeichen von Antisemitismus, die sich in der Gesellschaft bemerkbar machten. Diese Beziehung kam im Klischee vom Juden sehr deutlich zum Ausdruck. »Jude« zu sein, war nicht nur eine religiöse oder kulturelle, sondern auf sehr eindringliche Weise auch eine gesellschaftliche und berufliche Kategorie. Manchmal nahmen Angehörige der polnischen Ober- und Mittelklasse Juden gegenüber eine gönnerhafte Haltung ein; typischer jedoch war, daß ihre Einstellung sich durch Abneigung und das Bedürfnis zur Abgrenzung auszeichnete. Solche Gefühle erleichtern nicht gerade, in engere Beziehung zueinander zu treten, auch wenn sie nicht notwendigerweise mit Animosität oder Feindseligkeit einhergehen; es genügt, den anderen als »Menschen zweiter Klasse« anzusehen. Wie sich leicht nachvollziehen läßt, wurden solche Haltungen von vielen Bewohnern der polnischen Dörfer und der Ghettos in den Städten mit Verbitterung wahrgenommen. Es gibt nur wenige gesicherte Informationen über dieses Problem, doch hat es in so manches Werk der erzählenden Literatur Eingang gefunden. Vertreter der jüdischen Mittel- oder Arbeiterklasse fanden in der herrschenden Kultur des Land- und Hochadels nur sehr schwer Anerkennung; doch das erging den übrigen Angehörigen der unteren Klassen und insbesondere der Arbeiterklasse nicht anders, auch sie wurden verächtlich zurückgewiesen. Dagegen lassen sich in dieser Kultur kaum irgendwelche Anzeichen von Rassismus finden. Rassistisches Denken scheint hauptsächlich im Kolonialismus entstanden zu sein, den es in Polen nicht gab. Die nationalsozialistisch-deutsche Variante des Rassismus samt ihren pseudowissenschaftlichen theoretischen Voraussetzungen war nicht originell.

Im polnischen Antisemitismus bildete der Rassismus also keinen bedeutenden Faktor. Zur Zeit der Teilung Polens wurden für die Österreich und Preußen zugeschlagenen Gebiete unter der Herrschaft des aufgeklärten Absolutismus nach und nach Gesetze verabschiedet, die auf eine Emanzipation der Juden zielten, wenn auch mit eingeschränkten Bürgerrechten. Im russischen Teil und in dem von Napoleon errichteten Herzogtum Warschau kam es zu keinen entscheidenden Veränderungen. Die politischen Rechte, die den Juden im Herzogtum durch die Verfassung von 1807 gewährt wurden, setzte ein Dekret schon 1808 wieder außer Kraft. Historiker deuten das als ein Zurückweichen vor dem Druck der polnischen Mittelklasse oder als einen Versuch, deren Interessen zu schützen, was ein Beweis dafür wäre, daß der wirtschaftliche Konkurrenzkampf sich bereits bemerkbar machte. Dies war bekanntlich eine der Ursachen für die beson-

dere Ausprägung des Antisemitismus im 19. Jahrhundert, die sich hier früh abzeichnete. Antisemitische Traditionen gehen auf Antagonismen auf seiten der Mittelklasse (wirtschaftliche Belange) und der Geistlichkeit (religiöse Belange) zurück, wohingegen die Monarchie und der polnische Adel sich eher den Schutz der Juden angelegen sein ließen.

Freilich verbesserte sich die Lage der assimilierten Juden nicht in dem Maß, wie es der Gesetzgeber beabsichtigte. Einzelne besonders unternehmensfreudige und begabte nutzten die Gelegenheiten, die neue Berufe in der Industrie, im Handel und im Bankwesen boten. Im Gegensatz zu den umlaufenden Legenden war der Prozentsatz derer, die Erfolg hatten, unbedeutend. In Preußen machte sich der soziale Aufstieg der Juden stärker bemerkbar als in anderen deutschen Ländern, Österreich und den von Österreich annektierten Teilen Polens. Dennoch bot die Assimilation die Aussicht, über eine gute Ausbildung beruflich voranzukommen, sich beispielsweise in den freien akademischen Berufen (als Rechtsanwalt oder Arzt) durchzusetzen oder sich auf künstlerischem oder wissenschaftlichem Gebiet auszuzeichnen, wenn die natürliche Begabung dies gestattete.

Der Weg in die »Geldaristokratie« (und damit zu Adelsprädikaten) oder selbst ins Großbürgertum war keineswegs leicht. Und wenn ein Jude einmal den Aufstieg in die Elite schaffte, wurde seine Herkunft stärker als sonst registriert. Der soziale Aufstieg durch Geldverdienen war eines der Hauptthemen des populären Antisemitismus im 20. Jahrhundert. Nach der Auffassung seiner Anhänger war es überhaupt verwerflich, Millionär zu sein, es sei denn, ein Teil dieser Millionen floß der einen oder anderen »Bewegung« zu. Millionären jüdischer Herkunft haftete aber immer ein nicht zu tilgender Makel an, da jüdische Millionen – dem Vorurteil zufolge – unweigerlich schlechten Zwecken dienten: Sie brachten weitere Millionen für Bestechung, Spekulation, Krieg und andere böse Dinge hervor.

Gleichzeitig trug ein völlig entgegengesetztes Bild vom Juden zum Aufkommen eines weiteren antisemitischen Klischees bei: zu dem des jüdischen Revolutionärs. Die in den Ghettos weiter herrschende Armut, die zu gesellschaftlicher Erniedrigung und zunehmender Verfolgung beitrug, bis hin zu den Pogromen unter den Zaren Alexander III. und Nikolaus II. (von denen Polen nicht verschont blieb), hatte zusammen mit einigen anderen Faktoren in der jüngeren Generation von Juden zu einer starken Radikalisierung geführt. Den meisten Anklang fanden bei ihnen der revolutionäre Marxismus und der militante Zionismus, insbesondere seit letzterer zu einer festgefügtten Ideologie geworden war. Juden spielten insbesondere in Osteuropa eine wichtige Rolle in der revolutionären Arbeiterbewegung, was sich zumindest teilweise durch die soziale Schichtung dieser ethnischen Gruppe erklären läßt. Nach der Oktoberrevolution in Rußland und den

Revolutionen in Ost- und Mitteleuropa (Ungarn, Deutschland) nach dem Ersten Weltkrieg identifizierten Rechtsradikale und ihre Sympathisanten Juden mit dem Kommunismus schlechthin. Zu den weniger extremen Anschuldigungen gegen sie gehörten Mangel an Bürgertreue oder sogar staatsfeindliche Gesinnung. Solche Vorwürfe entbehrten jeder Grundlage, wie eine in den zwanziger Jahren von Liebmann Hersch in Polen durchgeführte Untersuchung über unterschiedliche Kriminalitätstypen zeigte.¹⁵

Ein Jude mußte seine Unschuld selbst dann nachweisen, wenn niemand eine begründete Anklage gegen ihn vorbringen konnte. Wir reden an dieser Stelle von Haltungen unverkennbar affektiver Natur. Sie stellen ebenso wie psychologische Dispositionen noch keine Politik dar, bringen Menschen jedoch in politischen Gruppen zusammen und geben den Anstoß zu politischer Aktivität. Aufgrund ihrer Erfahrungen begegneten Juden ihrer Umwelt überwiegend mit inneren Vorbehalten, Enttäuschung und Antipathie. Der Antisemitismus als Kernbestandteil der Politik rechter Parteien und Bewegungen reichte aber nicht aus, um sie und insbesondere die jüdische Jugend auf den Weg des politischen Radikalismus – des Kommunismus oder Zionismus – zu stoßen. Im Gegenteil: Das Bedürfnis, den Argwohn ihrer Umgebung zu überwinden, und damit der Zwang, den gesellschaftlichen Wert ständig unter Beweis zu stellen, förderten unter den assimilierten Juden nicht nur die Tendenz zur Anpassung, sondern das Bestreben, sich besonders hervorzutun, besser zu sein als die anderen. Die Geschichte der polnischen Kunst, Kultur und Wissenschaft im 20. Jahrhundert bietet mit herausragenden Persönlichkeiten eine Fülle von Beispielen dafür – wenn auch eine Klassifikation nur nach der Abstammung immer gefährlich und geeignet ist, die bei einer Bewertung kultureller Phänomene notwendige Ausgewogenheit zu stören.¹⁶

Aussagen über Kultur können durch politische Ansichten veranlaßt sein und politisch wirksam werden. Defensive Reaktionen auf den Antisemitismus lassen in der Geschichte oft die politische Wirkungsweise antisemitischer Stereotypen erkennen. So entsprach in Deutschland während des Ersten Weltkriegs die Unterstellung, Juden versuchten sich vor dem Frontdienst zu drücken, glänzend dem Klischee von der Feigheit, Verschlagenheit usw. der Juden. »Der peinliche Streit über das Blutopfer«, wie ich an anderer Stelle¹⁷ unter Berufung auf Arnold Pauckers Quellenwerk¹⁸ formuliert habe, erwies die Unhaltbarkeit der Beschuldigung: Die Gefallenzahlen deutscher Juden im Ersten Weltkrieg entsprachen bei Berücksichtigung der demographischen Verhältnisse (Altersgliederung, Anteile der Stadt- und Landbevölkerung) genau den Ergebnissen für die Gesamtbevölkerung. Jedoch interessieren uns hier nicht die Fakten, sondern die Motive, die dem Streit zugrunde lagen. Die deutschen Juden, die völlig assimiliert,

gesetzes- und vaterlandstreu waren, mußten »ihre Unschuld beweisen«. In der erstickenden Atmosphäre des politischen Lebens in der Weimarer Republik tauchte ein Vorläufer der Konzeption vom »objektiven Feind« auf. Das »Blutopfer«, die Gesetzestreue und Vaterlandsliebe galten nichts, wenn man zufällig Jude war.

III

Die Nationalsozialisten nutzten das Feindkonzept von Anfang an überaus geschickt. Sofort nach der Machtübernahme von 1933 begannen die Verfolgungen. Juden wurden schrittweise aus dem öffentlichen Leben entfernt, ihre staatsbürgerlichen Rechte drastisch beschnitten. Indem die Juden offiziell und formal zu Feinden gestempelt wurden, nahm der »Völkermord« nach der Definition von Rafał Lemkin seinen Anfang. Das Motiv, diese Minderheit ihrer »Menschlichkeit« zu berauben, begleitete die Unterdrückungsmaßnahmen des Staates von Beginn an. Wir brauchen diese Tatsache nicht erst in Erinnerung zu rufen; es genügt, auf die immer weiter wachsende Literatur hinzuweisen, auch wenn die Wirkungen der Verfolgung auf die Gesellschaft und die Folgen für den einzelnen – ein Ansteigen der Krankheits- und Sterblichkeitsrate, der Selbstmordzahlen und so weiter – noch nicht alle hinreichend untersucht worden sind. Mochte die Propaganda vom Typ des »Stürmer« auch nicht die gewünschten Resultate zeitigen, die Atmosphäre der Einschüchterung und Isolierung machte sich deutlich genug bemerkbar. Zahlreiche Zeugnisse, nicht zuletzt in Memoiren und literarischen Werken, zeigen, daß die jüdische Bevölkerung in Deutschland noch immer viele Illusionen hegte. Sie konnte sich zum großen Teil einfach nicht vorstellen, daß ein zivilisierter und gesetzlich regierter Staat, mit dem ihr Schicksal seit Generationen verbunden gewesen war, fähig sein sollte, Verbrechen zu begehen. Nicht einmal das 1935 eingeführte »Reichsbürgergesetz« und das »Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre« mit den bald darauf erlassenen Ausführungsbestimmungen, durch die Juden brutal diskriminiert wurden, vermochten das Gefühl der persönlichen Sicherheit völlig zu zerstören.

Darüber ist viel geschrieben worden, manchmal unter Betonung der psychologischen Hilflosigkeit der Opfer, manchmal mit Verwunderung darüber, daß die Juden sich widerstandslos und gehorsam in den Tod führen ließen, gleichsam als sollte sich auch diesmal wieder das antisemitische Bild vom »feigen Juden« bewahrheiten.¹⁹ Ich fühle mich nicht kompetent und hätte auch nicht den Mut, eine Erklärung zu versuchen, warum das

geschah. Aber ich möchte auf zwei Begleitumstände der schrittweisen Diskriminierung aufmerksam machen, die nach der zuvor gegebenen Definition bereits den Tatbestand des Genozids erfüllte. Erstens blieben im Dritten Reich bis zum Kriegsausbruch – zwar weniger im Bereich der Institutionen als der rechtlichen Praxis – die Reste dessen erhalten, was Ernst Fraenkel den »Normenstaat« genannt hat,²⁰ im Gegensatz zum »Maßnahmenstaat« oder besser zum »Staat des Ausnahmezustands«, wie ich statt dessen formuliert habe.²¹ Zweitens ergibt es sich aus der Besonderheit des in die Wirklichkeit umgesetzten Völkermords, daß es keineswegs schwierig ist, Menschen hilflos zu machen, Widerstand zu brechen und ein Gefühl der hoffnungslosen Schicksalsergebenheit hervorzurufen, zumal wenn die Verfolger über unbegrenzte Macht verfügen und die Grenze des menschlich Erträglichen mit Hilfe von scheinlegalen, in Gesetzesform gekleideten Regierungsakten immer weiter verschoben wird.²² Eine Behördenvorschrift kann zwar neue Restriktionen bringen, bleibt aber gleichwohl immer noch eine Vorschrift. Für Menschen, die in einer Atmosphäre von Recht und Ordnung aufgewachsen waren, konnte eine solche Anweisung zwar die Grundlagen ihrer Existenz unterhöhlen, doch schien sie ihnen, auch wenn sie zunehmend unter Druck gerieten und ihr Leben immer erbärmlicher wurde, noch immer eine gewisse Sicherheitsgarantie zu bieten.

Damit kommen wir zum letzten Punkt, der mit der »Endlösung« zusammenhängt. Der Umstand, daß die Entscheidung für den Massenmord an den Juden fast zeitgenau mit der für den Krieg gegen die Sowjetunion zusammenfiel, ist bis jetzt nicht hinreichend gewürdigt worden. Von nun an wurden die gesetzlichen Schutzvorschriften für Kriegsgefangene und Zivilisten (die zwar schon früher offenkundig verletzt worden waren, aber prinzipiell noch Geltung hatten) endgültig außer Kraft gesetzt, und, was noch wichtiger ist, es wurde sogar ein Befehl erlassen, summarisch alle gefangengenommenen »politischen Kommissare« als »Urheber barbarisch asiatischer Kampfmethoden« sofort zu erschießen.²³ Gleichzeitig wurden an den vier Frontabschnitten dem Oberbefehl Himmlers unterstehende »Einsatzgruppen« des SD gebildet, und der »Reichsführer« übernahm die Oberaufsicht über die »Endlösung«, ehe sie auf der berüchtigten Wannseekonferenz am 20. Januar 1942 mit allen in Frage kommenden Reichs- und Parteiinstanzen koordiniert, d. h. die Beteiligung aller wichtigen Verwaltungszweige an der Durchführung sichergestellt wurde. Das sind wohlbekannte Tatsachen, an die ich nicht weiter zu erinnern brauche. Ich erwähne sie nur, um jene nicht aus den Augen zu verlieren, die sich zur Mitwirkung beim Massenmord an den Juden bereitfanden. Trotzdem waren sie nicht unbedingt Antisemiten.

Ich meine, hier waren mehr Faktoren am Werk als nur die Perversion der

Moral,²⁴ die sich aus dem Verständnis des Krieges als »Kampf um Leben und Tod« ergab. In ihm sollten die Juden als erste sterben. »Dieser Kampf wird deshalb auch nicht, wie man beabsichtigt, mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung der Juden in Europa sein Ende finden«, erklärte Hitler zum wiederholten Mal am 24. Februar 1943, als nach der Niederlage bei Stalingrad der totale Krieg erklärt wurde.

In Wahrheit hatte der totale Krieg, wenn man darunter den Fortfall aller Kriegsrechte und -konventionen versteht, spätestens am 22. Juni 1941 begonnen. Zur Zeit des Falls von Stalingrad herrschte bereits das Prinzip der »verbrannten Erde«. Es galt für die deutsche Wehrmacht wie für das deutsche Volk, denn sich zurückzuziehen oder zu kapitulieren bedeutete nichts anderes, als sich selbst zum Tode zu verurteilen. Um diese Zeit erreichte das Zerstörungswerk seinen Höhepunkt. Etwa ein Jahr nach Beginn der »technisch-fabrikmäßigen Tötung« des jüdischen Volkes, wie Martin Broszat in der Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«²⁵ so zutreffend schrieb, wurde das Warschauer Ghetto endgültig aufgelöst.

Das Abschlachten von Millionen läßt sich nicht mit Gefühlen, Ansichten und Haltungen erklären, auch nicht mit denen des extremsten Antisemitismus. Die Organisation wurde zum Grundproblem, mit dem Tausende zu tun hatten: Transportspezialisten, Logistikexperten, Techniker, Industriefachleute und tüchtige Buchhalter. Ohne den Eifer von Einzeltätern, den entarteten Sadismus der SS-Schergen oder die Verworfenheit derjenigen verkleinern zu wollen, die wußten, was geschah, aber die Augen davor verschlossen und sich hinter Befehlen versteckten, haben wir es doch mit der besonderen Qualität der entpersönlichten Verbrechensmaschinerie zu tun. Sie läßt sich weder durch Bezug auf den gewöhnlichen, altmodischen Antisemitismus noch unter Hinweis auf den modernen Rassismus erklären. Offensichtlich überraschte es viele, daß der verantwortliche Leiter dieser Organisation (im verwaltungstechnischen Sinn) der niedrige Funktionär Adolf Eichmann war, der es bis zum Ende seiner teuflischen Karriere nicht einmal bis zu einem Rang brachte, der im Heer dem eines Oberstleutnants entsprochen hätte.

Aber war es wirklich so erstaunlich, und kann man deshalb von der »Banalität des Bösen« sprechen, wie Hannah Arendt meinte, als sie den kleinen grauen Funktionär vor dem Gericht in Jerusalem beobachtete? Wenn sich diese Tragödie überhaupt mit den komplexen Methoden der sozialhistorischen und sozialpsychologischen Forschung erklären läßt, dann führt der Weg zum Verständnis der Vorgänge nach meiner Meinung in eine andere Richtung. Ich möchte hier wieder Martin Broszat zitieren, der meines Wissens als erster den selten benutzten Ausdruck »jüdische Menschen« gebrauchte. Ich meine, genau auf diesem Wort »Menschen« sollte der Haupt-

akzent liegen. Menschen wurden umgebracht, weil sie Juden waren. Aber sie waren Menschen wie wir anderen auch, und der Tod eines jeden von ihnen berührt uns alle. Es bedarf nicht der fanatischen Verfechter einer Idee oder vom bösen Geist Besessener, um andere Menschen hinzuschlachten. Ein unbedeutender Funktionär genügt, falls er mit dieser Aufgabe betraut und ihm genau gesagt wird, wer die Opfer sein sollen.

Der Antisemitismus selbst, der sich leider nicht aus unserer gemeinsamen europäischen Kulturgeschichte herauslösen läßt, hat keinen einzigen Menschen getötet. Alles in allem hat eine Idee, so fanatisch sie auch sein mochte, noch nie getötet. Dennoch können die Verbreiter des Antisemitismus, ob sie ihr Werk in der Vergangenheit vollbrachten oder in der Gegenwart agitieren, kein reines Gewissen haben. Der Antisemitismus ließ die Definitionen entstehen, seine Verfechter beschrieben eine besondere Art von Menschen – und zwar unweigerlich mit negativen Charakterzügen. Zu einer Bedrohung wurden diese Klischees erst, als sie in der nationalsozialistischen Ideologie bestialische Dimensionen erhielten. Ich benutze bewußt das Wort »bestialisch«, denn es bedeutet dasselbe wie Entmenschlichung und Herabstufung von Menschen auf die Ebene von Tieren, von »Ungeziefer«. Man tötete sie mit Chemikalien; denn allein ihre Existenz beeinträchtigte andere Menschen, und sei es nur, weil diese sie als abstoßend empfanden. Wenn man eine Menschengruppe erst einmal mit negativen Eigenschaften ausgestattet, sie als Tiere beschrieben hat, kann es geschehen, daß man das moralische Recht verliert, unmenschliche Handlungen gegen diese Gruppe zu verurteilen.

Ideen und Haltungen allein reichen zweifellos nicht zur Erklärung des Völkermords. Dennoch sollte die Vorgeschichte des Holocaust nicht nur für den Wissenschaftler Anlaß für kritische Untersuchungen sein, sondern jedem das Gewissen schlagen lassen, der Menschen in Feindkategorien einordnet, nur weil sie einer anderen ethnischen Gruppe angehören.

Hier könnte ich den Text abschließen. Doch ehe ich endgültig den Schlußpunkt setze, fühle ich mich aufgerufen, noch ein paar Worte hinzuzufügen. Die Tragödie der Juden vollzog sich zuerst und vor allem in dem Land, das seit mehr als tausend Jahren vom polnischen und – auf Gedeih und Verderb mit diesem verbunden – seit mindestens sechshundert Jahren (wenn auch in wechselnder und ungleichmäßiger Dichte) vom jüdischen Volk bewohnt wurde. Es ist kein Geheimnis, daß in der Literatur über den Holocaust die Polen offen oder implizit beschuldigt werden, an dem Verbrechen beteiligt gewesen oder zumindest nicht entschieden genug dagegen aufgetreten zu sein, solange sie es angeblich noch konnten. Ein unheimlicher Syllogismus wird konstruiert: Die Polen waren Antisemiten. Die Deutschen haben die Juden mitten unter den Polen umgebracht. Folglich

müssen die Polen den Deutschen geholfen haben. Niemand leugnet, daß es im Vorkriegspolen einen ziemlich weit verbreiteten Antisemitismus von unterschiedlicher Intensität und Ausprägung gab – von lautstarken, wenn auch nicht sehr zahlreichen profaschistischen Gruppen bis zu klerikalen Kreisen, die einen beträchtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübten. Dieses Thema würde eine gesonderte Abhandlung erfordern, hier jedoch nicht weiterführen, da es keinen Kausalzusammenhang zwischen dem polnischen Antisemitismus und der »Endlösung« gibt.

Im Vorkriegspolen waren etwa zehn Prozent der Bevölkerung Juden; diese wiederum stellten rund zwanzig Prozent der Juden auf der ganzen Welt dar und etwa vierzig Prozent aller östlich des Rheins lebenden Juden.²⁶ In einem von Wirtschaftskrisen geschüttelten Land mit chronischer Arbeitslosigkeit und großen Schwierigkeiten beim Wiederaufbau eines eigenen Staates nach mehr als einem Jahrhundert der Unfreiheit waren nationale Konflikte unvermeidlich, zumal die Bevölkerung Polens zu einem Drittel aus nationalen Minderheiten bestand. Unter solchen Bedingungen stellte der Antisemitismus einen bequemen Nährboden für die Ideen der politischen Rechten dar. Freilich sollte man hinzufügen, daß die Rechtsparteien und besonders die extreme Rechte traditionell antideutsch eingestellt waren und Hitler nicht die geringste Sympathie entgegenbrachten. Ihre Führer wurden genauso verfolgt wie andere Repräsentanten der polnischen Intelligenz. Gerade aus Kreisen der nationalistischen wie der katholischen Rechten kamen viele Menschen, die Juden persönlich halfen oder sich an organisierten Untergrundaktionen beteiligten, z. B. denen der unter ihrem Tarnnamen »Zegota« bekannt gewordenen Organisation. Ist dies als Sühnetat anzusehen? Diese Frage vermag ich nicht zu beantworten; sie muß nach meiner Überzeugung von Fall zu Fall individuell beurteilt werden. Die Menschen im Untergrund waren sich des Schicksals bewußt, das ihnen drohte, und sahen daher, daß auch die Polen an die Reihe kommen würden. Wahrscheinlich würde es eine längere Zeitspanne dauern, aber doch Völkermord im oben behandelten Sinne sein.

Hätten die Polen den Juden anders als auf individueller Basis helfen können, ohne daß das Risiko und das moralische Engagement mit Massenvergeltungen beantwortet worden wären? Die Polen konnten sich selbst ja auch nicht helfen, obwohl sie alles in allem in einer unvergleichlich viel besseren Lage waren als die Juden. Bei aller Anerkennung der moralischen und auch politischen Erfolge der Widerstandsbewegung muß man doch sagen, daß sie nicht viel zählten in diesem Krieg der gigantischen Heere und gewaltigen Materialreserven. Das letzte Aufbäumen im Warschauer Aufstand im August 1944 endete in einer tragischen Niederlage. Tausende von Menschen wurden ermordet, die gesamte Stadt wurde dem Erdboden

gleichgemacht. Sie sah nun aus wie das Warschauer Ghetto, in Schutt und Asche gelegt, aus der gleichen Wut und mit Hilfe der gleichen Technik.

Damit soll in keiner Weise die Schlußfolgerung nahegelegt werden, daß wir im Geist das Schicksal der Polen mit dem der Juden vergleichen können oder daß Hilfe für diese während der Besatzungszeit den Antisemitismus vergessen machen darf. Derlei Gleichungen wären sinnlos und unvernünftig – nicht zuletzt aus moralischen Gründen. Außerdem löschte die Tragödie der Juden nicht die Vorstellungen aus, von denen der Antisemitismus seinen Ausgang nahm, nämlich das Gefühl der Distanz. Dies mag wie eine sentimentale Platitüde erscheinen, aber – und deshalb betone ich den Gedanken immer wieder – solche Vorstellungen können erst verschwinden, wenn wir anfangen, in Menschen anderer Nationalität oder Kultur zuerst und vor allem Geschöpfe wie uns selbst zu sehen und nicht Vertreter einer anderen Art.

Anmerkungen

- ¹ Rafał Lemkin, *Axis Rule in Occupied Europe. Laws of Occupation – Analysis of Government – Proposals of Redress*. Washington 1944, S. 79 ff.; ders., *Le crime de genocide*, in: *Revue de Droit International et des Sciences Diplomatiques et Politiques*, Bd. 4 (1946), S. 213–233.
- ² Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*. Stuttgart 1964, S. 669 ff.
- ³ Kenneth E. Boulding, *Conflict and Defense. A General Theory*. New York 1962, S. 153.
- ⁴ Dieses Problem ist in der Literatur wiederholt behandelt worden. Über die Lage im besetzten Polen und die Kontroversen, ob die Juden als Arbeitskräfte ausgebeutet oder sofort umgebracht werden sollten, siehe Czesław Madajczyk, *Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce* [Die Politik des Dritten Reichs im besetzten Polen]. Bd. 2. Warschau 1970, S. 306 ff.
- ⁵ H. Arendt, *Elemente* (wie Anm. 2), S. 3 ff.
- ⁶ Ich sehe darin eines der wichtigsten Elemente der Ideologie und Praxis im NS-Staat; vgl. meinen Aufsatz: *Krótką historia hitleryzmu czyli glosa do Stanisława Lema* [Eine kurze Geschichte des Nationalsozialismus oder eine Glosse über Stanisław Lem], in: *Odra*, 1980, Nr. 11, S. 24.
- ⁷ Nach dem Tod Hannah Arendts erschienen in vielen Ländern, darunter auch in Polen, zahlreiche Würdigungen ihrer Persönlichkeit und ihres Werks. Der Sinn ihrer politischen Philosophie scheint mir am besten zum Ausdruck zu kommen in George McKennas Studie: *On Hannah Arendt. Politics: As It Is, Was, Might Be*, in: *The Legacy of the German Refugee Intellectuals*. Sonderheft Nr. 10/11 der Zeitschrift *Salmagundi*, 1969/1970, S. 104–122.
- ⁸ Es ist unmöglich, den Anfangstermin eindeutig festzulegen. Sagen wir, daß die Frage im frühen Mittelalter aufkam und sich zugleich mit der Ausbreitung jüdischer Gemeinden in ganz Europa entwickelte. Die Pogrome anlässlich der Kreuzzüge könnten als eine Art Signal gelten.
- ⁹ Thomas Nipperdey und Reinhard Rürup, *Antisemitismus – Entstehung, Funktion und Geschichte eines Begriffs*, in: Th. Nipperdey, *Gesellschaft, Kultur, Theorie*. Göttingen 1976, S. 119 ff. Vgl. auch den Beitrag von Moshe Zimmermann in diesem Band.
- ¹⁰ George L. Mosse, *Towards the Final Solution. A History of European Racism*. New York 1978. Dt.: *Rassismus. Ein Krankheitssymptom in der europäischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*. Königstein 1978.
- ¹¹ Ich möchte hier an die frühesten Untersuchungen über dieses Thema erinnern, angefangen mit dem Werk von Emery S. Bogardus, *Immigration and Race Attitudes*. Boston 1928, durch das die »Bogardus Social Distance Scale« in die Forschung eingeführt wurde.
- ¹² In Musserts holländischer Partei (Nationaal Socialistische Beweging) waren offenbar sogar Leute, die als Juden galten, wenn auch nur 150 von insgesamt 54000 Mitgliedern (August 1935). Musserts Stellvertreter, van Geelerke, mußte sich bei seinen Freunden von der NSDAP damit entschuldigen, daß die Kolonialexpansion die Holländer gehindert habe, eine »reine Rasse« zu bleiben. Vgl. H. Otto, *Die flämischen und holländischen Nationalbewegungen. Ihre staatspolitischen Ziele nach dem Weltkrieg*. Borna 1936, S. 79 ff.
- ¹³ Interview mit »Le Monde«, Paris, zitiert von »Polityka«, 2. 11. 1982.

- ¹⁴ H. Arendt, *Elemente* (wie Anm. 2), S. 52 ff. Unter der reichhaltigen Literatur über dieses Thema scheint ein Buch erwähnenswert, das von einer Frau außerhalb der akademischen Geschichtswissenschaft stammt: Barbara Tuchman, *The Proud Tower. A Portrait of the World before the War: 1890–1914*. New York 1965 (dt.: *Der stolze Turm*. München, Zürich 1969), Kap. 4. Die Autorin zeichnet sehr treffend die kompensatorische Natur des Konflikts nach und weist folgerichtig auf den engen Bezug zwischen Antisemitismus und politischem Konservatismus hin. Ich möchte besonders auf die Darstellung der Berufungsverhandlung im Dreyfus-Prozess aufmerksam machen. Selbst zu diesem Zeitpunkt war die französische Öffentlichkeit noch tief gespalten, und als Dreyfus im Gerichtssaal in Rennes erschien, bekundeten einige Beobachter Verwunderung, als wollten sie fragen: »Woher kam dieser Mann und was hat er hier zu suchen?«
- ¹⁵ Liebmann Hersch, *Le Juif delinquant. Étude comparative sur la criminalité de la population juive et non-juive de la République Polonaise*. Paris 1938, passim.
- ¹⁶ Vgl. A. Sandauer, *O sytuacji pisarza polskiego pochodzenia żydowskiego* [Über die Situation des polnischen Schriftstellers jüdischer Abstammung]. Warschau 1983; J. Błoński, *Autoportret żydowski* [Ein jüdisches Selbstporträt], in: *Tygodnik Powszechny*, 1982, Nr. 51, 19. Dezember.
- ¹⁷ Vortrag aus Anlaß des 30. Jahrestags des Aufstands im Warschauer Ghetto: *Zagłada warszawskiego getta a doktryna i program ludobójstwa* [Die Vernichtung des Warschauer Ghettos und die Doktrin und das Programm des Völkermords]. Warschau 1973, S. 13.
- ¹⁸ Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf gegen Antisemitismus und Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik*. 2. Aufl. Hamburg 1969, S. 66.
- ¹⁹ In gewisser Weise stoßen wir darauf in Hannah Arendts Buch, *Eichmann in Jerusalem*. München 1964. Selbstverständlich erhebe ich nicht den Vorwurf, die Autorin habe zur Verbreitung eines solchen Klischees beigetragen, denn das wäre absurd. Dennoch kann man sich bei der Lektüre des Eindrucks nicht erwehren, als zaudere sie, die mangelnde Gegenwehr der todgeweihten Juden zu erklären.
- ²⁰ Ernst Fraenkel, *The Dual State. A Contribution to the Theory of Dictatorship*. New York, London, Toronto 1941 (dt.: *Der Doppelstaat*. Frankfurt/M., Köln 1974). Obwohl ich mich über mehr als einen Punkt mit Fraenkel streite, wurde mein eigenes Buch (vgl. Anm. 21) sehr von seinem immer noch unterschätzten Werk angeregt.
- ²¹ Franciszek Ryszka, *Państwo stanu wyjątkowego. Rzecz o systemie państwa Trzeciej Rzeszy* [Der Staat des Ausnahmezustands. Über das System von Staat und Gesetz im Dritten Reich]. 3. Aufl. Wrocław 1985.
- ²² Bruno Blau, *Das Ausnahmerecht für die Juden in Deutschland, 1933–1945*. Düsseldorf 1954; Joseph Walk, *Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat. Eine Sammlung der gesetzlichen Maßnahmen und Richtlinien – Inhalt und Bedeutung*. Heidelberg, Karlsruhe 1981. Was die praktische Handhabung betrifft, siehe Franciszek Polomski, *Ustawodawstwo rassistowskie III Rzeszy i jego stosowanie na Górnym Śląsku* [Die Rassengesetzgebung des Dritten Reichs und ihre Anwendung in Oberschlesien]. Kattowice 1971.
- ²³ Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet »Barbarossa«, 14. 5. 1941, und Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare, 6. 6. 1941, abgedr. bei: Martin Broszat, Hans Adolf Jacobsen, Helmut Krausnick, *Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung (= Anatomie des SS-Staates, Bd. 2)*. Olten, Freiburg 1965, S. 225–227.

- ²⁴ Vgl. Alexander und Margarete Mitscherlich, Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München 1967.
- ²⁵ Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«, B 19/76, 8. 5. 1976.
- ²⁶ Nach dem »American Jewish Yearbook« von 1937 gab es auf der ganzen Welt 15,525 Millionen Juden. Fast die Hälfte von ihnen – 7,62 Millionen – lebte in Mittel- und Osteuropa, nur zehn Prozent entfielen auf die übrigen Länder Europas. Polen wies die größte Konzentration auf. Nach der Volkszählung von 1931 lebten in Polen 3,114 Millionen Juden (nach der Religionszugehörigkeit), das waren etwa zehn Prozent der Bevölkerung. Schätzungen zufolge bezeichneten etwa 750 000 Glaubensjuden ihre Nationalität als »polnisch«. Zum Vergleich: In Deutschland machten Glaubensjuden in der Weimarer Republik weniger als ein Prozent der Bevölkerung aus.

Der militärische Zusammenbruch des Kaiserreichs Zur Realität der »Dolchstoßlegende«

von Wilhelm Deist

In den vergangenen zwei Jahrzehnten ist die Forschung zur Geschichte des Ersten Weltkrieges vornehmlich geprägt worden durch eine große Zahl gewichtiger Untersuchungen zur Phase des Kriegsbeginns und seiner unmittelbaren Vorgeschichte einerseits sowie zum Kriegsende mitsamt den revolutionären Konsequenzen der Oktoberereignisse 1918 andererseits. Die politische, insbesondere die parteipolitische Entwicklung sowie die Untersuchung der wirtschaftlichen Probleme während und unter dem Primat des Krieges sind zwar nicht vernachlässigt worden, standen und stehen aber nicht im Mittelpunkt des Interesses. Noch viel weniger ist dies der Fall in bezug auf den militärischen Verlauf des Krieges.¹

Die politische Komponente des Handelns der führenden Militärs – Moltke, Falkenhayn, Hindenburg, Ludendorff und Groener – ist zwar in den entsprechenden Darstellungen jeweils einer kritischen Betrachtung unterzogen worden, jedoch trat dabei die Analyse der militärischen Situation und die Interpretation der militärischen Entscheidungen auffallend in den Hintergrund. Das gilt auch für die Darstellung und Interpretation der Kriegführung im Jahre 1918. Die politischen Implikationen des Ludendorffschen Entschlusses zur offensiven Kriegführung im Frühjahr und Sommer 1918 werden hervorgehoben, es wird auch konstatiert, daß die allgemeine Überspannung der Kräfte zum »schwarzen Tag« der deutschen Armee, dem 8. August 1918, geführt und den Ersten Generalquartiermeister nach

einer viel diskutierten Phase der Unschlüssigkeit schließlich Ende September mit der Waffenstillstandsforderung zum Eingeständnis der Niederlage gezwungen habe.² Diese auf die Darstellung der Führungsentschlüsse abhebenden Interpretationen berücksichtigen allerdings das Instrument der militärischen Führung, die Armee, kaum in einem zureichenden Maße. Zudem besteht kein Konsens darüber, in welchem Umfang sich die allgemeine Überspannung der Kräfte bei den Truppenverbänden der Westfront geäußert hat. Während Gerhard Ritter feststellt,³ daß ab Mai 1918 »Meuterei« bei Transporten, »Desertion« und »widerstandslose Ergebung« eine »große Rolle« spielten, ist Karl Dietrich Erdmann⁴ nach wie vor der Meinung, daß – abgesehen von einem allgemeinen Nachlassen der Kampfkraft nach dem 8. August 1918 – das »deutsche Heer insgesamt« bis »zu seiner Demobilisierung festgefügt« geblieben sei, das heißt doch wohl, daß möglichen Auflösungserscheinungen keine generelle, ins Gewicht fallende Bedeutung zugemessen wird. Es steht jedoch außer Zweifel, daß neben den weithin erforschten Ursachen des politischen Zusammenbruchs und der Revolutionierung des alten Systems der Zustand des Millionenheeres der Westfront für den Verlauf der Entwicklung im Oktober und November 1918 eine erhebliche, wenn nicht ausschlaggebende Rolle spielte. Es geht dabei um die Klärung einer der wesentlichen Voraussetzungen der deutschen Revolution 1918–1920, die über der intensiven Erforschung des praktisch-politischen Handelns der Arbeiter- und Soldatenräte, der ausgedehnten Debatte zur »Rätebewegung« insgesamt etwas aus dem Blick geraten ist.

Eine Untersuchung der Frage, wie sich die Verhältnisse in der Armee während des Jahres 1918 entwickelt haben, begegnet der bekannten Schwierigkeit, daß die Akten der Verbände und der Kommandobehörden des Feldheeres durch den Brand des Heeresarchivs in Potsdam im Jahre 1945 vernichtet worden sind. Allerdings ist in den umfangreichen Veröffentlichungen des Untersuchungsausschusses des Reichstages über die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs wertvolles, bisher kaum wirklich ausgewertetes Material enthalten,⁵ das zusammen mit Zeugnissen aus der Memoirenliteratur und Nachlaßsplittern zumindest eine schärfere Konturierung und Ergänzung des bis heute vorherrschenden Bildes über die sich wandelnde innere Struktur der Armee vom Frühjahr bis Herbst 1918 zuläßt. Schließlich steht der gegen Ende des Zweiten Weltkrieges fertiggestellte, aber erst 1956 veröffentlichte abschließende Band des Reichsarchiv-Werkes⁶ zur Verfügung, der – aufgrund der Akten bearbeitet – in diesem Zusammenhang wichtige Details vermerkt.

Im übrigen ist dieser Band nur ein Beispiel mehr für die geradezu unerträgliche, gewollte Realitätsferne der älteren Kriegsgeschichtsschreibung.

Der Krieg reduziert sich in dieser Darstellung im wesentlichen auf die Registrierung von Führungsentscheidungen und ihrer Durchführung in den militärischen Stäben auf den verschiedenen Ebenen. Die auf weite Strecken kühle, distanzierte Sprache verstärkt die Illusion einer Rationalität des dargestellten Handelns. In der organisierbaren Atmosphäre freischwebender Rationalität scheint auch heute noch der Reiz für manche Verfechter jener Kriegsgeschichtsschreibung zu liegen, mit der Folge, daß historische Sachverhalte, Bedingungen und Konsequenzen historischer Entwicklungen eher verdeckt als ins Bewußtsein gerückt werden.⁷

Die militärische Niederlage des Kaiserreiches wurde offenbar mit der Waffenstillstandsforderung der Obersten Heeresleitung (OHL) Ende September 1918. Sie hatte jedoch ihre erste und wesentliche Ursache in dem Entschluß zur offensiven Kriegführung gegen die Alliierten im Westen. Diese Entscheidung war ebenfalls von der OHL herbeigeführt worden und stellt eine der wenigen, tatsächlich strategischen Weichenstellungen dar, zu denen sich die deutsche Führung im Verlauf des Weltkrieges durchgerungen hat. Der OHL, d. h. in erster Linie Ludendorff, war es gelungen, alle für die Kriegführung maßgebenden Kräfte – bis hin zum österreichisch-ungarischen Verbündeten – an diesen Entschluß und an ihre Führung zu binden. Die Entscheidung ist nur zu vergleichen mit dem Beschluß über die Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges im Januar 1917, ja mit ihr wurde die Konsequenz aus dem Scheitern der strategischen Zielsetzung des Jahres 1917 gezogen, denn nunmehr ging es darum, vor dem Aufmarsch der amerikanischen Armee in Westeuropa gegenüber den alliierten Armeen in Frankreich und Belgien den entscheidenden militärischen Sieg zu erringen.

In der Situation des Reiches und seiner Verbündeten an der Jahreswende 1917/18 war jede strategische Entscheidung mit hohen Risiken verbunden. Die Lage der Mittelmächte war gekennzeichnet durch die verheerenden wirtschaftlichen und sozialen Folgen der alliierten Blockade, durch die abzusehende Erschöpfung der personellen und materiellen Ressourcen, aber auch durch die zwar ungewissen und daher um so größeren Erwartungen, die sich auf den bevorstehenden Friedensschluß im Osten und die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Möglichkeiten richteten. Das Risiko bestand demnach vor allem darin, daß die OHL mit ihrer Entscheidung über nicht mehr regenerierbare Ressourcen disponierte.

Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich und charakteristisch zugleich, daß ein eigentlich zu erwartender, lang andauernder Entscheidungsprozeß auf der höchsten politischen und militärischen Führungsebene über die Grundfrage der Kriegführung 1918, ob nämlich das Potential strategisch offensiv oder aber strategisch defensiv eingesetzt werden sollte, überhaupt

nicht stattgefunden hat. Bereits im April 1917 tauchte der Gedanke einer entscheidungsuchenden Offensive im Westen bei Ludendorff auf, und der General hat in der seit Oktober durchaus kontrovers geführten Diskussion über das geeignete operative Verfahren unverrückt an dem offensiven Grundgedanken festgehalten.⁸

Die nach wie vor durchaus offene Frage,⁹ ob eine politische Offensive, deren Kern eine Erklärung über die Wiederherstellung Belgiens sein mußte, der militärischen Offensive vorausgehen sollte, ja eine solche Offensive als letztes, allerletztes Mittel überflüssig machen könnte, ist der OHL mehrfach vorgetragen worden. Die Antworten waren ausweichend, unbefriedigend; die Initiativen blieben ohne jeden Erfolg.¹⁰ Diese Umstände verweisen einmal mehr auf die – gegenüber 1917 – kaum mehr beschränkte Machtposition der 3. OHL im Herrschaftsgefüge des ausgehenden Kaiserreiches.

Doch damit ist die Frage noch nicht beantwortet, warum innerhalb der militärischen Führung selbst die Alternative zur offensiven Kriegführung nicht ernsthafter erörtert worden ist.¹¹ Daß Ludendorff die Vorteile der strategischen Defensive durchaus präsent waren und er sie auch mit Erfolg zu nutzen verstand, hatte er in der ersten Hälfte des Jahres 1917 unter Beweis gestellt – allerdings in der sicheren Erwartung der siegverbürgenden Wirkung des unbeschränkten U-Boot-Krieges. Und an der Überzeugung, daß der Krieg nur mit einem Sieg beendet werden durfte, hat Ludendorff bis in den August 1918 festgehalten. Die Vorstellungen der 3. OHL, insbesondere Hindenburgs und Ludendorffs, über die zu erreichenden Kriegsziele sind bekannt;¹² sie schlossen für beide Offiziere umfangreiche Annexionen in Ost und West ein. Noch vor der Eröffnung der Offensive im Westen konnte ein wesentlicher Schritt in diese Richtung mit dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk getan werden.¹³ Die breite und positive Resonanz, die dieser annektonistische Diktatfriede in der politischen Repräsentanz des Reiches bis in die Reihen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hinein – bei aller Kritik im einzelnen – fand, verdeutlicht die Stärke der sogenannten Kriegszielbewegung, deren kraftvoller Exponent die 3. OHL war. In diesen Zusammenhang gehört, daß die militärische Führung nichts unversucht gelassen hat, um ihre Zielvorstellungen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu propagieren. So ist es kein Zufall, daß als unmittelbare Reaktion auf die Resolution des Reichstages vom 19. Juli 1917, in der die Mehrheit für einen Verständigungsfrieden eintrat, der Aufbau der umfassenden Propagandaorganisation des »Vaterländischen Unterrichts« befohlen wurde.¹⁴ Mit Hilfe dieser Organisation und mit großem Aufwand sollten – trotz aller abschwächenden und dementierenden Erklärungen – die Überzeugungen in Armee, Marine und auch in der Zivilbevöl-

kerung im Sinne der innen- und außenpolitischen Zielsetzungen der Kriegszielbewegung beeinflusst und geformt werden. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß auch im Offizierkorps, insbesondere in den Führungsstäben, der Gedanke einer strategischen Defensive nicht ernsthaft erwogen wurde, daß vielmehr die 3. OHL mit ihrer Entscheidung für eine offensive Kriegführung sich auf die uneingeschränkte Zustimmung des Offizierkorps stützen konnte.¹⁵ So besteht kein Zweifel, daß die militärische Führung sich in der von ihr durchgesetzten Entscheidung von politischen Zielvorstellungen leiten ließ. »Das militärische Kalkül«, so urteilt ein kompetenter Kritiker, wurde »völlig überlagert von der rational nicht begründeten Vorstellung, daß eine siegreiche Entscheidung herbeigeführt werden konnte«.¹⁶

Die Risiken der Entscheidung für eine offensive Kriegführung wurden in den mit großem Nachdruck und umsichtig durchgeführten vorbereiteten militärischen Maßnahmen deutlich. Die Konzentration des militärischen Potentials an der Westfront war gleichbedeutend mit der Entblößung der Nebenfronten im Osten, Südosten und Süden. 33 Divisionen wurden allein von November 1917 bis März 1918 aus diesen Räumen abgezogen, weitere Verbände folgten.¹⁷ Die Schwächung dieser Fronten erlaubte es den Alliierten im Spätsommer auch hier die Initiative zu ergreifen, die im Prozeß der Niederlage der Mittelmächte zu ersten, endgültigen Ergebnissen führte.

Mit der Konzentration der Kräfte im Westen gelang es, in der numerischen Truppenstärke mit dem Gegner gleichzuziehen. Zu Beginn der Offensive im März 1918 standen sich jeweils ca. 5 Millionen Mann (einschließlich Arbeitstruppen) gegenüber.¹⁸ Bei dem Problem des einzukalkulierenden Personalersatzes allerdings zeigte sich die Beschränkung der deutschen Ressourcen. Ende des Jahres 1917 standen immerhin noch 612 000 Mann in der Heimat zur Verfügung. Doch darüber hinaus konnte im wesentlichen nur noch mit den ca. 400 000 Rekruten des Jahrgangs 1900, die erst im Herbst zur Verfügung stehen würden, gerechnet werden.¹⁹ Die materielle Unterlegenheit des deutschen Westheeres zeigte sich vor allem in der Ausstattung mit Geschützen aller Kaliber (14 000 gegen 18 500), Flugzeugen (3670 gegen 4500) und besonders bei den Kampfswagen (10 gegen 800).²⁰ Die OHL glaubte jedoch, diese generelle Unterlegenheit durch die Konzentration der Truppen und der Kampfmittel in den Angriffsschwerpunkten ausgleichen zu können. Es blieb allerdings das Problem, den Angriff über die feindlichen Stellungssysteme hinaus zu einem operativen Durchbruch zu führen. Hierzu entwickelte die OHL ein besonderes Angriffsverfahren, mit dem seit Beginn des Jahres insgesamt 70 sogenannte »Mob.Divisionen« vertraut gemacht wurden. Diese Divisionen wurden bevorzugt

mit Waffen und Gerät ausgestattet, in ihnen konzentrierte sich die Angriffskraft des Westheeres. Ihnen standen die in jeder Beziehung schlechter ausgestatteten, sogenannten »Stellungs-Divisionen« gegenüber.²¹ Die Bezeichnung der Divisionen deutet auf das größte Problem der deutschen Angriffsführung hin. Der Übergang vom Stellungs- zum Bewegungskrieg forderte als erstes die Beweglichkeit der Truppe, doch die Mittel hierzu waren außerordentlich begrenzt. So standen nur 23 000 vornehmlich eisenbereifte Lastkraftwagen zur Verfügung, während die Alliierten 100 000 gummiereifte Lastkraftwagen einsetzen konnten.²² Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, auch nur die »Mob.Divisionen« mit einer ausreichenden Anzahl von Pferden auszustatten, so daß z. B. nur ein Teil der schweren Maschinengewehre und der leichten Minenwerfer bespannt mitgeführt werden konnten.²³ Diese Faktoren lassen die Größe des militärischen Risikos erkennen, das die OHL mit der Offensive – um der Durchsetzung politischer Ziele willen – auf sich zu nehmen bereit war.

Einem weiteren wesentlichen Faktor der Kriegführung ist in der Darstellung des Reichsarchiv-Werkes relativ wenig Beachtung geschenkt worden: dem physischen und psychischen Zustand der Armee, obwohl bereits in den Gutachten des Untersuchungsausschusses des Reichstages wichtiges Material aus den Akten mitgeteilt worden war. Auch die 1958 bekannt gewordenen eindrucksvollen Beobachtungen des Obersten v. Thaer aus dem April und Mai 1918 sind bisher nicht zum Anlaß genommen worden, diese Frage in größerer Breite zu untersuchen.²⁴ Es blieb bei dem Bild einer in ihrer Kampfkraft zwar schwer geschwächten, durch die Auflösungserscheinungen in der Etappe aber im Kern nicht berührten Armee, die »festgefügt«²⁵ in die revolutionierte Heimat in dem Bewußtsein zurückkehrte, »im Felde unbesiegt« geblieben zu sein.²⁶

Eine Geschichte des sich wandelnden inneren Zustandes der Armee im Laufe der Kriegsjahre bleibt demnach ein Desiderat der Forschung. Die sich aufdrängenden Bilder sind voll scharfer Kontraste. Die zahllosen Fotografien aus dem August 1914 spiegeln einen Optimismus, eine Siegesicherheit und ein Selbstbewußtsein wider, die auch durch die ersten schweren Gefechte nicht erschüttert werden konnten. Doch nicht diese Bilder sind charakteristisch für den Ersten Weltkrieg, sondern diejenigen aus dem Stellungskrieg, aus den Materialschlachten um Verdun und an der Somme: der einzelne oder die kleine Gruppe in der Verlorenheit einer nahezu apokalyptischen Umwelt. Die literarischen Zeugnisse von Werner Beumelburg über Ernst Jünger bis Arnold Zweig signalisieren eine Umschichtung etablierter Werte und Verhaltensweisen, die dem hierarchischen System des militärischen Apparates widersprachen. Sie vermitteln vor allem eine Welt-sicht und ein Lebensgefühl, die mit den Auffassungen vor Ausbruch des

Kriege nur noch wenig gemein hatten.²⁷ Dieses Massenerlebnis konnte nicht ohne Auswirkungen auf die innere Struktur der Armee bleiben. Ein erster Reflex der sich langsam verändernden Verhältnisse sind die seit dem Frühjahr 1916 einsetzenden Bemühungen militärischer und ziviler Institutionen, die »Stimmung« in der Heimat und im Heer aufrecht zu erhalten. Für das Absinken der Stimmung wurden dabei nicht nur die zunehmenden Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung der Heimat verantwortlich gemacht, sondern auch Nachrichten und Erzählungen über »Mißstände« im Heer.²⁸

Über diese »Mißstände« sind im Untersuchungsausschuß des Reichstages die Ansichten der Gutachter hart aufeinander gestoßen.²⁹ Trotz aller Polemik zwischen den beiden Hauptgutachtern Martin Hohohm und Erich-Otto Volkmann läßt sich jedoch ein gemeinsamer Nenner feststellen. Beide stimmen darin überein, daß die »Mißstände« in einem gestörten Verhältnis zwischen Offizier und Mann zum Ausdruck kamen. Über die Ursachen, den Umfang und die Bewertung des Befundes gingen die Ansichten der Gutachter allerdings weit auseinander. Auch im Rückblick dürfte es kaum möglich sein, aus den unzähligen, sich nur zu häufig widersprechenden überlieferten Beispielen ein zutreffendes Bild des unbezweifelbar gestörten Verhältnisses zu zeichnen. Eine Charakterisierung wird eher gelingen, wenn den Ursachen der Erscheinung nachgegangen wird.

Da ist zunächst die fundamentale Bedeutung der besonderen, seit Ende 1914 an der Westfront bestimmenden Form der Kriegführung hervorzuheben. Der Stellungskrieg und die Materialschlachten ebneten die gegebenen sozialen Unterschiede ein, die Gemeinschaft der Frontsoldaten machte vor Klassenschranken nicht halt, die kaiserliche Armee nahm Milizcharakter an.³⁰ Die Form der Kriegführung betonte die Kluft zwischen Front und Etappe, wobei die Grenzlinie nicht organisatorisch, sondern praktisch, d. h. jenseits des Wirkungsbereiches der feindlichen Artillerie, zu ziehen ist. In dem so gekennzeichneten Frontbereich entwickelte sich stets neu die später propagandistisch so überhöhte Frontsoldatengemeinschaft, in der die Rolle des Offiziers, insbesondere als Kompaniechef, unumstritten war, wenn er sich verantwortungsbewußt als Teil dieser Gemeinschaft verstand.³¹ Hinter der Front jedoch und in verletzendem Kontrast zu den dort herrschenden Verhältnissen bestand die Kluft zwischen Offizier und Mann im Sinne der militärischen Hierarchie weiter fort, ja sie verschärfte sich zunehmend.

Ein kompetenter Beobachter hat die Schärfe und die Tiefe des Bruches mit dem Blick auf die drei entscheidenden Lebensbedingungen des Soldaten – »Lebenssicherung, Behausung, Verpflegung« – beschrieben.³² Der Militärarzt, ein Oberarzt der Reserve, führte den überzeugenden Nach-

weis, daß die vielfach belegten krassen Unterschiede zwischen der Situation der Offiziere in den Stäben und Verwaltungen einerseits und den Mannschaften andererseits grundsätzlich systembedingt waren. Durch die in einer Riesenorganisation wie dem Kriegsheer ganz unausbleiblichen Auswüchse und den Mißbrauch der hierarchisch geordneten Rechte wurden sie noch wesentlich zu Ungunsten der Mannschaften verschärft. Der heimatliche Schwarze Markt existierte in abgewandelter Form auch im Bereich des Feldheeres.³³ Und obwohl die Nutznießer dieses Systems keineswegs nur die Offiziere waren, wurden diese zu Recht für die »Mißstände« verantwortlich gemacht, denn in ihren Händen lag die Befehlsgewalt. Hinzu kam das Gefühl der Rechtlosigkeit aufgrund einer unzulänglichen Beschwerdeordnung.³⁴ Wenn dann noch erschöpfte Verbände und Einheiten in ihren Ruhequartieren mit militärischem »Drill«³⁵ beschäftigt wurden, konnte sich die Verbitterung zum »Offiziershaß« steigern.³⁶ Die militärische Führung versuchte vergeblich, der »Mißstände« außerhalb des Frontbereichs mit Anordnungen und Befehlen Herr zu werden,³⁷ aber auch sie scheute notwendigerweise vor systemverändernden Maßnahmen zurück.

Die Folge der fortdauernden »Mißstände« war die zunehmende Unfähigkeit der höheren militärischen Führung, die innere Verfassung der kämpfenden Truppe zu erkennen und zu berücksichtigen. Es ist hierfür bezeichnend, daß die einzige Maßnahme der OHL zur Festigung der Moral, der »Stimmung« der Truppe, die über den Rahmen der bestehenden Vorschriften hinausging, in der Einrichtung des »Vaterländischen Unterrichts« bestand. Entsprach dieser »Unterricht« – gemäß der Intention und strategischen Entscheidung der OHL – dem innen- und außenpolitischen Programm der Kriegszielbewegung, so konnte er bei der Truppe in Anbetracht der geschilderten Verhältnisse nur das Gegenteil der beabsichtigten Wirkung hervorrufen.³⁸

Die OHL erkannte mit der Einrichtung des »Vaterländischen Unterrichts« zwar indirekt an, daß für die militärisch unabdingbare Mobilisierung der moralischen und personellen Ressourcen politische Argumente und Zielvorstellungen notwendig waren. Da ihre politische Botschaft aber mehr oder weniger deckungsgleich mit den innen- und außenpolitischen Vorstellungen der Kriegszielbewegung unter scharfer Betonung des Antiparlamentarismus war, geriet sie in Konflikt mit den veränderten Voraussetzungen der Kriegführung, wie sie der industrialisierte Krieg diktierte. Daß innerhalb der OHL auch in anderen politischen Kategorien gedacht wurde, macht eine Äußerung des bayerischen Obersten Mertz v. Quirnheim von Anfang Juli 1917 deutlich:³⁹ »Was würde es für einen geradezu gewaltigen Eindruck machen, wenn General Ludendorff (durch die Stimme Hindenburg) erklären ließe: ›Ja, auch die OHL ist für das allge-

meine preußische Wahlrecht, weil es unseren preußischen Soldaten das gibt, was sie sich wohl verdient haben.« Ich glaube, Ludendorff würde auf den Händen getragen werden, alle Streikgefahr etc. wäre beseitigt, der Eindruck auf das Ausland ungeheuer. Wie herrlich könnte man eine solche Kundgebung frisieren!! Aber zu einer solchen Auswertung politischer Ideen in Richtung des Krieges fehlt General Ludendorff jedes Verständnis. Er meint, mit kräftigen Phrasen könne das Volk auf die Dauer hochgehalten werden.« Ein derartiger Schritt unterblieb nicht aus Unfähigkeit oder Mangel an Phantasie, sondern weil er für Hindenburg und Ludendorff wie für die militärische Führung insgesamt die politische Position der Armee im Herrschaftsgefüge des Kaiserreiches revolutioniert hätte.⁴⁰

Stellt man die Gesamtheit dieser für die innere Verfassung, für die Motivation der Truppe wichtigen Elemente in Rechnung, so werden der Umfang und die tiefgreifende Wirkung des Transformationsprozesses deutlich, durch den die Armee seit den Augusttagen des Jahres 1914 gegangen war. Die allgemeine physische und psychische Erschöpfung nach nahezu vier Jahren Krieg war alles andere als verwunderlich. Der jahrelange »stumpfsinnige, gegenseitige Massenmord«⁴¹ forderte seinen Tribut. Und die Kohäsionskraft der Armee hatte unübersehbar starke Einbußen erlitten. Die große Gruppe der Nutznießer der systemimmanenten Privilegien hob sich ab von der grauen Masse der Truppe. In dieser Masse saß die Erbitterung über die Verhältnisse sehr tief, und das Verlangen nach Frieden, nach einem Ende des Krieges war allgemein und stark, zweifellos auch unter dem Eindruck der politischen Auseinandersetzungen in der Heimat um die Friedensfrage und die Reform des preußischen Wahlrechts.⁴²

Schon im Herbst 1917 war es zu Ausschreitungen bei Ersatztransporten gekommen, und die Verlegung von Verbänden und Einheiten aus dem Osten in den Westen bereitete Schwierigkeiten. Bereits im November 1917 benutzten bis zu 10% der Mannschaften die Transporte zur Desertion. Die militärische Führung wurde dieses Problems nicht Herr, die Zahl der Fahnenflüchtigen schwoll an.⁴³ Trotzdem deuten alle verfügbaren Nachrichten darauf hin, daß die »Stimmung« in der Vorbereitungsphase und während der ersten Tage der Märzoffensive im Westen von diesen Erscheinungen kaum berührt worden ist, daß sie im Gegenteil und in Anbetracht der widrigen Verhältnisse als außerordentlich gut zu bezeichnen war.⁴⁴ Die Vorstellung, durch eine letzte große Anstrengung dem Krieg, der Ursache aller Unerträglichkeiten, ein Ende bereiten zu können, hatte offenbar im Feldheer und in der Heimat⁴⁵ die bisher vorherrschende Resignation momentan überwunden. Ein Zeugnis für diese Stimmungslage ist der Brief eines betont nationalgesinnten schlesischen Gutsinspektors, der als Gefreiter an der Westfront seinen Dienst tat.⁴⁶ »Hoffentlich geht der Rummel je eher, je

lieber los, damit diese himmelschreienden Ungerechtigkeiten mal ein Ende nehmen, dann ißt wieder alles mehr aus einem Topf, und es gibt keine Herren und Sklaven mehr.«

Die »große Schlacht in Frankreich« begann am 21. März mit dem Angriff dreier Armeen gegen den von den Engländern gehaltenen Frontabschnitt zwischen Cambrai und St. Quentin, im Raum der Somme-Schlachten der Jahre 1916/17. Das Ziel war, den britischen Streitkräften eine entscheidende Niederlage beizubringen, und sie von den französischen Armeen zu trennen, weil man annahm, »daß England wohl eher dem Frieden geneigt« sein würde.⁴⁷

Dem Entschluß, in diesem Raum anzugreifen, war eine längere Debatte über die operative Durchführung der strategischen Entscheidung vorausgegangen. Es war vor allem die Frage zu beantworten, ob man den operativen Durchbruch in einer einzigen großen Anstrengung suchen sollte, mit dem Risiko, bei einem Scheitern dieser Operation wieder in die Defensive übergehen zu müssen. Ludendorff war schon im April 1917 der Ansicht, man werde »nacheinander verschiedene Stellen ausprobieren« müssen, um dann den Angriff an der schwächsten Stelle der feindlichen Front mit Nachdruck fortzuführen.⁴⁸ Er hielt an dieser grundsätzlichen Prämisse fest und wurde dabei nachdrücklich unterstützt durch den Generalstabschef der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, Generalleutnant v. Kuhl.⁴⁹ Allerdings war auch dieses Verfahren nicht ohne Risiko. Denn die Absicht, in mehreren aufeinander folgenden Angriffsoperationen den Feind »mürbe« zu machen, wie Ludendorff sich später ausdrückte,⁵⁰ mußte notwendigerweise zum Verschleiß der den »Mob.Divisionen« zugeordneten Transportmittel führen. Damit wiederum verringerten sich tendenziell die Erfolgchancen bei jeder weiteren Operation. Noch gravierender mußte aber ins Gewicht fallen, daß bei einer derartigen Operationsführung die Kampfkraft der Divisionen einer Dauerbelastung ausgesetzt wurde, die sich doch in allererster Linie aus der Hoffnung nährte, mit einer letzten großen Anstrengung dem Krieg ein Ende zu bereiten.

Die unter dem Decknamen »Michael« geplante Offensive brachte überraschende, in Anbetracht der jahrelangen, vergeblichen Versuche beider Seiten, sich aus dem Stellungskrieg zu lösen, geradezu überwältigende Erfolge. Die drei Armeen (17., 2. und 18.), in einer Stärke von nahezu 1,4 Millionen Mann,⁵¹ überwandern nicht nur die tiefgestaffelten Stellungssysteme des Gegners, sondern drangen weit – die 2. Armee ca. 45 km, die 18. Armee sogar ca. 60 km – in das gegnerische Hinterland vor.⁵² Der entscheidende operative Durchbruch war jedoch nicht gelungen. Am 5. April mußte der Angriff eingestellt werden, die Kampfkraft der Armeen war erschöpft. Die Versorgung der Truppen während der Offensive und in der

nummehr geschaffenen, ausgebuchteten Front – die Frontlinie wuchs von 90 auf 150 km – konnte nicht zufriedenstellend gewährleistet werden.⁵³

Die vom 9. bis 29. April währende Offensive der 4. und 6. Armee in Flandern und gegen den beherrschenden Höhenzug des Kemmel lag in der Konsequenz der Planung der OHL. Wiederum waren überraschende Erfolge zu verzeichnen, und erneut zeigten sich logistische Probleme, die nicht überwunden werden konnten.⁵⁴ Auch diese Offensive brachte die OHL ihrem Ziel, einen politisch wirksamen Erfolg gegen die britische Armee zu erzielen, nicht näher.

Wie sich das Scheitern der »Michael«-Offensive auf die Truppe auswirkte, hat ein Generalstabsoffizier, Oberst v. Thaer, noch während der Flandern-Schlacht im April aus der Situation heraus sehr präzise geschildert:⁵⁵ »Wir haben jetzt hier für diesen Angriff zwischen dem Kemmel und Bethune recht viele Divisionen, die eben erst in der März-Offensive mitgemacht haben, bei dieser nochmals ihre besten Offiziere und Leute verloren haben und nun notdürftig aufgefüllt sind mit Personal, das leider immer weniger Wert wird. Ich muß sagen, daß mir vielfach die Truppe wenig gefällt, die jetzt hier eingesetzt wurde. Es kommt bei Offizieren und Leuten die große Enttäuschung zum Ausdruck, daß die große lange erwartete März-Offensive sich festgefahren hat und daß nun egal wohl [sic!] ein Angriff auf den andern folgen soll. Sie hatten zu sehr darauf gehofft, daß dieser große Schlag den Krieg im März beenden würde. Man hatte daraufhin noch einmal allen Schneid und alle Energie zusammengerissen. Nun ist die Enttäuschung da, und sie ist groß. Das ist der Hauptgrund, warum auch artilleristisch gut vorbereitete Angriffe sich totlaufen, so bald unsere Infanterie über die stark vertrommelte Zone hinaus kommt.« Diese Beobachtungen erhalten ihr volles Gewicht für die Interpretation, wenn man sie konfrontiert mit der skizzierten labilen »Stimmungslage« vor Beginn der Frühjahrsoffensive.

Die »Stimmung« konnte nicht unbeeindruckt bleiben von den schweren Verlusten, die selbst in der zurückhaltenden Sprache des »Sanitätsberichts« für die drei an der Offensive beteiligten Armeen als »außerordentlich hoch« bezeichnet wurden.⁵⁶ Bei einer Ausgangsstärke von knapp 1,4 Millionen Mann hatten sie mehr als ein Fünftel dieses Bestandes (303 450 Mann) in der Zeit vom 21. März bis 10. April 1918 verloren. Einzelne Divisionen der 17. Armee waren in den ersten zehn Tagen der Offensive um »fast ein Drittel« dezimiert worden. Dabei fiel besonders ins Gewicht, daß von diesen schweren Verlusten vor allem die sogenannten »Mob.Divisionen« betroffen worden waren, in denen sich die Angriffskraft des Feldheeres nach dem Willen der OHL konzentrierte. Immer wieder wird in den Berichten die Höhe der Offizierverluste hervorgehoben, die proportional über denen der

Mannschaften lagen und wiederum in erster Linie bei den »Mob.Divisionen« zu verzeichnen waren. Betroffen waren vor allem die Kompanie- und Truppführer, d. h. jene Gruppe innerhalb des Offizierkorps,⁵⁷ auf die nach den von Thaer bestätigten Beobachtungen der »moralische Einfluß« in der Truppe übergegangen war.⁵⁸ Auch in der ganz dem Stabsdenken verhafteten, die realen Verhältnisse an den Fronten eher verhüllenden Sprache des Reichsarchiv-Werkes schlagen sich diese Umstände in der Formel von der »Erschöpfung der Angriffskraft« nieder.⁵⁹

Bei den sich anschließenden Angriffsoperationen zweier Armeen in Flandern, auf die sich die Beobachtungen des Obersten von Thaer beziehen, wurden elf dieser bereits »erschöpften«, »abgekämpften« Divisionen erneut eingesetzt.⁶⁰ Bei 55 insgesamt eingesetzten Divisionen war dies ein sehr hoher, die Beschränktheit der militärischen Ressourcen kennzeichnender Prozentsatz. Aus »Mob.Divisionen« waren »Angriffs-Divisionen« geworden, die in Ausstattung und Ausbildung gegenüber den ersteren abfielen und die vor allem durch den akuten und gravierenden Mangel an Pferden noch weniger beweglich waren.⁶¹ Die Verluste der 6. Armee in Flandern vom 1. bis 30. April betragen bei einer durchschnittlichen Ist-Stärke der Armee von 361 142 Mann insgesamt 63 469 Mann, wobei die 15 605 Leichterkrankten und -verwundeten, die im Laufe des Monats bei der Truppe wieder dienstfähig geworden waren, nicht berücksichtigt sind. Bei der 4. Armee waren die Verluste im gleichen Zeitraum etwas geringer: bei einer durchschnittlichen Ist-Stärke von 421 221 Mann betragen sie ohne Berücksichtigung der 17774 wieder dienstfähig gewordenen insgesamt 59 209 Mann. Insgesamt aber stieg der »Gesamtausfall« an Soldaten an der Westfront von 235 544 im März auf 257 176 Mann im April.⁶² Aus der Schilderung des Reichsarchiv-Werkes ergibt sich, daß die angreifenden Divisionen sehr viel vorsichtiger operierten und die erreichten Linien kaum je den von der Führung benannten Tageszielen entsprachen. Wenige Tage nach Angriffsbeginn meldete am 14. April der Generalstabschef der 6. Armee, Oberst v. Lenz, der Heeresgruppe:⁶³ »Die Truppen greifen nicht an, trotz Befehlen. Die Offensive hat sich festgelaufen.« Schärfere konnte der Stimmungsumschwung, hervorgerufen durch Erschöpfung, Hoffnungslosigkeit und die schweren Verluste der kämpfenden Truppe, nicht zum Ausdruck kommen.

Gerhard Ritter sieht die entscheidende Ursache für das »allmähliche Absinken der Kampfmoral der deutschen Armee in den letzten Kriegsmo-naten« in dem sich ausbreitenden »Gefühl« der Truppe, »letztlich nutz- und sinnlos in immer neuen, aussichtslosen Angriffsunternehmungen verbraucht zu werden«.⁶⁴ Man wird das Urteil dahingehend präzisieren können, daß schon die letzten Kampftage der März-Offensive deutlich gezeigt

hatten, wie wenig die deutsche Armee in der Lage war, die für jeden Angriff entscheidenden Versorgungsprobleme – Munition und Verpflegung – zu lösen. Daher schlug sich auch das »Gefühl« bereits sehr frühzeitig in einem Verhalten der Truppe nieder, das sich im April in den Beobachtungen von Thaer und der Meldung von Lenz widerspiegelte. Ludwig Beck⁶⁵ hat in dem viel zitierten Brief aus dem November 1918 die Meinung vertreten, daß die Truppe seit Mitte Juli »einfach nicht gehalten« habe, »weil sie nicht wollte«. In Anlehnung an dieses Urteil wird man für die Zeit nach den ersten Tagen der Apriloffensive formulieren können, daß der Angriffswille der Truppe, wie er sich noch in den ersten Tagen der Märzoffensive gezeigt hatte, verfliegen war, daß die offenkundige Überspannung der Kräfte zu ihrer Lähmung geführt hatte.⁶⁶

Gegen diese Feststellung spricht auch nicht die zunächst überaus erfolgreiche Offensive gegen den Chemin des Dames und gegen Reims von Ende Mai bis Anfang Juni 1918. Die großen Erfolge waren errungen worden durch das Element der Überraschung und durch die eindeutige artilleristische Überlegenheit, die auch im Verlauf der Offensive aufrecht erhalten werden konnte.⁶⁷ Dennoch erlahmte die Angriffskraft ebenso rasch wie bei der Flandernoffensive. Dies verwundert um so weniger, als von den 36 Angriffsdivisionen insgesamt 27 bereits durch die Märzoffensive in ihrem Kernbestand dezimiert worden waren.⁶⁸ Die Verluste der 7. und der 1. Armee in der Zeit vom 21. Mai bis 20. Juni beliefen sich auf über 125 000 Mann und waren damit erkennbar geringer (ca. ein Achtel der durchschnittlichen Ist-Stärken der Armeen) als bei den beiden vorangegangenen Offensiven. Der »Gesamtausfall« sämtlicher Armeen an der Westfront, der im Mai »nur« 114 504 Mann betragen hatte, stieg aber im Juni erneut auf 209 435 Mann an und erreichte damit nahezu die Ziffer des Monats März.⁶⁹

Ludendorff und die OHL waren jedoch nicht bereit, die militärische Lage vor dem Hintergrund dieser Verlustziffern, dem allseits konstatierten Erschöpfungszustand der Truppe und mancher warnender Stimmen erneut zu analysieren und gegebenenfalls die strategische Entscheidung zu revidieren. Im Gegenteil, die OHL erklärte noch Mitte Mai ihre Absicht, den »Feind zu schlagen, da empfindlich zu treffen, wo dazu die beste Aussicht« bestehe.⁷⁰ Und Anfang Juni hieß es: »Wir werden unsere Angriffe fortsetzen und auch weiterhin dem Gegner das Gesetz des Handelns vorschreiben.«⁷¹ Ganz abgesehen von strategischen Überlegungen trat auch die operative Zielsetzung immer mehr in den Hintergrund. Als Ludendorff im April nach dem operativen Ziel des Flandernangriffs gefragt wurde, verbat er sich das Wort »Operation« und erklärte,⁷² »wir hauen ein Loch hinein. Das Weitere findet sich. So haben wir es in Rußland auch gemacht.« Der in diesem Diktum zum Ausdruck kommende Aktionismus lief im be-

sten Falle auf eine Zermürbung des Gegners hinaus, zu der der deutschen Führung eingeständenermaßen die personellen und materiellen Mittel fehlten.

Die beiden Feststellungen in dem Lagebericht vom 5. Juni 1918, daß die »Entente eine ihrer schwersten Niederlagen erlitten« habe und daß für die deutsche Seite »eine neue Grundlage für weitere Erfolge geschaffen« worden sei,⁷³ spiegeln die eigenartige Mischung von Realitätssinn und Realitätsblindheit wider, die charakteristisch ist für die Entscheidungen der OHL. Sicherlich hatten die Alliierten schwere Niederlagen erlitten, aber die deutsche Seite hatte damit die Bedingungen für die eigene militärische Niederlage geschaffen. So hatte sich, um noch ein weiteres Beispiel zu nennen, bei rapide abnehmender eigener und ebenso rapide zunehmender Truppenstärke der Gegner⁷⁴ die Frontlänge zwischen der Maas bei Verdun und der Flandrischen Küste vom 20. März bis zum 25. Juni um 120 km, von 390 auf 510 km, verlängert.⁷⁵ Der erfolgreiche Gegenangriff der Alliierten bei Villiers-Cotterêts am 18. Juli und die Niederlage der 2. Armee östlich von Amiens am 8. August waren die Folge.

Wie konnte es zu einer derartigen Fehlbeurteilung der eigenen Kräfte durch die OHL kommen? Oberst v. Thaer hatte seine Beobachtungen über den Zustand der Armee frühzeitig, Anfang Mai, Hindenburg und Ludendorff in aller Deutlichkeit mitgeteilt.⁷⁶ Ludendorff reagierte direkter, impulsiver als Hindenburg. Er fuhr den Oberst an: »Was soll Ihr ganzes Geunke? Was wollen Sie von mir? Soll ich jetzt Frieden á tout prix machen?« Das war eine sehr aufschlußreiche Bemerkung, wieder ging es um die Kriegsziele, wieder wurde deutlich, daß bei Ludendorff die politische Zielsetzung das nüchterne, militärische Kalkül vollständig überlagerte.⁷⁷ Mit der unter dieser Prämisse geplanten und in einen bloßen militärischen Aktionismus ausufernden Offensive des Jahres 1918 zerschlug die OHL das noch zur Verfügung stehende militärische Potential und lief Gefahr, den Militärstreik zu provozieren.

Nach der gescheiterten »Michael«-Offensive traten die alten Klagen über die »Mißstände« im Verhältnis zwischen Front und Etappe, zwischen Offizieren und Mannschaften wieder stärker in den Vordergrund und gewannen an Gewicht.⁷⁸ Für die Truppen der Angriffsarmeen hatten sich die Lebensbedingungen im Kontrast zu den Verhältnissen in der Etappe ganz erheblich verschlechtert. An der Linie, an der sich die Angriffskraft erschöpft hatte, lagen sie in improvisierten Stellungen, die nach dem Willen der militärischen Führung nicht zu einem der Verteidigung dienenden Stellungssystem ausgebaut werden sollten.⁷⁹ Auf die Dauer – und die Hoffnungen auf die operativen Auswirkungen der einzelnen Teilschläge verflüchtigten sich immer mehr – mußte dieser Zustand zu einer wesentlichen

Beeinträchtigung der Kampfkraft der Verbände und Einheiten führen. Diese Gefahr wurde von einigen führenden Offizieren sehr schnell erkannt, doch Ludendorff und die OHL weigerten sich zu lange, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Für die Mannschaften wirkten sich ebenso gravierend die durch die Offensiven entstandenen großen Nachschubprobleme aus, da die Versorgung mit Munition und vor allem Verpflegung keineswegs immer in einem ausreichenden Maß gesichert war. Das zeigte sich unter anderem sehr drastisch darin, daß bei allen Offensiven Plünderungen der gegnerischen Vorratslager vorgekommen sind, die vereinzelt – insbesondere wenn Alkohol im Spiel war – zu häßlichen Szenen führten.⁸⁰ Generaloberst v. Einem, der Oberbefehlshaber der 3. Armee, meinte schon Anfang Mai, daß das Heer zu einem »Diebesgelichter« geworden sei, und fügte Ende Juni hinzu: »Ein Motiv für die Tapferkeit unserer Infanterie in der Offensive ist die Plünderungssucht«.⁸¹ Der Vorschlag einer Gardedivision, bei jedem Bataillon ein Beutekommando einzurichten, um einerseits Eigenmächtigkeiten zu verhindern und andererseits die Beute für das entsprechende Bataillon sicherzustellen, läßt erkennen, in welchem Umfang sich die Disziplin bereits allgemein gelockert hatte.⁸² Die diesen Erscheinungen zugrundeliegenden »Mißstände« formten die »Stimmung« der Truppe, die der Vorsitzende des Deutschen Werkmeisterverbandes in einem Schreiben zusammenfaßte, das er aufgrund der »in letzter Zeit« gemachten, ihm mitgeteilten Beobachtungen am 11. August an Ludendorff richtete:⁸³ »All das trägt dazu bei, die Erbitterung der Mannschaften, die unglaublich ist, noch weiter zu steigern. Wir sehen darin eine drohende Gefahr für die Weiterentwicklung und den Bestand des Deutschen Reiches.«

Die »drohende Gefahr« hatte in dem Phänomen der sogenannten »Drückeberger« bereits eine sehr konkrete Gestalt angenommen. Auch dieses Phänomen existierte schon vor Beginn der Offensive und hatte sich insbesondere bei den Ost-West-Transporten seit dem Herbst 1917 gezeigt.⁸⁴ Obwohl naturgemäß keine zuverlässigen statistischen Angaben über den Umfang der »Drückebergerei« vorliegen, muß nach allen vorliegenden Angaben und Nachrichten angenommen werden, daß es sich um eine Massenbewegung handelte.

Bei der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht war es nach den Aufzeichnungen ihres Oberbefehlshabers im Mai 1918 nichts Ungewöhnliches, wenn sich die Stärke eines Ersatztransportes bis zum Eintreffen bei dem entsprechenden Verband um 20 % vermindert hatte.⁸⁵ Die Bezeichnung »Drückeberger« weist schon darauf hin, daß es sich meist nicht um eindeutige Fahnenflucht handelte. Vielmehr wurde offenbar eine Fülle nicht mehr rekonstruierbarer Formen gesucht und gefunden, um dem Einsatz in der

Frontzone zu entgehen und in der Riesenorganisation des Feldheeres unterzutauchen. Die gehäuften Verschiebungen von Verbänden von einer Angriffsfront zur anderen kamen diesem Bestreben zweifellos entgegen. Auch die kalkulierte unerlaubte Entfernung von der Truppe ist zu diesen Formen zu rechnen, denn sie brachte dem Delinquenten im Kriegsgerichtsverfahren eine Verurteilung von 2 bis 4 Monaten Gefängnis.⁸⁶ Ein weiteres charakteristisches Beispiel, wie man dem Einsatz an der Front zu entgehen suchte:⁸⁷ Die in den Lazaretten des Feldheeres Wiedergenesenen wurden nicht zu ihren Ersatzbataillonen, sondern direkt zu ihren Fronttruppenteiler* entlassen. Kamen sie dort mit mangelhafter Ausrüstung an, wurden sie zurückgeschickt. Auch die daraufhin eingerichteten Sammelstellen, die eine vollständige Ausrüstung gewährleisten sollten, konnten ihre Aufgabe nicht befriedigend lösen, da Ausrüstungsgegenstände in steigendem Maß einfach versetzt wurden!

Die im Juni/Juli das Heer erfassende erste Grippewelle mit über einer halben Million Erkrankungen⁸⁸ verschärfte die Situation noch ganz erheblich. Der Sanitätsdienst konnte schon zu Beginn der Offensive, als die Zahl der Verwundeten und Erkrankten »alle bisherigen Erfahrungen überstieg«,⁸⁹ den Anforderungen nicht mehr in der gewohnten Weise entsprechen. Insbesondere bei der Versorgung der zwar zahlenmäßig nicht exakt zu bestimmenden, mit Sicherheit jedoch in die Hunderttausende gehenden marschfähigen Leichtverwundeten und Leichterkrankten⁹⁰ ergaben sich unüberwindliche Schwierigkeiten. Diese Masse strömte von der Front nach hinten, kümmerte sich wenig um das für sie vorgesehene Verfahren der Versorgung und schien nur ein Ziel zu kennen: sich eine Transportmöglichkeit in die Heimat zu verschaffen. Es ist bekannt, daß einzelne Leichtkrankenzüge in Richtung Heimat regelrecht gestürmt wurden und ihre Fahrt nach eigenem Fahrplan begannen.⁹¹ Dieses Phänomen trat bei allen Offensiven auf. Die Sanitätsdienststellen sahen sich jedenfalls schon im April veranlaßt, die Armee zu Hilfe zu rufen. Schließlich sah man sich sogar gezwungen, den Strom der Verwundeten und Erkrankten durch doppelte Postenketten in die gewollten Bahnen zu lenken.⁹² In diesem Verhalten von Hunderttausenden kam die Verweigerung handgreiflich zum Ausdruck.

Der Chef des Generalstabes der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht, Generalleutnant von Kuhl, hat nach dem Kriege mehrfach bezeugt, daß es den Kommandobehörden nicht gelang, der »Drückebergerei« Herr zu werden oder auch nur an den Bahnhofsorten effektiv durchzugreifen.⁹³ Daß dieses Phänomen sich nicht nur bei dieser einen Heeresgruppe konzentrierte, zeigt der Vorschlag des Generals v. Loßberg, den er angesichts des erfolgreichen Angriffs der Alliierten bei Villiers-Cotterêts am 21. Juli

1918 Ludendorff unterbreitete.⁹⁴ Er empfahl u. a. den Ausbau tiefgegliederter, rückwärtiger operativer Verteidigungszonen durch alle im Osten und Westen freiwerdenden Verbände. Diese sollten gleichzeitig »das Heeresgebiet gegen das Heimatgebiet« abriegeln, »die große Zahl der sogenannten Drückeberger« einfangen und »sie wieder zu Zucht und Ordnung« bringen. Zahlen über den Umfang der »Drückebergerei« liegen nicht vor, Erich-Otto Volkmann schätzt sie auf 750 000–1 Million Mann in den letzten Monaten des Krieges,⁹⁵ in Anbetracht der geschilderten Verhältnisse bei den Ersatztransporten und bei der Versorgung der Leichtverwundeten und -erkrankten erscheinen diese Zahlen keineswegs überhöht. Die Schätzung verdeutlicht die Dimension des Phänomens, dem die militärische Führung hilflos gegenüberstand. Das militärische Instrument der Kriegführung, die Armee, begann sich aufzulösen.

Loßbergs Vorschlag zeigt den ganzen Ernst der Lage, wie sie sich durch die Entwicklung in der Frontzone und in der Etappe Mitte Juli 1918 darstellte. Hinzu kam, daß die zahlenmäßige Schwäche und die Erschöpfung der Fronttruppen gebieterisch die Rücknahme und damit die Verkürzung der Frontlinien erforderlich machten. Vor der Frühjahrsoffensive war die Sollstärke eines Bataillons auf 850 Mann festgelegt worden.⁹⁶ Im Juli war die durchschnittliche Bataillonsstärke bei mehr als einem Drittel der 196 Divisionen der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz auf 600 und weniger abgesunken.⁹⁷ Doch diese Zahl läßt die Schwächung der kämpfenden Truppe durch die hohen Verluste seit dem 21. März 1918 kaum erkennen. Nach dem »Sanitätsbericht« sank zwar die Ist-Stärke des Westheeres von 3 882 655 Mann im März nur auf 3 582 203 Mann im Juli ab, aber der »Gesamtausfall« in jenen fünf Monaten belief sich auf nahezu 1 000 000 Mann, darunter knapp 125 000 Tote und 100 000 Vermißte; um annähernd die gleiche Zahl, nämlich knapp eine Million Mann, *verstärkte* sich in den Monaten April bis Juli die amerikanische Armee in Europa.⁹⁸ Diese Zahlen geben eine Vorstellung von dem kontinuierlichen Prozeß der Auszehrung der Front. Hinzu kam, daß – nach dem Urteil eines kompetenten Beobachters⁹⁹ – dem tatsächlich an die Front gelangenden Ersatz der »gute Wille« fehlte, d. h., daß die Motivation, sich völlig mit dem jeweiligen militärischen Auftrag zu identifizieren, nur noch schwach entwickelt war. Und dies galt für alle Rangstufen des Ersatzes und war unabhängig von den gesellschaftlichen Schichten, aus denen sich dieser Ersatz rekrutierte. Nichts charakterisiert die Auszehrung so deutlich wie die Notwendigkeit, vor jedem Einsatz aus der kleinen Zahl von bewährten Frontoffizieren und Unteroffizieren eine Führerreserve zurückzubehalten, um sicherzustellen, daß die Truppe auch nach dem ersten Sturm noch über Führungskräfte verfügte.¹⁰⁰

Ludendorff hat sich der Einsicht in diesen seit dem Scheitern der »Mi-

chael«-Offensive erkennbaren Zustand der Armee verschlossen, um seiner politischen Zielsetzung willen. Erst die Niederlage der 2. Armee am 8. August 1918 östlich von Amiens zwang ihn auf den Boden der militärischen Tatsachen zurück. Aber er weigerte sich noch bis Ende September, die militärischen und politischen Konsequenzen aus der von ihm zu verantwortenden vollkommenen Überspannung der Kräfte zu ziehen. Sein Verhalten im Oktober macht überdies deutlich, daß er sich in seiner militärischen Lagebeurteilung noch immer nicht von Wunschvorstellungen ganz befreit hatte.¹⁰¹

In der Zwischenzeit war aber der Erosionsprozeß an der Westfront weiter vorangeschritten. Nach den Angaben des Generalleutnants v. Kuhl verlor die durch die Offensiven bis Mitte Juli bereits um nahezu 1 Million Mann geschwächte Armee vom 18. Juli bis zum Waffenstillstand an Toten und Verwundeten nochmals 420000 Mann sowie an Gefangenen und Vermissten 340000 Mann.¹⁰² Die *Kampf*stärken der Bataillone sanken in dramatischer Weise ab.¹⁰³ Der Zustand eines Korps im Verband der 2. Armee in der nominellen Stärke von 7½ Divisionen ist für Anfang Oktober überliefert:¹⁰⁴ Die *Infanterie-Gefechts*stärke dieses Korps belief sich auf insgesamt 2683 Mann mit 83 schweren und 79 leichten Maschinengewehren. An Reserven verfügte das Korps über 2050 Mann, die zu verteidigende Frontbreite betrug 6,5 km. Selbst wenn es sich in diesem Falle um ein extremes Beispiel handeln sollte, worüber schwer zu urteilen ist, so zeigt es doch die Entwicklung auf, die die Armee seit dem März 1918 genommen hatte. Aus den überlieferten Meldungen der Armeen, Korps und Divisionen aus den ersten Tagen des November über die Kampfkraft der Verbände ergibt sich, daß die militärische Führung von der belgischen Küste bis an den Oberrhein nur noch über knapp ein Dutzend Divisionen verfügen konnte, die als »voll kampffähig« bzw. »kampfkraftig« eingeschätzt wurden.¹⁰⁵ Die Armee war nur noch ein Schatten ihrer selbst. Ludwig Beck, damals Major im Stab der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, hat die Situation mit einem markanten Wort skizziert, als er schrieb, daß die Front nur noch einem »Spinnwebennetz von Kämpfern« glich.¹⁰⁶

Von Ludendorff wird berichtet, daß ihn die Begrüßung einer Eingreifdivision durch Gardetruppen mit den Rufen »Streikbrecher« und »Kriegsverlängerer« an jenem 8. August besonders erschüttert habe.¹⁰⁷ Diese Rufe waren jedoch nur besonders offene Bekundungen einer Massenbewegung, die sich seit dem Scheitern der ersten, mit großen Hoffnungen begleiteten Offensive explosionsartig entwickelt hatte und deren Kennzeichen eine allgemeine Verweigerung war. Diese Bewegung konnte sich unter den Bedingungen des Prinzips von Befehl und Gehorsam im Krieg nur außerordentlich vorsichtig und verdeckt artikulieren. Die für die

besonderen Massenbewegungen der Arbeiterschaft jener Jahre herausgearbeiteten Kennzeichen lassen sich mit situationsbedingten Abwandlungen auch auf die geschilderten Phänomene im Heer der Westfront übertragen.¹⁰⁸ Am Anfang stand auch hier der tiefgreifende Autoritätsverlust der etablierten Gewalten aufgrund der eklatanten »Mißstände«. Gefördert wurde die Bewegung ferner durch die Zusammenballung großer Massen »unter Zerstörung aller bisherigen sozialen, auch politischen Bindungen«. Spontaneität und Aktivität mußten sich angesichts der Regeln militärischer Disziplin in engen Grenzen halten. Andererseits gilt für dieses Protestpotential noch mehr als für die Massenbewegungen der Arbeiterschaft, daß seine Stärke sich »in der unmittelbaren Kritik, in der negativen Aktion« und seine Schwäche »sich im Erfolg« offenbarten. Die sich seit April ausbreitende Hoffnungslosigkeit und die horrenden Verluste provozierten geradezu eine immer massivere Verweigerung, die sich negativ im Bild des »Spinnwebennetzes von Kämpfern« innerhalb eines immer noch Millionen umfassenden Heeres manifestierte. Das einzige Ziel der Verweigerung, des verdeckten Militärstreiks, war das Ende des Krieges und insofern die politische Antwort auf das politisch motivierte militärische Handeln Ludendorffs und der militärischen Führung. Die Massenbewegung der Soldaten der Westfront war eine der wesentlichen Ursachen, die Ludendorff am 29. September zum Eingeständnis seines politischen und militärischen Scheiterns zwangen.

Der Adlatus Bethmann Hollwegs, Kurt Riezler, berichtet,¹⁰⁹ daß der Kanzler im Juli 1914 die Ansicht vertreten habe, ein Krieg, wie er auch ausgehe, werde zur »Umwälzung alles Bestehenden« führen. Der Garant des Bestehenden – im Sinne Bethmann Hollwegs – war die bewaffnete Macht des Kaiserreichs, die Armee, und insbesondere ihr Offizierkorps. Sie war bis 1914 zur Integrationsfigur aller politischen Kräfte der Rechten und der Mitte geworden, gleichzeitig hielt sie die Linke in Schach. Es war die Frage, wie dieses im ganzen auf die Dauer doch sehr labile Gleichgewicht gesichert werden konnte. Manche Kreise waren der Ansicht, »ein Krieg würde zu einer Stärkung der patriarchalischen Ordnung und Gesinnung führen«.¹¹⁰ Doch der industrialisierte Krieg zerstörte im Gegenteil die Grundlagen der mühsam bewahrten Balance. Die Oberste Heeresleitung trug unter dem Zwang, das militärische Instrument den Bedingungen des modernen Krieges anzupassen, wesentlich zu dieser politischen Gewichtsverlagerung bei. Der Krieg rüttelte aber auch an den strukturellen Grundlagen des militärischen Instruments, des Garanten des »Bestehenden«. Die Einheit des Offizierkorps zerfiel unter den Bedingungen der Materialschlachten, unter dem Zwang und unter dem Anspruch stetiger Leistungssteigerung. Vor allem aber standen das Offizierkorps und die

militärische Führung vor der paradoxen Situation, den Krieg nur mit Hilfe der politischen und gesellschaftlichen Kräfte führen zu können, gegen die sie das »Bestehende« glaubten verteidigen zu müssen. Die 3. OHL versuchte sich aus diesem Dilemma zu lösen, indem sie politisch für die bestimmenden Kräfte der Vorkriegsordnung mit Entschiedenheit und offen Partei ergriff. Das Ergebnis war, daß sich Ludendorff am 29. September zu dem Eingeständnis gezwungen sah, »die O.H.L. und das deutsche Heer seien am Ende ... Auf die Truppen sei *kein* Verlaß mehr.«¹¹¹ Die militärische Führung hatte demnach das ihr unentbehrliche Handlungsinstrument nicht mehr unter Kontrolle. Wie Groener im November 1916 erklärt hatte, daß gegen den Arbeiter der Krieg nicht zu gewinnen sei,¹¹² so sah sich nunmehr Ludendorff der Tatsache gegenüber, daß gegen den Soldaten der Krieg nicht zu führen, geschweige denn zu gewinnen war. Das Schicksal des Kaiserreichs und der Armee war damit besiegelt.

Die Revolution ist schließlich ausgelöst worden durch die Rebellion der Matrosen der Hochseeflotte, die zu Recht als »Rebellion gegen die militärischen Autoritäten und das sie legitimierende monarchische Establishment mit durchaus begrenzter Zielsetzung« gekennzeichnet worden ist.¹¹³ Die Gehorsamsverweigerung auf der Flotte war jedoch nur die Spitze eines Eisberges. Wesentliche Voraussetzungen für die revolutionäre Entwicklung sind durch die Massenbewegungen in der Heimat und im Kriegsgebiet geschaffen worden. Mit der verdeckten Streikbewegung unter den Soldaten erfuhren die – zweifellos nach wie vor begrenzten – Zielsetzungen eine gewisse Erweiterung: Zum einen ging es darum, mit der bisherigen Vorherrschaft der militärischen Hierarchie in Staat und Gesellschaft zu brechen; zum anderen wurde die Forderung nach einer Veränderung der sozialen Verhältnisse massiv verstärkt. Auch die mehr oder weniger gewaltlose Form des Revolutionsbeginns hat in der Massenbewegung der Soldaten ihre wesentliche Voraussetzung, die »Entscheidungsschwäche« der militärischen Führungsschicht gegenüber den ersten Anzeichen der Revolution¹¹⁴ spielte dabei eine vergleichsweise ganz untergeordnete Rolle. Ohne Berücksichtigung der in dem verdeckten Militärstreik liegenden Voraussetzungen für das praktisch-politische Handeln der Soldatenräte wird man deren Rolle in der ersten Phase der Revolution kaum zureichend beurteilen können.

Der verdeckte Militärstreik zeitigte jedoch auch Wirkungen ganz anderer Art. Es gehört zu den notwendigen Bedingungsfaktoren dieser Massenbewegung, daß sie sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit entwickelte. Dieser Sachverhalt und die ausgeprägte Propaganda- und Informationspolitik der OHL bewirkten die totale Desinformation der deutschen Öffentlichkeit über die Entwicklung der militärischen Lage seit dem April 1918.

Das gilt insbesondere für die sogenannten gebildeten Schichten und fast ausnahmslos für die politische Repräsentanz des Reiches, einschließlich der Führung der Mehrheitsozialdemokratie.¹¹⁵ Die Reaktionen der Parteiführer auf den Vortrag des Majors v. d. Bussche-Ippenburg über die militärische Lage am 2. Oktober lassen sich kaum auf andere Weise erklären, zumal die Darstellung des Majors noch weit hinter der Realität zurückblieb.¹¹⁶ Die Plötzlichkeit des Vorgangs, das atemberaubende Tempo, mit dem sich die grundstürzenden innen- wie außenpolitischen Entwicklungen im Oktober vollzogen, und die nach wie vor bestehende, durch das Auftreten Ludendorffs geförderte Unklarheit über die tatsächliche militärische Situation an der Westfront verhinderten geradezu eine Überprüfung der bisherigen Positionen und deren Anpassung an die neuen Gegebenheiten – ein situationsbedingter Sachverhalt, der bei der Beurteilung des politischen Handelns, insbesondere der sozialdemokratischen Führer, nicht unberücksichtigt bleiben kann.

Der plötzliche und chaotische Zusammenbruch eines nur von einer verschwindenden politischen Minderheit prinzipiell bekämpften Systems raubte insbesondere den breiten Mittelschichten die allgemeine politische Orientierung und schuf damit gleichzeitig den idealen Nährboden für wildwuchernde Hypothesen und Erklärungsversuche, die alle dem Zwecke dienten, die bittere und abstoßende Realität zu verdrängen oder aber erträglich zu machen. Die »Dolchstoßlegende« erfüllte diese Funktion in vollkommener Weise. Sie verwandte altgewohnte Vorstellungen und war auch in ihrer zugespitzten Form nicht neu. Generalmajor von Seeckt hatte bereits in den Tagen der Julikrise 1917 formuliert: »Wozu fechten wir eigentlich noch? Die Heimat ist uns in den Rücken gefallen, und damit ist der Krieg verloren.«¹¹⁷ Diese verfälschende Behauptung wurde nunmehr ganz bewußt als politische Waffe eingesetzt. Auch auf diesem Felde handelte die OHL richtungweisend, als Ludendorff am 29. September vor den Offizieren des Generalstabes erklärte, daß »jetzt auch diejenigen Kreise an die Regierung« zu bringen seien, »denen wir es in der Hauptsache zu danken haben, daß wir so weit gekommen sind ... Sie sollen die Suppe jetzt essen, die sie uns eingebrockt haben.«¹¹⁸ Die Abwälzung der Verantwortung für das Desaster, schon lange vorbereitet, nahm nun konkrete Formen an. Schon im Zeitpunkt der Niederlage wurde die Formel gefunden, mit deren Hilfe es tatsächlich gelang, in weiten Kreisen der Bevölkerung die Einsicht in die Ursachen der Katastrophe zu verdunkeln und ein propagandistisches Konstrukt als Realität erscheinen zu lassen. Bei überraschend klarer Erkenntnis der tatsächlichen Verantwortlichkeiten erklärte der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes vor dessen Geschäftsführendem Ausschuß am 19. Oktober 1918, daß »die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die

Juden als Blitzableiter für alles Unrecht« benutzt werden sollte.¹¹⁹ Die »Dolchstoßlegende« hatte damit ihre verwüstende antisemitische Stoßkraft erhalten.

Der verdeckte Militärstreik war die politische Antwort auf die Überspannung aller Kräfte der Nation im Dienste einer Militärpolitik mit illusionären außen- und innenpolitischen Zielsetzungen. Die Massenbewegung unter den Soldaten zielte in erster Linie auf die Beendigung des Krieges, bildete aber auch eine der entscheidenden Voraussetzungen der Revolution und bestimmte deren Formen und Inhalte mit. Gleichzeitig provozierte sie durch die Plötzlichkeit ihres Erfolges eine Gegenbewegung, die – auf der Basis einer grotesken Selbsttäuschung, der schlichten Verdrängung oder gar der bewußten propagandistischen Verdrehung der realen Zusammenhänge – auf die Dauer weitreichendere politische Wirkungen haben sollte als die Massenbewegung der Soldaten.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Bruno Thoß, *Weltkrieg und Systemkrise. Der Erste Weltkrieg in der westdeutschen Forschung 1945–1984*, in: *Neue Forschungen zur Geschichte des Ersten Weltkrieges*. Stuttgart 1985, S. 31 ff.
- ² Vgl. Gerhard Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des »Militarismus« in Deutschland*. Bd. 4. München 1968, S. 283 ff.; Hans Herzfeld, *Der Erste Weltkrieg*. München 1968, S. 324 ff.; Peter Graf Kielmansegg, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*. Frankfurt/M. 1968, S. 629 ff.; Karl Dietrich Erdmann, *Der Erste Weltkrieg*. 3. Aufl. München 1973, S. 221 ff.
- ³ Vgl. Ritter, *Staatskunst* (wie Anm. 2), S. 290.
- ⁴ Vgl. Erdmann, *Weltkrieg* (wie Anm. 2), S. 236. Die Demobilmachung vollzog sich im übrigen ebenfalls in improvisierten Formen. Der allgemeine Demobilmachungsbefehl ist erst am 4. 1. 1919 veröffentlicht worden, Reichsgesetzblatt 1919, S. 1, zu einem Zeitpunkt also, zu dem das alte Heer sich bereits aufgelöst hatte.
- ⁵ Dr. Albrecht Philipp (Hrsg.), *Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*. 4. Reihe im Werk des Untersuchungsausschusses, insbesondere die Bände 3, 6 und 11. Berlin 1925 ff.
- ⁶ *Der Weltkrieg 1914 bis 1918*. Bd. 14. Koblenz 1956.
- ⁷ Vgl. etwa Othmar Hackl, *Das »Schlagen aus der Nachhand«*. Die Operationen der Heeresgruppe Don bzw. Süd zwischen Donez und Dnjepr 1943, in: *Truppendienst* 22 (1983), S. 132–137; hierzu Albert Seaton, *Der russisch-deutsche Krieg 1941–1945*. Frankfurt/M. 1973, S. 261–267.
- ⁸ Zur militärischen Einschätzung der Gesamtsituation des Reiches vgl. Kielmansegg, *Deutschland* (wie Anm. 2), S. 629 ff.; sowie *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 3 ff.; zum Entscheidungsprozeß ebd., S. 50 ff. Fritz von Loßberg, *Meine Tätigkeit im Weltkriege 1914–1918*. Berlin 1939, S. 275 und 321, überliefert, daß Ludendorff sich bereits im Januar 1917 für die Offensive entschieden habe.
- ⁹ Abweichend von der Ansicht von Eberhard Kessel, *Ludendorffs Waffenstillstandsforderung vom 29. September 1918*, in: *Militärhistorische Mitteilungen*, 4 (1968), S. 65–86.
- ¹⁰ Vgl. hierzu Ritter, *Staatskunst* (wie Anm. 2), S. 247 ff.; Kielmansegg, *Deutschland* (wie Anm. 2), S. 632; Erdmann, *Weltkrieg* (wie Anm. 2), S. 223; sowie Kronprinz Rupprecht von Bayern, *Mein Kriegstagebuch*. Hrsg. von Eugen v. Frauenholz. Bd. 2. Berlin 1929, S. 329 ff.; Hans W. Gatzke, *Germany's Drive to the West*. 2. Aufl. Baltimore 1963, S. 251 ff.; Arnold Brecht, *Aus nächster Nähe. Lebenserinnerungen 1884–1927*. Stuttgart 1966, S. 126 ff.; Reinhard Schiffers / Manfred Koch / Hans Boldt, *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918*. Bd. 4. Düsseldorf 1983, S. 1933 ff.
- ¹¹ Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10), Bd. 2, S. 326 f.
- ¹² Vgl. hierzu Ritter, *Staatskunst* (wie Anm. 2), S. 46 ff. u. ö.
- ¹³ Vgl. die Einschätzung dieses Vertrages bei Ritter, *Staatskunst* (wie Anm. 2), S. 147 ff. und bei Erdmann, *Weltkrieg* (wie Anm. 2), S. 221 f.
- ¹⁴ Zur Funktion dieses neugeschaffenen Dienstzweiges vgl. Wilhelm Deist (Bearb.), *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918*. Düsseldorf 1970, Nr. 328 ff., S. 835 ff., insbesondere Nr. 333, S. 848 ff.; sowie Reinhard Höhn, *Die Armee als Erziehungsschule der Nation. Das Ende einer Idee*. Bad Harzburg 1963, S. 503 ff.

- ¹⁵ Die abweichenden Vorschläge und skeptisch-zurückhaltenden Stellungnahmen des Kronprinzen Rupprecht und des Generalstabschefs der Heeresgruppe Deutscher Kronprinz, Oberst Graf von der Schulenburg, blieben ohne Einfluß, vgl. *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 51 ff., 55, 62, 92.
- ¹⁶ Hans Meier-Welcker, Die deutsche Führung an der Westfront im Frühsommer 1918. Zum Problem der militärischen Lagebeurteilung, in: *Die Welt als Geschichte*, 21 (1961), S. 166.
- ¹⁷ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 37. Die durchschnittliche Ist-Stärke der Truppen auf dem Östlichen Kriegsschauplatz sank von 1 139 868 Mann im März auf 589 995 Mann im Juli 1918. Vgl. Sanitätsbericht über das Deutsche Heer im Weltkrieg 1914/1918. Bd. 3. Berlin 1934, Tafel 150.
- ¹⁸ Meier-Welcker, Die deutsche Führung (wie Anm. 16), S. 165, Anm. 6.
- ¹⁹ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 29.
- ²⁰ Meier-Welcker, Die deutsche Führung (wie Anm. 16), S. 165, Anm. 6.
- ²¹ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 41 f.
- ²² *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 35 f.
- ²³ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 31 f.
- ²⁴ Albrecht v. Thaer, Generalstabdienst an der Front und in der O.H.L., hrsg. von Siegfried A. Kaehler, Göttingen 1958.
- ²⁵ Erdmann, *Weltkrieg* (wie Anm. 2), S. 236.
- ²⁶ Vgl. Andreas Hillgruber, »Revisionismus« – Kontinuität und Wandel in der Außenpolitik der Weimarer Republik, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 237 (1983), S. 601 f.
- ²⁷ Vgl. Klaus Vondung (Hrsg.), *Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und symbolischen Deutung der Nationen*. Göttingen 1980; insbesondere die Einleitung des Herausgebers; vgl. auch Bernd Hüppauf, Über den Kampfgeist. Ein Kapitel aus der Vor- und Nachbereitung des Ersten Weltkriegs, in: Anton Andreas Guha / Sven Papcke (Hrsg.), *Den Feind, den wir brauchen*. Königstein 1985, S. 71 ff.
- ²⁸ Zu den Bemühungen der Kriegsministerien vgl. Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 127–129, S. 294 ff., mit bemerkenswerten Reaktionen des Württembergischen Evangelischen Konsistoriums auf die »Mißstände«. Siehe auch Bruno Thoß, *Menschenführung im Ersten Weltkrieg und im Reichsheer*, in: *Vorträge zur Militärgeschichte*. Bd. 3. Herford 1982, S. 113–122.
- ²⁹ Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 11 / I u. II.
- ³⁰ Vgl. Erich Ludendorff, *Meine Kriegserinnerungen 1914–1918*. Berlin 1919, S. 516, der diesen Begriff mehrfach gebraucht.
- ³¹ Hitlers im Verlauf des Zweiten Weltkrieges voll zum Ausdruck kommende Aversion, ja Verachtung für das höhere Offizierkorps, den Stabsoffizier, und die Propagierung eines neuen Offizierbildes, des »Kämpfers«, dürfte auf seine Erfahrungen als Meldegänger im Ersten Weltkrieg zurückzuführen sein. Vgl. Adolf Hitler, *Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944*. Hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1980, S. 215 f., sowie Untersuchungen zur Geschichte des Offizierkorps. Anciennität und Beförderung nach Leistung. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt. Stuttgart 1962, S. 202 ff. und 276 ff.
- ³² Die Zermürbung der Front, von einem Oberarzt d. R., in: *Kriegshefte der Süddeutschen Monatshefte*. Oktober 1918 bis März 1919, S. 176–192, hier S. 180.
- ³³ Sehr informative Beispiele aus dem Bereich des Verpflegungswesens hierfür in: *Die Zermürbung* (wie Anm. 32), S. 180–186.
- ³⁴ Vgl. hierzu als Beispiel den Schriftwechsel um die Berichte der Feldgeistlichen

- des VII.AK über die bei ihrer Aufklärungstätigkeit in der Heimat gemachten Erfahrungen aus dem Dezember 1917, in: Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5), Bd. 11/I, S. 56ff.
- ³⁵ Vgl. hierzu auch den Brief des knapp 27jährigen Gerhard Ritter an seine Mutter vom 7. 3. 1915, in: Klaus Schwabe/Rolf Reichardt (Hrsg.), *Gerhard Ritter. Ein politischer Historiker in seinen Briefen*. Boppard 1984, S. 200f.
- ³⁶ Hermann Kantorowicz, *Der Offiziershaß im deutschen Heer*. Freiburg 1919.
- ³⁷ Vgl. hierzu als Beispiele Erlasse des preußischen Kriegsministeriums und der OHL aus dem Juni 1917, in: Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5), Bd. 11/I, S. 26f. und 29f. Entsprechende Erlasse häuften sich gegen Ende des Krieges, vgl. Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 470, S. 1270ff.; Nr. 483, S. 1312; Nr. 486, S. 1318ff., und die dort gegebenen Einzelhinweise.
- ³⁸ Vgl. hierzu *Die Zermürbung* (wie Anm. 32), S. 176f.; Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 6, S. 65f.; Dr. Eugen Nether, *Der seelische Zusammenbruch der deutschen Kampffront. Betrachtungen eines Frontarztes*, in: *Süddeutsche Monatshefte* 22 (1925). Nr. 10, S. 32; sowie *Der Dolchstoßprozeß in München. Oktober/November 1925. Eine Ehrenrettung des deutschen Volkes*. München 1925, S. 289ff.
- ³⁹ Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 314, S. 783.
- ⁴⁰ Vgl. hierzu Hans-Ulrich Wehler, *Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918*. Göttingen 1973, S. 62f., 151ff.; sowie Wilhelm Deist, *Die Armee in Staat und Gesellschaft 1890–1914*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870–1918*. Düsseldorf 1970, S. 312–339.
- ⁴¹ Formulierung Gerhard Ritters in einem Brief vom 16. 5. 1917 in: Schwabe/Reichardt, *Gerhard Ritter* (wie Anm. 35), S. 203.
- ⁴² Nether, *Der seelische Zusammenbruch* (wie Anm. 38), S. 40ff. betont, daß die Propaganda der linksgerichteten Gruppierungen keinen Einfluß auf das Kampfgeschehen gehabt habe.
- ⁴³ Vgl. hierzu die Einzelnachweise in: Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 458, S. 1226, Anm. 1; sowie Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 6, S. 14ff. Auch Ludendorff, *Kriegserinnerungen* (wie Anm. 30), S. 434, erwähnt das Phänomen.
- ⁴⁴ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 15, 107; vgl. auch Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 348f.
- ⁴⁵ Das preußische Kriegsministerium verzeichnete in seinem Monatsbericht für März einen »Schwung« in der Heimat, wie er »seit den Augusttagen des Jahres 1914« nicht mehr hervorgetreten sei. Vgl. Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 463, S. 1238, Anm. 8.
- ⁴⁶ Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 11/I, S. 133.
- ⁴⁷ Zitiert nach Meier-Welcker, *Die deutsche Führung* (wie Anm. 16), S. 166.
- ⁴⁸ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 50.
- ⁴⁹ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 59ff. Zu Kuhl vgl. Generalfeldmarschall Wilhelm Ritter v. Leeb, *Tagebuchaufzeichnungen und Lagebeurteilungen aus zwei Weltkriegen*. Hrsg. von Georg Meyer. Stuttgart 1976, S. 113.
- ⁵⁰ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 93, Anm. 1.
- ⁵¹ Vgl. *Sanitätsbericht* (wie Anm. 17). Bd. 3, S. 57; die durchschnittliche Ist-Stärke des deutschen Heeres an der Westfront betrug im März 1918 3,882 Millionen Mann, vgl. ebd., Tafel 150.
- ⁵² *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 254.
- ⁵³ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 255ff.

- ⁵⁴ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 299 ff.
- ⁵⁵ Thaer, Generalstabsdienst (wie Anm. 24), S. 181 ff. (18. 4. 1918), hier S. 182, sowie S. 187 ff.; vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen (wie Anm. 49), S. 115 ff.
- ⁵⁶ Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 3, S. 59. Die folgenden Zahlen aufgrund der ebd., S. 57 ff., wiedergegebenen Übersicht 50.
- ⁵⁷ Sanitätsbericht (wie Anm. 17), S. 59, Übersicht 51. Zu beachten ist hierbei, daß die durch Verwundung oder Erkrankung für längere Zeit ausfallenden Offiziere nicht berücksichtigt sind. Von den 1724 gefallenen, vermißten oder gestorbenen Sanitätsoffizieren des deutschen Heeres sind 631 (= 36,6%) im Jahre 1918 oder später Opfer des Krieges geworden. Vgl. Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 1. Berlin 1935, S. 3 ff.
- ⁵⁸ Thaer, Generalstabsdienst (wie Anm. 24), S. 182. Vgl. auch Nether, Der seelische Zusammenbruch (wie Anm. 38), S. 28 f.
- ⁵⁹ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 150, 197, 215.
- ⁶⁰ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 300.
- ⁶¹ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 260. Vgl. auch Kronprinz Rupprecht, Kriegstagebuch (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 394, 409 f.
- ⁶² Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 2. Berlin 1938, S. 781 und 783. Für den »Gesamtausfall« (= Gesamtzahl der Gefallenen, Vermißten, Verwundeten und Erkrankten abzüglich der in Lazaretten und bei der Truppe wieder dienstfähig gewordenen) vgl. Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 3, Tafel 150.
- ⁶³ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 283. Kronprinz Rupprecht, Kriegstagebuch (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 382: »Aber was helfen alle Befehle zum Angriff, wenn die Truppe nicht mehr anzugreifen vermag! Mich erinnert die Lage ungemein an jene bei der ersten Schlacht von Ypern. Auch damals sollte immer wieder angegriffen werden, es ging aber über die Kräfte der Truppen.« (14. 4. 1918).
- ⁶⁴ Ritter, Staatskunst (wie Anm. 2), S. 287.
- ⁶⁵ Klaus-Jürgen Müller, General Ludwig Beck. Studien und Dokumente zur politisch-militärischen Vorstellungswelt und Tätigkeit des Generalstabschefs des deutschen Heeres 1933–1938. Boppard 1980, S. 323 ff., hier S. 326.
- ⁶⁶ Vgl. hierzu auch die Ausführungen Hans Delbrücks vor dem Untersuchungsausschuß: Philipp, Die Ursachen (wie Anm. 5). Bd. 6, S. 72 ff.
- ⁶⁷ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 390, sowie Nether, Der seelische Zusammenbruch (wie Anm. 38), S. 4.
- ⁶⁸ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 330.
- ⁶⁹ Vgl. Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 2, S. 788 f. Für den »Gesamtausfall« vgl. Anm. 62.
- ⁷⁰ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 508.
- ⁷¹ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 414.
- ⁷² Kronprinz Rupprecht, Kriegstagebuch (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 372. Anm. Vgl. auch Leeb, Tagebuchaufzeichnungen (wie Anm. 49), S. 112.
- ⁷³ Der Weltkrieg (wie Anm. 6), S. 414.
- ⁷⁴ Die amerikanischen Streitkräfte in Europa wurden vom April bis Juli 1918 um knapp 1 Million Mann verstärkt, von 320000 auf 1293000 Mann, vgl. Lothar Burchardt, Die personellen und wirtschaftlichen Anstrengungen der USA im Ersten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 8 (1970), S. 60 und 62.
- ⁷⁵ Nach der Angabe bei Meier-Welcker, Die deutsche Führung (wie Anm. 16), S. 173, Anm. 53.
- ⁷⁶ Thaer, Generalstabsdienst (wie Anm. 24), S. 192 ff. (2. 5. 1918).
- ⁷⁷ Vgl. den ebenso aufschlußreichen Bericht des Generalmajors v. Loßberg über

- seine Unterredung mit Ludendorff am 21.7.1918, Loßberg, *Meine Tätigkeit* (wie Anm. 8), S. 345 f. Vgl. insbesondere auch Wolfgang Foerster, *Der Feldherr Ludendorff im Unglück. Eine Studie über seine seelische Haltung in der Endphase des ersten Weltkrieges*. Wiesbaden 1952.
- ⁷⁸ Vgl. das bei Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 11 / I, S. 68 ff. ausgedehntes Material, sowie die bei Otto Lehmann-Rußbüldt, *Warum erfolgte der Zusammenbruch an der Westfront?* 2. Ausgabe Berlin 1919, abgedr. Denkschrift vom 5. 6. 1918.
- ⁷⁹ Vgl. als Beispiel den entsprechenden Befehl der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht für die 17. und 2. Armee Anfang 1918, *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 302. Vgl. hierzu auch Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 369 sowie Bd. 3, S. 333 f.
- ⁸⁰ Erdmann, *Weltkrieg* (wie Anm. 2), S. 640 ff., sowie Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 387 (19. 4. 1918).
- ⁸¹ Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 458, S. 1226, Anm. 1.
- ⁸² Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 3, S. 326 (1. 6. 1918).
- ⁸³ Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 11 / I, S. 72 ff.
- ⁸⁴ Vgl. Anm. 43. Ebenso Ludendorff, *Kriegserinnerungen* (wie Anm. 30), S. 434 und 470.
- ⁸⁵ Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 396, 402, 413, 415, 427.
- ⁸⁶ Ebd., *Zu den Kräfteverschiebungen vgl. Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), Beilage 35.
- ⁸⁷ Vgl. den entsprechenden Bericht bei Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 6, S. 50 ff.
- ⁸⁸ Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 3, S. 123. Vgl. hierzu die Information des preuß. Kriegsministeriums vor dem Hauptausschuß Ende September 1918, Schiffers / Koch / Boldt, *Hauptausschuß* (wie Anm. 10), S. 2297 f., 2322 f.
- ⁸⁹ Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 2, S. 757.
- ⁹⁰ Bei einer Gesamtzahl von 425 945 Verwundeten und Erkrankten im März 1918 (Sanitätsbericht [wie Anm. 17]. Bd. 2, Tafel 150) ist nach einem Erfahrungswert (Sanitätsbericht [wie Anm. 17]. Bd. 2, S. 61) mit ca. 40% Marschfähigen zu rechnen; danach umfaßte diese Gruppe allein im März 1918 ca. 170 000 Soldaten.
- ⁹¹ Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 2, S. 758.
- ⁹² Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 2, S. 755–758, 765–767, 774, 776, 780, 782, 784 f., 787–789.
- ⁹³ Vgl. Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 3, S. 209 ff., sowie Bd. 6, S. 4 f.; Hermann von Kuhl, *Der Sommer 1918 an der Front*, in: *Süddeutsche Monatshefte* 21 (1924). Heft 7, S. 37 ff., sowie *Der Dolchstoß-Prozeß* (wie Anm. 38), S. 83 f.
- ⁹⁴ Loßberg, *Meine Tätigkeit* (wie Anm. 8), S. 346, sowie *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 488.
- ⁹⁵ Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 11 / II, S. 66.
- ⁹⁶ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 26.
- ⁹⁷ *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 517. Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 420 (13. 7. 1918), sowie Bd. 3, S. 351 f. (4. 9. 1918).
- ⁹⁸ Vgl. Anm. 74. Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 3, Tafel 150. Zum »Gesamtausfall« vgl. Anm. 62. Die Angaben in: *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), Beilage 42 (»Verluste des deutschen Westheeres«) ergeben ein falsches Bild, da sie die Zahl der Erkrankten, die jeweils höher lag als die der Verwundeten, nicht berücksich-

tigt. – Die Stärke der 6. Armee, die am 19. November 1942 bei Stalingrad eingekesselt wurde und Anfang Februar 1943 kapitulierte, wird auf 300000 Mann geschätzt. Der »Gesamtausfall« allein in den beiden Monaten Juni/Juli 1918 an der Westfront betrug über 370000 Mann. Zu Stalingrad vgl. Manfred Kehrig, *Stalingrad. Analyse und Dokumentation einer Schlacht*. Stuttgart 1974, S. 670ff., Anlage 14.

- ⁹⁹ Nether, *Der seelische Zusammenbruch* (wie Anm. 38), S. 6f. Vgl. auch Kronprinz Rupprecht, *Kriegstagebuch* (wie Anm. 10). Bd. 2, S. 396.
- ¹⁰⁰ Nether, *Der seelische Zusammenbruch* (wie Anm. 38), S. 22. Ludendorff, *Kriegserinnerungen* (wie Anm. 30), S. 493.
- ¹⁰¹ Ritter, *Staatskunst* (wie Anm. 2), S. 393ff. und 443f.
- ¹⁰² Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 6, S. 4, vgl. auch Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 3, S. 12f.
- ¹⁰³ Vgl. den Bericht des Generalmajors v. Kemnitz von Ende September, in: Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 476, S. 1287f., Anm. 2, sowie die Angabe für den Bereich der Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht für Anfang November, in: *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 699 (Bataillons-Gefechts-Stärke = 150 Mann).
- ¹⁰⁴ Bundesarchiv-Militärarchiv Freiburg, Nachlaß Otto v. Below N 87/2, Bericht des Kommandierenden Generals des 51. Korps, Generalleutnant Hans v. Below, vom 12. 10. 1918; vgl. auch *Der Weltkrieg* (wie Anm. 6), S. 643. Die Stärke einer normalen Infanterie-Division lag Ende März 1918 zwischen 11000 und 13000 Mann, vgl. Sanitätsbericht (wie Anm. 17). Bd. 2, S. 57ff.
- ¹⁰⁵ Vgl. die Zusammenstellung aus den Akten des Heeresarchivs in: Philipp, *Die Ursachen* (wie Anm. 5). Bd. 6, S. 321ff.
- ¹⁰⁶ Vgl. Müller, Beck (wie Anm. 65), S. 326.
- ¹⁰⁷ Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 465, S. 1250, Anm. 13.
- ¹⁰⁸ Vgl. hierzu und zum folgenden Gerald D. Feldman/Eberhard Kolb/Reinhard Rürup, *Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des Ersten Weltkrieges (1917–1920)*, in: *Politische Vierteljahresschrift* 13 (1972), S. 84ff.
- ¹⁰⁹ Kurt Riezler, *Tagebücher. Aufsätze. Dokumente*. Hrsg. von Karl Dietrich Erdmann. Göttingen 1972, S. 183.
- ¹¹⁰ Ebd.
- ¹¹¹ Thaer, *Generalstabsdienst* (wie Anm. 24), S. 234.
- ¹¹² Groener vor den Bevollmächtigten zum Bundesrat am 9. 11. 1916, vgl. Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14), Nr. 198, S. 513.
- ¹¹³ Wolfgang J. Mommsen, *Die deutsche Revolution 1918–1920. Politische Revolution und soziale Protestbewegung*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 4 (1978), S. 389f. Vgl. auch Klaus Schwabe, *Äußere und innere Bedingungen der deutschen Novemberrevolution*, in: Michael Salewski (Hrsg.), *Die Deutschen und die Revolution*. Göttingen 1985, S. 320ff. sowie Wilhelm Deist, *Die Unruhen in der Marine 1917/18*, in: *Marine-Rundschau* 68 (1971), S. 325ff.; ders., *Auflösungserscheinungen in Armee und Marine als Voraussetzungen der deutschen Revolution*, in: *Vorträge zur Militärgeschichte*. Bd. 2. Herford 1981, S. 35ff.
- ¹¹⁴ Ernst-Heinrich Schmidt, *Heimatheer und Revolution 1918. Die militärischen Gewalten im Heimatheer zwischen Oktoberreform und Novemberrevolution*. Stuttgart 1981, S. 433.
- ¹¹⁵ Vgl. die Auszüge aus den Aufzeichnungen über die Pressebesprechungen vom 23. 7., 13. 8. und 4. 10. 1918 bei Deist, *Militär und Innenpolitik* (wie Anm. 14),

Nr. 463, S. 1234 ff.; Nr. 465, S. 1247 ff.; Nr. 480, S. 1300 ff.; sowie den aufschlußreichen Bericht des Aufklärungsoffiziers im Bereich des XIII. AK über die »Stimmung« vom 16. 9. 1918, ebd., Nr. 365, S. 961 ff. sowie die Berichterstattung des preußischen Kriegsministeriums vor dem Hauptausschuß, Schiffers / Koch / Boldt, Hauptausschuß (wie Anm. 10), S. 2099 ff., 2293 ff. und 2306 ff.

¹¹⁶ Vgl. hierzu Erich Matthias / Rudolf Morsey, Die Regierung des Prinzen Max von Baden. Düsseldorf 1962, Nr. 14, S. 44, Anm. 3.

¹¹⁷ Deist, Militär und Innenpolitik (wie Anm. 14), Nr. 319, S. 796, Anm. 35. Er hatte dabei Bethmann Hollwegs Politik, nicht irgendeine sozialistische Propaganda im Auge.

¹¹⁸ Thaer, Generalstabsdienst (wie Anm. 24), S. 235.

¹¹⁹ Werner Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: Werner E. Mosse (Hrsg.), Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923. Tübingen 1971, S. 440. Claß formulierte im Verlauf der Sitzung an anderer Stelle: »Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist's, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht!«

Verteidigung der Weimarer Demokratie

Einheit der Arbeiterklasse zur Rettung der Weimarer Republik? Zur Kritik eines Mythos

von Arnold Sywottek

I

Alles grundsätzlich Wichtige zum Thema »Einheit der Arbeiterklasse« scheint gesagt: Sie bildete – in Deutschland wie in anderen Ländern – nie eine handlungsfähige politische Einheit.¹ Nur ein Teil der sozialstatistisch als Arbeiter einstuftbaren Bevölkerung ordnete sich jeweils den Organisationen ein und den Führungsgruppen unter, die beanspruchten, die Arbeiter zu repräsentieren, viele Arbeiter legten sich politisch nicht oder nur zeitweilig fest, nicht wenige schlossen sich Verbänden an, für die klassenübergreifende Zwecke vor solchen der Klassenbindung rangierten, und sogar die Organisationen, die sich als Bewegungen der Arbeiterklasse darstellten, verstanden sich nicht zu gemeinsamem Vorgehen, als gerade ihnen 1933 ihre politischen Existenzbedingungen in Frage gestellt und schließlich entzogen wurden. Selbst Verbände, die im grundsätzlichen Bekenntnis übereinstimmten, lebten zunächst und vor allem ihr Eigenleben; das Verhältnis zwischen der Sozialdemokratischen Partei und den seit 1919 zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Freien Gewerkschaften ist wohl das historisch bedeutsamste Beispiel für das Gewicht dieses Eigenlebens.² Am Verhältnis der »sozialistischen« Konsumgenossenschaften, von denen sich viele 1918/19 von der Sozialisierung oder Kommunalisierung bedroht sahen,³ zu anderen sozialistischen Orga-

nisationsbestrebungen läßt sich besonders gut zeigen, daß die Arbeiterklasse als Handlungsfeld mit im Prinzip zweckmäßiger arbeitsteiliger Verbandsgliederung weithin unbekannt geblieben oder unübersichtlich geworden war, als das Kaiserreich zusammenbrach und hektischer Aktivismus von Massenbewegungen das Verhalten der Arbeiter zu charakterisieren schien. Die Breite dieser Bewegungen läßt deutlich werden, daß das längere Zeit gängige Bild von der Arbeiterklasse als disziplinierter und organisierter sozialistischer Subkultur nur einen kleinen Teil der Arbeiterklasse erfaßte und nur einen Aspekt, den der politisch *organisierten* Gesellschaft im nationalen Rahmen, spiegelte.⁴

Zu den unbekanntem Feldern kann kaum mehr die Zusammensetzung der deutschen Arbeiterklasse gerechnet werden, die vor einigen Jahren als Ausdruck für »Spaltungen« der Arbeiterklasse der Weimarer Republik entdeckt worden ist.⁵ Von der Spaltung in beschäftigte und beschäftigungslose Arbeiter abgesehen – sie war den Zeitgenossen auch als politisches Problem vertraut –, sind sozialstatistische Differenzierungen in gelernte, an- und ungelernete, in mehr handwerklich und mehr in maschinisierten Prozessen der Großproduktion tätige sowie männliche und weibliche Arbeiter für das politische Verhalten der Arbeiterklasse insgesamt wohl nur von nachrangiger Bedeutung gewesen; auf jeden Fall erscheint es problematisch, sie unter den Begriff der Spaltung zu subsumieren, der eine Einheit oder auch nur Homogenität für die Zeit davor suggeriert, die in der Wirklichkeit nicht vorhanden war. Analysen des politischen Verhaltens von Arbeitern in einzelnen Regionen über die Umbrüche und Einschnitte wie den Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 und die Revolution ab Ende 1918 hinweg⁶ lassen demgegenüber erkennen, daß eher ein Geflecht aus politischen Faktoren, Organisationstraditionen und einzelne Personen das Erscheinungsbild der Arbeiterbewegung prägte. Solche zuweilen milieutheoretisch verdichteten Darstellungen örtlicher Arbeiterbewegung reichen zwar nicht hin, um »Klassenhandeln« im Reichsmaßstab zu erklären, haben aber den Vorzug erfahrungsnaher Nachvollziehbarkeit politischer Aktivität und lassen es geraten sein, von der Arbeiterklasse als Handlungssubjekt allenfalls im Sinne sich zeitweilig bündelnder Interaktionen zu sprechen. Der Begriff »Arbeiterklasse« bezeichnete kaum mehr als einen sozialen Bezugshorizont für die politische Programmatik und die Legitimation in Verbänden, die sich der Vertretung von Arbeiterinteressen widmeten. Seine emphatische Qualität erhielt der Begriff durch das mit ihm verbundene Gesellschaftsbild vom »Klassenkampf«, das die Veränderung der bestehenden Verhältnisse zugunsten der Arbeiter versprach bzw. androhte. Gegen die Vertreter dieses Gesellschaftsbildes und die Organisatoren des Klassenkampfes – mochten sie diese Vokabel nun ständig im Munde führen oder

nicht – richteten sich die Abwehrbemühungen derer, die sich vom Veränderungswillen negativ betroffen sahen oder glaubten.

Solche Überlegungen sollen verdeutlichen, daß Analysen, die von der Hypothese eines zielgerichteten Klassenhandelns ausgehen, Gefahr laufen, die vergangene Wirklichkeit zu verfehlen. Unbestreitbar ist zwar, daß diese Vorstellung in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik Resonanz fand; indes hat die Geschichtsanalyse, will sie über eine nachträgliche Strategiediskussion, die in der Regel bei politischen Rechtfertigungen und Schuldzuweisungen endet, hinausgelangen, solche handlungsleitenden und -begleitenden Vorstellungen stets in ihrer Konkurrenz zu anderen Parolen und Handlungsmustern zu fassen. Parteinahme im Sinne der Traditionen, die analysiert werden, ist damit keineswegs ausgeschlossen, sondern kann allein so für die Gegenwart angemessen historisch begründet werden. Neuerdings ist mit der These vom »Abschied von der Proletariat« der deutschen Arbeiter überdies eine gesellschaftsgeschichtliche Deutungsperspektive vorhanden, die geeignet scheint, den bisher oft nur schwer aufzuweisenden Zusammenhang zwischen der ökonomischen Lage der Arbeiter und ihrem politischen Verhalten inner- und außerhalb der Arbeiterbewegung makrosoziologisch zu formulieren. Demgegenüber erweisen sich Rückgriffe auf strategische Denkmuster vergangener Jahrzehnte – dazu gehört vor allem der klassenbezogene »Hegemonie«-Begriff – allenfalls zur historisch-kritischen Programmanalyse tauglich.⁷

Die nachträglichen Strategiediskussionen sind geführt, die politisch Verantwortlichen für das nahezu kampflose Hinübergleiten der organisierten Arbeiterbewegung ins »Dritte Reich« scheinen bezeichnet: die Führer der sozialdemokratischen Organisationen, die kampfbereiten Gruppen an der Basis ihrer Verbände keine Signale für Aktionen gegeben hätten, und die Führer der KPD, die die politische Desorientierung ihrer Anhänger, gestützt auf das Einvernehmen mit »Moskau«, fortgesetzt hätten.⁸ Freilich wird die Frage, ob ein anderes Verhalten der Arbeiterorganisationen das »Dritte Reich« hätte verhindern können, zunehmend skeptisch beantwortet,⁹ und als Maßstab der Kritik gewinnt das Argument an Gewicht, ein weniger ruhmloses Ende der deutschen Arbeiterbewegung 1933 hätte ihr nach der Zerschlagung des »Dritten Reiches« einen leichteren Stand verschafft.¹⁰ Die Vorstellung, erst die politische Spaltung der Arbeiterbewegung habe das »Dritte Reich« oder den Faschismus ermöglicht, scheint dennoch wenig von ihrer Anziehungskraft verloren zu haben.¹¹

Wenn hier auch keine unbekanntenen Sachverhalte ausgebreitet werden können, so soll doch versucht werden darzulegen, daß die Entwicklung der Weimarer Republik für ein solches einheitsorientiertes Verhalten der Arbeiterorganisationen keine Voraussetzungen bot. Dazu ist es zweckmäßig,

an einige fundamentale Gegebenheiten der ersten deutschen Republik zu erinnern, die bei der naheliegenden Fixierung auf die entstehende, aus der Republik herauswachsende nationalsozialistische Diktatur offenbar leicht aus dem Blick geraten können. Zu betonen sind dabei besonders Funktionsmechanismen, Handlungs- und Verantwortungshorizonte im Weimarer Staat, die in gesinnungs- und sozialgeschichtlichen Betrachtungen nicht immer den angemessenen Stellenwert erhalten.¹²

II

Die gängige Formel von der »Republik ohne Republikaner«¹³ gibt zwar eine auf den ersten Blick überzeugende Antwort auf die Frage nach dem Maß des Rückhalts, den der Weimarer Staat bei seinen Bürgern hatte, entspringt aber wohl einem utopischen Modell. Abgesehen davon, daß die Formel eher »Republik ohne Demokraten« lauten müßte, wäre vor allem zu klären, wieviel Demokraten eine demokratische Republik zur Stabilität benötigt und welches Verhalten diese Bürger dafür an den Tag legen müssen. Ungefähr ein Drittel der zur politischen Entscheidung zugelassenen Deutschen stimmte bis ans Ende der Republik bei Wahlen für jene Parteien, die als republiktreu galten oder doch wenigstens die Abschaffung der Republik nicht als aktuelle Forderung propagierten – ein Anteil an offensichtlich republikloyalen Bürgern, der angesichts der Krise des zeitgenössischen Vertrauens in die Leistungsfähigkeit liberaler, vernunftbestimmter Regelungen des Zusammenlebens eher als stark denn als schwach zu bewerten ist.¹⁴ Auch die gelegentlich formulierten Vorbehalte gegen manche einflußreiche Angehörige der politisch-kulturellen Elite als »Vernunftrepublikaner« erscheinen im Rückblick, bei dem es ja nicht mehr um die Wandlung dieser »Vernunftrepublikaner« in »Herzendsdemokraten« geht, unangemessen.¹⁵ Hätte es doch mehr »Vernunftrepublikaner« in Positionen mit politischer Verantwortung gegeben! Es wäre ihre Aufgabe gewesen, die Bereitschaft zur politischen Teilhabe bei der Bevölkerung der Weimarer Republik nicht in einem Übermaß an »negativer Partizipation«¹⁶ enden zu lassen, die schließlich jenen Notstand zum Dauerzustand werden ließ, für den die Väter der Weimarer Verfassung mit einem durchaus angemessenen und bis heute üblichen Mittel der klassischen Staatslehre Vorsorge getroffen zu haben glaubten: mit der befristeten Diktatur des demokratisch legitimierten Reichspräsidenten.¹⁷

In neueren Erörterungen über die Vorgeschichte und die Bedingungen der nationalsozialistischen Diktatur erscheint das damit verbundene Problem

der formalen Verantwortungsverteilung im demokratisch-republikanischen Staat oft ein wenig verwischt. Historisch-politisch geschont wird dadurch unter der Hand besonders der seit 1925 amtierende Reichspräsident, der kaiserliche Feldmarschall Paul von Hindenburg, von dem nicht nur keine Impulse zur Regenerierung der Republik als demokratischer Lebensform ausgingen, sondern der im Gegenteil darauf hinwirkte, die demokratische Republik durch einen autoritären Staat zu ersetzen. Als Privatmann war er großagrarisches antisozialistisches Interessen verpflichtet, als Soldat stand er der Reichswehr nahe in ihrer mindestens skeptischen Distanz zur Republik, und als Monarchist war er eher Antirepublikaner; auch unter seinen Beratern fanden sich kaum für die bestehende Republik engagierte Demokraten.¹⁸ Woher sollten sie auch kommen? »Das Gros der industriellen Elite« z. B. hatte, wie Lothar Albertin treffend formuliert hat, »die politische Elite der Weimarer Demokratie in ihrer Verantwortung für das System schon früh allein und schließlich im Stich« gelassen, und in dieser politischen Elite waren die Demokraten eindeutig in der Minderheit.¹⁹ Auch der als strenger Legalist geltende Reichskanzler Brüning bekannte sich im nachhinein dazu, eine autoritäre Monarchie angestrebt zu haben.²⁰

Die Bereiche institutionen- und organisationsgebundener Verantwortung für den Erhalt der Republik im einzelnen abzuschreiten, ist hier nicht der Platz. Betonenswert erscheint jedoch, daß die Lösung finanztechnischer Probleme dabei von zentraler Bedeutung war – ein Politikfeld, das sich für die ins einzelne gehende öffentliche Beratung nur wenig eignet und in der Regel Experten mit Verwaltungseinblick überlassen bleibt. Auf welche Weise sich die äußerlich funktionsfähige Parteiendemokratie in dem drei Fünftel des Reichs umfassenden Bundesland Preußen mit der autoritär verordneten Reichspolitik gerade in diesem Feld des traditionellen staatlichen Verwaltungshandelns verwickelte, hat Hagen Schulze am Verhältnis zwischen dem sozialdemokratischen preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun und dem Zentrumspolitiker und Reichskanzler von Hindenburgs Gnaden, Heinrich Brüning, treffend veranschaulicht.²¹ Zu Beginn der 30er Jahre standen nicht nur die Normen der politischen Kultur der Parteiendemokratie, sondern auch die staatlich-administrativen und legislativen Regelmechanismen der Republik zur Disposition. Es scheint bezeichnend, daß diese Regelmechanismen mit dem von der Reichsregierung initiierten Staatsstreich in Preußen im Juli 1932 verändert wurden, bevor ab 1933 eine Transformation der politischen Kultur platzgriff, die in ihren Formen und in ihrem Ergebnis sicherlich im Jahr 1932 keine Zustimmung der Mehrheit gefunden hätte, schien sie doch zunächst die revolutionäre Mobilisierung und nicht die allenthalben ersehnte Ordnung zu bringen.

Betont werden muß jedoch in diesem Zusammenhang, daß seit 1929/30 das Bestreben der Kreise, die auf Hindenburg Einfluß hatten, darauf gerichtet war, die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung, besonders die SPD, von der Teilhabe an der Regierungsverantwortung fernzuhalten – der Staatsstreich in Preußen galt einer letzten wichtigen Bastion dieser sozialdemokratischen Verantwortung –, und daß besonders Heinrich Brüning versuchte, die seit 1930 in ihrem parlamentarischen und außerparlamentarischen Gewicht beträchtlich gewachsene NSDAP für eine Stützung der Regierung zu gewinnen. Diesen Bemühungen um die Einbindung der antirepublikanischen Rechtsradikalen in die Verantwortung für den bestehenden Staat konnte kein Erfolg beschieden sein, weil die NSDAP darauf bedacht war, die ganze Macht allein zu erhalten oder doch mindestens das politisch-symbolisch wichtige Reichskanzleramt, mit dem Adolf Hitler schließlich am 30. Januar 1933 betraut wurde. Zwar hatte es Ende 1932 eine Sondierung für das Konzept einer auf die Zustimmung der Gewerkschaften gestützten Militärdiktatur (ohne Parteien) gegeben,²² diese Episode unterstrich jedoch nur, daß der Staatsführung der Wille fehlte, ihre Politik durch Parteien demokratisch legitimieren und sichern zu lassen.

Diese erklärtermaßen gegen die größte republikanische Partei, die SPD, gerichtete Haltung hatte sich auch nicht geändert, als die Empfehlung der SPD, Hindenburg für weitere sieben Jahre im Amt zu bestätigen, die Präsidentenwahl vom 10. April 1932 zu dessen Gunsten entschied. Der Staatsstreich in Preußen war gewissermaßen der »Lohn« für diese Haltung der SPD gewesen. Hier war unübersehbar, daß die zeitgenössisch und im nachhinein oft kritisierte Tolerierungspolitik der SPD, die an politische Selbstverleugnung zu grenzen schien, tatsächlich der nüchternen Einsicht entsprach, daß ihr keine praktische Alternative mehr Einfluß zu sichern vermochte. Es war der Versuch aktiver Politik zur Erhaltung der Staatsform, die allein die Möglichkeit zur Entfaltung demokratischer Kultur bot.²³

Dieser Konstellation im politischen Entscheidungsfeld der Führungsrekrutierung und Regierungsbildung auf Reichsebene entsprach im sozial-ökonomischen Bereich das Verhältnis zwischen den größten Interessenvertretungen der Arbeiter, den Freien Gewerkschaften, und den Arbeitgebern, das hier aber zu einem eher anpassungsbereiten Verhalten der Arbeiterseite führte. Die organisierte Arbeiterbewegung war – das haben neuere Forschungen zur Gesellschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung der Weimarer Republik überzeugend herausgearbeitet – ihrem ökonomischen Widerpart strukturell unterlegen. Seit der oberflächlichen Konsolidierung der Volkswirtschaft nach der Inflation war diese Unterlegen-

heit durch die staatliche Zwangsschlichtung bei Tarifstreitigkeiten ein wenig gemindert, der Einbruch der wirtschaftlichen Konjunktur 1929 machte sie jedoch erneut sichtbar, nachdem die schwerindustriellen Arbeitgeber schon 1928 im sog. »Ruhreisenstreit« ihre Stärke demonstriert hatten.²⁴

Die mit der durchschlagenden Weltwirtschaftskrise beginnende Massenarbeitslosigkeit ließ dann auch auf sozialdemokratischer und freigeberkschaftlicher Seite jene Zweckprognosen eines krisenfreien, wirtschaftsdemokratisch kontrollierten, staatlich »organisierten Kapitalismus« verblassen, mit denen diese Verbände 1927/28 versucht hatten, die eigene Mitgliedschaft auf verstärkte Ansprüche hinsichtlich der Beteiligung an den staatlichen Lenkungsinstanzen der Wirtschaft vorzubereiten.²⁵ Entgegen diesen nicht nur in SPD und Gewerkschaften geformten Modellen der wirtschaftlichen Entwicklung, die auf eine deutlich »durchstaatlichte« Ordnung hinausliefen, hatten die Unternehmersprecher auf dem Prinzip der unternehmerischen Autonomie beharrt,²⁶ und es ist noch nicht voll ausgeleuchtet, wie sich hier die einzelnen Stränge und Kalküle der Überlegungen verschränkten. Die Diagnosen und Prognosen über die Veränderungen der kapitalistischen Wirtschaft in Richtung auf korporative Ordnung und staatliche Lenkung trafen sich mit schemenhaften Modellen einer autoritär-»organisch« gedachten politischen bzw. »Selbstverwaltungs«-Ordnung, die jene Konzepte des Pluralismus und der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit hinter sich ließen, die in den Jahren zuvor als normative Beschreibungen des Status quo entstanden waren. Sie wurden erst Jahrzehnte später wiederentdeckt, nachdem sie in der Bundesrepublik zunächst gewissermaßen blind erneut praktiziert worden waren – jetzt unter dem Slogan »Sozialpartnerschaft«.²⁷

III

Angesichts der hier angedeuteten strukturellen Unterlegenheit der im Prinzip als republikloyal geltenden Arbeiterorganisationen SPD und ADGB gegenüber ihren sozialökonomisch gebundenen, in ihrer Republikloyalität minder verlässlichen Widerparten, die schon vor dem Abgleiten der Republik in die Dauerkrise zutage trat, erscheint das Argument, die »Spaltung« der Arbeiterbewegung sei die Ursache für die Schwäche der Weimarer Demokratie gewesen, in einem flackernden Licht. Denn die so oft verbal beschworene »Einheit« oder »Einigkeit der Arbeiterklasse« war vor 1933 nur um den Preis der Aufgabe der Republik zu haben gewesen. Es gibt mittler-

weile wohl keinen grundsätzlichen Streit mehr darüber, daß die besonders oft mit derartigen Parolen agitierenden Kommunisten genau darauf zielten, wenn sie die »Einheitsfront« forderten,²⁸ und auch den linken Splitterparteien war in erster Linie an einer nicht nur in ihrer Praxis, sondern auch in ihren Normen anderen Republik gelegen.²⁹ Erst 1935 erkannte die KPD die Republik von Weimar im Rückblick prinzipiell als verteidigungswert an.³⁰

Es ist deshalb bezeichnend, daß auf sozialdemokratischer Seite das Problem der »Einheit der Arbeiterklasse« *grundsätzlich* erst nach dem Ende der Republik erörtert wurde. Zu denken ist dabei besonders an das »Prager Manifest«, das der ins Exil gegangene Teil des SPD-Vorstands (SOPADE) im Januar 1934 verabschiedete. Es sollte als Dokument für den Willen *dieser* Sozialdemokraten gelesen werden, »die Arbeiterklasse in einer politischen Partei des revolutionären Sozialismus zu einigen«. ³¹ Kalkül und Wirkung der Erklärung intensiv zu diskutieren, ist hier nicht der Platz; die auf den Erhalt der Sozialdemokratie gerichtete Absicht der politischen Argumentation ist unverkennbar. Bemerkenswert ist jedoch, daß die Loyalität der SPD gegenüber der Republik nicht verteidigt wurde, sondern als Folge des »schwere[n] historische[n] Fehler[s]« erscheinen konnte, »den die während des Krieges desorientierte deutsche Arbeiterbewegung« begangen hätte, – des Fehlers der SPD nämlich, »den alten Staatsapparat« 1918 fast unverändert »ohne Widerstand« übernommen und die Staatsführung »von vornherein mit den bürgerlichen Parteien, mit der alten Bürokratie, ja mit dem reorganisierten militärischen Apparat« geteilt zu haben. Zwar nicht ausdrücklich entschuldigt, aber doch andeutungsweise erklärt wurde diese Haltung mit dem Hinweis darauf, daß das kaiserliche Regime »nicht durch den organisierten und gewollten revolutionären Kampf der Arbeiterklasse, sondern durch die Niederlage auf den Schlachtfeldern beseitigt« worden sei – eine Sicht der Vergangenheit, die kaum dem Selbstverständnis der angesprochenen linken Gruppen gerecht geworden sein dürfte, die zumindest eine »erste Etappe« der Revolution 1918/19 als ihren Erfolg verbuchten.³² Nichtsdestoweniger waren damit aber auch »Gründe der Spaltung« der sozialistischen Arbeiterbewegung, die künftig »nichtig« werden würden, angedeutet, auf die an anderer Stelle abstrakt hingewiesen wurde. Bezeichnend erscheint die Mischung aus Postulat und Diagnose, mit der die neue Haltung begründet und bekräftigt wurde: Die »neue Situation« schließe »jede Wiederholung« des Fehlers von 1918 aus; der »totale Staat« sei nur durch die »totale Revolution« überwindbar; »im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur« gebe es »kein Kompromiß« und sei »für Reformismus und Legalität keine Stätte«. Die »Einigung der Arbeiterklasse« werde »zum Zwang, den die Geschichte selbst« auferlege.

Mit solchen Wendungen griff die SOPADE – erklärtermaßen situa-

tionsbedingt – auf Geschichtsvorstellungen, politische Denkmuster und Bewertungsmaßstäbe zurück, die größtenteils zum »klassischen« Argu-
mentereservoir der marxistisch inspirierten Arbeiterbewegung gehörten und mit denen vor allem die von der SPD abgespaltenen und gegen sie agitierenden Gruppen ihre Haltung begründet hatten. Freilich blieb die detaillierte Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen im »Prager Manifest« ausgespart, sie wurde gleichsam ersetzt durch das Glaubensbekenntnis und die Erklärung, künftig im Sinne seiner Verheißungen zu handeln. Damit wurde auch vermieden, auf jene Vorwürfe einzugehen, die in den abgespaltenen Gruppen aufgrund der Erfahrungen mit dem konkreten Verhalten der SPD seit der »Desorientierung« formuliert worden waren. Als ein Beispiel dafür sei Willi Münzenberg, Mitglied des Zentralkomitees der KPD und Reichstagsabgeordneter, zitiert, dem mindestens für spätere Jahre ein gewisses Maß an eigenständigem Urteil bescheinigt wurde.³³ Münzenberg schrieb im Februar 1932: Seit 1914 sei »die objektive Rolle der SPD« eine »klare arbeiterfeindliche, konterrevolutionäre. Die Politik der SPD« habe »nicht nur dem deutschen Imperialismus den Krieg 1914–1918 erleichtert, sondern 1918 zu der Rettung und Erhaltung des kapitalistischen Systems in Deutschland geführt«. Die Partei sei durch den »Verrat« am alten »sozialistischen Programm« und die dadurch ausgelöste »Enttäuschung der Massen« nicht nur »objektiv Schuld an dem Aufkommen der nationalsozialistischen Bewegung«, sondern habe »durch ihre konterrevolutionäre Politik und im engen Bündnis mit der deutschen Bourgeoisie« jede Phase »der Faszisierung der bürgerlichen deutschen Republik mitgemacht, diese Entwicklung ermöglicht und wesentlich gefördert«.³⁴

Dies war alles nicht originell und gehörte zum Arsenal der propagandistischen Argumente, mit denen die KPD seit 1924 versuchte, die Sozialdemokratie bei den Arbeitern zu diskreditieren und die sozialdemokratische Mitgliederschaft von ihrer Führung zu isolieren. Bemerkenswert war allerdings die Konsequenz, die Münzenberg aus diesen Erfahrungen für die Diagnose der Situation und das Verhalten der KPD zog: Er warnte ausdrücklich vor einer Überschätzung der NSDAP und der Konzentration des Kampfes auf sie, wie dies Leo Trotzki kurz zuvor empfohlen hatte. Die These von einer möglichen Herrschaft Hitlers für zehn bis zwanzig Jahre könne nur jemand aufstellen, der den Glauben an die revolutionäre Arbeiterklasse und an den Kommunismus aufgegeben und die Verbindung mit ihr verloren habe. Die deutschen Arbeiter mit der fast achtzigjährigen Tradition einer klassenkämpferischen Arbeiterbewegung und den Erfahrungen der revolutionären Kämpfe von 1918, 1919 und 1923 ausgerüstet, »geführt von einer kommunistischen Massenpartei, welche in ihrer fünfzehnjährigen Entwicklung sich von allen sozialdemokratischen und opportunisti-

schen Elementen reinigte und sich leninistisch-stalinistisch festigen konnte«, würden gegen die faschistische Diktatur eine beachtliche Kraft entwickeln. »Sooft man auch bürgerliche, kleinbürgerliche und sozialdemokratische Stimmen über die Möglichkeit eines Sieges des Nationalsozialismus in Deutschland« höre, immer vernehme man »gleichzeitig den Nachsatz: ›Aber nach Hitler kommt der Kommunismus«. Aber das wäre unmöglich, wenn die kommunistische Partei ihre bisherige Taktik ändern würde, dem Ratschlag von Trotzki folgen und dem Verbrechen einer Blockbildung mit den Sozialdemokraten zustimmen« sollte. »Nichts könnte die deutsche Arbeiterklasse und den deutschen Kommunismus so treffen und so schädigen und den Faschismus so fördern wie die Durchführung eines solchen verbrecherischen Vorschlages.«

Die Ausführungen Münzenbergs sollen hier nicht mit der gerade gültigen Ausformung der »Generallinie«³⁵ verglichen werden. Es geht nur darum, Muster und Stil der grundsätzlichen Argumentation der KPD gegen Ende der Weimarer Republik beispielhaft zu illustrieren. Deutlich wird, daß der von kommunistischer Seite auch in diesem Artikel benutzte Begriff »Einheitsfront« – er bezog sich hier auf »Arbeiter, Angestellte, Kleinbauern und Mittelschichten« – eindeutig und ausschließlich an die KPD gebunden war, die sich gewissermaßen als Anwalt der von der SPD enttäuschten Massen sah und eher auf ihren Sieg setzte als auf die Verteidigung der Republik, die die Sozialdemokratie zu diesem Zeitpunkt – vor der Wiederwahl Hindenburgs – zur Hauptaufgabe erklärte.

Daß diese Differenz in den Auffassungen über ihre Aufgabe die beiden Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung auch schon zu einer Zeit trennte, als noch nicht der sog. »ultralinke« Kurs der KPD angesagt war, läßt sich an einer Situation in Hamburg 1927 zeigen, wo SPD und KPD zusammen über 55 % der Wählerstimmen bei der Wahl des Landesparlaments, der Bürgerschaft, auf sich gezogen hatten. Der sozialdemokratische Spitzenkandidat erklärte seinen Anhängern, die »proletarische Mehrheit« sei zwar da, doch sei sie »unbrauchbar«, weil die »Kommunisten keine Arbeiterpartei« seien, sondern »Verräter« und »korrupte Abenteurer«. Die KPD-Führung andererseits warf der Hamburger SPD vor, daß sie, »um die Koalition mit dem Bürgertum zu sichern ... keine Arbeiterforderungen durchführen« wolle, die von kommunistischer Seite als Bedingungen für die Tolerierung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung in Hamburg gestellt worden waren; ihr Vorsitzender Ernst Thälmann soll bei dieser Gelegenheit die KPD als »staatsvernichtende Partei« bezeichnet haben.³⁶

Das oben angerissene Problem der Verantwortung war hier zwar vereinfacht und mit der in sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Kreisen nicht selten anzutreffenden moralischen Überheblichkeit, trotz-

dem aber deutlich formuliert: die Bindung der SPD an die Normen der bestehenden Staatsordnung und die der KPD ausschließlich an die als revolutionäres Potential beurteilten Arbeiter (»Abenteurer«) sowie an die Sowjetunion als außernationalen politischen Faktor (»Verräter«). Es gab nur wenige Situationen in der Geschichte der Weimarer Republik, die eine vergleichbare Konstellation boten und in denen theoretisch die Möglichkeit bestand, der »Einheit der Arbeiterklasse« politisch-symbolisch dadurch Ausdruck zu geben, daß ihre wichtigsten Parteien gemeinsam regierten; doch beide Seiten zeigten sich daran praktisch nicht interessiert.

Die »Arbeiterforderungen« der KPD richteten sich in Hamburg u. a. auf bewaffnete Formationen – eine Forderung, an der vier Jahre zuvor die ersten und einzigen für kurze Zeit amtierenden »Arbeiterregierungen« in Sachsen und Thüringen gescheitert waren. Allerdings waren für dieses Scheitern nicht die dortigen kommunistischen und sozialdemokratischen Landespolitiker verantwortlich gewesen, sondern die Reichsregierung (mit sozialdemokratischer Beteiligung) und der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert.³⁷

Die dabei praktizierte »Einheitsfront«-Politik der KPD ist im Rückblick als Muster für eine mögliche Alternative kommunistischen Verhaltens auch in den letzten Jahren der Weimarer Republik erwogen worden³⁸ – ein fragwürdiges Modell: Denn die »Arbeiterregierungen« waren nach massiven Bemühungen der KPD entstanden, die zuvor amtierenden sozialdemokratischen Minderheitsregierungen zu stürzen – ein Ziel, das die KPD-Führung auch im Sommer 1931 anstrebte, als sie sich der von den Rechtsparteien begonnenen Kampagne zum Volksentscheid gegen die preußische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Otto Braun (SPD) anschloß.³⁹ Außerdem hatten die »Arbeiterregierungen« den sogenannten »deutschen Oktober« stützen sollen – den von der Kommunistischen Internationale gelenkten Aufstand, der, offensichtlich aus Gründen mangelnder Verständigung, nur von den Hamburger Kommunisten begonnen wurde und, zwangsläufig, mißlang.⁴⁰ Als Handlungsmuster sind diese »Einheitsfront«-Regierungen von der KPD im Rückblick übrigens nie positiv bewertet worden, sie dienten eher als Beispiele dafür, wie sich »Einheitsfronten« nicht verhalten sollten.⁴¹

Ab 1924/25 war die KPD dann vorwiegend mit parteiinternen Problemen beschäftigt. Die Konsolidierung mit dem Ziel, langfristig die »Mehrheit der Arbeiterklasse« zu organisieren, wurde zum Inhalt der als »Bolschewisierung« bezeichneten Transformation der Partei zu einem bürokratisch zentral gesteuerten, der Weisung der Kominternführung bis in Einzelheiten unterstellten Verband.⁴² Die Diagnose einer (weltweiten) »revolutionären Ebbe« begleitete diesen Prozeß bis 1928; die sichtliche Erholung

der deutschen Volkswirtschaft und der Mitgliederrückgang bei allen Arbeiterorganisationen entsprachen dieser Lagebeurteilung.⁴³ Zwar war auch in diesem Zusammenhang die »Einheit« bald wieder ein gängiges Argument der alltäglichen KPD-Agitation, doch wurde sie von den anderen sozialistischen Organisationen so empfunden, wie sie begründet wurde: als Versuch, die Funktions- und Integrationsfähigkeit der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung zu untergraben. Ob die Arbeiterklasse dadurch insgesamt geschwächt wurde, erscheint jedoch als offene Frage, der hier nicht nachgegangen werden kann.⁴⁴ Die SPD jedenfalls – von Stalin 1924 als »Zwillingsbruder« der faschistischen Bewegung charakterisiert – näherte sich in ihrem Heidelberger Programm von 1925 nach der Rückkehr der Rest-USPD⁴⁵ wieder erkennbar jenen Denkfiguren, die in der deutschen Vorkriegssozialdemokratie zur Integration beigetragen, ihr jedoch 1921 im Görlitzer Programm nicht mehr als zweckdienlich gegolten hatten.⁴⁶ Wichtige, zu derartiger Programmformulierung und -auslegung fähige Theoretiker wie Karl Kautsky und Rudolf Hilferding hatten damals noch bei der USPD gestanden, und die SPD war offensichtlich besonders darauf bedacht, ihre Verbundenheit mit der noch unmittelbar bedroht erscheinenden parlamentarischen Republik zu bekräftigen.

IV

Der vergleichende Blick auf die Jahre 1920 bis 1925 kann deutlich machen, wie das Thema »Einheit der Arbeiterklasse« erst allmählich jene bisher skizzierte Dimension gewann, die ihm im Rückblick oft schon für diese Jahre zugeschrieben wird.⁴⁷ Die Reichstagswahlen vom Juni 1920 zeigten unmißverständlich, was sich zuvor schon in Kommunalwahlen angedeutet hatte, aber bis dahin noch als Abfolge spezieller lokaler Entwicklungen interpretiert werden konnte: Die SPD als traditionelle, Anfang 1919 in den Wahlen zur Nationalversammlung noch breit unterstützte Arbeiterpartei hatte beträchtlich an Rückhalt verloren, während die im Kriege abgespaltene USPD, die im Wahlkampf den Versuch der SPD, den »Bruderkampf« zu beenden, als »Einigungsrummel« abgetan hatte, erheblich gestärkt worden war und fast mit der SPD gleichzog.⁴⁸ Zwar war es ein Vierteljahr zuvor noch möglich gewesen, alle einflußreichen Arbeiterorganisationen zu gemeinsamen Loyalitätsbekundungen gegenüber der bestehenden Republik zu veranlassen, die dem Kapp-Lüttwitz-Putsch zum Opfer zu fallen schien,⁴⁹ doch hatte besonders der darauf folgende »Ruhrkrieg« die angebahnte Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen offensichtlich zu-

nichte werden lassen.⁵⁰ Wichtig erscheint, daß im März 1920 die Neigung in der USPD, die Partei der Kommunistischen Internationale anzuschließen, schon deutlich ausgeprägt war.⁵¹ Doch auch nach dem Beitritt eines großen Teils der USPD zur in Moskau zentrierten internationalen kommunistischen Bewegung, nach dem Zusammenschluß mit der KPD (die erst dadurch zur Konkurrenzpartei für die SPD wurde) und nach fehlgeschlagenen Putschaktionen im März 1921 hielt es die KPD noch 1922 für zweckmäßig, erneut ihre Loyalität gegenüber der Republik zu erklären.⁵²

Erst die mit dem Verbot der KPD 1923/24 einsetzende innenpolitische Ruhe im Zuge des beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs gab dann jenen Bemühungen der Organisationen Raum, die seit jeher in der sozialistischen Arbeiterbewegung vorhandenen zwei Tendenzen, die der reformorientierten Anpassungsbereitschaft und die der eher zum Protest neigenden Haltung, systematisch und dauerhaft zu binden. Die Protesttradition wurde jetzt allerdings von einer Massenpartei verkörpert, die vorwiegend Arbeitslose zu ihren Mitgliedern zählte – ein neues Phänomen in der deutschen Parteiengeschichte.⁵³ Bezeichnenderweise ging dies einher mit einer Schrumpfung aller Arbeiterorganisationen auf ihre – wenn man so will – Kernmitglieder. Folgen dieser Regression von der 1920 noch sichtlich als Massenbewegung agierenden Arbeiterbewegung zur disziplinierten, steuerbaren Mechanismen unterworfenen Organisation wurden 1925 spürbar, als sich die SPD zwar der KPD-Initiative für einen Volksentscheid zur Fürstenenteignung in der Forderung selbst anschloß, die Kampagnen für die Durchführung aber strikt getrennt gehalten wurden.⁵⁴ Ebenso bezeichnend war es, daß die Freien Gewerkschaften von einer Spaltung, wie sie bei den Parteien zutage getreten war, verschont blieben. Als 1929 dennoch eine eigenständige kommunistische Gewerkschaftsorganisation gegründet wurde, griff sie kaum über den Kreis der nach wie vor überwiegend arbeitslosen Parteimitglieder hinaus und nahm so gut wie keine der üblichen gewerkschaftlichen Funktionen wahr.⁵⁵

Die Einbindung in feste Arbeitsverhältnisse wird hier zwar nicht als zwingende Voraussetzung »positiver« Partizipation der Arbeiter sichtbar – die der Republik loyal gegenüberstehenden Arbeiterverbände verzeichneten am Ende von Weimar ebenfalls einen hohen Arbeitslosenanteil unter ihren Mitgliedern⁵⁶ –, doch war (und ist) dies zweifellos ein Faktor, der das Steigen »negativer« Partizipation hemmte.⁵⁷ Die unverkennbar stetige Mitgliederzunahme der KPD ab Mitte 1930 wird man deshalb nicht zuletzt auch der Tatsache zuschreiben müssen, daß das demonstrative Bekenntnis zur politischen Fundamentalopposition für die erwerbslosen Neumitglieder keine Nachteile im (Arbeits-)Alltag mit sich brachte. Daß die KPD trotz aller organisierten politischen Aktivität nicht als vollwertiger Ersatz

für sonstige Integrationsangebote galt, macht die hohe Fluktuation in der Mitgliedschaft dieser Partei deutlich: Sie band vor allem neues Protestpotential. Jugendliche und katholische Arbeiter sind hier zu nennen, aber auch eine beachtliche Zahl ehemaliger SPD-Wähler.⁵⁸ Die sich gleichzeitig als Protestpartei anbietende NSDAP erhielt aus Arbeiterkreisen dagegen erheblich weniger Zulauf; ein Einbruch in die Mitgliedschaft der Arbeiterorganisationen ist ihr kaum gelungen.⁵⁹

Wohl mit einigem Recht ist auch der USPD die Funktion zugeschrieben worden, zu Beginn der zwanziger Jahre einer weitverbreiteten Protestbereitschaft Rückhalt geboten zu haben.⁶⁰ Angesichts ihrer nur schwach ausgebildeten Lenkungsstrukturen, ihres schnellen Wachstums und ihrer kurzen Lebensdauer erscheint die USPD geradezu als Idealtyp einer Protestbewegung, deren programmatisches Profil durch politisch wenig erfahrene junge Mitglieder maßgeblich – und diffus – akzentuiert wurde. Berücksichtigt man allerdings, daß sich die Zahl der Mitglieder in den Organisationen der Arbeiter zwischen 1912 und 1920 verdoppelte, daß trotz der Abspaltung der USPD die SPD sehr schnell ihren Vorkriegsstand von über einer Million Mitgliedern übertraf und bis 1922/23 hielt und daß sich daneben USPD und KPD mit zusammen einer weiteren Million Mitglieder etablieren konnten, wird diese Interpretation fragwürdig, solange nicht Wanderungsbewegungen bei Wählern und Mitgliedern genau bekannt sind und solange nicht wenigstens näherungsweise die Motive der Wähler, sich der einen oder anderen Partei zuzuwenden, erforscht sind. Zu Recht ist darauf hingewiesen worden, daß die Wahlen von 1920 eher im Trend der Vorkriegszeit lagen als die Wahlen zur Nationalversammlung siebzehn Monate zuvor, die als Ausnahmefall erscheinen, wenn man den Anteil der für alle sozialistischen Arbeiterparteien abgegebenen Stimmen betrachtet.⁶¹ Daß in der Stimmabgabe für die USPD auch Traditionsbindungen Niederschlag finden konnten, ist eingangs angedeutet worden. Für die Erkundung der Wählermotive wäre es daher zweckmäßig, mehr systematische Regionalstudien für den Zeitraum mindestens zwischen 1916 und 1920 zur Verfügung zu haben, die dem jeweils örtlichen Zusammenhang zwischen der Protestbewegung während des Krieges, der innerparteilichen Opposition und Spaltung der SPD, den Revolutionsvorgängen sowie dem Wahlverhalten der Arbeiter nachspüren. Zu prüfen wäre vor allem auch die Einstellung der Gruppen, die erstmals nach dem Kriege wählen durften, besonders der Jungwähler, deren Zahl infolge der Herabsetzung des Wahlalters beträchtlich gestiegen war, und der seit 1919 wahlberechtigten Frauen.⁶²

Den Zulauf zur USPD mit der von der SPD enttäuschten Sozialismuserwartung und der Erbitterung über die Politik der rücksichtslosen Nieder-

schlagung der Räterepubliken und proletarischen Aufstände, z.B. im Ruhrgebiet, zu erklären, erscheint auch unbefriedigend, solange nicht der gleichzeitige Andrang zu den Gewerkschaften, die Ende 1920 mit über 9 Millionen Mitgliedern ihren stärksten Umfang während der Weimarer Republik erreichten, regional aufgeschlüsselt erklärt ist. Die Gewerkschaften waren schließlich zu diesem Zeitpunkt mehr als die Parteien Stützen der bestehenden Eigentumsverhältnisse.⁶³ Eines muß als Unterschied zu den späteren Protestbewegungen besonders ab 1930 aber betont werden: Arbeitslosigkeit kann kaum schon ein Protestmotiv von großem Gewicht gewesen sein.⁶⁴ Dagegen war die Ernährungslage gerade der Arbeiter in den Großstädten, wo die USPD ihre stärksten Erfolge verbuchen konnte, oft noch unzulänglich, und man wird bei der Erklärung der Wahlentscheidung von 1920 auch diesen Umstand stärker berücksichtigen müssen. Von zentraler Bedeutung scheint jedoch, daß während Krieg und Revolution nicht nur die offensichtliche Bereitschaft zum Protest, sondern vor allem auch zur politischen Partizipation gestiegen und eine Haupttendenz in der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit war. Unsicherheit und Zufall bei der ersten Entscheidung und später dann schnelle Resignation wegen unerfüllter Erwartungen in bezug auf die Beeinflussbarkeit der Verhältnisse durch das eigene Engagement wären als mögliche Motive bei Versuchen, das Wahlverhalten zu deuten, stärker einzubeziehen, als bisher geschehen. Hinweise auf die Zunahme der räumlichen Verbreitung der Arbeiterbewegung besonders in Klein- und Mittelstädten und – vor allem 1919 – auf dem flachen Lande lassen solche Forschungen besonders interessant erscheinen. Auch der Verlust von ca. 200000 Mitgliedern der USPD im Zuge der Spaltung dieser Partei 1921 / 22, der die gesamte organisierte Arbeiterbewegung traf, sollte in diesem Zusammenhang Beachtung finden.⁶⁵

V

Beim Blick auf die Arbeiterbewegung der Weimarer Republik fällt auf, daß keine der Organisationen demonstrativ Ansprüche auf die alleinige staatliche Machtausübung stellte. Selbst bei den Auseinandersetzungen um die Rolle der Räte in Wirtschaft und Politik ging es überwiegend um Kontrolle, allenfalls um *Mitbestimmung*.⁶⁶ Die USPD war ab Dezember 1918 nicht einmal mehr zur Teilhabe an der Verantwortung für die Reichspolitik bereit – besonders aufschlußreich ist das Verhalten ihrer Führung nach dem Kapp-Putsch, als sie die Erwägung, in eine »Arbeiterregierung« mit ADGB-Führern und Sozialdemokraten einzutreten, von vornherein ab-

lehnte.⁶⁷ Die KPD gelangte nie in die Position, dieses Problem entscheiden zu müssen, und konnte deshalb einen zuweilen diffusen Verbalradikalismus pflegen, der allerdings nie den unmittelbaren Zugriff auf die Staatsmacht zum Ziel hatte.⁶⁸ Die Befriedigung der SPD, aus der Verantwortung für die Reichspolitik entlassen zu sein, ist mit Recht besonders für 1920 herausgestellt worden.⁶⁹ Ob sie wirklich eine Zeitlang die Partei der »Noske-Sozialisten« war, wie politisch-historische Interpretationen oft nahelegen,⁷⁰ erscheint fraglich; der »Sachsenkonflikt« nach der erzwungenen Auflösung der »Einheitsfront«-Regierung 1923/24 läßt erkennen, daß regionalen Bindungen in der Partei ein erheblich stärkeres Gewicht zukam, als Darstellungen der Geschichte und Politik der Gesamtpartei deutlich machen können.⁷¹ Zumindest scheint es zweckmäßig, sich die SPD trotz ihrer Bürokratisierung als ein differenziertes System vorzustellen, dessen Teile sich in unterschiedlichem Maße mit der Partei- und Staatsführung im Reich identifizierten. In Ansätzen gilt dies auch für die KPD.⁷² Der Verzicht auf die Verantwortung für die Militärpolitik 1920 kann zudem vielleicht auch als wichtigstes Indiz dafür dienen, daß manche im Prinzip staatsbewußten Sozialdemokraten nur bedingt von der Angemessenheit ihres Handelns in Regierungssämtern überzeugt waren; auch für manchen Polizeipräsidenten mag dies zutreffen.⁷³ Daß solche Differenzierungen zwischen staatlichem und parteilichem Handeln von Sozialdemokraten in der kommunistischen Agitation verschleiert wurden, ist vielleicht das charakteristischste Merkmal des Verhältnisses zwischen den Arbeiterparteien.⁷⁴

In der politischen Praxis, besonders an der Basis, haben freilich offensichtlich oft eher erfahrungsgeleitete Einstellungen das Verhalten bestimmt. Jenseits aller Diskussionen um die »Verbürgerlichung« der Sozialdemokratie und des kommunistischen Versuchs, die sozialdemokratische Arbeiterkulturbewegung zu spalten,⁷⁵ jenseits auch aller großen politischen Differenzen besonders in der Wertschätzung bzw. Ablehnung des »Bolschewismus« scheinen die im Kaiserreich massiv gestärkten Solidaritätsstrukturen der sozialistischen Arbeiterbewegung in der Republik nicht völlig verschwunden zu sein. Die Betrachtung des Verhältnisses zwischen den Arbeiterparteien in der Endphase der Weimarer Republik konzentrierte sich lange auf spektakuläre Aktionen wie z. B. den Berliner Verkehrsarbeiter-Streik von 1932 mit dem Zusammenwirken von KPD und NSDAP.⁷⁶ Bei breiter gefaßter Analyse des Verhaltens der Arbeiterbewegung fällt indes auf, daß trotz heftiger verbaler Attacken der KPD gegen die SPD tätliche Auseinandersetzungen zwischen den Schutzformationen beider Parteien seltener waren als zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, und auch bei den Kommunisten zeichnet sich eine defensive Haltung ab. Dabei ging es ihnen allerdings in der – wie es schien – bürgerkriegsähnli-

chen Situation eher um die Verteidigung ihres Terrains und Milieus.⁷⁷ Von einem tätlich-aggressiven Verhalten sozialdemokratischer Verbände gegenüber den Kommunisten ist bisher nirgends berichtet worden.

Dieses seit Beginn der Republik in der Arbeiterbewegung sich abzeichnende und seit 1925 besonders ausgeprägte Verhalten der Arbeiterorganisationen zueinander, das man vielleicht als tendenziell informelle Toleranz charakterisieren könnte, ist bisher bei den Erörterungen der Spaltung der Arbeiterbewegung nicht berücksichtigt worden. Besonders die SPD, die als Organisation und als Regierungspartei in weiten Teilen des Reichs auf die Eindämmung des »Bolschewismus« bedacht war und sein mußte und dabei am Ende doch an Boden verlor, hat dieses Verhalten an den Tag gelegt. Dies könnte erklären helfen, warum es einerseits in der Illegalität nach 1933 nur in sehr geringem Maße zur Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Kommunisten kam – sie waren es nicht gewohnt – und warum andererseits am Ende des »Dritten Reiches« gerade bei Sozialdemokraten die Neigung zur organisierten Zusammenarbeit mit den Kommunisten recht stark war. Dabei scheinen weniger sorgfältige Analysen der Vergangenheit und ausgefeilte Strategien für die Zukunft leitend gewesen zu sein als der Wunsch, die komplizierten Bedingungen des politischen Verhaltens von vor 1933 nicht wiederkehren zu lassen.⁷⁸ Bei den Kommunisten, die im »Dritten Reich« überlebt hatten, bestand zunächst große Bereitschaft, dieser Neigung zu entsprechen.

Die Politik der zentralen Leitungen hat diese Tendenzen zuerst gestört und dann zerstört, nicht zuletzt durch außen- und weltpolitische Argumente. Zwar war bei der KPD nicht mehr wie um 1920 von »Weltrevolution« die Rede, die Loyalität gegenüber der mit der sowjetischen Führung verbundenen Parteispitze war indes hinreichend groß, um den Parteien dualismus in der deutschen Arbeiterbewegung wieder entstehen zu lassen – in bald noch komplizierterer Konstellation als zuvor.⁷⁹ In den Exilleitungen der Parteien war die Kontinuität nie unterbrochen, und auch im speziellen Rahmen der internationalen Politik der sozialistischen Parteien war die Neigung zur Fortsetzung der Tradition stärker als der Wille, einen Neubeginn der internationalen Arbeiterbewegung unter Einschluß der Kommunisten zu versuchen. »Einheit der Arbeiterklasse« in Deutschland – das wurde spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich – war im Kern auch ein Problem der internationalen und zwischenstaatlichen Beziehungen. Ob andere Wahlentscheidungen der deutschen Arbeiter 1920, als die Weichen für die Einbindung der USPD in die Komintern noch nicht endgültig gestellt waren, eine prinzipiell andere Entwicklung hätten einleiten können, erscheint fraglich. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter gab vor und nach 1920 *den* Parteiführungen ihre Stimme, die auf »Reform«

statt auf »Revolution« setzten. Die »Einheit der Arbeiterklasse« war bis 1933 und auch danach nur um den Preis der Zustimmung zur aktiven Revolutionsvorbereitung nach dem Vorbild der Machtergreifung und Herrschaft der Bolschewiki in Rußland zu haben – für die Propagandisten ein mit dem Eifer von Propheten immer wieder umkreistes Ziel, für die Mehrheit eher ein Schreckbild, für das sie allenfalls zeitweilig das wohlwollende Interesse an fremder politischer und sozialer Kultur aufbrachten.⁸⁰

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik. Frankfurt a. M. 1984, S. 180; Frank Deppe, Einheit und Spaltung der Arbeiterklasse. Überlegungen zu einer politischen Geschichte der Arbeiterbewegung. Marburg 1981, bes. S. 29.
- ² Vgl. zusammenfassend Heinrich Potthoff, Gewerkschaften zwischen Aufschwung und Krise, in: Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jg. 33, Berlin 1923, Reprint Berlin, Bonn 1985, Anhang, S. [64]ff.
- ³ Vgl. Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Jg. 1919, Hamburg 1919, S. 429f.; zum Folgenden siehe Matthias Schmitt, Die Beziehungen zwischen den Freien Gewerkschaften und dem Zentralverband deutscher Konsumvereine. Wirtschafts- und sozialwiss. Diss. Köln 1949, (masch.), S. 45 ff.
- ⁴ Für die mit »Massenbewegungen« bezeichneten Phänomene und Vorgänge siehe Friedhelm Boll, Massenbewegungen in Niedersachsen 1906–1920. Eine sozialgeschichtliche Untersuchung zu den unterschiedlichen Entwicklungstypen Braunschweig und Hannover. Bonn 1981, S. 12. Zur Funktion und zum Problem der Vielfalt (»Breite« statt »Tiefe«) der Verbände der Arbeiterklasse schon für die Zeit um die Jahrhundertwende siehe Autorenkollektiv unter Leitung von Dietrich Mühlberg, Arbeiterleben um 1900. Berlin 1985, S. 122; für den jüngsten Versuch kulturwissenschaftlicher Integration der Arbeiterforschung, bei der die politische Geschichte eher marginalisiert wird, siehe Wolfgang Ruppert (Hrsg.), Die Arbeiter. Lebensformen, Kultur, Alltag von der Frühindustrialisierung bis zum Wirtschaftswunder. München 1986.
- ⁵ Auflistung dieser Spaltungen durch Frank Deppe, in: Heinz O. Vetter (Hrsg.), Aus der Geschichte lernen – die Zukunft gestalten. Dreißig Jahre DGB. Protokoll der wissenschaftlichen Konferenz zur Geschichte der Gewerkschaften am 12. und 13. Oktober 1979 in München. Köln 1980, S. 169 ff.
- ⁶ Vgl. besonders Boll, Massenbewegungen (wie Anm. 4), für die eher übliche zeitliche Begrenzung gerade auch von Regionalstudien siehe Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Frankfurt a. M. 1985.
- ⁷ Vgl. Spaltung der Arbeiterbewegung und Faschismus. Sozialgeschichte der Weimarer Republik. Mit Beiträgen von Helmut Drüke, Detlef Peukert und den Sozialistischen Studiengruppen (SOST), Hamburg 1980; vor allem Deppe, Einheit (wie Anm. 1).
- ⁸ Siehe die breite Übersicht bei Helga Grebing, Flucht vor Hitler? Historiographische Forschungsergebnisse über die Aussichten des Widerstandes der Arbeiterbewegung gegen die nationalsozialistische Machtübernahme, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament«. B 4–5/83, 29. 1. 1983, S. 26–42; für die Haltung »Moskaus« siehe Thomas Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929–1934. Berlin 1970.
- ⁹ Vgl. Vetter, Aus der Geschichte lernen (wie Anm. 5), S. 141 ff.
- ¹⁰ Helga Grebing, Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927–1933. Bd. 2, Frankfurt a. M. 1978, S. 259–275, S. 274.
- ¹¹ Vgl. Frank Deppe, Wirtschaftskrise – Faschismus – Gewerkschaften, in: ders./

- Witich Roßmann, Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929–1933. Köln 1981, S. 28.
- ¹² Hier kann nur pauschal auf die für dieses Problem nicht sonderlich ergiebige Forschung der siebziger Jahre zur Faschismus-»Theorie« verwiesen werden; für den Forschungsansatz noch heute grundlegend Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. (erstmalig) Villingen 1955.
- ¹³ Vgl. den irreführenden Zwischentitel über einem entsprechenden Abschnitt bei Wilfried Röhrich, Die verspätete Demokratie. Zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1983, S. 69: »Demokratie ohne Demokraten.«
- ¹⁴ Vgl. dazu allgemein Peter Gay, Die Republik der Außenseiter. Geist und Kultur der Weimarer Zeit 1918–1933. Frankfurt a. M. 1970, S. 44 ff., Karl Dietrich Bracher, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917. Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1979.
- ¹⁵ Vgl. zu diesem Problem die Schilderung der Bestellung des Reichswehrministers Otto Geßler durch Friedrich Ebert bei Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924. Berlin, Bonn 1984, S. 321.
- ¹⁶ Jürgen Bergmann / Klaus Megerle, Gesellschaftliche Mobilisierung und negative Partizipation. Zur Analyse der politischen Orientierung und Aktivitäten von Arbeitern, Bauern und gewerblichem Mittelstand in der Weimarer Republik, in: Peter Steinbach (Hrsg.), Probleme Politischer Partizipation im Modernisierungsprozess. Stuttgart 1982, S. 376–437.
- ¹⁷ Zur Problematik und zum Forschungsstand siehe die Hinweise bei Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik. München, Wien 1984, S. 19, S. 164 f.
- ¹⁸ Siehe dazu jetzt klar und eindeutig ebd., S. 123 ff.
- ¹⁹ Lothar Albertin, Faktoren eines Arrangements zwischen industriellem und politischem System in der Weimarer Republik 1918–1928, in: Hans Mommsen / Dietmar Petzina / Bernd Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973. Düsseldorf 1974, S. 673; Andreas Hillgruber, Die politischen Kräfte der Mitte und die Auflösung der Weimarer Republik, in: ders., Die Last der Nation. Fünf Beiträge über Deutschland und die Deutschen. Düsseldorf 1984, S. 32–58.
- ²⁰ Vgl. dazu die Hinweise auf die intensive Forschungskontroverse bei Kolb, Weimarer Republik (wie Anm. 17), S. 199 ff.
- ²¹ Hagen Schulze, Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Frankfurt a. M., Berlin, Wien 1977, S. 712.
- ²² Axel Schildt, Militärdiktatur mit Massenbasis? Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General Schleicher am Ende der Weimarer Republik. Frankfurt a. M., New York 1981.
- ²³ Vgl. Schulze, Otto Braun (wie Anm. 21), S. 719.
- ²⁴ Siehe dazu zusammenfassend Helga Grebing, Gewerkschaftliches Verhalten in der politischen Krise der Jahre 1930–1933, in: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Jg. 43, Berlin 1933, Reprint Berlin, Bonn 1983, Anhang, S. [7]–[46].
- ²⁵ Vgl. Günter Koenke, Organisierter Kapitalismus, Sozialdemokratie und Staat. Eine Studie zur Ideologie der Sozialdemokratischen Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik (1924–1932). Phil. Diss. (masch.) Hamburg 1984.
- ²⁶ Das Problem der Wirtschaftsdemokratie. Zur Düsseldorfer Tagung des Reichs-

- verbandes der deutschen Industrie. Hrsg.: Deutsche Bergwerks-Zeitung, Düsseldorf 1930.
- ²⁷ Vgl. Hans Kremendahl, Von der dialektischen Demokratie zum Pluralismus. Kontinuität und Wandel im Werk Ernst Fraenkel, in: Günter Doeker / Winfried Steffani (Hrsg.), Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag am 26. Dezember 1973. Hamburg 1973, S. 381–394; Wolfgang Müller, Der Pluralismus – Die Staatstheorie des Reformismus, ebd., S. 395–424; zur Entdeckung der »Sozialpartnerschaft« siehe Wolf-D. Schmidt, Sozialer Frieden und Sozialpartnerschaft. Kapital und Arbeit in der Gesellschaftspolitik der westdeutschen Christdemokraten 1945 bis 1953. Frankfurt a. M., Bern, New York 1985.
- ²⁸ Allerdings bleibt die Feststellung von »schweren Fehlern in der KPD-Politik, die im Sozialfaschismus-Verdikt gegenüber der SPD, in der RGO-Politik, auch in der zeitweiligen Unterschätzung der faschistischen Gefahr, insgesamt in der Bewertung der politisch-gesellschaftlichen Situation nach 1929 als ‚revolutionär‘ enthalten sind« (Deppe, Einheit [wie Anm. 1], S. 100) hinter der zeitgenössischen Selbstkritik der KPD zurück, die besagte, daß die KPD »von ihrem Kampfe gegen die bürgerliche Demokratie zum Kampfe um die *Verteidigung* der demokratischen Rechte und Freiheiten hätte übergehen müssen«, so Wilhelm Pieck auf der »Brüsseler Konferenz« 1935 (Hervorhebg. v. Verf.), abgedr. jetzt in: Deppe / Roßmann, Wirtschaftskrise (wie Anm. 11), S. 284–289, Zitat S. 288.
- ²⁹ Vgl. für die bedeutendste Splitterpartei Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD). Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik. Meisenheim (Glan) 1965, S. 222 ff.
- ³⁰ Hinweise in: Hermann Weber, Die Ambivalenz der kommunistischen Widerstandsstrategie bis zur »Brüsseler« Parteikonferenz, in: Jürgen Schmädke / Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. München, Zürich 1985, S. 73–85; Arnold Sywottek, Revolutionäre Perspektiven des kommunistischen Widerstands, ebd., S. 475–496.
- ³¹ Zit. nach Abdr. in: Dieter Dowe / Kurt Klotzbach (Hrsg.), Programmatistische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, Berlin, Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 213–226. Zu Entstehung, Kontext und Forschungsstand siehe die Hinweise bei Detlef Lehnert, Vom Widerstand zur Neuordnung. Zukunftsperspektiven des demokratischen Sozialismus als Kontrastprogramm zur NS-Diktatur, in: Schmädke / Steinbach (Hrsg.), Widerstand (wie Anm. 30), S. 497–519; Frank Moraw, Die Parole der »Einheit« und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948. Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 31 ff.; Horst Lademacher, Gewalt der Legalität oder Legalität der Gewalt. Zur Theorie und Politik der SPD von Kiel (1927) bis Prag (1934), in: Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung. Stuttgart 1976, S. 404–460, bes. S. 431 ff. – Für den Gedanken der »Einheit« vor dem Ende der Republik in der SPD siehe Hagen Schulze (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand. Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33. Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 105 ff.
- ³² Eine systematische Analyse des Geschichtsbildes der einzelnen Richtungen der Arbeiterbewegung steht bisher aus; für die KPD dieser Zeit erste Ansätze in der DDR-Historiographie.

- ³³ Dies gilt besonders für seine Exil-Tätigkeit; siehe dazu Ursula Langkau-Alex, *Volksfront für Deutschland? Bd. 1: Vorgeschichte und Gründung des »Ausschusses zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront« 1933–1936*. Frankfurt a. M. 1977, bes. S. 139 f.
- ³⁴ Willi Münzenberg, *Trotzkis faschistischer Vorschlag einer Blockbildung der KPD mit der SPD*, in: *Der rote Aufbau*, Jg. 5, H. 4, 15. 2. 1932, Nachdruck in: *Kampf dem Faschismus* (hrsg. v. Kommunistischen Bund). Hamburg 1973, S. 185–199.
- ³⁵ *Die Generallinie*. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929–1933. Eingel. v. Hermann Weber, bearb. v. dems. und Johann Wachtler, Düsseldorf 1981.
- ³⁶ Nachweise bei Axel Schildt / Arnold Sywottek, *Die Bürgerschaft in der Weimarer Republik (1919–1933)*, in: Manfred Asendorf / Franklin Kopitzsch / u. a. (Hrsg.), *Geschichte der Hamburgischen Bürgerschaft. 125 Jahre gewähltes Parlament*. Berlin 1984, S. 80–94, Zitate S. 90.
- ³⁷ Dazu Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921–1923*. Düsseldorf 1963, S. 415 ff.
- ³⁸ Peter Brandt, *Einheitsfront und Volksfront in Deutschland*, in: *Prokla* Jg. 6 (1976), Nr. 1, (H. 26), S. 35–74, bes. S. 51.
- ³⁹ Zu den Umständen siehe Schulze, *Otto Braun* (wie Anm. 21), S. 666.
- ⁴⁰ Siehe dazu zuletzt Angelika Voß / Ursula Büttner / Hermann Weber, *Vom Hamburger Aufstand zur politischen Isolierung. Kommunistische Politik 1923–1933 in Hamburg und im Deutschen Reich*. Hamburg 1983.
- ⁴¹ Vgl. für 1935 Arnold Sywottek, *Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935–1946*. Düsseldorf 1971, S. 43.
- ⁴² Vgl. Hermann Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969.
- ⁴³ Für die KPD siehe ebenda, Bd. 1, S. 362 ff.; für die SPD siehe Heinrich August Winkler, *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*. Berlin, Bonn 1985, S. 346 ff.; für den ADGB und die anderen Gewerkschaften siehe Michael Schneider, *Die Christlichen Gewerkschaften 1894–1933*. Bonn 1982, S. 452.
- ⁴⁴ Aus der Perspektive der Verbandsleitungen scheint die Frage eindeutig beantwortet; das Problem bilden jedoch die Ziele und Umstände des Handelns der Verbände sowie die Situationsbeurteilung.
- ⁴⁵ Siehe dazu Winkler, *Revolution* (wie Anm. 15), S. 482 ff.
- ⁴⁶ Vgl. ebd., S. 434 ff.
- ⁴⁷ Die Ursachen sind auf die lange Zeit fehlende Forschung zur Geschichte der USPD zurückzuführen.
- ⁴⁸ Winkler, *Revolution* (wie Anm. 15), S. 345 f.
- ⁴⁹ Dazu ebd., S. 295 ff.
- ⁵⁰ Vgl. George Eliasberg, *Der Ruhrkrieg von 1920*. Bonn-Bad Godesberg 1974.
- ⁵¹ Siehe Susanne Miller, *Die Bürde der Macht. Die deutsche Sozialdemokratie 1918–1920*. Düsseldorf 1978, S. 331.
- ⁵² Allerdings war dies eine sehr bedingte und brüchige Erklärung; siehe Winkler, *Revolution* (wie Anm. 15), S. 427, S. 486.
- ⁵³ Nach Deppe, *Einheit* (wie Anm. 1), S. 88, waren KPD-Mitglieder seit der Mitte der zwanziger Jahre überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen.
- ⁵⁴ Winkler, *Schein* (wie Anm. 43), S. 274 f.
- ⁵⁵ Lore Heer-Kleinert, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*. Frankfurt a. M., New York 1983, bes. S. 374 ff.

- ⁵⁶ Siehe für den ADGB Klaus Schönhoven, Innerorganisatorische Probleme der Gewerkschaften in der Endphase der Weimarer Republik, in: *Gewerkschaftszeitung*, Jg. 43, Berlin 1933, Reprint Berlin, Bonn 1983, Anhang, S. [73]–[101]; ferner S. 99: Im Jahresdurchschnitt 1932 waren 44,4 % der ADGB-Mitglieder arbeitslos, 22 % standen in Kurzarbeit.
- ⁵⁷ Bergmann / Megerle, Mobilisierung (wie Anm. 16), S. 418 f.
- ⁵⁸ Dies als Konsequenz aus Jürgen W. Falter, Radikalisierung des Mittelstandes oder Mobilisierung der Unpolitischen? Die Theorien von Seymour Martin Lipset und Reinhard Bendix über die Wählerschaft der NSDAP im Lichte neuerer Forschungsergebnisse, in: Steinbach (Hrsg.), *Probleme* (wie Anm. 16), S. 438–469.
- ⁵⁹ Immerhin waren 9 % der NSDAP-Wähler bei den Reichstagswahlen 1930 noch 1928 SPD-Wähler gewesen; insgesamt soll die SPD über eine Million Wähler an die NSDAP verloren haben; ebd., S. 461.
- ⁶⁰ Miller, Bürde (wie Anm. 51), S. 332; auch dies., Der Erste Weltkrieg und die Spaltung der Arbeiterbewegung, in: Thomas Meyer / dies. / Joachim Rohlfes, *Lern- und Arbeitsbuch Deutsche Arbeiterbewegung. Darstellung, Chronik, Dokumente*. Bd. 2, Bonn 1983, S. 302–334, bes. S. 312, dort als »Protestbewegung USPD« klassifiziert.
- ⁶¹ Winkler, *Revolution* (wie Anm. 15), S. 359.
- ⁶² Die historische Wahlanalyse hat sich mit der angemessenen methodischen Sorgfalt bisher nur um die Herkunft der NSDAP-Wähler gekümmert; besonders die frühen Wahlen sind noch kaum breit untersucht.
- ⁶³ Vgl. Potthoff, *Gewerkschaften* (wie Anm. 2), S. [69]ff.
- ⁶⁴ Vgl. die Übersichten bei Frank Niess, *Geschichte der Arbeitslosigkeit. Ökonomische Ursachen und politische Kämpfe: ein Kapitel deutscher Sozialgeschichte*. Köln 1979, S. 223ff.; Michael Schneider, *Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland*. Köln 1984, S. 127.
- ⁶⁵ Zum Ernährungsproblem siehe jetzt die erste gründliche Studie von Merith Niehuss, *Arbeiterschaft in Krieg und Inflation. Soziale Schichtung und Lage der Arbeiter in Augsburg und Linz 1910 bis 1925*. Berlin, New York 1985, S. 153ff. – Für die Folgezeit siehe Arnold Sywottek, *Konsumverhalten der Arbeiter und »sozialistische« Konsumgenossenschaften*, in: Albrecht Lehmann (Hrsg.), *Studien zur Arbeiterkultur*. Münster 1984, S. 59–102. – Für die Ausbreitung der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung auf dem Lande siehe Potthoff, *Gewerkschaften* (wie Anm. 2), S. [34]ff. und Winkler, *Revolution* (wie Anm. 15), S. 350ff.
- ⁶⁶ Vgl. auch die zusammenfassende Beurteilung der als besonders radikal geltenden Arbeiter im rheinisch-westfälischen Industriegebiet durch Hans Mommsen, *Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918–1933* in: Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Rheinland-Westfalen*. Wuppertal 1974, S. 275–314, bes. S. 294.
- ⁶⁷ Winkler, *Revolution* (wie Anm. 15), S. 314ff.
- ⁶⁸ Vgl. Angress, *Kampfzeit* (wie Anm. 37), passim. Zum Forschungsstand in der DDR-Gesellschaftswissenschaft zu dieser Frage vgl. neuerdings Karl-Heinz Schöneburg (Hrsg.), *KPD und Staatsfrage. Staats- und rechtstheoretisches Erbe in der Politik der KPD von 1919 bis 1945*. Berlin (DDR) 1986.
- ⁶⁹ Miller, *Bürde* (wie Anm. 51), S. 420f.
- ⁷⁰ Dies ist besonders bei parteigebundener KPD-Historiographie der Fall.
- ⁷¹ Siehe Winkler, *Schein* (wie Anm. 43), S. 195ff.

- ⁷² Ein schönes Beispiel über die Hamburger SPD Anfang 1919 bringt Ursula Büttner, Politische Gerechtigkeit und sozialer Geist. Hamburg zur Zeit der Weimarer Republik. Hamburg 1985, S. 44. – Für die KPD siehe Siegfried Bahne, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: Reulecke (Hrsg.) Arbeiterbewegung (wie Anm. 66), S. 315–345; Ulrich Neuhäuser-Wespy, Die KPD in Nordbayern 1919–1933. Nürnberg 1981, bes. S. 46ff. Für ein Beispiel lokaler Sonderentwicklung und ihre politische Begründung siehe Georg Fülberth, Die Übereinkunft zwischen SPD und KPD in Braunschweig nach den Kommunalwahlen vom 1. März 1931, in: Deutsche Arbeiterbewegung vor dem Faschismus mit Beiträgen von Hildegard Caspar, Georg Fülberth u. a. (= Argument-Sonderband AS 74) Berlin 1981, S. 132, S. 157.
- ⁷³ Vgl. Winkler, Revolution (wie Anm. 15), S. 320ff.
- ⁷⁴ Mit Recht hat Martin Martiny, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920–1930), in: Reulecke (Hrsg.), Arbeiterbewegung (wie Anm. 66), S. 260, darauf hingewiesen, daß der häufige kommunistische Funktionärswechsel und die Intensität des »Sozialfaschismus«-Vorwurfs, die diese Verschleierung ermöglichte, im Zusammenhang stehen.
- ⁷⁵ Vgl. dazu Hartmann Wunderer, Arbeitervereine und Arbeiterparteien. Kultur- und Massenorganisationen in der Arbeiterbewegung, (1890–1933). Frankfurt a. M., New York 1980.
- ⁷⁶ Henryk Skrzypczak, »Revolutionäre« Gewerkschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise. Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik 1932, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 34. Jg. (1983), S. 264–277.
- ⁷⁷ Vgl. exemplarisch Kurt Klotzbach, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand und Verfolgung in Dortmund 1930–1945. Eine politisch-historische Studie. Hannover 1969, S. 47, S. 58, S. 62; jetzt besonders Eve Rosenhaft, Beating the Fascists? The German Communists and Political Violence 1929–1933. Cambridge 1983.
- ⁷⁸ Für diese Sicht viele Beispiele in Lutz Niethammer / Ulrich Borsdorf / Peter Brandt (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung. Wuppertal 1976; für die politischen Kalküle: Moraw, Parole (wie Anm. 31).
- ⁷⁹ Vgl. dazu exemplarisch die Lokalstudie von Holger Christier, Sozialdemokratie und Kommunismus in Hamburg 1945–1949. Hamburg 1975; ferner Werner Müller, Die KPD und die »Einheit der Arbeiterklasse«. Frankfurt a. M., New York 1979.
- ⁸⁰ Für den Versuch, Folgen dieser Haltung nachzuzeichnen, siehe Arnold Sywottek, Die Sowjetunion aus westdeutscher Sicht seit 1945, in: Gottfried Niedhart (Hrsg.), Der Westen und die Sowjetunion. Einstellungen und Politik gegenüber der UdSSR in Europa und den USA seit 1917. Paderborn 1983, S. 289–362.

Die sozialdemokratische Strategie in der Ära des Präsidialkabinetts Brüning – Strategie ohne Alternative?

von Eberhard Kolb

Rettung der Demokratie, Bewahrung des Rechtsstaats, Verhinderung einer Diktatur des »deutschen Faschismus«: das waren – angesichts der verheerenden politischen und sozialen Auswirkungen der Staats- und Wirtschaftskrise – die erklärten Hauptziele sozialdemokratischer Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Aber die schweren politischen und persönlichen Opfer, die die deutschen Sozialdemokraten um der Erreichung dieser Hauptziele willen in den Jahren 1930–1932 gebracht haben, waren vergeblich. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt, die ersten Akte bei der Errichtung der NS-Diktatur bestanden in der Beseitigung der parteienstaatlichen Demokratie und in der Zerschlagung aller Organisationen der Arbeiterbewegung. Ist durch diesen historischen Ablauf nicht zugleich ein vernichtendes Verdikt über die sozialdemokratische Politik in den Jahren 1930–1933 gesprochen?

Tatsächlich dominiert in der Forschungsliteratur, die sich mit der Endphase der Weimarer Republik im allgemeinen und mit der Sozialdemokratie im besonderen beschäftigt, eine massive Kritik an Strategie und Taktik, Organisationsstruktur, Problemlösungskapazität und Mobilisierungstechniken der SPD. Bemerkenswerterweise wird diese Kritik von ganz unterschiedlichen Positionen aus vorgebracht und das Urteil über die glücklosen Verteidiger von Rechtsstaat und Demokratie häufig sehr viel rigoroser und emotionsgeladener artikuliert als dasjenige über Parteien, Gruppierungen

und Persönlichkeiten, die die Weimarer Demokratie vehement bekämpft und schließlich zerstört haben. Einzelne zugespitzte Formulierungen sind inzwischen bereits zu regelrechten Topoi einer Zustandsbeschreibung der deutschen Sozialdemokratie in der Endphase von Weimar avanciert und konturieren das heute gängige Bild von Organisation und politischer Strategie der SPD in der ausgehenden Weimarer Republik: »Immobilismus«, »verfehlte Defensivstrategie«, »eklatantes Versagen der SPD-Führungsschicht«, »Perspektivlosigkeit«, »Tatlähmung der Partei«, »Hilflosigkeit«.¹

Es scheint an der Zeit, Prämissen und Maßstäbe, die der dezidiert kritischen Beurteilung von organisatorischer Verfassung und politischer Strategie der SPD zugrunde liegen, einer genaueren Überprüfung zu unterziehen. Es ist zu fragen, unter welchen konkreten Bedingungen die deutsche Sozialdemokratie seit Herbst 1930 zu operieren hatte, ob die seinerzeit formulierten strategischen Alternativen wirklich der gegebenen Lage Rechnung trugen und als realisierbar betrachtet werden können, ob die von der Parteiführung verfolgte Defensivstrategie so gut geführt wurde, wie es unter den widrigen Umständen irgend möglich war. Dabei kann es sich nicht darum handeln, der weitverbreiteten negativen Bewertung von Erscheinungsbild und Politik der SPD nun eine unreflektierte Apologie entgegenzusetzen. Wohl aber muß deutlich ausgesprochen werden, daß ein angemessener Maßstab zur Qualifizierung von Lagebeurteilungen und Entscheidungen der Parteiführung in den Jahren 1930–1932 nur durch sorgfältige Analyse der zum jeweiligen Zeitpunkt bestehenden Gesamtkonstellation gewonnen werden kann und das Urteil nicht ausschließlich sub specie des 30. Januar 1933 gefällt werden darf, das heißt: im Horizont der schließlichen Vergeblichkeit aller Anstrengungen, in der Staats- und Wirtschaftskrise die Demokratie zu retten und die schmale Chance für eine Rückkehr vom präsidentialen Notverordnungsregime zur parlamentarischen Regierungsweise wenigstens offenzuhalten.

Eine breiter angelegte Re-Interpretation von Organisationspraxis und politischer Strategie der SPD in den Jahren 1930–1932 kann auf beschränktem Raum nicht vorgenommen werden.² Hier kann nur ein schmaler Ausschnitt aus dem komplexen Problemfeld etwas näher in Augenschein genommen werden, nämlich die Tolerierungspolitik, die die Sozialdemokratie von Oktober 1930 bis Mai 1932, also zwanzig Monate lang, als Defensivstrategie praktizierte: durch eine begrenzte Kooperation mit dem konservativ-autoritären Präsidentskabinett Brüning sollte eine Einbeziehung der Nationalsozialisten in die Reichsregierung verhindert und die Preußenkoalition (und damit die sozialdemokratische Machtstellung in Preußen) aufrechterhalten werden. Neben dem Verhalten der SPD- und

Gewerkschaftsführung bei der »Reichsexekution« gegen Preußen am 20. Juli 1932 ist die Tolerierungspolitik das am heftigsten umstrittene Problem der sozialdemokratischen Politik in der Endphase der Weimarer Republik – wie bereits seinerzeit unter Parteimitgliedern und Funktionären, so heute in der Weimarhistoriographie. Dabei überwiegt in der neueren Forschungsliteratur eindeutig eine negative Bewertung der sozialdemokratischen Defensivstrategie. Stellvertretend für zahlreiche ähnlich lautende Urteile seien zwei Äußerungen zitiert: »Durch die Tolerierungspolitik manövrierte sich die SPD in eine eklatante Handlungsunfähigkeit.«³ »Die Tolerierungspolitik führte zu Wahlverlusten der Partei, die ihre Position gegenüber den bürgerlichen Parteien zunehmend schwächten ... Weil die Tolerierungspolitik der SPD das Anwachsen des nationalsozialistischen Masseneinflusses nicht verhindern konnte, gefährdete sie auch ihr zweites Ziel, den Nationalsozialismus von der politischen Macht im Reich und in Preußen fernzuhalten.«⁴

Welche Lagebeurteilung und Strategiekonzeption hatte die innerparteiliche Opposition anzubieten, besaß sie eine konstruktive, realpolitische Alternative zur Tolerierungspolitik? Dieser Frage soll hier nachgegangen werden, und in diesem Zusammenhang ist auch auf einige in der Forschungsdiskussion vernachlässigte Aspekte der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik kurz einzugehen.⁵

Man kann bezweifeln, ob die SPD besonders glücklich operiert hat, als sie Ende März 1930 die »Große Koalition« beendete und damit von sich aus eine Position räumte, aus der sie die politischen Rechtskräfte just zu diesem Zeitpunkt unter allen Umständen verdrängen wollten, nachdem die Youngplangesetze den Reichstag passiert hatten und die Vorbereitungen für einen Übergang zum autoritären Präsidialregime getroffen waren.⁶ Angesichts der Art und Weise, in der nach der Demission des Kabinetts der Großen Koalition das Präsidialkabinett Brüning etabliert wurde, war es nahezu unvermeidlich, daß die SPD-Fraktion eine entschiedene Oppositionsstellung gegenüber dem Kabinett Brüning bezog und im Juli die Aufhebung der vom Kabinett erlassenen Notverordnung verlangte. Die Aufhebung der Notverordnung durch den Reichstag beantwortete Brüning mit der sofortigen Auflösung des Reichstags und dem Erlaß einer neuen Notverordnung.

Aufgrund des Ergebnisses der Septemberwahl, bei der die Nationalsozialisten sensationelle Stimmengewinne erzielten und mit 107 Mandaten zur zweitstärksten Fraktion wurden⁷, sahen sich Parteiführung und Reichstagsfraktion der SPD in eine außerordentlich prekäre Entscheidungssituation gestellt: die SPD hatte den Wahlkampf mit der Hauptstoßrichtung gegen das Kabinett Brüning und die Notverordnung geführt, nun aber hing es ausschließlich von der SPD ab, ob das Kabinett Brüning ein

Mißtrauensvotum im neuen Reichstag überstehen würde. Schon im alten Reichstag hatte Brüning über keine Mehrheit verfügt und nur mit Unterstützung eines Teils der DNVP-Fraktion mehrere Abstimmungen bestanden. Im neuen Reichstag jedoch befanden sich die Fraktionen der Brüning-Koalition selbst mit der DNVP zusammen in der Minderheit: Wenn NSDAP, KPD und SPD als Oppositionsblock auftraten (wie im Juli), konnte die Regierung jederzeit gestürzt und jede Notverordnung aufgehoben werden; entsprechende Anträge der KPD und NSDAP waren schon für die erste Sitzung des neuen Reichstags zu erwarten.

Was nach einem Sturz des Kabinetts Brüning geschehen würde, ließ sich nicht mit letzter Sicherheit prognostizieren. Parteiführung und Fraktionsmehrheit der SPD waren überzeugt, daß es nach einem Sturz Brünings zur Einsetzung einer Rechtsregierung kommen werde – mit höchster Wahrscheinlichkeit unter Einbeziehung der NSDAP – und daß darüber hinaus das Zentrum die Preußenkoalition aufkündigen werde, also auch in Preußen eine Rechtsregierung ans Ruder käme. Aufgrund dieser Lagebeurteilung entschloß sich die SPD-Fraktion – schweren Herzens zwar, aber doch mit breiter Mehrheit – zur »Tolerierung« des Kabinetts Brüning als einer Politik des »kleineren Übels«. Die SPD-Linke ging von einer völlig anderen Einschätzung der Lage aus: In ihrer Sicht waren für die SPD die Folgen eines Sturzes der Regierung Brüning wesentlich weniger gravierend als die Konsequenzen einer Tolerierung Brünings. Deshalb lehnte die SPD-Linke die Tolerierungspolitik vehement ab. Da diese Gruppe innerhalb der Reichstagsfraktion aber nur eine kleine Minderheit darstellte, konnte sie den Kurs der Fraktion nicht bestimmen. Am 18. Oktober 1930 votierte die SPD-Fraktion mit den Regierungsparteien gegen die Anträge von KPD und NSDAP, die Juli-Notverordnung aufzuheben, und mit den Stimmen der SPD wurden die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.⁸ Auch am 6. Dezember 1930 wurden Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung mit den Stimmen der SPD abgelehnt.⁹ Die im Herbst 1930 inaugurierte sozialdemokratische Tolerierungspolitik, die in den folgenden Monaten konsequent fortgesetzt wurde, war bei Mitgliedschaft und Funktionärskorps der SPD nicht unumstritten, sie wurde aber von einer breiten Mehrheit in der Partei getragen.

Bei einer Analyse der innerparteilichen Auseinandersetzungen um die Tolerierungspolitik hat man sich vor Augen zu halten, daß durch die Septemberwahl eine politische Extremsituation geschaffen worden war, wie es sie in dieser Form selbst in der krisengeschüttelten Weimarer Republik bis dahin noch nie gegeben hatte. Rudolf Hilferding hat im Juli 1931 diese Situation eindringlich charakterisiert, wenn er schreibt: »Der Reichstag¹⁰ ist ein Parlament gegen den Parlamentarismus, seine Existenz eine Gefahr

für die Demokratie, für die Arbeiterschaft, für die Außenpolitik. Mag man die Regierung für noch so schlecht halten, ließe man diesem Reichstag zu den ihm allein gemäßen politischen Entscheidungen freie Bahn, so wäre nur eine noch reaktionärrere Regierung das unvermeidliche Resultat. Die Demokratie zu behaupten gegen eine Mehrheit, die die Demokratie verwirft, und das mit den politischen Mitteln einer demokratischen Verfassung, die das Funktionieren des Parlamentarismus voraussetzt, es ist fast die Lösung der Quadratur des Kreises, die da der Sozialdemokratie als Aufgabe gestellt ist – eine wirklich noch nicht dagewesene Situation.«¹¹ Die durch die Septemberwahl 1930 entstandene politische Gesamtkonstellation ist mit diesen Sätzen exakt beschrieben.

Die Befürworter der Tolerierungspolitik rückten ins Zentrum ihrer Argumentation die Frage: Was kommt danach – nämlich nach einem Sturz Brünings? Die Gegner der Tolerierung gaben auf diese Frage nicht nur eine andere Antwort als die Parteimehrheit, viel entscheidender war es, daß für sie die Frage als solche einen wesentlich geringeren Stellenwert besaß als für die Befürworter der Tolerierung. Schon dieser Sachverhalt deutet darauf hin, daß es sich beim innerparteilichen Streit für oder gegen eine Tolerierung Brünings nur vordergründig um eine Auseinandersetzung über die »richtige Taktik« handelte. Vielmehr resultierten die Positionen, die in diesem Konflikt bezogen wurden, aus sehr gegensätzlichen Einstellungen zum Staat von Weimar¹² und aus einer höchst divergenten Einschätzung der Aufgaben und Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik in der Staats- und Wirtschaftskrise. Max Seydewitz, ein Hauptwortführer der Tolerierungsgegner (und nach seinem Parteiausschluß einer der Gründungsvorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei, die sich im Oktober 1931 konstituierte), hatte durchaus recht, wenn er im Oktober 1931 feststellte, hinter den »verschiedenen taktischen Einstellungen« stünden »weitgehende grundsätzliche Differenzen«.¹³

Die entschiedenen Gegner einer Tolerierung des Kabinetts Brüning gingen bei ihrer Lageanalyse und ihren Strategieentwürfen von ideologischen Prämissen aus, die für sie den Rang absoluter Wahrheiten besaßen und deshalb nicht auf ihren aktuellen Realitätsgehalt hin überprüft zu werden brauchten. Das war zum einen ein dichotomes Bild der Gesellschaft und des politischen Kräftefeldes: Im Zeichen eines erbitterten Klassenkampfes stand die Bourgeoisie als geschlossene Front der – ebenfalls als kompakte Einheit begriffenen – Arbeiterklasse gegenüber; die Divergenzen innerhalb des bürgerlichen Lagers wurden als bedeutungslos abgetan, eine wirkliche politische Kooperation zwischen bürgerlichen Parteien und Repräsentanten der Arbeiterbewegung erschien weder möglich noch wünschenswert. Zum anderen war die Weltwirtschaftskrise in den Augen der meisten

SPD-Linken die »Endkrise« des Kapitalismus oder doch zumindest eine so tiefgehende Krise des kapitalistischen Systems, daß deren Bewältigung mit dem herkömmlichen Instrumentarium kapitalistischer Wirtschaftsstrategien völlig ausgeschlossen erschien – es blieb daher nur die Alternative: faschistischer Ausweg aus der Krise oder revolutionärer Klassenkampf zur Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.¹⁴

Ausgehend von diesen ideologischen Prämissen entwickelten die – vor allem um die Zeitschrift »Der Klassenkampf« gruppierten – Wortführer des linken SPD-Flügels ihre strategischen Vorstellungen und Rezepte für eine sozialdemokratische Politik in der Staats- und Wirtschaftskrise. Zentraler Punkt im Strategiekonzept war nach der Septemberwahl, wie schon vor dem 14. 9. 1930, die eindeutige Absage an eine sozialdemokratische Koalitions- bzw. Tolerierungspolitik, weil durch eine wie immer geartete Kooperation mit bürgerlichen Parteien die Kampfkraft der SPD geschwächt und die Hauptfrontlinie im Klassenkampf verwischt würde. Allerdings schien es der Parteilinken nicht opportun, die Ablehnung einer Koalitions- oder Tolerierungspolitik in schlechthin apodiktischer Weise zu artikulieren und zu einem absoluten Postulat prinzipientreuer sozialdemokratischer Politik zu stilisieren – dies verbot sich aus taktischen Gründen, denn durch eine solche Aussage hätte sie ihre ohnehin geringe Chance, sich mit ihren Strategievorstellungen innerparteilich durchzusetzen, noch weiter gemindert. Daher suchte sie immer wieder, vor allem auch auf dem Leipziger SPD-Parteitag 1931, den Eindruck zu erwecken, eine Tolerierungspolitik werde von ihr nicht abgelehnt, die Hauptdifferenz zwischen ihr und der Parteimehrheit bestehe vielmehr in der unterschiedlichen Beurteilung der »Grenzen der Tolerierungspolitik«. ¹⁵ Dies war indessen eine keineswegs überzeugende, weil die vorhandenen Gegensätze viel zu stark verharmlosende Argumentation. In Wirklichkeit standen sich hinsichtlich einer Tolerierung des Präsidialkabinetts Brüning die Positionen von Parteimehrheit und -minderheit kontradiktorisch gegenüber, denn die Bedingungen, von deren Erfüllung die Parteilinke eine Zustimmung zur Tolerierung Brünings abhängig machen wollte, waren so extrem hoch angesetzt, daß in der gegebenen Kräftekonstellation eine Tolerierung faktisch unmöglich geworden wäre.¹⁶

Das Argument, mit dem Parteivorstand und Parteimehrheit die Tolerierung Brünings als eine »Politik des kleineren Übels« begründeten und rechtfertigten – nur auf diese Weise könne eine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung im Reich und in Preußen verhindert werden –, fiel für die Parteilinke nicht ausschlaggebend ins Gewicht. In ihren Augen war – aufgrund des dichotomischen politischen Weltbilds – der Unterschied zwischen dem Kabinett Brüning und einem Rechtskabinett unter Einschluß

der Nationalsozialisten ziemlich unerheblich. Gleich nach der Septemberwahl erklärte Max Seydewitz: Wenn die SPD ihre Formationen fest und geschlossen zusammenhalte, habe sie »auch eine unter nationalsozialistischem Einfluß stehende Regierung nicht zu fürchten«; die Absichten Brünings seien »nicht weniger faschistisch, als die von den Nazis empfohlenen Methoden, und es ist nicht zu verstehen, warum die Sozialdemokratie in ihrem Kampf für Demokratie und gegen Faschismus einen Unterschied machen soll zwischen Brünings und Hitlers Faschismus«. ¹⁷

In zahllosen Äußerungen von Wortführern der innerparteilichen Opposition tritt eine ausgeprägte Tendenz zur Unterschätzung der gefährvollen Auswirkungen einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung und zur Verkennung des wirklichen Charakters der NS-Bewegung zutage. ¹⁸ Darüber hinaus waren sie fest davon überzeugt, daß eine Tolerierung Brünings die Möglichkeit einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung keineswegs aus der Welt schaffe: Die bürgerlichen Parteien würden schließlich doch gemeinsame Sache mit der Hitlerpartei machen, nämlich dann, wenn die SPD sich durch ihre Tolerierungspolitik genügend kompromittiert habe und die Kampfkraft der Arbeiterklasse geschwächt sei: »Die Bourgeoisie empfindet den Faschismus nicht als ihren Feind, sondern sie sieht in dem Faschismus die letzte Waffe, mit der sie im Notfalle ihre Herrschaft gegenüber dem vordringenden Proletariat verteidigt ... Die Rechnung auf ein dauerndes, festes Bündnis mit den bürgerlichen Parteien gegen die Nationalsozialisten stimmt also nicht. Ein vorübergehendes Zusammengehen dieser Parteien mit der Sozialdemokratie kann überhaupt nur ermöglicht werden durch Preisgabe der sozialdemokratischen Forderungen, durch bedingungslose Unterstützung der Brüning-Regierung. Diese bedingungslose Unterstützung aber, die Übernahme der Mitverantwortung für die arbeiterfeindliche Brüning-Regierung, kann den Einfluß der Sozialdemokratie auf die Volksmassen so schwächen, daß dadurch gerade für den Augenblick, wo die bürgerlichen Parteien die Herbeiführung der Regierung mit den Nazis für zweckmäßig halten, die Widerstandsfähigkeit der Arbeiterklasse gegen die faschistische Welle nicht mehr in dem erforderlichen Maße vorhanden ist.« ¹⁹

Wer einer solchen Sicht der politischen Gesamtsituation und der zukünftigen Entwicklungen huldigte, für den konnte es keinen zwingenden Grund geben, das Kabinett Brüning zu tolerieren, um »Schlimmeres« zu verhüten – insbesondere eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierungsmacht –, anstatt so rasch wie möglich den Sturz des konservativ-autoritären Präsidialkabinetts herbeizuführen, ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebenden Konsequenzen. Nachdem es der Parteilinken im Herbst 1930 nicht gelungen war, die Inaugurierung der sozialdemokratischen To-

lerierungsstrategie zu verhindern, lautete fortan bei jeder sich bietenden Gelegenheit ihre Parole: Schluß mit der Tolerierung. Anlässlich des Leipziger SPD-Parteitags Ende Mai/Anfang Juni 1931 brachte die »Klassenkampf«-Gruppe ihre Auffassung in folgender Weise zum Ausdruck: »Soll die Partei durch Tolerierung der Regierung Brüning die Nationalsozialisten von der Regierung fernhalten und welche Opfer sind zu bringen, um diesen Erfolg zu erzielen? Ist es nicht besser, rücksichtslos die proletarischen Interessen zu vertreten, selbst bei Gefahr des Sturzes der Regierung Brüning und der Eventualität einer Koalitionsregierung zwischen Hitler und dem Zentrum oder gar einer nationalsozialistischen Regierung oder einer direkten Diktatur? Jede Politik hat ein Risiko. Ist das Risiko der faschistischen Regierung so groß, wie es immer dargestellt wird?«²⁰

Die von der innerparteilichen Opposition verfochtene »Alternative« zur Tolerierungsstrategie der Parteimehrheit besaß klare Konturen nur hinsichtlich des zunächst erstrebten Nahziels: Sturz des Präsidialkabinetts Brüning ohne Rücksicht auf die sich daraus ergebenden Folgen für Staat und Partei. Und was weiter? Zwar forderte die Parteilinke eine Ausweitung und Politisierung der außerparlamentarischen Aktionen im Rahmen einer »selbständigen proletarischen Politik«,²¹ aber es wurde nicht näher präzisiert, was damit konkret gemeint war (abgesehen davon konnte die Parteilinke keine Garantie übernehmen, daß es nach dem Sturz Brünings überhaupt noch Möglichkeiten zu großangelegten außerparlamentarischen Aktionen der SPD geben würde!): Umfassende Streikaktionen wurden jedenfalls ebensowenig vorgeschlagen wie eine enge Zusammenarbeit mit der KPD; daß dafür alle Voraussetzungen fehlten, darüber waren sich die Exponenten des linken SPD-Flügels völlig im klaren und machten daraus auch kein Hehl. Wenn es jedoch keine einheitliche Aktion der »Arbeiterklasse« geben konnte, dann entbehrte das gesamte »Klassenkampf«-Strategiekonzept der Parteilinken eines tragenden Fundaments. Die von der innerparteilichen Opposition verfochtene »Alternative« zur Tolerierungsstrategie (wenn sie denn überhaupt die Bezeichnung »Alternative« verdient) führte somit in die gefährliche Nähe einer Katastrophenpolitik, wie sie zu dieser Zeit von der NSDAP und von der KPD ganz zielbewußt betrieben wurde.

Mit H. Drechsler wird man deshalb konstatieren dürfen, daß der linke SPD-Flügel der Partei keine »konkrete Alternative« anzubieten vermochte, sondern sich auf die »abstrakte Parole des radikaleren Kampfes für die proletarischen Interessen« beschränkte.²² Darüber hinaus ist zu bedenken: Einleuchten konnten Lagebeurteilung und Strategievorstellungen der innerparteilichen Opposition ohnehin nur demjenigen, der die ideologischen Prämissen akzeptierte, von denen die SPD-Linke ausging: scharfe Zweiteilung der Gesellschaft in Proletariat und Bourgeoisie als einander

unversöhnlich gegenüberstehende Blöcke; Wirtschaftskrise als »Endkrise« des Kapitalismus und damit die Chance einer Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im revolutionären Klassenkampf. Wer diese Prämissen indessen nicht akzeptierte, wer ein etwas differenzierteres politisches Weltbild besaß, für den entbehrte auch das aus diesen Prämissen abgeleitete Strategiekonzept der Überzeugungskraft und einer realpolitischen Plausibilität.

Diesem Umstand dürfte es zuzuschreiben sein, daß die Linke es nicht vermochte, innerhalb der Partei eine stärkere Unterstützung für ihr Strategiekonzept zu mobilisieren – trotz eines in den Parteiformationen weitverbreiteten Unbehagens über die Tolerierungspolitik und ihre Ergebnisse.²³ Die Exponenten der innerparteilichen Opposition hingegen führten die Erfolglosigkeit ihres vehementen Feldzugs gegen die Tolerierungsstrategie auf den »ungezügelter Terror« der Parteiführung »gegen alle oppositionellen Regungen« zurück.²⁴ Dazu hat bereits damals Carl Mierendorff (der hinsichtlich der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik durchaus skeptisch eingestellt war) das Notwendige gesagt: »Diese fanatischen Gegner der Tolerierung sind zugleich leidenschaftliche Verfechter der Toleranz, während die Erfahrung leider gelehrt hat, daß wohl von keiner Seite in der Partei mehr geistige Unduldsamkeit gegenüber Abweichungen von der angeblich rechten Lehre geübt wurde, als von den sogenannten orthodoxen Marxisten, die immer mit dem Argument auftraten, allein den echten Sinn des Sozialismus zu besitzen.« Und diese Feststellung ergänzte Mierendorff durch die (rhetorische) Frage, welche Wirkungen bei einem Parteivorstand Seydewitz – Rosenfeld wohl der Versuch ausgelöst hätte, irgendwelche »reformistischen« Abweichungen von »linker« Taktik mit denselben Mitteln und in derselben Tonart der Auseinandersetzung zu verfechten, wie sie die derzeitige Opposition gewählt hatte.²⁵

»Jede Politik hat ein Risiko«, erklärten die linkssozialdemokratischen Tolerierungsgegner beim Leipziger SPD-Parteitag 1931.²⁶ Gewiß: jede Politik hat ein Risiko. Aber ebenso gewiß ist es, daß hinsichtlich des Risikogrades dieser oder jener Politik gravierende Unterschiede bestehen können, und zumal einer mitgliederstarken, staatstragenden Partei sollte nicht zum Vorwurf gemacht werden, wenn sie in einer extrem unübersichtlichen, für Partei und Staat besonders gefährlichen Gesamtkonstellation eine Politik mit verantwortungsbewußt kalkuliertem Risiko betreibt. Es dürfte schwerlich zu bestreiten sein, daß eine völlig unkalkulierbare und von der SPD kaum mehr kontrollierbare Entwicklung eingeleitet worden wäre, hätte die Führung der SPD diejenige Marschroute eingeschlagen, die vom linken Flügel so vehement propagiert wurde.

Hingegen wird man den Befürwortern der Tolerierungsstrategie zuge-

stehen müssen, daß das Risiko des von ihnen gesteuerten politischen Kurses kalkulierbar blieb. Wie sah diese Risiko-Kalkulation aus? Erstens: Die SPD-Führung ging von der Annahme aus, in Brüning, aber auch in Hindenburg einigermaßen berechenbare Partner zu haben. Diese Prämisse erwies sich zwar zunehmend als fragwürdig, sie wurde aber durch den Gang der Dinge während der ersten Phase der Tolerierungspolitik nicht eindeutig und in klar erkennbarer Weise widerlegt, so starke Vorbehalte gegenüber den »eigentlichen« politischen Intentionen Brünings und vor allem Hindenburgs auch bereits zu diesem Zeitpunkt angebracht sein mochten. Zweitens: Weil Mitgliedern und Anhängern der Partei zugemutet wurde, für einige Zeit die Beseitigung einer ungeliebten rechtsbürgerlichen Regierung nicht als primäres Kampfziel zu betrachten und eine höchst unpopuläre Wirtschafts- und Sozialpolitik ohne spektakuläre Protestmanifestationen hinzunehmen, ja bis zu einem gewissen Grad mitzuverantworten, mußte damit gerechnet werden, daß wegen dieses Kurses das eine oder andere Mitglied, der eine oder andere Wähler der Partei den Rücken kehren würde, ohne daß – schlimmstenfalls – diese Verluste durch Zuzug von anderer Seite wettgemacht werden konnten. Die SPD-Führung vertraute dabei auf die politische Einsichtsfähigkeit und die guten Nerven der Mitglieder und Anhänger der Partei. Und dies nicht vergeblich: Die tatsächliche Mitgliederentwicklung der SPD in den Jahren 1930–32 und selbst die Wahlergebnisse dieser Jahre erlauben die Feststellung, daß sich die deutsche Sozialdemokratie in der außerordentlich schwierigen Situation über Erwarten gut geschlagen hat. Hingegen endete der Versuch der Tolerierungsgegner, im Herbst 1931 mit der SAP eine zwischen SPD und KPD angesiedelte eigenständige Partei zu organisieren, im Fiasko.²⁷

Wenn die SPD-Linke seit Herbst 1930 die Auffassung vertrat (und ein großer Teil der neueren Forschungsliteratur macht sich diese Auffassung ohne genauere Prüfung zu eigen), die Tolerierung Brünings schwäche entscheidend die »Kampfkraft der Partei«, während ein Verzicht auf die Tolerierung die Position der SPD markant verbessern würde, so liefert die reale Parteientwicklung in der Phase der Tolerierungspolitik keinen überzeugenden Beweis für diese Behauptung. Sie ist schon deshalb fragwürdig, weil keine gesicherte Aussage darüber möglich ist, welche Auswirkungen auf die »Kampfkraft der Partei« die von der Parteilinken empfohlene Katastrophenpolitik tatsächlich gehabt hätte. Daß die Sozialdemokratie im Falle einer Preisgabe der Tolerierungsstrategie die NSDAP und KPD an verantwortungslosem Radikalismus überbieten würde, war ohnehin ausgeschlossen; derartiges konnten auch die kompromißlosesten unter den sozialdemokratischen Tolerierungsgegnern nicht ernsthaft beabsichtigen.

Wenn die deutschen Sozialdemokraten – großenteils gleichsam mit zu-

sammengebissenen Zähnen – viele Monate lang die Zumutung einer Tolerierung des rechtsbürgerlich-autoritären Präsidialkabinetts Brüning durchgehalten haben, so gibt es dafür einige Gründe, die in der bisherigen Forschungsdiskussion nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Erstens: Die Tolerierungsstrategie wurde nach der Septemberwahl 1930 von der SPD-Führung konzipiert und von der Parteimehrheit akzeptiert, weil es in der gegebenen Kräftekonstellation nur auf diese Weise möglich schien, eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Staatsmacht im Reich und in Preußen zu verhindern. Die verbreitete Ansicht, die SPD habe den Nationalsozialismus unterschätzt oder den Kampf gegen ihn nicht intensiv genug geführt, beruht – was Parteiführung und Parteimehrheit anbetrifft – auf barer Unkenntnis der Quellen. »Der Antifaschismus wird zum obersten Gesetz unseres politischen Handelns«, war in der »Gesellschaft«, dem theoretischen Organ der SPD, nach der Septemberwahl zu lesen.²⁸ Völlig zutreffend konnte Ernst Heilmann, der Vorsitzende der SPD-Fraktion im preußischen Landtag, im Februar 1932 konstatieren: »Die Sozialdemokratie hat seit dem 14. September 1930 ihre ganze Politik darauf eingestellt, dem Faschismus den Weg zur Staatsmacht zu verlegen. Hinter der Verteidigung des Lebens der Republik und der Arbeiterrechte hat sie alle anderen Gesichtspunkte weit zurückgestellt. Sie hat Dutzende sachlicher, politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen Brünings hingenommen, die ihr verfehlt erschienen, nur um nicht die Freiheit und die Zukunft der Arbeiterklasse aufs Spiel zu setzen, nur um nicht den Bürgerkrieg unvermeidlich zu machen.«²⁹

Gerade weil die meisten Sozialdemokraten sehr klar erkannten, daß eine Teilhabe der Nationalsozialisten an der Regierungsmacht das Ende von Rechtsstaat und Demokratie bedeuten würde, operierte die SPD ab Herbst 1930 im Zeichen eines Primats der Verhinderung einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung: »Töricht aber wäre zu glauben, daß sie [die Nationalsozialisten] die einmal errungene Macht wieder freiwillig abgeben werden. Wenn die Nationalsozialisten einmal in die Reichsregierung hineingehen, dann können sie es nur, wenn ihnen die entscheidenden Machtpositionen eingeräumt werden, von denen aus sie den Staatsapparat so beherrschen, daß er ihnen auch nach Beendigung der legalen Herrschaft nicht mehr entgleiten kann. Die Nationalsozialisten können nicht damit rechnen, daß sie, einmal Regierungspartei gewesen, als solche auf parlamentarischem Wege wiederkehren. Deshalb muß der erste Einsatz zugleich ein dauernder sein. Hitlers Legalitätsschwur vor dem Reichsgericht kann unsere Formaljuristen vielleicht täuschen, der Politiker, der daraufhin eine Koalition mit den Nationalsozialisten eingeht und ihnen, wie verlangt, das Heer, die Polizei und Verwaltung überläßt, muß wissen, daß er damit auf

›legalem‹ Wege die Grundlagen einer nationalsozialistischen Diktatur schafft.«³⁰

Die Ausrichtung des politischen Kampfes und der Gesamtstrategie auf das Hauptziel, die Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten, leuchtete dem Gros der Partei durchaus ein. Viele Zeugnisse belegen eindringlich, daß der Kampf gegen die NSDAP seit Herbst 1930 mit großem Elan geführt wurde; ungeachtet der »peinlichen Stillhaltesituation« gegenüber dem Brüning-Kabinet³¹ vermochte die Partei im Winter 1930/31 und im Frühjahr 1931 ihre agitatorischen und organisatorischen Aktivitäten wesentlich zu steigern.³²

Zweitens: Tolerierung Brünings bedeutete nach dem Willen der SPD-Führung nicht, daß damit auch mittel- und längerfristig auf die Praktizierung einer eigenständigen sozialdemokratischen Politik verzichtet oder dem Kabinet Brüning ein- für allemal ein Blankoscheck ausgestellt wurde. Bestimmend war vielmehr die Perspektive eines Zeitgewinns: Man hoffte, daß die offensive Stoßkraft der NS-Bewegung nach einiger Zeit erlahmen würde, wenn die Nationalsozialisten ihr Ziel einer raschen Machteroberung verfehlten, und man hegte die Erwartung, daß die Talfahrt der Wirtschaft gebremst und die Wirtschaftskrise überstanden werden könne – mit der Konsequenz einer allmählichen Wiederherstellung verfassungsmäßiger parlamentarischer Zustände. Die SPD müsse, so schrieb im Mai 1931 Victor Schiff, der ihr keineswegs sympathischen Regierung Brüning Hilfestellung leisten, »um den Parlamentarismus in dieser Übergangszeit bis zur Überwindung der schlimmsten Wirtschaftskrise zu retten und die sonst unvermeidliche Diktatur zu verhindern.«³³

Freilich wurde diese bei der Einleitung der Tolerierungsstrategie dominierende Erwartungsperspektive, daß mit einer »Taktik des Ausweichens und Abwartens«³⁴ die Krise gemeistert werden könne, durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Jahres 1931 zunehmend in Frage gestellt: die Talfahrt der Wirtschaft beschleunigte sich, Brünings Sozial- und Wirtschaftspolitik bürdete der Arbeiterschaft immer drückendere Lasten auf, die Arbeitslosigkeit nahm zu, die NS-Bewegung setzte ihre vehemente Offensive gegen die Republik fort und vermochte bei regionalen Wahlen beachtliche Erfolge zu verbuchen, der KPD gelangen Einbrüche in das Wählerpotential der SPD. Aber – und dies wird in der Forschung übersehen oder zu gering veranschlagt – es gab durchaus auch einige Lichtblicke, die nach Auffassung der SPD-Führung die Richtigkeit des bisher verfolgten Kurses bestätigten und eine Weiterführung der Tolerierungspolitik zwingend nahelegten. Als solche Lichtblicke erschienen der Parteimehrheit vor allem folgende Ereignisse: Am 9. Februar 1931 zog die Rechtsopposition aus dem Reichstag aus, so daß der Haushalt parlamentarisch

verabschiedet werden konnte; Anfang April wurde in Thüringen der nationalsozialistische Minister Frick durch Annahme eines Mißtrauensvotums gestürzt, und die Stennes-Revolution in Berlin schien eine beginnende Zersetzung der NS-Bewegung anzukündigen; der von der vereinigten Rechtsopposition eingeleitete (und schließlich auch von der KPD unterstützte) preußische Volksentscheid zur Auflösung des Landtags endete am 9. August 1931 mit einem eklatanten Fehlschlag (nur 36,9 % der Wähler sprachen sich für die vorzeitige Auflösung des preußischen Landtags aus); im Frühjahr 1931 zeichneten sich zudem leichte wirtschaftliche Erholungstendenzen ab, die zu Hoffnungen auf eine allmähliche Überwindung der Wirtschaftskrise berechtigten, die sich allerdings als recht kurzlebig erwiesen (im Sommer 1931 kam es dann zu einer erheblichen Verschärfung der wirtschaftlichen Krisensituation).

Immerhin machen es diese »Lichtblicke« verständlich, daß im Jahr 1931 – nicht zuletzt auch zur Zeit des Leipziger SPD-Parteitag Ende Mai / Anfang Juni – in der Partei das Gefühl verbreitet war, durch die Tolerierungsstrategie sei das Ziel erreicht worden, das man sich im Herbst 1930 gesteckt hatte. Einige Zitate sollen diesen – weithin unbekanntem – Aspekt der parteiinternen Auseinandersetzung um die Tolerierungspolitik dokumentieren.

Der prominente Gewerkschaftsführer Fritz Tarnow äußerte nach dem Auszug der Rechtsopposition aus dem Reichstag, der »blamable Mißerfolg der Nazis bei dem Versuch, in die praktische Politik hineinzukommen«, habe ihre »Chancen für den legalen Weg zur Macht« wesentlich vermindert, damit sei auch der »Elan der Nazibewegung sichtbar abgeebbt«, die politische Gesamtsituation habe sich »wesentlich entspannt«. Zwar sei die Gefahr einer parlamentarisch-politischen Krise noch immer außerordentlich groß, die Situation erfordere deshalb eine erhöhte und dauernde Alarmbereitschaft und besonders für die sozialdemokratische Fraktion ein gesteigertes Maß von Verantwortungsgefühl. Aber: »Die Entwicklung seit dem 14. September hat bereits erwiesen, daß die Hakenkreuzbewegung an ihrer eigenen Dummheit und Unfähigkeit zugrunde gehen muß, wenn es nur gelingt, sie von entscheidenden Machtpositionen fernzuhalten, bis ihre Lächerlichkeit der breitesten Öffentlichkeit sichtbar geworden ist. Die Sorge, als ob eine solche Taktik, die der sozialdemokratischen Fraktion die Pflicht auferlegt, eine Regierung zu tolerieren, zu der sie im Gegensatz steht, von ihren Anhängern nicht begriffen würde, hat sich als unbegründet erwiesen. Die Geschlossenheit und Festigkeit in der sozialdemokratischen Bewegung, das Verständnis für die Maßnahmen der Führung sind heute besser denn je.«³⁵

Nach der Braunschweiger Landtagswahl im März 1931 meinte Ernst

Heilmann, die Wahl habe der SPD zwar Einbußen gebracht, »aber sie hat den stürmischen, sprunghaften Vormarsch der Faschisten, den der 14. September enthüllte, überwunden gezeigt. Alle Stimmen aus dem Reiche besagen, daß der Vormarsch der Nazis mindestens stille steht. Das zu erreichen war das Ziel unserer Taktik, und dieses nächste Ziel ist erreicht.«³⁶ Im Maiheft der »Gesellschaft« würdigten zwei führende Theoretiker der Partei den relativen Erfolg der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik. Alexander Schiffrin glaubte eine günstige Entwicklung des Abwehrkampfes gegen den Faschismus konstatieren zu dürfen: »Die lähmende und vergiftende Wirkung des faschistischen Wahlsiegs ist auch heute spürbar, seine ursprüngliche psychologische Wirkung ist aber bereits vorbei. Der 14. September ist entzaubert worden.«³⁷ Und Georg Decker schrieb, die Ereignisse vom 1. April, der Sturz von Frick in Thüringen und die Rebellion der Sturmabteilungen in Berlin, stellten einen völlig eindeutigen Beweis für die »Richtigkeit der politischen Linie der Sozialdemokratie« dar, dies müßten auch diejenigen einsehen, die nach wie vor einzelne Entscheidungen für falsch hielten. »Es war eine sehr richtige Politik, und es ist eine große historische Leistung der Sozialdemokratie, daß die Nationalsozialisten nach ihrem Wahlerfolg von der Teilnahme an der Staatsmacht an ihren entscheidenden Stellen im Reiche und in Preußen ferngehalten wurden. Auf diese Weise ist es gelungen, der Bewegung ihren gefährlichsten Schwung zu nehmen. Das gelang nicht durch die Tolerierungspolitik allein, sondern auch durch die gleichzeitige Aktivierung der sozialdemokratischen Organisation und des Reichsbanners, ohne die auch die geschickteste parlamentarische Taktik keine ausreichenden Ergebnisse hätte zeitigen können. Wir haben eine sichtbare Verschiebung der effektiven Machtverhältnisse herbeigeführt, haben damit dem Widerstandswillen des Zentrums Rückgrat gegeben, den endgültigen Anschluß der früheren bürgerlichen Mitte an den Faschismus verhindert und der faschistischen Bewegung selbst die Gloriele ihrer Unbesiegbarkeit und damit ihre besondere zusammenhaltende Kraft entrissen.«³⁸

Der keineswegs unkritische Georg Decker zog im Oktoberheft der »Gesellschaft« eine insgesamt positive Zwischenbilanz der Tolerierungspolitik. »Waren es viele«, so fragte er, »die es nach den Septemberwahlen für möglich gehalten haben, daß ein Jahr vergehen wird, ohne daß die Nazis an die Macht kommen? War nicht namentlich für die Sozialdemokratie die Entscheidung über die einzuschlagende Taktik deshalb so schwierig, weil die Zielsetzung der Tolerierungspolitik, die Nazis fern von der Regierungsmacht zu halten und überhaupt eine faschistische Regierungsbildung in jeder Form zu verhindern, als ganz oder fast aussichtslos erschien?« Nach einem Jahr, so Decker, könne festgestellt werden, daß der Faschismus nicht

an die Macht gekommen sei, und die Sozialdemokratie habe sich nicht verbraucht, sondern trotz aller Schwierigkeiten und Streitigkeiten in sich selbst neue innere Kräfte entwickelt. Gewiß ließen sich über die Richtigkeit einzelner taktischer Entscheidungen mit guten Gründen verschiedene Auffassungen vertreten, die Richtigkeit der politischen Linie könne jedoch nur bestreiten, wer wesentliche Fakten nicht zur Kenntnis nehme: »Es ist doch eine Tatsache, daß die Faschisten nicht an der Macht sind; es ist eine Tatsache, daß die politischen Widerstandskräfte gegen den Nationalsozialismus jetzt stärker sind als vor einem Jahr; es ist eine Tatsache, daß der preußische Volksentscheid mindestens einen gewissen Stillstand der faschistischen Entwicklung in Deutschland offenbart hat, und es ist eine Tatsache, daß wir unsere Position in Preußen erhalten haben.«³⁹

Genug der Zitate, die für eine Vielzahl ganz ähnlich lautender Äußerungen stehen. Während des ganzen Jahres 1931 und bis hin zum Ende der Kanzlerschaft Brünings vertraten sozialdemokratische Politiker und Publizisten mit Nachdruck die Auffassung, die SPD praktiziere mit der Tolerierungspolitik eine situationsadäquate, relativ erfolgreiche Krisenstrategie, zu der es keine für die Sozialdemokratie politisch verantwortbare Alternative gebe. Die Befürworter der Tolerierung Brünings gaben sich dabei keinen Illusionen über die Intentionen der politischen Rechtskreise hin, Potential und Kampfesentschlossenheit der rechts- und linksradikalen Demokratiefeinde und Republikgegner schätzten sie realistisch ein. Wenn sie trotzdem eine faschistische Diktatur in Deutschland nicht für absolut unvermeidlich hielten, sondern überzeugt waren, eine solche Katastrophe könne gerade durch die von der SPD betriebene, auf Zeitgewinn angelegte Ermattungsstrategie verhindert werden, dann sollte eine derartige Lagebeurteilung vom Historiker nicht vorschnell als unzulänglich und realitätsblind abgetan werden, einfach deshalb, weil sie durch die weitere Entwicklung gründlich widerlegt scheint.

Manchen Historikern stellt sich die Entwicklung der Jahre 1930–32 im Rückblick dar als linear verlaufender Prozeß einer kontinuierlichen Verschlechterung der Wirtschaftslage und eines unaufhaltsamen Vormarsches der NS-Bewegung mit dem Endpunkt einer schließlich doch unvermeidlichen Auslieferung der Staatsmacht an die Hitler-Partei. Dies war nicht die Sicht jener Sozialdemokraten, die 1930, 1931, 1932 politische Entscheidungen zu treffen hatten. Sie handelten im Bewußtsein, mit dem von ihnen gesteuerten Kurs, der der Partei ein Höchstmaß an politischer Entsagung abverlangte, könne es gelingen, die Lebensgrundlagen einer demokratischen Staatsordnung durch die akute Wirtschafts- und Gesellschaftskrise hindurch zu retten und den faschistischen Ausweg aus der Krise zu blockieren. Das ist letztlich nicht gelungen. Aber dieses Scheitern war ehren-

haft – man wird Helga Grebing zustimmen müssen, wenn sie feststellt: »Es gibt historische Lagen, in denen humane Prinzipien und auf ihnen beruhende soziale Bewegungen nicht erfolgreich sein können; deshalb sind diese Prinzipien nicht falsch.«⁴⁰ Damit ist eine Perspektive angedeutet, die es erlaubt, die sozialdemokratische Politik in der Endphase der Weimarer Republik und zumal die Tolerierungsstrategie gegenüber dem Kabinett Brüning nuanciert – und gerechter, als das in der neueren Forschungsliteratur häufig der Fall ist – zu beurteilen.

Anmerkungen

- ¹ Diese Formulierungen von Hans Mommsen (Die Sozialdemokratie in der Defensive, in: ders., Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei. Frankfurt 1974, S. 106–133, hier: S. 108f., 115) wurden in zahlreichen Arbeiten übernommen oder leicht abgewandelt. Die einschlägige Literatur ist Legion und kann hier nicht verzeichnet werden. Als neuere Beiträge zu diesem Thema – zugleich als Beispiele dafür, daß aus ganz unterschiedlichen Richtungen die sozialdemokratische Politik massiv kritisiert wird – seien genannt: Eberhard Heupel, Reformismus und Krise. Zur Theorie und Praxis von SPD, ADGB und AfA-Bund in der Weltwirtschaftskrise 1929–1932/33. Frankfurt/New York 1981; Dietmar Klenke, Die SPD-Linke in der Weimarer Republik. 2 Bde. Münster 1983; Andreas Dorpalen, SPD und KPD in der Endphase der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 77–107. Dorpalen versteigt sich sogar zu der Behauptung: »Wenn man Verantwortlichkeiten zumessen will, so war es die SPD weit mehr als die KPD, die auf der Linken die größere Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch der Weimarer Republik trug« (ebd., S. 107). Vgl. dagegen jetzt die knappen Darlegungen von Klaus Schönhoven, die sich durch Behutsamkeit und Abgewogenheit im Urteil auszeichnen: Der demokratische Sozialismus im Dilemma: Die Sozialdemokratie und der Untergang der Weimarer Republik, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 74–84.
- ² Mit den Topoi zur Interpretation der sozialdemokratischen Organisationspraxis (Immobilismus, Verbürgerlichung, Verbonzung, Verkalkung) hat sich in überzeugender Weise jüngst Peter Lösche befaßt: Über den Zusammenhang von reformistischen Sozialismustheorien und sozialdemokratischer Organisationspraxis in der Weimarer Republik, in: Horst Heimann/Thomas Meyer (Hrsg.), Reformsozialismus und Sozialdemokratie. Berlin 1982, S. 13–32. Eine ausführliche Analyse des gesamten Problemkreises ist von Heinrich August Winkler in Band 3 seines großen Werkes »Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik« zu erwarten.
- ³ Hans Dieter Kluge, Verhältnis von SPD und Parlamentarismus: Koalition, Tolerierung, Opposition, in: Wolfgang Luthardt (Hrsg.), Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Frankfurt 1978, Bd. 1, S. 17.
- ⁴ Heupel, Reformismus (wie Anm. 1), S. 172.
- ⁵ Meine Darlegungen basieren auf der Durcharbeitung mehrerer sozialdemokratischer Periodika: Der Klassenkampf, Die Gesellschaft, Das Freie Wort, Neue Blätter für den Sozialismus, Sozialistische Monatshefte, Gewerkschafts-Zeitung. Das Material kann hier selbstverständlich nicht in extenso ausgebreitet werden.
- ⁶ Für meine Bewertung siehe Eberhard Kolb, Die Weimarer Republik. München 1984, S. 91.
- ⁷ Ebd., S. 120.
- ⁸ Ihr Abstimmungsverhalten begründete und rechtfertigte die SPD-Fraktion in einer umfänglichen Erklärung, die in der sozialdemokratischen Presse veröffentlicht wurde. Darin hieß es, eine Mitwirkung der SPD am Sturz Brünings hätte den sofortigen Zusammenbruch der Preußenkoalition zur Folge gehabt. Auf Reichsebene würden sich nach Annahme der Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning mit Hilfe der SPD folgende Möglichkeiten ergeben: 1. Rücktritt und anschließend Wiederernennung Brünings, der dann gegen den Reichstag re-

gieren müßte (eine sofortige Auflösung und Neuwahl des Reichstags erschien ausgeschlossen); 2. Einsetzung eines Beamtenkabinetts, das gleichfalls nur mit dem Diktaturartikel regieren könnte; 3. Auftrag an den DNVP-Führer Hugenberg zur Bildung einer Rechtsregierung mit Einschluß der Nationalsozialisten. Wenn ein solches Kabinett sich auch nur bei Tolerierung durch das Zentrum halten könne, so wäre es doch nichts anderes als eine »verschleierte Hitler-Regierung«: »Eine verschleierte oder unverschleierte Hitler-Regierung hat die vollständige Ausschaltung des Reichstags und darüber hinaus die Zerschlagung aller demokratischen Rechte des Volkes zum Ziel ... Eine Hitler-Regierung würde sich die Wiederholung des italienischen Beispiels zum Ziel setzen, also Zertrümmerung aller Organisationen der Arbeiterschaft, dauernder militärischer Belagerungszustand, Aufhebung aller Presse-, Versammlungs- und sonstigen politischen Freiheiten, ständige Gefahr des Bürgerkriegs im Innern und des Revanchekriegs nach außen.« (Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, S. 21.) In diametralem Gegensatz zu dieser Lagebeurteilung der SPD-Fraktion befindet sich Arthur Rosenberg mit seinem Urteil, die Reichstagsabstimmung vom 18. 10. 1930 sei »die Todesstunde der Weimarer Republik« gewesen, weil die Reichstagsmehrheit an diesem Tag den »Kampf gegen die verfassungswidrige Diktatur« eingestellt habe (Arthur Rosenberg, Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik. Frankfurt 1955, S. 479).

- ⁹ Neun SPD-Abgeordnete (L. Agnes, Fleißner, Kuhnt, Oettinghaus, Portune, Rosenfeld, Seydewitz, Ströbel, Ziegler) beteiligten sich nicht an der Abstimmung und brachten auf diese Weise ihre Ablehnung der Tolerierung zum Ausdruck. In der Fraktion hatten weitere elf Abgeordnete nicht mit der Mehrheit gestimmt, folgten aber bei der Reichstagsabstimmung dem Mehrheitsvotum, s. Der Klassenkampf 5 (1931), S. 2.
- ¹⁰ Gemeint ist der am 14. 9. 1930 gewählte Reichstag.
- ¹¹ Rudolf Hilferding, In Krisennot, in: Die Gesellschaft 1931, Bd. 2, S. 1.
- ¹² Schon auf dem Magdeburger Parteitag 1929 hatte ein Exponent der SPD-Linken, Ernst Eckstein, erklärt, Verantwortung trage die SPD »nicht für den Staat, sondern allein für die Arbeiterklasse, die wir vertreten« (Protokoll über die Verhandlungen des SPD-Parteitags Magdeburg 1929, S. 71).
- ¹³ Max Seydewitz, Die Generallinie, in: Der Klassenkampf 5 (1931), S. 581.
- ¹⁴ Daß diese beiden Komponenten – Vorstellung einer dichotomen Klassengesellschaft in Deutschland und Annahme, der Kapitalismus sei in seine »Endkrise« eingetreten – konstitutiv waren für das politische Weltbild der SPD-Linken, zeigen zahlreiche Artikel im »Klassenkampf«. Hier seien nur einige wichtige Belegstellen angeführt: Jg. 4 (1930), S. 234 ff., 292, 324, 334, 385 f., 545, 649; Jg. 5 (1931), S. 54, 83, 161 ff., 386, 394, 581 f.
- ¹⁵ Siehe z. B. Max Seydewitz auf dem SPD-Parteitag Leipzig 1931 (Protokoll, S. 124 ff.).
- ¹⁶ So völlig zutreffend Hanno Drechsler, Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Meisenheim a. Glan 1965, S. 67.
- ¹⁷ Max Seydewitz, Der Sieg der Verzweiflung, in: Der Klassenkampf 4 (1930), S. 548. Solche Formulierungen lassen erkennen, daß zwischen dem Faschismusbegriff von Seydewitz und der sowjetmarxistischen Einschätzung des Faschismus fließende Übergänge bestanden: Zwar machten sich Seydewitz und seine Freunde nicht die kommunistische Sozialfaschismustheorie zu eigen, aber die Äußerungen über den »Brüning-Faschismus« stehen doch in unübersehbarer Nähe zu entsprechenden Feststellungen von KPD und Komintern (vgl. Hermann Weber, Haupt-

- feind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929–1933. Düsseldorf 1982). Eine ähnliche Auffassung wie die SPD-Linken vertrat im Herbst 1930 übrigens auch Carl von Ossietzky: »Lieber eine offene Rechtsregierung als eine Prolongation Brünings. Dieses spitznasige Pergamentgesicht, dieser Pater Filucius mit dem E. K. I am Rosenkranz muß endlich verschwinden.« (Weltbühne 1930, Bd. 2, S. 465; 23.9.1930).
- ¹⁸ Als besonders krassen Fall siehe z. B. den Artikel von Fritz Lewald, Wenn der Faschismus siegt ..., in: Der Klassenkampf 4 (1930), S. 646 ff. (u. a. hämische Ironisierung der von den Befürwortern der Tolerierung prophezeiten desaströsen Folgen einer nationalsozialistischen Machteroberung).
- ¹⁹ Max Seydewitz, Der falsche Weg, in: Der Klassenkampf 4 (1930), S. 642.
- ²⁰ Der Klassenkampf, Sonderheft 3 (Das Ergebnis des Leipziger Parteitag), Berlin 1931, S. 30.
- ²¹ Vgl. insgesamt Ernst-Viktor Rengstorf, Linksopposition in der Weimarer SPD. Die »Klassenkampf-Gruppe« 1928–1931. Hannover 1976, S. 71 ff.
- ²² Drechsler, Sozialistische Arbeiterpartei (wie Anm. 16), S. 57.
- ²³ Für Hamburg konstatiert Ursula Büttner: »Soweit die spärlichen Berichte im Hamburger Echo erkennen lassen, entsprang die Gegnerschaft gegen die Tolerierungspolitik in der sozialdemokratischen Landesorganisation selten einer alternativen theoretischen Konzeption, sondern einer allgemeinen Mißstimmung über die Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Lage, durch die das Bedürfnis nach größerer Aktivität der Partei gesteigert wurde.« (Ursula Büttner, Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931. Hamburg 1982, S. 459). Dies gilt in ähnlicher Weise auch für andere Regionalorganisationen der SPD.
- ²⁴ Max Seydewitz, Die Generallinie, in: Der Klassenkampf 5 (1931), S. 579 f.
- ²⁵ Carl Mierendorff, Parteispaltung, in: Sozialistische Monatshefte 1931, Bd. 2, S. 1082. Für Mierendorffs Auffassung, die SPD solle die Tolerierungspolitik elastischer und mit einem geringeren Grad an Ausschließlichkeit praktizieren, siehe Neue Blätter für den Sozialismus 2 (1931), S. 297 f., 325 f., 519.
- ²⁶ Wie Anm. 20.
- ²⁷ Vgl. insgesamt Drechsler (wie Anm. 16).
- ²⁸ Alexander Schifrin, Parteiprobleme nach den Wahlen, in: Die Gesellschaft 1930, Bd. 2, S. 399.
- ²⁹ Ernst Heilmann, Nieder mit dem Faschismus, in: Das Freie Wort 4 (1932), Heft 8, S. 3 f.
- ³⁰ August Rathmann, Antikapitalistische Politik?, in: Neue Blätter für den Sozialismus 1 (1930), S. 436. Gleich oder ähnlich lautende Prognosen finden sich in der sozialdemokratischen Publizistik so häufig, daß auf die Anführung weiterer Belegstellen verzichtet werden kann. Vgl. insgesamt den instruktiven Beitrag von Hermann-Josef Rupieper, »Der Kampf gegen die nationalsozialistische Seuche.« Die Werbeabteilung der SPD und die Auseinandersetzung mit der NSDAP 1929–1932, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der dt. Arbeiterbewegung 19 (1983), S. 1–22.
- ³¹ Ernst Heilmann, Die letzte Notverordnung, in: Das Freie Wort 3 (1931), Heft 51, S. 6.
- ³² Die von der Parteilinken lautstark erhobene Forderung nach verstärktem Einsatz »außerparlamentarischer Machtmittel« hingegen suchten die Befürworter der Tolerierungspolitik – mit nicht leicht von der Hand zu weisenden Argumenten – ad absurdum zu führen: »Woran denkt man denn dabei? Und wann und wie sollen diese Machtmittel eingesetzt werden? Soll gegen Hugenbergs Berufung zum

- Reichskanzler der Generalstreik erklärt werden? Um die sowieso eintretende Wirtschaftskatastrophe auf unsere statt auf seine Verantwortung zu nehmen?! Oder soll gegen den formal verfassungsmäßig berufenen Reichskanzler die Arbeiterklasse den bewaffneten Aufstand organisieren? Sollen wir das Reichsbanner zum Kampfe gegen Militär und Schutzpolizei führen? Sobald man diese Fragen konkret stellt, sind sie auch beantwortet und die Phrasen in ihrer ganzen Wesenlosigkeit bloßgestellt.« (Ernst Heilmann, in: *Das Freie Wort* 2 (1930), Heft 41, S. 4 f.).
- ³³ Victor Schiff, Kein Hasardspiel mit der Republik!, in: *Das Freie Wort* 3 (1931), Heft 18, S. 6.
- ³⁴ Ernst Heilmann, Kampf gegen die Katastrophe, in: *Das Freie Wort* 2 (1930), Heft 41, S. 6.
- ³⁵ Fritz Tarnow, Eine Niederlage des Antiparlamentarismus, in: *Gewerkschaftszeitung* 41 (1931), S. 113 ff.
- ³⁶ Ernst Heilmann, Freiheit der Entscheidung, in: *Das Freie Wort* 3 (1931), Heft 11, S. 4.
- ³⁷ Alexander Schifrin, Wandlungen des Abwehrkampfes, in: *Die Gesellschaft* 1931, Bd. 1, S. 394 ff.; hier: S. 411.
- ³⁸ Georg Decker, Umstellung des Faschismus, in: *Die Gesellschaft* 1931, Bd. 1, S. 385 ff., hier: S. 385, 389 f.
- ³⁹ Georg Decker, Nach einem Jahr, in: *Die Gesellschaft* 1931, Bd. 2, S. 292 ff. Registriert zu werden verdient auch Deckers Bemerkung, es sei die Schwierigkeit jeder Politik des kleineren Übels, »daß das verhinderte größere Übel nicht erlebt wird und deshalb die Bedeutung des Erreichten unbekannt bleibt«.
- ⁴⁰ Helga Grebing, Konservative Legende und bürgerliche Vorurteile, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 24 (1984), S. 643.

Zur Struktur des Herrschaftssystems

Reichszentralismus und Parteipartikularismus Bayern nach dem Neuaufbau-Gesetz vom 30. Januar 1934

von Martin Broszat

In der Chronik des deutschen Föderalismus nimmt das Gesetz zum Neuaufbau des Deutschen Reiches vom 30. Januar 1934 einen ähnlichen Platz ein wie das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 in der deutschen Parlamentsgeschichte.¹ Die sieben Wochen zuvor nach Einheitsliste gewählten Reichstagsabgeordneten fanden den Gesetzentwurf überraschend auf ihren Sitzen in der Berliner Krolloper als Drucksache vor. Die drei wichtigsten von insgesamt nur fünf knappen Artikeln lauteten: »Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben« (Art. 1). »Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über« (Art. 2). »Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen« (Art. 4).

Als ob es wirklich noch um ein parlamentarisches Beratungsverfahren gehe, bediente sich Hermann Göring zur Eröffnung der Sitzung in der früheren Rolle des Reichstagspräsidenten der alten Formeln der Geschäftsführung und erteilte zunächst dem Reichskanzler und Führer das Wort. Es folgte ein fast einstündiger Rechenschaftsbericht Hitlers, der erst gegen Ende in eher beiläufiger, verklausulierter Form auf die Gesetzesvorlage Bezug nahm. Es gelte, die Grundlagen zu schaffen, damit er einst »die letzte Entscheidung über die endgültige Verfassung des Reiches treffen« könne. Dann wickelte Göring die erste, zweite und dritte Lesung der Vorlage ab, indem er jeweils feststellte, daß keine Wortmeldungen vorlägen, forderte die meist uniformierten Abgeordneten anschließend auf, ihrer Zustimmung

durch Erheben von den Sitzen Ausdruck zu geben, was ohne Ausnahme geschah, verkündete daraufhin »unter stürmischem Beifall« die Annahme der Vorlage, die, so Göring abschließend, »für die Zukunft Deutschlands das wichtigste Gesetz« sei, um »Deutschland aufzubauen in Kraft zu Herrlichkeit und Größe«.²

Unmittelbar anschließend, am späten Nachmittag, begab sich Reichsinnenminister Dr. Frick zur ebenfalls anberaumten Sitzung des Reichsrats, die, wie immer, im alten, vom Reichstagsbrand im Vorjahr verschont gebliebenen Bundesratssaal des Reichstagsgebäudes am Tiergarten stattfand. Die weitere Existenz dieses bundesstaatlichen Organs war durch das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933 ausdrücklich garantiert worden. Auch an seiner Zusammensetzung, meist aus hochrangigen, von den Landesregierungen lange vor 1933 entsandten Ministerialbeamten, die als stimmführende Reichsratsbevollmächtigte ohnehin weisungsgebunden waren, hatte sich nur wenig geändert. Senior des Gremiums war noch immer der braunschweigische Gesandte Exzellenz Boden, der sein Land schon zu Kaisers Zeiten im Bundesrat vertreten hatte. Bayerns Bevollmächtigter Franz Sperr, mit dem traditionellen Sitz links neben dem Vorsitzenden, war bereits seit 15 Jahren in der Berliner Vertretung tätig gewesen.

Auch unter den Bedingungen der Weimarer Verfassung konnten Einsprüche des Reichsrats durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags gegenstandslos gemacht werden. Nach dem einstimmigen Beschluß des Reichstags war es deshalb reine Formsache, daß Frick das Gesetz überhaupt vor den Reichsrat brachte. Eine Spur ehrlicher als Hitler und Göring zuvor erklärte der Minister in diesem geschlossenen Kreis, es gehe vor allem um eine Erweiterung des Ermächtigungsgesetzes, wodurch die Reichsregierung jetzt auch bevollmächtigt werden solle, anstelle der territorialen Zufallsprodukte vergangener dynastischer Politik eine neue einheitliche Form und Gliederung des Reichs vorzunehmen, ohne daß in dem Gesetz allerdings, wie Frick ein wenig kleinlaut einräumte, »sachlich über den Neuaufbau schon etwas gesagt wird«. »Sie werden«, so schloß Frick die kurze Aussprache, dem »historischen Augenblick am besten gerecht, wenn auch Sie nach dem Beispiel des Reichstages einmütig und ohne lange Reden dem Gesetz Ihre Zustimmung erteilen«.³ Auch das geschah, wie gewünscht. Nur 14 Tage später machte die Reichsregierung von der neuen Ermächtigung Gebrauch, indem sie ein Gesetz über die Auflösung des Reichsrats erließ (14. Februar 1934). Das bundesstaatliche Organ des Reichs hatte, ohne die Stimme zu erheben, dazu den Weg selbst freigemacht.

Deshalb hat es seinen guten Grund, dieses Datum, den 30. Januar 1934, zum Ausgangspunkt der historischen Erinnerung an die Auslöschung der Eigenständigkeit der Länder im Dritten Reich zu machen, obwohl die ent-

scheidende politische Vorbereitung dieses letzten Aktes schon im Frühjahr 1933 geschehen war: durch die mit Druck von oben und unten auch in Bayern erzwungene Gleichschaltung und die Einsetzung von Reichsstathaltern in den Ländern, schließlich auch durch die Auflösung und das gesetzliche Verbot (14. Juli 1933) aller nichtnationalsozialistischen Parteien, was die letzten gewählten parlamentarischen Körperschaften im Reich und in den Ländern längst entwertet hatte, ehe ihre Auflösung im Oktober 1933 erfolgt war.

Den Faden dieser Ereignisse wieder aufzunehmen, legt nahe – ehe wir uns näher auf die Entstehungsgeschichte und die Folgen des Neuaufbaugesetzes einlassen –, auch auf die noch frischere Erinnerung bayerischer Nachkriegspolitiker und Verfassungsjuristen zurückzugreifen und in die Betrachtung einzubeziehen, welche historische Beurteilung sich ihnen aus ihrer Sicht nach den Erfahrungen der Hitlerzeit und der Weimarer Republik aufdrängte. Nur einige wenige Beispiele sollen herausgegriffen werden, um zu verdeutlichen, wie eminent die bayerische Entschlossenheit zu föderalistischem Staatsaufbau in der Nachkriegszeit von solchen historischen Erfahrungen geprägt war. Schon die Formulierung, die der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags im Sommer 1946 dem Artikel 178 der bayerischen Verfassung gab, war ganz und gar Niederschlag historischer Betroffenheit. Bayern, so heißt es dort, will einem künftigen demokratischen deutschen Bundesstaat beitreten, aber nur, wenn dieser aus einem »freiwilligen Zusammenschluß der deutschen Einzelstaaten« hervorgeht und »deren staatsrechtliches Eigenleben« gesichert ist. Die Einstimmigkeit hierüber im Verfassungsausschuß zwischen dem damaligen bayerischen Ministerpräsidenten Wilhelm Hoegner (SPD), seinem baldigen CSU-Nachfolger Hans Ehard und dem Hauptmentor der Verfassungsgebung, dem Münchner Staatsrechtler Hans Nawiasky, war vollkommen. Alois Hundhammer konnte sich weitgehenden bayerischen Einverständnisses gewiß sein, wenn er zur Begründung des Verfassungsartikels am 28. September 1946 in einem öffentlichen Vortrag ausführte: »Deutschland ist immer in seiner Geschichte in die Katastrophe gestürzt, wenn es zentralistisch war. Das verbrecherische Handeln der letzten 12 Jahre ... war nur möglich über den zentralistischen Staat.«⁴

Nur wenig später, mit der Einrichtung bizonaler deutscher Zentralämter und regierungsähnlicher Kollegialbehörden in Frankfurt, setzte 1946/47 eine westdeutsche staatliche Entwicklung ein, die nicht mehr nur wie der bisherige Länderrat der amerikanischen Zone von den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder bestimmt war, sondern auch von den Repräsentanten der auf zentraler oder auf bizonaler Ebene organisierten Parteien. Der Vorsprung und das bisherige Monopol der Länder bei der Bestimmung der

westdeutschen Staatsentwicklung drohten verlorenzugehen. Hans Nawiasky, der 1933 von den Nationalsozialisten von seinem Münchner Lehrstuhl verdrängt worden war und sich wie Hoegner während des Dritten Reichs in der Schweiz aufgehalten hatte, sah erneut Weimarer Gefahren heraufdämmern, die er zuletzt anlässlich des Papenschen Schlags gegen Preußen vom 20. Juli 1932 vor dem Leipziger Staatsgerichtshof der Republik im Oktober dieses Jahres aktiv miterlebt hatte. Auf diese ganz persönlichen Erfahrungen war es gemünzt, wenn er in seinem »Föderalistischen Manifest« und anderen Denkschriften des Jahres 1947 die Erinnerung wachrief, daß schon einmal, in Weimar, unter republikanischer Flagge ein Staatszentralismus aufgebaut worden sei, bei dem dann am Ende »ein einfacher Kommandowechsel genügte, um Energien zu entfesseln, welche die ganze Welt in einen mörderischen Krieg verwickelten«. ⁵

Diese Warnung war außerdem fast deckungsgleich mit dem, was schon 28 Jahre vorher in der Weimarer Nationalversammlung die graue Eminenz der Bayerischen Volkspartei, Georg Heim, bei der Kritik an der Verfassung geäußert hatte: »Sie schaffen«, so Heim damals, »einen Zentralstaat mit Allgewalt«, aus dem »wiederum die Gefahr des Imperialismus, wenn auch in anderer Form entstehen« wird. ⁶

Nicht erst unter dem Nationalsozialismus, das wird aus diesen Zitaten immerhin deutlich, wurde Föderalismus als Schwächung und Hindernis nationalstaatlicher Macht und Leistungssteigerung empfunden und diskreditiert. Auch die Weimarer Republik stand, wengleich unter anderen politischen Vorzeichen, vom ersten Tag ihrer Existenz an im Zeichen dieser Problematik. Am Leitfaden der sensiblen Kritik Nawiaskys (für ihn bedeutete Föderalismus vor allem Gewährleistung der Kulturnation statt des nationalen Machtstaates und keineswegs nur bayerische Eigenbrötelei) bleibt auch weiterhin historisch zu bedenken, inwieweit selbst die mit besten demokratischen Verfassungsidealen verbundene zentralistische Staatsauffassung bei den republikanischen Parteien der Weimarer Republik mitbestimmt war vom Trauma der Niederlage von 1918, von der revisionistischen Grundstruktur der Weimarer Innen- und Außenpolitik, die auf Wiederherstellung des verlorenen nationalen Machtstaats festgelegt war.

Gleichwohl wird eine distanzierte geschichtliche Betrachtung nicht einfach der Linie Nawiaskys folgen können. Die vielerlei Spielarten, inneren Brüche und isolationistischen Wirkungen bayerischer föderalistischer Politik in der Weimarer Zeit schließen eine so einfache Sicht aus. Zu denken ist dabei nicht nur an die Phase des fatalen Zusammengehens konservativer weiß-blau-bayerischer Kräfte mit nationalistisch-völkischen gegenrevolutionären Protestbewegungen gegen die Berliner republikanische Reichs-

regierung in den Jahren vor 1923 mit dem Münchner Hitlerputsch als kläglichem Ende; vielmehr auch an die respektableren Formen bayerisch-föderalistischer Gegenwehr gegen die mit der Weimarer Verfassung auf Kosten der Länder weit ausgedehnte Gesetzgebungskompetenz des Reichs und ihre massiven institutionellen und materiellen Auswirkungen, einer defensiven Politik, die gleichwohl nicht selten mit der Verteidigung bayerischer Eigenstaatlichkeit auch auf die Abwehr notwendiger Modernisierung, demokratischer und sozialer Egalisierung hinauslief. Das vielleicht wichtigste Beispiel ist die Erzbergersche Finanzreform der Jahre 1919–1921. Infolge ihrer drastischen Schmälerung der Finanzhoheit der Länder untergrub sie mehr als jede andere Maßnahme schon damals die Souveränität der Länder und blieb deshalb noch Jahre danach Hauptgegenstand bayerisch-föderalistischer Bestrebungen zur Revision der Weimarer Reichsverfassung. Und doch kann gerade diese Reform – die aufgrund der kolossalen Verschuldung des Reichs wie der Länder infolge des Krieges unausweichlich geworden war und in erstaunlicher Zielstrebigkeit binnen kurzer Zeit durchgesetzt wurde – noch heute als Modernisierungsleistung von geschichtlichem Rang gelten, nicht zuletzt wegen der Rechtsvereinheitlichung und höheren Steuergerechtigkeit, die sie verwirklichte, oder wegen des bis heute verbindlich gebliebenen Prinzips des Steuerausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.

Hartnäckiger bayerischer Widerstand gegen solche Entwicklungen geriet mitunter mehr zu föderalistischer Deklamation als zu überzeugender Politik, insbesondere wenn man aus eigener Interessenlage den Reichsmaßnahmen selbst folgen mußte und die föderalistische Resistenz dann am Ende hauptsächlich in zähes Feilschen um Abfindungssummen ummünzte, wie bei der Abtretung der bayerischen Eisenbahn und Post an das Reich, oder in Reservatrechte der Stellenbesetzung in den in Bayern errichteten Filialen der Reichsverwaltung. Realistische Interessenwahrung mit der Bereitschaft zur Anpassung an die neuen Gegebenheiten und das Beharren auf alten Traditionen und Loyalitäten gerieten hierbei auch in der staatstragenden bayerischen Honoratioren- und Beamtenschicht nicht selten miteinander in Widerspruch. Einige sprechende Belege hierfür finden sich noch in der nach dem Zweiten Weltkrieg veröffentlichten Darstellung der bayerischen Geschichte in der Weimarer Zeit, die Karl Schwend aus intimer Kenntnis und der Perspektive der früheren Bayerischen Volkspartei geschrieben hat, so z. B. wenn Schwend vermerkt: »Den Präsidentenposten im Würzburger Landesfinanzamt übernahm [1919], bevor das Trauerjahr über den Heimgang der Monarchie abgelaufen war, der letzte königlich-bayerische Ministerpräsident und ehemalige Kabinettschef des Königs, Ritter von Dandl.«⁷ Solche authentische Vermittlung bayerischer Gefühle aus der frühen Wei-

marer Zeit läßt auch die stark monarchistische Grundlage des damaligen bayerischen Föderalismus erkennen, die ihn nicht nur zu restaurativer Verfassungsrevision drängte, sondern ihm auch die streng legitimistische, prinzipielle Note verlieh.

Die zentralistische Ausgestaltung der Weimarer Verfassung war unter den Bedingungen der revolutionären Wirren und wirtschaftlich-sozialen Depressionen der Nachkriegszeit nicht zu verhindern gewesen. Um so mehr widersetzte sich die bayerische Politik allen unitarischen Bestrebungen, die schon im ursprünglichen Verfassungsentwurf von Hugo Preuß angelegt waren, deren wichtigste Voraussetzung, die Aufgliederung Preußens, sich aber nicht verwirklichen ließ, weil die Fortexistenz und Festigkeit der preußischen Staatsmacht gerade damals unentbehrlich waren.

Die in Art. 18 der Reichsverfassung statt dessen enthaltene bloße Kann-Bestimmung der Neugliederung des Reichs blieb bis zum Ende der Republik weitgehend unausgefüllt. Der Zusammenschluß von acht thüringischen Kleinstaaten zum neuen Land Thüringen 1920, wobei sich gleichzeitig das frühere Herzogtum Coburg Bayern anschloß, und die Angliederung des kleinen Fürstentums Waldeck an Preußen 1928 waren in der Weimarer Zeit die einzigen Veränderungen der territorialen Landkarte Deutschlands, die im übrigen reichlich buntscheckig blieb.

Neben dem Großstaat Preußen, drei Fünftel der Bevölkerung und der Fläche Deutschlands umfassend, den vier mittelgroßen Ländern Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und den drei Stadtstaaten Hamburg, Bremen, Lübeck existierten weitere neun Klein- und Zwergstaaten, in denen weniger als zehn Prozent der deutschen Bevölkerung lebte: Thüringen, Sachsen-Anhalt, Braunschweig, Hessen-Darmstadt, Oldenburg, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe. Preußen nahm unter seiner neuen sozialdemokratischen Führung die alte Rolle der Vormacht des Reichs schnell wieder auf, zumal sich hier mehr als im Reich Regierungs- und Konsensfähigkeit der republiktreuen Parteien bewährten und Preußen deshalb auch die neue Rolle eines relativ sicheren Hortes der Republik zufiel. Obwohl bei weitem stärkste Partikularmacht unter den Ländern, unterschied sich die Stellung und Politik Preußens infolge des Gewichts seiner Exekutive und Regierungszentrale in Berlin, die die Reichspolitik zwangsläufig mittelbar oder unmittelbar tangierte, kategorial von der Eigenstaatspolitik Bayerns. Ein Aufgehen Preußens im Reich bedeutete nicht grundsätzlich Verlust der preußischen Identität, wenn nur – das blieb auch die Position des preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun bis in die Zeit Brünings hinein – gesichert war, daß eine solche Verschmelzung der Stabilisierung der Republik diene und die Strukturen des zentralistischen preußischen Staatsauf-

baus auch Muster und Korsett einer Reichsneugliederung bildeten. Diese republikanisch-preußische Staatsräson prägte auch das katholische Zentrum in Preußen und brachte es in erheblichen Gegensatz zur Bayerischen Volkspartei.

Das entschiedene Nein Bayerns zu unitarischen Reichsreformbestrebungen, die Ende der zwanziger Jahre infolge der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte erneut aufkamen, äußerte sich besonders deutlich im Sommer 1928. Damals lehnte die bayerische Regierung unter Heinrich Held auch den von der Ländermehrheit akzeptierten Vorschlag einer »differenzierenden« Reform ab, der vorsah, daß die süddeutschen Länder und Sachsen davon ganz unberührt bleiben und nur die Länder nördlich der Mainlinie in eine Aufgliederung Preußens und die Verschmelzung von Reichs- und preußischen Ministerien einbezogen werden sollten. Bayern vermochte hier auch einen Konsens mit den süddeutschen Ländern nicht mehr herzustellen. Gegen seine Starrheit, so begründbar sie aus historischen Erfahrungen war, ließ sich einwenden, daß sie der nationalistischen Negation der Reform- und Funktionsfähigkeit des Weimarer Systems noch weitere Munition lieferte.

Daß die damaligen Impulse zur Reichsreform scheiterten, lag jedoch nicht primär am bayerischen Widerstand. Ausschlaggebend wurde schließlich der politische Gegensatz zwischen dem Reich und Preußen, seitdem der sozialdemokratisch geführten Preußenregierung im Reich unter Brünnings Leitung ein Präsidialkabinett gegenüberstand, das, vor allem von der Reichswehrführung, zunehmend zur politischen Rechtsschwenkung und zur Anpassung an eine Politik gedrängt wurde, die das »rote Preußen« als Haupthindernis der erstrebten autoritären Verfassungsveränderung mehr und mehr auszumanövrieren suchte. Deswegen vor allem blieben auch die 1930/31 von Otto Braun ausgehenden Angebote vergeblich, deren Sinn es war, durch eine Verklammerung der preußischen Regierung mit der des Reichs sowohl eine Staatsvereinfachung als auch eine Stabilisierung der Republik gegenüber der gefährlich anschwellenden nationalsozialistischen Welle zuwege zu bringen. Unter dieser neuen Bedrohung und der durch die rigorose Brünningsche Notverordnungspolitik zur Sanierung der Finanzen in Gang gesetzten weiteren Aushöhlung der Eigenständigkeit der Länder verlor in der letzten Phase der Republik auch der alte preußisch-bayerische Gegensatz an Bedeutung. Er verwandelte sich sogar zeitweilig in eine bemerkenswert solidarische Resistenz gegenüber den vom Reich her drohenden Gefahren des Rechtsradikalismus und autoritären Verfassungsbruchs. Als Brünnings Nachfolger, Franz von Papen, am 20. Juli 1932 die Regierung Preußens für abgesetzt erklärte und in den Ministerien des Landes Reichskommissare einsetzte, weil die Braun-Severing-Regierung angeblich nicht

mehr imstande sei, Ruhe und Ordnung gegen kommunistisch-sozialistische Umtriebe zu gewährleisten (mit derselben Begründung setzten die Nationalsozialisten ein dreiviertel Jahr später auch in München einen Reichskommissar ein), protestierte die bayerische Regierung nicht weniger energisch als die abgesetzte Preußenregierung. Vor dem Leipziger Staatsgerichtshof der Republik, der über die auch von Bayern unterstützte Verfassungsklage dann im Oktober zu entscheiden hatte, stritt an der Seite des preußischen Demokraten Arnold Brecht der schon genannte bayerische Föderalist Hans Nawiasky. Auf der Gegenseite, als Anwalt der Papenregierung, stand Carl Schmitt, der sich auch in den ersten Jahren des Dritten Reichs den neuen Machthabern als Gesetzgebungsberater zur Verfügung stellte, als es galt, die Einsetzung von Reichskommissaren mit Hilfe des Reichsstatthaltergesetzes in eine dauerhafte Institution der politischen Gleichschaltung umzuwandeln.

Das Gewicht historischer Gründe für die nach 1945 neu mobilisierten föderalistischen Bedenken ist durch unsere Rückblende auf die Weimarer Zeit wohl deutlich geworden, ebenso wohl aber auch, daß die Stigmatisierung des Zentralismus als des Hauptübels einer geschichtlich verfehlten neuzeitlichen deutschen Entwicklung ausgewogener historischer Betrachtung nicht standhält.

Wie wenig sich der durch die nationalsozialistische Machtübernahme und Revolution schon im Frühjahr 1933 angebahnte Verfassungszustand mit dem Begriffsschema Zentralismus – Föderalismus noch fassen läßt, sei an einem wenig bekannten Ereignis illustriert, das am 22. April 1933 in München stattfand: Obwohl erst zwei Wochen zuvor mit dem Reichsstatthaltergesetz eine staatsrechtliche Unterwerfung der Länder unter die neue Reichsregierung erfolgt war, trafen sich an diesem Tag die nationalsozialistischen Landesjustizminister, um im Stil einer Verschwörung gegen den deutschnationalen Reichsjustizminister Franz Gürtner zu beraten, wie ein eben erst erlassenes Reichsgesetz (es ging um die nach Meinung der NSDAP nicht genügend starke Beschränkung der Zulassung jüdischer Rechtsanwälte) durch praktische Maßnahmen der Landesjustizverwaltungen konterkariert bzw. im Sinne der Partei und gegen den Willen des Gesetzgebers forciert werden könne. Die Justizminister aus Preußen und Bayern, Hans Kerrl und Hans Frank, waren die Hauptinitiatoren der Veranstaltung, und Roland Freisler, damals Ministerialdirektor im Stabe Kerrls, betätigte sich als einer der Hauptantreiber. Freisler war es auch, der erklärte, Hemmschuh einer nationalsozialistischen Rechtsentwicklung sei vor allem das Reichsjustizministerium, weil es Rechtsnormen auf einem Felde geschaffen habe, das Freisler lieber der Praxis der Partei überlassen hätte; eine weitere Normierung durch Ausführungsvorschriften des Reichs

sei eine »ungeheure Gefahr«, denn, so Freisler wörtlich: »Richtlinien töten die Tat.«⁸

Die Episode dieser Verschwörung verdeutlicht in unserem Zusammenhang vor allem: Im Zuge der Machtergreifung war eine neue Konfliktlinie mit einem neuen partikularen Gegengewicht gegen die Reichszentrale entstanden, getragen von den aktivistischsten Exponenten der NS-Bewegung, in Bayern u. a. von Röhm und Himmler sowie dem neuen Innenminister Gauleiter Adolf Wagner, in der Provinz von einigen besonders herrschsüchtigen Parteipotentaten wie Julius Streicher in Nürnberg oder Josef Bürckel in der Pfalz. Ihnen standen die mit dem Staatsapparat übernommenen autoritär-bürokratischen Kräfte gegenüber, die jetzt unter nationalsozialistischem Kommando die alten ordnungsstaatlichen Grundsätze von Autorität, hierarchischer Unterordnung und Gesetzesgehorsam als Prinzip des neuen Führerstaates auszugeben und durchzusetzen suchten. Der Konflikt spiegelte in gewisser Weise das widerspruchsvolle Bündnis zwischen der nationalsozialistischen Bewegung und den alten, konservativen Führungsschichten und Trägern der Staatsmacht, aus dem die »Machtergreifung« historisch hervorgegangen war. Die Trennungslinie verlief nach 1933 aber nicht mehr nur zwischen den Partnern dieses Bündnisses. So waren auf Reichsebene dem autoritär-bürokratischen Flügel nicht nur konservative Fachminister wie Gürtner oder der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk zuzurechnen, sondern inzwischen auch der nationalsozialistische Reichsinnenminister Frick, der noch im März 1933 mit der Berufung von Reichskommissaren selbst maßgeblich dazu beigetragen hatte, daß sich die nationalsozialistische Revolution in den Ländern so kräftig entwickelte.

Ähnliches galt für Preußen, wo Göring seit dem April 1933 als Ministerpräsident zugleich die Funktion des Reichsstatthalters übernommen hatte, und noch zielstrebig und zeitiger als das Reichsinnenministerium seit dem Sommer 1933 eine Serie von Staatsorganisationsgesetzen verabschieden ließ. Sie betrafen u. a. die Neubildung des preußischen Staatsrates, die veränderte Stellung der preußischen Oberpräsidenten und das preußische Gemeindeverfassungsrecht und versuchten, auf allen diesen Ebenen eine Einbindung der sogenannten Hoheitsträger der Partei in die staatliche Gesetzgebung, Verwaltung und kommunale Selbstverwaltung ohne Beeinträchtigung der bürokratischen Staatsaufsicht zuwege zu bringen.

In Bayern waren es vor allem Reichsstatthalter Franz Ritter von Epp und Ministerpräsident Ludwig Siebert, letzterer selbst ein aus dem bayerischen Staatsdienst stammender Verwaltungsjurist, die als Exponenten des ordnungsstaatlichen Flügels bezeichnet werden können. Mit ähnlichen Intentionen wie Göring brachte Siebert im Juli 1933 den Entwurf eines Gesetzes

zur Umorganisation der bayerischen Staatsverwaltung im Ministerrat ein. Das bis in das Frühjahr 1934 verfolgte Vorhaben sah u. a. die Einrichtung einer Art Ständekammer vor, die, ähnlich wie Görings preußischer Staatsrat, »die Einheit zwischen Regierung und Partei« herstellen sollte. Das weniger gut als in Preußen vorbereitete Gesetz wurde jedoch in der Folgezeit zwischen den Mühlsteinen antagonistischer bayerischer Interessen, vor allem des Reichsstatthalters und der Parteiprominenz, zerrieben.⁹

In der Phase zwischen dem Sommer 1933 und dem Sommer 1934, als die Machtergreifung innenpolitisch noch nicht voll konsolidiert war und die weitertreibende Revolutionsdynamik vor allem der SA auch Hitler mehr und mehr beunruhigte, gewann selbst für ihn die Frage der Einbindung der Partei in das neue Regime zeitweilig vorrangige Bedeutung. Von dieser Perspektive aus ist auch das damalige Interesse Hitlers an einer weiteren Verstärkung des Gewichts der Reichszentrale gegenüber den Ländern vor allem zu verstehen.

Für die daraus folgenden Schritte gab Hitler bei der Eröffnung des Reichsparteitags der NSDAP in Nürnberg am 1. September 1933 selbst die Parole aus, indem er schonungslos formulierte: »Die nationalsozialistische Bewegung ist nicht der Konservator der Länder der Vergangenheit, sondern ihr Liquidator zugunsten des Reiches der Zukunft.«¹⁰

Das Stichwort kurbelte im Reichsinnenministerium Aktivitäten an, die nicht nur auf eine neue Ermächtigung, sondern zugleich auf verfassungspolitische Neuordnung abgestellt waren und weiteren Nachdruck erhielten, als am 14. Oktober, im Zusammenhang mit dem deutschen Austritt aus dem Völkerbund, die Abhaltung einer Volksabstimmung und die plebiszitäre Wahl eines neuen konformen Reichstags für den 12. November angekündigt wurden. Maßgebliche Triebkraft wurde der in das Ministerium geholte Altnationalsozialist Dr. Helmut Nicolai, ein aus dem preußischen Staatsdienst stammender Verwaltungsjurist, der, deswegen zeitweilig aus dem Dienst entlassen, schon 1931 für die Reichsleitung der NSDAP eine verfassungspolitische Denkschrift verfaßt hatte, die unter dem Titel »Grundlagen der kommenden Verfassung« im Frühjahr 1933 veröffentlicht worden war. Bereits in dieser Denkschrift hatte Nicolai eine vollständige Neugliederung des Reichs in dreizehn vergleichbar große Gauen unter Berücksichtigung vor allem historisch-stammlicher Gesichtspunkte vorgeschlagen. Den Namen Preußen wollte er auf Ostpreußen, den Namen Bayern auf die altbayerischen Regierungsbezirke Oberbayern, Niederbayern und die Oberpfalz beschränken, die übrigen bayerischen Bezirke aber drei neuzubildenden Reichsgauen (Mainfranken, Schwaben, Rheinfranken) zuschlagen. Mit seinem Modell übertrug Nicolai das preußische Muster eines dezentralisierten Einheitsstaates auf das Reich. Trotz der völkischen

Nomenklatur war es von »preußischem Staatsgeist« mehr als von nationalsozialistischem Parteigeist geprägt. Es blieb wesentliche Grundlage für die weiteren Planungen des Reichsinnenministeriums.

Im rigorosen Schematismus dieser Projektierungen drückte sich auch das Gipfelgefühl fast unbegrenzter Allmacht aus, das sich der Ministerialbürokratie des Reichsinnenministeriums in dieser Phase bemächtigt hatte. Wie ein damals in diesem Ministerium entworfener »Generalplan über das Vorgehen in der Reichsreform«¹¹ zeigt, beabsichtigte man dort noch Mitte November 1933, die staatsrechtliche Aufhebung der Länder mit einer gleichzeitigen territorialen Neugliederung des Reichs zu verbinden. Gerade aber dieser Zusammenhang ging in den folgenden Wochen schnell verloren, vor allem unter der Einwirkung der zahlreichen Proteste und Bedenken, die nach dem Durchsickern der Pläne des Reichsinnenministeriums, nicht zuletzt auch von bayerischer Seite, vor allem von Epp und Siebert, geltend gemacht wurden. Dringend ersuchte Siebert schon am 31. Oktober in einem Schreiben an Frick im Namen des bayerischen Gesamtministeriums um »authentische Auskunft«, was es mit dem Vorhaben einer »grundlegenden Änderung der Reichsverfassung« und den Gerüchten über eine »Aufhebung der Länder und Landesregierungen« auf sich habe. Er selbst, so fügte Siebert hinzu, sei gewiß »Anhänger eines starken deutschen Einheitsgedankens«, müsse aber doch »auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Aufhebung der großen Länder, und auch darauf hinweisen, daß der Staatsgedanke in Bayern ungeheuer stark verankert ist.«¹² Vierzehn Tage später machte der bayerische Gesandte in Berlin schwere Bedenken gegen die Pläne Nicolais geltend und riet dem Ministerpräsidenten dringend zu einer persönlichen »Rücksprache mit dem Führer«.¹³ Der ranghöchste Beamte der Bayerischen Staatskanzlei, Staatsrat Dr. Joseph Bleyer, den Siebert von seinem Vorgänger übernommen hatte, äußerte sich noch sehr viel drastischer: Eine Neugliederung des Reichs auf den Stämmen aufbauen zu wollen, sei »gefährlicher Dilettantismus«.¹⁴ Gerade in der höheren Ministerialbürokratie Bayerns wußte man allzugut, wie sehr Staatstradition und Staatseinheit vor allem durch die *Staatsverwaltung* vermittelt waren.

Auch die neuen Führer der bayerischen Regierung wurden schon aus Sorge um ihre Positionen von diesem Denken beeinflusst. Alarmiert fuhr Siebert am 23. November nach Berlin und legte dort in Gesprächen mit Frick und anderen Reichsministern die vielerlei Gründe dar, die gegen eine Auflösung Bayerns sprachen. Bezeichnend war aber auch, daß er gleichzeitig, um gewisse Konzessionen zu machen, wie er später Epp gegenüber entschuldigend formulierte, eine bayerische Denkschrift zur Reichsreform bei sich trug, in der er vorschlug, nur die Länder unter einer Million Einwohner aufzulösen und in die sie umgebenden größeren Länder einzugliedern.¹⁵

Das schien, äußerlich, derselbe Grundgedanke, der 1928 auf der Länderkonferenz, damals gegen hartnäckigen bayerischen Widerstand, mit Mehrheit beschlossen worden war. Aber damals war ein verfassungsmäßiges, rechtliches Verfahren der Beschlußfassung vorgesehen, nicht wie jetzt, 1933, ein Gesetzesdiktat der Reichszentrale. Der rechtsstaatliche Legitimus, in der Weimarer Zeit ein Bruder des bayerischen Föderalismus, war unter den Händen Sieberts zu bedenklichem Opportunismus verkümmert. Das empfand sogar Reichsstatthalter von Epp und warnte deshalb in der Bayerischen Ministerratssitzung am 29. November davor, die kleineren Länder »bedenkenlos preiszugeben«, da sie damit für »die Unterstützung bayerischer Bestrebungen wegfallen würden«.

Den wichtigsten Hinweis auf die reale Situation hatte Siebert, wahrscheinlich ohne ihn damals genügend zu beachten, von Hitler selbst in einem kurzen Gespräch am 23. November erhalten. Nicht nur um den bayerischen Ministerpräsidenten zu beruhigen, bemerkte Hitler, daß »die ganze Frage der Neugliederung des Reiches ihn vorerst nicht interessiere«; außer den drängenden Problemen der Außenpolitik und Arbeitsbeschaffung sei derzeit nur »die Frage der Einstellung der Partei in den Staat« vordringlich, alles andere müsse zurücktreten.¹⁶ Ohne Resonanz zu finden, hatte der Verwaltungsjurist Siebert bei dieser kurzen Unterredung auch davon abgeraten, die beabsichtigte Veränderung des Reich-Länder-Verhältnisses auf dem Weg eines neuen allgemeinen und unbestimmten Ermächtigungsgesetzes vorzunehmen. Genau dazu aber kam es, nachdem schon wenige Tage später eine Unterredung zwischen Hitler und Göring stattgefunden hatte, über die der bayerische Gesandte Sperr aus den ihm zugänglichen Informationskanälen am 30. November nach München berichtete. Göring habe bei der nachdrücklichen Warnung vor einer überstürzten Reichsreform sich nicht nur auf die großen »Schwierigkeiten finanzieller Art« bezogen, sondern auch auf die äußerst umstrittene »Besetzung der einzelnen Stellen«, gemeint war offenkundig die scharfe Rivalität mächtiger Gauleiter und anderer NS-Funktionäre bei der Spekulation auf die Erbmasse Preußens. »Die Frage der großen Reichsreform« sei, so wußte Sperr aufgrund dessen zu berichten, »endgültig aufgeschoben«, ¹⁷ deshalb werde das geplante neue Gesetz sich im wesentlichen auf die staatsrechtliche Unterstellung der Länder unter das Reich beschränken. So geschah es dann, wie wir bereits gesehen haben. Als Tag zur Versammlung des Reichstags und der Verabschiedung des Neuaufbaugesetzes, das von den weitergehenden Planungen nur noch den Titel behalten hatte, war – anscheinend vom Reichsinnenministerium – ursprünglich der 65. Jahrestag der Reichsgründung, der 18. Januar, ins Auge gefaßt worden.¹⁸ Hitler entschied sich schließlich für den ersten Jahrestag der nationalsozialistischen Machtübernahme.

Frick und seine Mitarbeiter im Reichsinnenministerium glaubten damals noch selbst, der Plan einer territorialen Neugliederung des Reichs, ohne den sich auch eine einheitliche Neubestimmung des Verhältnisses von Reichszentrale, Mittelinstanz und Unterstufe der Reichsverwaltung nicht verwirklichen ließ, sei nur aufgeschoben, nicht aufgehoben. Die regimeinterne Diskussion um die Reichsreformfrage erreichte erst in den folgenden Monaten des Frühjahrs 1934 ihren Höhepunkt. Das Projekt einer durchgängigen Gaueinteilung, man sprach inzwischen von etwa zwanzig neuen Reichsgauen, und die Idee, an ihrer Spitze die drei Funktionen des Reichsstatthalters, der bisherigen Landesregierungen und der Parteiführung miteinander institutionell und personell zu verklammern, blieben das einzige halbwegs klare Modell. Aber die Widersprüche dagegen wuchsen, besonders von seiten der machtbewußten Gauleiter in den Ländern und preußischen Provinzen, die fürchteten, bei einer solchen Neuverteilung der Staats- und Parteimacht leer auszugehen oder umfassendere, schon erlangte Macht, über die z. B. Adolf Wagner als bayerischer Innenminister verfügte, wieder ganz oder teilweise abgeben zu müssen. Dabei wurde Wagner, der zusätzlich die Funktion eines Reichsreform-Referenten in der Münchner Reichsleitung der NSDAP übernahm, zeitweilig ein vehementer Parteigegegenspieler Fricks. Auch bei ihm schlug aber offenbar das auf Bayern bezogene eigene Machtinteresse mehr und mehr durch. Den Nicolaischen Plänen, die im Reichsinnenministerium noch immer ventiliert und von dem bayerischen Gesandten Sperr im März 1934 rundheraus als »großpreußische« Lösung bezeichnet wurden,¹⁹ stellte Wagner im Frühjahr 1934 seine eigenen, freilich noch sehr viel weniger ausgereiften Ideen entgegen, für die er sich in München auch durch den Geopolitiker Karl Haushofer beraten ließ. Der aus dem Elsaß stammende, seit langem auf Volkstums- und grenzpolitische Fragen fixierte Münchner Gauleiter entwickelte dabei unter anderem, um die Erhaltung Bayerns als Gebiets- und Verwaltungseinheit vor seinem nationalsozialistischen Gewissen zu rechtfertigen, die großspurige Idee, für Bayern eine besondere Zukunftsaufgabe aus seiner Grenzlage gegenüber den »unerlösten Deutschen« in Österreich und der Tschechoslowakei abzuleiten. Es müsse erreicht werden, so erklärte er in einer eigens deswegen berufenen Kommission in seinem Münchner Ministerium in Gegenwart Haushofers am 5. April 1934, daß »Bayern als solche Kraft innerlich so gestaltet ist, daß es für alle Zukunft auch imstande ist, die ihm zu übertragende große Aufgabe zu erfüllen«; Preußen habe seine historische Führungsaufgabe mit der Einigung des Reiches erfüllt. Unter großdeutschen Aspekten müsse nun diese »Führungsaufgabe von Preußen auf Bayern verlagert« werden.²⁰

Mit solchen Wunschgedanken trug Wagner kaum zu einer Lösung der

Reichsreformfrage bei, um so mehr zu dem Interessenantagonismus, an dem sie vor allem scheiterte. Wir können den Einzelheiten der in Ausläufern bis 1937/38 fortgeführten internen Diskussion über diese Frage nicht nachgehen. Die im Februar/März 1934 in München noch sehr starke Besorgnis, daß Bayern als Verwaltungseinheit aufgelöst werden solle, veranlaßten Epp, Siebert und Wagner zu häufigen Vorsprachen in Berlin. Schon am 9. März 1934 aber konnte Sperr dem Reichsstatthalter berichten, Hitler habe Göring für die Neugliederung in Preußen zehn Jahre Zeit eingeräumt, was bedeute, »daß auch Bayern zunächst bleibt . . ., daß die ganze Reform nicht drängt, nachdem staatsrechtlich gesehen das Einheitsreich besteht und gesichert ist«. Nachdrücklich empfahl Sperr deshalb: »Somit, jetzt Ruhe!«²¹ Ein Jahr später, im März 1935, ließ Hitler durch entsprechende Erlasse jede weitere öffentliche Erörterung der Reichsreformfrage in Staat und Partei verbieten.²² Die Ausschaltung der rebellischen SA-Führung durch die mörderische Aktion vom 30. Juni 1934 und die Übernahme des Reichspräsidentenamtes nach Hindenburgs Tod hatten Hitlers Stellung so gefestigt, daß sein bisheriges Interesse an einer verfassungsmäßigen Einbindung der Partei in den Staat, vordem sein Hauptmotiv bei der Reichsreformfrage, weitgehend erloschen war.

Auch die im Zusammenhang mit dem Neuaufbaugesetz im Frühjahr 1934 noch einmal gesteigerte Aktivität der bayerischen Vertretung in Berlin, die mit der Auflösung des Reichsrats schon eine wesentliche Funktion verloren hatte, gelangte nun an ihr Ende. Franz Sperr wurde in den Ruhestand geschickt, und von der auf Verlangen des Reichsinnenministeriums stark abgebauten Vertretung blieb nur noch eine rudimentäre Form bestehen.

Wie in der Weimarer Zeit, kam es während des Dritten Reichs nur zu marginalen territorialen Veränderungen. Schon vor dem Neuaufbaugesetz waren die beiden Mecklenburg zu einem Land vereinigt worden (15. Dezember 1933). Anfang 1937 wurde das um preußische Vororte und Landkreise erweiterte Groß-Hamburg gebildet (Gesetz vom 26. Januar 1937), gleichzeitig verlor Lübeck seine Selbständigkeit und wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein zugeschlagen. Es folgten dann lediglich noch einige Gebietsbereinigungen zwischen Preußen, Oldenburg, Mecklenburg und Bremen. Das Vorhaben, reichsunmittelbare Gauen mit einer neuen Gauverfassung zu schaffen, kam in Ansätzen erst in den annektierten Gebieten zum Zuge, zum ersten Mal am 14. April 1939 mit dem gleichzeitigen Erlaß des Ostmark- und Sudetengau-Gesetzes, später, nach dem Polenfeldzug, auch durch die Bildung der Reichsgaue Danzig-Westpreußen und Wartheland.

Kam nach diesen kümmerlichen Ergebnissen des so großartig angekün-

digten Neuaufbaus des Deutschen Reichs wenigstens die beabsichtigte Vereinheitlichung und Straffung der Staats- und Verwaltungsorganisation voran? Anfänglich sah es so aus. Vor allem mit der 1934/35 durchgesetzten Vereinigung der Reichsressorts mit den entsprechenden preußischen Ministerien wurde unter nationalsozialistischem Vorzeichen eingelöst, was in der Weimarer Zeit immer wieder gefordert worden war. Nur das seit der Papezeit von Johannes Popitz geleitete preußische Finanzministerium blieb ausgenommen. Die Verschmelzung beeinträchtigte vor allem Görings bisher so starke Stellung in Preußen. Als Luftfahrtminister und Luftwaffenchef, dann seit 1936 als Beauftragter für den Vierjahresplan fand er aber reichlich Ersatz. Der bisherige preußische Justizminister Kerll wechselte als Minister in das neugegründete Reichskirchenministerium, der preußische Volksbildungsminister Rust wurde Leiter des Reichs- und Preußischen Ministeriums für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung.

Erst mit der Übernahme des vorher von Göring mitverwalteten preußischen Innenministeriums erhielt das Reichsministerium des Innern den kräftigen Unterbau einer Verwaltungszentrale und schien nunmehr auf dem besten Wege, das beherrschende Zentralministerium des Reichs zu werden. Durch eine Folge von Erlassen, auch durch die Unterstellung der Reichsstatthalter unter seine Dienstaufsicht, suchte Frick diesen Anspruch zu bekräftigen. In bezug auf die nichtpreußischen Länder aber bestand das Hauptproblem darin, daß nach ihrer staatsrechtlichen Aufhebung die Reichsressorts zunächst gar nicht imstande waren, sie zu ersetzen und ihre Verwaltung zu übernehmen. Deshalb wurde schon mit der ersten Durchführungsverordnung zum Neuaufbaugesetz die weitere Wahrnehmung der an das Reich übergegangenen Hoheitsrechte der Einzelstaaten durch die Landesregierungen verfügt; allerdings sollten sie diese nur im Auftrag und Namen des Reichs ausüben, solange es diese Befugnisse nicht selbst an sich zog. Rückübertragung auf Abruf bei gleichzeitiger Verstärkung der Reichsaufsicht, das blieb in fast allen Ressortbereichen der schwebende, unsichere und unbefriedigende Rechtszustand in den folgenden Jahren.

Lediglich im Bereich der Justizverwaltung kam es zu einer durchgängigen Verreichlichung. Die schon seit dem Kaiserreich reichseinheitliche deutsche Gerichtsverfassung und Justizorganisation bot hierfür auch die günstigsten Voraussetzungen. Die dennoch komplizierte vollständige Vereinheitlichung bis in die weitverzweigten Gebiete der Ausbildungs- und Besoldungsvorschriften wie viele andere Details hinein, die in einem kollektiven Verfahren sachverständiger Gremien unter fairer Beteiligung auch der bayerischen Justizverwaltung und ohne erkennbare politische Gängelung 1934/35 vorgenommen wurde,²³ kann, jedenfalls unter dem Gesichtspunkt von Rationalisierung und Modernisierung, als eine der wenigen kon-

struktiven Reformleistungen im Gefolge des Neuaufbaugesetzes gelten. Zumindest zeitweilig bedeutete sie infolge der Ausschaltung der bisherigen nationalsozialistischen Landesjustizminister auch eine Entlastung der Justiz von regionalem Parteidruck, und manche vorübergehenden Fortschritte in der Verrechtlichung der Verhältnisse waren ihr wesentlich mit zu verdanken. Auf längere Sicht aber begünstigte sie, je mehr der Reichsjustizminister selbst unter den Druck vor allem der Sicherheitspolizei geriet, die fatale zentrale Steuerung der Justiz, wie sie dann vor allem während des Krieges unter Gürtners Nachfolger, dem ehemaligen sächsischen Justizminister Otto Georg Thierack, gehandhabt wurde.

Als weitere Reformen von Rang, die als Folge des Neuaufbaugesetzes zustande kamen, sind nur noch die Deutsche Gemeindeordnung von 1935 und das Beamtengesetz von 1937 zu nennen. Trotz mancher Zugeständnisse an die Partei, vor allem in der Gemeindeordnung, lassen sich die beiden jahrelang verhandelten Gesetzeswerke nicht schlechthin oder gar ausschließlich als Instrumente nationalsozialistischer Politik betrachten. Viele der in ihnen enthaltenen Rechtsangleichungen und Neuregelungen, z. B. im Beamtenbesoldungs- oder im Gemeindehaushaltsrecht, waren unpolitischer Art, knüpften an lange vor 1933 erwogene Reformen an und wurden auch über die Schwelle des Jahres 1945 hinaus fortgeschrieben. Es gab, das wird bei der historischen Betrachtung des Dritten Reichs oft übersehen und dafür sind die genannten Gesetze ein Beispiel, auch in der nationalsozialistischen Zeit gleichsam unter der Decke der politischen und weltanschaulichen Überfremdung einen Bereich der Staatstätigkeit und -organisation, in der sich deutsche Geschichte aus anderen als nur nationalsozialistischen Bestimmungsgründen fortsetzte und zum Teil auch konstruktiv weiterentwickelte, wenn auch nicht selten deformiert von dieser Herrschaft.

Spätestens ab 1937, das zeigte schon die mühselige Beratung des bis zuletzt fraglichen Beamtengesetzes, war die innenpolitische Reformfähigkeit der Reichsministerialbürokratie erschöpft. Und schon lange vordem zeigte sich, daß Fricks großartige Vorstellung, er könne mit seinem Zentralministerium einen Einheitsstaat formen, mit weitgehender Integration der Ressortverwaltungen auch in der Mittelinstanz, mehr und mehr Schiffbruch erlitt. Die mit dem Neuaufbaugesetz verfügte Unterstellung der Landesregierungen unter die politische Führung des Reichs hatte aufgrund der zunehmenden Auflösung kollegialer Formen der Reichsregierung und der Bestellung weiterer neuer Reichsminister und Oberster Reichsbehörden im Gegenteil eine immer größere Zersplitterung und schließlich Polykratie gar nicht mehr koordinierbarer Reichsverwaltungen zur Folge. Neben der Reichspost-, Reichsbahn- und Reichsfinanzverwaltung war schon in der Weimarer Zeit mit der Bildung der Reichsanstalt

für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ein weiterer Zweig der Reichsverwaltung mit nachgeordneten Behörden in den Ländern entstanden, der durch die Gouvernentalisierung und Lenkung der Arbeits-, Tarif- und Sozialpolitik im Dritten Reich, auch in Gestalt der neuen Treuhänder der Arbeit, noch erheblich ausgebaut wurde. Hinzu kamen 1933 das Reichspropagandaministerium mit seinen nachgeordneten Landesstellen, das Reichsluftfahrtministerium mit seinen Luftfahrtämtern, der Generalinspekteur des Straßenwesens, aber auch die im Zuge der Gleichschaltung der Interessen- und Wirtschaftsverbände geschaffenen sogenannten Ständischen Organisationen der Wirtschaft, z. B. die Reichsnährstandsorganisation und die verschiedenen industriellen Wirtschaftsgruppen, die, zum Teil mit hoheitlichen Befugnissen ausgestattet, nun ihrerseits in die Landes- oder auch Gemeindeverwaltungen hineinzuregieren begannen. Als eines von vielen Beispielen für die wachsende Verunsicherung, die sich daraus in der Landesverwaltung ergab, sei die erregte Stellungnahme eines altgedienten Ministerialbeamten im bayerischen Innenministerium angeführt, der dort für die bayerischen Landeskulturbauämter zuständig war, Behörden, die vor allem für Bodenverbesserung, Wasserversorgung und andere Bauvorhaben auf dem Lande zu sorgen hatten und in Bayern als Teil des staatlichen Bauwesens voll in den Behördenaufbau der inneren Verwaltung integriert waren, jetzt aber ausgesondert und vom Reichsnährstand geschluckt werden sollten. »Ich kann«, so schrieb der Ministerialbeamte, »bis jetzt nicht einsehen und glauben, daß man solche bewährten Einrichtungen aus dem Verwaltungskörper gewaltsam herauslösen und an eine Interessenorganisation angliedern will«; das sei »für bayerische Verhältnisse ganz undenkbar, wäre gegenüber den bestehenden gesunden Verhältnissen direkt verheerend« und »ein Rückschritt« um mehr als dreißig Jahre.²⁴

Trotz seines Bemühens vermochte das Reichsinnenministerium die weitergehende Wucherung neuer Reichsressortverwaltungen nicht aufzuhalten. Zusätzlich zu den nach Wiederherstellung der Wehrhoheit 1935 auch in den beiden bayerischen Wehrkreisen errichteten Wehrersatzämtern und Wehrmächts-Rüstungsinspektionen produzierte vor allem die 1936 gebildete Organisation des Beauftragten für den Vierjahresplan mit ihren Devisenbewirtschaftungs-, Preiskontroll- und anderen Lenkungsstellen immer neue, dann im Zeichen der Kriegsbewirtschaftung noch kolossal vermehrte Verwaltungsstellen. Das von Hitler hemmungslos angewandte Verfahren, neben den zuständigen Ressorts der Reichsregierung ihm direkt unterstellte Sonderbevollmächtigte für Schwerpunktaufgaben neu einzusetzen, mußte naturgemäß die Überlappung und Zersplitterung im Aufbau der Behördenstruktur weitertreiben. Auch die Halsstarrigkeit, mit der Frick an

seiner Generalzuständigkeit für die Reichsverwaltung deklamatorisch festhielt, ohne daß er fähig war, mit politischer Umsicht und Flexibilität sich dafür genügend Unterstützung durch geeignete Bündnispartner im Machtssystem des Dritten Reichs zu schaffen und zu erhalten, vergrößerte das Dilemma. Ende 1938 bemerkte Frick resigniert gegenüber dem Chef der Reichskanzlei, Staatssekretär Lammers: »Ich habe und hatte keine maßgebliche Einwirkung, um eine einheitliche Richtung der Reformmaßnahmen zu bestimmen, im Gegensatz zu allen meinen Bestrebungen haben die Sonderverwaltungen immer wieder auf ihren partikularen Forderungen bestanden, die eine Vereinheitlichung und einen Gesamtplan verhinderten.«²⁵ Der Kommandoführer des, staatsrechtlich gesehen, so mächtigen Reichszentralministeriums war inzwischen selbst ein fast ohnmächtiger Mann geworden. Dem entsprachen vergleichbare Deformationen auf Landesebene, die wir zum Schluß unserer Betrachtung wenigstens an einigen bayerischen Beispielen illustrieren wollen.

Aus der Herabstufung der Landesregierungen zu Mittelinstanzen der Reichsverwaltung ergab sich auch die vor allem vom Reichsfinanzministerium verfolgte Tendenz einer Degradierung des Stellengefüges der bayerischen Ministerialbürokratie, die Adolf Wagner zielstrebig aufnahm, um in seinen Ministerien selbstverantwortlich denkende hohe Ministerialbeamte loszuwerden und statt dessen ein Gefüge besser lenkbarer, verwaltungstechnisch versierter subalternen Referenten niedriger Beamtenstufe zu schaffen.

Eine noch fatalere Folge des Neuaufbaugesetzes entstand aus dem gleichzeitigen Streben, die Zahl der Landesminister durch Personalunionen zu verringern. In Bayern führte dies nach dem Tode des Kultusministers Hans Schemm und dem Ausscheiden von Hans Frank und Hermann Esser aus der Landesregierung seit 1935/36 dazu, daß das Kollegium des Ministerrats alle Bedeutung verlor und seitdem auch kaum noch zu Sitzungen zusammenkam. Die bayerische Landesregierung, für die trotz der Löschung ihrer staatsrechtlichen Qualität mit der vollen Unterstützung des begeisterten Städteplaners Adolf Hitler gleichwohl der klotzige Neubau eines Zentralministeriums an der Ludwigstraße noch vor dem Krieg fertiggestellt wurde, bestand seit 1935 nur aus dem mehr und mehr zerstrittenen Gespann Ludwig Siebert und Adolf Wagner sowie dem immer einflußloser werdenden Reichsstatthalter von Epp. Die Machtkämpfe, die zwischen diesem Triumvirat seit 1934 mit wechselnden Fronten ausgetragen wurden, wobei jeder seine Position auszubauen suchte, sind ein Musterbeispiel für die keineswegs vereinheitlichenden und zentralisierenden, sondern hochgradig partikularisierenden Wirkungen des mit dem Neuaufbaugesetz geschaffenen Vorbehalts-Rechtszustandes. Sie zeigen auch, daß dabei selbst

ein Mann wie Siebert, der an sich eher dem ordnungsstaatlichen Flügel des NS-Regimes zuzurechnen war, um sich gegen Wagner zu behaupten, zu Mitteln politischer Pressuren gegenüber schwächeren Figuren glaubte greifen zu müssen, die ihn zeitweilig selber zum Exponenten des Unrechtsregimes machten.²⁶ Die für diese Verfassungsverhältnisse typische hochgradig gereizte, ja feindselige Atmosphäre, die jahrelang das Innenverhältnis des bayerischen Triumvirats kennzeichnete und sich auch reichlich in den Akten niedergeschlagen hat,²⁷ überschritt das Normalmaß politischer und Kompetenzrivalität bei weitem und führte im Verhältnis Siebert–Wagner schließlich sogar dazu, daß beide sich gegenseitig in offiziellen Amtsschreiben die Unmöglichkeit weiterer Zusammenarbeit bescheinigten.²⁸

Epp, der weder über eine Parteihausmacht verfügte, noch, wie die meisten anderen Reichsstatthalter, die Ministerpräsidentenfunktion erhielt, war nach Annullierung der bayerischen Eigenstaatlichkeit als Repräsentant der Reichszentrale nur scheinbar der wichtigste, tatsächlich lediglich der bestbesoldete Inhaber eines Staatsamts in München. Auch in der bayerischen Staatskanzlei wurde bereits 1935 offen kolportiert, daß der bayerisch-katholische »Muttergottes-General« kaum noch etwas zu bestellen habe.²⁹

Zu unterscheiden ist auch, welche unterschiedlichen Formen partikularer Macht unter diesen Verfassungsverhältnissen gedeihen konnten. An dem Kontrast Himmler–Wagner soll dies zum Schluß verdeutlicht werden. Die Machtstellung Himmlers und Heydrichs kam bekanntlich nicht durch Einsetzung von oben zustande, nicht als Instanz der Reichszentralgewalt, sondern dadurch, daß sie, 1933 von München ausgehend, binnen Jahresfrist die Leitung der politischen Polizeien aller Länder, zuletzt auch in Preußen, an sich brachten und infolge dieser Akkumulation landespolizeilicher Zuständigkeiten und deren Ausgliederung aus der allgemeinen inneren und Polizei-Verwaltung den institutionell separierten Apparat der SS- und Sicherheitspolizei aufbauen konnten. Dieser Machtaufstiegsweg über die Länder drückte sich noch darin aus, daß das Preußische Geheime Staatspolizeiamt die institutionelle Zentrale der Gestapo und der aus Bayern mitgebrachte Kriminalist Heinrich Müller ihr Leiter wurde.

Eine ganze andere Form partikularer Machtbildung unter den Bedingungen des Führerprinzips verkörperte Hitlers starker Mann in München, der schon mehrfach genannte oberbayerische Gauleiter und Doppelminister Adolf Wagner, seit Kriegsbeginn auch mit der zusätzlichen Kompetenz des Reichsverteidigungskommissars in Bayern ausgestattet. Die regionale Parteihausmacht im Traditionsgau München-Oberbayern, den Wagner 1930 übernommen hatte, und die Art, wie der selbstbewußt und autoritär auftretende Mann mit Offiziersvergangenheit, Bergbaustudium und Unter-

nehmererfahrung dieses Amt mit politischer und organisatorischer Begabung sowie robuster Durchsetzungsfähigkeit ausübte, war nur *eine* Grundlage seiner starken Stellung. Die andere, wichtigere ergab sich aus dem engen persönlichen Verhältnis zu Hitler, das schon auf die Zeit des Putsches von 1923 zurückging. Anscheinend hatte sich schon in dieser Zeit die Eignung Wagners zu einem Hitler stets willkommenen Geselligkeitspartner in der bohemehaften Schwadronierwelt Münchner Cafés, Künstler- und Theaterkreise herausgebildet, die der »Führer« so sehr liebte und auch als Reichskanzler, wann immer er konnte, in München wieder aufsuchte. Das war z. B. der offensichtliche Grund dafür, daß Hitler die bayerischen Theater- und Kunstangelegenheiten Wagner schon im Juni 1936, Monate vor dessen Ernennung zum Kultusminister, als seinem persönlichen Bevollmächtigten übertrug. Und wann immer Hitler nach München kam, übernahm vor allem Wagner die Rolle des Zeremonienmeisters für diese Bedürfnisse, bei Ausstellungen im Haus der Deutschen Kunst, bei der Besichtigung der neuen Modelle von NS-Bauten, die Hermann Gießler, 1938 von Hitler zum Professor und Generalbaurat der Hauptstadt der Bewegung ernannt, fertiggestellt hatte, in der 1936 wiederhergestellten Operette am Gärtnerplatz, wo der Spielleiter und Wagnerintimus Fritz Fischer gefällig dafür sorgte, daß die »Lustige Witwe« immer wieder auf den Spielplan kam, wenn Hitlers Besuch anstand, beim Mittagessen in der »Osteria« in der Schellingstraße, im Münchner Künstlerhaus oder auf dem Obersalzberg, wo Wagner häufig zum Intimkreis Hitlers geladen war.

Erhalten gebliebene Fragmente eines Kalenders, in dem Wagner Notizen über die wichtigen Aktivitäten des Tages machte, zeigen, wie häufig und intensiv diese persönlichen Beziehungen zu Hitler auch außerhalb Münchens bis in den Krieg hinein waren. Unter den Eingeweihten wußte man das natürlich, und das machte es wirksam, wenn Wagner, was häufig geschah, bei seinen Auseinandersetzungen auch mit ihm an sich vorgesetzten Reichsministern seine selbstbewußt vorgebrachten Forderungen mit dem Zusatz versah, bei Nichterfüllung müsse er »dem Führer entsprechende Meldung erstatten«.³⁰

Offensichtlich konnte sich Wagner meist auch stillschweigend der Rückendeckung Hitlers sicher sein, wenn er eine der vielen für seine Herrschaft in München typischen und in die bayerische Geschichte dieser Zeit eingegangenen spektakulären Aktionen, sei es gegen Preistreiber,³¹ den »heimtückischen« Einfluß der katholischen Kirche,³² oder die verknöcherte Bürokratie, der er selbst vorstand, in Szene setzte. Nur selten, so z. B. bei seinem selbstherrlichen Erlaß zur Entfernung der Kruzifixe aus den bayerischen Volksschulen im Sommer 1941, verrechnete sich Wagner dabei und war, wie in diesem Fall, gezwungen, den Erlaß, der eine massive Protest-

welle hervorgerufen hatte, zurückzunehmen. Ein fanatischer Nationalsozialist »reiner Prägung«, wegen seiner Erregbarkeit und seiner »hemmungslosen Wutausbrüche« gefürchtet, so beschrieb ihn ein ehemaliger Ministerialrat des bayerischen Innenministeriums nach dem Krieg in dem posthumen Entnazifizierungsverfahren gegen Wagner.³³

Die erhalten gebliebenen Zeugnisse werfen auch ein bezeichnendes Licht auf Wagners Amtsführung. Seit 1936 in der einst von Gabriel Seidel erbauten, für ihn restaurierten Kaulbachvilla in der Münchner Kaulbachstraße residierend, führte Wagner seine Geschäfte meist von dort aus, betrat nur selten seine Ministerien, in denen er jeweils politische Führungsstäbe mit ihm ergebenen, meist der Partei angehörenden Mitgliedern und Stabsleitern als Lenkungsgremien eingesetzt hatte. Die Technik, alle politisch bedeutsamen Vorgänge um die Routinebeamten des Ministeriums herumzuleiten und sie von politischen Ministerbüros bearbeiten, entscheiden oder vortragen zu lassen, war gewiß nicht spezifisch nationalsozialistisch, wurde im Dritten Reich aber, mehr als je zuvor in der deutschen Ministerialbürokratie-Geschichte und besonders auch von Wagner in München bis zum äußersten strapaziert. Im bayerischen Innen- und im Kultusministerium, von Wagners ehemaligem Gauleiterstellvertreter, dem alerten Max Köglmaier bzw. dem HJ-Gebietsführer Emil Klein geleitet, waren diese Stäbe, die den Geschäftsverteilungsgrundsätzen ebenso wie dem Beamtenrecht widersprachen, ein besonderer Stein des Anstoßes sowohl für Epp wie für Frick, aber auch für leitende Beamte dieser Ministerien selbst. Staatssekretär Ernst Boepple, selbst ein Altnationalsozialist, den Schemm 1933 in das Kultusministerium geholt hatte, wurde deswegen von Wagner 1939 auf rabiate Weise zwangsbeurlaubt, ohne daß die zuständigen Reichsminister zu seiner Ehrenrettung etwas zu tun wagten. Im bayerischen Innenministerium hatte Wagner schon 1934 einen sein Prestige besonders berührenden Vorfall zum Anlaß genommen, um sowohl den leitenden Beamten als auch die zwei Personalreferenten zu feuern. Kein Zweifel, daß das herrschsüchtige, willkürliche Regiment, das Wagner führte, massiv zu der Untergrabung von Verantwortungsfähigkeit in der Beamtenschaft seiner Ministerien beitrug. Gleichwohl kann die Form ebenso vehement wie willkürlich-abrupt entfalteter persönlicher Satrapenherrschaft, die sich von der sehr viel zielstrebigeren institutionellen Separatmacht der SS und Polizei kategorial unterschied, auch als Ausdruck oft mehr wütenden als wirksamen Anrennens gegen die Festigkeit überkommener Strukturen gedeutet werden, mit der es der Nationalsozialismus gerade im katholischen Milieu Bayerns und angesichts der starken Tradition bayerischer Verwaltung zu tun hatte.

Auch in diesem Land war die Dekomposition der Beamtenschaft und

Ministerialbürokratie eine fatale Folge nationalsozialistischer Herrschaft. Forscht man aber nach den vielerlei Formen resistenten Verhaltens, die dieser Herrschaft in Bayern entgegenstanden, stößt man immer wieder gerade auch auf die Beharrungskraft der bayerischen Bürokratie, bayerischer Bezirksämter und selbst bayerischer Polizeikommissare, die solcher Resistenz Rückhalt gaben.

Damit soll nicht einer exzeptionellen Widerstandskraft der bayerischen Beamtenschaft und Verwaltung das historische Wort geredet werden. Sehr viel bemerkenswerter scheint mir, insbesondere wenn von aktivem Widerstand die Rede ist, der große Anteil von Verwaltungsmännern überhaupt, sei es preußischer oder bayerischer Herkunft. Es ist mehr als symbolisch, daß zu den Opfern des 20. Juli 1944 der ehemalige bayerische Gesandte in Berlin, der Föderalist Franz Sperr, ebenso gehörte wie der Zentralist und letzte preußische Finanzminister Johannes Popitz, der als Steuerspezialist schon an der Erzbergerschen Finanzreform mitgewirkt hatte, oder der auf altdeutsche Selbstverwaltungstraditionen verpflichtete, am Zustandekommen der Gemeindeordnung von 1935 maßgeblich beteiligte ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler.

Die spezifische Sicht föderalistischer Geschichtserfahrung, wie wir sie am Anfang unserer Betrachtung vorstellten, ist vor allem auch deshalb unzulänglich, weil sie verharmlosend erscheinen muß angesichts der viel weitergehenden Deformation und Zersetzung staatlicher Organisationsprinzipien und Normen, die der Nationalsozialismus in Deutschland bewirkt und durch die er den Widerstand von Kräften aus *allen* Lagern ordnungs- und rechtsstaatlichen Denkens provoziert hat.

Es kann aber auch keine Rede davon sein, daß die nicht nur aus dem deutschen historischen Konflikt zwischen dynastischem Territorialstaat und neuem Nationalstaat hervorgegangene Problematik zentralistischer oder föderalistischer Staatsorganisation durch die Erfahrung des Nationalsozialismus historisch erledigt oder durch die bundesstaatliche Verfassung der Bundesrepublik nach der Teilung des deutschen Nationalstaats und dem Erlöschen Preußens ein für allemal gelöst sei. Die weiter bestehende Aufgabe sorgsamer Ausbalancierung der gegenläufigen Erfordernisse von Modernisierung und Rationalisierung einerseits, demokratischer Gewaltenteilung, basisnaher Verwaltung und politischer Partizipation andererseits stellte schon in der Weimarer Zeit den rationalen Grund für die Polarisierung zwischen föderalistischer und zentralistischer Staatsauffassung dar, der oft nur vordergründig, in der politischen Deklamation, durch historisch entstandene und emotional wirksame antipreußische oder anti-bayerische Plakatierungen überhöht wurde. Indem die Bundesrepublik Deutschland von diesem überflüssigen historischen Ballast 1945 bereits

vor ihrer Entstehung auf schmerzliche Weise befreit wurde, ist es ihr allerdings – auch im internationalen Vergleich – sehr erleichtert worden, nüchterner und auch erfolgreicher mit der Spannung zwischen zentral- und regionalstaatlichen Kräften und Institutionen umzugehen.

Anmerkungen

- ¹ Bei dem Beitrag handelt es sich um den im wesentlichen unveränderten Text eines Vortrages, den der Verfasser zu dem Thema am 24. 10. 1984 in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn anlässlich des 50. Jahrestages des Gesetzes zum Neuaufbau des Deutschen Reiches (30. 1. 1934) gehalten hat.
- ² Vgl. Bericht im Deutschen Reichsanzeiger vom 31. 1. 1934.
- ³ Protokoll über die Reichsratsitzung vom 30. 1. 1934 u. a. in: Bayerisches Hauptstaatsarchiv (künftig zit. als BayHStA), Bayerische Gesandtschaft Berlin 1503.
- ⁴ Vortrag Hundhammer vor dem Akademisch-Politischen Club in München am 28. 9. 1946. Nachlaß Hoegner, Institut für Zeitgeschichte (IfZ)-Archiv, ED 120/130.
- ⁵ Vgl. die Denkschriften im Teilnachlaß Nawiasky im Münchner Institut für Öffentliches Recht der Ludwig-Maximilians-Universität. Den Hinweis auf diese Quelle verdanke ich Frau Barbara Fait, M. A.
- ⁶ Karl Schwend, Bayern zwischen Monarchie und Diktatur. München 1954, S. 103.
- ⁷ Ebenda, S. 116.
- ⁸ Niederschrift über die Besprechung, deren Kenntnis ich meinem Kollegen Lothar Gruchmann verdanke, in: BayHStA, MJu 10 833.
- ⁹ Vgl. dazu vor allem die Protokolle der Sitzungen des Bayerischen Ministerrats 1933/34, BayHStA, MA 99 582–99 586.
- ¹⁰ Völkischer Beobachter, Süddeutsche Ausgabe v. 2. 9. 1933.
- ¹¹ Vgl. Gerhard Schulz, Kap. Nationalsozialistische Reichsreform, in: Bracher/Sauer/Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Köln/Opladen 1960, S. 592.
- ¹² BayHStA, Reichsstatthalter 36.
- ¹³ Schreiben vom 16. 11. 1933, BayHStA, MA 105 284.
- ¹⁴ Schreiben vom 20. 11. 1933, BayHStA, MA 105 284.
- ¹⁵ Aufzeichnung Siebert v. 25. 11. 1933, BayHStA, MA 105 284.
- ¹⁶ Ebenda, dazu auch Protokoll der Sitzung des Bayer. Ministerrats v. 29. 11. 1933, BayHStA, MA 99 525.
- ¹⁷ BayHStA, MA 105 283/1.
- ¹⁸ Vgl. Schreiben Sperr an den Bayer. Ministerpräsidenten v. 2. 1. 1934, BayHStA, MA 105 283/1.
- ¹⁹ Aufzeichnung Sperrs vom 9. 3. 1934, BayHStA, Ges. Berlin 1787 und MA 105 288.
- ²⁰ Niederschrift Staatsrat Kollmanns vom 10. 4. 1934 über die Besprechung, BayHStA, Ges. Berlin 1787.
- ²¹ Aufzeichnung Sperrs vom 9. 3. 1934 (vgl. Anm. 19).
- ²² Mitgeteilt in einem nicht veröffentlichten Runderlaß des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 14. 3. 1935, bezugnehmend darauf auch ein erneuter Runderlaß RuPrMdI v. 27. 12. 1935, BayHStA, MInn 74 114.
- ²³ Vgl. dazu ausführliches Material u. a. in BayHStA, MJu 11 942 bis 11 945.
- ²⁴ Aufzeichnung Weigmann vom 20. 12. 1933, BayHStA, MInn 74 114.
- ²⁵ Zitat (Rückübersetzung) nach Jane Caplan, The Politics of Administration. The Reich Interior Ministry and the German Civil Service, 1933–1943. in: Historical Journal, 20 (1977), S. 717.
- ²⁶ Symptomatisch hierfür ist die Ausbootung des Staatssekretärs Ludwig Stocker aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium Anfang 1936, bei der Siebert, ge-

- stützt auf eine Kampagne der DAF gegen Stocker in dessen Eigenschaft als Pächter der Münchner Hofpfisterei (einer Bäckerei), kräftig mithalf, auch zum Mißfallen Epps, bei dem sich Stocker vergeblich beschwerte. BayHStA, Reichsstatthalter 157.
- ²⁷ Vgl. dazu u. a. BayHStA, Reichsstatthalter 150. Anfang 1936 war die Spannung zwischen Epp und Siebert so groß geworden, daß ersterer erwog, bei Hitler Sieberts Absetzung zu verlangen, wie er schon ein Jahr zuvor Wagners Absetzung als Bayerischer Innenminister vorzuschlagen gewillt war, wenn er sich damit bei Hitler einen Erfolg hätte versprechen können, was mit Sicherheit nicht der Fall war.
- ²⁸ Schreiben Wagners an den Reichsfinanzminister vom 24. 2. 1938 und Schreiben Sieberts an Wagner vom 26. 2. 1938; BayHStA, Reichsstatthalter 154.
- ²⁹ Vgl. dazu die Vorgänge in: BayHStA, Reichsstatthalter 149 und 150.
- ³⁰ So in dem oben (Anm. 28) angegebenen Schreiben Wagners an Reichsfinanzminister Schwerin-Krosigk vom 24. 2. 1938.
- ³¹ So hatte Wagner im Mai 1933 165 Münchner Lebensmittelhändler wegen angeblich überteuerter Butterpreise kurzerhand nach Dachau schaffen lassen, was den geharnischten Protest der von Dr. Franz Hayler geleiteten gleichgeschalteten Organisation der Einzelhändler hervorrief. Dazu ausführliche eidesstattl. Erklärung von Hayler vom 28. 11. 1948 im posthumen Spruchkammerverfahren gegen Wagner, Kopie im Institut für Zeitgeschichte.
- ³² Zu den besonders spektakulären Aktionen gehörte die von Wagner im März 1939 veranlaßte Schließung der Katholisch-theologischen Fakultät der Universität München, weil Kardinal Faulhaber seine ihm nach dem Konkordat zustehende Einwilligung zu der von Wagner gewünschten Berufung eines Parteigenossen (Prof. Barion) auf den kirchenrechtlichen Lehrstuhl dieser Fakultät verweigert hatte.
- ³³ Schreiben Min.Rat a. D. Dr. Wrescher vom 25. 5. 1949 im Spruchkammerverfahren gegen Wagner, Kopie im IfZ.

Zum Verhältnis von NSDAP und staatlicher Verwaltung im Dritten Reich

von Wolfgang Benz

I

Seit Dezember 1933 war im Deutschen Reich die »Einheit von Partei und Staat« gesetzlich verordnet. Der Beweis dieser Einheit war für die Staatsrechtler allerdings ein mühsames Unterfangen, und in der Praxis der Regierung und Verwaltung des Dritten Reiches konnte je länger desto weniger die Rede davon sein, daß das Räderwerk der NSDAP zusammen mit dem der staatlichen Bürokratie in reibungslosem Ineinandergreifen einen gleichmäßig funktionierenden Herrschaftsapparat gebildet hätte. Die Staatsrechtler beriefen sich beim Beweis des Satzes »Die Partei führt, der Staat verwaltet« auf Hitlers Schlußrede vom Parteitag 1935, nach der Staatsaufgabe »die Fortführung der historisch gewordenen und entwickelten Verwaltung der staatlichen Organisationen im Rahmen und mittels der Gesetze sei«, während die Partei erstens eine »sich selbst forterhaltende ewige Zelle der nationalsozialistischen Lehre« sein müsse, der zweitens die Erziehung des gesamten Volkes im Sinne der NS-Heilslehren obliege, um drittens die solcherart Erzogenen als Führernachwuchs und als Gefolgschaft an den Staat abzustellen. Im übrigen gelte das Prinzip der Respektierung und Einhaltung der beiderseitigen Kompetenzen.¹

Die NSDAP wurde als das dynamische, das führende, der Staat als das statische Element definiert, das die Unterstützung des Geplanten und die

Erhaltung des Gewordenen zur Aufgabe habe. Nach Carl Schmitt sollten Staat, Bewegung und Volk die Dreigliederung einer Einheit bilden; die Einzelelemente seien »unterschieden, aber nicht getrennt, verbunden, aber nicht verschmolzen«.² Diese schönen Worte hatten schon 1933, als sie geschrieben wurden, mit der Realität wenig gemein. Und auch das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat vom 1. Dezember 1933 hatte, bei genauer Betrachtung leicht erkennbar, vor allem den Zweck, die Sphäre der »öffentlichen Behörden« von der der NSDAP zu trennen. Institutionell fixiert war die Einheit praktisch nur an zwei Punkten: in der dreifachen Personalunion des Partei-, Regierungs- und Staatschefs und in der Zugehörigkeit des Stellvertreters des Führers, quasi des Generalsekretärs der NSDAP, zur Reichsregierung. Im übrigen erhielt die Partei per Gesetz den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts und eigene Gerichtsbarkeit über ihre Mitglieder.³

Die Parole »Die Partei befiehlt dem Staat«, die auf Hitlers Parteitagsrede von 1934 zurückging, wurde offiziell bald dementiert. Goebbels erklärte, wie es hieß: »in völligem Einklang mit der Auffassung des Führers selbst«, in einer Rede auf dem NSDAP-Gautag in Berlin, das Führerwort werde meist falsch zitiert und kommentiert, richtig laute es: »Nicht der Staat befiehlt uns, sondern wir befehlen dem Staate«, und das heiße: »Wir Nationalsozialisten sind damit beauftragt worden, den Staat zu regieren und zu befehlen. Der oberste Führer der Partei ist das Oberhaupt des Staates, viele Reichsleiter sind Reichsminister.« Und der Reichsinnenminister Frick, der in gleichem Zusammenhang auch die Goebbelszitate benutzte, versuchte es bei der Interpretation des Hitlerdiktums und der Exegese des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat mit der Formel, der Staat sei »begrifflich das beide Umfassende«, er ruhe »bildlich gesprochen auf zwei Säulen, nämlich der Parteiorganisation und dem Staatsapparat«, und darin sei »die besondere Festigkeit des nationalsozialistischen Staates begründet«.⁴

Die innere Struktur des NS-Regimes war zweifellos von einem Dualismus zwischen Partei und Staat bestimmt. (Unter Partei ist dabei immer die NSDAP zusammen mit ihren Gliederungen und den angeschlossenen Verbänden zu verstehen.) Die Partei hatte jedoch institutionell nicht den Primat vor staatlichen Instanzen. Das nationalsozialistische Herrschaftssystem war vielmehr durch einen vielschichtigen Prozeß gekennzeichnet, bei dem parteiliche sowie halb- und nebenstaatliche Instanzen den Bereich der Staatsverwaltung durchdrangen und allmählich die Erosion des klassischen staatlichen Herrschaftsapparates bewirkten. Den Verlauf dieses Erosionsprozesses, dem die folgenden Überlegungen gelten, kann man in zwei Perioden einteilen; die Zäsur liegt etwa am Beginn des Zweiten Weltkriegs, als

auch die territoriale Verwaltungseinheit des Deutschen Reiches zersplitterte. Die wichtigsten Strukturelemente⁵ des NS-Herrschaftssystems waren freilich vor der Zäsur fixiert.

II

In der Konsolidierungsphase des NS-Regimes, ab 1934 bis etwa 1938, war die Partei auf sekundäre Aktionsfelder verwiesen worden. Die nationalsozialistische »Bewegung« der Kampfzeit verwandelte sich nach der Machtübernahme in einen bürokratischen Apparat mit beachtlichem Eigenleben, aber keinen Funktionen im Bereich der staatlichen Administration. Institutionelle Berührungspunkte zwischen Partei und Staat gab es vor allem auf der Gauleiterebene – 1935 amtierten von den 30 Gauleitern sechs auch als Oberpräsidenten preußischer Provinzen, zehn waren Reichsstathalter, zwei (Goebbels und Rust) Reichsminister, in Bayern waren zwei Gauleiter Regierungspräsidenten, einer war Landesminister und einer Reichskommissar für das Saarland. Rivalitäten und Machtkämpfe innerhalb der Führungsspitze der NSDAP verhinderten weitgehend den Durchgriff von der – unter Rudolf Heß eher schwachen – Parteizentrale auf die unteren Ränge. Namentlich die Gauleiter verfügten über ein ausgeprägtes Autarkiebewußtsein. Das schwächte aber eher die Position der NSDAP als Institution gegenüber dem Staat. Der Anspruch »die Partei befiehlt dem Staat« wurde allenfalls indirekt durchgesetzt, und zwar über die Durchdringung des Staatsapparats mit NSDAP-Funktionären oder durch Personalunionen – auf hoher Ebene z. B. durch Göring, Goebbels, Himmler. Die Genannten verstanden sich dann aber bald an der Spitze ihrer Organisationen in erster Linie nicht mehr als Exponenten der NSDAP, sondern als Machttträger eigenen Anspruchs.

In anderer Form wurden nationalsozialistische Ambitionen mit Hilfe der Gliederungen und angeschlossenen Verbände der NSDAP durchgesetzt. Robert Leys Deutsche Arbeitsfront (DAF) z. B. hatte 1936 20 Millionen Mitglieder und verfügte über beträchtliche Vermögenswerte, die an sich schon Macht und Einfluß garantierten. Demgegenüber blieb die Bedeutung eines Spitzenfunktionärs vom Schlage Alfred Rosenbergs, der bis 1941 nur NSDAP-interne Ämter bekleidete, schon deshalb gering, weil er sich im Konkurrenz- und Kompetenzkampf gegen seine übermächtigen Gegner Ley und Goebbels weder auf eine von ihm kontrollierte staatliche Instanz noch auf eine Massenorganisation stützen konnte. Daher setzte er sich auch im innerparteilichen Bereich nicht durch.⁶ Zu den wichtigsten

Strukturmerkmalen des NS-Staates gehörte aber die Machtentfaltung auf personaler Ebene. Die jeweilige Position wurde weniger durch das Amt bestimmt als durch persönliche und systemimmanente Qualitäten und Verdienste wie Unterordnung und Führerbindung, Härte, Durchsetzungskraft gegen Konkurrenten, Verdienste aus der Zeit vor 1933. Man kann deshalb die innere Struktur des Regimes auch als System rivalisierender Machtinhaber erklären, das mit Hilfe eines Dogmas funktionierte, dem Grundsatz der Geltung des Führerwillens als einzig absoluter Norm. Jede Befugnis war vom Führer abgeleitet, Überschneidungen, Kompetenzzwirrwarr, Doppelbevollmächtigungen, Ämterchaos dienten der Stärkung der Führergewalt, die sich zunehmend undeutlicher artikulierte, als Entscheidungsinstanz aber allezeit unangefochten blieb, und zwar auch dann noch, als das Regime alle Zeichen der Anarchie und der vollständigen Desorganisation aufwies.⁷

Die Gewährung von Privilegien, Vollmachten, Pfründen, Machtsphären war im Rahmen des Führerprinzips ein weiteres Strukturmerkmal der Herrschaftsausübung; das Ergebnis bestand in beträchtlichem Substanz- und Funktionsverlust aller Institutionen des Staatsapparats. Im NS-Staat wurde schließlich auf allen Gebieten durch miteinander konkurrierende Instanzen regiert und verwaltet: Neue Sonderverwaltungen und Hitler unmittelbar unterstellte Behörden konkurrierten mit den klassischen Ressorts; Kommissariate und Pseudoministerien wie »Der Beauftragte für den Vierjahresplan« agierten quer zu bestehenden Instanzenzügen und hatten diesen gegenüber in der Regel den Vorrang. Massenorganisationen mit Hoheitsanspruch wie der Reichsarbeitsdienst oder die Hitlerjugend (diese zusätzlich in der Doppelfunktion als Staatsjugend mit Dienstverpflichtung einerseits und als Nachwuchsorganisation der NSDAP andererseits) konkurrierten mit staatlichen Dienststellen. Ämter der NSDAP, wie z. B. die (bis 1938 mit dem Auswärtigen Amt rivalisierende) »Dienststelle Ribbentrop«, störten den Betrieb der offiziellen Behörden, und die quasistaatlichen Zwangskartelle und Syndikate wie die Reichskulturkammer oder der Reichsnährstand hatten aufgrund der Zwangsmitgliedschaft Macht über bestimmte Bevölkerungsgruppen.

Der Dualismus zwischen Partei und Staat war aber nur ein Element in diesem Konkurrenzsystem, bei dem die klassischen Instanzen der Staatsgewalt allmählich ausgehöhlt und ihrer Kompetenzen beraubt wurden.⁸ Entscheidend war die unkontrollierte Wucherung der Apparate; ob es sich im Ergebnis um Partei- oder Staatsinstanzen oder um Zwitter handelte, war je länger desto weniger von Bedeutung. Eine strukturell bedeutsame Eigenart des NS-Regimes bestand ferner in der Ausgliederung elementarer Hoheitsbereiche aus der staatlichen Zuständigkeit, in der Privatisierung öffent-

licher Gewalt. Das markanteste Beispiel ist die 1936 beginnende Zentralisierung und Unterstellung des gesamten Polizeiapparates unter den Reichsführer SS. Am Ende des Prozesses stand die SS als außernormative Sonderexekutive, in die die Polizei im Rahmen des Reichssicherheitshauptamtes eingeschmolzen war.

Ab Anfang 1938, als das Regime bei der Durchsetzung der expansionistischen Ziele die großen außenpolitischen Erfolge errang, während im Inneren die Armee endgültig gleichgeschaltet werden konnte, trat auch die NSDAP wieder in eine Art Bewegungsphase ein. Seit Herbst 1938 entfalten sich dann wieder die aktionistischen und terroristischen Kräfte des Nationalsozialismus. Institutionell zeigte sich dies in erster Linie in den annektierten, angegliederten und besetzten Gebieten, strukturell waren ab Kriegsausbruch aber auch im Altreich Veränderungen spürbar: Auf der Mittelstufe wurden die meisten Gauleiter aufgewertet, weil sie, zu »Reichsverteidigungskommissaren« bestellt, Kompetenzen im administrativen und politisch-staatlichen Bereich erhielten. An der Spitze zog sich etwa zur gleichen Zeit Hitler von den Geschäften des Reichskanzlers weitgehend zurück; formell gingen beträchtliche Rechtssetzungsbefugnisse auf den »Ministerrat für die Reichsverteidigung« über, auf das sechsköpfige Kriegskabinett unter Görings Vorsitz. Vertreten waren darin Reichsinnenminister Frick (in seiner Eigenschaft als »Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung«), Reichswirtschaftsminister Funk als »Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft«, Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) und die beiden Reichsminister Lammers und Heß. Diese beiden (bzw. nach Heß' Englandflug Lammers und Martin Bormann) hatten als Chefs der Reichskanzlei bzw. der Parteikanzlei die eigentlichen Schlüsselpositionen inne. Der eine hielt den bürokratischen Betrieb der Reichskanzlei am Laufen, der andere kontrollierte den Zugang zu Hitler; zusammen mit dem Reichsinnenminister bildeten sie die eigentliche Legislative des Dritten Reiches.

III

Ein Brief der obersten Parteibehörde, des Stabes des Stellvertreters des Führers, an das Reichsinnenministerium enthält Indizien für den Zustand des gesamten Regierungsapparats im Oktober 1939. Anlaß war der Führererlaß über die Errichtung der Reichsgaue Posen (Wartheland) und Westpreußen auf annektiertem polnischem Territorium. Der Stellvertreter des Führers ließ in diesem Zusammenhang dem Reichsinnenministerium mit-

teilen: »Er möchte grundsätzlich, daß die Polen niemals auch nur das mindeste davon merken, daß im Reiche Zuständigkeitsstreite zwischen einzelnen Ministerien bestehen, noch viel weniger davon, daß nicht wegzuleugnende Spannungen zwischen Partei und Staat existieren. Es ist eine Frage der Zukunft, daß wir diese Spannungen restlos beseitigen. Für die Ostgebiete ist es eine Frage der Gegenwart, daß sie niemals auftreten dürfen. Würden sie dort zutage treten, so würde der Pole das zweifellos benutzen, um aus bestehenden Differenzen für sich Vorteile zu ziehen. Wir sind einig darin, und es entspricht auch dem Willen des Stellvertreters des Führers, daß die politische Führung und die politische Verwaltung in Personalunion ausgeführt werden. Es müssen also nicht nur Gauleiter Reichsstatthalter sein; dazu kommen muß, daß die Gauinspektoren die Regierungspräsidenten, die Kreisleiter die Landräte und die Ortsgruppenleiter die wahrscheinlich nicht zu entbehrenden Distriktkommissare sind.«⁹

Zwei Monate später, am 23. Dezember 1939, beschwerte sich Reichsinnenminister Frick gegenüber Göring (als dem Vorsitzenden des Ministerrats für die Reichsverteidigung) und Reichsminister Lammers über die Personalverhältnisse in den beiden neuen Reichsgauen: Die Stellen der Kreisleiter und Landräte waren dort entgegen den Beteuerungen aller beteiligter Instanzen nicht im Einvernehmen und nach gemeinsamer Besprechung besetzt worden, vielmehr hatte die »Partei am 14. Dezember 1939 eine erhebliche Anzahl Kreisleiter in den Warthegau entsandt . . ., die dort als Kreisleiter bestätigt worden sind und angewiesen wurden, in den ersten Tagen des Januar von den bisherigen Verwaltungsbeamten die Dienstgeschäfte zu übernehmen und sie »in anständiger Weise« zu verabschieden«. Frick bezweifelte nicht nur die Qualifikation dieser Leute, er stellte auch die Zweckmäßigkeit der Personalunion von Kreisleitern und Landräten in Frage, weil angesichts der geringen Zahl von Volksdeutschen die Aufgabe der Menschenführung (das Geschäft der Kreisleiter also) gegenüber den besonders schwierigen Problemen des Verwaltungsaufbaus in den Ostgebieten zurücktrete. Diese würden ohne ordentliche Verwaltung – gemeint waren qualifizierte Landräte – »in absehbarer Zeit nicht in Ordnung kommen«. Er lehne es deshalb ab, »die eigenmächtig eingesetzten Kreisleiter als Landräte anzuerkennen«. Die »gerade in Kriegszeiten als Rückgrat der Staatsverwaltung besonders wichtige politische Verwaltung« dürfe nicht begraben werden: »Denn wenn allgemein die Landratsämter von Kreisleitern übernommen werden, wird die Folge sein, daß ein guter fachlicher Nachwuchs mangels Berufsaussichten überhaupt ausbleibt und daß die allgemeine und innere Verwaltung zerfällt und die Sonderverwaltungen nicht nur nicht einbezogen werden, sondern sich immer neu bilden, so daß der Staatsapparat letzten Endes atomisiert wird.«¹⁰

Mit der Expansion des deutschen Reiches ging die Aufspaltung der territorialen Verwaltungseinheit Hand in Hand. Die neuen Gebiete wurden höchst unterschiedlichen Beherrschungssystemen unterworfen, die vom Typ des Reichsgaus Sudetenland bis zu dem des Reichskommissariats Ukraine reichten. Typologisch sind folgende Herrschaftsformen mit entsprechender Verwaltungsordnung zu unterscheiden:

1. Annexion (Österreich, Sudetenland, Memel, Danzig-Westpreußen, Warthegau, Südostpreußen, Ostoberschlesien); De-facto-Annexion mit Unterstellung unter Chefs der Zivilverwaltung¹¹ (Elsaß, Lothringen, Luxemburg, Untersteiermark, Bialystok).
2. Okkupation unter Militärverwaltung¹² (Belgien, Frankreich, Kanalinseln, Serbien, Griechenland, rückwärtige Heeresgebiete in der Sowjetunion).
3. Okkupation unter ziviler deutscher Verwaltung bzw. Kontrolle¹³ (Dänemark, Norwegen, Niederlande, Protektorat Böhmen und Mähren, Generalgouvernement, Reichskommissariate Ostland und Ukraine).

Angesichts beträchtlicher Unterschiede im Detail der jeweiligen Herrschaftsausübung kann eine solche Charakterisierung nach staatsrechtlichen Kategorien natürlich nur ungefähre Anhaltspunkte bieten. Überdies waren die damaligen die Herrschaftsformen bezeichnenden Begriffe unscharf oder mehrdeutig.

Die Reichsgaue waren definiert als staatliche Verwaltungsbezirke und als Selbstverwaltungskörperschaften, das entsprach dem Status der preußischen Provinzen. An ihrer Spitze standen Gauleiter/Reichsstatthalter in Personalunion. Der Begriff Reichskommissariat reichte inhaltlich von der auf einheimische Kollaborateure gestützten Okkupation z. B. Norwegens bis zur reinen Kolonialherrschaft in der Ukraine. Einen eigenen Typus stellten sowohl das Reichsprotektorat Böhmen und Mähren als auch das Generalgouvernement dar. Das Protektorat hatte den Status einer Provinz des Deutschen Reiches mit eingeschränkter Selbstverwaltung und deutscher Kontrolle der Administration bis zur untersten Ebene. Der Chef der autonomen (tschechischen) Verwaltung genoß den protokollarischen Rang eines Staatsoberhauptes, die Macht lag hingegen in Händen des Reichsprotektors, der die Funktion eines Vertreters des Führers und Reichskanzlers hatte und mit dem Rang eines Beauftragten der Reichsregierung ausgestattet war.¹⁴

Am Beispiel des Generalgouvernements lassen sich die Eigentümlichkeiten der deutschen Herrschaftsstruktur in den ersten beiden Jahren des Krieges gut verdeutlichen. Das Generalgouvernement war einerseits ein Kolonialgebiet des Deutschen Reiches, ein auch offiziell so bezeichnetes »Nebenland«, im Selbstverständnis des Generalgouverneurs Hans Frank,

der Hitler unmittelbar unterstand, aber auch eine autonome Region und »ein letzter Ausläufer einer unmittelbar nach Reichsmethoden geführten Verwaltung«. ¹⁵ Zugleich war es de facto jedoch der Schauplatz einer Quasiterritorialherrschaft der SS, die ausgeübt wurde durch den Höheren SS- und Polizeiführer einerseits und den Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums andererseits. Das führte schließlich zum Konflikt. Ins Generalgouvernement hineinregieren konnte aber auch Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan und Vorsitzender des Ministerrats für die Reichsverteidigung. Die Versuche anderer Ministerien und Fachverwaltungen, in die Krakauer Verwaltungsautonomie einzugreifen, konnte Frank dagegen abwehren. In der Festrede zum einjährigen Bestehen des Generalgouvernements – wohlgemerkt eines Territoriums, dessen staatsrechtliche Form kaum definiert war ¹⁶ – pries er seine Administration als Muster nationalsozialistischer Verwaltungsprinzipien: »Der Führer hat im Generalgouvernement diesen Grundsatz von der einheitlichen Zusammenfassung aller Dienststellen unter einem einheitlichen Befehlsträger bis in die letzte exakte Auslegung durchgeführt. Das Generalgouvernement ist zur Zeit jener Bestandteil des Großdeutschen Machtbereiches, in welchem sich dieses Führerprinzip der Verwaltung weitaus am eindeutigsten durchsetzen mußte. Sämtliche Behörden sind in das Amt des Generalgouverneurs eingebaut, ebenso in das Amt des Distriktchefs als des Repräsentanten des Generalgouverneurs sämtliche Distriktbehörden, und dem Kreishauptmann als dem Repräsentanten der Einheit des Kreises unterstehen wiederum sämtliche Kreisbehörden.« ¹⁷

Das war die eine Seite der Medaille. Die andere bestand freilich darin, daß Frank politisch immer ohnmächtiger wurde. Die Polizei- und Sicherheitsorgane des Generalgouvernements waren fest in Händen der SS, sie wurden unter SS-Obergruppenführer Friedrich-Wilhelm Krüger, der zugleich Staatssekretär für das Sicherheitswesen war, als selbständige Behörde geführt, die keiner Weisung des Generalgouverneurs unterstand. Hinzu kam, daß Himmler Krüger auch zum Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums gemacht hatte. Das bedeutete, daß Frank praktisch keinen Einfluß auf das Hauptgeschehen im Generalgouvernement hatte, auf die Tätigkeit der Einsatzgruppen, die Ghettoisierung und Vernichtung der Juden und auf die Umsiedlungs- und Eindeutschungsmaßnahmen.

Hans Frank war immerhin ein prominenter und fanatischer Nationalsozialist der ersten Stunden, Teilnehmer am Hitlerputsch und Ende der 20er Jahre Hausjurist Hitlers und gewissermaßen Justitiar der NSDAP. Er wurde mit Partei- und Staatsämtern reichlich ausgestattet, er war Gründer und Führer des Nationalsozialistischen Rechtswahrer-Bundes und Chef

(Reichsleiter) des »Reichsrechtsamts der Reichsleitung der NSDAP«; von März 1933 bis zur Gleichschaltung der Länderjustizministerien Ende 1934 war er bayerischer Justizminister, gleichzeitig Reichskommissar für die Gleichschaltung der deutschen Justiz, außerdem Präsident der Akademie für Deutsches Recht und, ab 1934, Reichsminister ohne Geschäftsbereich. Die Ämterfülle täuschte indessen nur Macht vor. Bis zum Ausbruch des Krieges war Frank einer der »Alten Kämpfer«, die ohne faktischen Einfluß mit Ehren und Pfründen abgefunden wurden. Mächtig wurde Frank erst, als er nach dem Ende des Polenfeldzugs zum Chef der Zivilverwaltung und Generalgouverneur im okkupierten Polen bestellt wurde.¹⁸

Typisch, sowohl für den Machtkampf als auch für Konfliktlösungen in den oberen Rängen des Regimes, war es dann, daß im Laufe des Jahres 1942 von Himmler, Bormann und Lammers ein Kesseltreiben gegen den Generalgouverneur veranstaltet wurde, bei dem er schließlich seine Parteiämter verlor. Im Reich erhielt der Wortradikale außerdem Redeverbot, nachdem er die Entwicklung des Regimes zum Polizeistaat öffentlich (in Reden in den Universitäten Berlin, Wien, München und Heidelberg im Juni und Juli 1942) kritisiert hatte.¹⁹ Im September 1942 diktierte Hans Frank in sein Diensttagebuch als Generalgouverneur, er gebe nicht nach in seiner Meinung, »daß der jetzt vom Führer eingeschlagene Kurs der Gewalt, der völligen Vernichtung der Rechtssicherheit und des Regimes mit Hilfe von Konzentrationslager und Polizeiwilkkür für den Führer wie für sein Reich eine der schwersten Gefahren darstellt, die überhaupt erstehen konnten«.²⁰ Bemerkenswert war, daß Frank zwar seine Funktionen innerhalb der Partei – Führer des NS-Rechtswahrer-Bundes, Präsident der Akademie für Deutsches Recht, Leiter des Reichsrechtsamtes der NSDAP – verlor, daß aber sein zweimaliger Antrag auf Entlassung als Generalgouverneur von Hitler einfach ignoriert wurde.

IV

Die Niederlage Franks, der das Prinzip der staatlichen Verwaltungseinheit (und außerdem ein gewisses Minimum an Rechtsstaatlichkeit) gegen die Sonderexekutive Himmlers verteidigt hatte, macht deutlich, wo die Präferenzen lagen. Die Verwaltungseinheit zersplitterte aber nicht nur an der Dominanz der SS in den östlichen Satrapien des Deutschen Reiches. Das war nur eine, aber sicherlich die gravierendste Auswirkung des dualistischen Verhältnisses von Partei und Staat. In der Horizontale wurde die Verwaltungseinheit zerstört durch die unterschiedlichen Normen, nach

denen im Altreich und in den von Deutschland beherrschten ein- oder angegliederten und besetzten Gebieten regiert und verwaltet wurde. Vertikal gesehen, geriet die Administration infolge der Kompetenz- und Rangstreitigkeiten zwischen der Allgemeinen Verwaltung und den Fach- und Sonderverwaltungen einerseits und dem Dualismus von Partei- und Staatsbürokratien andererseits in Unordnung.

Auch auf der mittleren und unteren Ebene hatten sich die Verwaltungszweige so vervielfältigt, daß Göring Anfang 1940 feststellte: »Das Nebeneinanderarbeiten verschiedener Dienststellen wächst sich, zumal bei voneinander abweichenden Entscheidungen, in Kriegszeiten nachgerade zu einer Gefahr aus. Ihr muß baldigst durch die Rückkehr zu dem muster-gültigen einheitlichen Verwaltungsaufbau in der Mittel- und Unterinstanz begegnet werden, der die alte preußische Verwaltung auszeichnete.«²¹ Das blieb ein frommer Wunsch. In der Praxis verschränkten und verknoteten sich die Instanzenzüge immer mehr. Die daraus resultierenden Streitigkeiten zwischen den Ministerien und Obersten Reichsbehörden wurden mit so viel Aufwand ausgetragen, daß schließlich Lammers und Bormann auf Abhilfe sann. Der Chef der Parteikanzlei teilte seinem Kollegen in der Reichskanzlei am 11. August 1941 mit, daß sich Gauleiter und Chefs anderer Dienststellen der mittleren Instanzen darüber beschwerten, »daß sie von Reichsdienststellen mit Schriftwechsel über alle möglichen Differenzen bombardiert werden. Die Gauleiter weisen mit Recht darauf hin, daß es wirklich nicht zur Stärkung der Autorität der Reichsinstanzen beitrüge, wenn einzelne Reichsstellen von sich aus Meinungsverschiedenheiten mit anderen Reichsstellen den Gauleitern und sonstigen Dienststellen zur Kenntnis brächten.« Bormann schlug deshalb vor, gemeinsam, »da die Anordnung sowohl für Partei wie für Staat ergehen muß«, eine Vorlage auszuarbeiten und bei gemeinsamem Vortrag Hitlers Unterschrift zu erbitten.²²

Ende September 1941 konnte Lammers im Einvernehmen mit dem Leiter der Partei-Kanzlei folgendes mitteilen: »Der Führer hat erneut aus besonderem Anlaß allen Obersten Dienststellen des Staates und der Partei untersagt, zwischen ihnen bestehende politische Meinungsverschiedenheiten und Reibungen nachgeordneten Dienststellen, womöglich unter Beifügung des hierüber geführten Schriftwechsels, zur Kenntnis zu bringen. Es widerspricht nationalsozialistischen Grundsätzen, wenn Oberste Dienststellen des Staates oder der Partei politische Streitfragen vor nachgeordneten Dienststellen austragen. Auseinandersetzungen dieser Art können bei den nachgeordneten Dienststellen den Eindruck erwecken, der Staatsführung fehle die notwendige Zielklarheit. Damit wird das Vertrauen zu den Obersten Reichsstellen untergraben und den nachgeordneten Dienststellen die

zur Durchführung der eigenen Aufgaben erforderliche Sicherheit genommen.«²³

Entzündet hatte sich der Streit der Reichsressorts am Problem der »Verwaltungsführung in den Landkreisen«. In einer Anordnung vom Dezember 1939 hatten Göring, Heß und Frick gemeinsam versucht, die Sphäre von Partei und Staat auf der untersten Ebene zu trennen: Dem Kreisleiter der NSDAP oblag danach die Menschenführung, er war verantwortlich für Stimmung und Haltung der Bevölkerung und für die »Stärkung der seelischen Kräfte aller Volksgenossen zur Verteidigung des Reichs«. Die Stellung des Landrats war dagegen folgendermaßen umrissen: »Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Erfüllung aller Aufgaben der staatlichen Verwaltung trägt im Rahmen seiner gesetzlichen Zuständigkeit ausschließlich der Landrat.«²⁴ Kreisleiter und Landrat sollten sich gegenseitig fortlaufend unterrichten. Eingriffe in die Sphäre des jeweils anderen waren ausdrücklich untersagt.

Im Juni 1941 erließ Frick als Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung im Einvernehmen mit Göring eine weitere Anordnung an die Reichsverteidigungskommissare, die an diese Bestimmungen anknüpfend einen Primat des Landrats (bzw. des Oberbürgermeisters) auf der unteren Verwaltungsebene postulierte. Das richtete sich an die Adresse der Fachressorts und Sonderverwaltungen: »Der Landrat als *der* politische Beamte seines Verwaltungsbezirks hat somit die Aufgabe, neben der eigenen Verwaltungsführung dafür zu sorgen, daß auch die Arbeit der sonstigen Dienststellen in seinem Kreise sich nach den für die politische Verwaltung geltenden allgemeinen Gesichtspunkten ausrichtet.« Die Behördenleiter der unteren Fachinstanzen – wie Arbeitsamt, Gewerbeaufsichtsamt, Hochbauamt, Wasserwirtschaftsamt – wurden angewiesen, den Landrat über alle Fragen politischer Natur in ihrem Bereich zu unterrichten. Sie sollten dem Landrat nicht förmlich unterstellt werden, andererseits sei aber »der aus der Notwendigkeit einer einheitlichen staatlichen Ausrichtung und Führung folgende Primat des Landrats in der Unterstufe gegeben«. Es wurde erwartet, »daß, getragen von gegenseitigem Takt, sich auf diese Weise eine ersprießliche, besonders in der Kriegszeit unbedingt erforderliche Zusammenarbeit der unteren Behörden ergibt. Es handelt sich bei der von mir angeordneten Regelung um eine Maßnahme, die das immer mehr sich zu einer unmittelbaren Gefährdung nationaler Belange besonders im Kriege auswachsende Nebeneinander und damit Durcheinander und Gegeneinander in der Verwaltung eindämmen und beseitigen soll.«²⁵

Bemerkenswert war die Reaktion der Fachressorts. Ausgerechnet Arbeitsminister Seldte, vom Herkommen kein Nationalsozialist und in der nationalsozialistischen Hierarchie keineswegs angesehen, verteidigte das

Prinzip des Ressortpartikularismus mit folgender Argumentation: »Mit der nationalsozialistischen Revolution ist die Partei zum alleinigen politischen Hoheitsträger geworden. Der Landrat alten Stils als alleiniger politischer Beamter ist damit innerlich und äußerlich überwunden. Im autoritären Dritten Reich ist jede Staatsverwaltung zugleich politische Verwaltung im Sinne einer von der obersten Staatsführung auf dem Boden nationalsozialistischer Weltanschauung und Zielsetzung gelenkten Verwaltung. Die innere Verwaltung genießt insoweit keine Sonderstellung; sie ist nicht *die* politische Verwaltung.«²⁶ Seldte hatte in der Konsequenz dieses Gedankengangs die ihm unterstellten Behörden angewiesen, dem Erlaß des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung in den entscheidenden Punkten keine Folge zu leisten. Darüber beschwerte sich Frick bei Göring mit der Bitte, den Reichsarbeitsminister, der Göring in dessen Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan unterstellt war, zur Ordnung zu rufen. Das Vorgehen Seldtes müsse »zu einem völligen Auseinanderfallen der zivilen Verwaltung, zu einem Aufhören jeder Disziplin in diesem Sektor und zu schwerer Gefährdung der Autorität der Reichszentrale führen«.²⁷

Der Reichsinnenminister berief sich auch darauf, daß sein Runderlaß, der den Zorn des Arbeitsministers erregt hatte, den Beifall der mittleren Instanzen gefunden habe. Zum Beweis legte er u. a. Berichte der Gauleiter/Reichsstatthalter Kaufmann, Sauckel, Adolf Wagner, Sprenger bei. Die Genannten waren allesamt »Alte Kämpfer« und über den Verdacht, besonders engstirnige Verwaltungsfachleute zu sein, erhaben. Dafür legte sich im Oktober 1941 aber Fritz Todt noch einmal mit Frick an. »Unter dem Stichwort: Einheit der Verwaltung«, schrieb er, seien »Bestrebungen im Gange, den Fachverwaltungen im Rahmen der allgemeinen und inneren Verwaltung ihre Bewegungsfreiheit zu nehmen«. Als »Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen«, als Chef einer für den NS-Staat typischen Sonderbehörde im Rang eines Reichsministers, kämpfte Todt wie der ehemalige »Stahlhelm-Führer« Seldte mit forciert nationalsozialistischer Argumentation für den Ressortpartikularismus, als er schrieb: »Politisch gesehen ist die Behauptung vom Primat des Landrats jedenfalls in der nationalsozialistischen Verwaltung weniger denn je begründet. Jede Verwaltung trägt heute selbst die Verantwortung für eine den nationalsozialistischen Grundsätzen entsprechende Verwaltungsführung und für ihre Leistung. Die Ressortchefs fühlen sich darum auch persönlich dafür verantwortlich, daß ihre Verwaltungen ihre Aufgaben in nationalsozialistischem Geiste und gemäß den Zielen der Staatsführung erfüllen. Es muß ihnen gerade darauf ankommen, ihre Verwaltungen bis zum letzten Mann fest in der Hand zu haben und damit den Arbeitswillen und die Leistungsfähigkeit bis zum Höchsten zu steigern. Ich muß mich daher gegen jede Maßnahme wenden,

die darauf hinausläuft, daß die technischen Dienststellen und das technische Personal dem Einfluß des Fachministers entzogen werden oder daß auch nur Unklarheiten darüber entstehen, von wem sie ihre Ausrichtung und ihre Befehle empfangen.«²⁸

Einige Monate vorher hatte der Staatssekretär im Reichsinnenministerium Stuckart – und zwar ausgerechnet in der Festgabe zu Heinrich Himmlers 40. Geburtstag – die Verwaltungseinheit beschworen und konstatiert, daß die Neigung zur Schaffung von Sonderbehörden und die Vernachlässigung von Querverbindungen Schaden anrichte: Es gebe, außer den Dienststellen der NSDAP und ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände, in der Mittelstufe der Verwaltung etwa 40 Behörden, in der Unterstufe etwa 45. Die Beseitigung des Übels durch eine einheitliche Steuerung der mittleren und unteren Instanzen durch eine starke Zentralgewalt sei kein Selbstzweck, »sondern die Voraussetzung für die Schaffung vernünftiger Verhältnisse in einer volksnah gestalteten Verwaltung«. Gegenüber den forciert nationalsozialistisch argumentierenden Chefs der Spezialressorts vertrat Stuckart ironischerweise an dieser Stelle auch in seiner Eigenschaft als SS-Brigadeführer den Standpunkt, die Beseitigung des Übermaßes an Sonderbehörden sei gleichbedeutend mit der »Durchsetzung des vom Nationalsozialismus entwickelten Führerprinzips in der Verwaltung«.²⁹

Dieses Ziel wurde bekanntlich bis zum Ende der NS-Herrschaft nie erreicht, schließlich kaum mehr erstrebt. Andererseits waren die Reaktionen der Fachverwaltungen auf den Versuch, die Autorität der allgemeinen Verwaltung auf der unteren Ebene zu kräftigen, mindestens Indizien dafür, daß das Chaos im Regierungs- und Verwaltungsapparat des Dritten Reiches nicht, oder jedenfalls nicht wesentlich und ausschließlich, seine Ursachen im Dualismus von Partei und Staat hatte. Charakteristisch für die Form nationalsozialistischer Herrschaft und für das Nebeneinander von staatlicher und parteiamtlicher Machtentfaltung waren vielmehr strukturelle Eigenarten, die sich in der ersten, der Vorkriegsphase des Regimes herausbildeten und deren Konsequenzen das Bild der zweiten Phase, der Kriegszeit, bestimmten.

Das nationalsozialistische Regime war gekennzeichnet durch ein unkoordiniertes Neben- und Gegeneinander staatlicher und parteiamtlicher Dienststellen. Durch immer neue Beauftragungen und Bevollmächtigungen entstanden immer neue Apparate und Zuständigkeiten, die mit älteren Instanzen in Konkurrenz traten. Das entscheidende Problem bestand dabei in den rivalisierenden Kompetenzen selbst, nicht in der Frage des Primats von Partei- oder Staatsamt. Die Einheitlichkeit der Verwaltung war spätestens ab Kriegsbeginn auf allen Gebieten, territorial, institutionell und

strukturell verlorengegangen, ohne daß die Kraftentfaltung des Regimes dadurch aber beeinträchtigt wurde. Die Rivalität der Spitzenfunktionäre, das System der Personalunionen und Doppelkompetenzen erzeugte eine gewisse Balance der Macht im Rahmen der Führerautorität und stabilisierte diese. Die außernormative Führergewalt Hitlers blieb allezeit unangefochten, sie wurde durch die Rivalitäten auf der Ebene darunter nur noch gestärkt, weil sie auch letzte Entscheidungsinstanz war. Für die Führergewalt war es auch ohne Bedeutung, ob sie im Einzelfall Staats- oder Parteibehörden für bestimmte Ziele einsetzte.

Die von der Führergewalt Hitlers abgeleitete, aus der NSDAP hervorgegangene Sonderexekutive Himmlers bildete zuletzt nicht nur einen eigenen Staat im Staate. Die SS war vielmehr in erster Linie eines der wichtigsten regimestabilisierenden Elemente. Sie hatte fast alle Bereiche des klassischen Staats durchdrungen, verfügte über eigene bewaffnete Verbände, hatte die Polizei aufgesogen und besaß das Monopol auf den Staatsschutz. Die SS war als Instrument der nationalsozialistischen Rassenideologie verantwortlich für die Ermordung der Juden und für die Germanisierungspolitik im Osten. In den Ämtern und Instanzenzügen der SS vereinigten sich Elemente traditioneller staatlicher Herrschaft mit Zielsetzungen und Ansprüchen der nationalsozialistischen Ideologie zu einem eigenen Machtapparat.

Der SS-Apparat war auch das deutlichste Indiz dafür, daß das Regime des Dritten Reiches in der Verbindung unkoordinierten Nebeneinanders von Ressortegoismen und Führerabsolutismus zunehmend den Charakter von staatlicher Herrschaft verlor. Das NS-Regime war kein geschlossenes, auf rationalem Plan beruhendes Herrschaftssystem, sondern ein Geflecht divergierender Machtstränge; die Tendenz zur Anarchie wurde jedoch durch die bis zuletzt beobachtete Raison der Unterwerfung unter den Führerwillen gebremst. Dadurch blieben die einander entgegengerichteten Kräfte des Regimes einigermmaßen in der Balance.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Rudolf Kluge/Heinrich Krüger (Bearb.), *Verfassung und Verwaltung im Großdeutschen Reich*. 2. Aufl. Berlin 1939, S. 91 f.; Wilhelm Stuckart/Harry v. Rosen-v. Hoevel/Rolf Schiedermaier, *Der Staatsaufbau des Deutschen Reichs in systematischer Darstellung* (Neues Staatsrecht III). Leipzig 1943, S. 107 ff.
- ² Carl Schmitt, *Staat, Bewegung, Volk. Die Dreigliederung der politischen Einheit*. Hamburg 1933, S. 21.
- ³ Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat v. 1. Dezember 1933, RGBl 1933 I, S. 1016; VO zur Durchführung des Gesetzes zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat v. 29. März 1935, RGBl 1935 I, S. 502 f.
- ⁴ Wilhelm Frick, *Partei und Staat*, in: *Deutsche Verwaltung 11* (1934), S. 289–290; vgl. die Rubrik »Aus Staat und Verwaltung«, ebenda S. 284.
- ⁵ Zur Struktur der NS-Herrschaft vgl. in erster Linie Martin Broszat, *Der Staat Hitlers. Grundlegungen und Entwicklung seiner inneren Verfassung*. 10. Aufl. München 1983; wegen der Untersuchung auch der unteren Verwaltungsebenen besonders wichtig: Peter Diehl-Thiele, *Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung 1933–1945*. 2. Aufl. München 1971; Überblick über die ältere Standardliteratur bei Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, 6. Aufl. Köln 1980. Die Kontroverse um Hitlers Rolle im NS-System, ausgetragen als erbitterter Streit zwischen Intentionalisten und Funktionalisten, erbringt, ebenso wie die zugespitzte Debatte um das Problem der polykratischen oder monokratischen Struktur des NS-Staats, vorerst wohl keine neuen wissenschaftlichen Früchte. Vgl. die Diskussionsbeiträge der beiden Exponenten: Hans Mommsen, *Hitlers Stellung im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), *Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches*. Stuttgart 1981, S. 43–72, und Klaus Hildebrand, *Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich*, ebenda, S. 73–97.
- ⁶ Vgl. dazu die weit über den Untersuchungsgegenstand hinaus aufschlußreiche Arbeit: Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*. Stuttgart 1970.
- ⁷ Zwei ebenso frühe wie scharfsinnige Erklärungsversuche der nationalsozialistischen Herrschaft haben sich über die Jahrzehnte hinweg als fruchtbar erwiesen: Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat*. Frankfurt, Köln 1974 (engl. 1941), und Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944*. Köln, Frankfurt 1977 (engl. 1942 und 1944).
- ⁸ Vgl. Lothar Gruchmann, *Die »Reichsregierung« im Führerstaat. Stellung und Funktion des Kabinetts im nationalsozialistischen Herrschaftssystem*, in: Günther Doeker/Winfried Steffani (Hrsg.), *Klassenjustiz und Pluralismus. Festschrift für Ernst Fraenkel zum 75. Geburtstag*. Hamburg 1973, S. 187–223.
- ⁹ Stellv. des Führers, MinR Sommer, an RMDI, StSchr. Stuckart, 11. 10. 1939, Bundesarchiv (künftig zit. BA), R 18/5401.
- ¹⁰ RMDI Frick an Göring und Lammers, 23. 12. 1939, BA, R 43 II/1333.
- ¹¹ Vgl. dazu Lothar Kettenacker, *Die CdZ-Gebiete im Zweiten Weltkrieg*, in: Dieter Rebentisch/Karl Teppe (Hrsg.), *Verwaltung und Menschenführung im Staat Hitlers. Studien zum politisch-administrativen System*. Göttingen 1986; Lothar

- Kettenacker, Nationalsozialistische Volkstumspolitik im Elsaß. Stuttgart 1974.
- ¹² Grundsätzlich dazu s. Hans Umbreit, Die Kriegsverwaltung 1940 bis 1945, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1968, H. 2, S. 105–134; exemplarisch: Hans Umbreit, Der Militärbefehlshaber in Frankreich 1940–1944. Boppard 1968; Alexander Dallin, Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945. Eine Studie über Besatzungspolitik. Düsseldorf 1958.
- ¹³ Vgl. Hans-Dietrich Looock, Quisling, Rosenberg und Terboven. Zur Vorgeschichte und Geschichte der nationalsozialistischen Revolution in Norwegen. Stuttgart 1970; Konrad Kwiet, Reichskommissariat Niederlande. Versuch und Scheitern nationalsozialistischer Neuordnung. Stuttgart 1968; Gerhard Hirschfeld, Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter deutscher Besatzung 1940–1945. Stuttgart 1984; Detlef Brandes, Die Tschechen unter deutschem Protektorat 1939–1945. 2 Bde. München 1969–1975.
- ¹⁴ Zur staatsrechtlichen Situation des Protektorats vgl. im einzelnen Helmut Krieser (Hrsg.), Das neue Recht in Böhmen und Mähren. Prag, Amsterdam, Berlin, Wien 1943.
- ¹⁵ Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939–1945. Hrsg. von Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer. Stuttgart 1975, S. 10.
- ¹⁶ Vgl. den Aufsatz von Hans Frank, Deutsche Ordnung und polnische Wirtschaft: »Ziel und Richtung dieser deutschen Verwaltung ist es, ohne die geringste Sentimentalität nach irgendeiner Richtung dieses Nebenland des Reiches in ein eisernes Netz von Ordnungslinien zu zwingen und es dem Großdeutschen Reich nutzbar zu machen.« Und zusammenfassend: »Die Hauptzweckbestimmung des Generalgouvernements ist die eines Wirtschafts- und Arbeitshilfsgebietes für das Reich«, in: Reichsorganisationsleiter der NSDAP (Hrsg.), Der Schulungsbrief, 8(1941), 5./6. Folge, S. 89.
- ¹⁷ Zit. im Brief RMdI, Frick, an RArbMinister, 14. 1. 1941, BA, R 43 II/646b.
- ¹⁸ Vgl. Christoph Kleßmann, Der Generalgouverneur Hans Frank, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19(1971), S. 245 ff. (mit kritischer Literaturübersicht).
- ¹⁹ Aufzeichnung Hans Frank: Abschließende Betrachtungen zur Entwicklung des letzten Vierteljahres, 28. 8. 1942, in: Diensttagebuch (wie Anm. 15), S. 552–560, zit. 555 f.
- ²⁰ Die Entwicklung seit 1. Sept. 1942, ebenda, S. 561 f.
- ²¹ Zit. im Schreiben RMdI, Frick, an RArbMinister, 14. 1. 1941, BA, R 43 II/646b.
- ²² Bormann an Lammers, 11. 8. 1941, BA R 43 II/703a.
- ²³ Rundschreiben Lammers an die Obersten Reichsbehörden, 26. 9. 1941, BA, R 43 II/703a.
- ²⁴ Anordnung über die Verwaltungsführung in den Landkreisen vom 28. 12. 1939, RGBI 1940 I, S. 45–46.
- ²⁵ Schnellbrief des Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung an die Reichsverteidigungskommissare vom 24. 6. 1941, betr.: Verwaltungsführung in den Landkreisen, BA R 43 II/703a; vgl. Diehl-Thiele (wie Anm. 5), S. 190 ff.
- ²⁶ Reichsarbeitsminister an Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung, 18. 7. 1941, BA R 43 II/703a.
- ²⁷ Schnellbrief Frick an Göring, 12. 8. 1941, ebenda.
- ²⁸ Todt an Frick, 7. 10. 1941, ebenda.
- ²⁹ Wilhelm Stuckart, Zentralgewalt, Dezentralisation und Verwaltungseinheit, in: Festgabe für Heinrich Himmler. Darmstadt 1941, S. 1–32, zit. S. 20 f.

Nationalklischees und Demagogie: Die deutsche Amerikapropaganda im Zweiten Weltkrieg

von Günter Moltmann

Den folgenden Ausführungen zur deutschen Amerikapropaganda während des Zweiten Weltkrieges liegen einige Prämissen zugrunde, die hier nicht ausführlich expliziert werden können, aber zum besseren Verständnis kurz umrissen seien.¹

1. Nationale Stereotypen zeichnen sich unter anderem durch folgende Merkmale aus: Sie bewerten eine komplex zusammengesetzte Nation aufgrund weniger, oft peripherer Symptome, die verabsolutiert werden. Sie resultieren eher aus einer affektiven als aus einer kognitiven Einstellung der Urteilenden. Sie geben kein »wahres Bild« von der beurteilten Nation und widersetzen sich deshalb auch empirisch begründeten Korrekturversuchen. Sie haben eine starke Tendenz zur Dauerhaftigkeit und können von Generation zu Generation mit gewissen Abwandlungen und Akzentverschiebungen tradiert werden.

2. Nationale Stereotypen haben im psychischen Haushalt der Menschen bestimmte Funktionen: Sie kommen einem Bedürfnis nach Orientierung entgegen, indem sie ein schwer überschaubares Phänomen durch Simplifizierung anscheinend erfaßbar machen. Sie befriedigen zugleich ein Bedürfnis des Menschen, sich selbst und seine eigene Nation zu verstehen, indem sie die fremde Nation zur eigenen kontrastieren. Sie dienen dann zur Selbstrechtfertigung oder auch zur Selbstanklage. Sie begleiten und unterstützen Tendenzen der Aggression oder auch der Affinität zwischen Nationen.

3. Nationale Stereotypen sind bis zu einem gewissen Grade manipulierbar, ebenso wie die öffentliche Meinung bis zu einem gewissen Grade beeinflussbar und verwendbar ist. Sie bieten sich zur Manipulation an, weil sie affektbezogen und damit werbe- oder propagandawirksam sind. Sie eignen sich zur Prägung von Freund- und Feindbildern, das heißt zur Stimulierung der eigenen Gruppe und zur Erzeugung eines erwünschten Verhaltens. Allerdings muß die vorhandene, hartnäckig weiterlebende Stereotypentradition beachtet werden, wenn die Manipulation erfolgreich sein soll.

Auf diese theoretischen Vorbemerkungen hin kann der Einstieg in die Praxis der nationalsozialistischen Amerikapropaganda unmittelbar folgen. Am 16. Dezember 1941, fünf Tage nach der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten, fand im Reichspropagandaministerium eine Pressekonzferenz statt, deren Verlauf in groben Zügen schriftlich festgehalten worden ist:

»Der Minister verlangt folgende propagandistische Maßnahmen gegen die USA: 1. Herstellung von Schriften, die sich an die deutsche Intelligenz wenden und in objektiver Darstellung nachweisen, daß die USA so gut wie keine eigene Kultur besitzen, daß ihre kulturellen Erzeugnisse vielmehr im wesentlichen von europäischen Leistungen abgeleitet seien. In diesem Rahmen sollen auch Auseinandersetzungen mit dem amerikanischen Film stattfinden. 2. Daneben sollen sehr populäre Schriften herausgegeben werden, die sich an die breite Masse in Deutschland, insbesondere aber an die Jugend wenden und darstellen sollen, daß die kritiklose Übernahme gewisser amerikanischer Maßnahmen wie auch z. B. der Jazz-Musik usw. eine Kulturlosigkeit bedeutet. Dabei soll u. a. auf die grotesken Verdrehungen hingewiesen werden, die z. B. in der Umwandlung Bachscher Musik in Jazz-Musik zu erblicken sind. 3. Diese innerdeutsche Propaganda soll schon jetzt vorbereitet werden. Ihr Einsatz ist jedoch nicht für den jetzigen Augenblick geplant, weil zur Zeit in Deutschland eine erhebliche Welle der inneren Ablehnung der USA vorhanden ist. Bei dem deutschen Hang zur Objektivität muß aber, wie der Minister ausführt, damit gerechnet werden, daß diese Welle nach einiger Zeit abebbt und an ihre Stelle eine freundlichere Würdigung der Amerikaner tritt, wie dies auch im Verhältnis zu England im Verlauf dieses Krieges zeitweise zu beobachten war. Für den Augenblick dieses Stimmungsumschwungs soll das aufgeführte Material dann bereitliegen.«²

Dieser Konferenzbericht aus dem Propagandaministerium eignet sich gut zur Problemverdeutlichung. Er beweist, daß Joseph Goebbels in Anknüpfung an bereits vorhandene Stereotypen die Inhalte des offiziellen Amerika-Feindbildes konzipierte. Positive und negative Vorurteile über die Vereinigten Staaten hatte es in Deutschland seit der Amerikanischen

Revolution immer, wenn auch mit wechselnder Intensität, mal zur einen, mal zur anderen Richtung der Werteskala ausschlagend, gegeben. Amerika war, um nur einige der gängigen Klischees zu nennen, einerseits das Land der Freiheit, des Fortschritts, des Glücks und der »unbegrenzten Möglichkeiten«, andererseits das Land der Kulturlosigkeit, des Materialismus, der Gleichmacherei und des oberflächlichen Lebensstils.³ Goebbels wußte um diese Ambivalenz, er hatte selbst, ebenso wie Hitler, früher durchaus positive Amerikaansichten geäußert.⁴ Seine Amerikapropaganda im Zweiten Weltkrieg konzipierte er im Blick auf sein Ziel, die Mobilisierung der öffentlichen Meinung gegen den neuen Feind, unter schlauer Berücksichtigung der vorhandenen Ansatzmöglichkeiten. Was ihm dabei einfiel, läßt sich durch den Krieg hindurch historisch rekonstruieren.

Der Konferenzbericht bezeugt ferner ein propagandistisches Methodenbewußtsein, das dem Historiker, der sich mit dem Dritten Reich beschäftigt, zwar an sich nicht neu ist, das aber doch in seiner Applikation auf das Amerikabild im Kriege interessante Aufschlüsse vermittelt. Eine antiamerikanische Propaganda sollte auf die jeweilige Stimmung im Lande abgestellt werden; sie ließ sich auch im Vorwege produzieren, dann in die Schublade legen und zur gegebenen Zeit hervorholen. Es gab verschiedene Medien. Hier war von anspruchsvolleren, pseudo-»objektiven« Schriften für die Intelligenz und von populären Schriften für die Jugend die Rede. Das Reservoir der Medien zur Meinungslenkung war bekanntlich viel umfangreicher. Neben Druckschriften wurden Presse, Rundfunk, Film und Wochenschau, Kunst, Plakate, öffentliche Reden, Mundpropaganda usw. eingesetzt. Die Politiker des Dritten Reichs waren theoretisch informiert über das, was damals »Massenpsychologie« hieß, und sie waren praktisch erfahren aufgrund jahrelanger Agitation und Demagogie zur Beförderung ihrer Ziele. Psychologische Kriegführung war eine der großen Komponenten der Auseinandersetzung mit den Gegnern in den Jahren 1939–1945.⁵

Die Amerikaagitation läßt sich recht umfassend nachzeichnen, weil außer den Propagandaerzeugnissen auch die dahinterstehenden Direktiven überliefert sind. Neben Konferenzberichten aus dem Propagandaministerium geben Presseanweisungen, Informationsdienste, Richtlinien für die Mundpropaganda, Goebbels' eigene Tagebücher und ähnliches Quellenmaterial vielfältige Hinweise. Zwar ist das daraus resultierende Bild der Entwicklung nicht immer konsistent, denn in der nationalsozialistischen Propaganda spielte auch die Improvisation eine erhebliche Rolle, doch lassen sich Konzepte und Strategien in ihren Grundlinien deutlich erkennen. Eine grobe Verlaufsskizze sei hier zunächst gegeben, an die sich einige Fallanalysen anschließen sollen.

Die antiamerikanische Propaganda setzte bereits im Verlauf des Jahres

1941, längst vor dem Beginn des deutsch-amerikanischen Krieges, ein. Die zunehmende Parteinahme der Vereinigten Staaten zugunsten Englands und der Sowjetunion veranlaßte die Berliner Propagandazentrale, einem bereits vage vorhandenen Feindbild schärfere Konturen zu geben. Charakteristisch war dabei die Konzentration auf tatsächliche oder angebliche Führungsgruppen in den Vereinigten Staaten unter weitgehender Schonung der amerikanischen Bevölkerung. Dabei ließ sich eine bereits seit 1939 von Hitler eingeleitete Diffamierung Roosevelts fortsetzen und steigern.⁶ Auch wurden die geläufigen Schlagworte und Klischees der nationalsozialistischen Ideologie genutzt. In einer Pressekonferenz im Propagandaministerium am 12. Mai 1941 hieß es, »nicht das amerikanische Volk und nicht die Angelsachsen seien Kriegstreiber, sondern die Regierung der USA und die dahinterstehenden Juden«.⁷ Am 25. Mai 1941 schrieb Goebbels in einem Leitartikel der Wochenzeitung »Das Reich«: »Drüben jenseits des großen Teiches treibt eine gewissenlose Clique von Juden, Kapitalisten, Rüstungsindustriellen, Bankiers und Zeitungsmännern ihr Unwesen, die ihre vornehmlichste Aufgabe darin erblicken, das USA-Volk, das, wie tausend eindeutige Feststellungen ergeben haben, gar keinen Krieg will, dennoch mit List und Tücke in den Krieg hineinzumanövrieren.«⁸

Ressentiments im Rückblick auf den Ersten Weltkrieg boten ein fruchtbares Feld für die antiamerikanische Propaganda nach der Verkündung der Atlantikcharta durch Roosevelt und Churchill am 14. August 1941. Goebbels schrieb unmittelbar darauf in sein Tagebuch, daß sich die beiden Politiker, die aufgrund der Volksstimmung in Amerika keinen Kriegseintritt der Vereinigten Staaten hätten erreichen können, auf einen riesigen »Propagandabluff« geeinigt hätten: »Dieser Propagandabluff wird in acht Punkten zusammengefaßt, sozusagen eine neue Wilson-Proklamation. Der Inhalt dieser acht Punkte ist ältestes Inventarium der demokratischen Propaganda.«⁹ Entsprechend argumentierte bald die deutsche Presse,¹⁰ und das traditionell negativ gefärbte deutsche Wilsonbild, verbunden mit der noch nicht verwundenen Enttäuschung über die mangelhafte Verwirklichung der Vierzehn Punkte vom 8. Januar 1918, war ein günstiger Hintergrundfaktor für die Wirksamkeit der Parole.¹¹

Nachdem der Krieg an Amerika erklärt war, bot sich allerdings für vergangenheitskundige Deutsche eine weniger echauffierende Perspektive: Der Kriegseintritt Amerikas 1917 hatte das Kriegspotential der Gegner Deutschlands erheblich verstärkt und zum Sieg der Alliierten beigetragen. Diesmal hatte Deutschland – eigentlich ganz überflüssigerweise – den Krieg selbst erklärt. Würde sich die Machtbalance erneut zu seinen Ungunsten verändern? Die Propagandataktik wurde darauf abgestimmt: »Der Führer hat ausdrücklich befohlen, daß die Frage der Schuld am Ausbruch

des Krieges mit den Vereinigten Staaten in der gesamten deutschen Propaganda mit aller Eindringlichkeit und ohne Unterbrechung unter dauernder Wiederholung der deutschen Thesen behandelt wird ... Es soll der Öffentlichkeit, die die Ausweitung der Kampfhandlungen zwar als unvermeidlich, aber trotzdem zum mindesten als nicht wünschenswert ansieht, klar gemacht werden, daß der geforderte vergrößerte Einsatz auch sehr viel größere und weitertragende Entscheidungen für die Zukunft verspricht.«¹² Überdies wurde der Bevölkerung suggeriert, daß die deutsche Lage von 1941 viel günstiger sei als die von 1917: »Sicherung des gesamten Kontinents, aktive Bundesgenossenschaft Japans, bessere deutsche Führung an der Front und in der Heimat u. ä.«¹³ Die Rüstungsreserven der Vereinigten Staaten wurden systematisch verharmlost.¹⁴ Der Begriff »Angelsachsen«, der zu sehr an eine Stammesverwandschaft mit den Deutschen erinnerte, sollte, wie es in einer Ministerkonferenz vom 13. Januar 1942 hieß, fortan durch »englisch-amerikanische Plutokratie« ersetzt werden.¹⁵

Das Jahr 1942 brachte zunächst keine wesentlich neuen Akzente in der Amerikapropaganda. Die Landung englischer und amerikanischer Streitkräfte in Nordafrika am 7./8. November 1942 demonstrierte dann die militärische Präsenz der Vereinigten Staaten im Machtbereich Deutschlands, wenn auch vorerst nur an der Peripherie. Das Dritte Reich war in seiner Selbstherrlichkeit gegenüber Amerika immerhin verunsichert. Die Tagesparole des Reichspressechefs vom 8. November 1942 lautete: »Der brutale und räuberische Überfall Amerikas und Englands auf das französische Kolonialreich in Nordafrika sowie ihre aller menschlichen Moral und jedem Völkerrecht ins Gesicht schlagenden zynischen Aufrufe [an Pétain, Franco, Carmona (Präsident von Portugal), Chatel (Generalgouverneur von Algerien), den Sultan von Marokko und den Bey von Tunis mit der Aufforderung zur Zusammenarbeit] sind der Welt gegenüber mit allen Mitteln unseres Nachrichtenapparates, mit äußerster Schärfe und größter Lautstärke anzuprangern.«¹⁶ Die den Achsenmächten mit der geglückten Landung in Nordafrika zugefügte Niederlage sollte durch Berufung auf das Völkerrecht propagandistisch überspielt werden.

Das Prinzip des »Unconditional Surrender«, das von Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Casablanca am 24. Januar 1943 verkündet wurde, fand relativ wenig Resonanz in der deutschen Propaganda. Längst hatte Goebbels von Kriegszielen der Engländer und Amerikaner gesprochen, die viel negativer waren als das inhaltsleere Kapitulationsprinzip.¹⁷ 1941 war der in den Vereinigten Staaten von Theodore Kaufman, einem Sonderling und Außenseiter, publizierte Vorschlag zur Sterilisierung der männlichen deutschen Bevölkerung groß ausgeschlachtet worden.¹⁸ Anfang 1943 meinte Goebbels allerdings, daß es bezüglich der Nachkriegs-

pläne der Feinde besser sei, »keine Notiz von ihnen zu nehmen«. Angeblich könnten diese Pläne vielen Leuten, »die wenig Ahnung von der tatsächlichen Lage hätten«, Furcht einflößen.¹⁹ Erst der Morgenthau-Plan vom September 1944, dessen historische Bedeutung oft erheblich überschätzt wird, gab Goebbels wieder einen willkommenen Propagandaschlag zur Thematik amerikanischer Kriegsziele.²⁰

Die neue Taktik des Jahres 1943 sah unter anderem vor, führende Persönlichkeiten der Feindseite wie Roosevelt und Churchill weniger als bisher herauszustellen, denn es sei »der Eindruck entstanden«, als ob sie »eine gigantische politische und militärische Macht darstellten und als ob speziell Roosevelt das Format eines politischen, militärischen und geistigen Riesen habe.«²¹ Der Presse wurde mitgeteilt, daß die »Alliierten« fortan als »Hilfsvölker der Sowjetunion« bezeichnet werden könnten.²²

Ein schwieriges Problem für die Propaganda des Jahres 1943 war die Kommentierung des Luftkrieges und der amerikanischen Tagesangriffe auf deutsche Städte, denen die Luftabwehr nicht gewachsen war. Ungeachtet eigener Luftkriegsmethoden in den Jahren zuvor (Rotterdam, Coventry u. a.) wurde der »amerikanisch-britische Mordkrieg gegen Frauen und Kinder« angeprangert. Roosevelts Behauptung, daß amerikanische Flieger nicht absichtlich Nichtkombattanten angriffen, sei eine »freche Lüge«, hieß es am 22. April 1943. Die Methode des Bombenkrieges beweise dies. Zitate und Argumente, die schon früher gegen das »Mordbrenner- und Banditentum« verwendet worden seien, müßten »erneut schlagkräftig zur Geltung« gebracht werden. »Den Amerikanern« sei – offenbar pauschal – zu bescheinigen, daß sie »als wahre Gangster ... bewußt und absichtlich Kulturstätten, Krankenhäuser, Rennbahnen und sonstige zivile Objekte angreifen, um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren.«²³ Die Trennung zwischen »verbrecherischen« Spitzenpolitikern und »verführten« Amerikanern war inzwischen weitgehend aufgegeben worden. Beiläufig flossen alte, geläufige Nationalklischees von Gangstertum und amerikanischer Kulturlosigkeit in die Formulierungen ein.

Mit dem rapiden Niedergang der deutschen Macht in Ost und West seit dem Sommer 1944 nahm die antiamerikanische Propaganda hysterische Züge an und steigerte sich zunehmend in eine irrationale Stimmungsmache. Nachdem Anfang Oktober ein erster Streifen westdeutschen Gebietes in amerikanische Hand geraten war, berichtete das Deutsche Nachrichtembüro, dort seien »die ersten Versklavungsdekrete für das deutsche Volk« erlassen worden.²⁴ Am 13. Oktober wurde für die Mundpropaganda angeordnet, daß »im Zeichen der als kriegsentscheidend betriebenen feindlichen Generaloffensive der Widerstandswille des Volkes mit allen propagandistischen Mitteln entfacht« werden müsse. Der »Feind in West und

Ost« sei »unablässig als die Verkörperung alles Bösen und Schlechten« hinzustellen.²⁵ Der Öffentlichkeit müsse ständig »der Satz eingehämmert werden: ›Die Anglo-Amerikaner sind genauso schlimm wie die Bolschewisten.«²⁶ Von nun an überschlugen sich die Propagandameldungen: »Zivilbevölkerung unter Negerbewachung zu Aufräumungsarbeiten im deutschen Artilleriefeld gezwungen«, »Verschleppung deutscher Kinder, Schokolade als Lockmittel«, »Betrunkene Nigger morden deutsche Kinder« usw.²⁷ Eine Mischung aus Rassismus, Greuelmeldung, Anklage gegen angebliches oder tatsächliches fremdes Unrecht und Appell an Vergeltungsinstinkte sollte die Bevölkerung verstärkt antiamerikanisch indoktrinieren und zum Widerstand aufputschen.

Ein höchst willkommenes Propagandathema lieferte Roosevelts Tod am 12. April 1945. Damals standen amerikanische Truppen bereits tief in Deutschland, waren durch Westfalen nach Osten vorgestoßen und hatten Hannover besetzt. Bis zum Selbstmord Hitlers sollten nur noch 19 Tage, bis zur deutschen Gesamtkapitulation 26 Tage vergehen. Die Bevölkerung erfuhr jedoch im Radio, aus Zeitungen, Flugzetteln und Maueranschlägen, daß nun »die große geschichtliche Wende« kommen werde. Die oft berufene »höhere Gerechtigkeit« habe gegen den »Hauptkriegshetzer« das Todesurteil vollstreckt, gegen jenen Roosevelt, der »Millionen Menschenleben auf dem Gewissen«, die »tausendjährige Kultur« Deutschlands vernichtet, die »Wirtschaft zerstört« und »das deutsche Volk auf Generationen zu einem Sklavensein verurteilt« habe. Hitler dagegen lebe trotz des 20. Juli 1944. Solche »Fügung« könne gar nicht mißverstanden werden. »Unter seiner Führung« würde »auch die letzte Krise« gemeistert werden.²⁸ Damals verglich Goebbels in einem Telefonat mit Hitler Roosevelts Tod mit dem der Zarin Elisabeth im Jahre 1762, der Preußen vor einer Niederlage im Siebenjährigen Krieg bewahrt hatte.²⁹

Überblickt man die nationalsozialistische Amerikapropaganda von 1941 bis 1945, erkennt man eine Entwicklung von personenbezogener Führungsdiffamierung, verbunden mit gängigen ideologischen Thesen, über eine geschickt auf griffige Nationalklischees abgesteckte Feindbildprojektion zur Greuelpropaganda mit Rundumschlägen der Gehässigkeit. In den Wandlungen der Amerikapropaganda spiegelt sich die Steigerung der psychologischen Kriegführung des Regimes wider, die mit zunehmender Aussichtslosigkeit der Sieges- bzw. Überlebenschancen des Systems bis zum Ende immer engstirniger, hektischer und grotesker wurde. Diese Linie läßt sich an einigen Fallanalysen noch weiter verdeutlichen.

Zu den wirksamsten Massenmedien, die im Dritten Reich in den Dienst der Propaganda gestellt wurden, gehörte neben dem Rundfunk bekanntlich der Tonfilm. Das audiovisuell verbreitete Amerikabild, das die Propagan-

daakteure während des Zweiten Weltkrieges zeichneten, an dem sich prominente Nationalsozialisten selbst erbauten und das der Öffentlichkeit suggeriert werden sollte, ist nicht nur in vielen Kriegswochenschauen, sondern auch in zwei sogenannten Kulturfilmen überliefert, die in den Filmtheatern des Reiches als Vorspann zu Wochenschau und Spielfilm Verwendung fanden: »Rund um die Freiheitsstatue: Ein Spaziergang durch die USA« (1941) und »Herr Roosevelt plaudert« (1943). Diese Filme sind in Aufbau und Inhalt ähnlich und decken sich thematisch in einigen Partien. Aufnahmen aus amerikanischem Filmmaterial unterschiedlicher Art, die irgendwie anstößige Szenen amerikanischen Lebens zeigen, wurden aus ihrem ursprünglichen Kontext herausgelöst, mit tendenziösen Kommentaren versehen und zu einem antiamerikanischen Zerrbild zusammengefügt. Der erste der beiden Filme, propagandatechnisch simpler gestaltet als der zweite, war bereits ein halbes Jahr vor der deutschen Kriegserklärung fertiggestellt und konnte zu Anfang des Jahres 1942 dem Kinopublikum vorgeführt werden.³⁰ Nur dieser, nicht der spätere, der schon einmal ausführlich historisch analysiert worden ist,³¹ soll hier erörtert werden.

Der Film beginnt mit einem Blick auf die Freiheitsstatue im Hafen von New York, auf das Symbol der »besseren Welt« Amerika. Sie dient den Filmemachern jedoch nur als Folie für Kontrastszenen, die beweisen sollen, daß das wirkliche Amerika dekadent, moralisch verkommen und untergangreif sei. Der Kommentar im Film leitet dazu mit den Worten über: »Doch die Tatsachen haben in Amerika eine größere Beweiskraft als die Symbole.« Zunächst werden Aufnahmen von Arbeitskämpfen gezeigt. Gewaltsam vorgehende Milizsoldaten und Polizisten bekämpfen Streikende und Demonstranten mit Tränengas und Gummiknüppeln. Es handele sich dabei laut Kommentar »um ganz alltägliche Ereignisse in der freiesten Demokratie der Welt«. Die Werk tätigen arbeiteten für »einen Hungerlohn« zum Vorteil »gigantischer Kapitaltrusts, mit anderen Worten für einige wenige Millionäre oder Milliardenäre in New York oder Florida«. Der Landwirtschaft gehe es anscheinend auch schlecht: die Farmer könnten ihre Produkte nicht verkaufen, Milch werde fortgegossen, beschäftigungslose Farmarbeiter zögen durchs Land. Juden, die angeblich die Wirtschaft regieren, werden angeprangert: Major James A. de Rothschild,³² Bernard M. Baruch, Max M. Warburg, Samuel Untermyer, Mortimer L. Schiff, Felix Frankfurter, Herbert H. Lehman, Fiorello La Guardia. Wieder sieht man Elendsbilder. »Im nationalsozialistischen Deutschland«, behauptet der Kommentar, seien »derartige Verhältnisse undenkbar«. Es folgen Bilder von Gangstern, von John Dillinger und anderen Massenmördern. Eleanor Roosevelt tritt als Modevorführer bei einer Wohlfahrtsveranstaltung auf. Schwarze tanzen Swing, Weiße tragen einen Marathontanzwettbewerb

aus. Popkunst wird verächtlich gemacht. Veteranen marschieren bei einer Parade an Rabbinern vorbei, Mitglieder einer schwarzen Sekte werden im Wasser getauft (»Bishop Grace Baptizing«). Man sieht brutales Freistilringen (Catch-as-catch-can), Schauboxen, Frauenringkämpfe, einen Ringkampf zwischen Mann und Frau, Schlammringen, Ringen auf ausgebreiteten Fischen. Schließlich stürzt sich, beobachtet von einer sensationslüsternden Menschenmenge, ein Mann aus dem 17. Stock eines Wolkenkratzers in Chicago. Zwischen den Szenen spricht Präsident Roosevelt, am Ende wird abermals die Freiheitsstatue gezeigt.

Über das Ausgangsmaterial heißt es im Vorspann: »Dieser Film ist zusammengestellt aus Originalaufnahmen, wie sie in den letzten Jahren bis in die letzte Zeit von den Wochenschaufirmen in alle Welt verschickt worden sind.« Eine genaue Identifikation der einzelnen Szenen ist nicht leicht möglich, so viel aber ist deutlich: Die Filmstreifen stammen aus verschiedensten, zum Teil lange zurückliegenden Wochenschauen (zum Beispiel war der Gangster Dillinger bereits seit 1934 tot). Die amerikanischen Wochenschauen wurden nicht wie die des Dritten Reichs unter staatlich-propagandistischer Regie hergestellt, und sie waren auch inhaltlich anders strukturiert als die deutschen: Es wurde mehr Unterhaltung und Sensation geboten. So dürfte es nicht schwierig gewesen sein, aus Streifen, die im Verlauf vieler Jahre entstanden waren, ein Sammelsurium von anstößigen Szenen zusammenzustellen. Doch begnügten sich die deutschen Hersteller nicht mit diesem Material. Bei der »Dokumentation« des Wirtschaftselends verwendeten sie Ausschnitte aus dem eindrucksvollen Spielfilm »The Grapes of Wrath« (1940), der nach dem gleichbenannten Roman John Steinbecks gedreht worden war. Zum Prinzip der Verallgemeinerung von Randscheinungen kam so auch die Verfälschung des »Dokumentarischen«. Die zusammengestückelten visuellen Häppchen waren dann durch einen forsch-tendenziösen Sprechkommentar verbunden worden. Insgesamt kam dabei ein Amerikabild heraus, das dem Leichtgläubigen suggerierte, die Vereinigten Staaten seien ein durch phrasenhafte Heuchelei übertünchter moralischer und ästhetischer Abgrund.

Goebbels schrieb am 28. Juli 1941 in sein Tagebuch, daß ihm Fritz Hippler – damals Leiter der Filmabteilung im Propagandaministerium – den Streifen vorgeführt hätte, und kommentierte diesen folgendermaßen: »Es ist direkt grauerregend. So viel an Unkultur auf einem Haufen zusammengeballt hatte ich bisher noch nicht gesehen. Die führenden Männer der Vereinigten Staaten maßen sich an, uns ex cathedra Vorlesungen über Kultur zu halten! Die Dinge, die wir kritisieren und gegen die wir ankämpfen, sind meistens viel schlimmer, als sie in unserer Propaganda dargestellt werden.«³³ War der führende Agitator des Dritten Reiches hier ein Opfer seiner

eigenen Methoden? Seine Amerikakenntnisse waren sicherlich minimal, aber er wußte besser als viele andere, wie sich Wirklichkeit und Propagandabild zueinander verhielten. Erklären läßt sich die Selbsttäuschung nur mit dem Phänomen der Autosuggestion.

Das methodische Vorgehen der Filmhersteller ist einigermaßen durchsichtig. Positive Amerikastereotypen vom Land der Freiheit und des Fortschritts sollten abgebaut werden zugunsten negativer Stereotypen vom Land des Elends, der kapitalistischen Ausbeutung, des Gangstertums, der billigen Sensationslust, der Kulturlosigkeit und der Selbsterstörung. Diese Klischees waren in Deutschland längst populär. Die Propaganda konnte an alte, aus dem 19. Jahrhundert tradierte Vorurteile anknüpfen, sie konnte die noch unvergessene Amerikanismus-Kritik der 1920er und frühen 1930er Jahre aufgreifen, sie konnte Verelendungserscheinungen aus der Zeit der Weltwirtschaftskrise, die in den Vereinigten Staaten selbst gründlich kritisiert und im New Deal bekämpft worden waren, visuell auffrischen und dazu Krisensituationen aus amerikanischen Arbeitskämpfen der Vorkriegszeit als Gegenwarterscheinungen präsentieren. Dies alles mochte zur Mobilisierung der Stimmung gegen ein Land, mit dem die bewaffnete Auseinandersetzung früher oder später einsetzen würde, sehr gut geeignet erscheinen. Auch die antisemitischen und rassistischen Töne ließen im Rahmen herkömmlicher Vorurteile und nach einer jahrelangen systematischen Indoktrination durch die Partei und den Staat Resonanz erwarten.

So ist Hitlers Reaktion nicht verwunderlich, als ihm der Film Anfang 1942 vorgeführt wurde. Goebbels diktierte am 10. Februar für sein Tagebuch: »Der Führer hat den von uns hergestellten Film über das amerikanische Kulturleben gesehen und sich sehr positiv darüber geäußert. Er gibt mir die Anordnung, diesen Film im größtmöglichen Umfange vor das deutsche Publikum zu bringen.«³⁴

Ein antiamerikanischer Propagandaschlager anderer Art war die Veröffentlichung des Romans »Juan in Amerika« von Eric Linklater, der 1942 in einer Übersetzung von Karl Blanck in hoher Auflage herausgebracht wurde. Der schottische Autor war 1928–1930 als Commonwealth Fellow in den Vereinigten Staaten gewesen und hatte den Roman im Jahr nach seiner Rückkehr publiziert.³⁵ Er gab in ihm eigene Eindrücke, phantastische Geschichten und all jene Schattenseiten Amerikas wieder, die Europäer und Amerikaner selbst in den späten 1920er Jahren zu kritisieren liebten. Dies geschah witzig pointiert, grotesk überzeichnet, amüsant und in gut lesbarer Form. Ein junger Engländer, der zum Studium in die Vereinigten Staaten fährt, erlebt in atemberaubender Folge Abenteuer auf Abenteuer: einen Mädchenselbstmord, ein Speakeasy, auch Begegnungen mit Gangstern, die sich umbringen, ihrem König einen Empfang bereiten, eine

Beerdigung arrangieren und sich eine Straßenschlacht liefern. Er trifft maskenhafte Menschen und oberflächliche Mädchen, er durchlebt die Footballstase auf einem Campus. In alles wird er mehr oder minder selbst verwickelt. Er wird auf offener Straße seines Geldes beraubt, betätigt sich im Alkoholschmuggel über die kanadisch-amerikanische Grenze, steigt aber aus diesem Geschäft aus, als ihm ein Mord zugemutet wird.

So geht es weiter. Der Held erlebt phantastische Dinge. Eine Liebschaft folgt der anderen, wie es der literarischen Tradition des Donjuanismus in ihrer modernen Form entspricht. Er begleitet eine Artistin auf Tingeltangeltour durch Ohio, wird aber beim Schaukeln auf der Bühne seekrank. Er beobachtet eine verregnete Präsidenteninauguration in Washington, ist bei den Schwarzen im Süden, lebt einige Zeit mit der Tochter des Chicagoer Gangsterkönigs auf einer einsamen Insel, muß diese jedoch verlassen, als der Vater kommt, rettet sich mit dem Fallschirm aus einem abstürzenden Flugzeug, kommt nach Hollywood, übernimmt eine Schauspielerrolle und rettet einen Filmstar vorm Ertrinken. Er trifft auch zwei Deutsche, einen Fürsten und einen Baron, die Bier servieren und das Lied von der Schnitzelbank singen (kleine, nicht schmeichelhafte Anspielungen auf Deutschland werden in der deutschen Übersetzung abgeändert³⁶). Schließlich geht er, in Gedanken an eine schöne Chinesin, die er bei einer Party getroffen hat und wiedersehen möchte, in die »Kolonie von Arrayo Beach, in der es ein Vergehen ist, auch nur den kleinsten Gedanken zu fassen«.

Linklaters Amerikabild kommt vielleicht in folgenden Worten zum Ausdruck, die er seinem Helden bei einem Disput mit Amerikanern in den Mund legt: »Doch jetzt möchte ich Ihnen auseinandersetzen, warum ich nicht der Ansicht beipflichten kann, die Sie und die meisten Amerikaner hegen, nämlich, daß Amerika in allen Künsten der Zivilisation der Welt voran sei. Ihr Glaube gründet sich auf einen sich über das ganze Land ausbreitenden Überfluß an mechanischen Erfindungen wie Flugzeuge, Badezimmer und Grammophone. Ich gebe zu, diese Dinge sind durchaus zeitgemäß. Aber davon abgesehen, ist Amerika in Wahrheit ein merkwürdig altmodisches Land. Ich persönlich mag es ganz gern. Aber das macht mich nicht blind dagegen, daß es der letzte Zufluchtsort der Romantik und anderer Ausstrahlungen des Mittelalters ist. So gibt es zum Beispiel in Amerika mehr Verbrechen, als England seit den Rosenkriegen jemals besessen hat; Ihre Leute legen für die Zentralregierung eine Gleichgültigkeit an den Tag, als wären sie nur Knechte und Leibcigene; immer noch nehmen sie Zuflucht zur Protektion und Beamtenbestechung, um etwas zu erreichen, sie glauben an Wahrsager und Alchemisten, solange diese von der Wall Street sprechen; Ihre Universitäten hegen und pflegen eine schwerfällige, mittelalterliche Arbeitsweise; Ihre Zeitungen sind voll von Berichten über

persönliche Angelegenheiten, wie der Prolog zu den *Canterbury Tales*, und Ihre gelegentlichen Freundschaftsbezeugungen – ich gebe zu, daß diese ein reizender Charakterzug sind – erinnern stark an Chaucers Pilger.«³⁷

Werner Stephan, seinerzeit persönlicher Referent des Reichspressechefs Otto Dietrich, berichtet in seiner Goebbels-Biographie von 1949, daß der Minister »eine Riesenaufgabe« des Buches drucken ließ und selbst Hunderte von Exemplaren verschenkte, »damit jeder lerne, wie wenig das gefürchtete Land der unbegrenzten Möglichkeiten ernst zu nehmen sei«. Die Satire sei für Goebbels »die wunderbarste Schilderung der Wirklichkeit« gewesen.³⁸ In einem Artikel im »Reich« vom 9. August 1942 mit der Überschrift »Aus Gottes eigenem Land« nahm Goebbels auf die Veröffentlichung Bezug: »Gerade in diesen Tagen kommt das Buch des schottischen Schriftstellers Eric Linklater ›Juan in Amerika‹ in deutscher Übersetzung heraus, in dem ohne viel äußeren Wortaufwand, aber unter Zuhilfenahme einer tödlich wirkenden Ironie dem Yankeetum der Spiegel vorgehalten wird. Man muß dieses Buch, das in der Nachkriegswelt spielt, gelesen haben, um die Amerikaner von heute richtig zu verstehen.« Goebbels wandte sich dann gegen die »amerikanische Talmikultur und Scheinzivilisation«: Deutsche hätten sich von Amerika vielfach »ein ganz falsches Bild« gemacht. Das Urteil der Amerikakenner schwanke meist »zwischen hemmungsloser Bewunderung oder schärfster Ablehnung«, wobei die Bewunderer oberflächlich seien, während die ablehnend Urteilenden tiefer blickten. »Die USA haben keinen Dichter, keinen Maler, keinen Architekten und keinen Komponisten von Weltformat. Soweit sie im Kulturleben überhaupt über Namen von Bedeutung verfügen, sind sie von Europa entliehen. Das Land besitzt keine eigene Sprache, keine eigene Kultur und keine eigene Bildung.«³⁹ Wieder wurden in dieser »Volksaufklärung« des Propagandaministers aus dem Reservoir traditioneller Stereotypen diejenigen hervorgehoben, die sich zur Feindbildzeichnung eigneten, also negative Klischees, wie sie sich ähnlich etwa schon in Amerikabildern des Vormärz und des Jungen Deutschland finden;⁴⁰ Gegenteiliges wurde vom Amerikadilettanten Goebbels abqualifiziert. Das negative Bild betraf jetzt die Amerikaner schlechthin, nicht nur prominente Persönlichkeiten oder gewisse Randerscheinungen der amerikanischen Kulturgesellschaft.

Der Übersetzer des Buches schrieb im Vorspruch zur deutschen Ausgabe, daß »das Erscheinen eines solchen Werkes mitten in unserer politischen und geistigen Auseinandersetzung mit den USA keiner besonderen Rechtfertigung« bedürfe. Sehr schmeichelhaft sei »das Bild gerade nicht, das der schottische Erzähler von der amerikanischen Geistesverfassung« entwerfe.⁴¹ 1943 erschien als Heft 6 der »Unterhaltung für die Nordfront«, die der Reichskommissar für die besetzten norwegischen Gebiete, Josef

Terboven, herausgab, eine Sonderausgabe des »Juan in Amerika«, in deren Vorwort es hieß: »Auf den folgenden Blättern findet der Leser ein Bild über das Angelsachsentum und den Amerikanismus, wie es besser von keinem deutschen Schriftsteller gezeichnet werden kann. Die Tatsache, daß der Verfasser selbst ein Engländer ist, macht die Erlebnisse des »Juan in Amerika« so außerordentlich wertvoll.«⁴²

Wie beim Film »Rund um die Freiheitsstatue« wurde dem deutschen Publikum mit Linklaters Roman ein Amerikabild vorgeführt, das kritikwürdige Auswüchse des amerikanischen Lebensstils einseitig karikierte, Verhältnisse einer vergangenen Zeit widerspiegelte und in das geläufige deutsche Raster antiamerikanischer Vorurteile gut hineinpaßte. Die nicht-deutsche Verfasserschaft des Buches war geeignet, die Glaubwürdigkeit der Aussagen zu erhöhen, denn das Vertrauen in die deutsche Propaganda schien auch den Propagandisten selbst nicht gewährleistet zu sein. Linklaters Roman war, darin lag vor allem seine Eignung für Propagandazwecke, subtil und literarisch nicht ohne Wert. Amerikakritik wurde in ihm nicht so simpel und grobschlächtig wie im Film, vielmehr amüsant verpackt und durchgeistigt suggeriert. Voraussetzung für die Wirkung des Buches war allerdings eine Unempfindsamkeit für die Form der Satire, ein Ernstnehmen der Unwirklichkeit des Dargestellten. Nationalsozialisten mangelte es, wie dies oft bei ideologischen Doktrinären der Fall ist, an Humor. Was witzig-spitz gemeint war, wurde als »tödlich« mißverstanden. Im Kriege mochte auch der deutschen Bevölkerung der Humor abhanden gekommen sein, zumindest rechneten die Propagandisten mit einer Neigung des Lesepublikums, hintergründige Komik »tierisch ernst« zu nehmen. Und sie glaubten offenbar, daß die Leser nicht merkten, daß Linklater persönlich Amerika doch »ganz gern« gemocht hatte.

Zeugnisse antiamerikanischer Propaganda aus der Kriegszeit sind in Hülle und Fülle überliefert. Als drittes Beispiel sei ein ungezeichneter Artikel aus der SS-Zeitung »Das Schwarze Korps« erörtert, der am 16. März 1944 unter der Überschrift »Die Gefahr des Amerikanismus« erschien.⁴³ Deutlicher als aus den bisher analysierten Quellen spricht aus ihm ein rassistisch-revolutionärer Fanatismus, der den eigentlichen Kern des Nationalsozialismus ausmachte, aber nicht überall nach außen gekehrt wurde. Die angesprochene Leserschaft war nicht die Bevölkerung allgemein, sondern eine elitäre Gefolgschaft, der Konzeptionen ungehemmter dargeboten werden konnten. Die Gegensätzlichkeit von Weltanschauungszielen der Nationalsozialisten einerseits und Lebensweisen der liberalen amerikanischen Gesellschaft andererseits sollte hier radikal aufgezeigt werden.

Amerika wird in diesem Artikel nicht karikiert oder geringschätzig dargestellt, es wird als drohende Gefahr angesehen. Anders als in den Jahren

1941/1942 waren die Vereinigten Staaten 1944 ein realer Gegner, dessen Potential an Menschen und Material die Kriegsentwicklung stark mitbestimmte. Dies mag die Schärfe des Artikels erklären, auch wenn die Gefahr Amerikas nicht im strategisch-militärischen Bereich, sondern im andersartigen Lebensstil gesehen wird. Der Artikel läßt erkennen, daß die jahrelang betriebene antiamerikanische Propaganda des Regimes offenbar nicht den erwarteten Erfolg gehabt hatte. Es gab vor allem Jugendliche, die eher mit dem American way of life liebäugelten, als daß sie sich dem forschenden Veränderungsstreben des revolutionären Nationalsozialismus beugen wollten.

Im ersten Teil des Artikels werden die antagonistischen Positionen definiert, und zwar in Umkehrung der bisherigen Stereotypen von der alten und neuen Welt: Dem »jungen Europa und seinen jungen Nationen« stehe in Amerika eine »senile Welt des absterbenden Liberalismus« gegenüber, die »unter Führung des Judentums« einen letzten Versuch mache, »die Macht des Goldes, die Herrschaft ihrer Nutznießer und die sozialen Mißstände ... zu verewigen«. Wie in einer Kopernikanischen Wendung habe die Rassenlehre den Weg aus »der tödlichen, lebensfeindlichen Lethargie des Materialismus in die neu zu formende Welt von morgen« gewiesen. Der Jugend biete der Nationalsozialismus »die Verwirklichung politischer Träume weltweiten Ausmaßes« an.

Bei solcher Kontrastmalerei fragt man sich, wieso Amerika überhaupt eine Gefahr darstellen könne, wird aber schnell eines besseren belehrt: Es gebe in der Jugend auch eine »Hingabe an eine bewußte Kultur des Nichts, an Ungebundenheit, Zügellosigkeit, an eine Freiheit, die eine Freiheit von allen Pflichten, von aller Ehrfurcht, von aller Rücksicht« sei. Da liege »die Gefahr des Amerikanismus und seiner werbenden Kraft, die man nicht unterschätzen« solle. Ein Landser, der vom Gegner ein »Koffergrammophon mit Jazzschallplatten« erbeute, werfe es nicht weg, sondern schleppe es mit sich und hüte es »als seltenen Besitz«. Nichts verzaubere ihn so gründlich »wie die auf ihre Art vollendete Blödsinnigkeit dieser »schrägen Musik«, dieser Kakophonien aus tierischem Gejaulé, überraschenden Eskapaden entfesselter Instrumente und stampfender Niggerbrunst«. Zur gelegentlichen Entspannung könne sich der Landser dies allerdings erlauben. Er sei im Grunde doch immun gegen die Gefahr. Pimpfe und Jungmadel seien auch immun, Luftwaffenhelfer und Arbeitsmädchen »würden sich schwerlich in einen Wettbewerb im Dauertanz stürzen lassen«. Man dürfe aber nicht vergessen, daß »bedeutende Teile« der deutschen Jugend nach dem Ersten Weltkrieg den »Lockungen des Amerikanismus« erlegen gewesen seien, und in den europäischen Völkern gebe es immer noch jugendliche Menschen, »meist solche aus den Kreisen des sogenannten guten Bürgertums«, die nicht »im Lager des guten Europa« ständen, die »den ungleich beque-

meren Weg« beschritten, der »vom politischen Denken« fort zum »Amerikanismus« führe.

Der Artikelschreiber beruft sich mit letzterer Feststellung auf norwegische und schwedische Studenten, dürfte aber auch die Swing-Jugend und ähnliche Oppositionsgruppen in Deutschland im Auge gehabt haben, die sich den Zwängen des Systems im Kriege zu entziehen oder entgegenzustellen versuchten.⁴⁴ Das Feindbild Amerika ist in diesen Ausführungen fast total negativ. Allerdings folgen noch einige Absätze, in denen erklärt wird, wieso »die Nachfahren des alten virginischen Kolonistenvolkes« zur Daseinsform des »Amerikanismus« gelangt seien. Die Antwort – im gegebenen Kontext – liegt auf der Hand: Die Ausbreitung des Judentums habe dies bewirkt. Das Bild Amerikas, das vor dem Kriege selbst bei Nationalsozialisten ambivalent gewesen war – neben der These von der rassischen Dekadenz der amerikanischen Gesellschaft hatte es auch oft eine Anerkennung amerikanischer Leistungen, besonders bei der Erschließung des Kontinents und der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des Landes, gegeben –, ließ sich nicht einfach und schnell so einfärben, wie es aus der Perspektive der psychologischen Kriegführung und der Ideologie wünschenswert gewesen wäre, auch nicht in einem Organ der SS.

Als viertes Zeugnis nationalsozialistischer Antiamerikapropaganda sei hier die vorletzte Wochenschau des Dritten Reichs ins Auge gefaßt. Am 16. März 1945 von der Zensur freigegeben, zeigt sie eingangs Bilder von streikenden amerikanischen Fabrikarbeitern, die von der Polizei brutal bekämpft werden. Der Kommentar lautet: »Streik und Unruhen gehören zu den Tagesereignissen in England und den USA. Auch das sind Moskaus Sturmsignale. In einer amerikanischen Industriestadt werden die gegen die geringen Löhne protestierenden Arbeiter zusammengeschlagen. Seit der Machtübernahme ist in Deutschland der Polizeiknüppel verschwunden. In den USA aber ist er zur Terrorwaffe Roosevelts geworden. Die Niederschlagung dieses Streiks kostete, wie der amerikanische Filmbericht mitteilt, eine große Anzahl von Toten und Verletzten. Wem Amerika und die Tätigkeit dort als jüdischer Lohnknecht nicht behagt, der mag in Europa kämpfen!«⁴⁵ Dann folgen Bilder von amerikanischen Gefangenen, von den Kämpfen im Westen, der Wlassowarmee, der Kurlandfront, der Bevölkerungsflucht aus Ostpreußen, von der Verleihung eines Panzervernichtungsabzeichens durch den Mussolinibefreier Skorzeny, von Kämpfen um die Stadt Guben an der Görlitzer Neiße, Gefechten im Raum Görlitz und der Rückeroberung der schlesischen Stadt Lauban (Goebbels-Besuch), von Greuelthaten des Gegners (Kommentar: »Das sind die Verbündeten Roosevelts christlicher Soldaten!«), von einer Goebbelskundgebung in Görlitz und einem Besuch Hitlers an der Oderfront.⁴⁶

Die Feindbildpropaganda gegen Amerika wurde also bis zum Ende des Krieges konsequent durchgezogen. Sie entsprach nun der oben skizzierten, seit Mitte 1944 verfolgten Strategie, den Feind in West und Ost ohne Unterschied als »Verkörperung alles Bösen und Schlechten« hinzustellen. Trotzdem ist es verwunderlich, wieso zu einer Zeit, als die Rote Armee bereits in Schlesien stand, die Verbände der Westmächte den Rhein überschritten hatten und das Dritte Reich in seinen letzten Zügen lag, Szenen aus Arbeitskämpfen in den Vereinigten Staaten gezeigt wurden. Was hatte Goebbels dazu veranlaßt und woher kamen die Aufnahmen?

Nach Deutschland waren gegen Ende Februar 1945 Meldungen und Berichte von Streikbewegungen in verschiedenen Zweigen der amerikanischen Industrie, besonders in kriegswichtigen Rüstungswerken, gelangt.⁴⁷ Tatsächlich waren am 21. Februar 8500 Arbeiter der Jones & Laughlin Steel Corporation in Pittsburgh in den Ausstand getreten. Am 23. Februar hatte bei den Chrysler-Werken in Detroit ein Streik begonnen, an dem sich anfangs 6788, zehn Tage später 24000 Arbeiter beteiligten. Dann waren Arbeitsniederlegungen bei der Ingalls Shipbuilding Corporation, Pascagoula, Miss. (10000), bei Carnegie Steel in Gary (300), bei der Briggs Manufacturing Company (5800, später 12500) und bei Ford (1100), beide in Detroit, gefolgt.⁴⁸ War die Zahl der Ausständigen auch nicht übermäßig hoch, so gefährdeten die Streiks doch andere Werke, die auf Zulieferungen angewiesen waren. Wichtige Produktionszweige wie der Automobil-, Flugzeug- und Schiffbau für Kriegszwecke waren betroffen. Überdies drohten Streiks im Kohlenbergbau und in der Textilindustrie.

Begründet waren diese Vorgänge zunächst in speziellen arbeitsorganisatorischen und personellen Klagen der Belegschaften. Im Hintergrund standen aber auch grundsätzlichere Probleme wie die alte Gewerkschaftsforderung nach dem »closed shop« und eine Kritik an der kriegsbedingten Begrenzung von Lohnerhöhungen (Anbindung der Lohnentwicklung an die Lebenshaltungskosten). 1941, nach dem amerikanischen Kriegseintritt, hatten die Gewerkschaften ein Stillhalteversprechen gegeben. Seit 1942 hatte das National War Labor Board, dem Vertreter der Öffentlichkeit, der Unternehmer und der Arbeiter angehörten, Konflikte geschlichtet. Das Smith-Conally Anti-Strike Act hatte 1943 den Präsidenten dazu ermächtigt, bei Streiks, die die Rüstungsproduktion gefährdeten, militärisch einzuschreiten. Dies war gelegentlich geschehen. Die Arbeitsniederlegungen vom Februar/März 1945 wurden vom Board sofort verurteilt: Die Streikenden sollten wieder an ihre Arbeitsplätze gehen. Auch der Präsident der Industriearbeitergewerkschaft CIO, Philip Murray, mißbilligte die örtlich beschlossenen Streiks. Nationale Gewerkschaftsführer drohten allerdings wegen grundsätzlicher Unzufriedenheit mit ihrem Auszug aus dem Board.

Die Streikbewegung hielt auch in den folgenden Wochen an, aber die Arbeitsniederlegungen waren meist nur von kurzer Dauer, Konflikte wurden geschlichtet, Zugeständnisse von beiden Seiten gemacht. Gewaltsame Zusammenstöße mit der Polizei oder dem Militär gab es überhaupt nicht. In historischer Rückschau hatten diese Arbeitskämpfe keine besondere Bedeutung für die amerikanische Kriegführung in den Monaten vor dem Siege.

Wie sehr sich aber Goebbels für diese Vorgänge interessierte, zeigen seine Tagebucheinträge vom März 1945. Befangen in enger nationalsozialistischer Vorstellungswelt, angestachelt vom Wunschenken, daß der übermächtige Gegner doch nicht so mächtig sei, und erfreut über einen eventuell wirkungsvollen Propagandaschlag, sprach er von einer »tiefgehenden politischen Krise ... die in den westlichen Feindländern« herrsche (1. März), von einer mangelnden »inneren Standhaftigkeit« (4. März), von einem »bedenklichen Nachlassen der Moral, insbesondere der Arbeiterschaft« (5. März), und von einem drohenden Generalstreik, der »wie ein Damokles-Schwert« über der englisch-amerikanischen Öffentlichkeit hänge (16. März).⁴⁹

All dies paßte vorzüglich in das Goebbelsche Propagandakonzept der letzten Kriegswochen, über das sich der unermüdliche, bis zum Selbstmord weiter agitierende Stimmungsmacher Hitlers ausführlich in seinem Tagebucheintrag vom 28. März 1945 ausließ. Er wolle »eine sehr stark gefärbte anti-angloamerikanische Propaganda« durchführen, denn bisher habe man die Angloamerikaner »viel zu glimpflich« behandelt. »Infolgedessen ist die Moral im Westen nicht etwa besser, sondern schlechter geworden. Es ist uns durch unsere Greuelkampagne gegen die Bolschewisten gelungen, unsere Front im Osten wieder zu befestigen sowie auch die Zivilbevölkerung in absolute Abwehrbereitschaft zu versetzen. Daß das im Westen nicht gelungen ist, ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß große Teile der deutschen Bevölkerung und auch unsere Truppen meinen, daß die Angloamerikaner mit ihnen glimpflicher verfahren würden ... Unsere bisherige Propaganda hat, wie die Tatsachen beweisen, beim deutschen Volk ihre Wirkung verfehlt.«⁵⁰ Ähnlich äußerte er sich noch einmal am 31. März: »Es ist notwendig, daß wir jetzt den Angloamerikanern gegenüber eine härtere Sprache führen als bisher. Dadurch, daß wir uns in diesem Punkte zu stark zurückhielten, ist es überhaupt erst gekommen, daß die Angloamerikaner im deutschen Volk humaner eingeschätzt werden als die Sowjets.«⁵¹

Das für die Wochenschau verwendete Filmmaterial war freilich nicht neu. Woher hätte man es auch so schnell bekommen sollen? Es war einem Filmstreifen entnommen, den der Paramount-Newsreel-Reporter Orlando Lippert während des sogenannten Memorial Day Massacre am

30. Mai 1937 auf dem Gelände der Republic Steel Corporation in Süd-Chicago aufgenommen hatte. Dort hatten Arbeiter wegen der Weigerung der Fabrikleitung, die Gewerkschaftsorganisation CIO als Partner bei Lohnverhandlungen anzuerkennen, gestreikt. Beim blutigen Zusammenstoß mit der Polizei waren zehn Arbeiter ums Leben gekommen und 90 verletzt worden.⁵² Der Filmbericht hatte in den Untersuchungen eines amerikanischen Senatsausschusses eine wichtige Rolle gespielt und war auch sonst weithin bekannt geworden. Das Reichspropagandaministerium besaß eine Kopie, die im März 1945 dem Magazin entnommen werden konnte und für die Wochenschau erhalten mußte.

Die zitierten Partien aus dem Tagebuch von Goebbels sind nicht nur für dessen Propagandakonzeption in den letzten Kriegsmonaten aufschlußreich, sondern auch für die Rezeption der antiamerikanischen Feindbildprojektion des Regimes in der Öffentlichkeit. Das von Goebbels beklagte Defizit an antiwestlicher Einstellung in der deutschen Bevölkerung läßt sich in der Tat für die Jahre 1942 bis 1945 vielfach belegen. Vor allem zeigen die geheimen Berichte des Sicherheitsdienstes über die Stimmung im Lande und die Reaktion der Bevölkerung auf Politik und Propaganda immer wieder Desinteresse und Widerwillen bezüglich des offiziellen Amerikabilides.⁵³

Grob lassen sich drei Phasen der Rezeptionsgeschichte unterscheiden. Bis in den Sommer 1943 fanden negative Thesen über Amerika nicht immer das gewünschte Echo, stießen zum Teil sogar auf Widerspruch. Viele Deutsche empfanden bei den ständigen Wiederholungen gleichartiger Vorwürfe Überdruß. Militärische Entscheidungen wären interessanter als Artikelüberschriften wie »Roosevelt – Marionette eines Juden«, »Machtgier der USA erneut bewiesen«, »USA wollen erste Weltmacht werden«, hieß es im Januar 1943.⁵⁴ Damals meldete der SD geringe Aufnahmebereitschaft in der Bevölkerung für polemische Auseinandersetzungen mit dem Gegner: »Im Augenblick wirke alles, was die Gegenseite als uneinig, schwach und lächerlich darstelle, nicht nur nicht überzeugend, sondern erwecke einen starken gefühlsmäßigen Widerspruch, der zu entsprechenden Äußerungen der Volksgenossen führt.«⁵⁵ Im westlichen und südlichen Reichsgebiet wünschten »Teile der Bevölkerung aller Schichten« schon im Februar 1943, nach der verlorenen Schlacht von Stalingrad, »daß diese Gebiete einst zur ›anglo-amerikanischen Sphäre‹ gehören würden. Sie hätten daher nicht soviel zu befürchten wie die Bevölkerung in Ost- und Norddeutschland, die den Sowjets ausgeliefert sein würde.«⁵⁶

Seit der Mitte des Jahres 1943 war allerdings ein Anwachsen der antiamerikanischen und antienglischen Stimmung in der Bevölkerung festzustellen. Verursacht war dies durch die westlichen Luftangriffe auf deutsche

Städte und die dabei entstandenen hohen Verluste unter der Zivilbevölkerung. Nach den Angriffen auf Hamburg im Juli und August 1943 meldete ein SD-Bericht, daß es den Anschein habe, »als ob die Wut auf den Anglo-Amerikaner sich in steigendem Maße in allen Bevölkerungsschichten breitmacht«. ⁵⁷ Ähnliche Meldungen kamen in der Folgezeit immer wieder vor. Es war von »echtem Haßgefühl«, »ohnmächtiger Wut«, Bedauern, daß man es den »Amerikanern nicht heimzahlen könne«, usw. die Rede. ⁵⁸

Nach der erfolgreichen Invasion der Alliierten in der Normandie und im Verlauf ihres Vordringens durch Frankreich in Richtung auf das deutsche Reichsgebiet wandelte sich die Einschätzung der Bevölkerung wieder. Man wußte, daß die Luftangriffe kriegsbedingt waren, und machte sich Hoffnungen auf eine relativ gute Behandlung durch Amerikaner und Engländer nach der abzusehenden Besetzung des Reichs. Am 18. September 1944 hieß es in einem Tätigkeitsbericht der Reichspropagandaämter: »In bürgerlichen Kreisen hoffe man, daß eine Besetzung Deutschlands durch die Angloamerikaner uns den Bolschewismus vom Hals halten werde ... In den Westgauen warte das Bürgertum jetzt ab, höre englische Sender und fürchte weniger das Einrücken der Angloamerikaner als die eventuelle Herrschaft des Mob in der Zwischenzeit – ein Zeichen dafür, daß diesem Bürgertum immer noch weniger an dem Bestand des deutschen Volkes als an der Sicherung seines Besitzes liege. Vielfach werde geäußert, daß es nach dem Einrücken der Amerikaner nicht so schlimm kommen werde und unsere Propaganda auch in diesem Falle übertreibe.« ⁵⁹

Gegen diese Überlegungen konnte die Propaganda nicht viel ausrichten. Im Oktober wurde einmal berichtet, »es sei ohne Zweifel jetzt schon gelungen, die in der Bevölkerung verbreitete Meinung von der Menschenfreundlichkeit der Amerikaner wenigstens etwas zu erschüttern«. ⁶⁰ Danach aber war immer wieder nur festzustellen, daß Amerikaner und Engländer herbeigewünscht würden, weil man sich von ihnen eine bessere Behandlung als von der Roten Armee verspräche. Diese Tendenz war es, die Goebbels in den letzten Kriegsmonaten wirksamer bekämpfen wollte. Erfolg hatte er nicht. Es gab in der Bevölkerung, ganz im Gegensatz zu seiner Parole »Die Angloamerikaner sind so schlimm wie die Bolschewisten«, sogar Erwägungen, »daß man den Kampf gegen Westen einstellen und zusammen mit den Angloamerikanern gegen die Sowjets marschieren« solle (10. April 1945). ⁶¹

Die Rezeptionsgeschichte zeigt, daß das Amerikabild der deutschen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges der Propaganda nicht immer entsprach. Die Bevölkerung war sicher nicht immun gegen das, was ihr ständig »eingehämmert« wurde, aber sie entwickelte auch Vorstellungen, die älteren Klischees, eigenen Kenntnissen, Erfahrungen, Wünschen und

Illusionen entsprachen. Diese waren überwiegend positiver als die offiziell propagierten. Sie waren besonders gegen Ende des Krieges mit dem auf die Rote Armee und die Sowjetunion hin fixierten Feindbild verknüpft, das im allgemeinen negativere Züge trug. Wie dies zusammenhing, steht hier nicht zur Diskussion, würde vielmehr eine eigene Untersuchung erfordern. Für das Amerikabild läßt sich resümieren, daß das Bemühen der nationalsozialistischen Propaganda-Fachleute, tradierte positive Stereotypen zurückzudrängen und negative aufzuwerten, trotz geschickter Taktik nur begrenzt erfolgreich war. Nationale Stereotypen können stärker sein als eine ausgeklügelte, von Partei und Staat betriebene Demagogie.

Die Tatsache, daß positive Amerikastereotypen im Zweiten Weltkrieg hartnäckig am Leben blieben, dürfte der Wiederannäherung von Amerikanern und Deutschen nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes, besonders in der Zeit des Kalten Krieges, zugute gekommen sein. Jedoch ist auch nicht zu übersehen, daß negative Klischees, die im Krieg propagandistisch hochstilisiert worden waren, später mannigfach, nicht nur in rechts- und linksextremen Kreisen, fortlebten.

Anmerkungen

- ¹ Es kann an dieser Stelle nicht näher auf die Stereotypenforschung eingegangen werden, die vor allem in den Bereichen der Soziologie, Sozialpsychologie, Kommunikationswissenschaft und Politikwissenschaft angesiedelt ist. Verwiesen sei nur auf folgende Titel: Hans J. Eysenck/Sidney Crown, *National Stereotypes. An Experimental and Methodological Study*, in: *International Journal of Opinion and Attitude Research*, Jg. 2 (1948), S. 26–39; Peter R. Hofstätter, *Die Psychologie der öffentlichen Meinung*. Wien 1949; William Buchanan/Hadley Cantril, *How Nations See Each Other. A Study in Public Opinion*. Urbana, Ill., 1953; Ulrich Mees, *Vorausurteil und aggressives Verhalten. Eine experimentelle Untersuchung von Beziehungen zwischen Urteilen über Völker und aggressivem Verhalten gegenüber Angehörigen dieser Völker*. Stuttgart 1974; Rudolf Günther, *Einige Bedingungen für Urteile über Völker*. Bern/Frankfurt a. M. 1975.
- ² Willi A. Boelcke (Hrsg.), *»Wollt Ihr den totalen Krieg?« Die geheimen Goebbels-Konferenzen 1939–1943*. Stuttgart 1967, S. 199. – An dieser Stelle sei Herrn cand. phil. Dirk May gedankt, der mich auf zahlreiche Quellenbelege zur deutschen Amerikapropaganda während des Zweiten Weltkrieges aufmerksam machte, auf die er bei der Arbeit an seiner Dissertation zum Thema *»Presse und Wochenschau als Mittel der inneren Krisenbewältigung im Dritten Reich, 1942 bis 1945«* gestoßen ist.
- ³ Vgl. Günter Moltmann, *Deutscher Anti-Amerikanismus heute und früher*, in: Otmar Franz (Hrsg.), *Vom Sinn der Geschichte*. Stuttgart 1976, S. 85–105.
- ⁴ Vgl. Rede von Goebbels auf einer Veranstaltung der Carl-Schurz-Gesellschaft, Berlin, 8. 10. 1933, anlässlich der 250-Jahr-Feier der Gründung Germantowns, der ersten deutschen Siedlung in Amerika; Text: Wolffs Telegraphisches Bureau, 8. 10. 1933, Ausschnittsarchiv, Inst. f. Internat. Angelegenheiten, Univ. Hamburg, Sign. D-N/Goebbels. Über Hitlers ambivalentes Amerikabild in den 20er Jahren: Gerald L. Weinberg, *Hitler's Image of the United States*, in: *American Historical Review*, Jg. 69 (1964), S. 1006–1021.
- ⁵ Aus der großen Zahl wissenschaftlicher Arbeiten zu diesem Thema seien hier nur genannt: Walter Hagemann, *Publizistik im Dritten Reich. Ein Beitrag zur Methode der Massenführung*. Hamburg 1948; Karlheinz Schmeer, *Die Regie des öffentlichen Lebens im Dritten Reich*. München 1956; Günter Moltmann, *Goebbels' Rede zum totalen Krieg am 18. Februar 1943*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 12 (1964), S. 13–43; Ernest K. Bramsted, *Goebbels and National Socialist Propaganda 1925–1945*. [East Lansing, Mich.] 1965, dt.: *Goebbels und die nationalsozialistische Propaganda 1925–1945*. Frankfurt 1971; Carin Kessemeier, *Der Leitartikler Goebbels in den NS-Organen »Der Angriff« und »Das Reich«*. Münster 1967; Karl-Dietrich Abel, *Presselenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit*. Berlin 1968; Jürgen Hagemann, *Die Presselenkung im Dritten Reich*. Bonn 1970.
- ⁶ Erster Höhepunkt der Diffamierungskampagne gegen Roosevelt war Hitlers Rede vom 28. 4. 1939: *Der Führer antwortet Roosevelt*. Reichstagsrede vom 28. April 1939. München 1939, bes. S. 40–62. Vgl. dazu Günter Moltmann, *Franklin D. Roosevelts Friedensappell vom 14. April 1939. Ein fehlgeschlagener Versuch zur Friedenssicherung*, in: *Jahrbuch für Amerikastudien*, Bd. 9 (1964), S. 91–109, bes. 92–93.
- ⁷ Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Sänger, SZg 102/32, fol. 37.

- ⁸ Das Reich, 25. 5. 1941, S. 1, Sp. 5.
- ⁹ Tagebucheintragung vom 15. 8. 1941, S. 10, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Goebbels, NL 118.
- ¹⁰ Z. B. Artikel »Wilson-Roosevelt« von Werner Wirths, in: Das Reich, 31. 8. 1941, S. 6–7.
- ¹¹ Vgl. Ernst Fraenkel, Das deutsche Wilsonbild, in: Jahrbuch für Amerikastudien, Bd. 5 (1960), S. 66–120.
- ¹² Ministerkonferenz in der Zeit vom 13.–15. 12. 1941, in: Boelcke (Hrsg.), »Wollt Ihr den totalen Krieg?« (wie Anm. 2), S. 198–199.
- ¹³ Ebd.
- ¹⁴ Vgl. Werner Stephan, Joseph Goebbels. Dämon einer Diktatur. Stuttgart 1949, S. 245–246; Willi A. Boelcke (Hrsg.), Deutschlands Rüstung im Zweiten Weltkrieg. Hitlers Konferenzen mit Albert Speer 1942–1945. Frankfurt/M. 1969, S. 7.
- ¹⁵ Boelcke (Hrsg.), »Wollt Ihr den totalen Krieg?« (wie Anm. 2), S. 207.
- ¹⁶ Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Oberheitmann, ZSg 109/39, fol. 24–25.
- ¹⁷ Vgl. Günter Moltmann, Die Genesis der Unconditional-Surrender-Forderung, in: Andreas Hillgruber (Hrsg.), Probleme des Zweiten Weltkrieges. Köln/Berlin 1967, S. 171–198, bes. 183–184 und Anm. 40.
- ¹⁸ Theodore N. Kaufman, Germany Must Perish! Newark, N.J., 1941. Dazu Goebbels' Tagebucheintragung vom 24. 7. 1941, S. 13–14, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Goebbels, NL 118. Zur propagandistischen Ausschlichtung der Publikation in Deutschland: Meldung des Deutschen Nachrichtenbüros vom 23. 7. 1941, Ausschnittsarchiv, Inst. f. Internat. Angelegenheiten, Univ. Hamburg, Sign. 170g; zahllose Presseberichte der folgenden Tage; Wolfgang Dieverge, Das Kriegsziel der Weltplutokratie. Dokumentarische Veröffentlichung zu dem Buch des Präsidenten der amerikanischen Friedensgesellschaft Theodore Nathan Kaufman »Deutschland muß sterben« (»Germany must perish«), Berlin 1941. Über die Zusammenhänge der Publikation des »fanatischen Wirrkopfes oder naiven Idealisten« Kaufman informiert gründlich Wolfgang Benz, Judenvernichtung aus Notwehr? Die Legenden um Theodore N. Kaufman, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jg. 29 (1981), S. 615–630.
- ¹⁹ Ministerkonferenz vom 4. 1. 1943, Boelcke (Hrsg.), »Wollt Ihr den totalen Krieg?« (wie Anm. 2), S. 317.
- ²⁰ Vgl. Günter Moltmann, Amerikas Deutschlandpolitik im Zweiten Weltkrieg. Kriegs- und Friedensziele 1941–1945. Heidelberg 1958, S. 121–135. Zur propagandistischen Ausschlichtung in Deutschland etwa Berichte im Völkischen Beobachter, 25. 9., 26. 9., 28. 9., 30. 9., 7./8. 10. 1944.
- ²¹ Vertrauliche Informationen des Reichspropagandaamtes Berlin, Nr. 82/43 (1. Erg.), 1. 4. 1943, Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Oberheitmann, ZSg 109/42, fol. 3 a.
- ²² Presseanweisung vom 8. 2. 1943, ebd., ZSg 109/41, fol. 16.
- ²³ Vertrauliche Informationen des Reichspropagandaamtes Berlin, Nr. 101/43 (1. Erg.), 22. 4. 1943, ebd., ZSg 109/42, fol. 57.
- ²⁴ DNB, vertrauliches Rohmaterial, Nr. 285, 11. 10. 1944, S. 18, Ausschnittsarchiv, Inst. f. Internat. Angelegenheiten, Univ. Hamburg, Sign. 170e.
- ²⁵ Parolen für die Mundpropaganda, 8./13. 10. 1944, Bundesarchiv Koblenz, Akten des Reichsmin. f. Volksaufkl. u. Propaganda, R 55/603, fol. 26^v.
- ²⁶ Ebd., fol. 25^v–26^v.
- ²⁷ Material für Propagandisten, Chef des Propagandastabes, 11. 12. 1944, ebd., R 55/793, fol. 16–19.

- ²⁸ Maueranschlag oder Flugblatt »Das Todesurteil über den Hauptkriegshetzer Roosevelt«, April 1945, Bundesarchiv Koblenz, ZSg 2/240 (26).
- ²⁹ Nach Rudolf Semler, Goebbels – The Man Next to Hitler, mit einer Einleitung von D. McMachlan und Anmerkungen von G. S. Wagner. London 1947, S. 192.
- ³⁰ Hersteller: Deutsche Wochenschau GmbH, Berlin; Zensurdatum: 20. 12. 1941; Länge: 419 m; Kopie im Bundesarchiv Koblenz, Filmarchiv.
- ³¹ Fritz Terveen, Erläuterungen und Hinweise zu dem NS-Propagandafilm »Herr Roosevelt plaudert«, hg. von der Staatlichen Landesbildstelle Hamburg und dem Kuratorium für staatsbürgerliche Bildung Hamburg. Hamburg 1963.
- ³² James A. de Rothschild, 1878–1957, aus dem Pariser Haus der Rothschilds, ging nach England, war im Ersten Weltkrieg als Offizier der englischen Armee in Frankreich und Palästina, 1929–1945 Mitglied des Oberhauses; Bezug auf Amerika unklar.
- ³³ Tagebucheintragung vom 28. 7. 1941, S. 16–17, Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Goebbels, NL 118.
- ³⁴ Tagebucheintragung vom 10. 2. 1942, S. 19, ebd.
- ³⁵ Eric Linklater, Juan in America. A Novel. London/New York 1931; hier benutzte Ausgabe: The Albatross Modern Continental Library, Bd. 89, Hamburg/Paris/Bologna 1933; deutsch: Juan in Amerika, übersetzt von Karl Blanck. Stuttgart 1942.
- ³⁶ So wird die Frage nach der Herkunft des lächerlichen Fürsten im Original mit einer Aufzählung von verschiedenen Möglichkeiten beantwortet: »In Styria, Carinthia, Bohemia, Bavaria, in the Tyrol or the Carpathians, by the Danube or the Rhine?« (S. 377). In der deutschen Übersetzung heißt es dagegen: »In Liechtenstein oder in Böhmen oder auf dem Balkan, in den Karpaten oder an der Weichsel?« (S. 476).
- ³⁷ Dt. Ausg. (wie Anm. 35), S. 310–311.
- ³⁸ Stephan, Joseph Goebbels (wie Anm. 14), S. 286. Linklaters Buch war am 1. 8. 1942 auch Gegenstand eines Tischgesprächs im Führerhauptquartier »Werwolf« in der Ukraine. Reichsleiter Bormann hatte es Hitler gegeben. Auch hier wurde Satire als Tatsachenbericht gewertet. Vgl. Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier 1941–1944. Die Aufzeichnungen Heinrich Heims. Hrsg. von Werner Jochmann. Hamburg 1980, S. 320 u. Anm. auf S. 462.
- ³⁹ Das Reich, 9. 8. 1942, S. 1, Sp. 1.
- ⁴⁰ Z. B. Heinrich Laube über Amerika: »Keine Geschichte, keine freie Wissenschaft, keine freie Kunst! Freier Handel ist die ganze Freiheit...; was nicht Geld einbringt, ist unnütz, was nicht nützt, ist überflüssig!« (Das junge Europa, 1833–37). Vgl. Moltmann, Deutscher Anti-Amerikanismus (wie Anm. 3), S. 94–97.
- ⁴¹ Linklater, Juan in Amerika, dt. Ausg. (wie Anm. 35), »Kurzer, aber notwendiger Vorpruch des Übersetzers«, S. 6.
- ⁴² Rotationsdruck, Deutsche Zeitung in Norwegen, S. 2.
- ⁴³ S. 1, Sp. 1–2, Sp. 1.
- ⁴⁴ Vgl. Rainer Pohl, »Swingend wollen wir marschieren«, in: Angelika Ebbinghaus/Heidrun Kaupen-Haas/Karl Heinz Roth (Hrsg.), Heilen und Vernichten im Mustergau Hamburg. Bevölkerung und Gesundheitspolitik im Dritten Reich. Hamburg 1984, S. 96–101.
- ⁴⁵ »Die Deutsche Wochenschau« Nr. 754/9/1945; Länge 390 m; 35 mm-Kopie im Bundesarchiv Koblenz, Filmarchiv; Filmedition des Instituts für den Wissenschaftlichen Film (16 mm) 1971. Ausführliche Analyse von Martin Friedel in: Publikationen zu Wissenschaftlichen Filmen, Sekt. Gesch./Publiz., Ser. 4, Nr. 20/G 153 (1979), 46 S. Text des Kommentars zu den Streikszenen ebd., S. 6–7.

- ⁴⁶ Detaillierte Inhaltsübersicht ebd., S. 8–26.
- ⁴⁷ Eine Reuter-Meldung von den Streiks in den USA, datiert Stockholm, 28. Februar, wurde z. B. im *Völkischen Beobachter*, 1. 3. 1945, veröffentlicht.
- ⁴⁸ Dies und das Folgende nach Berichten der *New York Times*, 22. 2. bis Mitte März 1945.
- ⁴⁹ Joseph Goebbels, *Tagebücher 1945*. Die letzten Aufzeichnungen, Einführg. von Rolf Hochhuth. Hamburg 1977, S. 64, 94, 105, 268.
- ⁵⁰ Ebd., S. 402.
- ⁵¹ Ebd., S. 469.
- ⁵² Nach Daniel J. Leab, *The Memorial Day Massacre*, in: *Midcontinent American Studies Journal* 8 (Herbst 1967), S. 3–17. Vgl. auch Friedel (wie Anm. 45), S. 34–35; Helmut Regel, *Die Authentizität dokumentarischer Filmaufnahmen. Methoden einer kritischen Prüfung*, in: Heinz Boberach/Hans Booms (Hrsg.), *Aus der Arbeit des Bundesarchivs. Beiträge zum Archivwesen, zur Quellenkunde und Zeitgeschichte*. Boppard a. Rh. 1977, S. 487–498, hier 489–490.
- ⁵³ Vgl. Heinz Boberach (Hrsg.), *Meldungen aus dem Reich. Auswahl aus den geheimen Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS 1939–1944*. Neuwied 1965. Weiteres ungedrucktes Material im Bundesarchiv Koblenz, Bestand Reichssicherheitshauptamt, R 58.
- ⁵⁴ SD-Bericht Nr. 351/18. 1. 1943, nach Boberach (Hrsg.), *Meldungen* (wie Anm. 53), S. 334.
- ⁵⁵ SD-Bericht Nr. 354/28. 1. 1943, ebd., S. 345.
- ⁵⁶ SD-Bericht Nr. 359/15. 2. 1943, ebd., S. 358.
- ⁵⁷ Schreiben des Reichssicherheitshauptamtes an die Parteikanzlei mit Zusammenstellung von Berichten aus den SD-Leitabschnitten, 6. 8. 1943, S. 9, Bundesarchiv Koblenz, Akten des Stellvertreters des Führers/Parteikanzlei, NS 6/244.
- ⁵⁸ SD-Bericht vom 7. 2. 1944 (grüne Serie), nach Boberach (Hrsg.), *Meldungen* (wie Anm. 53), S. 481 u. 484; Stimmungsbericht aus Schwerin, 20. 6. 1944, Bundesarchiv Koblenz, Akten des Stellvertreters des Führers/Parteikanzlei, NS 6/407, fol. 169.
- ⁵⁹ Bundesarchiv Koblenz, Akten des Reichsministeriums f. Volksaufkl. u. Propaganda, R 55/601, fol. 123.
- ⁶⁰ Tätigkeitsbericht der Propagandaämter, 9. 10. 1944, ebd., fol. 161.
- ⁶¹ Bericht vom Einsatz der Mundpropaganda in Berlin, 10. 4. 1945, Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg, Akten des OKW/Wehrmachtsführungsstab, RW 4/266, fol. 33.

Die Sondergerichtsbarkeit von SS und Polizei Militärjustiz oder Grundlegung einer SS-gemäßen Rechtsordnung?

von Bernd Wegner

*»Ich bestimme, daß niemals ein Jurist
Chef des SS-Gerichtes sein darf.«*

Heinrich Himmler: »Grundsätzliche
Richtlinie Nr. 1« (16. August 1942)

Während die SS seit den Tagen der »Machtergreifung« bereits über ein eigenes Disziplinar- und Beschwerderecht verfügte,¹ blieb sie hinsichtlich strafrechtlicher Verfehlungen ihrer Angehörigen bis zum Herbst 1939 auf die allgemeine Justiz bzw. auf die Wehrmachtgerichtsbarkeit angewiesen. Dieser Umstand mußte ihr aus mehreren Gründen als äußerst nachteilig erscheinen. Nicht nur war es mit dem Selbstverständnis der »Schutzstaffeln« schwer zu vereinbaren, daß ihre Mitglieder nach Maßstäben bürgerlicher Rechtsvorstellungen be- und verurteilt wurden, auch widersprach die Abhängigkeit von der allgemeinen Strafgerichtsbarkeit dem Bemühen der SS, sich als autonome Elite nach selbstgesetzten Normen zu entwickeln. Darüber hinaus wurde der Außenwelt auf diese Weise ein durchaus unerwünschter Einblick in SS-interne Verhältnisse gewährt, und zwar gerade dort, wo sich diese in ihren offenkundigen Schattenseiten präsentierten. Wohl vor allem darum legte Himmler Wert darauf, daß gerichtlich angeklagte SS-Angehörige, deren Verurteilung zu erwarten stand, noch vor der Eröffnung der gerichtlichen Hauptverhandlung durch ein Disziplinarverfahren aus der SS entfernt wurden.² Auch gelang es dem Reichsführer, in Absprache mit dem Reichsjustizminister zu einigen die SS begünstigenden Regelungen zu kommen; so oblag beispielsweise die Bearbeitung von Gnadensachen »auch strafrechtlicher Natur«³ allein der Dienststelle »SS-Gericht«, die sonst nur für Disziplinarfragen zuständig war.

Die Nachteile einer Einbindung in die allgemeine und militärische Strafrechtspflege wurden mit der Einführung einer »Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen« am 17. Oktober 1939 für einen Teil der SS und Polizei hinfällig. Der neuen Gerichtsbarkeit unterworfen wurden die Angehörigen der bewaffneten SS (Verfügungstruppe, Totenkopfverbände, Junkerschulen) und der Polizeiverbände, letztere nur, soweit sie »im besonderen Einsatz« standen, ferner die hauptberuflich tätigen Mitglieder der Reichsführung-SS und sonstiger der bewaffneten SS vorgesetzter Dienststellen. Spricht schon diese Einschränkung des personellen Geltungsbereichs dafür, daß der Sondergerichtsbarkeit eine der Wehrmachtjustiz analoge Funktion zugeordnet war, so bestätigt die auch in organisatorischer und prozessualer Hinsicht enge Anlehnung an die in der Wehrmacht praktizierte Strafrechtspflege diese Annahme.⁴ Auch bezüglich ihrer inhaltlichen Ausgestaltung übernahm die neue Gerichtsbarkeit die Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches (MStGB) mit nur geringfügigen Abweichungen, als deren wichtigste die Beibehaltung SS-eigener Ehrenstrafen und der Fortfall der in der Militärstrafjustiz üblichen Unterscheidung von Soldaten und Beamten zu nennen sind.⁵

I

War die SS- und Polizeigerichtsbarkeit mithin nichts anderes als eine der Wehrmacht gegenüber lediglich organisatorisch verselbständigte Militärjustiz? Den Soldaten der Waffen-SS- und Polizeiverbände stellte sie sich fraglos ausschließlich als solche dar, und doch ging ihre Bedeutung entschieden darüber hinaus. Zum Verständnis dessen wird man sich zunächst vergegenwärtigen müssen, daß die Einführung der neuen Strafgerichtsbarkeit überhaupt nur durch eine gravierende Beschneidung der bestehenden Wehrmachtgerichtsbarkeit möglich wurde, indem nämlich bestimmte dem Feldheer operativ unterstellte Verbände ihrer Zuständigkeit entzogen wurden. Es war dies die erste wichtige Entscheidung in einer langen Folge von Maßnahmen, durch welche Hitler in den folgenden Jahren den Geltungsbereich der ihm seit den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs schlapp und in ihrer Paragraphengläubigkeit lebensfern erscheinenden ordentlichen Kriegsgerichtsbarkeit einzuschränken, ja partiell auszuschalten suchte. Weitere Stationen auf diesem Wege waren der »Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa« (vom 13. 5. 1941), der »Kommissar-Befehl« (vom 6. 6. 1941), der »Nacht-und-Nebel-Erlaß« (vom 7. 12. 1941), der »Führerbefehl Nr. 7« (vom 24. 2. 1943) sowie der

sogenannte »Kugel-Erlaß« des Oberkommandos der Wehrmacht vom März 1944, schließlich aber auch die nach dem 20. Juli 1944 getroffenen Sonderregelungen für politische Straftaten, die – über die Bestimmungen der Kriegsstrafverfahrensordnung hinausgehende – Ausweitung der Sondergerichtsbarkeit und die Einführung einer eigenen Volkssturm-Gerichtsbarkeit wenige Monate vor Kriegsende.

Den Anstoß für Hitlers Bewilligung einer SS-eigenen Strafjustiz gab freilich nicht erst, wie zuweilen behauptet wird,⁶ des »Führers« Unwille über das angebliche Versagen der Wehrmachtgerichte während des Polenfeldzuges. Vielmehr lag eine diesbezügliche Genehmigung Hitlers spätestens Anfang März 1939, vermutlich aber schon wesentlich früher vor. Erste Überlegungen innerhalb der Reichsführung-SS dürften sogar bis ins Jahr 1935, wenn nicht noch weiter zurückgehen.⁷ Bis zum Frühsommer 1938 jedenfalls hatten sich die Planungen so weit verdichtet, daß auf einer internen Arbeitstagung über »die zukünftige Straferichtsbarkeit der SS« referiert werden konnte; noch vor Ablauf desselben Jahres lief die Ausbildung der SS-gerichtlichen Urkundsbeamten (»Beurkundungsführer«) an.⁸

Wenn die Reichsführung-SS ihre Pläne also bereits vor dem Kriege – verschwiegen zwar, aber doch zielstrebig – verfolgte, so hatte sie dafür gute Gründe, lag die Einführung der SS-Gerichtsbarkeit doch ganz auf der Linie der von Himmler seit der Mitte der dreißiger Jahre betriebenen Politik. Durch die Umgrenzung ihres Geltungsbereichs deutete die SS-Gerichtsbarkeit auf die bereits anvisierte Schaffung der Waffen-SS hin und bekräftigte gerade durch ihre Analogie zur Wehrmachtgerichtsbarkeit den Anspruch der bewaffneten SS – einschließlich der noch immer umstrittenen Junkerschulen und Totenkopfverbände⁹ – auf militärische Gleichberechtigung,¹⁰ ohne doch über die Zugehörigkeit der betreffenden Verbände zur SS Zweifel aufkommen zu lassen. Vielleicht war es die in dieser Zielsetzung versteckte politische Brisanz, die den ungewöhnlichen Umstand erklärt, daß die SS- und Polizeijudikation, obgleich längst beschlossene Sache, in den für das Verhältnis von Wehrmacht und bewaffneter SS grundlegenden Führererlassen vom 17. August 1938 und vom 18. Mai 1939 mit keinem Wort erwähnt ist.

Unter politisch-programmatischen Gesichtspunkten nicht weniger bedeutend war, daß die gemeinsame Strafrechtspflege von SS *und* Polizei sich vorzüglich eignete, die von Himmler so vehement betriebene, in der Idee eines übergreifenden »Staatsschutzkorps« gedanklich vorbereitete¹¹ Verschmelzung beider Institutionen voranzutreiben. Eines freilich mußte den Reichsführer in seinem Bemühen um eine SS-gemäße Vereinheitlichung seines vielgestaltigen Herrschaftsbereichs stören: Die neue Gerichtsbarkeit sollte nur für Teilbereiche, nicht für die Gesamtheit von SS und Polizei

gelten. Es war darum nur konsequent, daß Himmler sich in den folgenden Monaten und Jahren für eine systematische Ausweitung des Geltungsbereichs seiner Sonderjustiz einsetzte. Vor allem hinsichtlich der Polizei gelang es ihm, nach und nach alle Einschränkungen abzubauen, bis ab August 1942 schließlich neben der Sicherheitspolizei (Kripo und Gestapo) und sämtlichen hauptamtlichen SD-Angehörigen auch die gesamte Ordnungspolizei, d. h. nicht allein deren Truppenverbände, sondern auch der sogenannte Einzeldienst bis hin zur Schutzpolizei in den Gemeinden, der Sondergerichtsbarkeit unterworfen waren; als polizeiliche Hilfsverbände unterlagen darüber hinaus – z. T. mit gewissen Einschränkungen – auch die Angehörigen der Feuerwehren, der Technischen Nothilfe und der Luftschutzpolizei, ferner die ausländischen Schutzmannschaften in den besetzten Ostgebieten, die niederländische sowie die polnische und ukrainische Polizei im Generalgouvernement der Zuständigkeit der SS- und Polizeigerichte.¹² Auch hinsichtlich der Angehörigen der Waffen-SS vermochte Himmler seine Strafverfolgungskompetenz insofern auszuweiten, als er eine Einbeziehung sowohl aller in ihren Reihen kämpfenden Ausländer¹³ als auch der zur Wehrmacht kommandierten SS- und Polizeiangehörigen durchsetzte.¹⁴

Diese für die Reichsführung-SS durchaus charakteristische Politik systematischer Kompetenzausweitung¹⁵ ist hinsichtlich der damit verfolgten Ziele unter mehreren Gesichtspunkten aufschlußreich. Zunächst einmal zeigt sie, daß der Reichsführer-SS der Sondergerichtsbarkeit, die als eine Form der Militärjustiz eingeführt und nur als solche legitimiert wurde, eine weit darüber hinausgehende Funktion zudachte und sie eben darum nicht allein auf seine militärischen und militärähnlichen Verbände, sondern auf sämtliche Exekutivorgane seines Herrschaftsbereichs anzuwenden entschlossen war. Wie sehr die SS-Strafrechtspflege damit über die Rolle einer reinen Kriegsgerichtsbarkeit hinauswuchs, wird allein daran erkennbar, daß z. B. im September 1942 von den ihr unterworfenen insgesamt rd. 636000 SS- und Polizeiangehörigen nur 20 % in den Zuständigkeitsbereich der den Waffen-SS-Verbänden zugeteilten Feldgerichte fielen. Alle übrigen, in ihrer großen Mehrheit Polizeiangehörige, unterstanden der Jurisdiktion von Heimatgerichten.¹⁶ Gleichwohl blieb das Hauptamt SS-Gericht bemüht, »die SS- und Polizeigerichtsbarkeit nach außen ausdrücklich als eine Einrichtung zu kennzeichnen, die ihren Voraussetzungen, ihrem Wesen und ihren Aufgaben nach der Wehrmachtgerichtsbarkeit entspricht.«¹⁷ Konsequenterweise wurden die SS- und Polizeigerichte denn auch im täglichen Dienstverkehr als der Waffen-SS zugehörig ausgewiesen – eine Kennzeichnung, die Himmler, obgleich sie reinen Zweckmäßigkeitserwägungen entsprungen war – bezeichnenderweise Ende 1943 untersagte.¹⁸

Dem schrittweisen, gleichwohl beabsichtigten Funktionswandel der SS-

Judikation entsprach es, daß die Führung der »Schutzstaffeln« dem Oberkommando der Wehrmacht gegenüber die »Linie einer grundsätzlichen Trennung« beider Gerichtsbarkeiten vertrat.¹⁹ Charakteristisch hierfür waren nicht allein die schon erwähnten Versuche einer möglichst weitgehenden Herauslösung von SS-Angehörigen aus der Zuständigkeit der Wehrmachtjustiz, sondern auch eine allgemeine Abschottung dieser gegenüber, wo immer die Umstände es zuließen. So zum Beispiel sollte in Fällen besonders schwerer und dem Ansehen der SS abträglicher Straftaten die – bei den ins Heer eingegliederten SS- und Polizeiverbänden an sich unumgängliche – Einschaltung des zuständigen Armeeeoberbefehlshabers nach dem Willen der Reichsführung-SS dadurch vermieden werden, daß die Angeklagten vor der Hauptverhandlung zu ihren Heimattruppenteilen scheinversetzt, dann aber doch unter der Verantwortung des Gerichtsherrn ihrer jeweiligen Fronteinheit SS-gerichtlich abgeurteilt wurden.²⁰ Das Bemühen, SS- und polizeigerichtlich Verurteilte »grundsätzlich nicht mehr zum Bewährungseinsatz an die Wehrmacht« abzugeben,²¹ und Himmlers Sträuben, dem OKW irgendwelche Auskünfte, und seien sie auch nur statistischer Art, über Spruchpraxis und Strafvollstreckung in der SS zu erteilen,²² sind weitere Beispiele für die Verweigerungshaltung auf höchster Ebene, die nicht zuletzt durch das beständige gegenseitige Mißtrauen zwischen Wehrmacht- und SS-Führung verstärkt wurde.

II

Auch in ihrer inneren Struktur und ihren Rechtsgrundsätzen gewann die SS-Sondergerichtsbarkeit trotz enger Anlehnung an die straf- und verfahrensrechtlichen Bestimmungen der Wehrmachtjustiz ein zunehmend eigenes Profil. Möglichkeiten einer Einflußnahme auf die Rechtsprechung boten sich dabei der Reichsführung-SS vor allem gegenüber den Divisionskommandeuren und Kommandierenden Generalen, den Hauptamtschefs und Höheren SS- und Polizeiführern, denen als den Gerichtsherrn ihres jeweiligen Befehlsbereichs die Veranlassung von Ermittlungsverfahren, die Anklageerhebung, aber auch die Urteilsbestätigung oblagen. Nicht weniger wichtig war, daß die Kommandeure als Disziplinarvorgesetzte schon im Vorfeld etwaiger juristischer Ermittlungen zu entscheiden hatten, ob überhaupt »der zur Debatte stehende Fall dem zuständigen Gericht ... vorgelegt werden« müsse.²³ Die Entscheidung über eine strafrechtliche oder gegebenenfalls nur disziplinarische Ahndung einer Verfehlung sollte der Kommandeur, wie es in einem Merkblatt hieß, »von Fall zu Fall nach

dem Gesetz und den ihm zugestellten Richtlinien und Sammelerlassen des Hauptamtes SS-Gericht« treffen.²⁴

Man wird in der Tat annehmen dürfen, daß diese Richtlinien und Sammelerlasse für den juristisch unkundigen Truppenführer in der Regel wichtige Entscheidungshilfen bei der Interpretation und Handhabung der gesetzlichen Bestimmungen waren. Um so bemerkenswerter ist dann aber der Umstand, daß als Herausgeber solcher Entscheidungshilfen und als federführende Ministerialinstanz hinsichtlich aller Disziplinar-, Strafrechts- und Ehrenfragen eine ganz nach SS-mäßigen, nicht juristischen Grundsätzen arbeitende Behörde, nämlich das Hauptamt SS-Gericht, fungierte. Dies dokumentiert sich in den Polemiken, die das Amt gegen die »verkalkten Juristen alter Schule« wohltdosiert in seine Veröffentlichungen einzustreuen wußte,²⁵ sinnfälliger noch in den Kriterien, nach denen der Chef dieser Dienststelle ausgewählt wurde. Nach Meinung ihres ersten Leiters, des SS-Gruppenführers Paul Scharfe, waren für seine Position vor allem eine militärische Ausbildung und der Kirchenaustritt unabdingbare Voraussetzungen, während er eine juristische Ausbildung eher für schädlich erachtete.²⁶ Himmler selbst ging gar noch einen Schritt weiter: In einer »Grundsätzlichen Richtlinie Nr. 1« bestimmte er, »daß niemals ein Jurist Chef des SS-Gerichtes sein darf«.²⁷

Was man als Marotte des »Reichsheini« und einiger seiner Mitarbeiter abzutun versucht sein könnte, blieb infolge der in der Hand Himmlers vereinigten mannigfachen Befugnisse nicht ohne Konsequenzen für die SS-gerichtliche Praxis. Nicht allein, daß Himmler als Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei dem Hauptamt SS-Gericht ebenso wie allen anderen SS- und Polizeiorganen gegenüber weisungsbefugt war, er war als oberster Gerichtsherr nach Hitler zugleich unmittelbarer Disziplinarvorgesetzter aller SS-Richter, ernannte die unterstellten Gerichtsherren und übte ein praktisch unbeschränktes Bestätigungs- und Gnadenrecht aus. Er verfügte damit gleichzeitig über administrative, disziplinarische und judikative Einwirkungsmöglichkeiten – eine Gewaltenkumulation, die dem SS-Chef einen beträchtlichen Freiraum bei der Realisierung seiner alternativen Rechtsvorstellungen und erzieherischen Ambitionen sicherte. Mit der Etablierung einer SS-eigenen Gerichtsbarkeit war mithin zwar ein normativer Rahmen von Rechten und Pflichten für den SS- und Polizeiangehörigen abgesteckt, ihm auch ein Minimum an Rechtssicherheit in einem ansonsten von situationsbedingten Willkürentscheidungen geprägten System garantiert, keineswegs aber eine unabhängige und überparteiliche Jurisdiktion begründet. Vielmehr blieb die SS-Strafrechtspflege, hierin durchaus dem Beispiel der Wehrmacht folgend, stets und in erster Linie »ein besonders wichtiges Instrument der Führung und Erziehung . . . , das wesentlich dazu

beiträgt, die innere Sauberkeit in unseren Gemeinschaften zu gewährleisten, sowie jene eiserne Zucht aufrechtzuerhalten, ohne die große Leistungen nun einmal nicht vollbracht werden können.«²⁸

Wie nicht anders zu erwarten, machte Himmler von den ihm zustehenden Befugnissen in zum Teil extensiver Weise Gebrauch. Er ließ ihm unliebsame Gerichtsoffiziere ablösen,²⁹ bedachte zu milde urteilende Beisitzer mit Beförderungssperren oder versetzte sie zu Bandenkampfverbänden.³⁰ Auf Anraten des Gerichtshauptamtes oder aus eigenem Ermessen, oft auch, wie es scheint, unter dem Einfluß des »SS-Richters beim Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei«, Standartenführer Horst Bender, schrieb Himmler den Anklagevertretern die zu beantragenden Strafmaße vor,³¹ erteilte den Gerichten Weisungen im Sinne »höherer führungsmäßiger Notwendigkeiten«,³² befahl die Bereinigung des Richterkorps von »unfertigen bzw. charakterlich ungeeigneten Richtern«³³ und hob ergangene Strafverfügungen und Urteile gleich reihenweise auf, wenn sie seinen Strafvorstellungen widersprachen.³⁴ Die Urteilsaufhebung, die dem Gerichtsherrn im Rahmen seines Bestätigungsrechtes zustand, bedeutete zwar rein rechtlich nicht mehr als eine Wiederaufnahme des betreffenden Verfahrens, wirkte aber in der Praxis gerade infolge ihrer Häufigkeit korrigierend und normierend auf die Rechtsprechung ein. Die Reichsführung-SS versuchte diese Wirkung im übrigen noch dadurch zu unterstützen, daß sie das Bestätigungsrecht Himmlers zu einer eigenständigen, höchsten Urteilsinstanz auszuweiten trachtete.³⁵

Unter inhaltlichen Aspekten betrachtet, zeigen die manipulativen Eingriffe des Reichsführers in die SS- und polizeigerichtliche Praxis alle Elemente des für Himmler charakteristischen Menschenbildes. Sein Hauptinteresse galt allen Verstößen gegen die »Grundgesetze« der SS, insbesondere den Eigentumsdelikten und sittlichen Verfehlungen, ferner den Führerstraf-taten im allgemeinen, alkoholbedingten Vergehen, Verkehrsübertretungen, dem Mißbrauch der Dienstgewalt und Eheverfehlungen im besonderen. Mag diese Auflistung auch eher Himmlers weltanschauliche Prioritäten widerspiegeln als die brennendsten Kriminalitätsprobleme der Truppe, so führte seine kontinuierliche Beschäftigung mit einzelnen Aspekten der Strafrechtspflege doch zu deutlichen Akzentverschiebungen gegenüber traditionellen Grundsätzen der Rechtsprechung.

Die vielleicht folgenschwerste Änderung, die Himmler durchzusetzen versuchte, läßt sich als eine gezielte *Radikalisierung des Gemeinschaftsbe-wußtseins* umschreiben: Die Bewertung einer Straftat sollte sich weniger nach ihrem objektiven Schaden richten als danach, ob sie für oder gegen die Gemeinschaft der SS erfolgt war. Ein Kommandeur beispielsweise, der einen Untergebenen mißhandelt hatte, konnte trotz diesbezüglich strenger

Grundsätze beim Reichsführer-SS auf Milde rechnen, wenn er nur glaubhaft zu machen verstand, daß die Mißhandlung nicht aus Willkür, sondern zum Wohle der Truppe geschehen sei.³⁶ Erschreckender, aber dem gleichen Beurteilungsprinzip folgend, ist ein anderes Beispiel: Im Oktober 1942 entschied Himmler, daß für die grundsätzliche Frage, wie »bei Judenerschießungen ohne Befehl und Befugnis« zu verfahren sei, allein die Beweggründe des Täters entscheidend seien. »Bei rein politischen Motiven«, so Himmler, solle keinerlei Bestrafung erfolgen, »bei eigensüchtigen oder sadistischen bzw. sexuellen Motiven« dagegen sei die Tat gerichtlich, »und zwar gegebenenfalls auch wegen Mordes bzw. Totschlages«, zu ahnden.³⁷

Wie sehr selbst derartige, traditionellen Moralbegriffen diametral entgegengesetzte Beurteilungsmaßstäbe auf die SS-gerichtliche Spruchpraxis durchschlugen, zeigt der Fall des Untersturmführers M. T. Dieser hatte als Führer eines Werkstattzuges während seines Einsatzes in Rußland in der Zeit von September bis Dezember 1941 eigenmächtig, zum Teil nach schweren Mißhandlungen, rd. 1000 Juden erschießen lassen. Wegen Verab-säumung der Dienstaufsicht, Ungehorsams, Anstiftung Untergebener zum Totschlag sowie versuchter Anstiftung (!) zur Abtreibung wurde er unter Ausstoßung aus der SS zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Da das Gericht beim Angeklagten zwar einen zweifelhaften Charakter, »aber auch viele Zeichen anständiger Gesinnung« entdeckt hatte, sollte nach zwei Jahren die Möglichkeit einer Bewährung erwogen werden. In der Tat gewährte Himmler diesem SS-Führer auf Vorschlag des Hauptamtes SS-Gericht im Januar 1945 einen Gnadenerweis in Form eines Fronteinsatzes.³⁸

Die von höchster Stelle betriebene Radikalisierung einer in der SS ohnehin stark ausgeprägten »Freund-Feind«-Mentalität begünstigte also zweifellos solche Arten kriminellen Verhaltens, die sich gegen Außenstehende oder gar Gegner der SS richteten und von vorgesetzten Dienststellen darum gern als »gegenterroristische« Maßnahmen gerechtfertigt wurden.³⁹ Der Truppenführung war damit freilich selbst bei energischem Durchgreifen eine wirksame Bekämpfung entsprechender Straftaten äußerst erschwert. Bezeichnend für dieses Dilemma der Truppenführung ist z. B. die Anordnung eines Divisionskommandeurs, wonach seine in der Ukraine stehende Truppe zwecks Verhinderung von Viehdiebstählen darüber zu belehren sei, »daß das entwendete Vieh nicht dem Ukrainer, sondern dem deutschen Volk gestohlen wird«.⁴⁰ Hier wurde also der Adressat einer Straftat bewußt uminterpretiert, um angesichts eines extremen »Ingroup-Outgroup«-Denkens in der Truppe überhaupt noch ein Unrechtsbewußtsein erzeugen zu können. Was sich indes dem Kommandeur als ein praktisches Problem der Truppendisziplin darstellte, war weniger ein in Kriegen jedweder Art charakteristischer Verfall von Moralität (wenngleich die Waffen-SS auch davon

nicht verschont blieb), sondern vielmehr Symptom einer sich verbreitenden Gegenmoral, welche die Reichsführung-SS unter anderem auf dem Weg über die eigene Gerichtsbarkeit in der Truppe zu verankern suchte. In ganz ähnlichem Sinne spiegeln auch die genannten Beispielfälle der Untergebenmißhandlung und der Judenerschießung keineswegs blanke Willkür und Unmoral wider, sondern im Gegenteil einen »moralischen« Rigorismus, der, obgleich an Regungen vermeintlich »gesunden Volksempfindens« anknüpfend, eine weitgehende Uminterpretation bürgerlicher Wertmaßstäbe zum Ziel hatte.

III

Ein derart exzentrisches Ziel war auf die Dauer im Rahmen der überkommenen Militärstrafbestimmungen nicht zu verwirklichen. Schon vor dem Krieg wurde darum nicht nur an einer SS-eigenen Gerichtsverfassung, sondern auch an einer SS- und Polizeistrafgerichtsordnung sowie, wichtiger noch, an einem eigenen SS- und Polizeistrafgesetzbuch als künftiger Rechtsgrundlage gearbeitet; erste Entwürfe lagen offenbar schon 1939 vor, verschwanden dann aber wieder in den Schubladen.⁴¹ Das auch in den folgenden Jahren immer wieder angekündigte, freilich nie in Kraft getretene Gesetzeswerk sollte, wie der zuständige Amtschef im Hauptamt SS-Gericht, Dr. Günther Reinecke, den Chefrichtern erläuterte, aus »einfachen und klaren Bestimmungen« bestehen, »die jedermann verstehen könne.«⁴² Was in diesen Worten anklingt, war nicht allein eine – durchaus modern anmutende – Kritik an der Verkrustung, der mangelnden Transparenz und bürokratischen Überfrachtung des bestehenden Strafrechts, sondern auch die SS-typische Abneigung gegen eine über allgemein gehaltene Grundsätze hinausgehende Kodifizierung konkreter, alle Seiten bindender Verhaltensnormen: »Einer der ersten Grundsätze dieses Strafgesetzbuches ist, die gesamte Verantwortung für die Rechtspflege der SS und Polizei und damit für die Erziehung innerhalb der Schutzstaffel und Polizei aus dem starren Rahmen des Gesetzes heraus zu nehmen und auf die lebendige Persönlichkeit der Richter zu übertragen. In Zukunft wird deshalb die gesamte Verantwortung ausschließlich in den Händen der Richter liegen.«⁴³

Der Richter, und nicht länger der Wortlaut des Gesetzes, sollte also Angelpunkt der neuen Rechtspflege sein – kein Richter alter Schule freilich, sondern ein neuer Typus, der nunmehr »in seiner Entschlußkraft und Entscheidungsfreudigkeit nicht mehr durch formale Bestimmungen gehemmt« sein würde.⁴⁴ Dieser Richter war gedacht als »die Überwindung des über-

kommenen Juristen und hatte mit der Vorstellung, die sich mit dem ›Kriegsgerichtsrat‹ üblicherweise verband, nichts mehr zu tun«. Vielmehr mußte er »zuerst politisch denken, sodann soldatisch fühlen können und schließlich auch sein Handwerk als Rechtswahrer vollkommen beherrschen«. ⁴⁵ Der gegenüber den gesetzlichen Vorgaben erweiterte Beurteilungsspielraum des Richters bedeutete also mitnichten einen Zuwachs an Unabhängigkeit. Im Gegenteil: Der – als SS-Führer den Ordensregeln der Schutzstaffeln uneingeschränkt unterworfen – Richter sollte künftig in verstärktem Maße für seine Entscheidung »auch die Verantwortung übernehmen«, d. h. im Sinne der politischen und ideologischen Ziele der SS haftbar gemacht werden können, »da die sog. richterliche Unabhängigkeit im überkommenen Sinne überholt sei«. ⁴⁶

Daß die SS- und Polizeigerichtsbarkeit keine bloß vorübergehende, auf die Dauer des Krieges begrenzte Militärjustiz sein sollte, dürfte nach den vorstehenden Darlegungen kaum mehr überraschen. In der Tat war Himmler von Anfang an entschlossen, ohne Rücksicht auf Einwände des Justiz- oder Finanzministers SS- und Polizeigerichte in allen SS-Oberabschnitten zu etablieren. ⁴⁷ Im November 1941 ermächtigte er das für Etatfragen zuständige Hauptamt »Haushalt und Bauten«, in seinen Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium einen »sowohl zahlenmäßig als auch dem Dienstgrad nach wesentlich erhöhten« Planstellen-Voranschlag für das Haushaltsjahr 1942 »nachdrücklichst« zu vertreten. ⁴⁸ Diesem in Erwartung eines bevorstehenden Übergangs zur Friedensgerichtsbarkeit konzipierten Voranschlag war eine Organisation von nicht weniger als 25 erstinstanzlichen Gerichten, vier Obergerichten und einem – vorerst nur für die Kriegszeit geplanten – Obersten Gericht zugrunde gelegt, Zahlen, die infolge des Fortgangs des Krieges freilich schon bald überholt waren: Zwei Jahre später, Ende 1943, verfügte das Hauptamt SS-Gericht bereits über 31 feste Gerichte im Heimatkriegsgebiet und in den besetzten Gebieten, 20 mobile Divisions- bzw. Brigadegerichte sowie fünf Korpsgerichte mit insgesamt 204, weit überwiegend im Reservedienst tätigen SS-Richtern. ⁴⁹

Diese zielstrebige juristische Vernetzung immer weiterer Bereiche des SS-Imperiums zwang zu langfristigen Festlegungen über Funktion und Reichweite der neuen Jurisdiktion. Vor allem die Okkupation großer, von der SS zur »Befriedung«, Verwaltung und Ausbeutung beanspruchter Teile der Sowjetunion warf schon während des Krieges die Frage nach der späteren Einbeziehung auch der einheimischen Zivilbevölkerung sowie der dort anzusiedelnden Deutschen in die SS- und Polizeigerichtsbarkeit auf. Insbesondere im Hauptamt SS-Gericht, dessen Vertreter mit Blick auf die Ambitionen des Reichssicherheitshauptamtes nicht ohne Grund fürchteten, »bei der Errichtung der Ostjustiz ausgeschaltet« zu werden, machte man sich

für eine derartige Regelung stark.⁵⁰ Indes blieben die Hoffnungen des Hauptamtes, »sich heute schon in weitem Umfange in die entstandene Entwicklung einschalten« zu können, vergeblich: Im April 1942 entschied Himmler, »daß er die Zuständigkeit der SS- und Polizeigerichte auch im Ostraum auf die SS- und Polizeiangehörigen beschränkt wissen wolle«. Landesbewohner und deutsche Kolonisten dagegen sollten den ordentlichen Justizorganen bzw. der Standgerichtsbarkeit unterworfen bleiben.⁵¹ Diese Entscheidung war zweifellos nicht nur ein ressortpolitischer Sieg der im Vergleich zum Hauptamt SS-Gericht ungleich einflußreicheren Behörde Heydrichs, sondern zugleich eine erneute Bestätigung dessen, was die Sondergerichtsbarkeit nach dem Willen ihres obersten Gerichtsherrn letztlich sein sollte: weder reine Militärgerichtsbarkeit noch Allgemeinjustiz, sondern die gemeinsame und einheitliche Jurisdiktion für alle unter dem Dach des künftigen »Staatsschutzkorps« zu vereinigenden Exekutivorgane.

IV

Unsere bisherigen Darlegungen galten ausschließlich den Intentionen, Maßnahmen und Zielen der zentralen obersten Weisungsebene. Inwieweit durch sie die alltägliche Rechtsprechungspraxis der Feld- und Heimatgerichte, womöglich auch das Delinquenzverhalten der Truppe tatsächlich beeinflusst wurde, ist eine andere, mangels detaillierter empirischer Untersuchungen darüber bislang nur annäherungsweise zu klärende Frage. Daß die zahlreichen Appelle, Weisungen und Interventionen der Reichsführung-SS, gerade auch Himmlers selbst, auf das Rechtsbewußtsein der SS- und Polizeiangehörigen nicht ohne Wirkung blieben, erscheint angesichts der zahlreichen diesbezüglichen Einzelbeispiele unzweifelhaft. Andererseits weisen mancherlei Indizien darauf hin, daß auch in so strikt hierarchisch gegliederten Organisationen wie SS und Polizei einer an ideologischen Kriterien orientierten Willensbildung »von oben« Grenzen gesetzt waren. So wurden Himmlers Versuche, den geschlechtlichen Verkehr von SS-Angehörigen mit »andersrassigen« Frauen als »eine Sünde gegen das eigene Blut und eine Mißachtung fremden Volkstums« zu brandmarken und unter Androhung von Degradierung und Ausstoßung zu verbieten,⁵² von der Truppe aus naheliegenden Gründen sabotiert.⁵³ Auch der von der Reichsführung-SS unablässig als »selbstverständlich« propagierte Grundsatz, »daß Verfehlungen von Führern nicht milder, sondern grundsätzlich schärfer als die von Männern begangenen beurteilt werden müssen«,⁵⁴ fand in der SS-gerichtlichen Praxis so wenig Widerhall, daß sich Himmler genö-

tigt sah, zeitweise über die Hälfte der ihm zur Entscheidung vorgelegten Urteile gegen SS-Führer aufzuheben, »weil sie zu milde waren«. ⁵⁵ Desgleichen erwiesen sich die äußerst strengen Strafbestimmungen der SS gegen den Kameradendiebstahl ⁵⁶ während des Krieges als weitgehend unanwendbar. Angesichts eines Anteils dieser Diebstahlsdelikte an der Gesamtkriminalitätsrate der SS von immerhin 10 bis 14 % konnten die angedrohte Ausstoßung aus der SS, die Zuchthaus- oder gar Todesstrafe nur noch in schweren Fällen und als exemplarische Abschreckung praktiziert werden, während bei der großen Zahl der geringfügigen Vergehen, wie auch Himmler einsehen mußte, in der Regel eine leichtere, oftmals nur disziplinarische Bestrafung ohne begleitende Ehrenstrafe angebracht schien. ⁵⁷

Generell scheint die Rechtsprechung bei Eigentumsdelikten der Forderung der Reichsführung-SS nach – unabhängig vom Wert der gestohlenen Sache – »hohen Freiheitsstrafen« ⁵⁸ zumindest im fortgeschrittenen Stadium des Krieges nicht mehr gefolgt zu sein. Jedenfalls läßt die einzige überlieferte detaillierte Kriminalstatistik für das erste Quartal 1943 ⁵⁹ erkennen, daß von fast 1 200 während dieses Zeitraums SS- und polizeigerichtlich verfolgten Eigentumsdelikten über die Hälfte, nämlich rd. 58 %, lediglich mit Arrest oder Gefängnis bis zu sechs Monaten, in Einzelfällen sogar nur mit Geldstrafen geahndet wurden; auf Zuchthaus wurde nur in 7 % der Fälle erkannt. Auch bei den Schwerstdelikten ist eine vergleichbare Diskrepanz zwischen drakonischer Strafandrohung und tatsächlicher Spruchpraxis zu verzeichnen. So wurde in den während des genannten Quartals verhandelten, »stets mit dem Tode, mit lebenslangem oderzeitigem Zuchthaus« ⁶⁰ bedrohten 65 Fahnenfluchtfällen zwar 16 mal die Todesstrafe, 14 mal aber auch »nur« eine Gefängnisstrafe verhängt. Ganz ähnlich kamen bei der »grundsätzlich mit dem Tode« zu bestrafenden Wehrkraftzersetzung ⁶¹ auf 43 Fälle zehn Todesurteile, aber auch 16 Gefängnisstrafen. Demgegenüber war – in bemerkenswertem Einklang mit dem in der SS extrem stark ausgeprägten »Ingroup-Outgroup«-Komplex – die Hemmschwelle bei der Verhängung von Höchststrafen gegenüber Außenstehenden sehr viel geringer; bei den von Ausländern »gegen das Deutsche Reich« begangenen Straftaten erkannten die SS- und Polizeigerichte im ersten Quartal 1943 gleich in 60 % aller Fälle auf die Todesstrafe.

Die genannten Beispiele belegen, daß trotz der beträchtlichen und auch weidlich genutzten Kompetenzen, die Himmler als oberster Gerichtsherr in der SS ausübte bzw. infolge eigener Arbeitsüberlastung zunehmend delegierte, die alltägliche Praxis der SS-Gerichtbarkeit sich nicht allein an den Richtlinien und Grundsatzentscheidungen der Reichsführung-SS orientierte, sondern auch von anderen, nicht notwendigerweise SS-spezifischen Faktoren bestimmt wurde. Zu ihnen zählte zweifellos der Umstand, daß

unter den Bedingungen des totalen Krieges die in der Truppe geübte Strafpraxis für das Hauptamt SS-Gericht immer schwerer zu lenken und zu überwachen war. Stärker noch dürfte die Tatsache ins Gewicht fallen, daß das SS-Führerkorps gerade in seinen höheren Rängen, also unter den von Himmler berufenen Gerichtsherren, hinsichtlich seiner sozialen Herkunft wie auch seiner mentalen Prägung außerordentlich heterogen war: Alte Reichswehrtroupiers wie Paul Hausser, Felix Steiner oder Wilhelm Bittrich dürften jedenfalls als Gerichtsherren ein anderes Verständnis von Recht und Unrecht gehabt haben als der selbst vorbestrafte KL-Inspekteur und spätere Divisionskommandeur Theodor Eicke, die jungen Kommandeure der Junkerschulgeneration ein anderes als die aus der Allgemeinen SS oder der Polizei aufgestiegenen Höheren SS- und Polizeiführer.⁶²

Das gravierendste Hindernis für eine im Sinne der SS-Führung einheitliche Ausrichtung der SS- und polizeigerichtlichen Rechtsprechung bildeten die mit jedem Jahr wachsenden Unterschiede in der sozialen, altersmäßigen und landsmannschaftlichen Struktur der SS- und Polizeiverbände selbst, die auch ein stark abweichendes Delinquenzverhalten von Front- und Heimattruppe, SS-Männern und Polizeiangehörigen, Legionären und Volksdeutschen, »germanischen« Freiwilligen und osteuropäischen Schutzmannschaften zur Folge hatten. So etwa traten bei den im Durchschnitt älteren, zumeist in der Etappe oder im Heimatkriegsgebiet eingesetzten Polizeibeamten vor allem Delikte wie Bestechung, Plünderung und Kriegswirtschaftsvergehen, Angriff auf Leib und Leben, Beleidigung, Amtsanmaßung und Begünstigung in Erscheinung. In den Reihen der oftmals noch jugendlichen, im Frontdienst stehenden Waffen-SS-Männer waren es demgegenüber häufiger Diebstähle und Wachvergehen, Untergebenenmißhandlung und Wehrkraftzersetzung, unerlaubte Entfernung von der Truppe und Fahnenflucht, die zu einer Verurteilung führten; bei den ausländischen Schutzmannschaften und Hilfspolizeiverbänden stand – kaum überraschend – die unerlaubte Entfernung an der Spitze aller Vergehen.⁶³ Derartig stark je nach Einsatzbedingungen und Struktur der Truppe variierende Kriminalitätsbilder zwangen die zuständigen Gerichtsherren immer wieder zu flexiblen, den besonderen Verhältnissen des eigenen Verbandes Rechnung tragenden Reaktionen und relativierten nicht selten den Wert zentral erlassener Strafvorschriften. Daß dies nicht unbedingt Milde bedeutete, die Spruchpraxis der SS- und Polizeigerichte vielmehr von brutaler Härte war, zeigt die auf der folgenden Seite abgedruckte Aufstellung über die von Kriegsbeginn bis Mitte 1944 im Rahmen der SS- und Polizeigerichtsbarkeit vollstreckten Todesurteile.⁶⁴

Diese trotz einer hinter den Forderungen des Reichsführers-SS zurückbleibenden Strafzumessungspraxis so überaus blutige Bilanz läßt erkennen,

Jahr	Zahl der insgesamt vollstreckten Todesurteile	davon:			
		SS	Polizei	Hilfs- verbände	sonstige Personen
1939/40	7	4	3	—	—
1941	24	17	7	—	—
1942	183	112	23	10	38
1943	386	110	37	138	101
1. Halbjahr					
1944	401	133	68	50	150
Insgesamt:	1001	376	138	198	289

daß die Selbstdarstellung der SS als einer nach innen »sauberen Gemeinschaft« selbst nach SS-eigenen Maßstäben nichts als ein Mythos war. Die verbalen Bekenntnisse zu »Treue«, »Gehorsam« und »Heiligkeit des Eigentums« kontrastierten vielmehr in geradezu eklatanter Weise mit der Tatsache, daß die Eigentumsdelikte, die »Treuepflichtverletzungen« sowie die Gehorsams- und »Manneszucht«-Vergehen seit Kriegsbeginn konstant die häufigsten Anklagepunkte in SS und Polizei waren und zum Beispiel 1943 zusammen über 80% aller verfolgten Delikte ausmachten.⁶⁵ Insofern scheint die Delinquenzstruktur insbesondere bei den Feld- und Ersatzverbänden der Waffen-SS jener im Heer grundsätzlich ähnlich gewesen zu sein, auch wenn die Quellenlage Vergleiche nur sehr eingeschränkt gestattet.⁶⁶ Mit der gleichen gebotenen Vorsicht wird man davon ausgehen dürfen, daß sich die Spruchpraxis der Heeres- von der der SS-Gerichte zumindest hinsichtlich der Häufigkeit von Freisprüchen einerseits, Todesurteilen, Zucht- haus- und Gefängnisstrafen andererseits aufs Ganze gesehen nicht wesentlich unterschied.⁶⁷ Die Richtigkeit dieser Annahmen unterstellt, war die SS- und Polizeigerichtsbarkeit in all ihrer Unerbittlichkeit vielleicht doch nicht ganz so neu und einzigartig, wie dies den Vorstellungen Heinrich Himmlers entsprochen hätte, die Wehrmachtgerichtsbarkeit ihrerseits aber sicherlich auf dem besten Wege, ebendiesen Vorstellungen gerecht zu werden.⁶⁸

Anmerkungen

- ¹ »Disziplinarstraf- und Beschwerdeordnung« vom 30. 1. 1933, Bundesarchiv Koblenz (BAK): NSD 41/42.
- ² Weisung SS-Gericht vom 31. 1. 36, National Archives (NA): Mikrofilm Serie T-175/roll 31/frame 2538775 f.
- ³ Gunter d'Alquen, Die SS. Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP. Berlin 1939, S. 217.
- ⁴ »Verordnung über eine Sondergerichtsbarkeit in Strafsachen für Angehörige der SS und für die Angehörigen der Polizeiverbände bei besonderem Einsatz« vom 17. 10. 39 (RGBl. 1939, I, S. 2107f.); vgl. auch die erste Durchführungsverordnung hierzu vom 1. 11. 39 (ebd., S. 2293 ff.).
- ⁵ Vgl. Verordnung vom 17. 10. 39, §§ 3 und 6, ferner »Die SS- und Polizeigerichtsbarkeit. Ein Leitfaden«, hrsg. vom Hauptamt SS-Gericht (Stand: 1. 7. 1944), S. 24 ff. (BAK: NSD 41/313).
- ⁶ So bei Hubert Schorn, Der Richter im Dritten Reich. Frankfurt a. M. 1959, S. 170 und bei Hans-Dieter Schwind, Kurze Geschichte der deutschen Kriegsgesichte. München 1966, S. 45.
- ⁷ Mitteilung von Herrn Ulrich Dümichen (17. 3. 1985), der als Referendar beim SS-Gericht 1935 von diesbezüglichen Absichten erfuhr und von Oktober 1936 an selbst mit den Vorarbeiten zur SS- und Polizeistrafgerichtsbarkeit befaßt war; vgl. im übrigen Rundschreiben des SS-Gerichts vom 3. 3. 1939 (BAK: NS 7/2).
- ⁸ Vgl. Protokoll der Arbeitstagung des SS-Gerichts auf dem Kyffhäuser am 17. 6. 38 (BAK: NS 7/12) sowie Rundschreiben RFSS, Tgb.Nr. A/36/13/38, vom 16. 12. 38 (BAK: NS 7/2).
- ⁹ Zum Konflikt zwischen SS- und Heeresführung um den Status der Junkerschulen und Totenkopfverbände s. Bernd Wegner, Hitlers Politische Soldaten: Die Waffen-SS 1933–1945. Paderborn 2. Aufl. 1983, S. 108 ff. und 122 f.
- ¹⁰ Vgl. in diesem Sinne Fritz Grau, Die neue SS- und Polizeistrafgerichtsbarkeit, in: Deutsche Justiz, 101. Jg./Ausg. A, Nr. 48 vom 1. 12. 39, S. 1785.
- ¹¹ Zur Idee des »Staatsschutzkorps« s. Wegner (wie Anm. 9), S. 110 ff.
- ¹² Die wichtigsten einschlägigen Bestimmungen zusammenfassend: »Die SS- und Polizeigerichtsbarkeit. Ein Leitfaden« (wie Anm. 5), S. 7 ff.
- ¹³ Vgl. Aktenvermerk SS-OStubaf. Bender vom 4. 3. 41 (BA: NS 7/87) sowie Weisung des SS-Führungshauptamtes/Kdo.amt der Waffen-SS vom 8. 11. 41 (ebd.).
- ¹⁴ OKW – Erlaß vom 4. 4. 1943 (BAK: NS 7/156).
- ¹⁵ Für eine allgemeinere Interpretation dieser Politik vgl. Bernd Wegner, The Aristocracy of Nazism: The Role of the SS in National Socialist Germany, in: Hannsjoachim Koch (ed.), Aspects of the Third Reich. London 1985, S. 430–450.
- ¹⁶ »Übersicht über die der Gerichtsbarkeit unterliegenden SS- und Polizeiangehörigen im Monat September 1942« (BAK: NS 7/105).
- ¹⁷ Schreiben HA SS-Gericht an den SS-Richter beim RFSSuCdDtPol vom 11. 11. 1943 (BAK: NS 7/15).
- ¹⁸ Der SS-Richter beim RFSSuCdDtPol an HA SS-Gericht vom 9. 12. 43 (ebd.).
- ¹⁹ Schreiben des Chefs HA SS-Gericht an den Chef der Wehrmachtrechtsabteilung im OKW vom 10. 11. 42 (BAK: NS 7/156).
- ²⁰ Befehl RFSS vom 7. 3. 1942 (Berlin Document Center: Personalakte Hans Jüttner).

- ²¹ HA SS-Gericht an den SS-Richter beim RFSSuCdDtPol vom 5. 5. 44 (BAK: NS 7/156).
- ²² Der SS-Richter beim RFSSuCdDtPol an das HA SS-Gericht vom 11. 6. 44 (BAK: NS 7/309).
- ²³ Mitteilung des Generalinspektors der verst. SS-Totenkopfstandarten vom 14. 12. 1939 (Bundesarchiv-Militärarchiv: RS 5/v. 566).
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ »Mitteilungen« des Hauptamtes SS-Gericht, Bd. II/H. 5 vom 1. 8. 43, S. 138 (BAK: NSD 41/307).
- ²⁶ Schreiben Scharfe an den RFSS vom 14. 6. 41 (NA: T-175/roll 123/frame 2648724f.).
- ²⁷ »Grundsätzliche Richtlinie Nr. 1« vom 16. 8. 42 (BAK: NS 19/neu 1913).
- ²⁸ »Mitteilungen« des HA SS-Gericht (wie Anm. 25), ebd., S. 141.
- ²⁹ Vgl. den diesbzgl. Schriftwechsel zwischen dem Chef des SS-Hauptamtes, Gottlob Berger, und Dr. Rudolf Brandt (Pers. Stab RFSS) vom Oktober 1943 (NA: T-175/roll 38/frame 2548238ff.).
- ³⁰ Der SS-Richter beim RFSSuCdDtPol an den Chef HA SS-Gericht vom 29. 3. 44 (BAK: NS 7/39).
- ³¹ Der SS-Richter beim RFSSuCdDtPol an SS-Staf. Dr. Brandt vom 7. 5. 44 (NA: T-175/roll 38/frame 2548250).
- ³² Weisung des Chefs HA SS-Gericht vom 7. 4. 44 an alle Chefrichter (Berlin Document Center: Personalakte Franz Breithaupt).
- ³³ Aktenvermerk SS-Staf. Benders vom 15. 3. 44 (ebd.).
- ³⁴ HA SS-Gericht, 10. Sammlerlaß vom 15. 1. 42, Ziff. 2 (BAK: NS 7/4).
- ³⁵ Über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahme scheinen indes Meinungsverschiedenheiten zwischen dem HA SS-Gericht, das seine Kompetenzen tangiert sah, und dem SS-Richter beim RFSSuCdDtPol bestanden zu haben; s. dazu den Schriftwechsel zwischen beiden Instanzen vom Frühjahr/Sommer 1943 aus Anlaß einer Untergebenenmißhandlung (Berlin Document Center: Personalakte Wilhelm Schulze).
- ³⁶ S. ebd.
- ³⁷ Mitteilung des SS-Richters beim RFSSuCdDtPol vom 26. 10. 42 (Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen, Ludwigsburg: Bestand Verschiedenes/169/Bl. 202).
- ³⁸ Zitat aus der Urteilsbestätigung vom 26. 7. 43 (BA: NS 7/1017, dort auch weitere Fallakten).
- ³⁹ Vgl. z. B. »Anweisung an SS- und Polizeigericht Brüssel über Behandlung politischer (gegerroristischer) Strafsachen« vom 19. 5. 44 (NA: T-175/roll 131/frame 2657596f.).
- ⁴⁰ SS-Panzergrenadierdivision »Das Reich«, Ausbildungsplan für die Zeit vom 13. 6. bis 17. 7. 1943, S. 1 (Bundesarchiv-Militärarchiv: RS 3-2/35).
- ⁴¹ Mitteilung von Herrn U. Dümichen an den Verfasser (s. Anm. 7).
- ⁴² Bericht über die Dienstbesprechung der dienstältesten SS-Richter in Danzig und Zoppot vom 30. April bis 2. Mai 1942 (BAK: NS 7/4).
- ⁴³ Rundschreiben des HA SS-Gericht an die Chefs der SS- und Polizeigerichte vom 5. 11. 42 (BAK: NS 7/5).
- ⁴⁴ So die Formulierung von Hauptamtschef Scharfe (s. Anm. 42).
- ⁴⁵ »Hüter der Untadeligkeit«. Nachruf auf den am 29. 7. 42 verstorbenen SS-Ogruf. Paul Scharfe, in: »Mitteilungen« des HA SS-Gericht 1942, S. 75 (BAK: NSD 41/307).
- ⁴⁶ So SS-Ostuf. Dr. Reinecke (s. Anm. 42).

- ⁴⁷ Aktenvermerk HA SS-Gericht vom 25. 5. 40 (BAK: NS 7/55).
- ⁴⁸ Schreiben des HA SS-Gericht an RFSS vom 15. 11. 41 (BAK: NS 7/23).
- ⁴⁹ Meldung des HA SS-Gericht an RFSSuCdDtPol vom 14. 12. 43 (BAK: NS 7/23).
- ⁵⁰ HA SS-Gericht an den SS-Richter beim RFSSuCdDtPol vom 14. 3. 42 (BAK: NS 7/83).
- ⁵¹ Der SS-Richter beim RFSSuCdDtPol an HA SS-Gericht vom 12. 4. 42 (ebd.).
- ⁵² Befehl RFSS »über völkische Selbstachtung« vom 19. 4. 39 (Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen: Bestand CSSR/396/359).
- ⁵³ Vgl. Vermerk betr. »Geschlechtsverkehr mit andersrassigen Frauen« vom 13. 5. 43 (BAK: NS 7/13).
- ⁵⁴ »Mitteilungen« des HA SS-Gericht, H. 5 (Sept. 41), S. 121 f. (BAK: NSD 41/306); im gleichen Sinne: Richtlinien des RFSS vom 22. 1. 42 (NA: T-175/roll 35/frame 2544088).
- ⁵⁵ S. Anm. 34.
- ⁵⁶ Mitteilung des Inspektors der SS-Verfügungstruppe vom 24. 6. 38 (NA: T-175/roll 37/frame 2546470).
- ⁵⁷ Erlaß HA SS-Gericht vom 15. 9. 42 (BAK: NS 7/5).
- ⁵⁸ Weisung des HA SS-Gericht betr. »Belehrung der der Sondergerichtsbarkeit der SS und Polizei unterworfenen SS- und Polizei-Angehörigen über gerichtliche Bestrafungen usw.« vom 15. 7. 40 (BAK: NS 7/3).
- ⁵⁹ HA SS-Gericht: »Auszug aus der Kriminalstatistik für das 1. Vierteljahr 1943« (BAK: NS 19/neu 1916).
- ⁶⁰ S. Anm. 58.
- ⁶¹ S. ebd.
- ⁶² Näheres zur Herkunfts- und Sozialstruktur des höheren Führerkorps bei Wegner (wie Anm. 9), S. 209–259.
- ⁶³ Vgl. »Mitteilungen« des HA SS-Gericht, Bd. III/H. 1, S. 6ff. (BAK: NSD 41/308).
- ⁶⁴ HA SS-Gericht: »Übersicht über die vom Beginn des Krieges bis zum 30. Juni 1944 vollstreckten Todesurteile«, o. D. (BAK: NS 7/351).
- ⁶⁵ Dies ergibt sich aus einer Analyse der in den »Mitteilungen« des HA SS-Gericht (1940–1943) enthaltenen Berichte (BAK: NSD 41/306–308).
- ⁶⁶ Am konkretesten ist ein solcher Vergleich für das letzte Vierteljahr 1942 möglich; vgl. hierzu die einschlägigen Angaben im Bericht des HA SS-Gericht betr. »Kriminalstatistik für das 1. Vierteljahr 1943« vom 19. 7. 43 (BAK: NS 19/neu 1916) sowie OKW, »Kriegs-Kriminalstatistik für die Wehrmacht für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1942« (Bundesarchiv-Militärarchiv: H 25/40, S. 69 ff.). Für das Jahr 1941 vgl. ferner undatierten »Vermerk« in BAK: NS 7/205, Bl. 1 sowie die Angaben bei Otto Hennicke, Auszüge aus der Wehrmacht-kriminalstatistik, in: Zs. f. Militärgeschichte 5 (1966), S. 438–456.
- ⁶⁷ Vgl. ebd.
- ⁶⁸ Vgl. in diesem Sinne, sich von früheren, z. T. stark apologetisch gefärbten Interpretationen abhebend, auch Manfred Messerschmidt, Deutsche Militärgerichtsbarkeit im Zweiten Weltkrieg, in: Die Freiheit des Anderen. Festschrift für Martin Hirsch. Hrsg. von Hans Joachim Vogel (u. a.). Baden-Baden 1981, S. 111 bis 142.

Das Hauptamt für Volkstumsfragen und die Germanische Leitstelle

von Czesław Madajczyk

Zu den vielen Institutionen, die mit Spezialaufgaben in den okkupierten Gebieten betraut waren, gehörte auch das »Hauptamt für Volkstumsfragen der SS« (HAFVF). Es hat bisher in der Forschung nicht viel Aufmerksamkeit gefunden, vielleicht deshalb, weil es erst während des Krieges geschaffen wurde und keine konkreten Aktivitäten entwickeln konnte. Die Bedeutung des HAFVF kommt deshalb eher in den Planungen als in den tatsächlichen Leistungen zum Ausdruck. Das Hauptamt war, wie der Name sagt, eine Institution, die über die nationalsozialistische Volkstumspolitik entscheiden und deren Durchführung überwachen sollte.¹ Seine Schaffung im November 1941 war das Ergebnis einer Übereinkunft zwischen Himmler und Bormann. Anfangs führte es den Namen »Büro für Volkstumsangelegenheiten«.² Nach der Abmachung sollten fortan alle Fragen, die das Deutschtum und die Rassenzugehörigkeit betrafen, über diese Institution mit der Zentrale der NSDAP abgestimmt werden, wozu es jedoch in der Praxis bis Kriegsende nicht kam.

Das Büro stellte nicht den ersten Versuch dar, die Entscheidungen auf diesem Gebiet zu zentralisieren. Im Februar 1941 hatte der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, Himmler zum »Beauftragten der NSDAP für alle Volkstumsfragen« berufen.³ Zuvor hatte Hess selbst in diesem Bereich eine bedeutende Rolle gespielt. Hierfür gibt es viele Hinweise: Ulrich Greifelt, der als Chef des Stabshauptamts des »Reichskommissars für die Festi-

gung des deutschen Volkstums« Himmlers Politik in die Tat umzusetzen hatte, unterstand der Kontrolle des Leiters des »Rassenpolitischen Amtes der NSDAP«, Dr. Walter Gross. Im Amt des Stellvertreters des Führers waren die Prinzipien der Volkstums- und Rassenpolitik für das okkupierte Polen erarbeitet worden; an dieses Amt wandte sich der Reichsstatthalter im Warthegau, Arthur Greiser, mit dem Vorschlag, die »Deutsche Volksliste« (DVL) nach den dort gesammelten Erfahrungen auf alle dem Deutschen Reich einverleibten Gebiete auszudehnen. Dasselbe Amt veranstaltete auch eine Besprechung in Krynica, bei der erörtert wurde, wie der Bevölkerungszuwachs unter den Polen eingedämmt werden könne. In ihm wurden auch die Prinzipien der Rassenpolitik erarbeitet, die in der Broschüre von E. Leuschner »Nationalsozialistische Fremdvolkpolitik« (München 1940) enthalten sind.⁴ Wir wissen nicht, welche Gründe Hess kurz vor seinem Flug nach England veranlaßten, seine Kompetenzen im Bereich der Volkstumspolitik abzugeben. Am wahrscheinlichsten ist, daß es auf Weisung Hitlers geschah, der von der Tatkraft und Entschlossenheit des Himmlerschen Apparats bei der Auseinandersetzung mit dem Polentum beeindruckt war.

Kehren wir nach dieser Abschweifung aber zu der Übereinkunft zwischen Himmler und Bormann zurück. In ihr wurde u. a. festgelegt, daß die NSDAP für die Propaganda in Volkstumsfragen zuständig bleiben sollte, während die Umsetzung die Aufgabe des Reichsführers-SS (RFSS) sowie des Stabshauptamts des »Reichskommissars für die Festigung des deutschen Volkstums« (RKFDV) werden sollte. An der Spitze des neuen »Hauptamts für Volkstumsfragen« stand ebenfalls Himmler. Diese weitere Funktion erwuchs aus einer Zusammenfassung anderer Aufgaben und war Ausdruck der Anerkennung, die der Führer Himmlers Zielstrebigkeit und Zähigkeit zollte. Zum HAFVF kamen enge Mitarbeiter Himmlers – Reinhard Heydrich, Ulrich Greifelt, Werner Lorenz, Otto Hofmann –, dagegen wurde niemand aus dem ehemaligen Amt des Stellvertreters des Führers übernommen.

Himmler als RFSS bestimmte die Kompetenzen der ihm nunmehr in der Hierarchie der NSDAP untergeordneten Stellen.⁵ So sollte sich die »Volksdeutsche Mittelstelle« (VoMi) um die in die Gruppen III und IV der »Deutschen Volksliste« Eingetragenen kümmern: um »eindeutschungsfähige« Ausländer und die deutschen Umsiedler in den Lagern.⁶ Das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) hatte bei der Lösung ethnischer Probleme mitzuwirken, die sich daraus ergaben, daß sich innerhalb der Grenzen des neuen Reichs und in seinem Machtbereich Ausländergruppen (»nationale Minderheiten, Fremdarbeiter«) befanden; es sollte für deren polizeiliche Kontrolle sowie die politische Überwachung der Bevölkerung in den okkupierten

Ländern Sorge tragen. Die dem RSHA unterstehende Einwanderungszentrale war weiterhin für die Registrierung und Kontrolle der repatriierten Deutschen zuständig. Dem »Rasse- und Siedlungshauptamt« (RuSHA) sollte eine beratende Funktion in Rassenfragen zukommen; außerdem hatte es bei der rassischen und politischen Auswahl sowohl der repatriierten Deutschen als auch der einzudeutschenden Ausländergruppen oder bei Ehen deutscher Staatsbürger mit Ausländern mitzusprechen. Der Stab des »Reichskommissars für die Festigung des Deutschen Volkstums« sollte schließlich die Ansiedlung im Reich wie auch in den okkupierten Gebieten planen und durchführen. Weitere Direktiven bezüglich der Abgrenzung der Kompetenzbereiche ergingen 1944. Die politische Aufsicht über den Teil der Bevölkerung, der als eindeutschungsfähig befunden worden war, über die Übersiedler oder Zwangsumgesiedelten aus Luxemburg, dem Elsaß, Lothringen und Slowenien, und über die in die »Deutsche Volksliste« Eingetragenen ging auf einzelne Hoheitsträger über, die sich dabei vor allem der dem »Hauptamt für Volkstumsfragen« untergeordneten Stellen bedienen sollten.⁷

Im März 1942, also erst vier Monate nach der Schaffung des HAFVF, sanktionierte Hitler die Existenz dieser Institution, wobei er gleichzeitig die Organisation von »Ämtern für Volkstumsfragen« in den einzelnen NSDAP-Gauen und -Kreisen verfügte.⁸ Lag dem die Absicht zugrunde, die Entscheidungen über Volkstumsfragen in einer Hand zu konzentrieren, oder war dies der Beginn der Herrschaft der SS über den Parteiapparat? Handelte es sich dabei um eine Usurpation? Der Chef des SS-Hauptamts Gottlob Berger nannte als Ursache für die Entscheidung die hohe Anerkennung Hitlers für die Effizienz der von Himmler durchgeführten Politik zur Festigung des deutschen Volkstums. Auf dessen Geheiß übernahm im April 1942 Brigadeführer E. J. Cassel,⁹ von Beruf Bankier, seit 1923 Mitglied der NSDAP und SA, seit 1931 der SS, die Leitung des Hauptamts für Volkstumsfragen.

Mitte Juli 1942 schickte Himmler als RFSS und als »Bevollmächtigter der NSDAP für Volkstumsfragen« die Märzbeschlüsse Hitlers zusammen mit einem Schreiben, in dem er die Funktion des HAFVF beschrieb, an den Chef der Ordnungspolizei, Kurt Daluge.¹⁰ Er definierte darin die neue Institution als eine Mittelstelle, die die Volkstumsarbeit in der NSDAP koordinieren, sie zusammen mit dem »Reichskommissar für die Festigung des Deutschen Volkstums« bestimmen und die Anregungen und Weisungen der Hauptämter der SS an die Instanzen der Partei weiterleiten sollte. Konkret bedeutete dies, daß das »Hauptamt für Volkstumsfragen« für die Zusammenfassung und einheitliche Ausrichtung der betreffenden Aktivitäten von vier Dienststellen die Verantwortung trug: der Volksdeutschen Mittelstelle, des Rasse- und Siedlungshauptamts, des Reichssicherheitshauptamts

und des Stabshauptamts des RKFDV. Das zuletzt genannte erklärte Himmler als zuständig für Wirtschaftsfragen, kulturelle Planungen und die Propagierung der Ansiedlungsidee. Als Bevollmächtigter der NSDAP konnte er ihren Apparat nicht vollkommen ignorieren, er fügte also hinzu, daß sich der RFSS auch ihrer Gliederungen bedienen werde.¹¹ Diese kombinierte Beteiligung von Stellen der SS und der NSDAP veranlaßte die Herausgeber der Dokumentation »De SS en Nederland«, die neu geschaffene Behörde als Hauptamt der SS unter Leitung der Partei zu bezeichnen.¹² Die sich einstellenden Unklarheiten über die Kompetenzverteilung zwischen der »Volksdeutschen Mittelstelle« und dem Stabshauptamt des »Reichskommissars für die Festigung des Deutschen Volkstums« wurden im September 1942 ausgeräumt. Dagegen kam es zu Konflikten zwischen dem »Hauptamt für Volkstumsfragen« und dem »Rassenpolitischen Amt der NSDAP« unter Dr. Gross.

Auf Reichsebene legte das HAFVF 1942 keine deutlich ausmachbaren Aktivitäten an den Tag.¹³ Die »Gauämter für Volkstumsfragen« (GAFV) entstanden in einigen Grenzgebieten in Anlehnung an die dort schon bestehenden »Gaugrenzlandämter für Volkstumsfragen«; man erweiterte einfach ihre Kompetenzen. Dies stärkte die Position der Höheren SS- und Polizeiführer (HSSPF), da sie wegen der Ämterhäufung in der Hand Himmlers faktisch auch die Stellvertreter des RKFDV in den Provinzen waren. Im Mai 1941 wurde das Gaugrenzlandamt im Warthegau in »Gauamt für Volkstumspolitik« und 1942 in »Gauamt für Volkstumsfragen« umbenannt.¹⁴ Erst viel später kam es auch im Sudetenland zu dieser Änderung.¹⁵ Es mag sein, daß Hitler dort die Position des Leiters des Gaugrenzlandamtes, des SA-Standartenführers E. Künzel, nicht stärken wollte. Der Freund Henleins war wegen der Eindeutschungskriterien, die gegenüber den Tschechen angewandt werden sollten, mit der SS in Streit geraten,¹⁶ weil er – im Gegensatz zu Heydrich, der auf rassistischen Auswahlprinzipien bestand – die Anerkennung politischer Gesichtspunkte durchsetzen wollte. Nach einer gewissen Zeit wurde Künzel durch den SS-Standartenführer S. Müller ersetzt. 1944 existierten Gauämter für Volkstumsfragen in Niederschlesien (einschließlich der Sudeten) und in Oberschlesien, in Ostpreußen, in der Provinz Stettin, im Warthegau und in Österreich, sie umfaßten Lothringen, das Elsaß und Slowenien.¹⁷

Die Schlüsselrolle, die das Gauamt für Volkstumsfragen im Warthegau spielte, besonders nachdem Heinz Höppner im März 1943 dessen Leitung übernommen hatte, ist hinlänglich bekannt.¹⁸ In seinen Kompetenzbereich gehörten folgende Angelegenheiten: die Beteiligung an den fortlaufenden Eintragungen in die »Deutsche Volksliste«, die Erziehung der Eingetragenen im nationalsozialistischen Geist, die Entscheidung über ihre Auf-

nahme in die NSDAP, die Unterbindung jeder Annäherung zwischen Deutschen und Polen, die aktuelle Analyse der Volkstumspolitik. Der Chef des Gauamts für Volkstumsfragen war dem RFSS für die Einhaltung der festgelegten politischen Linie in diesem Bereich verantwortlich.¹⁹ Zwei Monate, nachdem Höppner die Leitung des Amts übernommen hatte, erging eine Anweisung, daß die Gauleiter der NSDAP und Reichsstatthalter alle geplanten Verordnungen über die Behandlung der Polen dem GAFV vorzulegen hätten, das sie vor ihrer Veröffentlichung zu prüfen hatte. Die Direktiven des GAFV, bezüglich der Polen betrafen auch deren Verpflegung, Filme, die ihnen gezeigt werden sollten, die Ausgabe von Personalausweisen an sie u. ä. Im Herbst 1943 beschäftigte es sich intensiv mit dem Problem, das die polnische Sprache für seine Arbeit bedeutete. Aus dieser Zeit ist ein Protokoll über eine Besprechung Höppners mit den ihm unterstellten Beamten erhalten geblieben.²⁰ Noch vorhandene Quellen deuten darauf hin, daß das GAFV auch in Oberschlesien aktiv war, wo es zu Divergenzen mit der Leitung der NSDAP kam.²¹

Die nächste Behörde, die sich Himmler zur Koordinierung der Volkstumspolitik schuf, war die »Germanische Leitstelle«. Sie entstand etwas später als das HAFV, im März 1941. Nach seiner Ernennung zum Chef des SS-Hauptamts im August 1940 hatte Gottlob Berger dort zunächst die »Germanische Freiwilligen-Leitstelle« geschaffen. Aus ihr ging die »Germanische Leitstelle« hervor, an deren Spitze von April 1941 bis November 1943 der Schweizer Militärarzt, SS-Sturmbannführer Franz Riedweg, stand. Sie hatte mehrere »Außenämter« in den Hauptstädten Belgiens, Hollands, Dänemarks und Norwegens. Jedem waren verschiedene Referate angegliedert, u. a. je eines für »Ansiedlung« und den »Lebensborn«.²²

Im April 1942 wurde Berger darüber informiert, daß die »germanische Arbeit« in absehbarer Zeit völlig auf den RFSS übergehen würde. Vier Monate später war es soweit: Himmler erhielt die formelle Vollmacht in bezug auf die Völker, die als »germanisch« eingestuft wurden. Von nun an sollte er allein die Berechtigung zu »Verhandlungen mit den germanisch-völkischen Gruppen in den besetzten Gebieten über gemeinsame germanisch-völkische Belange« haben; er wurde mit der Aufgabe betraut, »germanische« Kräfte für den deutschen Wehrdienst zu gewinnen,²³ die Interessen des Dritten Reichs in den fraglichen Ländern bestmöglich zu wahren und für die politische Umorientierung der öffentlichen Meinung in ihnen zu sorgen; denn bislang galten dort die einheimischen faschistischen Kollaborateure als Verräter und die deutschen Okkupanten als Imperialisten, die die eroberten Länder erbarmungslos ausbeuteten. Darüber hinaus erstreckten sich die Kompetenzen der »Germanischen Leitstelle« auf die Provinzen des Reichs, in denen sich Bevölkerungsgruppen aus Ländern aufhielten, die als germa-

nisch galten. Es handelte sich hierbei um Arbeiter oder Freiwillige der Waffen-SS. Ein leidenschaftlicher Befürworter der Zusammenfassung dieser Aufgaben in der »Germanischen Leitstelle« war außer Hitler selbst der Generalschatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz, einer der wenigen Träger des höchsten SS-Rangs eines Oberstgruppenführers, der in seinem Fall ehrenhalber verliehen worden war. Schwarz entschied über die Verteilung der Finanzmittel der Partei. Ohne seine Hilfe hätte die »Germanische Leitstelle« ihre Vorhaben, insbesondere in Flandern, nicht realisieren können.

Riedweg war sich bewusst, daß die »Erneuerungsbewegungen« in den germanischen Ländern nicht in der Lage sein würden, sich aus eigener Kraft zu entwickeln, daß sie sowohl bei ihrer Organisation als auch erst recht bei dem Versuch, mit Hilfe Berlins an die Macht zu gelangen, auf Schwierigkeiten stoßen würden. Deshalb bemühte er sich, sie nachdrücklich zu unterstützen.²⁴ Die Aktivitäten der »Germanischen Leitstelle« waren in Holland, Belgien und Norwegen am intensivsten. In Belgien inspirierte sie neben der Gründung der »Deutsch-Flämischen Gemeinschaft für Arbeit« die Schaffung einer ähnlichen deutsch-wallonischen Organisation, bis der Führer der wallonischen Faschisten, Léon Degrelle, Himmler enttäuschte, weil er mit ihm über die Stellung der Wallonen in einem Großgermanischen Reich zu feilschen begann. Diese Bewegungen sollten »positive«, d. h. antibolschewistische, prodeutsche und »rassisch wertvolle« Elemente in sich vereinen. Es war beabsichtigt, die Jugend in speziellen Schulen zu erziehen.²⁵

In der Edition »De SS en Nederland« wird die Vermittlerrolle deutlich, die Himmler als Leiter des »Hauptamts für Volkstumsfragen« zu Beginn des Frühjahrs 1943 im Streit um die Position der »Germanischen Leitstelle« in Holland spielte; auch werden die vergeblichen Bemühungen seiner Leute geschildert, dieser Institution im nationalsozialistischen Apparat eine analoge Stellung zu verschaffen wie dem »Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums« im Osten. Die Widerstände gegen die »Germanische Leitstelle« traten in erster Linie im Auswärtigen Amt zutage²⁶ sowie – was überraschend scheinen mag – in Kreisen der SS. Denn die Schaffung der »Germanischen Leitstelle« beschränkte die Kompetenzen anderer SS-Hauptämter wie auch der Höheren SS- und Polizeiführer in den okkupierten, als germanisch geltenden Ländern zugunsten Bergers. Zwar konnte dieser auf den Höheren SS- und Polizeiführer in Norwegen, seinen Schwager W. Rediess, zählen, dagegen war bei Hanns Rauter, der dieselbe Funktion in Holland innehatte, die Reserve gegenüber der »Germanischen Leitstelle« unverkennbar. Einen gewissen Einfluß auf diese Haltung mag der dortige Reichskommissar Artur Seyss-Inquart ausgeübt haben, der sich den Eingriffen Bergers entschieden widersetzte.

Allmählich wuchsen die Einwände gegenüber der »Germanischen Leitstelle« auch in der Parteikanzlei. Sie wurden dadurch hervorgerufen, daß die Leitstelle Kompetenzen in bezug auf Volksgruppen germanischer Herkunft beanspruchte, die sich im Reich aufhielten und für die sich bis dahin die Gauleiter der NSDAP als zuständig betrachtet hatten. Berger, der die Leitstelle als militärisch-politische Institution verstand, lehnte einen Vorschlag Bormanns ab, die Wahrnehmung ihrer Aufgaben innerhalb des Reichs den Gauleitern zu überlassen, er versprach jedoch, seine Aktivitäten mit diesen auf breiter Ebene abzustimmen.²⁷

Ein Jahr später wies Bormann die Anregung zurück, im Reichsgebiet eine Personalunion der »Gauamtsleiter für Volkstumsfragen« und der »Gauamtsleiter der Germanischen Leitstelle« durchzuführen. Der »Germanischen Leitstelle« warf er vor, sie entfalte eine hektische Aktivität, ohne ihren Aufgabenbereich klar zu präzisieren, und dringe infolgedessen in die Kompetenzbereiche der NSDAP, der allgemeinen Verwaltung und der »Deutschen Arbeitsfront« ein. Während Cassel die Stellungnahme Bormanns für das Ergebnis eines Mißverständnisses hielt, versetzte sie Berger in Rage, da er in ihr ein Symptom für das Mißtrauen der NSDAP gegenüber der angeblich »machthungrigen Schutzstaffel« erblickte. Er verteidigte seinen Vorschlag einer Personalunion als eine Lösung, die die unterschiedliche Behandlung der Germanen und Slawen im Reichsgebiet sichern würde. Überzeugt, daß Bormann die Auflösung der »Germanischen Leitstelle« herbeiführen wollte, drohte er in einem Schreiben an Himmlers persönlichen Adjutanten, Rudolf Brandt, daß er bisher noch jeden Kampf zu Ende geführt habe und daß er auch jetzt ausharren werde, wenn er hierfür das Einverständnis des Reichsführers erhalte.²⁸ Himmler hatte jedoch andere Probleme.²⁹ 1942 kämpfte er um Kompetenzen, die ihm selbst das Monopol im Bereich der Volkstumspolitik und Berger eine zentrale Stellung bei der Realisierung seiner Konzeption in bezug auf die germanischen Völker sichern sollten; allerdings akzeptierte er eine Kompromißlösung, die es der NSDAP erlaubte, ihr Gesicht zu wahren. Im Augenblick, so stellte er fest, lohne eine weitere Auseinandersetzung nicht, vielmehr sei der Kampf mit anderen Mitteln zu führen.

Die Alternative wurde möglicherweise 1944 mit der Schaffung der »Leitstelle Ost«³⁰ verwirklicht, an deren Spitze der sehr junge, erst 31jährige Sturmbannführer Dr. F. Arlt berufen wurde, ein Kenner der Volkstumsfragen in der UdSSR, der in der Regierung des Generalgouvernements Erfahrung gesammelt und in den Reihen einer Division der Waffen-SS an der Ostfront gekämpft hatte, wo er verwundet worden war. Es ist charakteristisch, daß die neue Zentrale nicht unter dem Schild des »Hauptamts für Volkstumsfragen«, sondern im Rahmen des von Berger geleiteten SS-

Hauptamts geschaffen werden sollte. Ihr war die Funktion zugedacht, die Maßnahmen zur Verwendung der Völker Osteuropas für die Zwecke der SS zu kontrollieren. Das erste Gespräch über dieses Thema führten Berger und Arlt am 25. April 1944.³¹ Zwei Monate später, als der Osten bereits vor der Befreiung stand, wurden noch Überlegungen angestellt, wie durch Bildung nationaler SS-Abteilungen die Rassendoktrin umgangen werden könnte. Arlt gelang es, die Leitstelle Ukraine zu schaffen und den Führer der NSDAP in Łódź, L. Wolff, an ihre Spitze zu berufen. Der Kriegsverlauf verhinderte, daß die »Leitstelle Ost« zu konkreten Aktivitäten überging.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. dazu Robert L. Koehl, RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1919–1945: Cambridge/Mass. 1957; ferner die Quellenedition: De SS en Nederland. Documenten uit SS-Archieven 1935–1945. 2 Bde., 's Gravenhage 1976.
- ² Am 11. 11. 1941 legte Hitler in einem Telefongespräch mit Bormann die Abgrenzung der Kompetenzen dieser neuen Institution fest.
- ³ Vgl. die Anordnung Hitlers in Anm. 8. In diesem Lichte ist die Ansicht der holländischen Historiker (s. die in Anm. 1 genannte Quellenedition), Himmler habe den Titel des »Beauftragten« usurpiert, unhaltbar.
- ⁴ Vgl.: Czesław Madajczyk, Polityka III Rzeszy w okupowanej Polsce [Die Politik des III. Reichs im okkupierten Polen]. Warszawa 1970. Bd. 1, S. 368–369, 485, 488, 492.
- ⁵ Anordnung des RFSS über den Aufbau der Volkstumsarbeit der NSDAP (NO-4237).
- ⁶ Lorenz von der VoMi und Greifelt vom RKFDV unterschrieben am 9. 11. 1942 das Protokoll über die Dienstabgrenzung (Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn: Inland II c 39/2 Ki 1 Bd. V).
- ⁷ Gauamtsblatt der NSDAP (Posen), Nr. 23/44 vom 1. 12. 1944 (Staatsarchiv der Wojewodschaft Poznań: C 286/5/23).
- ⁸ Verfügung 2/42, Reichsverordnungsblatt der NSDAP vom 12. 3. 1942. Dieser Text befindet sich auch im Organisationsbuch der NSDAP 1943. Politisches Archiv Bonn: Inland II, Band 214, Schreiben btr. »Errichtung eines HAFV bei der Reichsleitung und von Ämtern für Volkstumsfragen in den Gauen und Kreisen der NSDAP«. In Hitlers Beschluß hieß es: »Ich habe mit meinem Erlaß vom 7. 10. 1939 den Reichsführer SS Heinrich Himmler zum Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums und damit als meinen verantwortlichen Sachbearbeiter für alle Volkstumsfragen eingesetzt. Gemäß Anordnung 7/41 vom 26. 3. 1941 ist der Reichsführer SS Heinrich Himmler als Beauftragter der NSDAP für alle Volkstumsfragen auch deren verantwortlicher Sachbearbeiter.«
- ⁹ Der RFSS wies Cassel am 20. 11. 1941 an, sich jeweils im Lauf von zwei Wochen nacheinander mit der Arbeit des RSHA, der VoMi und des Stabshauptamts im Bereich Volkstumsfragen vertraut zu machen (Bundesarchiv Koblenz [BAK], NS 19 neu 1904). Das fünf Tage zuvor stattgefundene Gespräch des RFSS mit Berger legt die Vermutung nahe, daß der ursprüngliche Kandidat W. Kinkelin gewesen ist, der später im Ministerium für die besetzten sowjetischen Gebiete tätig war.
- ¹⁰ BAK: R 19/13, S. 39–40. Die Verfügung Hitlers 2/42 wurde als »Anordnung über die Aufgaben der Volkstumsarbeit der NSDAP, die Zuständigkeit der Hauptämter der SS und die Mitarbeit bei dem Beauftragten der Partei für alle Volkstumsfragen« bezeichnet. Mit Sicherheit erhielten die anderen Mitarbeiter Himmlers im SS- und Polizeipararat ähnliche Anweisungen, allerdings fehlt es hierfür an Belegen.
- ¹¹ »Das Hauptamt für Volkstumsfragen leitet die Anregungen und Weisungen der Hauptämter der SS auf ihren Arbeitsgebieten an die jeweils zuständigen Dienststellen der Partei weiter« (vgl. Anm. 10).
- ¹² De SS en Nederland, Bd. 2, S. 978–979.
- ¹³ Im Bericht des Chefs des RuSHA vom 6. 10. 1942 wird lakonisch festgestellt:

- »Bekanntgabe der Einrichtung – Einzelheiten über die anlaufenden Arbeiten sind noch nicht zu machen.« Dok. NO 1600, S. 12.
- ¹⁴ Dabei wurde ihm der Volksbund für das Deutschtum im Ausland angeschlossen.
- ¹⁵ Andrzej Szefer, *Hitlerowskie próby zasiedlenia ziemi śląsko-dąbrowskiej w latach II wojny światowej (1939–1945)* [Nationalsozialistische Versuche in den Jahren des II. Weltkriegs (1939–1945), das schlesisch-dombrauer Gebiet zu besiedeln.]. Katowice 1984, S. 96–97.
- ¹⁶ Anfang 1941 war er vom RuSHA nach Prag geschickt worden, um die Rassenmerkmale der Tschechen zu bestimmen.
- ¹⁷ Institut Zachodni [Westinstitut], Poznań: Dok. I, 356, Reichsleitung an HAFVF, 25. 10. 1943.
- ¹⁸ Hierzu die Dokumente im Bd. 4 der Documenta Occupationis Teutonicae: Niemiecka Lista Narodowa w »Kraju Warty« [Die Deutsche Volksliste im »Warthegau«]. Ausw. von Dokumenten. Poznań 1949. Vor Höppner hatten Dr. K. A. Coulon sowie K. Drendel das Ressort für Volkstumsfragen geleitet. Mitte 1944 wurde Höppner durch Dr. H. Streit ersetzt.
- ¹⁹ Gauamtsblatt 1/43 vom 19. 6. 1943.
- ²⁰ Westinstitut, Dok. I 366, Vermerk. In die Kompetenz des GAFV gehörte auch die Aussonderung der sog. Leistungspolen aus der polnischen Gesellschaft.
- ²¹ Entwicklung, Organisation, Arbeitsleistung der Dienststelle des Gauleiters und Oberpräsidenten als Beauftragter des RFSS – RKFDV in Oberschlesien, September 1943 bis Januar 1944 (BAK: R 49, S. 17). Die Information über die Kontrolle des GAFV in Kattowitz durch Cassel brachte die »Oberschlesische Zeitung« vom 21. 1. 1944 im Artikel: »Ein weiterer Schritt zur Lösung der Volkstumsfragen in OS.« Bei dieser Gelegenheit führte Cassel Gespräche mit dem Gauleiter Fritz Bracht und dem Gaustabsamtsleiter Roden über den Teil der polnischen Bevölkerung, der in die Gruppe III der DVL aufgenommen worden war.
- ²² Die sieben Referate des Außenamts in Flandern umfaßten: Schulung der SS, Propaganda, »Ahnenerbe«, Administration, Beeinflussung der Jugend, Ansiedlung, »Lebensborn« (BAK: NS 21 / 930 / Schema).
- ²³ Bis dahin war Berger hinsichtlich der Freiwilligenwerbung von »Germanen« für die Waffen-SS enttäuscht worden. Es mag sein, daß Himmler und Berger damit rechneten, den Widerstand der Norweger, Flamen und Holländer brechen und weitere Freiwillige gewinnen zu können.
- ²⁴ »Es ist wesentlich, über die Waffen-SS eine Führungsschicht von wertvollen Elementen herauszuziehen und so klar auszurichten, daß sie sich zum germanischen Gedanken restlos bekennt.« (Politisches Archiv Bonn: Inland II g. B. 344: Bericht Bergers an das Auswärtige Amt).
- ²⁵ Vgl.: David Barnouw, *Van NIVO tot Reichsschule. 's Gravenhage 1981*, S. 383.
- ²⁶ Unter anderem kam es bei der Organisation der Marburger Tagung, an der dänische, holländische und flämische Kollaborateure teilnahmen, zu Mißverständnissen. (Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Bd. III, Dok. 302).
- ²⁷ BAK: NS 19 neu / 2658, Schreiben Bergers an Cassel vom 29. 2. 1943.
- ²⁸ De SS en Nederland (wie Anm. 1), Bd. 2, S. 1312–1313.
- ²⁹ Ebenda, S. 1007, 1229, 1306, 1312–1315.
- ³⁰ Im August 1942 war im Rahmen des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete die Zentralstelle für Angehörige der Ostvölker geschaffen worden, die allerdings keine größere Rolle spielte.
- ³¹ Dazu Jürgen Thorwald, *Wen sie verderben wollen*. Stuttgart 1952.

Terror
Verweigerung und Widerstand

Kirche in der Diktatur: Die deutsche Erfahrung von 1933/34

von Karl Dietrich Bracher

Vor mehr als fünfzig Jahren, inmitten der betäubenden und unterdrückenden, verfolgenden und verführenden Machtergreifung der Nationalsozialisten in Deutschland, erhoben auf einer ersten sogenannten »Bekenntnissynode« vom 29. bis 31. Mai 1934 in Barmen 139 Vertreter aus 18 evangelischen Landeskirchen nach heftigen Diskussionen ihre einheitliche Stimme zu sechs großen Thesen, die sowohl gegen die innerkirchliche Gleichschaltung wie gegen Eingriffe durch das neue totalitäre Regime in Deutschland gerichtet waren. Es geschah besonders deutlich in der 5. These, die geradezu auf das Dritte Reich selbst zielte: »Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden und also auch die Bestimmung der Kirche erfüllen.«¹ Das war ein neuer, bislang unerhörter Ton in dieser Zeit der politischen und geistigen Kapitulation aller Parteien und Organisationen in Deutschland – ein Ton und Zeichen von Widerstand in einer Zeit der erklärtermaßen totalen Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft. Der Einspruch kam aus einem Lager, das keineswegs zu den Verteidigern der zerstörten Weimarer Republik, eher zu ihren Verächtern gehört hatte und wohl auch weiterhin gehörte. Denn von Demokratie war zumal in den Kirchen nicht die Rede; sie galt den meisten als falsch oder jedenfalls als gescheitert.²

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären, der auch den heutigen Streit um eine aktuelle Interpretation der damaligen Ereignisse durchzieht?

Politische Einordnung

Die Geschichte der Kirchen in Deutschland hat unter sehr verschiedenen Gesellschafts- und Staatsformen immer wieder in Entscheidungssituationen geführt, die sie nach beiden Seiten – zum Staatlichen wie zum Christlichen hin – in Konflikte, Irrwege und Versagen geraten ließ. Immer wieder stand vor allem der Protestantismus zwischen zwei großen Gefahren: einerseits einer Tendenz zur Staatsfrömmigkeit – Thron und Altar das Schlagwort der monarchischen Periode³ – und andererseits einer Tendenz zur Anpassung an gängige gesellschaftliche Strömungen und politische Ideologien – so an die antidemokratischen Wellen der Zwischenkriegszeit in der Weimarer Republik, aber auch an nationalistische oder sozialistische Revolutionsbewegungen in aller Welt, zumal seit dem Zweiten Weltkrieg.⁴

Durch einige Begriffe und Slogans wird dies sehr scharf markiert. Vor fünfzig Jahren standen die Christen, und nicht nur die Protestanten, inmitten einer verführerisch drängenden und zugleich drohenden »nationalen Erhebung« unter der Frage: Kirche in der Diktatur. Heute in der Bundesrepublik stehen sie, wie in der gescheiterten ersten Republik, unter dem Signum: Kirche in der Demokratie. Wie verhalten sich Christen, wie ihre Kirchen unter diktatorischen, wie unter demokratischen Verhältnissen? Welche Bedeutung haben christliche Doktrinen und christlicher Glaube, konfessionelle und moralische Überzeugungen in politischen Entscheidungssituationen? Vor allem dann, wenn große säkulare Ideologien die Politik rechtfertigend vorantreiben und totale Geltung beanspruchen, wie dies in unserem Jahrhundert seit der kommunistischen Oktoberrevolution von 1917, aber auch nach den faschistischen und nationalsozialistischen Machtergreifungen von 1922 und 1933 der Fall war.⁵ Auch die liberalen und demokratischen Staats- und Gesellschaftsauffassungen mit ihrer relativierenden und säkularisierenden Wirkung bedeuteten eine Herausforderung, freilich so, daß Otto Dibelius in seinem gleichnamigen Buch von 1926 geradezu ein »Jahrhundert der Kirche« ankündigte, das neue Chancen für Religiosität eröffne, wenn die christliche Kirche als Bollwerk des Abendlandes verstanden werde. Er meinte damals, der Zusammenbruch der alten Ordnungen 1918 und die Drohungen des Bolschewismus schüfen gerade freien Raum für eine große Zeit der Kirche: »Daß eine Mauer stehe, die die christliche Kultur des Abendlandes schirme, nachdem kein Staat sie mehr schirmen will.«⁶

Aber er verkannte damals wie viele, daß es nicht die Demokratien waren, die nach 1918 im Aufwind standen, sondern daß den Kirchen eine viel gefährlichere Konkurrenz erwachsen war: eben die modernen Ideologien als Träger totalitärer Bewegungen und Instrumente totalitärer Verführung.

Statt einer Erneuerung der Kirche angesichts der Entwicklungs- und Modernitätskrise des Christentums kam der Aufstieg politischer Religionen, politischer Glaubenssysteme und Pseudotheologien. Sie mochten in sehr unterschiedlicher staats- und gesellschaftspolitischer Form, in rechter oder linker Verkleidung auftreten.⁷ Heute sind die Mehrzahl der Staaten in aller Welt Diktaturen, und in Deutschland selbst ist die Frage nach dem Verhältnis von Kirche und Politik unter diktatorischen Verhältnissen akut geblieben, auch wenn es nun etwa in der DDR heißt: »Kirche im Sozialismus«.⁸

Damit sind einige der fundamentalen Probleme bezeichnet, die vom Historischen wie vom Begrifflichen her unseren Rückblick auf die frühe Geschichte des Kirchenkampfes unter der Herrschaft des Nationalsozialismus bestimmen. Denn daß er aktuell und aufschlußreich ist, alles andere als eine bloß historische Betrachtung und Erinnerung, das zeigt sich bei jeder Berührung mit dem Gegenstand, sei sie nun theologisch oder politisch begründet. Und es ist, wie sehr vieles in unserer jüngsten Geschichte, als eindringliche und warnende *Erfahrung* ernst zu nehmen – auch im Blick auf das, was heute damit geschieht.

In der Tat: So täuschend es wäre, von »Kirche im Nationalsozialismus« zu sprechen, als ob diese vereinbar wären, so problematisch erscheint die fast idyllische Formulierung von der »Kirche im Sozialismus«. Vielmehr geht es bei allen historischen Unterschieden in beiden Fällen, im Dritten Reich damals wie in den »sozialistischen« Staaten heute, vor allem um die Frage: Kirche in der Diktatur – und zwar in einer Diktatur, die sich als allumfassende Volksherrschaft berufen und durch plebiszitäre Akklamation legitimiert fühlt.⁹

Ich bin mir bewußt, mit solchen historisch-politischen Hinweisen gegen ein Tabu zu verstoßen, mit dem heute jeder Vergleich von linken und rechten Diktaturen gerne belegt wird. Aber eine solche Tabuisierung geht nicht nur auf Kosten der intellektuellen Wahrheit, sondern auch der realen Verantwortung, weil damit von vornherein auf eine klare Benennung von politischen Sachverhalten verzichtet wird. Und mit dem Zögern, die Dinge (Realität) beim Namen zu nennen, beginnt schon immer und vor allem unter den modernen Staats- und Gesellschaftsverhältnissen jene Verschleierung von Vorgängen und Zusammenhängen, die ja gerade zur Errichtung, zum Ausbau und zur Erhaltung moderner, totalitärer Diktaturen ganz wesentlich beigetragen hat.¹⁰

Unterschätzung, Verkennung oder Illusionismus – das sind drei Motive und Formen in jedem totalitären Verführungsprozeß. Sie treten ganz besonders in der fatalen Geschichte der NS-Machtergreifung und Gleichschaltung hervor, die so wesentlich zugleich eine Geschichte der Selbstgleichschaltung großer Teile der deutschen Gesellschaft und ihrer Institu-

tionen gewesen ist. Aber bei diesem Prozeß von 1933/34 werden im Raum der Kirchen auch eher als in anderen Bereichen von Politik und Gesellschaft Grenzen des Totalitären sichtbar, an denen Widerspruch oder sogar Opposition einsetzen konnte. So paradox dies sein mag, es war gerade der Versuch der neuen Machthaber in Deutschland, auf pseudolegale, gleichsam positive Weise durch Umarmung und Inanspruchnahme die Kirchen für die sogenannte »nationale Erhebung« zu gewinnen, der dann den Kirchenkampf entfacht und damit zum ersten und (fast) einzigen Male die totalitäre nationalsozialistische Gleichschaltungspolitik in Frage gestellt, ja teilweise durchbrochen hat.

In dieser Kombination von pseudochristlicher Umarmungstaktik und Repressionspolitik unter dem Nationalsozialismus lag der große Unterschied zur Lage in kommunistischen, betont atheistischen Staaten, mochten diese auch zeitweilig regimetreue Bewegungen z. B. im Zeichen einer Versöhnung von Marxismus und »christlichem Sozialismus« fördern.¹¹ Darin bestand die so viel unmittelbarere, existentielle Gefahr für die christlichen Kirchen im Dritten Reich: daß Hitler und die Seinen sie zunächst durchaus zu Kirchen im Nationalsozialismus machen, sie für die Legitimation und Stützung des totalitären Regimes selbst einsetzen wollten: als Kirchen für den Nationalsozialismus, wie es im extremen Fall der Deutschen Christen, der »SA Jesu Christi«,¹² ja zunächst auch geschehen ist.

Ein Vorbild gab übrigens nicht zuletzt die Geschichte des italienischen Faschismus, die zunächst erfolgreiche Kirchenpolitik Mussolinis wenige Jahre zuvor, die dieser dann auch 1933 Hitler ausdrücklich zur Nachahmung empfohlen hat. Die Konsolidierung der faschistischen Machtergreifung ist ohne den verführerischen Kurs der »Lateranverträge« Mussolinis mit dem Vatikan 1929 nicht denkbar, und in der Tat hat Hitler gegenüber der katholischen Kirche mit dem raschen Abschluß des Konkordats im Juli 1933 Ähnliches unternommen oder jedenfalls versucht. Ein italienischer Kenner der Vorgänge hat dies soeben treffend in zwei Sätzen umrissen: »Das von Mussolini angestrebte Ziel war, die Kirche zu »nationalisieren«, die kirchlichen Hierarchien für die große, nationale Sache zu mobilisieren und die geistigen Werte und die christliche Religiosität der Kirche für das Regime zu gewinnen. Ein Regime, das – wie das faschistische – auf Glauben gegründet ist, kann keine oppositionelle und eigenständige Kirche neben sich tolerieren.«¹³ Ähnliches traf nun in Deutschland besonders auf die evangelische Kirche zu, die noch größeres Gewicht als die katholische besaß und sich auch als noch anfälliger, verführbarer erwies – gegenüber einem Regime, das seinen Totalitätsanspruch viel radikaler als der Faschismus geltend machte, und vor allem durch seine extrem rassistische Herrschaftspolitik alle bisherigen Diktaturen übertraf.¹⁴

Die historischen Vorgänge

Betrachten wir aber zunächst einmal kurz den politischen Hintergrund und Zusammenhang. Das, was ich die Stufen des demokratischen Machtverfalls und dann der nationalsozialistischen Machtergreifung bzw. Gleichschaltung genannt habe,¹⁵ ist in seiner verführerischen und zugleich zwingenden Kraft im Raum der Kirchen auf besonders deprimierende Art hervorgetreten – aber dann auch angefochten worden. Das Problem war und blieb, wie im Übergang zu einer Diktatur die politische Stellung der Kirche und des Christen zu verstehen sei. Macht und Einfluß der Kirchen hatten auf Hitler von jeher großen Eindruck gemacht, wenngleich er nur für ihre äußeren Erscheinungs- und Wirkungsformen, nicht für die religiöse Substanz hinter den Institutionen ein Organ besaß.¹⁶ Für den Prozeß der geistigen Gleichschaltung mußte das Problem der Kirchenpolitik erste Bedeutung besitzen. Der nationalsozialistischen Führung schienen sich im Zuge der Machtergreifung zwei Wege zu bieten: der Weg des Kompromisses und der schrittweisen Einfügung der Kirchen in das nationalsozialistische System, das sie dann mit zu stützen und zu legitimieren hatten, oder der Weg des Kampfes und der Durchsetzung des Alleinanspruchs einer antikirchlichen nationalsozialistischen Weltanschauung, die früh schon in den Versuchen Rosenbergs und der rassistischen Ideologen zur Wiederbelebung altgermanischer »nordischer« Heldenmythen, dann in der Gründung einer »Deutschen Glaubensbewegung« einen Ausdruck gefunden hatte.¹⁷

Es entsprach Hitlers Taktik gegenüber dem Problem von Partei und Staat, daß zunächst bewußt der erste Weg beschritten und weitergehende Entwürfe einer nationalsozialistischen Staatsreligion zurückgehalten wurden, obgleich schon Hitlers Buch »Mein Kampf« neben unverbindlich pseudochristlichen Phrasen und der scheinbar plausiblen Betonung gegenseitiger Nichteinmischung von Religion und Politik mit der rassistischen Forderung nach völkischem Christentum zugleich eine kaum verhüllte Kampfansage an die Kirchen im Sinne einer intoleranten, allgemeinverbindlichen neuen Weltanschauung enthalten hatte. Gemäß der verschiedenartigen Struktur der beiden christlichen Konfessionen schien jener taktische Weg im Falle des Protestantismus über eine Eroberung der Kirche von innen, vor allem durch nationalsozialistische Parteigänger in der Geistlichkeit zu führen; im katholischen Falle sollte dasselbe durch die Zerschlagung des politischen Katholizismus und ein damit verknüpftes Abkommen mit dem Vatikan geschehen, dessen propagandistische Ausnützung auf eine Gewinnung der Hierarchie wie der Gläubigen für das neue Regime gerichtet war.¹⁸

Erst als dieser Kurs im einen Fall durch das Entstehen einer Bekennen-

den Kirche gegen die Deutschen Christen, im anderen durch die Ambivalenz der Konkordatspolitik und die Homogenität des deutschen Katholizismus seine politische Funktion verfehlte und sogar ungeahnte Widerstandskräfte hervorrief, wurde er aufgegeben zugunsten einer freilich zögernden, nur im Bereich der SS voll einsetzenden Wendung zur antichristlichen, meist eher a-christlichen Weltanschauungspolitik. Die dramatischen Ereignisse in der zweiten Hälfte des Jahres 1933 und ihre Fortwirkungen im folgenden Jahr haben die Gleichschaltungssillusionen dann entlarvt. Der Machtergreifungsprozeß stieß hier an Grenzen, während er auf allen anderen Gebieten erfolgreich abgeschlossen wurde. Die Weichenstellungen des Kirchenkampfes bestimmten auch die weiteren Entwicklungen in der Kirchenpolitik des Dritten Reiches.

Der Verlauf dieses Kirchenkampfes läßt in seinem überaus komplizierten Anfangsstadium wie in den wachsenden Konflikten in der Tat eine Wendung des Gleichschaltungsprozesses im Bereich der Kirchenpolitik sichtbar werden. Zugleich freilich auch seine Grenzen: denn gerade der unaufhaltsame Gewichtsverlust der zunächst dominierenden Deutschen Christen und schließlich das Scheitern der Bemühungen um einen nationalsozialistischen Reichsbischof wie auch die rasche Verschärfung des Verhältnisses zwischen NS-Regime und katholischer Kirche seit dem Herbst 1933 bezeichneten den ersten Rückschlag der totalen Machtergreifung. Ein erster fühlbarer Widerstand von ausgreifender Wirkung fand hier seinen Ansatzpunkt. Für die Frage nach den Grenzen der totalen Machtbefestigung und dem Beginn einer Widerstandsbewegung erwächst daraus die wichtige Einsicht, daß es nach der Unterdrückung der geschlagenen demokratischen Gruppen solche neuen antitotalitären Impulse sind, die sich einer mit allen Mitteln moderner Staatsmanipulation betriebenen totalen Gleichschaltung am ehesten zu entziehen vermögen.¹⁹ Diese Beobachtung hat sich später auch in Bereichen des Militärs, der Beamtenschaft, konservativer Familien bestätigt, die ja bislang in Deutschland nach Tradition und politischer Richtung zumeist keine Stützen demokratischer Staatsgesinnung und Staatspraxis waren und zunächst auch kaum solche Ziele hatten, aber mit der Regung des Gewissens und der Forderung nach Recht und Freiheit gegen Diskriminierung und Verfolgung der Diktatur widerstrebten – und das war das Entscheidende.²⁰

Wenn schließlich allein die christlichen Kirchen eine größere öffentlich sichtbare Bewegung der Distanzierung vom nationalsozialistischen Totalanspruch in Gang gebracht haben, so kam dies tatsächlich erst nach mancherlei Verirrung und Selbsttäuschung zustande und blieb in seiner eigentlich politischen Wirkung durchaus begrenzt. Zwar war die religiöse Fundierung des Protestes ein besonderes Moment der Stärke; sie konnte aber

zugleich auch einschränkend wirken, insofern sie nicht ohne weiteres eine politische Stellungnahme und Stoßrichtung einschloß, sie im Gegenteil oft behinderte. Dies Problem erscheint besonders bedeutsam, wenn die Betrachtung auf die institutionellen und politischen Aspekte des Kirchenkampfes gerichtet wird, sosehr sie den geistig-religiösen Hintergrund im Auge behalten muß.

Dabei bleibt wichtig, daß der protestantische Kirchenkonflikt nicht nur durch die Existenz des Dritten Reiches hervorgerufen wurde, wie dies für die katholische Kirche zutrif, sondern an eine längerwährende innere Auseinandersetzung des Protestantismus anknüpfte, die teils theologische, teils organisationspolitische Aspekte besaß, auch wenn die politische Wirkung dann weit über die ursprünglichen Konflikte hinausging und die antinationalsozialistische Kirchenbewegung daran oft nur äußerlich anknüpfte.²¹

Welches waren die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung? Schon bei den preußischen Kirchenwahlen vom November 1932 hatten die Deutschen Christen dank starker nationalsozialistischer Unterstützung ein Drittel der Sitze vor allem in den östlichen Provinzen errungen, jedoch auch starke Einbrüche in Nassau, Thüringen und Baden erzielt. In den ersten Monaten von 1933 gelang ihnen mit kräftiger Nachhilfe von Staat und Partei tatsächlich eine gewisse »Machtergreifung«.²² Am 23. Juli 1933 kam es unter scharfem Gleichschaltungsdruck von oben schließlich zu einem politisch manipulierten, vor allem auch durch bisherige Nichtwähler entschiedenen Wahlsieg der Deutschen Christen, die nun z. T. in NS-Uniform in die Kirchenbehörden und Synoden einzogen, ihre meist jugendlichen »alten Kämpfer« zu Bischöfen, Präpsten und Oberkonsistorialräten machten und neben der verstärkten Ausschaltung aller Gegner jetzt auch – entgegen der neuen Kirchenverfassung – die »Arisierung« der Kirche betrieben.²³ Die Parallelen zur politischen Machtergreifung waren in allen Details sichtbar, terminologisch wie sachlich. Sie gingen bis zu dem Stolz der Deutschen Christen, entsprechend der NS-Revolution der Jugend und der nationalsozialistischen Manipulierung des Generationsproblems, in dem 31jährigen Landesbischof von Braunschweig, Wilhelm Breye, den »jüngsten Bischof der Welt« zu besitzen (der übrigens später wegen Unterschlagung von Kollektengeldern vor Gericht gestellt wurde).²⁴

In diesem Augenblick der scheinbar vollständigen Gleichschaltung auch der evangelischen Kirchen formierten sich die bisher zersplitterten Widerstandskräfte erstmals zu einer geschlossenen Gruppe. Ihre Impulse kamen von verschiedenen Seiten, doch gehörten besonders auch junge Theologen wie der 27jährige Berliner Privatdozent Dietrich Bonhoeffer, den das Regime dann suspendieren, 1943 inhaftieren und schließlich hinrichten ließ,

zu den entschiedensten Vertretern schon des frühen kirchlichen, dann auch des politischen Widerstands.²⁵ Bonhoeffer hatte bereits eine Rundfunkvorschau zum 1. Februar 1933 und einen Vortrag vor der Hochschule für Politik im März zur warnenden Auseinandersetzung mit dem Führerbegriff benutzt; im April 1933 war er in einem Vortrag über »Die Kirche vor der Judenfrage« für die unveräußerliche Gleichberechtigung der Judenchristen, sodann mit dem Beginn der Auseinandersetzung um die Kirchenwahlen und den Reichsbischof auch im Raum der Berliner Universität gegen die deutschchristliche Machtergreifung in der Studentenschaft und schließlich als Initiator jungreformatorischer Wahlaufrufe aufgetreten. Am 7. September wurde eine von dem Dahlemer Pfarrer Martin Niemöller und Bonhoeffer gezeichnete Erklärung gegen den »Arierparagraphen« in der Kirche verbreitet. Schon vorher hatten sich, auch im Rheinland und in Westfalen, oppositionelle »Pfarrerbruderschaften« gebildet, und am 21. September, noch vor Beginn der zur Besiegelung der Gleichschaltung nach Wittenberg einberufenen »Deutschen Nationalsynode« – was Friedrichs des Großen Potsdam für die politische Umwälzung war, sollte Luthers Wittenberg für die kirchliche »Erhebung« symbolisieren –, schrieb Niemöller, der selbst 1932 der nationalsozialistischen Partei angehörte, einen neuen Brief an seine Amtsbrüder, in dem das vielfach gewaltsame Vorgehen der Deutschen Christen scharf angegriffen und alle Pfarrer aus Protest dagegen zum Zusammenschluß in einem »Pfarrernotbund« aufgefordert wurden.²⁶

Erstes Ziel dieser Initiative war der Kampf gegen den Arierparagraphen, doch zugleich, in Anknüpfung an die aufwühlenden Schriften des Bonner Theologieprofessors Karl Barth, der sich, auch als Schweizer, vom Rausch der nationalen Begeisterung freigehalten hatte,²⁷ die Forderung nach einer theologischen Neuorientierung. Als am 27. September nach einem Festgottesdienst in Luthers Predigtkirche der Königsberger Militärfarrer Ludwig Müller von der deutschchristlich beherrschten, mit nationalsozialistischem Uniform- und Fahnenpomp ausgestatteten Nationalsynode als dem neuen höchsten Parlament der Kirche zum Reichsbischof »gewählt« wurde und die verführerische Einigung der zersplitterten evangelischen Kirchen verhieß – so wie Hitler mit der totalen Einigungsparole erfolgreich war –, konnte das zwar wie ein Endsieg der Deutschen Christen erscheinen, die jetzt fast überall, besonders in Norddeutschland, die Schlüsselstellungen besetzt hatten. Aber eben auf dieser Nationalsynode erklärte nun der neue »Pfarrernotbund« im Namen von zunächst 2000, später bis 7000 Pfarrern seine Entschlossenheit zur Unterstützung der Verfolgten und zur Verteidigung des evangelischen Bekenntnisses gegen einseitige Politisierung, Zwang und Arierparagraphen. Es ist diese in mutigem Einsatz unter den Teilnehmern der Synode verteilte und an Straßenbäume genagelte Erklä-

zung vom 27. September 1933, die als das erste wirkliche Dokument des kirchlichen Widerstands gilt.²⁸ Am 20. Oktober folgte die Wahl eines zentralen »Bruderrats« des Pfarrernotbundes, dessen Geschäftsführer Niemöller wurde.

Damalige Konsequenzen

So liegt schon im Herbst 1933 ein erster Wendepunkt des Kirchenkampfes, der Beginn eines kirchlichen Protests. Mit der weniger dramatischen, weil nicht derselben inneren Zerspaltung ausgesetzten Opposition der katholischen Kirche bildete sich hier die einzige Großgruppe eines Widerstands gegen völlige Gleichschaltung. Die Notbundpfarrer, die selbst unter dem Druck und den Richtungskonflikten der Folgejahre zwischen 4000 und 5000 zählten, beantworteten neue Kampfansagen noch im Januar 1934 mit Kanzelabkündigungen, die entschieden nicht nur gegen die Deutschen Christen, sondern auch gegen Reichsbischof Müller selbst gerichtet waren. Wohl griffen in diesem Augenblick Hitler und Göring mit vorübergehendem Erfolg noch einmal ein;²⁹ bei ihrer Audienz am 25. Januar 1934 mit Kirchenführern aus beiden Lagern wich die Opposition erneut zurück und ließ sich zwei Tage später durch Müller zur Billigung einer Ergebniskundgebung überrumpeln, die zum Einschwenken eines Teils des Pfarrernotbunds führte; und schon vorher war die Eingliederung der kirchlich-evangelischen Jugendverbände in die Hitler-Jugend erfolgt. Auch das Ausland hat sich immer wieder täuschen lassen, so, als im August 1934 ausgerechnet nach den großen Mordaktionen um den »Röhmputsch« die Weltkonferenz der Baptisten in Berlin abgehalten wurde: ein neuer Propagandaerfolg für das nationalsozialistische Regime, das freikirchlichen Splittergruppen in diesem Fall mehr Bewegungsraum zubilligte und dadurch starke Sympathien in den großen angelsächsischen Freikirchen hervorrufen konnte.³⁰

Aber inzwischen hatten sich die Gegenkräfte doch entschiedener zu konsolidieren vermocht. Sie stützten sich auf die Arbeit der »Widerstandssynoden«, eine Reihe teils regionaler, teils überregionaler Entschließungen, deren Folge eine ständig zunehmende Vertiefung und Ausbreitung der Bekennenden Kirche und ihrer Führungsorgane, zumal des »Reichsbruderrats« war, die in zahlreichen Erklärungen ihren Widerstandswillen gegen die reichskirchlichen Gleichschaltungsmaßnahmen bekräftigten. Und hier nun gewann die Entschließung der Bekenntnissynode in Barmen am 31. Mai 1934 besondere Bedeutung; ein weiterer Protest der Bekennenden

Kirche gegen die stetig wachsenden Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen folgte auf einer zweiten Tagung in Berlin-Dahlem im Oktober 1934.³¹ Vorher hatte der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche seinen Mitgliedern geraten, den von Müller am 9. August 1934 befohlenen Dienst-eid neuen Stils – die Parallele zu dem Soldateneid nach Hindenburgs Tod war deutlich – nicht zu leisten. Wenig später stellten die Machthaber den Kampf gegen die württembergische und bayerische Kirchenleitung vorläufig ein. Autorität und Ansehen des Dritten Reiches selbst erschienen bedroht durch das innere Widerstreben und die peinlichen Protestentschlüsselungen, die sich auch auf ökumenischen Konferenzen trotz Gegenbemühungen deutschchristlicher Delegationen im Ausland Gehör verschafften.³²

Die Folgen waren ganz außerordentlich. Hitler kam der offene Austrag eines tiefgreifenden Kulturkampfes nicht gelegen: Als die oppositionellen Kirchenführer am 22. November 1934 zur Bildung einer förmlichen kirchlichen Gegenregierung schritten, der »Vorläufigen Leitung der Deutschen Evangelischen Kirche«, zog sich 1935 auch die nationalsozialistische Führung von ihrem Reichsbischof zurück. Der bisherige Kurs einer Gleichschaltung von *innen* wurde nun zugunsten einer rigorosen staatspolitischen Kontrolle von *außen* aufgegeben.³³

Indem es sich von den Deutschen Christen zurückzog, unterband das Regime in der Folge zugleich jede offene Diskussion kirchenpolitischer Fragen und konzentrierte sich auf die scharfe Überwachung und Unterdrückung aller politisch relevanten Vorgänge im kirchlichen Raum. Wohl war der Kirchenkampf nicht zu Ende; er verlagerte sich seit 1934/35 jedoch von der Ebene offener Auseinandersetzung und massiver politisch-staatlicher Einmischungs- und Machtergreifungsversuche in die Bereiche innerer Einzelkonflikte sowie der Verfolgung und Unterdrückung aller freien Meinungsäußerungen. Nun galten die Anstrengungen der Machthaber nicht mehr dem anfangs versuchten Einbau der Kirchen in die nationalsozialistische Totalherrschaft, sondern ihrer Verdrängung und schließlich Zerschlagung. Auch wenn dann die Anforderungen des Krieges diesen Kurs zeitweilig überlagerten, so hat doch Hitler selbst, für den der kirchenfreundliche Kurs der Anfangszeit nichts als politische Taktik gewesen war, keinen Zweifel an dem Charakter der endgültigen Bereinigung des Kirchenproblems gelassen. Sein zuletzt wohl mächtigster Mitarbeiter, Martin Bormann, hat in einem vertraulichen Rundschreiben an alle Gauleiter schon im Juni 1941 diese Wendung von der Taktik der »christlich-nationalen« Machtergreifung zur Strategie der antikirchlichen, antichristlichen Endlösung unmißverständlich umschrieben, indem er aus der Unvereinbarkeit von Nationalsozialismus und Christentum entgegen den parteiamtlichen

Postulaten des deutschchristlichen Intermezzos lapidar folgerte: »Ebenso wie die schädlichen Einflüsse der Astrologen, Wahrsager und sonstigen Schwindler ausgeschaltet und durch den Staat unterdrückt werden, muß auch die Einflußmöglichkeit der Kirchen restlos beseitigt werden ... Das Interesse des Reiches liegt nicht in der Überwindung, sondern in der Erhaltung und Verstärkung des kirchlichen Partikularismus.«³⁴

So gingen auch nach dem gescheiterten Angriff auf die Gesamtorganisation der Kirche und gerade jetzt die Bedrohungen, Absetzungen, Verhaftungen unvermindert weiter. Welches Schicksal den Kirchen bestimmt war, ist besonders im Terrorregime des früheren preußischen Kirchenkommissars August Jäger demonstriert worden, der seit 1939 den »Mustergau« Wartheland mit schärfster Kirchenverfolgung beherrschte.³⁵ Immer wieder setzten sich als Antwort darauf ganze Gemeinden zu offenem Protest durch Demonstration und Unterschriftensammlung in Bewegung. Der Plan einer gleichgeschalteten, als Instrument geistiger Nazifizierung benutzten »Nationalkirche« scheiterte vollständig, und die Art, wie Hitler sein Werkzeug Müller fallenließ, mag darauf hindeuten, wie unsicher sich selbst der seit 1934 schon unumschränkte Diktator dem unerwartet starken Widerspruch gegenüber fühlte.³⁶

Freilich war es den Nationalsozialisten durch die Taktik der Infiltration und des *Divide et impera* gelungen, im innerkirchlichen Bereich chaotische Zustände zu schaffen und sich des kirchlichen Verwaltungsapparates weitgehend zu bemächtigen. Zudem war den Machthabern wenig an den ohnehin verachteten theologischen Auseinandersetzungen gelegen, wenn sie selbst unter den Deutschen Christen zu Zweifeln und Kritik führten und das Gegenteil einer Gleichschaltung bewirkten: Als »Pfaffengezänk« abgetan, nutzte es die NS-Propaganda noch zur Stimmungsmache gegen die Kirchen.

Beurteilung und Schlußfolgerung heute

Die Stuttgarter Schulderklärung von 1945 hat auszudrücken gesucht, wie sehr auf den evangelischen Kirchen wie allen anderen gesellschaftlichen Gruppen das Versagen von 1933 und selbst im Widerstand lastete. Es wog besonders schwer bei der zwiespältigen Haltung in der sogenannten Judenfrage: Auch die Barmer Erklärung schwieg dazu. Die Kritik am Arierparagraphen³⁷ hinderte nicht das Fortleben eines traditionellen Antisemitismus. Dem teilweise erfolgreichen Protest gegen die Euthanasie-Mordpolitik von 1939/41 entsprach kein ähnlicher gegen die Ermordung der Juden,

mit der späten Ausnahme einer mutigen Erklärung der preußischen Bekenntnissynode zu Breslau im Oktober 1943.³⁸ Wohl bedeutete schon die Barmer Erklärung die bemerkenswerte Ablehnung einer totalitären Staatsideologie. Aber wie Karl Barth aus seinem ursprünglichen Entwurf wenige Tage vor der Barmer Synode sogar noch die wörtliche Ablehnung jeder »Gleichschaltung« der Kirche mit dem Staat streichen mußte,³⁹ um für die Erklärung möglichst viele zu gewinnen, auch wenn diese größtenteils einen politischen Widerstand ablehnten, so beschränkte sich die Barmer Erklärung selbst auf die Kritik am totalen Staat, schwieg aber zu der diesem Staat übergeordneten totalitären Bewegung und ihrer Rassenideologie, die doch den eigentlichen Kern des NS-Systems in Theorie und Praxis bedeuteten – und die letztlich auch die unmenschliche Vernichtungspolitik bestimmten, während der Staat von Hitler stets nur als Instrument betrachtet wurde. Hier lag übrigens ein entscheidender Unterschied zum autoritären, staatsorientierten italienischen Faschismus – und eine Affinität zum politisch-ideologischen, totalitären Terrorsystem des Stalinismus.⁴⁰

Der kirchliche Widerstand war im Blick auf den totalen Herrschaftsanspruch des NS-Regimes ein Politikum; er bedeutete aber nicht eigentlich *politischen* Widerstand im strengen Wortsinn, insofern er in den meisten Fällen nicht gegen die nationalsozialistische »Obrigkeit«, sondern auf Wahrung der kirchlichen Autonomie und theologischen Lehrfreiheit gerichtet war. Überdies sind die Fronten in den folgenden Jahren vielfach verwischt, sind mannigfache Kompromisse und Konzessionen gemacht worden, die auch im Raum der Kirche den Umfang aktiver Opposition eingeschränkt, ihren Umfang schwer überschaubar gemacht haben. Das Ergebnis war eher eine Art Waffenstillstand, wobei sich weiterhin innere Vorbehalte und Distanz gegenüber der ständig geforderten politischen Partizipation, mutige Nichtgleichschaltung im täglichen Leben und Verhalten ausgewirkt haben. Man mag daher sagen, daß die kirchliche Opposition, sofern sie zugleich Freiheitsraum und Ersatz für fehlenden Pluralismus war, trotz einer betont nicht-politischen Haltung und Selbstbeschränkung gegenüber dem Staat (1. Teil These 5), in eine »Funktion für den politischen Widerstand« rückte⁴¹ und sei es gerade dadurch, daß sie sich der Politisierung durch den Nationalsozialismus widersetzte. Doch den Weg in eine politische Widerstandsbewegung haben nur wenige konsequent beschritten. Zu Recht weist der Bonhoeffer-Biograph und Zeitzeuge Eberhard Bethge darauf hin, daß unter den Akteuren und Opfern im eigentlich politischen, zum Umsturz drängenden Widerstand die Kirchenleute und Theologen den geringsten Anteil hatten.⁴²

Auch die kirchliche Opposition hat sich von den historischen Belastungen, hinter denen theologisch besonders die lutherische Obrigkeitslehre

stand, nicht durchweg befreit. Die Verstrickung in den »Pastorennationalismus«, in den Mythos von Reich, Volk, Vaterland wurde in beiden Kirchen nur von einer Minderheit überwunden. Man hat die kirchliche Opposition gegen den zunächst prinzipiell bejahten NS-Staat als eine »Widerstandsbewegung wider Willen« charakterisiert,⁴³ die aus aufgenötigter Defensive sich gegen »Übergriffe« zu erwehren versuchte, wobei immer neue Anfechtungen auftraten, zumal nach Kriegsausbruch, und Rückfälle in alten Obrigkeitsskult nicht ausblieben.

Aber in den Kirchen besaßen Vorbehalte und Kritik gegenüber dem Regime eine breitere Ausstrahlungskraft als anderwärts. Der ideologischen Gleichschaltungspolitik blieben hier Grenzen gesetzt, die auch Hitler selbst erst nach einem siegreichen Kriegsende glaubte durchbrechen zu können. Bis dahin verließ das Regime sich auf die seit 1933 unaufhörlichen organisatorischen Beschränkungen und Presseverbote, die Inhaftierung auch profilierter Führer, den Abbau theologischer Fakultäten und die Bedrohung aller Pfarrer, die oppositionelle Erklärungen der Bekenntniskirche oder Hirtenbriefe von der Kanzel verlasen. Illegale Aktivitäten und Organisation war die Antwort, zumal in den zerspaltenen evangelischen Kirchen. Die Bekennende Kirche unterhielt eigene Ausbildungsstätten, wo vom Regime mit Rede- und Schreibverbot bestrafte Theologen wie Dietrich Bonhoeffer lehrten; dazu kamen Einrichtungen wie ein kirchliches Hilfswerk für Judenchristen unter Propst Grüber und ein Netz von Kontakten auch zu ausländischen Kirchen.⁴⁴ In jedem Fall aber blieb das Problem, wie weit über den theologisch-ideologischen Konflikt und die Verteidigung eigenständiger Organisation hinaus erkannt wurde, daß die christlichen Kirchen – wie Karl Barth mahnte – nicht nur in eigener Sache zu sprechen und zu handeln hatten.⁴⁵

Das ist nach vielen Irrungen und Täuschungen nur einer Minderheit klargeworden. Auch hier blieb die nationalsozialistische Taktik gefährlich wirksam, die Kapitulation vor der geistigen Gleichschaltung durch pseudochristliche, pseudoreligiöse Tarnung und nationalistische Verführungskraft zu fördern. Jenseits aller Illusionen über die kirchliche Haltung zum Nationalsozialismus gelangten Theologen wie Dietrich Bonhoeffer und der Jesuitenpater Alfred Delp in die vorderste Front der politischen Widerstandsbewegung und waren an den Planungen zum Umsturz und zur politischen Neuordnung aktiv beteiligt. Zur ausgesprochenen Billigung solcher Bestrebungen konnten sich die Kirchen freilich nie durchringen; Revolution und Tyrannenmord standen zu den christlich-kirchlichen Grundpositionen in Spannung, das Dilemma von Gewalt und Schuld blieb selbst im Widerstand gegen die Diktatur ungelöst. Aber unter den Verschwörern des 20. Juli 1944 haben die christlichen Motive neben den moralisch-humani-

stischen, dem liberalen und sozialistischen Demokratiedanken eine wesentliche Rolle gespielt.⁴⁶ Bis zuletzt haben die Machthaber in einer tatsächlichen oder potentiellen Resistenz der Kirchen, zu denen sich noch 1940 bei der Volkszählung 95 % der Bevölkerung bekannten, ein besonders gravierendes Hindernis erblickt. Es nach dem Kriege zu beseitigen, gehörte zu den wichtigsten Zielen des Regimes.

Betrachten wir den Aufstieg einer Überzahl von Diktaturen in unserem Jahrhundert bis heute, so gehören der Gebrauch und Mißbrauch von Ideologie und Religion zu den wichtigsten Elementen im Konflikt der politischen Systeme – zumal bei allen Versuchen zur Unterdrückung von Freiheit und Recht im Namen einer perfekten Gesellschaft, die nach den Verheißungen totalitärer Heilslehren den Himmel auf Erden bringt. Diese totalitäre Versuchung durch politische Religion und Radikalismus, durch pseudoreligiöse Ideologien und pseudopolitische Glaubensmanipulation bleibt eine Gefahr auch unter den so veränderten Verhältnissen unserer Zeit. Damals war eine nominell zu 95 % christliche Nation unfähig, den drei großen Übeln des Nationalsozialismus zu begegnen: der gnadenlosen Verfolgung aller Mißliebigen und besonders der Juden, dem militanten Kriege-Imperialismus und dem politisch-rassistischen Massenmord.

Diese Erfahrung bleibt eine Warnung vor der Hinnahme totalitärer Bewegungen, die ihre Diktatur mit hohen Zielen rechtfertigen, eine Warnung auch vor der Unterschätzung politischer Religionen, die unter christlicher oder nichtchristlicher Flagge die totale Herrschaft erstreben: und zwar sowohl über die Macht des Staates wie über das Denken und die Seele des Menschen.

Freilich liegt die Gefahr nahe, falsche Parallelen und Konsequenzen zu ziehen. Wir sollten zunächst einmal nicht vergessen, daß in Deutschland seit 1918 Widerstand unter der Demokratie und gegen sie weit stärker war als nach 1933 unter der Diktatur und gegen sie.⁴⁷ Wir sollten solche unterschiedlichen Umstände nicht verwirren und verwischen, wenn wir aus Fehlern und Versagen von 1933 lernen oder gar den damals von den meisten versäumten Widerstand nun gegen die Demokratie nachholen wollen. Dabei sind vor allem zwei Typen zu unterscheiden: einerseits Widerstand in dem existentiell-antitotalitären Sinn des kritischen Wortes von George Orwell (1944), daß wirklich antifaschistisch nur der sei, der zugleich antitotalitär sei, was zumal viele Intellektuelle vergaßen;⁴⁸ andererseits die verfassungsmäßige, konstitutionelle Opposition, das demokratische Recht auf Opposition, so wichtig, um den Weg in die Diktatur zu verhindern. Es kann freilich mißbraucht werden gegen die Demokratie selbst – wie von den nationalsozialistischen und vielen anderen Gegnern der Weimarer Republik vor 1933 –, wenn Opposition, die sich in der rechtsstaatlichen Demo-

kratie voll artikulieren kann, verwechselt oder gleichgesetzt wird mit einem existentiellen Widerstandsrecht gegen aktuelle Diktaturregime, wo sogar das Recht, Nein zu sagen, verloren ist und die Würde des menschlichen Lebens selbst auf dem Spiele steht.⁴⁹ Daran ist immer zu denken, wenn es schwerfällt, sich mit den in freier Wahl zustande gekommenen Mehrheitsverhältnissen abzufinden.

Bei aller Sensibilität für das politische und soziale Elend in den meisten Entwicklungsländern ist daher nicht nur aus historischen, sondern auch aus politischen und moralischen Gründen vor jeder vorschnellen Gleichsetzung der Situation und von Kirche und Widerstand in der NS-Zeit mit den Machtkonflikten in der Dritten Welt zu warnen.⁵⁰ Allzu leicht lassen sich christliche Motive der Nächstenliebe, der Mitmenschlichkeit und sozialen Gerechtigkeit einspannen und mißbrauchen von Bewegungen, die selbst diktatorische Methoden und Ziele verfolgen. Und allzu leicht, so scheint mir, neigen heute christliche Aktivisten dazu, unter Berufung auf ein Versagen vor und nach 1933 den »Status confessionis« auszusrufen, wenn im Ringen um heißumkämpfte tagespolitische Entscheidungen, für die anders als im Dritten Reich alle Möglichkeiten der geistigen und politischen Auseinandersetzung bestehen, einseitige Auffassungen mit chiliastischem Pathos zu endgültigen Wahrheiten erhoben werden. Das könnte in bürgerkriegsartige Aufspaltungen der Demokratie, ja in Weimarer Verhältnisse führen, und dies vor allem bei jüngeren Generationen, die keine konkrete Erinnerung an die möglichen Folgen haben, wenn einmal Grundkonsens und Grundregeln der Demokratie zerbrochen werden.

Man sollte sich den Begriff des Widerstands ebenso wie den des Status confessionis, der wirklich bekennenden Kirche, aufbewahren für jenen Fall der totalitären Bedrohung und Entrechtung, dem ein mutiger Teil deutscher Bürger aus christlicher Überzeugung damals zu widerstehen suchte. Die Zeit könnte wiederkommen, und dafür ist die Lehre von Barmen wichtig. Aber es würde die rechtsstaatliche Demokratie bedrohen und nicht retten, wenn mißbräuchliche Ausrufungen von Widerstand und Notstand die vorhandenen und gebotenen Mittel unseres Verfassungsstaates zu übergehen und diesen dadurch zu entstellen suchten. Entscheidend bleibt die Fragestellung: Kirche in der Demokratie oder in der Diktatur, ob nun rechte oder linke, pseudodemokratische oder totalitäre. Andernfalls besteht die Gefahr einer ideologischen Irreführung, die erneut die wahren Fronten verwischen, die Verführung immer wieder möglich machen könnte. Auch darin liegt die Bedeutung der Erinnerung an das historische Ereignis von Barmen, fünfzig Jahre danach.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. aus der Fülle der Literatur zuletzt Günther van Norden (Hrsg.), *Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934*. Köln 1984, S. 141 ff.; 157.
- ² Gute Zusammenfassung der Untersuchungen zur Haltung der Kirchen in der Weimarer Republik bei Andreas Lindt, *Das Zeitalter des Totalitarismus*. Stuttgart 1981, S. 79 ff.; 108 ff.
- ³ Über die unheilvollen Zusammenhänge solch obrigkeitstreuem Haltung mit dem Nationalismus, Antidemokratismus und Antisemitismus der Epoche s. ganz besonders auch die umfassenden Arbeiten von Werner Jochmann: »Struktur und Funktion des deutschen Antisemitismus«, in: W. E. Mosse (Hrsg.), *Juden im Wilhelminischen Deutschland 1890–1914*. Tübingen 1976, S. 417 ff.; sowie »Die Ausbreitung des Antisemitismus«, in: W. E. Mosse (Hrsg.), *Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923*. Tübingen 1971, S. 409–510. Vgl. Uriel Tal, *Christians and Jews in Germany. Religion, Politics and Ideology in the Second Reich*; ferner Peter Pulzer, »The Jewish Question in Imperial Germany«, beide in: *Year Book Leo Baeck Institute 25* (1980), S. 133 ff.
- ⁴ Es ist die alte Problematik einer »Politischen Theologie«, die nun wieder in der Form von Theologien »der Befreiung«, »der Hoffnung«, »der Revolution« erscheint; vgl. K. D. Bracher, *Zeit der Ideologien*. Stuttgart 1982, S. 358 f. Historisch: Uriel Tal, *Structures of German »Political Theology« in the Nazi Era* (Tel Aviv University, Chair of Contemporary Jewish History), 1979, S. 3 ff. mit der Literatur.
- ⁵ K. D. Bracher, *Europa in der Krise*. Berlin, Frankfurt, Wien 1979, S. 52 ff.; 156 ff.; 171; ders., *Geschichte und Gewalt*. Berlin 1981, S. 127 ff.
- ⁶ Otto Dibelius, *Das Jahrhundert der Kirche. Geschichte, Betrachtung, Umschau und Ziele*. Berlin 1926, 5. Aufl. 1928 (Nachspiel. Eine Aussprache mit den Freunden und Kritikern des »Jahrhunderts der Kirche«, Berlin 1928, S. 25).
- ⁷ *Zeit der Ideologien* (wie Anm. 4), S. 44 ff. mit der Literatur. Zum Begriff schon Eric Voegelin, *Die politischen Religionen*. Wien 1938; Waldemar Gurian, »Totalitarian Religions«, in: *The Review of Politics 14* (1952), S. 3 ff.; ders., *Der Kampf um die Kirche im Dritten Reich*. Luzern 1936. Grundlegend die große Trilogie von J. L. Talmon über »Totalitäre Demokratie«, Bd. 1–3, erschienen 1952, 1961 und 1981; sowie jetzt auch James M. Rhodes, *The Hitler Movement. A Modern Millenarian Revolution*. Stanford 1980.
- ⁸ Nur die protestantische, nicht die katholische Kirche in der DDR spricht von der »Kirche im Sozialismus«. Zum Problem Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek, *Die DDR*. 5. Aufl. Hamburg 1979, S. 170 ff. Vgl. Hans Gerhard Koch, *Staat und Kirche in der DDR. Zur Entwicklung ihrer Beziehungen zwischen 1945 und 1974*. Stuttgart 1974; G. Barbarini/M. Stöhr/E. Weingärtner (Hrsg.), *Kirchen im Sozialismus*. Frankfurt/M. 1977; Peter Fischer, *Kirche und Christen in der DDR*. Berlin 1978. Jetzt vor allem Karl Schmitt, »Kirche im Weltanschauungsstaat. Zur Situation der DDR«, in: D. Oberndorfer/K. Schmitt (Hrsg.), *Kirche und Demokratie*. Paderborn 1983, S. 123–152, besonders auch zur neuesten Entwicklung der Beziehungen.
- ⁹ Dies ist der Kern der Totalitarismuskonzeption, die vor allem um die Frage der Vergleichbarkeit rechter und linker Diktaturen geführt wird; vgl. *Totalitarismus und Faschismus, eine wissenschaftliche und politische Begriffskontrolle*.

München, Wien 1980 (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte); K. D. Bracher, *Zeitgeschichtliche Kontroversen* (1975). Neuausg. München 1984, S. 34 ff., 166 ff.

- ¹⁰ »Die totalitäre Verführung«, ebenda, S. 119 ff.
- ¹¹ Dies geschah mit wechselnden Erfolgen besonders in der ČSSR und zeitweise auch in der DDR, wo überdies eine der gleichgeschalteten Parteien sich als »christlich« bezeichnet, den Namen CDU im Schilde führt. Grundlegend Ernst Richert, *Macht ohne Mandat*. 2. Aufl. Köln, Opladen 1963; Zur Satellitenrolle der DDR-CDU vgl. *DDR-Handbuch*. 2. Aufl. Köln 1979, S. 238 f.
- ¹² Auch »SA der Kirche« oder »Stoßtrupp der Kirche« für das Dritte Reich: Nachweise bei Karl-Heinz Götte, *Die Propaganda der Glaubensbewegung »Deutsche Christen« und ihre Beurteilung in der deutschen Tagespresse*. Diss. Münster 1957, S. 211 ff.; vgl. damals schon das mutige Buch von Joachim Gauger, *Chronik der Kirchenwirren*. Bd. 1. Elberfeld 1934, S. 92 ff. Gauger, Justitiar der Bekennenden Kirche, wurde 1941 im KZ Buchenwald ermordet.
- ¹³ Sergio Romano, in: *Der italienische Faschismus. Probleme und Forschungstendenzen*. München, Wien 1983 (Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte), S. 47.
- ¹⁴ Zu diesem grundlegenden Unterschied zwischen Faschismus und Nationalsozialismus vgl. auch den aufschlußreichen Aufsatz von Reiner Pommerin, »Rassenpolitische Differenzen im Verhältnis der Achse Berlin–Rom 1938–1943«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1979), S. 646 ff.
- ¹⁵ K. D. Bracher, »Auflösung einer Demokratie«, in: *Faktoren der Machtbildung*. Berlin 1952, S. 45 ff.; *Die Auflösung der Weimarer Republik*, 6. Aufl. 1978, S. 255 ff.; *Geschichte und Gewalt* (wie Anm. 5) S. 66 ff., mit den Kontroversen, die sich daran seit 1955 knüpfen (W. Conze, W. Besson, K. D. Erdmann u. a.).
- ¹⁶ Zur folgenden Darstellung ausführlicher mein Kapitel »Die Kirchen zwischen Anpassung und Widerstand«, in: K. D. Bracher/W. Sauer/G. Schulz, *Die nationalsozialistische Machtergreifung*. 3. Aufl. Köln, Opladen 1974, Teil 1: *Stufen der Machtergreifung*, S. 441 ff.
- ¹⁷ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 506 ff.; 416 ff.; 124 ff.; 397; 631. Alfred Rosenberg, *Weltanschauung und Glaubenslehre*. Halle/Saale 1939. Dazu die materialreichen Studien von Uriel Tal, besonders: »Political Faith« of Nazism prior to the Holocaust (Tel Aviv University, Chair of Contemporary Jewish History 1978), S. 5 ff. Immer noch wichtig die frühe Studie von Hans Buchheim, *Glaubenskrise im Dritten Reich*. Stuttgart 1953.
- ¹⁸ Zu der ausgedehnten Diskussion über das Konkordat von 1933 vgl. nach meiner frühen Darstellung (*Nationalsozialistische Machtergreifung und Reichskonkordat*. Wiesbaden 1956) das Werk von Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*. Frankfurt, Berlin, Wien 1977, S. 310 ff., mit der wichtigen anschließenden Kontroverse zwischen Konrad Repgen und Scholder, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 26 (1978), S. 499 ff.; 555 ff., mit den Nachweisen.
- ¹⁹ Vgl. K. D. Bracher, »Anfänge der deutschen Widerstandsbewegung« (1958), in: *Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur*. Bern, München, Wien 1964, S. 254 ff. Zusammenfassung weiterer Studien in: Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen, *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*. Berlin, Bonn 1982, S. 143 ff.
- ²⁰ Versuche zur Abwertung dieses Widerstands erfolgen vor allem unter Hinweis auf nichtdemokratische Auffassungen Goerdelers u. a.; so in einem oft zitierten Aufsatz von Hans Mommsen, in: *Der deutsche Widerstand gegen Hitler*. Köln 1966, S. 74 ff.

- ²¹ Vgl. Lindt, Zeitalter des Totalitarismus (wie Anm. 2), S. 147 ff.; Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung (wie Anm. 16), Tl. 1, S. 443 ff. mit den Nachweisen.
- ²² Ebenda, S. 449 ff.
- ²³ Zum kirchlichen Antisemitismus umfassend Jacob Katz, From Prejudice to Destruction. Antisemitism 1700–1933. Cambridge/Mass. 1980, S. 195 ff. Vgl. Richard Gutteridge, Open the mouth for the dumb. The German Evangelical Church and the Jews 1879–1950. Oxford 1976; Die evangelische Kirche in Deutschland und die Judenfrage. Ausgewählte Dokumente, Genf 1945; A. Lindt, Zeitalter (wie Anm. 2), S. 215 ff.
- ²⁴ J. Gauger, Chronik der Kirchenwirren (wie Anm. 12), S. 154.
- ²⁵ Grundlegend Eberhard Bethge, Dietrich Bonhoeffer. München 1967, S. 305 ff. mit vielen Details auch zum Folgenden. Vgl. jetzt auch ders., »Dietrich Bonhoeffer und die Juden«, in: Konsequenzen. Hrsg. E. Feil/J. Tödt. München 1980, S. 171–214.
- ²⁶ Bethge, Bonhoeffer 1967, S. 357 ff. Vgl. auch Bonhoeffer, Gesammelte Schriften. Hrsg. von E. Bethge, Bd. 2. München 1959, S. 19 ff.; 22 ff.; 44 ff.; 58 ff.; 70 ff.; Wilhelm Niemöller (Hrsg.), Texte zur Geschichte des Pfarrernotbundes. Berlin 1958, S. 19 ff. Jetzt G. van Norden, Kirchenkampf (wie Anm. 1), S. 67 ff. und besonders Uriel Tal, On the Status of German Jewry at the Outset of the Third Reich (1933/34). (Tel Aviv University, 1982), S. 3 ff., 12 ff. zu Bonhoeffer.
- ²⁷ So warnte Barth schon in seiner aufsehenerregenden Schrift »Theologische Existenz heute« (abgeschlossen am 25. Juni 1933) Pfarrer und Gemeinden, sich irgendwelchen »Bewegungen« anzuschließen, und rief statt dessen zur Erneuerung des Bekenntnisses auf; denn »die allermeisten ›Bewegungen‹ hat wahrscheinlich der Teufel erfunden«. Und: Die Kirche »ist die naturgemäße Grenze jedes, auch des totalen Staates«. Bis zur Beschlagnahme ein Jahr später hatte die Schrift eine Auflage von 37000 erreicht. Jetzt neu hrsg. und eingeleitet von Hinrich Stoevesandt, München 1984 (Zitate auf S. 81 f. und 86).
- ²⁸ Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung (wie Anm. 16), Tl. 1, S. 454 ff.; W. Niemöller, Texte (wie Anm. 26), S. 24 ff.; Die evangelische Kirche im Dritten Reich. Bielefeld 1956, S. 112 mit den Zahlen.
- ²⁹ Vgl. die parteioffizielle Darstellung: Religionsfreiheit, amtliche Dokumente. Worte führender Männer. 5. Aufl. Zwickau 1936, S. 7 ff.
- ³⁰ Birger Forell, »National Socialism and the Protestant Churches in Germany«, in: The Third Reich. London 1955, S. 825 ff.
- ³¹ A. Lindt, Zeitalter (wie Anm. 2), S. 174 ff.
- ³² D. Bonhoeffer, Gesammelte Schriften (wie Anm. 26), Bd. 1, S. 182 ff.
- ³³ Vgl. besonders John S. Conway, Die nationalsozialistische Kirchenpolitik 1933–1945. Ihre Ziele, Widersprüche und Fehlschläge. München 1969 mit den Nachweisen; Bracher/Sauer/Schulz, Machtergreifung (wie Anm. 16), Tl. 1, S. 590 f.
- ³⁴ Nürnberger Dokumente (IMT), Bd. 35, S. 7 ff.; 12 f.; zu Hitler selbst Bd. 27, S. 286 f.
- ³⁵ Vgl. Paul Gürtler, Nationalsozialismus und evangelische Kirchen im Warthegau. Göttingen 1958, S. 32 ff.; 187 ff. Bernhard Stasiewski, »Die Kirchenpolitik der Nationalsozialisten im Warthegau«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959), S. 51 ff.
- ³⁶ Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Stuttgart 1955 (Neudruck 1984), S. 111; Bracher / Sauer / Schulz, Machtergreifung (wie Anm. 16), Tl. 1, S. 460 f.; 469 f.

- ³⁷ Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit den extremen Versuchen der Deutschen Christen, das »jüdische« Alte Testament zu verdrängen und Christus zum Nichtjuden zu erklären; die Haltung zur »Judenfrage« blieb ambivalent. Vgl. Uriel Tal, *On the Status of German Jewry* (wie Anm. 26), S. 26 ff.
- ³⁸ Vgl. Ernst Wolf, »Zum Verhältnis der politischen und moralischen Motive in der deutschen Widerstandsbewegung«, in: *Der deutsche Widerstand* (wie Anm. 20), S. 234 ff.
- ³⁹ Darüber jetzt besonders Christoph Barth, *Bekenntnis im Werden. Neue Quellen zur Entstehung der Barmer Erklärung*. Neukirchen 1979, S. 17 f.; 62 f.
- ⁴⁰ Vgl. K. D. Bracher, *Zeit der Ideologien* (wie Anm. 4), S. 157 ff.
- ⁴¹ So Trutz Rendtorff, »Widerstandsbewegung wider Willen. Die Bedeutung der Barmer Theologischen Erklärung«, in: *Frankfurter Allg. Zeitung* 120 (25. 5. 1984), S. 11.
- ⁴² Zitiert ebenda. Vgl. auch Klaus Scholder, »Wider den gottähnlichen Staat. Geschichte und Bedeutung der Barmer Synode und ihrer »Theologischen Erklärung«, ebenda 128 (2. 6. 1984), Beilage.
- ⁴³ So E. Wolf, »Zum Verhältnis« (wie Anm. 38), S. 273; vgl. auch schon kritisch Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*. Frankfurt/M. 1958, S. 47; aber auch S. 48: »ob die Kirchen nicht dadurch, daß sie innerhalb ihres eigensten Bereichs sich zur Wehr setzten, die Kräfte des aktiven Widerstands mit einem härteren Kern und einer schärferen Schneide versehen, als irgendeine äußere Revolte es hätte tun können«.
- ⁴⁴ Vgl. besonders E. Bethge, *Bonhoeffer* (wie Anm. 25), S. 324; 773; 890 u. ö.
- ⁴⁵ K. D. Bracher, *Die deutsche Diktatur*. 6. Aufl. Köln, Berlin 1979, S. 423.
- ⁴⁶ Klemens von Klemperer, »Glaube, Religion, Kirche und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 28 (1980), S. 293 ff.
- ⁴⁷ K. D. Bracher, »Die Lektion von Weimar und die Aktualität des Widerstandsproblems«, in: B. Streithofen (Hrsg.), *Frieden im Lande. Vom Recht auf Widerstand*. Bergisch-Gladbach 1983, S. 78 ff.
- ⁴⁸ Vgl. Bernhard Crick, *George Orwell*. London 1980, S. 340; K. D. Bracher, »Die totalitäre Utopie«, in: *Geschichte und Gegenwart* 3/1 (1984), S. 6 f.
- ⁴⁹ Vgl. auch grundlegend zur Frage eines Widerstandsrechts in der Demokratie die Aufsätze von Martin Kriele und Josef Isensee, in: B. Streithofen (wie Anm. 47), S. 139 ff.; 155 ff.
- ⁵⁰ Zu dieser Problematik der politisch-sozialen Rolle der Kirchen jetzt besonders die Aufsätze von Theodor Hanf, »Die Kirche vor der sozialen Frage in der Dritten Welt«, sowie Dieter Oberndörfer, »Menschenrechte, kulturelle Identität, das westliche Wissenschaftsverständnis und die deutsche reformatorische Tradition«, in: *Kirche und Demokratie*. Paderborn 1983, S. 169 ff.; 189 ff.

Die Bochumer Bekenntnisse des Jahres 1933 Ein Meilenstein auf dem Weg nach Barmen

von Günter Brakelmann

Hans Ehrenberg, der judenchristliche Pfarrer aus Bochum, veröffentlichte nach dem 2. Weltkrieg ein kleines Buch »Ökumenische Erfahrungen«. Darin finden sich in einem Brief an den Heidelberger Theologieprofessor Edmund Schlink folgende Sätze: »Ich möchte hier, lieber Bruder, eine persönliche Erinnerung an 1933 einschalten. In den letzten Wochen vor dem Pfingsttag 1933 arbeiteten unser Bruder Ludwig Steil, der 1945 den Zeugentod erlitt, und ich in meinem Pfarrhaus zu Bochum mit einigen jüngeren Amtsbrüdern das als »Bekenntnis westfälischer Pfarrer« veröffentlichte Bekenntnis aus, zu dem der reformierte Steil die Abschnitte über Kirche, Volk und Staat, ich, der Lutheraner, den Abschnitt »Verwerfungen« vorbereitet hatte. Also haben wir damals »uniert« gehandelt. Es war, um das oft mißbrauchte Wort von der Stunde recht zu gebrauchen, wirklich die Stunde der »Evangelischen«, d. h. derer, die sowohl lutherisch, reformiert wie uniert sein können. Es war die Stunde von Barmen, das genau ein Jahr später kam. Die Stunde der deutschen evangelischen Kirche, die sich in Barmen als »Kirche bekenntnisbestimmter Kirchen« bekannte, als »Kirche von Kirchen.«¹

Das hier erwähnte Bekenntnis westfälischer Pfarrer ist in der Tat nach gründlichen Diskussionen im Hause Ehrenberg als Flugblatt gedruckt und am 4. Juni 1933, am Pfingsttag, veröffentlicht worden. Da Ehrenberg und andere Bochumer Pfarrer entscheidenden Anteil an dem Bekenntnis hatten

und es auch in Bochum bei F. W. Fretlöh gedruckt wurde, nennen wir es im folgenden kurz das »Bochumer Pfingstbekenntnis«.

Der Spiritus rector, Ehrenberg, war 1883 als Sohn jüdischer Eltern in Altona geboren worden, hatte sich aber mit 26 Jahren evangelisch taufen lassen. Nach intensiven Studien der Staatswissenschaften und Nationalökonomie sowie der Philosophie und Psychologie hatte er von 1910 bis 1920 als Hochschullehrer für Philosophie an der Universität Heidelberg gewirkt, ein drittes Studium der Theologie angeschlossen und 1925 eine Pfarrstelle in einem Bochumer Arbeiterviertel erhalten. Politisch stand er der SPD nahe. Er nahm Kontakt zu den Religiösen Sozialisten auf. Im Sinne der modernen ökumenischen Bewegung bemühte er sich um Brückenschläge zwischen den Konfessionen bis zum orthodoxen Christentum Rußlands; die Probleme der Judenchristen hat er wie kein anderer durchdacht. 1937 wurde er in den Ruhestand versetzt, nach dem Novemberpogrom von 1938 kam er in das Konzentrationslager Sachsenhausen, und 1939 konnte er nach England emigrieren.²

Der weitere von Ehrenberg genannte Name ist für die Entstehung und für die Veröffentlichung des Bekenntnisses von ebenso großer Bedeutung: Ludwig Steil, 1900 geboren, war Pfarrer in Holsterhausen bei Wanne-Eickel, mit anderen Bochumer Pfarrern und vor allem mit Ehrenberg befreundet. Im September 1944 wurde er verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert, wo er im Januar 1945 an Typhus starb.³ Er hatte nicht nur die organisatorische Arbeit, die mit der Beratung und Verbreitung des »Bekenntnisses« verbunden war, in der Hand, sondern formulierte – wie Ehrenberg – Teile der Schrift für die Diskussion unter den Brüdern.

Wichtig ist auch der Hinweis, daß sich in Bochum reformierte und lutherische Theologen zu einem evangelischen Bekenntnis gefunden haben. »Es war die Stunde von Barmen, das genau ein Jahr später kam ...« In der Tat: »Barmen« ereignete sich ein Jahr vor Barmen in Bochum. Die alte Synode Bochum, die gerade erst im Jahr 1933 durch Ausgemeindungen verändert worden war, ist eine der Wiegen der späteren Bekennenden Kirche.

Nicht nur dieses Pfingstbekenntnis ist in diesem Zusammenhang zu nennen, sondern auch ein weiteres Wort aus dem August 1933, von Ehrenberg allein konzipiert. Es erschien unter dem Titel »Ein Entwurf von Hans Ehrenberg in Verbindung mit etlichen Pfarrern des westfälischen Ruhrbezirks« und machte als Äußerung der »Bekenntnisfront« die Runde.⁴ Am Schluß dieses umfangreichen Entwurfs steht die Mitteilung: »Unser Wort zur Bekenntnisfront, ein Wiederaufnehmen der Arbeit, die zum Pfingstbekenntnis westfälischer Pastoren führte. Unsere darin enthaltenen Deutungen der kirchlichen und geschichtlichen Ereignisse sind keine Geschichtsphilosophie oder gar eine Ewigkeitsprophetie, sondern nur ein Versuch, uns in

unserem Worte dorthin zu stellen, wo unser gegenwärtiger Mensch steht: Gehorsam gegen Gott und sein Wort, Liebe zur Zeit und ihrem Volk.«

Diese beiden Bekenntnisse – Pfingst- und Sommerbekenntnis – sind also aus dem Kreis hervorgegangen, der sich im Mai/Juni 1933 unter Ehrenbergs Führung und Protektorat zu theologischer Arbeit versammelte. Beide Bekenntnisse – mit die frühesten, die im damaligen Deutschland formuliert wurden – sind das Ergebnis brüderlicher Gespräche und wurden von vielen durch ihre Unterschrift mitgetragen. Unter dem Pfingstbekenntnis standen rund 100 Unterschriften, für das Sommerbekenntnis ist die Zahl nicht überliefert.

Um die Bedeutung der Bekenntnisse voll zu ermessen, muß hier ein weiteres wichtiges Dokument genannt werden, das von Ehrenberg allein geschrieben und herausgegeben wurde. Es sind dies die »72 Leitsätze zur judenchristlichen Frage«, die in zwei Auflagen im Juli und August 1933 als vierseitige Flugschrift erschienen.⁵ Unter der 72. These steht als letztes Wort: *in statu confessionis*, im Stande des Bekenntnisses. Zum erstenmal taucht damit dieser alte reformatorische Begriff in einem Dokument des Jahres 1933 auf. Wir wollen uns im folgenden jedoch in erster Linie mit den beiden Bekenntnissen befassen.

Das Bochumer Pfingstbekenntnis hat eine ekklesiologische und christologische Einleitung. Es folgen dann vier Artikel:

- I: Von des Menschen Herrschaft und der Erbsünde
- II: Von den Ordnungen und Geboten
- III: Vom Ort der Kirche
- IV: Von Irrlehren und Lästerungen

Das Vorwort nimmt einen häufigen Redetopos der Wochen nach der »nationalen Revolution« auf: Das Volk fragt die Kirche. Was die Kirche in der Situation des Regierungswechsels, der als politischer und moralischer Aufbruch interpretiert wird, zu sagen habe, wie sie sich zum Untergang des alten »Systems« und zum Aufbau des neuen völkisch-autoritären Staatswesens zu stellen gedenke – dies waren in der Tat Fragen, die aus dem Bereich der politischen Sieger wie aus dem Bereich des deutschen Protestantismus an die Kirche und die Pastoren gestellt wurden.

Die Kirche, ihre Organe, Prediger und Laien, konnten nicht so tun, als wäre nichts geschehen. Jede nur denkbare Aussage in dieser nationalpolitischen und weltanschaulichen Aufbruchstimmung mußte auch und gerade als theologische Aussage oder als kirchliches Bekenntnis eine politische Stellungnahme implizieren. Jede noch so zentral theologisch gemeinte Positionsbestimmung hatte angesichts völkisch-nationalistischer und nationalsozialistischer Selbstinterpretationen und Absichtserklärungen einen politi-

schen Kern und eine politische Intention. Das theologische Bekenntnis vollzog auch die Scheidung der politischen Geister.

Zwei Frontstellungen geben unserem Bekenntnis Inhalt und Struktur: Es geht gegen die Theologie der Deutschen Christen und gegen die Grenzüberschreitungen des Staates. Die Substanz kirchlicher Theologie überhaupt wie Recht und Grenze der natürlichen und geschichtlichen Ordnungen stehen zur Entscheidung. Das eigene notwendige Bekennen unter den besonderen Bedingungen seiner Zeit kann sich zunächst nur im Rückgriff auf die Schrift und die Bekenntnisse der Kirche vollziehen, sich aber nicht in ihnen erschöpfen. Die Kirche lebt von dem, was in der Schrift bezeugt und in den Bekenntnissen bekannt wird. Jede Aktualisierung in Verkündigung und Lehre kann nur von diesem Fundament ausgehen. Von der »Sache« her, die es öffentlich zu vertreten gilt, kann allein zur »Lage« gesprochen werden. Was der »Welt« mit ihrem Zeitgeist, mit ihren Sehnsüchten und Hoffnungen, mit ihren Idealen und Praktiken zu sagen ist, ist die unverkürzte biblisch-reformatorische Wahrheit. Von deren Inhalten im einzelnen her kann sich dann das Gespräch in und mit der Situation vollziehen. Von der Sache her kann dieses Gespräch als Begegnung nur ein kritisches, d. h. die Geister entlarvendes und die Geister scheidendes Gespräch sein.

Das Pfingstbekenntnis ist von dieser inneren Textur bestimmt. Subjekt des Redens und Bekennens ist die Kirche. Sie ist dort, wo in der Vollmacht des Amtes das Evangelium verkündigt wird und durch das Spenden der Sakramente sich Gemeinde als *Communio sanctorum* sammelt und bildet. Wortverkündigung wie Sakramentsspende haben den einen Inhalt: Jesus Christus. Wer Kirche sagt, muß Jesus Christus sagen. Wer Jesus Christus sagt, muß Kirche sagen. Dieser ekklesiologisch-christozentrische Ansatz bildet die Grundlage und Klammer des Ganzen. Im Blick auf Jesus Christus wird in Aufnahme der altkirchlichen Glaubensbekenntnisse bekräftigt: seine Gottessohnschaft; seine Abrahamskindschaft; seine Inkarnation; die Erfüllung der Prophetenweissagung in ihm; seine Jungfrauengeburt; seine Zwei-Naturen-Existenz; seine Bruderschaft zu allen Menschen; sein Sterben und Auferstehen für die Rettung aller Menschen; seine Wiederkunft.

Als Bekenntnis der Kirche zu Jesus Christus umfaßt es die zentralen Aussagen zum Heils-, Rettungs- und Erlösungswerk des Gottessohnes. Von besonderer Wichtigkeit ist das Bekenntnis zum »Sohn des lebendigen Gottes, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs«. Dieses Bekenntnis impliziert die grundsätzliche Absage an jede Trennung der beiden Testamente; es soll auf die Einheit von Verheißung und Erfüllung hinweisen und das Judesein des Gottessohnes betonen.⁶

Man wird die Bedeutsamkeit und die Funktion dieses Rückgriffs auf die traditionellen Bekenntnisse über die Person und die Ämter Jesu Christi nur

richtig einschätzen können, wenn man den zeitgenössischen Ausverkauf kirchlich-theologischer Tradition zugunsten schweifender Religiosität im Dienste eines aktuellen politisch-moralischen Wollens vor Augen hat. Die Reduktion von kirchlicher Christologie auf Formeln sog. jesuanischer Frömmigkeit und Ethik waren genauso an der Tagesordnung wie völkisch-religiöse Umdeutungen Jesu zum Urbild deutschen Heldentums.

In dieses zeitgenössische Gemisch aus subjektivistischer Erlebnisreligiosität und politischer Gebrauchstheologie altkirchliche und reformatorische Bekenntnisse und Lehraussagen hineinzusprechen, führte notwendigerweise zu einem theologischen Scheidungs- und Reinigungsakt, und gleichzeitig war es offensive Kampfansage an Irrtum und Häresie. Die Beken nende Kirche wurde kämpfende Kirche. Sie versuchte, die sie von außen bedrückenden Angriffe und die in sie selbst eingedrungenen Irrlehren und falschen Ordnungen auf dem Wege theologischer und konfessorischer Konzentration zurückzuweisen und durch wahre Lehre und richtige Praxis zu überwinden. Schrift und Bekenntnis dienten so nicht der Wiederbelebung einer alten Dogmatik, sondern einer aktuellen Reformation von Kirche unter den Bedingungen eines bestimmten Hier und Heute. Diese Konzentration auf Schrift und Bekenntnis wurde zum Fundament einer lebendigen Kirche in ihrer Zeit für ihre Zeit, ohne sich an sie zu verlieren. Denn diese Kirche lernte, von der Sache her zur »Lage« zu sprechen. Sie wurde die Kirche des Wortes und nicht der vielen Worte zur Lage.

Das Bochumer Bekenntnis ist ein Stück des sehr realen Versuchs, unter den Bedingungen eines zum Teil emphatischen nationalpolitischen Aufbruchs bewußter als bisher Kirche zu werden. Dies bedeutete nicht Rückzug in fromme Innerlichkeit oder ghettohafte Kirchlichkeit, sondern die bewußte Annahme der Tageswirklichkeit mit ihren Problemen, bedeutete eine theologisch verantwortbare Reflexion der natürlichen und geschichtlichen Ordnungen wie eines spezifischen Zeitgeistes. Kirchliche Theologie konnte ihre kritische Potenz voll entfalten. Theologische Aussagen konnten offenlegen, was sich hinter der starken Sprache eines politischen Messianismus verbarg.

Artikel I beginnt mit einer einfachen theologisch-anthropologischen Erinnerung. Er weist auf des Menschen Ursünde hin, sein zu wollen wie Gott. Sie wird als Ursache der Selbstüberhebung des Menschen definiert, der sich seine Denk- und Organisationssysteme schafft, um selbstmächtig, d. h. im Gegensatz zu Gottes Schöpfungsherrschaft, über alles zu herrschen. Genau das aber führt zur Dämonisierung, zur Entfesselung grenzenloser Gewalten und Mächte. Diese Erbsünde des Menschen tobt sich im Medium von Geschichte aus.

Angesichts einer völkisch-rassistischen Anthropologie, die den Menschen als Herrn und Helden definiert, angesichts eines politischen Gigantismus,

der die Lösung aller politischen Probleme verheißt, angesichts eines beginnenden Führer- und Herrschaftskultes gewinnt die bloße Erinnerung an die Grenzen des Menschen den Rang aktueller politischer Kritik. Die Lehre von der Sünde des Menschen wird eine anthropologische Aussage, die an die Wurzel einer völkisch-nationalen Selbstdurchsetzungs- und Selbsterlösungstheorie geht. Der Grenzenlosigkeit biologistischer Argumentation wird die Begrenztheit des menschlichen Wollens und Vollbringens entgegengesetzt. Eine theologische Wahrheit über den Menschen entlarvt die Lüge zeitgenössischer Selbstverherrlichung und zeitgenössischen Politmessianismus.

Von der theologischen Anthropologie ausgehend, kommen die Bochumer Pastoren in Art. II zur theologischen Ordnungslehre. Sie ist zunächst ganz im Stil traditioneller lutherischer Ordnungstheologie abgefaßt: Gott hat um der Sünde der Menschen willen – d. h. um der chaotischen Tendenzen willen, die ein selbstmächtiges Menschentum entbinden –, natürliche und geschichtliche Ordnungen geschaffen und für ihre Erhaltung und Gestaltung Gebote gegeben und Menschen ermächtigt, Hüter dieser Ordnungen zu sein. Es sind Ordnungen (wie Blut, Volkstum, Lebenskraft, Gesundheit, Elternmacht, Volksordnung, Staatsordnung), die auch in der gefallenen Welt die Schöpfungsherrlichkeit Gottes bezeugen. Dieser Rahmen des Artikels wird aber durch die Aussage durchbrochen, daß alle Ordnungen insgeheim wissen, »daß sie von der Gnade Gottes leben und ohne die Kirche sich selbst nicht genug sind. Alle Ordnungen schreien daher nach ›Seele‹; sie meinen damit in Wirklichkeit die Kirche.«

Die Schöpfungslehre wird also in die Gnadenlehre einbezogen. Die Ordnungen besitzen keine Autonomie. Sie sind nichts von sich selbst her, und sie sind nichts auf sich selbst hin. Sie sind Teil und haben teil an dem einen Gnadenwerk Gottes als des dreieinigen Gottes, dessen Schöpfungs- und Heilswerk zwar zu unterscheiden sind, aber nicht beziehungslos voneinander getrennt werden können. Gott als der Schöpfer ist der gnädige Gott. Die von ihm gestifteten und aufgetragenen Ordnungen können deshalb nie Selbstzweck sein, können sich nicht eigengesetzlich verselbständigen, sondern haben einen Auftrag, eine Funktion für das irdisch-politische Zusammenleben der Menschen zu erfüllen. In ihrer inneren Gestaltung sind sie den Geboten Gottes unterworfen. Sie können sich nicht absolut setzen. Weil Schöpfungsordnungen und Gebote Gottes als gnädige Weisen seiner Welterhaltung zu begreifen sind, ist es allein die Kirche, die die Wirklichkeit dieser Ordnungswelt verstehen und interpretieren kann. Sie, die Kirche, kennt auch die Wahrheit der Ordnungen.

Deshalb ist es folgerichtig, wenn in Art. III »vom Ort der Kirche« gesprochen wird. Kirche, als die im Glauben gerechtfertigte Gemeinde verstanden,

hat es mit den Ordnungen dieser Welt zu tun. Ihre Glieder haben »mit einem neuen Leben mitten in den Ordnungen« zu stehen, d. h. christliche Existenz zu bewähren. Die Kirche selbst, weil sie nicht Machtordnung ist, steht allen Ordnungen frei gegenüber. Sie ist nicht deren Konkurrent. Da sie als Kirche um die Funktionen der Ordnungen in Gottes gnädiger Erhaltungsordnung weiß, ist sie in den »unausbleiblichen Grenzstreitigkeiten zwischen der Kirche und den Ordnungen der Macht, Familie, Volk, Staat ... durch den Heiligen Geist berufen und berechtigt, autoritativ zu entscheiden«.

Dies ist ein aufregender theologischer Gedanke. Man geht davon aus, daß es nicht ein friedliches Nebeneinander von Kirche und Ordnungswelt geben kann. Da man um die autonomen und selbstzerstörerischen Tendenzen von Ordnungen und Menschen weiß, wird die Kirche von diesem ihrem theologischen Wissen her immer im begrenzten oder totalen Konflikt mit den Mächten und Gewalten dieser Welt liegen müssen. Sie wird immer darüber wachen müssen, wo und wann die Ordnungen ihr Mandat erfüllen oder pervertieren. Ohne daß die Faktizität von Ordnungen in Frage gestellt werden kann, steht ihre Qualität, d. h. ihre Auftragsgemäßheit, immer zur Entscheidung. Unter der Anleitung des Heiligen Geistes muß deshalb die Kirche aus ihrem theologischen Wissen um die Einheit der drei Artikel in ihrer Unterschiedenheit heraus in Konfliktfällen autoritativ, d. h. verbindlich, für ihre Christen beschließen.

Die Kirche Jesu Christi – nur von ihr ist hier die Rede – bekommt ein ordnungskritisches Amt, ein politisches Wächteramt. Wurde die Schöpfungslehre zuvor in die Gnadenlehre, so wird nun die Ordnungslehre in die Ekklesiologie einbezogen. Oder anders: Fiel zuvor das Licht vom zweiten auf den ersten Artikel, so nun vom dritten auf den ersten. Der trinitarische Gesamtzusammenhang ist hergestellt. Wir können nun den Eingangssatz verstehen: »Wir bekennen den Dreieinigen Gott.«

Wo von Schöpfung, Erlösung und Kirche die Rede ist, muß zugleich von der »Hoffnung auf das Reich des wiederkommenden Christus« gesprochen werden. Diese eschatologische Dimension gibt der ganzen bisherigen theologischen Denkbewegung die letzte Spannung und Tiefe. Kirche mit ihren Äußerungsformen in Predigt, Sakramentsverwaltung und Liebesgemeinschaft stellt »in der sichtbaren Welt den Leib Christi dar und verkündigt den Ordnungen der Schöpfung die Gestalten ihrer echten Verwirklichung«.

Dies ist wieder eine bis dahin selten gehörte theologische Position. Die geglaubte Kirche wird nicht nur als der unsichtbare Leib Jesu Christi begriffen, vielmehr hat sie, da sie, zwischen den Zeiten stehend, zwischen Schöpfung und Wiederkunft Jesu sichtbare Gestalt besitzt, auch mit dieser ihrer vorläufigen Gestalt Bedeutung für die Ordnungen, die in der Zwischenzeit

sein müssen. Es gibt eine Analogiefähigkeit und Analogiebedürftigkeit zwischen der Gestalt der Kirche und den Ordnungen dieser Welt. Die Kirche bezeugt mit ihrem Dasein als Liebesgemeinschaft schon jetzt den Ordnungen, wie sie einst sein werden. Auf beide – Kirche und Ordnungswelt – wartet die eine Zukunft Gottes. Durch diese Aussagen wird einerseits die Unterschiedlichkeit von Kirche und Welt bewahrt, andererseits noch einmal ihr aktuelles und eschatologisches Aufeinanderbezogen-Sein betont.

Das Wächteramt der Kirche in der Zwischenzeit und die Hoffnung auf die Letztzeit gehören zusammen. Diese Spannungen offen zu halten, Distanz und Nähe zugleich zur Welt zu wahren, Kirche so zu leben, daß die Welt in ihr die Verwirklichung ihrer Zukunft erblicken kann – das ist der Dienst, den die Kirche im Vorletzten angesichts des Letzten den Ordnungen leisten kann, frei und gebunden zugleich.

Drei konkrete politische Konsequenzen ergeben sich aus der Orts- und Funktionsbestimmung der so geglaubten Kirche: Sie verhindert die Vergötzung des Staates, der Kultur oder des Volkstums. Sie ermöglicht, daß das deutsche Volk seine wahre Sendung als »Volk der Reformation und als Herz der Völker« erkennt. Sie hilft, die wahre Volksliebe zwischen den Polen von Selbstkritik und Selbstbewußtsein zu halten. Kirche hat mit ihrer Verkündigung des Wortes Gottes in die Ordnungen hinein eine klare politische Funktion. Sie bewahrt bei aller grundsätzlichen Anerkennung der von Gott gegebenen und aufgegebenen Ordnungswelt eben diese Ordnungen vor ihrer hypertrophen Pervertierung, vor ihrem Entgleiten aus den göttlichen Geboten.

Artikel IV zieht nun einige Konsequenzen im Blick auf das, was die Kirche anerkennen und was sie um der Wahrheit willen ablehnen muß. Daß die folgenden Verwerfungen voll in die geistige Situation und Diskussion des Jahres 1933 eingreifen, dürfte überdeutlich sein. An den Verwerfungen wird vollends sichtbar, was in den Konfessionssätzen zuvor an Nein enthalten war.

Die erste Verwerfung gegen die Schwärmerei des Artikels I lehnt jede völkische Selbsterlösungstheorie ab. Alle Völker und Rassen stehen unter dem »Fluch, der über alles Naturhafte ergeht«. Dies ist ein klares Wort gegen die sozialdarwinistischen Rassenlehren, gegen idealistische Volkstumsideologien und gegen jeden biologistischen Naturalismus, ein klares Nein gegen zeitgeistige vitalistische Positionen, für die die christliche Sündenlehre eine Beleidigung des Menschen und seiner natürlichen und geschichtlichen Möglichkeiten gewesen ist.

Ist diese Verwerfungsthese auch mehr nach außen gerichtet, so sind die innerkirchlichen Schwärmereien mit gemeint. Diese haben ihren theologi-

schen Grund in der Tatsache, daß man über Schöpfungsordnungen und das Gesetz Gottes isoliert vom Evangelium spricht. Aber nur vom Evangelium her ist zu den Fragen der Erhaltungsordnungen sachgerecht Stellung zu beziehen. Ihren Wert und ihre Würde haben sie nicht von sich selbst her, sondern von dem gnädigen Erhaltungswillen des dreieinigen Gottes. An dieser Stelle bewährt sich die anfangs entfaltete trinitarische Gotteslehre unseres Bekenntnisses, das den ersten Artikel vom zweiten und dritten Artikel her versteht. Schöpfung gehört eben in die Gnadenlehre und in die Eschatologie.

Die zweite Verwerfungsthese richtet sich gegen jede religiös-moralistische Auswertung des biblischen Geschichtsstoffes und bezeichnet die Bibel als das, was sie ist: das »Buch der Offenbarung der Sünde und der Verheißung der Gnade«. Jedes Auswahlprinzip, das die »Einheit des Wortes der Offenbarung Alten und Neuen Testaments« gefährdet, ist deshalb abzulehnen. Der damalige Leser wußte sofort, was gemeint war. Das Alte Testament drohte unter den Bedingungen eines radikalen Antisemitismus zur jüdischen Volksgeschichte zu werden. Theologisch an der Einheit der Testamente in ihrer Unterschiedlichkeit und gleichzeitigen Bezogenheit festzuhalten, war in dieser Situation ein Politikum. Den Gott Jesu Christi als den Gott Abrahams, Isaaks und Jakobs zu bekennen und das Alte und Neue Testament als die beiden Bücher des einen geoffenbarten Wortes Gottes zu verstehen, wurde zu einem mutigen politischen Bekenntnis gegen jene, die alles sogenannte Semitische aus Glaube, Tradition und Kultur auszumerzen gedachten.

Mit der dritten Verwerfungsthese kämpfen die Verfasser für eine unverkürzte Christologie. Kreuzestheologie und Gnadenlehre können nicht verleugnet werden. Der »Triumph der Gnade« muß gegen den katholischen Synergismus, gegen die natürliche Theologie des deutschen Idealismus und gegen das rassenbestimmte Christusverständnis der Deutschen Christen verkündigt werden. Es gilt, das reformatorische *sola gratia* zu sichern. Bei dieser Aussage geht es um nichts anderes als darum, die Fundamente der reformatorischen Theologie neu ins Bewußtsein zu heben: *sola scriptura – solus Christus – sola gratia*. Von diesen Kriterien her entlarven sich zeitgenössische theologische Positionen als Irrlehren.

Die vierte Verwerfungsthese weist auf einen Zusammenhang hin, der gerade in einer Zeit hoher religiös-politischer Emotionalisierung neu bewußt wurde: Die bekennende Kirche muß gleichzeitig lehrende Kirche sein. Preisgabe des kirchlichen Lehramtes bedeutet die innere Auszehrung der Gemeinden und ihrer Christen. Eine Kirche, die keine klare Lehre über das Werk Jesu Christi, über Anthropologie und Ethik hat, ist offen für den Einbruch wechselnden Zeitgeistes. Sie verliert die ihr eigene Substanz. Sie

verkauft sich an politische oder weltanschauliche Ersatzideologien. Nur wo kirchliche Lehre verantwortlich gewagt und gesagt wird, sichert sie sich die Kontinuität ihrer Wahrheit. Das neue Erkennen der Bedeutsamkeit von kirchlicher Lehre gehört neben der Einsicht in die Bedeutsamkeit des Bekenntnisses zu den Erträgen des Kirchenkampfes.

Die fünfte Verwerfungsthese – in drei Abschnitte unterteilt – spricht sich zunächst gegen eine »Verwechslung und Vermengung« des kirchlichen und staatlichen Tuns aus. So hat der Staat das Richtamt bei Verstößen gegen »Rasse, Familie, Volk, Staat«. Mit dieser These soll wohl gesagt werden, daß der Staat ein Strafam hat, das sich die Kirche ihrerseits nicht aneignen, das sie aber auch nicht abwehren kann.

Zentraler sind die beiden letzten Unterabschnitte, in denen eine klare kirchlich-theologische und politisch-ethische Position zum Ausdruck kommt. Um der besonderen »heils- und endgeschichtlichen Stellung Israels willen« sind Juden- und Heidenmission nicht auf die gleiche Stufe zu stellen und ist eine Kirchenspaltung in Juden- und Heidenchristen unmöglich. Die theologische Begründung für diese beiden Sätze lieferte Hans Ehrenberg in seinen im Juli und August 1933 herausgekommenen »72 Leitsätzen zur judenchristlichen Frage«. Er wandte sich darin gegen die Verurteilung der Judenmission in den Richtlinien der Glaubensbewegung Deutsche Christen vom Mai 1932: »In der Judenmission sehen wir eine schwere Gefahr für unser Volkstum. Sie ist das Eingangstor fremden Blutes in unseren Volkskörper. Sie hat neben der äußeren Mission keine Daseinsberechtigung. Wir lehnen die Judenmission in Deutschland ab, solange die Juden das Staatsbürgerrecht besitzen und damit die Gefahr der Rassenverschleierung und Bastardierung besteht. Die Heilige Schrift weiß auch etwas zu sagen vom heiligen Zorn und sich versagender Liebe. Insbesondere ist die Eheschließung zwischen Deutschen und Juden zu verbieten.«

Dagegen formulierte und fragte Hans Ehrenberg in seiner 71. These: »Daß eine Judenmission sich weigert, überhaupt noch Judentaufen zu vollziehen, ist eine Schande für die Kirche, für die Judenmission aber auch heute eine unhaltbare Haltung. Wäre nicht gerade jetzt eine Judentaufe das für die Kirche Christi notwendige Zeichen?«⁷ Das Kirchesein der Kirche entschied sich für Ehrenberg, den getauften Juden, an der Frage der Gemeinschaft von Juden- und Heidenchristen in der einen Kirche, die immer zu sprechen hat: »Im Namen des Vaters Jesu Christi, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs« (so die Überschrift zu den 72 Leitsätzen).

Wie für Ehrenberg die sogenannte judenchristliche Frage für das Kirchbleiben der Kirche von entscheidender Bedeutung ist, so ist für ihn auf politischem Gebiet die Begrenzung des Staates ebenso fundamental. Ein klares Nein zum totalen Staat wird gesprochen, gleich ob er sich auf die

Staatsphilosophie eines Fichte, eines Hegel oder eines Marx beziehe. Sie alle haben die eine Tendenz, das ganze Leben unter die Direktions- und Distributionsgewalt des Staates zu bringen. Der Staatsauffassung des deutschen Idealismus wird die lutherische Lehre von der Obrigkeit entgegengesetzt. Ein zentrales Anliegen dieser Lehre ist die Begrenzung des Staates. Der Staat hat in Fragen des Glaubens und des Gewissens kein Mandat. Er hat unter Beachtung der Gebote Gottes für Recht, Ordnung und Frieden zu sorgen. Von seinen Bürgern kann er nur den äußeren Gehorsam verlangen. Jeder Zugriff auf das kirchliche Leben und auf die Gewissensentscheidungen seiner Bürger ist ihm verwehrt.

Unter den Bedingungen des Jahres 1933, das die rechtliche Grundlegung eines immer totaler werdenden Staates brachte, war die Erinnerung an Luthers Zwei-Reiche-Lehre, an die Lehre von den Grenzen der Obrigkeit ein Akt des politischen Ungehorsams. Mit Luther gegen Hitlers totalitären Staat zu stehen, das widersprach der damals üblichen interpretatorischen Tendenz, Hitler als Erben Luthers zu feiern. Versuche, Parallelen zwischen der deutschen Reformation und der »deutschen Revolution« von 1933 zu ziehen, waren an der Tagesordnung. Der Lutheraner Ehrenberg hingegen kannte den Reformator besser als die national-völkischen Interpreten. Er wußte, daß die protestantische Ethik des Politischen mit der Fragestellung begonnen hatte, wieweit der Christ der Obrigkeit Gehorsam schulde und wieweit nicht. Die Vorstellung eines totalen Staates im Sinne der Durchdringung allen Lebens mit einer politischen und weltanschaulichen Direktive lag außerhalb lutherischen Staatsverständnisses. Ehrenberg erkannte klar: Die nationalsozialistische Staatsauffassung und Staatspraxis waren nicht eine Folge lutherischen Obrigkeitsverständnisses, sondern eine Spätr Frucht der Staatsauffassungen des deutschen Idealismus, durchsetzt mit Elementen eines politisierten Sozialdarwinismus. Den Sieg des Nationalsozialismus als Sieg des Protestantismus zu interpretieren, war ein tiefes Mißverständnis. Gerade die Konzentration auf reformatorische Theologie, wie sie im Pfingstbekenntnis vorliegt, führte die beteiligten Pfarrer des Ruhrgebiets zu einem klaren Nein zum totalen Staat Hitlers, zu einem Nein gegen die Auflösung von Bekenntnis und Lehre in der Kirche und damit zu einer eindeutigen Absage an politisches und kirchliches Schwärmertum zugleich.

Ein entscheidendes Datum für die Kirchengeschichte des Jahres 1933 waren die Kirchenwahlen am 23. Juli. Obwohl sie sehr kurzfristig angesetzt wurden, gelang es auch in Bochum, gegen die von Partei, Staat und Presse privilegierten Deutschen Christen eine Liste »Bekenntnisfront Evangelische Kirche« aufzustellen, die sich allerdings aufgrund einer von den Deutschen Christen erwirkten einstweiligen Verfügung in »Bekenntnisbund

Evangelium und Kirche« umbenennen mußte. In einem Flugblatt stellte er sich in Bochum vor: »Der ›Bekenntnisbund Evangelium und Kirche‹ ist ein Bund evangelischer Christen jeden Standes und Berufes, die einig sein wollen im Gehorsam gegen Gott, in der Liebe zu ihrer evangelischen Kirche, in der dankbaren Wahrung der dem deutschen Volkstum geschenkten Gottesgaben und in der Treue gegen den Staat und die dem Volke von Gott gesandten Führer.«

Über sein Ziel und seine Verpflichtung sprach der Bund sich in folgenden Sätzen aus: »1. Seine unverrückbare Grundlage ist die ganze Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments und ihre Auslegung durch die Bekenntnisse der Väter. 2. Sein Ziel ist die Bildung lebendiger Gemeinden von christusgläubigen Menschen. 3. Sein Weg heißt nicht Herrschaft, sondern hingebender Dienst und freudiges Opfer. 4. Seine Hoffnung ist die wahre Einheit der Evangelischen Reichskirche Deutschlands im Gehorsam gegen den lebendigen Christus und die Durchdringung des ganzen Volkes mit den Lebenskräften des Evangeliums. 5. Seine Verpflichtung besteht in dem unerschrockenen, bekennenden Eintreten für das lautere, unverkürzte Evangelium und für die um solches Bekenntnisses willen gefährdeten Brüder und Schwestern. 6. Seine Aufgabe ist: die Vertiefung in Gottes Wort; die Schulung in der Glaubenslehre der Väter; die Zurüstung zum Dienst an Gemeinde und Kirche; die Fürbitte für Kirche und Volk, insbesondere für die Diener am Wort und für die Führer des Volkes; das werbende Zeugnis für den gekreuzigten und auferstandenen Heiland im eigenen Haus und in der Gemeinde.«

So sieht das auf die Gemeindeebene transponierte Bochumer Pfingstbekenntnis aus. Diesem Flugblatt angefügt war eine Zustimmungserklärung mit folgendem Inhalt: »Ich nehme diese Sätze des ›Bekenntnisbundes Evangelium und Kirche‹ für mich an. Ich weiß, daß weder aus meinem Willen und Geloben, noch aus der Gemeinschaft des Bundes die Kraft der Treue erwächst, die mich vor dem Verleugnen bewahrt und zum Bekennen stärkt. Darum vertraue ich allein der Leitung des Heiligen Geistes, der durch das Evangelium beruft und im rechten Glauben heiligt und erhält.« Was wir hier vor uns haben, ist der Beginn der Organisation einer Bekennenden Kirche in Bochum lange Zeit vor dem Austeilen der späteren »Roten Karten«.

Im Zusammenhang mit dieser »Bekenntnisfront« und in Fortsetzung der Arbeit, die zum Pfingstbekenntnis geführt hatte, gab Ehrenberg im August 1933 einen Diskussionsentwurf heraus. Vieles wurde noch deutlicher als im Pfingstbekenntnis gesagt und einiges neu thematisiert. Im ganzen handelt es sich um ein hervorragendes Zeugnis der damaligen geistigen Auseinandersetzung.

Wir greifen nur einiges heraus. In dem Abschnitt »Von der Lage der

Reformation« gibt Ehrenberg eine Analyse der geistigen und religiösen Situation Deutschlands von der Reformation bis zur Gegenwart. Interessant ist, wie er Faschismus und Katholizismus in Analogie bringt, um die Rolle des reformatorischen Kirchen- und Menschenverständnisses gegen beide herauszustellen.

Der Abschnitt »Von der Scheidung der Geister« ist für unseren Zusammenhang wichtiger. Betont wird eingangs, daß die Erneuerung der Kirche weder auf einer »Vergesetzlichung der alten Bekenntnisse« beruhen könne noch auf einem ungehemmten Eingehen auf den sogenannten »Ruf der Stunde«. Ehrenberg wagt eine geschichtstheologische Aussage, die zu einem bestimmten Amt der Kirche führt. Wenn er formuliert: »Das Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit ereignet sich im Kampf des Reiches Christi mit der Macht der Finsternis«, so wird erst die ganze Ernsthaftigkeit von Kirche für die Zeit, in der Zeit und gegen die Zeit sichtbar. Der Glaube der Kirche kennt das Ringen des Geistes Jesu Christi mit dem Geist des Widersachers. Aus diesem Wissen heraus kann Kirche nicht die Sanktionierung geschehener Geschichte sein, sondern hat in dieser Weltzeit, die Kampfzeit zwischen Gott und den dämonischen Mächten ist, ein prophetisches Amt. »Die Kirche muß sagen, was die Welt nicht sagt.« Kirche liefert nach diesem Verständnis eben nicht die religiöse Sanktionierung des Bestehenden, sondern sagt ihre Gerichts- und Gnadenpredigt in die politische Zeit hinein. »Und das alleinige Zeugnis von Christus Jesus in der Schrift Alten und Neuen Testaments ist das alle Geschichte richtende und rettende Wort Gottes.« In Barmen wird später gesagt: »Jesus Christus ist das eine Wort Gottes.«

Im zweiten Teil des Abschnittes »Von der Scheidung der Geister« werden Aussagen des Pfingstbekenntnisses wiederholt. Prägnant wird formuliert: »Wir verwerfen die Schwärmereien, die entstehen aus der Verabsolutierung eines Artikels unseres trinitarischen Glaubensbekenntnisses. Dieses bezeugt Gott als den Wahrhaftigen und Lebendigen, wenn es in seiner Ganzheit gelehrt und bekannt wird.« Ehrenberg nennt die Schwärmereien beim Namen: 1. Die bloße Glaubensinnerlichkeit. Sie verleugnet die Wirklichkeit der Kirche und der Heiligung in dieser Welt. 2. Die Schwärmereien vom Menschen, seien sie in der Form des Humanismus, Idealismus, Liberalismus oder Sozialismus. Sie verkürzen die Aussagen über das Erlösungswerk Christi und wissen weder, was Sünde noch was Gnade ist. 3. Die Schwärmerei von der Kreatur: Erde – Blut – Leib – Volkstum – Vitalität. Warum werden sie verworfen? »Weil sie die natürlichen Gegebenheiten emanzipieren von dem Schöpfergott und seinem tötenden und lebendigmachenden Wort. Das kommende Geschlecht, das in dieser Irrlehre aufwächst, muß an Gott sterben, weil es ihn nie kennengelernt hat.« Das sind Worte, die an theologischer Klarheit samt den ihr implizierten politischen Konsequenzen

nichts zu wünschen übriglassen. Aus der ekklesiologisch-christologischen Konzentration des Pfingstbekenntnisses wird die praktische Schlußfolgerung gezogen.

Daß Ehrenberg auch vor konkreten politischen Aussagen über die Haltung der Kirche nicht zurückscheut, zeigt der letzte Abschnitt C. Das Ja und Nein zur geschichtlichen Stunde, zur Aufgabe in ihr und ihr gegenüber werden formuliert. Das Ja gilt dem »heutigen deutschen Sozialismus« als Inbegriff der »Befreiung des arbeitenden Menschen vom ökonomischen Menschen« und des Dienstes aller aneinander; der »völkischen Gesellschaft« als Inbegriff einer organisch sich aufbauenden Gesellschaft; dem »völkischen Menschen« als Inbegriff der Überwindung sowohl des bürgerlichen wie des proletarischen Menschen; der Entfaltung der Persönlichkeit in kameradschaftlichen Kooperationen; einer Verkündigung, die dem völkischen Menschen das Wort sagt, »das ihn richtet, reinigt und rettet«, und zwar in einer Sprache, die er verstehen kann.

Beachten wir: Es wird kein grundsätzliches politisches Nein zum »deutschen Sozialismus«, zum Volks- und Dienstgedanken gesagt. Das alles ließe sich nicht nur akzeptieren, sondern auch freudig mittragen. Doch dieses Ja als politisch-moralische Möglichkeit wird durch das Nein stark in Frage gestellt. Denn die sich abzeichnende und sich durchsetzende Wirklichkeit des neuen Staates und des mit ihm im Bunde stehenden Deutschen Christentums findet sich zuvörderst in den Nein-Sätzen: »Wir sagen Nein: 1. Die Stunde der Kirche in der Stunde des Volkes zu sehen. Daher üben wir unser Neinsagen in folgender notwendiger Entgegensetzung: Der völkische Mensch will nur Gesetz, wir Gesetz und Erlösung; der völkische Mensch will nur Verwurzelung im Irdischen, wir erlöste Natur; der völkische Mensch will nur Zucht, wir Zucht und Ehrfurcht; der völkische Mensch will nur Unterordnung und Gemeinnutz, wir Gliedschaft und Dienst aus erfahrener Barmherzigkeit; der völkische Mensch will Heldentum und Kameradschaft, wir Auftrag und Bruderschaft.«

Präziser kann man den Unterschied des völkischen und christlichen Menschenverständnisses auf der Ebene des Empirisch-Moralischen und Weltanschaulich-Anthropologischen kaum formulieren. Vieles kann man gemeinsam sagen, aber durch das, was trennt, bleibt die Gemeinsamkeit eine zutiefst gebrochene. In der Tiefe zeichnet sich ein Entweder-Oder ab.

Der letzte Abschnitt gibt einen Einblick in die damalige kirchenpolitische Situation. Ehrenberg nennt es Gemeindegliedeklerikalismus, wenn Pfarrer und Gemeinden sich nur auf sich selbst zurückziehen und sich nicht den durch die Deutschen Christen aufgeworfenen Fragen stellen. Für ihn ist Kirche mehr als die Summe von Gemeinden mit ihren Pfarrern. Hinter dem Problem »Kirche und Volk« sieht er das Problem »Kirche und Pastorenschaft«.

Die hier aufbrechenden theologischen Sachfragen nennt er beim Namen: Lehramt der Kirche, Lehrzucht der Pfarrer, Lehrgemeinschaft in der Kirche, Bekenntnisfront der Pastoren als einziger Weg zur Bekenntniskirche.

Ehrenberg sah, daß eine bekennende Kirche auch eine lehrende Kirche sein muß. Eine lehrende Kirche aber muß die Irrlehre bekämpfen und den Irrlehrer aus sich ausscheiden, wenn er sich nicht durch die Wahrheit überwinden läßt. Angesichts eines aufkommenden Neuheidentums und angesichts des Eindringens völkisch-nationalistischer Religiosität in die Kirche mußte diese sich auf ihre Lehre besinnen, um überhaupt Widerstand leisten zu können. So theologisch ihre Gegenwehr auch vielleicht gemeint war, sie mußte in der Absage an nationalsozialistische Doktrin und Praxis enden. Die Bochumer Bekenntnisse waren als theologische Aussagen zugleich politische Positionsbestimmungen. Sie zeigten: Wer theologisch bei der Sache ist und von ihr aus zur Lage spricht, ist immer politisch.

Welche Bedeutung hatten diese Bochumer Bekenntnisse des Jahres 1933 und wie sind sie im Hinblick auf die Formulierungen der Barmer Synode vom Mai 1934 zu bewerten? Zunächst ist zu sagen, daß beide Bekenntnisse früheste Zeugnisse der sich bildenden Bekennenden Kirche sind. Der Kreis um Hans Ehrenberg und Ludwig Steil, beheimatet in Industriestädten des Ruhrgebiets, bildete eine der ersten theologischen Arbeitsgemeinschaften von Pfarrern, die die politische und kirchenpolitische, die geistige und weltanschauliche Situation des Jahres 1933 als Herausforderung an die Bekenntniskraft der Kirche verstanden. In *statu confessionis* zu stehen, war frühe Überzeugung dieser Pfarrer. Auch wenn ihr Kampf sich zunächst gegen die Irrlehren der Deutschen Christen richtete, so begegneten ihnen darin doch Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung. Sie standen deshalb als Theologen von Anfang an im Umgriff des Politischen. Ihr Kampf um die reine Lehre im Binnenraum der Kirche wurde gleichzeitig ein Kampf gegen das Neuheidentum im Außenbereich. Jede theologische Kritik an biologistischer Anthropologie oder naturalistischer Ordnungslehre war eine Kritik am dominant gewordenen Zeitgeist. Jede theologische Kritik am Verständnis des Staates als eines totalen Staates war auch faktische Kritik an der neuen Staatswirklichkeit.

Zentral war das Anliegen, in einer revolutionär bewegten Phase sich nicht von den Wünschen des Zeitgeistes her die Inhalte der Verkündigung und die Ordnungsgestalt der Kirche bestimmen zu lassen. Um durch den Wust von völkischer Religiosität und politischer Gläubigkeit hindurchstoßen, die vielfältigen Überlagerungen kirchlicher Rede durch politische Interessen hinter sich lassen, die Synthesen von Religion und Kultur, von Kirche und Staat aufheben zu können, bedurfte es einer theologischen Konzentrationsbewegung und einer Neubesinnung auf das, was Kirche ist.

Die Bochumer haben dies vollzogen, als es den meisten noch um Vermittlungen oder Begegnungen oder mögliche Versöhnungen ging. Jede theologische Konzentrationsbewegung heißt aber zunächst, sich der kirchlichen Tradition zu vergewissern und zu ihren Ursprüngen zurückzukehren. Das Zeugnis der Schrift und die schriftgebundenen Bekenntnisse der Kirche zur Mitte theologischer Arbeit zu machen, bedeutete die Neuentdeckung der Christologie als »Kern und Stern« der biblischen Botschaft in der Einheit des Alten und Neuen Testaments, umgriffen von der Ekklesiologie. Die Kirche als den Ort zu entdecken, wo Jesus als der Christus Gottes in Wort und Sakrament verkündigt wird und gegenwärtig ist, bedeutete, die Wirklichkeit von Gemeinde neu zu verstehen. Kirche als Gemeinde, Gemeinde als Kirche zu verstehen, bedeutete wiederum, nach ihren Aufgaben in und gegenüber der Welt zu fragen. Die Sache der Kirche als Verkündigung des einen Wortes Gottes als Gesetz und Evangelium zu begreifen, bedeutete dann auch, daß diese Kirche unter der Leitung des Heiligen Geistes das Ihrige in die Situation der Zeit hineinsagte. Diese theologisch-ekklesiologische Denkbewegung, eingebettet in die Eschatologie der Reich-Gottes-Verkündigung, ließ die Bochumer in aufgeregter Zeitlage Grund finden.

Dieser Weg war der einzige, um die Kirche und sich selbst nicht an die »Mächte und Gewalten« der Zeit zu verlieren. Nicht eine moderne Kirche zu sein, wurde die Losung, sondern als prophetische Kirche den religiösen und politischen Häresien der Zeit das Nein göttlicher Wahrheit entgegenzusetzen. Dies schloß ein verantwortliches Ja zu politisch-geschichtlichen Veränderungen nicht aus, verhinderte aber ihre wie auch immer geartete Sanktionierung und Legitimierung.

Das neu erkannte Wächteramt der Kirche machte das bewußte Lehramt der Kirche notwendig. Denn nur die Lehre sichert die Kontinuität der Wahrheit. Freischwebende subjektivistische Religiosität und Frömmigkeit wie eigenmächtiger Umgang mit kirchlicher Dogmatik und Ethik waren von nun an keine ernsthafte Möglichkeit mehr.

Die Umriss einer kirchlichen Theologie, geboren aus der Auseinandersetzung mit religiöser Häresie und politischem Schwärmertum, treten uns in den Bochumer Bekenntnissen entgegen. Alle relevanten Themen der Gegenwart und der Zukunft waren angesprochen. Was die Barmer Synode später für die ganze deutsche Kirche bekennen sollte, war in Bochum vorformuliert. Insofern gehören die Bochumer Bekenntnisse in die Vorgeschichte von Barmen.

Anmerkungen

- ¹ Hans Ehrenberg, *Ökumenische Erfahrungen*. Gütersloh 1947, S. 34.
- ² Zum Lebenslauf von Hans Ehrenberg vgl. Günter Brakelmann, *Hans Ehrenberg – ein judenchristliches Schicksal im »Dritten Reich«*, in: *Kirche in Konflikten ihrer Zeit*. München 1981, S. 128 ff.
- ³ Zu Steil vgl. Gusti Steil, Ludwig Steil. *Ein Leben in der Nachfolge Jesu*. Bielefeld o. J.
- ⁴ Beide Bekenntnisse sind abgedruckt bei Kurt Dietrich Schmidt, *Die Bekenntnisse des Jahres 1933*. Göttingen 1934; vgl. hier im Anhang.
- ⁵ Ebd., S. 66 ff.
- ⁶ Vgl. Hans-Jörg Reese, *Bekenntnis und Bekennen*. Göttingen 1974.
- ⁷ Vgl. Schmidt (wie Anm. 4), S. 72.

Anhang

Wort und Bekenntnis westfälischer Pastoren zur Stunde der Kirche und des Volkes

Der Glaube der Väter erwacht.

Unser Volk fragt die Kirche, was sie bekennt.

Wir bekennen den Dreieinigem Gott.

Es geht uns nicht nur um Treue gegen das Erbe der Väter, es geht uns um Vollendung der Reformation.

Wir haben das lautere Evangelium verkündet, wir hatten den Glauben an die Eine Herde, und wir begnügten uns doch mit einem bekenntnisschwachen und uneinigen Landeskirchentum.

Heute aber ruft uns mit vielen Brüdern die Herrlichkeit des Amtes, und wir erkennen, daß uns mit der Stunde des Volkes auch die Stunde der Kirche geschenkt ist.

Der Herr der Kirche selber ruft,

Er, den wir bekennen als den Sohn des lebendigen Gottes, des Gottes Abrahams, Isaaks und Jakobs, das fleischgewordene Wort,

Er, der in der Niedrigkeit des Menschen in die Welt kam, von den Propheten verheißen, von einer Jungfrau geboren, Gott und Mensch zugleich, der uns seine Brüder nennt,

Er, der uns durch sein Wort, sein Tun, sein Sterben und sein Auferstehen zum Eigentum des Vaters macht, auf daß wir gerettet werden,

Er, auf dessen Wiederkunft wir hoffen, in der Kraft des Heiligen Geistes Seine Gemeinde und Kirche.

Er ruft uns auf, heute Seine Bekenner zu sein.

Artikel I: Von des Menschen Herrschaft und der Erbsünde.

Der Mensch ist vom Schöpfer dazu erschaffen, sich die Erde untertan zu machen.

Aber, wo der Mensch seine Herrschaft über die Erde benutzt, um sich zum Herrn aller Herren zu machen, handelt er im Gegensatz zu der Schöpfungsherrschaft Gottes, wirft die ihm vom Schöpfer gegebene Vollmacht über die Erde weg und verfällt mit seinen Werken den Dämonen. Daher ist die Erde und die Geschichte voll von entfesselten Gewalten und Mächten. Vergeblich hat der Mensch sie zu bannen versucht in welthistorischen Organisationen, geistesgeschichtlichen Systemen, entwicklungsgeschichtlichen Utopien.

Wir aber erblicken darin die unabänderliche Auswirkung der Erbsünde und bekennen daher unsere Grenzen. Nur dieses Bekenntnis bewahrt uns vor dem Frevelmut und vor der Verzweiflung. Daß wir trotzdem immer wieder dem Hang verfallen, sowohl dem Frevelmut als auch der Verzweiflung den Vorzug zu geben, und dadurch weder Gott noch den Menschen noch den Dingen noch uns selbst ihr Recht zukommen lassen, das offenbart unsere Sünde.

Also sind auch die Grenzen des Menschen Gottes Ordnung.

Artikel II: Von den Ordnungen und Geboten

Wir bekennen, daß Gottes Schöpferwille das Leben des Menschen seiner ordnenden Gewalt unterstellt und um unserer Sünde willen für die Ordnungen Gebote erläßt. Keiner von uns steht außerhalb der Ordnungen, in denen er geboren wird, lebt, arbeitet, leidet, sich fortpflanzt und stirbt. Familien, Völker, Staaten gehen zu

Grunde, wo der Mensch an den Ordnungen sündigt. Darum schützt Gott seine Ordnungen durch seine Gebote und ermächtigt Menschen, Hüter dieser Ordnungen zu sein.

Wir bekennen uns zu dem gesamten Bereich der Schöpfung: Blut, Volkstum, Lebenskraft und Gesundheit offenbaren auch in der gefallenen Welt die Schöpfungsherrlichkeit Gottes.

Elternmacht, Volksordnung, Staatsgewalt haben ihr Recht von Gott. Weltliches Regiment führt Gottes Schwert. Das Gesetz Gottes verleiht die Macht, weist die Aufgabe zu und bewahrt die Ordnungen vor Auflehnung oder Mißbrauch.

Im geheimen wissen alle diese Ordnungen darum, daß sie von der Gnade Gottes leben und ohne die Kirche sich selbst nicht genug sind. Alle Ordnungen schreien daher nach »Seele«; sie meinen damit in Wirklichkeit die Kirche.

Artikel III: Vom Ort der Kirche

Evangelische Kirche spricht in diese Ordnungen hinein das Wort Gottes. Wir bekennen, daß die Kirche die durch Gottes jetzt geschehendes Wort aufgerufene Gemeinschaft ist, in welcher Christus wahrhaftig gegenwärtig ist. Daher ist Kirche, wo wirklich der lebendige Christus ist, und wo lebendige Kirche, da ist Christus. Durch Ihn im Glauben gerechtfertigt, stehen ihre Glieder mit einem neuen Leben mitten in den Ordnungen.

Der Ruf des Wortes trennt Evangelische Kirche von aller eigenen Machtausübung und gibt ihr ihren eigenen Ort, an dem sie um ihres Auftrags willen hier und jetzt bestimmte Gestalt gewinnen muß. Weil sie nicht Machtordnung ist, ist sie allen anderen Ordnungen gegenüber frei und kann darum nicht in einen Wettstreit mit ihnen geraten.

In den unausbleiblichen Grenzstreitigkeiten zwischen der Kirche und den Ordnungen der Macht, Familie, Volk, Staat, ist die Kirche durch den Heiligen Geist berufen und berechtigt, autoritativ zu entscheiden. Sie tastet dabei niemals die Schöpfungsgemäßheit des Volkstums und die Gottgewolltheit des Staates an.

Der Dienst der Kirche geschieht in der Predigt des biblischen Evangeliums, in der Verwaltung der Sakramente und im Gemeinschaftsleben der Liebe. Ihr ganzer Dienst lebt aus der Hoffnung auf das Reich des wiederkommenden Christus. Indem die Kirche ihre Glieder dadurch bindet, daß sie bekennt, stellt sie in der sichtbaren Welt den Leib Christi dar und verkündet den Ordnungen der Schöpfung die Gestalten ihrer echten Verwirklichung.

Das ist ihr Dienst in den Ordnungen und am Volk. So ist sie jedermanns Herr und jedermanns Knecht.

Ein Volk ohne diese Kirche kann keine rechte Selbstkritik üben und vergötzt unbußfertig entweder den Staat oder die Kultur oder das Volkstum.

Das deutsche Volk mit solcher Kirche wird fähig, seine Sendung zu erfüllen, als Volk der Reformation und als Herz der Völker.

Das Wort vom Kreuz Christi gibt einem Volk, das es im Glauben annimmt, in Selbstkritik und Sendungsbewußtsein die wahre Liebe zu sich selber.

Artikel IV: Von Irrlehren und Lästerungen

1. Wir verwerfen außer den alten Schwärmereien die neue Schwärmerei des 1. Artikels und erklären: alle Völker und Rassen stehen unter dem Fluch, der über alles Naturhafte ergeht; kein Volkstum erlöst sich aus den Tiefen seines Wesens, denn die Verderbtheit reicht bis in seine Tiefe.

Ebenso verwerfen wir alle kirchlichen Aussagen über die Schöpfungsordnungen

und das Gesetz Gottes, die außerhalb des Evangeliums geschehen; sie entstehen aus der gleichen Schwärmerei.

2. Wir verwerfen das Abwerten der Schrift nach moralischen Gesichtspunkten der Vorbildlichkeit des biblischen Geschichtsstoffes. Die Bibel ist kein Ideal-, sondern ein Realbuch der Offenbarung der Sünde und der Verheißung der Gnade und verträgt keinerlei Auswahlprinzip, durch das die Einheit des Wortes der Offenbarung Alten und Neuen Testaments gefährdet wird.

3. Wir verwerfen alle Verkürzungen in den Aussagen über das Erlösungswerk Christi, weil wir uns zur vollen Stellvertretung Christi, zur Schande des Kreuzes und zur Demütigung des sündigen Menschen durch das Erbarmen Christi bekennen. Rom, idealistische Vermittlungstheologie, artgemäßes Christentum lästern durch solche Verkürzung die Gnade.

4. Wir verurteilen die Scheu der Kirche, das Werk Christi lehrhaft darzustellen. Wo die Kirche das Lehramt nicht ausübt, verliert sie Gegenwart und Ewigkeit zugleich, verfällt dem Staate und wird schuldig am inneren Sterben ihrer Gemeinden und ihrer Glieder.

5. Wir verwerfen alle Verwechslung und Vermengung des Tuns der Kirche mit dem Tun des Staates als Liberalismus. Die »Sünden wider die Schöpfung«, wider Rasse, Familie, Volk, Staat, gehören vor das Richtamt des Staates und dürfen ihrer Bestrafung nicht liberalistisch entzogen werden.

Ebenso verwerfen wir die Gleichsetzung der Judenmission mit der Heidenmission als Liberalismus, um der heils- und endgeschichtlichen Stellung Israels willen, und verurteilen alle Kirchenspaltung, die den Judenchristen aus den Kirchen der Heidenchristen aussondern will.

6. Schließlich verwerfen wir den Anspruch des Staates, total zu sein, der in der liberalistisch-idealistischen Irrlehre vom Staat (Fichte, Hegel, Marx) wurzelt. Wir fordern, daß der Staat sich nach Luthers Lehre von der Obrigkeit begrenzt, weil er nur dann sein Schwert mit ganzer Strenge führt.

In Unterwerfung unter das Lehramt und das Hirtenamt der Kirche erstreben wir keine Sonderaktion, sondern eine Stärkung und Verbreiterung der sich bildenden Bekenntnisfront (Dreier-Ausschuß, Altonaer Pastoren, Jungreformatorische Bewegung, Junglutherische Arbeitsgemeinschaft).

Bekenntnisfront

Ein Entwurf von Hans Ehrenberg in Verbindung mit etlichen Pfarrern des westfälischen Ruhrbezirks.

Bekenntnisfront ist eine Glaubens- und Lehrgemeinschaft derer, die an das Wort Gottes gebunden den altkirchlichen und den reformatorischen Bekenntnissen autoritative Geltung für die Kirche der Gegenwart zusprechen. Die Bekenntnisfront sucht und findet ihre Glieder in jeder vorhandenen kirchlichen Gruppe oder Bewegung. Sie traut dem Bekenntnis die Kraft zu, ohne jede Organisation Menschen der vorhandenen Richtungen Gemeinschaft und gemeinsames Wirken zu schenken. Das Gespräch über den Ruf an das Volk des Glaubens wird eröffnet.

A. Von der Lage der Reformation

Wir glauben die Lage also zu sehen:

1. Die Gottesfrage in der Zeit der Reformation wurde wach durch das geängstete Gewissen, das zerschlagene Herz eines Einzelnen. Die Gottesfrage in unseren Tagen, aufgestört durch die Seinsangst (»In der Welt habt ihr Angst«) und das zerschlagene Leben des Volkes, erwacht an der existenziellen Geschichte.

2. Nöte der Seinsangst sprechen nicht; sie machen verstockt, stumm und taub; aus zerschlagenem Leben schreit das Volk auf. Die Lage der Reformation, des *Καιρος* des Wortes und der Sprache, ist uns vollkommen genommen, der Same des Wortes findet seinen Boden nicht. Das erwachte Volk kehrt daher nicht zu Gott, sondern zu seinem eigenen Erdenursprung zurück.

3. Verborgten hinter dem Erdenursprung des Volkes wird Gott gehant; die religiösen Volkserhebungen der deutschen Geschichte dienen dazu, daß jener Erdenursprung an ihnen vervielfältigt nacherlebt wird. Die wahre Überlieferung der Christenheit, insonderheit die Reformation, ist dem Volk noch immer Fremdgut.

4. Land und Volk der Reformation haben durch eine neue religiöse Volkserhebung volklich den konfessionellen Riß geschlossen, der seit der Reformation im deutschen Volke klafft. Das wurde damit erkauf, daß sich Land und Volk der Reformation in den Raum des Mittelalters zurückbegaben. Die »Kirche im Volk« wird daher vom Sturm vorreformatorischer Gewalten gerüttelt. Sie erkennt die Aufgabe der zweiten Christianisierung der Deutschen, vermag aber die volle Evangelisierung Deutschlands vom Raum des Mittelalters aus nicht zu bewältigen.

5. Damit wiederholt das Volk des zwanzigsten Jahrhunderts den Eintritt Deutschlands aus dem Mittelalter in das Zeitalter der Reformation, kann aber mit seiner Seinsangst und seinem zerschlagenen Leben nicht auch in das Gotteserlebnis der Reformation eintreten. Darum ist die Lage von Volk und Kirche auch in unserem Neuaufbruch unsäglich verwickelt und undurchsichtig.

6. Der Reformator kämpfte in zweifacher Front, nach rechts gegen Rom und Kaiser, nach links gegen Zwingli und Münzer; jedesmal aber konnte er rückenfrei kämpfen, weil er gegen die Schwärmer den Kaiser und den Papst, gegen Rom die Schwärmer zu stillen Bundesgenossen hatte. Die Kirche der Reformation im deutschen Volk des zwanzigsten Jahrhunderts hat noch die gleichen Gegner; jedoch haben sich diese – römisches Wesen und germanische Romantik – gefunden, verbündet und sogar vereinigt: das neue Imperium teutonicum christianum gegen die kleine Schar!

7. Die römische Kirche ist um ihres eigenen Machtklerikalismus willen aller Machtschwärmerei, die von anderer Seite kommt, abhold. Sie beugt sich nicht vor dem neuen

Imperium, findet aber in ihm Fleisch vom eigenen Fleisch: Auferstandenes Mittelalter, klerikaler Machtglaube, hierarchische Ordnungen, gratia naturam non destruit, sed supponit et perficit, religiöser Kollektivismus, geistige Diktatur, ontologische Denkweise, romantische Gläubigkeit; das deutsche Volk wird sich einen Teil dieser Güter und Werte wieder anzueignen haben, aber Land und Volk der Reformation stehen Wacht, daß dabei das Evangelium nicht verkürzt, das Kreuz nicht gekränkt und der deutsche reformatorische Mensch nicht verfälscht wird.

8. Das Erbe der Reformation würde bereits verschüttet sein, wenn ihre beiden dereinstigen Gegner nach ihrer Vereinigung noch in das Zentrum des Evangeliums eindringen »könnten«. Das Wort sie müssen lassen stahn!

9. In den Zeiten der Schande Deutschlands und des Verfalls jeder Gotteserkenntnis hat es Gott gefallen, der deutschen Kirche durch rücksichtslose Besinnung auf Wort und Reformation die Theologie des Kreuzes wiederzuschicken.

10. Die deutsche Kirche wartet auf das urchristliche Wagnis der bekennenden Front, die fernab von kirchenpolitischer Taktik die Haltung der Kirche bestimmt durch Wort und Bekenntnis im Verkündigen und Bauen. Diesem Wagnis gibt Gott die Verheißung, daß die abgerissene Brücke zum gängsteten Gewissen, zur reformatorischen Erfahrung für das Volk wieder errichtet wird. Dann löst sich die Seinsangst, und das deutsche Volk findet seinen Erlöser.

B. Von der Scheidung der Geister.

1. Die überlieferten Bekenntnisse der Kirche Jesu Christi genügen nicht mehr dem Ruf des Gotteswortes an Mensch und Volk unserer Zeit. Darum geben sie nicht mehr Antwort auf alle Gegenwartsnöte und bleiben gleichwohl Autorität. Das bereitet der Kirche offenbar große Verlegenheit, die allen, die Augen und Ohren haben, aufliegt. Gott aber verheißt zu neuen Bedrängnissen neue Weisungen. Die Kirche steht in Übergängen, abzuwarten ist ihr nicht erlaubt.

So gerät sie in ernste Versuchung: Entweder sucht sie der Bekenntnisnot so zu steuern, daß sie schon von der Vergesetzlichung der alten Bekenntnisse die Erneuerung der Kirche erwartet, oder sie geht auf den Ruf der Stunde in hemmungsloser Eigenmächtigkeit ein, ohne die geschehene Preisgabe christlicher Wahrheit auch nur zu ahnen.

Wir bekennen:

Das Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit ereignet sich im Kampf des Reiches Christi mit der Macht der Finsternis.

Das Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit gibt aller Geschichte die durch die Endweissagung über die Völker der Erde gewiesene Richtung. Das Handeln der Kirche in der Zeit ist niemals Sanktionierung geschehener Geschichte, sondern bei allem Gehorsam gegenüber dem immer revolutionären Geschichtsmoment ein prophetisches Anpacken. Die Kirche muß das sagen, was die Welt nicht sagt.

Unter dem Wort Gottes in Schrift und Verkündigung ist daher das Bekenntnis der Kirche zum Handeln des Heiligen Geistes in der Zeit niemals Schwärmerei. Und das alleinige Zeugnis von Christus Jesus in der Schrift Alten und Neuen Testaments ist das alle Geschichte richtende und rettende Wort Gottes.

Wir verwerfen das Abwerten der Schrift nach moralischen Gesichtspunkten der Vorbildlichkeit des biblischen Geschichtsstoffes. Die Bibel ist keine Idealschrift, sondern das Realbuch der Offenbarung der Sünde und der Verheißung der Gnade und verträgt keinerlei Auswahlprinzip, durch das die Einheit des Wortes der Offenbarung Alten und Neuen Testaments gefährdet wird.

Jetzt kann die Bibel wieder das Geschichtsbuch der Menschheit werden, gelesen

von den Kindern, gelebt von den Männern, erforscht von den Frauen, gelehrt von den Greisen.

2. Der Kirche des Wortes ist die Reinigung der christlichen Kirche von allen Schwärmereien und die Errettung des Schwärmers aufgetragen. Das unterscheidet evangelische Kirche von römischer, die den einen Schwärmer verbrennt, den anderen hegt und pflegt.

Wir verwerfen die Schwärmereien, die entstehen aus der Verabsolutierung eines Artikels unseres trinitarischen Glaubensbekenntnisses. Dieses bezeugt Gott als den Wahrhaftigen und Lebendigen, wenn es in seiner Ganzheit gelehrt und bekannt wird.

a) (3. Artikel): Wir verwerfen die vielerlei alten Schwärmereien von der bloßen Glaubensinnerlichkeit (bis zu Anabaptisten und Darbysten). Warum? Weil sie die Wirklichkeit der Kirche und die Wirklichkeit der Heiligung in dieser Welt leugnen! – Ihre letzten Epigonen sind zu jedem kirchenpolitischen Kompromiß bereit, weil sie Kirche nicht kennen.

b) (2. Artikel): Wir verwerfen die vielerlei späteren Schwärmereien vom Menschen und von der Menschheit, vom Menschengestalt und vom Menschengemüt, in Humanismus, Idealismus, Liberalismus, Sozialismus. Warum? Weil sie verkürzte Aussagen über das Erlösungswerk Christi tun, nicht die Tiefe der Verderbnis noch die Fülle der Gnade kennen (»Ich achte es alles für Kot, auf daß ich Christum gewinne!«) Ihre heutigen Erben erweichen noch immer das Evangelium von Sünde und Gnade und können Christum nicht kennen.

c) (1. Artikel): Wir verwerfen die heutigen Schwärmereien von der Kreatur: Erde, Blut, Leib, Volkstum, Vitalität.

Warum? Weil sie die natürlichen Gegebenheiten emanzipieren von dem Schöpfergott und seinem tötenden und lebendigmachenden Wort. Das kommende Geschlecht, das in dieser Irrlehre aufwächst, muß an Gott sterben, weil es ihn nie kennengelernt hat.

C. Von der Haltung der Kirche

Wir sagen Ja:

1. Zu dem Weg unseres Volkes als Aufbruch zu dem heutigen deutschen Sozialismus. Wir verstehen darunter die Befreiung des arbeitenden Menschen vom ökonomischen Menschen (Brechung der Zinsknechtschaft). Wir erblicken die Umwandlung eines Volkes, das abwechselnd unter der Arbeit und unter der Arbeitslosigkeit gestöhnt hat, in ein Volk bereit zum Dienst an sich selber, ein Volk, das sich wieder deutsch heißt.

2. Zu der völkischen Gesellschaft = freier, konstruktiver Aufbau aus dem atomisierten, nachkapitalistischen und nachmarxistischen Zustand zur totalen Gesellschaft. (Es ist irrig, vom totalen Staat zu sprechen; die Kirche muß von totaler Gesellschaft reden.)

3. Zum völkischen Menschen = Mensch mit Haltung (Civilcourage); Friedenszustand ist auch Kriegszustand des Volkes; Überwindung sowohl des bürgerlichen als auch des proletarischen Menschen; Vorbild der Askese (in der Welt) beim Führer.

4. Zu der zweiten Aufgabe der völkischen Zeit, im volksorganischen Kollektiv den kameradschaftlichen kooperativen Menschen auch zu seinem wahren Menschsein (Persönlichkeit) zu befreien bzw. zu entfalten.

5. Zur Scheidung der Geister (siehe B); denn wir werden reden, nach der Scheidung von Un- und Aberggeist (Ungeist = B 1.; Aberggeist = B 2.), in der Verkündigung zum völkischen Menschen das Wort, das ihn richtet, reinigt und rettet (daher strenge Lehrzucht in der Kirche).

6. Zu unserer Aufgabe, unserer Zeit und ihren Menschen in, mit und unter ihrer Sprache das Wort zu sagen.

Wir sagen Nein:

1. Die Stunde der Kirche in der Stunde des Volkes zu sehen. Daher üben wir unser Neinsagen in folgender notwendiger Entgegensetzung:
 der völkische Mensch will nur Gesetz, wir Gesetz und Erlösung;
 der völkische Mensch will nur Verwurzelung im Irdischen, wir erlöste Natur;
 der völkische Mensch will nur Zucht, wir Zucht und Ehrfurcht;
 der völkische Mensch will nur Unterordnung und Gemeinnutz, wir Gliedschaft und Dienst aus erfahrener Barmherzigkeit;
 der völkische Mensch will Heldentum und Kameradschaft, wir Auftrag und Bruderschaft.

2. Zu jeder Art von Klerikalismus:

Die Sicht der Kirche vom Staate kann nicht seine Sicht sein; wir sollen das auch dann nicht einmal erwarten, wenn er der Kirche Lebensrecht gibt.

Da, wo der Einzelne sein Wort einsam sagt, die Autorität seines Wortes nur aus seiner persönlich-amtlichen Verantwortung bezieht und in falscher Bescheidenheit darauf verzichtet, sich dem Gemeingeist gemeinsamen Bekennens demütig hinzugeben (»Sie hatten alles gemein«, das gilt auch von der Theologie), steht unser Nein. Es ist Klerikalismus, und zwar Gemeindeklerikalismus, wenn der Pastor die durch die Deutschen Christen aufgeworfenen Fragen und heraufbeschwörenden Konflikte glaubt durch die treue Arbeit in der Gemeinde schon lösen zu können, des Blickes für die übergemeindliche Aktualität der Kirchenfrage entsetzt, sich daher vor der Kirche gar nicht beugt und ebenfalls nur über die Gemeinde die Volkskirche, d. h. die Lösung der Aufgabe »Kirche und Volk«, glaubt erzielen zu können; so ist das Problem »Kirche und Volk« heute das Problem »Kirche und Pastorenschaft« (Lehramt der Kirche, Lehrzucht der Pfarrer, Lehrgemeinschaft in der Kirche, Bekenntnisfront der Pastoren als einziger Weg zur Bekenntniskirche).

Zum ganzen Wort »Bekenntnisfront«:

Unser Wort zur Bekenntnisfront, ein Wiederaufnehmen der Arbeit, die zum Pfingstbekenntnis westfälischer Pastoren führte. Unsere darin enthaltenen Deutungen der kirchlichen und geschichtlichen Ereignisse sind keine Geschichtsphilosophie oder gar eine Ewigkeitsprophetie, sondern nur ein Versuch, uns in unserem Worte dort hinzustellen, wo unser gegenwärtiger Mensch steht: Gehorsam gegen Gott und sein Wort, Liebe zur Zeit und ihrem Volk.

Die Barmer Theologische Erklärung und die »Judenfrage«

von Günther van Norden

Am 31. Mai 1934 beendete Landesbischof Meiser aus München die erste große Bekenntnisversammlung der evangelischen Kirche in Barmen-Gemarke mit einer Andacht über den 102. Psalm. Es ist der Psalm, der in einigen Bibelausgaben überschrieben ist: »Der ewige Gott, die Zuversicht des verbannten Volkes Israel«. Der Psalmist klagt über sein Elend und über die Verfolgung: »Täglich schmähen mich meine Feinde« (V. 9), »ich esse Asche wie Brot und mische meinen Trank mit Weinen« (V. 10). Und dann folgt sein Gebet: »Herr, du wollest dich aufmachen und über Zion erbarmen; denn es ist Zeit, daß du ihr gnädig sei, und die Stunde ist gekommen!« (V. 14). Diesen Vers legte Bischof Meiser seiner Andacht zugrunde. Er fragte in großem Ernst, ob die Bekennende Kirche, die gerade in Barmen ihre Theologische Erklärung beschlossen hatte, eigentlich ihrem Anspruch gerecht würde: »Ist in uns etwas vorhanden, was diesen Anspruch rechtfertigt?«¹ Es bestehe die Gefahr, so mahnte er, daß diese Bekennende Kirche den Blick nur auf sich selbst richte: auf *ihre* Klarheit, auf *ih*r Bekenntnis, auf *ihren* Zusammenschluß. »Aber in der Stunde, in der wir stehen, wäre es unchristlich und unevangelisch, wenn der Blick nun bei uns beharren würde.«²

Deutschland im Mai 1934: die jüdischen Mitbürger werden langsam, aber sicher aus der Gesellschaft ausgeschlossen. Ein Jahr zuvor, am 1. April, hatten sie erfahren müssen, was es heißt, fanatisierten SA-Banden

ausgesetzt zu sein. Die Schaufenster ihrer Geschäfte waren beschmiert worden, SA-Männer hatten sich breitbeinig vor die Türen gestellt und sie versperrt, in den Zeitungen war in widerlicher Form gehetzt worden, und auch christliche Zeitungen – Gemeindeblätter – hatten im Chor der Hetze mitgemacht.³ Am 7. April 1933 war der staatliche Arierparagraph eingeführt worden, ausgerechnet in einem Gesetz, das den Titel trug: Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Da hieß es in § 3: »Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.« Auch hier hatten evangelische Kirchen in gehorsamer Anpassung mitgemacht: Im Herbst hatten einige von ihnen, z. B. die Evangelische Kirche der altpreußischen Union, die Evangelisch-Lutherische Landeskirche Schleswig-Holsteins, die Thüringische Landeskirche und die Evangelisch-Lutherische Landeskirche von Sachsen, den staatlichen Arierparagraphen in ihre Kirchengesetzgebung übernommen. Das hieß dann so: »Geistliche und Beamte, die nichtarischer Abstammung oder mit einer Person nichtarischer Abstammung verheiratet sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.«⁴

Der Psalmist klagte über sein Elend und seine Verfolgung: »Täglich schmähen mich meine Feinde«, »ich esse Asche wie Brot und mische meinen Trank mit Weinen.« »Herr, du wollest dich aufmachen und über Zion erbarmen; denn es ist Zeit, daß du ihr gnädig seist, und die Stunde ist gekommen!« Der evangelische Landesbischof, der diesen Text auslegte, der Mitbegründer der Bekennenden Kirche, der sie mahnte, doch nicht den Blick auf sich selbst zu richten, auf ihre Klarheit, auf ihr Bekenntnis – ihm kam bei der Not Zions, bei der Schmähung Israels im Jahre 1934 nicht Israel in den Sinn, sondern die Kirche. Für ihn und wohl für die meisten, die seine Andacht hörten, war es klar, daß Zion die Kirche ist. Und so sprach er von der Not und Bedrückung der evangelischen Kirche, von »unseren großen Sorgen und den Nöten unserer Kirche«. »Es ist große Not in der Kirche. Du aber, Herr, wollest dich aufmachen und über Zion erbarmen!«⁵

An diesem christlichen Zeugnis wird deutlich, wie sehr der Blick verstellt sein kann, wie sehr er damals – 1934 – verstellt war. Wir müssen an dieser Stelle deutlich sagen, daß diese Feststellung nicht als Anklage, nicht als Vorwurf gemeint ist. Der Zeithistoriker begegnet bei seinen Versuchen, die jüngste Vergangenheit aufzuarbeiten, immer wieder der Meinung, er wolle sozusagen als ein Richter – vom sichern Port des Nachlebenden – die Zeitgenossen der schrecklichen Barbarei von 1933 bis 1945 verurteilen, die einen weniger, die anderen mehr. Manche, die sich mit der Zeitgeschichte befassen, treten auch gelegentlich so auf, als ob sie Zensuren verteilen könnten. Die Geschichtswissenschaft ist aber nicht die Wissenschaft der rechthaberischen Besserwisserei. Sie ist vielmehr der Versuch, im Nachhinein Licht in einen Raum zu tragen, der damals trübe war, also Vergangen-

heit aufzuhellen, um in der Gegenwart sicherer gehen zu können. Sie ist jedenfalls nicht der Ort, wo abgekanzelt wird. Sie sollte der Ort sein, wo man sich um neue Einsichten bemüht.

In diesem Sinne ist die Aussage gemeint: Der Blick des Predigers am 31. Mai 1934 war verstellt – er sah nicht die Not des Volkes Israel, der Juden in seinem Land, sondern er sah die Not seiner Kirche. Die allein war ihm wichtig: *Sola ecclesia!*

Mir ist die Aufgabe gestellt, über die Barmer Theologische Erklärung zu berichten im Kontext der Zeitgeschichte, insbesondere hinsichtlich der Problematik der Judenverfolgung. Ich will das in drei Abschnitten tun: 1. Was sagt »Barmen« zur Judenfrage? 2. In welchem politisch-gesellschaftlichen Kontext ist die Barmer Theologische Erklärung entstanden? 3. Was ist aus »Barmen« geworden?

Was sagt die Barmer Synode zur Judenfrage?

Es ist nicht richtig, wenn manchmal behauptet wird, die Barmer Bekenntnissynode habe sich um diese Frage überhaupt nicht gekümmert, sie sei nicht im Bewußtsein der Synodalen gewesen. Immerhin ist erwiesen, daß der Synode ein Antrag des Berliner Pfarrers Jacobi vorlag, in dem es hieß: »Die Synode weist die mit der Betreuung des Pfarrernachwuchses beauftragten Bruderräte der Provinzialsynoden an, sich mit besonderem Ernst der nichtarischen Theologen anzunehmen. Die, wie z. B. in Altpreußen durch die Ausführung des kirchlichen Beamtengesetzes, zu den Examina bzw. zur Anstellung bereits nicht mehr Zugelassenen müssen innerhalb der Bekennenden Kirche Zugang zum geistlichen Amte finden. Die gleiche Sorge muß denjenigen nichtarischen Brüdern gelten, denen die Möglichkeit des Theologiestudiums jetzt verschlossen ist.«⁶

Dieser Antrag wurde an den Bruderrat überwiesen, damit er – wie Präses Koch formulierte – »überlegt, in welcher Form diesem Anliegen zu entsprechen ist«; »Beifall« der Synode, vermerkt das Protokoll.

Immerhin: die Synode akzeptierte einen Antrag zur Unterstützung »nichtarischer« Theologen. Was daraus geworden ist, wissen wir nicht. Es hätte nahegelegen, aufgrund dieses Auftrags der Synode sich zum Beispiel um den entlassenen »nichtarischen« Kölner Krankenhauspfarrer Flatow zu kümmern, nicht nur privat, wie es manche getan haben, sondern offiziell als Bekennende Kirche. Dies ist offenkundig nicht geschehen. Das mag daran liegen, daß Flatow selbst sich nicht der Bekennenden Kirche anschloß, aber entthob sie dies ihrer Verantwortung?

Der Beschluß ist nicht veröffentlicht worden, wie andere Beschlüsse im Berichtsheft der Bekenntnissynode. – Schämte man sich seiner oder hielt man es für nicht opportun? Die Synode hat ja auch sonst in dieser Frage nichts getan. Sie hat nichts gesagt zur Verfolgung der jüdischen Laienchristen, ganz zu schweigen von der Bedrückung der jüdischen Mitbürger überhaupt.

Die Barmer Theologische Erklärung enthält deutliche Worte, zum Beispiel in der 1., 2. und 3. These. Sie läßt an theologischer bzw. dogmatischer Klarheit nichts zu wünschen übrig: Jesus Christus ist das eine Wort Gottes (Barmen 1),⁷ oder: Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären (Barmen 2), oder: Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern (Barmen 3). Das sind einleuchtende und leuchtende theologische Aussagen. *Solus Christus, sola ecclesia* sind so klar und treffend wie die alten reformatorischen Aussagen *sola fide* und *sola gratia*. Aber sie sind nicht konkret. Sie müssen erst durch Auslegung konkret gemacht werden. Wenn man jedoch die Auslegungen, die Andachten auf der Barmer Synode oder auch den Vortrag von Hans Asmussen liest, dann erstaunt man darüber, wie wenig konkret auch die Auslegungen sind.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Es heißt in der 2. These: »Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und in gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben ...« Daraus ergibt sich der Verwerfungssatz: »Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären ...«⁸ Hätte nicht die Auslegung im Jahr 1934 in folgende Richtung gehen müssen?: Da Jesus Christus Gottes Anspruch auf das ganze Leben des Christen ist, gibt es neben ihm keinen Herrn, der in irgendwelchen Bereichen des Lebens die absolute Befehlsgewalt hätte. Das heißt: Es gibt nicht die schlichte Trennung von privater Moral und öffentlicher Moral, es gibt nicht die Trennung von Evangelium am Sonntag in der Kirche und Politik am Werktag in der Gesellschaft, es gibt keine Zwänge irgendwelcher Art, die den Christen bestimmen könnten, also keinen Zwang des Arierparagraphen, des Judenhasses, keinen Zwang, im Dritten Reich etwa den Befehlen eines anderen Herrn bedingungslos zu eigen zu sein.

Aber Asmussen sagte in seiner Auslegung der Barmer Erklärung: Es gehe um den Protest gegen eine Lehre, die »seit mehr als zweihundert Jahren die Verwüstung der Kirche« vorbereitet habe, die Lehre nämlich, daß es neben dem Wort Gottes in der Heiligen Schrift »auch noch andere Ereignisse und Mächte, Gestalten und Wahrheiten als Gottes Offenbarung« gebe. Dieser Protest richte sich nicht gegen den nationalsozialistischen

Staat. »Wenn wir ... protestieren, dann protestieren wir nicht als Volksglieder gegen die jüngste Geschichte des Volkes, nicht als Staatsbürger gegen den neuen Staat, nicht als Untertanen gegen die Obrigkeit.«⁹

Mit anderen Worten: Klare theologische Aussagen müssen nicht klare ethische Aussagen zur Folge haben; sie sind in ihrer Auslegung abhängig vom historisch-gesellschaftlichen Ort, an dem ich mich befinde. Das heißt, das *Solus Christus* kann so richtig stehenbleiben, es muß nicht *pro hominibus* konkretisiert werden. Eine stringente Verklammerung von Theologie und Ethik gibt es offenkundig nicht – es gab sie jedenfalls in Barmen nicht, *gibt es sie heute?*¹⁰ Wenn man sieht, wie unterschiedlich heute die Theologische Erklärung ausgelegt wird, kann man staunen über eine so breite christliche Pluralität. Erlaubt ist, was gefällt – heißt das in der Kirche: Erlaubt ist, was ausgelegt ist?

Die Frage bleibt, warum die klaren theologischen Aussagen der Barmer Erklärung keine klaren ethischen Aussagen zur Folge hatten, wie es zu den ethischen Defiziten in diesem Dokument kam. Wie war es möglich, daß nur an einer Stelle gesellschaftlich konkret gesprochen wurde, nämlich in der These 5, die sich gegen die falsche Lehre richtete, »als solle und könne der Staat ... die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden«. Eingehüllt in eine These, die die alte unverwüstliche Zweiregimentenlehre belebte, ausgerechnet in diesem Zusammenhang, nicht in dem von These 2, steht die Absage an den totalen Staat. Da der Anspruch von Staat und herrschender Partei auf die Totalität zielte, war mit dieser Aussage und Absage der Bekennenden Kirche eine politische Aussage gemacht worden. Dort wo die Kirche konkret spricht, da spricht sie politisch. Ohne daß sie es will – siehe Asmussens Auslegung –, vielmehr gegen ihren Willen zeigt hier die Kirche, daß das die theologischen Aussagen begründende Evangelium eine wesentliche politische Dimension hat.

Die Kirche, die Bekennende Kirche, zeigte es in Barmen sonst nicht: Sie protestierte nicht gegen die Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten, nicht gegen die Mißachtung von Menschenrechten, nicht gegen Unterdrückung von Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung.

Wir fragen, woran das liegt. Ich denke, dies hat einen theologischen und einen historisch-gesellschaftlichen Grund. Die Theologie des *Solus Christus* steht in der Gefahr der A-Historizität, ein Vorwurf, der Karl Barth gemacht wird und den ich zum Teil für berechtigt halte, jedenfalls in einer bestimmten Phase. Es ist der Vorwurf: Du machst Theologie, als ob es die Welt nicht gäbe, du treibst Theologie ohne historisch-gesellschaftlichen Bezug, wie »ein einsamer Vogel auf dem Dach«. Dieses Bild hat Barth selbst in seiner Schrift »Theologische Existenz heute« vom Juni 1933 benutzt, die heute noch oft als Kampfschrift gegen den NS-Staat mißverstan-

den wird, so wie ja auch die Legende nicht stirbt, die Bekennende Kirche sei eine Widerstandsbewegung gegen das nationalsozialistische Regime gewesen. In dieser Schrift sagt Karl Barth zwar, daß Kirche und Theologie »die naturgemäße Grenze jedes, auch des totalen Staates« seien – und dies ist die wichtige Aussage der 5. Barmer These –, aber er sagt dies, weil sie das ewig wahre und unentbehrliche Wort Gottes verkündeten. Alles andere sei dagegen wie Gras: Dem deutschen Volk »ist heute Außerordentliches in Aussicht gestellt: daß es sich selbst finden, einig und frei werden solle auf einem Weg, den seine Führer zu kennen ihm erklärt haben und den mit ihnen zu gehen, es sich entschlossen hat. Aber das deutsche Volk wird der Mahnung und des Trostes des Wortes Gottes bedürfen, auch wenn jenes Ziel erreicht sein wird, um wieviel mehr heute, da es am Anfang des Weges dazu steht. Und das um so mehr, als ihm um jener Verheißungen willen heute viel genommen werden muß, dessen es sich früher freuen durfte und auch wohl allzu töricht und unverantwortlich gefreut hat. Wo ist das alles hingekommen, was noch vor einem Jahr und vorher 100 Jahre lang Freiheit, Recht und Geist hieß? Nun, das sind zeitliche und irdische Güter. Alles Fleisch ist wie Gras ... Kein Zweifel: schon manches Volk in alter und neuer Zeit hat diese Güter entbehren müssen und dann auch entbehren können, wenn das kühne Unternehmen des ›totalen Staates‹ es von ihm verlangte ...«¹¹

Aus diesen Worten wird deutlich, wie sehr alles, was der Mensch an Gütern und Werten geschaffen hat, zweitrangig ist gegenüber dem Worte Gottes, ja nicht nur zweitrangig, sondern eigentlich sogar unwesentlich: Alles Fleisch ist wie Gras. Dies mag für die theologische Existenz des Christen vielleicht so sein, aber daß die vorläufigen Dinge von dem Letzten her nicht ihren Wert verlieren, sondern gerade erst erhalten – das hat Karl Barth wohl erst später erkannt, zumindest erst später deutlich ausgesprochen.

Der Exklusivität des *Solus Christus* – seiner ausschließlichen Wichtigkeit – wurde schon im Jahr 1933 von Hermann Mulert scharf widersprochen, der eher als Barth sah, wie wichtig die vorläufigen Dinge sind. Der Herausgeber der Christlichen Welt erwähnte in einer Rezension der Barthschen Schrift in seiner Zeitschrift gerade jene Sätze: »Wo sind Freiheit, Recht und Geist hingekommen? Nun, das sind zeitliche und irdische Güter, die ein Volk entbehren kann ...« und wies sie sogleich zurück: »Nein, sofern mit Freiheit und Recht die Möglichkeit zusammenhängt, die Wahrheit zu sagen, auch die des Evangeliums, sind das gar nicht nur weltliche Güter, auf die es dem Christen nicht anzukommen braucht.«¹² Aber diese letzten liberalen Resistenzen gegen den die bürgerlichen Freiheiten zerschlagenden Staat fielen im Jahr 1933 dahin. Es gab in Barmen niemanden mehr, der für die bürgerlichen Freiheiten oder für die Juden oder gar für die Kommuni-

sten laut die Stimme erhob. Vielmehr leistete man »geistlichen Widerstand« gegen die Deutschen Christen. Zeitliche und irdische Güter? »Laß fahren dahin, sie haben's kein Gewinn!«

*Der politisch-gesellschaftliche Kontext der Barmer Theologischen Erklärung*¹³

Neben diesem theologischen Absolutismus des *Solus Christus* gab es aber den vielleicht noch wichtigeren historisch-gesellschaftlichen Grund für die ethischen Defizite von Barmen. Damit sind wir beim 2. Teil unserer Überlegungen.

Es ist sehr wichtig, daß wir zunächst das politische Umfeld erkennen, damit wir nicht der Legende verfallen, die von einigen theologischen Kirchenhistorikern geglaubt und verkündet wird: Die Synode von Barmen habe stattgefunden in der Konfrontation mit dem nationalsozialistischen totalitären Staat, einem übermächtigen Monolithen geballter, zusammengefaßter Autorität mit einer beherrschenden antichristlichen Ideologie. So einfach war es nicht.

Die »Machtergreifung im Frühjahr 1933« hatte ja nur dadurch erfolgen können, daß die Nationalsozialisten, die die Massen besaßen, ein Bündnis mit den konservativen Gruppen der Gesellschaft eingingen, die die Macht besaßen: Bürokratie, Reichswehr, Industrie, Landwirtschaft und Kirchen. Der beträchtliche Anteil dieser konservativen Kräfte an der sogenannten Machtübernahme darf nicht vergessen werden.¹⁴ Die Rolle der Partei, der NSDAP, in diesem Kräftespiel war unentschieden, die Rolle der SA als einer revolutionären Kraft war umstritten, besonders nachdem Hitler bereits im Juli 1933 die nationalsozialistische Revolution für beendet erklärt hatte.

Als im März 1934 bekannt wurde, daß der Reichspräsident – Feldmarschall v. Hindenburg – nicht mehr lange zu leben hätte, drohte das labile Machtverhältnis in Deutschland aus den Fugen zu geraten: Hitler wollte das Reichspräsidentenamt in jedem Fall mit seinem Reichskanzleramt vereinigen, weil er sich ohne dies nicht aus der Umklammerung durch die konservativen Kräfte befreien konnte: Der mit dem Reichspräsidentenamt verbundene verfassungsmäßige Oberbefehl über die Reichswehr würde ihm zum einen einen ungeheuren Autoritätszuwachs bringen und zum anderen wäre damit die monarchistische Opposition um den Vizekanzler Franz v. Papen besiegt. Diese monarchistische Opposition begann sich seit März 1934 auch öffentlich bemerkbar zu machen: Papens Vorstöße

bei Hitler und seine Gespräche über die Wiedereinführung der Monarchie nach Hindenburgs Tod zeigen dies deutlich.

Viel gefährlicher war aber die Unruhe, die von der SA ausging. Ihr Stabschef Röhm wollte seiner Truppe endlich die Aufgabe geben, die sie, wie er meinte, verdient hätte: nämlich die Armee des Volkes zu werden. Sein Ziel war offensichtlich, die Reichswehr in das Millionenhier seiner SA einzugliedern. Sein Plan war für die traditionsbewußte, in konservativem Geist geprägte Generalität ein Greuel.

Die Reichswehr besaß das Waffenmonopol und damit einen beträchtlichen Machtanteil. Sie wußte, daß sie ihre Interessen nicht gegen Hitler und die von ihm doch immerhin stark fanatisierten Volksmassen durchsetzen könnte. Aber Hitler wußte auch, daß seine Interessen nicht gegen die Reichswehr durchzusetzen waren. So kam es im April/Mai 1934 zum 2. Pakt (nach dem Januar 1933) zwischen Hitler und der konservativen Machtgruppe (diesmal um v. Fritsch und Beck): Ziel war die Ausschaltung der SA, die dann Ende Juni im angeblichen Röhm-Putsch erfolgte.

Für unsere Fragestellung nach dem historisch-politischen Umfeld der Barmer Theologischen Erklärung ist die Feststellung wichtig, daß die Bekenntnissynode in der Zeit eines höchst labilen innenpolitischen Kräftegleichgewichts stattfand: Da gab es durchaus nicht den totalitären Staat, es gab vielmehr lediglich den Anspruch einer »Ideologie«, die in ihrer Vagheit unbestimmt war. Es war den Zeitgenossen durchaus nicht klar, welche der vielfältigen Komponenten des Weltanschauungsbaus, etwa die eines positiven Christentums oder die eines völkischen Neuheidentums, sich durchsetzen würde.

Wir haben gefragt, wie es zu den verhängnisvollen ethischen Defiziten der Barmer Theologischen Erklärung kam; warum Barmen nicht gegen die Unterdrückung von Meinungsfreiheit und Selbstbestimmung auftrat? Sollte man gegen einen Staat protestieren, den die ehrwürdige Figur eines überzeugten evangelischen Reichspräsidenten repräsentierte, in dem bekannt christliche Minister, wie Graf Schwerin v. Krosigk und andere, an der Macht beteiligt waren? Sollte man gegen einen Staat protestieren, in dem die anerkannte, hochgeachtete Generalität daran mitwirkte, daß Deutschland wieder zu Ehren kam? Sie hatte gerade den »Arierparagrafen« für das Offizierkorps eingeführt – sollte das zum Protest führen? War es denn nicht richtig, daß diese anerkannten Autoritäten die unbelehrbaren Kommunisten und Sozialdemokraten bestrafte und in »Umerziehungslager« steckte? War es denn nicht richtig, daß die christliche autoritäre Obrigkeit gegen das angeblich zersetzende internationale Judentum vorging? Oder gegen eine Demokratie, die doch nur Zwietracht

brachte, statt der ersehnten Einigkeit? Das Schlagwort: Autorität statt Majorität klang auch in den Ohren von bekennenden Christen gut.

Wir müssen diese politisch-gesellschaftliche Situation erkennen, die das Schweigen und Reden von Barmen umgab und bestimmte. Denn auch die Bekennende Kirche war ja nicht geschichtslos, sondern lebte mit ihren Menschen, mit ihren Repräsentanten in der Tradition eines bürgerlichen, konservativen Protestantismus, aus dem sie sich nur langsam und auch nur in Minderheiten lösen konnte.

Und noch eins muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Auch wenn es im Mai 1934 den omnipotenten, monolithischen Staat nicht gab, sondern vielmehr ein differenziertes Machtgefüge, so gab es in ihm doch schon einen totalitären Führermythos, der die Herzen und Gefühle vieler Menschen bewegte. Die Nationalsozialisten waren in ihrer Propaganda den Tatsachen oft weit voraus. Auf diesem Felde waren sie unschlagbar, hier haben sie bis zum Untergang gesiegt und siegen vielleicht noch heute.

Ich will damit sagen, daß viele der Kirchenmänner in Barmen die Reden des »Führers« im Ohr hatten, die Rede zum Beispiel, die er am 1. Mai 1934 auf dem Tempelhofer Feld in Berlin gehalten hatte. In ihr kehrten zwei Worte immer wieder: Vertrauen und Volksgemeinschaft. Es war eine Rede, in der Hitler um das »Vertrauen der Nation«, wie er es nannte, rang, denn die Autorität, so sagte er, beruhe nicht auf Gewalt, sondern auf Vertrauen. Er wolle nicht eine äußere Gleichschaltung, sondern die Gleichschaltung der Herzen und Überzeugungen. Er wolle nichts anderes, als daß das deutsche Volk »glücklich und selig« werde, und darum rief er es auf, nicht zu vergessen, »demütig dem zu danken, der uns durch ein ganzes Jahr unsere Arbeit so erfolgreich gedeihen ließ«, und ihn zu bitten, »auch für die kommende Zeit unserem Volk seinen Segen nicht zu versagen«.¹⁵ Solche frommen Klänge hatten die Zeitgenossen im Ohr, und ich denke, daß unter den Kirchenchristen, die von der Verfolgung nicht betroffen waren, tatsächlich viele danken konnten für das vergangene Jahr 1933. Wir sehen heute die Geschichte von 1933/34 durch Auschwitz hindurch, wir wissen, was aus 1933/34 wurde. Damals aber wußten es nur wenige.

Aber nicht nur diese Rede war über alle Rundfunksender zu hören und in allen Zeitungen in den ersten Maitagen 1934 zu lesen, sondern man konnte auch den Aufruf des Propagandaministers Goebbels zu einer »umfassenden Versammlungs- und Propagandaaktion« vernehmen, die nun während des ganzen Monats Mai über Deutschland hinwegrollte. Die Kampagne, so hieß es, sollte sich »insbesondere gegen die Miesmacher und Kritikaster, gegen die Gerüchtemacher und Nichtskönner, gegen Saboteure und Hetzer richten . . . , die immer noch glauben, die klare Aufbauarbeit des Nationalsozialismus stören zu können. Beginnend mit den ersten Maitagen bis zum

30. Juni sollen Versammlungen, Demonstrationen und Kundgebungen gleich einem Trommelfeuer das Volk aufrütteln gegen diese Landplage, die ein für allemal verschwinden muß. Nach den in Kampfzeiten geübten Methoden werden die Versammlungen alle erfassen bis ins letzte Dorf hinein, mit jeder Woche in ihrem Tempo stärker, in der Unerbittlichkeit der Forderungen härter, an Durchschlagskraft und Erfolgen alle bisher durchgeführten Aktionen in den Schatten stellend.«¹⁶

Hier wird die meisterhafte Methode deutlich, mit der die Propagandaregie die Bevölkerung zu manipulieren versuchte: Auf der einen Seite die um Vertrauen werbende Rede des frommen »Führers«, die mit der Bitte um Gottes Segen schloß, die Absage an Rache und Zwang – auf der anderen Seite die aggressive Sprache der Intoleranz gegen alle Kritik, der Aufruf zur ideologischen Mobilisierung der Massen durch Versammlungen »bis ins letzte Dorf« hinein. Diesem Wechselbad von Werbung und Einschüchterung waren die Leute ausgesetzt, und auch die Kirchenmänner von 1934 konnten sich ihm nicht entziehen.

Unentwegt berichtete die Presse über die dynamischen Aktivitäten des »Führers«, der sich gerade in diesen Wochen zu bemühen schien, die deutsche Kultur wieder aus den Niederungen des internationalen »Asphaltjudentums« emporzuheben. Am 7. Mai hielt er eine bedeutende Rede vor 400 Schriftleitern der NSDAP, und vom 27. bis 30. Mai weilte er zur Reichstheaterfestwoche in Dresden, wo er auch am 30. Mai den weltberühmten Komponisten Richard Strauß empfing, der ihm seine Huldigung zu Füßen legte. Das war in den Tagen der Barmer Erklärung.

Ethische Defizite? Sicher – aber wer protestierte schon in Deutschland gegen die Schande der Brutalisierung des öffentlichen Lebens, gegen die Kriminalisierung politischer Gegner, gegen die Schmähung des Judentums? Die mächtigen Verbündeten Hitlers nicht – weder die Reichswehrgeneralität noch der Reichspräsident noch die traditionsbewußte, konservative, evangelisch geprägte Ministerialbürokratie – abgesehen von einer kleinen Gruppe monarchistischer Konservativer um den Vizekanzler von Papen (Dr. Edgar Jung, Oberregierungsrat von Bose u. a.), die in diesen Wochen ihre Kritik anmeldete (unter anderem durch Reden v. Papens in Marburg am 17. Juni, in Hamburg am 24. Juni). Das Schweigen der Kirche in Barmen wird dadurch nicht gerechtfertigt. Kirche muß immer und überall für die Unterdrückten und Geängstigten eintreten, sie ist gewiesen, für den einzustehen, der »unter die Räuber gefallen« ist. Das ist unbestritten. Aber Kirche ist eben auch immer eine historisch-gesellschaftliche Größe und abhängig von den Beeinflussungen, Vorurteilen und Ängsten der Zeit. Von da her wird, so denke ich, das Schweigen der Kirche in Barmen zwar nicht gerechtfertigt, aber erklärlich. Die ethischen Defizite waren nicht nur theo-

logisch bedingt (durch die Gefahr, die von der Solus-Christus-Theologie ausging), sondern auch historisch-gesellschaftlich verursacht.

Was ist aus Barmen geworden?

10 Jahre nach Barmen richtete der Bruderrat der Evangelischen Kirche der altpreussischen Union ein Wort an die Gemeinden zur Erinnerung an die Barmer Bekenntnissynode von 1934. Es ist das Jahr 1944, das letzte Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft. An allen Fronten sind die deutschen Truppen auf dem Rückzug, die Niederlage zeichnet sich ab. Im Offizierskorps der Wehrmacht – einst Verbündeter Hitlers bei der Machtübernahme und in den ersten Jahren der Aufrüstung – bereiten sich Gruppen auf einen neuen Attentatsversuch vor. In diesem Jahr erinnert der Bruderrat zu Pfingsten die Gemeinden an die Barmer Erklärung und legt sie ihnen aus. Er bezeugt den Wahrheitsgehalt der 1. These: Jesus Christus ist das eine Wort Gottes: es gibt keine andere göttliche Offenbarung als Jesus Christus; und der 3. These: Die christliche Kirche ist die Gemeinde von Brüdern: es gibt in ihr keine Ordnung nach den wechselnden Meinungen der Zeit; und der 4. These: Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen: es gibt kein Führerprinzip in der Kirche. Aber die Thesen 2 und 5 mit ihren gefährlichen politischen Implikationen fehlen. War das ein Zufall?

Ein Jahr zuvor (am 28./29. August 1943) hatte die Schlesische Bekenntnissynode ein Wort zum Weg der Kirche beschlossen. Auch sie hatte auf Barmen verwiesen, und zwar in einer Form, die zeigt, daß hier Christen versuchten, die Beschlüsse von Barmen zu aktualisieren, sie konkret auszu-legen: Zur 1. These sagten sie: »Es widerstreitet diesem Bekenntnis, wenn die Kirche in Beugung unter den Rasseglauben unserer Zeit meint, den Zusammenhang zwischen Altem und Neuem Testament ganz oder teilweise preisgeben zu können. Es heißt diesen Zusammenhang preisgeben, wenn in der Kirche verschwiegen wird, daß Jesus Christus aus dem Hause und Geschlecht Davids war ... Wo immer die Kirche der Versuchung erliegt, sich dessen zu schämen, daß Gottes Offenbarung zuerst an Israel erging, verleugnet sie den Herrn Jesus Christus.«¹⁷ Hier erklärte die Bekenkende Kirche 1943 ihre Solidarität mit Israel, das in die Gaskammern ging.

Zum Verwerfungssatz der 2. These: »Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären«, hieß es: »Die Kirche kann keine

eigengesetzlichen, der Herrschaft Christi entzogenen Bereiche unseres menschlichen Lebens anerkennen. Es widerstreitet diesem Bekenntnis, wenn die Kirche in der Flucht aus der Öffentlichkeit und in sektenhafter Abschließung den Herrschaftsanspruch Jesu Christi ... gegenüber den großen Fragen des politischen und völkischen Geschehens wie Krieg, Recht und Wirtschaft verschweigt. Darum haben wir ohne Menschenfurcht zu bezeugen, daß durch Gottes Wort auch die öffentlichen Sünden unserer Zeit: Verachtung Gottes, Mißachtung von Ehre und Leben des Nächsten, Zerstörung der Familie, Auflösung der geschlechtlichen Zucht getroffen, gerichtet und vergeben werden. Wo immer die Kirche nicht mehr wagt, die Zehn Gebote gegenüber den Sünden ihrer Zeit zu verkünden, da verliert auch ihre Predigt von der Vergebung der Sünden Vollmacht und Glaubwürdigkeit. Wo immer die Kirche Christi Gottes Gebote nur so weit predigt, als sie dabei der Zustimmung der irdischen Gewalten ihrer Zeit gewiß ist, wird Gottes Anspruch auf unser ganzes Leben verleugnet und Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden vorenthalten.«¹⁸ Damit machte die Bekennende Kirche 1943 deutlich: Konkretisierung des Bekenntnisses ist immer auch ethisch-politische Predigt als Mahnung und Warnung der irdischen Gewalten.

Aus dieser Einsicht heraus entschlossen sich immerhin an einigen Stellen Christen zu tapferen Worten: Dazu gehörten die Erklärung der 12. preußischen Bekenntnissynode vom Oktober 1943, die Schreiben des Landesbischofs Wurm und vor allem der sogenannte Münchener Laienbrief (von Hermann Diem verfaßt) von Ostern 1943: »Als Christen können wir es nicht länger ertragen, daß die Kirche in Deutschland zu den Judenverfolgungen schweigt ... Dem Staat gegenüber hat die Kirche die(se) heilsgeschichtliche Bedeutung Israels zu bezeugen und jedem Versuch, die Judenfrage nach einem selbstgemachten politischen Evangelium zu ›lösen‹, das heißt das Judentum zu vernichten, aufs äußerste zu widerstehen als einem Versuch, den Gott des Ersten Gebotes zu bekämpfen. ... Sie muß vielmehr bezeugen, daß mit Israel sie und ihr Herr Jesus Christus selbst bekämpft wird.«¹⁹

Leider kann man es mit diesem Text nicht bewenden lassen, denn dann würde verschleiert, daß die Evangelische Kirche als solche die Solidarität mit Israel eben nicht bezeugt hat. Es hat Stimmen aus der Bekennenden Kirche gegeben, die schließlich nach langen Jahren aus Barmen die Konsequenzen zogen, die die ethischen Defizite zu einem Teil wenigstens beseitigten. Aber sie sprachen nicht für die Evangelische Kirche.

Es muß gesagt werden, daß lauter und vielfältiger jene anderen Stimmen waren, die erklärten: »Der christliche Glaube ist der unüberbrückbare religiöse Gegensatz zum Judentum«²⁰ – so in der Bekanntmachung deutscher

Kirchenführer und Landesbischöfe vom April 1939. Die Kirchenführerkonferenz mit Marahrens, Wurm, Meiser und anderen – also mit Bischöfen, die der Bekennenden Kirche nahestanden – unterschrieb zwar diesen Satz nicht, aber sie fand sich im Mai 1939, fünf Jahre nach Barmen, zu folgendem Satz bereit: »Im Bereich des Glaubens besteht der scharfe Gegensatz zwischen der Botschaft Jesu Christi und seiner Apostel und der jüdischen Religion der Gesetzlichkeit und der politischen Messias Hoffnung, die auch schon im Alten Testament mit allem Nachdruck bekämpft ist.«²¹

Marahrens, Wurm und Meiser waren in Barmen gewesen. Immerhin war ihr Weg einer christlichen Existenz ein anderer als derjenige, den einige deutschchristliche Bischöfe gehen zu sollen glaubten. Als zum 1. September 1941 der »Judenstern« eingeführt wurde, der die jüdischen Menschen in Deutschland als – wie man sagte – »die geborenen Welt- und Reichsfeinde«, als Ausgestoßene brandmarken sollte, da hatten diese evangelischen Kirchenführer nichts Eiligeres zu tun, als ihre so gekennzeichneten christlichen Brüder und Schwestern aus ihren Kirchen auszuschließen. Am 17. Dezember 1941 gaben sie für ihre elf Landeskirchen eine Bekanntmachung heraus, mit der sie »jegliche Gemeinschaft« mit diesen Christen mit dem Judenstern aufhoben.²² Und am 22. Dezember – zwei Tage vor der Geburt des Judenheils – erklärte die Deutsche Evangelische Kirchenkanzlei im Einvernehmen mit dem Geistlichen Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche (in dem Landesbischof Marahrens mitwirkte), es sollten in den Landeskirchen Vorkehrungen getroffen werden, »daß die getauften Nichtarier dem kirchlichen Leben der deutschen Gemeinde fernbleiben«. ²³ Sie waren ihm meist sowieso schon sehr fern. Wurm schreibt in seinem Protestbrief vom 6. Februar 1942: »Dürfen wir das Unglück der wenigen noch vorhandenen nichtarischen Christen noch steigern, indem wir ihnen die Teilnahme an unseren Gottesdiensten entziehen?« »An keinem Unglücklichen darf der Christ achtlos vorübergehen.« Aber im gleichen Atemzuge konnte er ohne weiteres erklären, daß dem Staate nicht das Recht bestritten werden dürfe, »zum Zweck der Reinerhaltung des deutschen Volkes eine Rassegesetzgebung durchzuführen«. ²⁴

Die Bekennende Kirche hat mit der Barmer Theologischen Erklärung ein wichtiges Dokument geschaffen, das gegen die deutschchristlichen Irrlehren theologische Grundwahrheiten des evangelischen Glaubens wieder neu postulierte. Das *Solus Christus* war sozusagen der notwendige Eckstein, der Pfeiler, der die Kirche als Kirche erhielt. Daß darüber hinaus die Linie zur politischen Ethik nicht ausgezogen wurde, daß die ethische Konkretion für das Jahr 1934 fehlte, erhebt die Barmer Theologische Erklärung zwar einerseits in den Rang eines übergeschichtlichen Bekenntnisses, zeigt aber andererseits doch eine Schwäche auf, die möglicherweise eine grund-

sätzliche Schwäche der Kirche ist. Die Gefahr wird deutlich, daß sie gerade bei dem Versuch, theologische Aussagen zu konkretisieren, aus ihrem Wächteramt heraus Wegweisungen für die politische Ethik aufzustellen, zum einen in das historisch-gesellschaftliche Umfeld so stark eingebunden und zum anderen durch unterschiedliche Sozialisierungen ihrer Mitglieder so sehr pluralisiert ist, daß sie zu eindeutigen Stellungnahmen nicht findet. Man mag diese Eindeutigkeit in der Barmer Theologischen Erklärung hinsichtlich der Verbrechen der Nationalsozialisten vermissen. Aber man muß zugleich erkennen, welcher Staat und welche Propaganda damals die Kirchenleute von Barmen umgab, so daß sie vielleicht gar nicht anders sprechen konnten.

Eine andere Bewertung ergibt sich wohl gegenüber den Aussagen der deutschchristlichen Kirchenführer vom Dezember 1941, die das Verbrechen der Nationalsozialisten auch noch kirchlich absegneten. Das Stuttgarter Schuldbekennnis hat für dieses Beihilfe-Verbrechen noch viel zu sanft gesprochen.

Anmerkungen

- ¹ Zit. in Gerhard Niemöller, Die erste Bekenntnissynode der Deutschen Evangelischen Kirche zu Barmen. Bd. 2: Text – Dokumente – Berichte. Göttingen 1959, S. 192.
- ² Zit. ebd., S. 193.
- ³ Vgl. Reformierte Kirchenzeitung, Jg. 83, Nr. 15, S. 111: »Obwohl bei uns keinem anständigen Juden ein Haar gekrümmt wird, redet die Nummer des Scots Observer vom 25. März von religiösen Verfolgungen, die tausende Juden zur Auswanderung gezwungen hätten, droht sogar mit einem Eingreifen des Völkerbundes und beklagt unnötiger- und nach deutschen Begriffen lächerlicher Weise, daß Hitlers Politik mit ihrer Judenverfolgung »die deutsche Kultur einer reichen Blume berauben wird«. Zur Auswanderung werden nur die Ostjuden gezwungen, die sich ohne Erlaubnis in Scharen bei uns eingemistet haben, und freiwillig wandern nur solche Juden aus, die merken, daß sie in einem wieder anständig werdenden Deutschland keine Wirksamkeit mehr entfalten können, wie Emil Ludwig, geb. Cohn, L. Feuchtwanger, Einstein und ähnliche.« Zit. in Günther van Norden, Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung. Gütersloh 1979, S. 325 f.
- ⁴ Zit. ebd., S. 357.
- ⁵ Zit. Niemöller, Barmen (wie Anm. 1), S. 194.
- ⁶ Zit. ebd., S. 187 f. Auch das folgende Zitat.
- ⁷ Vgl. Bertold Klappert, Barmen I und die Juden, in: Bekennende Kirche wagen. Barmen 1934–1984, hg. von Jürgen Moltmann. München 1948, S. 59–125; Eberhard Busch, Kirche und Judentum im Dritten Reich, in: Günther van Norden (Hg.), Zwischen Bekenntnis und Anpassung. Köln 1985, S. 157–177; Wolfgang Huber, Folgen christlicher Freiheit. Ethik und Theorie der Kirche im Horizont der Barmer Theologischen Erklärung. Neukirchen-Vluyn 1983, S. 71–93 (Die Kirche vor der »Judenfrage«).
- ⁸ Günther van Norden, Kirchenkampf im Rheinland. Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934. Köln 1984, S. 156.
- ⁹ Zit. Niemöller, Barmen (wie Anm. 1), S. 56.
- ¹⁰ Vgl. hierzu und zum folgenden Jürgen Moltmann, Politische Theologie – Politische Ethik, München/Mainz 1984.
- ¹¹ Karl Barth, Theologische Existenz heute! München 1933, S. 40.
- ¹² Hermann Mulert, in: Die Christliche Welt, Jg. 47, Nr. 14, Sp. 661 f.
- ¹³ Vgl. u. a. Martin Greschat, Bekenntnis und Politik. Voraussetzungen und Ziele der Barmer Bekenntnissynode, in: Evangelische Theologie 6 (1984), S. 524 ff.; Martin Rohkrämer, Die Synode von Barmen in ihren zeitgeschichtlichen Zusammenhängen, in: Bekennende Kirche wagen (wie Anm. 7), S. 23 ff.
- ¹⁴ Vgl. neben anderen Martin Broszat, Der Staat Hitlers, in: Deutsche Geschichte seit dem Ersten Weltkrieg, Bd. 1, S. 676.
- ¹⁵ Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Bd. 1: Triumph. Wiesbaden 1973, S. 381.
- ¹⁶ Ebd., S. 382.
- ¹⁷ Joachim Beckmann (Hrsg.), Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933–1944. 2. Aufl. Gütersloh 1976, S. 381.
- ¹⁸ Ebd., S. 382.

- ¹⁹ Heinrich Hermelink (Hrsg.), *Kirche im Kampf. Dokumente des Widerstands und des Aufbaus in der Evangelischen Kirche Deutschlands von 1933 bis 1945*. Tübingen/Stuttgart 1950, S. 650f.
- ²⁰ Beckmann, *Kirchliches Jahrbuch* (wie Anm. 17), S. 286.
- ²¹ Ebd., S. 292.
- ²² Ebd., S. 460.
- ²³ Ebd., S. 461.
- ²⁴ Ebd., S. 463.

Das deutsche Volk und das System der Konzentrationslager

von Werner Jöhe

Wendet man sich der Frage zu, welche Kenntnisse das deutsche Volk über das System der Konzentrationslager besaß und wie es darauf reagierte, wird sehr schnell deutlich, daß es sich hier eigentlich um zwei unterschiedliche Themen handelt, je nachdem, ob man sich dem Zeitraum nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft zuwendet oder die Frage im Blick auf die Zeit von 1933 bis 1945 zu beantworten sucht. Ohne Zweifel unterschieden sich die Kenntnisse der Bevölkerung nach der Kapitulation, nach der Befreiung der Konzentrationslager durch die alliierten Truppen, nach den ersten Prozessen gegen die direkt Verantwortlichen vor alliierten Militärgerichten, als die in den Lagern begangenen Grausamkeiten und Brutalitäten in vollem Umfang enthüllt wurden, in erheblichem Maße von dem, was vorher über die Lager, die Behandlung der Häftlinge oder gar über die Rolle der Lager im Herrschaftssystem bekannt war. Der Eindruck dieser Informationen, aber auch die veränderte äußere Situation, blieben nicht ohne Einfluß auf die Reaktionen.

Nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Staates erlangte das deutsche Volk die volle Kenntnis des grauenhaften Geschehens, sah sich aber auch mit der Anklage der Mitwisserschaft konfrontiert, und so ist es verständlich, daß das Vorbringen mehr oder weniger gewagter Schutzbehauptungen zum allgemeinen Brauch wurde – zumal die Möglichkeiten der Widerlegung gering waren. Dies gilt sowohl für die Ausrottung der europä-

ischen Juden wie für das Wissen über die Konzentrationslager. Diese Haltung wurde dadurch erleichtert, daß die Aufdeckung der Schandtaten in Zusammenhang gebracht wurde mit der These von der deutschen Kollektivschuld. Damit sah sich der einzelne moralisch neben dem Lagerkommandanten oder dem SS-Arzt auf der Anklagebank, eine Vorstellung, die nicht das moralische Verantwortungsgefühl weckte, sondern, um Eugen Kogon zu zitieren, »die Kräfte der Abwehr gegen die Beschuldigung, für die nationalsozialistischen Schandtaten in Bausch und Bogen mit verantwortlich zu sein.«¹

Dabei kamen dann schnell alle Argumente zusammen, um das grauenhafte Geschehen zu relativieren, die Berichte als übertrieben hinzustellen, auf Ungenauigkeiten und Widersprüche zu verweisen. Hinzu trat die subjektiv ehrliche und psychologisch erklärbare Reaktion, die Bedeutung von Ereignissen und Erfahrungen in bezug auf die persönliche Betroffenheit zu bewerten. Kurz, um noch einmal Kogon zu Wort kommen zu lassen: »Wegen des argen Geschreis um sie und wegen der eigenen Blindheit wollten sie vom Insichgehen nichts mehr hören. Die Stimme ihres Gewissens ist nicht wachgeworden.«² Das gilt selbst, um ein Beispiel zu zitieren, für den Bischof von München und Freising, Kardinal Faulhaber. In einem Rundschreiben an den Diözesanklerus vom 2. Mai 1945 drückte er sicher nicht nur seine Meinung aus, sondern auch das, was viele Deutsche dachten: »In den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau sind himmelschreiende Unmenschlichkeiten vorgekommen, die jeder vernünftige Mensch verabscheut. Ich bitte aber, für diese schrecklichen Zustände, die von einzelnen Unmenschen verschuldet sind, nicht alle SS oder gar das Volk verantwortlich zu machen, das von diesen Zuständen nichts wußte und für jedes Wort der Kritik selber nach Dachau gebracht worden wäre. Ich bitte nicht zu vergessen: Wenn all die furchtbaren Leiden, die durch die Fliegerangriffe über unsere Städte kamen, wenn die Leichen der verschütteten oder verbrannten oder in Stücke zerrissenen Menschen, auch Frauen und Kinder, auch nur von einer einzigen Stadt zusammengestellt und in Lichtbildern aufgenommen werden könnten, ein solches Gesamtbild nicht weniger schrecklich wäre als die Bilder, die jetzt von den Konzentrationslagern aufgenommen werden. Die Welt wird sich entrüsten über diese Bilder von den Konzentrationslagern, der Krieg hat aber auch noch andere Schreckensbilder mit sich gebracht.«³

Angesichts der völlig anderen Situation nach der Beseitigung der nationalsozialistischen Herrschaft und der wesentlich veränderten Problematik soll daher in den folgenden Ausführungen nur der Zeitraum zwischen der Einrichtung der ersten Lager und der Kapitulation behandelt werden. Dabei werden fast ausschließlich Quellen aus jenem Zeitraum verwendet, die schon damals einer kleineren oder größeren Zahl von Personen zugänglich waren oder die Hinweise darauf enthalten, daß bestimmte Personengruppen

Kenntnisse über die Lager besaßen. Memoiren und Tagebücher aus der Zeit nach 1945 blieben bis auf wenige Ausnahmen unberücksichtigt, da bei diesen Aufzeichnungen häufig nicht klar zu erkennen und zu trennen ist, was an späterer Information in den Text eingeflossen ist.

Die Einrichtung der ersten Konzentrationslager im März 1933 erfolgte noch in aller Öffentlichkeit. Am 21. März konnten die Leser der Münchner Ausgabe des »Völkischen Beobachters« lesen, daß am kommenden Tag »in der Nähe von Dachau das erste Konzentrationslager mit einem Fassungsvermögen für 5000 Menschen errichtet« werde. In ihm sollten »die gesamten kommunistischen und soweit dies notwendig ist, Reichsbanner- und sozialdemokratischen Funktionäre, die die Sicherheit des Staates gefährden«, untergebracht werden, da in den Gefängnissen der Platz nicht reiche. Entlassen könne man sie nicht, da »sie weiter hetzen und Unruhe stiften. Im Interesse der Sicherheit des Staates müssen wir diese Maßnahme treffen ohne Rücksicht auf kleinliche Bedenken. Polizei und Innenministerium sind überzeugt, daß sie damit zur Beruhigung der gesamten nationalen Bevölkerung und in ihrem Sinne handeln.«⁴ Die gleiche Information erhielten die Leser der »Münchner Neuesten Nachrichten«, und auch die »Frankfurter Zeitung« brachte die Meldung.⁵

In den folgenden Wochen konnte die Münchner Bevölkerung an der Entwicklung des Lagers teilnehmen. Seine Baulichkeiten wurden beschrieben, Fläche und Lage »abseits der Straße Dachau–Schleißheim« genau angegeben, verbunden mit dem Hinweis, daß der Besuch des Lagers nur mit der Genehmigung der Polizeidirektion München erlaubt sei. Die Leser erfuhren, daß »in vier großen Kraftwagen der Landespolizei ... etwa 200 Mann unter starker Bedeckung (vorbei an zahlreichen Neugierigen, die sich seit Stunden am Einfahrtstor ... eingefunden hatten), an ihren neuen Internierungsort gebracht« worden waren. Daß es der »Zweck des Lagers sei, den kommunistischen Funktionären und sonstigen staatsfeindlichen Elementen das Arbeiten wieder beizubringen, das sie in den letzten Jahren so gründlich verlernt hatten«, wurde sicher von der großen Mehrheit der Bürger gutgeheißen. Daß es freilich im Lager nicht nur freundlich zuging, konnte man der »Warnung« entnehmen, in der Nähe des Lagers stehenzubleiben oder gar auf die Umfassungsmauer zu klettern, um einen Blick ins Lager zu werfen: »Dies ist mit Lebensgefahr verbunden, denn die Posten sind angewiesen, das Besteigen der Umfassungsmauer unter Anwendung der Waffen zu verhindern.«⁶

Was hier in relativer Ausführlichkeit für Dachau gezeigt werden konnte, gilt in dieser Anfangsphase im selben Maß sicher auch für andere Lager. Freilich muß berücksichtigt werden, daß solche Informationen nur regional erschienen, also über Dachau etwa in Bayern, daß aber eine generelle Unter-

richtung der Öffentlichkeit unterblieb. In Hamburg berichteten etwa die »Hamburger Nachrichten« im Mai 1933 anlässlich der Entlassung ehemaliger Kommunisten über das Lager Wittmoor;⁷ aber daß am 14. April 1933 im »Hamburger Tageblatt«, der Parteizeitung, ein Bild der »vielfach genannten« Strafanstalt Sonnenburg veröffentlicht wurde, in der 300 politische Schutzhäftlinge untergebracht seien, ist ungewöhnlich.⁸ Namentlich genannt wurden dabei u. a. Carl von Ossietzky und Erich Mühsam; in den nächsten Tagen »erwarte« man dort auch Ernst Thälmann.⁹ Ob das letztere der Grund für die Meldung war oder ob in Hamburg Gerüchte über Sonnenburg umliefen, läßt sich nicht klären. Sicher ist jedoch, daß nach kurzer Zeit kaum noch Meldungen über die Lager in der Presse erschienen.

Statt dessen drangen nun die ersten Informationen über die Zustände in den Lagern nach draußen, wurden staatliche Einrichtungen mit Vorfällen in den Lagern befaßt, erhielten große Personenkreise von Amts wegen Einblick in die Lagerverhältnisse. Schon im April und Mai 1933 kam es zu ersten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft über Todesfälle und Erschießungen im Lager Dachau,⁹ wenn auch ohne greifbares Ergebnis. Die ersten Fälle von Mißhandlungen wurden bekannt, Nachrichten über Selbstmorde und Erschießungen »auf der Flucht« nahmen zu, in anonymen Flugblättern wurde versucht, bestimmte Personengruppen auf die unmenschlichen Zustände in den Lagern hinzuweisen.¹⁰ Im Exil erschienen die ersten Veröffentlichungen ehemaliger Häftlinge über ihre Erlebnisse und über die Brutalität der Bewacher; die Bücher wurden zwar nur im Ausland vertrieben, aber sicher fand auch manches Exemplar seinen Weg nach Deutschland. Trotz ihrer Schweigeverpflichtung erzählten viele der inzwischen Entlassenen vertrauenswürdigen Angehörigen oder politischen Freunden, was ihnen und ihren Mitgefangenen im Lager widerfahren war, und ob auch die Bewacher immer schwiegen, sei dahingestellt. Ein Schweizer Beobachter registrierte jedenfalls 1935, daß man in allen Emigrantenzeitungen nicht so viele Berichte über Greuelthaten in allen Lagern lesen könne, »wie man sie an einem einzigen Abend an einem Münchner Biertisch über das einzige Lager Dachau zu hören bekommt«.¹¹

Aus diesem Zustand im wesentlichen korrekter und nur manchmal übertriebener mündlicher Nachrichtenübermittlung bei fast völlig fehlender offizieller Information entstand jene Atmosphäre der Abschreckung und der Furcht, die zu erreichen seitens der Gestapo und der SS vielleicht nicht beabsichtigt war, deren Existenz indessen von der Staatsführung ausgenutzt wurde, um die Bevölkerung unter dem Druck dieses Unheimlich-Grauenvollen einer eventuellen Konzentrationslagerhaft sich gefügig zu halten. In diesem Klima entstand in Bayern die Bitte: »Lieber Gott, mach mich stumm, daß ich nicht nach Dachau kumm«, drohte eine Leipziger Firma in Anschl-

gen bei Verrat von Betriebsgeheimnissen mit der Einlieferung in ein Konzentrationslager,¹² fiel in Dresden nach den Ereignissen des 30. Juni 1934 das Wort: »Sei ruhig, erzähle nicht solche Märchen, sonst kommst Du nach Hohnstein«,¹³ warnte man 1937 in Oberschlesien ganz offen mißliebige Geistliche, »sie würden ins Konzentrationslager wandern«.¹⁴

Dieser Druck der Abschreckung wurde noch durch einen anderen Vorgang verstärkt. In den ersten Wochen und Monaten des Dritten Reiches hatte es sich bei den Eingelieferten um politische Gegner der Nationalsozialisten gehandelt, deren Verschwinden hinter Stacheldraht auch von weiten Kreisen des Bürgertums, der geistigen Führungsschichten gebilligt, wenn nicht sogar als Ausschalten der »Staatsfeinde« lebhaft begrüßt wurde. Auch die dann folgende Verhaftung von sogenannten Arbeitsscheuen, Zigeunern, Homosexuellen, mehrfach Vorbestraften oder Juden – etwa nach dem Pogrom vom 9. November 1938 – nahm man noch hin. Immer häufiger wurden nun aber auch Personen in Haft genommen, die man kannte und an deren Integrität sich eigentlich nicht zweifeln ließ: der Nachbar, der an einer Anordnung der Partei Kritik geübt hatte; der Arbeitskollege, der einen politischen Witz erzählt hatte; die katholischen Geistlichen, die wegen ihrer seelsorgerischen Tätigkeit in die Lager kamen und derer der Papst in der Enzyklika »Mit brennender Sorge« ausdrücklich gedachte; die protestantischen Pfarrer der Bekennenden Kirche, an ihrer Spitze Martin Niemöller, die sich den Forderungen des Staats nicht beugten und deren Namen und Zahl in den Fürbittegottesdiensten genannt wurden. Unter diesen Umständen ließ sich die Vorstellung, in den Konzentrationslagern seien nur Personen verwahrt, die der Gesellschaft schaden, eigentlich nicht länger aufrechterhalten, und hinzu trat die Einsicht, daß man selbst auch nicht gegen dieses Schicksal gefeit sei. Damit trat zur allgemeinen Furcht auch noch die Angst, selbst ein Opfer dieser Maschinerie zu werden.

Freilich waren alle diese Erfahrungen und das knappe Wissen lediglich auf die Tatsache der Unterbringung in den Lagern bezogen, wenn auch dahinter die grundsätzliche Funktion zur Stabilisierung der Gewaltherrschaft durchaus erkennbar werden konnte, eine Funktion, über die seitens der SS zwar nicht offen gesprochen, die aber vor als vertrauenswürdig geltenden Personengruppen auch nicht verschwiegen wurde. Anlässlich einer Besichtigung des Lagers Dachau durch den »Freundeskreis des Reichsführers SS« im Januar 1936 erläuterte Himmler diesen führenden Repräsentanten der Industrie und des Handels, daß die Konzentrationslager bestehen bleiben müßten, da in ihnen »Schädlinge, politische wie kriminelle, ausgemerzt« würden. Daß das Lager bei den Besuchern den besten Eindruck hinterließ und daß sie wie gewünscht in den Häftlingen die »Verbrecher« sahen, versteht sich von selbst. Immerhin stellten sie Himmler die Frage, ob es im Lager zu

Grausamkeiten komme, was dieser für die Vergangenheit bejahte. Die Schuldigen seien jedoch von ihm zur Rechenschaft gezogen worden. Jetzt gäbe es nur noch die körperliche Züchtigung nach genauen Vorschriften. Dies hielten die Besucher offenbar für eine zu billigende, erzieherische Maßnahme – jedenfalls ist kein Protest überliefert.¹⁵ Die Frage nach Grausamkeiten macht aber deutlich, daß auch diese »Wirtschaftsführer« von solchen Vorgängen gehört und – wenn auch zweifelnd – davon Notiz genommen hatten, denn niemand fragt ohne einen Anlaß. Keiner dieser Männer hätte im Jahr 1930 einen Zuchthausdirektor gefragt, ob die Insassen seiner Anstalt mißhandelt würden.

Wie die Behandlung der Häftlinge in jener Zeit tatsächlich war, zeigt sich in einer eindrucksvollen Zusammenstellung, die im Dezember 1936 in den Deutschlandberichten der SOPADE erschien. Nun waren diese Berichte in Deutschland sicher nicht sehr zahlreich verbreitet, und man wird insofern nicht davon ausgehen können, daß sie als Informationsquelle große Bedeutung hatten, aber das Material zu diesen Berichten kam ja aus Deutschland, und die Einzelinformationen wurden sicher auch hier verbreitet, so daß man doch annehmen kann, daß ein großer Teil dieser Tatsachen bekannt war. Es zeigt sich, daß sich seit 1933 wenig geändert hatte. Nach wie vor wurde von den Fußtritten und Kolbenhieben bei der Einlieferung berichtet, von den Qualen des stundenlangen Stehens bei Kälte und Regen, von härtester körperlicher Arbeit über zehn und mehr Stunden bei unzureichender Ernährung, vom psychischen Druck durch die ständige Ungewißheit über die Zukunft, von Erschießungen und Einzelhaft. Es fehlt auch nicht die genaue und eingehende Beschreibung des Vollzugs der Prügelstrafe vor den angetretenen Häftlingen, bei dem der Sadismus der Bewacher deutlich wird.¹⁶

Die Staatsführung und die SS waren sich mittlerweile der aus Furcht und Angst genährten Duldung ihres Vorgehens in den Lagern ziemlich sicher; schließlich riskierte jeder, der zu offen über diese Verhältnisse sprach, ebenfalls in einem dieser Lager zu verschwinden. Angesichts dieser Situation scheute sich Himmler auch nicht, vor großen Gruppen über die Verhältnisse in den Lagern und über ihre Funktion zu sprechen. Zwar schilderte er die Zustände nicht wahrheitsgemäß, aber immerhin wurde er deutlich genug, um erkennen zu lassen, daß in den Konzentrationslagern die Unmenschlichkeit zum Prinzip erhoben worden war. Eine solche Gelegenheit bot sich ihm anläßlich eines nationalpolitischen Lehrgangs der Wehrmacht im Januar 1937. Dort hielt er vor Offizieren einen Vortrag über Wesen und Aufgabe der SS, in dem er auch einiges Aufschlußreiche über die Konzentrationslager sagte. Der Vortrag wurde später gedruckt und zum Dienstgebrauch innerhalb der Wehrmacht verteilt. Diese Rede wurde also keineswegs geheimgehalten, und innerhalb der Wehrmacht erreichte der Text doch einen so gro-

ßen Personenkreis, daß man fast von öffentlichen Ausführungen sprechen kann. Ausgehend von der Beschreibung der Tätigkeit der Totenkopf-Verbände – »entstanden aus den Bewachungsmannschaften der Konzentrationslager« und nach wie vor dafür verwendet – zählte Himmler die in jener Zeit bestehenden Lager auf und verbreitete sich des längeren über den dort angeblich untergebrachten »Abhub von Verbrechen« – lauter »Berufsverbrecher«, die man bei »unserer Humanitätsduselei und bei diesen unzulänglichen Gesetzen« eben auf diese Art aus der Gesellschaft ausschließen müsse. Diese Menschen würden in den Lagern erzogen, durch »peinliche Ordnung und Sauberkeit, peinliche Disziplin«.

Dann fuhr Himmler fort: »Die Lager sind umzäunt mit Stacheldraht, mit elektrischem Draht. Es ist selbstverständlich: Wenn einer eine verbotene Zone oder einen verbotenen Weg betritt, wird geschossen. Wenn einer auf dem Arbeitsplatz, sagen wir im Moor oder beim Straßenbau oder sonstwo, auch nur den Ansatz macht, zu fliehen, wird geschossen. Wenn einer frech und widersetzlich ist, und das kommt hier und da vor, wird wenigstens versucht, kommt er entweder in Einzelhaft, in Dunkelarrest bei Wasser und Brot, oder – ich bitte hier nicht zu erschrecken ... – er kann in schlimmen Fällen 25 Hiebe bekommen.« Diese Strafe könne freilich nur der Inspekteur sämtlicher Lager verhängen. Die Existenz der Konzentrationslager werde im übrigen, dank der zupackenden Arbeit der Polizei, im Falle eines Krieges dafür sorgen, daß auf dem »vierten Kriegsschauplatz«, nämlich in der Heimat, Ruhe herrsche.¹⁷

Nach diesen offenen Worten mußte jedenfalls in der Wehrmacht bekannt sein, daß die Behandlung der Häftlinge in den Lagern menschenunwürdig war. Auch der Charakter der Totenkopf-Verbände wurde aus Himmlers Worten deutlich. Diese Information allerdings war frei zugänglich: 1939 erschien in der Reihe der Schriften der Hochschule für Politik eine Broschüre von Gunther d'Alquen, Hauptschriftleiter des SS-Organs »Das Schwarze Korps« und SS-Standartenführer, über die SS, ihre Geschichte, ihre Aufgaben und ihre Organisation. In ihr wurden Entstehung und Aufgabe der Totenkopfverbände geschildert; die Broschüre konnte jedermann in der Buchhandlung erwerben.¹⁸ Die Wehrmachtsoffiziere mußten jedenfalls drei Jahre später, im Jahr 1940, wissen, wer da, unter dem Befehl eines der ersten Kommandanten des Lagers Dachau, des ersten Inspektors der Konzentrationslager, Theodor Eicke, in der Waffen-SS-Division »Totenkopf« Schulter an Schulter mit den Einheiten des Heeres kämpfte.

So läßt sich mit einiger Sicherheit sagen, daß bis zum Ausbruch des Krieges ein beträchtlicher Teil des deutschen Volkes über die Lager und auch über die Zustände in ihnen informiert sein konnte. Der Grad dieser Information mag im Einzelfall sehr unterschiedlich gewesen sein, in dünnbesiedelten

Landgebieten gering, in Großstädten mit sehr vielen politischen Gegnern der Nationalsozialisten größer, intensiver in der Nähe der Lager oder in Bereichen der Verwaltung, deren Mitarbeiter in dienstliche Kontakte mit diesen Einrichtungen kamen. Als ein Beispiel sei hier nur die Justiz erwähnt, die sich immer wieder gegen die »Urteilkorrektur« durch Verbringung aus der Strafhaft Entlassener in ein Lager zu wehren suchte, allerdings ohne Erfolg. In ihrem Gefolge erfuhren Rechtsanwälte durch ihre Mandanten Einzelheiten, und Beispiele dieser Art ließen sich noch manche anführen. Hinzu kam, daß die SS selbst mit dem Versuch, die Arbeitskraft der Häftlinge für die SS-eigenen Betriebe auszubeuten, einen engeren Kontakt zur Außenwelt einleitete: Die Produkte aus den Lagern mußten abgesetzt werden, in den Ziegeleien benötigte man Meister und Vorarbeiter, die Vorarbeiten zur Errichtung neuer Lager erforderten das Zusammenwirken zahlreicher Stellen des Staates und der Partei. Freilich scheuten alle Beteiligten bei solchen Vorhaben vor allzu genauen Fragen zurück, und die meisten dürften die Einrichtung als solche mindestens gebilligt haben.

Daran änderte sich auch mit Ausbruch des Krieges zunächst nichts. Die SS begann, entsprechend den Vorstellungen Himmlers, alle diejenigen in den Lagern festzusetzen, von denen sie eine Störung der Kriegführung glaubte befürchten zu müssen. Sie ließ es freilich nicht dabei bewenden, solche Personen zu verhaften, sie redete auch darüber. Die Zeitung der SS, »Das Schwarze Korps«, proklamierte am 21. Dezember 1939 die Konzentrationslager zum »Kriegsgebiet«. Die Front verlaufe nicht nur im Westen, vielmehr bildeten auch »die Konzentrationslager inselhafte Kampfgebiete der inneren Front, Kriegsschauplätze, an denen jeweils eine Handvoll Männer Deutschland vor dem inneren Feind bewahrt«. Die als »Feinde des Volks erkannten Kreaturen« gelte es in sicheren Gewahrsam zu nehmen. In den Lagern stünden »deutsche Soldaten auf der Wacht«, auch wenn von »dem Krieg an diesem Abschnitt ... nicht viel geredet werden« solle.¹⁹

Etwas geredet werden sollte allerdings nach wie vor: Am 26. Oktober 1939 ordnete das Reichssicherheitshauptamt an, daß in geeignet erscheinenden Fällen »durch die Auslösung einer geschickt einsetzenden Flüsterpropaganda die abschreckende Wirkung« einer Einweisung in das Konzentrationslager verstärkt werden könne. Es bestünden auch keine Bedenken, wenn auf diese Weise »die Verabreichung von Stockhieben« bekannt würde.²⁰ Es ging freilich auch direkter: Am 1. April 1942 meldete der »Völkische Beobachter«, eine Frau, die sich als Kriminalbeamtin ausgegeben habe, werde nach der Verbüßung ihrer Strafe in ein Konzentrationslager eingewiesen werden;²¹ am 2. Juni 1942 erfuhren die Leser, daß zwei Hausgehilfinnen das gleiche Schicksal widerfahren sei.²² Zuviel Wissen allerdings wurde nicht geduldet. Ein Dentist aus Hannover wurde 1943 unter ande-

rem deswegen vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt, weil er gegenüber einer Patientin geäußert hatte, in den Konzentrationslagern herrschten mittelalterliche Foltermethoden.²³

So ist festzuhalten, daß auch jetzt noch dem einzelnen genug Möglichkeiten gegeben waren, sich über die Existenz der Konzentrationslager zu informieren. Sicher bot sich nicht vielen die Gelegenheit, ein Konzentrationslager zu besichtigen, wie es etwa die in der politischen Strafjustiz tätigen Richter aus Hamburg 1941 und 1942 konnten,²⁴ wobei anzumerken ist, daß diesen Besuchern doch wohl nicht alle Einrichtungen des Lagers gezeigt wurden und auch die Begegnung mit Häftlingen von der SS schon in den Grenzen gehalten wurde, die ihr unter Berücksichtigung der gewünschten Wirkung erforderlich schienen. Außerdem handelte es sich bei diesen Richtern fast ausschließlich um Personen, die dem Nationalsozialismus freudig bejahend gegenüberstanden und folglich sehr schnell bereit waren, seine Maßnahmen, seine Maßstäbe und seine ideologische Rechtfertigung unmenschlicher Aktionen zu billigen. Jedenfalls wußte die Mehrheit des deutschen Volkes von der Existenz dieser Lager; ihr konnte bekannt sein, daß der Aufenthalt in ihnen eine der härtesten Strafen bedeutete, daß die Behandlung der Häftlinge von einer brutalen Härte gekennzeichnet war und daß es zu körperlichen Mißhandlungen durch die Bewacher kam.

Mit dem Anwachsen der Häftlingszahlen ab 1940/1941 und vor allem mit der Mobilisierung der Arbeitskraft der Lagerinsassen für die Steigerung der Rüstungsproduktion seit 1942 und später für Verteidigungszwecke änderten sich die Verhältnisse in den Lagern in Richtung auf einen Abbau der Geheimhaltung. Immer weniger ließ sich im abgeschirmten Lagerbereich verbergen, immer mehr Außenstehende wurden benötigt, um einen möglichst effizienten Betrieb der Lager zu organisieren und aufrechtzuerhalten. Diese Schwierigkeiten begannen schon bei der steigenden Zahl der Häftlinge. Während früher die Transporte zu den Lagern häufig so klein waren, daß sie mit Lastkraftwagen der SS erfolgen konnten, mußten nun in immer stärkerem Maße Transportmittel der Bahn in Anspruch genommen werden. Dabei kamen Bedienstete der Reichsbahn mit den Häftlingen in Berührung, erhielten Gelegenheit, die Behandlung durch das Wachpersonal zu beobachten. Noch hatte nicht jedes Lager einen Gleisanschluß: Die Züge mußten auf vielleicht abgelegenen, aber öffentlich zugänglichen Gleisen entladen werden, der Weg zu Fuß ins Lager führte über öffentliche Straßen.²⁵ Am 8. November 1941 notierte ein Bergedorfer Lehrer, alter Sozialdemokrat, Pazifist und entschieden auf Distanz zur NSDAP bedacht, in seinem Tagebuch: »Hilda M. hat gesehen, wie für das Konzentrationslager in Neuengamme 1000 russische Kriegsgefangene eintrafen. Sie waren völlig ausgehungert, so daß sie zum Teil von den Wagen fielen, um dann vor Erschöpfung nach den

Baracken zu torkeln.«²⁶ Neuengamme hatte in den ersten Jahren noch kein Krematorium; die Toten, deren Zahl zunahm, wurden nach Ohlsdorf gebracht und im dortigen Krematorium verbrannt. Die anfallende Wäsche wurde wenigstens teilweise in privaten Wäschereien gewaschen und von Häftlingen hin- und zurücktransportiert. Begegnungen zwischen ihnen und den dort Beschäftigten blieben nicht aus. Die Verpflegung für die Häftlinge wurde von den für die Bewirtschaftung der Lebensmittel zuständigen Behörden zugewiesen; deren Angestellte konnten anhand der Anforderungen die ständige Vergrößerung der Lager registrieren. Nahrungsmittel und andere Produkte wurden von privaten Geschäftsleuten in die Lager geliefert; in zunehmendem Maße arbeiteten Häftlinge in kleinen Gruppen bei Firmen in der Umgebung des Lagers, häufig bei solchen, die zur Versorgung der Häftlinge und der Bewacher beitrugen. So gab es ein Arbeitskommando in der Bäckerei, die das Lager Neuengamme mit Brot versorgte.

Mit der Einrichtung der zahlreichen Außenkommandos wuchs auch die »Öffentlichkeit« des Lagersystems. Schließlich gab es nicht nur die großen Hauptlager: mehr als 900 Außenlager der unterschiedlichsten Größe waren über das Deutsche Reich verteilt; man baute sie nicht in abgelegenen Gegenden, sondern mitten in den Großstädten und in den Zentren der Rüstungsindustrie. Der Aufbau dieses Netzes machte teilweise Kontakte zu Privatpersonen oder Gemeindeverwaltungen nötig, um die Grundstücke zur Einrichtung dieser Lager zu beschlagnahmen oder zur Verfügung gestellt zu bekommen, denn nicht immer war auf dem Gelände der Rüstungsbetriebe eine Unterbringungsmöglichkeit gegeben. In den Großbetrieben, den Werften, den Erdölraffinerien war eine Absonderung der Häftlinge von den deutschen und ausländischen Arbeitern, von Meistern und Angestellten kaum möglich, im Gegenteil waren Kontakte fast unumgänglich; allein das Aussehen und der körperliche Zustand der Häftlinge, aber auch ihre gewiß geringe Arbeitsleistung lieferten deutliche Hinweise auf Unterernährung, Krankheiten und Folter. Häufig wurde die Bewachung der Häftlinge, die für Bauvorhaben und Einrichtungen der Wehrmachtsteile eingesetzt waren, von Marine- oder Luftwaffensoldaten ausgeübt. In den zerbombten Städten wurden Häftlinge in Bombenräumkommandos oder in den SS-Baubrigaden unter den Augen der Bevölkerung zum Räumen der Trümmer, zum Beseitigen von Blindgängern und zum Bergen der Leichen eingesetzt, bewacht von bewaffneten SS- oder Polizeiangehörigen. Die Regulierungsarbeiten an der Elbe fanden ebenso in aller Öffentlichkeit statt wie später die Schanzarbeiten in den Außenkommandos Meppen oder Ladelund, wo der Pastor der dortigen Kirchengemeinde das, was er mit eigenen Augen sah, trotz der damit verbundenen Gefahr in der Kirchenchronik festhielt. In Kaltenkirchen wa-

ren die Häftlinge bei ihrem Zug durch die Stadt zu sehen,²⁷ aber auch in Überlingen am Bodensee, wo die Häftlinge des dortigen Außenkommandos des Lagers Dachau jeden Tag von und zur Arbeit zweimal durch die Stadt marschierten.²⁸ Daß schließlich auch das massenhafte Sterben nicht unbekannt bleiben mußte, zeigt jene Begründung Helmut von Moltkes für seine Ablehnung eines Attentats auf Hilter: Wenn man selbst töten wolle, dürfe man sich »nicht beklagen über den tausendfältigen täglichen Mord in KZ's«. ²⁹

Was große Teile der deutschen Bevölkerung während der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft von den Konzentrationslagern und den Verhältnissen in ihnen erfahren konnten, ist hier in Umrissen darzustellen versucht worden. Wichtig freilich für die Beurteilung der Haltung des deutschen Volkes zum Lagersystem ist auch die Antwort auf die Frage, was es denn wissen wollte. Wenn nach der Kapitulation und bis heute hin immer wieder behauptet worden ist, der einzelne habe von all diesem nichts gewußt, es sei denn, er habe aktiven Anteil an der Maschinerie der Menschenvernichtung gehabt, so trifft diese Rechtfertigung nur zum Teil zu. So drangen Informationen über den planmäßigen Mord in den Lagern, über medizinische Menschenversuche, Vergasungen, Massenexekutionen sicherlich nicht in großer Zahl nach draußen, und ebenso dürften auch viele individuelle Grausamkeiten und Quälereien unbekannt geblieben sein. Aber die Unmenschlichkeiten, die sichtbar waren, über die – wenn auch hinter vorgehaltener Hand – geflüstert und gesprochen wurde, zeigten das Verbrecherische dieser Lager in hinreichendem Maße, und die Informationen darüber erwiesen sich als deutlich genug, um sie ins Bewußtsein dringen zu lassen.

Daß dies dennoch bei der überwiegenden Zahl der Deutschen nicht oder nur in geringem Umfang geschah, dafür lassen sich viele Gründe anführen. Dazu gehörte etwa ein Desinteresse gegenüber dem politischen Handeln der Regierenden, soweit es nicht den engsten Lebensbereich des einzelnen tangierte, oder das bewußte oder unbewußte Nichtwahrnehmenwollen unangenehmer, bedrückender, unheimlicher Erlebnisse und Erfahrungen. Es äußerte sich darin aber auch häufig die menschliche Trägheit des Nichtbetroffenen und die Gewöhnung an das Alltägliche. Ein ehemaliger Häftling notierte als einen Eindruck auf dem Marsch nach Neuengamme: »Plötzlich tauchten Häuser auf, helle freundliche Anwesen voller Eigenart ... Es war nun schon ganz hell. Aber seltsam, kein Mensch ließ sich auf der Straße sehen. Weit weg in einem Gehöft sah ich zwei Männer abseitsstehen, und hinter dem Schutz einer Gardine stand der Schatten einer Frau ... Schreckte denn unser Geklapper die Menschen nicht auf? Lockte denn die Sensation unseres Durchmarsches niemanden aus den Stuben, an die Fenster, in die Türen? Nein, niemand ließ sich blicken.« ³⁰ Es war eben keine Sensation, die sich hier

ereignete. Dies war nicht der erste Häftlingstransport, der durch die Gemeinde in den Vierlanden getrieben wurde, und es sollte auch nicht der letzte sein. Für ihre Einwohner gehörten das Lager und die Häftlinge zum täglichen Leben, und was sie davon zurückhielt, sich in Türen und Fenstern zu zeigen, war wohl weniger die Scheu vor dem Anblick der Gefangenen als vielmehr die Angst, ihre Schutzmechanismen könnten durch die fragenden Blicke jener Menschen zerstört werden, die der Unmenschlichkeit preisgegeben waren. So gab es noch viele andere individuelle Gründe, die Wirklichkeit nicht sehen zu wollen, sei es das Vertrauen in die Führung, daß sie solche Maßnahmen nicht ergreifen würde, wenn das Opfer nicht doch eine Schuld zu büßen hätte, sei es der Glaube an die Unmöglichkeit der kolportierten Barbarei in einem zivilisierten Volk in diesem Jahrhundert.

Es gab freilich auch kollektive Gründe für die Duldung dieser Einrichtungen. Von Anfang an haben die Nationalsozialisten in erster Linie Angehörige solcher Gruppen in die Lager verbracht, die von der Mehrheit der Gesellschaft wegen ihrer religiösen Überzeugungen, ihrer politischen Ansichten, ihrer traditionellen Verhaltensweisen oder ihrer abweichenden Einstellung zum allgemein anerkannten Wertsystem mehr oder weniger stark abgelehnt oder ausgegliedert wurden. Mochte es sich dabei um Kommunisten, Juden, Bibelforscher, Zigeuner oder Homosexuelle handeln, immer traf die Verfolgung einen Personenkreis, der geächtet oder nur teilweise integriert war und dessen gewaltsames Absondern von manchen gebilligt und von vielen geduldet wurde. Die Propaganda knüpfte an jene Stimmungen und Vorbehalte an, verstärkte diese latenten Vorurteile, bestätigte sie und rechtfertigte sie gleichzeitig. Damit war nicht nur die Trennung dieser Gruppen von der übrigen Bevölkerung legitimiert, sondern auch die Härte und Brutalität der Behandlung erschienen als selbstverständlich. Dieses Verfahren bewährte sich auch noch im Krieg, als die Mehrzahl der Häftlinge in den Lagern den Völkern Osteuropas entstammte. Der Propagandafeldzug gegen die »slawischen Untermenschen«, ebenfalls an eine traditionelle Diffamierung anknüpfend, hat sicher manchen Deutschen von seinen Skrupeln befreit und ihn in den Lagern den richtigen Aufenthaltsort für diese Menschen sehen lassen. In der fehlenden politischen und gesellschaftlichen Verantwortung der Gesamtheit für die Minderheiten liegt eine der Hauptursachen dafür, daß es gelingen konnte, das Lagersystem überhaupt zu errichten. Als den Einsichtigen klar wurde, was hier am Anfang versäumt worden war, war es zu spät.

Bei diesen Betrachtungen soll allerdings auch erwähnt werden, daß es trotz aller Verbote, Einschüchterungen, Drohungen und sonstigen Gefahren immer wieder einzelne Menschen gegeben hat, die sich darum bemühten, das Los der Gefangenen zu erleichtern. Ihre Zahl freilich blieb klein,

zumal auch mancher keine Möglichkeit zur Hilfe hatte. Die Barbarei in den Lagern konnte auf diese Weise zwar nicht verhindert oder verringert werden, als Zeichen der Menschlichkeit aber war ein solches Verhalten sicher von großer Bedeutung für die moralische Widerstandskraft der Häftlinge. Vor allem während des Krieges, als die Möglichkeiten des Kontaktes sich vergrößerten, ergaben sich für die Gefangenen Wege zur Weitergabe von Nachrichten und Informationen; Mutige steckten den Häftlingen Brot zu oder Zigaretten, informierten sie über politische und militärische Ereignisse. Vorgesetzte, Meister und Vorarbeiter in den Rüstungsfabriken konnten ihnen, unter Hinweis auf die Erfordernisse der Produktion, hin und wieder geringfügige Verbesserungen der Ernährung verschaffen oder sie wenigstens in den Betriebsstätten vor Mißhandlungen durch SS-Bewacher oder Kapos schützen, und auch die Solidarität zwischen Häftlingen, Zwangsarbeitern und deutschen Arbeitern bewährte sich zuweilen. Auch hier gilt es allerdings, sich vor Pauschalurteilen zu hüten: Nicht jeder Helfer stand im Lager des Widerstands, und nicht jeder Gleichgültige trug das Parteiabzeichen; Menschlichkeit ist nicht unbedingt eine Frage des politischen Standortes.

Der Krieg hatte freilich auch in anderer Hinsicht Einfluß auf die Einstellung des deutschen Volkes zu den Lagern und den Häftlingen. Je stärker die Zerstörungen zunahmen, je mehr der Tod zur täglichen Erscheinung nicht nur an der Front, sondern auch in der Heimat wurde, desto weniger beunruhigten die Unmenschlichkeiten der SS in den Lagern und die Qualen ihrer Opfer das deutsche Volk. In dieser seelisch abstumpfenden Atmosphäre verloren sich immer mehr die Maßstäbe für den menschenwürdigen Umgang mit anderen, eine Einstellung, die schon in dem eingangs zitierten bischöflichen Rundschreiben zum Ausdruck kam. Eine qualitative Veränderung der Prinzipien, auf denen die Konzentrationslager und die Behandlung der Häftlinge beruhten, brachte der Krieg freilich nicht. Wie in vielen anderen Bereichen ermöglichte er den Nationalsozialisten lediglich, sehr viel schneller und radikaler ihren Weg zu gehen. Angelegt war diese Entwicklung aber bereits in jenen »wilden Lagern« des März 1933 und den ersten institutionalisierten Lagern, in denen Inhumanität und Amoral die Menschen zerbrachen.

Im Gegensatz zum Münchner Bischof, der im tausendfachen Mord nur die Schuld einzelner Unmenschen sah, kam jener schon einmal zitierte Bergedorfer Lehrer zu einer anderen, treffenderen Einschätzung. Am 21. April 1945 notierte er: »Eine kritische Prüfung ergibt nämlich die Feststellung, daß die Konzentrationslager das wahre Gesicht des nationalsozialistischen Deutschlands darstellen. ... Der Durchschnittsdeutsche wird sich damit herausreden wollen, von dem, was sich in Buchenwald, Belsen usw.

ereignet hat, nichts gewußt zu haben. Dabei hat das Wort KZ stets einen Schauer über seinen Rücken rieseln lassen, ein Beweis dafür, daß er zum mindesten geahnt hat, was vorging. Aber er hat nichts hören und nichts sehen wollen. . . . So ist er mitverantwortlich geworden, daß Deutschland zu einer Mördergrube gemacht werden konnte.«³¹

Anmerkungen

- ¹ Eugen Kogon, *Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager*. Frankfurt/M. 1948, S. 381.
- ² Ebenda, S. 378.
- ³ *Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945*. Bearb. von Ludwig Volk. Mainz 1978, Bd. 2, S. 1049f. Vgl. dazu auch Kogon, *SS-Staat* (wie Anm. 1), S. 382.
- ⁴ *Völkischer Beobachter*, 46. Jg. (1933) Norddt. Ausgabe, 21. 3. 1933.
- ⁵ Günther Kimmel, *Das Konzentrationslager Dachau*, in: *Bayern in der NS-Zeit*. Bd II: *Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt*. Hrsg. von Martin Broszat und Elke Fröhlich. München, Wien 1979, S. 356 und S. 354 Anm. 25.
- ⁶ Ebenda, S. 356f.
- ⁷ *Hamburger Nachrichten*, 142. Jg. (1933), Nr. 242 vom 26. 5. 1933.
- ⁸ *Hamburger Tageblatt*, 5. Jg. (1933), Nr. 88 vom 14. 4. 1933.
- ⁹ Lothar Gruchmann, *Die bayerische Justiz im politischen Machtkampf 1933/34*, in: *Bayern in der NS-Zeit II* (wie Anm. 5), S. 415ff.
- ¹⁰ *Dokumente zur Gleichschaltung des Landes Hamburg 1933*. Hrsg. von Henning Timpke. Frankfurt/M. 1964 (Neuaufgabe Hamburg 1983), S. 254.
- ¹¹ *Das stumme Deutschland redet. Gespräche mit Deutschen von W. Zürich 1935*, S. 95.
- ¹² *Deutschland-Berichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade)*. Salzhausen, Frankfurt/M. o. J., 1. Jg. (1934), S. 61.
- ¹³ Ebenda, S. 196.
- ¹⁴ *Deutschland-Berichte* (wie Anm. 12), 4. Jg. (1937), S. 509.
- ¹⁵ Emil Helfferich, *Ein Leben*. Bd. 4. Hamburg 1968, S. 29.
- ¹⁶ *Deutschland-Berichte* (wie Anm. 12), 3. Jg. (1936), S. 1607ff.
- ¹⁷ *Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof Nürnberg*. 42 Bde., Nürnberg 1948, Bd. XXIX, S. 206ff. Die Zitate finden sich auf S. 217, S. 219, S. 221 u. S. 228.
- ¹⁸ Gunther d'Alquen, *Die SS. Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP*. Berlin 1939, S. 20.
- ¹⁹ *Kriegsgebiet KZ*, in: *Das Schwarze Korps*, 5. Jg. (1939), 21. 12. 1939.
- ²⁰ Erlaß vom 26. Oktober 1939. Bundesarchiv Koblenz, Slg. Schumacher.
- ²¹ *Völkischer Beobachter*, 55. Jg. (1942), Norddt. Ausgabe, Nr. 91 vom 1. 4. 1942.
- ²² Ebenda, Nr. 160 vom 2. 6. 1942.
- ²³ Walter Wagner, *Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat*. Stuttgart 1974, S. 295.
- ²⁴ Bericht des Präsidenten des Hanseatischen Oberlandesgerichts an das Reichsjustizministerium vom 6. 9. 1941. Archiv des Hanseatischen Oberlandesgerichts Hamburg, 461 – 1 a/1.
- ²⁵ Vgl. dazu Edgar Kupfer-Koberwitz, *Die Mächtigen und die Hilflosen*. Als Häftling in Dachau. 2 Bde. Stuttgart 1957, Bd. 1, S. 261f.
- ²⁶ Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg (Fst), Aufzeichnungen F. Meinssen.
- ²⁷ Gerhard Hoch, *Zwölf wiedergefundene Jahre. Kaltenkirchen unter dem Hakenkreuz*. Bad Bramstedt o. J., S. 308.
- ²⁸ Burkhard K. Mueller, *Lokal- und Weltgeschichte am Bodensee*, in: *Frankfurter Rundschau*, 30. 1. 1982.

- ²⁹ Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*. München 1967, S. 285.
- ³⁰ Kupfer-Koberwitz, *Die Mächtigen* (wie Anm. 25), S. 262.
- ³¹ Fst., *Aufzeichnungen F. Meinssen*.

Wilhelm Leuschner und die Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944

von Hans Mommsen

Das Gedenken an Wilhelm Leuschner, den Gewerkschaftler und Sozialdemokraten, der am 20. September 1944 in Plötzensee hingerichtet wurde, mit dem letzten Ruf »Einheit« auf den Lippen, wirft mit innerer Folgerichtigkeit die Frage auf, welchen Anteil die deutsche Gewerkschaftsbewegung an der Erhebung des 20. Juli hatte. In aller Regel wird der gewerkschaftliche Widerstand mit den Oppositionsbestrebungen im Umkreis der Internationalen Transportarbeiter-Föderation in Verbindung gebracht.¹ Gewerkschaftler waren zudem an der konspirativen Tätigkeit der teils unabhängigen, teils im Zusammenhang mit dem Exilvorstand der SPD in Prag tätigen sozialistischen Widerstandsgruppen beteiligt.² Desgleichen waren sie in der illegalen KPD vertreten. Weniger pflegt die Tatsache Beachtung zu finden, daß die Vertreter der verschiedenen Richtungsgewerkschaften in der Bewegung des 20. Juli nicht nur an führender Stelle mitgewirkt, sondern auch eine unentbehrliche Integrationsfunktion zwischen den verschiedenen Gruppierungen der nationalkonservativen Opposition ausgefüllt haben.

Für einen Mann wie Wilhelm Leuschner, der 1931 zusammen mit Carlo Mierendorff anlässlich der Entdeckung der Boxheimer Dokumente vergeblich auf die Gefahr der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft hingewiesen und in der Situation des 20. Juli 1932 mit der Haltung der aktiven Gruppen des Reichsbanners sympathisiert hatte,³ bedurfte es nicht erst jahrelan-

ger Haft und Mißhandlungen in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reichs, um den Entschluß zu aktivem Widerstand zu fassen. Indessen teilte er nicht die Hoffnungen der zunächst noch mit Massenaaktionen liebäugelnden Linkssozialisten und Kommunisten, daß die NSDAP rasch abwirtschaften und damit die Voraussetzungen zu einer sozialistischen Umwälzung legen werde. Zugleich sah sich Leuschner als Sachwalter der Freien Gewerkschaften und der von ihnen aufgebauten Einrichtungen wie ihrer gegenüber Funktionären und Mitgliedern eingegangenen Verpflichtungen. Zudem schien die innenpolitische Entwicklung trotz des »Ermächtigungsgesetzes« vom 23. März und des Verbots der Neubildung von politischen Parteien vom 14. Juli 1933 keineswegs so festgelegt zu sein, daß nicht wenigstens der Versuch gemacht werden mußte, die Interessen der Gewerkschaftsverbände innerhalb des neuen Regimes zur Geltung zu bringen.⁴

Leuschner, dessen Tatkraft und politische Umsicht außer Frage stehen, war kein Mann radikaler Entschlüsse, jedenfalls, solange nicht alle politischen Möglichkeiten abgetastet waren. Innerhalb des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) vertrat Leuschner, wenngleich ohne die nationale Euphorie, die bei manchen Spitzengewerkschaftlern anklang, die von Theodor Leipart vertretene politische Linie, die Ende 1932 zu den Verhandlungen mit Reichskanzler von Schleicher über die Schaffung einer »Gewerkschaftsachse« mit dem Ziel einer verbandspolitischen Stabilisierung des Präsidialsystems geführt hatte.⁵ Sie scheiterte, abgesehen davon, daß sie auf die Widerstände der Industrie und der Landwirtschaft traf, an der Unentschlossenheit Gregor Straßers, den Bruch mit Hitler zu vollziehen, aber auch an Vorbehalten des ADGB gegenüber von Schleicher. Leuschner war an den Verhandlungen beteiligt, die Leipart noch im April 1933 mit Funktionären der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) über die Zukunft der Gewerkschaften führte. Parallel dazu trat er maßgeblich für die Verschmelzung der Richtungsgewerkschaften und die Bildung des »Führerkreises der Vereinigten Gewerkschaften« ein, der Ende April 1933 das Angebot an die nationalsozialistischen Machthaber richtete, im neuen Staat »positiv mitzuarbeiten«. Zugleich hob der Kreis die parteipolitische Unabhängigkeit, aber auch die sozialpolitische Unentbehrlichkeit der Gewerkschaften hervor.⁶

Die am 2. Mai 1933 vollzogene Gleichschaltung des ADGB und die Verhaftung der Spitzenfunktionäre entzogen einem derartigen Arrangement mit dem neuen System den Boden. Die christlichen Gewerkschaften, die wegen der noch nicht abgeschlossenen Konkordatsverhandlungen vorübergehende Schonung erfuhren, erlitten wenige Wochen später dasselbe Schicksal. Die Politik der Anpassung, die in dem spektakulären Aufruf des

ADGB, an den Feierlichkeiten des 1. Mai teilzunehmen, ihren fragwürdigen Höhepunkt gefunden hatte, entsprang nicht nur kurzfristigen taktischen Erwägungen. Die extreme Schwächung der Gewerkschaftsbewegung während der Wirtschaftskrise hatte den Gedanken der Gewerkschaftseinheit nachdrücklich gefördert, und in den gegen die NSBO gerichteten frühen Betriebsrätewahlen war er auch in den Betrieben realisiert worden. Er verknüpfte sich vor allem bei den christlichen und liberalen Gewerkschaftsverbänden mit der Idee eines korporativen Umbaus der Weimarer Verfassung, eine Lösung, die angesichts der Diskreditierung des parlamentarischen Systems eine konstruktive Alternative darzustellen schien. Der Führerkreis der Gewerkschaften verschrieb sich einem solchen Programm, das bei Teilen der nationalsozialistischen Bewegung, die anfänglich mit berufsständischen Ideen spielte, eine gewisse Resonanz finden konnte. Die Strategie des »Überwinterns« unter Bewahrung der äußeren Legalität, die der nicht emigrierte Teil des Parteivorstands der SPD zunächst einschlug, ließ sich auf die Gewerkschaften nicht übertragen. Leuschner sah jedoch ebensowenig in Aufhäusers Vorschlag einer Selbstauflösung der Gewerkschaften eine gangbare Alternative.⁷

Trotz der Beschlagnahme des Gewerkschaftsvermögens, die sich in chaotischen Formen vollzog, und der Gewaltmaßnahmen gegen die Gewerkschaftsführer ermangelte es Robert Ley an einem klaren sozialpolitischen Konzept,⁸ und die Gegensätze zum linken Flügel der NSBO waren keineswegs ausgeräumt. Leuschner ergriff die ihm vom Regime aufgedrängte Gelegenheit, Anfang Juni 1933 an der Sitzung der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf teilzunehmen. Er verhinderte jedoch die von Robert Ley angestrebte internationale Aufwertung der Deutschen Arbeitsfront (DAF), wofür Ley bittere Rache übte. Leuschner hoffte damals noch, den Führer der DAF ausschalten und erträgliche Überlebensbedingungen für die Gewerkschaften erkämpfen zu können. Gewiß war dies eine Illusion. Der Machtverlust, den die DAF durch die Institution der Treuhänder der Arbeit erlitt, deutete jedoch in diese Richtung.

Als Nachfolger Leiparts wuchs Leuschner, insbesondere nach der Verhaftung Schlimmes 1937, notwendig die Führung der auf informeller Grundlage bestehenden illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften zu. Sie war überwiegend defensiv tätig, um die, trotz der Überführung in die DAF fortbestehenden materiellen Ansprüche ehemaliger Gewerkschaftsmitglieder durchzusetzen, wobei insbesondere Ernst Fraenkel vor seiner Emigration in die USA 1938 eine wichtige Funktion ausfüllte.⁹

Nach seiner Entlassung aus dem Konzentrationslager Börgermoor 1934 intensivierte Leuschner die Beziehungen zu ehemaligen Gewerkschaftlern, insbesondere zu Jakob Kaiser und Max Habermann. Diese Aktivität wurde

durch die zusammen mit Ernst Schnepfenhorst und Hermann Maass betriebene Fabrikation von gehärteten Metallen begünstigt, die sowohl materielles Auskommen sicherte, als auch die Möglichkeit zu umfassenden, gegenüber der Gestapo als Geschäftsverbindungen getarnten Kontakten bot. Leuschner verfolgte dabei die vom Führerkreis im April 1933 beschlossene konzeptionelle Linie. Während die hauptsächlich auf der Ebene der Industrieverbände, vor allem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, informell beibehaltenen Beziehungen unter den Funktionären nach und nach durch die Eingriffe der Gestapo unterbrochen und eventuelle Verbindungen zur Emigration zerschlagen wurden, gewann Leuschners Kontaktnetz den Charakter einer Auffangorganisation, die für den Fall einer innenpolitischen Veränderung hätte wirksam werden können. Leuschner machte sich jedoch über die politischen Wirkungsmöglichkeiten wenig Illusionen, wie seine Äußerung vom August 1939 zeigte, daß Deutschland ein einziges großes Gefängnis darstelle, in dem zu rebellieren auf Selbstmord hinauslaufe.¹⁰

Leuschner beteiligte sich an den Planungen des Kreises um Jakob Kaiser und Max Habermann, zu dem auch Theodor Brauer und eine Reihe von christlichen Gewerkschaftlern stießen, die die Linie vom April 1933 fortsetzten.¹¹ Er selbst verhielt sich in grundsätzlichen Fragen eher rezeptiv, während er praktischen Organisationsfragen besondere Aufmerksamkeit widmete. Der Gestapo entging die konspirative Nebentätigkeit Leuschners nicht ganz; in den Vorkriegsjahren verfolgte das Regime jedoch die Tendenz, den gemäßigten Flügel der ehemaligen Sozialdemokratie zu schonen, sofern er sich nicht offen politisch betätigte oder Auslandskontakte knüpfte.¹² Auch für Leuschner bestand zu diesem Zeitpunkt keine reale Handlungsperspektive, wenngleich er einen politischen Systemwechsel für möglich hielt und in Berliner Arbeiterkreisen als künftiger Reichskanzler genannt wurde.¹³ Trotz der für die DAF blamablen Ergebnisse bei den Betriebsräte- bzw. Vertrauensmännerwahlen¹⁴ – die deshalb seit 1936 verboten wurden – erkannte er, daß die Mehrheit der Arbeiterschaft dazu neigte, sich mit den gegebenen Verhältnissen abzufinden, und daß sie gegen das Regime nicht direkt aktivierbar war.

Die Verbindungen zu den christlichen Gewerkschaftlern eröffneten Leuschner Kontakt mit oppositionellen Persönlichkeiten innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsapparats. Es war nicht zufällig, daß über General Ludwig von Hammerstein die Bekanntschaft mit Carl Goerdeler zustande kam.¹⁵ Unter den Bedingungen des Dritten Reichs bot eine Wiederholung des Schleicher-Experiments am ehesten Chancen, die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung wieder ins Spiel zu bringen. Nach anfänglichen Berührungspunkten, die durch die Herkunft von unterschiedlichen politi-

schen Ausgangspunkten verstärkt wurden, intensivierten sich die Beziehungen zu Carl Goerdeler. Dieser suchte seinerseits bei dem Gewerkschaftskreis Anlehnung, nachdem seine in der Denkschrift »Das Ziel« niedergelegten Vorstellungen auf die scharfe Kritik von Popitz und von Hassell gestoßen waren, die in weit stärkerem Maß als Goerdeler die durch die nationalsozialistische Politik geschaffenen autoritären Strukturen beizubehalten gedachten und dessen Wirtschaftsliberalismus ablehnten.¹⁶

Mit der Einbeziehung Leuschners und der Gruppe der christlichen Gewerkschaftler – neben Kaiser traten Bernhard Letterhaus, Nikolaus Groß und Josef Wirmer hinzu – veränderte sich das soziale und politische Spektrum des Kreises um Goerdeler grundlegend. Allerdings zögerte Leuschner, der den engvertrauten Hermann Maass an den seit 1942 regelmäßigen Besprechungen des Kreises beteiligte, gegenüber Goerdeler die umfassenden Kontakte aufzudecken, die er nunmehr in durchaus konspirativer Absicht mit einer großen Zahl von freien Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten knüpfte, um im Falle des gelungenen Umsturzes die Führungskader der geplanten »Deutschen Gewerkschaft« unmittelbar aktivieren zu können.¹⁷ Goerdeler, der eine stärkere Einbeziehung der Sozialdemokraten wünschte, war darüber nicht immer glücklich, und in der Tat bremste Leuschner, als es darum ging, Julius Leber zu gewinnen.¹⁸ Umgekehrt reagierte Goerdeler ein wenig gereizt, als Leuschner unmittelbare Verbindung zu Claus Schenk von Stauffenberg knüpfte.¹⁹ Wenngleich die Neuordnungsvorstellungen des Goerdelerkreises weitgehend die Handschrift seines Begründers trugen, besaßen Leuschner, Kaiser und Habermann, die die Führung der künftigen Einheitsgewerkschaft zu übernehmen gedachten, eine unbezweifelbare Vetomacht. Unter ihrem Druck sah sich Goerdeler gezwungen, weiter von Popitz, der Leuschners Gewerkschaftspläne rückhaltlos ablehnte und darin die Schaffung eines »Staates im Staat« erblickte, abzurücken und dessen Teilnahme an der provisorischen Regierung nicht mehr vorzusehen.²⁰

Es entsprach Leuschners politischem Temperament, daß er sich bei den Neuordnungsplänen im wesentlichen darauf konzentrierte, sein Gewerkschaftsprogramm durchzubringen. Ursprünglich hatte Goerdeler, durchaus in Übereinstimmung mit dem konservativen Flügel, die DAF im wesentlichen unverändert übernehmen wollen.²¹ Dabei brachte Goerdeler aufgrund seiner kommunalpolitischen Erfahrung und wirtschaftsliberalen Grundhaltung noch am ehesten Verständnis für die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisationen auf, während die politische Rechte, einschließlich ihres neokonservativen Flügels, seit der ersten Hälfte der zwanziger Jahre die Tarifautonomie durch berufsständische oder werkgemeinschaftliche Formen zu ersetzen trachtete.²² Die in der Weimarer Zeit aufge-

staute Gewerkschaftsfeindschaft war auch bei Militärs wie Generaloberst Beck und Claus Schenk von Stauffenberg nur schwer zu überwinden. Am extremsten trat dies bei den Planungen des Freiburger Kreises, insbesondere den Auffassungen Constantin von Dietzes hervor, der in Verbindung zu Goerdeler stand.²³ Dieser selbst sah ursprünglich ein generelles Streik- und Aussperrungsverbot und den Ausbau des Systems der Treuhänder der Arbeit vor.²⁴ Die Vorstellung, daß es möglich sein müsse, durch einen von Staats wegen verordneten Sozialkompromiß den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit stillzulegen, war seit Oswald Spenglers »Preußischem Sozialismus« weit verbreitet, und sie traf mit Ideengängen des christlichen Solidarismus zusammen, die Ende der zwanziger Jahre verstärkt Eingang in die Zentrumsparlei gefunden hatten.²⁵

Leuschner stimmte mit den christlichen Gewerkschaftskollegen, aber auch mit dem vom DHV kommenden Max Habermann überein, daß ein Rückfall in »marxistische Klassengewerkschaften« vermieden werden müsse.²⁶ Daher stand für sie die Einbeziehung der Angestellten und der öffentlich Bediensteten in die Arbeitnehmerorganisation von vornherein fest. Differenzen gab es über die Frage, ob man zu Berufsverbänden zurückkehren oder dem Industrieverband den Vorzug geben sollte.²⁷ Entscheidend war, daß eine parteipolitisch neutrale, alle unselbständig Beschäftigten umfassende und zentralistisch organisierte Einheitsgewerkschaft entstehen sollte. Dabei setzte sich der Gedanke durch, am Prinzip der Zwangsmitgliedschaft, das für die DAF faktisch bestand, festzuhalten. Dies war insofern konsequent, als der »Deutschen Gewerkschaft« weitreichende Selbstverwaltungsaufgaben übertragen werden sollten; neben der Wahrnehmung der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung sollte auf Drängen Goerdelers auch die Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsnachweis in die gewerkschaftliche Zuständigkeit übergehen.²⁸ Desgleichen sollte die Gewerkschaft in den vorgesehenen Selbstverwaltungsorganen der Wirtschaft und der Reichsständekammer vertreten sein.²⁹ Leuschner brachte in dieses Programm zusätzlich die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, den Aufbau eines ausgedehnten gewerkschaftlichen Bildungswesens und das Recht der Gewerkschaft ein, eigene Betriebe zu unterhalten.³⁰

Dies war das Ergebnis eines mehrseitigen Kompromisses, in dem Goerdelers Grundsatz, den Staat möglichst aus den industriellen Arbeitsbeziehungen herauszuhalten und das freie Spiel der Kräfte nicht durch ein Übermaß sozialpolitischer Intervention am Arbeitsmarkt zu behindern, mit korporativistischen Vorstellungen, wie sie vor allem die christlichen Gewerkschaftler einbrachten, und den von Leuschner reaktivierten Reminiszzenzen an das System der Kriegswirtschaft und die Wissell-Moellendorff-

schen Gemeinwirtschaftspläne zusammenflossen.³¹ Es verwundert nicht, daß dieses Modell auf nachhaltige Kritik stieß, nicht nur von seiten des rechten Flügels der Gruppe unter Popitz, sondern auch von seiten des Kreisauer Kreises, wobei sich zwischen Mierendorff und Leuschner, bei aller freundschaftlichen Verbundenheit, erhebliche Divergenzen ergaben.³² Andererseits trug das von den Kreisauern entwickelte Konzept der Betriebsgewerkschaften utopische Züge, nicht wegen der Rechte, die es den Arbeitnehmervertretern einräumte, als vielmehr wegen der Ausrichtung am handwerklich geprägten Klein- und Mittelbetrieb und der dadurch bedingten faktischen Unterbindung der Freizügigkeit der Arbeiterschaft.³³

Es spricht für Leuschners taktisches Geschick, daß er den Kreisauer Kreis dazu bewegen konnte, die »Deutsche Gewerkschaft« als Übergangslösung zu akzeptieren, obwohl sie Moltkes Konzept der »kleinen Gemeinschaften«, also dem Prinzip weitgehender Subsidiarität herrschaftlicher Verantwortung, rundweg widersprach. Aber auch unabhängig von dieser spezifischen Position atmete das Programm der »Deutschen Gewerkschaft« den Geist einer Organisation von oben nach unten, was nur zum Teil durch die konspirativen Verhältnisse erzwungen war. Letzten Endes war diese Vorstellung ebenfalls von der Erwartung bestimmt, durch organisationspolitische Maßregeln zu einer konfliktfreien Lösung sozialer Gegensätze gelangen zu können und Arbeitskämpfe weitgehend überflüssig zu machen.³⁴

Leuschner unterschied sich hierin nicht von der ausgeprägt zentralistischen, auf staatliche Normierung und Mitwirkung ausgerichteten Tradition der Freien Gewerkschaften, die ein Produkt der Verhältnisse im Kaiserreich darstellte, nur daß – mit Rücksicht auf Goerdeler – ein beträchtliches Maß an Entstaatlichung der Sozialpolitik hingenommen werden mußte. Es kam in dieser Frage zu einer grundsätzlichen Kontroverse mit Leber, der zudem sehr skeptisch war, ob die von Leuschner vorgesehenen Führungskader im Umsturzfall zur Verfügung stehen und hinreichend effektiv sein würden.³⁵ Die ironische Kritik der Vernichtungsbeamten der Gestapo an der Überalterung dieser Führungsmannschaft war in mancher Hinsicht berechtigt. Nur handelte es sich hierbei um ein generelles Problem des Widerstands, der im wesentlichen darauf angewiesen war, sich auf diejenigen Gruppen und Verbindungen zu stützen, die vor der nationalsozialistischen Machteroberung bestanden hatten, und der nicht mit einer spontanen Unterstützung durch die jüngere Generation rechnen konnte.³⁶

Leuschner hat sich offensichtlich in die Verfassungsplanungen Goerdelers nur begrenzt, und zwar nur dort, wo gewerkschaftliche Interessen tangiert waren, eingemischt. Er selbst holte regelmäßig den Rat Ludwig Bergstraessers ein. Dieser wiederum hielt Kontakte zu Historikern und ehemaligen Parlamentariern – er war mir eben deshalb in jungen Jahren ein lebhaft-

ter Begriff – und folgte sehr viel stärker parlamentarischen Überlegungen, als das bei den übrigen Gruppen des nationalkonservativen Widerstands der Fall war. Für die Phase der Übergangsregierung jedoch erkannte er den Gewerkschaften und den Kirchen eine zentrale Rolle beim politischen Wiederaufbau zu.³⁷

Es muß offen bleiben, wie sich Leuschner die Regenerierung des Parteiensystems vorstellte und ob er die neokonservativ geprägten Erwägungen teilte, allenfalls eine auf der Auslese der aktiven politischen Elemente beruhende Parteibildung zuzulassen.³⁸ Das 1942 abgeschlossene Konzept der »Deutschen Gewerkschaft« scheint mit der Neubildung eines pluralistischen Parteiensystems nicht gerechnet zu haben. Faktisch wären bei der starken berufsständischen Verschränkung der großen gesellschaftlichen Interessengruppen und den autoritären Momenten der Regierungsbildung, wie sie Goerdelers Verfassungsplanung vorsah, politische Parteien weitgehend entbehrlich gewesen. Für Leuschner stand diese Frage nicht im Vordergrund seines Interesses; die Einbeziehung mancher auf der äußersten Weimarer Rechten angesiedelter Politiker wie August Winnig und die als problemlos betrachtete Zusammenarbeit mit Exponenten des DHV lassen darauf schließen, daß er, trotz der beibehaltenen Solidarität mit der SPD, mit ernsthaften Widerständen von sozialistischer Seite nicht rechnete.³⁹

In den richtungspolitischen Auseinandersetzungen seit 1943 bezog Leuschner Position an der Seite Goerdelers und der christlichen Gewerkschaftler, deren Forderung nach einer christlichen Programmatik der zu schaffenden überparteilichen Volksbewegung er im Gegensatz zu Julius Leber nicht widersprach,⁴⁰ was übrigens zeigt, wie wenig Gewicht er ideologischen Fragen einzuräumen bereit war. Andererseits war sein Urteil über Goerdeler, so sehr er dessen Partei ergriff und von ihm, etwa in der scharfen Kritik am Nichthandeln des Militärs, auch beeinflußt war, keineswegs ohne Vorbehalte, nur daß er die Eventualerwägung, an Goerdelers Stelle die Kanzlerschaft im Umsturzministerium einzunehmen, aus dem Gefühl solidarischer Verbundenheit mit ihm fallen ließ, während er ein selbständiges Vorgehen zu einem späteren Zeitpunkt nicht direkt ausschloß.⁴¹

In der Frage der Herbeiführung des Umsturzes stimmte Leuschner mit Goerdeler darin überein, daß dies die Aufgabe der Militärs sein müsse.⁴² Leuschner sah weder eine Chance noch einen Vorzug darin, die Masse der Arbeiterschaft in eine möglicherweise blutige bürgerkriegsartige Auseinandersetzung zu verwickeln. Desgleichen widersprach er entschieden den Bestrebungen Lebers und Adolf Reichweins, Kontakte mit der illegalen KPD aufzunehmen; hierin wirkte die betont antikommunistische Einstellung der deutschen Gewerkschaften seit 1919 deutlich nach.⁴³ Das Gewerkschaftskonzept, das er entwickelte, war nicht als Werkzeug des Um-

sturzes selbst ins Auge gefaßt. Leuschner hat jedoch beim Ausbau des Kontaktnetzes des nationalkonservativen Widerstands und bei den personalpolitischen Planungen aktiv mitgewirkt. Eindrucksvoll ist sein Versuch, die österreichischen Sozialisten zur Mitwirkung zu bewegen, was jedoch auf die eindeutige Ablehnung von Adolf Schärf stieß.⁴⁴

Leuschner, Kaiser und Habermann teilten mit den konservativen Verschwörern das Handicap, daß sie über die mögliche Reaktion der Massen auf einen Umsturz keine Angaben machen konnten.⁴⁵ Sie gaben sich der nicht unproblematischen Hoffnung hin, daß die frühere Anhängerschaft den Aufrufen der ehemaligen Funktionäre Folge leisten werde. Mierendorff, Leber und Theodor Haubach, die Leuschners Anspruch, die Organisation hinter sich zu haben, in Zweifel zogen, dachten darüber und über die Einbeziehung von Renegaten wie August Winnig ausgeprägt skeptisch. Indessen gab es gegenüber der Aktivierung der früheren Kader kaum einen anderen Weg, wenn man – und Leuschner war dazu entschlossen – das Risiko bürgerkriegsartiger Verhältnisse vermeiden wollte.⁴⁶ Leuschner lehnte den Gedanken ab, einen Umsturz durch einen Aufruf zum Generalstreik zu unterstützen. Im Unterschied zu Leber und Mierendorff schien ihm die Notwendigkeit einer plebiszitären Mobilisierung der Bevölkerung nach der Regierungsübernahme weniger bedeutsam, wenngleich er sich grundsätzlich für die Gründung der »überparteilichen Volksbewegung« aussprach.⁴⁷

Die spröde Nüchternheit seines politischen Kalküls, das sich von dem paternalistisch gefärbten Pathos Goerdelers ebenso abhob wie von den euphorischen Visionen Mierendorffs und Haubachs, aber auch von den Gedankengängen Lebers und Stauffenbergs, die ein Miteinander von Militärputsch und Volkserhebung nach dem Vorbild von 1813 erträumten,⁴⁸ rückt Leuschner in die Nähe jener Nationalkonservativen, die sich der Hoffnung hingaben, das NS-Regime im wesentlichen durch den Austausch in den Führungspositionen und einen institutionellen Umbau von oben überwinden zu können. Andererseits war er ein entschiedener Gegner einer Wiederherstellung früherer Privilegien. Ihm ging es darum, die Arbeiterschaft gleichberechtigt an der Gestaltung der öffentlichen Aufgaben wie an der Führung der Wirtschaft zu beteiligen.⁴⁹

Leuschners Oppositionstätigkeit war von der Überzeugung geprägt, daß der gewerkschaftliche Apparat erfolgreich regeneriert und als Mittel politischer Stabilisierung eingesetzt werden könne. Er hielt es für sicher, daß die ehemaligen Funktionäre, die für Führungspositionen in der »Deutschen Gewerkschaft« oder als Politische Beauftragte in den Wehrkreisen vorgesehen waren, sich dieser Aufgabe nicht entziehen würden, auch wenn sie teils aus Vorsicht, teils aus mangelnder Kommunikationsmöglichkeit nicht oder

nur andeutungsweise über die Verschwörung und die ihnen zugedachte Funktion informiert waren.⁵⁰ Daran war richtig, daß die Kraft gewerkschaftlicher Solidarität den Terror des NS-Regimes überdauerte, wie Leuschner bei den zahllosen Begegnungen mit ehemaligen Gewerkschaftlern immer wieder feststellen konnte. Auch ist es bemerkenswert, daß die ältere Führungsschicht beim Wiederaufbau der Gewerkschaften nach 1945 eine maßgebende Rolle spielte und daß das ihnen von der Mitgliedschaft entgegengebrachte Vertrauen nicht verloren gegangen war. Insoweit war Leuschners Standpunkt so unrealistisch nicht.

Leuschner handelte in einer politisch offenen Situation. Ihm war es um ein Doppeltes zu tun: Einerseits konnten die ehemaligen Gewerkschaftler sich nicht der Aufgabe entziehen, aktiv dazu beizutragen, einen in die Katastrophe hineintreibenden Krieg zu beenden und ein verbrecherisches Regime auszuschalten, wenngleich die Hauptverantwortung für die Entwicklung, wie Leuschner empfand, nicht bei der Arbeiterschaft lag und sie daher auch nicht die Hauptlast des Umsturzes zu tragen hatte. Andererseits mußte ein solcher Schritt aus seiner Sicht Hand in Hand gehen mit einer definitiven Sicherung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterschaft, die nur vereint die Kraft haben konnten, ein Gleichgewicht zwischen Arbeit und Kapital herzustellen und eine sozial gerechte Ordnung zu erzwingen.

Das Mißtrauen gegenüber der Wiederherstellung einer parlamentarischen Demokratie des Weimarer Typus hat nicht nur die Neuordnungsvorstellungen der Kreisauer und Goedelers nachhaltig geprägt, es schlug sich auch in den Plänen für eine stark dirigistisch gefärbte Gewerkschaftsorganisation nieder. In gewisser Weise griff auch Leuschner in Analogie zur Einstellung der Nationalkonservativen auf die Erfahrung der späten Präsidentsalkabinette zurück. Dabei kann davon ausgegangen werden, daß er dies stärker als Übergangsphase empfand, als das für die nationalkonservativen Verfassungspläne im allgemeinen gilt. Kritisch mag man einwenden, daß sich die Gewerkschaftsgruppe über die vor dem 2. Mai 1933 eingeschlagene Linie nicht klar genug Rechenschaft ablegte und auch danach politische Lösungen anstrebte, die durch ausgeprägte korporativistische Elemente vom Typus der westlichen Demokratie noch weiter abführten, als es bereits vor 1933 der Fall gewesen war.⁵¹

Die antipluralistische Note dieser Pläne spiegelt sich ähnlich in dem Rückgriff Jakob Kaisers auf das von Stegerwald in Essen 1920 verkündete Programm einer christlich-sozialen und zugleich nationalen Integrationspartei wider, das potentiell darauf abgezielt hatte, eine »ewige« Mehrheitspartei zu schaffen.⁵² All dies zeigt, wie weit sich die deutsche politische Kultur – eben auch bei den dezidierten Gegnern des NS-Regimes – von den

Traditionen des Liberalismus und des demokratischen Sozialismus entfernt hatte und bei unterschiedlichen Vorzeichen gewisse Affinitäten zu faschistischen Strukturen aufwies.

Gleichzeitig ist indessen festzuhalten, daß die Einwirkung der Gewerkschaftsführer auf die Ordnungsvorstellungen der nationalkonservativen Opposition nicht nur dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit weit größeren Raum verschaffte, sondern auch wesentlich dazu beitrug, daß in den ursprünglich hochkonservativen, überwiegend an einem agrarisch und mittelständisch geprägten Gesellschaftsbild orientierten Plänen die sozialen und ökonomischen Realitäten der fortgeschrittenen Industriegesellschaft stärkere Anerkennung fanden. Da Gewerkschaftlern und Sozialdemokraten nach einem Umsturz eine Schlüsselstellung zukommen mußte, wenn die Übergangsregierung innenpolitisch stabilisiert werden sollte, bestand ihre Rolle zudem auch darin, daß sie das Zusammengehen des Kreisauer und des Goerdeler-Kreises mit dem engeren Kern der Verschwörung um Stauffenberg mit herbeiführten.

Wenn man in den konzeptionellen Beiträgen der Gewerkschaftler aus heutiger Perspektive einen stärkeren Impuls zur Demokratisierung vermißt, damit vielleicht auch an einen der Gründe für ihr relatives Scheitern in Weimar rührt, kann doch das treibende Motiv für ihren Eintritt in den Widerstand nicht übersehen werden. Für Männer wie Wilhelm Leuschner, die, wie er beim Gestapoverhör in seiner zurückhaltenden Art bemerkte, »ein inneres Verhältnis zum Nationalsozialismus nicht finden konnten«,⁵³ ergab es sich aus dem Glauben an die historische Notwendigkeit, eine sozial gerechte Gesellschaft zu schaffen. Ihr Handeln entsprang in einem sehr tiefen Sinn dem Gefühl der Solidarität mit den unterdrückten, zum Stillschweigen gezwungenen, mißhandelten oder in einem sinnlosen Krieg geopferten Gewerkschaftlern und darüber hinaus der ihrer sozialen Rechte beraubten Arbeiterschaft überhaupt.

Die Gestapo hatte bei den Vernehmungen Schwierigkeiten zu begreifen, warum ein Mann wie Leuschner, der einen gutgehenden, kriegswichtigen Betrieb leitete, ebenso wie Carlo Mierendorff, Julius Leber und viele andere, den Weg in den Widerstand ging. Ihnen war es gewiß nicht um die Verteidigung eines sozialen Status oder, wie die Gestapo Leuschner zu unterstellen versuchte, um Befriedigung ihres persönlichen Ehrgeizes zu tun, sondern um die Erfüllung der Verpflichtung, die sie als gewählte Vertreter der Arbeiterschaft übernommen hatten. Von dem wortkargen Leuschner ist kaum ein Wort überliefert, das seine inneren Motive enthüllt. In dem bereits erwähnten Brief vom August 1939 hieß es: »Sagen Sie unseren Freunden, daß wir sind, was wir waren.«⁵⁴ Adolf Grimme, der Leuschner gut gekannt hatte, nannte ihn einen »Helden ohne Uniform«, der den All-

tagskampf für Frieden und Befreiung ohne Pathos im Dienste der Gewerkschaftsbewegung zäh und unerschütterlich vorantrug und in dem Bewußtsein in den Tod ging, seinen eigenen Prinzipien stets treu geblieben zu sein.⁵⁵

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Helmut Esters/Hans Pelger/Alexandra Schlingensiepen, *Gewerkschafter im Widerstand*. 3. Aufl. Bonn 1983.
- ² Siehe Peter Grasmann, *Sozialdemokraten gegen Hitler 1933–1945*. München 1976; vgl. Hans Mommsen, *Aktionsformen und Bedingungen des Widerstandes in der Arbeiterschaft*, in: *Widerstandsbewegungen in Deutschland und Polen während des Zweiten Weltkrieges*. 2. Aufl. Braunschweig 1984, S. 64 ff.
- ³ Joachim G. Leithäuser, Wilhelm Leuschner. *Ein Leben für die Republik*. Köln 1962, S. 72 ff., 82.
- ⁴ Vgl. Hagen Schulze, *Anpassung oder Widerstand? Aus den Akten des Parteivorstands der deutschen Sozialdemokratie 1932/33*. Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 23 ff.
- ⁵ Vgl. Hannes Heer, *Burgfrieden oder Klassenkampf. Zur Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaften 1930–1933*. Neuwied 1971, S. 68 ff.; dazu Henryk Skrzypczak, *From Carl Legien to Theodor Leipart*, in: *IWK H. 13* (1971), S. 26 ff.; ferner Axel Schildt, *Militärdiktatur mit Massenbasis. Die Querfrontkonzeption der Reichswehrführung um General von Schleicher am Ende der Weimarer Republik*. Frankfurt 1981, S. 166 ff.
- ⁶ Siehe Gerhard Beier, *Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933*, in: *Archiv f. Sozialgeschichte 15* (1975), S. 374 f., 286 ff.
- ⁷ Vgl. Gerhard Beier, *Das Lehrstück vom 1. und 2. Mai 1933*. Frankfurt 1975, S. 29 ff.; ders., *Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Archiv f. Sozialgeschichte 13* (1973), S. 234 f.; s. auch Hans Mommsen, *Die deutschen Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand*, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), *Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung*. Köln 1975, S. 289 ff.
- ⁸ Vgl. die Rede Robert Leys auf der 5. Jahrestagung der DAF in Nürnberg am 11.9.1937, in: *Dokumente der deutschen Politik*, hg. v. P. Meier-Benneckenstein, Bd. 5: *Von der Großmacht zur Weltmacht*, Berlin 1938, S. 366–376, in der er zugibt, vor der Übernahme der DAF-Führung keine konkrete Vorstellung von gewerkschaftlichen Fragen besessen zu haben; vgl. ferner Timothy W. Mason, *Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939*. Opladen 1975, S. 79 ff.
- ⁹ Siehe Gerhard Beier, *Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945*, in: Richard Löwenthal/Patrik von zur Mühlen (Hrsg.), *Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945*, Berlin 1982, S. 49.
- ¹⁰ Leithäuser, Leuschner (wie Anm. 3), S. 184.
- ¹¹ Vgl. Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. *Der Widerstandskämpfer*. Stuttgart 1967, S. 42 ff.
- ¹² Vgl. Hans Mommsen, *Aktionsformen* (wie Anm. 2), S. 70 f.
- ¹³ Siehe Mommsen, *Gewerkschaften zwischen Anpassung* (wie Anm. 7), S. 291.
- ¹⁴ Vgl. Hans-Gerd Schumann, *Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der »Deutschen Arbeitsfront«*. Hannover 1958, S. 128 sowie Timothy W. Mason: *Arbeiterklasse* (wie Anm. 8), S. 89 f., 98.
- ¹⁵ Nebgen, Jakob Kaiser (wie Anm. 11), S. 63, 126, Leithäuser (wie Anm. 3), S. 197.
- ¹⁶ Siehe Hans Mommsen, *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen*

- Widerstands, in: Hermann Graml (Hrsg.), *Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten*. Frankfurt 1984, S. 63 f., 249 f.
- ¹⁷ Vgl. Nebgen, Jakob Kaiser (wie Anm. 11), S. 128 ff., 137; ferner Lois Weinberger: *Tatsachen, Begegnungen und Gespräche*, Wien 1948, S. 139 f.
- ¹⁸ *Spiegelbild einer Verschwörung. Die Kaltenbrunner-Berichte an Bormann und Hitler über das Attentat des 20. Juli 1944*. Hrsg. vom Archiv Peter. Stuttgart 1961, S. 497.
- ¹⁹ Ebd., S. 118.
- ²⁰ Siehe Nebgen, Jakob Kaiser (wie Anm. 11), S. 133; *Kaltenbrunner-Berichte* (wie Anm. 18), S. 315 ff., 415, 499 f.; Mommsen, *Gesellschaftsbild* (wie Anm. 16), S. 78.
- ²¹ Vgl. Gerhard Ritter, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung. Neuausgabe München 1964, S. 304; vgl. Goerdelers Denkschrift »Das Ziel«, in: Wilhelm Ritter von Schramm (Hrsg.), *Beck und Goerdeler. Gemeinschaftsdokumente für den Frieden 1941–1944*. München 1965, S. 116 ff.
- ²² Vgl. Claus-Dieter Krohn: *Autoritärer Kapitalismus. Wirtschaftskonzeptionen im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus*, in: Dirk Stegmann/Bernd-Jürgen Wendt/Peter-Christian Witt (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte*. Bonn 1978, S. 120 ff.
- ²³ Vgl. Christiane Blumenberg-Lampe, *Das wirtschaftliche Programm der »Freiburger Kreise«*. Entwurf einer freiheitlich-sozialen Nachkriegswirtschaft, Berlin 1973.
- ²⁴ Denkschrift »Das Ziel« (wie Anm. 21), S. 117.
- ²⁵ Eine eingehende Darstellung steht noch aus; vgl. die Skizze bei Rudolf Morsey, *Der Untergang des politischen Katholizismus. Die Zentrumsparterie zwischen christlichem Selbstverständnis und »Nationaler Erhebung« 1932/33*. Stuttgart 1977, S. 22 f. sowie Josef Becker, *Die deutsche Zentrumsparterie 1918–1933*, in: Oswald Hauser (Hrsg.), *Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918 bis 1939*. Wiesbaden 1969, S. 59 ff.
- ²⁶ Vgl. *Kaltenbrunner-Berichte* (wie Anm. 18), S. 496 ff. sowie Beier, *Führerkreis* (wie Anm. 6), S. 385 ff.
- ²⁷ *Kaltenbrunner-Berichte* (wie Anm. 18), S. 233. Zu dem von Leuschner vorgenommenen Organisationsaufbau, der dem Industriegruppenprinzip folgte, vgl. ebd., S. 385 f.
- ²⁸ Siehe Ritter, Carl Goerdeler (wie Anm. 21), S. 305 f.
- ²⁹ Mommsen, *Gesellschaftsbild* (wie Anm. 16), S. 76.
- ³⁰ *Kaltenbrunner-Berichte* (wie Anm. 18), S. 234, 316; Ritter, Carl Goerdeler (wie Anm. 21), S. 306.
- ³¹ Vgl. Friedrich Zunkel, *Industrie und Staatssozialismus. Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in Deutschland 1914–1918*. Düsseldorf 1974.
- ³² Mommsen, *Gesellschaftsbild* (wie Anm. 16), S. 76 f.
- ³³ Mommsen, *Gewerkschaften zwischen Anpassung und Widerstand* (wie Anm. 7), S. 293 f. sowie Ger van Roon, *Neuordnung im Widerstand. Der Kreisauer Kreis innerhalb der deutschen Widerstandsbewegung*. München 1967, S. 429 f.
- ³⁴ Leuschner sah keinen Bruch mit den Bestrebungen des Führerkreises der Gewerkschaften vom April 1933; entsprechend seine Aussage vor der Gestapo am 18. August 1944: »Es war mein Bestreben, eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung zu bilden, und ich setzte diese Bestrebungen auch dann noch fort, als ich mit den Vertretern der NSDAP im Frühjahr 1933 verhandelte. Diese damals nieder-

- gelegten Grundsätze waren auch für die spätere Zeit mein Leitmotiv.« (Kaltenbrunner-Berichte [wie Anm. 18], S. 315).
- ³⁵ Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 497.
- ³⁶ Siehe meinen Beitrag: »Der Widerstand gegen Hitler und die deutsche Gesellschaft«, in: Jürgen Schmäddecke/Peter Steinbach (Hrsg.), Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler. Wissenschaftliche Konferenz vom Juli 1984 in Berlin. München 1985, S. 3–23.
- ³⁷ Siehe Leithäuser, Wilhelm Leuschner (wie Anm. 3), S. 222. Im Nachlaß Leuschner ist eine undatierte Denkschrift Bergstraessers mit dem Titel »Wiederherstellung« (ca. 1942) überliefert, deren verfassungspolitische Vorstellungen jedoch keinen Niederschlag in den entsprechenden Planungen Goerdelers gefunden haben, obwohl sie sich auch auf die Steinsche Selbstverwaltungstradition berufen.
- ³⁸ Vgl. Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 205.
- ³⁹ Dies unterschied ihn von Julius Leber, der damit rechnete, auf die sozialdemokratische Emigration Rücksicht nehmen zu müssen.
- ⁴⁰ Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 234, 501; vgl. Mommsen, Gesellschaftsbild (wie Anm. 16), S. 81 f.
- ⁴¹ Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 206; vgl. auch S. 234. Leuschners Aussagen sind stark tendenziös wiedergegeben, wie die Passagen auf S. 286 zeigen.
- ⁴² Zur Kritik Leuschners am Zögern der Militäropposition vgl. Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 179.
- ⁴³ Nebgen, Jakob Kaiser (wie Anm. 11), S. 175 f.
- ⁴⁴ Ebd., S. 147 ff.
- ⁴⁵ Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 264.
- ⁴⁶ Siehe auch Beier, Die illegale Reichsleitung (wie Anm. 9), S. 49.
- ⁴⁷ Mommsen, Gesellschaftsbild (wie Anm. 16), S. 81 f.; Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 234 f., 501.
- ⁴⁸ Mommsen, Gesellschaftsbild (wie Anm. 16), S. 85.
- ⁴⁹ Siehe Leuschners Aussage vor der Gestapo am 18. August 1944, Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 316 f.
- ⁵⁰ Beier, Die illegale Reichsleitung (wie Anm. 9), S. 47 ff., scheint die Funktionsfähigkeit des illegalen Netzes stark zu überschätzen.
- ⁵¹ Leuschner war bestrebt, den Kontakt zu Leipart zu erneuern (Kaltenbrunner-Berichte [wie Anm. 18], S. 414), obwohl dieser durch die Vorgänge vor dem 2. Mai 1933 (s. Beier, Das Lehrstück [wie Anm. 7], S. 26 ff.) diskreditiert scheinen mußte.
- ⁵² Vgl. Nebgen, Jakob Kaiser (wie Anm. 11), S. 166; Larry E. Jones, Adam Stegerwald und die Krise des deutschen Parteiensystems, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 20 (1979), S. 1–29.
- ⁵³ Kaltenbrunner-Berichte (wie Anm. 18), S. 286.
- ⁵⁴ Leithäuser, Wilhelm Leuschner (wie Anm. 3), S. 85.
- ⁵⁵ Adolf Grimme, Ein heilgebliebenes politisches Gewissen. Gedächtnisworte für Wilhelm Leuschner, in: Reden für eine Bürgerschaft. Darmstadt 1962, S. 96.

Das Vermögen der »Reichsfeinde« Eigentumsrechtliche Sanktionen gegen die Verschwörer vom 20. Juli 1944

von Franciszek Polomski

Die Zahl der Veröffentlichungen, die sich mit der Opposition gegen Hitler befassen, ist heute bereits bedeutend und wächst ständig. Besonders in den letzten Jahren haben Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, aber auch ausländische Forscher neue wichtige Arbeiten vorgelegt. In Polen zeichnen sich vor allem die Zentren in Wrocław (Breslau) und Poznań (Posen) durch Forschungserfolge auf diesem Gebiet aus. Die Veröffentlichungen befassen sich hauptsächlich mit der politischen Seite des Problems; aber auch die Arbeiten, die die moralischen und die die Rechtsdoktrin betreffenden Aspekte behandeln, sollten nicht vergessen werden.

In wissenschaftlichen und publizistischen Veröffentlichungen sind alle bedeutenden Formen und der Umfang der Opposition gegen das NS-Regime ausführlich dargestellt worden. In Zukunft werden die Kenntnisse durch das eine oder andere Detail noch vervollständigt werden, das Gesamtbild wird sich aber, wie es scheint, nicht mehr wesentlich ändern.

Einen solchen ergänzenden Beitrag können rechtshistorische Forschungen liefern. Studien zum Eigentumsrecht in Hitlerdeutschland gewähren Aufschlüsse über die Behandlung der konservativen und militärischen Opposition gegen das NS-Regime. Das Interesse am Vermögen der sogenannten »Reichsfeinde« konzentrierte sich in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft auf die Beteiligten an der Verschwörung vom 20. Juli

1944. Bislang ist nur recht wenig darüber bekannt, wie man mit ihrem Vermögen, ihren Eigentumsrechten und dem Besitz ihrer Familienangehörigen verfuhr.

Im Breslauer Staatsarchiv erhalten gebliebene Dokumente machen es möglich zu rekonstruieren, wie das Vermögen der »Reichsfeinde«, darunter auch der am Attentat auf Hitler beteiligten Personen aus Niederschlesien, behandelt wurde.¹ Hierbei wird es um folgenden Personenkreis gehen: Georg Konrad Kissling, Wessel Freiherr von Freytag-Loringhoven, Michael Graf Matuschka, Rolf Freiherr von der Osten-Sacken, Hellmuth Stieff, Joachim Sadrosinski, Karl-Ernst Rathgens, Friedrich Scholz-Babisch, Peter Graf Yorck von Wartenburg und Fritz Thiele.²

Die Begrenzung und Verletzung des Eigentumsrechts aus politischen Gründen hatten in Hitlerdeutschland ihre eigene Geschichte; ihre Anfänge gehen auf die Hindenburgsche Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 zurück. Die in ihr enthaltenen Beschränkungen betrafen elementare Bereiche der menschlichen Freiheit wie die Unantastbarkeit der Person, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Versammlungsrecht und das Postgeheimnis. Es ist bezeichnend, daß sie ebenfalls ein Grundrecht aus dem Bereich des Vermögensrechts, das Recht auf Eigentum, außer Kraft setzte.

Im Rahmen eines Aufsatzes ist nur ein flüchtiger Überblick über die umfangreiche Gesetzgebung möglich, die das Eigentumsrecht verschiedener gesellschaftlicher Gruppierungen in Deutschland verletzte. Von Bedeutung sind jedoch zwei Gesetze, die beide im Jahr 1933 erlassen wurden. Sie stellten die Konkretisierung jener Klausel in der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat dar, indem sie die Kommunistische und die Sozialdemokratische Partei vom Recht auf Eigentum ausschlossen.³ Mit diesen Gesetzen wurde der ideologische, nirgendwo näher definierte Begriff »Reichsfeinde« im Bereich des Eigentumsrechts eingeführt.

Das Ziel beider Gesetzesakte war von Beginn an klar. Es ging um die Beschränkung oppositioneller Aktivitäten und um die Beschneidung der materiellen Basis von Gruppen, von denen eine solche regimfeindliche Tätigkeit zu erwarten war. Deshalb mußten Rechtsgrundlagen für die Konfiskation des Eigentums oder Besitzes der politischen Gegner geschaffen werden. Ihr unterlagen nicht nur Objekte und Rechte der Parteien, ihrer Neben- und Hilfsorganisationen, sondern auch alle Güter, die der Unterstützung dieser »Reichsfeinde« dienten.

Wie es für die Gesetzgebung dieser Zeit charakteristisch war, wurde die Verwaltung, nämlich das Reichsinnenministerium, ermächtigt, Durchführungs- und Ergänzungsvorschriften zu erlassen. Die interessierten Ressorts konnten infolgedessen mittels Verwaltungsvorschriften über das Ei-

gentum von Personen entscheiden, die zu Gegnern des Regimes erklärt wurden. Damit war die Grundlage dafür geschaffen, daß seit 1939 das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) auch bei Eingriffen in das Eigentumsrecht eine bedeutende, ja entscheidende Rolle spielte. Das Eigentum geriet in den Kompetenzbereich der Polizei.

Als die nationalsozialistische Staatsführung nach dem mißglückten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 sofort Vergeltung an den beteiligten Personen und deren Familien übte, bediente sie sich bei der Konfiskation des Eigentums ausgearbeiteter und erprobter Formen. Nach den Maßnahmen gegen Kommunisten und Sozialdemokraten hatte inzwischen die Einziehung des Vermögens der Emigranten und der deportierten deutschen Juden Gelegenheit geboten, die Methoden zu perfektionieren. Die gleichen Stellen, ja die gleichen Personen, die die Konfiskation des jüdischen Besitzes durchgeführt hatten, befaßten sich nun mit dem Eigentum der am Attentat Beteiligten.

Aus juristischer Sicht waren die Unterschiede zwischen den verschiedenen Eigentumskategorien erheblich. Sowohl bei der Übernahme als auch bei der Veräußerung wurden verschiedene Verfahrensweisen angewandt. Die Praxis entwickelte sich in Richtung einfacher und wirksamer Lösungen, ohne allzu große Beachtung juristischer Feinheiten. Anfangs war es noch notwendig, den Konfiskationsbeschuß im »Reichsanzeiger« zu veröffentlichen; während des Krieges genügte bei Staatsangehörigen jüdischer Herkunft eine Feststellung der Polizei, daß der Betroffene das Reichsgebiet (am häufigsten infolge seiner Deportation) verlassen habe, und nach dem Erlaß der 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 reichte schließlich die Erklärung, daß der Eigner des einzuziehenden Vermögens Jude sei.⁴

Neben dem in Deutschland allgemein praktizierten System der Vermögensverwaltung durch Treuhänder bildete sich auch ein anderes – weniger bekanntes – Verfahren heraus: die Verwaltung des beschlagnahmten und konfiszierten Vermögens durch staatliche Finanzbehörden auf unterer und mittlerer Ebene (Finanzämter, Oberfinanzpräsident). Veränderungen lassen sich ferner bei der Verwendung dieser Vermögen feststellen. Die sofortige Versteigerung wurde durch die Übergabe der Objekte an öffentliche Institutionen oder Organisationen, die sie für öffentliche Zwecke nutzen sollten, ersetzt. Es erging sogar ein Verbot, die eingezogenen Besitztümer bis zum Kriegsende und bis zur Rückkehr der Meistberechtigten – man dachte hierbei an die Frontsoldaten – zu veräußern.

Dieses vielschichtige und relativ wenig bekannte Problem sei hier nur am Rande erwähnt. In dem Beitrag wollen wir uns mit dem Vermögen der – in zeitlicher Abfolge – letzten Kategorie von »Reichsfeinden« befassen, dem

der Beteiligten an der militärischen Verschwörung gegen Hitler im Jahr 1944.

Anders als bei den anderen Eigentumskategorien war bei den Vermögen dieser Personengruppe das Reichssicherheitshauptamt entscheidungsbefugt. Während des Krieges hatte die Polizei – im weitesten Sinne – generell ihre Kompetenzen auf diesem Gebiet ausweiten können. Außerdem waren Himmler und Kaltenbrunner – und damit das Reichssicherheitshauptamt – unmittelbar mit der Verfolgung der Personen beauftragt worden, die in das Attentat auf Hitler verwickelt waren. Zu den Vergeltungsmaßnahmen gehörten die Beschlagnahme und Sicherstellung des Vermögens, die bis zur endgültigen Klärung der Rechtslage als »vorübergehend« bezeichnet wurden.

Obwohl es von Beginn an rechtliche Unterschiede gab – das Vermögen einiger an der Verschwörung Beteiligter wurde sofort vom Volksgerichtshof konfisziert, während es gegenüber anderen Angeklagten zu keinem solchen Beschluß kam –, wurde bei der Beschlagnahme und Sicherstellung vor Ort nicht differenziert. Gegen Kissling, Scholz-Babisch, von Freytag-Loringhoven und von der Osten-Sacken wurden keine Gerichtsurteile ausgesprochen, da sie Selbstmord begangen hatten. Trotzdem wurden ihre Vermögen nicht anders behandelt als der Besitz der zum Tode Verurteilten, dessen Konfiskation vom Volksgerichtshof angeordnet wurde. Das Vermögen aller blieb im Gewahrsam der Polizei und wurde von den Finanzbehörden verwaltet.

Nach dem geltenden Recht konnte der deutsche Staat jedoch weder bei der ersten noch der zweiten Gruppe über das Vermögen frei verfügen. Bei der ersten fehlte die Eintragung ins Grundbuch, die bei der Übereignung von Immobilien notwendig war,⁵ bei der zweiten fehlte es überhaupt an einer positiven behördlichen Erklärung, daß das Vermögen auf den deutschen Staat übergehen solle. Um die fehlende Rechtsgrundlage zu ersetzen, bediente sich das Reichsinnenministerium in diesem Fall einer bereits erprobten Konstruktion: Es stellte fest, daß das Vermögen feindlichen Zielen gedient und einem »Reichsfeind« gehört habe, woraus sich die formaljuristische Legitimation für den Konfiskationsbeschluß ergab.⁶

Beschlagnahme und Sicherstellung des Vermögens betrafen sowohl den eigentlichen Beteiligten als auch dessen Ehefrau und Kinder, jedoch nicht die Eltern und die Verwandten aus einer Seitenlinie. Die entsprechenden Verfügungen stammten aus dem Amt IV (Gestapo) des Reichssicherheitshauptamts und trugen die Unterschrift des SS-Sturmbannführers Günther. Der Beschluß war geheim und wurde von der – nach dem letzten Wohnsitz zuständigen – regionalen Staatspolizeileitstelle ausgeführt. Zu ihren Aufgaben gehörte auch die Suche nach weiteren Vermögenswerten und in stritti-

gen oder unklaren Fällen die Feststellung seiner Besitzer. Die Weisung des Reichssicherheitshauptamts galt den örtlichen Polizeidienststellen und den mit der Vermögensverwaltung beauftragten Finanzbeamten als Rechtsgrundlage.

Die Anordnung selbst basierte auf zwei Rechtsakten: der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 und dem Gesetz über die Geheime Staatspolizei vom 10. Februar 1936.⁷ Als Sanktionen bei Mißachtung der Verbote und Weisungen wurden Freiheitsentzug oder Geldstrafen angedroht. Der Beschlagnahme unterlagen alle Objekte, die sich zur Zeit der Beschlußfassung des Reichssicherheitshauptamts im Besitz der Betroffenen befunden hatten. Was im einzelnen zu dem Vermögen gehörte und wo es zu finden war, stellte die Gestapo mit den ihr eigenen Methoden fest. Bei den Familien der Verschwörer halfen die Geständnisse der verhafteten und von der Polizei verhörten Personen weiter. Bemerkenswert ist, über wie genaue Daten die Gestapo verfügte. Sie kannte nicht nur die genaue Lage der Immobilien, sondern auch die Grundbucheinträge, die Namen und Adressen der Banken und ihrer Filialen, die Nummern der Konten und Depositen, Zahl und Art der bestehenden Versicherungen und die Nummern der Versicherungspolizen. Daß es der Gestapo in relativ kurzer Zeit gelang, diese detaillierten Informationen zu gewinnen, läßt sich nur durch eine intensive Zusammenarbeit mit den Finanzbehörden, Banken, Versicherungsgesellschaften, Wirtschaftsorganisationen und der Gebietsverwaltung erklären. Die befragten Stellen gaben unverzüglich, häufig telefonisch, Auskunft über den Vermögensstand. Den Geldinstituten wurden mit sofortiger Wirkung alle Auszahlungen von Konten der Verschwörer verboten. Die Verfügung über Geldmittel war nur in Ausnahmefällen möglich, denen ein höherer Beamter des Oberfinanzpräsidiums oder der Oberfinanzpräsident selbst zustimmen mußten.⁸

Die konkreten Sicherstellungsmaßnahmen setzten mit der Beschlußfassung des Reichssicherheitshauptamts oder sogar noch davor ein. Eine längere Zeitspanne bis zur Beschlagnahme verstrich nur in einem Fall – bei Peter Graf Yorck von Wartenburg –, weil auf Grund des letzten Wohnsitzes anfangs die Berliner Gestapo zuständig war, die sich für das in Niederschlesien gelegene Gut des Grafen zunächst nicht so sehr interessierte. Der Beschlagnahme unterlag das gesamte Vermögen des »Reichsfeindes« und seiner engsten Familie, soweit »Sippenhaft« gegen sie verhängt wurde. Dagegen wurden Werte und Güter, die anderen Familienmitgliedern gehörten, ausgesondert und den Besitzern zurückgegeben.⁹ Hierbei tauchten immer wieder Zweifel über den wahren Eigentümer auf, die bis zuletzt nicht ausgeräumt werden konnten. Insbesondere bei Immobilien erwies es sich oft als schwierig und in der kurzen Zeit manchmal als unmöglich, die Besitz-

verhältnisse eindeutig zu klären. Erhebliche Probleme ergaben sich speziell bei Miteigentum und Fideikommissen. Im Fall der Familie Yorck von Wartenburg war dies zum Beispiel offensichtlich.¹⁰ Bei den übrigen Landgütern waren die Eigentumsverhältnisse deutlicher. Kissling und Scholz-Babisch, die die einzigen Besitzer ihrer sichergestellten Rittergüter waren, verfügten außerdem über zahlreiche andere Vermögenswerte in Form von Aktien und Teilhaberschaften.¹¹

Die Beschlagnahme führte zur Ausweisung der bisherigen Bewohner oder Benutzer, zur Schließung der Räumlichkeiten und zum Verbot, sie zu betreten. Sie wurden samt dem Inventar der Verwaltung der zuständigen Finanzbehörden unterstellt. Im Wohnort durften die Familien in der Regel bleiben. Die bisherigen Gutsinspektoren wurden auf ihren Posten belassen. Nur im Fall des Ritterguts Bolkohof versuchte man, anstelle des Inspektors einen Treuhänder einzusetzen. Weder die Bewirtschaftungsart noch der Personalbestand der Güter unterlagen großen Veränderungen. Die Entscheidungen, die bisher der Billigung des Eigentümers oder seines Beauftragten bedurft hatten, waren nunmehr an die Erlaubnis oder Vollmacht eines Vertreters der Finanzverwaltung gebunden.

Beschlagnahme wurde alles, bis hin zu den kleinsten persönlichen Gebrauchsgegenständen. Die Anordnungen auf Herausgabe stießen in der Regel bei den Banken usw. auf keinen Widerstand.¹² Die Fortnahme der gesamten Habe – einschließlich persönlicher Dinge – war als Schikane gegen die Familien der am Attentat Beteiligten konzipiert, die die Verhaftungen und die »Sippenhaft« ergänzen sollte.¹³ Der Umstand, daß sich alle Familien um die Herausgabe der notwendigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs bemühten, zeigt, in welche kritische Situation sie gerieten.¹⁴ Die aus dem Arrest entlassene Witwe des Generals Stieff erreichte durch eine Eingabe an Himmler, daß die Beschlagnahme ihrer persönlichen Habe zurückgenommen wurde.¹⁵ Johanna Rathgens zeigte nicht geringen Mut, als sie persönlich im Reichssicherheitshauptamt in der Prinz-Albrecht-Straße in Berlin vorsprach, um die ihr persönlich und ihren Kindern gehörenden Dinge zurückzufordern. Nachdem sie dort nicht allzu viel erreicht hatte, wandte sie sich an den Oberfinanzpräsidenten, der sich freilich mit dem Hinweis auf das Fehlen eines entsprechenden Beschlusses der Zentralbehörden aus der Affäre zog.¹⁶ In einer äußerst schweren Lage befand sich auch die Familie Sadrosinski, die in Buchwald bei Hirschberg (Riesengebirge) wohnte. Ihrer Existenzgrundlage beraubt und, wie es scheint, ohne materielle Unterstützung seitens ihrer Familie, bemühte sich die Witwe des Oberstleutnants und Mutter von fünf Kindern erfolglos um Hilfe. Sie erreichte lediglich, daß ihr die notwendigsten Dinge leihweise zur Verfügung gestellt wurden.

Einen Teil des Familienvermögens versuchten die Angehörigen der At-

tentäter zu retten, indem sie gegenüber den Behörden erklärten, daß es sich hierbei um das Eigentum weiterer – von den Sanktionen nicht erfaßter – Familienmitglieder handele. Durch die Nachricht über die Beschlagnahme wurden auch die Gläubiger mobilisiert, insbesondere Banken und andere Kreditinstitute. Hypothekenbelastungen, Grund- und Bankschulden waren besonders bei den größeren Landgütern in Schlesien keine Seltenheit.¹⁷

Nach etwa zwei Monaten erlaubte das Reichssicherheitshauptamt, den persönlichen Besitz der Ehefrauen und Kinder aus dem beschlagnahmten Gesamteigentum auszusondern und ihnen zurückzugeben. Dies geschah im Lauf des November 1944, fand allerdings in keiner der Vorschriften einen Niederschlag. Die Beschlüsse des RSHA waren willkürlich. Ohne sich auf eine Rechtsnorm zu berufen, begründete es diese Entscheidungen unter anderem damit, daß sich die Anordnung der Vermögenskonfiskation ausschließlich auf den in das Attentat verwickelten Ehegatten bzw. Vater bezogen habe, daß die »Sippenhaft« bereits aufgehoben oder nicht angewandt worden sei oder daß es gegenwärtig an Beweisen für die Beteiligung des Familienoberhaupts am Mordanschlag auf den Führer fehle.¹⁸ Die Aussonderung und Herausgabe des Eigentums der Familienangehörigen engte lediglich den personalen und sachlichen Umfang der Beschlagnahme ein. An der rechtlichen Situation in bezug auf das Vermögen der Attentäter änderte sich nichts. Die erhaltenen Dokumente zeigen, daß es bis zuletzt in der Gewalt der Polizei blieb.

Zu erwähnen sind freilich noch die Versuche der NSDAP, die Entscheidung an sich zu ziehen. Ein Präzedenzfall war der Streit zwischen dem Gauleiter und Oberpräsidenten der Provinz Niederschlesien, Karl Hanke, und dem Himmler unterstellten Polizeiapparat um das Rittergut Bolkohof. Gauleiter Hanke wollte das Schloß zu seiner eigenen Verfügung übernehmen und entschied sich deshalb für die Einsetzung eines Treuhänders. Er scheiterte jedoch am Widerstand der Staatspolizei. Das Gericht in Trebnitz, das auf Empfehlung der örtlichen NSDAP-Führung den Treuhänder eingesetzt hatte, mußte diesen Beschluß annullieren. Außerdem zwang die Breslauer Gestapo den Landrat, seine entsprechende Weisung aufzuheben. Der Reichsführer SS Heinrich Himmler war an diesem Kompetenzstreit, der für Hanke ungünstig endete, in eigener Person beteiligt.¹⁹

Bis zum Zusammenbruch des Dritten Reichs wurden die gesetzlichen Grundlagen für den endgültigen Übergang des Vermögens in Staatsbesitz nicht geschaffen. Weder wurde die Grundbucheintragung geregelt noch in den Fällen, in denen es keinen Gerichtsbeschluß gab, das Problem der Enteignung gelöst. Am 13. November 1944 gaben der Reichsjustiz- und der Reichsfinanzminister einen gemeinsamen vertraulichen Runderlaß über die

»Verwaltung und Verwertung der anlässlich der Vorgänge des 20. Juli 1944 durch Urteil des Volksgerichtshofes eingezogenen Vermögen« heraus. Dieser Erlaß sanktionierte die bisherige Praxis und führte einige neue Details ein. Er bestätigte, daß die Oberfinanzpräsidenten für die Vermögen zuständig seien, die durch Gerichtsbeschluß dem Staat anheimgefallen waren. In allen Fällen, in denen es noch keinen entsprechenden Entscheid gab, sollte ihn der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof erwirken. Das Vermögen derjenigen an der Verschwörung beteiligten Personen, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen war, wurde der Verwaltung des Oberpräsidenten unterstellt, es sei denn, daß die Sicherheitspolizei schon die notwendigen Maßnahmen veranlaßt hatte. Landwirtschaftliche Flächen und Waldgebiete sollten zur Zuständigkeit der Landesregierungen bzw. der Reichsstatthalter gehören.

Bei der Aufteilung des Vermögens erhielt der Chef des Hauptamts SS-Gericht, Obergruppenführer Franz Breithaupt, Sondervollmachten. Zur Erfüllung seines »vom Führer erteilten Auftrages«, die Hinterbliebenen der Opfer des Attentats zu betreuen, konnte er die eingezogenen Vermögensgegenstände beanspruchen. »Vor einer anderweitigen Verwertung« war mit ihm »Führung zu nehmen«. ²⁰ Obwohl die Privilegierung einzelner Ressorts – z. B. der Finanzverwaltung – bei der Aufteilung der Beute nicht neu war, gibt die Bevorzugung der SS doch zu denken. In Schlesien, wo die Verschwörer ansässig waren, die uns hier besonders interessierten, wurde die Verwirklichung der Bestimmung schon bald durch den Einmarsch der Sowjetischen Armee verhindert.

Anmerkungen

¹ Staatsarchiv der Stadt und Wojewodschaft Wrocław in Wrocław (Breslau): Urząd Skarbowy Prowincji Dolno – Śląskiej (Finanzbehörde der Provinz Niederschlesien).

² Major Georg Konrad *Kissling*, geb. am 20. 7. 1893 in Breslau, Besitzer von Bolko-hof bei Trebnitz; Verbindungsoffizier der Attentäter im Wehrkreis XXI Posen. Nach dem mißlungenen Attentat beging er am 22. 7. 1944 Selbstmord. – Ehefrau: Alice, geb. von Printz, geb. am 11. 11. 1896, unmittelbar nach den Ereignissen vom Juli 1944 in Schutzhaft genommen. Kinder: Georg Konrad jr., geb. am 2. 4. 1920, Leutnant d. R., während des Attentats an der Front, aus der Wehrmacht entlassen; Dagmar, geb. am 14. 8. 1924, besuchte zur Zeit des Attentats die Landfrauenschule in Zobten (Schlesien).

Wessel Freiherr von *Freitag-Loringhoven*, geb. am 22. 11. 1899 in Groß-Born (Kurland), Oberst im Generalstab, Chef der Heereswesenabteilung im OKH. Beging am 26. 7. 1944 Selbstmord.

Dr. Michael M. A. W. Graf *Matuschka* geb. am 29. 9. 1888 in Schweidnitz, Regie-rungsdirektor. Zum Tode verurteilt und am 14. 9. 1944 hingerichtet. – Ehefrau: Pia, geb. Gräfin von Stillfried. Kinder: Mario, geb. am 27. 2. 1931 in Oppeln; Viktor, geb. am 22. 7. 1932 in Berlin; Michael, geb. am 20. 9. 1934 in Berlin; Elisa-beth, geb. am 16. 1. 1936 in Berlin.

Rolf Freiherr *von der Osten-Sacken*, geb. am 13. 5. 1904 in Goldingen (Kurland). Beging nach dem Attentat am 19. 8. 1944 Selbstmord. – Ehefrau: Ilse, geb. Sprenger, geb. am 14. 4. 1914 in Malitsch. Kinder: Alexander, geb. am 4. 9. 1938 in Chemnitz (Sachsen); Ilona, geb. am 30. 4. 1941 in Liegnitz.

Hellmuth *Stieff*, Generalmajor, geb. am 6. 6. 1901 in Deutsch-Eylau. Zentralfigur der Opposition in Militärkreisen. In der ersten Gruppe mit Feldmarschall v. Witzleben vor Gericht gestellt, zum Tode verurteilt und am 8. 8. 1944 hingerich-tet. – Ehefrau: Cäcilie, geb. Gaertner, geb. am 6. 3. 1902, zunächst in Schutzhaft, dann entlassen.

Joachim *Sadrosinski*, Oberstleutnant, geb. am 20. 9. 1907 in Tilsit. Offizier im Stabe Fromms. Am 21. 7. 1944 verhaftet und einen Monat später hingerichtet. – Ehefrau: Elfriede, geb. Hempel, geb. am 17. 11. 1911 in Kassel. Kinder: Gerhard, geb. am 16. 10. 1936 in Mühlhausen (Thüringen); Günther, geb. am 22. 5. 1938 in Berlin; Rainer, geb. am 22. 6. 1939 in Berlin; Harthmuth, geb. am 29. 1. 1942 in Schmiedeberg; Renate, geb. am 21. 9. 1943 in Schmiedeberg.

Karl-Ernst *Rathgens*, Oberstleutnant, geb. am 27. 8. 1908 in Lübeck, wohnhaft in Jannowitz bei Hirschberg, zum Tode verurteilt am 29. 8. 1944. – Ehefrau: Jo-hanna Helen, geb. von Cramon, geb. am 14. 1. 1918 in Mühnitz, Krs. Trebnitz. Kinder: Ingrid, geb. am 13. 12. 1941 in Breslau; Hans-Manfred, geb. am 12. 5. 1944 in Jannowitz.

Friedrich *Scholz-Babisch*, Rittmeister d. R., geb. am 10. 4. 1890 in Rohrau, Krs. Ohlau. Verbindungsoffizier der Opposition im Wehrkreis VIII Breslau. Beging Selbstmord. – Ehefrau: Christine, geb. Voelkel. Kinder: Sybille, geb. am 8. 12. 1926; Eleonore, geb. am 18. 5. 1937.

Peter Graf *Yorck von Wartenburg*, geb. am 13. 11. 1904 in Klein Öls, Krs. Ohlau, Leutnant d. R. und Oberregierungsrat. Zentralfigur der Opposition. In der ersten Gruppe zusammen mit Feldmarschall v. Witzleben und General Stieff abge-urteilt und am 8. 8. 1944 hingerichtet. – Ehefrau: Ellen Marion, geb. Winter, geb. am 18. 6. 1904 in Berlin, wohnhaft auf dem Gutshof Kauern, Krs. Ohlau.

Fritz *Thiele*, geb. am 14. 4. 1894 in Berlin-Steglitz, Generalleutnant, Stabschef der Wehrmachtnachrichtenverbindungen (WNV), Stellvertreter Fellgiebels, am 11. 8. 1944 verhaftet und am 21. 8. 1944 zum Tode verurteilt. Das Ehepaar hatte einen Teil seines beweglichen Besitzes aus Furcht vor Bombardierung von Berlin in eine Ortschaft bei Breslau transportieren lassen.

- ³ Gesetz über die Einziehung kommunistischen Vermögens, 26. Mai 1933, RGBl. I, S. 293; Gesetz über die Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens, 14. Juli 1933, RGBl. I, S. 479.
- ⁴ RGBl. I, S. 372 (§ 2).
- ⁵ Der Oberfinanzpräsident in Breslau sandte dem Gauleiter der NSDAP einen Antrag auf Erwerb der Villa und des Gartens des Grafen Matuschka mit folgendem Vermerk zurück: »Das vom Reichssicherheitshauptamt Berlin sichergestellte Vermögen des Grafen Michael Matuschka, Breslau, Skagerrakstr. 23 ist mir zur vorläufigen Verwaltung übergeben worden. Ich bin nicht ermächtigt, über das Vermögen zu verfügen oder es zu verwerten. Das Hausgrundstück Skagerrakstr. 23 steht deshalb zur Zeit nicht zum Verkauf.« Schreiben vom 29. 11. 1944.
- ⁶ Feststellung des Reichsinnenministeriums über die volks- und staatsfeindlichen Bestrebungen Kisslings vom November 1944; Schnellbrief des RSHA an die Staatspolizeileitstelle Breslau vom 29. 8. 1944 betr. Kissling; RSHA an Stapoleitstelle Kattowitz vom 19. 9. 1944 betr. Matuschka. Diese Dokumente auch für das Folgende.
- ⁷ RGBl. I 1933, S. 83; Preussische Gesetzessammlung 1936, S. 21.
- ⁸ Die Finanzverwaltung verfügte auf die Bitte von Johanna Rathgens hin, daß die fällige Wohnungsmiete und ein Arzthonorar aus dem gesperrten Gehaltskonto ihres Mannes bei der Dresdner Bank in Hirschberg bezahlt werden durften.
- ⁹ Die Freigabe des Besitzes der Witwe von General Stieff durch einen Erlaß des RSHA vom 8. 11. 1944 wich von der gängigen Praxis ab; sie war Ergebnis der persönlichen Bemühungen beim Reichsführer SS. Typisch verlief die Vermögensfreigabe dagegen bei der Familie des Grafen Matuschka. Sie wurde damit begründet, daß »Sippenhaft nicht verhängt« worden sei (Erlaß des RSHA vom 9. 11. 1944). Ähnlich lagen die Verhältnisse bei den Familien Kissling und Sadrosinski (Chef der Sicherheitspolizei an den Kommandeur der Sipo. in Breslau, 15. 11. 1944, bzw. Beschluß des RSHA vom 9. 11. 1944), etwas anders jedoch bei Marion Gräfin Yorck von Wartenburg, deren Vermögen nach der Entlassung aus der »Sippenhaft« freigegeben wurde (Erlaß des RSHA vom 11. 11. 1944). Bezüglich der Familie von der Osten-Sacken hieß es: »Da eine Beteiligung des Rolf Freiherr von der Osten-Sacken an den Ereignissen des 20. Juli 44 bisher nicht nachgewiesen werden konnte, wird gebeten, die Sicherstellung des Vermögens des von der Osten-Sacken und seiner Kinder aufzuheben (Erlaß des RSHA).«
- ¹⁰ Der Fideikommiß befand sich in Klein-Öls, Krs. Ohlau. Sein Besitzer war Heinrich Yorck von Wartenburg gewesen, der Vater Peters, verstorben im Jahr 1923. Er hatte den Fideikommiß testamentarisch an seinen Sohn Paul vermacht und ihm die Pflicht auferlegt, sich um das Vermögen seiner zahlreichen Geschwister – darunter auch das seines Bruders Peter – zu kümmern. Letzterer galt als Besitzer des Ritterguts Kauern, das eine Gesamtfläche von ca. 346 Hektar hatte. Während der Untersuchung wurde festgestellt, daß Peter Yorck von Wartenburg diesen Besitz durch Kauf erworben hatte, der allerdings noch nicht im Grundbuch eingetragen worden war. Obwohl der Besitzer des Fideikommisses lebte (er befand sich zu dieser Zeit in Schutzhaft), beschlagnahmte die Staatspolizei Kauern und stellte die dort befindlichen Objekte sicher.

- ¹¹ Kissling figurierte im Grundbuch als einziger Eigentümer des Ritterguts Bolko-
hof bei Trebnitz. Das Landgut mit einer Fläche von ca. 228 Hektar wurde gut
geführt und warf Gewinn ab. Es war auf die Produktion von Saatgut und den
Anbau von Zuckerrüben spezialisiert. Die Ehefrau, Alice Kissling, hatte
133 000 RM in das gemeinsame Vermögen eingebracht und am 15. 12. 1931 nota-
riell auf den Besitz des Mannes übertragen lassen. Kissling besaß außerdem An-
teile an der Konrad Kissling Kommanditgesellschaft in Breslau (13,24 % des Ge-
sellschaftskapitals), einer bereits seit 1835 bestehenden Aktiengesellschaft, in der
seine Mutter Johanna Kissling, geb. Huber, Hauptaktionärin war, ferner an der
Genossenschaftsbrennerei Sendnitz. Die Behörden konnten sich nicht zu einer
Delegierung der auf sie übergegangenen Vollmachten durchringen, und so
wurde der Gutsinspektor angewiesen, einen Teil der Interessen wahrzunehmen.
– Scholz-Babisch, als ausschließlicher Eigentümer des Ritterguts Rohrau mit
einer Fläche von ca. 225 Hektar und des Besitzes Zottwitz mit einer Fläche von
rund 100 Hektar hatte einen Anteil am Erbschultheißamt Breslau-Durgoy mit
der relativ kleinen Fläche von 32 a.
- ¹² Zu den wenigen Ausnahmen gehörte die Wiener Postsparkasse, die vor der
Überweisung des Geldes vom Konto der Christine Scholz-Babisch die Vorlage
des Konfiskationsentscheides und eine Legitimation mittels des Sparkassen-
buchs verlangte. Schreiben an das Oberfinanzpräsidium Breslau vom
5. 11. 1944.
- ¹³ In Hirschberg beschlagnahmte man am 18. 10. 1944 auf dem Bahnhof zwei Ki-
sten, in denen sich die persönliche Habe des hingerichteten Rathgens befand.
Die Kisten enthielten Uniformen, einen Rucksack, Schuhe, einen Militärgürtel,
einen Schlafsack, Unterwäsche, Zivilanzüge, Bücher und eine Armbanduhr. Sie
wurden von einem fliegenden Heereskommando requiriert. Die Bemühungen
der Familie um Herausgabe dieser Dinge blieben erfolglos.
- ¹⁴ Die Witwe von G. K. Kissling bat für ihren aus dem Heeresdienst entlassenen
Sohn um die Herausgabe folgender Gegenstände: Zivilanzug, Socken, warme
Hemden, persönliche Wäsche, Handschuhe und Mantel; für ihre Tochter: 1
schwarzes Kleid, Reste schwarzen Stoffes, 1 Unterrock, 1 Paar Schuhe, Ta-
schentücher und Handtasche; für sich selbst: Hemd, Kleid und Pyjama; für den
gemeinsamen Gebrauch: Handtuch, Bügeleisen, Teekessel und Hammer. Die
Gräfin Yorck von Wartenburg bat am 2. 12. 1944 um Schuhwerk und andere per-
sönliche Dinge, ferner um die Arznei, die ebenfalls sichergestellt worden war.
- ¹⁵ Schreiben vom 9. 10. 1944 an den Reichsführer SS und den Reichsinnenminister.
Erlaß des RSHA vom 8. 11. 1944. Der Oberfinanzpräsident in Breslau schickte
am 16. 12. 1944 einen Beamten mit der Weisung nach Mittelsteine, die Sachen
herauszugeben.
- ¹⁶ SS-Obersturmbannführer Königshaus teilte ihr im RSHA mit, daß es der Wille
des Reichsführers SS sei, den Witwen und Kindern das ihnen gehörende Eigen-
tum zurückzugeben. Gesuch an den Oberfinanzpräsidenten vom 21. 9. 1944.
- ¹⁷ So bemühte sich das traditionelle Kreditinstitut der schlesischen Gutsbesitzer,
das Bankhaus Eichhorn und Co., u. a. um die Rückzahlung von 40000 RM, die
es dem Gutsinspektor von Bolko-
hof kurz zuvor geliehen hatte. Ähnliche Bemü-
hungen gab es seitens der Deutschen Bank, der Dresdner Bank, der Provinzial-
versicherungsanstalt u. a.
- ¹⁸ Vgl. Anm. 9.
- ¹⁹ Kaltenbrunner hatte dem Gauleiter zunächst freie Hand gegeben. Mitglieder der
NSDAP requirierten daraufhin, was für sie von Interesse war (darunter 250 Fla-

schen Wein und Sekt), ohne dem Gutsinspektor hierfür eine Quittung zu hinterlassen. Dieser informierte die Gestapo über den Vorgang. Auf Weisung Hanks erließ der Landrat in Trebnitz am 3. 10. 1944 den Beschlagnahmeentscheid, das Amtsgericht setzte unmittelbar danach einen Treuhänder ein. Auf Grund des Widerstands der Polizei und des Oberfinanzpräsidenten, der in diesem Vorgang eine drastische Verletzung seiner Zuständigkeit erblickte, annullierte das Gericht seine frühere Entscheidung und erklärte sich im Urteil vom 18. 10. 1944 für unzuständig.

²⁰ Runderlaß des Reichsfinanz- und des Reichsjustizministers vom 13. 11. 1944.

Europa
und der Nationalsozialismus

Liechtenstein 1933–1945 Nationalsozialismus im Mikrokosmos

von Joseph Walk

Im Sommer 1978 hatte ich Gelegenheit, Einblick in das liechtensteinische Landesgesetzblatt (1933–1945), die Landtagsprotokolle (1929–1944) und die Zeitschriften »Liechtensteiner Heimatdienst« (1933–1935) und »Der Umbruch« (1940–1944) zu nehmen.¹ Der, wenn auch kurze, so doch aufschlußreiche Besuch in dem kleinen Liechtenstein (flächemäßig nur größer als Monaco und San Marino, aber von beiden an Einwohnerzahl übertroffen) überzeugte mich, daß auch »glückliche Völker ihre Geschichte haben«² und »daß sich im Kleinen das Größere spiegelt«.³ Je weiter ich mich in die politischen Ereignisse der Jahre 1933–1945 vertiefte, kam mir zum Bewußtsein, daß der Nationalsozialismus und der von ihm propagierte Antisemitismus auch in Liechtenstein eine Rolle spielten und damit die Möglichkeit gegeben ist, die Entwicklung der Bewegung gleichsam im Mikrokosmos zu verfolgen.

Der Staat Liechtenstein

Um die Bedeutung der nationalsozialistischen Strömung und des Widerstands gegen sie in Liechtenstein in den Jahren 1933 bis 1944 beurteilen zu können, müssen wir uns zunächst mit den geographischen, demographi-

schen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten des Staates zu Beginn der dreißiger Jahre vertraut machen. Das 157 qkm umfassende Land grenzt im Westen mit dem Rhein an den schweizerischen Kanton St. Gallen, im Süden an den schweizerischen Kanton Graubünden, im Norden und Osten an Österreich (Vorarlberg). Es entstand aus den Herrschaften Vaduz und Schellenberg, die 1719 zu einem reichsunmittelbaren Fürstentum des Hauses Liechtenstein erhoben wurden. Liechtenstein gehörte von 1806 bis 1814 zum Rheinbund, 1815 bis 1866 zum Deutschen Bund und blieb nach dessen Zerfall als selbständiger Zwergstaat zurück, der sich an Österreich anlehnte und mit dessen Kronland Vorarlberg ein gemeinsames Zoll- und Steuergebiet bildete. Nach dem Ersten Weltkrieg, in dem Liechtenstein seine Neutralität bewahrt hatte, schloß es sich in Wirtschaft und Verwaltung an die Schweiz an.

Liechtenstein ist bis auf den heutigen Tag eine konstitutionelle erbliche Monarchie. Vor 1918 gab es in dem Ländchen keine politischen Parteien. Nach der Niederlage Österreichs, die sich auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Fürstentums ungünstig auswirkte, brach auch in Liechtenstein eine – allerdings unblutige – Revolution aus, welche die schon vor Kriegsende von Rechtsanwalt Wilhelm Beck gegründete »Volkspartei« (VP) an die Macht brachte. Diese zwang der von der »Bürgerpartei« (BP) unterstützten fürstlichen Regierung eine neue, demokratische Verfassung auf (5. Oktober 1921). Gemäß dieser bis 1933 im wesentlichen unveränderten Verfassung übte der Fürst selbst die vollziehende Gewalt und die Gesetzgebung zusammen mit dem Landtag aus, der aus 15 in allgemeiner, direkter und geheimer Wahl für vier Jahre gewählten Abgeordneten bestand, wobei jeder eine der 15 Gemeinden des Landes vertrat. Wahlberechtigt und wählbar waren alle über 21 Jahre alten männlichen Staatsbürger. Volksbegehren und Volksentscheid – nach Schweizer Muster – waren vorgesehen. Die diplomatische und konsularische Vertretung erfolgte seit 1924 durch die Schweiz, mit der auch eine Zoll- und Postunion vereinbart wurde.

Die fürstliche Regierung setzte sich aus dem vom Fürsten auf Landtagsvorschlag ernannten Regierungschef, seinem Stellvertreter, zwei vom Landtag für vier Jahre gewählten Regierungsräten und deren Stellvertretern zusammen. Nach der langen Regierungszeit (1858–1929) des wegen seiner Wohltätigkeit und der Förderung von Wissenschaft und Kunst allseits beliebten Fürsten Johann II. (1840–1929), übernahm der Bruder des kinderlos verstorbenen Regenten, Franz I., die Herrschaft. Ihm folgte 1938 Franz Joseph II. Die Militärpflicht ruhte seit 1868, doch waren alle Männer bis zum 60. Lebensjahr im Notfall zur Landesverteidigung verpflichtet.

Nach der Volkszählung im Jahr 1930 belief sich die Bevölkerung auf 9948 Seelen, von denen sich 9681 zum Katholizismus (97,3 %) und 262 zum

protestantischen Glauben (2,6%) bekannten.⁴ Vier Einwohner trugen sich als konfessionslos ein. In ganz Liechtenstein gab es zu dieser Zeit einen einzigen »Israeliten«, der seit 1923 eingebürgert war. Von den 9948 Liechtensteinern gaben 9884 (99,49%) Deutsch, 34 (0,34%) Italienisch, je 8 (0,08%) Französisch und Romanisch sowie 14 (0,14%) andere Sprachen als ihre Muttersprache an. Von den verhältnismäßig vielen ausländischen Staatsangehörigen (1691 = 17%) waren 746 Österreicher, 301 Deutsche und 106 Italiener. Zwei Drittel der Bevölkerung wohnten in dem verhältnismäßig dicht besiedelten Oberland (davon etwa ein Viertel in der Hauptstadt Vaduz), die übrigen in dem dünn besiedelten Unterland. Hier ernährte sich die zumeist in Dörfern lebende Bevölkerung vorwiegend von der Landwirtschaft, während es im Oberland auch Industrie gab, insbesondere Textil- und Holzverarbeitende Fabriken. Fremdenverkehr und Briefmarkenverkauf spielen im Wirtschaftsleben des Ländchens eine große Rolle. Die Währung ist die der Schweiz, welche auch für Rechnung Liechtensteins den Post-, Telegraphen- und Telefondienst besorgt.

Die neue Verfassung von 1921 wurde von dem ersten Regierungschef liechtensteinischer Nationalität, Joseph Ospelt, unterzeichnet, der jedoch nur etwa ein Jahr im Amt blieb. Für die nächsten sieben Jahre, die man als die »sieben mageren Jahre« bezeichnen kann, trug Professor Rudolf Schädler die Verantwortung in einer von der Volkspartei getragenen Regierung. Schädler, der in der späteren politischen Entwicklung eine große Rolle spielt, konnte die Einführung der Schweizer Währung und den Abschluß der Zollunion mit der Schweiz als Erfolge für sich verbuchen, doch gelang es ihm nicht, der in jenen Jahren auftauchenden finanziellen Schwierigkeiten Herr zu werden. Nach einer katastrophalen Überschwemmung stand das Land Ende 1927 vor dem wirtschaftlichen Ruin. Zu diesem unverschuldeten Unglück kamen ein Sparkassenkrach und ein Landeslotterieskandal hinzu, an denen Mitglieder der volksparteilichen Regierung beteiligt waren. Der im März 1926 gewählte Landtag, in dem die Volkspartei noch über eine klare Mehrheit verfügte, mußte angesichts des Versagens der Regierung schon nach zwei Jahren aufgelöst werden.⁵

Die Neuwahlen brachten die Bürgerpartei ans Ruder. Regierungschef wurde Dr. Joseph Hoop, der dieses Amt vom 6. August 1928 bis zum 20. Juli 1945 innehatte. Zu seinem Stellvertreter wurde Dr. Ludwig Marxer gewählt, der sein Amt jedoch 1933 niederlegte. An seine Stelle trat Landtagspräsident Anton Frommelt, der nun beide Aufgaben – ein verfassungsrechtliches Novum – in Personalunion wahrnahm. Am 11. August 1928 nahm der sechsundsiebzigjährige Fürst Franz I. mit seiner Gemahlin, Fürstin Elsa, die Erbhuldigung entgegen. Für unser Thema ist es

von Bedeutung, daß die verwitwete Frau Elsa von Erös, geb. Guttmann, die der Fürst wenige Wochen vorher in Wien geheiratet hatte, eine Jüdin war.

Dem neuen Regenten bescheinigte die »Neue Zürcher Zeitung« vom 12. August 1929 »demokratisches Denken und besonderes diplomatisches Geschick«, charakterisierte ihn als »Freund des liechtensteinisch-schweizerischen Zollvertrags« und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er »vermittelnd und ausgleichend in die Politik seines Ländchens eingreifen« werde.⁶ Angesichts der Gegensätze zwischen der in erster Linie von österreichischer Seite gestützten Bürgerpartei und der zur Schweiz neigenden Volkspartei war der Wunsch der Zürcher Zeitung verständlich. Doch scheint der betagte Fürst sich im allgemeinen wenig in die inneren Verhältnisse des Landes eingemischt und die Verantwortung für die Politik dem Regierungschef überlassen zu haben. Dagegen mußte er, wie sich noch zeigen wird, nach 1933 sein »diplomatisches Geschick« in den Beziehungen zum Deutschen Reich unter Beweis stellen.

Großdeutsche und antijüdische Einstellungen

In seinem Kommentar zu den Landtagswahlen von 1926 schrieb der deutsche Generalkonsul in Zürich u. a.: Man »hört verschiedentlich, ausgehend von den deutsch-österreichischen Zusammenschlußbestrebungen, von einer großdeutschen Idee. So sehr wir als Deutsche ein großes und starkes Deutschland begrüßen, so erscheinen mir die Verkünder dieser Idee, der momentane Zeitpunkt und vor allen Dingen die ungeschickte Art wenig opportun zu sein.«⁷ An dieser vorsichtigen und zurückhaltenden Beurteilung großdeutscher Bestrebungen in Liechtenstein hielten deutsche Diplomaten auch später im wesentlichen fest.

Die Vertreter der »großdeutschen« Idee versuchten 1927, in der neugegründeten, zweimal wöchentlich erscheinenden Zeitschrift »Heimatland« für ihre Gedanken Propaganda zu machen. Das Blatt mußte bereits nach zwei Monaten sein Erscheinen einstellen (9. 4. 1927–11. 6. 1927), ein Beweis, daß der »momentane Zeitpunkt« tatsächlich »wenig opportun« war.

Von einer Judenfrage konnte in einem Land, daß nur einen »Israeliten« zu seinen Bürgern zählte, keine Rede sein. Doch finden sich im »Heimatland« bereits einzelne antisemitisch gefärbte Nachrichten, wie z. B. die Meldung, daß (Dr.) Stanislaus Goldstein, früher Zahnarzt in Delsberg, wegen Titelschwindels vom Sanitätsdirektor der Stadt Bern angeklagt worden sei. Etwa einen Monat später brachte die Zeitung in großer Aufmachung

Einzelheiten über den »Judenprozeß Henry Fords«, dessen antisemitische Äußerungen in jenen Tagen die amerikanischen Juden auf den Plan riefen.⁸ Darüber hinaus beschäftigte sich das bedeutungslos bleibende Blatt aber weder mit Juden noch mit der Judenfrage.

Eine von antisemitischen Vorurteilen beeinflusste Debatte spielte sich 1929 im liechtensteinischen Landtag ab. Schweizer Juden, die das bereits 1893 erlassene Schächtverbot ihres Landes umgehen wollten, hatten bei der Gemeinde Schaan um eine Konzession zur Errichtung einer Schächtereie gemäß den jüdischen rituellen Vorschriften nachgesucht. Dieser Antrag veranlaßte den früheren Regierungschef Rudolf Schädler, eine »Initiative auf Einführung eines Schächtverbots« einzuleiten, die am 22. April 1929 im Landtag behandelt wurde.⁹ Regierungschef Hoop sprach sich im Namen der Regierung gegen die Initiative aus, ohne eine eindeutige Position zu dem eigentlichen Problem des rituellen Schächtens zu beziehen.

In der zeitweise recht heftigen Debatte, die die Parteilinien durchkreuzte, wurden die üblichen Argumente, darunter auch kirchliche Urteile für und wider das Schächten angeführt, ein Beweis für die autoritative Stellung der Geistlichkeit im katholischen Liechtenstein. Der Landtag verwarf schließlich die Initiative mit 11 gegen 4 Stimmen »aus liechtensteinischen, innerpolitischen Gründen und mit Rücksicht auf die Schweiz«.¹⁰ Die Initiative wurde in späteren Jahren nicht wieder aufgenommen, obwohl es nicht an Versuchen fehlte, die Schächtfrage erneut in der Öffentlichkeit zu behandeln. Die erbetene Konzession wurde jedoch nicht erteilt.

Konflikte um die Einbürgerung deutscher Emigranten

Die Geschichte Europas in den Jahren 1933 bis 1945 steht weitgehend im Zeichen des Auf- und Abstiegs des Dritten Reichs. Wenn diese Feststellung für die großen europäischen Staaten allgemein und insbesondere für Deutschlands Nachbarstaaten zutrifft, um wieviel mehr war der Kleinstaat Liechtenstein von den politischen Erfolgen und Niederlagen Deutschlands abhängig. Das Aufleben der großdeutschen Idee, die Gründung einer volksdeutschen, nationalsozialistischen Bewegung, der wachsende Antisemitismus – all diese Erscheinungen in dem seine Neutralität bewahrenden Fürstentum sind nur auf dem Hintergrund der Geschichte Hitlerdeutschlands zu verstehen.

Am 13. November 1932 hatte der Berliner »Lokalanzeiger« einen »Unsere Liechtensteiner« überschriebenen Artikel von Friedrich Hussong veröffentlicht, in dem die Handhabung der Einbürgerungen und der Gesell-

schaftsgründungen in dem Fürstentum heftig angegriffen wurde.¹¹ Regierungschef Hoop protestierte beim Deutschen Konsulat und veranlaßte einen in Vaduz wohnenden deutschen Staatsangehörigen, in einem »offenen Schreiben« an den »Lokalanzeiger« den Anklagen entgegenzutreten. Unter Hinweis auf den Rechenschaftsbericht der fürstlich-liechtensteinischen Regierung für die Jahre 1928 bis 1931, nach dem 36 Reichsdeutschen die Einbürgerung gewährt worden war, ohne sie von einer vorherigen oder künftigen Wohnsitznahme im Fürstentum abhängig zu machen, hielt die deutsche Regierung den Vorwurf der Begünstigung von Steuerflüchtlingen jedoch aufrecht. In der Tat hatte die Landesregierung allein 1931 aus den Einbürgerungstaxen 139 311 Schweizer Franken eingenommen; dazu kamen die Erträge der Gemeinden aus dieser Quelle von bis zu 50000 Schweizer Franken. Das Auswärtige Amt wiederholte daher in einem Schreiben vom 6. Februar 1933 an das Reichsfinanzministerium die Beschuldigung der »Begünstigung von Steuerflüchtlingen«, insbesondere aus Deutschland. Zum Beweis legte es Drucksachen bei, in denen »unverblümt Steuerhinterziehungspropaganda« getrieben wurde, und befürwortete eine weitere »Beleuchtung der [liechtensteinischen] Verhältnisse« durch die deutsche Presse.

Wie hoch die Zahl der Juden unter den bis 1931 eingebürgerten Reichsdeutschen war, konnte ich nicht ermitteln. Soviel steht fest, daß die beiden Berliner Theaterdirektoren Alfred und Fritz Schaie, genannt Rotter, im Herbst 1931 das Bürgerrecht der Gemeinde Mauren und damit die liechtensteinische Staatsangehörigkeit erwarben. Anfang 1933 flüchteten die Brüder, gegen die in Deutschland ein Verfahren wegen Konkursverbrechens schwebte, nach Vaduz.¹² Es versteht sich von selbst, daß der Rotter-skandal von der nationalsozialistischen Presse für antisemitische Angriffe ausgebeutet wurde. Die Vorwürfe der deutschen Staatsführung veranlaßten Regierungschef Hoop, um eine Aussprache über alle Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern zu bitten. Bevor es dazu kam, nahm die Rotteraffäre jedoch eine überraschende Wende.¹³

In der Nacht zum 6. April 1933 wurden die Brüder Schaie-Rotter und Gertrud Schaie, die Frau von Alfred, von vier deutschen Reichsangehörigen aus Konstanz, die von dem liechtensteinischen Studenten Theodor Graetz gedungen worden waren, überfallen und mit Hilfe von weiteren Liechtensteinern entführt. Vermutlich bei einem Fluchtversuch verunglückten Alfred und Gertrud Rotter tödlich, während Fritz in die Schweiz entkommen konnte. Die Täter wurden auf österreichischem Boden gefaßt und in Feldkirch festgehalten. Nach Rücksprache mit dem Reichskanzler (!) beschloß das deutsche Außenministerium, gegen die eventuelle Auslieferung der Attentäter an Liechtenstein Einspruch zu erheben und die Straf-

verfolgung der deutschen Staatsangehörigen zu beanspruchen. Auch die liechtensteinischen Behörden beeilten sich, die Hauptschuld den eigenen Staatsangehörigen zuzuschieben und zu betonen, daß es sich nicht »etwa um einen von nationalsozialistischer Seite ausgegangenen Anschlag politischen Charakters« gehandelt habe. Das Auswärtige Amt sprach seinerseits sein Bedauern darüber aus, »daß deutsche Reichsangehörige in die Angelegenheit verwickelt« waren. Die an der Entführung beteiligten deutschen Nationalsozialisten gingen wahrscheinlich straffrei aus. Die liechtensteinischen Anstifter wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt, jedoch vorzeitig begnadigt. Anscheinend hatte die Regierung des Fürstentums dem Druck der öffentlichen Meinung nachgegeben, die – von der »liechtensteinischen Erneuerungsbewegung« beeinflusst, aus deren Mitte die Attentäter hervorgegangen waren – das »Bravourstück« der »prächtigen Leute« gegen die »Schwerverbrecher« und »Schänder der Heimat« im Grunde billigte. Mit der kurzfristigen Haft war nach Meinung dieser Kreise »der Justiz Genüge getan« und die »Rotteraffäre« beendet, was sie jedoch nicht hinderte, auch später die beiden Brüder als Beispiel »internationaler Dekadenz« zu nennen.¹⁴

Die Entführung der Gebrüder Rotter hatte paradoxerweise vorübergehend eine Beruhigung der Beziehungen zwischen Deutschland und Liechtenstein zur Folge. Aber schon einen Monat nach dem Attentat erneuerte die deutsche Presse ihre Angriffe auf die liechtensteinische Einbürgerungspolitik. Die fürstliche Regierung schlug daher zur »Fortdauer und Festigung der deutsch-liechtensteinischen Beziehungen« Gespräche vor, die – nach gründlichen Vorbereitungen der deutschen Seite – am 6. Oktober 1933 in Berlin stattfanden. »Mißverständnisse« zwischen den beiden Staaten wurden ausgeräumt, da die liechtensteinische Regierung erklärte, »daß sie seit einigen Tagen Einbürgerungen fremder Staatsangehöriger nicht mehr vornehme und im übrigen im Begriffe stehe, ihre Gesetzgebung über den Erwerb der Staatsangehörigkeit zu ändern, wobei ein mehrjähriger Aufenthalt im Fürstentum zur Voraussetzung für die Einbürgerung gemacht werden solle«.¹⁵ Diese Verpflichtung erfüllte sie Anfang Januar 1934 mit der Veröffentlichung des »Gesetzes über den Erwerb und Verlust des Landesbürgerrechtes«,¹⁶ das der Landtag am 14. November 1933 angenommen hatte. Damit war der Einbürgerung von jüdischen Emigranten aus Deutschland ein Riegel vorgeschoben.

Der Liechtensteiner Heimatdienst (LHD)

Zur Zeit, da die Verhandlungen zwischen Liechtenstein und Deutschland zu einer Beruhigung der außenpolitischen Lage des Fürstentums führten, trat innerhalb des Landes ein neuer Faktor an die Öffentlichkeit, der die stabil erscheinende innenpolitische Konstellation zu verändern suchte. Am 14. Oktober 1933 erschien die erste Nummer der Zeitschrift »Liechtensteiner Heimatdienst. Stimme der heimischen Wirtschaft«, die in den nächsten zwei Jahren als Organ der gleichnamigen Bewegung dem »Parteiensystem« den Kampf ansagte. Ihre wesentlichsten Forderungen kommen in zwei grundsätzlichen Aufsätzen von Rechtsanwalt Dr. Alois Vogt und Dr. med. Otto Schädler zum Ausdruck.¹⁷ An die Stelle des »Parteienstaates« sollte der nach dem Muster eines »Ständestaats« aufgebaute, parteilose »Volksstaat« treten. Der von der Bürgerpartei beherrschte Landtag sollte durch eine in direkter Wahl zusammengesetzte Volksvertretung ersetzt werden (mit sechs Abgeordneten des Unterlandes und neun des Oberlandes). Um nicht in den Verdacht faschistischer oder gar nationalsozialistischer Umtriebe zu kommen, betonte der »Liechtensteiner Heimatdienst« (LHD), daß die propagierte Neuordnung »ohne den Umweg der Diktatur« zu erreichen sei, und wurde nicht müde, seine Treue zum Fürsten als dem über den Parteien stehenden Oberhaupt des Landes zu beschwören.¹⁸ Der Heimatdienst bemühte sich, die Unabhängigkeit der »Bewegung« durch eine vorsichtig abwägende und abwartende Haltung in dem Konflikt zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem um seine Selbständigkeit kämpfenden Österreich unter Beweis zu stellen. Um den von der streng katholischen Regierungspartei gegen den LHD erhobenen Vorwurf eines »Neuheidentums« zu entkräften, stützte sich der Heimatdienst auf die Enzyklika des Papstes zu wirtschaftspolitischen Fragen, ergriff im Spanischen Bürgerkrieg für Franco Partei und hob den Schutz der katholischen Kirche im nationalsozialistischen Deutschland hervor. Die völlig einseitige, gegen die Linke gerichtete Berichterstattung über die politische Entwicklung in Frankreich zeigte, wie unhaltbar die Behauptung der Gegner war, der LHD sei »marxistisch unterwandert«. Die negative Einstellung zu den USA und die offensichtliche Mißachtung des Völkerbundes stellen den LHD in eine Reihe mit zeitgenössischen »ständischen«, nationalistischen Strömungen in Europa, deren Auftreten und Erfolge er mit Interesse und Sympathie verfolgte. Die Affinität zu ähnlichen Gruppen in der Schweiz ist unverkennbar und wird durch die gegenseitige propagandistische Unterstützung bestätigt.¹⁹

Die »Liechtensteiner Erneuerungsbewegung«, wie der Heimatdienst in einem vertraulichen Bericht des deutschen Regierungsassessors Walter

Reusch genannt wurde, war schon in den Jahren 1931/1932 entstanden, wurde aber in der breiten Öffentlichkeit erst im Frühjahr 1933 durch die »Rotterabschaffung« (sic!) bekannt.²⁰ Sie verstand es zweifellos, die in den dreißiger Jahren herrschende wirtschaftliche Depression, der auch Liechtenstein nicht entging, geschickt auszunutzen, indem sie die Schuld an den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Bürgerparteiregierung in die Schuhe schob. Die demagogische Propaganda des Heimatdienstes zielte von Anfang an vor allem auf die von der Wirtschaftskrise besonders schwer betroffenen Bevölkerungsgruppen: die kleinen Kaufleute und Gewerbetreibenden im Oberland und die Bauern im Unterland.²¹ Sein Hauptaugenmerk richtete er – auch hier dem Beispiel ähnlicher Bewegungen folgend – auf die Jugend, die er durch die Bildung von »Sturmtrupps« anzuziehen suchte.²² Damit stellte sich der LHD in bewußten Gegensatz zu der von der Mehrheitspartei beherrschten Pfadfinderbewegung des Landes, die sich der besonderen Gunst des Fürstenhauses erfreute. Ein Versuch, den Thronfolger Franz Josef für sich zu gewinnen und gegen die Regierung auszuspielen, scheiterte an dem entschiedenen Widerspruch des Fürsten.

Dieser mißlungene Versuch, das Fürstenhaus zu entzweien und den jungen Prinzen gegen seinen kinderlosen, über achtzigjährigen Onkel auszuspielen, stand im Zusammenhang mit einer großangelegten Demonstration vor dem Regierungsgebäude in Vaduz, die der LHD zum 9. Dezember 1934 einberufen hatte. Auf dieser von etwa 160 Personen besuchten Kundgebung forderten die Führer der Bewegung den sofortigen Rücktritt der Regierung und des Landtags. Die Kundgebung sollte den Höhepunkt der örtlichen Veranstaltungen darstellen, die unter dem Motto »Der Heimatdienst marschiert« seit Dezember 1933 stattgefunden hatten, verlief aber im Sande. Die Regierung, deren Anhänger schon vorher mit den ihnen zur Verfügung stehenden Machtmitteln der aufkommenden Bewegung Hindernisse in den Weg gelegt hatten, beantwortete die Herausforderung am 11. Dezember 1934 mit einer Verordnung über die Abhaltung von Kundgebungen unter freiem Himmel. Nachdem bereits drei Monate vorher das Tragen von Uniformen untersagt worden war, eine Verfügung, die sich ganz offensichtlich gegen die Jugendgruppen des LHD richtete, sah sich dieser vorübergehend in die Defensive gedrängt.²³

Mit Gegenmaßnahmen allein konnte sich die Regierung aber angesichts der wachsenden Unruhe und Unzufriedenheit nicht mehr begnügen. Anfang 1935 setzten vom LHD mit Argwohn verfolgte Verhandlungen zwischen der Bürgerpartei und der Volkspartei ein, die aber ergebnislos verliefen, da die Regierung zu nennenswerten Zugeständnissen nicht bereit war. Die von der Opposition mit Recht erhobene Forderung nach einer ihrer wahren Stärke entsprechenden Vertretung im Landtag und angemessener

Beteiligung an der Regierung blieb unerfüllt. Gemeindewahlen im Februar des Jahres wiesen unzweideutig einen Rückgang der für die Kandidaten der Bürgerpartei abgegebenen Stimmen auf. Trotz dieser Niederlage bestätigte der von ihr beherrschte Landtag (13 von 15 Abgeordneten) einen Monat später den Vorsitzenden der BP, Anton Frommelt, in seinem Amt als Landtagspräsident.²⁴ Der LHD hatte keine eigenen Kandidaten für die Gemeindewahlen aufgestellt und entsprechend seiner Ablehnung des herrschenden Wahlsystems prinzipiell Stimmenthaltung empfohlen. Im geheimen dürfte er in manchen Gemeinden seinen Anhängern empfohlen haben, die Kandidaten der Volksparteilichen Opposition zu unterstützen. Damit hatte der LHD eine mehr oder weniger pragmatische Stellung bezogen. Die veränderte, realistische Beurteilung der Kräfteverhältnisse führte zu einer weiteren Annäherung an die VP, die ihren politischen Ausdruck in einer gemeinsamen Initiative zur Abänderung des Wahlrechts fand.²⁵ Die »Nationale Opposition«, wie sie sich jetzt nannte, konnte schon beim ersten Anlauf gewisse Erfolge für sich verbuchen, als sie in kurzer Zeit die für ein Volksbegehren erforderliche Stimmzahl erreichte und schließlich überschritt. Dessen ungeachtet lehnte der Landtag die Initiative fast einstimmig ab (mit zwölf Stimmen gegen eine bei zwei Stimmenthaltungen).²⁶ Die Volksabstimmung von Ende Mai 1935 brachte der Regierung einen Pyrrhussieg, der einer moralischen Niederlage gleichkam, wie aus der Übersicht über das Ergebnis auf der folgenden Seite hervorgeht.

Eine unvoreingenommene Analyse der Abstimmungsergebnisse läßt einige für die politischen Verhältnisse Liechtensteins typische Erscheinungen erkennen. Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß nur Männer stimmberechtigt waren, erscheint die Wahlbeteiligung gering, ganz besonders in den größeren Orten wie Vaduz und Schaan, die allerdings eine verhältnismäßig große Zahl von ausländischen Einwohnern aufwiesen. Die Vermutung liegt nahe, daß die Bewohner der kleineren Orte unter stärkerem Druck der dortigen Gemeindegewaltigen standen, dem sie sich nicht leicht entziehen konnten. Diese Annahme führt zu dem weiteren Schluß, daß der von dem LHD erhobene Vorwurf gegen Gemeindevorsteher und Ortsgeistliche im bäuerlichen Unterland, sie hätten die Bevölkerung mit unlauteren Mitteln beeinflußt, nicht aus der Luft gegriffen war. Das auffallendste Ergebnis des Volksbegehrens ist zweifellos der Erfolg der Opposition im dichtbesiedelten Oberland, insbesondere die von ihr erzielte Majorität in Triesenberg, Balzers und Triesen sowie die ungefähre Stimmgleichheit in der Hauptstadt Vaduz. Die Bürgerpartei konnte ihre vorherrschende Position nur im dünnbesiedelten bäuerlichen Unterland behaupten und sich allein auf diese Weise ihre Mehrheit im ganzen Land sichern. Wenn das Resultat auf Landtagswahlen übertragen wird, hätte die Regierungspartei

Ergebnis der Volksabstimmung über die Änderung des Wahlrechts, 1935²⁷

Oberland

Ort	Ja	%	Nein	%	Leer	%
Vaduz	164	49,4	166	50,0	2	0,6
Balzers	218	58,9	152	41,1	0	–
Triesen	158	54,6	126	43,5	6	1,9
Triesenberg	202	64,8	104	33,3	6	1,9
Schaan	149	42,5	202	57,5	0	–
Planken	4	14,3	23	82,1	1	3,6
Oberland insgesamt	895	53,2	773	45,9	15	0,9

Unterland

Ort	Ja	%	Nein	%
Eschen	99	39,0	155	61,0
Mauren	61	25,0	187	75,0
Gamprin	36	37,5	60	62,5
Ruggell	64	41,8	93	59,2
Schellenberg	27	34,6	51	65,4
Unterland insgesamt	287	34,5	546	65,5

nach der Einführung des von der »Nationalen Opposition« angestrebten »Proporzsystems« mit insgesamt 1319 Stimmen (52,7%) nur noch acht Mandate (statt bisher 13), die Opposition mit 1182 Stimmen (47,3%) aber sieben (bisher zwei) Mandate errungen. Auf die Drohung, die der Regierungschef – nach Angabe des LHD – vor den Wahlen ausgestoßen hatte: »Wir werden abrechnen mit den hergelaufenen Burschen vom LHD und [von] der VP«, erwiderte der Liechtensteiner Heimatdienst jetzt ironisch: »Wir warten auf Abrechnung, Herr Regierungschef Hoop«, und versprach dem Gegner und den eigenen Parteigängern: »Der Kampf geht weiter!«²⁸

In Wirklichkeit trat eine »Kampfpause« ein, da anscheinend beide Seiten nach der mit großem Kraftaufwand und nicht unerheblichen Geldmitteln geführten Wahlkampagne erschöpft waren. Der LHD zog die Konsequenz aus der gemeinsam geführten Aktion und schloß sich am 20. Juli 1935 offiziell mit der Volkspartei zu einer »Nationalen Arbeitsgemeinschaft« zusammen, an deren Spitze Schädler (LHD), Ritter und Vogt (VP) traten.²⁹ Als in der zweiten Jahreshälfte wieder aufgenommene »Friedensverhandlungen« mit der Regierungspartei zu keinem positiven Ergebnis führten,

löste sich der LHD auf, stellte das Erscheinen seiner Zeitschrift ein und verkündete, zusammen mit der Volkspartei, die Errichtung der »Vaterländischen Union«. ³⁰ Mit diesem Schritt ordnete sich die »Bewegung« in das politische Gefüge des gehaßten »Parteienstaates« ein.

Der Heimatdienst und das nationalsozialistische Deutschland

Dem ausländischen Beobachter dieser Entwicklung, insbesondere auch dem deutschen Zeitgenossen – soweit er überhaupt von den Vorgängen in dem kleinen Liechtenstein Kenntnis nahm –, hätte der Umweg zur Macht über das Parteiensystem den Werdegang des Nationalsozialismus in Erinnerung bringen können. Auch die nationalsozialistische Bewegung hatte sich mit dem Parlamentarismus der Weimarer Republik abgefunden, war aus vielen Wahlkämpfen siegreich hervorgegangen und damit anstelle der alten Parteien »legal« zur Macht gelangt. An der positiven Einstellung der Liechtensteiner Erneuerungsbewegung zum »Neuen Deutschland« war nicht zu zweifeln. Ihr Kampfblatt »Liechtensteiner Heimatdienst« hatte von Anfang an seine deutschfreundliche Haltung bewiesen und im Juni 1934 sogar die ihr an sich wesensverwandten Thesen von Papens aus seiner Marburger Rede mit Vorbehalt wiedergegeben. Die im selben Monat von der nationalsozialistischen Führung verübten Morde an Röhm, seinen Anhängern und an politischen Gegnern, die selbst treue Parteimitglieder stützig machten, wurden vom »Heimatdienst« als »moralischer Säuberungsprozeß« hingestellt. ³¹

Darüber hinaus übernahm der LHD bewußt Losungen, wie »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«, ahmte den Hitlergruß nach, die Melodie des Parteiliedes war mit der des Horst-Wessel-Liedes identisch, und seine Gründer ließen sich als die Führer der Bewegung feiern. ³² Im ganzen war der Heimatdienst, der in jeder Nummer die Fortschritte des nationalsozialistischen Deutschland hervorhob, einer »auslandsdeutschen« Zeitung zum Verwechseln ähnlich. Dem entsprach die laufende monatliche »Beihilfe« von RM 200, welche das deutsche Propagandaministerium »der Pressearbeit der Liechtensteiner Erneuerungsbewegung« bewilligte. ³³

Nun waren es aber gerade die in Liechtenstein lebenden deutschen Staatsangehörigen, vor allem die dortige Untergliederung der Auslandsorganisation der NSDAP, die von einer finanziellen Unterstützung des LHD abrieten, um nicht ihre guten Beziehungen zur Regierung des Fürstentums zu gefährden. Auch deutsche staatliche Stellen und die Presse erlegten sich eine auffallende Zurückhaltung gegenüber der nicht eben deutschfreundli-

chen Bürgerpartei auf und zogen es vor, die Verbindung zum LHD unter strikter Geheimhaltung durch persönliche Beziehungen zu dessen führenden Männern zu pflegen. Die Landesleiter des Heimatdienstes sahen sich deshalb im Kampf gegen ihre Regierung allein gelassen und beschwerten sich über die »erstaunliche Instinktlosigkeit« der reichsdeutschen Seite, welche die »nationale Erneuerungsbewegung verharmlose oder gar lächerlich« mache.³⁴

Die nahezu abweisende Haltung der zuständigen deutschen Regierungsämter beruhte vor allem auf einer nüchternen, wirklichkeitsnahen Beurteilung der wahren Stärke (oder Schwäche) der »gesamtdeutschen« Bewegung in Liechtenstein. Die dort lebenden Reichsdeutschen und die von ihnen unterrichteten Beamten des deutschen Generalkonsulats in Zürich sahen die weitreichenden Hoffnungen des LHD nach der Volksabstimmung als übertrieben an. Selbst unter der Voraussetzung, daß sich Außenstehende im Fall von Wahlen dem Heimatdienst anschließen würden – was bei der Initiative zweifellos der Fall gewesen war –, schätzten diese Kreise die Zahl der LHD-Wähler auf nur 20%. Ihrer Meinung nach verfügte die Bewegung über höchstens 300 Mitglieder (davon 200 in der Jungmännerorganisation) und ihr Parteiorgan über 700 Abonnenten. In den Augen der Deutschen lag das Hauptverdienst des LHD in seiner Hilfe für flüchtige Nationalsozialisten aus Österreich, ein Beweis dafür, daß der Heimatdienst im Lauf des Jahres 1935 seine anfänglich neutrale Stellung im deutsch-österreichischen Konflikt aufgab.³⁵ Trotz dieser unverkennbaren Hinwendung zum großdeutschen Gedanken fanden die deutschen Berichtersteller nur »gewisse Berührungspunkte, die aber keineswegs grundlegender Natur sind, mit dem Nationalsozialismus« und charakterisierten die Bewegung »im allgemeinen ... als faschistisch«. Als Beweis diente insbesondere die Forderung nach Errichtung eines Ständestaates, die u. a. mit kirchlich-katholischen Glaubenslehren unterbaut wurde. Ein weiteres, schwerwiegendes Moment für die zurückhaltende Beurteilung des LHD durch deutsche offizielle Stellen war die Beobachtung, daß bei ihm »Rassenfragen keine besondere Rolle« spielten.³⁶

Mit dieser Behauptung tat man dem LHD, der zu eben dieser Zeit erklärt hatte: »Wir sind grundsätzlich Antisemiten«,³⁷ zweifellos unrecht, lag doch »die Judengegnerschaft« nach Meinung des Heimatdienstes »im natürlichen Empfinden unseres [des liechtensteinischen] Volkes«. ³⁸ Die Juden seien der »Erbfeind«, auch nach Ansicht der Kirche, wie der LHD der katholischen Bevölkerung nachzuweisen suchte. Liberal eingestellte Politiker wurden als »Judenfreunde« angeprangert. Mit unverhohlener Schadenfreude berichtete das Parteiorgan von Ausschreitungen gegen Juden in Osteuropa, die angeblich von den Angegriffenen provoziert worden waren.

Daß alle von Juden bewohnten Länder unter der »Vorherrschaft des Judentums« zu leiden hätten, wurde als selbstverständlich vorausgesetzt. Deutschland allein hatte die Gefahr erkannt und sollte Liechtenstein als Vorbild dienen, wo die Judenfrage ebenfalls aktuell zu werden drohe. Darum begrüßte der Heimatdienst die »Nürnberger Gesetze« vom 15. September 1935 als Grundlage der notwendigen Rassentrennung, wies aber gleichzeitig auf die »Gefahr der Überschwemmung« des eigenen Landes durch jüdische Emigranten als Folge der verschärften Judenpolitik im Dritten Reich hin.³⁹

Was diesen Punkt anbelangt, wurde dem LHD auch von deutscher Seite bescheinigt, daß er »die Aufnahme und Einbürgerung von zweifelhaften Juden« bekämpfe.⁴⁰ In Wirklichkeit war dem Heimatdienst jeder jüdische Emigrant »zweifelhaft«, und er war lediglich bereit, »ansässige und eingeborene Juden« gelten zu lassen, die es in Liechtenstein nur vereinzelt gab. Da in einem Kleinstaat wie Liechtenstein Fremde auffielen und die Verhandlungen über ihre Aufnahme in die Ortsgemeinden sofort publik wurden, konnte der LHD jedes Einbürgerungsgesuch argwöhnisch verfolgen. Sein Einfluß auf die Flüchtlingspolitik der Regierung scheint allerdings äußerst gering gewesen zu sein. Denn immerhin hielten sich Mitte 1935 etwa 70 jüdische Emigranten in Liechtenstein auf (0,7%),⁴¹ ein Prozentsatz, der der Aufnahmequote jüdischer Flüchtlinge in der Schweiz entsprach und höher lag als der Anteil der noch in Deutschland lebenden Juden an der dortigen Bevölkerung.⁴² Nachdem der LHD also die zumindest zeitweilige Niederlassung von Juden nicht hatte verhindern können, versuchte er, diese »Palästinastämmlinge« und »mauschelnden Juden« verächtlich zu machen, gab ihnen zu verstehen, daß sie in Liechtenstein »nichts verloren« hätten und man sich »über jeden Juden« freue, dem »es anderswo besser geht als in Liechtenstein«. Daher konnte jeder »Auswanderungslustige« der Sympathie des LHD sicher sein, der nur eins bedauerte, daß »der deutsche Rhein und kein Rotes Meer in der Nähe« sei, um den »Transitverkehr nach Jerusalem« zu erleichtern.⁴³ Zugleich aber behauptete der LHD, daß in Palästina kein Platz mehr sei, und sprach sich gegen die Besiedlung des Landes durch die Juden aus, auch hierin getreulich der doppelzüngigen Politik des Deutschen Reiches folgend.

Für wie bedrohlich die »nationale Erneuerungsbewegung Liechtensteins« den Zustrom von »Juden-Emigranten« für die innere und äußere Politik des Landes und für die Interessen Deutschlands hielt, geht aus ihrer geheimen Korrespondenz mit dem Auswärtigen Amt in Berlin hervor.⁴⁴ Am 27. Juni 1934 erhielt es die vertrauliche Mitteilung, daß ein gewisser Dr. Charles Bresin, deutsch-jüdischer Emigrant, zur Zeit Kommissar beim Flüchtlingskomitee des Völkerbundes, mit der liechtensteinischen Regie-

zung über eine groß angelegte »Jüdische Flüchtlingsniederlassung« verhandle. Der Unterhändler habe, soweit man in Erfahrung bringen konnte, im Namen der anscheinend sehr vermögenden Emigrantengesellschaft der Regierung eine größere Anleihe vermittelt, während gleichzeitig ein anderer Herr die mögliche Gründung einer deutsch-französisch-englischen Zeitung »unter einheimischer Deckadresse« prüfe. Der Informant warnte das Auswärtige Amt, »daß sich hier eine schwere Gefährdung nicht allein unserer Bewegung, sondern der ganzen deutschen Sache vorbereite«. Als Bresin nach sieben Tagen Liechtenstein verließ, war die Angelegenheit nach Ansicht des dortigen Beobachters bereits in ein weiteres Stadium getreten: Die Juden-Emigranten beabsichtigten, so meinte er, das liechtensteinische Briefmarkenwesen »in die Hand zu nehmen«, um – wie er später ergänzte – zugunsten der Flüchtlinge aus Deutschland eine 20 Rappen-Sondermarke herauszubringen, in deren Erlös das Flüchtlingskomitee und die liechtensteinische Regierung sich teilen würden. Die Gefahr sei nicht von der Hand zu weisen, daß in dem Fürstentum »ein großer Stützpunkt der anti-deutschen Agitation angelegt werden« solle und »damit auch unsere Bewegung [LHD] einen starken Rückschlag erhalten« würde, »da heute die Mehrheit der Bevölkerung alles nach dem materiellen Erfolg bewerte«. Anfang 1935 beunruhigte ein gewisser Dr. Kunze, nach eigenen Angaben ein ehemaliger Freund Röhms, die Gemüter der heimattreuen Liechtensteiner, da er mit dem judenfreundlichen Dr. Marxer verkehre und sehr dunkle Geschäfte treibe. Der Vertrauensmann, dem die deutschen Behörden alle diese Informationen verdankten, war niemand anders als der Herausgeber der Zeitung »Liechtensteiner Heimatdienst«, Carl Freiherr von Vogelsang.

Die »Vaterländische Union« und die Vogelsangaffäre

Als zu Beginn des Jahres 1936 mit dem Zusammenschluß des LHD und der VP zur Vaterländischen Union (VU) der »Heimatdienst« sein Erscheinen einstellte, übernahm Vogelsang die Redaktion des neugegründeten Parteiorgans »Liechtensteiner Vaterland«, ein Amt, das er bis zum Ende des Jahres innehatte.⁴⁵ Die VU, in der die Führer des LHD den Ton angaben (»junge Akademiker mit besonderen Aspirationen«, vermerkte die österreichische »Reichspost«), trat bewußt deutschfreundlich auf, forderte gleichzeitig, durch Wiedereröffnung der liechtensteinischen Gesandtschaft die Beziehungen zu Bern zu aktivieren, ohne »Österreich entsprechend gerecht zu werden«.⁴⁶ Nur wenige Wochen nach der Neugründung konnte

der frühere Führer des LHD als Spitzenkandidat der VU einen beachtlichen Erfolg für sich verbuchen, als er bei den Ersatzwahlen für fünf Landtagssitze (9. und 16. 2. 1936) die höchste Stimmenzahl erhielt, während sein Kontrahent von der Bürgerpartei, Landtagspräsident Frommelt, durchfiel.⁴⁷ Trotz dieser Niederlage wurde Frommelt von der weiterhin starken BP-Fraktion, die elf der 15 Mandate innehatte, erneut zum Landtagspräsidenten gewählt, ein Beweis für die noch immer unerschütterte Position der Regierung.

Nur bei der Behandlung des Emigrantenproblems mußte sie jetzt auf die Abgeordneten der VU Rücksicht nehmen. Sobald Einbürgerungsanträge von Juden zur Sprache kamen, vertrat die Opposition ihre bereits traditionelle antisemitische Ideologie, um ihre Ablehnung zu begründen. Vergebens setzte sich Frommelt als gläubiger Christ gegen eine solche einseitige Verurteilung und Verunglimpfung des jüdischen Volkes zur Wehr; der Gegensatz zum Rassenfanatismus Schädlers war zu groß, als daß der stets zu Kompromissen neigende Regierungschef Hoop eine sachliche und objektive Stellungnahme hätte herbeiführen können. Am Ende der sich stets wiederholenden Diskussionen gaben öfter wirtschaftliche Erwägungen den Ausschlag, da sich auch die extremsten Antisemiten den Forderungen der an der Aufnahme begüterter Juden interessierten Gemeinden, wie z. B. Triesen, nicht zu verschließen wagten. Im ganzen ist eine Verschärfung der Einbürgerungspolitik von Jahr zu Jahr unverkennbar, ein weiterer Erfolg der »Nationalen Opposition« in ihrem Kampf um die »Reinerhaltung« des liechtensteinischen Heimatlandes.⁴⁸ Ob das bereits am 20. Januar 1936 nach dem Vorbild der Schweiz erlassene Schlachtgesetz ebenfalls unter dem Druck der »tierschutzfreundlichen« antijüdischen Kreise beschlossen wurde, ließ sich nicht mit Sicherheit ergründen.⁴⁹

Die anhaltende Spannung zwischen der Regierung und der Opposition schlug sich publizistisch in den Parteiorganen nieder, die in Stil und Inhalt immer schärfer und ausfälliger wurden. Die Verantwortung für den gehässigen und persönlich diffamierenden Ton des Blattes »Liechtensteiner Vaterland« trug Carl Freiherr von Vogelsang, der sich schon als Schriftleiter des »Liechtensteiner Heimatdienstes« unliebsam hervorgetan hatte. Vogelsang trug den Namen seines Großvaters, der als österreichischer Politiker bekannt geworden war (geb. 1818 in Liegnitz, gest. 1890 in Wien). Dieser war 1850 zum Katholizismus übergetreten, hatte 1870 in Wien die Zeitschrift »Das Vaterland« und 1879 die »Monatsschrift für christliche Sozialreform« herausgegeben. Er gehörte zu den Initiatoren der christlich-sozialen Bewegung in Österreich und trat für den ständischen Aufbau des Staates ein, im Gegensatz zur herrschenden liberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung, Gedanken, die der Enkel unter Berufung auf die Autorität

des Großvaters im LHD zu verbreiten suchte. Da Vogelsang jr. erst 1932 die liechtensteinische Staatsbürgerschaft erworben hatte und darum von seinen Gegnern als »Neubürger« bezeichnet wurde, dem es nicht zustände, sich in die innere Politik einzumischen, betonten seine Freunde die österreichische Herkunft und deutschvölkische Gesinnung ihres Parteigenossen. Dieser selbst ließ keinen Zweifel an seiner aufrichtigen Begeisterung für die großdeutsche Idee und seiner kritiklosen Bewunderung für das Dritte Reich. Ob er sich wirklich als »künftigen Diktator Liechtensteins« ansah, wie ihm das »Liechtensteiner Volksblatt« vorwarf,⁵⁰ muß offenbleiben. Daß er sich wochenlang in Deutschland »auf Urlaub« befand, wie Journalisten derselben Zeitung in Erfahrung brachten,⁵¹ steht fest, doch konnten ihm keine staatsfeindlichen Handlungen nachgewiesen werden und seine Rolle als »Vertrauensmann« der Nationalsozialisten blieb verständlicherweise geheim.

Ende November 1936 gelang es der Regierung, den »Baron« – wie er jetzt allgemein genannt wurde – zu entlarven.⁵² Zwei Monate später strengte der Regierungschef gegen Vogelsang eine Untersuchung an, der sich dieser jedoch durch Flucht nach Deutschland entziehen konnte. Die beschlagnahmten Dokumente, die den Stempel des Heimatdienstes trugen, waren dazu angetan, auch die Parteifreunde des Angeklagten in Verdacht zu bringen. Hoop verlangte daher von der Landesleitung des ehemaligen LHD Rechenschaft über ihre Beziehungen zu Vogelsang und über die Verwendung der von deutscher Seite an diesen überwiesenen Gelder. Die jetzt der VU angehörenden Landtagsabgeordneten Schädler (LHD) und Vogt (VP) sahen sich gezwungen, von Vogelsang abzurücken, behaupteten, von dessen Spitzeldiensten nichts gewußt zu haben, versuchten aber gleichzeitig, die Echtheit des Beweismaterials anzuzweifeln. Da dieses Manöver mißlang und sich zudem herausstellte, daß Vogelsangs Freunde von seiner Flucht nach Deutschland zumindest Kenntnis gehabt hatten, gingen die beiden Juristen zum Gegenangriff auf Hoop über und warfen ihm vor, daß er zum ersten die Nachricht von der aufgedeckten Spitzelaffäre vorzeitig in das Regierungsorgan und die Schweizer Presse lanciert, zum zweiten durch eigenmächtiges Vorgehen gegen das Landesgesetz verstoßen habe. Um die erregte Öffentlichkeit von der eigentlichen Affäre abzulenken, forderte die VU in Wort und Schrift den Rücktritt des Regierungschefs, der sich nun seinerseits unmittelbar an die Bevölkerung wandte und sie zur Unterstützung seiner Politik durch eine Unterschriftensammlung aufrief.

Nachdem die von beiden Seiten mit äußerster Heftigkeit geführte Kampagne ihren Höhepunkt erreicht hatte und sogar in Tötlichkeiten ausgeartet war, so daß die kleine liechtensteinische Polizei hatte eingreifen müssen, verlangten zehn Abgeordnete die Einberufung einer außerordentli-

chen öffentlichen Sitzung des Landtags, die am 26. April 1937 stattfand. Vorausgegangen war am 3. März die Verabschiedung eines Gesetzes betreffend den Schutz der Sicherheit des Landes und seiner Bewohner, das unschwer als »Spitzelgesetz« zu erkennen war, so daß die Regierung formal bereits abgedeckt war.⁵³ Mit der Einberufung der öffentlichen Sitzung beabsichtigte die Regierungspartei – wie wir sehen werden, mit Erfolg –, die demagogische Taktik der Opposition bloßzustellen und ihr die Mitverantwortung für den Landesverrat von Vogelsang aufzubürden. Daß ihr dies gelang, war vor allem das Verdienst des Landtagspräsidenten Frommelt, der mit Schädler abrechnete. Dieser wurde vorbehaltlos nur von dem jungen Wendelin Beck verteidigt (nicht zu verwechseln mit dem ehemaligen Regierungschef Dr. Wilhelm Beck), während sein Parteigenosse Vogt als Stellvertreter des amtierenden Regierungschefs sich weitgehende Zurückhaltung auferlegte. Hoop dagegen fand einmütige Unterstützung bei den Abgeordneten der Bürgerpartei, die, betont als Vertreter der Bauern und Handwerker, die Opposition an die Wirtschaftskrise unter der Herrschaft der Volkspartei erinnerten und die Verdienste des Regierungschefs um den Aufschwung der einheimischen Landwirtschaft und Industrie hervorhoben. In der äußerst heftig geführten Diskussion zeichnete sich vor allem der langjährige Abgeordnete Peter Büchel aus, der die Behauptung, daß 48 % der Bevölkerung hinter der Opposition ständen, mit der Bemerkung abtat, daß von ihnen 40 % deren demagogische Methoden verurteilten, wie das Ergebnis der Unterschriftensammlung für den Regierungschef beweise.

Am Ende des stundenlangen Wortgefechts bewilligte der Landtag mit elf gegen vier Stimmen der Regierung die nötigen Vollmachten und Kredite zur »Sicherung der Ruhe und Ordnung des Staatslebens«. Dieser Beschluß kam einem eindeutigen Vertrauensvotum für Hoop gleich und bedeutete einen nicht zu unterschätzenden propagandistischen Erfolg für die Regierungspartei.

Nach diesen stürmischen Auseinandersetzungen, in deren Verlauf sich die Gegner offener als je »ausgesprochen« hatten, beruhigte sich die innenpolitische Lage. Mitte 1937 entstand noch einmal Unruhe, ausnahmsweise durch das Fürstenhaus ausgelöst, das bei all den vorangegangenen politischen Kämpfen nicht in Erscheinung getreten war. Von der Berliner Olympiade beeindruckt, hatte der Erbprinz Franz Josef den Fürsten bewogen, anlässlich seines bevorstehenden 85. Geburtstags der Stiftung eines Verdienstordens zur Förderung der Jugendsportbewegung zuzustimmen und die ersten Auszeichnungen an deutsche Persönlichkeiten zu verleihen. Als die Fürstin Elsa von diesem Plan erfuhr, setzte sie alles daran, ihn zu durchkreuzen. Sie veranlaßte ihren betagten Gatten, nunmehr seinerseits einen regelrechten Orden zu stiften, als dessen erster Träger der österreichische

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ausersenen war. Angesichts der Zuspitzung der deutsch-österreichischen Beziehungen verwundert es nicht, daß die Nationalsozialisten diesen inneren Konflikt als eine Kraftprobe zwischen der Jüdin Elsa und dem als deutschfreundlich geltenden Erbprinzen ansahen, zumal das Gerücht umging, die Fürstin beabsichtige, sich von ihrem kränkenden Gatten anlässlich seines 85. Geburtstags zur Regentin auf Lebenszeit einsetzen zu lassen.⁵⁴ Im Hinblick auf die politischen Veränderungen in und um Österreich, die sich bereits abzeichneten, wäre ein solcher Plan der »nichtarischen« Fürstin zwar psychologisch verständlich, aber höchst unrealistisch gewesen.

Rückwirkungen der Annexion Österreichs

Die liechtensteinische Regierung verfolgte die sich seit Mitte Februar 1938 überstürzenden Ereignisse im Nachbarstaat Österreich mit angespannter Aufmerksamkeit und wachsender Besorgnis. Am 22. Februar brachte das konstant mit Schuschnigg sympathisierende »Liechtensteiner Volksblatt« einen antideutschen Artikel, für den sich Hoop bei der deutschen Regierung entschuldigen mußte.⁵⁵ Als dann am 13. März der »Anschluß« Österreichs an das Deutsche Reich gewaltsam vollzogen wurde, sandte der Fürst von seinem Jagdhaus am Semmering folgendes Glückwunschtelegramm an Hitler: »Eure Exzellenz Herr Reichskanzler! Anlässlich der Vereinigung von Österreich, wo ich mich gerne aufzuhalten pflege, mit dem Deutschen Reich drängt es mich, Eurer Exzellenz meine Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen. Das mächtige Deutschland bildet die Gewähr für einen dauernden Frieden in Europa. Indem ich Eure Exzellenz versichere, daß ich bestrebt bin, wie bisher in Österreich nach meinen Kräften auf sozialem und caritativem Gebiet zum Besten des Landes beizutragen, bitte ich den Ausdruck meiner vollkommensten Hochachtung entgegenzunehmen.«⁵⁶ Als er Ende des Monats auf den Thron verzichtete, mag für diesen Entschluß die Erwägung mitbestimmend gewesen sein, daß seine »Mischehe« bei den Bemühungen um eine Entspannung der Beziehungen zu Deutschland ein unüberwindliches Hindernis darstellte.

Die Nachrichten von der »Machtübernahme« in Österreich wurden von den Verfechtern und Anhängern der großdeutschen Idee in Liechtenstein mit Begeisterung aufgenommen.⁵⁷ Auf den Straßen kam es zu Gruppenansammlungen von 50 bis 60 Menschen, die in den Ruf ausbrachen: »Ein Führer, ein Volk, ein Reich«, und an einzelnen Häusern wurde be-

reits die Hakenkreuzfahne heißt. Vielfach wurde bedauert, daß die deutschen Truppen nicht bis an die liechtensteinische Grenze vorgerückt seien.

Die spontane Reaktion seiner Anhänger brachte Otto Schädler zu dem Entschluß, nach Fühlungnahme mit den deutschen Reichsstellen den Anschluß Liechtensteins an das Deutsche Reich zu vollziehen. Zu diesem Zweck beabsichtigte er, die Vaterländische Union zu verlassen, sein Landtagsmandat niederzulegen, eine nationalsozialistische Bewegung in Liechtenstein zu gründen und nach der Machtübernahme das Land mit dem Deutschen Reich zu vereinigen. Obwohl diese hochfliegenden Pläne nicht an die Öffentlichkeit drangen, zeigten sich die Schweizer durch die prodeutschen Kundgebungen beunruhigt und verlangten von der liechtensteinischen Regierung Aufklärung über die Vorgänge.

Diese Aufforderung benutzte Hoop als Vorwand, um den Landtag am 15. März einzuberufen, in der Hoffnung, einen eindeutigen und einstimmigen Beschluß für die Erhaltung der Selbständigkeit und Unabhängigkeit Liechtensteins herbeiführen zu können. Durch diesen Beweis der Einmütigkeit der liechtensteinischen Bevölkerung wollte er nicht zuletzt die Kapitalabzüge ausländischer Gesellschaften aufhalten, die durch die umlaufenden Gerüchte über eine bevorstehende Umwälzung beunruhigt waren. Daß der angestrebte »Burgfriede« nicht zustande kam, lag an der unnachgiebigen Haltung Schädlers, der seine Zustimmung zu der vorgeschlagenen Resolution von der Annahme der Forderung der Opposition nach Umbildung der Regierung abhängig machte.⁵⁸

Regierung wie Opposition waren sich bewußt, daß die weitere Entwicklung von der Haltung der deutschen Staatsführung abhing. Sowohl Schädler als auch Hoop reisten daher nach Berlin, um mit der Reichsregierung Fühlung aufzunehmen. Wiederum stellte sich heraus, daß die nationalsozialistische Führung die Verhältnisse in Liechtenstein und die Aussichten der Opposition nüchterner einschätzte als diese selbst. Schädlers zusätzliche ausgesprochen antisemitische Forderungen (zum Beispiel nach sofortiger Beendigung der Judeneinbürgerungen und Überprüfung der früheren) dürften seine deutschen Gesprächspartner von seiner Linientreue überzeugt haben.⁵⁹ Doch hielten sie an ihrem alten Konzept fest: Ein Anschluß Liechtensteins an das Deutsche Reich müsse abgesichert durch einen Sieg bei Neuwahlen erfolgen, bei denen die Opposition unter dem Namen »Volksdeutsche Freiheitsbewegung« auftreten solle. Für die Gründung einer liechtensteinischen NS-Partei sei die Zeit noch nicht reif. Nach dem Gewinn der Landtagsmehrheit könne der Anschluß dann legal vollzogen werden. Diesen Erwägungen konnte sich Schädler nicht verschließen, zumal auch er eine Volksabstimmung über eine Angliederung Liechtensteins an das Deutsche Reich für nicht ungefährlich hielt, da sich die Mehrheit der

Bevölkerung bei einer so eindeutig formulierten Fragestellung für die Unabhängigkeit entscheiden würde. Schädler kehrte also nach Hause zurück, »um dort weitere Befehle abzuwarten«. Dem Regierungschef Hoop, dessen Kompromißbereitschaft bekannt war, versicherten die deutschen Regierungsstellen mit ausdrücklicher Billigung Hitlers, daß sie keinerlei Absichten hätten, sich in die inneren Verhältnisse des Fürstentums einzumischen.⁶⁰

Nach Liechtenstein zurückgekehrt, mußte Schädler feststellen, daß seine gemäßigten Parteigenossen Verhandlungen mit der Bürgerpartei begonnen hatten, die am 21. März zur Unterzeichnung der folgenden Übereinkunft führten: »1. Unsere Parteien stehen zur jetzigen Verfassung und deren Grundsätzen, insbesondere zur Erhaltung der Selbständigkeit des Landes unter der monarchischen Führung des Fürstenhauses von und zu Liechtenstein. 2. Unsere Parteien stehen zu den bestehenden Verträgen mit der Schweiz und wünschen, daß an diesen Verträgen in Anbetracht des Umstandes, daß sie zur Wohlfahrt des Landes von grundsätzlicher Bedeutung sind, nicht gerüttelt wird.«⁶¹

In der Landtagssitzung am 30. März wurde die Umbildung der Regierung öffentlich vollzogen. Die bisherige Mehrheit (BP) stellte weiterhin den Regierungschef Dr. Josef Hoop, einen Regierungsrat: Pfarrer Frommelt (bisher Vizechef), und einen Regierungsrat-Stellvertreter: Jakob Schurten aus Triesen (neu). Die Minderheit (VU) erhielt die Ämter des Regierungschef-Stellvertreters für Dr. Alois Vogt aus Balzers (neu), eines Regierungsrats und eines Regierungsrat-Stellvertreters für Arnold Hoop aus Eschen (neu) bzw. Eugen Meier aus Mauren (neu).⁶² »Unter dem Druck der bestehenden Verhältnisse und um die Friedensverhandlungen zwischen den Parteien zu erleichtern«, war unter anderem auch der gesinnungstreue Demokrat Peter Büchler zurückgetreten, während auf der Gegenseite Otto Schädler für einige Zeit in den Hintergrund rückte.⁶³

Am selben Tag übertrug Franz I. seine Rechte als Landesfürst seinem Großneffen Prinz Franz Josef, der ihm schon seit 1930 stellvertretend zur Seite gestanden hatte. Die offizielle »Fürstenhuldigung« für den in Berlin als »schüchtern und schweigsam« geschilderten, zu Deutschland neigenden »jungen« Nachfolger (geb. 1906) erfolgte vier Monate später, am 26. Juli 1938, einen Tag nach dem Ableben des betagten Monarchen.⁶⁴ Für den Augenblick schien mit der Umbildung der Regierung und dem Regentenwechsel der innere Friede gesichert zu sein. Es blieb zu hoffen, daß sich der Ausspruch des Landtagspräsidenten: »Unsere Kleinheit ist der Schutz unserer Neutralität« bewahrheiten würde.⁶⁵ Ein weiterer Schritt zur Beruhigung der Bevölkerung und ein Beweis für die Kompromißbereitschaft der Regierungsparteien war die Neubestellung der Hilfspolizei im August

1938, die bisher ausschließlich von der Bürgerpartei gebildet worden war und nun paritätisch zusammengesetzt wurde.⁶⁶

Schon wenige Monate später mußte die von acht auf 20 Mann verstärkte Polizei für die Wiederherstellung der gestörten inneren Sicherheit sorgen. Die radikalen Elemente in der Vaterländischen Union wollten sich mit dem von der Parteileitung angenommenen Kompromiß nicht abfinden, drängten auf beschleunigte Durchführung der zugesagten Neuwahlen und setzten ihre nationalsozialistische Propaganda fort. Jugendliche Hitzköpfe brachten vor Häusern, in denen Juden wohnten, mit Sprengstoff gefüllte Böller zur Entzündung, wobei liechtensteinische Hausbesitzer Schäden erlitten.⁶⁷ Die verstärkte Aktivität der »Sturmtrupps« parierte die Bürgerpartei durch Erweiterung der unter ihrem Einfluß stehenden katholischen Pfadfinderbewegung.⁶⁸

Weitere Schritte gegen die Umtriebe der nationalsozialistischen Liechtensteiner waren die Bekanntmachung vom 12. November 1938 über die Anwendung eines (schweizerischen) Bundesratsbeschlusses vom 27. Mai 1938 betr. Maßnahmen gegen staatsgefährliches Propagandamaterial⁶⁹ und die Bekanntmachung betr. die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung vom 14. Dezember 1938.⁷⁰ Die letztere war wohl mit Vorbedacht von Dr. Vogt (VU) unterzeichnet, um zum Ausdruck zu bringen, daß alle Mitglieder der Koalition gewillt waren, das getroffene Abkommen einzuhalten. Verschiedene Anzeichen sprechen dafür, daß sich die Parteileitungen sowohl der Bürgerpartei als auch der Vaterländischen Union bei ihrem Bestreben, den inneren Frieden zu bewahren, auf die Mehrheit ihrer Anhänger stützen konnten. In beiden Parteien gab es Gegensätze zwischen gemäßigten und radikalen Gruppen. So wurde der nachgiebige Hoop von manchen seiner eigenen Leute als »nazifreundlich« verschrien, während Frommelt als scharfer Gegner Deutschlands galt. In der VU verfolgte Vogt eine regierungstreue Politik, während Schädler seine oppositionelle Einstellung nicht aufgab. Es muß erneut betont werden, daß die deutsche Regierung die Vorgänge in Liechtenstein zwar mißtrauisch beobachtete, aber die einmal beschlossene Politik der Nichteinmischung einhielt, zumal es ihr schwerfiel, sich aus den widersprechenden, z. T. anonymen Meldungen ihrer ebenfalls miteinander im Streit liegenden Vertrauensleute ein klares Bild zu machen.

Der Marsch auf Vaduz 1939

Anfang des neuen Jahres gab es keinerlei Anzeichen, daß die radikal völkischen Gruppen das verfeimte »Parteiensystem« gewaltsam verändern wollten. Gemäß dem Abkommen vom 21. März 1938 über die Einführung des Verhältniswahlrechts, verabschiedete der Landtag am 11. Januar 1939 die notwendige Verfassungsänderung und billigte gleichzeitig das neue Wahlgesetz, das eine Woche später vom Fürsten bestätigt wurde.⁷¹ Eine im selben Monat erlassene Verordnung, die »jede öffentliche Herabwürdigung oder Beschimpfung anderer Staaten, von deren Einrichtungen und Organen in Wort, Schrift und Bild« sowie »das Tragen verbotener Waffen ohne Waffenschein« (auch von Schlagwaffen jeder Art) untersagte, richtete sich einerseits gegen die liberalen Journalisten der Bürgerpartei, andererseits gegen die revolutionären Kreise in der Vaterländischen Union.⁷² Am 2. März 1939 berichtete die deutsche Presse kommentarlos, daß der Führer den Fürsten von Liechtenstein empfangen habe, betonte einige Tage später jedoch, wohl um die argwöhnische Schweiz zu beruhigen und Gerüchten entgegenzutreten, daß es sich um einen reinen »Höflichkeitsbesuch« gehandelt habe. Immerhin hatte der Fürst Außenminister Ribbentrop und Innenminister Frick in Begleitung von Regierungschef Hoop und seinem Stellvertreter Vogt aufgesucht. Die paritätische Zusammensetzung der Delegation war dazu angetan, dem Ausland gegenüber die Einigkeit des liechtensteinischen Volkes zu demonstrieren. Im Inland waren inzwischen die beiden Parteien bemüht, sich auf eine Einheitsliste zu einigen und auf diese Weise einen Wahlkampf um den Einzug in den neuen Landtag zu vermeiden.⁷³ Demgemäß konnte der Fürst nach seiner Rückkehr in vollem »Einverständnis mit Landtag und Volk« durch Auflösung des Parlaments den Weg zur Bildung einer neuen Volksvertretung freigeben.⁷⁴

Zwei Wochen später hatte sich die politische Karte Europas durch neue Gewaltakte Hitlers weiterhin zugunsten des Dritten Reichs verändert. Am 16. März 1939 machte Deutschland mit der Errichtung des »Protektorats Böhmen und Mähren« der Rumpftschechoslowakei ein Ende, und eine Woche später »vereinigte sich das Memelland mit dem Deutschen Reich«. Durch diese Erfolge der deutschen Anschlußpolitik ermutigt und von der unliebsamen Verständigungspolitik den gemäßigten Parteiführer enttäuscht, beschloß der radikale Flügel der Vaterländischen Union, auf eigene Faust zu handeln, und bereitete für den 24. März den Staatsstreich vor, mit dem Ziel der »Machtergreifung« und des Anschlusses Liechtensteins an das Deutsche Reich.⁷⁵

Um den »Marsch auf Vaduz« erfolgreich durchführen zu können, hatten sich die Putschisten vorher mit der Feldkircher SA in Verbindung gesetzt

und sich deren militärischer Unterstützung versichert. Der Führer des dortigen SA-Sturmbanns erklärte seinem einsatzbereiten Kraftfahrkorps (NSKK): »Wenn der Anschluß in Lichtenstein klappt, bekommen wir sowieso von maßgebender Stelle einen Marschbefehl.« Im einzelnen war vorgesehen, daß die Putschisten von Schaan aus auf Vaduz marschieren und gleichzeitig die Verbindung mit der Schweiz durch Besetzung der Rheinbrücke bei Triesen und Sperrung der Straße nach Balzers blockieren sollten, angeblich um einen eventuellen Fluchtversuch des Regierungschefs und des mit ihm befreundeten Dr. Marxer ins Ausland zu verhindern. Im entscheidenden Augenblick sollte dann die motorisierte Feldkircher SA einrücken und den Anschluß gemeinsam mit der »Volksdeutschen Bewegung« vollziehen.

In dem Ländchen konnten die Vorbereitungen für die »Sonderaktion« jedoch nicht geheim bleiben. In Vertretung Hoops, der sich im Ausland befand, setzte Vogt die offiziellen Stellen in Feldkirch von dem geplanten »Umsturz« in Kenntnis und betonte, daß seiner Ansicht nach die deutsche Regierung nicht beabsichtige, die liechtensteinische Unabhängigkeit anzutasten. Tatsächlich hielten die maßgebenden deutschen Stellen auch jetzt an ihrem Konzept fest, daß der Anschluß auf »legalem« Weg über einen Mehrheitsbeschluß erfolgen solle.

Trotz der Warnungen ihrer besonnenen Parteileitung versammelten sich, wie vorgesehen, am 24. März nachts ca. 50 bis 60 – meist jüngere – Leute unter Führung eines Ingenieurs Schädler (nicht zu verwechseln mit Dr. Otto Schädler) und rückten bis Schaan vor. Dort trat ihnen Landtagspräsident Frommelt mutig entgegen und bewog die meisten Teilnehmer auseinanderzugehen. Inzwischen hatte sich die Nachricht von der revolutionären Ansammlung verbreitet – deren Führer von einem Privathaus aus die Aktion zu lenken gedachten –, und zahlreiche heimattreue Liechtensteiner zogen nach Schaan, entschlossen, die Aufrührer anzugreifen. Nur mit Mühe gelang es Frommelt, Vogt und dem aus Lugano zurückgekehrten Hoop, die aufgeregte Menge zu beruhigen. Der »Marsch auf Vaduz« endete schließlich am frühen Morgen mit der Verhängung von »Schutzhaft« über die bedrohten Putschisten. Die Feldkircher SA hatte die ganze Nacht über vergebens auf den Abmarschbefehl gewartet.

Sowohl die liechtensteinische als auch die deutsche Regierung bemühten sich, die Vorkommnisse des 24. März herunterzuspielen. Die deutschen Stellen waren für den Augenblick daran interessiert, nicht als Mitwisser zu erscheinen und einige nach Österreich entkommene Liechtensteiner Missetäter loszuwerden, unter der Bedingung allerdings, daß sie in ihrem Heimatländchen schonend behandelt würden. Nachdem die liechtensteinische Regierung eine baldige Amnestie der ihrer Verurteilung entgegense-

henden Aufrührer zugesagt hatte, galt die ganze Angelegenheit als erledigt, und schon am 25. März konnte die liechtensteinische Regierung folgendes Kommuniqué veröffentlichen: »Am Freitagabend fand in einem Privathause in Schaan eine Versammlung einer geringen Zahl [von] Anhänger[n] eines Wirtschaftsanschlusses [!] Liechtensteins an Deutschland statt, wobei es zu einer größeren Ansammlung von Leuten kam, die gegen die Versammlungsteilnehmer eine drohende Haltung einzunehmen begannen. Die Polizei sah sich deshalb veranlaßt, die Versammlungsteilnehmer in Schutzhaft zu nehmen. Am gleichen Abend begab sich eine Gruppe mit ebenfalls zahlreichen minderjährigen Leuten der gleichen Richtung von Nendeln nach Schaan, kehrte aber nach entsprechender Aufklärung nach Hause zurück. Aufgetauchte Gerüchte, daß in Verbindung mit diesen Ansammlungen eine Einmischung von Feldkirch her drohte, erwiesen sich als unrichtig. Zu irgendeiner Beunruhigung besteht kein Anlaß.«

Demgegenüber schilderte ein Augenzeuge den Ablauf der Dinge anschaulicher und dramatischer: »Regierung und Polizei haben sich auf Seite der Demonstranten stellen und sie schützen müssen, sonst wären diese von der empörten Bevölkerung aufgerieben worden. Der Regierungschef, der zur Mustermesse nach Basel gefahren war, traf im Laufe der Nacht mit einem Auto ein; der Fürst war ebenfalls landabwesend.« Auf die Frage, mit was für Waffen man gegen die Revolutionäre gekämpft habe, sagte der Vaduzer: »Mit Zaunsparren.«⁷⁶

Daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung den von einer »Handvoll Leute« geplanten Umsturz entschieden ablehnte, beweist die Unterschriftensammlung der von beiden Parteien gemeinsam ins Leben gerufenen »Heimattreuen Vereinigung Liechtenstein«. 95 % aller stimmberechtigten Bürger bekundeten ihren Willen zur Erhaltung eines unabhängigen Fürstentums. Am 13. April konnte der Fürst vor dem auf Grund eines Einheitswahlvorschlages neu zusammengesetzten Landtag in seiner Thronrede die Selbständigkeit Liechtensteins hervorheben und erklären, daß »wir nur einer Meinung sind: Freundschaftliche Beziehung zu allen unseren Nachbarstaaten und Aufrechterhaltung und Vertiefung unserer wirtschaftlichen Verträge mit der Schweiz.«⁷⁷ Ende Mai bekundete das Volk von Liechtenstein anlässlich einer feierlichen »Erbhuldigung« für den in sein Land übersiedelten Fürsten erneut seine Anhänglichkeit an das Herrscherhaus. Im Verlauf der Zeremonie beschwor auch Otto Schädler als Landtagsvizepräsident seine Treue zur bestehenden Staatsordnung.⁷⁸ Für die Stimmung in der Bevölkerung ist es bezeichnend, daß der an der Feier teilnehmende deutsche Generalkonsul in Zürich feststellen mußte, daß an seinem Wagen der Hakenkreuzwimpel abgerissen und die Fahnenstange umgeknickt war. Andererseits konnte er auch berichten, daß die jüdische

Witwe des verstorbenen Fürsten auf ausdrücklichen Wunsch der Familie zu der Feierlichkeit nicht hatte erscheinen dürfen und daß sogar von der Einführung des »Arierparagraphen« in das fürstliche Hausgesetz die Rede sei.⁷⁹

Im ganzen gesehen, konnten die Deutschen mit der Liechtensteiner Innen- und Außenpolitik zufrieden sein. Einbürgerungsgesuche von Juden wurden seit dem Anschluß Österreichs unter Zurücksetzung der wirtschaftlichen Interessen vom Landtag fast ausnahmslos abgelehnt, und zwar in völliger Übereinstimmung zwischen den beiden Parteien.⁸⁰ Einem über die wirtschaftlichen Beziehungen hinausgehenden Antrag der Schweiz, ihr das Ellhorn abzutreten, wobei militärische Überlegungen mitspielten (Erweiterung des Sicherheitsgürtels), kam Hoop nicht entgegen.⁸¹ Das Verfahren gegen elf Putschisten wurde zwar mit Rücksicht auf die drohende Stimmung in der Bevölkerung bis zum Jahresende fortgeführt, doch erhielten die deutschen Behörden die Zusicherung, daß der Fürst die Angeklagten nach ihrer Verurteilung begnadigen werde, falls sie nach Deutschland gingen.⁸² Deutsche Stellen wiederum legten sich weitgehende Zurückhaltung gegenüber dem »Schieberparadies« und »Emigrantenhort«, der »Kapitalherberge« und dem »Briefmarkenstaat« auf, zumal man mit größeren Ländern als dem »Staat in Kleinstformat« beschäftigt war.⁸³

Liechtenstein zur Zeit der deutschen Siege 1939/40

Der Ausbruch des Krieges nach dem deutschen Angriff auf Polen am 1. September 1939 traf die liechtensteinische Regierung nicht unvorbereitet. Schon am 29. August hatte sie sich in einem beruhigenden Aufruf an die Bevölkerung gewandt und der »begründeten Hoffnung Ausdruck gegeben«, daß »unser Land nicht nur von den Schrecknissen eines möglichen Krieges verschont bleiben wird, sondern daß auch die wirtschaftliche Lage des Landes erträglich gestaltet werden kann«.⁸⁴ In einem erneuten Aufruf hob die Regierung einen Tag nach Kriegsausbruch hervor, »daß auch die außenpolitische Lage vollkommen beruhigend sei«. Diese Behauptung versuchte sie, durch eine über die Schweiz an alle kriegführenden Mächte übergebene Neutralitätserklärung abzusichern.⁸⁵ Gleichzeitig erließ sie ein Gesetz »zur Anordnung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen« zwecks »Ordnung der liechtensteinischen Wirtschaft und Sicherung der Lebensbedürfnisse des liechtensteinischen Volkes«.⁸⁶

Um die Haltung der liechtensteinischen Regierung in den folgenden Jahren zu verstehen und objektiv zu beurteilen, müssen wir uns den Verlauf

der militärischen Operationen vor Augen halten. Nach dem gelungenen »Blitzkrieg« gegen Polen, dessen Armee in wenigen Wochen zerschlagen wurde, trat zunächst im Winter 1939/40 ein Stillstand ein. Im Frühjahr 1940 überfiel Deutschland das neutrale Dänemark, das sich kampfflos ergeben mußte (9. 4. 1940), besetzte Norwegen (9. 4.–10. 6. 1940), zwang Holland (15. 5. 1940) und Belgien (28. 5. 1940) zur Kapitulation, durchbrach die »Weygandlinie« und diktierte Frankreich einen schimpflichen Waffenstillstand (22. 6. 1940). Als ungeschlagener Gegner blieb nur England übrig, dessen Armee sich allerdings nur mit Mühe aus Dünkirchen zurückziehen konnte. Die überwältigenden Erfolge der Deutschen einerseits und die zu Tage getretene Schwäche des Westens andererseits konnten ihren Eindruck auf die in den Krieg noch nicht verwickelten Staaten Europas nicht verfehlen und erregten steigende Besorgnis in der an Deutschland angrenzenden Schweiz und dem benachbarten schutzbedürftigen Liechtenstein.

In einer von der Regierung einberufenen Volksversammlung skizzierte Hoop am 10. März 1940 seine Politik angesichts der bedrohlichen Lage: »Je kleiner das Land, je geringer seine Macht, um so klüger und vorsichtiger müsse sie geführt werden.«⁸⁷ Für seine eigene Person handelte der behutsame Hoop nach dieser Richtschnur bis zur Selbstverleugnung, zum Beispiel, wenn er beim Eintreffen an der Reichsgrenze sich des Deutschen Grußes bediente, anstatt wie früher den Hut zu lüften, was die Feldkircher Gendarmerie mit Genugtuung verzeichnete.⁸⁸ Trotzdem hatten die Deutschen Anlaß, die politische Entwicklung in Liechtenstein argwöhnisch zu verfolgen, auch im Hinblick auf die dort ansässigen eigenen Landsleute, deren Zahl auf etwa 1400 angestiegen war. Diese zum Teil einflußreichen Reichsdeutschen waren durchaus unterschiedlicher politischer Einstellung. Das einzige Lichtspielhaus in Vaduz z. B. war in den Händen eines parteitreuen Feldkirchers, der mittels der vorgeführten Filme Propaganda für das nationalsozialistische Deutschland machte. Wie die Deutsche Gesandtschaft in Erfahrung brachte, bemühte sich ein anderer Deutscher, erklärter Gegner des Reichs, um die Lizenz zur Eröffnung eines zweiten Kinos, ein Vorhaben, das – ungeachtet der möglichen außenpolitischen Folgen – Landtagspräsident Frommelt eifrig befürwortete.⁸⁹ Kein Wunder, daß die weniger verantwortungsvollen Mitglieder der Bürgerpartei selbst vor Störungen nationalsozialistischer Veranstaltungen nicht zurückschreckten, so daß die Regierung sich genötigt sah, derartige Vorkommnisse durch ein, zunächst auf einen Monat begrenztes, »allgemeines Versammlungsverbot für politische Organisationen« zu unterbinden.⁹⁰

Drei im Mai 1940 aufeinanderfolgende gesetzliche Regelungen⁹¹ bezeugen den Ernst der inneren und äußeren Lage, die dem einfachen Bürger

nicht immer zum Bewußtsein kam. Am 20. Mai verbot die Regierung »während der Dauer des gegenwärtigen Krieges ... das öffentliche Hissen, Aushängen und Herumtragen ausländischer Flaggen und Landesfarben«, was zweifellos gegen übereifrige Anhänger Hitlerdeutschlands gerichtet war. Am 21. Mai erging ein Verfassungsgesetz, das der Regierung »unbeschränkte Vollmacht« erteilte, »Evakuierungsmaßnahmen zu treffen«. Offenbar befürchtete sie, durch den Einfall deutscher Truppen in Dänemark, Holland und Belgien aufgeschreckt, eine Verletzung der Schweizer und der Liechtensteiner Neutralität. Am 22. Mai warnte sie die Bevölkerung vor unbeglaubigten Gerüchten, die möglicherweise durch die Vorsichtsmaßnahmen des Vortags hervorgerufen worden waren, und drohte den Urhebern Arrest bis zu sechs Monaten an.

Inzwischen hatte sich, bedingt durch den starken Rückgang des Fremdenverkehrs und der Steuereinnahmen, durch die Verminderung des Briefmarkenverkaufs und den Wegzug ausländischer Gesellschaften, auch die wirtschaftliche Situation wesentlich verschlechtert. Den spürbaren Ausfall an Einbürgerungsgebühren und die Steuerverluste infolge des Wegzugs von Juden, die sich vor einer eventuellen deutschen Besetzung Liechtensteins rechtzeitig in Sicherheit zu bringen versuchten, wollte der Landtag durch eine liberalere Einbürgerungspolitik gegenüber zahlungskräftigen jüdischen Antragstellern ausgleichen.⁹² Die völkischen Kreise hingegen fanden jetzt Gelegenheit, ihre alte Forderung nach einem Zollanschluß an Deutschland wieder zu erheben.⁹³

Daß diese, dem früheren Liechtensteiner Heimatdienst entstammenden Kreise weitergehende Pläne im Schilde führten, enthüllte das Programm der Anfang Oktober 1940 gegründeten »Volksdeutschen Bewegung« (VDB), die unverhohlen die Parole »Umbruch und Neuordnung« ausgab.⁹⁴ Als ihre Ziele verkündete sie: »Freies Bekenntnis zu unserem deutschen Volke und freie Betätigung für das Volkstum. Deutsche Lebens- und Wirtschaftsordnung im Sinne des Nationalsozialismus. Schaffung der nötigen Voraussetzungen. Unsere Kampfparole ist: Für unsere deutsche Heimat alles, für ihre deutsche Bevölkerung Existenz auf völkisch und wirtschaftlich gesunder Grundlage. Unser Wahlspruch ist: Einer für alle, alle für einen. So bauen wir eine neue Zukunft für unser deutsches Volk in Liechtenstein. Wir vertrauen auf Gott, unser deutsches Volk und unser Recht.«

Das Auftreten einer offenkundig auf den Anschluß an Deutschland zielenden Bewegung führte auf seiten der staaterhaltenden Kräfte zu einem Zusammenschluß »aller ehrlichen und vaterländisch gesinnten, fürst- und heimattreuen« Bürger Liechtensteins in einer christlich-nationalen Volksgemeinschaft, »deren höchste Zielsetzung die unbedingte Erhaltung der

Selbständigkeit und Unabhängigkeit unseres Heimatlandes unter dem altangestammten Fürstenhause von Liechtenstein auf demokratischer Grundlage« war.⁹⁵ Dieser Organisation, die sich »Nationale Bewegung« nannte, schlossen sich außer den Mitgliedern der Bürgerpartei auch diejenigen Kreise der Vaterländischen Union an, die früher der Volkspartei angehört hatten. Die Fronten waren von nun an bis zum Kriegsende eindeutig und unverrückbar abgesteckt, doch kam – je nach Erfolg oder Fehlschlag des deutschen Heeres – eine Umorientierung einzelner vor.

Das Fürstenhaus, das von allen politischen Gruppen, einschließlich der VDB, respektiert wurde, stand im allgemeinen außerhalb der innenpolitischen Kämpfe. Doch zeigte sich der Fürst, da er für seine Wiener Besitzungen fürchtete, den Deutschen gegenüber von Anfang an entgegenkommend.⁹⁶ Als Kuriosität sei in diesem Zusammenhang am Rande bemerkt, daß die »letzte deutsche Monarchie« sich formal mit Preußen im Kriegszustand befand, da das auf österreichischer Seite kämpfende Liechtenstein bei Abschluß des Nikolsburger Frieden (26. Juli 1866) einfach vergessen worden war!

Wachsende innenpolitische Spannungen 1941 / 42

1941 erreichte der Krieg seinen Höhepunkt. Nachdem Deutschland seine Einflußsphäre auf dem Balkan und in Nordeuropa erweitert hatte, überfiel es am 22. Juni 1941 die trotz Warnungen der Westmächte ungenügend vorbereitete Sowjetunion. Ein halbes Jahr später überraschte das mit Deutschland verbündete Japan mit seinem Angriff auf die amerikanische Flotte die USA (8. 12. 1941), drei Tage später folgte die deutsche und italienische Kriegserklärung. Die innenpolitische Entwicklung in Liechtenstein stand in steigendem Maße im Schatten dieser weltbewegenden Ereignisse, eine Tatsache, der sich die führenden Persönlichkeiten nicht verschließen konnten. Ihren Propagandafeldzug gegen die von der Bürgerpartei angeführte Regierung eröffnete die Volksdeutsche Bewegung in ihrem Kampfblatt »Der Umbruch« Anfang 1941 mit den Hitlerworten: »Es gibt keine Inseln mehr«. Dem folgte das eindeutige Bekenntnis: »Deutsch sein heißt nationalsozialistisch sein!«⁹⁷ Die Übernahme nationalsozialistischer Parolen wie »Alle für einen, einer für alle« oder »Gemeinnutz geht vor Eigennutz«, die wortwörtliche Wiedergabe der Reden Hitlers, ein Leitartikel zu seinem 52. Geburtstag »Der Mensch Hitler« und der fortlaufende, zum Teil bebilderte Abdruck der deutschen Wehrmachtsberichte ließen keinen Zweifel an der völkischen Gesinnung der VDB zu. Entscheidender war die in die Tat um-

gesetzte Ideologie: eine Ferienaktion für deutsche Kinder auf Rechnung der »Umbruch«-Abonnenten, der – allerdings zunächst mißglückte, weil von der Regierung untersagte – Versuch, eine »Winterhilfe« zugunsten Deutschlands zu gründen, und vor allem die Bereitschaft zum persönlichen Einsatz für den Sieg Deutschlands in den Freiwilligenformationen der Waffen-SS.⁹⁸ Die völlige Identifikation mit Hitlerdeutschland veranschaulichte eine der ersten Meldungen über den Vormarsch in Rußland: »Die gewaltigen Kampfhandlungen im Osten verlaufen überall zu unseren [!] Gunsten.«⁹⁹ Wenn der seinerzeit gescheiterte Regierungschef Rudolf Schädler seine Stunde für gekommen hielt und als einer der einflußreichsten Führer der neuen Bewegung von »Wir Nationalsozialisten« sprach, so waren diese Worte glaubwürdiger als das aus taktischen Gründen abgegebene Treuebekenntnis zur demokratischen Verfassung des Landes.

Was konnte die Bürgerpartei angesichts der deutschen Erfolge der vor allem in Teilen der Jugend um sich greifenden Siegesstimmung entgegensetzen? Ihre Parteizeitung »Liechtensteiner Volksblatt« wurde einerseits vom »Umbruch« als »Lokalblättchen« abgetan, andererseits – als das mehr oder weniger offizielle Regierungsorgan – fast in jeder Nummer unter Beschuß genommen. Anlaß dazu gaben – von den innenpolitischen Gegensätzen abgesehen – vor allem ihre als »antideutsch und reaktionär« bezeichneten Leitartikel. Die führenden Vertreter der BP mußten sich als »Dunkelmänner«, »Winkeldemokraten« und »Schwarze« beschimpfen lassen, und ihre betonte außenpolitische Neutralität wurde als Zeichen »geistiger Sterilität« hingestellt.¹⁰⁰ Darüber hinaus war jedes einzelne Mitglied der Bürgerpartei gehässigen persönlichen Angriffen ausgesetzt, vor allem ihre Führer Frommelt, Marxer und der Chefredakteur des »Liechtensteiner Volksblatts«, Bernhard Risch, der auch als »Generalsekretär der sterbenden Partei« diffamiert wurde.

War aber die Bürgerpartei wirklich zum »absterben« verurteilt? Allein die Tatsache, daß sich die Volksdeutsche Bewegung ihr immer wieder konfrontiert sah, strafte diese Behauptung Lügen. Noch immer hatte die Regierung die Macht in den Händen und konnte auf die mehrheitliche Unterstützung des Volkes bauen. Hinter der BP stand ein Großteil der Bauern und Handwerker, vor allem des Oberlandes, sie konnte mit der moralischen Hilfe der meisten Geistlichen rechnen und verfügte in der Pfadfinderbewegung über eine in sich gefestigte Jugend. Von daher erklären sich die immer wiederkehrenden Ausfälle, die der »Umbruch« gegen die Obmänner und Gemeindevorsteher der BP richtete. Ein besonderes Ärgernis stellten verständlicherweise die streng katholischen, antinationalsozialistischen Pfadfinder dar, die – vom Staat unterstützt – immer noch die größere Jugendbewegung Liechtensteins bildeten. Vergeblich wurde im

»Umbruch« gefordert, diese Organisation der anglophilen, von jüdischen »Hintermännern« finanzierten und von Prinz Emanuel protegierten »Churchillknaben« aufzulösen. Auch der Versuch, die Liechtensteiner Jugend den »anglo-jüdischen Roverburschen« abspenstig zu machen, indem man sie als »schmächtige Jünglinge« diffamierte und sich über ihre Fahrten als »Trauermärsche« belustigte,¹⁰¹ schlug fehl. Mit Verdächtigungen und Spott allein war den selbstbewußten Pfadfindern, die aus ihrer antideutschen Haltung keinen Hehl machten, nicht beizukommen. Gingen sie doch in ihrem Abscheu vor dem Nationalsozialismus und seinen liechtensteinischen Anbetern so weit, daß sie auch vor dem Bespucken des Hakenkreuzes und dem Beschimpfen des Hitlerbildes nicht zurückschreckten, das Deutschlandlied auspfeifen und nach Ausbruch des Rußlandfeldzugs die VDB-Anhänger mit »Heil Moskau« provozierten.¹⁰² Daß der Angriffstag auf Rußland von liechtensteinischen Geistlichen als »Schwarzer Tag« betrauert wurde, daß sie dann ebenfalls mit »Heil Moskau« grüßten oder für die unterdrückten Polen beteten,¹⁰³ mag der Jugend als Vorbild gedient haben.

Zwischen den beiden Extremen stand, in sich gespalten, die Vaterländische Union. Ihre aus dem Lager des Liechtensteiner Heimatdienstes kommenden Mitglieder hatten sich größtenteils der Volksdeutschen Bewegung angeschlossen, während die früheren Führer der Volkspartei, wie Dr. Vogt, sich an der Regierung beteiligten. Diese nach außen hin als »Verantwortungspolitiker« auftretenden Volksparteiler waren sich mit den maßgebenden Männern der Bürgerpartei in der Verurteilung einer »Straßenpolitik« einig, sollen aber zugleich – wenn man deutschen Quellen Glauben schenken darf – im geheimen mit Deutschland über die Einverleibung Liechtensteins ins Reich verhandelt haben.¹⁰⁴ Als sich im März 1941 Mitglieder der VDB in Schaan versammelten, um den 2. Jahrestag des mißglückten Putsches zu feiern, kam es zu schweren Zusammenstößen mit regierungstreuen Einwohnern.¹⁰⁵ Diese »gewissen Vorkommnisse« veranlassen die Regierung, mit einmütiger Zustimmung des Landtags, ein Verbot »politischer Provokationen jeder Art in Zeitungen oder sonstwie in der Öffentlichkeit« zu erlassen.¹⁰⁶ Mochte der Landesgruppenleiter der VDB seinem »verehrten Landesgruppenleiter in Bern«, Freiherrn von Bibra, nach Schilderung der Unruhen versichern: »Ich – nein, wir fühlen uns glücklich«,¹⁰⁷ in Wirklichkeit war es der Regierung wieder gelungen, die Ruhe herzustellen und die radikale Opposition zu unterdrücken.

Es fällt auf, daß auch diesmal die deutschen Regierungsstellen und die Auslandsdeutschen in Liechtenstein sich mit der Rolle von Zuschauern begnügten und nicht bereit waren, aktiv in die innenpolitischen Vorgänge einzugreifen. Die Volksdeutsche Bewegung ihrerseits wußte aus Erfah-

rung, daß ohne ausdrückliche Zustimmung des Reiches und ohne tatkräftige Hilfe der Parteiinstanzen des Nachbarn ein Umsturzversuch zum Scheitern verurteilt war.

So konnte sich der kluge und zugleich selbstbewußte Hoop erlauben, die zweite Strophe der liechtensteinischen Nationalhymne, zum großen Ärger der VDB, in einer Weise abzuändern, daß Bezüge auf die »deutschen« Aufgaben des kleinen Landes verschwanden.¹⁰⁸ Die alte Fassung lautete: »Wo einst St. Lucien / Frieden nach Rätien hineingebracht, / dort an dem Grenzstein / und längst dem jungen Rhein / steht furchtlos Liechtenstein / auf Deutschlands Wacht.« Die neue Version lautete dagegen: »Mit edler Mutterhand / schützt treu Volk und Land / die Fürstin mild. / Hoch lebe das Fürstenpaar, / Gott schütze es immerdar, / aus unserem Herzen klar / der Jubel quillt.«

Als ein halbes Jahr später Hitler selbst dem Fürsten zu seinem Geburtstag gratulierte,¹⁰⁹ mußten sich die Liechtensteiner Nationalsozialisten wieder auf die publizistische Kontroverse mit dem katholischen »Volksblatt« zurückziehen. Der Schwerpunkt des Parteienkampfes hatte sich inzwischen mehr und mehr nach dem Oberland verlagert, dessen »Großgemeinden« Vaduz und Schaan die politische Szene beherrschten. Die beiden Orte hatten, wie die Volkszählung im Februar 1941 im Vergleich zur letzten von 1930 ergab, jeweils fast 400 Einwohner hinzugewonnen und beherbergten nun 2007 bzw. 1831 der insgesamt 11094 Liechtensteiner Bürger.¹¹⁰

Mit Jahresbeginn 1942 war der Krieg zwischen Deutschland und den Alliierten in ein entscheidendes Stadium getreten, so daß »Der Umbruch« mit vollem Recht von einem »Wendepunkt« der Weltgeschichte sprach, ohne freilich zu ahnen, daß am Jahresende sich bereits die Niederlage Deutschlands abzeichnen würde. Bis Mitte 1942 veröffentlichte die Zeitung wie bisher zuversichtliche Siegesmeldungen, aber schon im Juli sah sie sich gezwungen, ihren Lesern mit Vernunftgründen einzureden, daß England den Krieg verlieren würde.¹¹¹ Die in Deutschland spürbare »Kriegsmüdigkeit« griff auch auf die Liechtensteiner Nationalsozialisten über, die ihre ersten Gefallenen zu beklagen hatten.¹¹² Die anfänglichen Erfolge Rommels in Afrika belebten erneut die Hoffnung auf die Niederwerfung des englischen Imperiums – den Rückzug des Feldmarschalls am 3. November 1942 verschwieg die Zeitung, wie sie sich auch bemühte, dem Beispiel der deutschen Presse folgend, die kurz darauf erfolgte Landung der amerikanischen und britischen Streitkräfte in Nordafrika herunterzuspielen. Auch die schon Ende des Monats vollzogene Einkreisung der deutschen sechsten Armee bei Stalingrad blieb zunächst unerwähnt.

Je mehr sich die militärischen Aussichten der »Achse« verschlechterten, um so größer wurde die Furcht vor einem Überfall Deutschlands auf die

angrenzenden, bisher in ihrer Neutralität belassenen Staaten. Liechtenstein, dessen Schicksal zwar aufs engste mit dem der Schweiz verknüpft war, bewahrte trotzdem seine Unabhängigkeit auch gegenüber dem befreundeten Nachbarland und lehnte es ab, sich in dessen Sicherheitsgürtel einbeziehen zu lassen. Darüber hinaus verfolgten der Fürst und seine Regierung eine betont deutschfreundliche Politik, um das gefährliche Reich nicht zu reizen. So betonte der den Deutschen als vertrauenswürdig geltende stellvertretende Regierungschef Dr. Alois Vogt im November 1942 in Berlin, daß der Fürst »zwar kein Nationalsozialist [sei], aber durchaus deutschbewußt«. Als Beweis führte er an, daß dieser seinerzeit in Mähren die deutschen Volksgruppen in ihrem Kampf gegen die Tschechen unterstützt habe. Das Auswärtige Amt gewann den Eindruck, die liechtensteinische Regierung trage sich mit dem Gedanken, Deutschland um die Errichtung einer eigenen Gesandtschaft anzugehen.¹¹³ Der Fürst selbst nannte in seiner Neujahrsbotschaft in einem Atemzug die Vertiefung der »Schicksalsverbundenheit« mit der Schweiz und die engere Gestaltung der »altgewohnten freundschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reich«.¹¹⁴ Die deutsche Presse lohnte diese zur Schau getragene Neutralität, indem sie Liechtenstein schonend behandelte und beispielsweise anlässlich der 600-Jahr-Feier der Grafschaft Vaduz zwar das »Liliputfürstentum« belächelte, ihm aber im Grundton wohlwollende Artikel widmete.¹¹⁵

Ein Schweizer Blatt charakterisierte bei dieser Gelegenheit Hoop als den »gelehrtesten Regierungschef«. Das Lob dürfte vor allem seinem diplomatischen Geschick gegolten haben. Hoop richtete sein Hauptaugenmerk auf die wirtschaftliche Notlage des Landes, der er durch Übernahme der schweizerischen kriegswirtschaftlichen Maßnahmen und Einführung der landwirtschaftlichen »Arbeitsdienstpflicht« abzuhelfen suchte.¹¹⁶ Das vom Fürsten bei der Vaduzer Jubiläumsfeier als »weitere Aufgabe« bezeichnete Ziel, »den inneren Frieden zu wahren«,¹¹⁷ konnte er jedoch unter den gegebenen Umständen nicht erreichen. Die Auseinandersetzung zwischen der aggressiven Volksdeutschen Bewegung und der in ihren Mitteln ebenfalls nicht wählerischen Bürgerpartei nahm immer mehr die Form einer Verleumdungskampagne gegen die führenden Politiker an. Zwei Gemeindevertreter der Bürgerpartei mußten sich in Prozesse einlassen, um ihre verletzte Ehre zu retten. Als ihren ernstesten Gegner sah die VDB einige einflußreiche Geistliche an, die mit ihrer Kritik an der unmenschlichen Kriegsführung des nationalsozialistischen Deutschlands nicht zurückhielten.¹¹⁸ Der katholische Klerus mußte sich Geldvergeudung vorwerfen lassen, und seine Vertreter wurden als »Wolf im Zylinder« und als mit »seelischer Krüppelhaftigkeit« behaftete Heuchler verunglimpft.¹¹⁹ Dagegen nahm sich »Der Umbruch« der vereinzelt Lehrer und Geistlichen an, die we-

gen ihrer prodeutschen Gesinnung gemäßregelt worden waren. Den »Lausbuben« der Pfadfinder, die nach Aussage der VDB nicht einmal den »Landesdienst« (Arbeitsdienst) gewissenhaft erfüllten, stellten die Liechtensteiner Nationalsozialisten ihre als »Helden« gepriesenen freiwilligen Kriegsteilnehmer entgegen, deren Zahl bis Mitte 1942 auf vierzig gestiegen war.¹²⁰

Es dürfte schwerfallen, die wirklichen Kräfteverhältnisse zwischen den beiden sich bekämpfenden Lagern festzustellen. Die Behauptung der VDB von Anfang 1942, daß es nur noch »einige Anti-Nazis« in Liechtenstein gebe, war zweifellos übertrieben. Allerdings kann die Zahl der Liechtensteiner Nationalsozialisten und ihrer Mitläufer nicht unerheblich gewesen sein, wie das beeindruckende Ergebnis der 1942 zugelassenen »Winterhilfesammlung« für Deutschland beweist.¹²¹ Einen gewissen Anhaltspunkt bieten die Gemeindevahlen vom März, zu denen die VDB keine eigenen Kandidaten aufgestellt, sondern die Parole ausgegeben hatte, gegen die Vertreter der Bürgerpartei zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Da die regierungstreuen Kandidaten Niederlagen erlitten oder nur mit knapper Mehrheit durchkamen und die Zahl der leeren Stimmzettel ungewöhnlich groß war, betrachtete die VDB den »historischen Wahltag« als ihren Sieg.¹²²

Die Wahrheit mag in der Mitte zwischen ihrer und der Auffassung ihrer Gegner gelegen haben. Wie anders ist es zu erklären, daß das halboffizielle »Liechtensteiner Volksblatt« im selben Jahr von Hitler als einem »x-beliebigen Führer« zu sprechen wagte und deutsche Hitlerjungen, die ihr Sommerlager in Liechtenstein abhielten, die feindselige Einstellung der Bevölkerung zu spüren bekamen.¹²³ Die Entscheidungsfrage, vor die »Der Umbruch« seine Leser stellte: »Trittst du zu den Kämpfern oder den Lauen oder gar den Verrätern?«, spiegelt wohl am treffendsten wider, wie sich die Bevölkerung in drei Lager gespalten hatte.

Stimmungswandel unter dem Eindruck der deutschen Niederlagen

Am 2. Februar 1943 erschütterte die Nachricht von der Kapitulation der bei Stalingrad eingeschlossenen Armee die Siegeszuversicht der Deutschen und ihrer Verbündeten. Jetzt mußte »Der Umbruch« die Niederlage des deutschen Heeres zugeben, auch wenn er »Generalfeldmarschall Paulus und seine Getreuen« – wahrheitswidrig – als überzeugte Nationalsozialisten verherrlichte.¹²⁴ Etwa sechs Wochen vorher war die Zeitung, in Abwe-

senheit des Fürsten und gegen den Willen des Regierungschefs, aufgrund eines Mehrheitsbeschlusses des Landtags zum ersten Mal verboten worden, weil sie sich offen für den sofortigen Anschluß Liechtensteins an das Deutsche Reich ausgesprochen hatte. Noch hielt es der Fürst für angebracht, der deutschen Regierung sein Bedauern über das Verbot auszusprechen und ihr mitzuteilen, daß es wieder aufgehoben sei.¹²⁵ Als er einige Wochen später seine Vermählung feierte, wechselten Hitler und er Telegramme, wobei der Fürst die Gelegenheit nutzte, erneut die guten gegenseitigen Beziehungen zu beschwören.

Zur gleichen Zeit sollen sich Vertreter des Reichssicherheitshauptamts bemüht haben, hinter dem Rücken der liechtensteinischen Regierung geführte Besprechungen über den Zusammenschluß der Vaterländischen Union und der Volksdeutschen Bewegung zu einem positiven Abschluß zu bringen.¹²⁶ Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine fürstliche Verordnung vom 18. Februar 1943 über die Verlängerung der »Mandatsdauer des gegenwärtigen Landtages auf unbestimmte Zeit« eine Reaktion auf diese Verhandlungen war, die nicht geheim bleiben konnten. Auf jeden Fall war die Verhinderung von Wahlen und Wahlkämpfen das einzige Mittel, um »in schwerer Zeit die Interessen des Landes und Volkes durch Kontinuität in Gesetzgebung und Verwaltung zu wahren«.¹²⁷ Nach außen gab sich der Fürst klugerweise weiterhin deutschfreundlich, dehnte im Juni die bestehende »Rechtshilfe-Vereinbarung mit dem Deutschen Reich« auf die »Ostmark« aus und versprach in Berlin dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts, einen Erholungsaufenthalt für deutsche Kinder aus bombengefährdeten Gebieten in seinem Land zu erwägen.¹²⁸

Inzwischen vollzog sich im Fürstentum ein langsamer, aber unaufhaltsamer Stimmungswechsel. Wenn »Der Umbruch« früher siegessicher von einer nationalsozialistischen Neuordnung Europas gesprochen hatte, so rief er seit Stalingrad zur Rettung des Abendlandes vor der bolschewistischen Gefahr auf. Der gemeinsame Vernichtungsplan der verbündeten Amerikaner und Russen gegen Europa, vom »Geist des Massenmordes« getragen und in »Kinder mord« ausartend,¹²⁹ sollte dem Leser die im Fall einer deutschen Niederlage auch Liechtenstein drohende Gefahr vor Augen führen. Wenn es im »Umbruch« hieß: »Der Kleine ist nur im Schutze des Großen etwas«, und im »Liechtensteiner Volksblatt« ebenfalls von der »Sicherung der Kleinen« die Rede war, so hatte freilich jeder einen anderen »Großen« im Sinn.¹³⁰ Für die einen war Hitler immer noch der »Retter Europas«, die anderen sahen in Churchill den Garanten der Selbständigkeit Liechtensteins.

Doch weder Hitler noch Churchill hatten in jenen Tagen ein Interesse an dem abgelegenen Fürstentum. Dagegen verfolgte die Schweiz, deren Bun-

desrat ebenfalls um die Wahrung der demokratischen Staatsordnung besorgt war, mit größter Aufmerksamkeit die Vorgänge in dem kleinen Nachbarstaat. Als »Der Umbruch« glaubte, sich über die parlamentarischen Spielregeln der Schweizer Bundesräte lustig machen zu können, »die in geordnetem Ochsenum von einem Platz auf den anderen rücken«, ¹³¹ benutzte die liechtensteinische Regierung die Schweizer Beschwerde, um gegen das rechtsradikale Blatt vorzugehen. Das längst fällige, auf ein halbes Jahr begrenzte Verbot der Zeitung fiel mit der Landung der amerikanischen und englischen Truppen in Sizilien zusammen (10. 7. 1943), die den Auftakt zur Kapitulation Italiens darstellte (3. 9. 1943). Durch die militärischen Erfolge der Alliierten ermutigt, hielt es der Fürst diesmal nicht mehr für nötig, den Deutschen Rede zu stehen. Inzwischen näherte sich der Krieg den Grenzen Liechtensteins, und die Regierung befürchtete, daß auch »unser Land in irgendwelcher Form in Mitleidenschaft gezogen« werden könne. Um einem möglichen Ansturm von Flüchtlingen oder Katastrophen durch Bombenabwürfe zuvorzukommen, verstärkte sie die heimische Polizei auf fünfzig Mann. ¹³² Die Bombardierung des benachbarten Feldkirch durch amerikanische Flugzeuge am 1. Oktober 1943 zeigte, wie unmittelbar die Gefahr drohte.

Bei Ablauf des gegen ihn erlassenen Verbots erschien »Der Umbruch« am 19. Februar 1944 von neuem, ohne daß die Redakteure ahnten, daß dies seine letzte Nummer sein werde. Diesmal begnügte sich die Regierung nicht mit einem zeitweiligen Verbot, sondern schaltete das nationalsozialistische Organ endgültig aus. Ein weiteres Zeichen für das steigende Selbstvertrauen und die Festigung der antinationalsozialistischen Front war Mitte April die Gründung des Mitteilungsblatts der Liechtensteiner Pfadfinder, »Die Jugend«, das seiner ersten Nummer das Bekenntnis »Alles für Gott, Fürst und Vaterland« voranstellte. ¹³³

Mit der Landung der Alliierten in der Normandie am 6. Juni schien sich der Krieg seinem Ende zu nähern, doch die schweren, verlustreichen Kämpfe der nächsten elf Monate brachten den Liechtensteinern zum Bewußtsein, daß die Gefahr kriegerischer Verwicklungen noch nicht gebannt war. Drei im vorletzten Kriegsjahr erlassene Verordnungen spiegelten die Befürchtungen, die Wachsamkeit und die Umsicht der Regierung wider. ¹³⁴ Durch die erste vom 10. Juli wurde der Verleih von staatsfeindlichen Publikationen unterbunden. Bei der »Bekanntmachung über die Anwendbarkeit mehrerer schweizerischen Bundesratsbeschlüsse über Herstellung, Beschaffung und Vertrieb, Einfuhr und Ausfuhr von Kriegsmaterial« vom 16. November ging es darum, jede nur mögliche Verletzung der liechtensteinischen Neutralität zu verhindern. Mit der Verordnung vom 29. November schränkte die Regierung den Waffengebrauch der Polizei gegen De-

serteure und Flüchtlinge, die in wachsender Zahl über die Grenze kamen, aufs äußerste ein.

Am 10. September hatte das Fürstenhaus nach einem alliierten Luftangriff auf Wien Opfer zu beklagen, es verzichtete jedoch zunächst auf eine Evakuierung seiner dort verbliebenen Mitglieder und Beamten.¹³⁵ Dagegen ergriff der Fürst Ende 1944 die Initiative zur Wiedereröffnung der seit 1933 stillgelegten liechtensteinischen Gesandtschaft in Bern, die er mit seinem Bruder Heinrich besetzte. Der Landtag, der in einem ausführlichen Memorandum seine innen- und außenpolitischen Bedenken gegen den eigenmächtigen Schritt des Landesherrn zum Ausdruck gebracht hatte, vor allem im Hinblick auf die mögliche Reaktion der deutschen Regierung, billigte nachträglich den Beschluß.¹³⁶

Wie sehr sich die politischen Kräfteverhältnisse in Liechtenstein gewandelt hatten, geht aus einem Bericht des Deutschen Generalkonsuls in Zürich vom 27. Oktober 1944 hervor. Danach mußte ein Angestellter der fürstlichen Bank, der als neuer Ortsgruppenleiter der Volksdeutschen Bewegung in Vaduz vorgesehen war, auf seine Ernennung verzichten, weil er sonst seine Stellung verloren hätte. Dieser Vorgang zeige, »wie heute selbst die liechtensteinische Regierung, die sicher hinter der Angelegenheit steht, gegen uns vorzugehen bereit ist.«¹³⁷

Um den wachsenden Flüchtlingszustrom einigermaßen zu bewältigen – allein vom 25. April bis zum 2. Mai 1945 flohen 7369 Soldaten und Zivilisten nach Liechtenstein –, verstärkte die Regierung kurz vor Kriegsende die Grenzkontrolle.¹³⁸ Ende April versuchten auch österreichische »SS-Schreckensmänner«, sich vor den vorrückenden Franzosen in dem Zwergstaat in Sicherheit zu bringen, wurden aber von liechtensteiner Hilfspolizei und Schweizer Grenzwachorganen aufgespürt. Als dann am 4. Mai 1945 an der liechtensteinisch-vorarlbergischen Grenze die ersten französischen Offiziere erschienen, atmete die Bevölkerung des Fürstentums erleichtert auf. Vier Tage später feierte sie das Kriegsende mit einem Dankgottesdienst, war sie doch »wie durch ein Wunder durch den schrecklichen Weltkrieg heil und unversehrt durchgekommen.«¹³⁹ Jetzt konnte auch der Fürst seine wahre Gesinnung in einem Glückwunschtelegramm an den amerikanischen Präsidenten zum Ausdruck bringen.

Noch vor dem Kriegsende erfüllte der Fürst sein zwei Jahre vorher abgegebenes Versprechen, einen neuen Landtag wählen zu lassen. Das Ergebnis der erstmals nach dem Proporzgesetz vom Jahr 1939 durchgeführten Abstimmung bestätigte die seinerzeit in einem Kompromiß vereinbarte Zusammensetzung der Volksvertretung: Acht Sitze erhielt die Fortschrittliche Bürgerpartei und sieben die Vaterländische Union. Auch an den regionalen Unterschieden hatte sich kaum etwas geändert. Die Bürgerpartei verdankte

ihre Mehrheit dem Unterland, blieb aber im Oberland hinter der Volkspartei zurück. In seiner Thronrede sagte der Fürst, auf die Kriegsjahre zurückblickend: »Daß wir vom Kriege nicht stärker heimgesucht wurden, verdanken wir der großen heimattreuen Mehrheit unseres Volkes, den bestehenden Verträgen mit der wehrhaften und vorsorgenden Schweiz, aber vor allem dem besonderen Schutz und Segen Gottes.«¹⁴⁰ Damit sprach er der Mehrheit der Bevölkerung aus der Seele. In der Sitzung am 20. Juli 1945 würdigte der neue Landtagspräsident die Verdienste des zurückgetretenen Regierungschefs: Er »war auch Außenminister. Wenn unsere Außenpolitik in normalen Zeiten vielleicht weniger kompliziert erscheint, haben wir dies während der Kriegszeit doch nicht sagen können. Die bekannten Methoden des nationalsozialistischen Reiches haben von unserer Regierung vielfach ein unpopuläres Dulden und Handeln verlangt, das aber im Interesse unserer Selbsterhaltung Gebot der Pflicht und – Gott sei Dank – auch von vollem Erfolg begleitet war.«¹⁴¹

Liechtenstein und die Juden in den Kriegsjahren

Die Schlußworte der letzten Nummer des »Umbruchs« (12. 2. 1944) waren ein Angriff auf die in Liechtenstein lebenden Juden, als wollte das »Kampfblatt der Deutschen Volksbewegung in Liechtenstein« nochmals zusammenfassend betonen, gegen wen es in erster Linie seinen Kampf geführt hatte. Gab es doch – von der dritten Nummer vom 19. Oktober 1940 an – kaum eine Ausgabe, in der die Juden nicht in irgendeinem Zusammenhang als »der Feind« dargestellt wurden. Drei Hauptmotive bestimmten seitdem die antisemitischen Ausfälle: die Juden und der Krieg; die Verderbtheit der jüdischen Rasse; die »Lösung der Judenfrage« in Liechtenstein.

Daß die Juden, diese »Gottesgeißel für die Völker«,¹⁴² die Schuld am Ausbruch des Krieges trugen, gehörte zu den Axiomen der Liechtensteiner Nationalsozialisten. Der erste gegen Juden gerichtete Artikel im »Umbruch« machte sie für die sich abzeichnende deutschlandfeindliche Politik Roosevelts verantwortlich, der später als »Judenknecht« angeprangert wurde, was bei seiner angeblich »jüdischen Abstammung« nicht Wunder nimmt. Auch Churchill stand nach der Aussage im »Umbruch« unter jüdischem Einfluß und dankte »seinen Juden« mit dem Versprechen, die »Judenwirtschaft in Europa« wieder aufzurichten.¹⁴³ Nach dem Eintritt der Sowjetunion in den Krieg war ein anderes beliebtes Thema: »Die Juden und der Bolschewismus«, dieses »teuflische Experiment Judas«.¹⁴⁴ Dem – katholischen – Leser wurde erzählt, daß »die Blutsauger der Sowjetunion«

dort kirchliche Heiligtümer zertrampelt und den berüchtigten Massenmord an den polnischen Offizieren in Katyn auf dem Gewissen hätten. Zur selben Zeit, als Nationalsozialisten jüdische Kinder erbarmungslos in die Gaskammern schickten – wovon »Der Umbruch« natürlich keine Kenntnis nahm –, enthüllte er den von Juden ausgeheckten Plan, »alle deutschen Kinder von zwei bis sechs Jahren zu vernichten«. ¹⁴⁵

Stark beunruhigt zeigte sich das antisemitische Blatt von dem Vorhaben, einen jüdischen Staat in Palästina zu errichten, einem Land, auf das die Juden keinerlei Recht besäßen. Mit Genugtuung und Schadenfreude wurde berichtet, daß der mit Deutschland paktierende Großmufti sich in Sicherheit befinde; die »verschärfte [arabische] Aufstandsbewegung« gegen die von den Engländern »importierten Juden« fand Anerkennung. ¹⁴⁶ Noch in seiner letzten Nummer stellte das nationalsozialistische Organ angesichts der amerikanischen und englischen Luftangriffe auf deutsche Städte (den deutschen Luftterror hatte man als selbstverständliche Kriegsmaßnahme hingenommen) kategorisch fest: »Die Art der Kriegsführung ist eine echt jüdische.« ¹⁴⁷

Nach all den gegen die Juden vorgebrachten Beschuldigungen erübrigte es sich eigentlich nachzuweisen, was »echt jüdisch« bedeute. Ob Kapitalismus oder Kommunismus – die Juden waren, nach Ansicht der Völkischen, an allem wirtschaftlichen Elend ihrer Umwelt schuld und hatten nur ihre »Riesenkriegsgewinne« im Sinn. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus der Bibel und dem Talmud dienten dem »Umbruch« als Belegstellen für die feindselige Einstellung der Juden gegen ihre Wirtsvölker. Diese Angriffe auf das Judentum waren weder neu noch originell und der nationalsozialistischen Literatur und Presse entnommen. Es ist daher nicht überraschend, daß »Der Umbruch« sich bis zur »Blutschuldlüge« und »Ritualmordlegende« verstieg, wie es sich für seine Redakteure als gelehrige Schüler eines Streichers, des Herausgebers des berüchtigten »Stürmers«, geziemte.

In den in Liechtenstein lebenden Juden, diesem »jüdischen Abschaum aus aller Herren Länder«, ¹⁴⁸ hatte die Volksdeutsche Bewegung das Objekt ihrer Verachtung und ihres Hasses in greifbarer Nähe. Wenn ein deutschnationaler Außenseiter noch 1935 die Frage stellen konnte: »Sind 500000 Juden ein deutsches Problem? Ist der Jude auch ein Mensch?«, ¹⁴⁹ so stand für die Liechtensteiner Nationalsozialisten die Antwort fest. Die Juden, »frech wie die Wanzen«, sind keine Menschen, und die siebzig Juden, »die Schande der Heimat«, waren ein liechtensteinisches Problem, dessen Lösung die VDB als ihre vordringliche Aufgabe ansah. ¹⁵⁰

Um die im »Umbruch« geforderten antijüdischen Maßnahmen zu rechtfertigen, galt es zunächst, unter der einheimischen Bevölkerung gegen die »herumlungernden« und »faulenzenden« Juden, jene »unnützen Fresser«,

die »keinen Finger rühren«, Stimmung zu machen. Dem im Schweiß seines Angesichtes den Boden bearbeitenden Bauern wurde der »arbeits-scheue« Jude gegenübergestellt, der sich selbst vor dem »Käfern« drücke und noch dazu über den schmutzigen Bauern lustig mache. Der brave Landmann wurde gewarnt, auf die Juden zu schauen, diese »Felddiebe«, die auf dem Weg zum »Forellenfang« nebenbei »Gemüse fischen«, das »Essen wegstehlen oder wegessen« und ihre »vollgefressenen Judenbäuche« zur Schau tragen.¹⁵¹ Man müsse die Hühner vor den jüdischen Hausfrauen bewachen, die sie – religionsgesetzlich geschächtet (Anspielung auf die jüdische Kleintierschächtereie in Schaan?) – auf der »Schabbatplatte« zu wärmen und ihrer Familie mit anderen »Leckerbissen« vorzusetzen pflegten.¹⁵² Zu ihrem Leidwesen mußte die Zeitung feststellen, daß es den Juden immer wieder gelinge, »Rachmones« (jiddisch: Mitleid) zu erwecken und ihre Tauschgeschäfte (Butter gegen Eier und Obst) abzuwickeln.

Ob die Juden wirklich in den Kriegsjahren in Liechtenstein »gut und vergnüglich« leben konnten, darf bezweifelt werden. Benjamin Sommer erhielt erst nach zweijährigem Aufenthalt eine Arbeitsbewilligung und mußte bis zu diesem Zeitpunkt seinen Lebensunterhalt als »Hausierjude« verdienen.¹⁵³ Als er dann mit anderen Emigranten an die Gründung einer Zelluloidfabrik heranging, wurde ihm unterstellt, nur eine »Zweckgründung« zu beabsichtigen. So blieb den Emigranten oft nur der Ausweg, die Liechtensteiner »Tageszeitung« (gemeint ist das »Volksblatt« der Bürgerpartei) auszutragen oder mit den liechtensteinischen Briefmarken Geschäfte zu machen und sich damit der Gefahr auszusetzen, als »Schmarotzer« verschrien zu werden. Von hier bis zur Forderung nach der »völligen Vernichtung« war es nur ein Schritt.¹⁵⁴

Bevor wir die Eskalation der antijüdischen Kampagne verfolgen, ist es angebracht, einem möglicherweise berechtigten Vorwurf gegen die jüdischen Emigranten nachzugehen. Sie wurden als »aufdringliche« Fremdlinge hingestellt, die sich an VDB-Mädchen heranmachten oder sie bedrohten – in einem Fall kam es deshalb zu einem langwierigen Prozeß; sie erregten unliebsames Aufsehen als »krummnäsige Salonäpler«, die die Liechtensteiner Berge verunsicherten.¹⁵⁵ Die Post in Vaduz erschien geradezu als »jüdischer Postbetrieb«, so daß im »Umbruch« ironisch vorgeschlagen wurde, den Platz vor den staatlichen Gebäuden »Judenplatz« zu benennen. Schaan, das ebenfalls viele Juden beherbergte, verwandelte sich, wie im selben Blatt zu lesen war, unter dem Einfluß der »Mosesjünger« zu einem »Mauschelnest«. Selbst wenn diese Vorwürfe sicher übertrieben waren, weist einiges darauf hin, daß gewisse Emigranten sich nicht die gebotene Zurückhaltung auferlegten. So scheint es zumindest zweifelhaft, ob Juden ausgerechnet Heiligenbilder vertreiben oder sich um Aufnahme in

den »Historischen Verein« des Landes bewerben mußten. Zusätzlich brachten Juden als BP-Wähler die sie schützende Regierungspartei in Ver- ruf,¹⁵⁶ deren Führer ohnehin als »Judenfreunde« gebrandmarkt wurden.

Dieser Vorwurf traf unterschiedslos jeden Liechtensteiner, der sich der Juden annahm, von Dr. Ludwig Marxer, der ihnen die Aufenthaltsbewilligung oder Einbürgerung verschaffte (und – so »Der Umbruch« – an ihnen gut verdiente), bis zum Polizisten Josef Beck aus Schaan, der »mit einigen Juden Besprechungen« abhielt. Gemeindevorsteher wie Philipp Elkusch in Schellenberg oder Anton Risch in Schaan, die sich für Emigranten einsetzten, wurden von ihren Gegnern im Wahlkampf als »Judenknechte« hingestellt. Bernhard Risch, Redakteur des »Liechtensteiner Volksblatts«, der in schwerster Zeit unerschrocken gegen das nationalsozialistische Deutschland und seine Liechtensteiner Anbeter auftrat, wurde wiederholt als »Zuhälter« der Juden beschimpft.¹⁵⁷ »Der Umbruch« machte auch vor Geistlichen keinen Halt, sobald sie von der Kanzel herab für die Juden »Reklame machten«. Sein besonderes Augenmerk richtete das gehässige Blatt auf Lehrer Anton Kranz, der mit dem angefeindeten Juden Wollenberg freundschaftlich verkehrte, aber nicht verhindern konnte, daß dieser aus Liechtenstein förmlich hinausgegrault wurde.¹⁵⁸ Am liebsten hätte »Der Umbruch«, nach dem Beispiel des verehrten »Stürmers«, eine »Judenknechtliste« angelegt, mußte sich aber damit begnügen, »jeden, der einen Juden grüßt, der mit Juden verkehrt oder mit Juden mauschelt«, anzupöbeln und jedem »Judenfreund« entgegenzuhalten: »Du wirst selbst vom Juden verachtet.«¹⁵⁹ Nach Meinung des »Umbruchs« waren nicht nur die Juden selbst die »Schande der Heimat«, sondern auch die Judenfreunde »gezeichnet mit dem Brandmal der Schande«.¹⁶⁰

Die systematische Vernichtung der Juden Europas, die sich auf alle von den Nationalsozialisten besetzten Länder erstreckte (»Der Umbruch« zitierte Alfred Rosenberg, daß die Judenfrage erst gelöst sei, »wenn der letzte Jude den europäischen Kontinent verlassen habe«), erweckte den Neid der Liechtensteiner Rechtsradikalen, da ihr Land das einzige »in Europa ohne Judengesetze« geblieben sei.¹⁶¹ Diese Behauptung mußte die Zeitung wenige Monate später einschränken, waren doch auch Schweden und die Schweiz »Schlupfwinkel« der »verdammten« Juden. Auf jeden Fall sollte Liechtenstein nicht das »gefahrlose Absteigequartier« für Juden bilden. Da aber unter den bestehenden Verhältnissen mit einer totalen »Lösung der Judenfrage« in dem Zwergstaat nicht zu rechnen war, hätte die Volksdeutsche Bewegung auch eine »teilweise Lösung« als Erfolg angesehen. Daher begnügte sie sich zunächst mit der Forderung, für die liechtensteinischen Juden nach deutschem Vorbild besondere »Kennzeichen« einzuführen.¹⁶² Daneben verlangte sie wieder und wieder, die Juden in getrennten Arbeits-

lagern zu konzentrieren, wobei sie sich unter anderem auf den »Abtransport« der französischen Juden »in Sondergruppen« in »Lager« (an unbekanntem Ort) berief.¹⁶³ Um den Eindruck zu verstärken, daß diese nicht näher bezeichneten Lager nur in Frankreich selbst zu suchen seien, emporsteuerte sich »Der Umbruch« über die von Juden inspirierte »Greuelpropaganda« gegen Deutschland, der die vorgeblich neutrale Presse Liechtensteins willig Gehör schenke: »Man schreibt nur über Judendeportation.«¹⁶⁴ Dasselbe Blatt, das auf diese Weise die durchsickernden Nachrichten über Vernichtungslager in Osteuropa zu leugnen suchte, veröffentlichte jedoch Mitte 1942 den Brief eines Liechtensteiner Freiwilligen, der für die Sorgen seiner Gesinnungsgenossen zu Hause eine einfache Lösung wußte: »Ein paar Stunden Heimaturlaub für uns SS-Freiwillige und die Judenfrage in Liechtenstein wäre gelöst.«¹⁶⁵ Das war durchaus ernst gemeint. Der Schreiber hatte in Osteuropa von seinen Meistern gelernt. Im Fürstentum waren solche Methoden aber nicht möglich. Die daheimgebliebenen Genossen mußten sich mit der Aufforderung begnügen: »Abhauen oder sich verkriechen!«¹⁶⁶ Da die Emigranten jedoch nirgendwohin »abhauen« konnten, wurde Liechtenstein nicht »judenfrei«.

Die Juden wollten sich aber auch nicht »verkriechen«. Ob sie, wie »Der Umbruch« aufgrund italienischer Zeitungsmeldungen und eigener Beobachtung verbreitete, tatsächlich für den englischen Geheimdienst tätig waren und Handelsspionage zugunsten der Alliierten trieben, ist fraglich. Dagegen steht fest, daß sie um das Schicksal der europäischen Juden wußten und die Wahrheit verbreiteten (»Schauermärchen über Deutschland und seine Führung« nannte es »Der Umbruch«). Für ihre polnischen »Brüder« (so »Der Umbruch«) gründeten sie einen Hilfsverein, der auch notleidende Flüchtlinge in Liechtenstein selbst unterstützte.¹⁶⁷ Mit einem Wort, sie schlossen sich, wie stets und überall, aneinander an, kamen, so es möglich war, in Vaduz und Schaan zum gemeinsamen Gottesdienst zusammen und stellten ihre Solidarität mit den leidgeprüften Glaubensgenossen unter Beweis.

Rückblickend erinnern sich die Kinder dieser Emigranten, daß sie in der Volksschule von ihren Mitschülern gemieden und insbesondere von den Söhnen der in Liechtenstein ansässigen Deutschen mit »Saujud« beschimpft wurden. Ein dreizehnjähriges Mädchen, begeistertes Mitglied der Pfadfinderinnenbewegung, mußte erfahren, daß selbst diese ausgesprochen antinationalsozialistische Organisation sich dem Druck der VDB beugte und ihrem Vater nahelegte, ihr »aus irgendwelchen Gründen das Mitmachen bei den Pfadfinderinnen zu verbieten«.¹⁶⁸

Die Lehrer und Lehrerinnen dagegen, unter ihnen in den höheren Schulen österreichische Fratres und Nonnen, die vor den Nationalsozialisten

nach Liechtenstein geflüchtet waren, zeigten weitgehendes Verständnis für die jüdischen Schüler und Schülerinnen und die Vorschriften ihrer Religion. So wurden sie, auf Wunsch ihrer Eltern, am Sabbat und an Feiertagen vom Schreiben befreit.¹⁶⁹ Besonderes Lob zollen die jüdischen Flüchtlinge in ihren Berichten dem Regierungschef, Regierungssekretär Ferdinand Nigg und Rechtsanwalt Marxer. »Dank ihnen konnten sich mehrere jüdische Familien nach Liechtenstein retten.«¹⁷⁰

In einem abgewogenen Bericht faßt ein seit 1935 in Liechtenstein lebender Jude alle Momente zusammen, die insgesamt ein positives Bild ergeben:¹⁷¹ »Grundsätzlich kann folgendes gesagt werden: Die Regierung und der größte Teil der Bevölkerung waren dem Nationalsozialismus gegenüber ablehnend. Hervorzuheben ist insbesondere die menschliche Haltung gegenüber den Juden, kamen doch Leute in das kleine – damals ca. 10000 [Einwohner] zählende – Land, die Aufenthaltsgenehmigung und zum Teil auch Arbeitsgenehmigung erhielten. Man darf dabei nicht übersehen, daß Liechtenstein fremdenpolizeilich von dem Entscheid der Schweizer Fremdenpolizei Bern abhängig wurde. Prekärer wurde die Lage 1938 nach dem Anschluß des benachbarten Österreich. Ein großer Teil der Opposition in der Regierung hätte den Anschluß am liebsten mitvollzogen. Splittergruppen aus dieser Opposition waren ausgesprochen antisemitisch. Eine neue Zeitung mit Namen ›Umbruch‹ wurde von dieser Splittergruppe gegründet, die im Stil ›Stürmer‹ redigiert war. Ab dieser Zeit bis fast vor Ende des Krieges gab es auch persönliche antisemitische Anrempelungen. Alle Juden versuchten weiterzuwandern – sofern sich ihnen die Möglichkeit bot –, denn Liechtenstein hatte kein Militär und wäre nicht verteidigt worden. (Zollanschluß mit der Schweiz, aber ein politisch selbständiges Land.) Die damalige Regierung hatte nur die Möglichkeit zu laviieren, um die Selbständigkeit des Landes zu bewahren, und es spricht für ihre Menschlichkeit, daß sie auch zu dieser kritischen Zeit die Juden nicht weggewiesen hat. Einzelne jüdische Flüchtlinge, die über die hohen Berge aus Österreich kamen, wurden nicht zurückgewiesen.«

Nachspiel und Nachklang

Nach dem Krieg wagte die Regierung mehr zu tun als nur zu »laviieren«, als es um das Schicksal einer etwa 600 Mann zählenden Truppe ging, die unter dem Namen »Erste Russische National-Armee« auf deutscher Seite gekämpft hatte. Um nicht in die Hände der Westalliierten zu fallen, überschritt sie am 2. Mai die liechtensteinische Grenze, legte die Waffen nieder

und wurde von den überrumpelten Behörden des Landes in einem Sammel-lager untergebracht. Die spontane Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und die straff organisierte Betreuung der Internierten durch das kurz vorher in Liechtenstein gegründete »Rote Kreuz« übertrafen jede Vorstellung. Das kleine Land hatte sogar den Mut, der mächtigen Sowjetunion zu widerstehen, um das Leben dieser »ruhigen, religiösen und anständigen Leute« zu retten.¹⁷² Ein Vergleich mit der Behandlung der jüdischen Flüchtlinge – bei aller Berücksichtigung der andersgelagerten Bedingungen – drängt sich einem auf und wäre eine besondere Untersuchung wert.

Für die an dem Putschversuch vom 24. Mai 1939 Beteiligten gab es noch ein Nachspiel. Sie waren, wie erinnerlich, unter dem Druck der damaligen Verhältnisse nach achtmonatiger Haft entlassen worden und hatten sich nach Deutschland abgesetzt. Nach ihrer Heimkehr nach Kriegsende mußten sie sich wegen Hochverrats verantworten. Am 25. Januar 1946 wurde das Urteil gefällt: Fünf Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen sieben zu Zuchthausstrafen von zwei Monaten bis zu fünf Jahren verurteilt, doch wurde vom außerordentlichen Milderungsrecht Gebrauch gemacht.¹⁷³ In Anbetracht der Probleme, die sich aus dem engen Zusammenleben der Bewohner des kleinen Landes ergaben, muß man für die hier geübte Nachsicht Verständnis aufbringen, auch wenn es sich um Menschen handelte, die bereit gewesen wären, »die Schande der Heimat« auszulöschen.¹⁷⁴

Anlässlich der Ausstrahlung der Fernsehserie »Die Geschichte der Familie Weiss« im Deutsch-Schweizer Fernsehen sah sich das »Liechtensteiner Volksblatt« veranlaßt, das Thema »Liechtenstein und die Judenfrage« in Erinnerung zu bringen.¹⁷⁵ Mit Recht betonte der Verfasser des Leitartikels, daß »geschichtliche Ereignisse immer aus der Warte ihrer Zeit betrachtet werden müssen«, und bemühte sich, unter dieser Voraussetzung dem Verhalten seiner Mitbürger gegenüber den Juden gerecht zu werden. Seine kurze, objektive Übersicht unterbaute er mit Zitaten aus dem »Umbruch«, denen er die Überschrift »Schande der Heimat« voranstellte, eine Formulierung, die ebenso zutreffend diesen Aufsatz beschließen kann.

Anmerkungen

- ¹ Für die Protokolle der nichtöffentlichen Landtagssitzungen (Konferenzsitzungen) besteht eine Sperrfrist von 50 Jahren, die jedoch – nach Einsicht in die Liechtenstein betr. Akten des Bundesarchivs (BA) in Koblenz und des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes (PAA) in Bonn – die Arbeit kaum beeinträchtigte.
- ² In Anlehnung an das Vorwort zur ursprünglich französischen Fassung des bisher umfangreichsten Werks über Liechtenstein: Pierre Raton, Liechtenstein. Staat und Geschichte. Vaduz 1969.
- ³ Claus Grimm, Internierte Russen in Liechtenstein, in: Historisches Jahrbuch Liechtenstein 1971, S. 97.
- ⁴ Die folgenden statistischen Angaben sind dem »Liechtensteiner Heimatdienst« (LHD) vom 3. 3. 1934 entnommen; Prozentzahlen vom Verfasser errechnet.
- ⁵ Nach Raton (wie Anm. 2), S. 136–138.
- ⁶ PAA, Politische Abt. II, Liechtenstein, Politik, Band 1.
- ⁷ Bericht vom 22. 3. 1926, ebenda.
- ⁸ Heimatland, 16. 4. 1927, 18. 5. 1927.
- ⁹ Landtagsprotokoll vom 22. 4. 1929 (Liechtensteinisches Landesarchiv [LLA]).
- ¹⁰ Schreiben des Leiters des LLA, Dr. Alois Ospelt, an den Verfasser vom 10. 12. 1984. Dr. Ospelt sei an dieser Stelle für seine Hilfsbereitschaft gedankt.
- ¹¹ Die Unterlagen zu diesem Abschnitt im PAA, Gesandtschaft Bern, Pol. 4, Nr. 8 a Liechtenstein, Politisches.
- ¹² »Liechtensteiner Volksblatt« vom 7. 2. 1933, zitiert nach einem Bericht des Deutschen Generalkonsulats Zürich an das AA Berlin vom 7. 2. 1933, PAA (wie Anm. 6).
- ¹³ Die folgende Darstellung beruht auf den Akten des PAA (wie Anm. 6) bzw. PAA (wie Anm. 11); ferner auf der Akte im BA, Sammlung Schumacher, betr. Liechtenstein.
- ¹⁴ LHD, 25. 11. 1933, 22. 9. 1934, 26. 9. 1935.
- ¹⁵ Berliner Lokal-Anzeiger vom 12. 10. 1933.
- ¹⁶ Liechtensteinisches Landes-Gesetzblatt (LLG) 1934, Nr. 1, 10. 1. 1934.
- ¹⁷ LHD, 14. 10., 21. 10., 28. 10. 1933.
- ¹⁸ Z. B. LHD, 28. 10. 1933; 28. 8. 1934; 8. 9. 1934; besondere Beachtung verdient in diesem Zusammenhang der am 18. 11. 1933 veröffentlichte Glückwunsch zum Namenstag der Fürstin Elsa, deren jüdische Abstammung man bei dieser Gelegenheit geflissentlich übersah. – Auf Einzelbelege für die folgenden Angaben muß aus Platzmangel verzichtet werden.
- ¹⁹ LHD, 21. 12. 1933; 4. 4. 1934; 5. 10. 1935. Eine Übersicht über die Erwähnung des LHD in der ausländischen Presse (ebenda) zeigt die Schweiz (32mal) vor Deutschland (17mal) und Österreich an erster Stelle. Das Deutsche Generalkonsulat in Zürich berichtete am 11. 8. 1934, daß der LHD »etwa dieselben Ziele verfolgt wie die Nationale Front in der Schweiz«. PAA, (wie Anm. 6).
- ²⁰ Schreiben vom 19. 9. 1935 an Geheimrat von Renthe-Fink, ebenda.
- ²¹ LHD, 28. 10., 2. 12. 1933.
- ²² Die folgende Darstellung hauptsächlich nach der auffallend nüchternen Einschätzung deutscher Beobachter in den Berichten der Jahre 1934–1936 an das AA. (PAA, [wie Anm. 6]); außerdem nach LHD 1933/34.
- ²³ LLG 1934, Nr. 14 (12. Dezember) bzw. Nr. 9, (14. September).

- ²⁴ LHD, 2. 3. 1935.
- ²⁵ Zu den Unterzeichnern gehörten namhafte Vertreter der Volkspartei (VP), wie die mit dem LHD sympathisierenden früheren Regierungsräte Dr. Wendelin Beck und Dr. Alois Frick und vor allem ihr Spitzenkandidat Dr. med. Otto Schädler (LHD, 23. 2. 1935).
- ²⁶ LHD, 23. 3., 13. 4., 11. 5., 18. 5. 1935.
- ²⁷ LHD, 1. 6. 1935.
- ²⁸ Ebenda.
- ²⁹ LHD, 20. 7. 1935.
- ³⁰ LHD, 21. 12. 1935.
- ³¹ LHD, 4. 7. 1934; 7. 7. 1934.
- ³² »Reichspost« vom 20. 3. 1936; LHD, 15. 12. 1934; 11. 6. 1935.
- ³³ Reusch an Renthe-Fink (AA), 19. 9. 1935, PAA, (wie Anm. 6) Für das folgende auch seine weiteren vertraulichen Berichte ebenda.
- ³⁴ Kurzbericht der Landesleitung des LHD vom 22. 12. 1934 nach der Vaduzer Kundgebung.
- ³⁵ Vgl. Anm. 33.
- ³⁶ Deutsches Konsulat Zürich an das AA am 29. 11. 1935, PAA (wie Anm. 6).
- ³⁷ LHD, 2. 11. 1934.
- ³⁸ LHD, 24. 11. 1934.
- ³⁹ LHD, 21. 9. 1935; schon 1934 war mit Genugtuung über Auflösungen jüdisch-christlicher Ehen in Deutschland (14. 3. 1934; 16. 5. 1934) berichtet worden.
- ⁴⁰ Vgl. Anm. 36.
- ⁴¹ LHD, 27. 7. 1935.
- ⁴² Die Gesamtzahl der jüdischen Emigranten, die während des Krieges in der Schweiz Zuflucht fanden, betrug 28 512 (= 0,7 % der Bevölkerung). Alfred Hässler, Das Boot ist voll. Die Schweiz und die Flüchtlinge, 1933 bis 1945. Zürich 1967, S. 338–339.
- ⁴³ LHD, 7. 9., 26. 10., 14. 12. 1935. Die übrigen Zitate ebenda 23. 3., 20. 4., 17. 8., 9. 11. 1935.
- ⁴⁴ Alle folgenden Informationen nach PAA (wie Anm. 6).
- ⁴⁵ Brief von Dr. Alois Ospelt vom 10. 12. 1984; das »Liechtensteiner Vaterland«, das bis Juni 1944 die Redakteure nicht weniger als achtmal wechselte, lag mir nicht vor, doch sind wir über Inhalt und Tonart der Zeitung weitgehend aus den uns zur Verfügung stehenden Quellen unterrichtet.
- ⁴⁶ Reichspost, 20. 3. 1936; vertrauliche Berichte an das AA vom 20. 1. 1936, PAA (wie Anm. 6).
- ⁴⁷ Vertrauliche Berichte, ebenda.
- ⁴⁸ Dieser Abschnitt basiert auf den Protokollen der nichtöffentlichen Landtagssitzungen, die z. Z. noch gesperrt sind, so daß ich auf eine detaillierte Beweisführung verzichten muß. Hier sei nur ein Beispiel angeführt: Dem Berliner Warenhausunternehmer Georg Tietz, bis 1934 Teilhaber des bekannten Konzern Hermann Tietz, dessen Konsolidierung die Nationalsozialisten noch im Sommer 1933 im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen toleriert hatten (s. Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Bd. 1. München 1980, S. 763), wurde die Einbürgerung trotz der offensichtlichen wirtschaftlichen Vorteile für die Gemeinde Ruggell versagt.
- ⁴⁹ LLG 1936, Nr. 5 (28. Januar).
- ⁵⁰ LHD, 25. 5. 1935.
- ⁵¹ LHD, 19. 9. 1934; 19. 1. 1935. Die NSDAP-Ortsgruppe in Liechtenstein charak-

terisierte Vogelsang mit folgenden Worten: »... ein sogenannter Gschäftelhuber, der versucht für seine Interessen bzw. diejenigen des Liechtensteinischen Heimatdienstes deutsche Stellen und Persönlichkeiten einzuspinnen«. (Deutsches Generalkonsulat am 28. 12. 1934, PAA, Gesandtschaft Bern, Liechtenstein, Allgemeines, Bd. 1, Paket 436/5).

⁵² Die folgende Darstellung stützt sich vor allem auf das freigegebene Protokoll der außerordentlichen öffentlichen Sitzung des Landtags am 26. 4. 1937 (LLA).

⁵³ LLG 1937, Nr. 3 (2. April); Bericht Deutsches Generalkonsulat Zürich, 29. 4. 1937, PAA, Gesandtschaft Bern, Pol 4, Nr. 86, Fürstentum Liechtenstein, Innere Angelegenheiten und Verwaltung.

⁵⁴ Berichte Deutsches Generalkonsulat, 29. 4. und 18. 8. 1937, ebenda.

⁵⁵ PAA (wie Anm. 51).

⁵⁶ PAA (wie Anm. 6).

⁵⁷ Meldung aus Liechtenstein vom 19. 3. 1938, PAA, Dienststelle Ribbentrop Volksdeutsche Mittelstelle.

⁵⁸ Protokoll der Konferenzsitzung am 15. März 1938; Liechtensteiner Volksblatt, 19. 3. 1938, abgedr. in: Liechtenstein 1938–1978. Bilder und Dokumente. Vaduz 1978, S. 10.

⁵⁹ Vgl. Anm. 57; außerdem Vermerk aus dem Reichspropagandaministerium, 6. 3. 1938 (wie Anm. 51).

⁶⁰ Aktenvermerke vom 18. 3. und 25. 3. 1938, PAA (wie Anm. 57) außerdem: BA, R 43 II/1436a, fol. 1.

⁶¹ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 11.

⁶² Neue Zürcher Zeitung, 31. März 1938, abgedr. ebenda, S. 12.

⁶³ Rücktrittsschreiben vom 28. März 1938 (ebenda, S. 12); Protokoll der öffentlichen Landtagssitzung vom 30. März 1938 (LLA).

⁶⁴ LLG 1938, Nr. 18, 26. Juli; Aufzeichnung für den Empfang des Fürsten von Liechtenstein in Berlin 1.–3. 3. 1939, S. 22–23. PAA, (wie Anm. 57) Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58).

⁶⁵ Protokoll Landtagssitzung vom 30. März 1938 (LLA).

⁶⁶ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 25.

⁶⁷ Bericht Deutsches Generalkonsulat Zürich an das AA, 17. 12. 1938, PAA (wie Anm. 53).

⁶⁸ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 26.

⁶⁹ LLG 1938, Nr. 20 (15. November).

⁷⁰ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 26.

⁷¹ Gesetz vom 18. Januar 1939 über die Einführung des Verhältniswahlrechts, LLG 1939, Nr. 4, (20. Januar).

⁷² Verordnung zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie zur Wahrung des Ansehens und der wirtschaftlichen Interessen des Landes, LLG 1939, Nr. 5 (27. Januar).

⁷³ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 20.

⁷⁴ Zitat aus der Rede Dr. Vogts am 11. 3. 1939; das Protokoll verzeichnet: abwesend Dr. O. Schädler, ebenda, S. 30.

⁷⁵ Die folgende detaillierte Darstellung beruht auf den Akten der Volksdeutschen Mittelstelle (im PAA), dem Bericht des Deutschen Generalkonsulats und der offiziellen Verlautbarung der liechtensteinischen Regierung. Mündliche Auskünfte in Liechtenstein bestätigten die schriftlichen Quellen.

⁷⁶ »Bündner Oberländer«, Schiers, 28. März 1939, abgedr. in: Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58) S. 29.

- ⁷⁷ Ebenda, S. 30; auf der Einheitsliste erschienen an erster Stelle Frommelt und Otto Schädler. Die Sitze verteilten sich von jetzt an: Unterland 8, Oberland 9.
- ⁷⁸ Ebenda, S. 36
- ⁷⁹ Deutsches Generalkonsulat an AA, 3.6.1939, PAA (wie Anm. 53).
- ⁸⁰ Einzelheiten in den Landtagsprotokollen des Jahres 1939. Als sich im Mai 1939 die liechtensteinische Regierung über die Schweiz ausnahmsweise für einen schon früher eingebürgerten jüdischen Bürger verwandte (Zwangsarisierung seines in Deutschland befindlichen Besitzes), erhielt sie, wie vorauszusehen, einen abschlägigen Bescheid. PAA (wie Anm. 53).
- ⁸¹ Deutsches Generalkonsulat Zürich, 6. April 1939, PAA (wie Anm. 11).
- ⁸² Schriftwechsel AA – Deutsches Generalkonsulat Zürich, 17.8.1939; 10.10.1939, ebd.
- ⁸³ Sämtliche Bezeichnungen sind einem »Staaten im Kleinstformat« überschriebenen Artikel in »Der Arbeitsmann« vom 27.7.1938 entnommen, BA, Smlg. Schumacher, Liechtenstein.
- ⁸⁴ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 40.
- ⁸⁵ Ebenda, S. 41.
- ⁸⁶ LLG 1939, Nr. 13 (September).
- ⁸⁷ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 48.
- ⁸⁸ Bericht vom 19. Juli 1940 betr. politische Verhältnisse in Liechtenstein, PAA, Inland II g, 409.
- ⁸⁹ Deutsche Gesandtschaft Bern an das AA, 12.4.1940, PAA (wie Anm. 53).
- ⁹⁰ LLG 1940, Nr. 15 (20. Juli).
- ⁹¹ LLG 1940, Nr. 9–11 (20./21./22. Mai).
- ⁹² Protokoll Landtagssitzung 16. August 1940. Z. B. setzte sich die vermögende Familie Tietz 1940 nach Kuba ab. Benjamin Sommer (München) erhielt das Visum für Liechtenstein unter der Bedingung, eine Fabrik mit 100 Arbeitsplätzen zu errichten (Brief der Tochter Susi Pugatsch, Zürich, vom 21.1.1985).
- ⁹³ Deutsches Generalkonsulat Zürich an AA, 7.11.1940, PAA (wie Anm. 11).
- ⁹⁴ »Der Umbruch. Kampfblatt der Volksdeutschen Bewegung in Liechtenstein«, Nr. 1, 5. Oktober 1940.
- ⁹⁵ Liechtensteiner Volksblatt, 19.10.1940, zitiert nach: Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 55.
- ⁹⁶ BA, Adjutantur des Führers, NS 10/524. Z. B. hatte der Fürst ein Schloß bereits im Herbst 1938 der HJ zur Verfügung gestellt und die Adoptierungskosten von 30000 RM »über eigenen Entschluß« auf sich genommen. Während des Krieges stellte er Räume seines Feldberger Schlosses für deutsche Kriegsverletzte zur Verfügung. Kabinettsdirektor Martin (Wien) an das AA am 2.12.1940, Umbruch 12.12.1940.
- ⁹⁷ Umbruch, 11.1.1941.
- ⁹⁸ Darüber wurde zum ersten Mal am 2.11.1940 berichtet; mit besonderer Genugtuung teilte die Zeitschrift am 23.4.1941 mit, daß sich der Sohn des Landtagsabgeordneten Franz Hoop (VU) zur Waffen-SS gemeldet habe.
- ⁹⁹ Umbruch, 19.7.1941.
- ¹⁰⁰ Ebenda, 12.5., 21.5., 19.7., 10.9.1941.
- ¹⁰¹ Ebenda, 12.3.1941 (das einzige Mal, daß im »Umbruch« ein Mitglied des Fürstentums angegriffen wurde); 9.8., 8.10.1941.
- ¹⁰² Ebenda, 9.8., 11.8., 8.10., 12.10.1941.
- ¹⁰³ Ebenda, 28.6., 1.2.1941.
- ¹⁰⁴ PAA (wie Anm. 88).

- ¹⁰⁵ Umbruch 5.4.1941.
¹⁰⁶ LLG 1941, Nr. 10 (1. April).
¹⁰⁷ Brief vom 30. März 1941, PAA (wie Anm. 53).
¹⁰⁸ Umbruch, 11.1.1941.
¹⁰⁹ Ebenda, 30.8.1941.
¹¹⁰ Statistisches Jahrbuch Fürstentum Liechtenstein. Vaduz 1977, S. 23 (zitiert nach Liechtenstein 1938–1978, [wie Anm. 58], S. 70).
¹¹¹ Umbruch, 29.7.1942.
¹¹² Der erste liechtensteinische Kriegsgefallene war Alois Hoop (Umbruch, 28.1.1942); im Verlauf des Jahres erschienen weitere Todesanzeigen.
¹¹³ PAA, Büro des Staatssekretärs, Liechtenstein, Bd. 1.
¹¹⁴ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 81.
¹¹⁵ Völkischer Beobachter, 8. Mai 1942; Mitteldeutsche Nationalzeitung, 6. Mai 1942.
¹¹⁶ LLG 1942, Nr. 15 (30. März) Nr. 18 (31. März).
¹¹⁷ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 73.
¹¹⁸ Umbruch, 9.12.1942; 19.6.1943. In dem letzteren Aufsatz wurden zum ersten und einzigen Mal im »Umbruch« deutsche Konzentrationslager erwähnt, weil der angegriffene Pfarrer seiner Gemeinde darüber berichtet hatte.
¹¹⁹ Umbruch, 26.7.1941; 26.8.1942.
¹²⁰ Ebenda, 20.1., 27.6.1942; nach Angaben der VDB 4% der kriegsfähigen männlichen Bevölkerung. Ab 10.1.1942 veröffentlichte die Zeitung fortlaufend begeisterte »Briefe von der Front«.
¹²¹ Ebenda, 14.1., 28.1.1942; das Endresultat ergab: 5852.25 fr. und 30 RM, eine nicht unbedeutende Summe für das kleine, im Krieg verarmte Land.
¹²² Ebenda, 1.4.1942; als eklatantestes Beispiel führte die Zeitung Triesenberg an, dessen Gemeindevorsteher (BP) erst im 9. Wahlgang gewählt wurde (ebd., 11.4.1942).
¹²³ Ebenda, 24.9.1942; mündliche Aussage eines früheren deutschen Hitlerjungen (Vaduz, Sommer 1978); Staatssekretär AA am 15.6.1943, PAA (wie Anm. 113).
¹²⁴ Umbruch, 6.2.1943.
¹²⁵ Audienz des Kabinettsdirektors des Fürsten von Liechtenstein im AA am 16.2.1943, PAA (wie Anm. 113). Zwischen dem 24.12.1942 und dem 3.2.1943 war »Der Umbruch« nicht erschienen.
¹²⁶ PAA, (wie Anm. 88).
¹²⁷ LLG 1943, Nr. 4 (27. Februar).
¹²⁸ LLG 1943, Nr. 11 (28. Juni). Schreiben in PAA (wie Anm. 113).
¹²⁹ Umbruch, 12.5., 19.5.1943.
¹³⁰ Ebenda, 10.2., 31.3.1943.
¹³¹ Ebenda, 6.7.1943.
¹³² Der freie Rätler, Chur, 11.8.1943, nach: Liechtenstein 1938–1978, S. 100.
¹³³ Ebenda, S. 106.
¹³⁴ LLG 1944, Nr. 15 (21. Juli); Nr. 20 (21. Nov.); Nr. 22 (5. Dez.).
¹³⁵ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 107, 115.
¹³⁶ Neue Zürcher Zeitung, 27.12.1944.
¹³⁷ PAA (wie Anm. 53).
¹³⁸ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 116; s. dort detaillierte Angaben über die Staatsangehörigkeit der Flüchtlinge.
¹³⁹ Liechtensteiner Vaterland, 9.5.1945, ebenda, S. 117.
¹⁴⁰ Ebenda, S. 125.

- ¹⁴¹ Liechtensteiner Volksblatt, 21. 7. 45, abgedr. ebenda, S. 126.
- ¹⁴² Umbruch, 21. 4. 1943.
- ¹⁴³ Ebenda, 19. 11. 1941; 14. 3. 1942.
- ¹⁴⁴ Ebenda, 5. 6., 12. 6. 1943; 20. 12. 1942.
- ¹⁴⁵ Ebenda, 23. 9. 1942.
- ¹⁴⁶ Ebenda, 14. 5., 14. 6. 1941.
- ¹⁴⁷ Ebenda, 12. 2. 1944.
- ¹⁴⁸ Ebenda, 23. 5. 1942.
- ¹⁴⁹ Fritz Max Dose, Sind 500000 Juden ein deutsches Problem? Ist der Jude auch ein Mensch? Köln-Kalk 1935.
- ¹⁵⁰ Umbruch, 24. 12. 41; 14. 3., 24. 6. 1942; 17. 3., 12. 6. 1943. Die Zahl der in Liechtenstein lebenden Juden dürfte höher gelegen haben. Nach Schätzung im »Umbruch« hielten sich in Vaduz allein 50 Juden auf (13. 5. 1942), und Susi Pugatsch spricht in ihrem Brief von etwa 40 Haushaltungen in diesem Ort.
- ¹⁵¹ Umbruch, 3. 5. 1941; 25. 7., 15. 8., 26. 8., 29. 8., 9. 12. 1942; 15. 5. 1943 und öfter.
- ¹⁵² Ebenda, 3. 12. 1941; 4. 4., 11. 2., 29. 7. 1942. Frau Edith Guggenheim bestätigt, daß ihr Vater, Dr. Moses Strauss, die »Schechita« in Schaan für die dortigen jüdischen Familien ausführte.
- ¹⁵³ Susi Pugatsch über ihren Vater (vgl. Anm. 92); Umbruch, 18. 10. 1941.
- ¹⁵⁴ Umbruch, 8. 2. 1941.
- ¹⁵⁵ Ebenda, 29. 8. 1942; 30. 6. 1943.
- ¹⁵⁶ Ebenda, 1. 8. 1942; 3. 6. 1942; 1. 4. 1942.
- ¹⁵⁷ Ebenda, 8. 2., 18. 10., 12. 11., 15. 11. 1941.
- ¹⁵⁸ Ebenda, 22. 4. 1943; 13. 6., 19. 7., 21. 10., 7. 11., 14. 11., 25. 11. 1942; 12. 6. 1943.
- ¹⁵⁹ Ebenda, 19. 12. 1942, 22. 5. 1943.
- ¹⁶⁰ Ebenda, 29. 5. 1943.
- ¹⁶¹ Ebenda, 2. 4. 1941; 7. 3. 1942.
- ¹⁶² Ebenda, 12. 9. 1941; 30. 9. 1942.
- ¹⁶³ Ebenda, 17. 5., 6. 12., 24. 12. 1941; 5. 12. 1942; 26. 6. 1943.
- ¹⁶⁴ Ebenda, 8. 10. 1941; 12. 9. 1942; 19. 6. 1943.
- ¹⁶⁵ Ebenda, 19. 6. 1942.
- ¹⁶⁶ Ebenda, 1. 2. 1941.
- ¹⁶⁷ Ebenda, 19. 6. 1943.
- ¹⁶⁸ Mitteilung von Frau Edith Guggenheim.
- ¹⁶⁹ Ebenda.
- ¹⁷⁰ Ebenda und Schreiben von Susi Pugatsch vom 21. 1. 1985.
- ¹⁷¹ Brief M. B. vom 8. 2. 1984.
- ¹⁷² Grimm (wie Anm. 3), S. 43–100.
- ¹⁷³ Liechtenstein 1938–1978 (wie Anm. 58), S. 130.
- ¹⁷⁴ Dr. Otto Schädler widmete das »Liechtensteiner Vaterland« am 28. 12. 1965 einen warmen Nachruf, in dem es ihm »politische Befriedigung« »über den Parteihader hinweg« nachsagte (ebenda, S. 329); sowohl Schädler als auch Vogt bekleideten nach dem Krieg hohe politische Ämter.
- ¹⁷⁵ Liechtensteiner Volksblatt, 7. 5. 1979.

Der Nationalsozialismus als Markenzeichen und Exportartikel Das Dritte Reich und die Entwicklung des Faschismus in Holland und Frankreich

1933–1939

von Dietrich Orlow

Der Streit zwischen den historiographischen Schulen über Wesen, Bedeutung und Ursprung des europäischen Faschismus ist fast so alt wie diese Form des Rechtsradikalismus selbst. Ein Ende ist nicht abzusehen; die wissenschaftliche und polemische Faschismusliteratur füllt inzwischen mittelgroße Bibliotheken.¹ Doch der Reichtum an Monographien bringt mehr Verwirrung als Aufklärung; denn selbst bei der Diskussion von Grundsatzfragen und -begriffen ist es in der Faschismusforschung schwer, gemeinsame Nenner zu finden.

Unumstritten ist eigentlich nur, daß die faschistischen Gruppen eine Vielfalt von Organisationsformen entwickelten und in den Ländern Europas ein unterschiedliches Maß an politischem Einfluß gewannen. Dagegen hat die Wissenschaft noch nicht entschieden, ob der Faschismus eine eigenständige politische und ideologische Erscheinungsform bildet oder ob er als Teil übergreifender Problematiken wie der Modernisierung oder des Hochkapitalismus behandelt werden sollte.² Auf diese und andere grundsätzliche Fragen Antworten zu erarbeiten, wird durch die stillschweigende Tendenz zum Historismus erschwert, die die Faschismusforschung wohl mehr als andere Forschungsgebiete durchzieht. Kontroversen der Gegenwartspolitik beeinflussen die Fragestellungen in der Faschismusforschung noch immer stark. Gerade weil der Faschismus unlösbar mit der neuesten Zeitgeschichte verbunden war und mit Begriffskategorien han-

delte, die teilweise auch in der heutigen politischen Polemik gebräuchlich sind – die Palette reicht von Antikommunismus bis »Volkszersetzung« –, gerät auch der Wissenschaftler in die Versuchung, bei der Anwendung des Etiketts »faschistisch« die nötige analytische Präzision vermissen zu lassen.³

Es kann nicht Aufgabe dieses Aufsatzes sein, dem Streit um das Wesen des Faschismus eine weitere Theorie hinzuzufügen. Allerdings scheint es zweckmäßig, der nachfolgenden Betrachtung eine kurze – und grob vereinfachte – Übersicht über den gegenwärtigen Stand des Streites um den Terminus »Faschismus« vorzuschicken. Ein solcher Abriss ist vielleicht geeignet, die historiographische Ausgangsposition dieser Ausführungen über die Beziehungen zwischen deutschen Nationalsozialisten und westeuropäischen Faschisten klarzustellen.

Um bei der Metapher des Streits zwischen wissenschaftlichen Schulen zu bleiben: die vorherrschenden Faschismustheorien werden von Nominalisten, Realisten und Universalisten vertreten. Nominalisten lehnen es ab, den Faschismus als übergreifende politische Erscheinungsform zu behandeln. Für sie ist der Faschismus schlicht eine spezifisch italienische Form des Rechtsradikalismus. Andere gesellschaftliche und historische Umstände bildeten nach dieser Auffassung den Nährboden für völlig andersartige Formen des Rechtsradikalismus, wie den Nationalsozialismus in Deutschland oder den Codreanismus in Rumänien. Auch bestreiten die Nominalisten, daß es sich bei »typischen« faschistischen Stilformen, z. B. bei der zumindest optischen Militarisierung der Politik, überhaupt um etwas grundsätzlich Neues gehandelt habe. Sie meinen, hier lediglich eine Wiedergeburt früherer massenwirksamer Diktaturformen, wie z. B. des Bonapartismus, zu sehen.⁴

Die realistische Schule gibt zwar zu, daß die faschistischen Parteien nach dem Ersten Weltkrieg als neuartige politische Organisationsformen des Rechtsradikalismus entstanden, sie lehnt jedoch den Faschismus als begriffsmethodische und historiographische Kategorie ab. Für die Realisten besteht der »Faschismus« in der Zwischenkriegszeit aus einer Vielzahl nationalistischer, rechtsradikaler Gruppen, die zwar gewisse optische, nicht jedoch essentielle Gemeinsamkeiten aufweisen.⁵

Universalisten endlich gehen davon aus, daß es sich beim Faschismus in der Tat um eine neuartige Erscheinungsform in der europäischen Politik handelte, deren individuelle Manifestationen zwar die Eigenarten der nationalen Umstände reflektierten, die als Ganzes gesehen jedoch ideologische, organisatorische und stilistische Gemeinsamkeiten aufwies. Diese Gemeinsamkeiten sind demgemäß nicht Folgen optischer Zufälle, sondern empirisch erfaßbare Konkretisierungen eines politischen Universaltypus.

Mit anderen Worten, der Faschismusbegriff kann und sollte wissenschaftliche Verwendung finden bei der komparativen Analyse rechtsradikaler Gruppen in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg.⁶

Die folgende kurze Untersuchung der Beziehungen zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und den französischen und holländischen faschistischen Gruppen geht von der universalistischen Faschismuskonzeption aus, ohne zu verkennen, daß auch diese mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden ist. So bleiben, um nur ein Beispiel anzuführen, die sozialen Voraussetzungen des Faschismus als universaler Erscheinungsform umstritten. Die ursprünglich von Gustav Bauer entwickelte, dann von Seymour Lipset, Heinrich August Winkler u. a. m. verfeinerte Theorie, der Faschismus habe seinen Ursprung in einem politischen Aufstand des proletarisierten Kleinbürgertums,⁷ ist in den letzten Jahren scharf kritisiert worden. In neuester Zeit hat besonders Richard Hamilton einen Frontalangriff gegen Lipsets These des »Extremismus der Mitte« unternommen. Der kanadische Soziologe postuliert, daß traditionell konservative Gesellschaftsschichten die Hauptanhängerschaft des Nationalsozialismus bildeten, so daß die Grenzen zwischen der faschistischen und der traditionellen Rechten erheblich fließender seien als bisher angenommen.⁸

Es ist weder möglich noch angebracht, den Versuch zu wagen, im Rahmen eines Aufsatzes diese und andere konzeptionelle Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Dies ist auch schon deshalb schwierig, weil die Geschichte der faschistischen Bewegungen der drei Länder unterschiedlich gut aufgearbeitet ist. Während Untersuchungen über den deutschen Nationalsozialismus inzwischen lange Regale füllen, wissen wir relativ wenig über die Entwicklung der faschistischen Gruppen in Holland und Frankreich. Bezeichnenderweise fehlt bisher eine umfassende Darstellung der bedeutendsten holländischen faschistischen Partei, der *Nationaal Socialistische Beweging* (NSB), unter Anton Adriaan Mussert,⁹ und was den deutschen Einfluß auf die Krise des Liberalismus und die Entwicklung des Faschismus in den Niederlanden anbetrifft, so sind unsere Kenntnisse noch geringer. Auch Untersuchungen über die Geschichte des Rechtsradikalismus in Frankreich sind noch weitgehend von Gemeinplätzen bestimmt und durch emotionale Gesichtspunkte der Kollaborationsdiskussion überlagert.¹⁰ Somit will die nachfolgende Darstellung keinesfalls den Anspruch erheben, ein definitives Urteil über die Beziehungen zwischen deutschen Nationalsozialisten und holländischen und französischen Faschisten zu erbringen. Dies ist auch nicht erforderlich, denn für eine komparatistische Untersuchung genügt eine Variation der Methodik, die Ernst Nolte als »phänomenologisch« bezeichnet hat.¹¹

Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den faschistischen Bewegungen in Holland und Frankreich

Der Ausgangspunkt für die Erforschung der wechselseitigen Beziehungen zwischen den faschistischen Bewegungen in den drei Ländern ist ihre Selbstdarstellung. Alle Gruppen sahen sich als politische, klassenüberbrückende, revolutionäre Massenbewegungen, deren innenpolitisches Ziel der »integrale Nationalstaat« war. Die innenpolitische Neuordnung wiederum war zugleich Selbstzweck und Mittel, um ein außenpolitisches Ziel zu verwirklichen: die politische, militärische und territoriale Ausdehnung bzw. Konsolidierung der eigenen Nation gegenüber den Nachbarn oder anderen Großmächten. Für Zwecke der Komparatistik ist es relativ unerheblich, inwieweit dieses Selbstbild objektiv richtig war, wichtiger ist die Tatsache, daß den faschistischen Gruppen der drei Länder diese Zielsetzungen gemeinsam waren, und daß sie sich als »verwandte Bewegungen« anerkannten, wobei sie bewußt Ideologie, Organisationsformen und Stilelemente von einander kopierten.¹²

Die deutschen, französischen und holländischen faschistischen Gruppen teilten nicht nur Zielsetzungen, sie verdankten ihre Entstehung auch einem gemeinsamen Nährboden. Hierbei spielten sowohl langfristige als auch kurzfristige Entwicklungen der europäischen Geschichte eine Rolle, ausschlaggebend jedoch waren kurzfristige Faktoren. Wohl verursachten Industrialisierung und Urbanisierung Verschiebungen und Unsicherheiten in der traditionellen Gesellschaftsstruktur, die den Weg für neue Ideologien und politische Organisationsformen ebneten, doch erst der Erste Weltkrieg und seine Folgen gaben dem Faschismus eine Massenbasis, die es ihm ermöglichte, mit etablierten Ideologien und Parteien erfolgreich zu konkurrieren.¹³ Diese Feststellung gilt nicht nur für die kriegführenden Mächte Deutschland und Frankreich, sondern, wie noch zu zeigen sein wird, überraschenderweise auch für die neutralen Niederlande.

Das vierjährige Völkerringen führte in ganz Europa zu schweren Erschütterungen der Nachkriegsgesellschaften. Neue Gruppen – in erster Linie die organisierte Arbeiterschaft – drängten auf Teilnahme an der politischen Macht. Aber es kam nicht nur zu erheblichen Machtverschiebungen in der Innenpolitik, auch die Regeln der politischen Auseinandersetzung blieben nicht unverändert. Politische Entscheidungen und Kompromisse der »Eliten unter sich«, ausgearbeitet im Rahmen einer parlamentarischen oder autoritären Verfassung, wichen der politischen »Versäulung« (der Begriff fand seinen Weg in die Wissenschaft durch das holländische Wort *verzuiling*) der Gesellschaft. Bei dieser in den letzten Jahren wieder intensiver untersuchten Entwicklung¹⁴ handelte es sich um zwei parallele Vorgänge.

Einmal ging es um die Ersetzung der traditionellen ständischen Eliten durch massenwirksame, politisch gut organisierte und finanzkräftige Gesellschaftsgruppen, in erster Linie die Religionsgemeinschaften, die organisierte Arbeiterklasse und das Unternehmertum. Diese »Säulen« gab es schon vor 1918, aber erst der Erste Weltkrieg ermöglichte es der Arbeiterklasse in allen drei Ländern und den Katholiken in Holland und Deutschland, als gleichberechtigte Machtfaktoren aufzutreten. Zugleich brachte die politische Umschichtung neue Formen der Machtausübung mit sich. Charles Maier und andere haben überzeugend nachgewiesen, daß die »Versäulung« die Bedeutung der Parlamente und der alten Honoratioren entscheidend verminderte. An ihre Stelle trat eine Form des politischen Korporatismus, wobei die staatstragenden »Säulen« unmittelbar Verbindung miteinander aufnahmen, um gesellschaftspolitische Entscheidungen zu treffen.

Infolgedessen erwies sich die herkömmliche parlamentarische Verfassungsstruktur als unzulänglich; häufige Kabinettskrisen waren in allen drei Ländern an der Tagesordnung. Gleichzeitig entstand ein Gefühl politischer Impotenz auf seiten derer, die entweder nicht einer der tragenden »Säulen« angehörten oder als Gruppe durch eine andere »Säule« von den Schalthelmen der Macht verdrängt wurden. Unter diesen Unzufriedenen fand der Faschismus seine politische Marktlücke: Das Versprechen, nach dem Sieg des Faschismus werde er eine neue Form des Integralismus schaffen, die Säulen beseitigen und die nationale Einheit wiederherstellen, fiel in diesen Kreisen auf fruchtbaren Boden.

Während die Geschichte des Nationalsozialismus in seiner Bewegungsphase als bekannt vorausgesetzt werden darf, sollen Entwicklung und Beschaffenheit des französischen und holländischen Faschismus hier kurz skizziert werden. Wenn es ein Ereignis gibt, das als Geburtsstunde des französischen Faschismus gelten kann, so ist es die feierliche Überführung der Urne mit den sterblichen Überresten Jean Jaurès' in das Panthéon am 23. November 1924. Die französischen Faschisten deuteten diese Zeremonie, analog der Revolution in Deutschland von 1918/19, als Signal, daß das französische Proletariat mit der Zersetzung der nationalen Einheit begonnen habe, indem es für sich als gleichberechtigte »Säule« Anspruch auf politische Macht erhob.¹⁵ Neben politischer Unzufriedenheit mit der Nachkriegssituation gab es auch in Frankreich chronische wirtschaftliche Strukturschwierigkeiten. Die akuten Folgen der Weltwirtschaftskrise setzten zwar in Frankreich, wie auch in Holland, später als in Deutschland ein, aber seit 1929, und besonders nach 1934, wurde es zunehmend schwerer, die Interessengegensätze zwischen den gesellschaftlichen »Säulen« zu überbrücken.¹⁶ Allerdings blieben die politischen Spannungen in Frankreich

bis in die Mitte der dreißiger Jahre weniger brisant als in Deutschland. Zum einen kam das siegreiche Ende des Ersten Weltkriegs dem nationalen republikanischen Konsens in Frankreich zugute, und zum zweiten war der französische Linksradikalismus in Form der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) bis 1934 relativ schwach.

Weit mehr als in Deutschland war die französische *droite révolutionnaire* eine Erscheinung der Großstädte und besonders der Hauptstadt. In der Zwischenkriegszeit wurde Paris zum Zentrum rechtsradikaler Umtriebe, eine Entwicklung, die dem französischen Faschismus zeitweilig eine politische Potenz gab, die in keinem Verhältnis zu seiner zahlenmäßigen Anhängerschaft in ganz Frankreich stand.¹⁷ Auf der anderen Seite führte die Konzentration des faschistischen Anhängerpotentials in der Hauptstadt zur Konkurrenz einer Vielzahl von rivalisierenden Gruppen und Führern. Im Gegensatz zu der Entwicklung in Deutschland gab es unter den französischen Rechtsextremisten keine unumstrittene und überragende Führerpersonlichkeit.

Welche Parteien und Bewegungen zum faschistischen Lager in Frankreich zählten, bleibt umstritten. Es ist nicht einfach zu bestimmen, wo die Grenzen zwischen der konservativen Rechten, der *droite légaliste*, und dem Faschismus, der *droite révolutionnaire*, verliefen. Gewissermaßen das Bindeglied zwischen den beiden Lagern bildete die einflußreichste französische Rechtsorganisation, die *Action Française* (AF).¹⁸ Diese straff aufgebaute, anti-republikanische, aber monarchistische Bewegung hielt zwar immer eine gewisse organisatorische und ideologische Distanz zu den eigentlichen Faschisten (oder besser gesagt, ihr intellektueller Kopf, Charles Maurras, nahm diese Haltung ein), doch gingen fast alle französischen faschistischen Führer – mit der einzigen bedeutenden Ausnahme von Jacques Doriot – »durch die Schule der AF«, bevor sie eigene Organisationen gründeten.¹⁹

Wie schon angedeutet, bot der französische Faschismus organisatorisch das schillernde Bild einer Vielzahl von Wehrverbänden, Parteien und Intellektuellenzirkeln, die abwechselnd miteinander kooperierten und rivalisierten. Zu den bedeutendsten der eindeutig faschistischen Gruppen Frankreichs gehörten zweifelsohne Georges Valois' *Le Faisceau*, die von dem Kosmetikfabrikanten François Coty finanziell unterstützte *Solidarité Française*, Marcel Bucards *Francisme* sowie ab 1936 die von dem ehemaligen Kommunistenführer Jacques Doriot gegründete *Parti Populaire Français* (PPF). Zweifelhafte ist die Etikettierung »faschistisch« bei Wehrverbänden wie Pierre Taittingers *Jeunesses Patriotes* und besonders der paramilitärischen Verbindung *Croix de Feu* des Obersten de La Rocque bzw., nachdem diese 1936 aufgelöst wurde, ihrer Nachfolgeorganisation, der *Parti Social Français* (PSF).

Die große Anzahl der Organisationen und die politische Treibhausatmosphäre in Pariser Rechtskreisen brachten es mit sich, daß intellektuelle Wortführer und ihre Presseorgane im französischen Faschismus eine größere Rolle als in Deutschland oder den Niederlanden spielten. »Politik machen« war im französischen Rechtsradikalismus oft ein Synonym für Auseinandersetzungen in Form von Leitartikeln und literarischen Ergüssen auf den Feuilletonseiten der faschistischen Presse. Dies führte unter anderem zu einer erheblichen Überbewertung der politischen Konsequenzen dieser Art von literarischem Faschismus. Für manche französische Faschistenführer war ein besonders prägnanter Leitartikel in einem dubiosen Blatt mit minimaler Auflagenhöhe gleichbedeutend mit politischem Aktivismus.²⁰

Im Gegensatz zur Situation in Deutschland, wo die These von den Industriemillionen, die das finanzielle Rückgrat der NSDAP gebildet hätten, sich inzwischen als unwahr herausgestellt hat,²¹ bestanden in Frankreich in der Tat enge Verbindungen zwischen einzelnen Unternehmern und faschistischen Organisationen und Publikationen. Gewisse Unternehmer, wie z. B. der Champagnerproduzent Taittinger, hielten sich quasi-faschistische Privatorganisationen, in diesem Fall die *Jennesses Patriotes*, mehr oder weniger wie Rennpferde. Die Anhänger massenwirksamer Organisationen, wie der *Parti Populaire Français* und der *Parti Social Français*, waren in der Regel, wie noch zu zeigen sein wird, scharf antikapitalistisch eingestellt, während ihre Führer oft gemäßigttere Haltungen einnahmen. Hier hofften Industriekreise zweifellos, durch ihre Zuwendungen die Stellung der moderaten Führer zu stärken.²²

Das Fazit der Bewegungsphase des französischen Faschismus bis 1933 ergab eine erheblich schlechtere Ausgangsposition für den Übergang zur Machtphase als in Deutschland. Politisch und zahlenmäßig war der französische Rechtsradikalismus weitaus schwächer als der deutsche Nationalsozialismus in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Die politische Schwäche war sowohl eine Folge der Uneinigkeit faschistischer Führer und Gruppen als auch der besseren Zusammenarbeit der Gegner des Faschismus. Der höhere Grad des republikanischen Konsenses in Frankreich verhinderte die Verselbständigung der staatstragenden Eliten, die politische Entscheidungen in der Spätphase der Weimarer Republik weitgehend unmöglich gemacht hatten. Trotzdem, auch der französische Faschismus war 1933 eine politische Potenz mit Zukunftschancen. Mitte der dreißiger Jahre wurde der republikanische Konsens zusehends brüchiger,²³ während die beginnende Machtphase des Nationalsozialismus die Entwicklung des Faschismus in Frankreich begünstigte.

Auf den ersten Blick gesehen, schien der gesellschaftliche Nährboden für die Entwicklung des Faschismus in den Niederlanden besonders ungün-

stig. Holland blieb während des Ersten Weltkriegs neutral; demzufolge gab es weder das Problem der unzufriedenen Frontkämpfergeneration noch der kriegsbedingten wirtschaftlichen Strukturschwierigkeiten. Die Niederlande hatten eine lange, ungebrochene demokratische Tradition, und die Gesellschaftsstrukturen waren selbst in der Zwischenkriegszeit noch ausgeglichen; Holland hatte bislang die Folgen überschneller Verstädterung und Industrialisierung vermieden.

Doch dieser Eindruck täuschte. Obgleich wirtschaftliche Spannungen zunächst ausblieben, schufen politische Entwicklungen eine ausbaufähige Anfangsposition für die Gründung faschistischer Gruppen. Gewiß, die »marxistische Revolution« im Herbst 1918 bestand aus wenig mehr als einem Aufruf ohne Wiederhall des Sozialistenführers Pieter Jelles Troelstra, doch ihre Schockwirkung in gewissen Kreisen des holländischen Mittelstandes war erheblich. Wie der Staatsakt im Panthéon galt sie als Symptom für die Neugestaltung der politischen Machtverhältnisse in Holland. Aus der Perspektive der holländischen Faschisten gesehen, verschlechterte die Nachkriegsentwicklung das grundsätzliche Übel der demokratischen *verzuijing* noch durch eine folgenschwere Umschichtung der Machtverhältnisse. Die traditionellen niederländischen Eliten ließen es zu, daß neben den herkömmlichen mittelständischen (und überwiegend protestantischen) »Säulen« nicht nur eine marxistisch geprägte Arbeitersäule, sondern auch eine Katholikensäule als gleichberechtigte Partner auftraten.²⁴

Während in Frankreich in erster Linie innenpolitische Spannungen den Faschismus begünstigten, waren in Holland die Außen- und Kolonialpolitik besonders umstritten. Weit verbreitet war das Bewußtsein, Holland hätte gerade durch seine Nichtbeteiligung am Ersten Weltkrieg seine Position als Großmacht eingebüßt. Holländische Faschisten behaupteten, Frankreich gewähre Belgien seine besondere Unterstützung, auch gegen Holland, weil dieses Land als kriegführende Macht an seiner Seite gestanden habe. Die Überzeugung, daß die demokratische Regierung der Niederlande 1926 beim Abschluß des Scheldevertrags die holländischen Interessen gegenüber Belgien nicht gebührend gewahrt habe, war ein Faktor, der 1931 zur Gründung der bedeutendsten faschistischen Partei Hollands, der *Nationaal Socialistische Beweging*, führte. Ein weiterer Katalysator war die Furcht, die Niederlande könnten Holländisch-Indien (Indonesien) als Kolonialbesitz verlieren. Die holländischen Faschisten sahen in dem wachsenden Einfluß Japans in Ostasien nicht nur eine akute Gefahr für Hollands Zukunft als koloniale Großmacht, sondern auch ein Zeichen, daß es mit ganz Europa »*bergaf*« ginge.²⁵

Das organisatorische Bild des holländischen Faschismus zeigte zunächst ebenfalls eine Vielzahl rivalisierender Gruppen,²⁶ doch bis 1933 hatte sich

das Feld weitgehend gelichtet. Zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen »Machtergreifung« in Deutschland waren zwei Organisationen von sehr unterschiedlicher Bedeutung repräsentativ für den holländischen Faschismus. Die *Nationaal Socialistische Nederlandsche Arbeider Partij* (NSNAP) hatte nur ein paar hundert Mitglieder, und selbst diese waren fast ausnahmslos Holländer, die ihren ständigen Wohnsitz in Deutschland hatten. Im niederländischen politischen Leben war die NSNAP eine wirkungslose Erscheinung. Für deutsche Stellen war sie jedoch nach 1933 interessant, weil diese Gruppe die nationalsozialistische Rassenideologie übernahm und zugleich den Anschluß Hollands an Deutschland propagierte. Die *Nationaal Socialistische Beweging* dagegen war eine spezifisch holländische faschistische Gruppe mit einer erheblichen und wachsenden Zahl von Anhängern und Aktivisten im Heimatland selbst. Dennoch: Auch der holländische Faschismus bildete 1933 keine ernsthafte Gefahr für die Stabilität der demokratischen Verfassungsform in den Niederlanden.

Die Sozialstruktur der Anhänger des Nationalsozialismus ist seit langem ein »heißes« Thema in der Faschismusforschung.²⁷ Vergleichbare Untersuchungen für die französischen und holländischen Gruppen gibt es kaum. Soweit das dürftig vorhandene Material überhaupt aussagekräftig ist, zeigt es allerdings erhebliche Unterschiede in der sozialen Komposition des westeuropäischen und deutschen Faschismus. Gewiß, auch der französische Faschismus übte seine Anziehungskraft auf Kriegsveteranen und Elemente des alten Mittelstandes aus, aber als Ganzes gesehen überwog der Anteil proletarischer bzw. proletarisierter Großstadtbewohner. Die bäuerliche Komponente des französischen Faschismus war erheblich schwächer als in Deutschland; die Mehrzahl der französischen Bauern blieb dem republikanischen Konsens treu.²⁸

Die Sozialstruktur der holländischen faschistischen Organisationen zeigte mehr Parallelen mit Frankreich als mit Deutschland. Auch der holländische Faschismus war eine Groß- und Hauptstadterscheinung. Seine Aktivisten und Sympathisanten waren zunächst in Amsterdam, Utrecht und Rotterdam konzentriert.²⁹ Die bedeutendste faschistische Gruppe, die *Nationaal Socialistische Beweging*, sprach vornehmlich Teile des holländischen Mittelstandes an, wobei zu Anfang Kolonialbeamte und Überseesiedler in überdurchschnittlich großer Zahl als Aktivisten hervortraten. Diese Gruppe bildete auch die Hauptgeldquelle des holländischen Faschismus, der im Gegensatz zum französischen so gut wie keine Zuwendungen durch die Industrie erhielt.³⁰ Später gelang der NSB allerdings auch der Einbruch in bäuerliche und kleinstädtische Schichten.

Die gesellschaftlichen Umschichtungen in allen drei Ländern erzeugten

in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg so etwas wie einen faschistischen Zeitgeist. Inhalt bzw. Existenz der faschistischen Ideologie gehören zwar auch zu den umstrittenen Themen in der Faschismusforschung, aber es ist nicht allzu schwierig, die Konturen eines faschistischen Wertsystems herauszuarbeiten. Dieses Gedankengut wurde übrigens während der Blütezeit des Faschismus keinesfalls als Quantité négligeable betrachtet; auch politische Gegner und Neutrale nahmen es durchaus ernst.³¹

Die faschistischen Wertvorstellungen hatten sowohl negativen als auch positiven Inhalt, wobei die negativen Forderungen erheblich präziser ausgearbeitet waren. Grob verallgemeinert lehnten Faschisten die Grundlagen des modernen europäischen Pluralismus, insbesondere die Ideen der Aufklärung und der Französischen Revolution, ab. Sie wandten sich konsequent gegen Rationalismus, Liberalismus, parlamentarische Demokratie, Marxismus und, mit unterschiedlicher Vehemenz, Kapitalismus. Darüber hinaus lehnten deutsche und französische Faschisten die Emanzipation und Gleichberechtigung der Juden als Konsequenzen des Liberalismus ab. Die faschistischen Gruppen in Deutschland, Holland und Frankreich gaben diesen Werten unterschiedliche Prioritäten, aber die negativen Zielvorstellungen des deutschen und westeuropäischen Faschismus lassen sich un schwer auf einen gemeinsamen Nenner bringen: Die Faschisten wollten das Rad der europäischen Geschichte seit der Aufklärung und der Französischen Revolution zurück- bzw. in eine andere Richtung drehen.³²

Im Gegensatz zu den negativen Zielen des Faschismus blieben die positiven Wertvorstellungen verschwommener. Dieser Tatbestand hat oft dazu geführt, daß Wissenschaftler und Politiker sie als unbedeutend abtaten. Besonders politische Gegner hielten den Faschisten vor, reine Ressentimentsbewegungen zu sein, die ihren Einfluß ausschließlich negativen Haltungen verdankten. (Kurt Schumachers Wort vom »Appell an den inneren Schweinehund« in bezug auf die Nationalsozialisten gab eine weitverbreitete Meinung wieder.) Gewiß schürten Faschisten bei jeder Gelegenheit Haß auf ihre Gegner und deren Wertvorstellungen, doch neuere Untersuchungen haben gezeigt, daß die »positiven« Bestrebungen zweifelsohne eine bedeutende Rolle bei der Massenwirksamkeit des Faschismus spielten. Für viele faschistische Aktivisten und Sympathisanten galten sie als gleichwertiges Pendant zu den negativen Zielen. Mehr noch: Die negativen Ambitionen konkretisierten die Methoden zur Überwindung einer veralteten und morschen Welt, ein Prozeß, der wiederum Voraussetzung für den Aufbau eines revolutionär neuen, positiven Zeitalters sein sollte. So gesehen, betrachteten sich die Faschisten sogar als subjektiv ehrliche Modernisten und Revolutionäre. Aus diesem Grund sollte die emotionelle und politische Wirkung moderner, revolutionärer, teilweise auch »linker« Schlag-

worte wie Nation, Integration, Sozialismus und Korporatismus in der faschistischen Propaganda nicht unterschätzt werden.³³

Für die Faschisten aller drei Länder standen der Gedanke der integralen Nation, der Erneuerungsmythos und der Aktivismus an der Spitze ihrer Prioritätenskala. Faschisten waren ausnahmslos zugleich Nationalisten. Die Nation wurde für sie zu einer lebendigen, organischen Überperson, die, wie Goebbels sich einmal ausdrückte, »das Ding an sich« in der Geschichte bildete. Die Nation war zugleich Mittel und Zweck der historischen Selbstverwirklichung einer Volksgruppe. Die faschistische Revolution war der Prozeß, der die in Interessensäulen getrennte Nation vereinen sollte, indem er die Herrschaft der von der marxistischen Lehre irreführenden Massen oder der nur durch Geburt oder Geld legitimierten Eliten umstürzte.³⁴ (Das negative Pendant der positiven Überbewertung der Nation war der Ruf nach Ausschaltung bzw. Ausmerzung der »Volksfremden«, der *metèques*, zu denen französische und deutsche Faschisten in erster Linie die Juden zählten.) Der faschistische Erneuerungsmythos war zugleich Bestätigung eines Generationskonfliktes. Faschisten betrachteten sich durchweg als eine jüngere, dynamische Kraft, eine selbsternannte natürliche Elite. Der faschistische Jugendmythos wiederum stand in engem Zusammenhang mit dem Aktivismus. Auch dieser Begriff war zugleich Mittel und Selbstzweck. Die »Tat« sollte einmal die festgefahrenen Säulengesellschaften in den integralen Nationalstaat überführen, zugleich feierte der Aktivismus sich selbst als männlichen, militarisierten Gegensatz zum verweichlichten Spießertum der *bürgerlichen* Gesellschaft.³⁵

Besonders während der Bewegungsphase ihrer Entwicklung setzten die Faschisten der drei Länder unterschiedliche Akzente bei der Zusammenstellung des Ensembles von Wertvorstellungen, Organisationsformen und Stilelementen. Der eklektische Ideenumus des Nationalsozialismus stellte neben einer straffen paramilitärischen Organisationsform Chauvinismus, radikalen Antisemitismus, territoriale Machterweiterung (»Lebensraum«) und den Führermythos an die Spitze seiner Wertvorstellungen.

Im französischen Faschismus beeinflusste die ausgeprägte Linksorientierung der Anhänger dieser Bewegung unter der Hauptstadtbevölkerung entscheidend die Haltung der verschiedenen Gruppen. Weit mehr als der deutsche Nationalsozialismus war der französische Faschismus durch »linke Leute von rechts« (Schüddekopf) und ihre Wertvorstellungen geprägt.³⁶ Der französische Faschismus konzentrierte seinen Haß in erster Linie auf die parlamentarische Demokratie und die liberale Wirtschaftsform (die große Teile der *droite légaliste* nicht grundsätzlich ablehnten) als

Faktoren, die die »Diktatur« der Marxisten und Kapitalisten ermöglicht hätten. Vehementer als die deutschen Nationalsozialisten lenkte die vorherrschende Linke im französischen Faschismus ihre Haßtiraden auf das Bürgertum und den Kapitalismus.

Wie die deutschen waren auch die französischen Faschisten fast ohne Ausnahme Antisemiten. Allerdings bildete nicht die Rassenideologie die Grundlage des französischen Antisemitismus, sondern die Judenfeindschaft war Teil einer allgemeinen Xenophobie, die Juden, aber auch Protestanten und Freimaurer als *metèques*, Fremdkörper im französischen Volk, ablehnte. Ähnlich wie ihre deutschen Genossen identifizierten die französischen Faschisten die *metèques* mit den ausländischen Feinden der französischen Nation, in erster Linie mit Deutschland. Der Führer der *Action Française*, Charles Maurras, behauptete noch lange nach 1933, daß das nationalsozialistische Deutschland insgeheim mit Frankreichs Juden zusammenarbeite, um die deutsche Revanche vorzubereiten.³⁷

Als positive Wertvorstellungen betonten die französischen Faschisten Aktivismus, den Jugend- und Erneuerungsmythos und die Forderung nach einem militärisch starken, integralen Nationalstaat. Besonders charakteristisch für den französischen Faschismus jedoch war der herausragende Stellenwert, den er wirtschaftlichen Strukturveränderungen einräumte. Für seine Anhänger war der »nationale Sozialismus« gleichbedeutend mit dem Faschismus selbst. Der Führermythos dagegen rangierte an untergeordneter Stelle.³⁸

Mit ihren ideologischen Vorstellungen lehnte sich die Mehrzahl der holländischen Faschisten eng an die deutschen Nationalsozialisten an. Das Programm der *Nationaal Socialistische Beweging* war über weite Strecken eine wortgetreue Übersetzung des NSDAP-Programms aus dem Jahr 1920.³⁹ In wichtigen Punkten betonte der holländische Faschismus jedoch seine Eigenständigkeit. Die NSB übernahm weder die antisemitischen Programmpunkte noch die späteren Abschwächungen der sozialistischen Tendenzen in der Ideologie der deutschen Partei.

Im Gegensatz zu den meisten deutschen Nationalsozialisten legte der holländische Faschismus besonderen Wert auf eine aktive Kolonialpolitik. Mit ihrem Kolonialreich, so die Faschisten, könnten die Niederlande Anspruch auf den Status einer Weltmacht erheben. Der Führer der NSB, Anton Adriaan Mussert, sprach von den Niederländern als einem Siebzigmillionenvolk. Mussert brachte es auf diese Zahl, indem er die Bevölkerung Hollands, die Bewohner Holländisch-Indiens und die Buren Südafrikas addierte.⁴⁰

Diese Zusammensetzung der niederländischen »Völkerfamilie« führte fast zwangsläufig dazu, daß die Mehrzahl der holländischen Faschisten in

der Rassenfrage einen völlig anderen Standpunkt als die deutschen Nationalsozialisten einnahmen. Mit Ausnahme der NSNAP lehnten fast alle Gruppen sowohl den rassistisch motivierten Antisemitismus als auch Begriffe wie »arisch«, »rassenrein« und »Rassenschande« ab.⁴¹

Der westeuropäische Faschismus aus der Sicht der nationalsozialistischen Machthaber

Die beginnende Machtphase des Nationalsozialismus änderte schlagartig die Beziehungen zwischen deutschen Nationalsozialisten und westeuropäischen Faschisten. Die neuen Machthaber Deutschlands zeigten nunmehr erhebliches Interesse an den »verwandten Bewegungen« der Nachbarländer. Gleichzeitig sahen die westeuropäischen Faschisten im deutschen Nationalsozialismus, nachdem ihm die entscheidende Wende von der Bewegungsphase zur Machtphase gelungen war, weit mehr als vor 1933 ein Modell für ihre zukünftigen Programme und Taktiken. Führer der faschistischen Gruppen in Holland und Frankreich eilten nach Berlin, um Kontakt mit den neuen deutschen Machthabern aufzunehmen.⁴² Gleichzeitig schwollen besonders in Holland die Mitgliederzahlen der faschistischen Gruppen rapide an.⁴³

Vor der »Machtergreifung« hatten die – wenigen – Beziehungen zwischen deutschen und westeuropäischen Faschisten den Charakter von privaten Kontakten zwischen unabhängigen politischen Organisationen. Offiziell galt dies auch nach dem 30. Januar 1933, aber in der Praxis fiel die Gestaltung der Beziehungen jetzt in die für das Dritte Reich typische Grauzone unklarer Kompetenzverteilungen zwischen Partei und Staat. Die Folgen waren innerdeutsche Streitigkeiten und diplomatische Komplikationen. Da die faschistischen Gruppen in Westeuropa in der Regel in Opposition zu den Regierungen in ihren Ländern standen, führten deutsche Bestrebungen, Kontakte mit diesen Elementen aufzunehmen, häufig zu Reibungen mit den Regierungen der Nachbarländer.⁴⁴

Der überragende Einfluß, den Hitler schon unmittelbar nach der Machtübernahme auf die deutsche Außenpolitik ausübte, hatte zur Folge, daß das Verhältnis zu den westeuropäischen Faschisten in erster Linie von seinen *Idées fixes* bestimmt wurde. Zu ihnen gehörte auch das Frankreichbild, das für Hitler wie für die übrigen NS-Führer seit dem Ersten Weltkrieg unverändert feststand. In ihm vermischte sich die herkömmliche chauvinistische Aversion gegen den nationalen »Erbfeind« mit der spezifisch nationalsozialistischen Rassenideologie.⁴⁵ (Da sich die französischen Faschisten an

ein ähnliches Deutschlandbild – mit umgekehrten Vorzeichen – klammerten, steuerten die Rechtsradikalen beider Länder, nebenbei bemerkt, prinzipiell auf Konfrontationskurs.) Die gleichen rassistischen Vorurteile ergaben ein »positives« Hollandbild, denn die Niederländer galten als Teil der »westgermanischen Völkerfamilie«, d. h. sie waren nach nationalsozialistischer Auffassung historisch prädestiniert, ein Bestandteil des zukünftigen, von Deutschland geführten »Nordischen Reiches« zu werden.⁴⁶

Es wäre jedoch einseitig und unvollständig, die Beziehungen zwischen den deutschen und westeuropäischen Faschisten nur als taktischen und propagandistischen Aspekt einer einheitlich gestalteten und zielstrebigem deutschen Politik anzusehen. In der Praxis entwickelten sich die Kontakte nicht geradlinig. Dafür waren die Machtverhältnisse im Dritten Reich zu verworren und die Zielsetzungen einzelner nationalsozialistischer Führer und Stellen zu widerspruchsvoll. Da war einmal das schwierige Verhältnis zwischen NSDAP und Staat. Verschiedene Parteidienststellen verfolgten ihre eigenen zwischenstaatlichen Ziele und waren keineswegs bereit, die Federführung des Auswärtigen Amtes anzuerkennen. Zwar verbot der Stellvertreter des Führers seit Juni 1933 wiederholt alle Verbindungen zwischen Parteistellen und ausländischen politischen Gruppen,⁴⁷ aber die Erlasse wurden mehr mißachtet als geachtet. Zahlreiche Einrichtungen, von der Auslandsorganisation (AO) bis zur Redaktion des »Stürmers« und zum Büro des Stellvertreters des Führers selbst, unterhielten mehr oder weniger intensive Kontakte zu ausländischen Politikern und Gruppen. Bemühungen des Auswärtigen Amtes, diese Entwicklung zu unterbinden, hatten wenig Erfolg. Die deutsche Botschaft in Paris z. B. konnte Ende 1933 nur resigniert feststellen, daß die vielen »Sonderbotschafter«, die sich im Auftrage zahlreicher Parteistellen in Frankreich aufhielten, ohne Kenntnis und Auftrag des Auswärtigen Amtes handelten.⁴⁸

Die Parteiorgane setzten auch ihre eigenen Prioritäten. Besonders vor 1937 verwendeten sie erhebliche Energie, um den vermeintlichen Einfluß des italienischen Faschismus in Westeuropa einzudämmen.⁴⁹ Die Auslandsorganisation der NSDAP hatte überhaupt wenig Interesse an guten Beziehungen zu ausländischen Faschisten. Sie verfolgte mit zäher Energie ihr Ziel, die deutsche Minderheit in Frankreich und besonders in den Niederlanden, wo sie mehr als 120000 Menschen zählte, gleichzuschalten. Um dies zu erreichen, war die Auslandsorganisation durchaus bereit, ein verschlechtertes Verhältnis zu den Regierungen der Nachbarländer, den verwandten Bewegungen und dem Auswärtigen Amt in Kauf zu nehmen.⁵⁰

Für die meisten Parteistellen war die »Rassenfrage« ausschlaggebend bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu den faschistischen Bewegungen in Holland und Frankreich. Während das konservative Establishment im

Auswärtigen Amt bestrebt war, die antisemitischen Maßnahmen des Dritten Reichs zunächst herunterzuspielen, stellten Parteistellen die internationale Zusammenarbeit zur Bekämpfung des »bolschewistischen Asiantentums [und] Judentums« in den Vordergrund ihrer Bemühungen um Kontakte zu den westeuropäischen Faschisten.⁵¹ Die Folge war oft eine völlige Verken- nung der politischen Bedeutung einzelner faschistischer Gruppen in Frank- reich und Holland. Weil sie die Partner nach ihrem antisemitischen Eifer einschätzten, unterhielten deutsche Parteistellen enge Beziehungen zu un- bedeutenden Organisationen und Einzelpersonen, lehnten dagegen andere, einflußreichere Gruppen, deren Haltung in der »Judenfrage« ihnen suspekt erschien, jahrelang ab.

Vereinzelt gab es unter den Nationalsozialisten auch Stimmen, wie z. B. die von Otto Abetz, dem Frankreichexperten im Büro Ribbentrop und nachmaligen Botschafter in Paris, die den Gedanken der faschistischen In- ternationale ernst nahmen und versuchten, ihn in die Praxis umzusetzen. Dem Sieg des Faschismus über die alte bürgerliche und liberale Welt sollte eine allgemeine Aussöhnung der europäischen Völker folgen, die eine Epo- che der Gleichberechtigung integraler Nationalstaaten einleiten würde. Befürworter derartiger Vorstellungen hatten geringen Einfluß im deut- schen Machtapparat, was aber nicht ausschloß, daß sie ihre Ziele subjektiv ehrlich verfolgten oder dem Regime als willkommene Aushängeschilder dienten.⁵²

Ebenso vielfältig wie die Ziele waren die Methoden der Kontakthan- nung zu den westeuropäischen faschistischen Bewegungen. Unter den staat- lichen oder quasi-staatlichen Dienststellen waren neben dem Auswärtigen Amt vor allem das Propagandaministerium und die Gestapo führend an der Gestaltung der deutschen Politik gegenüber den ausländischen Faschisten beteiligt. Das Propagandaministerium entwickelte im Lauf der dreißiger Jahre eine immer umfangreichere Organisation zwischenstaatlicher Büros, während die Gestapo schon wegen der vielen Grenzgänger den Entwicklun- gen in Holland große Aufmerksamkeit schenkte.

Organisatorischer Eifer verschiedener Parteistellen war keinesfalls gleichbedeutend mit politischem Einfluß. Diese Feststellung gilt insbeson- dere für Alfred Rosenbergs Außenpolitisches Amt (APA), eine Dienststelle, die z. B. in Frankreich sehr aktiv war, im deutschen Machtapparat dagegen wenig Ansehen genoß.⁵³ Im Gegensatz dazu waren die Bemühungen der Auslandsorganisation, die deutschen Minderheiten in fremden Ländern po- litisch und kulturell gleichzuschalten, weitgehend erfolgreich, störten aber die Beziehungen zu den westeuropäischen Faschisten oft erheblich. Die Reichsjugendführung versuchte, den faschistischen Jugend- und Genera- tionsmythos als Grundlage für ihre Mitwirkung bei der Stärkung der inter-

nationalen faschistischen Verbindungen auszunützen.⁵⁴ Julius Streicher, der Gauleiter von Franken und Herausgeber des »Stürmers«, und sein Mitarbeiter Emmanuel Wurm bemühten sich, durch Kontakte zu westeuropäischen faschistischen Organisationen den Aufbau der von ihnen propagierten »Antijüdischen Weltliga« voranzutreiben.⁵⁵ Robert Ley und die Deutsche Arbeitsfront (DAF) erhoben Anspruch auf eine führende Rolle in der deutschen Faschismuspolitik, weil ihrer Meinung nach die DAF im Ausland als herausragendes Symbol für die Verwirklichung des nationalen Sozialismus in Deutschland galt.⁵⁶

Die Bemühungen sämtlicher Parteistellen wurden allerdings zunehmend durch Joachim von Ribbentrops dominierenden Einfluß überschattet. Nominell dem Amt des Stellvertreters des Führers unterstellt, gelang es dem Büro Ribbentrop durch den Eifer seiner Mitarbeiter und das gute Verhältnis seines Chefs zu Hitler, im Lauf der Zeit mehr und mehr Aufgaben bei der Gestaltung der Beziehungen zu den westeuropäischen Faschisten an sich zu reißen.⁵⁷

Als Ganzes gesehen bot die Faschistenpolitik des Dritten Reichs ein Bild ständiger personeller Reibungen und politischer Widersprüche. Die deutsche Regierung verbot den Verkauf des »Stürmers« im Ausland, während Streicher und Wurm die Zeitschrift als wichtigste Grundlage für den Aufbau der »Antijüdischen Weltliga« betrachteten. Parteistellen verärgerten ausländische Kontaktpersonen, die das Auswärtige Amt zu gewinnen suchte. Weltanschauliche Gemeinsamkeiten hatten wenig Einfluß auf die innerdeutschen Auseinandersetzungen. Staatssekretär Hans Luther – bekannt als einer der fanatischsten Nationalsozialisten und Antisemiten im Auswärtigen Amt – charakterisierte z. B. Julius Streichers Gäste bei den Reichsparteitagern 1935 und 1936 als »merkwürdige ausländische Typen«, deren erneuter Besuch nicht erwünscht sei.⁵⁸

Bei ihren Bemühungen, die rechtsradikalen Strömungen in den Nachbarländern zu beeinflussen, bedienten sich die deutschen Stellen einer Vielzahl von Methoden. Sie reichten von finanziellen Subventionen und persönlichen Kontakten bis zu unpolitischen Kulturveranstaltungen im Rahmen der – gleichgeschalteten – Deutsch-Französischen und Deutsch-Niederländischen Gesellschaften bzw. der entsprechenden Vereinigungen in Holland und Frankreich. Grundlage der Propagandaoffensive war die Selbstdarstellung des Dritten Reichs als Verkörperung der faschistischen Wertvorstellungen. Schon im Juli 1933 ordnete der Reichsinnenminister an, nicht das Wiedererstarken des Reichs in den Vordergrund zu stellen, sondern die »Bekämpfung staatsfeindlicher Elemente«, die sozialen Maßnahmen und die Pflege der nationalen Gesinnung als die wesentlichen Errungenschaften seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten herauszustreichen.⁵⁹

Persönliche Zusammentreffen mit NS-Größen, vor allem mit Hitler, Besuche von Arbeitsdiensteinrichtungen, von regionalen Bauerntagen und von Jugendlagern, aber auch »unpolitische« Veranstaltungen wie die Olympischen Spiele 1936 oder der deutsche Pavillon bei der Pariser Weltausstellung 1937 vermittelten den westeuropäischen Faschisten einen überwiegend positiven Eindruck vom Dritten Reich.⁶⁰ Besonders imposant waren die jährlichen »Heerschauen« des Nationalsozialismus, die Reichsparteitage. Ausländische Faschistenführer, die dem Spektakel als Gäste verschiedener Partei- und Staatsstellen beiwohnten, berichteten übereinstimmend und begeistert von dem Erlebnis der geballten Kraft und Disziplin des deutschen integralen Nationalstaates.⁶¹

Nun waren die Zielgruppen der nationalsozialistischen Auslandspropaganda nicht nur die verwandten Bewegungen, sondern alle potentiellen Sympathisanten des Dritten Reichs. Zwischen Sympathie und Skepsis gegenüber dem neuen Reich schwankten rechtsgerichtete französische Frontkämpfervereinigungen, die das besondere Interesse der nationalsozialistischen Stellen auf sich zogen. Weimarer Politiker hatten schon den Plan verfolgt, die deutsch-französische Aussöhnung durch unmittelbare Führungnahme von Veteranengruppen zu fördern. Da die Nationalsozialisten den Standpunkt vertraten, ihre »Machtergreifung« habe eine neue politische Generation, nämlich die der Frontkämpfer, zur Herrschaft gebracht, intensivierte sie diese Bemühungen. Es kam zu einer Reihe von offiziellen Besuchen und Gegenbesuchen deutscher und französischer Frontkämpferdelegationen.⁶² Die Führer dieser »nationalen« französischen Verbände, die das faschistische Gedankengut keineswegs von vornherein ablehnten, konnten sich schwer der emotionalen Atmosphäre solcher von deutscher Seite geschickt aufgezogenen Veranstaltungen entziehen. Zusammenkünfte mit dem »Führer« des Dritten Reichs waren naturgemäß Höhepunkte der Begegnungen, wobei Hitlers charismatische Persönlichkeit ihre Wirkung auch auf die ausländischen Besucher nicht verfehlte. Der französische Frontkämpferführer Georges Pineau stand mit seinem überschwenglichen Urteil: »Hitler hat kein strenges Gesicht. *Ses yeux sont bons*«, keineswegs vereinzelt da.⁶³ Deutsche Stellen spielten gelegentlich sogar mit dem Gedanken, die französischen Veteranenverbände »zu stärkerer Aktivität zu bewegen«; dies war jedoch nicht so einfach, weil sie zum einen stark zersplittert waren und zum anderen auch personelle Probleme im Weg standen. Zum Bedauern der Nationalsozialisten war insbesondere der einflußreiche Verbandsführer Jean Goy, zeitweilig in der Tat ein begeisterter Anhänger Hitlers, eine sehr zwielichtige Persönlichkeit. Goy war wiederholt in undurchsichtige Geldgeschäfte verwickelt.⁶⁴

Der Jugend- und Erneuerungsmythos des Faschismus legte es nahe, Be-

ziehungen zur organisierten Jugend der Nachbarländer zu pflegen. Internationale Jugendlager, deren deutsche Teilnehmer von der Reichsjugendführung nach strengen politischen Kriterien ausgesucht wurden, waren ein beliebtes Mittel, um diese Zielgruppe in Frankreich und Holland anzusprechen. Für diese Zwecke waren deutsche Stellen sogar bereit, erhebliche Devisenbeträge aufzuwenden.⁶⁵

Für unser Thema sind die unmittelbaren Kontakte der deutschen Nationalsozialisten zu faschistischen Organisationen und Führern in Frankreich und Holland von besonderem Interesse. Da es in Frankreich und in den Niederlanden nicht an selbsternannten Vertretern der »wahren« Lehre mangelte, konnte praktisch jede deutsche Stelle »ihre« faschistische Gruppe in den Nachbarländern adoptieren. Die Mittel, die NS-Stellen einsetzten, um »ihre« Faschisten zu steuern, waren von unterschiedlichster Art. Sie reichten von Einladungen zu Deutschlandbesuchen und Ehrengeschenken bis zu wohlwollenden Erwähnungen in der NS-Presse. Im Zusammenhang mit der deutschen Propagandaoffensive ist die Frage der finanziellen Subventionen für ausländische faschistische Organisationen schon öfter erörtert worden. Allseitig zufriedenstellende Antworten gibt es bisher nicht. Ganz allgemein darf aber festgehalten werden, daß die Behauptung, Otto Abetz z. B. hätte in Frankreich »Millionen an bestimmte Zeitschriften« verteilt, keineswegs zutrifft. Die Unterstützung, die Deutschland gewährte, hielt sich in engen Grenzen. In der Hauptsache half deutsches Geld, verbilligtes Papier für die faschistische Presse anzukaufen und Reisekosten in Deutschland zu bestreiten.⁶⁶

Die deutsche Politik gegenüber dem Faschismus in Frankreich und Holland war schon deshalb inkonsequent, weil die Machthaber des Dritten Reichs unschlüssig blieben, ob sie die westeuropäischen Rechtsradikalen als Verbündete oder Rivalen betrachten sollten. Die Faschisten, so die NS-Vorstellungen, halfen, die Demokratie in den westeuropäischen Ländern zu untergraben und somit deren Widerstandskraft gegenüber den machtpolitischen Zielsetzungen des Nationalsozialismus zu schwächen. Außerdem war in NS-Kreisen die Hoffnung weit verbreitet, daß die Faschisten in Westeuropa nach ihrem Sieg die Führungsrolle des Dritten Reichs anerkennen würden. Da ihnen die maßgebenden Nationalsozialisten nur Zukunftschancen einräumten, wenn sie sich taktisch und programmatisch an die Erfolgsmethoden aus der »Kampfzeit« der NSDAP anlehnten, erschien diese Erwartung als selbstverständlich.

Hiermit war aber noch nicht die Frage beantwortet, wie die siegreichen Nationalsozialisten die verschiedenen verwandten Gruppen in den Nachbarländern einstufen und sich ihnen gegenüber verhalten sollten. Bei der »Muttergruppe« des französischen Rechtsradikalismus, der *Action Fran-*

çaise (AF), waren die deutschen Einflußmöglichkeiten gering. Wie schon angeführt, war die AF gewissermaßen das Spiegelbild des Nationalsozialismus. Für sie waren französische Juden und Freimaurer deutsche Agenten, und das außenpolitische Ziel eines unter der Führung der Monarchie und der AF wiedererstarkten Frankreichs sollte die Zerstückelung Deutschlands sein. Ausgesprochen faschistische Gruppen wie Georges Valois' *Faisceau*, Jean Luchaires *Francistes* und François Cotys *Solidarité Française* begrüßten zwar die Entwicklung im Dritten Reich, aber objektive deutsche Betrachter beurteilten deren innenpolitische Zukunft mit äußerster Skepsis.⁶⁷

Auch die wenigen massenwirksamen Organisationen des französischen Rechtsradikalismus waren aus deutscher Sicht nicht frei von Problemen. Die *Parti Social Populaire* (PSP) war der politische Arm der 1936 verbotenen Wehrliga *Croix de Feux*. Sie hatte zeitweilig mehrere tausend Anhänger und veranstaltete eindrucksvolle Massenaufmärsche. Positiv vom deutschen Standpunkt aus gesehen war die wenig germanophobe Einstellung des PSF-Führers, Oberst de La Rocque. Außerdem betonte die Partei die Bedeutung einer aktiven Kolonialpolitik im Gegensatz zu den kontinentalen Expansionsplänen der AF. Die nationalsozialistischen Machthaber mißtrauten jedoch der »bürgerlichen Haltung« des Obersten und bezweifelten, ob die PSP eine wirklich revolutionäre faschistische Partei sei.⁶⁸

Eine neue Situation entstand in Frankreich durch die Bildung der *Parti Populaire Français* (PPF) unter ihrem charismatischen Führer Jacques Doriot. In der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre bot die PPF die besten Ansätze für eine faschistische Massenbewegung in Frankreich. Der Nationalsozialismus verspielte aber seine Chance, mehr als oberflächliche Beziehungen zu der Partei aufzunehmen. Hierfür gab es mehrere Gründe. Einmal mißtrauten bzw. unterschätzten die NS-Machthaber Doriot lange Zeit, wohl weil er aus dem kommunistischen Lager zum Rechtsradikalismus gestoßen war.⁶⁹ (Doriot hatte zeitweilig als ernstzunehmender Rivale des KPF-Führers Maurice Thorez gegolten.) Außerdem hatte der Nationalsozialismus, wie wir sehen werden, durch seine aggressive Außenpolitik zum Zeitpunkt der PPF-Gründung und während ihrer Blütezeit sein positives Image unter den französischen Faschisten schon weitgehend eingebüßt.

Auch in Holland verpaßten die Nationalsozialisten manche Gelegenheit, die Entwicklung des Faschismus in seiner Bewegungsphase positiv zu beeinflussen. Obwohl die *Nationaal Socialistische Beweging* bis 1935 ihre Stellung im politischen Leben Hollands ständig ausbauen konnte und ihr Führer aktiv um Kontakte zu deutschen Stellen und Spitzenpolitikern bemüht war, zeigten diese (einschließlich Hitler) vor dem Krieg wenig Inter-

esse an der verwandten Bewegung.⁷⁰ Auch hierfür gab es verschiedene Gründe. Der deutsche Gesandte in Den Haag, Graf Zech (ein alter Konservativer und Schwiegersohn des ehemaligen Reichskanzlers Bethmann Hollweg), plädierte dafür, das gute Verhältnis zu dem langjährigen konservativen Ministerpräsidenten Hollands, Hendrik Colijn, nicht durch enge Beziehungen zur NSB zu stören, zumal die aggressive Tätigkeit der Auslandsorganisation der NSDAP in Holland ohnehin schon ständig Reibungen mit der dortigen Regierung verursachte.⁷¹ Daneben störte an der NSB nicht nur das mangelnde Charisma ihres Führers, sondern besonders ihr »falscher« Standpunkt in der Rassenfrage.⁷² Aus diesem Grund liebäugelten deutsche Parteistellen immer wieder mit der an sich völlig unbedeutenden, aber eindeutig antisemitischen *Nationaal Socialistischen Nederlandschen Arbeider Partij* (NSNAP), die obendrein Hollands Anschluß an das Deutsche Reich propagierte, als ernstzunehmende Alternative zur NSB.⁷³ Erst die innerparteilichen Führungskämpfe in der NSB in den Jahren 1935 bis 1937 gaben der holländischen Partei eine bessere Presse unter deutschen Nationalsozialisten. Der wachsende Einfluß der Gruppe um Rost van Tonningen führte die NSB zwar ins innenpolitische Abseits und entzog ihr weite Kreise potentieller Sympathisanten, aber für das Urteil deutscher Parteikreise war die radikalere Betonung des Antisemitismus ausschlaggebend.⁷⁴

Das Dritte Reich aus der Sicht der westeuropäischen Faschisten

Die Rechtsradikalen in Holland und Frankreich stimmten mit den Spitzenpolitikern des Dritten Reichs in einem Punkt überein: Hitlers Regierungsübernahme brachte in der Tat den Tag näher, an dem auch sie ihre Machtphase antreten würden, denn der siegreiche Nationalsozialismus diente als Vorbild für den künftigen Verlauf der Kampfzeit des Faschismus in Westeuropa. Der holländische Faschistenführer Anton Adriaan Mussert notierte nach einem Besuch bei Goebbels 1936: »Alles, was wir erleben, haben sie schon durchgemacht« (Alles, wat wij beleven, hebben zij ondervonden).⁷⁵ Zugleich veränderte die beginnende Machtphase des Nationalsozialismus den Charakter der Beziehungen zwischen deutschen und westeuropäischen Faschisten. Ernst Nolte hat darauf hingewiesen, daß diese sich während der Kampfzeit ein Bild von der deutschen Partei und ihren Zielen machen konnten (und machten), das vorwiegend auf Wunschbildern beruhte. Die Machtergreifung zwang die westeuropäischen Faschisten dazu,

ein empirisch und nicht nur ideologisch fundiertes Urteil über Herrschaftsmethoden und Programmatik des deutschen Nationalsozialismus zu fällen. Zugleich verschob die »Machtergreifung« der NSDAP das Gleichgewicht zwischen der deutschen und der italienischen Variante des Faschismus, denn die deutschen Machthaber beanspruchten zunehmend eine Führungsrolle unter den europäischen Faschisten.

Der faschistische Stil ist unter Historikern erheblich umstrittener als unter den Faschisten selbst. Für sie gehörte gerade der Stil zu den Merkmalen, die ihre Bewegung essentiell von der verachteten Welt des Bürgertums unterschieden. Schon aus diesem Grund erweckten die Stilelemente des Dritten Reichs das besondere Interesse der westeuropäischen Faschisten. Zwar war auch diese Äußerungsform, wie fast alles am Nationalsozialismus, uneinheitlich und widerspruchsvoll, aber für die Gesinnungsgenossen in Frankreich und Holland zeigte der politische Stil den fundamentalen Gegensatz zwischen dem neuen Deutschland und der maroden Demokratie in den eigenen Ländern besonders deutlich.

Für die westeuropäischen Faschisten verkörperte der Stil des Dritten Reichs in erster Linie die langersehnte faschistische »Revolution«. Die nationalsozialistische »Machtergreifung« versetzte der Welt des Spießers, des Rationalismus und des Pazifismus den Todesstoß. Das von der NS-Propaganda geschickt verbreitete Gefühl, die »Regierung der nationalen Erhebung« habe Deutschland vom Marxismus, von der Demokratie und der Judenherrschaft befreit und es der Nation ermöglicht, ihr Schicksal wieder selbst zu gestalten, übertrug sich auch auf die Faschisten in den Nachbarländern.⁷⁶

Der nationalsozialistische Mythos der Jugend und des Aktivismus feierte ebenfalls Triumphe. Französische und holländische Faschisten waren überzeugt, daß in Deutschland mit dem neuen Regime auch eine neue Generation das Sagen hatte. Sie betrachteten das Dritte Reich als die erste Großmacht, deren Herrscher die heroische, männlich-schöne Gattung des *Homo fascista* verkörperten. Das Bild einer Massenorganisation, die sich buchstäblich ständig bewegte – die endlosen Aufmärsche, Fahnenweihen, aber auch die Schlägereien der SA –, hinterließ einen tiefen Eindruck bei den verwandten Parteien der Nachbarländer.⁷⁷ Das Äußere des deutschen Parteilebens, von den Uniformen bis zur musikalischen Umrahmung und propagandistischen Auswertung der Veranstaltungen, wurde eifrig und bewußt von westeuropäischen Gruppen kopiert. Besondere Bewunderung – und Neid – erweckte die Organisation der nationalsozialistischen »Spiele«. Nachträgliche Spötteleien können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Olympiade und besonders die jährlichen Reichsparteitage für die Rechtsradikalen der Nachbarländer wirkungsvolle Symbole des Dritten Reichs waren.

Der Begriff des »politischen Künstlers« fand viel Beachtung unter westeuropäischen Faschisten. Besonders die Intellektuellen unter den französischen Rechtsradikalen sahen den Faschismus nicht nur als politische Ideologie, sondern auch als Grundlage einer neuen Ästhetik. Seine Führer sollten und durften den Anspruch erheben, Künstler und Philosophen zu sein. Es lag nahe, Hitler, den selbsternannten Künstler, als politischen Herrscher und ästhetischen Führer in einer Person zu feiern, und französische Faschisten sahen in der Tat in dem deutschen Diktator die Personifizierung des modernen politischen Dichters.⁷⁸

Der NS-Stil erweckte bei den Faschisten Westeuropas aber nicht nur Bewunderung. Wiederholt kritisierten Führer der verwandten Bewegungen die Beschränkung der Nationalsozialisten auf das rein Taktische. Mussert klagte, sie hätten keinen »Leitgedanken« (leidend beginsel).⁷⁹ Ebenso lehnten viele den wachsenden Staatsabsolutismus des Dritten Reichs und die Zurückdrängung der »Bewegung« als unfaschistisch ab, wobei besonders die Röhmaffäre, wie wir noch sehen werden, einen Schock unter den westeuropäischen Faschisten auslöste und einen langanhaltenden negativen Eindruck hinterließ.

Zusammenfassend läßt sich also feststellen, daß der Stil des Dritten Reichs bei den Gesinnungsgenossen in Westeuropa zunächst ein überaus positives Echo fand. Zweifel mischten sich unter die Begeisterung, als es schwerer wurde, die Wirklichkeit der Machtausübung in Deutschland mit dem Bild in Einklang zu bringen, das sich die holländischen und französischen Faschisten vom Nationalsozialismus machen wollten. Mit anderen Worten, die politischen und ideologischen Beziehungen zwischen den deutschen und westeuropäischen Faschisten, die während der Bewegungsphasen wenig realitätsbezogen gewesen waren, wurden zunehmend schwieriger und komplizierter, je weiter in der Machtphase der NSDAP die Praxis von den früheren Wunschbildern abwich. Die gleiche Wirkung ging von der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik aus.

Die innenpolitischen Maßnahmen des Dritten Reichs erweckten unter den westeuropäischen Faschisten ebenfalls reges Interesse. Spätestens seit 1932 führte die Weltwirtschaftskrise auch in Frankreich und in den Niederlanden – wenngleich abgeschwächt – zu ähnlich akuten ökonomischen und sozialen Problemen wie in der Endphase der Weimarer Republik. Da dieselben Gesellschaftsgruppen, die in Deutschland einen Großteil der faschistischen Aktivisten stellten, also das »bürgerliche Proletariat«, auch in Holland und Frankreich von der Krise schwer betroffen waren, konnten die Faschisten dieser Länder hoffen, unter gleichen Bedingungen nach dem Vorbild der Nationalsozialisten zur Macht vorzudringen.

Aus der Sicht der westeuropäischen Faschisten war das herausragende

Ziel der deutschen Innenpolitik nach 1933, die »faschistische Revolution« in Politik und Wirtschaft zu verwirklichen und den integralen Nationalstaat zu schaffen. Euphorisch begrüßten sie deshalb die rücksichtslose Zerschlagung der deutschen Demokratie und der Organisationen, die sie stützten. Der im Februar 1933 in Deutschland sofort einsetzende scharfe Terror gegen Marxisten und Demokraten wurde von Anhängern der rechtsradikalen Bewegungen in Westeuropa wohlwollend kommentiert.⁸⁰

Besondere Begeisterung rief der nationalsozialistische Kampf gegen den »Bolschewismus« hervor. Nun verbanden die Nationalsozialisten zwar andere Wertvorstellungen mit dem Begriff »Bolschewismus« als die westeuropäischen Faschisten, aber für beide Gruppen gehörten Kommunismus und Bolschewismus zum essentiellen Feindbild. Während Hitlers Antibolschewismus Auswuchs seines fanatischen Antisemitismus und seiner rassistischen Lebensraumvorstellungen war, sahen die westeuropäischen Faschisten in Kommunismus und Marxismus, wie auch in der Demokratie, besonders verachtenswerte Konsequenzen des Ideengutes der Französischen Revolution. Die gefährliche Verbindung zwischen den Zwillingsbrüdern Demokratie und Bolschewismus erschien ihnen besonders eklatant. Als die westeuropäischen Kommunisten in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre auf Weisung der Komintern dazu übergingen, zusammen mit bürgerlichen Demokraten und Sozialdemokraten antifaschistische Fronten zu bilden, begrüßten die Rechtsradikalen die deutschen Verfolgungsmaßnahmen mit um so größerem Nachdruck. Der Vergleich zwischen der Entscheidung für eine Volksfrontregierung in Frankreich 1936 und der brutalen Unterdrückung der Kommunisten in Deutschland fiel aus der Sicht der westeuropäischen Faschisten eindeutig zugunsten des Dritten Reichs aus.⁸¹

Für die Nationalsozialisten zählten die Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben zu den höchsten Prioritäten des Regimes. Diese Seite der Innenpolitik fand besonders bei den französischen Faschisten Beifall. In ihrer überwiegenden Mehrheit billigten sie sowohl die Nürnberger Gesetze als auch die Ausschreitungen während der »Reichskristallnacht« im November 1938. Das gleiche galt für die Unterdrückung der Freimaurer, die besonders französische Faschisten mit Juden und Liberalen gleichsetzten. Die Auswirkungen der Judenverfolgung in Deutschland verstärkten den latenten Antisemitismus in Frankreich. Der Zustrom deutscher Emigranten führte dazu, daß die Abneigung gegen die *metèques* wuchs und der Antisemitismus für die französischen Faschisten einen besonderen Stellenwert erlangte. Durch die Berufung der »jüdischen« Volksfrontregierung (die *Action Française* behauptete, neben dem Ministerpräsidenten Léon Blum wären drei weitere

Kabinettsmitglieder jüdischer Herkunft) erhielt der Antisemitismus der Rechtsradikalen weiteren Auftrieb.

Die holländischen Faschisten dagegen taten sich erheblich schwerer mit dem deutschen Antisemitismus. Judenfeindschaft und Rassenideologie gehörten ursprünglich nicht zu ihrem Ideengut. Holländische Juden konnten die Mitgliedschaft in der *Nationaal Socialistischen Beweging* erwerben (einige taten es sogar), und in Holländisch-Ostindien bestand ein Großteil der Aktivisten aus holländisch-malaiischen »Mischlingen«. Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Anziehungskraft des deutschen Nationalsozialismus auf die niederländischen Rechtsradikalen, daß die Führer der holländischen Faschisten trotzdem die deutsche Innenpolitik weitgehend befürworteten und bemüht waren, die antijüdischen Maßnahmen zunächst mehr oder weniger zu entschuldigen.

Doch es blieb nicht bei dieser apologetischen Haltung. Die Stellung der NSB gegenüber dem deutschen Antisemitismus trug entscheidend dazu bei, den Charakter des holländischen Faschismus zu verändern. Als die Verfolgung der Juden in Deutschland seit 1935 immer offener und radikaler praktiziert wurde, distanzierte sich die Führung der NSB nicht etwa von den deutschen Maßnahmen, sondern ging selbst dazu über, den Antisemitismus in den Vordergrund zu stellen. Diese Entwicklung stand in engem Zusammenhang mit dem wachsenden Einfluß Rost van Tonningens in der NSB. Um den politischen und ideologischen Kontakt zum Dritten Reich nicht zu verlieren, befürwortete die Partei den Kampf gegen die Juden nunmehr auch für Holland als eine staatsnotwendige Maßnahme. Mit anderen Worten, in dem Bestreben, den deutschen Nationalsozialismus als Modell und Vorbild zu behalten, war die NSB bereit, einen wesentlichen Bestandteil ihrer eigenen Tradition aufzugeben. Diese Entwicklung fand bei deutschen Stellen Zustimmung, kostete die NSB jedoch weitgehend ihren Einfluß im holländischen politischen Leben.⁸²

Kirchenfeindschaft gehörte ebenfalls nicht zu den Traditionen des westeuropäischen Faschismus. In Frankreich bestanden enge Verbindungen zwischen Teilen des rechtsradikalen Lagers und der katholischen Kirche.⁸³ In Holland erklärte die NSB wiederholt das Christentum zur Grundlage ihres politischen Handelns.⁸⁴ Auch hier hatte die deutsche Innenpolitik für die NSB verhängnisvolle Folgen. Der Kirchenkampf in Deutschland löste äußerst wirkungsvolle Abwehrmaßnahmen des holländischen katholischen Klerus gegen die NSB und ihre Lehre aus. Ihre Führung klagte wiederholt, daß Nachrichten über die kirchenfeindliche Einstellung der deutschen Nationalsozialisten besonders in den Grenzgebieten entscheidend dazu beitrügen, religiös gebundene, aber sonst rechtsstehende Wählerschichten von ihr fernzuhalten. Ein Versuch Musserts, 1936 durch persön-

liche Intervention bei der Kurie eine wohlwollendere Haltung der katholischen Kirche gegenüber der NSB zu erreichen, blieb erfolglos.⁸⁵

Während die westeuropäischen Faschisten das scharfe Vorgehen der Nationalsozialisten in der Kirchenpolitik mißbilligten, enttäuschte sie das Ausbleiben radikaler Umwälzungen im sozialen Bereich. In ihrer Wertvorstellung waren »negative« und »positive« Aspekte des klassenüberbrückenden integralen Nationalstaates unlösbar miteinander verbunden. Die Ausschaltung der »Fremden« und »Zersetzenden« sollte die Voraussetzung für die Schaffung der »wahren« Volkseinheit bilden.

Auch in dieser Hinsicht war das Dritte Reich zunächst Vorbild für die westeuropäischen Rechtsradikalen. Die deutsche Inlandspropaganda brachte zwar die »Volksgemeinschaft« in erster Linie mit Nationalismus und Führermythos in Verbindung, aber die westeuropäischen Faschisten berauschten sich an der Vorstellung, der nationale und soziale Korporatismus sei im Dritten Reich verwirklicht worden. Die Erwartung, daß der deutsche Rechtsradikalismus dem Sozialismus und Antikapitalismus in seinem Wertsystem die gleiche Bedeutung beimesse wie dem Nationalismus, war in der Bewegungsphase und danach durch das Parteiprogramm der NSDAP und Veröffentlichungen ihr nahestehender Autoren gestärkt worden. Ende 1934 erschien eine französische Übersetzung von Ferdinand Frieds »Das Ende des Kapitalismus«. Die Studie des populären Schriftstellers, der Verbindungen zum Tat-Kreis unterhielt, fand in Frankreich enormes Interesse in Intellektuellengruppen.⁸⁶ Auch der Solberg-Kreis, in dem Otto Abetz später eine führende Rolle spielte, stellte nach 1933 oft antikapitalistische Themen in den Vordergrund seiner Veranstaltungen.⁸⁷ In erster Linie jedoch galt die SA schon lange vor der »Machtergreifung« besonders in französischen Faschistenkreisen als Verkörperung der sozialen Ideale des Rechtsradikalismus.⁸⁸

Über die Bedeutung der »linken Leute von rechts« in Deutschland gehen die Meinungen auseinander. Allerdings ist wenig zweifelhaft, daß die »Machtergreifung« die Zurückdrängung der »sozialistischen« Komponente im Nationalsozialismus einleitete und daß diese Entwicklung mit der Säuberung und Entmachtung der SA in der sogenannten Röhmaffäre im Juni 1934 ihren Höhepunkt fand.⁸⁹ Die Niederlage der »Sozialisten« enttäuschte besonders die französischen Faschisten. Im Gegensatz zu Deutschland, wo der Faschismus schon in seiner Bewegungsphase mit Repräsentanten der traditionellen konservativen Rechten zusammenarbeitete, verharnte die *droite révolutionnaire* in Frankreich weitgehend auf ihrem antibürgerlichen und antikapitalistischen Standpunkt. Ähnlich wie beim Kirchenkampf und bei den antisemitischen Ausschreitungen bemühten sich die westeuropäischen Faschisten jedoch zunächst, ihre Enttäu-

schung über das Ende der »sozialistischen Linie« im Dritten Reich durch Zustimmung zu Einzelmaßnahmen der NS-Innenpolitik zu verdrängen. Die wirtschaftliche Wiederbelebung in Deutschland rief ehrliche Bewunderung hervor. Das Wort von einem deutschen »Wirtschaftswunder« war unter den verwandten Bewegungen Westeuropas schon in den dreißiger Jahren weit verbreitet.⁹⁰ Die Arbeitsbeschaffungs- und Wohlfahrtsprogramme, an erster Stelle der Reichsarbeitsdienst, das Winterhilfswerk und die NS-Volkswohlfahrt, vermittelten den Eindruck, der »Sozialismus der Tat« sei im Dritten Reich Wirklichkeit geworden. Auch agrarpolitische Maßnahmen wie die Bildung des Reichsnährstands und die Verabschiedung des Erbhofgesetzes fanden den Beifall ausländischer Sympathisanten. Besonders in Holland verhalf das Beispiel der nationalsozialistischen Agrarpolitik der NSB zu wachsendem Einfluß unter den niederländischen Bauern, insbesondere in den Grenzgebieten zu Deutschland.⁹¹

Doch bald trat ein Stimmungsumschwung ein. Die Volksgemeinschaftspropaganda im Dritten Reich konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die nationalsozialistischen Machthaber dem Begriff des integralen Nationalstaates eine eindeutig staatsabsolutistische Deutung gaben. Das immer dichter geknüpft Netz des SS-Terrorapparates und der schwindende Einfluß der Partei konkretisierten den integralen Nationalstaat als etwas, das sich viele westeuropäische Faschisten – und wohl auch eine erhebliche Anzahl deutscher Parteigenossen – so nicht vorgestellt hatten.

Die sogenannte Röhmaffäre erschütterte das positive Urteil über die deutsche Innenpolitik am stärksten. Während in der deutschen offiziellen Version das Episodenhafte der »Säuberungsmaßnahmen« in den Vordergrund gestellt wurde, sahen die Führer der westeuropäischen faschistischen Bewegungen in der Ermordung Röhm und seiner engsten Mitarbeiter eine Zäsur in der Evolution des deutschen Nationalsozialismus. Sowohl in Holland als auch in Frankreich betrachteten die Faschisten diese offiziell sanktionierte Mordaktion und die darauffolgende Ausschaltung der SA als einen entscheidenden Angriff auf den »Sozialismus« im Konzept der zur Macht gelangten NSDAP. Für viele bestätigte die Röhmaffäre die Zweifel an der antikapitalistischen Zielsetzung des Nationalsozialismus. Hunderte von Mitgliedern – so scheint es – kehrten den französischen und holländischen faschistischen Organisationen den Rücken, als die Führer der westeuropäischen Gruppen die Morde nicht scharf genug verurteilten.⁹²

Unser nachträgliches Wissen um die rein aggressiven Ziele der nationalsozialistischen Außenpolitik erschwert eine »objektive« Diskussion der Beziehungen zwischen deutschen und westeuropäischen Faschisten in diesem Bereich. Wenige Historiker bezweifeln, daß das öffentlich propagierte Streben nach begrenzter territorialer Veränderung und permanenter Aussöh-

nung besonders für Hitler nur eine taktisch motivierte Fassade war. Das Ziel des Diktators war von Anfang an Krieg und Eroberung – besonders in bezug auf Frankreich. Diese Einsicht war jedoch den westeuropäischen Faschisten (und nicht nur ihnen) zumindest in den ersten Jahren nach der »Machtergreifung« versperrt. Daneben behindern die Emotionen, die durch die Erinnerung an die vermeintliche »Fünfte Kolonne« während des Zweiten Weltkrieges ausgelöst werden, eine objektive Darstellung der Haltung französischer und holländischer Rechtsradikaler zur Außenpolitik des NS-Regimes. Die Versuchung liegt nahe, westeuropäischen Faschisten, die während des Krieges als Kollaborateure wirkten, diese Rolle schon für die Zeit vor 1939 zuzuschreiben.⁹³ Dies trifft jedoch keineswegs in allen Fällen zu: mancher, der in den dreißiger Jahren Hitler die Hand der Versöhnung reichte, tat dies nicht, um als Wegbereiter der deutschen Herrschaft in Westeuropa zu wirken, sondern weil er überzeugt war, die deutschen Machthaber wollten die gleichberechtigte Zusammenarbeit integraler Nationalstaaten.⁹⁴

Zunächst sah die gesamte westeuropäische Rechte in der »Machtergreifung« der Nationalsozialisten keine Zäsur in der deutschen Außenpolitik. Die französische Rechte stellte Hitler in eine Linie mit Stresemann und Brüning. Wie diese erstrebte er nach ihrer Meinung die Revision des Versailler Vertragssystems; eine erhöhte außenpolitische Gefahr schien aber von ihm nicht auszugehen.⁹⁵ Bald trennten sich jedoch die Wege der traditionellen und der revolutionären Rechten. Während die Konservativen das außenpolitische Verhältnis zu Deutschland aus der Perspektive des herkömmlichen Gleichgewichts der Mächte sahen, erlagen die Faschisten zunächst zunehmend den Sirenenklängen der nationalsozialistischen Versöhnungsoffensive. Der Grund lag in der wachsenden innenpolitischen Polarisierung. Während die traditionelle Rechte die Kontinuität zwischen Hitler und seinen Vorgängern betonte, bestanden die westeuropäischen Faschisten darauf, daß die verwandte deutsche Bewegung in ihrer Machtphase auch auf dem Gebiet der Außenpolitik etwas grundsätzlich Neues schaffen wolle. Hitler war Nutznießer einer paradoxen Entwicklung: Dieselben westeuropäischen Faschisten, die der revisionistischen Außenpolitik der Weimarer Republik jahrelang mit Skepsis begegnet waren, gewährten nun den Machthabern des Dritten Reichs einen erheblichen Vertrauensvorschuß.⁹⁶

Die revolutionäre Rechte in Holland und Frankreich war besonders von Hitlers ideologischem Kreuzzug gegen die bolschewistische Sowjetunion angetan. Sie glaubte, der Kampf gegen den Expansionsdrang des Weltbolschewismus sei in der Tat Kern der nationalsozialistischen Außenpolitik.⁹⁷ Das offensichtliche Desinteresse der Nationalsozialisten an der Rück-

gabe der deutschen Kolonien rief in Holland, aber auch in Frankreich ein positives Echo hervor. Hier schien es eine pragmatische Basis für die Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Faschisten, die ein stärkeres Engagement ihrer Länder in Afrika und Asien forderten, und den deutschen Nationalsozialisten, die anscheinend ausschließlich kontinentalpolitische Ziele verfolgten, zu geben.⁹⁸ Mussert träumte sogar davon, das Dritte Reich werde seinen Einfluß geltend machen, um Holland, sobald er mit seinen Faschisten die Führung übernommen hätte, die Erhaltung des asiatischen Imperiums zu sichern.⁹⁹

Die ursprüngliche Einstellung der westeuropäischen Faschisten zur Außenpolitik des Dritten Reichs war somit durchaus positiv: aber schneller und radikaler als bei der Innenpolitik stellte die tatsächliche Entwicklung die anfänglichen Illusionen in Frage. Was Holland anbetraf, so erregte schon die nie ganz unterbundene Propagierung des »Großgermanischen Reiches« durch deutsche Stellen und Presseorgane Argwohn in den Reihen der *Nationaal Socialistische Beweging*.¹⁰⁰ Die Führer der NSB klammernten sich weiter an die Hoffnung auf kolonialpolitische Zusammenarbeit mit Deutschland, aber die Entwicklung der deutschen Ostasienpolitik bedeutete am Ende eine bittere Enttäuschung selbst für die deutschfreundlichsten unter ihnen. Mussert wünschte sich naturgemäß eine Fortsetzung der traditionell prochinesischen Politik des Deutschen Reichs, um mit seiner Hilfe die Ausdehnung der japanischen Einflußsphäre aufzuhalten. Als Hitler sich Ende der dreißiger Jahre anschickte, auf die japanische Karte zu setzen, wurde diese Entscheidung zu einem Schlüsselerlebnis für den holländischen Faschistenführer und viele seiner verbleibenden Anhänger. Obwohl Mussert sich nicht von Hitler lossagte, bemerkte er noch Ende 1941, als die Japaner Indonesien besetzten, »dreihundert Jahre Arbeit gehen verloren«. (Hitler zeigte sich durch diesen Gefühlsausbruch »erschüttert«, ließ sich jedoch von Himmler beruhigen, der Verlust Indonesiens bewahre die holländischen Germanen vor der Verschlechterung ihres rassistischen Erbes durch eine Flut malaiischen Blutes.¹⁰¹

Bei den französischen Faschisten war der Distanzierungsprozeß mit der Serie von diplomatischen Krisen verbunden, die Deutschland auslöste: vom Austritt aus dem Völkerbund im Herbst 1933 bis zum Angriff auf Polen sechs Jahre später. Die Reaktion auf die ersten außenpolitischen Entscheidungen des NS-Regimes war durchaus positiv. Die Absage an den ohnehin schon schwer angeschlagenen und »demokratischen« Völkerbund hatte für viele französische Faschisten vorwiegend innenpolitische Symbolkraft: Er zeigte, daß das nationalsozialistische Deutschland im Gegensatz zu dem schwachen demokratischen Regime in Frankreich sein außenpolitisches Schicksal wieder selbst in die Hand genommen hatte.¹⁰² Noch

mehr begrüßten Frankreichs Rechtsradikale die diplomatische Unterstützung der deutschen Diktatur für Mussolinis militärisches Eingreifen in Äthiopien. Sie sahen darin die Verwirklichung des Grundsatzes internationaler faschistischer Zusammenarbeit. Die beiden Diktatoren, davon waren sie überzeugt, kämpften für die Erhaltung des europäischen Imperialismus, während die Demokraten ihre Pflicht als weiße Herrscher schwächlich vernachlässigten.¹⁰³

Das Blatt begann sich mit der Kampagne für die Volksabstimmung an der Saar zu wenden. Die französische *droite révolutionnaire* störte weniger das Abstimmungsergebnis, das ohnehin unschwer vorauszusehen gewesen war, als der betont frankophobe Ton der deutschen Propaganda, dessen Wirkung auch die wiederholten Beteuerungen, Deutschland habe nach Angliederung des Saargebiets keine weiteren territorialen Forderungen im Westen, nicht verdrängen konnten.¹⁰⁴ Allerdings wurde der negative Eindruck der deutschen Aktionen durch die aus der Perspektive der Faschisten noch verfehlteren Gegenmaßnahmen der eigenen Regierung weitgehend ausgeglichen. So löste die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland zwar zunächst einen Schock unter den französischen Faschisten aus, stärker war aber bald die einhellige Kritik am russisch-französischen Beistandspakt. Dieser Vertrag diente dazu, die These von der bolschewistischen Gefahr erneut zu untermauern.

Allen »Überraschungen« von seiten der Nationalsozialisten zum Trotz entwickelte sich das deutsch-französische Verhältnis bis zur Rheinlandkrise »erstaunlich rasch«¹⁰⁵ in positiver Weise. Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone schien diesen Trend abrupt zu beenden, da hier die elementarsten Sicherheitsbedürfnisse Frankreichs verletzt wurden. In der Tat fühlte sich die radikale Rechte zunächst vor den Kopf gestoßen; Jean-Pierre Maxence, ein Mann, der dem Dritten Reich durchaus positiv gegenüberstand, rief zu nationaler Einheit gegen die deutsche Bedrohung auf.¹⁰⁶ Die Wellen der Entrüstung flauten aber schnell wieder ab. Hitler hatte richtig vorausgesehen, daß die innenpolitische Kontroverse um die Ratifikation des französisch-sowjetischen Vertrags den negativen Eindruck der Rheinlandkrise in rechtsradikalen Kreisen weitgehend nivellieren würde. Der deutsche Militärattaché in Frankreich berichtete von einem bemerkenswerten Gespräch mit führenden französischen Generälen – einer Gruppe, in der Sympathien für die *droite révolutionnaire* weit verbreitet waren: Die französischen Offiziere bestätigten ihm ihr Verständnis für die deutsche Aktion. Sie lehnten nur die »brüske Methode« ab.¹⁰⁷

Die Reaktion der französischen Militärs ließ ein Verhaltensmuster erkennen, das für das Verhältnis einer – allerdings immer geringeren – Anzahl von

westeuropäischen Faschisten zur nationalsozialistischen Außenpolitik bis zur Herbstkrise 1938 typisch war. Obwohl die aggressiven Absichten des Dritten Reichs immer deutlicher zutage traten, rechtfertigten die westeuropäischen Faschisten die nationalsozialistischen Exzesse als Antwort auf die angeblich eskalierenden bolschewistischen Aggressionen, denen die demokratischen Regierungen nicht gebührend entgegentraten. Erst der deutsche Griff nach der Tschechoslowakei beendete dieses Schwanken und trieb die große Mehrzahl der westeuropäischen Faschisten endgültig in das anti-deutsche Lager.

Das Ereignis, das die Rheinlandkrise rasch in Vergessenheit geraten ließ, war der Spanische Bürgerkrieg. In der Literatur wird oft darauf hingewiesen, daß der Kampf zur Verteidigung der Spanischen Republik zum Katalysator für die wachsende Zusammenarbeit der Antifaschisten in vielen Ländern wurde. Aber die spanische Tragödie war auch ein Schlüsselerlebnis für die europäische Rechte. Traditionelle Konservative und Rechtsradikale waren überzeugt, daß es sich beim Spanischen Bürgerkrieg um einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der abendländischen Zivilisation und dem Weltbolschewismus handele.¹⁰⁸ Die diplomatische und militärische Unterstützung Francos durch Italien und Deutschland fand ihren enthusiastischen Beifall. Sogar entschieden linksorientierte Faschistenführer wie Doriot machten eine scharfe Rechtswendung, als offensichtlich wurde, daß Stalin aktiv in den Spanischen Bürgerkrieg eingriff.¹⁰⁹ Ebenso begrüßten sie das Achsenbündnis als einen Pakt, der die wachsende Zusammenarbeit deutscher und italienischer Faschisten nun auch formal bestätigte. Außerdem befreite es die holländischen und französischen Rechtsradikalen von dem Zwang, zwischen Mussolini und Hitler wählen zu müssen.¹¹⁰ Diese Entwicklung kam hauptsächlich den Nationalsozialisten zugute, da sie der führende Partner in der Allianz waren.

In den Krisenjahren 1938 und 1939 verlor der Nationalsozialismus rapide an Glaubwürdigkeit unter den westeuropäischen Faschisten. Der Vertrauensschwund in der öffentlichen Meinung begann mit dem Anschluß Österreichs im März 1938. Das von den Mitarbeitern der Dienststelle Ribbentrop kunstvoll aufgebaute *Comité France-Allemagne* »drohte unter den Wellen« der Empörung, die die Annexion auslöste, zu versinken. Comte Fernand de Brinon, seit 1933 Aushängeschild der deutsch-französischen Versöhnung, legte zeitweilig sein Amt als Vizepräsident des Komitees nieder.¹¹¹ Nur eine kleine Minderheit unter den faschistischen Gruppen Westeuropas hielt auch jetzt noch an dem Glauben fest, die Errichtung des Großdeutschen Reiches habe dem Expansionsdrang der Bolschewisten einen weiteren Riegel vorgeschoben.¹¹²

Verglichen mit der Schockwirkung, die von der Sudetenkrise im Herbst

1938 ausging, brachte der Anschluß Österreichs nur eine geringfügige Störung. Den meisten der noch verbliebenen Sympathisanten des Dritten Reichs offenbarte der Griff nach der Tschechoslowakei endgültig die Aggressionslust des Nationalsozialismus.¹¹³ Die kleine Minderheit der »Münchener«, die auch jetzt noch argumentierte, die Zerschlagung der Tschechoslowakei habe den sowjetischen und demokratischen Einfluß in Mitteleuropa weiter geschwächt, war isoliert. Wer, wie der Führer der *Nationaal Socialistischen Beweging* in Holland, die Außenpolitik des Dritten Reichs weiterhin guthieß, hatte in den Augen seiner Landsleute die Grenze zwischen Zusammenarbeit und Abhängigkeit überschritten. Die Gegner des Münchner Abkommens unter den französischen Faschisten nahmen die Aggression gegen die Tschechoslowakei zum Anlaß, ihren außenpolitischen Frieden mit dem verhassten demokratischen System zu schließen.¹¹⁴ In den Niederlanden erhielt Mussert den Spottnamen »Henlein von Holland«.¹¹⁵

Die deutschen Machthaber versuchten, den schlechten Eindruck, den das Münchner Abkommen hinterlassen hatte, durch eine entgegenkommende Geste auszugleichen. In der deutsch-französischen Deklaration vom 6. Dezember 1938 verzichtete das Dritte Reich – wieder einmal – feierlich auf jede weitere territoriale Veränderung an den deutschen Westgrenzen. Aber für eine derartige Propagandaaktion war es zu spät; die Wirkung der Deklaration blieb weit hinter den deutschen Erwartungen zurück. Ribbentrops Besuch in Paris lockte nur wenige in das Lager der »Münchener« zurück.¹¹⁶

Die Stimmung nach der »Zerschlagung der Resttschechei« und der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren bestätigte nur, daß die verbleibenden prodeutschen Elemente unter den westeuropäischen Faschisten isoliert waren. Wer jetzt noch auf der Seite der Nationalsozialisten blieb, wurde ein politischer Fremdkörper im eigenen Land. In Frankreich schloß die *Parti Populaire Français* Frieden mit der traditionellen, inzwischen republiktreuen französischen Rechten. Politiker wie Marcel Déat, der im Mai 1939 mit dem berühmt-berüchtigten Artikel »Pourquoi mourir pour Danzig?« Aufsehen erregte¹¹⁷ und dementsprechend die Meinung vertrat, jede militärische Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich nütze nur der Sowjetunion, waren vereinsamte Außenseiter. Vor diesem Hintergrund kam dem deutsch-sowjetischen Vertrag vom August 1939 keine besondere Bedeutung für die Beziehungen zwischen deutschen und westeuropäischen Faschisten mehr zu. Die Zusammenarbeit der scheinbaren Erzfeinde Hitler und Stalin bestätigte der großen Mehrheit der westeuropäischen Faschisten nur das Ende ihrer Illusionen. Seinen Ruf als anti-kommunistischer Vorposten hatte das Dritte Reich für sie schon vorher eingebüßt.

Insgesamt gesehen, war die nationalsozialistische Außenpolitik wohl der Hauptgrund für das Auseinanderfallen der revolutionären Rechten in Frankreich und Holland. Die Serie der von deutschen Nationalsozialisten inszenierten diplomatischen Krisen überzeugte bis 1939 die große Mehrheit der westeuropäischen Faschisten, daß das NS-Regime nicht internationale Zusammenarbeit, sondern nationalstaatliche Machterweiterung erstrebte. Da die verwandten Bewegungen die außenpolitischen Ziele des Nationalsozialismus jahrelang verkannten bzw. aus innenpolitischen Motivationen verkennen wollten, verloren sie ihre Wirkungsmöglichkeit unter potentiellen Sympathisanten im eigenen Land und damit ihre Bedeutung als eigenständige politische Bewegungen. In diesem Sinne lösten Hitlers machtpolitische Gelüste nicht nur den Zweiten Weltkrieg aus, sondern zerstörten indirekt auch die Existenzbasis des westeuropäischen Faschismus. Die außenpolitischen Erfolge des Nationalsozialismus hatten daher eine paradoxe Konsequenz: Sie trugen erheblich dazu bei, die Machtphase des französischen und niederländischen Faschismus zu verhindern.

Das Dritte Reich und das Scheitern des westeuropäischen Faschismus

Im Spätsommer 1939 konnte es keine Zweifel geben, daß der westeuropäische Faschismus als eigenständige politische Form gescheitert war. Voraussetzungen für den Übergang von der Bewegungsphase zur Machtphase bestanden weder in Holland noch in Frankreich. In den Niederlanden war der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise überwunden; die Regierung Colijn saß seit Jahren fest im Sattel. Die faschistische Bewegung dagegen ging ihrer Auflösung entgegen. Deutsche Beobachter klagten über die schwache Stimmung und die »verworrene« Rede Musserts auf dem NSB-Landeskongreß im Juni 1939.¹¹⁸ In Frankreich verlief die Entwicklung ähnlich. Die Mitgliederzahl der *Parti Populaire Français*, einmal die zukunftsträchtigste faschistische Organisation, nahm rapide ab.¹¹⁹ In Holland wie in Frankreich hielt der republikanisch-demokratische Konsens der faschistischen Herausforderung stand, und die traditionellen politischen Gruppen konnten sich an der Macht halten. Symptomatisch für diese Entwicklung war die personelle Kontinuität in der französischen Exekutive: Am Anfang und Ausgang der bewegten dreißiger Jahre stand eine Mitte-Rechts-Regierung unter Führung des radikalsozialen Politikers Edouard Daladier.

Auf die Frage nach den Gründen für die Mißerfolge des westeuropäischen Faschismus gibt es keine eindeutigen Antworten. Zweifellos trugen

interne Schwierigkeiten der faschistischen Bewegungen erheblich zu ihren Niederlagen bei. Besonders in Frankreich war es nicht möglich, die verschiedenen Gruppen politisch und organisatorisch zusammenzuschließen. Versuche, eine Dachorganisation zu bilden, wie z. B. Jacques Doriots Vorschlag, die rechtsradikalen Gruppen in einer *Front de la Liberté* zu vereinen, scheiterten; einflußreiche Gruppen wie die *Parti Social Français* hielten sich abseits.¹²⁰ Hinzu kamen taktische Ungeschicklichkeiten und Mangel an politischer Fortune. Die *cagoule* im Jahr 1937 war ein so amateurhaft geplanter Putschversuch, daß Hitlers Umsturzunternehmen von 1923 daneben fast professionell wirkte. Trotzdem schreckte die Enthüllung des Plans viele Sympathisanten ab. Für die *Parti Populaire Français*, deren Führer als einer der charismatischsten Redner Frankreichs galt, war es bestimmt ein Hindernis, daß während ihrer Blütezeit keine nationalen Wahlen stattfanden. In Holland und Frankreich belasteten Finanzskandale das Image der faschistischen Parteien.¹²¹

Bemerkenswert ist auch, daß es den Faschisten in Westeuropa, anders als in Deutschland, nicht gelang, in nennenswerter Weise Verbündete unter den traditionellen Rechtsgruppen zu gewinnen. Im Gegenteil, je offensichtlicher die Stärke der faschistischen Gruppen wurde, desto enger kooperierten politische Mitte und gemäßigte Rechte, um sie politisch zu isolieren.¹²² Zu den schon frühzeitig eingeleiteten erfolgreichen Gegenmaßnahmen gehörten z. B. in den Niederlanden das Verbot der NSB-Mitgliedschaft für Beamte, wirkungsvolle Aufklärungskampagnen beider Kirchen und die staatlich verordnete Auflösung der faschistischen Wehrverbände.¹²³

Die erfolgreichen Bemühungen der französischen und holländischen Eliten, den pluralistischen Konsens aufrechtzuerhalten, standen in engem Zusammenhang mit einer Entwicklung, deren Bedeutung noch weitgehend unerforscht ist: dem direkten oder indirekten Einfluß des zur Macht gelangten deutschen Nationalsozialismus auf die Evolution des westeuropäischen Faschismus in seiner Bewegungsphase. Ursprünglich war weder der französische noch der holländische Faschismus eine organisatorische oder ideologische Filiale der deutschen Hauptfirma; doch bis zum Spätsommer 1939 degenerierten die westeuropäischen Bewegungen zu Gruppen, die in den eigenen Ländern isoliert waren und ihren politischen Rückhalt nur noch in Deutschland fanden. In der Geschichte der Beziehungen zwischen den Machthabern des Dritten Reichs und den westeuropäischen Faschisten liegt somit möglicherweise ein weiterer Schlüssel, um zu verstehen, warum sie als eigenständige Organisationen scheiterten.

Konrad Kwiet hat gewiß recht, wenn er schreibt: »Die Mussertbewegung ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie eine weitgehend unabhängig von der NSDAP entstandene faschistische Partei von der mächtigeren

deutschen Partei für ihre Zwecke völlig korrumpiert wurde«,¹²⁴ aber bei diesem Prozeß handelte es sich um etwas anderes als um Korrumpierung im herkömmlichen Sinne. Der Begriff der Selbstkorrumpierung kommt dem Tatbestand wohl am nächsten. Die Entscheidung der Führer der *Nationaal Socialistischen Beweging* und anderer Gruppen, das Dritte Reich als Modell der faschistischen Machtphase anzuerkennen, bedeutete, daß sie ihre Wähler und Aktivisten scharenweise verloren, sobald die wahren Ziele des NS-Regimes deutlicher sichtbar wurden. Die Folge war ein Teufelskreis: Der verbleibende Teil der Anhänger klammerte sich immer enger an Deutschland und geriet dadurch noch weiter in die Isolation.

Diese Entwicklung war keineswegs programmiert. Wie wir sahen, führte die nationalsozialistische »Machtergreifung« zunächst zu einem Aufschwung des westeuropäischen Faschismus. Das Popularitätspendel schlug jedoch bald in die entgegengesetzte Richtung aus. Wir wissen noch wenig über die Einzelheiten des Stimmungsumschwungs, aber es ist wahrscheinlich, daß die Praxis der faschistischen Machtphase im Dritten Reich desillusionierend wirkte. Was die Innenpolitik anbetrifft, so zählten wohl der wachsende staatsabsolutistische Charakter des NS-Regimes (wobei die Röhmaffäre eine Schlüsselrolle spielte), der Kirchenkampf und das Ausbleiben der antikapitalistischen, »national-sozialistischen Revolution« zu den Hauptfaktoren, die dem deutschen Integralstaat seinen Glanz nahmen. »Positive« Entwicklungen, wie der viel bewunderte Stil des Nationalsozialismus, die Judenpolitik und die sozialpolitischen Maßnahmen, glichen das »negative« Bild zwar teilweise aus, konnten aber wachsende Zweifel an der NS-Machtphase als Verkörperung des »wahren« Faschismus letztlich nicht beseitigen.¹²⁵

Der Widerspruch zwischen den Wunschbildern der NS-Bewegungsphase und den Praktiken der NS-Machtphase trat in der Außenpolitik noch eklatanter zutage. Die faschistischen Vorstellungen waren auf diesem Gebiet an sich schon voller Ungereimtheiten. Das theoretische Ideal war die Zusammenarbeit gleichberechtigter Nationen, aber selbst Sympathisanten gaben zu, dieses Ziel sei »noch« unvereinbar mit dem gleichzeitigen Anspruch, die eigene Nation müsse als Selbstzweck an die Spitze allen gesellschaftlichen Wollens gestellt werden.¹²⁶ Ein deutscher Beobachter bemerkte durchaus zutreffend mit Bezug auf Polen: »Weltanschaulich [stehen uns] die grundsätzlich deutschfeindlichen Nationaldemokraten ... am nächsten.«¹²⁷

Schwerwiegender war jedoch, daß die westeuropäischen Faschisten seit 1933 mit den deutschen außenpolitischen Praktiken konfrontiert waren. Wie alle Faschisten hatte auch Adolf Hitler ein revolutionäres Ziel, aber seine außenpolitische Revolution hatte wenig mit den theoretischen Vor-

stellungen über die Zusammenarbeit gleichberechtigter integraler Nationalstaaten gemein. Im Gegenteil, die nationalsozialistische Außenpolitik stellte diesen Begriff praktisch auf den Kopf. Das revolutionäre Wollen des deutschen Diktators richtete sich auf mehr Macht für ihn selbst und das von ihm beherrschte Deutsche Reich. Das Revolutionäre seines innen- und außenpolitischen Handelns war Voraussetzung für Machterweiterung und die Macht wiederum Voraussetzung, um sein endgültiges Ziel, die rassenpolitische Revolution, zu erreichen.¹²⁸ Das Dritte Reich hatte Interesse an starken faschistischen Bewegungen in den Nachbarländern nur, insofern sie sich dazu eigneten, die Stabilität der demokratischen Regime zu untergraben. Gleichberechtigung war ausgeschlossen und Zusammenarbeit eigentlich nur bei der Judenverfolgung erwünscht.

Die immer klarer in Erscheinung tretenden machtpolitischen Ziele des Dritten Reichs zwangen die westeuropäischen Faschisten, ihre Beziehungen zum deutschen Nationalsozialismus zu überdenken. Eine Zeitlang klammerten sich viele noch an die Illusion, die Stoßkraft seiner Außenpolitik richte sich in erster Linie gegen Sowjetrußland. Spätestens im Herbst 1938 hatte die überwältigende Mehrheit jedoch mit der Außenpolitik des Dritten Reichs gebrochen; sie fand zu den antifaschistischen, pluralistischen Gruppen in den eigenen Ländern zurück. Die zunehmend unbedeutende Minderheit nahm zu immer realitätsferneren Illusionen Zuflucht. Zum Beispiel war von Hitlers bösen Beratern die Rede, die seine Bereitschaft zur ehrlichen Zusammenarbeit zunichte machten.¹²⁹ Zu spät kam die Erkenntnis, daß die machtpolitische Komponente für den Rechtsradikalismus hitlerscher Prägung das Wesentliche war. Sein größter Fehler sei es gewesen, so verteidigte sich Mussert während seines Hoch- und Landesverratsprozesses Ende 1945, die »verheerende Außenpolitik des deutschen Nationalsozialismus« verkannt zu haben.¹³⁰ Daß diese Einsicht erst am Ende des Zweiten Weltkriegs kam, zeugt von der Kraft der Wunschbilder, zu denen eine kleine Minderheit unter den westeuropäischen Faschisten Zuflucht nahm. Dies erklärt aber auch, warum sie zuletzt zu politischen Außenseitern in den eigenen Ländern wurden und ihre Organisationen wenig später das Sammelbecken der Kollaborateure bildeten.

Anmerkungen

- ¹ Gute Einführungen in den gegenwärtigen Stand der Literatur bringen: Stanley G. Payne, *The Concept of Fascism*, in: Stein Ugelvik Larsen et al. (Hrsgg.), *Who were the Fascists? Social Roots of Fascism*, Oslo 1980, S. 14 ff.; Klaus Hildebrand, *Das Dritte Reich*. 2. Aufl. München 1980; Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien*. München 1976; Roberto de Felice, *Interpretations of Fascism*. Cambridge, MA. 1977; Reinhard Kühnl (Hrsg.), *Texte zur Faschismuskritik*. Hamburg 1974; Karl Dietrich Bracher, *Demokratie und Ideologie im Zeitalter der Machtergreifungen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 1 ff. Zum Problem der Faschismusforschung in der DDR vgl. Dietrich Eichholz und Kurt Gossweiler, *Faschismus-Forschung*. 2. Aufl. Berlin 1980.
- ² Juan J. Linz, *Some Notes Toward a Comparative Study of Fascism in Sociological Historical Perspective*, in: Walter Laqueur (Hrsg.), *Fascism. A Reader's Guide*. Berkeley 1976, S. 40–41; Henry A. Turner jr., *Fascism and Modernization*, in: *World Politics* 24 (1972), S. 549–551, 564.
- ³ Vgl. Ernst Nolte, *Marxismus und Nationalsozialismus*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 415. Das ansonsten durchaus seriöse Werk von Michel Ragon, 1934–39. Paris 1968, S. 106, bezeichnet alle französischen Faschisten als »agents« und »complices« Hitlers.
- ⁴ Eugen Weber, *France*, in: Weber und Hans Rogger (Hrsgg.), *The European Right*. Berkeley 1966, S. 85–86. Zu diesem Fragenkomplex vgl. auch Klaus-Jürgen Müller, *French Fascism and Modernization*, in: *Journal of Contemporary History* 11 (1976), S. 95.
- ⁵ Exemplarisch: Bernd Martin, *Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-Begriffs. Ein Vergleich zwischen Japan, Italien und Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 27 (1981), S. 66, 73.
- ⁶ Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche: Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus*. 2. Aufl. München 1965; Robert Soucy, *Fascism in France*. Berkeley 1972, S. 20.
- ⁷ Heinrich August Winkler, *Extremismus der Mitte? Sozialgeschichtliche Aspekte der nationalsozialistischen Machtergreifung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 20 (1972), S. 175 u. 181.
- ⁸ Richard Hamilton, *Who Voted for Hitler?* Princeton, N. J. 1982.
- ⁹ Hermann van der Wusten u. Ronald E. Smit, *Dynamics of the Dutch National Socialist Movement ... 1931 – 1935*, in: Larsen et al. (Hrsgg.), *Fascists (wie Anm. 1)*, S. 540; Konrad Kwiet, *Zur Geschichte der Mussert-Bewegung*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 18 (1970), S. 165.
- ¹⁰ Eine Ausnahme, die die Regel bestätigt: Robert O. Paxton, *Vichy France*. New York 1972.
- ¹¹ Nolte, *Faschismus (wie Anm. 6)*, S. 53 u. 57.
- ¹² Ebenda, S. 32.
- ¹³ S. den bedeutsamen Beitrag von Werner Jochmann, *Der deutsche Liberalismus und seine Herausforderung durch den Nationalsozialismus*, in: Rudolf von Thadden (Hrsg.), *Die Krise des Liberalismus zwischen den Weltkriegen*. Göttingen 1978, S. 115–128; Charles S. Maier, *Recasting Bourgeois Europe: Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I*. Princeton, N. J. 1975, S. 584–585.

- ¹⁴ S. besonders Maier, *Recasting* (wie Anm. 13); Wusten u. Smit, *Dynamics* (wie Anm. 9), S. 525; Erik Hansen, *Fascism and Nazism in the Netherlands 1929–1939*, in: *European Studies Review* 11 (1981), S. 360–362.
- ¹⁵ Weber, *France* (wie Anm. 4), S. 105.
- ¹⁶ René Rémond, *The Right Wing in France from 1815 to de Gaulle*. Philadelphia 1968, S. 257–258; Claude Fohlen, *Politische Parteien in Frankreich 1919–1939*, in: Oswald Hauser (Hrsg.), *Politische Parteien in Deutschland und Frankreich 1918–1939*. Wiesbaden 1969, S. 26.
- ¹⁷ Nolte, *Faschismus* (wie Anm. 6), S. 57–58; Weber, *France* (wie Anm. 4), S. 97.
- ¹⁸ Pierre Barral, *Die äußerste Rechte*, in: Hauser (Hrsg.), *Parteien* (wie Anm. 16), S. 53.
- ¹⁹ Müller, *French Fascism* (wie Anm. 4), S. 75; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 39–43; Rémond, *Right Wing* (wie Anm. 16), S. 282 ff.; Richard Griffiths, *Anti-capitalism and the French extra-parliamentary Right 1870–1940*, in: *Journal of Contemporary History* 13 (1978), S. 737.
- ²⁰ William R. Tucker, *The Fascist Ego. A Political Biography of Robert Brasillach*. Berkeley 1975, S. 209.
- ²¹ Der vorläufig letzte Beitrag in der Debatte über die Finanzierung der NSDAP ist der von Henry A. Turner jr., *German Big Business and the Rise of Hitler*. New York 1984.
- ²² Eugen Weber, *Nationalism, Socialism and National-Socialism*, in: *French Historical Studies* 2 (1962), S. 302; Jean-Pierre Maxence, *Histoire de dix ans, 1927–1938*. Paris 1939, S. 247–248.
- ²³ Jean-Baptiste Duroselle, *La Décadence*. Paris 1979, S. 14.
- ²⁴ Kwiet, *Mussert* (wie Anm. 9), S. 166–167; Wusten u. Smit, *Dynamics* (wie Anm. 9), S. 526.
- ²⁵ Anton Adriaan Mussert, *Gedachten welke mede uitgangspunten vormden voor mijn handelingen*, Okt. 1945, Rijksinstituut voor Oorlogsdokumentatie (hiernach RvO): Archief Mussert (hiernach AM), 5/J.
- ²⁶ Hansen, *Fascism* (wie Anm. 14); Kwiet, *Mussert* (wie Anm. 9), S. 166.
- ²⁷ Zusammenfassend und statistisch gut belegt jetzt: Michael Kater, *The Nazi Party. A Social Profile of Members and Leaders 1919–1945*. Oxford 1983.
- ²⁸ Weber, *France* (wie Anm. 4), S. 109; und Weber, *Nationalism* (wie Anm. 22), S. 282; Ze'ev Sternhell, *Strands of French Fascism*, in: Larsen et al. (Hrsgg.), *Fascists* (wie Anm. 1), S. 485 ff.; Barral, *Rechte* (wie Anm. 18), S. 55.
- ²⁹ Kwiet, *Mussert* (wie Anm. 9), S. 168–169; Wusten u. Smit, *Dynamics* (wie Anm. 9), S. 527–531; Hermann von der Dunk, *Conservatism in the Netherlands*, in: *Journal of Contemporary History* 13 (1978), S. 755.
- ³⁰ Wusten u. Smit, *Dynamics* (wie Anm. 9), S. 534–536; Anton Adriaan Mussert, *Denkschrift für das Berufungsverfahren vor dem Hof van Cassatie*, 18. 12. 1945–6. 1. 1946, RvO: AM, 6/K, S. 7; Deutsches Generalkonsulat Niederländisch-Indien an Auswärtiges Amt (AA), 20. 8. 1935, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (hiernach: PA/AA): Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 4.
- ³¹ Jochmann, *Liberalismus* (wie Anm. 13); Lothar Kettenacker, *Sozialgeschichtliche Aspekte der Führer-Herrschaft*, in: Karl Dietrich Bracher et al. (Hrsgg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*. Bonn 1983, S. 102 ff.; Ladislav Mysyrowicz, *L'Image de l'Allemagne national-socialiste à travers les publications françaises des années 1933–39*, in: F. G. Dreyfus (Hrsg.), *Les Relations Franco-Allemandes entre 1933 et 1939*. Paris 1976, S. 131 ff.
- ³² Nolte, *Faschismus* (wie Anm. 6), *passim*, bes. S. 61–62 u. 166–167; Weber, *Na-*

- tionalism (wie Anm. 22), S. 276; Soucy, Fascism (wie Anm. 6), S. 16; Griffiths, Anti-capitalism (wie Anm. 19), S. 725–726; Hansen, Fascism (wie Anm. 14), S. 364–365; und Martin, Faschismus-Begriff (wie Anm. 5), S. 61.
- ³³ Linz, Notes (wie Anm. 2), S. 33; Müller, French Fascism (wie Anm. 4), S. 78–80; Dieter Wolf, Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus. Stuttgart 1976, S. 117ff. u. 219.
- ³⁴ Maxence, Histoire (wie Anm. 22), S. 10–14. Vgl. auch Hans Mommsen, Fritz-Dietlof Graf von der Schulenburg und die preußische Tradition, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984), S. 223.
- ³⁵ Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 142; Maxence, Histoire (wie Anm. 22), S. 16; Rudolf Vierhaus, Faschistisches Führertum, in: Historische Zeitschrift 198 (1964), S. 614–639; Peter D. Stachura, Das Dritte Reich und die Jugenderziehung. Die Rolle der Hitlerjugend 1933–1939, in: Bracher et al. (Hrsgg.), Diktatur-Bilanz (wie Anm. 31), S. 227ff.
- ³⁶ Nolte, Marxismus (wie Anm. 3), S. 415; Wolf, Doriot-Bewegung (wie Anm. 33), S. 216ff.; Weber, Nationalism (wie Anm. 22), S. 284; und Weber, France (wie Anm. 4), S. 74.
- ³⁷ Nolte, Faschismus (wie Anm. 6), S. 181; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 58.
- ³⁸ Weber, Nationalism (wie Anm. 22), S. 279ff.; Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 176; und Müller, Fascism (wie Anm. 4), S. 95.
- ³⁹ Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 172–173; Wusten u. Smit, Dynamics (wie Anm. 9), S. 527.
- ⁴⁰ Adriaan Mussert, Verdediging, Aug.–Sept. 1945, RvO: AM, 1/B, S. 2–4; Mussert, Gedachten (wie Anm. 25); Mussert Denkschrift (wie Anm. 30), S. 6.
- ⁴¹ Dies zeigt z. B. der Schriftwechsel des NSB-Hoofdkontoors mit Sympathisanten, 19. 4. u. 15. 9. 1933, RvO: NSB-Arch., Pic.
- ⁴² Zahlreiche Dokumente in PA/AA, Pol. Abt. II, Pol. 29 Ni, Bd. 1; Pol. 2 C Fr, Bd. 19.
- ⁴³ Wusten u. Smit, Dynamics (wie Anm. 9), S. 528–530; Mussert, Verdediging (wie Anm. 40), S. 6.
- ⁴⁴ Beiträge von Charles Bloch und Alfred Kupferman in: Dreyfus (Hrsg.), Relations (wie Anm. 31), S. 30 und 89ff.; von Rintelen, Aufzeichnung, 8. 2. 1934, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol. 29 Ni, Bd. 1.
- ⁴⁵ Eberhard Jäckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreichpolitik im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1966, S. 14 ff.; Otto Abetz, Das offene Problem. Köln 1951, S. 134; Bloch (wie Anm. 44), S. 16–19; Adolf Hitler, Monologe im Führerhauptquartier. Hrsg. v. Werner Jochmann. Hamburg 1980, S. 245 (31. 1. 1942).
- ⁴⁶ Hitler, Monologe (wie Anm. 45), S. 55, 63, 290 u. 374; Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt a. M. 1968, S. 494.
- ⁴⁷ PA/AA: Pol. Abt. II, Pol. 29 Ni, Bd. 3.
- ⁴⁸ Botschaft an AA, 4. 12. 1933, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol. 5 Fr, Bd. 22.
- ⁴⁹ Dokumentation in: PA/AA: Pol. Abt. II, Pol. 29 Ni, Bd. 3 und 4; Aufzeichnung Woermann, 29. 7. 1936, PA/AA: Abt. Inl., Inl II A/B 82–22, Bd. 1.
- ⁵⁰ Jacobsen, Außenpolitik (wie Anm. 46), S. 127–128 u. 603. Zu den ständigen Reibungen zwischen der AO und niederländischen Stellen vgl. die Dokumentation in: PA/AA: Chef AO, Ni 1937–1940; Büro StS., AD/81/8; und Karl-Heinz Minuth (Hrsg.), Akten der Reichskanzlei. Die Regierung Hitler, Teil I: 1933/34. Boppard a. Rh. 1983, Bd. 2, S. 1075–1076.
- ⁵¹ PA/AA: Abt. Inl. II, A/B, 82–22, Bd. 2; 83–25, 57/1, Bd. 1; Pol. Abt. II, Pol. 29 Ni, Bd. 3. Vgl. auch Jacobsen, Außenpolitik (wie Anm. 46), S. 446.

- ⁵² Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 40 ff.; Jacobsen, Außenpolitik (wie Anm. 46), S. 270–271. Vgl. Hitlers abschätzige Beurteilung dieser Bemühungen in: *Monologe* (wie Anm. 45), S. 304 (27. 2. 1942).
- ⁵³ Reinhard Bollmus, *Das Amt Rosenberg und seine Gegner*. Stuttgart 1970, S. 330.
- ⁵⁴ PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 23; Kupferman, (wie Anm. 44), S. 97.
- ⁵⁵ Li[kus], Aufzeichnung, 13. 9. 1935, PA/AA: Rib. VB 1/1, Teil 1.
- ⁵⁶ Hassenöhr, Bericht über die Möglichkeiten der Auslandsbeeinflussung ..., 10. 1. 1939, PA/AA: Dienst. Rib., 14/1, S. 1–2.
- ⁵⁷ Kupferman, (wie Anm. 44), S. 90; Jacobsen, Außenpolitik (wie Anm. 46), S. 252 ff.
- ⁵⁸ Luther an Pg. Büttner, 7. 6. 1937, PA/AA: Abt. Inl. I, Partei, 82–09, 76/2 II.
- ⁵⁹ Anlage zu RMDI an Reichsstatthalter u. Innenminister der Länder, 6. 7. 1933, abgedr. in: *Akten Reichskanzlei Hitler* (wie Anm. 50), Bd. 1, S. 639–640.
- ⁶⁰ Alfred Kupferman, *Diplomatie parallèle et guerre psychologique: le rôle de la Ribbentrop Dienststelle 1934–1939*, in: *Relations internationales*, Nr. 3 (Juli 1975), S. 84–87.
- ⁶¹ Dazu die Dokumentation in PA/AA: Abt. Inl. I, Partei, 82–09, 76/1 u. 76/2 II, 77, 78/1 u. 78/2. S. a. Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 99, 107; Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 179; Kupferman, *Diplomatie* (wie Anm. 60), S. 91; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 126; Nolte, *Faschismus* (wie Anm. 6), S. 464–468.
- ⁶² Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 41 ff.; Dokumentation in PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 1.
- ⁶³ *Cahiers de l'union fédérale*, 1936, Belegexemplar in: PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 6; Kupferman, *Diplomatie* (wie Anm. 60), S. 84; und Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 118–119. Pineau war Führer der rechtsgerichteten *Union fédérale des associations françaises d'anciens combattants*.
- ⁶⁴ Bülow, Aufzeichnung, 1. 12. 1934, PA/AA: Büro StS., AD, 81/5.
- ⁶⁵ Dazu die Dokumentation in PA/AA: Dienst. Rib., RJF, 1938–40.
- ⁶⁶ Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 248, Jacobsen, Außenpolitik (wie Anm. 46), S. 336–337; Duroselle, *Décadence* (wie Anm. 23), S. 204; Mussert, *Prozeß-Plädoyer*, 28. 11. 1945, RvO: AM, 3/G; Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 104; Deutsche Gesandtschaft Den Haag (Zech) an AA, 13. 10. 1937, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 3.
- ⁶⁷ Deutsche Botschaft Paris (Forster) an AA, 25. 10. 1935, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 5 Fr, Bd. 22.
- ⁶⁸ Deutsche Botschaft Paris (Köster) an AA, 15. 7. 1935, ebenda.
- ⁶⁹ So z. B. Deutsche Botschaft Paris an AA, 25. 5. 1934, ebenda, Bd. 20.
- ⁷⁰ Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 183–184.
- ⁷¹ Deutsche Gesandtschaft Den Haag (Zech) an Bülow, 18. 6. 1936, PA/AA: Büro StS., Pol. B, 94/4.
- ⁷² Paul Wurm (Antijüdische Weltliga) an LGR v. Thadden, 28. 2. 1944, PA/A: Abt. Inl., Inl II A/B, 83–25 Sdh. IV; Gestapa Berlin an Promi u. AA, 26. 6. 1935, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol. 29 Ni, Bd. 6.
- ⁷³ Gestapa Berlin an Promi u. AA, 18. 6. 1934, ebenda, Bd. 3.
- ⁷⁴ Rost van Tonningen an Mussert, 22. 10. 1941, zit. in RvO: AM, Doos 1, Mapped A, S. 11; [Gestapa Berlin], *Auslandsdienst, Bericht Nr. 393/37*, 9. 2. 1937, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 3.
- ⁷⁵ Mussert, Aufzeichnung, 1936, RvO: AM 3/G.
- ⁷⁶ Maxence, *Histoire* (wie Anm. 22), S. 10; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 74; und

- Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 224. Interessant auch: Alfred Fabre-Luce, *Meine Eindrücke als Franzose in Deutschland in Hinblick auf die jüdische Greuelhetze*, April 1933, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 5.
- ⁷⁷ Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 116; Maxence, *Histoire* (wie Anm. 22), S. 250; Hamilton, *Appeal* (wie Anm. 9), S. 192; Fohlen, *Parteien* (wie Anm. 16), S. 34.
- ⁷⁸ Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 150 u. 293, Anm. 75; Pierre de Senarclens, *Brasil-lach*, in: Dreyfus (Hrsg.), *Relations* (wie Anm. 31), S. 185, 199; und J. P. Stern. *Hitler und die Deutschen*, in: Bracher et al. (Hrsgg.), *Diktatur-Bilanz* (wie Anm. 31), S. 725.
- ⁷⁹ *Ansprache an Teilnehmer der NSB-Kringschool 5-West*, 11.6.1936, RvO: AM, 1/B. Vgl. Werner Warmbrunn, *The Dutch and German Occupation*. Stanford CA. 1963, S. 96.
- ⁸⁰ Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 21; Pierre de Senarclens, *L'Image de l'Allemagne dans la revue »Esprit«*, in: *Relations internationales*, Nr. 2 (Nov. 1974), S. 144–145.
- ⁸¹ Dazu zahlreiche Dokumente in: PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 23 und Pol 29 Fr, Bd. 1; vgl. Charles Micaud, *The French Right and Nazi Germany*. New York 1964 (Originalausgabe: 1943), S. 115; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 74, 102–103 u. 164–165; Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 197–198; Adolf Kimmel, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930–1933*. Bonn 1969, S. 138.
- ⁸² Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 177–179. Vgl. auch Musserts gewundene Erklärung nach der »Reichskristallnacht«, 15. 11. 1938, RvO: Arch. NSB, L/12, und seine Angriffe auf Rost van Tonningen nach der Verhaftung des NSB-Führers, 13. u. 29.9. 1945, RvO: AM, 1/A u. 1/B.
- ⁸³ Oscar L. Arnal, *Ambivalent Alliance: The Catholic Church and the Action Française 1899–1939*. Pittsburgh 1985. 1939 hob der Papst den kirchlichen Bann gegen die AF auf.
- ⁸⁴ NSB Gewestelijk Commissariat an Pater Brust, 29. 5. 1936, RvO: Arch. NSB, L/6; Deutsche Gesandtschaft Den Haag an AA, 29. 5. 1936, 6. 7. 1936 u. 25. 10. 1937, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 1, 3 u. 4.
- ⁸⁵ Musserts eigene Darstellung seiner Bemühungen in: RvO, Arch. NSB, L/6. Vgl. Kwiet, Mussert, (wie Anm. 9), S. 175.
- ⁸⁶ Hamilton, *Appeal* (wie Anm. 9), S. 188.
- ⁸⁷ PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 20.
- ⁸⁸ Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 54; Kimmel, *Aufstieg* (wie Anm. 81), S. 37.
- ⁸⁹ Vgl. Gunter Mai, *Die nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 31 (1983), S. 573–613; Heinz Höhne, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933–34*. Hamburg 1984, S. 52 u. 168; Hans Mommsen, *Schulenburg* (wie Anm. 34), S. 217.
- ⁹⁰ Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 57.
- ⁹¹ Vgl. die Berichte der Gestapoleitstelle Osnabrück, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 2 u. 5; dazu auch Wusten u. Smit, *Dynamics* (wie Anm. 9), S. 533–535.
- ⁹² Vgl. die Dokumentation in: PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 21 u. 22; und Pol 5 Ni, Bd. 2. Vgl. Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 8.
- ⁹³ Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 220; und Senarclens, *Brasil-lach* (wie Anm. 78), S. 207.
- ⁹⁴ S. das Grußtelegramm an Hitler, abgesandt durch den Francistenkongreß, Juni

- 1934, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 21. Dazu Robert Arons ausgewogenes Portrait Brasillachs, *Le procès Brasillach*, in: *Le grand dossier de l'histoire contemporaine*. Paris 1962, S. 137–164.
- ⁹⁵ Kimmel, Aufstieg (wie Anm. 81), S. 152; K. Mazurawa, La politique allemande des gouvernements, des principaux partis et groupements français dans les années 1938–1939, in: Dreyfus (Hrsg.), *Relations* (wie Anm. 31), S. 66.
- ⁹⁶ Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 36; Roland A. Höhne, Die außenpolitische Neuorientierung Frankreichs, in: Dreyfus (Hrsg.), *Relations* (wie Anm. 31), S. 208–231; Kupferman (wie Anm. 44), S. 88.
- ⁹⁷ Micaud, Right (wie Anm. 81), S. 82, 99.
- ⁹⁸ Muzarawa, Politique (wie Anm. 95), S. 58, 64.
- ⁹⁹ Mussert, Dagboek, 30. 5. u. 9. 6. 1940, RvO: AM, 3/E.
- ¹⁰⁰ Mussert an Gonggrijp (ehemaliger niederländischer Kommissar für Sumatra), 16. 6. 1939, RvO: Arch. NSB, Leider, 13j. S. a. Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 180–181, 186.
- ¹⁰¹ Hitler, Monologe (wie Anm. 45), S. 156 (12. 12. 1941). Vgl. Mussert, Dagboek (wie Anm. 127), 3. 9. 1940; und Mussert, Aufschrift, ca. Dez. 1945, RvO: AM, 5/J.
- ¹⁰² Vgl. Barkhausen an Neurath, 28. 12. 1933, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 20 u. 21.
- ¹⁰³ Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 85; Robert Michael, *The Radicals and Nazi Germany*. Washington 1982; Mussert, *Gedachten* (wie Anm. 25), S. 4.
- ¹⁰⁴ Deutsche Botschaft Paris (Köster) an AA, 23. 6. 1934, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 2c Fr, Bd. 21. Dokumentation, in: Pol 5 Ni, Bd. 3.
- ¹⁰⁵ Bülow, Aufzeichnung über eine Unterredung mit François-Poncet. 9. 4. 1936, PA/AA: Büro StS., AD, 81/7.
- ¹⁰⁶ Maxence, *Histoire* (wie Anm. 22), S. 304.
- ¹⁰⁷ Deutscher Militärattaché Paris an AA, 12. 3. 1936, PA/AA: Geheimakten 1920–36, II FM 19–14/1–4.
- ¹⁰⁸ Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 130–131.
- ¹⁰⁹ Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 174–177; Maxence, *Histoire* (wie Anm. 22), S. 175; Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 205; Deutsche Gesandtschaft Den Haag, Bericht, 7. 9. 1936, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 2.
- ¹¹⁰ Micaud, Right (wie Anm. 81), S. 66.
- ¹¹¹ Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 71.
- ¹¹² Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 200–203; Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 193–195.
- ¹¹³ Senarclens, *Esprit* (wie Anm. 80), S. 134–135; Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 89.
- ¹¹⁴ Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 94; Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 195, 209; Duroselle, *Décadence* (wie Anm. 23), S. 360–363; Mazurawa, *Politique* (wie Anm. 95), S. 65, 67; Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 202–209.
- ¹¹⁵ M. (AA-Vertrauensmann in Holland) an Likus, 12. 4. 1939, PA/AA: Büro Rib., 3/1, Teil 1.
- ¹¹⁶ Fernand l'Huillier, *Les Français et l'accord du 6 decembre 1938*, in: Dreyfus (Hrsg.), *Relations* (wie Anm. 31), S. 424.
- ¹¹⁷ L'Oeuvre, 4. 5. 1939. Zur vorherrschenden Stimmung in Rechtskreisen s. Abetz, Problem (wie Anm. 45), S. 95; und Micaud, Right (wie Anm. 81), S. 211.
- ¹¹⁸ Deutsche Gesandtschaft Den Haag (Zech) an AA, 3. 6. 1939, PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 3; vgl. Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 165.

- ¹¹⁹ Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 159
- ¹²⁰ Ebenda, S. 188–189; Micaud, Right (wie Anm. 81), S. 127; Tucker, Ego (wie Anm. 20), S. 187.
- ¹²¹ Wolf, Doriot (wie Anm. 33), S. 152–154, 206; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 185; Protokoll Pieter van Houten, 6. 10. 1945, RvO: AM, 1/B.
- ¹²² Deutsches Konsulat Amsterdam, Bericht über die politische Lage, 3. 3. 1937. PA/AA: Pol. Abt. II, Pol 29 Ni, Bd. 3. Vgl. Wusten u. Smit, Dynamics (wie Anm. 9), S. 526; und Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 177.
- ¹²³ Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 177; Ragon, 1934 (wie Anm. 3), S. 96–97.
- ¹²⁴ Kwiet, Mussert (wie Anm. 9), S. 191.
- ¹²⁵ Wusten u. Smit, Dynamics (wie Anm. 9), S. 539–540.
- ¹²⁶ S. Thierry Maulnier, *Au-delà du nationalisme*. Paris 1938, S. 31.
- ¹²⁷ Bericht aus Warschau, 22. 5. 1939, PA/AA: Büro Rib., Mitarbeiterberichte, 4/1. Vgl. auch Nolte, Faschismus (wie Anm. 6), S. 50.
- ¹²⁸ MacGregor Knox, Conquest, Foreign and Domestic in Fascist Italy and Nazi Germany, in: *Journal of Modern History* 56 (1984), S. 25.
- ¹²⁹ Mussert, Gedachten (wie Anm. 25), S. 7 u. 9.
- ¹³⁰ Mussert, Verteidigungsplädoyer, 28. 11. 1945, RvO: AM, 3/G.

Betrachtungen zum Deutschlandbild der französischen extremen Rechten

von Klaus-Jürgen Müller

I

Seit der Mitte der zwanziger Jahre und besonders dann in den dreißiger Jahren traten in Frankreich auf der äußersten Rechten des politischen Spektrums Gruppierungen auf, die damals sehr rasch von ihren Gegnern als »faschistisch« bezeichnet wurden und auch bis heute überwiegend in diese Kategorie eingeordnet werden. Die Geschichtswissenschaft hat sich, seit in den sechziger Jahren das Interesse für faschistische oder vermeintlich faschistische Phänomene und für Faschismustheorien neu erwachte, auch ihrer angenommen und sie fast durchweg – bisweilen gar recht unreflektiert und zunächst ohne tiefergreifende Untersuchungen – als faschistisch klassifiziert.¹ Das geschah manchmal, indem schlicht die Meßlatte einer mehr oder weniger schlüssigen, keineswegs aber an der Fülle der historischen Erscheinungen überprüften Faschismustheorie² an derartige Gruppierungen oder »Bewegungen« angelegt und danach rasch ein »Urteil« gesprochen wurde. Durchgehend waren die angewandten Methoden reichlich pauschal, entbehrten vor allem häufig einer hinreichenden empirischen Basis. Ob es das »faschistische Minimum« war, von dem sein Erfinder selbst meint, es müßten sich nicht immer alle darin enthaltenen Teilelemente bei der konkreten historischen Erscheinung wiederfinden lassen, um ein Phänomen als »faschistisch« zu bezeichnen³ – wieso dann eigentlich »Mini-

mum«? –, oder ob es marxistische oder neomarxistische, liberale oder konservative Faschismustheorien waren, stets fiel die mangelnde empirische Absicherung auf: Theorieüberhang bei gleichzeitigem Defizit an empirischen Befunden.⁴ Die Ambivalenz und Unschärfe des Faschismusbegriffs – generalisierendes Abstraktum und politisch-polemischer Kampfbegriff zugleich – läßt es zudem fraglich erscheinen, ob er als wissenschaftlicher Terminus wirklich sinnvoll angewandt werden kann.⁵ Ein weiteres kommt hinzu, das selbst heute, wo das empirische Defizit der Faschismuskonversation allmählich ins Bewußtsein der Vertreter eines generellen Faschismusbegriffs oder gar einer Faschismustheorie zu dringen beginnt, manchen von ihnen immer noch nicht deutlich geworden ist: wie sehr nämlich die spezifische politische Kultur eines Landes – so wie sie sich seit langer Zeit entwickelt hat – das politische Leben in allen seinen Erscheinungen und eben auch in den neu auftretenden politischen Phänomenen tiefer und nachhaltiger prägt, als es eine vornehmlich auf theoretische Konstrukte abstellende, generalisierende Historie wahrhaben will. Außerdem, was ist an Erkenntnisfortschritt eigentlich gewonnen, wenn man einer, meist sehr komplexen Erscheinung schlichthin das Etikett »faschistisch« aufklebt und es dabei bewenden läßt? Ist damit wirklich eine neuartige historische Erscheinung beschrieben oder gar erklärt? Sicherlich nicht. Es müßte erheblich umfassender in der Analyse angesetzt werden, als bloß kurzschlüssig politische Gruppierungen, die militant antimarxistisch, antiliberal, militaristisch und antiparlamentarisch waren, als faschistisch zu bezeichnen, nur weil sie bei Anwendung derartiger Kategorien in ein grobgerastertes faschismustheoretisches Schema passen. Das ist gewiß eine allzu holzschnittartige Methode. Ehe man zu umfassenden oder generalisierenden Ansätzen greift, müßte das jeweilige politisch-soziale Herrschaftssystem in seinem nationalgeschichtlichen Kontext, müßten die soziale Zusammensetzung, die propagandistisch verkündeten, die programmatisch fixierten, aber auch die in der politischen Praxis tatsächlich angestrebten Ziele und die in diesem Bereich vonstatten gegangenen Wandlungen, wie sie die Konfrontation mit den Realitäten erzwang, genau analysiert werden. Ebenso müßte der sich wandelnde Stellenwert solcher politischer Erscheinungen innerhalb des politischen Systems eines Landes berücksichtigt werden, ehe man zu Aussagen über ihren Charakter gelangt. Eine nur phänomenologische Beschreibung oder eine nur ideologiekritische Analyse genügen angesichts der Komplexität der Erscheinungen und ihrer Umwelt wahrlich nicht.

Hier soll nun angesichts des begrenzten Raumes keine derartige multikausale und mehrdimensionale Analyse »faschismusverdächtiger« Erscheinungen im Zwischenkriegs-Frankreich vorgelegt werden – das ist bereits an anderer Stelle exemplarisch versucht worden.⁶ Vielmehr wird hier nur

ein Teilaspekt herausgegriffen: das Deutschlandbild dreier nationalistischer Gruppierungen im Frankreich der zwanziger und dreißiger Jahre. An ihrer Einschätzung Deutschlands läßt sich die Unterschiedlichkeit derartiger politischer Erscheinungen nämlich bereits aufzeigen. Das erhellt unter anderem, wie schwierig es bei genauerem Hinsehen ist, solche Erscheinungen unter einen allgemeinen Begriff zu subsumieren. Terminologisch soll hier der Begriff »extreme Rechte« zunächst nur in einem formal-einordnenden Sinn benutzt werden, also Phänomene bezeichnen, die ungeachtet ihrer Besonderheit auf dem äußersten Flügel der Rechten zu orten sind, ohne sie vorerst näher zu qualifizieren oder auch nur präziser zu etikettieren.

Diese Gruppierungen, die zuerst in den zwanziger Jahren auftauchten, wie die *Ligue des Jeunes Patriotes*, und die sich dann seit Anfang der dreißiger Jahre in verstärktem Maß zeigten, wie etwa die *Croix de Feu* oder der *Francisme*, stellten zeitweilig nicht unwichtige Faktoren der französischen Innenpolitik dar.

Diese auf der äußersten Rechten auftretenden Gruppierungen haben zunächst in der Forschung längere Zeit wenig Interesse gefunden. Inzwischen sind jedoch vor allem in französischen Untersuchungen ihre Struktur und ihre Entwicklung, ihre Programmatik, Anhängerschaft und Politik hinreichend erforscht worden.⁷ Ihr Deutschlandbild jedoch ist nie speziell untersucht worden, es blieb recht unkonturiert, obwohl man sich über die Wichtigkeit der Umweltperzeption politisch relevanter Gruppen inzwischen doch vollkommen klar ist⁸ und weiß, daß sie ein wichtiges Moment bei der Herausbildung von politisch folgenreichen Mentalitäten, Ideen und Konzeptionen darstellt. Dies trifft für die dreißiger Jahre in außergewöhnlichem Maß zu, weil die Herausforderung, welche das nationalsozialistische Deutschland für die von Kriegsfolgen und Weltwirtschaftskrise betroffenen westlichen Demokratien darstellte, von besonderer Bedeutung für die Herausbildung bestimmter politischer Konstellationen sowie politischer Reaktions- und Verhaltensweisen im Frankreich jener Zeit war.

Nur wenige Arbeiten haben sich bislang dieses Themas angenommen. René Rémond hat in einer ebenso tiefgehenden wie brillanten Analyse wesentliche Elemente des französischen Deutschlandbildes herausgearbeitet;⁹ Roland Höhne untersuchte die Vorstellungen der gemäßigten Rechten über Deutschland in jener Periode.¹⁰ Adolf Kimmel dagegen hat einen sachlich und zeitlich begrenzten Ausschnitt untersucht, nämlich den Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse zwischen 1930 und 1933.¹¹ Die Arbeiten von Höhne und Kimmel basieren auf einer Analyse von Presseerzeugnissen; sie nehmen daher die zu einem Teil wohl

durch die Presse vermittelte, aber insgesamt doch durch eine Vielzahl anderer Faktoren bestimmte Deutschlandperzeption nur ausschnittsweise in den Blick. Es bleibt bei dem Deutschlandbild der veröffentlichten politischen Meinung, die nur ein Moment der gesamten Perzeption ist.

Daher ist es ebenso reizvoll wie erforderlich, unmittelbar das Deutschlandbild der erwähnten politischen Gruppierungen zu analysieren und nicht nur jenes der ihr nahestehenden Presse. Diese ist wohl auch einzubeziehen, da es sich meist um reine Parteizeitungen handelte, in denen sich der parteiinterne Diskurs ausdrückte. Aber es müssen doch unbedingt auch weitere Quellen – wie Reden und Buchveröffentlichungen – herangezogen werden. Dabei ist es weniger wichtig, dieses Deutschlandbild als Element der konkreten Deutschlandpolitik oder der Grundhaltung gegenüber dem Nachbarn jenseits des Rheins zu erfassen. Die besagten Gruppen, mochten sie auch zum Teil zahlenmäßig ins Gewicht fallen, hatten praktisch keinen bedeutsamen Einfluß auf die französische Deutschlandpolitik jener Zeit oder auch nur auf den einen oder anderen wesentlichen Aspekt dieser Politik. Art und Weise der jeweiligen Deutschlandperzeption sind vielmehr in einem anderen Zusammenhang von Interesse. Angesichts der innenpolitischen Polarisierung im damaligen Frankreich – eine Polarisierung, die sich zu einem erheblichen Teil auch in der Kontroverse über die gegenüber Hitlerdeutschland einzunehmende Haltung niederschlug – erscheint die methodische Hypothese sinnvoll, über eine Analyse des jeweiligen Deutschlandbildes etwas von der Eigenart und vom politischen Charakter jener Gruppierungen zu erfassen, die bislang pauschal unter dem Faschismusbegriff subsumiert worden sind. Kann ihr Deutschlandbild als Teil ihres Diskurses mit der Umwelt und mit sich selbst auch etwas über ihr Selbstverständnis und über ihre politische Eigenart aussagen? In dieser methodischen Instrumentalisierung eröffnet sich möglicherweise ein sinnvoller Zugriff; allerdings sollte man von solch einem eindimensionalen Ansatz auch nicht allzuviel erwarten.

Nicht zu übersehen ist allerdings, daß sich dabei auch gewisse methodische Probleme stellen. Zunächst ist zu berücksichtigen, daß die spezifische Deutschlandvorstellung innerhalb dieser erwähnten Gruppierungen in bestimmte Rahmenbedingungen eingebettet war, wie zum Beispiel in die allgemein in der öffentlichen Meinung in Frankreich vorherrschenden nationalen Stereotypen über den Nachbarn d'Outre-Rhin, also jene »*images collectifs*«, die über längere Zeit hinweg sehr wesentlich die Umweltperzeption einer Nation prägen. Bestseller der damaligen Zeit, wie die Bücher von Jacques Bainville »*Histoire de deux peuples*« (Geschichte zweier Völker)¹² oder Charles Maurras »*Devant L'Allemagne éternelle*« (Vor dem ewigen Deutschland)¹³, transportierten derartige Stereotypen innerhalb eines be-

stimmten politischen Weltbildes: Sie zeigten ein Volk, das – seit einst Tacitus über die Barbaren nördlich der Alpen und jenseits des Rheins geschrieben hatte – sich kaum in seiner Mentalität gewandelt hatte, das immer noch militärisch aggressiv, politisch expansiv und vom Wesen her undurchsichtig und unberechenbar war. Auch Edmond Vermeils Buch »Doctrinaires de la Révolution Allemande« (Theoretiker der deutschen Revolution)¹⁴ mit seiner These von der Kontinuität des deutschen Nationalcharakters gehört in diesem Zusammenhang genannt.

Solche nationalen Stereotypen, auf deren Inhalte im einzelnen nicht eingegangen werden soll, bildeten fraglos den Hintergrund des jeweiligen Deutschlandbildes der hier zu behandelnden Gruppierungen. Hier gilt es, die Spezifika, die vor diesem generellen Hintergrund erkennbar werden, herauszuarbeiten bzw. das Mischungsverhältnis von solchen generellen und speziellen Elementen zu erfassen.

Außerdem ist zu berücksichtigen, daß politisch engagierte Literaten, die nicht selten ein typisches Element innerhalb der Führungskader dieser Gruppierungen waren, die programmatischen Aussagen sowie die Parteipresse in gewissem Maß, mindestens zeitweilig, mitgeprägt haben. Sie artikulierten häufig ihre eigenen spezifischen Vorstellungen, also auch ihr Deutschlandbild, das weder mit den Ansichten der anderen Führungskader noch der Mitglieder identisch sein mußte. Typisch ist in diesem Zusammenhang eine Erscheinung wie der Romancier und politische Schriftsteller Drieu la Rochelle¹⁵, der in wenigen Jahren mehreren solcher rechtsextremer »Bewegungen« nacheinander angehörte und deren jeweilige öffentliche Äußerungen oft nicht unerheblich beeinflusste.

Es müßte also ein Spektrum von einschlägigen Aussagen herangezogen werden, das nicht nur die Ansichten solcher Parteiintellektueller widerspiegelt, sondern von Äußerungen auf Parteitag und Kongressen bis zu Interviews und Stellungnahmen von Funktionären oder gar des »Führers«, des »Chefs«, reicht. Dann läßt sich der unter Umständen unverhältnismäßig stark hervortretende Anteil von Parteiliteraten und Intellektuellen relativieren und ein einigermaßen authentisches Bild gewinnen. Dann wird es möglich, über das Deutschlandbild einer oder mehrerer solcher Gruppierungen mindestens die eine oder andere Facette ihrer Eigenart in den Griff zu bekommen. Die Perspektive, aus der man das »Dritte Reich« damals betrachtete, und die Aspekte und Momente des NS-Regimes, die man speziell in den Blick nahm, vermögen auch etwas über die Eigenart solcher Gruppierungen selbst auszusagen.

Zunächst soll unter diesem Gesichtspunkt die *Ligue des Jeunes Patriotes* betrachtet werden, die vom rechtskonservativen Pariser Abgeordneten Taittinger 1924 nach dem Sieg des *Cartel des Gauches* gegründet wurde. Sie

wurde oft als Ausdruck eines militanten bürgerlichen Antikommunismus angesehen. Ihre politische Programmatik zeigte eine Mischung von bonapartistischen und autoritär-nationalistischen Elementen, ihre Organisation wies paramilitärische Strukturen auf. Diese Liga war zeitweilig die nach Zahl und Aktivismus ihrer Anhänger bedeutendste Gruppierung auf der äußersten Rechten, bis sie etwa seit 1933/34 von den *Croix de Feu* überflügelt wurde.¹⁶

Zeitlich schlossen sich die soeben erwähnten *Croix de Feu* an. Sie waren aus einer 1927 gegründeten elitären Sondergruppierung der Kriegsteilnehmerorganisationen¹⁷ entstanden und wurden zwischen 1930 und 1933 von Colonel Casimir de La Rocque zu einer militant nationalistischen Massenbewegung ausgebaut und ebenfalls paramilitärisch organisiert.¹⁸ Mitte 1934 hatten sie mehr als 150000 Anhänger, bekämpften massiv die Linke und ließen in Wahlkämpfen den politischen Parteien der Rechten in vielfacher Weise ihre politische Unterstützung zukommen.

In ihrer Programmatik, wie sie gerade vor den Wahlen von 1936 sich manifestierte, verbanden sie einen militanten Antimarxismus mit der Verwerfung des Einflusses des Großkapitals, die Ablehnung des Parteiensystems mit einem betont personalistischen und berufsständischen Idealbild des politischen Lebens. Im Juni 1936 vom Auflösungsdekret der Regierung betroffen, verwandelten sich die *Croix de Feu* in eine auch an Parlamentswahlen teilnehmende Partei, die *Parti Social Français* (PSF), die ebenfalls bald zu einer Massenpartei wurde (600000 Mitglieder Ende 1936) und nach der Zahl ihrer Anhänger Sozialisten und Kommunisten überflügelte. In ihrer Wahltaktik zielte sie auf die Gewinnung jener zuvor von den Radikalsozialisten politisch vertretenen Mittelklassen, welche die Volksfront ablehnten. Trotz eines ausgesprochen kämpferischen Antikommunismus schloß sich de La Rocque mit seiner Partei aber nicht der von Doriot befürworteten *Front de la Liberté* an, die vom Führer der *Parti Populaire Français* (PPF) als eine alle rechtskonservativen bis rechtsextremistischen Kräfte umfassende Sammlungsbewegung gedacht war. Ab 1938 unterstützten die Vertreter der PSF im Parlament in zunehmendem Maß die Regierung Daladier, obgleich sie der sozialistische Innenminister Dormoy noch ein Jahr zuvor des Komplotts gegen die Republik verdächtigt hatte.

Im Gegensatz zu diesen beiden vorstehend erwähnten Massenbewegungen der nationalistischen Rechten blieb der *Francisme*, der von Marcel Bucard, einem hochdekorierten Kriegsveteranen und rechtsradikalen Aktivist, im November 1933 mit finanzieller Hilfe des Zeitungsmagnaten François Coty gegründet wurde, immer eine, wenngleich lautstarke Minderheitsgruppierung, die um 1936 nur einige zehntausend Anhänger gewinnen konnte.¹⁹ Bucard charakterisierte seine Gruppierung 1933: »Un-

ser Francisme ist für Frankreich, was der Faschismus für Italien ist.« (»Notre Francisme est à la France ce que le Fascisme est à l'Italie.«) Die Programmatik und Ideologie dieses »Francisme« enthielt gemeinfaschistische Elemente, wie Antiparlamentarismus, Antiliberalismus, Antikapitalismus und einen heroischen Führerkult, dazu eine Art Blut- und-Boden-Mythos (Retour à la Terre); gleichzeitig findet man aber auch christliche Elemente, was sich u. a. in betonter Religionspflege (feierliche Messe bei Eröffnung der Jahreskongresse) ausdrückte, sowie autoritär-bonapartistische Züge und korporatistische Ideen. Seine Anhänger konzentrierten sich meist in großstädtischen Ballungsräumen (Paris, Marseille, Toulon) sowie in Algerien. Mit der Auflösung im Juni 1936 verlief sich die Anhängerschaft rasch, wiewohl Bucard und einige seiner Mitstreiter versuchten, sie in mehreren Nachfolgeorganisationen zusammenzuhalten. Ein erheblicher Teil scheint sich der *Parti Populaire Français* von Jacques Doriot angeschlossen zu haben, der damals radikalsten rechtsextremistischen und antikommunistischen Partei, die ursprünglich aus einer nationalkommunistischen Sezession entstanden war.²⁰

II

Wenden wir uns zunächst dem Deutschlandbild der ältesten der genannten Gruppierungen zu, dem der *Jeunesses Patriotes* (JP). Es war gekennzeichnet durch die frühe Einsicht, daß das Deutsche Reich eine Bedrohung des Friedens in Europa darstelle. Bereits lange vor 1933, noch in der Zeit der europäischen Euphorie von Locarno, schrieb Pierre Taittinger in seinem 1926 erschienenen Buch »Les Cahiers de la Jeune France« (Hefte des Jungen Frankreich), daß Deutschland eine ständige Kriegsdrohung bedeute, denn der deutsche Nachbar Frankreichs sei, unabhängig davon, wer dort gerade regiere, eben von Natur aus aggressiv: »Die wirkliche, die große, die säkulare Industrie Deutschlands ist – vergessen wir es nicht – der Krieg!«²¹

Edouard Soulier, einer der führenden Köpfe der JP sprach 1930 von dem »primitiven Herrschaftstrieb« der Deutschen, der tief in deren geistiger und ethnischer Entwicklung wurzele.²² Er hebt den grundlegenden Unterschied zwischen mediterranem und germanischem Geist hervor: »Die Deutschen sind Nordeuropäer; die Preußen werden niemals diese mittelmeerische Feinheit besitzen: sie haben nicht unseren nuancenreichen Geist, nicht unser Gefühlsleben. Sie besitzen nicht unseren großzügigen Charakter.«²³ Die Deutschen haben Wagner, Nietzsche und, *horribile dictu*, auch Karl Marx hervorgebracht, »der, wenn er auch kein Arier ist, nichtsdesto-

weniger ein Deutscher ist«, (*«qui pour ne pas être un aryen n'en est pas moins un allemand»*).²⁴ Man müsse daher begreifen, was jenseits des Rheins vorgehe: Gestützt auf eine heidnische Mythologie und eine destruktive Philosophie konstruierten die Deutschen einen »großen Kampf- und Zerstörungsapparat« (*«grand appareil de combat et de destruction»*). Der deutsche »Unteroffiziersgeist« (*le caporalisme*), der Diener der Destruktion und Vernichtung, bedrohe alle »konstruktiven Nationen«. Die JP wollen daher für Frankreich die wachsame Garde gegen die Gefahr aus dem Osten bilden: »Wir wollen nicht ... von Anfang an die Opfer sein!«²⁵

Mit dieser Vorstellung von einem von Natur aus gefährlichen Deutschland und der tief im Nationalcharakter wurzelnden kriegerischen Aggressivität der Nachbarn jenseits des Rheins, die für Frankreich eine permanente Gefahr darstellten, übernahmen die *Jeunesses Patriotes* das traditionelle Deutschlandbild der französischen konservativen Rechten, das weit über deren politische Anhängerschaft hinaus von vielen Franzosen geteilt wurde. Es ist das Bild, das sich in den verbreiteten und schon erwähnten Büchern von Jacques Bainville und Maurras niederschlug: das Bild von jenem Erbfeind, der seit Bouvines periodisch in Frankreich einfällt, der die Hegemonie über den Kontinent erstrebt; das Bild einer Nation, deren Volkscharakter auf Krieg, Expansion, Unterdrückung eingestellt ist, die sich von einer aggressiven Militärkaste beherrschen läßt und von expansivem Pangermanismus erfüllt ist.

Der Nationalsozialismus wurde in dieses Erklärungsmuster eingefügt, allerdings mit einigen charakteristischen Nuancen, mit welchen sich die JP von den innerhalb der konservativen Rechten üblichen Stereotypen abheben. Schon seit 1931 hatte Taittinger auf die wachsende Gefahr des Nationalsozialismus hingewiesen. Im Dezember des Jahres sagte er voraus, daß Hitler »spätestens in einigen Monaten« der Herr Deutschlands sein werde. Sein Ziel sei es, an die Macht zu kommen, um im Bunde mit allen Feinden Frankreichs den Kampf gegen das Land wieder aufzunehmen.²⁶ Hitler sei – so formulierte es nach der Machtübernahme Hitlers einer der führenden Köpfe der Liga, Emile Sicard – der »verkörperte Pangermanismus«: »Er ist weder Deutscher noch Österreicher, er ist Germane, ist Pangermanist.«²⁷ In dieser Hinsicht ist in der Zeit vor und nach 1933 in den Auffassungen, die in den JP-Führungszirkeln vertreten wurden, kein Unterschied zu finden. Im August 1932 hatte Taittinger schon geschrieben, Hitler – »der kommende Mann« – werde an der deutschen Außenpolitik im Prinzip nichts ändern, sie sei seit Bismarck stets vom Begriff der Überlegenheit der germanischen Rasse bestimmt worden.²⁸

Typisch für das spezifische Deutschlandbild der JP ist allerdings, daß sie die Erfolge des Nationalsozialismus seit Anfang der dreißiger Jahre damit

erklären, daß es dem Mann aus Braunau gelungen sei, alle sozialen Klassen um sich zu versammeln und eine Allianz zwischen ihnen zustande zu bringen: »Hitler hat es verstanden, jene um sich zu versammeln, die den alten, durch Betrug verarmten Mittelklassen angehören, und sie nun zum Angriff auf die Schieber zu führen, die von der Deutschen Republik profitiert haben. Zahlreiche Arbeiter haben den Sozialismus aufgegeben, um sich unter die Fahnen Hitlers zu begeben. Das sind die tiefen Ursachen dafür, daß sich die Hitlerbewegung heute in Deutschland ausbreitet ...«²⁹ Der Nationalsozialismus sei daher nicht nur ein pangermanistischer integraler Nationalismus (»nationalisme intégral«), sondern auch ein gemäßigter Sozialismus (»socialisme mitigé«).³⁰

In dieser Einschätzung drückt sich der Abscheu der JP gegenüber jeder Art von Sozialismus, dem Wegbereiter des Kommunismus, aus; damit aber wird zugleich auch die innenpolitische, innerfranzösische Funktion des Deutschlandbildes der JP angesichts des Nationalsozialismus erkennbar: Antimarxismus und Antikommunismus. Hitler wurde als besonders gefährlich angesehen, weil er den klassischen deutschen Expansionismus mit einer Art von Sozialismus verband. Gleichzeitig zeigt sich in der Argumentation der JP eine erhebliche Inkonsistenz und Inkohärenz. Sie forderten nämlich angesichts der virulent werdenden deutschen Gefahr die nationale Einheit, die wehrhafte »Volksgemeinschaft« aller Franzosen, nachdem Pazifismus und »socialo-communisme« der Volksfrontkräfte eine Politik der Festigkeit und der Stärke verhindert hätten. Aber hatte nicht Hitler aus der Sicht der JP Deutschlands Stärke und Wehrhaftigkeit gerade durch einen »socialisme mitigé« wiederhergestellt? Der Antisozialismus auf der einen, die Befürwortung nationaler Einheit auf der anderen Seite und obendrein die vorstehend skizzierte Analyse des nationalsozialistischen Deutschlands lassen sich nicht in einen logischen Zusammenhang bringen. In dieser bruchstückhaften Argumentation zeigt sich das Dilemma der nationalistischen Rechten in Frankreich: Sie wollte einerseits vor der Aggressivität des ewig nach der Hegemonie greifenden Pangermanismus der Deutschen warnen, andererseits aber gerade jenen nationalen Zusammenhalt gegen diese Gefahr herbeiführen und aktivieren, den Adolf Hitler angeblich durch eine Art von Sozialismus geschaffen hatte, während sie gerade diesem mit Bezug auf Frankreich die Schuld an der inneren Schwäche und Zerrissenheit der Nation im Angesicht der Gefahr zuschrieb. So bleibt ein Paradox: Wo die JP richtig sahen – wenn sie nämlich den Erfolg des Nationalsozialismus wenigstens zu einem Teil aus seiner klassenübergreifenden Integrationswirkung erklärten –, beruhte ihre Einsicht weniger auf einer zutreffenden Analyse des in Frage stehenden Phänomens, sondern war im Grunde nur ein Reflex der innerfranzösischen Polarisierung und der daraus resultieren-

den innenpolitischen Argumentationslinie; wo sie dagegen den Nationalsozialismus verkannten, indem sie ihn als ein »normaldeutsches« Phänomen im Sinne eines unwandelbaren negativen Nationalcharakters auffaßten, da folgten sie nur unreflektiert den klassischen Stereotypen der traditionellen Rechten.

Das Deutschlandbild der JP wurde also *im besonderen* von akuten innenpolitischen Frontstellungen bestimmt, beruhte jedoch *im allgemeinen* auf den klassischen Stereotypen. Das läßt sich auch bei der Frage »Krieg oder Frieden« aufzeigen. 1935, zur Zeit der großen innerfranzösischen Debatte über ein Bündnis mit der Sowjetunion und im Augenblick des Siegesmarsches der Volksfrontkräfte, befürworteten Taittinger und die JP einen Ausgleich mit Deutschland, dem doch eigentlich infolge seines unwandelbaren Nationalcharakters unheilbar aggressiven Erzfeind: »Ein gutes Einvernehmen zwischen Deutschland und Frankreich wäre das sicherste Unterpfand unserer nationalen Sicherheit und unserer Zukunft. Wir fürchten weder einen Krieg mit England noch mit Italien noch mit den Sowjets. Den einzigen Krieg, vor dem wir Furcht haben, ist jener, der uns mit einem machtvollen Nachbarn konfrontiert, mit Deutschland! Alles, was getan werden kann, um dies zu verhindern, ist wünschenswert ... Deutschland wird freie Hand verlangen in diesem oder jenem Teil des Globus? Wir verlangen gar nicht, daß dieses Fünfundsechzig-Millionen-Volk seiner Expansionsmöglichkeiten beraubt wird. Von dem Augenblick an, wo diese Expansion nicht zu unseren Lasten geht, werden wir sie nicht mit scheelen Augen betrachten!«³¹

Dahinter stand natürlich das Kalkül, die Deutschen von der »blauen Linie der Vogesen« nach Osten, gegen die Sowjetunion, abzulenken, und zwar just in dem Moment, als in Frankreich eine Volksfrontregierung an die Macht zu kommen drohte, die ein gutes Verhältnis zur Sowjetunion, mehr noch, ein enges französisch-sowjetisches Bündnis anstreben würde. Als dagegen Daladier seit April 1938 eine antikommunistische und auf Schwächung der Sozialisten abzielende Politik der »nationalen Sammlung« betrieb, da befürworteten die nunmehr nach dem Verbot der Ligen in eine Partei, die *Parti Républicaine National et Social*, umgebildeten JP eine harte und entschlossene Politik gegenüber Deutschland: »Deutschland ist heute der Feind! ... Es ist weder eine Übereinkunft noch ein herzliches Verhältnis mit Deutschland möglich, nicht einmal mit einem Deutschland ohne Hitler ...«³² »Es handelt sich nicht um Ideologie, nicht um Verteidigung der Juden, ... es handelt sich um die historische Mission Frankreichs: der germanischen Expansion in der Welt entgegenzutreten.«³³ Die taktische Funktion des Deutschlandbildes der JP im innerfranzösischen Machtkampf wird somit deutlich.

Das grundsätzlich negative Deutschlandbild wird je nach innenpolitischer Konstellation funktionalisiert, indem die jeweils den parteipolitischen und ideologischen Gegner am schärfsten treffende Argumentation daraus abgeleitet wird. Einmal gewinnt Hitler seine Gefährlichkeit für Frankreich aus dem sozialistischen Charakter seiner Bewegung und »Weltanschauung«, dann wieder ist Hitlerdeutschland das kleinere Übel im Vergleich zur bolschewistischen Sowjetunion, die von den innenpolitischen Gegnern als Bündnispartner empfohlen wird.

Deutlich wird indessen auch, daß die Konstanten der Deutschlandperzeption der JP genau jene sind, welche seit langem die klassischen Stereotypen des Deutschlandbildes der traditionellen Rechten waren. Was sich dagegen auf den ersten Blick als JP-spezifisch herausstellte, war lediglich Reflex der innerfranzösischen Auseinandersetzung. Im Hinblick auf unsere einleitend dargelegte Fragestellung wird man aus derartigem Befund bei aller methodisch gebotenen Vorsicht doch den Schluß ziehen dürfen, daß die JP eher als eine wohl besonders virulente, letztlich aber doch typische Ausprägung der klassischen konservativen Rechten, allerdings ihres militanten Flügels, anzusehen sind und eben nicht als Exponenten eines Rechtsextremismus »faschistischen« Typs.

III

Die *Croix de Feu* (CdF) nahmen gegenüber Deutschland eine nur in Nuancen unterschiedliche Haltung ein. Ihre Beurteilung des östlichen Nachbarn zeichnete sich, soweit es um das Strukturmuster ihres Deutschlandbildes geht, durch keine grundsätzlich andersartigen Züge aus; wohl aber fehlte bei ihnen die bei den JP so auffallende, in innenpolitischen Reaktionen begründete Oszillation deutschlandpolitischer Schlußfolgerungen. Im Vergleich zu den JP zeigten die CdF eine größere innere Konsistenz in der Beurteilung Deutschlands, der Deutschen und der deutschen Politik.

Die Presseorgane und Sprecher der CdF behielten nahezu uneingeschränkt jene Stereotypen des Deutschlandbildes der traditionellen Rechten bei, denen sie schon vor 1933 gehuldigt hatten. In seiner Kampagne gegen Briands Rheinpolitik hatte de La Rocque am 22. Oktober 1930 erklärt: »In Deutschland lebt eine Rasse, die vom Herdentrieb geleitet wird. Bildet sich dort eine besessene, kriegslüsterne Minderheit, so folgen ihr die anderen.«³⁴ Hier taucht wieder das angeblich unwandelbare, tief im Nationalcharakter verwurzelte deutsche »Wesen« auf, welches ein typisches Element des konservativen Deutschlandbildes war. Von dieser Deutschland-

auffassung aus bekämpften die CdF konsequent Briands Rheinpolitik und alle Versuche zur Lösung des Reparationsproblems, kurzum jede tatsächliche oder vermeintliche Konzession gegenüber dem deutschen Nachbarn.³⁵ Dahinter stand fraglos auch ein ausgeprägtes Gefühl französischer Schwäche. Aber diese emotionale Haltung stammte zu einem Gutteil ebenfalls nicht aus realistischer machtpolitischer Analyse, sondern aus präfixierten Vorstellungen über Deutschland, war also letztlich doch nur eine Funktion eines solchen Deutschlandbildes.

Die Machtübernahme Hitlers brachte daher keine besondere Reaktion von seiten der CdF, wurde sie doch nicht als Bruch empfunden, sondern als in der Kontinuität deutscher Geschichte, deutschen »Wesens« stehend aufgefaßt. In einer kurzen Notiz vom 1. Februar 1933 wurde in diesem Sinn Hitler als »Verbündeter der Hohenzollern« bezeichnet.³⁶ Im November 1933 zog de La Rocque in einem Artikel einen Vergleich zwischen dem antinapoleonischen Nationalismus der Jahre nach Jena und Auerstedt und Hitlers Machtübernahme; er verband Hitlers Emporkommen mit bestimmten Störungen in der deutschen Gesellschaft: »Findet man im Auftreten Hitlers und verschiedener deutscher Vereinigungen nicht alle Merkmale des früheren Tugendbundes wieder?«, jenes Tugendbundes also, den die napoleonischen Behörden 1809 als für die Sicherheit Frankreichs gefährlich hatten auflösen lassen.³⁷ Im Mai 1935 wurde den Lesern der Zeitung der CdF, »Le Flambeau« (Die Fackel), eingehend das Buch von Max Hermant, »Les Idoles Allemandes« (Die deutschen Götzenbilder), vorgestellt, in dem Barbarei, Unausgeglichenheit, eine verhängnisvolle Vorliebe für die Technik, Größenwahn, Herrschsucht und der Wille zur Dominanz über Menschen und Dinge als Charakterzüge der Deutschen hervorgehoben wurden. Dieser »maßlosen Selbstanbetung des Germanismus« ständen »Humanismus und Patriotismus« gegenüber, die »in Frankreich mit der CdF-Bewegung entstanden« seien.³⁸ In einem Artikel über Pangermanismus und Neuheidentum im Nationalsozialismus stellte Maurice Muret am 1. Juni 1935 fest, daß die Rassenideologie auch den Geist der »Deutschen Christen« in »diesem Deutschland der Hohenzollern« ergriffen habe.³⁹ Hier zeige sich das unveränderliche Wesen dieses Volkes, das nur an die Macht glaube. Ein Jahr später wurde den Lesern von »Le Flambeau« erklärt, daß das deutsche Volk aus der Rassenvermischung von Slawen, Germanen und Römern entstanden sei. Von den Slawen hätten die Deutschen die schrankenlose Neigung zur Träumerei, von den Germanen den Kriegswahn. Die lateinisch-römische Wurzel habe den Hang zur Ordnung, Disziplin und Methodik hervorgebracht. Das konfuse Denken, das sich von einer ungeordneten Sprache herleite, mache den Deutschen unbeständig und beeinflusbar.⁴⁰

Angesichts der dynamischen Politik Hitlers forderten die CdF eine Politik der Stärke: Frankreich müsse zeigen, daß es fähig sei, dem Pangermanismus den Weg zu verstellen und außerdem dem italienischen Druck standzuhalten.⁴¹ Das war die logische Folgerung aus der Auffassung, daß das deutsche Wesen in Hitler nur in besonders akuter, virulenter Form zum Ausdruck komme. Indessen wird unterhalb dieses übergeordneten Interpretationsrasters manches aus dem Augenblick heraus entstandene und auf die jeweilige Situation bezogene Urteil erkennbar. 1934 wurde mehrfach die Ansicht geäußert, daß sich die NS-Diktatur wegen des Unwillens der Bevölkerung über das »Regime der Tyrannei und der Inquisition« sowie angesichts der wirtschaftlichen Probleme wohl nicht lange halten können. »Hitler hat entschieden nicht das Format Mussolinis.«⁴² Das »Komplott des 30. Juni 1934« zeige, wie bald darauf im »Flambeau« zu lesen war, daß der Koloß auf tönernen Füßen stehe.⁴³ Dieses Ereignis und wenig später der Mord an Dollfuß bewiesen für La Rocque nur eines: »Der Mythos des gezähmten Deutschlands bricht in einer Woge von Hysterie zusammen, deren schreckliches Schauspiel uns der Nazismus bietet.«⁴⁴ Wieder also das »ewige Deutschland«, das nun sein wahres Gesicht zeigte.

Die spektakulären außenpolitischen Aktionen Hitlers, wie die Rheinlandbesetzung oder die Wiedereinführung der Wehrpflicht, wurden von den CdF mit der Forderung nach einer Politik der Stärke und Entschlossenheit beantwortet. Militärische Koordinierungsinstanzen zwischen Frankreich und Großbritannien seien notwendig.⁴⁵ Die Franzosen müßten entschlossen sein, »ihre Stärke auf andere Weise als durch die schönen Floskeln am Ende der Reden des Herrn Laval kundzutun!«⁴⁶

Der Bruch des Vertrages von Locarno, den Hitler mit der Rheinlandremilitarisierung beging, wurde nicht nur als Ausdruck des deutschen Expansionismus angesehen, sondern auch als »logische Folge einer [französischen] Diplomatie, welche Positionen aufgab, ohne Gegenleistungen« zu erhalten.⁴⁷ Damit wird die Wende der Argumentation nach innen erkennbar: »Die äußere Gefahr wird durch die Gefahr von innen noch verstärkt und gesteigert!«, nämlich durch Frankreichs »Schläfrigkeit« und »innere Verwirrung und Zerrissenheit«.⁴⁸ In der CdF-Agitation zeigt sich erneut die innenpolitische Funktion der Äußerungen über Deutschland: Das Nachbarland ist sozusagen das taciteische Gegenbild zu Frankreichs »décadence«, der es entgegenzutreten gelte. Die Art, wie die Stereotypen eines von der klassischen Rechten traditionell vertretenen Deutschlandbildes mit den von Hitler dargebotenen grellen Farben aktualisierend ausgemalt wurden, verweist auch hier auf die Funktion im Rahmen eines innenpolitischen Machtkampfes.

Zur Hervorhebung der tödlichen kommunistischen Gefahr wird Hitler-

deutschland instrumentalisiert nach dem Motto: Das Hitlerregime wird stürzen und damit den Bolschewismus an den Rhein führen, wenn Frankreich nicht handelt. Der Ruf nach einer starken und entschlossenen Außenpolitik angesichts eines solchen nazistisch-bolschewistischen Gefahrensyndroms mündet dann ein in die Forderung nach einem durchgreifenden Umbau des politischen Systems im Sinne eines stabilen, die Autorität der Regierung verstärkenden Regimes, das in der Lage sei, nach innen die nationale Geschlossenheit und damit nach außen die Sicherheit der Nation zu gewährleisten.⁴⁹

So wird die Kontinuität der stets vorhandenen deutschen Gefahr und die dadurch aktuell gegebene Bedrohung beschworen, um innenpolitische Zielsetzungen zu erreichen. Im Vergleich zu den Auffassungen der *Jeunes Patriotes* fehlt die je nach der innenpolitischen Konstellation wechselnde Gefahrenkonzeption bezüglich Deutschlands; für die *Croix de Feu* ist Deutschland seit jeher, und daher auch nach wie vor 1933, ein gefährlicher Nachbar. Eine Relativierung, wie sie die JP in der Volksfrontperiode zeitweilig vornahmen, ist bei den CdF nicht zu erkennen. Die durchgehend negative Beurteilung wird hier durch die mögliche Kombination mit der zweiten Gefahr, der bolschewistischen, nur noch gesteigert. Auf einer anderen Argumentationsebene indessen ist – wie bei den JP – auch bei den CdF eine innere Inkonsistenz in der auf Deutschland bezogenen Argumentation vorhanden, die für die konservative Rechte insgesamt typisch war und bisweilen zu jenem oft beschriebenen »großen Schisma« in der französischen Politik jener Zeit beitrug: In der Beschwörung des taciteischen Gegenbildes werden dieselben Elemente des traditionellen Deutschlandbildes gleichzeitig sowohl als Gefahrensymptom (weil Ausfluß eines negativen Nationalcharakters) aufgefaßt, als auch als erstrebenswerte Tugenden und Ideale für ein erneuertes und somit starkes Frankreich hervorgehoben: Ordnung, sozialer Fortschritt, innere Einigkeit, Disziplin.⁵⁰ In dieser Doppelfunktion liegt die Ambivalenz des Deutschlandbildes auch dieser rechtskonservativen Bewegung.

Beide Gruppierungen, die *Jeunes Patriotes* wie die *Croix de Feu*, weisen damit – insoweit ihr Deutschlandbild der Analyse zugrunde gelegt wird – eine enge Verwandtschaft mit der klassischen konservativen Rechten auf und bleiben damit (wenn auch als einigermaßen extreme Ausprägung) innerhalb jener Grenzen der konservativen Welt, die sie von der faschistischen Halbwelt trennen. Sie haben diese Grenzen auch immer eingehalten, im Gegensatz zu einigen Teilen der traditionellen Rechten, die sich angesichts der »roten Gefahr« dem Faschismus gegenüber gefährlich aufgeschlossen zeigten.

IV

Ein ganz anderes Bild bietet sich beim *Francisme* des Marcel Bucard. In Bucards eigenen Äußerungen wie in denen seiner führenden Anhänger findet man ebenfalls einige klassische Stereotypen des Deutschlandbildes der französischen Rechten, insbesondere den taciteischen Ansatz. Bezeichnend ist jedoch, daß alle Elemente in ein politisches Konzept eingefügt werden, das entscheidend von anderen Faktoren geprägt ist.

1930 schrieb Bucard in seinem ersten politischen Buch »Paroles d'un Combattant« (Losungen eines Frontkämpfers): »Ich scheue mich nicht zu schreiben, daß die Frontkämpfer des Krieges in ihrer großen Majorität eifrig ... im Sinne einer Verständigung kämpfen. Aber solange wir uns noch in einem unsicheren Europa befinden, mit einem Völkerbund ohne klare politische Doktrin, ohne innere Festigkeit, ohne Machtmittel, ist es uns unmöglich, uns jener Garantien zu begeben, die wir aufgrund der Verträge besitzen. Deutschland kann nicht, ohne große Gefahren zu erwecken, so mächtig wie 1914 werden. Es darf auf keinen Fall mobilisieren, sich bewaffnen und siegen können, weder auf militärischem Gebiet noch im ökonomischen Bereich. Es darf keinesfalls über das rheinische und westfälische Vorfeld verfügen ... es darf ihm keinesfalls erlaubt werden, sich durch einen Anschluß Österreichs zu vergrößern. Will Deutschland sich von dem Damoklesschwert der »französischen Sicherheit« befreien, das über ihm dräut, dann möge es durch aufrichtige Taten beweisen, daß es loyal ist, und möge bereit sein, seine Schulden zu begleichen. An dem Tage, an dem die Reparationen bezahlt sein werden, wird der größte Schritt zur Union, das heißt zum Frieden getan sein.«⁵¹

Hier schlug Bucard bereits ein Leitmotiv seiner deutschlandpolitischen Argumentation an: die Sorge vor einem allzu mächtigen und aggressiven Deutschland. Nur am Rande und mit bestimmten Bedingungen verbunden tauchte schon ein Gedanke auf, der späterhin unter veränderten Bedingungen stärker ins Zentrum der außenpolitischen Vorstellungen rücken sollte: die Möglichkeit einer engeren deutsch-französischen Verbindung und Kooperation. Dieses Element seines Denkens mag um 1932 eine Verstärkung erfahren haben. Für diese Vermutung spricht, daß Bucard sich damals zeitweilig dem Einfluß Gustave Hervés öffnete, der unter anderem für eine deutsch-französische Versöhnung eintrat und dessen *Parti Socialiste National* Bucard beitrug.⁵²

Indessen wurde dieses Moment, nachdem er Ende 1933 seine eigene Bewegung, den *Francisme*, begründet hatte, zunächst nicht weiterentwickelt. Die tiefere Ursache dafür ist darin zu sehen, daß sich Bucard sehr rasch italienischem Einfluß öffnete, vornehmlich wohl, um sich finanzielle Sub-

ventionen von seiten des Duce zu erschließen.⁵³ Später betonte er in einem Brief an Mussolini, der ihm zeitweilig erhebliche Gelder zukommen ließ, seine Bewegung sei »die einzige ... wirklich faschistische Partei in Frankreich.«⁵⁴ Diese materiell wie auch ideologisch begründete Anlehnung an Italien bereitete Bucard zunächst Probleme, seinen spätestens seit 1932 erkennbaren und seit dem 30. Januar 1933 noch verstärkten Wunsch nach einer Entente mit Deutschland zu vertreten. Solange der Duce in kühler, wachsamer Distanz gegenüber dem revisionistischen Junordiktator in Berlin verharrte, hatte es der *Francisme* schwer, ein solches Bündnis argumentativ zu vertreten. Zwischen Rom und Berlin derart eingeklemmt, entwickelte Bucard ein außenpolitisches Konzept, das sich vorerst auf eine »Lateinische Union« mit Rom beschränkte. Dennoch blieb die Verbindung zu Deutschland intern in der Diskussion. Der Hintergrund dieser Tendenz wird in einem Artikel eines der programmatischen »Köpfe« der Bewegung deutlich: »Wir streben von ganzem Herzen eine Übereinstimmung mit Deutschland an.«⁵⁵ Aber – so schrieb er bald darauf – »unsere Bündnisse sind zur Zeit wenig sicher, und wir fürchten Deutschland, und das zu recht: Wenn Frankreich einen Vertrag wie den von Versailles hätte erdulden müssen, hätte es nicht auch mit einem Ausbruch wütendsten Nationalismus reagiert? Frankreich muß seine Furcht beherrschen und eines Tages realistisch die Unsicherheit seines Sieges ins Auge fassen und dem polnischen Beispiel folgen und einen ›Beistandspakt‹ unterzeichnen.«⁵⁶

Hinter dem Gedanken einer Entente mit Deutschland, wie ihn Bucard und seine politischen Freunde zwischen 1930 und 1934 vertraten, stand also – wie schon die eingangs zitierten Äußerungen aus Bucards Buch von 1930 zeigen – durchgängig die Furcht vor einem starken und nationalistisch aufgeladenen, revisionistischen Deutschland, das sich drohend gegenüber einem als schwächlich und dekadent angesehenen Frankreich erhob. Damit zeigte sich bei dieser Bewegung das taciteische Motiv in einer besonderen, eigentümlich gebrochenen Form ebenfalls, und zwar mit einer sehr eigenen Konsequenz.

Nachdem sich Deutschland und Italien in der Achse Berlin – Rom zusammengefunden hatten, gewannen Bucard und der *Francisme* seit 1936 neue argumentative Möglichkeiten für ihre außenpolitische Programmatik. Der Sieg der Volksfront in Frankreich und der Spanische Bürgerkrieg ließen das zweite zentrale Motiv des *Francisme* deutlich hervortreten: den intransigenten Antikommunismus. Beide Versatzstücke seines außenpolitischen Denkens – die Entente mit Deutschland und der Antikommunismus – verschmolzen und bildeten die für diese Bewegung typische Programmatik: eine faschistische Dreier-Allianz Italien-Deutschland-Frankreich im Rahmen einer Faschistischen Internationale zur Bekämpfung des Bolschewis-

mus, einer Heiligen Allianz gegen die Sowjets («union sacrée contre les soviéts»).⁵⁷ Deutschland könne im Kreuzzug gegen den »bedrohlichen Bolschewismus« ein »wertvoller Alliierter« sein. Die eigentümliche Begründung dafür: Deutschland stelle wohl eine Gefahr für ein »schwachsinniges und verdummttes Frankreich« («France crétinisée») dar,⁵⁸ es werde aber keine Gefahr mehr sein, wenn erstens ein »France refrancisée«, ein durch den Francismus wieder echt französisch gewordenes Frankreich geschaffen und zweitens Deutschland als Bundesgenosse an der Seite Frankreichs in den antibolschewistischen Kreuzzug eingegliedert worden sei.⁵⁹ Die Vertragsbrüche und aggressiven Vorstöße Hitlerdeutschlands wurden von den Francisten gerechtfertigt: Ob es sich um die Besetzung der Rheinlande, die Wiederaufrüstung, den Anschluß Österreichs handelte, die Verantwortung für die provokatorischen Schritte Hitlers wurden den französischen Regierungen angelastet, ihrer »kriegstreiberischen Schwäche«, ihrer Weigerung, mit Hitler zu verhandeln, und vor allem der Aufrechterhaltung des französisch-sowjetischen Bündnisses.⁶⁰

Unschwer sind in diesen Kommentaren und außenpolitischen Argumentationen des Francismus sowohl die klassischen Stereotypen eines unheimlich-übermächtigen und daher gefährlichen Deutschlands als auch das für bestimmte Teile der französischen Rechten, vor allem des intellektuellen Milieus, typische Dekadenzsyndrom auszumachen. Daß die nicht ungewöhnliche Kombination dieser beiden Elemente schließlich zu einer unkritischen Hinnahme aller, auch die Sicherheit Frankreichs tangierenden außenpolitischen Aktionen Hitlers führte – und später Bucard und seine Bewegung sogar in die Kollaboration bis zur letzten Konsequenz verwickelte –, lag letztlich darin begründet, daß diese Vorstellungen von dem ideologischen Motiv eines intransigenten Antikommunismus überlagert wurden. Bucard und seine Anhänger wurden so zu Gefangenen ihres eigenen ideologischen Denkgebäudes und einer ideologisch fixierten Weltsicht.⁶¹

Das Deutschlandbild des Francismus wurde dadurch in entscheidendem Maß determiniert. Es unterschied sich infolgedessen von dem Deutschlandbild der klassischen Rechten, in dessen Rahmen jenes so militanter Bewegungen wie der *Jeunesses Patriotes* und der *Croix de Feu* sich immer noch einfügte. Hier werden Trennlinien sichtbar, welche die nationalistisch-militante Rechte von Gruppierungen unterscheiden, die man vielleicht faschistisch nennen mag – wenn man nicht von diesem allzu unscharfen und umstrittenen Terminus endgültig Abschied nehmen will –, die aber auf jeden Fall einem wie auch immer zu etikettierenden Rechtsextremismus zugehören.⁶²

Anmerkungen ¹

- ¹ Einen guten Überblick über die inzwischen nur noch schwer zu übersehende Literatur geben: Hans Ulrich Thamer und Wolfgang Wippermann, *Faschistische und neofaschistische Bewegungen. Probleme der empirischen Faschismusforschung*. Darmstadt 1977; vgl. auch Wolfgang Wippermann, *Europäischer Faschismus im Vergleich 1922–1982*. Frankfurt a. M. 1983; Ernst Nolte, *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*. München 1968. Für Frankreich vgl. neuerdings das nicht unumstrittene Werk von Zeev Sternhell, *Ni droite, ni gauche. L'Idéologie fasciste en France*. Paris 1983; dazu die kritische Rezension von Serge Berstein, *Quand le fascisme n'était pas français*, in: *Vingt-ième Siècle*, Nr. 2, Avril 1984, S. 84–94.
- ² Hierzu: Wolfgang Wippermann, *Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion*. 2. Aufl. Darmstadt 1975; Reinhard Saage, *Faschismus-Theorien. Eine Einführung*. 2. Aufl. München 1979; Bernd Martin, *Zur Tauglichkeit eines übergreifenden Faschismus-Begriffs*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 29 (1981), S. 48–73.
- ³ Nolte, *Krise* (wie Anm. 1), S. 234.
- ⁴ Vgl. Saage, *Faschismus-Theorien* (wie Anm. 2), S. 177.
- ⁵ Kluge Bemerkungen zu diesem Problem gibt Helga Grebing, *Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik*. Stuttgart 1974.
- ⁶ Klaus-Jürgen Müller, *French Fascism and Modernisation*, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 11 (1976), S. 75–108; ders., *Die französische Rechte und der Faschismus in Frankreich 1924–1932*, in: Dirk Stegmann u. a. (Hrsg.), *Industrielle Gesellschaft und politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte*. Bonn 1978, S. 413–430; ders., *Protest-Modernisierung-Integration. Bemerkungen zum Problem faschistischer Phänomene in Frankreich 1924–1934*, in: *Francia*, Bd. 8 (1980), S. 465–524.
- ⁷ Außer den allgemeinen Abrissen in der in Anm. 1 genannten Literatur vgl. Philippe Machefer, *Liges et Fascismes en France 1919–1939*. Paris 1974; Jean Plumyène/René Lasierra, *Les Fascismes Français 1923–1963*. Paris 1963.
- ⁸ Vgl. dazu die Beiträge zu einem Symposium in Sèvres 1982: René Girault (Hrsg.), *La Puissance en Europe, 1938–40. La Puissance et perception de la puissance*. Paris 1984.
- ⁹ René Rémond, *L'Image de l'Allemagne dans l'Opinion Publique française de mars 1936 à septembre 1939*, in: *Deutschland und Frankreich 1936–1939*. 15. deutsch-französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris. Hrsg. von Karl Ferdinand Werner und Klaus Hildebrand. München 1981, S. 3–16.
- ¹⁰ Roland Höhne, *Faktoren des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses innerhalb der gemäßigten Rechten Frankreichs in den Jahren 1934–1936*. Diss. Berlin 1968.
- ¹¹ Adolf Kimmel, *Der Aufstieg des Nationalsozialismus im Spiegel der französischen Presse 1930–1933*. Bonn 1969.
- ¹² Jacques Bainville, *Histoire de deux peuples*. Paris 1915, 1927, 1933.
- ¹³ Charles Maurras, *Devant l'Allemagne éternelle. Gaulois, germains, latins. Chronique d'une résistance*. Paris 1937.
- ¹⁴ Edmond Vermeil, *Doctrinaires de la Révolution allemande (1918–1938)*. Paris 1938.

- ¹⁵ Aus der großen Zahl von Arbeiten über Drieu vgl. Alfred Pfeil, *Die französische Kriegsgeneration und der Faschismus: Drieu La Rochelle als politischer Schriftsteller*. München 1971; Dominique Desanti, *Drieu La Rochelle ou le Séducteur Mystifié*. Paris 1978; interessant auch: *Magazine Littéraire* Nr. 143, déc. 1978: Sondernummer über Drieu La Rochelle. Vgl. ferner Pierre Andreu/Frédéric Grover, *Drieu La Rochelle*. Paris 1979, und Robert Soucy, *Fascist Intellectual: Drieu La Rochelle*. Berkeley 1979.
- ¹⁶ Vgl. zu den JP: Jean Philippet, *Les Jeunesses Patriotes et Pierre Taittinger (1924–1940)*. Mémoire I. E. P. Paris 1967; Cathérine Olanié-Le Gac, *Les Jeunesses Patriotes (1924–1928)*. Mémoire de Maîtrise, Université de Paris IV. Paris 1978; vgl. auch Robert Soucy, *Centrist Fascism: The Jeunesses Patriotes*, in: *Journal of Contemporary History*, Bd. 16 (1981), S. 324–358.
- ¹⁷ Vgl. dazu Antoine Prost, *Les Anciens Combattants et la Société Française 1914–1939*. Bd. 1–3. Paris 1977, insbes. Bd. 3, S. 89–119, 179, 210 sowie Bd. 1, Kap. 4–5.
- ¹⁸ Zu der *Croix de Feu* vgl. Else Bierendempfel, *Die Bewegung der Feuerkreuzler in Frankreich*. Diss. phil. Jena 1938; neuere Literatur bei Machefer, *Ligues et Fascismes* (wie Anm. 7); ders., *L'Union des Droites. Le PSF et le Front de la liberté 1936–37*, in: *Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine*, Bd. 17 (1970), S. 112–126.
- ¹⁹ Alain Deniel, *Bucard et la Francisme. Les seuls fascistes français*. Paris 1979; Arnaud Jacomet, *Marcel Bucard et le Francisme 1933–1939*, *Maîtrise*, Université de Paris X, 1970; ders., *Les Chefs du Francisme: Marcel Bucard et Paul Guiraud*, in: *Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale*, Nr. 97, 1975. Über Bucards Gönner vgl. Alfred Kupfermann, *François Coty, journaliste et homme politique*, Thèse de 3e cycle, Université de Paris-Sorbonne 1965.
- ²⁰ Hierzu Dieter Wolf, *Die Doriot-Bewegung. Ein Beitrag zur Geschichte des französischen Faschismus*. Stuttgart 1967; Jean-Paul Brunet, *Reflexion sur la scission de Doriot*, in: *Le Mouvement Social* 70, S. 43–64; ders. und Gilbert D. Allardyce, *Die politische Wandlung des Jacques Doriot*, in: *Internationaler Faschismus*. Hrsg. von Walter Laqueur und George L. Mosse. München 1968, S. 86 bis 110.
- ²¹ Hierzu und zum folgenden vgl. Philippet und Olanié-Le Gac (wie Anm. 16 passim), die materialreiche Studien vorgelegt haben; zu Taittingers Buch: Pierre Taittinger, *Les Cahiers de la Jeune France*. Paris 1926, das Zitat ebd., S. 66f.
- ²² Ebd., S. 104.
- ²³ Edouard Soulier, *La Politique étrangère de la France, hektographierter Bericht über den Parteikongreß von 1930*, zit. bei Philippet, S. 164.
- ²⁴ Ebd.
- ²⁵ Ebd.
- ²⁶ Internes Redemanuskript P. Taittingers vom 24. 2. 1928: *Archives Nationales*, Serie F7 – 13 232; vgl. auch P. Taittinger, *L'Heure d'Hitler*, in: *Le National*, 13. 12. 1931.
- ²⁷ E. Sicard, *Hitler est Chancelier*, in: *Le National*, 4. 2. 1933.
- ²⁸ P. Taittinger, *Hitler, l'homme qui vient*, in: *Le National*, 6. 8. 1932; E. Sicard, *La continuité d'une Politique*, ebd.
- ²⁹ A. S. Du Mesnil-Thoret, *Une des causes des succès d'Hitler*, in: *Le National*, 20. 12. 1931.
- ³⁰ E. Sicard, *Hitler est Chancelier*, in: *Le National*, 4. 2. 1933.
- ³¹ P. Taittinger, in: *Choc*, 12. 12. 1935.

- ³² Charles Trochu, Rede auf dem Conseil National der Partei vom November 1938; vgl. den zusammenfassenden Bericht in: *Le National*, 26. 11. 1938.
- ³³ R. de Sayvre, *Devant le coup de force hitlérien*, in: *Le National*, 18. 3. 1939.
- ³⁴ Hierzu und zum folgenden vgl. die gedankenreiche Synthese von Philippe Machefer, *Les «Croix de Feu» et l'Allemagne*, in: *La France et l'Allemagne 1932–1936. Communications présentées au Colloque franco-allemand tenu à Paris. Editions du CNRS, Paris 1980*. Zitat in: *Le Flambeau* Nr. 13, November 1930.
- ³⁵ Von 1930 bis 1931 führte der CdF im *Flambeau* geradezu eine Kampagne gegen Briands Politik; vgl. Machefer, *passim*, und beispielhaft den Artikel von Leon Gabaret in *Le Flambeau* Nr. 18 (April 1931), in dem es hieß: »Wer von deutsch-französischer Verständigung spricht, spielt das Spiel der Revanchisten ... diejenigen, die von »Revision der Verträge« sprechen, ... [sind] nur die Fürsprecher Deutschlands, man könnte sogar sagen, des deutschen Imperialismus.« Und de La Rocque selbst sagte in einer Rede (abgedruckt in *Le Flambeau* Nr. 18, April 1931): »Wir sind nicht aggressiv, wir sind keine Gegner einer gerechten Aussöhnung. Aber wir lassen auf keinen Fall zu, daß die Rollen vertauscht werden.«
- ³⁶ *Le Flambeau* Nr. 43, Februar 1933.
- ³⁷ *Le Flambeau* Nr. 53, November 1933.
- ³⁸ *Le Flambeau* Nr. 10, Mai 1935 (Max Hermant, *Idoles allemandes. Paris 1935*).
- ³⁹ *Le Flambeau* Nr. 14, Juni 1935.
- ⁴⁰ *Le Flambeau* Nr. 54 und 55, April 1936: Sondage über Deutschland von Maurice-Constantin Weyer.
- ⁴¹ *Le Flambeau* Nr. 57, April 1934.
- ⁴² *Le Flambeau* Nr. 60, Juli 1934.
- ⁴³ *Le Flambeau* Nr. 62, September 1934.
- ⁴⁴ *Le Flambeau* Nr. 61, August 1934.
- ⁴⁵ *Le Flambeau* Nr. 4, März 1935.
- ⁴⁶ *Le Flambeau* Nr. 5, März 1935.
- ⁴⁷ *Le Flambeau* Nr. 50, März 1936.
- ⁴⁸ Ebd., vgl. auch de La Rocques Stellungnahmen zum Anschluß Österreichs, in: *Le Petit Journal*, 1. 4. und 25. 4. 1938.
- ⁴⁹ *Le Flambeau* Nr. 63, Oktober 1934.
- ⁵⁰ Vgl. dazu die besonders von Bierendempfel (wie Anm. 18) zusammengetragenen Zeugnisse, speziell S. 113 ff., 122 f. und 136.
- ⁵¹ Marcel Bucard, *Paroles d'un Combattant. Paris 1930* (Edition L'Étincelle).
- ⁵² Vgl. Deniel (wie Anm. 19), S. 21 ff.
- ⁵³ Vgl. ebd. S. 60 ff.
- ⁵⁴ Vgl. Max Gallo, *La V^e Colonne. Paris 1970*, S. 307 (dort auch das Zitat).
- ⁵⁵ Grégoire Lefranc in: *Le Franciste*, Januar 1934.
- ⁵⁶ Ebd., Februar 1934.
- ⁵⁷ Vgl. dazu Deniel (wie Anm. 19), S. 114–130: »Pacte à Trois«.
- ⁵⁸ *Le Franciste*, 15. März 1936.
- ⁵⁹ Vgl. dazu die bei Deniel (wie Anm. 19), S. 120 ff. angeführten Zeugnisse.
- ⁶⁰ *Le Franciste*, 24. 5. 1935, 2. 12. 1934; vgl. auch Jacomet, (wie Anm. 19) S. 180 f.
- ⁶¹ Vgl. dazu auch die Analyse bei Deniel, (wie Anm. 19) S. 127.
- ⁶² Über die Kontinuität der verschiedenen Elemente, die das Deutschlandbild der französischen Rechten in der Sicht ihrer verschiedenen »Fraktionen« bis heute ausmachen, vgl. den informativen Aufsatz von Marie-Luise Christadler, *Das Deutschlandbild der französischen neuen Rechten*, in: Christadler (Hrsg.), *Deutschland–Frankreich. Alte Klischees–neue Bilder. Duisburg 1982*, S. 207–248.

Aspekte der Beziehungen zwischen dem Dritten Reich und Frankreich

von Charles Bloch

Aus der Sicht des Dritten Reichs stellten sich die deutsch-französischen Beziehungen zwischen 1933 und 1945 relativ einfach dar; für Frankreich bildeten sie dagegen ein sehr kompliziertes Problem. Für die Nationalsozialisten war Frankreich der Feind, der niedergeschlagen werden mußte als Vorstufe zu einer weiteren imperialistischen Expansion. Die deutsche politische Führung konnte ihre Außenpolitik souverän bestimmen. In Frankreich stellten sich die Politiker und die Öffentlichkeit dagegen fortwährend die Frage, ob der östliche Nachbar eine ständige Gefahr bleiben müsse oder ob eine Annäherung an ihn möglich sei. Außerdem machte die französische Regierung ihre Haltung oft von derjenigen anderer Mächte, insbesondere Englands, abhängig; ferner beeinflusste die Innen- stark die Außenpolitik.

Wenn auch das Schlagwort vom »tausendjährigen Erbfeind« ein Mythos ist,¹ so bestand doch in Deutschland zumindest seit Napoleon I. ein wachsender Franzosenhaß. Dieser schlug nach dem Versailler Frieden, insbesondere in den zwanziger Jahren, in einen Paroxysmus um. Nur eine kleine Minderheit, nämlich hauptsächlich pazifistische Intellektuelle, Vereinigungen wie die *Deutsche Friedensgesellschaft*, der Kreis um die »Sozialistischen Monatshefte« und einige Vertreter der Wirtschaft, trat mutig für eine Verständigung mit Frankreich ein. Alle großen politischen Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Kommunisten, etwas gemäßigter auch die Sozialdemokraten, sowie der weitaus größte Teil des Bildungsbürgertums

waren stark antifranzösisch eingestellt. Es ist bezeichnend, daß es in der noch kleinen, jungen NSDAP drei verschiedene Tendenzen hinsichtlich der Außenpolitik gab,² die fast in allem divergierten, außer in einem Punkt: dem Haß gegen Frankreich.

Hitler war nur der Extremste von allen. Seine Ausführungen in »Mein Kampf« und in seinem »Zweiten Buch« lassen hierüber nicht den geringsten Zweifel bestehen. Sein Haß gegen Frankreich hatte mehrere Ursachen. Er betrachtete es, wie soeben betont, als den »Erbfeind« und den Hauptverantwortlichen für die Durchführung des Versailler Friedens. Als solchen fürchtete er Frankreich; normalerweise hätte es ihm daher auch Respekt einflößen müssen. Aber wie viele Deutsche wollte er die Tatsache der Niederlage von 1918 nicht anerkennen; diese war das Ergebnis des »Dolchstoßes der Novemberverbrecher«. Als starke Gegner sah Hitler deshalb nur die angelsächsischen Mächte an. Frankreich dagegen war in seinen Augen ein »dekadentes« Land, das allein leicht besiegt werden konnte. Hitler begründete diese Verachtung mit seiner rassistischen Ideologie. Frankreich galt ihm als »verjudet und vernegert«, für ihn eine Folge der Französischen Revolution. In dieser Vorstellung lag eine wesentliche Ursache für die Frankophobie Hitlers. Er verabscheute die rationalistische Aufklärung und die Ideen von 1789, vor allem das Prinzip, daß alle Menschen von Geburt gleich seien. Diese Ideen hatten erst zur politischen Demokratie und dann zum Marxismus geführt, ganz Europa und schließlich auch Deutschland »vergiftet«. Um »rein zu bleiben«, so folgerte Hitler, müsse das deutsche Volk sich nicht nur gegen die politische Übermacht Frankreichs wehren, sondern sich vor allem vor dessen geistigem und kulturellem Einfluß schützen.

Hitlers Frankreichfeindschaft war, wie sein Antisemitismus, Antiliberalismus und Antimarxismus, völlig konstant. Entgegen den Behauptungen einiger bedeutender Historiker³ ist er unseres Erachtens davon nie abgewichen. So sagte er 1937, als ihm eine deutsche Militärmission bei ihrer Rückkehr von einem Besuch in Frankreich über die friedliebenden Gefühle dortiger ehemaliger Kriegsteilnehmer berichtete: »Aber einmal werde ich sie doch dreschen.«⁴ Dies geschah zu einer Zeit, als viele politische Beobachter glaubten, er sei bereit, Frankreich intakt zu lassen, wenn es seine Interessen in Mittel- und Osteuropa aufgäbe. Im gleichen Augenblick, als Ribbentrop in Paris am 6. Dezember 1938 den deutsch-französischen »Nichtangriffspakt« unterzeichnete, gab der Führer den Befehl zur Ausarbeitung eines strategischen Planes für den Fall eines Krieges zwischen der »Achse Rom-Berlin« und den Westmächten. Hierbei sollte Frankreich »zerschlagen«, England dagegen nur »vom Kontinent verdrängt« werden.⁵ Die gleiche Weisung wurde im Herbst 1939, unmittelbar nach Kriegsausbruch,

wiederholt, und bekanntlich im Mai/Juni 1940 erfolgreich durchgeführt. Auch die Äußerungen, nach denen sich Hitler zunächst gegen den Osten und danach gegen den Westen wenden wollte, sind häufig falsch interpretiert worden. Unter »Osten« waren in diesem Fall lediglich die Tschechoslowakei oder Polen gemeint.

Sein Programm war folgendes: 1. Isolierung Frankreichs von seinen Verbündeten in Mittel- und Osteuropa, die militärisch besetzt oder zu Satellitenstaaten Deutschlands herabgedrückt werden sollten. In der Tat ist dies der Politik des Dritten Reichs weitgehend gelungen. Schon im Januar 1934 verließ Polen durch seinen Nichtangriffspakt mit Deutschland praktisch das französische Lager. In etwas weniger radikaler Weise gingen Bulgarien, Jugoslawien und schließlich Rumänien denselben Weg. Einzig die Tschechoslowakei blieb Frankreich treu, das sie 1938 im Stich ließ. Das französisch-russische Bündnis von 1935 wurde von Hitler nicht ungerne gesehen. Er hoffte, zuerst mit Recht, daß es London zu einer Annäherung an Berlin bewegen würde. Gleichzeitig sollte Frankreich mit Hilfe englischen Drucks zur Passivität und vor allem durch innenpolitische Wirren zur Aktionsunfähigkeit gebracht werden. 2. Militärischer Sieg über Frankreich, sobald die Bedingungen dafür geschaffen waren. 3. Aggression gegen Sowjetrußland. Hitler konnte dieses Land keinesfalls angreifen, solange Frankreich im Westen noch als intakte Militärmacht bestand. Selbst wenn dort eine völlig prodeutsche Regierung unter der Führung von Politikern wie Pierre Laval, Pierre-Etienne Flandin oder Georges Bonnet den politischen Kurs bestimmt hätte: welche Garantie gab es, daß sie nicht gestürzt würde, wenn Deutschland in Rußland stark engagiert wäre, und daß ihm dann Frankreich nicht in den Rücken fiel?

Die Grundeinstellung Hitlers zu Frankreich blieb also sein ganzes Leben lang unverändert. Nur seine taktische Haltung paßte sich in den verschiedenen Etappen den gegebenen Umständen an. So war seine Politik in den ersten Jahren ein Gemisch von Anbiederung und Provokation. Zunächst mußte er seine innenpolitische Macht konsolidieren; dies war in gewissem Maß ab Sommer 1933 und noch mehr ab Sommer 1934, nach der »Nacht der langen Messer« am 30. Juni und dem Tod Hindenburgs, der Fall. Vor allem mußte er aber die »Gefahrenzone« überstehen, während der Frankreich seine militärische Übermacht hätte ausnützen können, um einen Präventivkrieg gegen das militärisch noch schwache Dritte Reich zu führen. Charakteristisch hierfür sind seine Worte vor den hohen Offizieren am 3. Februar 1933, vier Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler: »Gefährlichste Zeit ist die des Aufbaus der Wehrmacht. Da wird es sich zeigen, ob Frankreich Staatsmänner hat; wenn ja, wird es uns nicht Zeit lassen, sondern über uns herfallen, vermutlich mit Ost-Trabanten.«⁶ So

machte Hitler einerseits dauernd Freundschaftsangebote an Frankreich und erklärte sogar hoch und heilig seinen Verzicht auf Elsaß-Lothringen. Er wiederholte solche Friedensbeteuerungen insbesondere nach der Rückkehr des Saargebietes in das Reich und betonte: »Jetzt sind alle schwebenden Probleme zwischen Deutschland und Frankreich verschwunden.« Gleichzeitig tastete er ständig das Terrain ab, um zu prüfen, was er wagen konnte; er nahm also das Risiko von Provokationen und Vertragsbrüchen auf sich. Als Frankreich darauf nicht reagierte, verlor Hitler zunehmend die Furcht vor einer Präventivaktion. Er erklärte schon am 4. Dezember 1934,⁷ gleich nachdem Laval die Nachfolge Louis Barthous übernommen hatte, daß Frankreich die Gelegenheit hierzu bereits verpaßt habe. In Wirklichkeit zog er, in immer schwächerem Maß, die Möglichkeit einer französischen Reaktion bei der offenen Aufstellung der Wehrmacht 1935 und der Remilitarisierung des Rheinlandes 1936 wohl noch in Betracht. Sogar 1938 wollte er, entgegen einer weitverbreiteten Ansicht, keinen Angriff auf die Tschechoslowakei unternehmen, wenn er nicht der Passivität Frankreichs sicher sein konnten.

Seit 1936 und vor allem seit 1938 war es klar, daß Frankreich keine selbständige Außenpolitik mehr trieb. Sein Stellenwert sank daher in den Augen Hitlers erheblich. Die Volksfrontregierung beunruhigte ihn in keiner Weise. Erstens sah er bald, daß sie, wie ihre Vorgängerin, sich völlig dem britischen Willen unterwarf. Zweitens bot sie ihm eine gute Gelegenheit, Frankreich als »vom Bolschewismus bedroht« zu bezeichnen und es daher noch mehr als zuvor von seinen Bundesgenossen zu isolieren, das ständige Mißtrauen ihm gegenüber neu zu beleben und auch Sympathien bei einem Teil der französischen Rechten zu gewinnen. In der Tat waren während der ganzen Zeit, von 1934 bis 1939, die deutschen Agenten in Frankreich sehr aktiv. Sie wurden von verschiedenen Organisationen geleitet, in erster Linie von der »Dienststelle Ribbentrop«. Sie propagierten den Antisemitismus und vor allem den Antibolschewismus. Sie appellierten auch an die pazifistischen Gefühle und versuchten insbesondere, die ehemaligen Frontkämpfer zu gewinnen.⁸ Ihre Tätigkeit ist oft beschrieben, ihre Wirkung aber vielleicht überschätzt worden.

In den letzten Vorkriegsjahren wurde Frankreich hauptsächlich ein Faktor in den deutsch-britischen Beziehungen. So merkwürdig es klingt: Solange Hitler an ein Bündnis mit England glaubte, wünschte er enge Bande zwischen Paris und London. Er hoffte – zu Recht –, daß England Frankreich hindern werde, den Aggressionsplänen seines östlichen Nachbarn beizeiten Einhalt zu gebieten. Aber nach der Remilitarisierung des Rheinlandes erkannten auch die Briten, daß Frankreich nicht mehr die erste Kontinentalmacht war. Im Gegensatz zu den vorangehenden Jahren war Eng-

land jetzt, gemäß der Doktrin der »Balance of power«, daran interessiert, daß Frankreich nicht alle Kraft verliere. Hitler nahm zwar seit Ende 1937 eine mehr und mehr antibritische Haltung ein, aber bis zum Frühling 1939 wollte er einen völligen Bruch vermeiden. Deshalb war er vielleicht bereit, Frankreich *zeitweilig* zu schonen, bis Deutschland imstande war, auch einen Konflikt mit Großbritannien zu riskieren. Den vorübergehenden Aufschwung Frankreichs Anfang 1939 scheint er kaum bemerkt zu haben. Tatsache ist, daß die deutsche diplomatische Aktivität zwischen April und August 1939 fast ausschließlich auf London und nicht auf Paris gerichtet war. Hitler sah völlig richtig, daß letzten Endes Frankreich immer einer englischen Initiative folgen würde. Daher ist es nebensächlich, tiefer zu untersuchen, ob in den zehn Tagen zwischen dem deutsch-sowjetischen Pakt und der Kriegserklärung der Westmächte die in Paris hervorgerufene Panik eine wesentliche Rolle in Hitlers Spekulationen gespielt hat. Während der »*Drôle de guerre*« schmeichelte die deutsche Propaganda Frankreich sehr und appellierte an den Friedenswillen seiner Bevölkerung, um deren Kriegsmoral zu zersetzen. Dagegen wurde Frankreich in der kurzen Zeit zwischen Ende März und Mitte Juni 1940 unter der Regierung des energischen Paul Reynaud plötzlich wieder Feind Nummer eins.

Auch nachdem Frankreich besiegt worden war, dachte Hitler nicht einen Moment daran, ihm als entwaffnetem Staat eine wirkliche Autonomie unter der Vorherrschaft Deutschlands zu gewähren. Fühler der Vichy-Regierung in diesem Sinne (die Abetz und in einem gewissen Maße sogar Ribbentrop befürworteten) blieben 1940/41 ergebnislos. Aus taktischen Gründen gab Hitler scheinbar ausweichende Antworten. In Wirklichkeit strebte er die völlige Zerstückelung Frankreichs an.⁹ Seine zahlreichen Bemerkungen in Privatgesprächen¹⁰ lassen keinen Zweifel hierüber zu: »Frankreich muß fester angepackt werden.« »Es gibt keinen Platz für eine deutsch-französische Freundschaft.« Mussolini und Ciano gegenüber erklärte er: »Niemals darf Frankreich wieder zu Kräften kommen. Es ist der ewige Feind Deutschlands und Italiens.« In diesem Sinne wies er auch die Bitte Pétains ab, französische Kriegsgefangene freizulassen, da er sie als Geiseln behalten wollte. Schließlich erklärte er am 2. April 1945, vier Wochen vor seinem Tod: »Bleibt Frankreich. Ich habe vor zwanzig Jahren geschrieben, was ich von Frankreich dachte. Es war und ist der Todfeind des deutschen Volkes. Seine ständige Degenerierung und seine häufigen Zusammenbrüche haben uns manchmal verleitet, seine Bedeutung zu unterschätzen. Sollte es nun, was ja wahrscheinlich ist, noch schwächer werden, so ist das für uns kein Grund, unser Mißtrauen aufzugeben ... Wie er auch ausgehen wird, dieser Krieg hat wenigstens Frankreich auf den Platz gestellt, wo es hingehört, nämlich [den] einer fünfrangigen Macht. Aber

selbst dann kann es bei seiner grenzenlosen Korruptheit und seinen un-nachahmlichen Erpresserkünsten immer noch eine Gefahrenquelle für uns sein. Unsere Devise muß daher sein: Mißtrauen und Wachsamkeit.«¹¹ In demselben Sinn befahl er bekanntlich dem deutschen Volk in seinem »Testament« vom 29. April 1945, weiterhin das internationale Judentum zu bekämpfen. In beiden Fällen handelte es sich um eine regelrechte »Idée fixe«.

Die meisten führenden Nationalsozialisten dachten ähnlich wie Hitler und teilten seinen Frankreichhaß. Bei einigen gibt es allerdings Nuancen. So scheint Göring Frankreich relativ indifferent gegenübergestanden und eine Verständigung nicht grundsätzlich abgelehnt zu haben.¹² Ribbentrop ging sogar noch weiter. Er hoffte zu einem gewissen Zeitpunkt, mit Frankreich – schon vor, aber insbesondere nach dessen Niederlage – zu einer Zusammenarbeit gegen die angelsächsischen Mächte zu gelangen.¹³ So unterstützte er, wie gesagt, die Bestrebungen der Vichy-Regierung, 1941 einen Sonderfrieden zu erlangen. Er war jedoch in dieser Linie nicht immer konstant. Der einzige Nationalsozialist, der auf seine Art folgerichtig »frankophil« war – unter der Bedingung freilich, daß Frankreich sich den Geist des »Neuen Europa« aneigne –, war (zusammen mit dem Schriftsteller und Journalisten Friedrich Sieburg) Otto Abetz. Aber er blieb praktisch einflußlos.

Die Diplomaten und hohen Beamten, vom Geist des wilhelminischen Kaiserreichs geprägt, teilten fast alle die traditionelle Feindschaft gegenüber Frankreich. Da dieses Land aber zumindest bis zur Mitte der dreißiger Jahre als die erste Militärmacht Europas galt, wollten sie einen vorzeitigen Konflikt mit ihm vermeiden. Dies traf noch mehr für die hohen Militärs zu, die zum Teil eine deutsch-französische Kooperation gerne gesehen hätten. Aber als Frankreich auf die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Remilitarisierung des Rheinlandes nicht reagierte, verlor es immer mehr an Prestige; nach der Preisgabe des tschechischen Bundesgenossen wurde es von den meisten Deutschen als *Quantité négligeable* angesehen. Charakteristisch hierfür ist eine Bemerkung, die ein SA-Mann noch vor dem Münchner Abkommen gegenüber einem jungen französischen Gymnasiallehrer in Deutschland machte: »Frankreich? Wo liegt denn das? Ist das in Europa? Existiert Frankreich noch?«¹⁴ Im selben Sinn suchte die konservative Opposition um Goerdeler fast ausschließlich zu London Kontakt und nicht zu Paris. Bei diesen preußischen Altkonservativen spielten dabei allerdings wohl die traditionelle Frankreichfeindschaft und die Bewunderung für die englische Aristokratie eine Rolle. Hjalmar Schacht, der mit einem Bein in der Regierung und mit dem anderen in der Opposition stand, verhandelte 1936/37 mit Léon Blum über ein Abkommen.

Wahrscheinlich meinte er es ehrlich, aber er erstrebte eine umfassende Zusammenarbeit mit dem Westen überhaupt, in erster Linie mit den angelsächsischen Mächten.

Nach seiner Niederlage hatte Frankreich für die politische Planung sowohl der nationalsozialistischen Führung als auch der übrigen Kreise nur noch geringe Bedeutung. Die Bemerkung Ulrich von Hassells – der, bevor er zur Opposition überging, ein scharfer Franzosenfeind gewesen war –, »Frankreich muß doch wieder eine Rolle spielen«, steht ziemlich einzig da. Vielmehr dachte man an einen Kompromißfrieden mit England auf Kosten Frankreichs. Dies war sowohl ein ständiger Wunsch Hitlers als auch ein Gedanke Albrecht Haushofers, wie sein »Friedensplan« von 1941 zeigte.¹⁵ Die Überlegungen von 1943 zur Bildung einer »Europa-Union«, an der Frankreich teilnehmen sollte, waren lediglich dazu bestimmt, die Vorherrschaft des Reiches zu sichern. Eine Ironie des Schicksals war es, daß Himmler sich 1945 in der Verzweiflung angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs an de Gaulle wandte und ihm ein Bündnis zwischen Frankreich und Deutschland vorschlug, das beiden Ländern die Möglichkeit geben sollte, sich der Übermacht der Angelsachsen und der UdSSR zu erwehren.¹⁶ Erst nach der Niederlage erinnerten sich Politiker in Deutschland an den französischen Nachbarn, um mit seiner Hilfe im Rahmen des geeinten Europas der Not zu entkommen und wieder Gleichberechtigung und Geltung zu erlangen.

Wie bereits gesagt, war die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland weitaus komplizierter. Hier gab es einen nationalen Konsensus nur im Willen, den Frieden und die Sicherheit des Landes zu bewahren. Aber bekanntlich wurde dieses Ziel nicht erreicht, unter anderem weil über die Mittel und Wege die Meinungen zu weit auseinandergingen und sich auch die innenpolitischen Gegensätze auf die Außenpolitik auswirkten. Traditionell war die konservative Rechte antideutsch, mehr mißtrauisch als feindlich. Denn auch sie war seit 1918 defensiv eingestellt, da sie nach der Rückkehr Elsaß-Lothringens zum französischen Staat keine territorialen Forderungen mehr hatte. Der Wunsch, die Vormachtstellung Frankreichs in Europa aufrechtzuerhalten, wurde schon Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre immer illusorischer. Die meisten französischen Rechtskreise waren, nicht ganz zu Unrecht, überzeugt, daß sich die Weimarer Republik vom Kaiserreich nicht grundlegend unterscheidet und Deutschland die erste Gelegenheit benutzen werde, um einen Revanchekrieg zu führen. Doch gab es auch Gruppen, die an eine deutsch-französische Zusammenarbeit dachten, unter anderem interessanterweise in der Wirtschaft, sogar in der Schwerindustrie. Es handelte sich dabei hauptsächlich um die gemeinsame Ausnutzung der ostfranzösischen Eisenerzvorräte.

kommen und der Ruhrkohle. Den bedeutendsten Versuch in dieser Hinsicht stellte das 1926 von dem luxemburgischen Stahlmagnaten Emil Mayrisch gegründete »Deutsch-französische Studienkomitee« dar. Hier trafen sich französische, luxemburgische, belgische und deutsche Vertreter der Wirtschaft, zum Teil inoffiziell von einflußreichen Staatsmännern unterstützt, um eine Kooperation zu erzielen, die sich auch auf das kulturelle und politische Gebiet ausdehnen sollte. So wurde zum Beispiel ein Kompromißvorschlag für eine deutsch-polnische Grenzrevision ausgearbeitet. Die Besprechungen wurden bis 1933 fortgesetzt und erst nach Hitlers Machtantritt abgebrochen.¹⁷

Die französische Linke glaubte nicht nur an die Möglichkeit einer Annäherung an Deutschland, sondern setzte sich auch aktiv für sie ein in der Hoffnung, durch ein Entgegenkommen die demokratisch-pazifistischen Kräfte in der Weimarer Republik gegen die Militaristen stärken zu können. Dazu kam bei ihr ein großer, ja übertriebener Schuldkomplex gegenüber Deutschland wegen des Versailler Friedens, als ob dieser Vertrag allein am Unglück des Nachbarlandes schuld sei. Dieses Schuldgefühl dauerte auch nach der »Machtergreifung« Hitlers weiter an. Die verständigungsbereiten Kreise beeinflussten die französische Außenpolitik entscheidend seit 1924, als Poincaré die Wahlen verlor. Sie unterstützten Briand, der de facto eine französische Position nach der anderen preisgab. Auch nach 1933 änderte sich ihre Einstellung nicht wesentlich. Nur eine Minderheit der Linken um den Chef der Radikalen, Édouard Herriot, erkannte frühzeitig die Gefahr, die vom Dritten Reich ausging. Seine Befürchtungen wurden aber nicht von allen seinen Parteifreunden geteilt; Daladier insbesondere glaubte noch viele Jahre lang an die Möglichkeit zur Bereinigung aller Differenzen und zum »friedlichen Zusammenleben« mit dem nationalsozialistischen Deutschland. Die Sozialisten hielten vorläufig noch an dem Dogma der allgemeinen Abrüstung fest. Erst seit 1935 begann Léon Blum, seine Haltung zu revidieren und die Notwendigkeit zu akzeptieren, daß Frankreich wieder an seine Verteidigung denken und den Aggressoren gegenüber eine energische Haltung einnehmen müsse. Andere Sozialisten dagegen, wie der Parteisekretär Paul Faure, klammerten sich bis zum Schluß an einen abstrakten Pazifismus und endeten schließlich an der Seite der Vichy-Regierung. Die Kommunisten bekämpften bis 1934 in erster Linie den Versailler Vertrag; dann paßten sie sich dem neuen Kurs der Moskauer Führung an, die jetzt die kollektive Sicherheit und die Abwehr der Angriffsgefahr predigte und daher ein Defensivbündnis mit Frankreich abschloß. Nach dem Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939 schwenkte ein Teil der französischen Kommunisten auf die prodeutsche Linie ein, während andere die antifaschistische Position aufrechterhielten.

Die Rechte vertrat bis 1935 ihren traditionellen Standpunkt. Dieser schien sich 1934 mit der Regierung Doumergue durchzusetzen, in der Barthou das Außenministerium übernahm. Letzterer setzte sich zum Ziel, die deutsche Wiederaufrüstung und Expansion mit Hilfe eines ausgedehnten Bündnissystems zu verhindern. Auf den ersten Blick war dies ein Bruch mit der Politik Briands und eine Rückkehr zur Linie Poincarés. Barthou wollte die Sicherheit und die Interessen Frankreichs wahren, ohne »ideologische« Rücksichten. Persönlich ein überzeugter Liberaler, wollte er sich sowohl mit dem kommunistischen Rußland als auch mit dem faschistischen Italien verständigen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern riskierte er sogar, in Gegensatz zu England zu geraten. Jedoch blieb auch diese Politik der »festen Haltung« innerhalb gewisser Grenzen. Sie beschränkte sich lediglich auf das diplomatische Gebiet und blieb infolgedessen weitgehend verbal. Gegenüber Berlin begnügte sich die Regierung mit energischen Noten und ging nicht zu Taten über – wie auch ihre Vorgängerin die angedrohten Sanktionen nicht verwirklicht hatte, als Deutschland den Völkerbund und die Abrüstungskonferenz verließ. In der gleichen Weise ließ Barthou die Gelegenheit ungenutzt, Ende Juli 1934, nach dem mißlungenen nationalsozialistischen Putschversuch in Österreich und der Ermordung des Kanzlers Dollfuß, eine militärische Präventivaktion gegen das Dritte Reich zu unternehmen. Sie wäre moralisch gerechtfertigt, politisch opportun und völkerrechtlich fundiert gewesen, da Deutschland die Souveränität eines anderen Staates bedroht hatte. Selbst Léon Blum gab 1946 zu, daß eine solche Aktion das einzige Mittel gewesen wäre, die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges zu verhüten. Jedenfalls setzte Barthous Ermordung seiner Politik ein Ende, und dies zeigte ihre Brüchigkeit. Sein Nachfolger Laval suchte ganz im Gegenteil eine Annäherung an das Dritte Reich und reagierte insbesondere nicht auf die Wiedereinführung der Wehrpflicht im März 1935. Er unterhöhlte damit das Bündnis mit der Sowjetunion, noch bevor er es wenige Wochen später abschloß.

Denn jetzt spaltete sich auch das konservative Lager, wobei, wie schon erwähnt, innenpolitische Motive ein wichtiger Faktor waren. Einige seiner Vertreter, in erster Linie Paul Reynaud und Henri de Kerillis, blieben patriotisch und betonten bei jeder Gelegenheit die Bedrohung Frankreichs durch das Dritte Reich. Sie verlangten deshalb energische Abwehrmaßnahmen und die Herstellung der nationalen Einheit. Aber sie wurden mit der Zeit eine Minderheit. Die meisten französischen Konservativen waren über das Anwachsen und den Sieg der »Volksfront« 1936 – wie auch über den Spanischen Bürgerkrieg, bei dem Kommunisten und Anarchisten im republikanischen Lager eine wichtige Rolle spielten – derart erschrocken, daß sie ihre Position revidierten. Der französische Patriotismus ging jetzt ein-

deutig zurück. Die Interessen Frankreichs im traditionellen Sinne des Wortes standen nicht mehr im Vordergrund, sondern die Sorge um die Rückwirkungen der Außenpolitik und der internationalen Lage auf die inneren Zustände bestimmte das Denken. Die Mehrheit der Rechten sah die Hauptgefahr nicht in Hitlerdeutschland, sondern in der UdSSR. Gegen die Linkskräfte suchte sie Rückhalt bei den faschistischen Staaten. In erster Linie wünschte sie ein Bündnis mit Italien, war aber auch bereit, sich mit dem Dritten Reich zu »verständigen«. Die Parole »Lieber Hitler als Léon Blum« wurde zwar selten offen ausgesprochen, aber öfter insgeheim gedacht. Wir reden in diesem Zusammenhang nicht von der extremen und der außerparlamentarischen Rechten, der Klaus-Jürgen Müller in dem vorliegenden Bande einen besonderen Aufsatz widmet. Trotz ihres geräuschvollen Auftretens konnte sie die französische Politik bis 1940 nicht wesentlich beeinflussen. Viel wichtiger ist deshalb die gemäßigte Rechte.¹⁸ Das Nachgeben Frankreichs bei der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland 1935 und der Remilitarisierung des Rheinlandes 1936, die Kapitulation von München 1938 und schließlich die Niederlage 1940 waren in erster Linie von bürgerlichen Politikern wie Laval, Flandin und Georges Bonnet zu verantworten.

Es ist in diesem Zusammenhang am Platz, ein Wort über die Deutschlandpolitik der Volksfrontregierungen zu sagen. Diese werden oft besonderer Schwäche bezichtigt. Wir sagten aber bereits, daß Léon Blum schon vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten begonnen hatte, seine Ansicht zu ändern. Für die soeben erwähnten Kapitulationsaktionen trugen seine Vorgänger und Nachfolger die unmittelbare Verantwortung. Gewiß war seine erste Regierung keine des »nationalen Widerstandes«. Sie kam insbesondere der um ihr Leben kämpfenden spanischen Republik nicht genügend zu Hilfe, dies unter schärfstem englischen Druck.¹⁹ Blum wurde aber energisch, als Gerüchte über deutsche Militärstützpunkte in Spanisch-Marokko aufkamen. Er diskutierte mit Schacht die Möglichkeit eines Kolonialabkommens, aber nur unter der Bedingung, daß ein wirkliches europäisches Sicherheitssystem geschaffen werde, und betonte die Treue Frankreichs zu seinen Verbündeten.²⁰ Blum wurde am Tag des Einmarsches deutscher Truppen in Österreich zum zweiten Mal mit der Regierungsbildung beauftragt. Er wollte jetzt, um weitere Aggressionen Hitlers zu verhüten, ein Kabinett der nationalen Einheit von der äußersten Linken bis zur Rechten zusammenstellen. Aber letztere lehnte dies in ihrem blinden Haß gegen die Volksfront aus innenpolitischen Gründen ab. In der kurzlebigen Regierung, die Blum dann führte, versuchte der Außenminister Joseph Paul-Boncour mit seiner Billigung, die weitere Expansion des Dritten Reichs zu verhindern und insbesondere die Integrität der Tschechoslowakei zu retten.

Dieses ständige Zurückweichen vor den Vertragsbrüchen und Gewaltakten Hitlers ist allerdings nicht nur auf innenpolitische Motive zurückzuführen. Noch entscheidender hierfür war die Abhängigkeit von England, in die sich Frankreich in steigendem Maß seit 1924 und vor allem seit 1936 begeben hatte. Man kann also in den dreißiger Jahren kaum von bilateralen deutsch-französischen Beziehungen sprechen, sondern nur vom Dreieck London-Paris-Berlin. Großbritannien weigerte sich bis 1939, dem Reich entgegenzutreten; vorher hatte es Deutschland im Rahmen der Politik der »Balance of power« sogar gegen Frankreich gestärkt. Da wir hier auf die tieferen Gründe dieser Abhängigkeit nicht eingehen können, sei lediglich erwähnt, daß die demographische und industrielle Schwäche Frankreichs dabei eine entscheidende Rolle spielte. Folgendes muß jedoch hervorgehoben werden: Wenn Frankreich zwischen 1933 und 1938 auf alle Provokationen des Dritten Reichs, vom Verlassen des Völkerbundes bis zur Bedrohung der Tschechoslowakei, nicht reagierte, so war dies erst in zweiter Linie eine Folge seiner immer stärkeren inneren Zerrissenheit. Den Hauptgrund bildete der Druck, den London auf Paris ausübte, passiv zu bleiben. In den letzten Vorkriegsjahren war die französische Politik völlig gelähmt.

Nach dem Münchner Abkommen versuchte Frankreich einige Monate lang, mit Deutschland zu einer Verständigung zu gelangen. In Paris wurde der Nichtangriffspakt vom 6. Dezember 1938 viel ernster genommen als in Berlin. Frankreich schränkte seine politische Tätigkeit in Mittel- und Osteuropa weitgehend ein und überließ die Initiative in dieser Region dem Reich. Nur erwarteten politische Kreise in Paris, daß die wirtschaftlichen Interessen Frankreichs dort respektiert würden. Überhaupt dachte man an eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern, und es wurden einige Schritte in dieser Richtung unternommen. In erster Linie wollte Frankreich sich auf sein Kolonialimperium konzentrieren, das noch weitgehend unentwickelt war. Eine unerläßliche Bedingung hierfür war jedoch, daß dieses Imperium unangetastet blieb. Aber gerade zu diesem Zeitpunkt erhob Italien seine Forderungen auf Djibouti und Tunesien, ja sogar auf Korsika und Nizza. Die französische Regierung hoffte nun, daß Hitler seinen Achsenpartner zur Mäßigung bewegen würde. Aber, wie bereits angedeutet, beabsichtigte der Führer keineswegs, seinem Verbündeten in Rom Hindernisse in den Weg zu legen. Dadurch wurde der Politik Bonnens der Boden entzogen. Außerdem erstrebte Deutschland in Mittel- und Osteuropa die Alleinherrschaft in einem Maß, das Frankreich und sogar England nicht zulassen konnten. Die völlige Besetzung der Rest-Tschechoslowakei symbolisierte diese Absicht. Eine deutsch-französische Kooperation wurde dadurch unmöglich gemacht.²¹

Es ist vielleicht zu wenig beachtet worden, daß Frankreich Anfang 1939

einen gewissen politischen Aufschwung erlebte, nachdem es die große Wirtschaftskrise zum Teil überwunden hatte. Damals wurde auch die Volksfront geschwächt, und die Angst der Rechtskreise vor ihr ließ etwas nach. Dieses Aufraffen zeigte sich besonders zwischen dem 15. März und dem 22. August 1939. Nach der deutschen Besetzung Böhmens und Mährens trat Frankreich viel energischer als England (im Gegensatz zur allgemein vorherrschenden Ansicht) für eine geschlossene Front der Staaten ein, die vom Dritten Reich bedroht waren. Es bemühte sich insbesondere um den Abschluß eines Dreierpaktes zwischen London, Paris und Moskau, und es war nicht die Schuld der französischen Diplomatie, daß dieses Bündnis nicht zustande kam. Die defätistischen Kräfte um Georges Bonnet, die »nicht für Danzig sterben wollten«, bildeten damals nur eine Minderheit. Nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Vertrages brach in Paris allerdings eine gewisse Panik aus. Nichtsdestoweniger akzeptierten die meisten Franzosen den Kriegseintritt am 3. September 1939 mit Resignation und – gleichwohl – Entschlossenheit, nicht unähnlich den Deutschen, wenn man Marlis Steinert glauben darf.²² Der »zersetzende« Einfluß der Kommunisten wird häufig überschätzt. In stärkerem Maß dürfte die achtmonatige Untätigkeit der »Drôle de guerre« demoralisierend auf die Soldaten gewirkt haben. Danach brachten die Plötzlichkeit und Schwere der Niederlage vom Mai/Juni 1940 die Bevölkerung völlig um die Besinnung, sie wurde als Tatsache zunächst fast allgemein akzeptiert.

Innerhalb der Regierung von Vichy lassen sich verschiedene Tendenzen unterscheiden. Es gab »Reaktionäre« wie General Maxime Weygand, die die Niederlage erst einmal benutzten, um die verhaßte Republik zu zerstören, aber ihren Deutschenhaß beibehielten. Zahlreicher waren die Opportunisten, die sich anfangs »der Notwendigkeit beugten«, dann aber den Verlauf des Krieges abwarten wollten. Ihr hervorragendster Vertreter war Admiral François Darlan.²³ Erst um die Jahreswende 1943/44 kamen überzeugte Anhänger des Nationalsozialismus wie Marcel Déat und der Milizführer Joseph Darnand in die Regierung, die sie praktisch im Namen der Deutschen leiteten. Subjektiv stand Pétain wohl zwischen Reaktionären und Opportunisten; objektiv war er ein sehr nützliches Werkzeug in den Händen Hitlers. Nur der Marschall mit seinem großen Prestige konnte die Beamten und vor allem die Offiziere zum Gehorsam bewegen und sie daran hindern, zu de Gaulle überzugehen und den Kampf fortzusetzen.

Ferner wirkte die große Enttäuschung über den englischen Bundesgenossen nach, der Frankreich in der entscheidenden Schlacht praktisch im Stich gelassen hatte. Aber noch mehr: Die sechzehnjährige Abhängigkeit von London hatte die Franzosen psychologisch zur Subordination bereit gemacht. Anstatt Großbritannien – bis etwa 1900 ein jahrhundertalter

Feind, was man nicht vergessen sollte – unterwarf man sich jetzt Deutschland. Dazu kam das Gefühl, daß es auf jeden Fall nutzlos sei, sich der Übermacht des östlichen Nachbarn zu widersetzen. Hatte Frankreich sich nicht im Ersten Weltkrieg vier Jahre lang verblutet – mit fast anderthalb Millionen Todesopfern –, um ihm standzuhalten und ihn zu besiegen? Aber kurze Zeit nach seiner Niederlage war er genauso mächtig wie zuvor. Wenn es überhaupt möglich war, Deutschland auf Dauer zu schlagen, so mußten es Mächte mit größerem Industriepotential als Frankreich tun, in erster Linie England und die USA.

Auch in der Bevölkerung waren die aktiven Kollaborateure mit der Besatzungsmacht nur eine kleine Minderheit. Aber die Gaullisten und die Widerstandskämpfer waren gleichfalls anfangs nicht viele. Jedoch wuchs ihre Zahl nach den deutschen Niederlagen und den Zwangsmaßnahmen im besetzten Gebiet an, insbesondere seit dem Winter 1943/44. Der alte innenpolitische Gegensatz spielte auch jetzt noch eine Rolle. Dabei sollte man sich vor Schematisierungen und Generalisierungen gewiß hüten. Die Rechte war in der Résistance vertreten. (General de Gaulle selbst kam ja aus ganz konservativen Kreisen; allerdings machte er mit der Zeit eine Entwicklung durch, die ihn in eine etwas andere Richtung führte.) Wie schon gesagt, endeten einige Linke – zum Teil als Folge ihres abstrakten Pazifismus – in Vichy oder sogar in der Kollaboration. Doch ist nicht zu bestreiten, daß die stärksten Widerstandsbewegungen links eingestellt waren, während die meisten Anhänger Pétains und der Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich aus dem Rechtslager kamen. Besonders muß in diesem Zusammenhang der Fall von Charles Maurras, dem Leiter der »Action Française«, hervorgehoben werden. Sein ganzes Leben lang hatte er eine wilde Germanophobie gepredigt. 1940 aber begrüßte er die Niederlage Frankreichs als die »göttliche Überraschung« und setzte sich voll und ganz für die Politik des Marschalls ein.

Die Mehrheit der Bevölkerung blieb passiv und abwartend, ähnlich wie die Deutschen nach 1945. Natürlich wuchs der Deutschenhaß, der sich seit der Mitte der zwanziger Jahre allmählich verringert hatte, wieder sehr an, als die Besatzungspolitik immer härter wurde. Die Geiselerchießungen als Vergeltung für Angriffe der Widerstandskämpfer, die Judenvernichtung und insbesondere die Deportation französischer Arbeitskräfte nach Deutschland trugen entscheidend dazu bei. Aber schneller als nach dem Ersten Weltkrieg trat Ende der vierziger Jahre ein Wandel in der Einstellung zu Deutschland ein. Gerade die ehemaligen Kriegsgefangenen und Mitglieder der Résistance zeigten sich bald zur Verständigung mit dem Feind von gestern bereit. Bei letzteren, hauptsächlich bei Sozialisten und Linkskatholiken, war der Gedanke schon während des Krieges aufgetaucht, als sie

noch tagtäglich unter der deutschen Besatzung um ihr Leben hatten kämpfen müssen.²⁴ Der tiefere Grund hierfür war aber eine Solidarität zwischen den Besiegten von 1940 und von 1945. Die Tatsache, daß beide Völker im Abstand von wenigen Jahren denselben Krieg verloren hatten, führte ihnen ihre Schicksalsgemeinschaft vor Augen. Die Erkenntnis griff um sich, daß in der Welt des zwanzigsten Jahrhunderts die deutsch-französische Feindschaft als überlebt angesehen werden muß. Frankreichs neue Aufgabe lag in seiner Industrialisierung und Modernisierung, Deutschland mußte die schweren Probleme lösen, die der Untergang des alten Reichs ihm stellte. Beide Länder sahen sich – auf etwas unterschiedliche Weise – dem Übergewicht der Supermächte ausgesetzt. Ihm kann nur eine europäische Union widerstehen, deren Eckpfeiler notwendigerweise die deutsch-französische Partnerschaft ist.

Anmerkungen

- ¹ Vgl. Charles Bloch, Vom Erbfeind zum Partner. Die deutsch-französischen Beziehungen vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jahrbuch des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, Band 10 (1981), S. 363–398.
- ² Klaus Hildebrand, Deutsche Außenpolitik 1933–1945, 4. Aufl., Stuttgart 1980, S. 20–25; Reinhard Kühnl, Die nationalsozialistische Linke. Meisenheim 1966; Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963.
- ³ Klaus Hildebrand, La politique française de Hitler jusqu'en 1936, in: La France et l'Allemagne 1932/1936. Paris 1980, S. 339–371; Günter Wollstein, Vom Weimarer Revisionismus bis zu Hitler. Bonn 1973.
- ⁴ Wilhelm von Schramm, Sprich vom Frieden, wenn Du den Krieg willst. Mainz 1973, S. 102–103.
- ⁵ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) D IV, Nr. 411, D VI, Anhang I.
- ⁶ Hans-Adolf Jacobsen/Werner Jochmann, Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus. Bielefeld 1961.
- ⁷ ADAP C III, Nr. 240.
- ⁸ Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, Frankfurt/Main, Berlin 1968; Alfred Kupfermann, Le bureau Ribbentrop et les campagnes pour le rapprochement franco-allemand (1934–1937), in: Les relations franco-allemandes 1933–1939. Paris 1976, S. 87–98.
- ⁹ Eberhard Jaeckel, Frankreich in Hitlers Europa. Die deutsche Frankreich-Politik im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1966; J. B. Duroselle, L'Abîme. Paris 1982, S. 267–301.
- ¹⁰ Henry Picker, Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier. 2. Aufl. Stuttgart 1965.
- ¹¹ Jaeckel, (wie Anm. 9), S. 370.
- ¹² Stefan Martens, Hermann Göring, Erster Paladin des Führers und zweiter Mann im Reich. Paderborn 1985.
- ¹³ Wolfgang Michalka, Ribbentrop und die Weltpolitik 1933–1940. München 1980.
- ¹⁴ Gilbert Badia, Un jeune français en Allemagne hitlerienne, in: Les relations franco-allemandes 1933–1939 (wie Anm. 8), S. 105.
- ¹⁵ James Douglas-Hamilton, Motive for a mission. The story behind Hess's flight to Britain. London 1971, Appendix I, II, S. 251–254, 258–269.
- ¹⁶ Charles de Gaulle, Mémoires de Guerre, Bd. 3, Le Salut. Paris 1959, S. 175–176.
- ¹⁷ Einzelheiten hierüber bei: Jacques Bariéty/Charles Bloch, Une tentative de réconciliation franco-allemande et son échec 1932–1933, in: Revue d'Histoire Moderne et Contemporaine, Band 15 (1968), S. 433–465; gleichfalls bei Fernand L'Huillier, Dialogue Franco-allemand 1925–1933. Strasbourg, Paris 1971, S. 130f.
- ¹⁸ Vgl. hierzu: Ronald Höhne, Faktoren des außenpolitischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses innerhalb der gemäßigten Rechten Frankreichs 1934–1936. Diss. Berlin 1968; ders., Die außenpolitische Neuorientierung Frankreichs 1934–1936, in: Les relations franco-allemandes 1933–1939 (wie Anm. 8), S. 209–231; René Rémond, La Droite en France, Paris 1963; für die gesamte französische Politik in den dreißiger Jahren: J. B. Duroselle, La Décadence. Paris 1979; Charles Bloch, Die Dritte französische Republik. Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie. Stuttgart 1972, S. 431–511.
- ¹⁹ Léon Blum. Chef du Gouvernement 1936–1937. Paris 1967.

- ²⁰ Documents Diplomatiques Français B III, Nr. 213; Bloch, Dritte Republik, (wie Anm. 18), S. 466.
- ²¹ Ausführlich hierzu: René Girault, La politique française de l'après-Munich (septembre 1938–avril 1939), in: Deutschland und Frankreich 1936–1939. München 1981, S. 507–522.
- ²² Marlis G. Steinert, Hitlers Krieg und die Deutschen, Düsseldorf/Wien 1970.
- ²³ Duroselle, L'Abîme (wie Anm. 9)
- ²⁴ Vgl. Walter Lipgens, Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. München 1968; Gilbert Ziebura, Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten, Pfullingen 1970, S. 24–32.

Die Haltung der polnischen Öffentlichkeit zum Reichstagsbrandprozeß im Jahr 1933

von Antoni Czubiński

Die Öffentlichkeit in Polen interessierte sich in der Zwischenkriegszeit sehr stark für die innere Situation in Deutschland. In der polnischen Presse erschienen viele Berichte über die Aktivitäten der verschiedenen Parteien. Die wichtigsten Vorgänge wurden kommentiert, herausragende Persönlichkeiten vorgestellt. Polnische Publizisten veröffentlichten Reportagen und Einzelanalysen über bestimmte Ereignisse in Deutschland.¹

Besondere Aufmerksamkeit fanden die Krisenjahre 1929–1933, die »Machtergreifung« Hitlers und das Rätsel, das mit dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 und dem Leipziger Prozeß im Herbst des gleichen Jahres verbunden war. Dies waren Ereignisse, die die Öffentlichkeit in Polen und in der Welt bewegten.² Überdies verschärfte sich in dieser Zeit die Beziehungen zwischen Deutschland und seinem Nachbarn im Osten. Die überwiegende Mehrheit der Polen beobachtete den Sieg der Nationalsozialisten mit Unruhe. Die deutsche Minderheit, die überwiegend pronationalsozialistischen Gruppierungen nahestand und Hitlers »Machtergreifung« im allgemeinen begrüßte,³ bleibt hier unberücksichtigt. Ihre Presse wiederholte in der Regel die Ansichten, die im Reich von den nationalsozialistischen Publizisten geäußert wurden.⁴

Die polnische Presse zeichnete sich durch unterschiedliche ideologisch-politische Orientierungen aus. Die Hitlerbewegung erweckte anfänglich bei manchen Journalisten und Publizisten, die den nationalistischen Grup-

pierungen Polens verbunden waren, gewisse Sympathien. Sie ergaben sich aus bestimmten ideologisch-politischen Affinitäten. Der Führer des nationalen Lagers, Roman Dmowski, sprach der »deutschen Revolution« im Nachbarland sein Lob aus, da er davon ausging, daß sie zu einer nationalen Wiedergeburt Deutschland führen werde. Ihm imponierten Hitlers Antikommunismus und Antisemitismus. Allerdings beschränkte sich die nationalsozialistische Bewegung nicht auf den Antisemitismus: Sie richtete sich ebenso gegen die Slawen, insbesondere gegen den polnischen Staat und das polnische Volk. Die Diktatur Hitlers, die Deutschland zunächst stärkte, stellte für sie eine große Bedrohung dar. Die Furcht vor dieser wachsenden Gefahr dämpfte allmählich die Begeisterung.⁵ Die Nationaldemokraten schlossen sich infolgedessen mit der Zeit der in Polen im allgemeinen negativen Beurteilung der Hitlerbewegung an.⁶

Es wurde viel über die »Machtergreifung« der NSDAP, die Verfolgung der Opposition, die politischen Konzeptionen der Hitlerbewegung und die Methoden, mit denen sie sich ihrer Gegner entledigte, geschrieben. Besonderes Interesse rief das Schicksal der bis 1933 so starken Linken – also der Sozialdemokraten und Kommunisten – hervor.⁷

Die Beteiligung der Nationalsozialisten an der Reichsregierung bedeutete eine schwere Niederlage für die Arbeiterbewegung und für alle demokratischen Kräfte in Deutschland. Der Hauptangriff der Nationalsozialisten richtete sich gegen die Kommunisten, wobei sie in dieser Hinsicht von den national-konservativen Parteien unterstützt wurden. Um die KPD zu kompromittieren, beschuldigten die Politiker der NSDAP sie, die nationalen Interessen Deutschlands zu verraten, Verschwörungen und Anschläge vorzubereiten und den bewaffneten Umsturz anzustreben. Bis Ende Februar 1933 waren die Nationalsozialisten freilich nicht in der Lage, diese Vorwürfe mit überzeugenden Beweisen zu untermauern.⁸ Dabei näherten sich die für den 5. März 1933 ausgeschriebenen Reichstagswahlen. Sie hätten den Einfluß der Linken stärken können, und da die Nationalsozialisten eine Niederlage befürchteten, suchten sie nach einem Vorwand, um die Opposition zu terrorisieren. In dieser Situation wurde am 27. Februar 1933 um 21.15 Uhr das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt. Am Tatort nahm die Polizei den jungen Holländer Marinus van der Lubbe fest. Sie erklärte, Dokumente bei ihm gefunden zu haben, die seine Verbindung zur kommunistischen Bewegung bewiesen. Die nationalsozialistischen Behörden gaben daraufhin bekannt, daß der Brandanschlag auf den Reichstag das Signal für einen kommunistischen Aufstand im Reich habe darstellen sollen. Mit dieser Begründung wurden in der Nacht vom 27. auf den 28. Februar in Deutschland wichtige Grundrechte aufgehoben. Die Polizei verhaftete zahlreiche Kommunisten und zerschlug die legale Organisation der

KPD. Der Reichstagsbrand spielte bei den Wahlen und bei der Festigung der Position der NSDAP in der Regierung und im Staat eine bedeutende Rolle. Die deutsche Öffentlichkeit und die Weltöffentlichkeit erwarteten mit Ungeduld die Klärung der Frage, von wem und aus welchen Motiven der Reichstag in Brand gesteckt worden war.

Bereits am 28. Februar meldete sich der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der KPD, Ernst Torgler, freiwillig beim Polizeipräsidium, um gegen die unbegründete Beschuldigung der Kommunisten zu protestieren. Er wurde der Komplizenschaft bei der Brandstiftung beschuldigt und sofort verhaftet. Zehn Tage später, am 9. März 1933, faßte die Polizei in Berlin drei bulgarische Kommunisten, die falsche Namen führten: G. Dimitroff, B. Popow und W. Tanew.⁹

Dimitroff war Mitglied des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) und leitete deren Westeuropäisches Büro in Berlin. Popow und Tanew waren Mitglieder des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens. Die nationalsozialistischen Sicherheitsbehörden stellten rasch fest, daß Dimitroff in der Vergangenheit von bulgarischen Gerichten bereits zweimal in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war. Er war einer der Organisatoren des fehlgeschlagenen Arbeiteraufstands in seinem Heimatland vom September 1923 gewesen. Rechte Kreise in Bulgarien beschuldigten ihn überdies, am Attentat auf Zar Boris und dem Sprengstoffanschlag auf die Kathedrale von Sofia im Jahre 1925 beteiligt gewesen zu sein.¹⁰ Die Nationalsozialisten glaubten, dadurch, daß sie die Bulgaren, insbesondere Dimitroff, mit dem Holländer van der Lubbe und Torgler in Verbindung brachten, die gegen die KPD gerichteten Beschuldigungen beweisen und darüber hinaus die Kommunistische Internationale insgesamt kompromittieren zu können. Es wurde ein Sensationsprozeß in Sachen Reichstagsbrand angekündigt, der eine großangelegte politische Aktion gegen die gesamte kommunistische Bewegung werden sollte. Bewußt wurden die bulgarischen Ereignisse der Jahre 1923 und 1925 verfälscht, um eine Analogie zwischen der Erhebung der bulgarischen Kommunisten im Jahr 1923, dem Sprengstoffanschlag auf die Kathedrale von Sofia im Jahr 1925 und dem Attentat in Deutschland im Jahr 1933 herzustellen.¹¹

Der Führer der bulgarischen Kommunisten war zu dieser Zeit in Polen relativ wenig bekannt. Die Vorgänge des Jahres 1923 hatten in Polen allerdings ein lebhaftes Echo hervorgerufen, und die polnische Presse sämtlicher politischer Richtungen hatte ihnen viel Platz eingeräumt. Das Interesse galt vor allem den Folgen des von Professor Zánkow inszenierten reaktionären Umsturzes. Auch der von den Kommunisten gelenkte Aufstand vom September 1923 fand viel Aufmerksamkeit.¹² Der zu diesem Zeitpunkt stattfindende 2. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei

Polens (KPRP) nahm sogar in einer speziellen Resolution zu dem Ereignis Stellung.¹³ Der Name Dimitroffs tauchte in ihr freilich aus verständlichen Gründen nicht auf. Die Kommunistische Partei Polens (KPP) arbeitete im Untergrund, so daß ihre Beschlüsse einer breiteren Öffentlichkeit nicht zugänglich waren. Dimitroffs konspirative Aktivitäten im Auftrag des EKKI in Wien und Berlin waren ebenfalls nicht geeignet, ihn bekannt zu machen. Im Dezember 1925 war er bei der 4. Konferenz der KPP aufgetreten.¹⁴

Bis zum Jahr 1933 war Dimitroff nur einer kleinen Gruppe von Führern der revolutionären Bewegung in Polen bekannt. Sein Name wurde erst aufgrund seiner Verhaftung durch die Nationalsozialisten, der vom EKKI organisierten Verteidigungskampagne und seiner Auftritte während des Prozesses in Leipzig zu einem Begriff.

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale und das ZK der KPD organisierten Aktionen zur Verteidigung der Angeklagten. Da die Nationalsozialisten van der Lubbes Attentat benutzen wollten, um zu beweisen, daß die kommunistische Führung für Ende Februar / Anfang März einen Umsturz geplant habe, konzentrierten sich die Anstrengungen darauf, diese Konzeption zu durchkreuzen: Von der Überlegung ausgehend, daß der Brand ausschließlich den Nationalsozialisten von Nutzen gewesen sei, stellte das EKKI die These auf, daß der Plan für den Anschlag unter den Anführern der Hitlerbewegung entstanden sein müsse. Während es den Holländer van der Lubbe für einen Provokateur hielt, organisierte es für die übrigen Angeklagten breitangelegte Verteidigungskampagnen. Auf Initiative des EKKI wurde ein internationales Untersuchungskomitee ins Leben gerufen und eine große Zahl von Beweisen über die Verbrechen des Hitlerregimes gesammelt. In der Presse verschiedener Länder erschienen entsprechende Artikel. Im Sommer wurde in Paris das »Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror«, das die Verbrechen und Vergehen des Hitlerregimes in Deutschland entlarvte, herausgegeben und in viele Sprachen übersetzt. Noch vor der Eröffnung des Prozesses gegen Dimitroff und die übrigen Angeklagten fand in London ein sogenannter Gegenprozeß statt.¹⁵ Die ganze Angelegenheit stieß überall auf der Welt auf starke Resonanz.

Die Kommunisten in Polen wie in den übrigen Ländern wußten, daß sowohl die Internationale als auch Dimitroff persönlich individuellen Terror ablehnten und die ihnen von den Nationalsozialisten zur Last gelegten Kampfmethoden verurteilten. Dimitroff selbst hatte bereits Ende 1925 in seiner Rede auf der 4. Konferenz der KPP erklärt: »Die ultralinke Abweichung, die ihren Ausdruck in den Ereignissen von Sofia gefunden hat, ist bereits überwunden worden. Dafür mußte freilich teuer bezahlt werden.

Die Erfahrungen der bulgarischen Partei sollten allerdings auch andere Parteien berücksichtigen, insbesondere die polnische, die unter den Bedingungen eines Terrorregimes arbeitet, wodurch besonders leicht – hauptsächlich unter den Bauern – die Grundlage für eine Taktik entstehen kann, die sich von den Massen entfernt.«¹⁶ Daher galten sowohl der Reichstagsbrand selbst als auch der Versuch, die kommunistische Bewegung für diese Tat verantwortlich zu machen, als bewußte Provokation der Nationalsozialisten.

Dagegen war sich die nichtkommunistische Öffentlichkeit in dieser Hinsicht anfänglich nicht einig. Zwar mißtraute sie Hitler, doch erfreute sich auch die kommunistische Bewegung in Polen keiner großen Beliebtheit. Der Reichstagsbrand erschien deshalb als großes politisches Kriminalrätsel. Mit Spannung wurde der Prozeß erwartet, der Licht in das Dunkel bringen sollte. Aufgrund des traditionellen Interesses für deutsche Angelegenheiten erregte der Fall in Polen viel Aufmerksamkeit. Das Schicksal Dimitroffs und seiner Genossen bewegte die Öffentlichkeit tief. Am stärksten engagierten sich die Kommunisten und die von ihnen gelenkten Verbände für die Angeklagten. Freilich war die gesamte Gesellschaft am Prozeß interessiert.

Einen detaillierten Bericht über die Situation in Deutschland zur Zeit der Wahlen von 1933 veröffentlichte der polnische Journalist Zygmunt Nowakowski, der die dem Regierungslager nahestehende bürgerliche Presse repräsentierte. Er hielt sich im März 1933 in Deutschland auf, und sein Bericht, den er Mitte April 1933 abschloß, wurde einige Wochen später gedruckt. Nowakowski schilderte seine Eindrücke aus dem unmittelbar frischen Erleben heraus.

Über den Reichstagsbrand schrieb er: »Dieser Brand scheint ein Bluff zu sein. Ein doppelter Bluff. Der Brandstifter hatte nicht einmal ein Hemd an, war nur mit Hosen bekleidet und allem Anschein nach sogar barfußig. Dafür aber fand man bei ihm alle möglichen Ausweise, nicht nur mit der Berliner Adresse, sondern auch mit seiner vorherigen Adresse in Leyden. Sicherlich hat er diese Ausweise zwischen den Zähnen gehalten, damit die Polizei im Falle seiner Festnahme keine Schwierigkeiten habe ...«. Bei der Beschreibung der unmittelbaren Folgen des Brandes stellte der Autor fest: »Die Mauern sind unversehrt ... bei etwas gutem Willen und der bekannten Tüchtigkeit der Deutschen, ließe sich dieser Saal ohne große Schwierigkeiten – und sei es nur provisorisch – instand setzen, anstatt nach Potsdam zu fahren, um zwischen der Garnisonskirche und einem ...Pferdestall zu wählen.« Auch machte der Autor auf die weiteren Folgen des Brandes aufmerksam: »Von diesem Brand ist es in der großen, riesigen Stadt heiß geworden. Mit Sicherheit auch in ganz Deutschland. Im ersten Augenblick

dachte ich, daß ich ersticken könnte ... Den Einheimischen ist es noch wärmer. Sie haben nicht nur die Mäntel, sondern auch die Sakkos abgeworfen. Sie spazieren nur mit Hemden bekleidet umher ... Berlin ist ganz gelb von diesen Hemden ...»¹⁷

Nowakowski beschrieb die Demonstrationen der SA, den Terror gegen Kommunisten, Sozialisten und Pazifisten, die Judenpogrome, die Säuberungen in den Behörden und den wachsenden Nationalismus. Er kam zu dem Ergebnis, daß das deutsche Volk vom Wahnsinn ergriffen worden sei, daß das Dritte Reich »nichts anderes ist, als eine einzige große Propaganda«. Der Autor beobachtete, welche begeisterte Unterstützung Hitler fand, und meinte, daß sich die Deutschen in einer gefährlichen psychischen Stimmung befänden. »Deutschland«, so schrieb er, »ist zweifelsohne krank. Und Hitler, der diese Krankheit ausgelöst hat, ist entweder ein großer Scharlatan oder ein großer Wundertäter ... Deutschland ist hin- und hergerissen, angespannt, in Aufbruchstimmung, will irgendwohin eilen, schlägt mit den Fäusten an die Tür und verletzt sich die Hände an den Fensterscheiben.«¹⁸ Im Anschluß an die Schilderung der Reichstagswahl vom 5. März 1933 warnte Nowakowski vor der Gefahr, daß das nationalsozialistische Deutschland Polen mit Krieg überziehen werde: »Hitler ist heute der Sieger, er hat dem ganzen Volk das Braunhemd übergestülpt. Es ist die Frage, ob dieses Hemd eine Zwangsjacke oder aber das Hemd der Deianira ist, gefleckt vom Blut des Zentaurs. Wenn man freilich die Entwicklung der Ereignisse beobachtet, so kann man die Vermutung ausdrücken, daß das braune Hemd auf dem Körper des deutschen Riesen in naher Zukunft zu brennen anfangen wird.«¹⁹

Ähnlich schilderten andere polnische Journalisten und Beobachter ihre Eindrücke von der politischen Situation in Deutschland zur Zeit des Reichstagsbrands und der Märzahlen 1933. Die polnische Presse der verschiedensten politischen Schattierungen brachte täglich umfangreiche Agenturmeldungen, Berichte von Zeugen der Ereignisse und redaktionelle Stellungnahmen.²⁰ Bereits im April 1933 wurde die Zusammenfassung eines Berichts aus einer britischen Zeitung nachgedruckt, demzufolge der Reichstag nicht von den Kommunisten, sondern von Beauftragten des Reichstagspräsidenten Hermann Göring in Brand gesteckt worden sei.²¹

Die konservative Zeitung »Czas« [»Die Zeit«] berichtete im August 1933 über den Briefwechsel zwischen einem der Mitorganisatoren des Londoner »Gegenprozesses«, dem französischen Schriftsteller Romain Rolland, und dem Generalstaatsanwalt beim Reichsgericht in Leipzig.²² Sie veröffentlichte darüber hinaus unter der Schlagzeile: »Göring hat den Reichstag in Brand gesteckt« die Anklage eines anderen Beteiligten am »Gegenprozeß«, des französischen Anwalts Moro Gafferri.²³ »Czas« brachte ferner zahlrei-

che Informationen über die Verhandlungen des Tribunals in London, über die Demonstrationen zur Verteidigung der angeklagten Kommunisten und über die Vorbereitungen zum Leipziger Prozeß.²⁴ Dabei nahm sie eindeutig gegen die Nationalsozialisten Stellung. Die Haltung der Redaktion ergab sich freilich nicht aus Sympathie für die angeklagten Kommunisten, sondern aus der Überzeugung, daß die Nationalsozialisten nicht nur der Linken, sondern auch der konservativen deutschen Rechten den Kampf angesagt hätten. Bei der Wiedergabe der Ansichten Giafferis wurde hervorgehoben, daß Göring den Reichstag nicht habe in Brand stecken lassen, um »die Kommunisten zu vernichten, sondern um Papen und Hindenburg zu treffen«.

Der nationaldemokratische »Kurier Poznański« [Posener Kurier] brachte fast täglich zahlreiche Agenturmeldungen, Artikel seiner Korrespondenten in Berlin oder Kommentare der Redaktion, die im einzelnen über die Situation in Deutschland informierten. Im Hinblick auf die Prozeßvorbereitungen beschränkte sich die Redaktion allerdings auf trockene Agenturmeldungen, ohne den eigenen Standpunkt in dieser Frage offenzulegen. Sie hätte den Kampf der Nationalsozialisten gegen Kommunisten und Juden schwerlich verurteilen können, mochte sich aber auch nicht lobend über den Terror in Deutschland aussprechen.²⁵

Ausführliche Berichte über die Prozeßvorbereitungen erschienen im Organ der Polnischen Sozialistischen Partei [PPS] »Robotnik« [Der Arbeiter]. Die Redaktion bezog einen antinationalsozialistischen Standpunkt²⁶ und sympathisierte von Beginn an mit den Angeklagten. Bereits am 5. März 1933 druckte sie ein Kommuniqué der Parteiführung ab, in dem zu lesen stand, daß »die PPS und die gesamte um das rote Banner gescharte Arbeiterbewegung in Polen den deutschen Genossen Solidaritätsgrüße übermitteln sowie die Versicherung, daß der Kampf, den die deutschen Sozialisten gegen die Reaktion führen, unser gemeinsamer Kampf ist.«²⁷ Im März 1933 organisierte die PPS Kundgebungen unter der Losung »Der blutige Hitler«.²⁸ Auch berichtete sie in ihrer Zeitung über die Aktivitäten der Arbeiterorganisationen im Deutschen Reich: »Es ist geradezu charakteristisch«, hieß es, »daß die Sozialisten und Kommunisten trotz scharfer Polizeiverordnungen solch fieberhafte Aktivitäten entwickeln.«²⁹

Besonders entschieden traten die Kommunisten auf. Im September 1933 veröffentlichte das ZK der KPP einen Aufruf »Das Gericht der Brandstifter«. Darin hieß es: »Der internationale solidarische Widerstand des Proletariats und der Bauern gegen die Attacken des Faschismus ist das Gebot des Augenblicks. Die abscheuliche Provokation des Leipziger Prozesses muß einen Sturm von Protesten entfachen. Ihr, Arbeiter und Bauern Polens, dürft in diesem Kampf nicht fehlen. Wer sich passiv und feige dem Kampf

nicht stellt, der liefert seine Brüder dem Beil aus. Über das gesamte Land – in seiner ganzen Länge und Breite – muß sich eine Welle von Demonstrationen ergießen.«³⁰ Der Prozeß dauerte vom 21. September bis zum 23. Dezember 1933. Das illegale Organ der KPP »Czerwony Sztandar« [Die Rote Fahne] veröffentlichte in der Novembernummer die ersten Informationen über den Prozeß. Auch in ihr wurden die Arbeitermassen zu Protestaktionen aufgerufen.³¹ Einzelne Bezirkskomitees der KPP veröffentlichten eigene Appelle und begannen Versammlungen und andere Protestkundgebungen zu organisieren. Die kommunistische Parlamentsabgeordnete Janina Ignasiak-Minkowska erinnert sich an zahlreiche solche Protestveranstaltungen in Łódz.³² Diese Aktivitäten weiteten sich im November und Dezember 1933 aus.

Eine wichtige Rolle bei der Information der Gesellschaft über den Prozeß spielte die legale Presse der verschiedenen politischen Richtungen. Sowohl die konservative Zeitung »Czas« als auch der nationale »Kurier Poznański« und der sozialistische »Robotnik« brachten regelmäßig detaillierte und objektive Berichte über den Prozeßverlauf. Die Zeitungen hoben hervor, daß die Aussage van der Lubbes am ersten Prozeßtag, daß er nicht zur kommunistischen Partei gehöre, eine große Sensation hervorgerufen habe. Besonders herausgestellt wurden Meldungen, daß der Holländer die Brandstiftung zugegeben und betont habe, sein Ziel sei gewesen, die Arbeitermassen dadurch in Bewegung zu bringen und einen Aufruhr zum Sturz der Hitler-Regierung auszulösen. Der Brand sollte das Signal zum Aufstand sein.³³

Beide Zeitungen berichteten detailliert über die ersten Aussagen Dimitroffs. Der Korrespondent des »Czas« stellte fest: »Die Aussagen Dimitroffs sind klar und vernünftig. Er spricht ausgezeichnet deutsch und formuliert seine Antworten einwandfrei. Er wirkt entschlossen und selbstsicher. Dies ist die Ursache für die Unzufriedenheit der Richter.«³⁴ Der »Robotnik« gab dem Bericht vom dritten Prozeßtag folgenden Titel: »Mutige Aussage des bulgarischen Kommunisten Dimitroff«.³⁵ Der nationaldemokratische »Kurier Poznański« beschränkte sich weiterhin lediglich auf trockene Agenturmeldungen über den Prozeß oder eine objektive Wiedergabe des Prozeßverlaufs, ohne einen eigenen Standpunkt zu beziehen. Dieser fand jedoch allmählich in den Schlagzeilen seinen Ausdruck: »Wiederaufnahme des Leipziger Prozesses (5. 10. 1933), Stürmischer Verlauf der Verhandlung in Leipzig (7. 10. 1933), Ungewöhnliche Szenen im Gerichtssaal (8. 10. 1933), Sensationen im Prozeß um den Reichstagsbrand (12. 10. 1933), In den Kellergewölben des deutschen Parlaments (19. 10. 1933), Ein großer Tag im Prozeß um den Reichstagsbrand (21. 10. 1933), Van der Lubbe als Komplize Görings? (24. 10. 1933), Skandal im Gerichtssaal (8. 11. 1933),

Dimitroff greift das Reichsgericht an (30. 11. 1933), Dimitroff sagt aus (3. 12. 1933), Tendenziöse Methoden der Untersuchungsbehörden (5. 12. 1933), Schlußwort Dimitroffs (17. 12. 1933), Unschuldig der Brandstiftung angeklagt (15. 12. 1933), Das Urteil im Leipziger Prozeß. Versuche, den Anschein eines unabhängigen deutschen Gerichtswesens zu retten (23. 12. 1933)«.

Allmählich wuchs die Überzeugung, daß die Untersuchung mit bestimmten politischen Absichten geführt worden war, steigerte sich die Hochachtung für die persönliche Rolle Dimitroffs, wurde das Hitlersystem verurteilt. Die Presse informierte die polnische Öffentlichkeit detailliert über die bisherigen Aktivitäten Dimitroffs. Die Leser lernten den genauen Lebenslauf des Angeklagten kennen und erfuhren von seinen Erklärungen während des Prozesses. Er gestand seine Teilnahme bei der Vorbereitung des Aufstands in Bulgarien im Jahr 1923 ein, der gegen das Terrorregime des Diktators A. Cankow gerichtet gewesen sei. Dagegen bestritt er, wie die Zeitungen hervorhoben, kategorisch jede Beteiligung an den Anschlägen auf den Zaren und die Kathedrale von Sofia im Jahr 1925, die ihm die politische Rechte Bulgariens und die Nationalsozialisten ebenfalls zur Last legen wollten.

»Czas« stellte die Aussage Dimitroffs heraus: »Ich habe immer die proletarische Revolution angestrebt. Ich bin Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale und für meine kommunistischen Aktivitäten bin ich bereit, die Verantwortung zu tragen. Ich verurteile allerdings jegliche Art von Putschversuchen. Ich bin ein Anhänger der Diktatur des Proletariats, weil dies der einzige Weg ist, der zu einer Beseitigung der Krise führt.«³⁶ In einem Bericht vom siebten Prozeßtag in Leipzig schrieb der Korrespondent des »Robotnik«: »Im Zentrum des Interesses steht die Gestalt Dimitroffs, einer ungewöhnlich impulsiven politischen Persönlichkeit, der eine äußerst mutige Haltung zeigt, indem er immer wieder das tendenziöse Verfahren der Untersuchungsführer diskreditiert.«³⁷

Die Kühnheit, Vernunft und Kompromißlosigkeit Dimitroffs wurden in der Presse immer häufiger gelobt. Sogar das Organ der Nationalen Arbeiterpartei [NPR, Narodowa Partia Robotnicza], »Prawda« [Die Wahrheit], das sich die antikommunistische Version der Ereignisse zu eigen gemacht hatte und Dimitroff der Beteiligung an den Anschlägen von 1925 beschuldigte, hob dessen außergewöhnliche Rolle während des Leipziger Prozesses hervor: »Dimitroff«, hieß es, »ist in diesem Prozeß zweifellos die herausragende Persönlichkeit auf der Anklagebank. Er nutzt seine Rolle als Angeklagter mit Routine und großem Geschick zu Agitationszwecken aus. Seine Polemiken gegen den Vorsitzenden des Tribunals sind von solcher Qualität, daß sich sogar der hervorragendste Anwalt und Strafverteidiger

ihrer nicht zu schämen bräuchte. Und man muß eingestehen, daß es nicht der Gerichtsvorsitzende ist, der aus diesen Duellen siegreich hervorgeht. Auch seinen Verteidiger überragt Dimitroff um Haupteslänge.«³⁸

Allmählich rückte der bulgarische Kommunist immer mehr in den Vordergrund, während die übrigen Angeklagten in seinem Schatten blieben. Hämisch wurde über die Haltung Torglers berichtet; dagegen rief das Verhalten des Holländers Verwunderung hervor. Dimitroff verteidigte sowohl seine Person als auch die von ihm vertretene Partei und Ideologie. Der Korrespondent des »Robotnik« brachte dieses Phänomen zur Geltung, als er schrieb: »Der Gerichtsvorsitzende kommt nur schwer mit der sachlichen, tief durchdachten Verteidigung zurecht ... Man gewinnt den Eindruck, daß Dimitroff förmlich die Verteidigung der deutschen kommunistischen Partei – gegen welche die öffentlichen Ankläger immer wieder neues Belastungsmaterial ansammeln – auf sich genommen hat.«³⁹

Die ausführliche Berichterstattung der sozialistischen, bürgerlich-liberalen und sogar konservativen Presse über den Reichstagsbrandprozeß unterschied sich inhaltlich nur wenig von der Darstellung der illegalen kommunistischen Partei. Ihr Organ »Czerwony Sztandar« brachte erst im Dezember 1933 einen längeren Artikel zum Thema. Er war im Grunde ganz der Person Dimitroffs gewidmet. »Vor der Anklagebank«, so war zu lesen, »steht Dimitroff, der unter dem Hagel der Beschimpfungen des Ministers und Brandstifters einen gelassenen Eindruck macht und lächelt. Diese Haltung und seine Worte riefen den hysterischen Anfall Görings hervor. Seiner Sinne nicht mehr mächtig – mit Schaum auf den Lippen – schreit der Oberhenker Preußens den Genossen Dimitroff an, wodurch er die gesamte Gerichtskomödie der Lächerlichkeit preisgibt: ›Warte, wenn du diesen Saal verläßt, so werde ich mit dir abrechnen.« Unterstrichen wurden die Vitalität und Energie des Kommunisten: »Die revolutionäre Energie des Genossen Dimitroff wurde im Kampf, den das junge Proletariat Bulgariens gegen die Unterdrückung seiner Feinde und den Verrat der Opportunisten zu führen hatte, geboren und ist in diesem Kampf gewachsen.«⁴⁰

Die offensichtlich haltlose Anklage und die kühne Verteidigung während des Prozesses bedingten, daß Dimitroff im Herbst 1933 international zu einer der populärsten Persönlichkeiten wurde. In Polen – wie in vielen Ländern der Welt – wurden Verteidigungskampagnen für ihn und seine Genossen organisiert. Neben der KPP veranstaltete das Polnische Antifaschistische und Antikriegs-Komitee zahlreiche Kundgebungen, Demonstrationen und Vorträge. An der Spitze dieses Komitees stand der kommunistische Senator Stefan Boguszewski. Mitglieder waren solch herausragende Persönlichkeiten wie der bekannte Kultursoziologe Professor Dr. Czarnowski, der Schriftsteller Leon Kruczkowski, die Sozialpolitikerin

Antonina Sokolicz, die Parlamentsabgeordneten Waclaw Rożek und Chil Rosenberg, der hervorragende Pädagoge Władysław Spasowski und andere. Michał Szulkin erinnert sich daran: »Trotz der polizeilichen Repressionen wurden die Aktivitäten zur Befreiung des Genossen Dimitroff in breiten Kreisen der polnischen Gesellschaft zu einer ungewöhnlich populären Angelegenheit. Wir erhielten zahlreiche Protestresolutionen und Solidaritätsbotschaften, die an die Adresse des Komitees gerichtet waren; besonders zahlreich waren die Resolutionen der Jugendorganisationen verschiedener Städte, Ortschaften und Dörfer.«⁴¹

Auch die Sozialisten beteiligten sich aktiv an den Protestaktionen. Am 1. Oktober organisierte das Arbeiterkomitee der PPS des Bezirks Warschau eine große Demonstration unter der Losung: Kampf gegen den Faschismus und Protest gegen den Leipziger Prozeß. Die Redaktion des »Robotnik«, die über diese Kundgebung berichtete, schrieb: »Der in Leipzig stattfindende Reichstagsbrandprozeß ist heute für die werktätigen Massen zu einem Symbol geworden. Er vereint nämlich alle Elemente, die von einer faschistischen Diktatur nicht zu trennen sind: ein korruptes Tribunal, Zeugen, die Meineide schwören, und die abscheulichste Provokation ... Deshalb ist das Proletariat Warschaus auch massenhaft zur Kundgebung gekommen und hat damit seine tiefe Verbundenheit mit dem erwähnten Anliegen unterstrichen.« Indem er die Rolle Dimitroffs hervorhob, schrieb der Berichtersteller des »Robotnik«: »Trotz der unterschiedlichen Überzeugung, die uns von Dimitroff trennt, wollen wir ihm Hochachtung für den Mut erweisen, den er auf der Anklagebank zeigt, die in den mit Blut überströmten Gefängnissen das Vorzimmer zum Schaffott darstellt.«⁴²

Am 14. Oktober 1933 organisierte das Antifaschistische und Antikriegs-Komitee im Saal der Warschauer Gesellschaft für Hygiene einen Vortragsabend mit Leon Kruczkowski. Offiziell wurde diese Veranstaltung vom Akademischen Kreis der Freunde des Völkerbunds ausgerichtet. Der Vortrag Kruczkowskis hatte folgenden Titel: »Feuerschein über Deutschland. Der Reichstagsbrand im Lichte der Prozesse von London und Leipzig«.⁴³ In Oberschlesien organisierten die Kommunisten zahlreiche Kundgebungen und Demonstrationen, u. a. vor dem deutschen Konsulat in Kattowitz.⁴⁴ Die Polizei trieb die Teilnehmer unter Einsatz der Gewehrkolben auseinander. Auch in Łódz wurde eine Demonstration vor dem deutschen Konsulat mit Gewalt zerstreut, indem berittene Polizei gegen die demonstrierende Menge vorging.⁴⁵

Der Reichstagsbrandprozeß kam Ende Dezember 1933 zum Abschluß. Van der Lubbe wurde zum Tode verurteilt, die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Dieses Urteil wurde von der Öffentlichkeit als Niederlage für den Faschismus und als großer Erfolg für die demokratischen

Kräfte gewertet. Im allgemeinen war man sich der Tatsache bewußt, daß das nationalsozialistische Gericht dieses Urteil hauptsächlich aufgrund der gut durchdachten Verteidigung Dimitroffs und des Drucks der Weltöffentlichkeit gefällt hatte. Mit Recht wurde der bulgarische Kommunist als zentrale Figur dieses Prozesses und als der erste Politiker anerkannt, der den Nationalsozialisten einen ernstzunehmenden Schlag versetzt hatte.

Der »Kurier Poznański« brachte eine Meldung der Polnischen Nachrichtenagentur [PAT, Polska Agencja Telegraficzna], in der das Plädoyer des Staatsanwalts Werner vom 14. Dezember 1933 kommentiert wurde: »Die Tatsache sollte hervorgehoben werden, daß während der gesamten Ausführungen die Namen Torglers und Dimitroffs gerade zweimal beiläufig genannt worden sind, wobei die Beweisführung in beiden Fällen sehr schwach war. Fast alles ist auf Vermutungen und nicht auf Fakten aufgebaut.«⁴⁶

Das Organ der Polnischen Christdemokratischen Partei, »Nowy Kurier« [Der neue Kurier] schrieb, daß das Urteil »auf der ganzen Welt Erregung hervorgerufen« habe. Es sei »überaus kompromittierend ... und in den Augen der kritischen Weltöffentlichkeit eine vernichtende Blamage für die Nazi-Regierung.« »Der Tenor dieses Urteils«, so hieß es weiter, »bestätigt die ersten Vermutungen aller politischen Richtungen bezüglich des wirklichen Mitschuldigen am Reichstagsbrand. Wenn Torgler und die Bulgaren unschuldig sind und van der Lubbe selbst der Brandstifter war, dann [stellt sich die Frage,] auf wessen Initiative, Weisung und Mitbeteiligung hin?« Der Autor des Kommentars stellte fest, daß das scheinbar objektive Urteil Raum für weitere Vermutungen offenlasse: »Wenn es die Kommunisten nicht waren, dann waren es die Nationalsozialisten!«⁴⁷ Einige Tage später bezeichnete ein anderer Kommentator derselben Zeitung den Leipziger Prozeß als das seltsamste Gerichtsverfahren, das bisher auf der Welt stattgefunden habe: »Auf der Anklagebank saßen nicht fünf mutmaßliche Angeklagte, sondern der Kommunismus in eigener Person, als Idee und in Form der deutschen Arbeiterpartei. Dieser anonyme Beschuldigte hat sich in Gänze erwehren können und es konnte ihm keine Schuld nachgewiesen werden. Der Kommunismus hat den Leipziger Gerichtssaal gestärkt und gleichsam gereinigt verlassen, der Nationalsozialismus hat dagegen seine ganze grenzenlose politische Ungeschicklichkeit unter Beweis gestellt.« Bei der Analyse der Haltung der einzelnen Personen stellte der Journalist fest, daß Torgler »auf der ganzen Linie versagt hat«, daß er sich »seiner Mission nicht bewußt gewesen ist«, daß »es ihm an Mut gefehlt hat, die Rolle des Märtyrers zu spielen«. Nach Meinung des Berichterstatters hatte der Prozeß das Problem des Reichstagsbrandes nicht geklärt. Den deutschen Kommunisten oder der Internationale sei keine Schuld nachzuwei-

sen gewesen, aber auch die Unabhängigkeit des deutschen Gerichtswesens vom Nationalsozialismus sei nicht erwiesen worden. Wie mit Scheinwerfern habe der Prozeß freilich »die tragische Gestalt des Trotzels van der Lubbe, die Kleinmütigkeit Torglers und die grandiose Kühnheit Dimitroffs beleuchtet, der von einem absolut unbekanntem Revolutionär zum Helden der deutschen Straßen emporgewachsen ist.«⁴⁸

In ihrem Bericht über den Ausgang des Leipziger Prozesses schrieb die Redaktion des »Robotnik«: »Das Urteil, das den vier Kommunisten die Freiheit bringt, kommt einer Verurteilung der Nationalsozialisten gleich. Die Kommunistische Partei war nicht der Urheber des Reichstagsbrandes. Hierfür gibt es keinerlei Beweise. Die Brandstiftung ist das Werk der Nationalsozialisten. Die Beseitigung des verbrecherischen Hitlerregimes wird möglich sein, wenn sich die Arbeiterklasse vereinigt.«⁴⁹

Der kommunistische »Czerwony Sztandar« faßte die Bedeutung des Verfahrens vor dem Reichsgericht im Januar 1934 so zusammen: »Der Leipziger Prozeß endete mit einer Niederlage für die faschistische Regierung Hitlers ... In Leipzig sollten keine Privatpersonen verurteilt werden. Angeklagt war Dimitroff – Mitglied der Exekutive der Kommunistischen Internationale. Angeklagt waren Popow und Tanew – Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Bulgariens. Angeklagt war Torgler – der Vorsitzende der kommunistischen Reichstagsfraktion. Bei dieser Farce wurde über die Kommunistische Partei Deutschlands und die Kommunistische Internationale zu Gericht gesessen. Aber nicht der Kommunismus befand sich in Leipzig auf der Anklagebank. Auf dieser hatte der blutige Hitlerfaschismus in seiner ganzen Abscheulichkeit Platz genommen. Die heldenhafte Verteidigung der Angeklagten brachte alle seine Verbrechen und Provokationen an den Tag, entblößte ihn all seiner Hüllen. Die Leipziger Angeklagten hielten die Fahne des Kommunismus hoch erhoben. Der Kommunismus hat sich in Leipzig heldenhaft verteidigt. In Leipzig attackierte und enthüllte der Kommunismus die Verbrechen des Faschismus. In Leipzig hat der Kommunismus gesiegt.«⁵⁰

Die vom Gericht freigesprochenen Kommunisten blieben jedoch weiterhin in Haft. Es war zu befürchten, daß die Nationalsozialisten versuchen würden, ohne Rücksicht auf das Gerichtsurteil mit ihnen abzurechnen. Die konservative Zeitung »Czas« berichtete bereits am 28. Dezember 1933, daß Dimitroff und Torgler zusammen mit dem Vorsitzenden der KPD, Ernst Thälmann, der sich seit März 1933 in Haft befand, unter dem Vorwurf des Landesverrats vor Gericht gestellt werden sollten.⁵¹ In der gleichen Nummer fand sich ein Artikel über die Haltung der sowjetischen Presse zum Prozeß.⁵²

Anfang Februar 1934 schrieb ein Journalist des »Robotniks« beunruhigt:

»Der rachedurstige Göring will Dimitroff nicht aus seinen Fängen entlassen. Der Mutter Dimitroffs wurde erklärt, daß ihr Sohn für sein Verhalten während des Prozesses bestraft werden muß.« Der Berichterstatter stellte folgende Hypothese auf: »Hitler wollte aus internationalen Gründen die Bulgaren loswerden, um damit seine ›Humanität‹ zu dokumentieren. Göring geht es dagegen darum, persönliche Rache zu üben (wegen der Aussagen Dimitroffs gegenüber Göring), und um die Entfaltung einer Propagandakampagne gegen die bulgarischen Kommunisten.«⁵³

Die Zeitungen brachten detaillierte Informationen über den Aufenthaltsort der Helden des Prozesses, über die Haftbedingungen, die Bemühungen, sie zu befreien, u. ä. Man organisierte weiterhin Verteidigungsaktionen, zu denen »Czerwony Sztandar« aufrief: »Der machtvolle Protest der werktätigen Massen der ganzen Welt hat den nazistischen Schergen den Freispruch abgerungen. Aber die blutigen Henker wollen die Gefangenen nicht aus ihren Klauen entlassen. Göring hat doch angekündigt, daß er auf alle Urteile pfeife, daß er weder Dimitroff noch dessen Genossen lebend freilassen werde. Die deutschen Faschisten bejubeln im Weltmaßstab die Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit ihrer Gerichte, wodurch sie das erzwungene Urteil für ihre Zwecke nutzen, gleichzeitig aber halten sie Dimitroff, Popow, Tanew und Torgler gefangen. Fordern wir ihre sofortige Entlassung. Kommt massenhaft zu den revolutionären Demonstrationen vor der deutschen Botschaft und den deutschen Konsulaten. Gegen den blutigen Henker Hitler, der zusammen mit dem Henker Piłsudski – ohne Rücksicht darauf, was beide voneinander trennt – einen neuen Krieg gegen die UdSSR vorbereitet.«⁵⁴

Am 11. Februar 1934 berichtete »Robotnik«, daß Dimitroff den deutschen Behörden angedroht habe, daß er – falls er nicht in kürzester Zeit freigelassen werde – aus Protest einen Hungerstreik beginnen werde. Er solle erklärt haben, daß er dies bisher nur »aus Rücksicht auf seine alte Mutter«⁵⁵ nicht getan habe. Am 18. Februar berichtete das Blatt, daß die drei Bulgaren die Staatsbürgerschaft der UdSSR erhalten hätten und daß die sowjetische Regierung über ihre Botschaft in Berlin um die Beschleunigung ihrer Ausreise gebeten habe.⁵⁶ Bis dahin war die Frage der Freilassung und Ausweisung durch die Tatsache kompliziert worden, daß sie nicht nach Bulgarien zurückkehren konnten, da sie auch von den Gerichten dieses Landes verfolgt wurden. Die Bemühungen um eine Ausreise in die Tschechoslowakei oder nach Frankreich waren auf Widerstände und Schwierigkeiten gestoßen. Am 1. März 1934 konnte »Robotnik« dann mitteilen, daß die drei Bulgaren am Vortag mit einem Flugzeug nach Königsberg und von dort aus nach Moskau gebracht worden seien. Auch

druckte die Zeitung Auszüge aus einem Interview mit Dimitroff ab, in dem er über den Prozeß und die Haftbedingungen berichtete. Unter anderem teilte er mit, daß die Gefangenen während ihrer Haft Tag und Nacht Handschellen tragen mußten. Zum Schluß sagte er: »Jetzt bin ich in der UdSSR, meinem proletarischen Vaterland, angekommen. Wir haben Deutschland mit einem gegen den Faschismus haßerfüllten Herzen verlassen, freilich erfüllt mit Liebe zum deutschen Proletariat, mit dem wir uns solidarisieren.«⁵⁷

Die vierzehntägig erscheinende Literaturzeitschrift »Lewar« [Der Hebel] hatte am 1. Dezember 1933 einen Fragebogen mit folgenden Fragen veröffentlicht: 1. Was denken Sie über den Hintergrund und die Motive des Reichstagsbrandprozesses? 2. Welchen Eindruck hatten Sie von der Gerichtsverhandlung, Angeklagten, Ankläger, Verteidigung und Zeugen? 3. Wie stark und weitreichend war nach Ihrer Meinung die Betroffenheit, die in der Weltöffentlichkeit durch den Leipziger Prozeß hervorgerufen wurde?

Von den siebzehn veröffentlichten Antworten zeigte nur eine, die von Maria Jehanne Wielopolska, pronationalsozialistische Sympathien. Die übrigen Befragten hielten den Brand für eine Provokation der Nationalsozialisten, verurteilten das Hitlerregime und gaben ihrer Anerkennung für Dimitroff Ausdruck. Rafał Len aus Lodz, der dessen Rede lobend hervorhob, schrieb, daß das »Internationale Proletariat sich keinen besseren Vertreter für die Verteidigung seiner Würde vor dem Häschertribunal hätte wählen können«. Marian Czuchnowski stellte fest: »Die heldenhafte Haltung Dimitroffs, seine glänzende Kühnheit und hervorragende Intelligenz sowie sein unerhörter Orientierungssinn in diesem Meer von Provokationen der hierfür eigens bestellten Zeugen sind ein Vorbild für das Proletariat, ein Vorbild für die Kaltblütigkeit und Entschlossenheit des proletarischen Kämpfers ...«. Julian Przyboś hob hervor, daß »die Gerichtsverhandlung eine Arena für den siegreichen Kampf vor allem Dimitroffs darstellte. Sein Zusammenstoß mit dem aufbrausenden Göring hatte die Aussagekraft höchster dramatischer Spannung, den Glanz des Triumphs der Intelligenz und Charakterstärke über die Mentalität eines Unteroffiziers. Das Heldentum dieser gefangengehaltenen Bulgaren ließ die Erinnerungen an die Niederlage des deutschen Proletariats verblassen.« Leon Kruczkowski zufolge wäre der Prozeß zu einer gewöhnlichen, sich in der Geschichte so oft wiederholenden Komödie der »Gerechtigkeit« geworden, hätte Dimitroff ihm nicht einen vollkommen anderen Charakter verliehen. »Ohne die Bedeutung des Individuums in gesellschaftlichen Massenbewegungen überzubewerten«, schrieb Kruczkowski, »meine ich freilich, daß dieser tapfere Kämpfer des bulgarischen Proletariats etwas absolut Außer-

gewöhnliches bewirkt hat: In den Tagen des wütenden Terrors des siegreichen deutschen Faschismus hat er – mitten im Zentrum seiner grauenvollen Herrschaft – Auge in Auge mit dessen blutigem Antlitz den unbeugsamen, unbezwingbaren Heroismus der internationalen proletarischen Bewegung vertreten.«⁵⁸

Wie aus diesen Einschätzungen hervorgeht, wurden der Leipziger Prozeß und die Rolle Dimitroffs in Polen im allgemeinen eindeutig beurteilt. Man hob den provokativen Charakter des Prozesses, den Mut und die Intelligenz Dimitroffs sowie die internationale Bedeutung seiner Verteidigung hervor. Man warnte vor dem Nationalsozialismus als einer neuen, aggressiven Variante des Faschismus und entlarvte den verbrecherischen und militaristischen Charakter des Hitlerregimes. In Polen gab es nur vereinzelte Stimmen, die die Thesen der Hitlerpropaganda anerkannten. Besonders hervorzuheben sind der relativ objektive Tenor der konservativen Zeitung »Czas« und das große Engagement des sozialistischen »Robotnik«. Am energischsten trat die kommunistische Presse hervor, die allerdings illegal war, mit Verspätung erschien und nur einen relativ engen Leserkreis erreichte. Eine entscheidende Rolle in bezug auf eine angemessene Information der Öffentlichkeit über den Prozeß und die Rolle Dimitroffs spielte die legale liberal-demokratische Presse. Sie popularisierte die Gestalt Dimitroffs und die Idee, in deren Namen er während des Prozesses auftrat.

Dies geschah in einem Augenblick, als die bis dahin auftretenden Spannungen in den offiziellen polnisch-deutschen Beziehungen bereits eine Beruhigung erfahren hatten. Im Herbst 1933 waren bilaterale Verhandlungen aufgenommen worden, die am 26. Januar 1934 zur Unterzeichnung der polnisch-deutschen Gewaltverzichtserklärung führten.⁵⁹ Gleichzeitig wurde ein Presseabkommen geschlossen, das die Kritik an den im Nachbarland herrschenden Zuständen einschränken sollte.⁶⁰ Die freie Meinungsäußerung in Polen über das Thema Hitler und Drittes Reich wurde dadurch erheblich beschnitten. Dennoch blieb die zur Zeit des Leipziger Prozesses entstandene Beurteilung der Innen- und Außenpolitik des Dritten Reichs unverändert. Lediglich die offiziellen, regierungsnahen Zeitungen hielten sich an das Presseabkommen und verzichteten auf eine Kritik an Hitler. Dagegen setzten die kommunistischen, sozialistischen, nationaldemokratischen und den Bauernparteien nahestehenden Zeitungen ihre im Jahr 1933 festgelegte Linie fort.⁶¹

Die Kommunisten gaben einige Aufrufe und Broschüren heraus. Eine große Rolle spielten dabei die von ihnen gelenkten legalen Organisationen und Vereine.⁶² Auch wurde in der populären Reihe »Universum« eine Broschüre von Z. Adamski herausgegeben mit dem Titel: »Georgi Dimitroff.

Leipziger Prozeß«,⁶³ und 1934 erschien die polnische Übersetzung des sogenannten »Braunbuchs«.

Die wachsende persönliche Popularität Dimitroffs stellte einen Sieg für die Kommunistische Internationale und für die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung dar. Die Erfahrungen bei den gemeinsamen Aktionen gegen die Hitlerdiktatur und zur Verteidigung Dimitroffs spielten bei der Gestaltung neuer strategischer und taktischer Konzeptionen der Kommunistischen Internationale eine bedeutsame Rolle.⁶⁴ Ende 1933/Anfang 1934 führten diese in Polen dazu, daß die Zusammenarbeit zwischen Kommunisten, Sozialisten und Arbeitern, die anderen Parteien angehörten, bedeutend verstärkt wurde. Die sozialistische Presse rief häufig zu gemeinsamen Kundgebungen zur Verteidigung Dimitroffs und der politischen Gefangenen in Polen auf, die Einheitsfrontcharakter hatten. Diese Demonstrationen nahmen an Häufigkeit zu, als es darum ging, die Außenpolitik der Regierung Pilsudski zu bekämpfen.

In den folgenden Jahren wuchs die Popularität Dimitroffs in Polen ständig weiter. Mit Recht erblickte man in ihm den Haupturheber der Beschlüsse des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über die Schaffung einer demokratischen, antifaschistischen Volksfront.⁶⁵ Das in Polen erscheinende Volksfrontorgan »Dziennik Popularny« [Volkszeitung] schlug Dimitroff 1936 als Kandidaten für den Friedensnobelpreis vor.

Anmerkungen

- ¹ Z. Dworecki, Problem niemiecki w świadomości narodowo-politycznej społeczeństwa polskiego województw zachodnich Rzeczypospolitej 1922–1939 [Das deutsche Problem im nationalpolitischen Bewußtsein der polnischen Bevölkerung in den westlichen Wojewodschaften der Republik]. Poznań 1981; F. Golczewski, Das Deutschlandbild der Polen 1918–1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik. Düsseldorf 1974; A. Czubiński, Das Deutschlandbild der Polen 1918 bis 1934. Zu einem Buch von Frank Golczewski, in: *Studia Historica Slavo-Germanica*, Bd. 7. Poznań 1978, S. 137–149.
- ² K. Fiedor, Opinia zagraniczna wobec wydarzeń w Niemczech w latach 1933–1939 [Die ausländische Öffentlichkeit gegenüber den Ereignissen in Deutschland in den Jahren 1933–1939], in: *Dzieje Najnowsze* 1975, Heft 1, S. 82–109.
- ³ K. Gostyński, Przewrót hitlerowski w Rzeszy a Niemcy w Polsce [Der Hitlerumsturz im Reich und die Deutschen in Polen], in: *Nationale Angelegenheiten*, Nr. 12/1936.
- ⁴ T. Kowalak, Prasa niemiecka w Polsce 1918–1939 [Die deutsche Presse in Polen 1918–1939]. Warszawa 1971; L. Meisner, Niemieckie organizacje antyfaszystowskie w Polsce 1933–1939 [Deutsche antifaschistische Organisationen in Polen 1933–1939] Warszawa 1973.
- ⁵ R. Wapiński, Endecja wobec hitleryzmu i III Rzeszy [Die Nationaldemokratie gegenüber dem Nationalsozialismus und dem III. Reich] in: *Polska-Niemcy-Europa. Studia z dziejów myśli politycznej i stosunków międzynarodowych* [Polen-Deutschland-Europa. Studien zur Geschichte des politischen Denkens und der internationalen Beziehungen]. Sammelband unter Red. von A. Czubiński. Poznań 1971, S. 531–543; U. Jakubowska, Oblicze ideowo-polityczne »Gazety Warszawskiej« i »Warszawskiego Dziennika Narodowego« w latach 1918–1939 [Das ideologisch-politische Antlitz der »Warschauer Zeitung« (»Gazeta Warszawska«) und der »Warschauer Nationalzeitung« (Warszawski Dziennik Narodowy) in den Jahren 1918–1939]. Warszawa, Łódź 1984; W. Pepliński, Oblicze społeczno-polityczne »Słowa Pomorskiego« w latach 1920–1939 [Das gesellschaftspolitische Antlitz des »Pommerschen Wortes« (Słowo Pomorskie) in den Jahren 1920–1939]. Gdańsk 1976, S. 126–230.
- ⁶ Dies zeigen z. B. die Artikel: Die Gewalttaten der Nationalsozialisten und das Verhältnis zu Polen, in: *Kurier Poznański* [Posener Kurier], Nr. 171, 13. 4. 1933; Hitler, die Juden und der Katholizismus, in: *Warszawski Dziennik Narodowy* [Warschauer Nationalzeitung], Nr. 66, 1. 8. 1933.
- ⁷ Vgl. J. Drobniak, Co robi opozycja w Niemczech? [Was macht die Opposition in Deutschland?] in: *Kurier Poznański*, Nr. 181, 20. 4. 1933.
- ⁸ A. Czubiński, Lewica niemiecka w walce z dyktatura hitlerowską w latach 1933–1945 [Die deutsche Linke im Kampf mit der Hitlerdiktatur in den Jahren 1933–1934]. Warszawa 1974.
- ⁹ Georgii Dimitroff 1882–1949. Sofia-Press 1972; Georgij Dymitrov. Vydajuščij dejatel' Komunističeskogo dviženija [Georgij Dimitroff. Ein herausragender Aktivist der kommunistischen Bewegung]. Moskva 1972.
- ¹⁰ Istorija Bulgarskoj Komunističeskoj Partii [Geschichte der Bulgarischen Kommunistischen Partei]. Moskva 1971, S. 239ff.; G. Dimitroff, W. Kolaroff, W. Tschervenokoff, Der Septemberaufstand 1923. Berlin 1954; F.T. Konstantinow, Georgi Dimitrow. Warszawa 1951.

- ¹¹ G. Dimitroff, Reichstagsbrandprozess. Dokumente, Briefe und Aufzeichnungen. Berlin 1980.
- ¹² Vgl. A. Tymieniecka, KPP wobec bułgarskiego ruchu rewolucyjnego, w: Braterstwo-Przyjaźń. Szkice z dziejów przyjaźni polsko-bułgarskiej [Die KPP gegenüber der bulgarischen revolutionären Bewegung, in: Brüderlichkeit-Freundschaft. Skizzen zur Geschichte der polnisch-bulgarischen Freundschaft]. Ausgewählt und bearbeitet von Jan Skwierczyński. Warszawa 1970, S. 73–80.
- ¹³ II Zjazd KPRP (19. IX.–2. X. 1923). Protokoły obrad i uchwały. [Der II. Parteitag der Kommunistischen Arbeiterpartei Polens [19. IX.–2. X. 1923]. Sitzungsprotokolle und Beschlüsse]. Zum Druck vorbereitet und mit einer Einleitung versehen von Gereon Iwański, Henryk Malinowski und Franciszka Świątkowa. Warszawa 1968, S. 328.
- ¹⁴ IV Konferencja KPP (24. XI.–22. XII. 1925) Protokoły obrad i uchwały. Cz. I. [Die IV. Konferenz der KPP (24. XI.–22. XII. 1925). Sitzungsprotokolle und Beschlüsse. Teil I] Warszawa 1972, S. 49–52.
- ¹⁵ Dimitroff contra Göring. Braunbuch II: Enthüllungen über die wahren Brandstifter. Paris 1934.
- ¹⁶ IV Konferencja KPP (wie Anm. 14), S. 52.
- ¹⁷ Z. Nowakowski, Niemcy à la minute [Deutschland à la minute]. Kraków 1933, S. 11–13.
- ¹⁸ Ebenda, S. 8–9.
- ¹⁹ Ebenda, S. 185–186.
- ²⁰ Jakubowska, Oblicze ideowo-polityczne (wie Anm. 5); A. Paczkowski, Prasa polityczna ruchu ludowego (1918–1939) [Die politische Presse der Bauernbewegung (1928–1939)]. Warszawa 1970; Pepliński, Oblicze społeczno-polityczne (wie Anm. 5); E. Rudziński, Informacyjne agencje prasowe w Polsce 1927–1936 [Die Presseagenturen in Polen 1927–1936]. Warszawa 1970.
- ²¹ Den Reichstag haben die Beauftragten Görings in Brand gesteckt. Die sensationellen Artikel des »Manchester Guardian«, in: Kurier Poznański, Nr. 196 vom 28. 4. 1933.
- ²² Czas [Die Zeit], Nr. 185 vom 17. 8. 1933.
- ²³ Göring hat den Reichstag in Brand gesteckt, behauptet Moro Giafferi, in: Czas, Nr. 192 vom 24. 8. 1933, S. 1.
- ²⁴ Ebenda, Nr. 216 vom 21. 9. 1933, S. 3.
- ²⁵ R. Wapiński (wie Anm. 5).
- ²⁶ Die Regierung Hitlers in Deutschland, in: Robotnik [Der Arbeiter], Nr. 63 vom 31. 2. 1933; J. M. Borski, Godzina Niemiec [Die Stunde Deutschlands], in: Robotnik, Nr. 37 vom 4. 2. 1933.
- ²⁷ Robotnik, Nr. 81 vom 5. 3. 1933, S. 1.
- ²⁸ B. Głowacki, Polityka PPS 1929–1935 [Die Politik der PPS 1929–1935]. Warszawa 1979, S. 222.
- ²⁹ Der Leipziger Reichstagsbrandprozeß, in: Robotnik, Nr. 341 vom 21. 9. 1933, S. 1.
- ³⁰ Archiv der Historischen Abteilung der Partei beim ZK der PVAP [AZHP], Sign. 158/VI–16 pkt. 8, k. 16.
- ³¹ Czerwony Sztandar [Die Rote Fahne], Nr. 6, November 1933, S. 2.
- ³² Bericht von J. Ignasiak-Minkowska, AZHP, Sign. 1293, poz. 18.
- ³³ Czas, Nr. 218 vom 23. 9. 1933, S. 3.
- ³⁴ Czas, Nr. 219 vom 24. 9. 1933, S. 5.
- ³⁵ Der dritte Tag des Leipziger Prozesses. Mutige Aussage des bulgarischen Kommunisten Dimitroff, in: Robotnik, Nr. 346 vom 24. 9. 1933, S. 2.

- ³⁶ Czas, Nr. 219 vom 24. 9. 1933, S. 5.
- ³⁷ Robotnik, Nr. 353 vom 29. 9. 1933, S. 1.
- ³⁸ Prawda [Die Wahrheit], Nr. 44 vom 29. 10. 1933, S. 8.
- ³⁹ Robotnik, Nr. 446 vom 3. 12. 1933, S. 2.
- ⁴⁰ Czerwony Sztandar, Nr. 7, Dezember 1933, S. 12.
- ⁴¹ Bericht M. Szulkina, AZHP – Sign. 1933, poz. 15.
- ⁴² T: Klasa robotnicza Warszawy protestuje przeciw procesom politycznym. [Die Arbeiterklasse Warschaus protestiert gegen die politischen Prozesse], in: Robotnik, Nr. 359 vom 2. 10. 1933, S. 1.
- ⁴³ Robotnik, Nr. 375 vom 13. 10. 1933, S. 2. Dem Bericht M. Szulkina zufolge wurde der Vortrag im letzten Moment vom Regierungskommissariat verboten, und zu den bereits versammelten Anwesenden sprachen der Senator Boguszewski und der Abgeordnete Rożek.
- ⁴⁴ Bericht des Bezirkskomitees der KPP Oberschlesien für November 1933, AZHP – 158/XII-19, Bd. 11, k. 35.
- ⁴⁵ Bericht von J. Ignasiak-Minkowska (wie Anm. 32).
- ⁴⁶ Die wegen Brandstiftung unschuldig Angeklagten, in: Kurier Poznański, Nr. 575 vom 15. 12. 1933.
- ⁴⁷ I. K., Po procesie lipskim [Nach dem Leipziger Prozeß], in: Nowy Kurier, Nr. 287 vom 28. 12. 1933.
- ⁴⁸ St. Równicki, Wyrok lipski. Kto wyszedł z honorem z sali sądowej? [Das Leipziger Urteil. Wer verließ mit Würde den Gerichtssaal?] Nowy Kurier, Nr. 300 vom 31. 12. 1933.
- ⁴⁹ Das Urteil für die Brandstifter, in: Robotnik, Nr. 473 vom 28. 12. 1933.
- ⁵⁰ Czerwony Sztandar, Nr. 1, Januar 1934, S. 8–9.
- ⁵¹ Nach dem Leipziger Urteil, in: Czas, Nr. 296 vom 28. 12. 1933, S. 1.
- ⁵² Die russische Presse über das Urteil, ebenda, S. 1.
- ⁵³ Was wird mit den Bulgaren geschehen? in: Robotnik, Nr. 49 vom 6. 2. 1934, S. 1.
- ⁵⁴ Czerwony Sztandar, Nr. 1, Januar 1934, S. 9.
- ⁵⁵ Robotnik, Nr. 56 vom 11. 2. 1934, S. 1.
- ⁵⁶ Ebenda, Nr. 67 vom 18. 2. 1934, S. 3.
- ⁵⁷ Dymitrow, Popow, Tanew w Moskwie. Wywiad Dymitrowa dla prasy [Dimitroff, Popow und Tanew in Moskau. Interview Dimitroffs für die Presse], in: Robotnik, Nr. 85 vom 1. 3. 1934, S. 2. Vgl. G. Dymitrow, Œuvres choisies en trois volumes, Tome 1. Sofia-Press 1972, S. 168–177.
- ⁵⁸ Lewar [Der Hebel], Nr. 6 vom 1. 4. 1934, S. 3.
- ⁵⁹ K. Lapter, Pakt Piłsudski-Hitler [Bündnis Piłsudski-Hitler]. Warszawa 1962; M. Wojciechowski, Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938 [Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938]. Poznań 1965.
- ⁶⁰ Rudziński (wie Anm. 20), S. 131–155; M. Pietrzak, Reglamentacja wolności prasy w Polsce (1918–1939) [Die Reglementierung der Pressefreiheit in Polen (1918 bis 1939)], Warszawa 1963, S. 461–472.
- ⁶¹ Jakubowska (wie Anm. 20); Peplński (wie Anm. 5); A. Paczkowski, Die politische Presse der Bauernbewegung (1918–1939). Warszawa 1974.
- ⁶² J. Kowalski, Trudne lata. Problemy rozwoju ruchu komunistycznego w Polsce w latach 1929–1935 [Schwierige Jahre. Die Probleme bei der Entwicklung der kommunistischen Bewegung in Polen in den Jahren 1929–1935]. Warszawa 1974.
- ⁶³ Z. Adamski, Georgi Dymitrow. Proces lipski [Georgi Dimitroff. Leipziger Prozeß]. (Universum) Warszawa 1934.
- ⁶⁴ A. Czubiński, Lewica niemiecka (wie Anm. 8).

- ⁶⁵ Vgl. G. Dymitrow, *Faszyzm to wojna* [Faschismus ist Krieg]. Hrsg. vom ZK der KPP, Warszawa 1937; ders., *Jednolity front międzynarodowego proletariatu i ludów przeciwko faszyzmowi. Po spisku w Monachium* [Die Einheitsfront des internationalen Proletariats und der Völker gegen den Faschismus. Nach der Verschwörung von München]. o. O. o. J.; *Proces o podpalenie Reichstagu. Dokumenty, listy, notatki G. Dymitrowa* [Der Reichstagsbrandprozeß. Dokumente, Briefe und Notizen Dimitroffs]. Moskwa 1944.

Der Nationalsozialismus im Urteil der politischen Kräfte Polens

von Henryk Olszewski

I

Auf die Frage nach dem Verhältnis der Polen zum Nationalsozialismus in der Zeit zwischen den Weltkriegen gibt es bisher keine erschöpfende Antwort. Es fehlt eine umfassende Analyse des Faschismus im Rahmen der polnischen Ideologie der Zweiten Republik, und es fehlt auch eine geschlossene Darstellung der polnischen Politik gegenüber dem deutschen Faschismus. Sowohl in der polnischen als auch in der deutschen Literatur beziehen sich die Forschungen zu diesem Thema nur auf einzelne, isolierte Probleme. Größere Aufmerksamkeit hat bisher – verständlicherweise – lediglich die Doktrin der Nationaldemokratie (*Narodowa Demokracja*) gefunden.¹ Die schwierige Quellenlage, die allgemeine Vernachlässigung der zweiten polnischen Republik in der historischen Forschung, nicht zuletzt auch der Umfang der Thematik – all dies hat sicherlich entscheidend dazu beigetragen, daß dieser wichtige Fragenkomplex erst so lückenhaft untersucht worden ist. Die Bedeutung der Thematik steht außer Frage: Die Stellungnahme zum Faschismus wurde in Polen als integraler Bestandteil des sogenannten deutschen Problems angesehen, sie spielte in der politischen Diskussion eine große Rolle, beeinflusste das Klima dieser Diskussion und bildete schließlich einen Test für die politische Reife der politischen und intellektuellen Eliten eines Landes, das nach über einem Jahrhundert der

Unfreiheit auf die politische Landkarte Europas zurückgekehrt war. Der vorliegende knappe Überblick über die Einschätzung des Nationalsozialismus in Polen in den Jahren 1919–1939 kann die fehlende Gesamtdarstellung nicht ersetzen; er vermag vielleicht einige Wege zu einer solchen Synthese zu weisen.

Einleitend seien einige Überlegungen vorausgeschickt, die für das Thema wesentlich sind. Zunächst muß daran erinnert werden, daß die Polen mit einem erheblichen Ballast von Komplexen und Deformationen in die Periode ihrer zweiten Unabhängigkeit eintraten: mit der Sehnsucht nach Wiederherstellung eines eigenen Staates, aber innerlich gespalten; mit dem Gefühl der Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft, aber getrennt durch unterschiedliche kulturelle Erfahrungen, Lebensbedingungen und politische Ansichten. Die Teilungsmächte hatten der Mentalität der Menschen ihren Stempel aufgedrückt, über Analogien und Unterschiede in der Sichtweise gemeinsamer Probleme entschieden und dafür gesorgt, daß sich feste Anschauungen und Vorurteile herausbildeten.

Eines dieser Stereotype kommt in der Einstellung zu den Teilungsmächten zum Ausdruck. Das Bild Deutschlands und der Deutschen besaß deutlichere Konturen als das der anderen Mächte. Dies war das Ergebnis der für das polnische Volk belastenden Vergangenheit des 19. Jahrhunderts, als es im preußischen Teilungsgebiet die bittersten Erfahrungen machen müssen, so daß die Aversionen gegenüber dem Deutschen Reich am ausgeprägtesten waren. Im Urteil eines großen Teils der polnischen Bevölkerung war Deutschland mit Preußen identisch; die negative Einstellung zu den Preußen wurde insbesondere nach der Reichsgründung von 1871 auf alle Deutschen ausgedehnt. Der preußische Deutsche trat hierbei die Nachfolge des einstigen Kreuzritters, des uralten Feindes Polens, an. Ein bekannter Intellektueller aus dem nationaldemokratischen Lager, Roman Rybarski, Professor für Ökonomie und Wirtschaftsgeschichte an der Posener Universität, schrieb: »Das auf fremdem Leid aufgebaute Preußen hat den deutschen Geist vergiftet und demoralisiert, es hat im deutschen Volk die großen Ideen und die edlen Gefühle abgetötet.«² Im 19. Jahrhundert gewann nicht nur die alte Redensart »Solange die Welt eine Welt wird sein, wird der Deutsche des Polen Bruder nicht sein« neue Bedeutung, sondern es breitete sich auch die Überzeugung aus, daß die preußischen Eigenschaften der Deutschen gegen den Einfluß von Zeit und Umständen immun, daß sie unveränderlich seien. Dieses Vorverständnis hatte auch Einfluß auf die Bewertung des Nationalsozialismus, was u. a. in den nachfolgenden Abschnitten dieser Skizze gezeigt werden soll.

Die Tatsache, daß sich die Hauptströmungen des politischen Denkens der Polen, und in diesem Rahmen auch das Bild des preußischen Deutschen

als Nachfahre der Kreuzritter, schon vor 1918 entwickelt hatten,³ war eine wichtige, wenn auch nicht die einzige Voraussetzung für die Art und Weise, in der sich das Verhältnis der Polen zum deutschen Problem und – mit fortschreitender Zeit – zum Nationalsozialismus gestaltete. Eine nicht geringe Bedeutung hatte auch die Realität der Nachkriegszeit, die Wege und Irrwege, die die Entwicklung der Zweiten Republik kennzeichneten. Die Integration der polnischen Gebiete erfolgte zunächst langsam, nicht ohne Widerstände und Schwankungen. Sie war von großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten und gesellschaftlichen Spannungen, insbesondere in den ersten Jahren der Unabhängigkeit, begleitet. Am Kampf um die Macht beteiligten sich politische Kräfte, deren Aktivitäten häufig auch Elemente der Verbissenheit und Destruktion in sich trugen. Das Werk der inneren Konsolidierung wurde durch die zahlreichen nationalen Minderheiten, darunter auch die starke deutsche Minorität, erschwert. Die geographische Gestalt des wiedererstandenen Staates, insbesondere aber die Umstände, unter denen es zur Festlegung der Staatsgrenzen gekommen war, führten dazu, daß sich schon zu Beginn der Unabhängigkeit starke Unruherherde bildeten, wodurch nicht nur die Form der politischen Auseinandersetzung im Lande, sondern auch die Außenpolitik negativ beeinflusst wurde. Letztere war sowohl nach Osten als auch nach Westen sehr schwierig; in beiden Richtungen traf sie auf Widerstand, der häufig zu Mißerfolgen führte.

Seit der Mitte der zwanziger Jahre wurde eine demokratische Entwicklung Polens zunehmend zweifelhaft und schließlich abgeschnitten. Die Gesellschaftsordnung des jungen Staates, insbesondere die parlamentarische Praxis, tendierte nach dem Maiumsturz Piłsudskis (1926) nach rechts, in Richtung eines autoritären Systems. Das Regierungslager, die Sanacja, und die Nationaldemokraten beschuldigten sich gegenseitig profaschistischer Tendenzen, während die Opposition zerstritten blieb. Eine der ältesten polnischen Parteien, die Polnische Sozialistische Partei (Polska Partia Socjalistyczna, PPS), die sich nach 1926 ebenfalls außerhalb des Regierungslagers befand, richtete diesen Vorwurf gegen die gesamte Rechte. Nicht anders verfuhr die polnischen Kommunisten. Dies alles veranlaßte die Staatsführung, die Entwicklung der politischen Situation auf dem europäischen Kontinent aufmerksam zu verfolgen. Dabei hatte sie verständlicherweise für das Italien Mussolinis mehr Sympathien als für die Gesellschaftsordnung Sowjetrußlands. Begünstigt wurde dies in gleichem Maß durch den polnischen Nationalismus, der sich insbesondere durch die revisionistische Ostpolitik der Weimarer Republik angespornt fühlte, durch den starken Antikommunismus und durch den im Laufe der Zeit an Bedeutung zunehmenden Antisemitismus.

II

Das Verhältnis zum italienischen Faschismus war von Anfang an komplex. Eindeutig verurteilt wurde er als Diktatur extremer Kreise der Bourgeoisie von den polnischen Kommunisten, die an die Beschlüsse der Komintern gebunden waren. Bereits 1923 erklärten sie den Faschismus Mussolinis zum Prototyp der polnischen Variante des Faschismus; diesen Standpunkt vertrat die Kommunistische Partei Polens (Komunistyczna Partia Polski, KPP) konsequent bis zu ihrem Ende. Ähnlich negativ urteilte die Führung der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS). Ihre bedeutendsten Vertreter, Ignacy Daszyński und Hermann Liebermann, die Mussolini noch aus der Zeit seiner journalistischen Tätigkeit für den »Avanti« kannten, gaben sich nur kurze Zeit der Hoffnung hin, daß der italienische Faschismus den Weg einer sozialistischen Entwicklung nehmen könne. Auch ihnen diente das italienische Experiment als Trumpfkarte in der Polemik gegen die Sanacja.

Das Piłsudskilager distanzierte sich formal von Mussolini. Der Marschall selbst schätzte den Duce nicht und beabsichtigte keineswegs – wie er gerne hervorhob –, ihn »nachzuäffen«. Die offizielle These des Regierungslagers lautete, daß Polen bei der Lösung seiner Probleme einen eigenen Weg gehen werde. In den Kreisen der Sanacja fehlte es jedoch auch nicht an Sympathiebeweisen und Begeisterung für den Faschismus. So bedienten sich z. B. die konspirativen Organisationen, die in den Jahren 1922/23 in der Armee agierten, italienischer Muster. Unter dem Einfluß der Ideologie Mussolinis stand auch der zur gleichen Zeit gegründete Rettungsdienst Polnischer Patrioten (Pogotowie Patriotów Polskich, PPP), der im Jahr 1924 sogar einen Staatsstreich vorbereitete. In Warschau begann im Juni 1926 der »Tygodnik Faszystów« (Wochenzeitung der Faschisten) zu erscheinen, der zu einem Kristallisationskern der polnischen faschistischen Bewegung werden sollte, was zu diesem Zeitpunkt allerdings nicht gelang. In der Presse des Piłsudskilagers erschienen Artikel, die Bewunderung für das Werk Mussolinis zum Ausdruck brachten und die Möglichkeit einer Wiederholung seines Experiments in Polen erörterten. Man bezeichnete den Faschismus als »zweifelloso mächtige, großartige Reaktion des gesunden nationalen Instinkts«, man erblickte in ihm »eine neue, in der Zeit des Krieges gewachsene Kraft«, die »etwas mehr als lediglich der bewaffnete Arm der Rechten« sei.⁴ Die konstitutiven Eigenschaften des Faschismus wurden damals am häufigsten in seiner Gegnerschaft zum Vielparteiensystem und in dem »Streben nach unmittelbarem Handeln« gesehen. Den Führern der Sanacja war der Gedanke des von Mussolini vertretenen gesellschaftlichen Solidarismus nicht fremd. Den integralen Syndikalismus, also ein spezifisch konstruiertes System von gewerkschaftlichen

und politischen Verbänden, bezeichneten sie als »das Rückgrat des faschistischen Systems«. Der politische Schriftsteller Bolesław Borowik würdigte den faschistischen Staat, in welchem ein Gleichgewicht zwischen Regierung, Verbänden und Gesellschaft herrsche, als das »in Wirklichkeit fortschrittlichste« System.⁵ Der gleiche Autor erklärte: »Der Faschismus verspricht nicht den Himmel auf Erden, nicht einmal eine mystische materielle Gleichheit . . ., jedenfalls aber gibt er den Menschen Arbeit, Brot und finanzielle Hilfe, wenn es notwendig ist; er offeriert nach der Arbeit Zerstreuung, erlaubt einem jeden, seine Kräfte und Fähigkeiten zu entwickeln und reduziert die Menschen nicht auf eine unpersönliche Bande.«⁶

Am meisten Aufmerksamkeit und Sympathie weckte der Faschismus Mussolinis in den Kreisen der Nationaldemokraten. Sie fühlten sich von seiner brutalen Stärke angezogen, waren von der Wirksamkeit seines Handelns fasziniert und von seinem eindeutigen Antikommunismus eingenommen. Die »Gazeta Warszawska« (Warschauer Zeitung) feierte im Oktober 1922 den Faschismus als die Rettung, die den Italienern »fünf Minuten vor Zwölf« gesandt worden sei, als sich das Land »unmittelbar an der Schwelle des Bolschewismus« befunden habe.⁷ Der Kult Mussolinis ging weit über die Reihen der Nationaldemokratischen Partei hinaus. Als ein Beispiel für den verbreiteten Enthusiasmus für das italienische Phänomen kann das Buch von Maria Wicherkiewiczowa »W słońcu Italii«⁸ (Unter der Sonne Italiens) gelten, das unmittelbar unter dem Eindruck der italienischen Ereignisse entstanden ist. Sie schrieb: »Alles was diszipliniert, erhaben und heldenhaft ist, hat sich in Italien in den Dienst des Faschismus gestellt. Alles was schön, künstlerisch und geistvoll ist, erblüht unter den Schwingen des Faschismus.«⁹ Der Faschismus habe nur in dem Land mit der ältesten Kultur entstehen und siegen können. Mussolini – »ein Ritter ohne Furcht und Tadel«, »das größte Geistesgenie« – habe vollbracht, was Nietzsche und Spengler nicht vollenden konnten, indem er »der modernen Hydra [also dem Kommunismus, H. O.] den Weg verstellte«.¹⁰

Dieser Meinung schlossen sich, wenn auch etwas distanzierter, die Theoretiker des Lagers an. In den zwanziger Jahren propagierte Stanisław Stroński die Idee des Faschismus, insbesondere die Grundgedanken des faschistischen Korporativismus. Das Führungsprinzip fand die wohlwollende Aufmerksamkeit Roman Rybarskis. Der Haupttheoretiker der Nationaldemokraten, Roman Dmowski, kam insgesamt zu einem positiven Urteil. Obwohl er keine umfassende Analyse des italienischen Faschismus lieferte, schlugen sich viele seiner Bewertungen in der polnischen Ideologie nieder. Dmowski sah den Faschismus als schöpferische Bewegung, als spezifisch italienische Erscheinung, als Ausdruck des italienischen Nationalcharakters, als Synthese aller italienischen Sehnsüchte und Bestrebungen,

die sich im 19. Jahrhundert herausgebildet hatten.¹¹ Allerdings meinte er, daß der Faschismus den Höhepunkt seiner Vollkommenheit noch nicht erreicht habe: Mussolini wolle z. B. Imperialist sein, die wirtschaftliche Krise habe diesem Ehrgeiz jedoch ein Ende gesetzt. Es sei dem Duce auch nicht gelungen – so Dmowski –, »ein Regierungssystem zu schaffen, das über das System der Diktatur hinausginge«. Der Faschismus verkörpere vor allem »das aufrichtige Streben, eine gesicherte Zukunft des Vaterlands aufzubauen«; er habe sich als fähig erwiesen, »unter großen Anstrengungen die Elemente der moralischen, sittlichen und religiösen Zersetzung aus dem Leben der Nation hinauszufegen«. Er stelle den »ersten großen Versuch des Kampfes gegen die politische Krise der Zivilisation« dar, »die erste nationale Bewegung in Europa, die in ihrem Kampf gegen den Marxismus marxistische Methoden« anwende. Bereits aus der Sicht der dreißiger Jahre schrieb Dmowski: »Die Bedeutung des Faschismus lag nicht nur darin, daß er Italien vor Revolution und Anarchie bewahrte. Er zeigte auch den übrigen Völkern, daß der Kommunismus nur dann effektiv bekämpft werden kann, wenn man dessen eigene Waffen benutzt, d. h. vor der Anwendung von Gewalt und Terror nicht zurückschreckt.«¹² In diesem Sinne habe der Faschismus viel für die Freiheit geleistet; dieses Verdienst könne nur von »freimaurerischen Liberalen« angezweifelt werden.

III

Wir wollen nunmehr zum eigentlichen Thema unserer Darstellung übergehen. Im Polen der Zwischenkriegszeit unterschied sich das Verhältnis zum Nationalsozialismus – was die breiten Kreise der Öffentlichkeit und die Führungsgremien der politischen Gruppierungen angeht – von der Einstellung zum italienischen Faschismus sowohl inhaltlich als auch bezüglich der zeitlichen Entwicklung. Der Nationalsozialismus war für die Polen nicht so sehr ein theoretisches Problem als vielmehr eine Frage der politischen Praxis. Die Substanz, die seine Aktualität ausmachte, war die tägliche Realität. Als Ideologie weckte er nur sporadisch Interesse, die Bewertungen der Prinzipien der nationalsozialistischen Weltanschauung waren oberflächlich und häufig irrig. Polen gehörte zu jenen wenigen europäischen Ländern, in denen »Mein Kampf« niemals übersetzt worden war und in denen auch keine Übersetzungen anderer Werke nationalsozialistischer Prominenter erschienen. Nur wenige polnische Autoren wagten eine umfassende Charakterisierung der ideellen Inhalte des Nationalsozialismus. Dieser wurde in der Regel als politische, zuweilen als gesellschaftspolitische

Bewegung behandelt. Man bewertete ihn nach seiner Bedeutung für die polnisch-deutschen und die deutsch-polnischen Beziehungen und betrachtete ihn durch das Prisma der eigenen innenpolitischen Kämpfe. Der Nationalsozialismus bildete ein Fragment des in Polen entwickelten Deutschlandbildes und diente als Trumpfkarte in dem Spiel der politischen Gruppierungen und Parteien. Unter diesen Umständen ist verständlich, daß der Nationalsozialismus in den ersten Jahren seines Bestehens keine größere Resonanz hervorrief. Er schien bedeutungs- und aussichtsloses Übergangsphänomen zu sein. Die Wirklichkeit war die Weimarer Republik mit ihrer unversöhnlichen Politik gegenüber Polen. Die NSDAP blieb im Schatten der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei, Hitler trat hinter Hugenberg und Stresemann zurück. Die polnischen Befürchtungen, Vorurteile und Stereotype schienen durch die deutsche Ostpolitik ihre Bestätigung gefunden zu haben, was einer harmonischen Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten nicht dienlich und einer gelassenen, sachlichen Analyse der Ereignisse in Deutschland abträglich war. Die Situation änderte sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik. Die Tatsache, daß die Erfolge der NSDAP im Jahr 1930 mit der Verschärfung des politischen Kurses durch Piłsudski zusammenfielen – Symbole dafür wurden das Gerichtsverfahren gegen die Piłsudskigeegner in Brześć und das Konzentrationslager in Bereza Kartuska –, verdient Aufmerksamkeit. Die autoritären Tendenzen der Sanacjaregierung führten zwangsläufig dazu, daß sie die Aktivitäten der Nationalsozialisten mit größerem Wohlwollen betrachtete. Für tieferreichende ideelle Bindungen, die sich der Unterstützung breiter Schichten der Bevölkerung hätten erfreuen können, war allerdings auch jetzt kein Raum: erstens, weil Autoritarismus und Diktatur der polnischen Tradition fremd waren, und zweitens, weil jede Geste der Sympathie die Regierung den Angriffen der Opposition ausgesetzt hätte.

Die Stellungnahmen der Parteien zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Januar 1933 zeigen überaus unterschiedliche, schwankende und unvollständige Bewertungen, was u. a. (davon wird noch die Rede sein) den weiterhin evidenten Mangel an Verständnis für das Wesen des Nationalsozialismus bestätigt. Der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und Polen aus dem Jahr 1934 änderte in dieser Hinsicht nicht viel, da er sogar von Piłsudski selbst skeptisch betrachtet wurde, als eine Zwischenlösung, als ein Hindernis für die Entfaltung der deutschen Rüstung. Der Spanische Bürgerkrieg, der die Parteien in scharfer Zäsur voneinander trennte, führte zur Polarisierung der Standpunkte. In jüngerer Zeit wird mit Recht hervorgehoben, daß das Verhältnis zum Bürgerkrieg in Spanien das entscheidende Kriterium für die Teilung in pro- und antifaschistische Kräfte gewesen ist (übrigens nicht nur in Polen).¹³ Das Gleichgewicht zwischen

der Skepsis bezüglich der Dauerhaftigkeit der Hitlerregierung, dem Gefühl der eigenen Stärke und dem Bewußtsein, durch den Faschismus direkt bedroht zu sein (Hitler – *c'est la guerre*), wurde erst in den letzten Jahren der Zweiten Republik erschüttert. Bevor es dazu kam, wurde das Verhältnis zum Nationalsozialismus von den größten und einflußreichsten Parteien bestimmt.

Den Überblick über die Standpunkte der Parteien wollen wir mit der Kommunistischen Partei Polens (KPP) beginnen. Ähnlich wie alle Parteien, die der III. Internationale angehörten, nahmen die polnischen Kommunisten eine entschiedene und unverändert negative Position gegenüber dem Nationalsozialismus ein. Ihre konsequente Haltung, aber auch ihre Abhängigkeit von der Komintern zeigte sich u. a. darin, daß sie auch in den dreißiger Jahren keinen Unterschied zwischen dem italienischen und dem deutschen Faschismus sahen. Daher behielten die in den Jahren 1922/23 formulierten politischen Urteile über den Faschismus in Italien, nach denen er die »letzte Karte der Bourgeoisie im politischen Kampf«, die »Offensive des Kapitals« und die »Konterrevolution« darstellte, ihre Bedeutung.¹⁴ Ebenso verlor die These Stalins aus dem Jahre 1924 nicht an Aktualität, daß »der Faschismus eine Kampforganisation der Bourgeoisie ist, die sich auf die aktive Hilfe der Sozialdemokratie stützt«. Erst die Definition des 13. Plenums des Exekutivkomitees der Komintern aus dem Jahr 1933 ergab sich eindeutig aus der Betrachtung des Nationalsozialismus in Deutschland. Bekanntlich geht sie davon aus, daß »der Faschismus die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals ist«. Sie wurde während des 7. Kongresses der Komintern im Jahr 1935 im Referat Dimitroffs in folgende Formel gefaßt: »Der Faschismus ist die ausschließliche Herrschaft des Finanzkapitals.«¹⁵ Die dem Klassengedanken entsprechende Interpretation des Faschismus als ein internationales, durch die kapitalistische Krise hervorgerufenes Phänomen ließ den polnischen Kommunisten nur wenig Spielraum. Sie erblickten im deutschen Faschismus eine Kriegsgefahr und fürchteten, daß Hitler die Sowjetunion angreifen werde. Zusammen mit der Kommunistischen Partei Deutschlands protestierten sie auch dagegen, daß das Recht der Bewohner Schlesiens, Pommerns und Danzigs, über ihre Staatszugehörigkeit zu entscheiden, mißachtet wurde.¹⁶ Ähnlich wie die Kommunisten anderer Länder waren sie davon überzeugt, daß die Herrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland nur eine Episode sei. Angesichts der zunehmenden Gefahr eines Überfalls auf Polen schlossen sie eine Zusammenarbeit mit der PPS nicht aus, zumal die Komintern 1935 die Politik der »Volksfront« mit anderen antifaschistischen Parteien sanktioniert hatte. Gleichzeitig nutzte die KPP die klassengemäße,

von der Internationale formulierte Definition des Faschismus geschickt für eine verschärfte Kritik an der bürgerlichen Staatsordnung der Republik aus. In einem Aufruf aus dem Jahr 1937 unter dem Titel »Gegen die Hitlerisierung Polens« griffen sie nicht nur die Nationaldemokraten und verschiedene radikale Organisationen – die sich nach 1934 gebildet hatten wie das National-Radikale Lager (ONR) oder die Falanga – an, sondern vertraten sogar den Standpunkt, daß als Voraussetzung für eine Änderung der polnischen Politik gegenüber dem Faschismus der Sturz des Sanacjaregimes notwendig sei. Die Konzentration auf den »polnischen Faschismus« war der Erarbeitung einer allseitigen Analyse des Nationalsozialismus in Deutschland nicht günstig, und bis zu ihrer Auflösung im Jahr 1938 legte die KPP eine solche Analyse auch nicht vor.

Die Meinungen der Politiker der Polnischen Sozialistischen Partei zum Thema Nationalsozialismus bilden ein buntes Panorama. Auch die Sozialisten legten keine vollständige Analyse des Nationalsozialismus vor. Viele Fragen entgingen ihrer Aufmerksamkeit, andere wurden unzutreffend beurteilt, manchmal erwiesen sich die Repräsentanten der PPS geradezu als naiv. Zu einer Reihe von Problemen vertraten sie allerdings insofern einen interessanten Standpunkt, als sie einige Merkmale des Nationalsozialismus zutreffend betonten und ihr Kampfprogramm gegen ihn mit viel Gespür formulierten. Es soll auch schon jetzt hervorgehoben werden, daß die PPS – eine der verdientesten politischen Parteien Polens, die in der polnischen Gesellschaft große Popularität genossen hat – ohne Unterbrechung zu den entschiedensten Gegnern des Nationalsozialismus gehörte.

Von Beginn an beobachtete sie die Erfolge der NSDAP sehr aufmerksam und bagatellierte nicht die Gefahren, die daraus für Polen entstehen konnten. Deutschland, so hoben die sozialistischen Parteiführer hervor, sei »ein einzigartiges Laboratorium«, in dem die »Vision gesellschaftlicher Umwälzungen« Realität werden würde. Der Nationalsozialismus sei ein Produkt der Katastrophe des Jahres 1918, ein Ausdruck der Frustration der Besiegten, Gedemütigten und nach Rache Dürstenden; diese Aussage nahm die Militarisierung Deutschlands und dessen territoriale Expansion vorweg. In den Veröffentlichungen der PPS fehlte es nicht an zutreffenden Einschätzungen der gesellschaftlichen Basis der Hitlerbewegung. Zahlreiche Autoren deuteten mit Recht auf die Demagogie in der nationalsozialistischen Propaganda hin, welche die Stimmungen der Masse, insbesondere die Sehnsüchte des Kleinbürgertums, geschickt ausbeutete. Die Sozialisten hoben auch die Dynamik der Bewegung hervor, die die Deutschen in einen Zustand der Ekstase und Aggression versetzte. Allerdings hielten es die polnischen Sozialisten für unmöglich, daß Hitler mit seiner billigen Primitivität in Deutschland nach der Macht würde greifen können.

Sie glaubten an die Vernunft der deutschen Arbeiter und an die Stärke der deutschen Sozialdemokratie. Die Karikaturen Hitlers oder Goebbels', die sich häufig in der Parteipresse fanden, sollten nicht erschrecken, sondern lächerlich machen.

Deshalb riefen die Machtergreifung Hitlers und die Niederlage der SPD tiefe Beunruhigung in den Reihen der PPS hervor und trugen dazu bei, daß die bisherige Einschätzung des Nationalsozialismus um einige neue Elemente bereichert wurde. Der »Robotnik« (Der Arbeiter), das Zentralorgan der Partei, publizierte jetzt Texte, in denen – häufig aus der Feder eines Parteiführers – der Nationalsozialismus als eine Bewegung »entgleister Massen, deklassierter Bürger und Beamter, arbeitsloser Intellektueller und Arbeiter« entlarvt wurde.¹⁷ Auch die Regierungsmethoden der Anhänger Hitlers, der Straßenterror, die Bekämpfung von Parlamentarismus und Demokratie sowie die Verwilderung der NSDAP, wurden scharf kritisiert. Die PPS-Autoren waren z. B. sicher, daß der Reichstagsbrand eine nationalsozialistische Provokation sei und daß die neue Regierung zur Diktatur und zum Krieg drängen werde. Sie bezweifelten nicht, daß der Nationalsozialismus eine kleinbürgerliche Bewegung sei, meinten aber, daß sie im Dienst der Großbourgeoisie stehe. Kazimierz Czapiński, in der PPS einer der fähigsten Analytiker des Faschismus, schrieb 1936 in der Monatsschrift »Swiatło« (Das Licht): »Der Faschismus ist ... die bewaffnete Diktatur des Kapitals, die mit Hilfe einer zahlreichen Klientel aus der durch die Krise gepeinigten Bourgeoisie die Demokratie und die Arbeiterorganisationen zerschlägt, um durch die Totalitarisierung des Staates den Klassenkampf des Proletariats zu vernichten.«¹⁸ Aufmerksamkeit verdient nicht so sehr die Hervorhebung der klassenbedingten Inhalte des deutschen Faschismus, sondern die Betonung, daß der Nationalsozialismus ein spezifisches politisches System darstelle, dessen institutionalisierte Widerspiegelung die Führerdiktatur sei.

Dieser Gesichtspunkt, der bereits in den Beschlüssen des 23. Kongresses der PPS im Jahr 1934 auftauchte, kehrte 1937 in den Dokumenten des 24. Kongresses wieder. Hier lesen wir u. a., daß der Nationalsozialismus eine eigenartige Symbiose der einstigen kapitalistischen mit der bürokratischen Oligarchie darstelle und daß die Repräsentanten der ersteren auf einigen wichtigen Wirtschaftsgebieten den Primat des Staates anerkennen müßten. Andererseits wird hier auch behauptet, daß der Faschismus in Deutschland die dringenden gesellschaftlichen Probleme nicht gelöst habe, daß sich vielmehr als Ergebnis der terroristischen Regierungsmethoden die Klassengegensätze verschärft hätten. Diese Einschätzung erlaubte es, auch weiterhin an den Übergangscharakter des neuen Systems zu glauben. Unter den sozialistischen Politikern wurde ferner die Meinung vertreten, daß

der Faschismus sich selbst so stark kompromittieren werde, daß sich die Massen spontan von ihm abwenden würden. Hierin zeigt sich der Einfluß des reformistischen Prinzips, welches besagt, daß ein moderner Staat auf friedlichem Wege und ohne Revolution in der Lage sei, sich in eine sozialistische Ordnung umzugestalten. Zweifellos wurde die Einschätzung der PPS auch durch die beharrliche Unterbewertung der Rolle Hitlers belastet, der von der Parteipresse weiterhin als »Hampelmann« dargestellt wurde, als Werkzeug in den Händen des Großkapitals, als »Wetterfahne«, als »stümperhafter Messias, der die Massen an der Nase herumführen soll«.

Diese Fehleinschätzung war unter anderem Ergebnis der Überzeugung, daß der Nationalsozialismus als Variante des Faschismus ein internationales Phänomen darstelle. Diese Auffassung führte zur Unterstützung der spanischen Republik durch die polnischen Sozialisten und zur Erwägung, sich im Kampf gegen den Faschismus an die Sowjetunion anzulehnen. Der »Robotnik« erklärte 1936, daß »die Rettung der Demokratie in Spanien eine größere Bedeutung für die europäische Demokratie hat als alle eventuellen Friedensverträge der Zukunft, die die Unterschrift Hitlers oder Mussolinis tragen.«¹⁹

Die These, daß der Faschismus ein Phänomen der Epoche sei, bahnte den Weg dafür, ihn als reale Gefahr für die Interessen Polens zu betrachten. Die PPS kritisierte den Nichtangriffspakt mit Hitler vom Januar 1934 und sah in der Politik des Kokettierens mit Berlin eine unmittelbare Bedrohung der Westgrenze des polnischen Staates. Einer ihrer Führer, Mieczysław Niedziałkowski, stellte 1936 fest: »Wir sagen: 1. Polen wird real vom internationalen Faschismus, in erster Linie vom Hitlerismus bedroht; 2. Man sollte sich also an der Zerschlagung des Faschismus beteiligen. Herr Minister Beck und das nationalistische Lager sagen dagegen: 1. Polen wird vom Kommunismus bedroht; 2. Man sollte also einen Kompromiß mit dem internationalen Faschismus finden, der so oder so die Welt beherrschen wird. Aber diese Voraussetzung ist zerstoßen, denn der Faschismus konnte Westeuropa nicht unter seine Herrschaft bringen. Polen aber wünscht sich durchaus nicht, für die Annehmlichkeit eines gemeinschaftlichen Kampfes gegen den Kommunismus mit der Abtretung Schlesiens zu bezahlen.«²⁰

Die PPS unterstrich ebenso stark wie die KPP die Gefahr einer Faschisierung Polens. In einigen Texten wurde sogar von der »polnischen Variante des Faschismus« gesprochen. Die Kritik der Sozialisten richtete sich sowohl gegen das Regierungslager als auch gegen die extremistischen Gruppierungen, die infolge der Spaltung im nationaldemokratischen Lager gegründet wurden. Czapiński meinte, daß es in Polen »ein wenig Faschismus und ein wenig Demokratie« gebe, was heißen sollte, daß Polen

aufgehört habe, eine Demokratie zu sein und sich in einen faschistischen Staat verwandele.

Die politischen Konstellationen führten dazu, daß die Gruppierungen, die nicht oder nicht dauerhaft zum Antiregierungslager gehörten, eine andere Haltung zu Deutschland und zum Nationalsozialismus einnahmen. Ihre Kritik am Faschismus hatte einen milderen Ton und war weniger stabil. Dies gilt vor allem für die Bauernparteien, die dem deutschen Problem nur geringe und sporadische Beachtung schenkten, obschon ihre Einschätzungen in der Regel eine antideutsche und antifaschistische Färbung hatten. Die Metamorphosen, die in dieser Hinsicht für die Bauernbewegung typisch waren, ergaben sich unter anderem aus ihrer Zersplitterung. Sie veranlaßte diese Parteien dazu, ihre ganze Aufmerksamkeit auf die inneren Probleme des Landes zu richten.²¹

Dies galt auch für die polnischen Konservativen. Ihr Hauptvertreter, Fürst Janusz Radziwiłł, machte in seiner bekannten Parlamentsrede vom 22. Februar 1933 zwar deutlich, daß er keinerlei Sympathien für den Nationalsozialismus hege, dessen Taten ihm als »ein erniedrigender und beschämender Akt der Sittenverwilderung« erschienen. Er verurteilte auch den Rassismus, empfand aber trotzdem Befriedigung über Hitlers »Macht ergreifung«. Besser Hitler als Stresemann, sagte er, besser die brutale und amoralische, aber offene Politik Hitlers als das kunstvolle, undurchsichtige, gerade deshalb aber wesentlich gefährlichere Spiel Stresemanns. Radziwiłł hegte die Hoffnung, daß der Pakt mit Hitler es Polen ermöglichen würde, bessere Beziehungen zu Rußland zu knüpfen.²² Eine ähnliche Haltung zeigten angesehene polnische Intellektuelle wie Władysław Studnicki und Stanisław Mackiewicz. Mackiewicz schrieb enthusiastische Berichte über den Nürnberger Parteitag der NSDAP 1934.

Relativ am deutlichsten sprachen sich die Christdemokraten gegen den Nationalsozialismus aus. In den Spalten ihres zentralen Organs »Polonia« wurden die von der Regierung des Dritten Reichs begangenen Gewaltakte und Rechtsbrüche sorgfältig registriert. Auch auf die offen antipolnische Einstellung der deutschen Machthaber machten die Autoren aufmerksam. In der Periode der Annäherung zwischen Polen und Deutschland wurden die gegen das Reich und den Kanzler Hitler gerichteten Artikel der »Polonia« von den Sanacjabehörden konfisziert. Eine größere Spannweite von Meinungen gab es im »Przegląd Powszechny« (Allgemeine Revue), der nicht nur Rezensionen der nationalsozialistischen Standardwerke wie »Mein Kampf« oder »Der Mythos des 20. Jahrhunderts« veröffentlichte, sondern auch an der Praxis im Dritten Reich Kritik übte. Im Jahr 1935 schrieb Rostworowski: »Mit dem Nationalsozialismus tauchte im Herzen Europas eine Höllenmaschine auf, deren Explosion nur eine Frage der Zeit ist.«

Am repräsentativsten für die Einstellung der Christdemokraten waren die Texte ihre bedeutendsten Repräsentanten Wojciech Korfanty. Korfanty, der sich um die Unabhängigkeit Polens verdient gemacht hatte, verberg anfangs nicht seine proautoritären Neigungen. Er gehörte zu den Befürwortern einer italienischen Lösung (seine Gegner nannten ihn den »polnischen Mussolini«) und sympathisierte mit dem Rettungsdienst Polnischer Patrioten (PPP).²³ Nach 1933 wurde er freilich zu einem leidenschaftlichen Gegner des Nationalsozialismus, in welchem er »eine wilde, ungezügelter Kraft, den Ausdruck des Mangels an Ausgeglichenheit und Solidität« erblickte. Er begriff den Nationalsozialismus als Synthese der Untugenden des deutschen Volkes, das, wie er meinte, »von Zeit zu Zeit von einem regelrechten Wahnsinn ergriffen wird, wobei eine dämonische Kraft voller Dynamik entsteht, die nicht nur seine eigenen Errungenschaften zerstört, sondern wie ein düsterer Orkan über ganz Europa hereinbricht, um Vernichtung und Verwüstung zu verbreiten.«²⁴ Der Faschismus bedeute die Bedrohung der europäischen Zivilisation und Kultur, »die Herrschaft der Konjunkturritter, eines in moralischer und geistiger Hinsicht zweitrangigen Menschenmaterials.«²⁵ Hitler war für Korfanty nicht nur der »moderne Antichrist«, sondern auch ein »Parvenü, ein Karrierist, ein Opportunist bis auf die Knochen.«²⁶ Der Christdemokrat verzieh dem Nationaldemokraten Dmowski niemals, daß er sich für den Führer des Dritten Reichs begeistert hatte.

Am schwierigsten ist die Charakterisierung des Standpunkts der Sanacja gegenüber dem Nationalsozialismus und dies nicht nur und nicht so sehr deshalb, weil das Regierungslager seine Haltung bisweilen ändern mußte, um sie den Bedürfnissen seiner überaus komplizierten Politik anzupassen. Von weitaus größerer Bedeutung war die ideologische Schwäche der Sanacja. Nach herrschender Meinung in der polnischen Literatur verfügte Piłsudski über keine eigene politische Doktrin: Seine sozialistische Vergangenheit bildete ein abgeschlossenes Kapitel seiner politischen Biographie. Zwar war er bis zu seinem Ende ein geschickter »Verwender« der Bezeichnung Sozialist, doch war er nach seinen eigenen Worten »an der Haltestelle, die den Namen Unabhängigkeit trägt, aus der roten Straßenbahn ausgestiegen«.

Bereits zu Beginn der zwanziger Jahre war er bestrebt, sich über die einander bekämpfenden politischen Kräfte des Landes zu stellen. Nach dem Maiumsturz vom Jahr 1926 wurde er zur überragenden Figur des Nichtparteilichen Blocks der Zusammenarbeit mit der Regierung, (Bezpartyjny Blok Współpracy z Rządem, BBWR) eines losen Zusammenschlusses der Masse seiner Anhänger. Dank des BBWR gelang es Piłsudski, die Staatsräson als das Alpha und Omega der Regierungspolitik darzustellen.

Für ihn war die Idee des Staates am wichtigsten, welche der Idee der Nation, für die sich vor allem die Nationaldemokraten aussprachen, gegenüberstand. Piłsudski – und nur er selbst – wollte darüber entscheiden, was den Interessen Polens diene und was nicht. Die Berufung auf die Tradition der polnischen Staatlichkeit und der Kult des Staates, den Piłsudski faktisch alleine lenkte, verliehen der Ideologie der Sanacja sowohl patriarchalische als auch charismatische Wesenszüge. Dies konnte das Verständnis für den Nationalsozialismus erleichtern, es konnte aber auch einer Annäherung an das Reich hinderlich sein. Schwierigkeiten warf das Verhältnis zu den Minderheiten, insbesondere die rigorose Feindschaft der Nationalsozialisten gegen die Juden, auf. Die Idee des Antisemitismus war Piłsudski im Prinzip fremd, außerdem stellte er ein Standardelement in der Doktrin seines Hauptkonkurrenten auf dem Weg zur Macht – der Nationaldemokratie – dar. Deshalb konnte sich eine Politik des Antisemitismus im Sanacjalager sehr lange nur zögernd und nicht ohne Widerstände durchsetzen. Hierbei spielte auch Piłsudskis grundsätzliche Ablehnung aller Ideologien und Ideologen eine Rolle: Die Ideologie war nach seiner Auffassung für den Führer der Nation eine Fessel, die ihn bei der Lenkung des Staates lähmte.

Pragmatismus und nicht ideelle Prinzipien entschieden deshalb über das Verhältnis Piłsudskis zum Nationalsozialismus. Vor 1930 interessierte er sich überhaupt nicht für ihn. Sein Urteil über den Nationalsozialismus entsprach seiner Abneigung gegen den italienischen Faschismus – von der bereits die Rede war. Polen werde seinen eigenen Weg gehen; der Nationalsozialismus sei eine innerdeutsche Angelegenheit, der Gedanke, ihn für Polen zu übernehmen, könne nur in den Köpfen heimischer Faschisten entstehen, unter denen Piłsudskis die Extremisten aus den nationaldemokratischen Gruppierungen verstand.

Eine solche Position begünstigte zwar die Elastizität der polnischen Politik, erschwerte aber eine tieferreichende Analyse des Nationalsozialismus. Die Haltung des Regierungslagers zeigte sich sehr deutlich in den Artikeln der Jahre 1930–1932 in der halbamtlichen Tageszeitung »Gazeta Polska« (Polnische Zeitung). Nach den Erfolgen der NSDAP im Herbst 1930 brachte sie erstmals eine Photographie Hitlers und kommentierte die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom September als Sieg einer Partei von Revanchisten, denen es mit Hilfe demagogischer Tricks gelungen sei, das Vertrauen der Gesellschaft zu gewinnen. Im Jahr 1931 weckten die spektakulären Scharmützel zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in den Straßen der deutschen Städte das größte Interesse. Mit Aufmerksamkeit wurde auch die organisatorische Entwicklung der NSDAP verfolgt. Im Jahr 1932 befaßte sich die Zeitung mit der Karriere von Goebbels: Er wurde als Angehöriger einer Kampforganisation charakterisiert,

der aufgrund seiner Verkrüppelung an psychischen Störungen leide. Die Frage nach dem Wesen des Nationalsozialismus tauchte dagegen nur selten auf.

Der Sieg der nationalsozialistischen Revolution im Januar 1933, der für die polnische Regierung nicht überraschend kommen konnte, rief zwiespältige Reaktionen und Tendenzen hervor. Einerseits war ein Gefühl der Erleichterung spürbar, da man in dem Regierungswechsel in Deutschland eine Chance zur Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen erblickte, die sich in den letzten Jahren der Weimarer Republik als ausgesprochen schlecht erwiesen hatten. Die Regierungskreise zählten darauf, daß Deutschland durch den Umsturz Hitlers von inneren Angelegenheiten absorbiert sein und sich somit als weniger aggressiv und für Polen weniger gefährlich erweisen werde.²⁷ Hitler, das ist kein Preuße, soll Piłsudski in einem Gespräch zu Minister Beck gesagt haben.²⁸ Der Umsturz sei ein Symbol für den Sieg Deutschlands über Preußen. Die polnische Regierungspresse verfolgte den Prozeß der Gleichschaltung im Reich mit Wohlwollen und suchte nach Beweisen für eine Änderung der deutschen Haltung. Gekrönt wurde diese Reaktion auf das Jahr 1933 durch den Nichtangriffspakt vom Januar 1934, einen Pakt, den – um es noch einmal zu wiederholen – beide Seiten von Beginn an als taktisches Bündnis betrachteten.

Andererseits rief der Sieg der Nationalsozialisten Bestürzung und Unruhe hervor. Die alten Ressentiments kehrten zurück. Die »Gazeta Polska« informierte ausführlich über Gewaltakte und Rechtsbrüche, über revancharistische Vorfälle und Erscheinungen, war aber nicht frei von Widersprüchen. Am 1. Februar 1933 urteilte sie in ihrem Leitartikel, daß in Deutschland »die schwärzeste Reaktion die Macht an sich gerissen« habe, gleichzeitig aber wurde festgestellt: »Jener Hitler, der Kanzler geworden ist, ist nicht der gleiche wie vor einem Jahr. Dies ist nicht der Kandidat für den Präsidentensessel vom August und November, der für sich selbst alles oder nichts gefordert hatte. Nach der Wahlniederlage im November und nach den Meutereien im Schoße der eigenen Partei hat er – seiner Zukunft ungewiß und durch leere Kassen an die Wand gedrückt – sämtliche sozialistischen Gelüste verloren. Die Harzburger Front, jenes Trugbild der schwärzesten Reaktion, ist leibhaftig geworden. Hugenberg hat die Zukunft klar vorausgesehen, als er den »böhmischen Gefreiten« vor Jahren aus seiner Kuratel entließ. Heute ist dieser gefügig zurückgekehrt und führt Millionen Wähler mit sich, die durch das versprochene Dritte Reich geblendet sind.«²⁹ Diese Einschätzung war – wie sich bald erweisen sollte – ebenso naiv wie falsch.

Erst in den Jahren der unmittelbaren Bedrohung nahm die Sanacja auf komplexere und entschiedener Weise die Kritik am Nationalsozialismus

als einem integralen Bestandteil des deutschen Problems auf, obschon ihr dies im Zusammenhang mit dem Verfall des Regierungslagers nach dem Tode Piłsudskis und den wachsenden extremistischen Einflüssen der Rechten nicht leicht fiel.

Am rechten Rand der Parteienlandschaft der Zweiten Republik stand die Nationaldemokratie (*Narodowa Demokracja*), eine Gruppierung mit komplizierter und wechselnder Organisationsstruktur, die sich auf eine jahrzehntelange Tradition berufen konnte und sehr rührig und einflußreich war. Die Nationaldemokraten zeigten am meisten Interesse und auch Sympathie für den Nationalsozialismus, ähnlich wie sie zuvor deutlich dem Zauber des italienischen Faschismus erlegen waren. Diese Sympathie war das Ergebnis von zumindest drei Ursachenkomplexen:

Erstens sahen die Nationaldemokraten Preußen und das Deutsche Reich als den traditionellen Hauptfeind Polens an. Schon vor 1914 wünschten sie sich für ein zukünftiges unabhängiges Polen das Bündnis mit Frankreich und mit Rußland. Der Nationaldemokratie war es gelungen, durch ihren Kampf gegen die seit der Bismarckzeit betriebene Politik der Germanisierung polnischer Gebiete und durch ihren Widerstand gegen eine Verständigung mit der deutschen Teilungsmacht ein ansehnliches politisches und moralisches Kapital zu sammeln. Auch hatte sie im Kampf um die Unabhängigkeit Polens unter den Rechtsparteien am meisten Initiative entwickelt.³⁰ Zweitens war für die Sympathie gegenüber dem Nationalsozialismus das ideologische Programm der Nationaldemokraten entscheidend. Es verkündete den Primat der Nation über den Staat; es hatte eine rassistische Grundlage (obschon sich dieser Rassismus auf geistige und kulturelle, nicht aber biologische Unterschiede stützte), propagierte den Antisemitismus (der um so gefährlicher und aggressiver war, als er sich aus einem Minderwertigkeitskomplex gegenüber den Juden entwickelte) und sprach sich schließlich für ein Polen aus, das die Völker Osteuropas in einer Staatenföderation umfassen sollte. Drittens war eine wichtige Voraussetzung für das Interesse der Nationaldemokraten an der Hitlerbewegung, daß sie sich nach dem Maiumsturz 1926 in Opposition zur Regierung befanden und im Lauf der Jahre immer weniger Chancen hatten, zur Macht zurückzukehren, obwohl sie ihr Ziel, die verlorenen Positionen zurückzugewinnen, niemals aus den Augen verloren und im politischen Kampf zu immer rücksichtsloseren Methoden griffen.

Die Nationaldemokraten gehörten neben den Kommunisten und Sozialisten zu den Parteien, die sich am stärksten bemühten, eine rein theoretische Interpretation des Nationalsozialismus zu bieten und ihn gleichzeitig in einer Weise darzustellen, die den eigenen politischen Zielen möglichst genau entsprach. Die ersten Versuche dieser Art stammten aus der Zeit

nach dem Abschluß der Locarno-Verträge, durch die Deutschland die im Versailler Vertrag festgelegte Westgrenze anerkannte, setzten also relativ früh ein. Verständlicherweise empfanden die Nationaldemokraten die Bedrohung, die sich aus den Verträgen für Polen ergab, am stärksten. Sie reagierten darauf in zweifacher Weise mit gesteigertem Nationalismus, unter anderem in Form der sogenannten »Westorientierung« (*myśl zachodnia*) sowie mit verstärkten antiliberalen und antidemokratischen Tendenzen. Zu Beginn der dreißiger Jahre befaßte sich Stanisław Kozicki, ein bekannter nationaldemokratischer Publizist, mit der kritischen Interpretation und der Popularisierung der nationalsozialistischen »Klassiker« in Polen. In seinen Rezensionen zu Hitlers »Mein Kampf« und Rosenbergs »Der Mythos des 20. Jahrhunderts« stellte er fest, daß der Nationalsozialismus eine »Bewegung ist, die sich auf die wesentlichsten Instinkte des deutschen Volkes stützt, eine Bewegung, die dem historischen Moment entspricht und die Jugend, die das zukünftige Deutschland schaffen wird, in sich versammelt«. Weiter meinte er, daß dies eine »tiefreichende und ernstzunehmende Bewegung ist und kein flüchtiges Fieber der Nerven oder der Phantasie«. ³¹ Die polnischen Nationalisten könnten von den Nationalsozialisten vieles lernen. Gleichzeitig sah Kozicki freilich auch die antipolnische Stoßrichtung des Nationalsozialismus: »In seinem Buch schreibt Hitler nur sehr wenig über Polen, wir finden nur einige sehr allgemeine Sätze darin, allerdings führt seine gesamte Konzeption des Erfolgs und der internationalen Rolle Deutschlands in der Konsequenz zum Konflikt mit Polen.« ³² Diese Worte geben gleichzeitig Antwort auf die Frage, warum sich die Nationaldemokratie bei aller Sympathie für den Nationalsozialismus nicht mit diesem identifizieren konnte. ³³

Die starken und die schwachen Seiten der »deutschen Doktrin« der Nationaldemokraten kamen am deutlichsten in den Schriften ihres Begründers, Führers und Haupttheoretikers Roman Dmowski zum Ausdruck. Im Jahr 1934 erschien sein Buch »Przewrót« (Der Umsturz), das man als Synthese seiner Ansichten über den Nationalsozialismus und zugleich als repräsentativste Interpretation der Auffassungen ansehen muß, die in seiner Partei in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre in bezug auf diese Frage herrschten. ³⁴ Dmowski nannte Hitler nun nicht mehr einen braven Kerl, dem man unmöglich politische Erfolge voraussagen könne. Der Nationalsozialismus hatte sich als siegreiche Bewegung erwiesen, wodurch die Revolution von 1933 in den Augen Dmowskis zum »gewaltigsten Phänomen« der Gegenwart avanciert war. Die Bedeutung des »Umsturzes« maß er an der Latte seiner antipreußischen Tendenzen. Bisher habe Preußen über die Gestalt Deutschlands und die Richtung seiner Politik entschieden, Deutschland »unter dem Kommando« Preußens gestanden. Der Sieg Hit-

lers und seine erfolgreiche Politik der »Gleichschaltung« im neuen Reich setzten der preußischen Hegemonie ein Ende.

Ebenso wichtig sei, daß die nationalsozialistische Regierung die Lösung der Judenfrage sofort in Angriff genommen habe, die für Deutschland von weitaus größerer Bedeutung sei als z. B. für Italien. Zwar sei es richtig, daß die Juden Deutschland im Jahr 1918 vor dem vollkommenen Debakel gerettet hätten, gleichzeitig aber hätten sie Deutschland die Revolution »beschert«, die »alle bis dahin noch bestehenden Hindernisse, die den deutschen Staat vor einer Verjudung geschützt hatten, vernichtete.«³⁵ Die Hitler zur Ehre gereichende Politik der Bändigung der Juden habe sich – so Dmowski – vor allem deshalb als wirksam erwiesen, weil sie sich mit dem Kampf gegen die Freimaurerei gepaart habe, einer destruktiven, weil internationalen, plutokratischen und natürlich eben jüdischen Kraft. Dmowski stellte mit Bewunderung fest, wie tief das Wissen der Anhänger Hitlers »über die Aktivitäten der jüdischen Freimaurerei ist«, gab aber seiner Skepsis Ausdruck, ob es Hitler gelungen sei, sich von den Einflüssen der Freimaurer hinreichend zu befreien. Im Lager des Führers des neuen Reichs machte er ihrer viele aus; er hob »die Berliner, die preußische, die aristokratische, die antipolnische und die Freimaurerei der Junker« hervor und schrieb: »Weil das Nordische im Hitlerismus eine nicht geringe organisatorische Rolle spielt, ist es kein Wunder, daß die Hitlerbewegung in größerem oder geringerem Maße den Kampf einer Richtung der ostpreußischen Freimaurerei gegen andere Logen darstellt, mit dem Ziel, den entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik zurückzugewinnen.«³⁶ Die Gleichsetzung des Juden und des Freimaurers sowie deren Identifizierung mit dem Typ des Finanzhais waren bei Dmowski eine genauso starke, wenn nicht stärkere Besessenheit wie in der Doktrin des Nationalsozialismus selbst, die seine Bewunderung hervorrief.

Bewunderung weckte in ihm auch Hitler: Er sei »die Inkarnation des Volksgeistes«, ein großer »Hypnotiseur«, der »mit unglaublicher Leichtigkeit alle Gedanken und Gefühle, mit denen das heutige deutsche Volk in all seinen Schichten und Gruppierungen lebt, aufsaugt, sie in Losungen und Programme umarbeitet, die er mit einem Talent aus sich ausschleudert, das nicht nur Begeisterung, sondern bereits Ekstase bei seinen Zuhörern hervorruft.«³⁷

Das überaus suggestive Bild des Nationalsozialismus als einer Bewegung, die der eigenen Wiedergeburt entgegengehe, als eines Systems, das den Kampf gegen das kapitalistische Übel aufgenommen habe, führte Dmowski zu drei weiteren Schlußfolgerungen: Erstens zwang es ihn dazu, die Frage nach der Stabilität des nationalsozialistischen Systems zu beantworten. Zweitens mußte er sich fragen, ob der Nationalsozialismus eine

eventuelle Umkehr der bisherigen deutschen Politik bewirken könne. Drittens brachte es die Frage nach der Bedeutung des Nationalsozialismus für die Zukunft Polens auf die Tagesordnung.

Bei der ersten Frage hatte Dmowski zahlreiche Zweifel. Er war der Ansicht – und verteidigte sie konsequent –, daß der Nationalsozialismus kein »theoretisch entwickeltes, rechtlich begründetes System« darstelle. Auch seien nicht alle Prinzipien der »nationalsozialistischen Weltanschauung« positiv zu bewerten. Er machte bezüglich des Führerprinzips Vorbehalte geltend, kritisierte den extremen Chauvinismus und die Militarisierung der nationalsozialistischen Bewegung, deren ostentatives Antichristentum und deren anthropologischer Rassismus ihn störten.

Auch bei der zweiten Frage war Dmowski im Jahr 1934 bereits ziemlich skeptisch. Hatte er in seinen früheren Texten dazu geneigt, anzunehmen, daß der nationalsozialistische Umsturz das Ende des deutschen Imperialismus bedeuten werde, so gab er jetzt seiner Überzeugung Ausdruck, daß der Imperialismus »in den deutschen Seelen lebendig geblieben ist. Er hat einen Tag nach der Niederlage sein Haupt erhoben und ist zur Hauptantriebskraft der deutschen Politik geworden.«³⁸ Dmowski machte sich keine Illusionen darüber, daß Hitler versuchen werde, »die traditionelle, zumindest auf das 10. Jahrhundert zurückreichende historische Entwicklungslinie aufrechtzuerhalten«, und die Überzeugung, daß Deutschland ohne die Unterstützung von Liberalen und Juden geschwächt sein werde, beruhigte ihn nur teilweise. Die Unterstützung, die der Nationalsozialismus seitens der Mehrheit erhalten hatte, erklärte Dmowski gerade damit, daß Hitler das sage und tue, was in der Mentalität der Deutschen tief verwurzelt sei, indem er nämlich die Eroberung Europas ankündige und vorbereite. »Kann man sich denn wundern«, fragte er, »daß ihnen die Augen funkeln, wenn sie das hören?«³⁹ Nach der Befriedigung dieses nostalgischen Wunsches »wird Hitler überflüssig sein«.

Diese nüchterne Reflexion entschied über die Frage, welche Bedeutung das Jahr 1933 für Polen habe. Dmowski hob hervor: »Der Hitlerismus erteilt den in Polen regierenden Politikern eine großartige, strenge Lektion, er lehrt, wie man ein Volk zu organisieren hat, er spricht davon, wie man die mit der Gesellschaftsordnung zusammenhängenden Schwierigkeiten zu lösen hat, er stellt eine mustergültige Lösung des Verhältnisses zu Juden und Freimaurern dar.« Er sei allerdings eine für Polen sehr gefährliche Bewegung, da er gerade deshalb, weil er »die Bündelung aller Wünsche und Bestrebungen des deutschen Volkes« bedeute;⁴⁰ die Unabhängigkeit des Landes bedrohe. Indem Dmowski feststellte, daß Hitler bereits ein Jahr nach seiner Machtübernahme von den Prinzipien der »Volksrevolution« abgegangen sei, distanzierte er sich in gewissem Maß von der nationalde-

mokratischen Jugend, die den Nationalsozialismus in eher statischen, idealen Kategorien betrachtete.

Der – wie es scheint – einzige Autor, der Mitte der dreißiger Jahre mit Dmowski die Skepsis bezüglich der wahren Absichten des Dritten Reichs teilte, war Roman Rybarski. Rybarski schrieb, daß die deutsche Revolution bereits aufgehört habe, eine nationale Revolution zu sein; der eigentliche Führer Deutschlands sei nicht mehr Hitler, sondern Hjalmar Schacht.⁴¹ Rybarski unterzog die westeuropäischen Pazifisten wegen ihrer Politik der Zugeständnisse gegenüber dem Reich einer scharfen Kritik.

Ein Repräsentant der »Jungen« innerhalb des nationaldemokratischen Lagers war Jędrzej Giertych, einer der Schüler und Bewunderer Dmowskis, allerdings auch einer seiner Antagonisten. In seinem grundlegenden Buch »Die Tragik des polnischen Schicksals« (*Tragizm losów Polski*)⁴² wiederholte und entwickelte Giertych viele Gedanken seines Meisters. Auch die These, daß Hitlers Machtergreifung das Schwinden Preußens bedeute, ist deshalb dort zu finden. Falls der Prozeß der Eliminierung Preußens fortgesetzt werde – so Giertych –, werde es Polen in Zukunft nur mit dem deutschen Volk zu tun haben. Man werde sich weiterhin bekämpfen (anders könne es nicht sein, da beide Länder zum Kampf gegeneinander verurteilt seien: »Der Kampf gegen das Slawentum und gegen Polen gehört seit einem Jahrtausend zur nationalen deutschen Tradition«⁴³), aber dieser Kampf werde nicht mehr durch die Elemente preußischer Tradition und preußischen Geistes geprägt sein. Auch die Meinung über die epochale Bedeutung des Jahres 1933 für die Zukunft des Judentums in der ganzen Welt teilte Giertych. Bei ihm kam der Antisemitismus noch deutlicher zum Ausdruck als bei Dmowski. Er stimmte zwar mit diesem überein, daß der Antisemitismus nicht mit einem vulgären Rassismus verbunden sein müsse, ja, nicht einmal dürfe, gleichzeitig betonte er aber entschieden, daß die Juden eine Gruppe seien, die sich allen Assimilierungsbemühungen entziehe. Sie bildeten – neben Freimaurern und Kommunisten – »das dreieinige Lager unserer politischen Gegner«. Die Niederlage von 1933 sei für sie die größte Katastrophe seit 1492, als sie aus Spanien vertrieben wurden. Schließlich wiederholte Giertych den Gedanken, daß Hitler sich dem Einfluß der Freimaurer nicht so bald werde entziehen können. Allerdings war er in dieser Hinsicht guten Muts: Die Erfolge Hitlers sprachen seine Phantasie deutlich an.

Ähnlich wie Dmowski war Giertych dem Nationalsozialismus gegenüber jedoch nicht ganz unkritisch. Er erblickte in ihm eine Bedrohung des Katholizismus und der westlichen Zivilisation. »Es wäre besser«, schrieb er, »wenn es gelänge, diese gegen Katholizismus und Zivilisation gerichteten Tendenzen in Deutschland selbst zu unterdrücken, ohne zugleich den Hitlerismus zu beseitigen, wenn also der Hitlerismus eine Evolution in eine

stärker europäische, lateinische und katholische Richtung vollzöge.«⁴⁴ Den Kampf gegen Hitler aufzunehmen, so führte er aus, wäre ein Fehler, vor allem, weil Deutschland, wenn man es seines nationalsozialistischen Führers beraube, durch die in ihre Machtpositionen zurückkehrenden Juden gestärkt und dadurch für einen Überfall auf Polen gerüstet würde. Für Giertych ergab sich aus dem polnischen Interesse die Notwendigkeit, gegen die Deutschen, aber nicht gegen Hitler zu kämpfen.

Giertych hob in aller Offenheit hervor, daß die Ereignisse in Deutschland der Nationaldemokratie den Weg zur Machtergreifung in Polen eröffnen könnten: »Eine nationale Regierung in Polen wäre nicht isoliert: Die Angriffe der Freimaurer und der Juden würden sich nicht mehr allein gegen Polen richten, sie müßten ihren Impetus auf das nationale Polen, das hitleristische Deutschland und das faschistische Italien aufteilen.«⁴⁵

Mit der Entwicklung der Ereignisse, insbesondere im Verlauf des fortschreitenden Zerfallsprozesses im Regierungslager, wurden Giertychs Überzeugungen immer radikaler, was die Wandlung im gesamten nationaldemokratischen Lager recht genau widerspiegelt. Sein nächstes Buch, »Über den Ausweg aus der Krise« (*O wyjście z kryzysu*, 1938)⁴⁶, das als »Katechismus der jungen Nationalisten« bezeichnet wurde, stellte den Versuch dar, »alte« Elemente der Doktrin Dmowskis, einen extremen Nationalismus – der mit dem Glauben an dessen nahen Sieg in ganz Europa⁴⁷ einherging – sowie die Hoffnung auf eine baldige Machtübernahme im Lande miteinander zu verbinden. »Wir beobachten den Faschismus, den Hitlerismus und andere nationale Bewegungen im Ausland sehr genau, weil wir der Ansicht sind, daß wir viel von ihnen lernen können. Wir bemühen uns, Lehren aus ihren Erfahrungen zu ziehen, ihre guten Ideen zu nutzen, all das von ihnen zu übernehmen, was sie an Positivem geschaffen haben. Unser Ziel ist die Machtübernahme in Polen.«⁴⁸

Das Werk Giertychs ist ein Zeugnis für die Krise des theoretischen und politischen Denkens im nationaldemokratischen Lager. Es spiegelt eine Zeit wider, in der diese Gruppierung ihr einheitliches ideelles Gesicht endgültig zu verlieren begann. Bereits 1934 hatten sich vom Kern der Bewegung, der Nationalen Partei (*Stronnictwo Narodowe*), radikale Gruppen abgespalten, die bald eine selbständige Position gewinnen sollten. Es entstanden der Verband Junger Nationalisten (*Związek Młodych Narodowców*) und das National-Radikale Lager (*Obóz Narodowo-Radykalny*, ONR), aus dem sich in der Folge eine extreme Strömung löste, die Falanga (mit Boleslaw Piasecki an der Spitze), die im wahrsten Sinne des Wortes den Versuch darstellte, die organisatorischen Strukturen des Faschismus auf Polen zu übertragen.

Besonders die »Jungen« erlagen dem Zauber des Faschismus: Das Abzei-

chen der Falanga war eine Travestie des Hakenkreuzes, im Emblem der Legion der Jungen (Legion Młodych) befand sich u. a. ein Likatorennbündel; man trug Chrobry-Kurzschwerter und grüßte sich mit erhobener Hand; auch wurden Versuche unternommen, Elemente einer Uniformierung einzuführen. In »Awangarda« wurden Texte faschistischer Autoren gedruckt. Dies war aber eher die Imitation einer Bewegung, die durch ihre Stärke imponierte, als ein Import ihrer Ideologie. Die ideologischen Auseinandersetzungen der extremen Rechten wurden immer mehr zu politischen Auseinandersetzungen. Ihr Ziel war die Macht in Polen. Die Aussagen über das Verhältnis zu Deutschland stellten ein Instrument dar, das diesem Ziel dienen sollte. Ein Produkt dieser Bestrebungen war etwa die »Verschwörungstheorie«, durch die der Sanacjaregierung vorgeworfen wurde, ihre Politik der Zugeständnisse gegenüber Berlin sei in Wirklichkeit nichts anderes als eine Verschwörung gegen das polnische Volk.

Den Rahmen für diese Theorie bildeten weiterhin der an Intensität zunehmende Antisemitismus und Nationalismus. Die Nationaldemokraten waren auf ihre Haltung gegenüber den Juden sehr stolz. Sie meinten, daß sie sich dadurch vorteilhaft von den übrigen politischen Kräften im Lande abhoben. Der Nationalismus mit seiner Idee einer Großmacht Polen nahm eine überaus aggressive, geradezu vermessene Form an. Noch am 30. April 1939 erklärte der Vorsitzende des Hauptvorstandes der Nationalen Partei, Kazimierz Kowalski: »Der Versailler Vertrag war seinem Wesen nach ein Kompromiß, durch den Polen zugunsten Deutschlands auf vieles verzichtet hat. Sollte dieser Kompromiß auf Betreiben Deutschlands zerstört werden, so wird Polen das fordern, was ihm zusteht! Wir werden in einem solchen Fall nicht zögern, den Weg Chrobrys und Dmowskis zu beschreiten. Polen wird sich daran erinnern, daß in Deutschland anderthalb Millionen Polen leben. Es wird sich daran erinnern, daß Dmowski um Opole (Oppeln), Gdańsk (Danzig), Ostpreußen, Słupsk (Stolp) und Piła (Schneidemühl) gekämpft hat. Man sollte wissen, daß seit Versailles zwanzig Jahre vergangen sind und daß der polnische Staat im Verlauf dieser Zeit erstarkt ist und sich konsolidiert hat und daß seine Wünsche demgemäß viel größer sein können als damals ... Polen wird auch das tschechische Volk nicht vergessen sowie die Rechte des litauischen Volkes auf Memel und unsere dortigen Interessen. Ebenso wird es sich des von den Deutschen erbarungslos unterdrückten und heldenhaft ausharrenden Volks der Sorben erinnern.«⁴⁹

IV

An dieser Stelle gelangen wir zu den letzten Jahren vor dem Kriegsausbruch. Die Entwicklung der internationalen Ereignisse: das Münchener Abkommen, der Einmarsch in das Sudetenland, der Anschluß Österreichs, die Besetzung der Tschechoslowakei, die Forderungen Hitlers bezüglich Danzigs und des Korridors, machte das Fiasko der bisherigen Politik Polens gegenüber dem Dritten Reich deutlich. Die Entwicklung kompromittierte auch diejenigen, die das Lob des Nationalsozialismus verkündet und Worte der Bewunderung für Hitler gefunden hatten, in der Illusion, daß er es nicht wagen werde, Polen anzugreifen. Angesichts der unmittelbaren Bedrohung kam es zu einer gewissen Annäherung zwischen Nationaldemokratie und Sanacja. Die Voraussetzungen hierfür waren im übrigen schon früher entstanden, als die »Jungen Nationalisten« und die Angehörigen der Falanga die antidemokratische Aprilverfassung des Jahres 1935 unterstützt hatten, der Antisemitismus in die Kreise der Sanacja eingedrungen und das »Lager der Nationalen Vereinigung« (Obóz Zjednoczenia Narodowego, OZN) gebildet worden war mit dem Ziel, eine Plattform für die nationale Verständigung zu schaffen. Aus ideologischen Gründen war eine Einigung freilich schwierig und forderte Opfer. Der Sanacja blieb unter dem Druck der Öffentlichkeit nichts übrig, als vom Kurs der Kompromisse und Zugeständnisse gegenüber Deutschland abzugehen; die Nationaldemokratie mußte unter dem Druck der Tatsachen darauf verzichten, Hitler und den Nationalsozialismus dem deutschen Nationalismus und Imperialismus entgegenzustellen. Zygmunt Wojciechowski stellte in einem Buch über das seit zehn Jahrhunderten währende Ringen zwischen Deutschen und Polen fest: »Das antipolnische Programm Adolf Hitlers ist eine Synthese der Vorgehensweise aller seiner Vorgänger, von Heinrich II. bis zu Wilhelm II., insbesondere ist es eine perfekte Synthese der Aktivitäten Brandenburgs und der Kreuzritter.«⁵⁰

Der Kampf gegen Deutschland wurde zu einem integrierenden Faktor für die politischen Kräfte der Zweiten Republik. »Zwischen dem Imperium Germanicum und der Unabhängigkeit Polens kann es keinen Kompromiß geben«, so lautete die Losung der verschiedenen politischen Lager. Daß sie das Feuer des Nationalismus entfachte, erscheint nur logisch. In extremen Fällen hatte dieser Nationalismus durchaus nicht nur defensiven Charakter, sondern er wurde von dem Streben begleitet, das Staatsterritorium Polens zu erweitern: Nicht nur die nationaldemokratische Jugend sprach vom »Drang nach Westen« als »Bestimmung« der Polen. Die Gruppe Kowalski – Giertych dachte sich die Oder als westliche und Königsberg und die Ostsee als nördliche Grenze Polens.⁵¹

Gleichzeitig hörte man in der polnischen Ideologie weiterhin die alten Töne: Antikommunismus, Antisemitismus und proautoritäre Sympathien. Das Schema: Jude = Freimaurer = Kommunist sollte der psychischen Mobilisierung der Gesellschaft für den Kampf dienen. Die Gedankengänge sahen etwa so aus: Die Juden kämpfen nicht gegen Deutschland, sondern gegen Hitler, der Jude (also der Freimaurer und Kommunist) hat freien Raum zur Destruktion erhalten, weil Hitler das in »Mein Kampf« dargestellte Programm aufgegeben hat. Der bekannte nationaldemokratische Aktivist Franciszek Sz wajdler soll im März 1939 auf einer Kundgebung in Łódź gesagt haben: »Wenn du an der Front bist, so erledige einen Deutschen und zwei Juden aus deiner eigenen Kompanie.«¹²

Die Sympathien für den Totalitarismus erwiesen sich gegen die Wirkung von Zeit und Umständen als gleichermaßen immun. Als der Krieg gegen Hitler unausweichlich wurde und jedes Anzeichen einer Anerkennung für den Nationalsozialismus von der Öffentlichkeit als Verrat an Polen eingestuft werden mußte, wandte die Rechte ihre Aufmerksamkeit um so häufiger Italien und Spanien zu, da sie sich von diesen ideologischen Stammesbrüdern – in vollkommen naiver Weise – Hilfe versprach. In dem oben zitierten, Ende April 1939 verfaßten Referat Kowalskis wurde erklärt: »Sollten wir uns im Lager der Kriegsgegner des nationalen Spanien und des faschistischen Italien wiederfinden, so wäre dies für uns eine Tragödie, denn es ist unser sehnlichster Wunsch, daß diese beiden durch ihren Nationalgeist starken Völker zu einer der Säulen werden, auf die sich das künftige, wahrhaft nationale, wahrhaft katholische und wahrhaft lateinische Europa stützen kann.«

V

Es ist nicht leicht, die vorliegenden Überlegungen zu rekapitulieren. In der Zweiten Republik fehlten breit angelegte und komplexe Studien über den Nationalsozialismus, über sein Wesen und seine Rolle in der neuesten Geschichte Deutschlands. Analysen der Ideologie des Nationalsozialismus blieben sporadische Erscheinungen. Obwohl es in der polnischen Literatur an treffenden Urteilen nicht mangelte – als ein solches kann man z. B. die Verbindung des Aufstiegs des Nationalsozialismus mit der großen Krise von 1929–1933 erachten –, überwog bei der Auseinandersetzung mit der Hitlerbewegung der politische, pragmatische Gesichtspunkt. Die politische Zersplitterung im Lande und die Machtkämpfe der Parteien erschwerten ebenfalls eine rationale, wissenschaftliche Beurteilung der Folgen, die

sich aus dem Sieg der Nationalsozialisten in Deutschland für den polnischen Staat und die Polen ergaben.

Erst im Augenblick der Bedrohung durch den unmittelbar bevorstehenden Überfall erkannte die Öffentlichkeit Polens den Nationalsozialismus in seiner wahren Gestalt. Die nun nicht mehr zu übersehende Gefahr veranlaßte die Parteien zur fieberhaften Suche nach einem einhelligen Urteil. Ist es also berechtigt, von einer politischen Unreife der polnischen Gesellschaft und der sie lenkenden politischen Kräfte bezüglich der Einschätzung des Nationalsozialismus zu sprechen? Die Frage ist zweifellos zu bejahen, allerdings mit dem Zusatz, daß die gesellschaftlichen und politischen Eliten ganz Europas, Deutschland nicht ausgeschlossen, Anteil an dieser Unreife hatten.⁵³ Die Auseinandersetzungen über das Wesen des Faschismus und Nationalsozialismus, die bis heute anhalten, beweisen aber auch, daß eine vollständige Erklärung dieses Phänomens eine sehr schwierige Aufgabe darstellt.⁵⁴

Anmerkungen

- ¹ In erster Linie sind die Arbeiten des Danziger Historikers Roman Wapiński zu nennen: *Niektóre problemy ewolucji ideowo-politycznej endecji w latach 1919–1931* [Einige Probleme der ideologisch-politischen Entwicklung der Nationaldemokratie in den Jahren 1919–1931], in: *Kwartalnik Historyczny* 1966, Nr. 4, S. 861–876; *Z dziejów tendencji nacjonalistycznych. O stanowisku Narodowej Demokracji wobec kwestii narodowej* [Aus der Geschichte nationalistischer Tendenzen. Über den Standpunkt der Nationaldemokratie gegenüber der nationalen Frage], ebenda, 1973, Nr. 4, S. 817–843; *Endecja wobec hitleryzmu w III Rzeszy* [Die Nationaldemokratie gegenüber dem Hitlerismus im Dritten Reich], in: *Polska – Niemcy – Europa. Studia z dziejów myśli politycznej i stosunków międzynarodowych*, pod red. A. Czubińskiego [Polen – Deutschland – Europa. Studien zur Geschichte der politischen Ideen und der internationalen Beziehungen, hrsg. von A. Czubiński], Poznań 1977, S. 531–543; *Miejsce starych ruchów nacjonalistycznych w formowaniu się tendencji faszystowskich i parafaszystowskich* [Der Standort alter nationalistischer Bewegungen bei der Entstehung faschistischer und parafaschistischer Tendenzen], in: *Studia nad faszyzmem i zbrodniami hitlerowskimi* Bd. 3, 1977, S. 176–197; *Narodowa Demokracja 1893–1939. Ze studiów nad dziejami myśli nacjonalistycznej* [Die Nationaldemokratie 1893–1939. Studien zur Geschichte des nationalistischen Denkens], Wrocław 1980. Dazu ferner: J. J. Terej, *Idee – mity – fakty. Szkice do dziejów Narodowej Demokracji* [Ideen – Mythen – Fakten. Skizzen zur Geschichte der Nationaldemokratie], Warszawa 1971; E. v. Puttkammer, *Die polnische Nationaldemokratie*, Krakau 1943. Über die Ansichten der polnischen Linksparteien vgl. T. Gąsior, *KPP i PPS wobec faszyzmu niemieckiego* [Die KPP und die PPS gegenüber dem deutschen Faschismus], in: »Dzieje Najnowsze« 1973, Nr. 4, S. 95–110; über die Position des Regierungslagers: W. T. Kulesza, *Koncepcje ideowo-polityczne obozu rządzącego »Polsce« latach 1926–1935* [Politisch-ideologische Konzeptionen des Regierungslagers in Polen 1926–1935], Wrocław 1985.
- ² R. Rybarski, *Siła i prawo* [Macht und Recht], Warszawa 1936, S. 84.
- ³ Vgl. W. Wrzesiński, *Niemcy w oczach Polaków 1918–1939* [Die Deutschen in den Augen der Polen 1918–1939], in: »Odra«, 1977, S. 4 ff. Das Thema wird einseitig und tendenziös behandelt von Frank Golczewskis, *Das Deutschlandbild der Polen 1918–1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik*. Düsseldorf 1974.
- ⁴ A. Skwarczyński, *Droga wyjścia z rozstroju* [Ein Ausweg aus der Zerrüttung], in: »Droga«, 15. 12. 1923, S. 4 ff.; vgl. auch D. Nałęcz, »Droga« jako platforma kształtowania się ideologii piłsudczyków [Die Zeitschrift »Droga« (Der Weg) als Plattform für die Gestaltung der Ideologie des Piłsudski-Lagers], in: *Przegląd Historyczny* 1975, H. 4, S. 602 ff.
- ⁵ B. Borowik, *Ekonomiczny system faszyzmu. Biblioteka Obozu Monarchistów Polskich* [Das ökonomische System des Faschismus. Bibliothek des Lagers der polnischen Monarchisten], Warszawa 1926, S. 3.
- ⁶ Ebenda, S. 8.
- ⁷ *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung], 31. 10. 1922.
- ⁸ M. Wicherkiewiczowa, *W słońcu Italii* [Unter der Sonne Italiens], Poznań 1929.
- ⁹ Ebenda, S. 43.
- ¹⁰ Ebenda, S. 41–42.

- ¹¹ R. Dmowski, Zagadnienie rządu [Das Regierungsproblem] (1927), in: ders.: Schriften, Bd. 9, Częstochowa 1939, S. 152.
- ¹² Ders., Przewrót [Der Umsturz], Warszawa 1934, S. 393.
- ¹³ J. Bardach, in: Dyktatury w Europie środkowo-wschodniej 1918–1939, pod red. J. Żarnowskiego [Diktaturen in Ostmitteleuropa 1918–1939, hrsg. von J. Żarnowski], Wrocław 1973, S. 210.
- ¹⁴ H. Olszewski, Nauka historii w upadku. Studium o historiografii i ideologii historycznej w imperialistycznych Niemczech. [Die Geschichtswissenschaft in der Krise. Eine Studie zur Historiographie und historischen Ideologie im imperialistischen Deutschland], Warszawa / Poznań 1982, S. 170.
- ¹⁵ W. Wippermann, Faschismustheorien. Zum Stand der gegenwärtigen Diskussion, Darmstadt 1976, S. 20ff.
- ¹⁶ Ein Erlaß des Zentralkomitees der KPP von 1930 über das Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands lautete u. a.: »Nur Sowjetpolen u. Sowjetdeutschland dürfen in proletarischer Vereinbarung das Problem Oberschlesien u. des Korridors lösen und die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung der Werkstätten beider Länder sichern.« (In: »Czerwony Sztandar« [Rote Fahne], Nr. 9, 1930).
- ¹⁷ Im »Robotnik« [Der Arbeiter] vom 4. 2. 1933 war unter dem Titel »Die Stunde Deutschlands« zu lesen: »Der Hitlerismus, als Produkt der Niederlage Deutschlands im Krieg, als Produkt des Zerfalls der Nachkriegszeit, ist ein erwünschtes und notwendiges Element für die deutsche Reaktion ...«. Die Wochenschrift »Naprzód« [Vorwärts] hob in der Nr. 26 vom 1. 2. 1933 die bedrohlichen Implikationen des nationalsozialistischen Siegs in Deutschland für den Weltfrieden hervor.
- ¹⁸ K. Czapinski, O istocie faszyzmu [Über das Wesen des Faschismus], in: »Światło« [Das Licht], Nr. 4, 1936.
- ¹⁹ »Robotnik«, 20. 7. 1936.
- ²⁰ »Robotnik«, 27. 5. 1936; vgl. J. Żarnowski, Polska Partia Socjalistyczna w latach 1935–1939. [Die Polnische Sozialistische Partei in den Jahren 1935–1939], Warszawa 1965, S. 163–164.
- ²¹ Es ist charakteristisch, wie wenig der bedeutende polnische Staatsmann und Führer der Bauernbewegung Wincenty Witos zu dieser Problematik zu sagen hatte. Im »Piast«, dem Presseorgan der Volkspartei, versuchte man mehrmals, den Nationalsozialismus mit dem Kommunismus zu identifizieren.
- ²² »Gazeta Polska« [Polnische Zeitung], Nr. 54, 23. 2. 1933; vgl. auch H. Roos, Polen und Europa. Studien zur polnischen Außenpolitik 1931–1939, Tübingen 1957, S. 59, sowie K. Grzybowski, Pięćdziesiąt lat 1918–1968, wyd. K. Opalek [Fünfzig Jahre 1918–1968, hrsg. von K. Opalek], Kraków 1977, S. 117.
- ²³ M. Orzechowski, Wojciech Korfanty. Biografia polityczna [Wojciech Korfanty. Eine politische Biographie], Wrocław 1975, S. 354–355.
- ²⁴ Ebenda, S. 372.
- ²⁵ Ebenda.
- ²⁶ Ebenda, S. 355.
- ²⁷ K. Smogorzewski schrieb in der »Gazeta Polska« mit Genugtuung: »Wenn man von einer kleinen, verachtenden Bemerkung in »Mein Kampf« absieht, kann festgestellt werden, daß sich Adolf Hitler während seines langen und anhaltenden Kampfes um die Macht kein einziges Mal dem Chor der antipolnischen Agitation angeschlossen hat« (Między Wschodem a Zachodem [Zwischen Ost und West], in: »Gazeta Polska«, 22. 2. 1934). M. Sobolewski, Spór o definicje faszyzmu. Sa-

- nacja a faszyzm [Der Streit um die Definitionen des Faschismus. Die Sanacja und der Faschismus], in: *Studia nad faszyzmem i zbrodniami hitlerowskimi* Bd. 3, 1977, S. 247.
- ²⁸ M. Wojciechowski, *Stosunki polsko-niemieckie 1933–1938* [Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938], 2. Aufl. Poznań 1980, S. 65.
- ²⁹ »Prolog szaleństwa« [Prolog des Wahnsinns], in: *Gazeta Polska* [Polnische Zeitung], Nr. 32, 1. 2. 1933.
- ³⁰ Das Werk Dmowskis »Myśli nowoczesnego Polaka« [Gedanken eines modernen Polen] (1903) gehörte zu Beginn unseres Jahrhunderts zu den bekanntesten polnischen Büchern. Seine Bedeutung für die Herausbildung der Ideologie der Unabhängigkeit kann nicht überschätzt werden.
- ³¹ S. Kozicki, *Nacjonalizm niemiecki* [Der deutsche Nationalismus], in: *Myśl Narodowa* [Der nationale Gedanke], Nr. 33, 12. 7. 1931, S. 25.
- ³² Ders., Adolf Hitler, in: »*Myśl Narodowa*«, Nr. 38, 9. 8. 1931, S. 84; derselbe, *Plebiscyt niemiecki* [Die deutsche Volksabstimmung], in: *Gazeta Warszawska* [Warschauer Zeitung], Nr. 246, 18. 8. 1934.
- ³³ M. Broszat, *Faschismus und Kollaboration in Ostmitteleuropa zwischen den Weltkriegen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, 1966, S. 230.
- ³⁴ R. Dmowski, *Przewrót* [Der Umsturz], Warszawa 1934.
- ³⁵ Ebenda, S. 261.
- ³⁶ Ebenda, S. 260.
- ³⁷ Ebenda, S. 246.
- ³⁸ Ebenda, S. 270. Vgl. auch A. Micewski, *Z geografii politycznej II Rzeczypospolitej* [Aus der politischen Geographie der II. Republik], Warszawa 1965, S. 56–57.
- ³⁹ Ebenda, S. 277.
- ⁴⁰ Ebenda, S. 267–268.
- ⁴¹ R. Rybarski, *Naród, jednostka i klasa* [Nation, Individuum und Klasse], Warszawa 1926, S. 175.
- ⁴² J. Giertych, *Tragizm losów Polski* [Die Tragik des polnischen Schicksals], Pelplin 1936.
- ⁴³ Ebenda, S. 607–608.
- ⁴⁴ Ebenda, S. 609.
- ⁴⁵ Ebenda, S. 608.
- ⁴⁶ J. Giertych, *O wyjście z kryzysu* [Über den Ausweg aus der Krise], Warszawa 1937.
- ⁴⁷ Am meisten begeisterte sich Giertych für das Spanien des Generals Franco. In einer Arbeit »*Hiszpania bohaterska*« [Heldhaftes Spanien] (Warszawa 1937) schrieb er (S. 10–11): »Der Aufenthalt im nationalen Spanien war für mich so etwas wie das Eintauchen in ein belebendes Bad. Ein Eintauchen in eine solch erhabene, edle und schöne Atmosphäre, in der sich der Glaube an Gott und der Wille, ihm voll Vaterlandsliebe zu dienen, mit der Verehrung dieser Tradition und dieses Geistes, mit der Bereitschaft zu den größten Opfern für Gott und Vaterland und gleichzeitig mit der männlichen Entschlossenheit und der Fähigkeit zur Tat verbindet, daß man in dieser Atmosphäre gleichzeitig besser wird und zur Tat stärker gerüstet ...«.
- ⁴⁸ J. Giertych, *O wyjście z kryzysu* (wie Anm. 46), S. 12–13.
- ⁴⁹ Zitiert nach R. Wapiński, *Miejsce Narodowej Demokracji w życiu politycznym II Rzeczypospolitej*. [Der Platz der Nationaldemokratie im politischen Leben der II. Republik], in: *Dzieje Najnowsze* 1961, Nr. 1, S. 60–61.
- ⁵⁰ Z. Wojciechowski, *Polska – Niemcy. Dziesięć wieków zmagania* [Polen –

Deutschland. Zehn Jahrhunderte des Ringens], Poznań 1945, S. 258. Dieses Buch wurde bereits in den dreißiger Jahren geschrieben, aber erst nach dem Krieg veröffentlicht.

- ⁵¹ So im Programm des Hauptrats der Nationalen Partei vom 25. 6. 1939 (in: *Warszawski Dziennik Narodowy* [Warschauer Nationale Zeitung], Nr. 175, 27. 6. 1939); vgl. R. Wapiński, *Narodowa Demokracja 1893–1939* (wie Anm. 1), S. 322–323.
- ⁵² Zit. nach J. Żarnowski, *Polska Partia Socjalistyczna* (wie Anm. 20), S. 345.
- ⁵³ Dies hat kürzlich in einem interessanten Text John A. Grenville aufgezeigt: Die Errichtung der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland aus der Sicht der europäischen Nachbarstaaten, in: *Zwischen Demokratie und Diktatur. Nationalsozialistische Machtaneignung in Hamburg – Tendenzen und Reaktionen in Europa*, hrsg. von U. Büttner und W. Jochmann, Hamburg 1984, S. 115–143.
- ⁵⁴ Bereits während der technischen Bearbeitung dieses Bandes wurden Ergebnisse einer Tagung in Wrocław im Jahr 1983 veröffentlicht, die der Haltung der polnischen Öffentlichkeit zum Nationalsozialismus in der Zeit zwischen den Weltkriegen gewidmet war. (Vgl. *Śląski Kwartalnik Historyczny Sobótka*, 1984, Nr. 2, S. 147–349). Sie bestätigen die Thesen der vorliegenden Skizze.

Die Autoren dieses Bandes

Walter Zwi Bacharach, geb. 1928, Dr. phil., Professor für Geschichte der Neuzeit an der Bar-Ilan-Universität Ramat Gan

Wolfgang Benz, geb. 1941, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte München

Charles Bloch, geb. 1921, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Universität Tel Aviv

Karl Dietrich Bracher, geb. 1922, Dr. phil., Drs. h.c., Professor für die Wissenschaft von der Politik und Zeitgeschichte an der Universität Bonn

Günter Brakelmann, geb. 1931, Dr. theol., Professor für Christliche Sozialethik an der Ruhr-Universität Bochum

Martin Broszat, geb. 1926, Dr. phil., Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München, Professor für Geschichte der Neuzeit und der neuesten Zeit an der Universität München

Ursula Büttner, geb. 1946, Dr. phil., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Antoni Czubiński, geb. 1928, Dr. phil., Direktor des Instytut Zachodni, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Poznań

Wilhelm Deist, geb. 1931, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg/Br.

Fritz Fischer, geb. 1908, Dr. phil., Lic. theol., emeritierter Professor für mittlere und neuere Geschichte an der Universität Hamburg

Helga Grebing, geb. 1930, Dr. phil., Professorin für Neuere Geschichte an der Universität Göttingen

Werner Jobe, geb. 1932, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Eberhard Kolb, geb. 1933, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Köln

Michel Lémonon, geb. 1912, Docteur d'État, Privatdozent für Französische Literatur an der Technischen Hochschule Aachen

- Czesław Madajczyk*, geb. 1921, Dr. phil., Professor für neueste Geschichte Polens und Weltgeschichte am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa
- Günter Moltmann*, geb. 1926, Dr. phil., Professor für Mittlere und Neuere Geschichte an der Universität Hamburg
- Hans Mommsen*, geb. 1930, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum
- Klaus-Jürgen Müller*, geb. 1930, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr Hamburg und an der Universität Hamburg
- Günther van Norden*, geb. 1928, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Bergischen Universität – Gesamthochschule Wuppertal
- Henryk Olszewski*, geb. 1932, Dr. jur., Professor für politische und rechtstheoretische Doktrinen an der Universität Poznań
- Dietrich Orlow*, geb. 1937, Dr. phil., Professor für Geschichte an der Boston University
- Franciszek Polomski*, Dr. jur., Dozent für polnische Rechts- und Staatsgeschichte an der Universität Wrocław
- Franciszek Ryszka*, geb. 1924, Dr. jur., Professor am Historischen Institut der Polnischen Akademie der Wissenschaften, Warszawa
- Jerzy Serczyk*, geb. 1927, Dr. phil., Dozent für Geschichte der neueren Historiographie an der Nicolaus-Copernicus-Universität Toruń
- Arnold Sywottek*, geb. 1942, Dr. phil., Professor für Neuere Geschichte an der Universität Hamburg
- Joseph Walk*, geb. 1914, Dr. phil., emeritierter Professor für jüdische Geschichte an der Bar-Ilan-Universität Ramat Gan, em. Direktor des Leo Baeck-Instituts Jerusalem
- Bernd Wegner*, geb. 1949, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt Freiburg/Br.
- Mosche Zimmermann*, geb. 1943, Dr. phil., Professor für deutsche Geschichte an der Hebräischen Universität Jerusalem

Übersetzungen aus dem Englischen durch Werner Peterich, aus dem Französischen durch Dr. Klaus Sasse und Adeline Vérino, aus dem Polnischen durch Dr. Zbigniew Wilkiewicz

Besonderer Dank für selbstlose Hilfe gebührt allen sonst ungenannten Mitarbeitern der Forschungsstelle: Irene Roch half bei manchen schwierigen Recherchen, Sabine Philippeit und Joachim Szodrzynski übernahmen einen Teil der Korrekturarbeiten, Lieselotte Trappe hat fast das gesamte, nach der redaktionellen Bearbeitung oft nur mühsam lesbare Manuskript abgeschrieben.

INHALT des 2. Bandes

DIE VERFOLGUNG DER JUDEN

Hermann Graml Zur Genesis der »Endlösung«	2
Werner T. Angress Die »Judenfrage« im Spiegel amtlicher Berichte 1935	19
Avraham Barkai »Schicksalsjahr 1938«. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden	45
Jeremy Noakes Wohin gehören die »Judenmischlinge«? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnungen zu den Nürnberger Gesetzen	69
John A. S. Grenville Die »Endlösung« und die »Judenmischlinge« im Dritten Reich	91
Karol Jonca Schlesiens Kirchen zur »Lösung der Judenfrage«	123
Arnold Paucker Die Haltung Englands und der USA zur Vernichtung der europäischen Juden im Zweiten Weltkrieg	149

VERTREIBUNG UND EXIL

Jacob Toury Ein Auftakt zur »Endlösung«: Judenaustreibungen über nichtslawische Reichsgrenzen 1933–1939	164
Jürgen Rohwer Jüdische Flüchtlingsschiffe im Schwarzen Meer – 1934 bis 1944	197
Rita R. Thalmann Die Emigration aus Deutschland und die öffentliche Meinung Frankreichs 1933–1939	249
Ernst G. Lowenthal Bloomsbury House. Flüchtlingshilfsarbeit in London 1939–1946. Aus persönlichen Erinnerungen	267
Konrad Kwiet Die Integration deutsch-jüdischer Emigranten in Australien	309

BELASTETER NEUBEGINN

- Martin Greschat
Weder Neuanfang noch Restauration. Zur Interpretation der deutschen evang. Kirchengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg 326
- John S. Conway
Die Rolle der Kirchen bei der »Umerziehung« in Deutschland 357
- Ursula Büttner
Not nach der Befreiung. Die Situation der deutschen Juden in der britischen Besatzungszone 1945–1948 373
- Susanne Miller
Die Behandlung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus in der SPD nach 1945 407
- Günter Bertram
Vergangenheitsbewältigung durch NS-Prozesse? Individualschuld im »Staatsverbrechen« 421
- Hans-Adolf Jacobsen
Vom Imperativ des Friedens. Anmerkungen zu einigen Lehren aus der Geschichte des Dritten Reichs 451